10. 803

LEHRBUCH

DES

KATHOLISCHEN UND EVANGELISCHEN

KIRCHENRECHTS

VON

Dr. EMIL FRIEDBERG,

ORDENTL. PROFESSOR DER RECHTE AN DER UNIVERSITÄT LEIPZIG.

FACULTÉ DE DROIT DE PARIS BIBLIOTHÈQUE

VERLAG VON BERNHARD TAUCHNITZ

LEIPZIG 1879.

C. KLINCKSIECK

10,563

FRIEDBERG, KIRCHENRECHT.

FACULTÉ DE DROIT
DE
PARIS
BIBLIOTHÈQUE

LEHRBUCH

DES

KATHOLISCHEN UND EVANGELISCHEN

KIRCHENRECHTS

VON

DR. EMIL FRIEDBERG,
ORDENTL. PROFESSOR DER RECHTE AN DER UNIVERSITÄT LEIPZIG.

VERLAG VON BERNHARD TAUCHNITZ
LEIPZIG 1879.

Vorrede.

Das vorliegende Buch unterscheidet sich von den vorhandenen Lehrbüchern des Kirchenrechtes in mehrfacher Beziehung.

Zunächst habe ich versucht, den Stoff präcise zusammenzufassen, die Literaturangaben auf das Nöthigste zu beschränken und von Anmerkungen fast ganz abzusehen.

Damit glaube ich dem akademischen Studium wesentlich zu Hülfe zu kommen, und eine Lücke in der bisherigen kirchenrechtlichen Literatur auszufüllen. Denn das sonst treffliche Lehrbuch des verewigten Richter hat in den neueren Ausgaben einen Umfang gewonnen, der es für den akademischen Gebrauch fast ausschliesst, das von Schulte giebt ausschliesslich katholisches Kirchenrecht, und das i. J. 1869 erschienene von Mejer hat naturgemäss die wichtige staatskirchenrechtliche Bewegung der Neuzeit noch nicht berücksichtigen können.

Aber auch noch nach einer anderen Richtung hin beabsichtige ich in meinem Buche zu wirken. Es ist schon oft und mit Recht beklagt worden, dass in einzelnen juristischen Disciplinen jetzt ein Quellenstudium fast ein Ding der Unmöglichkeit ist für denjenigen, der sich nicht im Besitz einer reichhaltigen Bibliothek befindet. Dies gilt auch besonders vom Kirchenrecht. Nicht nur dass die Quellen des evangelischen nirgends handlich zusammengefasst sind: auch die des katholischen müssen nicht bloss aus dem *Corpus iuris*, dem *Tridentinum*, den *Concilien* u. s. w., sondern auch aus zahlreichen staatlichen Gesetzblättern zusammengesucht werden.

So ist denn der Studirende, der Praktiker, der Theologe genöthigt, die Sätze der Lehrbücher als unbedingt wahr anzunehmen, und von jeder Prüfung derselben an der Hand der Quellen fast ausgeschlossen. Ich habe versucht, das Quellenmaterial, so weit das mit der vorgesetzten compressen Form des Buches nur irgend verträglich war, diesem selbst einzuverleiben. Dadurch hoffe ich zu einem eingehenderen Studium hinzuführen, und geniesse noch ausserdem den Vortheil, manches Detail der Rechtsvorschriften im Texte übergehen zu können, weil die angeführten Quellen selbst darüber genügende

Auskunft geben. Aber auch zahlreiche Urkunden, Formeln u. s. w. habe ich dem Buche einverleibt. Schon Richter hatte i. J. 1858 darauf hingewiesen, dass durch eine Mittheilung solchen Materiales der kirchenrechtliche Stoff dem Studirenden belebter entgegentreten würde. Ich habe diesen Gedanken immer für den richtigen gehalten, im vorliegenden Buche nach Möglichkeit zu verwirklichen getrachtet, und demnach versucht, mit der dogmatischen Darstellung eine Art von *Corpus iuris ecclesiastici* zu verbinden. Dass ich die umfangreicheren Aktenstücke in den Anhang verwiesen habe, ist der besseren Uebersichtlichkeit wegen geschehen.

Im Uebrigen bin ich im Grossen und Ganzen der alten Systematik gefolgt, und habe auch das evangelische Kirchenrecht immer parallel zu den katholischen Institutionen behandelt, weil mir dies für die Zwecke des akademischen Unterrichtes das Nützlichste und Angemessene schien. Doch will ich nicht unterlassen zu bemerken, dass ich verschiedene in sonstigen Lehrbüchern behandelte Materien als des juristischen Interesses baar und rein theologischen Gepräges ausgeschieden, und den staatskirchenrechtlichen Verhältnissen eine besondere Aufmerksamkeit zugewendet habe.

So hoffe ich denn, dass dies Buch nicht nur zum Selbststudium geeignet sein wird, sondern ich wünsche es auch zum Gebrauch bei den akademischen Vorlesungen selbst verwendet zu sehen. Zu diesem Behufe sind die mitgetheilten Quellenstellen mit deutlich hervortretenden Nummern versehen worden, so dass es möglich wird, das Buch nach Art des Krautschen Grundrisses für das deutsche Privatrecht in akademischen Vorlesungen zu benutzen, und auf die einzelnen Quellenstellen als Belege für die vorgetragenen Sätze zu verweisen. Um auch eine Uebersicht über die Gesetze in ihrer Totalität zu gewähren, ist ein ausführliches Quellenregister hinzugefügt worden.

Leipzig, den 23. September 1879.

Emil Friedberg.

Inhaltsübersicht.

Einleitung.

Seite

§. 1. Die Kirche und die Kirchen 1
§. 2. Kirchenrecht 1
§. 3. Kanonisches und Kirchenrecht 1
§. 4. Geschichte der Behandlung des Kirchenrechts, Uebersicht der Literatur 2

Erstes Buch.

Die Verfassung der Kirche in ihrer geschichtlichen Entwickelung.

Erste Abtheilung. Die katholische Kirche.

Erstes Capitel. Die ältesten Zeiten.

§. 5. I. Laien und Clerus 5
§. 6. II. Das Bischofthum und seine Stellung zur Kirche 6
§. 7. III. Synoden. Metropolitanverfassung 7
§. 8. IV. Die Entwickelung in der griechischen Kirche 7
§. 9. V. Der römische Bischof 8
§. 10. VI. Staat und Kirche 9

Zweites Capitel. Die Fortentwickelung im Abendlande.

§. 11. I. Im römischen Reiche 10
§. 12. II. Im fränkischen Reiche 12

Drittes Capitel. Das Mittelalter.

§. 13. I. Der römische Primat 13
§. 14. II. Staat und Kirche 14
§. 15. III. Die Reaction 17

Viertes Capitel. Die neuere Zeit.

§. 16. I. Das Concil von Trient und die Fortentwickelung des Papalsystems 20
§. 17. II. Das Episkopalsystem 22
§. 18. III. Die Zertrümmerung und Wiederherstellung der deutschen Kirche 24
§. 19. IV. Staat und Kirche 28
§. 20. V. Das vatikanische Concil und seine Folgen für Kirche und Staat 42

Zweite Abtheilung. Die evangelische Kirche.

§. 21. I. Einleitung 44
§. 22. II. Die Grundprincipien der evangelischen Kirchenverfassung . . 45
§. 23. III. Die erste Gestaltung der Kirchenverfassung 47
§. 24. IV. Der Abschluss der Verfassung im XVI. Jahrhundert 49
§. 25. V. Die weitere Entwickelung. Episkopal-, Territorial- und Collegialsystem 51
§. 26. VI. Die neueste Entwickelung 54
§. 27. VII. Die schweizerische Reformation 54
§. 28. VIII. Die evangelische Kirche unter einem Landesherrn anderer Confession 56

Seite

Zweites Buch.

Das Verhältniss der christlichen Confessionen zum Staate und untereinander.

§. 29. I. Das Verhältniss der Confessionen zum Staate 57
§. 30. II. Das Verhältniss der Confessionen zu einander 59

Drittes Buch.

Die Quellen des Kirchenrechts in ihrer Geschichte und heutigen Anwendbarkeit.

Erste Abtheilung. Die beiden christlichen Kirchen gemeinsamen Rechtsquellen.

§. 31. I. Die Bibel 62

II. Das Corpus iuris canonici.

1. Die sogenannten vermittelnden Sammlungen.

§. 32. A. Die ältesten Synoden 63
§. 33. B. Die apostolischen Constitutionen und Canones 64
§. 34. C. Die ältesten Sammlungen im Abendlande 64
§. 35. D. Die Dionysische und Quesnellische Sammlung 65
§. 36. E. Die spanischen Sammlungen 66
§. 37. F. Die Quellen im Frankenreiche. Benedictus Levita. Capitula Angilrami. Pseudoisidor 66
§. 38. G. Formelsammlungen. Bussbücher 68
§. 39. H. Die systematischen Sammlungen 69

2. Das kanonische Rechtsbuch.

§. 40. A. Das Decretum Gratiani 70
§. 41. B. Die Decretalen-Sammlungen 71
§. 42. III. Das römische Recht 75
§. 43. IV. Das Gewohnheitsrecht 75
§. 44. V. Die Staatsgesetzgebung 75

Zweite Abtheilung. Die eigenthümlichen Rechtsquellen der katholischen Kirche.

§. 45. I. Die Tradition 77
§. 46. II. Die Concilien 77
§. 47. III. Die päpstlichen Verordnungen und Canzleiregeln 78
§. 48. IV. Concordate 79

Dritte Abtheilung.

§. 49. Die besonderen Rechtsquellen der evangelischen Kirche 80

Viertes Buch.

Das kirchliche Verfassungsrecht.

Erste Abtheilung. Der katholischen Kirche.

Erstes Capitel. Die Grundlagen der Verfassung.

§. 50. I. Das Wesen der Kirche 80

II. Der Clerus.

§. 51. 1. Die Ordination. Begriff und Stufen 81
§. 52. 2. Die Voraussetzungen der Ordination 82
§. 53. 3. Die Ordinationshandlung 84
§. 54. 4. Die Wirkungen der Ordination 86

Seite

Zweites Capitel. Die kirchlichen Aemter.

§. 55. I. Uebersicht 89

II. Der Papst und seine Gehülfen.

§. 56. 1. Der Papst 90
§. 57. 2. Die Papstwahl 91
§. 58. 3. Die Cardinäle 93
§. 59. 4. Die Curie 94
§. 60. 5. Legaten und Nuntien 95
§. 61. III. Die Erzbischöfe 98

IV. Die Bischöfe und ihre Gehülfen.

§. 62. 1. Die Bischöfe 99
§. 63. 2. Die Domkapitel 100

3. Die Gehülfen der Bischöfe für die Jurisdiction.

§. 64. A. Die Archidiakonen und Generalvicare 103
§. 65. B. Die Erzpriester 104

4. Die Gehülfen für die iura ordinis.

§. 66. A. Die Chor- und Weihbischöfe 105
§. 67. B. Die Coadjutoren 106
§. 68. V. Die Pfarrer und ihre Gehülfen 107

VI. Abweichungen von der regelmässigen Amtsorganisation.

§. 69. 1. Die Exemtionen 109
§. 70. 2. Der Missionsorganismus 110
§. 71. VII. Die Pflichten der Kirchenbeamten 111

VIII. Die synodalen Organe.

§. 72. 1. Die allgemeinen Concilien 113
§. 73. 2. Die National- und Provinzialsynoden 115
§. 74. 3. Die Diöcesansynoden 116

Zweite Abtheilung. Das Verfassungsrecht der evangelischen Kirche.

Erstes Capitel. Die Grundlagen der Verfassung.

§. 75. I. Die Kirche 116
§. 76. II. Das geistliche Amt 117

Zweites Capitel. Die Organe der Verfassung.

§. 77. I. Der landesherrliche Summepiskopat 118
§. 78. II. Die Consistorien und Bischöfe 121
§. 79. III. Die Superintendenten 123
§. 80. IV. Die Pfarrer 124
§. 81. V. Die Pflichten und Rechte der Geistlichen 125
§. 82. VI. Die Gemeinden 125

VII. Die synodalen Organe.

§. 83. 1. Die reine Synodalverfassung 126
§. 84. 2. Die Verbindung der Synodal- und Consistorialverfassung . . . 127

Fünftes Buch.

Die kirchliche Regierung.

Erstes Capitel. Die rechtserzeugende Gewalt.

§. 85. I. Die Gesetzgebung 128
§. 86. II. Dispensationen und Privilegien 131
§. 87. III. Die Autonomie 132

Seite

Zweites Capitel. Die Aufsicht.

§. 88. I. In der katholischen Kirche 133
§. 89. II. In der evangelischen Kirche 135

Drittes Capitel. Die Aemtergewalt.

§. 90. I. Die Errichtung der Kirchenämter 136
§. 91. II. Veränderung und Aufhebung der Kirchenämter 138

III. Die Verleihung der Kirchenämter.

Erste Abtheilung. In der katholischen Kirche.

§. 92. 1. Uebersicht 138
§. 93. 2. Die Bedingungen der Verleihung 139
§. 94. 3. Die Besetzung der bischöflichen Stühle 144
§. 95. 4. Die Besetzung der Kapitelsstellen 151
§. 96. 5. Die Besetzung der anderen Pfründen und die Geschichte des Patronatrechtes 152

6. Das Patronatrecht.

§. 97. A. Wesen des Patronatrechtes 154
§. 98. B. Begründung und Uebertragung 155
§. 99. C. Inhalt des Patronatrechtes 157
§. 100. D. Untergang des Patronatrechtes 158
§. 101. E. Das landesherrliche Patronatrecht 158

7. Die ausserordentliche Verleihung.

§. 102. A. Das Devolutionsrecht 159
§. 103. B. Die päpstlichen Reservationen 159
§. 104. 8. Die Cumulation der Kirchenämter 161
§. 105. 9. Die Erledigung der Kirchenämter 162

Zweite Abtheilung. In der evangelischen Kirche.

§. 106. 1. Die Bedingungen der Verleihung 163
§. 107. 2. Die Verleihung der Pfarrämter 164
§. 108. 3. Die Ordination 166
§. 109. 4. Die Erledigung der Kirchenämter 167

Viertes Capitel. Die kirchliche Gerichtsbarkeit.

I. Die streitige Gerichtsbarkeit.

Erste Abtheilung. In der katholischen Kirche.

§. 110. 1. Umfang der Competenz 167
§. 111. 2. Die Träger der Jurisdiction und die Organisation der Gerichte 170

Zweite Abtheilung.

§. 112. In der evangelischen Kirche 172

II. Die Straf- und Disciplinargerichtsbarkeit.

Erste Abtheilung. In der katholischen Kirche.

§. 113. 1. Einleitung 173

2. Die Strafen.

§. 114. A. Die poenae medicinales 176
§. 115. B. Die poenae vindicativae 182
§. 116. 3. Die Competenz der Kirche 183
§. 117. 4. Die Gerichte und das Verfahren 189

Seite

Zweite Abtheilung. In der evangelischen Kirche.

§. 118. 1. Die Kirchenzucht 191
§. 119. 2. Die Straf- und Disciplinargerichtsbarkeit über Geistliche . . 195

Fünftes Capitel. Das kirchliche Abgabenwesen.

Erste Abtheilung. In der katholischen Kirche.

§. 120. I. Die Stolgebühren 197
§. 121. II. Abgaben an die Bischöfe 198
§. 122. III. Abgaben an den Papst 199

Zweite Abtheilung.

§. 123. In der evangelischen Kirche 204

Sechstes Capitel. Die Sorge für das religiöse Leben.

§. 124. I. Allgemeines 206

II. Die Sacramente.

§. 125. 1. In der katholischen Kirche 208
§. 126. 2. In der evangelischen Kirche 211
§. 127. III. Religiöse Handlungen ohne Sacramentsnatur . . . 211

Siebentes Capitel. Die Sorge für das Unterrichtswesen.

§. 128. I. Die Volksschule 213
§. 129. II. Die Universitäten 214
§. 130. III. Die Seminarien 216

Achtes Capitel.

§. 131. Die Wohlthätigkeitsanstalten 218

Sechstes Buch.

Das kirchliche Personenrecht.

§. 132. I. Der Eintritt in die Kirche 219
§. 133. II. Die Confirmation 222
§. 134. III. Der Confessionswechsel 222

IV. Das Eherecht.

§. 135. 1. Das Wesen der Ehe 225
§. 136. 2. Wesen der Ehe nach katholischer Lehre 226
§. 137. 3. Die Ehe nach protestantischer Auffassung 227

4. Ehehindernisse.

§. 138. A. Uebersicht 229
§. 139. B. Aus Mängeln des Consenses 230
§. 140. C. Die Entführung 233
§. 141. D. Das Ehehinderniss der mangelnden Einwilligung dritter Personen 235
§. 142. E. Das imped. ligaminis 239
§. 143. F. Das imped. impotentiae 240

G. Das Ehehinderniss der Verwandtschaft.

§. 144. 1. Blutsverwandtschaft 241
§. 145. 2. Schwägerschaft 244
§. 146. 3. Nachgebildete Verwandtschaft 246
§. 147. H. Imped. criminis 247
§. 148. I. Das Ehehinderniss der Religionsverschiedenheit 248
§. 149. K. Dispensation von den Ehehindernissen 251
§. 150. 5. Die Annullation ungültiger Ehen 252

Seite

6. Das Eheschliessungsrecht.

A. Geschichte.

§. 151. a) In der katholischen Kirche 254
§. 152. b) In der protestantischen Kirche 259
§. 153. c) Die Civilehe 260
§. 154. B. Das geltende Recht 261
§. 155. C. Die Wirkungen der Ehe 264
§. 156. 7. Das Verlöbniss 264

8. Das Ehescheidungsrecht.

§. 157. A. In der katholischen Kirche 266
§. 158. B. In der protestantischen Kirche 270
§. 159. 9. Die zweite Ehe 276
§. 160. V. Das Begräbniss 277

VI. Die geistlichen Gesellschaften.

Erste Abtheilung. In der katholischen Kirche.

I. Die Orden.

§. 161. 1. Einleitung 281
§. 162. 2. Die Verfassung 285
§. 163. 3. Professleistung 289
§. 164. II. Die Congregationen 292
§. 165. III. Die Confraternitäten 294

Zweite Abtheilung.

§. 166. In der evangelischen Kirche 294

Siebentes Buch.

Das Sachen- und Vermögensrecht.

§. 167. I. Die Erwerbsfähigkeit der Kirche 295
§. 168. II. Das Eigenthumssubject am Kirchenvermögen 297
§. 169. III. Die Steuerfreiheit 299

IV. Die Substanz des kirchlichen Vermögens.

§. 170. 1. Uebersicht 300

2. Die einzelnen Kirchensachen.

§. 171. A. Die geweihten und gesegneten Sachen. Das Asylrecht . . . 301
§. 172. B. Die res ecclesiasticae und die Zehnten 302

C. Das Beneficium.

§. 173. a) Geschichte 304
§. 174. b) Heutiges Recht 306
§. 175. c) Verwendung der Früchte erledigter Pfründen 310
§. 176. D. Die Kirchenfabrik 310

E. Die Verwaltung des Kirchenvermögens.

§. 177. a) Die Organe 313
§. 178. b) Die Art der Verwaltung 314

Anhang 317
Register. A. Verzeichniss der angeführten Quellenstellen 375
Register. B. Wort- und Sachregister 391

Einleitung.

§. 1. Die Kirche und die Kirchen.

Köstlin, D. Wesen d. Kirche 2. Aufl. Gotha 1870. Ritschl, In theolog. Stud. u. Kritiken 1859. H. 2. S. 189 ff. Ders. in Ztschr. f. K.-R. 8, 220 ff.

Die *Kirche*[1] ist sowohl die Gesammtheit derjenigen, die an Christus glauben, als auch die Anstalt, welche für den Glauben vorhanden ist[2]. Obgleich so grundsätzlich einheitlich, bringt doch die Verschiedenheit der menschlichen Auffassung eine Spaltung zu wege, und so zerfällt sie in die *römisch-katholische,* die *griechisch-katholische* und die *evangelische,* welche letztere die *lutherische* und *reformirte* Kirche umfasst[3].

§. 2. Kirchenrecht.

Gerlach, Logisch-iur. Abhandlung über d. Definition d. K.-R. Paderborn 1862. Gross, Z. Begriffsbestimmung u. Würdigung d. K.-R. Graz 1872.

Die Gesammtheit der Normen[1] für die kirchliche Anstalt und die äusseren kirchlichen Beziehungen und Verhältnisse ihrer Glieder nennen wir *Kirchenrecht,* welches dem weltlichen Recht principiell entgegengesetzt weder unter das private, noch unter das öffentliche classificirt werden kann. Dasselbe beruht auf der Grundlage des kirchlichen Dogma, wodurch seine Spaltung in römisch-katholisches, griechisch-katholisches und evangelisches Kirchenrecht bedingt wird[2].

§. 3. Kanonisches und Kirchenrecht.

Während im Mittelalter das aus den kirchlichen Satzungen (*canones*)[1-7] entspringende Recht *ius canonicum* genannt wurde, fixirte sich der Sprachgebrauch später dahin, dass die gedachte Bezeichnung nur für das in der ab-

§. 1. 1) Das Wort Kirche, aus dem Griech. *κυριακόν* (Grimm Wörterb. h. n.) nur bei Germanen und Slaven. Bei Romanen: ecclesia.

2) *Vgl.* §. 75. *no.* 1.

3) Den Begriff Kirche an das Merkmal der öffentlichen Korporationsqualität zu knüpfen, und bei deren Mangel den Begriff einer „Sekte" anzunehmen ist irrig. (So Sohm in Ztschr. f. K.-R. 9, 167.)

§. 2. 1) Eintheilungen: ius eccl. publicum: privatum —; commune: particulare — generale: singulare.

2) Von jüdischem wie überhaupt nichtchristlichem K.-R. kann ebensowenig gesprochen werden, wie von jüdischer u. s. w. Kirche. Kirchliches Recht als solches nur anzuerkennen, so weit dessen Befolgung durch den Staat geboten bez. erzwungen wird, ist irrig. So Mejer K.-R. §. 4 ff. u. namentl. Thudichum Deutsch. K.-R. d. XIX. Jahrh. Leipzig 1877.

§. 3. 1) *Plinius hist. natur.* 34, 8: Canona artifices vocant, lineamenta artis ex eo petentes velut a lege quadam.

2) *Paul. ad Gal. VI,* 16: *Καὶ ὅσοι τῷ κανόνι τούτῳ στοιχήσουσι.*

3) *C. Nicaen. ao.* 325. *c.* 13: *Ὁ παλαιὸς καὶ κανονικὸς νόμος.*

4) *C. Antioch.* 341. *praef.: Εἰσὶ δὲ οἱ ὁρισθέντες ἐκκλησιαστικοὶ κάνονες οἱ ὑποτεταγμένοι.*

5) *Grat. Dist.* 3. *pr.:* Ecclesiastica constitutio nomine canonis censetur. *Zu c.* 3: Porro canonum alii sunt decreta pontificum, alii statuta conciliorum.

6) *Stephan. v. Tournay* (1135—1203). *Summa prooem.:* Finis id utilitas est, scire ecclesiastica negotia, de iure canonico tractare et tractata canonice definire.

7) *Petr. Blesens.* (*c.* 1180) *epist. dedicat. zu de distinctionib.:* Est enim quoddam iuris canonici speculum.

schliessenden Sammlung der Canones, dem Corpus iur. canonici enthaltene Recht angewendet wurde. *Ius canonicum* und *Kirchenrecht* sind demnach nicht dasselbe.

§. 4. Geschichte der Behandlung des Kirchenrechts, Uebersicht der Literatur.

I. Die Zeit bis zum XVI. Jahrhundert wird bei Besprechung der Quellen ihre Berücksichtigung finden.

II. Der erste wissenschaftliche Aufschwung in der Behandlung des kanonischen Rechtes erfolgte zur Zeit und zum Theil in Folge der französisch-romanistischen Rechtsschule in *Spanien* und *Frankreich*, theils durch Kritik der Rechtsquellen, theils durch Kommentare zu denselben, theils endlich durch historische Arbeiten über die Kirchenverfassung. Von Spaniern ragen hervor: *Anton. Augustinus* (1517—86), *Gonzalez Tellez* († 1650), mit denen der Portugiese *Barboza* († 1649) zu nennen ist. Von Franzosen: *Jean Chappuis*, *Anton Democharis*, (*De Mouchi* † 1572), *Carl Dumoulin* († 1566), *Anton Le Comte* († 1577), *Peter* († 1596) und *Franz Pithou* († 1621), *Wilhelm Barclay* († 1609), *Jean a Costa* († 1637), *Peter de Marca* († 1662). Die spätere sich an die Genannten anschliessende französische Literatur, welche auch auf die deutsche Entwickelung von massgebenden Einflusse gewesen ist, wird wesentlich durch die s. g. episcopalistische Richtung beherrscht. Zu dieser gehören: *Ludw. Thomassin* († 1695), *I. B. Bossuet* († 1704).

III. Während in *Italien* die Literatur meist die früher verfolgten Bahnen weiter einschlug und nur in den beiden Brüdern *Ballerini*, *Berardi* und *Benedict* XIV. (*Prosper Lambertini* † 1758) hervorragende Bedeutung erreichte, so verlegte sich seit dem XVII. Jahrhundert der Schwerpunkt der wissenschaftlichen Behandlung des Kirchenrechtes nach *Deutschland*, wo zunächst die in systematischer Beziehung freilich dürftigen, doch stofflich bedeutenden Werke von *Pirhing* († 1690), *Wiestner*, *Reiffenstuel* (c. 1704), *Schmalzgrueber* († 1774) zu nennen sind, dann aber auch die episcopalistische Richtung anknüpfend an den Niederländer *Zeger van Espen* († 1728), in *Hontheim* († 1790), *Paul Joseph* († 1755) und *Jos. Anton v. Riegger* († 1795), *Hedderich* († 1808), *Gambsjäger* († 1816), *Sauter* († 1816), *Michl* († 1813), *Frey* († 1820), *A. Müller*, *Droste-Hülshoff* († 1832), *E. v. Münch* († 1842) hervorragende Vertretung empfing.

IV. Die Literatur des *protestantischen Kirchenrechts* konnte sich zunächst, so weit sie durch Juristen repräsentirt wurde, vom kanonischen Recht nicht emancipiren, weist nur spärliche Einflüsse der französisch-historischen Forschung auf, und kein Beispiel einer so freien Behandlung des Stoffes, wie sie dem Niederländer *Gisbert Voetius* († 1676) gelang. Auch die *naturrechtliche* an *Christian Thomasius* († 1728) anknüpfende Richtung befreite freilich von dem Wuste des kanonischen Rechtes, doch schlug sie nur zu bald in die Seichtigkeit eines *Hommel* um, und konnte von ihrem später adoptirten Vertragsstandpunkt aus weder für die Wissenschaft noch für das kirchliche Leben ersprießliche Ergebnisse erzielen. Ihren wissenschaftlichen Höhepunkt mit *Just. Henning Böhmer* († 1749) und dessen Sohn *Georg Ludwig* († 1797) erreichend, herrschte sie bis in die zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts.

V. Erst die *historische* Schule hat mit *Karl Friedr. Eichhorn* († 1854) einen neuen Anstoss zu fruchtbringender Behandlung des kirchenrechtlichen Stoffes gegeben, der für Katholiken und Protestanten in gleicher Weise folgereich gewesen ist. Sie wird unter jenen vertreten durch *Ferdinand Walter*,

Georg Phillipps, Friedrich Maassen, Joh. Friedrich v. Schulte, Herm. Hüffer, L. Gitzler, F. Sentis, Friedr. Thaner, unter diesen durch *Aemilius Ludwig Richter* († 1864), *Ad. v. Scheuerl, Em. Herrmann, H. Jacobson, H. Wasserschleben, Otto Mejer, R. Dove, B. Hübler, P. Hinschius, E. Löning, Ph. Zorn, R. Sohm, G. Phillips, R. Bierling.*

I. Einleitungen:

Doviatus (Douyat), Praenotion. canonic. lib. V. Paris. 1687. 4. zuletzt: ed. Schott Mitav. et Lips. 1776—79.
Chr. Thomasius, Cautelae circa praecognita iurisprud. eccl. Hall. 1723 4.

II. Geschichte des Kirchenrechts.

G. v. Mastricht, Hist. iur. eccles. Duisb. 1676, ed. Thomasius Hal. 1705. 6.
Bickell, Gesch. d. K.-R. Bd. 1. Lief. 1. 2. Giessen 1843. Frankf. a. M. 1849.
Maassen, Gesch. d. Quell. u. d. Literat. d. kan. R. im Abendlande bis z. Ausgange d. Mittelalters Bd. 1. Graz 1870.
Schulte, Gesch. d. Quell. u. Literat. d. kan. Rechts v. Gratian bis auf d. Gegenwart 2 Bde. 8. Stuttgart 1875. 1877.

III. Geschichte der Kirchenverfassung.

L. Thomassin, Ancienne et nouvelle discipline de l'église, Lyon 1768, Paris. 1725, 3 Vol. fol., Vetus et nova ecclesiae disciplina circa beneficia, Paris. 1688, Lugd. 1706, Luc. 1728, 3 Tom. fol., Magont. 1786 sqq. 9 Tom. 4.
Petr. de Marca, De concordia sacerdotii et imperii, Paris. 1641 4. Ed. *Baluz.*, ib. 1663, 1669, 1704 fol. ed. *J. H. Böhmer,* Francof. 1708 fol., ed. *Fimiani,* Neap. 1771 sqq., Bamberg 1788 sq. 6 Tom. 4.
Ell. du Pin, De antiqua ecclesiae disciplina, Paris. 1686 4.
Löning, Gesch. des deutschen K.-R. Bd. 1. 2. Strassburg 1878.

IV. Darstellung des gesammten Kirchenrechts. 1. Kathol. Verfasser.

Barbosa, Iuris universalis eccl. lib. III. Lugd. 1637—1699.
Lud. Engel, Collegium universi iuris canonici, Salisb. 1671 4., Ed. XV. cum *Schmettereri* introd. in univ. ius can., ib. 1770 3 T. 4.
Pirhing, Ius canon. Dilling. 1675 5 Voll. fol., Ed. nova Venet. 1727. Colon. 1795.
Zeg. Bern. van Espen, Ius ecclesiasticum universum, Col. Agr. 1702 fol., Magont. 1791 3 Tom. 4., Opp. omnia, Lovan. 1753 sqq., Colon. Agr. 1777 5 Tom. fol.
Anacl. Reiffenstuel, Ius canonicum universum, Venet. 1704 3 Tom. fol., Ingolst. 1743 6 Tom. fol.
Iac. Wiestner, Institutiones canonicae s. Ius ecclesiasticum, Monach. 1705 5 Tom. 4.
Car. Seb. Berardus, Commentaria in ius ecclesiasticum universum, Venet. 1778 4 Tom. 4.
L. Ferraris, Prompta bibliotheca canonica, Bonon. 1746 8 T. 4., Rom. 1784 sqq. 9 T. 4., Francof. 1781 sqq. 3 T. 4. u. ö.
Greg. Zallwein, Principia iuris ecclesiastici universalis et particularis Germ., Aug. Vind. 1781 5 Tom.
Andr. Frey, Kritischer Commentar über das Kirchenrecht, Bd. 1—3. 2. Aufl. Kitzingen 1823 ff., Bd. 4. Abth. 1. 2. Bd. 5. Abth. 1. von *Jos. Scheill,* das. 1826 ff.
Alex. Müller, Encyklopädisches Handbuch des gesammten, in Deutschland geltenden katholischen und protestantischen Kirchenrechts, Bd. I. Erfurt 1829. Bd. II. Leipzig 1832 4.
Andreas Müller, Lexikon des Kirchenrechts und der römisch-katholischen Liturgie, Würzburg 1830—32, 2. Aufl. 1838 f. 5 Bde.
Geo. Phillips, Kirchenrecht, Bd. 1. (Aufl. 3. 1855) Bd. II. (Aufl. 3.) Bd. 3—7. (unvollendet), Regensb. 1845 f.

2. Protestantischer Verfasser.

Just. Henn. Böhmer, Ius ecclesiasticum protestantium, Hal. 1714 5 Tom. 4. Ed. V. (Tom. 5. Ed. III.) Hal. 1756 sqq. 5 Tom. 4.
Eiusd. Ius parochiale, Hal. 1701, Ed. VI. ib. 1760.
Geo. Wiese, Handbuch des gemeinen, in Deutschland üblichen Kirchenrechts, Leipzig 1799 ff. 3 Bde. in 4 Th.
P. Hinschius, Das K.-R. der Kathol. und Protest. in Deutschland Bd. 1. 2. Berlin 1869 ff.

V. Das protestantische Kirchenrecht allein behandeln:

Bened. Carpzov, Iurisprudentia ecclesiastica seu consistorialis, Hanov. 1645, Ed. nov. cum addit. Beyeri, (Dresd. et Lips. 1718) Lips. 1721 fol.
Gisbert Voetius, Politica eccles. Amstelod. 1663 sqq. 1—4.

VI. Lehrbücher. 1. Katholischer Verfasser.

J. P. Lancelottus, Institutiones iuris canonici, Perus. 1563 4., Colon. 1609 8., cum adnot. *Ziegleri,* Viteb. 1669 4., cum adnot. eiusd. et *Thomasii.* Hal. 1716 1—4. 4.
Paul Jos. a Riegger, Institutiones iurisprudentiae ecclesiasticae, P. I—IV. Vienn. 1768—72, Ed. nov. ib. 1780.
Jos. Ant. a Riegger, Elementa iuris ecclesiastici, Vind. 1774 sq. 2 Tom.
Ant. Schmidt, Institutiones iuris ecclesiastici, Heidelb. 1770 sq. Ed. III. Bamb. 1778. 2 Tom.
Phil. Hedderich, Elementa iur. canonici, Bonn. 1778 sq., Ed. II. ib. 1791 1—4.
Jo. Devoti, Institutiones canonicae, Rom. 1781 4 Tom., Ed. Gand. III. 1836, Venet. 1838 2 Tom.
Maur. de Schenkl, Institutiones iuris ecclesiastici, Landish. 1790 sq., Ed. X. cur. *Scheill,* ib. 1830 1. 2.
Jos. Ant. Sauter, Fundamenta iuris ecclesiastici catholicorum, Rotwil. 1805—16., Ed. III. ib. 1825—26 1. 2.
Ant. Michl, Kirchenrecht für Katholiken und Protestanten, München 1809, 2. Ausg. das. 1816.
Ant. Gambsjäger, Ius ecclesiasticum, Heidelb. 1815 2 Tom.
Ferd. Walter, Lehrbuch des Kirchenrechts aller christl. Confessionen, Bonn 1822, 14. Aufl. 1871.
Clem. Aug. v. Droste-Hülshoff, Grunds. des gem. K.-R. der Kathol. und Evangel., Bd. I. 2. Ausg. Münster 1833. Bd. II. Abth. 1., 2. Ausg. (von *Braun*) 1835, Abth. 2. 1838.
Joh. Friedr. Schulte, D. kathol. K.-R. Thl. 1. Giessen 1850, Thl. 2. 1856.
Derselbe, Lehrb. d. kath. K.-R., u. dessen Literatur-Gesch. 3. Aufl. Giessen 1873.
Phillips, Lehrb. d. K.-R. 2. Aufl. Regensburg 1875.

2. Protestantischer Verfasser.

Geo. Lud. Böhmer, Principia iuris canonici, Gott. 1762, Ed. VII. cur. *Schönemann,* ib. 1802.
Car. Ferd. Hommel, Epitome sacri iuris, Lips. 1777.

Geo. v. Wiese, Grundsätze des gemeinen, in Deutschland üblichen Kirchenrechts, Gött. 1793, 5. Aufl. v. *Kraut*, das. 1826, 6. Aufl. v. *Morstadt*, das. 1849.
Andr. Jos. Schnaubert, Grundsätze des Kirchenrechts der Katholiken in Deutschland, Jen. 1794, 2. Ausg. das. 1806.
Theod. Schmalz, Handbuch des kanonischen Rechts, Berlin 1815, 3. unveränd. Aufl. das. 1834.
K. Fr. Eichhorn, Grundsätze des Kirchenrechts der katholischen und der evangelischen Religionspartei in Deutschland, Götting. 1831—33 1. 2.
Jo. Aug. v. Grolman, Grundsätze des allgemeinen katholischen und protestantischen Kirchenrechts, Frankf. 1832, 2. unveränd. Aufl. das. 1843.
Aem. Ludw. Richter, Lehrb. d. kathol. u. evangel. K.-R. 8. Aufl. bearb. v. *Dove* Leipzig 1877.
O. Mejer, Institutionen des Kirchenrechts, Gött. 1845, 3. Aufl. 1869. (Lehrb.)

3. Nur evangel. Kirchenrecht enthaltend:

Chr. Matth. Pfaff, Institutiones iuris ecclesiastici, Francof. 1827, Tubing. 1738.
Dessen Academische Reden über das sowohl allgemeine als protestant. Kirchenrecht, Tüb. 1742, Frankf. 1753 4.
Andr. Jos. Schnaubert, Grundsätze des Kirchenrechts der Protestanten in Deutschland, Jena 1794, 3. Aufl. das. 1805.
Puchta, Einleitung in d. R. d. Kirche, Leipzig 1840.

VII. Territorialkirchenrecht. 1. Oesterreich:

Geo. Rechberger, Handbuch des österreichischen Kirchenrechts, Linz 1807, 3. Aufl. von *Gapp*, das. 1816 2 Bde.
Eiusd. Enchiridion iuris ecclesiastici Austriaci, ib. 1809, Ed. IV. 1824 2 Tom.
Jos. Helfert, Die Rechte und Verfassung der Katholiken in dem österr. Kaiserstaate, 3. Aufl. Wien 1843.
Chr. Heyser, Die Kirchenverfassung der A. Conf.-Verwandten im Grossf. Siebenbürgen, Wien 1836.
Nic. Cherier, Enchiridion iuris ecclesiastici, Ed. II. Pesth. 1839 2 Tom.
Jo. Ludw. Graf v. Barth-Barthenheim, Oesterreichs geistliche Angelegenheiten in ihren politisch-administrativen Beziehungen, Wien 1841.
Kuzmány, Lehrb. des Kirchenrechts, 2 Abth. Bd. I.: Prakt. Theol. der evangel. Kirche augsb. und helv. Conf., Wien 1856.
Ginzel, Handb. des neuesten in Oesterr. geltenden Kirchenrechts, Wien 1855.

2. Alt-Preussen:

Heinr. Friedr. Jacobson, Geschichte der Quellen des Kirchenrechts des preuss. Staats, Theil I. in 2 Bdn. (Preussen und Posen), Königsb. 1837—39, Theil II. Bd. 2. (Gesch. der Quellen des ev. K.-R. der Provinzen Rheinl. und Westph.) das. 1844. Hierzu: Urkundensammlung von bisher ungedruckten Gesetzen etc. das. 1844.
Derselbe, Das evangel. K.-R. d. preuss. Staates u. s. Provinzen 2 Bde. Halle 1864—66.
E. A. Th. Laspeyres, Geschichte und heutige Verfassung der katholischen Kirche Preussens, Bd. I. Halle 1840.
Boche, Der preuss. legale evang. Pfarrer, Halle 5. Aufl. 1875. (herausgeg. v. *Altmann*.)
Vogt, Kirchen- u. Eherecht der Kathol. und Protest. in d. Preuss. Staaten, Breslau 1856 2 Bde.
Altmann, Praxis d. Preuss. Gerichte in Kirchen-, Schul- und Ehesachen Leipzig 1861.
Lehmann, Preussen u. die kathol. Kirche seit 1640 Bd. 1. Leipzig 1873.

3. Hannover:

Jo. K. Schlegel, Kurhannoversches Kirchenrecht, Hannover 1801—6 5 Bde.

4. Kurhessen:

Büff, Kurhessisches Kirchenrecht, bearb. mit Rücks. auf *Ledderhose* u. *Pfeiffer*, Cassel 1861.

5. Schleswig und Holstein:

N. Johannsen, Versuch, das kanonische Recht, insofern es für die Protestanten brauchbar ist, mit den eignen Worten der Kirchengesetze für d. Herzogthümer Schleswig u. Holstein zu belegen Friedrichst. 1804 2 Bde. 4.
Ch. F. Callisen, Abriss des Wissenswürdigsten aus den den Prediger und sein Amt in den Herzogth. Schleswig und Holstein betr. Verordn., 3. Aufl. Alt. 1843.

6. Nassau:

Wilh. Otto, Handbuch des besonderen Kirchenrechts der evangelisch-christlichen Kirche im Herzogthume Nassau, Nürnberg 1828.

7. Grossherz. Hessen:

Ern. Zimmermann, Verfassung der Kirche und Schule im Grossh. Hessen, Darmst. 1832.
Fertsch, Handbuch des bes. Rechts der evang. Kirche in Grossh. Hessen, 1853.

8. Baiern:

Handbuch des bayerschen Kirchenrechts, Insbr. 1811 2 Bde. (*Bertholdi.*)
C. Aug. Gründler, Das im Königreiche Bayern geltende katholische und protestantische Kirchenrecht, Nürnb. 1839.
Silbernagl, Verf. und Verwaltung sämmtlicher Religionsgenossensch. in Baiern, Landshut 1874.
Stingl, Best. d. Bayer. Staates über die Verwaltung d. kath. Pfarramtes diesseits d. Rheins, München 1879.

9. Württemberg:

Hauber, Recht und Brauch der evang.-luth. Kirche Württembergs in Sachen des Kirchenregim., des Gottesdienstes und der Zucht, Stuttgart 1854. Eherecht 1856.

10. Baden:

Fr. C. Roman, Versuch eines Badischen evangelisch-lutherischen Kirchenrechts, Pforzh. 1806.

11. Sachsen:

C. Gli. v. Weber, Systematische Darstellung des im Königreiche Sachsen geltenden Kirchenrechts, Leipzig 1818—29 2 Bde. in 3 Abth., 2. Aufl. 1843.
Chr. Ludw. Neubert, Handbuch des im Königreiche Sachsen mit Einschluss der Ober-Lausitz geltenden Kirchen-, Ehe- und Schulrechts, Leipzig 1837 3 Bde.

12. Sachsen-Weimar:

J. A. G. Hoffmann, Versuch einer Darstellung des in dem Grossh. Sachsen-Weimar. gelt. Kirchenrechts, Jena 1845.
Teuscher, Handb. d. evang. K.-R. im Grossh. Sachsen-Weimar-Eisenach, Neustadt an der Orla 1848.

13. Sächsische Herzogthümer:

J. A. G. Hoffmann, Versuch einer Darstellung des in den Sächs. Herzogth. geltenden Kirchenrechts, Hildb. 1843.

14. Braunschweig:
Jo. Chr. Stübner, Historische Beschreibung d. Kirchenverfassung in d. Braunschweig-Lüneb. Landen, Goslar 1800.
F. A. Ludewig, Die Kirchenverfassung im Herzogth. Braunschweig, Helmstädt 1834.

15. Mecklenburg-Schwerin.
(*C. Fr. Siggelkow*), Handbuch des Mecklenburgischen Kirchen- und Pastoralrechts, 3. Aufl. Rostock 1797.

16. Anhalt-Dessau:
C. Fr. Arndt, Handbuch der im Herzogthume Anhalt-Dessau geltenden gesetzlichen Vorschriften, welche das Kirchen- und Schulwesen betreffen, Dessau 1837.

VIII. Sammelwerke und Zeitschriften für das Kirchenrecht.
G. Meerman, Thesaurus iuris civilis et canonici, Hag. 1751—56 8 Tom. et suppl. fol.
Ant. Schmidt, Thesaurus iuris ecclesiastici potiss. Germanici, Heidelb., Bamb., Würzb. 1772—79 7 Tom. 4.
Al. Gratz, Nova collectio dissertationum selectarum in ius ecclesiasticum potiss. Germanicum, Tom. I. Mogunt. 1829, auch u. d. T. Continuatio Thesauri iuris eccles. cet.
C. E. Weiss, Annalen der Kirchenrechtswissenschaft, Bd. I. II. Frankf. 1831 f., Bd. III. IV. Offenb. 1832 f., Bd. V. Darmst. 1835 f.
Heinr. Ludw. Lippert, Annalen des katholischen, protestantischen und jüdischen Kirchenrechts, Heft I—IV. Frankf. 1831—33.
E. Seitz, Zeitschrift für Kirchenrechts- und Pastoralwissenschaft, Regensb. 1842 ff. 3 Bde.
H. F. Jacobson und *A. L. Richter*, Zeitschrift für das Recht und die Politik der Kirche, H. 1. 2., Leipzig 1847.
J. A. Ginzel, Archiv für Kirchengeschichte und Kirchenrecht, H. 1—3., Regensb. 1851. 52.
Moy de Sons, Arch. für kath. K.-R. mit besond. Berücksichtigung auf Oesterreich und Deutschland 1—6. Insbruck 1857 ff., Bd. 7—41. herausgegeb. v. *Vering*, Mainz 1862 ff. General-Register zu Bd. 1—27. 1872.
Dove, Zeitschrift für K.-R. Bd. 1—2. (Berlin 1861 f.) Bd. 3—14. Tübingen 1863 ff., v. Bd. 4 an auch v. *Friedberg*.
Analecta iuris pontificii, Dissertations sur divers sujets du droit canonique, liturgie et theologie Rome 1855 ff.
Kirchenlexikon, Herausgegeben v. *Wetzer* und *Welte*, Freiburg 1847—56 12 Bde. und Register.
Herzog, Realencyclopädie für. protest. Theologie und Kirche, Gotha 1854—68 21 Bde. und Registerb. 2. Aufl. im Erscheinen begriffen, Leipzig 1876 ff.

Erstes Buch.

Die Verfassung der Kirche in ihrer geschichtlichen Entwickelung.

Erste Abtheilung.

Die katholische Kirche.

Erstes Capitel. Die ältesten Zeiten.

§. 5. I. Laien und Clerus.

Ritschl, D. Entstehung d. altkath. Kirche 2. Aufl. Bonn 1857. Probst, Kirchl. Disciplin in den drei ersten Jahrhunderten.

I. Während schon von den Aposteln selbst für die Gemeinde zu Jerusalem eine gewisse Organisation ausgeht[1], treten uns später als Beamte der Gemeinde, durch deren Wahl bestellt, entgegen: 1. *προϊστάμενοι* oder *πρεσβύτεροι* oder *ἐπίσκοποι*[2-5], betraut mit der unter Theilnahme der Gemeinde zu handhabenden Leitung des kirchlichen Lebens, nicht aber ausschliesslich zur Lehre berechtigt[6.7], 2. *διάκονοι* zu Hülfsleistungen. II. Diese Organisation

§. 5. 1) *Apost.-Gesch. VI*, 1: In den Tagen aber, da der Jünger viel wurden, erhob sich ein Murmeln unter den Griechen wider die Ebräer, darum, dass ihre Wittwen übersehen wurden in der täglichen Handreichung. 2. Da riefen die Zwölfe die Menge der Jünger zusammen und sprachen: Es taugt nicht, dass wir das Wort Gottes unterlassen und zu Tische dienen. 3. Darum, ihr lieben Brüder, sehet unter euch nach sieben Männern, die ein gutes Gerücht haben und voll heiligen Geistes und Weisheit sind, welche wir bestellen mögen zu dieser Nothdurft. 4. Wir aber wollen anhalten am Gebet und am Amt des Wortes.

2) *Clemen Rom. ad Cor.* 42: *Κατὰ χώρας καὶ πόλεις κηρύσσοντες οἱ ἀπόστολοι καθίστανον τὰς ἀπαρχὰς αὐτῶν, δοκιμάσαντες τῷ πνεύματι, εἰς ἐπισκόπους καὶ διακόνους τῶν μελλόντων πιστεύειν.*

3) *Ep. I. ad Thess. V*, 12: *Ἐρωτῶμεν δὲ ὑμᾶς, εἰδέναι .... τοὺς προϊσταμένους ὑμῶν ἐν κυρίῳ..*

4) *Act. Apost. XIV*, 13: *Χειροτονήσαντες δὲ αὐτοὺς πρεσβυτέρους κατ' ἐκκλησίαν ...*

5) *Ep. ad Philipp. I*, 1: *Παῦλος ... πᾶσιν τοῖς ἁγίοις ἐν Χριστῷ Ἰησοῦ τοῖς οὖσιν ἐν Φιλίπποις, σὺν ἐπισκόποις καὶ διακόνοις.*

6) *Constit. Apost. VIII*, 33: *Ὁ διδάσκων εἰ καὶ λαϊκὸς ᾖ, ἔμπειρος δὲ τοῦ λόγου καὶ τὸν*

enthielt einen scharfen Gegensatz zu dem überkommenen mosaischen specifischen Priesterthum[8-10], aber nichts destoweniger drang der mosaische Gedanke wieder in das christliche Verfassungsleben ein, und es bildete sich ein ausgewählter Priesterstand (κλῆρος)[11], ohne dessen Vermittlung den Nicht-Priestern (λαός) die Seeligkeit nicht erschlossen werden könne.

§. 6. II. Das Bischofthum und seine Stellung zur Kirche.

(Vergl. zu §. 5.)

Schon am Ende der apostolischen Zeit finden wir neben der dargestellten Verfassungsbildung eine Ausprägung derselben im monarchischen Sinne, so dass ein *Bischof* das Haupt der Gemeinde und die Spitze der Gemeindeämter bildet[1-3]. Diese Entwickelungsform drängt die frühere allmählig in den Hinter-

τρόπον σεμνὸς διδασκέτω· ἔσονται γὰρ πάντες διδακτοὶ θεοῦ.

§. 5. 7) *Cypr. ep.* 19, 2: Hoc enim et verecundiae et disciplinae et vitae ipsi omnium nostrum convenit ut praepositi cum clero convenientes praesente etiam stantium plebe, quibus et ipsis pro fide et timore suo honor habendus est, disponere omnia consilii communis religione possimus.

8) 4. *Mos. III*, 6: Bringe den Stamm Levi herzu und stelle sie vor den Priester Aaron, dass sie ihm dienen und seiner und der ganzen Gemeinde Hut warten vor der Hütte des Stifts und dienen am Dienst der Wohnung.

9) *I. Petr. II*, 9: Ihr aber seid das auserwählte Geschlecht, das königliche Priesterthum (βασίλειον ἱεράτευμα).

10) *Tertullian.* († 220) *de exhortat. castitat. c.* 7: Nonne et laici sacerdotes sumus? Scriptum est: Regnum quoque nos est sacerdotes Deo et patri suo fecit. Differentiam inter ordinem et plebem constituit ecclesiae auctoritas et honor per ordinis concessum sanctificatus. Adeo ut ubi ecclesiastici ordinis non est concessus, et offers et tinguis et sacerdos es tibi solus. Sed ubi tres, ecclesia est, licet laici.

11) *Pseudo-Hieronym. C. XII. qu.* 1. *c.* 7.): Duo sunt genera Christianorum. Est autem genus unum, quod mancipatum diuino offitio, et deditum contemplationi et orationi, ab omni strepitu temporalium cessare conuenit, ut sunt clerici, et Deo deuoti, uidelicet conuersi. Κλῆρος enim grece latine sors. Inde huiusmodi homines uocantur clerici, id est sorte electi. Omnes enim Deus in suos elegit. Hi namque sunt reges, id est se et alios regentes in uirtutibus, et ita in Deo regnum habent. Et hoc designat corona in capite. Hanc coronam habent ab institutione Romanae ecclesiae in signo regni, quod in Christo expectatur. Rasio uero capitis est temporalium omnium depositio. Illi enim uictu et uestitu contenti nullam inter se proprietatem habentes, debent habere omnia communia. §. 1. Aliud uero est genus Christianorum, ut sunt laici. Λαὸς enim est populus. His licet temporalia possidere, sed non nisi ad usum. Nichil enim miserius est quam propter nummum Deum contempnere. His concessum est uxorem ducere, terram colere, inter uirum et uirum iudicare, causas agere, oblationes super altaria ponere, decimas reddere, et ita saluari poterunt, si uicia tamen benefaciendo euitauerint.

§. 6. 1) *Hieronym. sup. Ep. ad Tit.* 1. *v.* 5. (*Dist.* 95. *c.* 5.): Idem est presbyter qui episcopus. Et antequam diaboli instinctu studia in religione fierent, ... communi presbyterorum consilio ecclesiae gubernabantur. Postquam autem unusquisque eos, quos baptizaverat, suos putabat esse, non Christi, in toto orbe decretum est, ut unus de presbyteris electus superponeretur ceteris, ad quem omnis ecclesiae cura pertineret, ut schismatum semina tollerentur. Putat aliquis, non Scripturarum, sed nostram esse sententiam, episcopum et presbyterum unum esse, et aliud aetatis, aliud esse nomen officii, relegat Apostoli ad Philippum verba ... Haec propterea, ut ostenderemus, apud veteres eosdem fuisse presbyteros quos et episcopos, paullatim vero, ut dissensionum plantaria evellerentur, ad unum omnem sollicitudinem esse delatam. Sicut ergo presbyteri sciunt, se ex ecclesiae consuetudine ei, qui sibi praepositus fuerit, esse subjectos, ita, episcopi noverint, se magis consuetudine quam dispositionis dominicae veritate presbyteris esse majores et in commune debere ecclesiam regere.

2) *Irenaeus adv. haeres. III*, 1: Traditionem itaque in toto mundo manifestatam in omni ecclesia adest perspicere omnibus, qui vera velint videre, et habemus annumerare eos, qui ab Apostolis instituti sunt episcopi in ecclesiis et successores eorum usque ad nos, qui nihil tale docuerunt.

3) *Origenes in Matth. c.* 10: Proprie enim episcopus dominus Jesus est, et presbyteri Abraham, Isaac et Jacob ... vel ceteri qui hoc nomine digni habiti sunt quales fuerunt apostoli Christi.

grund, und das überall erstehende Bischofsamt verliert gleichzeitig mit der Ausbildung des ordo clericalis seinen gemeindlichen Charakter, indem es zum Amt in der Kirche wird. Damit ändert sich der Begriff von dieser, welche bisher die an Christus Glaubenden bedeutete dahin, dass die Kirche nur in Verbindung mit den Bischöfen bestehend, und durch sie nicht nur regiert, sondern ausschliesslich repräsentirt gedacht wird[4-6].

§. 7. III. Synoden. Metropolitanverfassung.

Bickell, Gesch. d. K.-R. 2, 159 ff. Hinschius, K.-R. II, 1 ff.

Die Bischöfe standen nicht nur ihren Amtsbezirken (*παροικία*) vor, sondern traten auch mit den Presbytern zu Versammlungen (*Synoden*) zusammen, die dem römischen Vorbilde[1] entsprechend in die Provinzialhauptstädte (*μητροπόλεις*) berufen[2-4], bald regelmässige Einrichtungen wurden[5.6], und i. J. 325 in Nicaea zum ersten Male für die Bischöfe des gesammten römischen Reiches (*οἰκουμένη*) abgehalten wurden. Daraus erwuchs eine Regierungsgewalt des Bischofs der Metropolis (*Metropolitanus*) über die Bischöfe seines Districtes (*ἐπαρχία*).

§. 8. IV. Die Entwickelung in der griechischen Kirche.

Maassen, Der Primat d. Bisch. v. Rom u. d. alten Patriarchalkirchen, Bonn 1853. Hinschius, K-R. a. a. O.

Die Synode von *Nicaea* (325) bestätigte es als eine alte Gewohnheit, dass die Metropoliten von *Alexandrien, Antiochien* und *Rom* innerhalb eines mehrere Eparchieen umfassenden Gebietes das höhere Regiment führen sollten[1]. Diesen gesellte sich der Bischof von *Constantinopel* zu, der i. J. 381 den

§. 6. 4) *Matth.* 16, 18: *Ἐπὶ ταύτῃ τῇ πέτρᾳ οἰκοδομήσω μου τὴν ἐκκλησίαν.*

5) *Cyprian. ep.* 33: Inde per temporum et successionum vices episcoporum ordinatio et ecclesiae ratio decurrit ut ecclesia super episcopos constituatur et omnes actus ecclesiae per eosdem praepositos gubernetur.

6) *Derselbe ep.* 66, 8: Unde scire debes episcopum in ecclesia esse et ecclesiam in episcopo et si qui cum episcopo non sit in ecclesia non esse.

§. 7. 1) *l.* 13. *Cod. Theod. de legat.* (12, 12): Theodosius Arc. et Hon. Apodemio praefecto praetorio per Illyricum ao. 392: Provinciale concilium quo tempore iniri debeat, cum assensu omnium atque consilio propria auctoritate definiat, ita ut ipse conventus in una potentiore totius provinciae urbe ... celebretur.

2) *Tertullian de ieiunio c.* 13: Aguntur praeterea per Graecias illa in certo loco concilia ex universis ecclesiis per quae et altiora quaeque in commune tractantur et ipsa repraesentatio totius nominis Christiani magna veneratione celebratur.

3) *Euseb. h. eccl. V*, 23: *Σύνοδοι δὴ καὶ συνκροτήσεις ἐπισκόπων ἐπὶ ταυτὸν ἐγίγνοντο.*

4) *C. v. Elvira* (*a.* 305) *Einleit.:* Cum consedissent sancti et religiosi episcopi ... item presbyteri ... adstantibus diaconibus et omni plebe.

5) *C. Nicaen.* 325. *c.* 5. (*versio Hisp.*): Recte visum est, per singulos annos in singulis quibusque provinciis bis in anno episcoporum concilium fieri.

6) *C. Antiochen.* (341) *c.* 9. (*versio Hisp.*): per singulas provincias episcopos singulos scire oportet episcopum metropolitanum, qui praeest, curam et sollicitudinem totius provinciae suscepisse, propter quod ad metropolitanam civitatem ab his qui causas habent sine dubio concurratur. Quapropter placuit eum et honore praeire et nihil ultra sine ipso reliquos episcopos agere secundum antiquum patrum nostrorum qui obtinuit canonem, nisi haec tantum quae uniuscuiusque ecclesiae per suam dioecesim competunt.

§. 8. 1) *Concil. Nicaen.* 325. *c.* 6: *„Τὰ ἀρχαῖα ἔθη κρατείτω τὰ ἐν Αἰγύπτῳ καὶ Λιβύῃ καὶ Πενταπόλει, ὥστε τὸν Ἀλεξανδρείας ἐπίσκοπον πάντων τούτων ἔχειν τὴν ἐξουσίαν, ἐπειδὴ καὶ τῷ ἐν τῇ Ῥώμῃ ἐπισκόπῳ τοῦτο συνηθές ἐστιν· ὁμοίως δὲ καὶ κατὰ Ἀντιόχειαν καὶ ἐν ταῖς ἄλλαις ἐπαρχίαις τὰ πρεσβεῖα σώζεσθαι ταῖς ἐκκλησίαις· καθόλου δὲ πρόδηλον ἐκεῖνο, ὅτι εἴ τις χωρὶς γνώμης τοῦ μητροπολίτου γένοιτο ἐπίσκοπος, τὸν τοιοῦτον ἡ μεγάλη σύνοδος ὥρισε μὴ δεῖν εἶναι ἐπίσκοπον· ἐὰν μέντοι τῇ κοινῇ πάντων ψήφῳ, εὐλόγῳ οὔσῃ καὶ κατὰ κανόνα ἐκκλησιαστικόν, δύο ἢ τρεῖς δι' οἰκείαν φιλονεικίαν ἀντιλέγωσι, κρατείτω ἡ τῶν πλειόνων ψῆφος.*

Ehrenvorrang nach dem römischen Bischof erhielt[2], und dem i. J. 451 die Diöcesen Asien, Thracien und Pontus unterstellt wurden[3], und endlich in demselben Jahre der Bischof von *Jerusalem*. Sämmtlichen Genannten wurde seit dem V. Jahrhundert der Titel *Patriarch* gegeben; sie besassen das Recht, die Bischöfe ihrer Sprengel zu Synoden zu berufen und als höhere Instanz von den Metropoliten zu entscheiden. Doch konnte die Appellation statt an die oströmischen an den Patriarchen von Constantinopel eingelegt werden[4]. Damit entwickelte sich der Gegensatz zwischen diesem und dem Bischof von Rom[5. 6], der schliesslich in der Trennung der griechisch- und der römisch-katholischen Kirche zum Ausdruck gelangte.

§. 9. V. Der römische Bischof.

Bickell, Gesch. d. K.-R. Bd. 1. Abth. 2. S. 194 ff. Janus, Der Papst u. d. Concil, Leipzig 1869. Delitzsch, Das Lehrsystem der kathol. Kirche Th. 1. Gotha 1875. Friedrich, Zur ältesten Gesch. des Primates in der Kirche, Bonn 1879. — vgl. Lipsius, Die Quellen der Petrussage, Kiel 1872.

Wenn schon die politische Stellung der bischöflichen Stadt mehreren Bischöfen hervorragendes Ansehen verlieh, so musste das im besonderen Masse der Fall sein bei dem Bischof der Reichshauptstadt *Rom*[1-3], dessen Kirche

§. 8. 2) *Const. Constant. I.* 318. *c.* 3: *Τὸν μέντοι Κωνσταντινουπόλεως ἐπίσκοπον ἔχειν τὰ πρεσβεῖα τῆς τιμῆς μετὰ τὸν τῆς Ῥώμης ἐπίσκοπον, διὰ τὸ εἶναι αὐτὴν νέαν Ῥώμην.*

3) *Conc. Chalcedon.* 451. *c.* 28: .. *Καὶ ὥστε τῆς Ποντικῆς καὶ τῆς Ἀσιανῆς καὶ τῆς Θρακικῆς διοικήσεως μητροπολίτας μόνους, ἔτι δὲ καὶ τοὺς ἐν τοῖς βαρβαρικοῖς ἐπισκόπους τῶν προειρημένων διοικήσεων χειροτονεῖσθαι ἀπὸ τοῦ προειρημένου ἁγιωτάτου θρόνου τῆς κατὰ Κωνσταντινούπολιν ἁγιωτάτης ἐκκλησίας δηλαδὴ ἑκάστου μήτροπολίτου τῶν προειρημένων διοικήσεων κατὰ τῶν τῆς ἐπαρχίας ἐπισκόπων χειροτονοῦντος τοὺς τῆς ἐπαρχίας ἐπισκόπους, καθὼς τοῖς θείοις κάνοσι διηγόρευται· χειροτονεῖσθαι δέ, καθῶς εἴρηται τοὺς μητροπολίτας τῶν προειρημένων διοικήσεων παρὰ τοῦ Κωνσταντινουπόλεως ἀρχιεπισκόπου ψηφισμάτων συμφώνων κατὰ τὸ ἔθος γενομένων καὶ ἐπ' αὐτὸν ἀναφερομένων.*

4) *Conc. Chalcedon. c.* 9: ... *εἰ δὲ καὶ κληρικὸς ἔχοι πρᾶγμα πρὸς τὸν ἴδιον ἐπίσκοπον ἢ πρὸς ἕτερον, παρὰ τῇ συνόδῳ τῆς ἐπαρχίας δικαζέσθω, εἰ δὲ πρὸς τὸν τῆς αὐτῆς ἐπαρχίας μητροπολίτην ἐπίσκοπος ἢ κληρικὸς ἀμφισβητοίη, καταλαμβανέτω ἢ τὸν ἔξαρχον τῆς διοικήσεως ἢ τὸν τῆς βασιλευούσης Κωνσταντινουπόλεως θρόνον, καὶ ἐπ αὐτῷ δικαζέσθω.*

5) *Leo I. ep. ad Pulcheriam ao.* 425: Consensiones vero episcoporum sanctorum canonum apud Nicaeam conditorum regulis repugnantes unita nobiscum vestrae fidei pietate in irritum mittimus et per auctoritatem b. Petri apostoli generali prorsus definitione cassamus.

6) *Nov. Iustiniani* 131. (*ao.* 545) *c.* 2.: Ac propterea sancimus, ut secundum earum (d. h. der oben genannten Synoden) definitiones sanctissimus veteris Romae papa primus omnium sacerdotum sit, beatissimus vero archiep. Constantinopolitanus novae Romae post sanctissimam apostolicam sedem veteris Romae secundum locum habeat, reliquis vero omnibus praeferatur.

§. 9. 1) *Irenaeus adv. haeretic.*: Sed quoniam valde longum est, in hoc tali volumine omnium ecclesiarum enumerare successiones, maximae et antiquissimae et omnibus cognitae a gloriosissimis duobus Apostolis Petro et Paulo fundatae et constitutae ecclesiae eam, quam habet ab Apostolis traditionem et annunciatam hominibus fidem, per successiones episcoporum pervenientem usque ad nos, indicantes confundimus omnes, qui quoquo modo ... praeterquam oportet colligunt. Ad hanc enim ecclesiam propter potiorem principalitatem necesse est omnem convenire ecclesiam, hoc est eos qui sunt undique fideles, in qua semper ab his, qui sunt undique, conservata est ea quae est ab Apostolis traditio.

2) *Cyprian. de unitate c.* 9. Quamvis apostolis omnibus post resumptionem suam parem potestatem tribuat... tamen ut unitatem manifestaret, unitatis eiusdem originem ab uno incipientem sua auctoritate disposuit, hoc erant, utique et ceteri apostoli quod fuit Petrus, pari consortio praediti et honoris et potestatis, sed exordium ab unitate proficiscitur, ut ecclesia Christi una monstretur.

3) *Cyprian. ep.* 75. *c.* 17: Iuste indigner ad hanc tam apertam et manifestam Stephani (Röm. B.) stultitiam, quod qui sic de episcopatus sui loco gloriatur et, se successionem Petri tenere contendit, super quem fundamenta ecclesiae collocata sunt, multas alias petras inducat, et ecclesiarum multarum nova aedificia constituat, dum esse illic baptisma sua auctoritate defendit.

durch die Tradition mit dem Apostel Petrus in Verbindung gesetzt wurde, und im Abendlande die einzige apostolischer Stiftung war. Indessen hatten die römischen Bischöfe weder Antheil an der Berufung der allgemeinen Synoden, noch sassen sie ihnen vor oder bestätigten deren Beschlüsse; sie erliessen selbstständig keine Glaubensentscheidungen, und übten weder eine gesetzgebende noch regierende Thätigkeit aus. Auch standen verschiedene Kirchen zur römischen in keiner Beziehung, ohne dass sie deshalb des Momentes der Katholizität entbehrt hätten.

§. 10. VI. Staat und Kirche.

Hundeshagen, In Ztschr. f. K.-R. I, 232 ff. Friedberg, Die Gränzen zw. Staat u. Kirche und die Garantieen gegen ihre Verletzung, Tübingen 1872 S. 3 ff. Maassen, Neun Capitel über freie Kirche und Gewissensfreiheit, Graz 1876 S. 23 ff. Löning, Gesch. I.

Der römischen Politik, welche die Religion als nationales Erziehungselement dem Staatszwecke dienstbar zu machen strebte[1] und in der dem Kaiser gezollten göttlichen Verehrung ihren charakteristischen Ausdruck empfing, erschien das kosmopolitische Christenthum staatsgefährlich, trotz der staatsfreundlichen Gedanken seines Stifters[2.3] und der getreuen Unterthanenhaltung seiner Anhänger[4]. Die so hervorgerufenen Christenverfolgungen vermochten zwar diese Haltung der Christen nicht zu ändern, aber sie veranlassten dieselben, den Schwerpunkt ihrer Hoffnungen in das jenseitige Leben zu verlegen[5], das diesseitige mit sammt dem ihnen Verderben bringenden Staat zu missachten[6], und die die ewige Seeligkeit erschliessende Kirche höher zu stellen als den Staat. Als indessen unter dem Kaiser *Constantin* die Kirche vom Staate anerkannt wurde, vermochte sie die in der Verfolgungszeit ausgebildeten Theorien ihrer Ueberordnung über den Staat nicht praktisch auszubilden. Der Gefahr der Zersplitterung durch Ketzereien ausgesetzt, fand sie nur in dem Kaiser den festen Stützpunkt, und die vom Kaiser begünstigte Partei trug willig die Herrschaft desselben über die Kirche[7], welche nur die ver-

§. 10. 1. *Polybius Reliq. Histor. VI.*, 56: *Μεγίστην δέ μοι δοκεῖ διαφορὰν ἔχειν τὸ Ῥωμαίων πολίτευμα πρὸς τὸ βέλτιον, ἐν τῇ περὶ θεῶν διαλήψει. Καί μοι δοκεῖ τὸ παρὰ τοῖς ἄλλοις ἀνθρώποις ἀνειδιξόμενον, τοῦτο συνέχειν τὰ Ῥωμαίων πράγματα, λέγω δὲ τὴν δεισιδαιμονίαν ἐπὶ τοσοῦτον γὰρ ἐκτετραγῴδηται καὶ παρεινῆκται τοῦτο τὸ μέρος παρ' αὐτοῖς εἴς τε τοὺς κατ' ἰδίαν βίους καὶ τὰ κοινὰ τῆς πόλεως ὥστε μὴ καταλιπεῖν ὑπερβολήν, ὃ καὶ δόξειεν ἄν πολλοῖς εἶναι θαυμάσιον· ἐμοί γε μὴν δοκοῦσι τοῦ πλήθους χάριν τοῦτο πεποιηκέναι. Εἰ μὲν γὰρ ἦν σοφῶν ἀνδρῶν πολίτευμα συναγαγεῖν, ἴσως οὐδὲν ἦν ἀναγκαῖος ὁ τοιοῦτος τρόπος. Ἐπεὶ δὲ πᾶν πλῆθός ἐστι ἐλαφρὸν καὶ πρῆγες ἐπιθυμιῶν παρανόμων, ὀργῆς ἀλόγου, θυμοῦ βιαίου λείπεται τοῖς ἀδήλοις φόβοις καὶ τῇ τοιαύτῃ τραγῳδιᾷ, τὰ πλήθη συνέχειν. Διόπερ οἱ παλαιοὶ δοκοῦσί μοι τὰς περὶ θεῶν εὐνοίας, καὶ τὰς ὑπὲρ τῶν ἐν ᾅδου διαλήψεις οὐκ εἰκῇ, καὶ ὡς ἔτυχεν εἰς τὰ πλήθη παρεισαγαγεῖν· πολὺ δὲ μᾶλλον οἱ νῦν εἰκῇ καὶ ἀλόγως ἐκβάλλειν αὐτά.*

2) *Matth. XXII*, 27: So gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist.

3) *Paul an d. Römer XIII*, 1: Jedermann sei unterthan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Denn es ist keine Obrigkeit, ohne von Gott, wo aber Obrigkeit ist, die ist von Gott verordnet.

4) *Tertullianus ad Scapulam c.* 2: Christianus nullius est hostis, nedum imperatoris, quem sciens a Deo suo constitui necesse est, ut et ipsum diligat et revereatur et honoret et salvum velit cum toto Romano imperio, quousque saeculum stabit: tamdiu enim stabit.

5) *Tertull. de spectacul. c.* 28: Vicibus disposita res est. Nunc illi laetantur, nos conflictamur . . . lugeamus ergo dum ethnici gaudent, ut quum lugere coeperint, gaudeamus.

6) *Ders. Apologetic. c.* 38: At enim nobis ab omni gloriae et dignitatis ardore frigentibus nulla est necessitas coetus, nec ulla magis res aliena, quam publica.

7) *Optatus de schismate Donatistar. III. c.* 3: Qui cum ad Donatum . . . venirent et quare venerant, indicarent: ille solito terrore succensos in haec verba prorupit: Quid est Imperatori cum ecclesia? et de fonte levitatis suae multa maledicta effudit. Iam tunc medi-

folgte als principiell unzulässig bezeichnete. Die Kaiser aber reihten die christliche Religion nur den übrigen an, welche den römischen Staatszwecken dienten, und nahmen über die Kirche dieselben Befugnisse wahr, welche sie bezüglich der heidnischen Culte ausübten, wie sie ihr auch dieselben Rechte übertrugen[8-10]. Während so im oströmischen Reiche sich ein Cäsareopapismus[11. 12] ausbildete, der schliesslich auch zu einer der ursprünglichen christlichen Anschauung widerstreitenden[13] Ausrottung der nicht christlichen Culte führen musste[14], und nur geringen theoretischen Widerstand[15] fand, wurde das kirchliche Princip im Westreiche schärfer hervorgehoben[16. 17], und erhielt in der thatsächlich vom Kaiser unabhängigen Stellung des römischen Bischofs seinen natürlichen Stützpunkt.

Zweites Capitel. Die Fortentwickelung im Abendlande.

§. 11. I. Im römischen Reiche.

Löning, Gesch. I. Schulte, Stellung der Concilien, Päpste und Bischöfe, Prag 1851.

I. Die Stellung des römischen Bischofs befestigte sich immer mehr und erhielt durch die vom Kaiser bestätigten[1. 2], indessen nicht überall recipir-

tabatur contra praecepta Apostoli Pauli potestatibus et regibus iniuriam facere .... Non enim respublica est in ecclesia, sed ecclesia in republica id est in imperio Romano, merito Paulus docet, orandum esse pro regibus et potestatibus etiam si talis esset imperator, qui gentiliter viveret.

§. 10. 8) *l.* 2. *Cod. Theod.* (16, 2): (Constantin.): Qui divino cultui ministeria divina impendunt, id est hi, qui clerici appellantur, ab omnibus omnino muneribus excusentur ...

9) *l.* 4 *ib.* (derselbe): Habeat unusquisque licentiam, sanctissimo catholicae, venerabilique concilio decedens bonorum quod optavit relinquere.

10) *l.* 4. *Cod. Theod.* (9, 45) (Theodos. u. Valentinian.): Pateant summi Dei templa timentibus .....

11) *Athanas. hist. Ariani. c.* 33: *Ὅπερ ἐγὼ βούλομαι τοιοῦτο κανὼν νομιζέσθω* (Worte des Constantius auf d. Syn. v. Mailand 355).

12) *Faustinus et Marcellinus lib. precum:* Imperatoris arbitrio episcopi nunc ex catholicis fiunt haeretici et iidem episcopi ex haereticis ad fidem catholicam revertuntur.

13) *Tertull. ad Scapulam c.* 2: Humani iuris et naturalis potestatis est unicuique quod putaverit colere; nec alii obest aut prodest alterius religio. Sed nec religionis est, cogere religionem quae sponte suscipi debeat, non vi.

14) *l.* 3. *Cod. Theod.* (16, 10) *Valentinian. III.* 425: Omnes haereses, omnesque perfidias, omnia schismata, superstitionesque gentilium, omnes catholicae legis inimicos insectamur errores. Si quos vero haec quoque clementiae nostrae statuta poena comitetur, et noverint, sacrilegae superstitionis auctores, participes conscios proscriptione plectendos, ut ab errore perfidiae si .. ratione retrahi nequeant, saltem terrore revocentur.

15) *Iohannes Damascen. de imaginib. orat. II.:* Penes imperatores potestas non est, ut Ecclesiis leges sanciant.

16) *Ambrosius Sermo c. Auxent. c.* 36: Quid enim honorificentius, quam ut imperator ecclesiae filius esse dicatur ... Imperator enim intra ecclesiam, non supra ecclesiam est.

17) *Augustin. Sermo* 62. (*c.* 97. *C. XI. qu.* 3.): Qui resistit potestati Dei ordinationi resistit. Sed quid, si illud iubeat, quod non debeas facere? Hic sane contempne potestatem. Ipsos humanarum legum gradus aduerte. Si aliquid iusserit curator, non faciendum est? Tamen, si contra proconsulem iubeat, non utique contempnis potestatem, sed eligis maiori seruire. Nec hinc debet minor irasci, si maior prelatus est. Rursum si aliquid ipse consul iubeat et aliud iubeat inperator, si uel aliud inperator et aliud Deus, quid iudicatis? Maior potestas Deus. Da ueniam, o inperator: tu carcerem, ille gehennam minatur. Hinc iam tibi assumenda est fides tua tamquam scutum, in quo possis omnia ignita iacula inimici extinguere.

§. 11. 1) *C. v. Sardica c.* 3: .... „Quod si aliquis episcoporum iudicatus fuerit in aliqua causa, et putat se bonam causam habere, ut iterum concilium [iudicium: edd. latt. cum Graeco] renovetur, si vobis placet, S. Petri Apostoli memoriam honoremus, ut scribatur ab his, qui causam examinarunt [add. vel ab episcopis, qui in proxima provincia morantur: edd. latt.] Julio Rom. episcopo, et si iudicaverit, renovandum esse iudicium, renovetur, et det iudices. Si autem probaverit talem causam esse, ut non refricentur

ten[3] Beschlüsse der Synode von *Sardika* (343 oder 344), eine erhöhte Bedeutung. Danach wurde verurtheilten Bischöfen die Appellation an den römischen Stuhl zugestanden, und daraus entwickelte sich die römische Forderung, in den causae graviores und maiores in letzter Instanz zu entscheiden[4]. Hand in Hand damit ging die von den Päpsten in Anspruch genommene Befugniss, allgemein verbindliche Anordnungen zu erlassen[5], und schliesslich ernannte der römische Stuhl schon in Gallien und Illyrien *vicarii*, welche die Metropolitangewalt durchkreuzten und schwächten[6]. II. Die einzelnen kirch-

ea, quae acta sunt, quae decreverit confirmata erunt. Si hoc omnibus placet? Synodus respondit: Placet. — *c.* 4: Gaudentius episcopus dixit: Addendum, si placet, huic sententiae, quam plenam sanctitate protulisti, ut, quum aliquis episcopus depositus fuerit eorum episcoporum iudicio, qui in vicinis locis commorantur, et proclamaverit, agendum sibi negotium in urbe Roma, alter episcopus in eius cathedra post appellationem eius, qui videtur esse depositus, omnino non ordinetur, nisi causa fuerit in iudicio episcopi Romani determinata. — *c.* 7. (*c.* 5. *in Graec.*): Osius episcopus dixit: Placuit autem, ut, si episcopus accusatus fuerit, et iudicaverint congregati episcopi regionis ipsius, et de gradu suo eum deiecerint, si appellaverit qui deiectus est, et confugerit ad episcopum Romanae ecclesiae, et voluerit se audiri, si iustum putaverit, ut renovetur iudicium vel discussionis examen, scribere his episcopis dignetur, qui in finitima et propinqua provincia sunt, ut ipsi diligenter omnia requirant et iuxta fidem veritatis definiant. Quod si is, qui rogat causam suam iterum audiri, deprecatione sua moverit episcopum Romanum, ut de latere suo presbyterum mittat, erit in potestate episcopi, quid velit et quid aestimet. Et si decreverit mittendos esse qui praesentes cum episcopis iudicent, habentes eius auctoritatem, a quo destinati sunt: erit in suo arbitrio. Si vero crediderit episcopos sufficere, ut negotio terminum imponant, faciet quod sapientissimo consilio iudicaverit.

§. 11. 2) *Valentiniani edict. ao.* 445: ...Quum igitur sedis apostolicae primatum S. Petri meritum, qui princeps est episcopalis coronae, et Romanae dignitas civitatis, sacrae etiam synodi firmarit auctoritas, ne quid praeter auctoritatem sedis istius illicita praesumptio attentare nitatur: tunc enim demum ecclesiarum pax ubique servabitur, si rectorem suum agnoscat universitas ... Nec hoc solum, quod est maximi criminis, submovemus, verum, ne levis saltem inter ecclesias turba nascatur, vel in aliquo minui religionis disciplina videatur, hac perenni sanctione decernimus, ne quid tam episcopis Gallicanis quam aliarum provinciarum contra consuetudinem veterem liceat sine viri venerabilis Papae urbis aeternae auctoritate tentare. Sed hoc illis omnibusque pro lege sit, quicquid sanxit vel sanxerit apostolicae sedis auctoritas, ita ut quisquis episcoporum ad iudicium Romani Antistitis evocatus venire neglexerit, per moderatorem eiusdem provinciae adesse cogatur, per omnia servatis, quae divi parentes nostri Romanae ecclesiae contulerunt ...

3) *Dionys. exiguus an d. Papst Hormisda:* Canones autem qui dicuntur apostolorum et Sardicensis concilii atque Africanae provinciae, quos non admisit universitas, ego quoque in hoc opere praetermisi ..

4) *Innocenz I.* (402—17) *an Victricius v. Rouen u. Exsuperius v. Toulouse: c.* 5: Si quae autem causae vel contentiones inter clericos tam superioris ordinis quam etiam inferioris fuerint exortae, ut secundum synodum Nicaenum congregatio eiusdem provinciae episcopis iurgium terminatur nec alicui liceat, sine praeiudicio tamen Romanae ecclesiae cui in omnibus causis debet reverentia custodiri ... ad alias convolare provincias. *c.* 6: Si maiores causae in medium fuerint devolutae, ad sedem apostolicam, sicut synodus statuit et beata consuetudo exigit, post iudicium episcopale referantur.

5) *Siricius ao.* 385 *an Himerius v. Tarragona:* Et quamquam statuta sedis apostolicae vel canonum venerabilia definita nulli sacerdotum Domini ignorare sit liberum, utilius tamen .. esse .. poterit, si ea quae ad te speciali nomine generaliter scripta sunt per unanimitatis tuae sollicitudinem in universorum fratum nostrorum notitiam perferantur, quatenus et quae a nobis non inconsulte, sed provide sub nimia cautela et deliberatione sunt salubriter constituta, intemerata permaneant, et omnibus in posterum excusationibus aditus, qui iam nulli apud nos patere poterit, obstruatur (vgl. §. 35. no. 1. 7. §. 47. no. 1.).

6) *Instruct. Leo I. an den Vicar Anastasius v. Thessalonich* .. (*ep.* 6.): Nullus te inconsulto per illas ecclesias ordinetur episcopus ... Singulis autem metropolitanis sicut potestas illa committitur, ut in suis provinciis ius habeant ordinandi: ita eos metropolitanos a te volumus ordinari. Ad synodum quisquis fratrum fuerit evocatus occurat ... Si qua

lichen Kreise (*dioeceses*) wurden von den Bischöfen mit Hülfe der Geistlichen[7] ihrer Kirche unter der Obergewalt der vom Metropoliten präsidirten Synode regiert. Die Diöcesen zerfielen in *parochiae*, die von einem Presbyter verwaltet wurden. III. Das Institut der *Klöster* wurde aus dem Morgenlande in das Abendland übertragen und erlangte den Bischöfen gegenüber Selbstständigkeit[8]. IV. Die Unabhängigkeit der Kirche vom Staat wurde schärfer betont und die Unterwerfung des letzteren unter die erstere gefordert[9.10].

§. 12. II. Im fränkischen Reiche.

Löning, Gesch. II. vgl. Rückert, Kulturgesch. d. deutschen Volkes in der Zeit d. Ueberganges aus dem Heidenthum in d. Christenthum 1. 2. Leipz. 1853—54. Rettberg, Kirchengesch. Deutschlands 1. 2. Götting. 1846—48. Waitz, Deutsche Verfassungsgesch. II. III. Dümmler, Gesch. des Ostfränk. Reiches 1. 2. Berlin 1862—65.

Wo das Christenthum durch irische oder britische Mission im fränkischen Reiche gepflanzt wurde, bildeten Klöster die Mittelpunkte der kirchlichen Organisation; wo durch fränkische Missionäre, da griff die gewöhnliche kirchliche Verfassung Platz, die freilich durch die Einwirkungen des fränkischen Königthums vielfach in der Richtung umgestaltet wurde, dass die Kirche unter staatliche Botmässigkeit gestellt den Charakter eines selbstständigen Gemeinwesens einbüsste[1-11]. Auch die Metropolitanverfassung und die Be-

vero causa maior evenerit, quae a tua fraternitate illic praesidente non potuerit definiri, relatio tua missa nos consulat . . Nobis quae illic componi non potuerint, vel qui vocem appellationis emiserit reservamus. *Ep.* 14: Vices nostras ita tuae credidimus caritati, ut in partem sis vocatus sollicitudinis, non in plenitudinem potestatis (vgl. §. 60. no. 3.).

§. 11. 7) *Gregor I.* (*ao.* 603) *an B. Ioh. v. Palermo* (*c.* 2. *C. XV. qu.* 7.): Si quid igitur de quocumque clerico ad aures tuas peruenerit, quod te iuste possit offendere, facile non credas, nec te ad uindictam res accendat incognita, sed presentibus ecclesiae tuae senioribus diligenter est perscrutanda ueritas.

8) *Gregor I.* (*a.* 952) *an d. B. Castor. v. Rimini.* (*c.* 6. *C. XVIII. qu.* 2.): Luminoso abbate referente plurimis in monasteriis multa a presulibus preiudicia atque grauamina monachos pertulisse cognouimus. Oportet ergo, ut tuae fraternitatis prouisio de futura quiete eorum salubri disponat ordinatione, quatinus conuersantes in illis in Dei seruitio, gratia illis suffragante, mente libera perseuerent . . . Nec audeat ibi episcopus cathedram collocare, uel quamlibet potestatem exercere inperandi, nec aliquam ordinationem, quamuis leuissimam, faciendi, nisi ab abbate fuerit rogatus, quatinus monachi semper maneant in abbatum suorum potestate, ut remotis uexationibus a cunctis grauaminibus diuinum opus cum summa deuotione animi perficiant.

9) *Gelasius ao.* 594 *an d. Kaiser Anastasius* (*in Dist.* 96. *c.* 10): Duo sunt quippe, inperator auguste, quibus principaliter hic mundus regitur: auctoritas sacra Pontificum, et regalis potestas. In quibus tanto grauius est pondus sacerdotum, quanto etiam pro ipsis regibus hominum in diuino sunt reddituri examine rationem. *Et post pauca:* §. 1. Nosti itaque inter hec ex illorum te pendere iudicio, non illos ad tuam posse redigi uoluntatem. §. 2. Talibus igitur institutis, talibusque fulti auctoritatibus plerique Pontificum, alii reges, alii inperatores excommunicauerunt. Nam si speciale aliquod de personis principum requiratur exemplum, B. Innocentius Papa Archadium inperatorem (quia consensit, ut S. Iohannes Crisostomus a sua sede pelleretur), excommunicauit. B. etiam Ambrosius, licet sanctus, non tamen uniuersalis ecclesiae episcopus, pro culpa, que aliis sacerdotibus non adeo grauis uidebatur, Theodosium Magnum inperatorem excommunicans ab ecclesia exclusit; qui etiam in suis scriptis ostendit, quod aurum non tam pretiosius sit plumbo, quam regia potestate sit altior ordo sacerdotalis, hoc modo circa principium sui pastoralis scribens: „Honor, fratres, et sublimitas episcopalis nullis poterit conparationibus adequari. Si regum fulgori conpares et principum diademati, longe erit inferius, quam si plumbi metallum ad auri fulgorem conpares, quippe cum uideas regum colla et principum submitti genibus sacerdotum, et osculata eorum dextera, orationibus eorum credant se communicari."

10) *Syn. Rom. IV.* (502) *c.* 3: „Non licuit laico (König Odoaker) statuendi in ecclesia praeter Papam Romanum habere aliquam potestatem, cui obsequendi manet necessitas, non auctoritas imperandi.

§. 12. 1) *Epistola syn. Aurelianens. I.* (511): *an Chlodovech:* Quia tanta ad religionis catho-

ziehungen des römischen Stuhles zur fränkischen Kirche[12. 13] lockerten sich, und die letzteren wurden erst durch Bonifacius wieder fester geknüpft. Mit der Theilung des fränkischen Reiches beginnt die kirchliche Reaction sich geltend zu machen, die einerseits in der Fälschung der *Pseudoisidorischen* Decretalen[14] wesentlich zu Tage tritt und andererseits in dieser einen bedeutenden Stützpunkt findet.

Drittes Capitel. Das Mittelalter.

§. 13. I. Der römische Primat.

Janus, a. a. O. Maassen, Freie Kirche S. 148 ff. vgl. Monumenta Gregoriana ed. Jaffé, Berl. 1865. Gfrörer, P. Gregor. VII. u. s. Zeitalter 1—7. Schaffhausen 1859—61. Reuter, Gesch. Alexander III. u. d. Kirche seiner Zeit, Leipzig 1—3. 1860—64. Hurter, Gesch. Innocenz III. 1—4. Hamburg 1835 ff.

Die pseudoisidorische Fälschung gipfelte in dem Satze von der Einheit

licae cultum gloriosa fidei cura vos excitat, ut sacerdotalis mentis affectu sacerdotes de rebus necessariis tractaturos in unum colligi iusseritis, secundum voluntatis vestrae consultationem et titulos quos dedistis ea quae nobis visum est definitione respondimus; ita ut si ea quae nos statuimus etiam vestro recta esse iudicio comprobantur, tanti consensu regis ac domini maiori auctoritate servandam tantorum firmet sententiam sacerdotum.

§. 12. 2) *Cap.* 742. *c.* 1: Statuimus per annos singulos synodum congregare ut nobis praesentibus canonum decreta et ecclesiae iura restaurentur.

3) *Bonifacius Brief an P. Zacharias* 742: Franci, ut seniores dicunt, plus quam per tempus LXXX annorum synodum non fecerunt.

4) *Divisio imperii* 817: Cum . . . more solito sacrum conventum et generalitatem populi nostri propter ecclesiasticas vel totius imperii . . . utilitates congregassemuss.

5) *C. Aurel. I.* (511) *c.* 4: De ordinationibus clericorum id observandum esse decrevimus, ut nullus saecularium ad clericatus officium praesumatur, nisi aut cum regis iussione aut cum iudicis voluntate.

6) *Formula Marculfi I,* 5 (*Rozière no.* 517): . . Et quia cognovimus sanctae recordationis domno illi, urbis illius antistite . . ab hac luce migrasse, de cuius successore sollicitudinem congruam sive cum pontificibus vel proceribus nostris plenius detractantes decrevimus inlustris viro . . . in ipsa urbo pontificale in Dei nomine committere dignitatem.

7) *Monach. S. Gallens. I,* 4: Audientes itaque palatini recessum episcopi semper casibus aut certe mortibus aliorum insidiantes, per familiares imperatori personas unusquisque morarum impatiens, et alter alteri invidentes sibimet acquirere satagebant.

8) *Bonifacius Brief an P. Zacharias* 742: Modo autem maxima ex parte per civitates episcopales sedes traditae laicis cupidis ad possidendum vel adulteratis clericis scortatoribus publicanis saeculariter ad perfruendum.

9) *Capit. Aquisgr.* 817. *c.* 2: Sacrorum canonum non ignari, ut in Dei nomine s. ecclesia suo liberius potiretur honore, adsensum ordini ecclesiastico praebuimus, ut scilicet episcopi per electionem cleri et populi secundum statuta canonum de propria diocesi, remota personarum et munerum acceptione, ob vitae meritum et sapientiae donum eligantur . . .

10) *Pelagius I. an Childebert ao.* 557: Venitus Rufinus vir magnificus legatus excellentiae vestrae confidenter a nobis . . . postulavit, quatenus vobis aut beatae recordationis papae Leonis tomum a nobis per omnia significare debuissemus aut propriis verbis nostrae confessionem fidei destinare. Et primum quidem petitionis eius partem quia facilior fuit . . . implevimus . . . Ut autem nullius deinceps, quod absit, suspicionis resideret occasio, etiam illam aliam partem quam memoratus vir ill. R. admonuit, facere mutavi, scilicet propriis verbis confessionem fidei quam tenemus exponens.

11) *Karl d. Gr. Instruction für Angilbert:* Iter tuum te adducente ad domnum Apostolicum Patrem nostrum, eum admoneas diligenter de omni honestate vitae suae et praecipue de sanctorum observatione canonum, de pia s. ecclesiae Dei gubernatione . . . Ingerasque ei saepius, quam paucorum honor ille quem praesentialiter habet, annorum, quam multorum est perpetualiter merces, quae datur bene laboranti in eo. Et de simoniaca subvertenda haeresi diligentissime suadeas ei.

12) *Gregor. I. ep. V,* 54: Oportunum esse perspeximus in ecclesiis qui sub regno praecellentissimi filii Childeberti regis sunt, secundum antiquam consuetudinem fratri nostro Virgilio Arelatensi episcopo vices nostras tribuere (vgl. §. 60. no. 3.).

13) Vgl. §. 69. no. 1.

14) *Ep. Pii Pseudoisidor. c.* 4: Episcopi autem a Deo sunt iudicandi qui eos sibi oculos elegit; nam a subditis aut pravae vitae hominibus non sunt arguendi vel accusandi aut lacerandi.

der Kirche und ihrer Unterwerfung unter das einheitliche Oberhaupt des Papstes[1. 2]. Sie leugnete jedes Recht eines Laien in kirchlichen Dingen. Wenn nun aber auch in der nächsten Zeit die deutschen Könige aus dem sächsischen Hause diese Theorien nicht ins Leben treten liessen[3], so bedurfte es doch nur eines schwächeren Trägers des imperium einerseits und thatkräftiger Päpste andererseits um jene Ideen, die der Kirche nie verloren gegangen waren, praktisch zu machen. Das erstere war der Fall unter *Heinrich IV.*, die letzteren fanden sich in *Gregor VII.*, *Alexander III.*, *Innocenz III.* Durch sie wurde der Schwerpunkt der kirchlichen Verfassung in den Papst verlegt[4-6], und alle bisher von ihm unabhängigen kirchlichen Organe, so wie jede Betheiligung der Laien in den Hintergrund gedrängt.

§. 14. II. Staat und Kirche.

Friedberg, De finium inter eccles. et civitatem regundor. iudicio quid medii aevi doctores et leges statuerint (Lipsiae 1861). Laurent, L'église et l'état, Bruxelles 1865. Derselbe, L'empire et la papauté (Bruxelles 1860).

Das so eben charakterisirte sogenannte Papalsystem musste in seinen

§. 13. 1) *Anaclet. Pseudois. ep.* 3. (*Dist.* 22. *c.* 2): Hec uero apostolica sedes caput et cardo (ut prefatum est) a Domino, et non ab alio constituta est; et sicut cardine ostium regitur, sic huius sanctae apostolicae sedis auctoritate omnes ecclesie (Domino disponente) reguntur.

2) *Vigilius Pseudois.* (*c.* 12. *C.* 2. *qu.* 6): Qui se scit aliis esse prepositum, non moleste ferat aliquem sibi esse prelatum. Ipsa namque ecclesia, que prima est, ita reliquis ecclesiis uices suas credidit largiendas, ut in partem sint uocatae sollicitudinis, non in plenitudinem potestatis. Unde omnium appellantium apostolicam sedem episcoporum iudicia, et cuncta maiorum negotia causarum eidem sanctae sedi reseruata esse liquet; presertim cum in his omnibus eius semper sit expectandum consultum, cuius tramiti si quis obuiare temptauerit sacerdotum, causas se non sine honoris sui periculo apud eandem sanctam sedem nouerit redditurum.

3) *Urk. Heinrichs III.:* Duo sunt quibus s. ecclesia Dei specialiter regitur: imperialis potestas et pontificalis auctoritas.

4) *Dictatus Gregorii VII.*: Quod Romana ecclesia a solo Domino sit fundata. Quod solus Romanus pontifex iure dicatur universalis. Quod ille solus possit deponere episcopos vel reconciliare. Quod legatus eius omnibus episcopis praesit in consilio etiam inferioris gradus et adversus eos sententiam depositionis possit dare. Quod illi soli licet pro temporis necessitate novas leges condere, novas plebes congregare, de canonica abbatiam facere et e contra divitem episcopatum dividere et inopes unire. Quod solus possit uti imperialibus insigniis. Quod solius papae pedes omnes principes deosculentur Quod illius solius nomen in ecclesiis recitetur. Quod hoc unum est nomen in mundo. Quod illi liceat imperatores deponere. Quod illi liceat de sede ad sedem, necessitate cogente episcopum transmutare. Quod de omni ecclesia, quocunque voluerit, clericum valeat ordinare. Quod ab illo ordinatus alii ecclesiae praeesse potest, sed non militare; et quod ab aliquo episcopo non debet superiorem gradum accipere. Quod nulla synodus absque praecepto eius debet generalis vocari. Quod nullum capitulum nullusque liber canonicus habeatur absque illius auctoritate. Quod sententia eius a nullo debeat retractari, et ipse omnium solus retractare possit. Quod a nemine ipse iudicari debeat. Quod nullus audeat condemnare apostolicam sedem appellantem. Quod maiores causae cuiuscunque ecclesiae ad eum referri debeant. Quod Romana ecclesia nunquam erravit nec in perpetuum, scriptura testante, errabit. Quod Rom. pontifex, si canonice fuerit ordinatus, meritis b. Petri indubitanter efficitur sanctus, testante s. Ennodo Papiensi episcopo, et multis s. patribus faventibus, sicut in decretis b. Symmachi papae continetur. Quod illius praecepto et licentia subiectis liceat accusare. Quod absque synodali conventu possit episcopos deponere et reconciliare. Quod catholicus non habeatur, qui non concordat Romanae ecclesiae. Quod a fidelitate iniquorum subiectos potest absolvere.

5) *Bernard. v. Clairvaux de considerat. II*, 8: Quis es? Sucerdos magnus, summus pontifex: Tu princeps episcoporum, tu haeres apostolorum, tu primatu Abel gubernatu Noe, Patriarchatu Abraham, ordine Melchisedech, dignitate Aaron, auctoritate Moses, potestate Petrus, unctione Christus.

6) *Zenzelinus in d. Glosse zu Extrav. Iohann. XXII. t.* 14. *c.* 4: Credere autem, dominum Deum nostrum papam, conditorem dictae decretalis sic non potuisse statuere prout statuit, haereticum censeretur.

logischen Consequenzen auch das Verhältniss von Staat und Kirche dahin normiren, dass einmal die Kirche frei sein sollte von jedem weltlichen Einfluss. Danach hat kein Laie an der Wahl des Papstes[1. 2], der über alles Irdische erhaben ist[3], oder der Bestellung eines Bischofes[4] wie irgend eines Geistlichen[6] — der irdischen Götter — sich zu betheiligen, kein weltlicher Fürst darf Synoden berufen[6], über Geistliche urtheilen[7-9], sie besteuern[10]. Dann aber hat andererseits der Staat in Allem der Kirche zu gehorchen. Denn jener ist an

§. 14. 1) *Gregor VII. bei Nicol. Aragon.*: Firmissime tene et nullatenus dubites, quod in electione Romanorum pontificum iuxta S. Patrum canonicas sanctiones regibus prorsus nihil est concessum et permissum.

2) *Iohann XXII. ao.* 1327: Praeterea legant isti homines pestiferi ystorias approbatas; quis unquam papa catholicus ab imperatore institutus fuit?

3) *Augustin. Triumphus summa de potest. papae: qu.* 6: Dicendum quod in praesenti vita appellari a papa ad Deum ridiculum est et frivolum . . Sententia pape et sententia Dei una sententia est . . Cum igitur appellatio semper fiat a minori iudice ad superiorem, sicut nullus est maior se ipso, ita nulla appellatio facta tenet a papa ad deum, quia unum consistorium est ipsius papae et ipsius Dei... videtur ergo quod appellare a papa ad Deum sit appellare contra Deum.

4) *c.* 22. *C. Constantinop.* 870 (*Dist.* 63. *c.* 1): Nullus laicorum principum uel potentum semet inserat electioni uel promotioni patriarchae, metropolitae, uel cuiuslibet episcopi, ne uidelicet inordinata et incongrua fiat confusio uel contentio, presertim cum nullam in talibus potestatem quemquam potestatiuorum uel ceterorum laicorum habere conueniat. *Et infra:* Quisquis secularium principum uel potentum, uel alterius dignitatis laicus aduersus communem ac consonantem atque canonicam electionem ecclesiastici ordinis agere temptauerit, anathema sit, donec obediat et consentiat, quicquid ecclesia de ordinatione atque electione proprii presulis se uelle monstrauerit.

5) *c.* 6. 7. *C. Roman.* 1059. (*C.* 16. *qu.* 7. *c.* 20): Per laicos nullo modo quilibet clericus aut presbiter obtineat ecclesiam nec gratis, nec precio. Nullus habitum monachi suscipiat, spem aut promissionem habens, ut abbas fiat.

6) *Catechism. Rom. P. II. de ordin. sacram. II.*: Nam cum episcopi et sacerdotes tanquam Dei interpretes et internuncii quidam sint, qui eius nomine divinam legem et vitae praecepta homines edocent, et ipsius Dei personam in terris gerunt; perspicuum est eam esse illorum functionem, qua nulla maior excogitari possit. Quare merito non solum Angeli, sed Dii etiam, quod Dei immortalis vim et numen apud nos teneant, appellantur.

7) *Ennodius libell. apologetic. pro Symmacho* (*Dist.* 17. *c.* 6): Concilia sacerdotum ecclesiasticis legibus quotannis decreta per prouincias, quia presentiam Papae non habent, ualetudinem perdiderunt. Legite insanissimi, aliquando in illis preter apostolici apicis sanctionem aliquid constitutum, et non de maioribus negotiis ad consultationem, si quid occurrerit prefatae sedis arbitrio fuisse seruatum?

8) *Innocenz III. lib.* 2. *ep.* 163: Cum esse vos Ecclesiae filios non negetis, aut liberam esse dicetis Ecclesiam, aut vos non negabitis esse servos, utpote nati fueritis ex ancilla, cum conditionem matris sequatur filius, secundum legitimas sanctiones. Pervenit autem ad audientiam nostram, quod vos Ecclesias publicis exactionibus et angariis aggravatis, et Clericos ad forum interdum trahitis seculare. Quia vero id in ecclesiasticae redundat libertatis injuriam universitati vestrae . . . mandamus . . . quatenus ab universis Ecclesiarum gravaminibus desistatis. . .

9) *C. v. Nimes.* (1096) *c.* 14: nullus . . . nec clericos, nec monachos in curiam suam ad saeculare cogat venire iudicium: quoniam hoc rapina esset et sacrilegium.

10) *Conc. v. Lavaux* (1368) *c.* 99: Quoniam frequenter contingit quod nonnulli iudices saeculares, Consules, iurisdictionem exercentes, ... ac domini temporales cognoscere quod ecclesiae, clerici ac personae ecclesiasticae pro terris, domibus, et possessionibus quas tenent, pro talliis et collectis ac exactionibus laicorum solvere et contribure teneantur, indebite et iniuste et contra canonicas sanctiones, ipsaque ecclesias, clericos, aut personas ecclesiasticas talliare, ac pro huiusmodi talliis, collectis, ac exactionibus compellere, et contra easdem ecclesias . . . executionem . . . facere temere, violenter et iniuste contra libertatem ecclesiasticam moliuntur ... idcirco praemissa omnia et singula fuisse et esse temeraria, violenta iniusta et iniqua et contra libertatem ecclesiasticam attentata decernimus . . . statuentes . . . quod talia attentantes et in iis dantes anxilium, consilium, opem, operam et iuvamen, vel favorem palam et publice vel occulte ipso facto sententiam excommunicationis incurrant.

und für sich sündig, die Fürsten vom Teufel abzuleiten[11]; nur indem sie den Einwirkungen der Kirche folgen[12], können sie die Seeligkeit erreichen, wie der Körper nur vernunftgemäss lebt, wenn er den Eingebungen der Seele Folge leistet[13. 14]. Die Richtigkeit dieser Lehre ist nicht nur historisch zu beweisen[15. 16], sondern auch in den Worten der heiligen Schrift selbst begründet[17-19]. So ist die ganze Welt als eine Einheit gedacht, welche unter der absoluten Herrschaft des Papstes steht[20-24].

§. 14. 11) *Gregor VII. ep. VIII*, 21: Quis nesciat: reges et duces ab iis habuisse principium, qui Deum ignorantes superbia, rapinis, perfidia, homicidiis, postremo universis pene sceleribus, mundi principe diabolo videlicet agitante, super pares, scilicet, homines dominare caeca cupidine et intolerabili praesumtione affectaverunt.

12) *Iohann v. Salisbury Policratic. IV*, 3: Est ergo princeps sacerdotii quidem minister, et qui sacrorum officiorum illam partem exercet, quae sacerdotis manibus videtur indigna.

13) *Innoc. III. Ep. XIX*, 18: Quanto dignior est anima corpore, tanto dignius est etiam sacerdotium quam sit regnum . . . Utrumque tam regnum quam sacerdotium institutum fuit in regno Dei, sed sacerdotium per ordinationem divinam, regnum autem per extorsionem humanam.

14) *Thomas v. Aquino de regim. princip. III*, 10: Sicut ergo corpus per animam habet esse virtutem et operationem, ita et temporalis iurisdictio principum per spiritualem Petri et successorum eius.

15) *Otto Frisingens. Chronic. III*, 3: Ex hinc Romana ecclesia occidentalia regna tanquam sui iuris a Constantino sibi tradita affirmat . . .

16) *Gregor. VII. ep. VIII.* 21. (1081): Alius item Romanus Pontifex, Zacharias videlicet regem Francorum non tam pro suis iniquitatibus, quam pro eo, quod tantae potestati non erat utilis, a regno deposuit, et Pipinum, Karoli Magni inperatoris patrem, in eius loco substituit, omnesque Francigenas a iuramento fidelitatis absoluit. Quod etiam ex frequenti auctoritate saepe agit sancta ecclesia, cum milites absoluit a uinculo iuramenti, quod factum est his episcopis, qui apostolica auctoritate a pontificali gradu deponuntur. Et beatus Ambrosius licet sanctus, non tamen universalis ecclesiae episcopus, pro culpa, quae ab aliis sacerdotibus non adeo gravis videbatur, Theodosium Magnum imperatorem excommunicans ab ecclesia exclusit.

17) *Innocenz III.* (c. 6. X. *de maiorit. et ob.* 1, 33): Ad firmamentum . . coeli, hoc est universalis ecclesiae fecit Deus duo magna luminaria, i. e. duas magnas instituit dignitates, quae sunt pontificalis auctoritas et regalis potestas. Sed illa quae praeest diebus, i. e. spiritualibus maior est, quae vero noctibus, i. e. carnalibus, minor, ut quanta est et inter solem et lunam, tanta et inter pontifices et reges differentia cognoscatur.

18) *Glosse dazu im Corp. iur.:* Igitur cum terra sit septies maior luna, sol autem octies maior terra, restat ergo, ut pontificalis dignitas quadragies septies sit maior regali dignitate. Laurentius hic adducit dictum Ptolemaei. Manifestum est, quod magnitudo Solis continet magnitudinem terrae centies et quadragies septies et duas medietates eius. Item palam est, quod magnitudo solis continet magnitudinem lunae septies millies, et septingies et quadragies quater et iusuper eius medietatem. Item dicit, quod terra continet magnitudinem lunae trigesies septies. Ioannes Andreas dicit, quod ratione non capio astrologis relinquo.

19) *Bonifaz VIII. Bulle Unam sanctam* (c. 1. *in Extrav. comm.* 1, 8.): In hac eiusque (sc. Petri) potestate duos esse gladios, spiritualem videlicet et temporalem, evangelicis dictis instruimur. Nam dicentibus apostolis: „ecce gladii duo hic," in ecclesia scilicet, quum apostoli loquerentur, non respondit Dominus nimis esse, sed satis. Certe qui in potestate Petri temporalem gladium esse negat, male verbum attendit Domini proferentis: „Converte gladium tuum in vaginam." Uterque ergo est in potestate ecclesiae, spiritualis scilicet gladius et materialis. Sed is quidem pro ecclesia ille vero ab ecclesia exercendus. Ille sacerdotis, is manu regum et militum, sed ad nutum et patientiam sacerdotis.

20) *Gregor VII. ep.* 4, 24: Si enim coelestia et spiritualia sedes b. Petri solvit et iudicat, quanto magis terrena et secularia.

21) *Gerhohus de corrupt. eccl. statu:* Denique in omni militum vel civium guerra et discordia, vel pars altera iusta, et altera iniusta, vel utraque invenitur iniusta. Cuius rei veritatem patefacere debet sacerdotalis doctrina, sine cuius censura nulla bella sunt movenda.

22) *Iohannes v. Salisbury Metalog. IV*, 42: Ad preces meas (Hadrianus IV.) illustri regi Anglorum, Henrico II., concessit et dedit Hiberniam iure hereditario possidendam . . . Nam omnes insulae, de iure antiquo, ex donatione Constantini, qui eam fundavit et do-

§. 15. III. Die Reaction.

Hübler, D. Constanzer Reform. u. d. Concordate v. 1418, Leipzig 1867. Schwab, Joh. Gerson, Würzburg 1858. Tschackert, Peter v. Ailli, Gotha 1877. Vogt, Enea Silvio de' Piccolomini als P. Pius II. und sein Zeitalter 1—3, Berlin 1857—63. Pückert, D. kurfürstliche Neutralität während d. Basler Conc. Leipzig 1858. Koch, Sanctio pragmatica Germanor. illustr. Argentorat. 1789. — Hahn, Gesch. d. Ketzer im Mittelalter 1—3. Stuttgart 1845—50. Hoffmann, Gesch. d. Inquisition, Bonn 1878 Bd. 1. — Friedberg, De finium l. c. Derselbe, In Zeitschr. f. K.-R. VIII, 76 ff. Riezler, D. literar. Widersacher d. Päpste z. Zeit Ludw. d. Baiern, Leipzig 1870. Müller, D. Kampf Ludw. d. Baiern mit d. römischen Kurie Bd. 1. Tübingen 1879.

Das Papalsystem war ideal gedacht, deshalb aber in der Welt der Realitäten nicht zu verwirklichen. Der zum Gott gestempelte Clerus mit dem Papste an der Spitze konnte die Menschennatur nicht abstreifen, und die von ihm in Anspruch genommene Schrankenlosigkeit führte zum Verfall und Verderb der kirchlichen Institutionen[1-7]. So war es erklärlich, dass sich eine

tavit, dicuntur ad Romanam ecclesiam pertinere.

§. 14. 23) *Gregor XI.* 1376: Bona quorumcunque Florentinorm, ubicunque existentium, immobilia ... confiscamus et personas ipsorum omnium et singulorum absque tamen morte seu membri mutilatione exponimus fidelibus, ut capientium fiant servi.

24) *Bulle Alex. VI. v.* 4. *Mai* 1493: Motu proprio, non ad vestram, vel alterius pro vobis super hoc nobis oblatae petitionis instantiam, sed de nostra mera liberalitate et ex certa scientia ac de Apostolicae Potestatis plenitudine, omnes insulas et terras firmas inventas et inveniendas, detectas, et detegendas versus Occidentem et meridiem, fabricando et constituendo unam lineam a Polo Arctico scilicet septentrione, ad Polum Antarcticum scilicet meridiem, ita quod omnes insulae et terrae firmae repertae et reperiendae, detectae et detegendae a praefata linea versus occidentem et meridiem per alium Regem aut Principem christianum non fuerint actualiter possessae, usque ad diem Nativitatis Domini nostri Jesu-Christi proxime praeteritum, a quo incipit annus praesens millesimus quadringentesimus nonagesimus tertius quando fuerunt per Nuntios et Capitaneos vestros inventae aliquae predictarum insularum Auctoritate Omnipotentis Dei nobis in Beato Petro concessa ac Vicariatus Jesu-Christi quo fungimur in terris, cum omnibus illarum Dominiis, Civitatibus, Castris, Locis et Villis iuribusque et iurisdictionibus ac pertinentiis universis vobis heredibusque, et successoribus vestris Castillae et Legionis Regibus in perpetuum, tenore praesentium donamus, concedimus et assignamus vosque et haeredes, ac successores praefatos illorum Dominos cum plena libera et omnimoda potestate, auctoritate, et iurisdictione facimus constituimus et deputamus.

§. 15. 1) *Walther v. d. Vogelweide:*

nu seht ir waz der pfaffen werc und waz ir lêre sî.
ê daz was ir lêre bi den werken reine
nu sint si aber anders so gemeine
daz wirs unrehte wurken sehen, unrehte hoeren sagen,
die uns guoter lêre bilde solden tragen,
des mugen wir tumbe leien wol verzagen.

2) *Guil. Durandi de modo celebr. gener. concil. II*, 20: Cum illa decreta in quibus agitur de simonia ... non serventur, et maxime in curia Romana.

3) *Gravamina nationis German.* 1510. *c.* 21: Nec minus illud in Romana Curia hucusque observatum est, ut gratiae, reservationes pectorales, mentales, generales, speciales, regressus, accessus, incorporationes, uniones, et concordata, quod suis vocant excogitatis nominibus, ob pecuniae et privati lucri amorem super beneficiis, ac praelaturis ... Curtisanis a sede Romana concederentur. Neque hoc contentus fuit habendi sceleratus amor; quia et ea ipsa beneficia ac praelaturae praedictae, societatibus mercatorum potentum aere cum onere census mediocris, sed ita ut dehinc latius venderentur, conceduntur. Qua subtili practica atque technica factum est, quod plurima aut certe pinguium beneficiorum magna, si non maxima portio, ex Germanorum manu Romam est translata, quae beneficia hinc idiotis, inidoneis, ac inhonestis etiam personis, non raro sunt collata, et quidem nec Germanis sed barbaris, qui germanam linguam neque intelligant neque loquantur.

4) *Peter v. Cugnières i. J.* 1329: Item si gentes regiae ... ceperunt aliquem malefactorem latronem vel homicidam, qui tonsuram deferat clericalem, eumque restituant penes ipsos Praelatos, idemque malefactor satis cito post modum expeditur, licet cognoverit factum suum, et licet aliqui laici qui cum eo fuerint socii in maleficio propter hoc iustitiati fuerint.

5) *Gravam. nation. Germ.* 1570 *c.* 34: Item Romae ceterisque in locis per Archiepiscopos, ac episcopos aut certe eorum ecclesiasticos iudices multi Christianorum ob causas prophanas, ob pecuniae denique ac turpis questus amorem excommunicentur.

Reaction erhob und zwar von drei Seiten her. I. Je mehr das Papalsystem alles auf die Person des Papstes abgestellt hatte, um so mehr musste seine Untauglichkeit für die Kirche in die Augen springen, als das Schisma die Kirche erfasste. Die Nothwendigkeit, ein Organ über den Päpsten zu haben wurde empfunden und dieses in dem allgemeinen Concil gesucht[8]. Diese sogenannte episkopalistische Richtung beherrschte die Synoden von *Pisa* (1409), *Costnitz* (1414—18) und *Basel* (1431—43); die Decrete dieser letzteren[9] wurden freilich auf dem *Mainzer Fürstentage* i. J. 1439[10] recipirt, aber die ganze Bewegung fand in dem Concordate von 1448 einen für Deutschland erfolglosen Abschluss[11]. II. Zahlreiche ketzerische Sekten entstanden, die in ihren Lehren[12-14] wesentlich von dem allgemein empfundenen[15] Hasse gegen den Clerus ausgingen, die aber durch die neue Einrichtung der *Inquisition*[16] unschädlich

§. 15. 6) *Fastnachtspiel von dem Elslin trag den Knaben:*

Sun das wir die Sach verlieren
Und dann gen Rom appellieren,
So ist es in unserm vermögen nit,
Wenn diesem Volk ist wol darmit
Dass man den handel trolt und trybt
Dass uns nit ein haller blybt.
Wir kämind des an bettelstab.

7) *Gravam. nation. Germ.* 1510 *c.* 28: ... Postquam laicorum Imperii statuum maiores ecclesias, monasteria, ceterasque religiosas domus, per Germaniam, ... ita ampliter atque hoc pacto dotarunt, divitiisque auxerunt, quod iam laici ipsi vix tertiam aut quartam partem in bonis temporalibus possident.

8) *Ioh. Gerson de unitate ecclesiae* (1409) *considerat.* 2: Unitas ecclesiae essentialis semper manet ad Christum sponsum suum, nam caput ecclesiae Christus ... Et si non habet vicarium, dum scilicet mortuus est corporaliter vel civiliter, vel quia non est expectandum, quod unquam sibi vel successoribus suis obedientia praestetur a Christianis; tunc ecclesia tam divino quam naturali iure, cui nullum obviat ius positivum rite intellectum, potest ad procurandum sibi vicarium unum et certum semet congregare ad consilium generale, repraesentans eam, et hoc non solum auctoritate dd. Cardinalium, sed etiam adiutorio et auxilio cuiuscumque principis vel alterius christiani.

9) *Decret. C. Basileens. tit.* 1. §. 2: ... Quod ipsa synodus .. generale concilium faciens et ecclesiam militantem repraesentans potestatem immediate a Christo habet, cui quilibet cuiuscunque status vel dignitatis, etiamsi papalis existat, obedire tenetur in his, quae pertinent ad fidem ... et ad generalem reformationem ecclesiae Dei in capite et in membris.

10) *Acceptationsurk. v.* 26. *März* 1439: Per oratores Romani regis, Principes Electores hic presentes, aliorumque Electorum sacri Imperii et Alamaniae Metropolitanorum absentium Oratores, Decreta s. Basiliensis Concilii, acceptamus, cum omni honore reverentia et devotione, qua decet, salvis tamen in quibusdam ex eis declarationibus, modificationibus ac limitationibus nostre Germ. nacioni ac cuilibet nostrum singulariter in suis provinciis, dyocesibus seu territoriis congruentibus et accommodis factis et fiendis, suis loco et tempore oportunis exprimendis, ac per sacrum Concilium decretandis.

11) *Calixt. III.* 1417 *an Friedr. III.:* Quinimo quamvis liberrima sit Apost. sedis auctoritas, nullisque debeat pactionum vinculis coerceri; ex mera tamen liberalitate nostra, ex zelo quem gerimus ad pacem, ex caritate qua te tuamque nationem prosequimur, concordatis ipsis locum esse volumus.

12) *Pseudo-Reiner.* (Max. Bibl. Patr. 25, 265): Item dicunt (Waldenser) quod omnis homo laicus sit bonus sacerdos, sicut Apostoli laici erant.

13) *Conrad. de Monte contra Begehardos* (M. Bibl. 25, 310): Blasphemant insuper sacerdotium Christi praesbyteros in Ecclesia Dei, Deifices, quasi Deum facientes, illusive seu derisorie nominando.

14) *Wycliffe Brev. Censur.* (Mansi 28, 26): Contra sacram scripturam est, quod viri ecclesiastici habeant possessiones.

15) *Berliner Stadtbuch* (*Fidicin Beitr.* 1, 174): Priester und leigen werden leider selden gude frunt. Dat komt von der papen gyrichkeit und unkuschheit, wen die unkuschheit sy let, so hebben sy yn sik alle gyrichkeit. Den gyrigen hatet man sere.

16) *Innoc. IV.* 1257: Anathematizamus et excommunicamus omnes haereticos ... quibuscunque nominibus censeantur, facies quidem habentes diversas, sed caudas ad invicem colligatas ... Damnati vero per ecclesiam saeculari iudicio relinquantur animadversione debita puniendi. .... Qui autem inventi fuerint sola suspicione notabiles, nisi iuxta considerationem suspicionis, qualitatemque personae propriam innocentiam con-

gemacht wurden. III. Selbst der mittelalterliche Staat konnte sich in seiner Entfaltung nicht durch die Kirche verkümmern lassen; und wenn auch die theoretische Opposition gegen das Papalsystem, die zu Gunsten des Staates von zahlreichen Schriftstellern, unter denen *Marsilius v. Padua* hervorragt, ausging, keine klaren Ziele verfolgte[17-19] und darum keinen Erfolg hatte, so trat doch die Gesetzgebung aller Länder und die Thatkraft der Obrigkeiten für die staatlichen Befugnisse ein[20-29]. Ja die Sorge für die Kirche selbst musste dazu führen[30], dass der Staat die Reformation derjenigen kirchlichen Institutionen übernahm, die die Kirche auszuführen unterliess.

grua purgatione monstraverint, anathematis gladio feriantur, et usque ad satisfactionem condignam ab omnibus evitentur: ita quod si per annum in excommunicatione perstiterint, ex tunc velut haeretici condemnentur.

§. 15. 17) *Dante de monarchia III*, 11: Propter quod opus fuit homini duplici directivo, secundum duplicem finem: scilicet summo pontifice, qui secundum revelata humanum genus perduceret ad vitam aeternam; et Imperatori, qui secundum philosophica documenta genus humanum ad temporalem felicitatem dirigeret. ... Quae quidem veritas ... non sic stricte recipienda est, ut Roman. princeps in aliquo Roman. Pontifici non subiaceat; quum mortalis ista felicitas quodammodo ad immortalem felicitatem ordinetur. Illa igitur reverentia Caesar utatur ad Papam, qua primogenitus filius debet uti ad patrem; ut luce paternae gratiae illustratus, virtuosius orbem terrae irradiet, cui ab Illo solo praefectus est, qui est omnium spiritualium et temporalium gubernator.

18) *Occam octo quaest. qu.* 8. *c.* 5: Sicut in corpore naturali, uno membro deficiente, aliud, si aliquo modo potest, supplet defectum ipsius: .. sic papa et clerici deficientibus laicis, se debent secularibus reipublicae necessariis immiscere, ab aliis tamen, quae possunt a laicis expediri abstinere tenentur.

19) *Marsilius Patavin. Defens. pacis II. c.* 5: Principes enim ministri sunt Dei, ut dixit Apostolus, nec dixit ministri nostri sunt, vel Cephae aut alterius apostoli. Et ideo nec in iudicio coactivo subiecti alicui episcopo vel presbytero, sed magis econverso.

20) *Landes-Ordn. Iohanns v. Cleve* 1486: Ut nulla mandata seu precepta quorumcunque iudicum Apostolicorum vel Ordinariorum ad se reciperent ... quovis modo in causis secularibus vel prophanis.

21) *Sachsp. III*, 63. §. 2: Ban scadet de sele unde ne nimt doch niemanne den lief, noch ne krenket niemanne an lantrechte noch an lenrechte, dar ne volge des koninges achte na.

22) *Tentzel hist. Goth.* 93. *ao.* 1328: Wollten auch desshalben in drey Jahren weder leuten noch singen. Da verböth Landgraff Friedrich dass man ihnen nichts zuführen und tragen musste, und wollte sie im Prediger Kloster verphälen, da sungen sie wieder.

23) *Ludwig v. Hessen* 1444: Geschee es aber, dass unser Schultheiss und der Rath zu Cassel erkennten, dass einer mit unrechte zu Banne kommen were, dem adder den sollten sie zu seinen Rechten beystendig sein, gen den Jhenen der In also mit Unrecht zu Banne brecht hett.

24) *Albrecht Achilles Markgr. v. Brandenburg:* Wie that Sebastian v. Seckendorf, da ein Sterb war zu Kulmbach und der Bischûf Interdict einlegte? Er liess die Todten dem Pfarrherrn ins Haus tragen. Wollte er den Gestank nit leiden und die nachfolgende Besorgniss, er musste sie wohl begraben lassen.

25) *Herz. Georg v. Baiern* 1491: Es sol auch darzu niemants gestattet werden ainich preves bullen oder anders in unserm Land an die Kirchthür oder ander ende heymlich noch offenlich on unserer willen und wizzen anzeschlagen oder zu verkünden, wer aber dasselbig täte, der sol darumb von Stunde an von unsern amptleuten angenommen und uns fürderlich zupracht werden, mit denselben zu handeln als frävelichen verachter unsers gepots.

26) *Sachsp. I.* 3: .. Wende de paves ne mach nen recht setten, dar he unse lantrecht oder lenrecht mede ergere.

27) *Eisenacher Rechtsbuch I*, 85: Man sal in witpilde wedir pfaffin, noch geistlichin luten, noch gesten erbegud, noch zcinsgud ane erbeguthen, voreygen, daz in der stete witpilde und gerichte lied. Daz en sal wedir rad noch gerichte loube zcu gebin.

28) *Göttinger Statut.* 1354: Welk pape hir wonet eder lyt an unse rechten parerne de de hir hebbet gut, edder gulde, dat se von ervetale is anghevallen, dat in der statt rechte lyt dat scholle se vorschoten.

29) *Urk. Herz. Georg v. Sachsen* 1537: Das ist es dass mich zur Visitation geursacht hat, nicht um meines Nuzes willen, sondern vorzukommen und zu erhalten was zum gestifften gehoret.

30) Dux Cliviae papa est in suis terris.

Viertes Capitel. Die neuere Zeit.

§. 16. I. Das Concil von Trient und die Fortentwickelung des Papalsystems.

Ranke, Die römischen Päpste, ihre Kirche u. ihr Staat im XVI. u. XVII. Jahrh. 1—3. Leipzig 1874. Schulte, Die Macht d. römischen Päpste, Prag 1871. (Moser), Gesch. der päpstl. Nuncien in Deutschland 1. 2. Frankf. und Leipzig 1788.

Die conciliare Bewegung des XV. Jahrhunderts hatte die gehofften Früchte nicht gebracht, und ihr Grundprincip wurde in dem *Lateran Concile* von 1512 geradesweges verworfen. Die Lostrennung grosser Ländermassen von der katholischen Kirche, welche durch die unmittelbar darauf folgende Reformation bewerkstelligt wurde, veranlasste den Episkopat sich wieder einmüthig unter die einheitliche Führung des Papstes zu stellen. Zwar sprach das *Concil von Trient* (1545—63) sich nicht direct für das Papalsystem aus, aber indem es seine Beschlüsse der Bestätigung des Papstes unterbreitete[1], erkannte es doch die Obergewalt des letzteren über das Concil an, wie denn diese Beschlüsse selbst, welche dem Organismus der Kirche dem Protestantismus gegenüber eine neue Festigung gaben, die gehegten Reformhoffnungen aber wenig erfüllten, durch directe Einwirkung von Rom hergestellt worden waren. So erhielt das Papalsystem frische Stärkung, und erhob seine Ansprüche durch den neuen *Jesuitenorden* energisch vertreten dem Staate gegenüber unverändert weiter[2-7], in Deutschland ohne Seitens des Episkopates einen

§. 16. 1) *Sessio XXV. Conc. Trident.:* Illustrissimi domini reverendissimique Patres, placetne vobis, ut at laudem Domini omnipotentis . . . omnium et singulorum, quae tam sub. fel. rec. Paulo III. et Julio III., quam sub sanctissimo domino nostro Pio IV. Rom. pontiff. in eo decreta et definita sunt, confirmatio nomine sanctae huius synodi per apostolicae sedis legatos et praesidentes a beat. Rom. Pontif. petatur? Responderunt: Placet (vgl. §. 72. no. 6.).

2) *Bellarmin de pontif. Rom. IV*, 5: Si papa erraret, praecipiendo vitia, vel prohibendo virtutes, tenetur ecclesia credere, vitia esse bona et virtutes malas, nisi velit contra conscientiam peccare.

3) *Paul III. Bulle Eius qui* 1538 *sect.* 16 (gegen Heinrich VIII. von England.): Et tam eos, quam ipsorum subditos et vassallos, ac civitatum, terrarum, castrorum, oppidorum, villarum, et locorum suorum incolas et habitatores aliasque omnes et singulas personas supradictis mandatis nostris ut praefertur, non obtemperantes, et quae praefatum Henricum regem postquam censuras et poenas praedictas incurrerit, in dominum quomodolibet etiam de facto recognoverint, vel ei quovis modo obtemperare praesumpserint, aut qui eum, ac complices, fautores, adhaerentes, consultores, sequaces, ac alios non obtemperantes praedictos, ex regno et dominiis praedictis, ut praefertur, expellere noluerint, ubicunque eos invenerint, eorumque bona, mobilia et immobilia, mercantias, pecunias, navigia, credita, res, et animalia, etiam extra territorium dicti Henrici regis ubilibet consistentia, capiant. Nos enim bona, mercantias, pecunias, navigia, res et animalia praedicta sic capta, in proprios eorum usus convertendo, eisdem authoritate scientia, et potestatis plenitudine, plenariam licentiam, facultatem et auctoritatem concedimus, illa omnia ad eosdem capientes plenarie pertinere et spectare et personas ex regno, et dominiis praedictis originem trahentes, seu in illis domicilium habentes, aut quomodolibet habitantes, mandatis nostris praedictis non obtemperantes, ubicunque eos capi contigerit, capientium servos fieri decernentes.

Pius. Regnans in excelsis. 1570: . . . Nos, multiplicantibus aliis atque aliis super alias impietatibus, et facinoribus, et praeterea fidelium persecutione, religionisque afflictione, impulsu et opera datae Elisabeth quotidie magis ingravescente; quoniam illius animum ita obfirmatum atque induratum intelligimus, ut non modo pias Catholicorum Principum de sanitate et conversione, preces, monitionesque contempserit, sed ne hujus quidem sedis ad ipsam hac de causa nuncios in Angeliam traiicere permiserit; ad arma iustitiae contra eam de necessitate conversi, dolorem lenire non possumus, quod adducamur in unam animadvertere, cuius maiores de Republica Christiana tantopere meruere. Illius itaque auctoritate suffulti, qui nos in hoc supremo Iustitiae throno, (licet tanto oneri impares) voluit collocare, de Apostolicae po-

Widerspruch zu erfahren. Ebenso suchte der Papst durch Errichtung von

testatis plenitudine declaramus praedictam Elisabeth Haereticam, haereticorumque fautricem, eique adhaerentes in praedictis, anathematis sententiam incurrisse, esseque a Christi corporis unitate praecisos. Quin etiam ipsam praetenso Regni praedicti jure, necnon omni et quocunque dominio, dignitate privilegioque privatam. Et etiam Proceres, subditos et populos dicti Regni, ac caeteros omnes qui illi quomodocunque iuraverunt, a iuramenti huiusmodi, ac omni prorsus dominii, fidelitatis, et obsequii debito, perpetuo absolutos, prout nos illos praesentium auctoritate absolvimus, et privamus eandem Elizabeth praetenso iure Regni, aliisque omnibus supradictis. Praecipimusque et interdicimus universis et singulis proceribus, subditis, populis, et aliis praedictis, ne illi eiusve monitis, mandatis et legibus audeant obedire. Qui secus egerint, eos simili Anathematis sententia innodamus.

§. 16. 4) *Urban VIII.* 1627 *Pastoralis Rom. pontif. vigilantia:* Es wird das Anathem ausgesprochen über: omnes qui in terris suis nova pedagia seu gabellas, praeterquam in casibus sibi a iure seu ex speciali licentia sedis apostolicae permissis imponunt, ... qui ex eorum praetenso officio ... personas ecclesiasticas ... coram se ad suum tribunal vel Parlamentum praeter iuris canonici dispositionem trahunt ... nec non ... qui decreta publicaverint ... unde libertas ecclesiastica tollitur, qui iurisdictiones seu fructus ... et reditus ad Nos et sedem ap. et quascunque ecclesiasticas personas, ratione Ecclesiarum ... pertinentes usurpant, vel etiam ... sequestrant, qui ..., onera Clericis ... ac eorum et Ecclesiarum ... bonis ... absque expressa Rom. Pont. speciali et expressa licentia imponunt ... cuiuscunque sint praeeminentiae ... etiamsi Imperali aut regali praefulgeant dignitate, quoscunque Magistratus ... quomodolibet se interponentes in causis capitalibus seu criminalibus contra personas ecclesiasticas ... sine speciali, specifica et expressa huius s. Sedis ap. licentia ... Caeterum a praedictis sententiis nullus per alium quam per Rom. Pontificem, nisi in mortis articulo constitutus, nec etiam tunc, nisi de stando ecclesiae mandatis et satisfaciendo cautione praestita absolvi possit ... Universis et singulis Patriarchis ... Episcopis et locorum ordinariis et Praelatis ... mandamus, ut ... praesentes literas, postquam eas receperint, ... semel in anno, aut si expedire viderint etiam pluries, in Ecclesiis suis, dum in eis maior populi multitudo ad divina convenerit, solemniter publicent ...

5) Jacob I. von England erklärt sich bereit den Papst anzuerkennen, s'il vouloit laisser la prétention, que les papes ont toujours eue de pouvoir déposer les rois de leur état. Paul V. erklärt: ne le pouvoir faire sans être tâché d'hérésie 1609. — *Notices et extraits des Manuscrits de la bibliothèque nationale VII, II,* 310.

6) *Innoc. X. Zelo dom. dei* 1648: ... predictos ... pacis ... articulos, ceteraque in dictis instrumentis contenta, quae cath. religioni, divino cultui, animarum saluti, eidem Sedi Ap. Rom. et inferioribus ecclesiis ac ordini et statui ecclesiastico, illorumque personis, membris, rebus, bonis, iurisdictionibus, auctoritatibus, inmunitatibus, libertatibus, privilegiis, praerogativis et iuribus quibuscunque quomodolibet officium seu praeiudicium etiam minimum afferunt, aut inferre, seu intulisse, et alias, nocere, seu nocuisse quoquomodo dici, intelligi, praetendi, vel censeri possent, cum omnibus inde secutis, et quandocumque sequendis ipso iure nulla, irrita, invalida, iniusta, damnata, reprobata, inania, viribusque et effectu vacua omnia fuisse, esse et perpetuo fore, neminemque ad illorum, et cuiuslibet eorum, etiamsi iuramento vallata sint, observantiam teneri, neque ex illis cuiquam aliquod ius, vel actionem, aut titulum coloratum, vel causam praescribendi, etiam longissimi et immemorabilis temporis possessio, seu quasi possessio, etiam citra ullam interpellationem seu interruptionem subsequatur, acquisitum fuisse, nec esse, minusve ullo tempore acquiri et competere posse, neque ulla ullum statum facere vel fecisse, atque perinde ac si nequaquam emanassent pro non extantibus et non factis perpetuo haberi debere, tenore praesentium decernimus.

7) *Clemens XI. orat. consistoriales* 6 (1701): Innotuit nobis ... Fridericum Marchionem Brandenburgensem nomen et insignia regis Prussiae, profano prorsus ac forte inaudito hactenus apud Christianos more, omni ecclesiae auctoritate contempta nec sine gravi antiqui iuris, quod in ea provincia sacro ac militari Teutonicorum Ordini competit irritatione, sibi publice arrogasse. Hoc sane factum, quantum apost. sedi iniuriosum, quantum sacris canonibus, quibus haereticum principem antiquis potius cadere, quam novis augeri honoribus constitutum est, adversum fuerit ... explicare supervacaneum ducimus. Scire tamen Vos volumus, Nos ... Catholicos principes ... admonuisse, ne ... venerabilem sacramque regiam dignitatem, quae ut Dei singulare munus agnosci veraeque columen religionis atque ornamentum esse debet, in Acotholico principe vilescere patiantur.

Nuntiaturen die etwa noch vorhandenen Rechte des Episkopates zu vernichten[8], und durch Ueberwachung der Literatur jede wissenschaftliche Opposition zu tödten[9. 10].

§. 17. II. Das Episkopalsystem.

Loyson, L'Assemblée du clergé de France, Paris 1870. Laurent, Van Espen, Bruxelles 1860. Mejer, Zur Gesch. d. röm.-deutschen Frage 1—3. (Rostock 1871—74). Friedberg, Gränzen a. a. O. Stigloher, Die Errichtung d. päpstl. Nuntiatur in München u. d. Emser Congress, Regensb. 1867.

I. In *Frankreich* waren die episkopalistischen Ergebnisse des Baseler Concils in der pragmatischen Sanction von *Bourges* (1438)[1] fixirt, auch nach deren päpstlicher Verurtheilung[2] in dem zwischen *Franz I.* und der römischen Curie abgeschlossenen Concordate (1576) gerettet worden[3]; sie empfingen, da die Publication der Trienter Disciplinar-Beschlüsse staatlicher Seits nicht zugelassen wurde[4] in den vier Artikeln des gallikanischen Klerus[5]

§. 16. 8) *Schreiben d. Erzb. v. Mainz a. d. Papst v. 1. Dec.* 1788: Meminerit igitur Sanctitas tua, quantos in ecclesia Germanica motus primus de novo nuntio Monachium destinando rumor excitarit, quid non egerint Archiepiscopi et aliqui episcopi germanici propositis Romae gravissimis rationibus reverentia et energia plenis, qui quidem ius primatui annexum legatos, ubi ecclesiae salus id exigit, mittendi haud infitiabantur, sed eosdem iurisdictione ordinaria stabili muniri posse negabant.

9) *Leo X. in Concil. Lateran.:* Statuimus quod de cetero perpetuis futuris temporibus nullus librum aliquem, seu aliam quamcunque scripturam . . . inprimere seu inprimi facere praesumat, nisi prius in Urbe per vicarium nostrum et sacri palatii magistrum, in aliis vero civitatibus et dioecesibus per episcopum vel alium habentem peritiam scientiae libri seu scripturae huiusmodi inprimendae ab eodem episcopo ad id deputandum, ac inquisitorem haereticae pravitatis civitatis sive dioecesis, in quibus librorum huiusmodi impressio fieret, diligenter examinentur et per eorum manu propria subscriptionem . . . approbentur.

10) *Index libror. expurgandor. Romae* 1607, *praefatio:* Certe non erit posthoc opus huiusmodi libros habentibus (quod ante non sine stomacho facere conati sumus) auferre si modo iis iuxta nostras censuras emendatis, quam incorrectis, ut antea pertinaciter uti maluerint.

§. 17. 1) *Sanctio pragmatica Caroli VII.* 1438: 2. Basiliensis Concilii auctoritas et ipsius constantia Decretorum perpetua esto. Quae nemo unquam, nec ipse Romanus Pontifex tollere, infirmare aut transferre praesumito. 6. Rom. Pontifex, quem sanctitatis normam prae se ferre oportet, huic Sanctioni nequaquam derogato. 8. Universali synodo eiusque definitionibus et decretis, omnis Catholicus, etiam Romanus pontifex, eatenus obedito, quatenus fides et schismatum explodenda seditio postulat.

2) *Leo X. Bulle Pastor aeternus*: Attendentes pragmaticam sanctionem vel potius, ut dictum est corruptelam, schismatis tempore a non habentibus potestatem editam . . . auctoritatem, libertatem ac dignitatem dictae sedis violare ac diminuere, . . . ipsamque notorie nullitati subiacere, nullius nisi alicuius temporis seu potius tolerantiae cuiusdam adminiculo fulciri . . . ab eiusdem . . . sanctionis extirpatione . . . abstinere seu desistere non posse iudicamus.

3) *Franz I. an das Parlament* 1518: Obnixis precibus ab eo (Leo X.) contendimus, ut si pragmaticae nomen omnino esset abrogandum, saltem vice illius . . . certas Nobis leges . . . meditari . . . liceret, quibus Imperium nostrum . . . inposterum uteretur, quod ad ea quidem pertinet quae Sanctione pragmatica condebantur . . . ita confecta temperataque sint ea conventa, ut pleraque pragmaticae sanctionis capita firma nobis posthac rataque futura sint.

4) *Antwort des Königs von Frankreich auf die Bitte des Clerus um Publication des Trient. Concils* 1606: Le Roy ne peut passer outre à la publication du Concile pour les mêmes raisons et considérations, qui ont retenu ses Prédécesseurs.

5) *Declaratio cleri gallicani* 1682: I. B. Petro eiusque successoribus Christi vicariis ipsique ecclesiae rerum spiritualium et ad aeternam salutem pertinentium, non autem civilium ac temporalium a Deo traditam potestatem, dicente Domino: Regnum meum non est de hoc mundo . . . . . Reges ergo et principes in temporalibus nulli ecclesiasticae potestati Dei ordinatione subiici, neque auctoritate clavium ecclesiae directe vel indirecte deponi, aut illorum subditos eximi a fide atque obedientia, ac praestito fidelitatis sacramento solvi posse, eamque sententiam

(1682) eine officielle Declaration und in den von *Pierre Pithou* verfassten *Libertés de l'Eglise gallicane,* gleichzeitig mit den Rechten des französischen Staates eine zwar nur private Darstellung[6], die aber auf die Praxis der Behörden von massgebenden Einfluss wurde. II. In *Deutschland* knüpft die episkopalistische Strömung, welche auf Herstellung einer deutschen Nationalkirche abzielte, an das auf Einflüssen *Van Espens* beruhende Buch von *Nicolaus v. Hontheim, Febronius de statu ecclesiae*[7] an, erhielt dann in der folgenden Literatur weitere Ausführung[8] und in der Politik des Kaiser *Joseph II.* wenigstens theilweise

publicae tranquillitati necessariam, nec minus ecclesiae quam imperio utilem, et verbo Dei, Patrum traditioni et Sanctorum exemplis consonam omnino retinendam. II. Sic autem inesse apostolicae sedi ac Petri successoribus Christi vicariis rerum spiritualium plenam potestatem, ut simul valeant atque immota consistant S. oecumenicae synodi Constantiensis a sede apostolica comprobata, ipsorumque Romanorum Pontificum ac totius ecclesiae usu confirmata atque ab ecclesia Gallicana perpetua religione custodita decreta de auctoritate conciliorum generalium, quae sessione 4. et 5. continentur; nec probari a gallicana ecclesia eos qui eorum decretorum quasi dubiae sint auctoritatis, ac minus approbata, robur infringant, aut ad solum schismatis tempus Concilii dicta detorqueant. III. Hinc apostolicae potestatis usum moderandum per canones spiritu Dei conditos et totius mundi reverentia consecratos; valere etiam regulas, mores et instituta a regno et ecclesia Gallicana recepta, Patrumque terminos manere inconcussos, atque id pertinere ad amplitudinem apostolicae sedis, ut statuta et consuetudines tantae sedis et ecclesiarum consensione firmatae propriam stabilitatem obtineant. IV. In fidei quoque quaestionibus praecipuas summi Pontificis esse partes, eiusque decreta ad omnes et singulas ecclesias pertinere, nec tamen irreformabile esse iudicium, nisi ecclesiae consensus accesserit.

§. 17. 6) *Pierre Pithou Libertés de l'eglise gallicane* 1594 (Kapitelüberschr.): 4. Nos rois sont indépendants du pape pour le temporel. 5. 6. La puissance du pape est bornée par les saints canons. 10. Les rois . . . ont le droit d'assembler des conciles dans leurs Etats et de faire des lois et règlements sur les matières ecclés. 14. Le pape ne peut lever deniers en France. 15. Sujets du roy ne peuvent être dispensés par le pape du serment de fidélité. Les officiers du roi ne peuvent être excommuniés pour le fait de leurs charges. 17. La bulle in Coena Domini n'est point reçue en Fr. 18. Le Pape ne peut connoître des droits de la couronne. 40. Le concile universel est au-dessu du pape. 41. L'église de Fr. ne reçoit pas indistinctement tous les canons et décrétales. 44. Bulles du pape ne s'exécutent en Fr. sans pareatis de l'autorité temporelle. 45. Le pape ni son légat n'ont jurisdiction en Fr. sur les sujets du roi.

7) *Febronius de statu ecclesiae c.* I. §. 8. 5: Non expedit illi ecclesiae forma regiminis monarchica quae facile solet in despotismum declinare . . . sed nec ex altera parte expediret imperium mere aristocraticum, cum sit semen discordiarum, proin unitas vix possit servari. Atque ita institutus a Deo est primatus ad servandam unitatem apprime idoneus.

8) *Pehem Vorles. üb. d. Kirchenrecht. I,* 1, 202 *ff.*: Die wesentlichen Rechte des Primas zielen auf die Erhaltung der Einheit der Kirche. Sie sind 1. das Recht in jenen Fällen, welche den öffentlichen Zustand der Kirche betreffen, Berichte abzufordern. 2. Legaten zu schicken. 3. Der ersten Stimme in Besorgung der Glaubenssachen. 4. Das Recht in dieser Angelegenheit provisorische Decrete herauszugeben. 5. Das Recht, Kirchenversammlungen auszuschreiben. 6. In denselben zu präsidiren. 7. In welchem Sinne das Recht die Decrete der Concilien zu bestätigen ein Primatialrecht, muss nach Verschiedenheit der Umstände und nach Erwägung des Einflusses der Bestätigung bestimmt werden. 8. Das Recht, die Canonen zu vertheidigen und zu vollstrecken. 9. Zur Erhaltung der Einheit der Kirche die Strenge der Canonen zu mildern. 10. Zu diesem Ende Gesetze zu geben so wie zur Ausrottung neuer Irrthümer; neue Gesetze aber, welche bloss die Kirchenzucht betreffen, verbinden bloss als solche nicht, wenn sie nicht von den Bischöfen angenommen und in den einzelnen Kirchensprengeln publicirt worden sind. 11. Das höchste Recht der Uebertragung. 12. Unterdrückte Bischöfe in Schutz zu nehmen. Die zufälligen Primatialrechte sind: 1. Das Recht die Bischöfe zu bestätigen. 2. Das Recht, eine Postulation zuzulassen. 3. Die Bischöfe zu weihen. 4. Den Eid des Gehorsams und der Treue abzufordern. 5. Bischöfe zu transferiren. 6. Cessionen und Reservationen der Bischöfe zu geben. 7. Bischöfe abzusetzen. 8. Neue Bisthümer zu errichten. 9. Selbige zu vereinigen oder zu trennen. 10. Selig und heilig zu sprechen. 11. Geistliche Orden zu genehmigen. 12. Mit Aus-

praktische Unterstützung[9]. III. Bei Gelegenheit der Errichtung einer neuen *Nuntiatur in München* (1785) erreichte die Bewegung ihren Höhepunkt in den zu *Bad Ems* von den vier Erzbischöfen 1786 gefassten Beschlüssen[10], verlief aber dann erfolglos theils wegen des Widerstandes des Episkopates, theils wegen der Stürme der hereinbrechenden französischen Revolution, die auch die deutsche Kirche zertrümmerten.

§. 18. III. Die Zertrümmerung und Wiederherstellung der deutschen Kirche.

Mejer, Röm.-deutsche Frage. Friedberg, Gränzen. Ders., Das Recht der Bischofswahlen 1. 2. Leipzig. Sicherer, Staat u. Kirche in Baiern, München 1874. Haussonville, L'église Romaine et le premier empire 1—5. Paris 1869. Friedrich, Gesch. d. vatik. Concils Bd. 1. Bonn 1877. Schrader, Der Papst und die modernen Ideen, Wien 1866.

I. Der *Reichsdeputationshauptschluss von* 1803 löste die deutsche katholische Kirche auf, indem das reichsunmittelbare Gebiet den weltlichen Fürsten zur Entschädigung für die im Lüneviller Frieden an Frankreich gemachten Abtretungen ausgeantwortet und diesen auch die Befugniss zur Säcularisirung der landsässigen Stifter gewährt wurde[1]. Die gleichzeitig verheissene Neuorganisation der katholischen Kirche kam aber während des Bestehens des deutschen Reiches nicht mehr zu Stande, und ebensowenig führten die nach 1806 Seitens der römischen Curie mit *Baiern* und *Württemberg* gepflogenen

schliessung der Bischöfe zu absolviren. 13) Alle Appellationen anzunehmen. 14) Beneficien zu ertheilen.

§. 17. 9) *Staatskanzler v. Kaunitz an den Gesandten in Rom:* Dass indem unter die Zahl der Rechte, welche ausschliessungsweise dem Papste zukommen, dasjenige nicht gerechnet werden kann, welches vielmehr bekanntermassen seit so vielen Jahrhunderten in unserer heiligsten Religion unter diejenigen gehörte, welche ausschliessungsweise dem Episkopate zustünden, und als denselben unzertrennlich anhängend betrachtet werden, Se. Maj. der Kaiser durch den an die Bischöfe seiner Erbländer erlassenen Auftrag, sich ihres althergebrachten unwidersprechlichen Rechtes in der Ausübung wieder zu bedienen, weiter nichts gethan haben, als einen Missbrauch aufzuheben, welcher vielen Bedenklichkeiten ausgesetzt und dem Vermögensstande ihrer Unterthanen bisher sehr nachtheilig gewesen ist.

10) *Emser Punktationen:* Der römische Papst ist und bleibt zwar immer der Oberaufseher und Primas der ganzen Kirche, der Mittelpunkt der Einigkeit und ist von Gott mit der hierzu erforderlichen Jurisdiction versehen. Alle Katholiken müssen ihm immer mit voller Ehrerbietigkeit den kanonischen Gehorsam leisten. Allein alle anderen Vorzüge und Reservationen, die mit diesem Primate in den ersten Jahrhunderten nicht verbunden, sondern aus den nachherigen Isidorianischen Dekretalen zum offenbaren Nachtheil der Bischöfe geflossen sind, können itzt, wo die Unterschiebung und Falschheit derselben hinreichend erprobet und allgemein anerkannt ist, in den Umfang dieser Jurisdiction nicht gezogen werden. Diese gehören vielmehr in die Klasse der Eingriffe der römischen Kurie, und die Bischöfe sind befugt, sich selbst in die eigne Ausübung der von Gott ihnen verliehenen Gewalt, besonders, da keine dahin abzweckenden Vorstellungen bey dem päbstlichen Stuhle bis nun gewirket haben, unter dem Allerhöchsten Schutze Seiner K. Majestät wieder einzusetzen.

§. 18. 1) *Reichsdeput. Hauptschl.* v. 1803 §. 34: Alle Güter der Domcapitel und ihrer Dignitarien werden den Domainen der Bischöfe einverleibt und gehen mit den Bisthümern auf die Fürsten über, denen diese angewiesen sind ... §. 35: Alle Güter der fundirten Stifte, Abteyen und Klöster in den alten sowohl als den neuen Besitzungen, katholische sowohl als A. C. Verwandten, Mittelbaren sowohl als Unmittelbaren ... werden der freien und vollen Disposition der respect. Landesherren sowohl zum Behufe des Aufwandes für Gottesdienst, Unterricht- und gemeinnützige Anstalten, als zur Erleichterung ihrer Finanzen überlassen unter dem bestimmten Vorbehalte der festen und bleibenden Ausstattung der Domkirchen, welche werden beibehalten werden, ... nach den unten ... bemerkten Bestimmungen... §. 63: Die erz-und bischöflichen Diöcesen verbleiben in ihrem bisherigen Zustande, bis eine andere Diöcesan-Einrichtung auf reichsgesetzliche Art getroffen sein wird, wovon denn auch die Einrichtung der künftigen Domcapitel abhängt.

Verhandlungen zu einem Ergebniss. II. Die Versuche Roms auf dem *Wiener Congress* eine Wiederherstellung des Zustandes von 1803 zu erreichen scheiterten gleichfalls[2], aber ebenso auch die Hoffnungen der Episkopalisten, dass der deutsche Bund mit Rom ein im antipapalen Sinne gehaltenes Concordat zu Stande bringen würde[3]. Vielmehr schloss zuerst die *baierische* Regierung mit Rom ein Concordat ab (5. Juni 1817)[4], während eine Anzahl süddeutscher Staaten, nachdem sie vergebens versucht hatten ihre episkopalistischen Principien[5] in Rom zur Anerkennung zu bringen, *Preussen* und *Hannover* (*Impensa Romanorum pontificum* v. 26. März 1824) sich mit Vereinbarungen begnügten[6. 7], welche die Diöcesen neu circumscribirten und Normen für die Besetzung der Bischöflichen und Capitular-Pfründen trafen. III. Alle diese Verträge beruhten auf der Basis der durch das Tridentinum geschaffenen Rechtsverhältnisse und waren somit Siege des Papstes über das Episkopalsystem. Dieses letztere ging überhaupt seinem Untergange entgegen. Denn wenn auch in Frankreich die gleichzeitig mit dem dort im Jahre 1801 abgeschlossenen Con-

§. 18. 2) *Protest d. Cardin. Consalvi v.* 14. *Juni* 1815 *gegen d. Wiener Congressacte:* Ego . . . contra omnia quae in hoc Vindobonensi Congressu in praeiudicium iurium et rationum ecclesiarum Germaniae atque etiam S. Sedis, vel sancita, vel manere permissa sunt, et contra damna omnia quae divino cultui animarumque saluti inde proveniunt . . . palam per has litteras atque omni meliori modo, via, causa et forma . . . protestor, resisto et contradico.

3) *Brief des baier. Geh.-R. v. Zentner an Wessenberg* 30. *Mai* 1816: Baiern sei gross genug um seine eigene geschlossene Kirche zu haben. Dass Baiern seiner Geistlichkeit gegen den Papst etwas vergeben werde, sei bei den geläuterten Grundsätzen seiner Regierung nicht zu fürchten.

4) *Baier. Concordat v.* 24. *Oct.* 1817 *art.* 1: religio catholica apostolica Romana in toto Bavariae regno terrisque ei subiectis sarta tecta conservabitur cum iis iuribus et praerogativis, quibus frui debet ex Dei ordinatione et canonicis sanctionibus. 12. Pro regimine Dioecesium Archiepiscopis et episcopis id omne exercere liberum erit, quod in vim pastoralis eorum ministerii sive ex declaratione, sive dispositione Sacrorum canonum secundum praesentem et a S. Sede approbatam Ecclesiae disciplinam competit. 17. Cetera quae ad res et personas ecclesiasticas spectant, quorum nulla in his articulis expressa facta est mentio, dirigentur omnia et administrabuntur iuxta doctrinam Ecclesiae eiusque vigentem et approbatam disciplinam.

5) *Formular des auf der Frankfurter Konferenz der oberrhein. Staaten beschlossenen Fundationsinstrumentes:* 11. Zufolge der ihrer ursprünglichen Verfassung gemäss wieder hergestellten Metropolitan-Verfassung, welche unter unserem besonderen Schutze steht, übt der Erzbischof folgende Metropolitanrechte aus . . . g) namentlich . . . seine ursprünglichen Confirmations- und Consecrationsrechte und Pflichten, wenn die päpstliche Bestätigung eines Bischofes innerhalb der Zeit von 6 Monaten, binnen welcher die bischöflichen Stühle wieder besetzt sein sollen, nicht erfolgt; es sey, dass keine Gründe der Verweigerung angegeben, oder dass die angegebenen von dem Synodalgericht auf unrichtigen Thatsachen beruhend als unerheblich befunden worden.

6) *Württembergische Bestätigung der Bullen v.* 24. *Oct.* 1827: Da die päbstliche Bulle vom 16. August 1821 . . . Provida solersque und diejenige vom 11. April 1827 . . . Ad domini gregis custodiam . . . in soweit solche die Bildung der oberrheinischen Kirchenprovinz, die Regierung, Ausstattung und Einrichtung der dazu gehörigen fünf Bisthümer mit ihren Domcapiteln, sowie die Besetzung der erzbischöflichen und bischöflichen Stühle und der domstiftischen Präbenden zum Gegenstand haben, von uns angenommen werden, . . . ohne dass jedoch aus denselben auf irgend eine Weise etwas abgeleitet werden könnte, was Unseren Hoheitsrechten schaden oder ihnen Eintrag thun möchte, oder den Landesgesetzen und Regierungsverordnungen, den erzbischöflichen und bischöflichen Rechten, oder den Rechten der evangel. Konfession und Kirche entgegen wäre ... (Wörtlich ebenso in den übrigen Staaten der oberrhein. K.-Provinz).

7) *Sanction des Königs v. Preussen v.* 23. *August* 1821 *für die Bulle de salute animarum v.* 16. *Juli* 1821: . . . Meine Königliche Billigung und Sanktion ertheile ich vermöge Meiner Majestätsrechte, und diesen Rechten wie auch allen Meinen Unterthanen Evangelischer Religion, und der Evangelischen Kirche des Staates unbeschadet.

cordate publicirten *organischen Artikel* (1802) die libertés de l'eglise gallicane[8] formell aufrecht erhielten: der französische Episkopat war längst in das Lager des Papstes übergegangen[9] und eine einflussreiche Literatur und Journalistik wirkte durchaus zu Gunsten des Papalsystems[10]. In Deutschland aber starben allmählig die letzten Josephiner aus, der vom Papste i. J. 1814 wiederhergestellte Jesuitenorden machte sich dem Papste und dessen Herrschaft erfolgreich dienstbar, die am Ende des XVIII. Jahrhunderts überall herrschende Toleranz wich einem schroffen Confessionalismus, der seiner weltlichen Macht beraubte Episcopat warf sich Rom in die Arme[11], und die Regierungen wähnend in dem conservativen Papst die beste Stütze für ihre politischen Bestrebungen zu haben unterdrückten jede antipapale Regung des niederen Clerus oder liessen sie zum Mindesten schutzlos. So konnte es denn das Papstthum wagen, immer unverhüllter sein System wieder zu offenbaren, welches auf literarische Opposition Seitens der Katholiken nirgends mehr stiess, bis *Pius IX.* nicht nur selbstständig ein neues Dogma proklamirte, das überall angenommen wurde, sondern auch in dem *Syllabus errorum*[12] die Resultate der jesuitischen papalen Doktrin officiell sanctionirte[13].

§. 18. 8) *Articles organiques art.* 6: Il y a recours au conseil d'état dans tous les cas d'abus de la part des supérieurs et d'autres personnes ecclesiastiques. Les cas d'abus sont .... l'infraction des règles consacrés par les canons reçus en France, l'attentat aux libertés, franchises et coutumes de l'église gallicane.

9) *Schreib. d. Erzb. Donnet v. Bordeaux v.* 22. *Dez.* 1866. *an Pius IX.*: Je n'ai jamais dit suffisamment à Votre Sainteté les sentiments dont je suis pénétré pour Elle .... Vous êtes assurément, Très-Saint Père, le Seigneur apostolique le Maître de la maison du Christ et le Père de toutes nos âmes ... Là où serait le Pape, là serait l'Eglise. Au désert ou aux catacombes V. S. serait toujours l'organe de la foi, le centre du gouvernement divin et l'incarnation vivante de l'autorité du Christ.

10) *Faber de la dévotion au Pape Paris* 1860 (deutsch Regensburg 1860): Der souveräne Pontifex ist die dritte sichtbare Gegenwart Jesu Christi unter uns .... Er ist der sichtbare Schatten, welcher vom unsichtbaren Haupt der Kirche im h. Sakrament ausgeht ... Der Papst ist für uns, in unserem Gesammtverhalten, was das h. Sakrament für unsere Anbetungen ist. Das Geheimniss seines Vikariates gleicht dem Geheimniss des heil. Sakramentes ..... Man wird eben so gut den Versuch machen können ohne die Andacht zur h. Jungfrau ein guter Christ zu sein, als ohne die Andacht zum Papste. Die Andacht zum Papste ist ein wesentlicher Theil der christlichen Frömmigkeit, ein nothwendiges Element aller christlichen Heiligkeit.

11) *Adresse des in Rom anwesenden Episcopates an Pius IX. Pfingsten* 1862: Tu sanae doctrinae nobis magister, Tu unitatis centrum, Tu populis lumen indeficiens, a divina sapientia praeparatum. Tu Petre es, et ipsius Ecclesiae fundamentum ... Te loquente Petrum audimus, Te decernente Christo obtemperamus.

12) *Syllabus complectens praecipuos nostrae aetatis errores* (8. *Dec.* 1864): XIX. Ecclesia non est vera perfectaque societas plane libera, nec pollet suis propriis et constantibus iuribus sibi a divino suo Fundatore collatis, sed civilis potestatis est definire, quae sint Ecclesiae iura ac limites, intra quos eadem iura exercere queat. XX. Ecclesiastica potestas suam auctoritatem exercere non debet absque civilis gubernii venia et assensu. XXI. Ecclesia non habet potestatem dogmatice definiendi, religionem catholicae Ecclesiae esse unice veram religionem. XXII. Obligatio, qua catholici magistri et scriptores omnino adstringuntur, coarctatur in iis tantum, quae ab infallibili Ecclesiae iudicio veluti fidei dogmata ab omnibus credenda proponuntur. XXIII. Romani Pontifices et Concilia oecumenica a limitibus suae potestatis recesserunt, iura principum usurparunt, atque etiam in rebus fidei et morum definiendis errarunt. XXIV. Ecclesia vim inferendae potestatem non habet, neque potestatem ullam temporalem directam vel indirectam. XXV. Praeter potestatem episcopatui inhaerentem, alia est attributa temporalis potestas a civili imperio vel expresse vel tacite concessa, revocanda propterea, cum libuerit, a civili imperio. XXVI. Ecclesia non habet nativum ac legitimum ius acquirendi ac possidendi. XXVII. Sacri Ecclesiae ministri Romanusque Pontifex ab omni rerum temporalium cura ac dominio sunt omnino excludendi. XXVIII. Episcopis sine Gubernii venia fas non est vel

ipsas apostolicas litteras promulgare. XXIX. Gratiae a Romano Pontifice concessae existimari debent tamquam irritae, nisi per Gubernium fuerint imploratae. XXX. Ecclesiae et Personarum ecclesiasticarum immunitas a iure civili ortum habuit. XXXI. Ecclesiasticum forum pro temporalibus clericorum causis sive civilibus sive criminalibus omnino de medio tollendum est etiam inconsulta et reclamante Apostolica Sede. XXXII. Absque ulla naturalis iuris et aequitatis violatione potest abrogari personalis immunitas, qua clerici ab onere subeundae exercendaeque militiae eximuntur; hanc vero abrogationem postulat civilis progressus, maxime in societate ad formam liberioris regiminis constituta. XXXIII. Non pertinet unice ad ecclesiasticam iurisdictionis potestatem, proprio ac nativo iure dirigere theologicarum rerum doctrinam. XXXIV. Doctrina comparantium Romanum Pontificem Principi libero et agenti in universa Ecclesia, doctrina est, quae medio aevo praevaluit. XXXV. Nihil vetat, alicuius Concilii generalis sententia aut universorum populorum facto, summum Pontificatum a Romano Episcopo atque Urbe ad alium Episcopum aliamque civitatem transferri. XXXVI. Nationalis Concilii definitio nullam aliam admittit disputationem, civilisque administrationem ad hosce terminos exigere potest. XXXVII. Institui possunt nationales Ecclesiae ab auctoritate Romani Pontificis subductae planeque divisae. XXXVIII. Divisioni Ecclesiae in orientalem atque occidentalem nimia Romanorum Pontificum arbitria contulerunt. XXXIX. Reipublicae status, utpote omnium iurium origo et fons, iure quodam pollet nullis circumscripto limitibus. XL. Catholicae Ecclesiae doctrina humanae societatis bono et commodo adversatur. XLI. Civili potestati vel ab infideli imperante exercitae competit potestas indirecta negativa in sacra eidem proinde competit nedum ius quod vocant exequatur, sed etiam ius appellationis, quam nuncupant ab abusu. XLII. In conflictu legum utriusque potestatis, ius civile praevalet. XLIII. Laica potestas auctoritatem habet rescindendi, declarandi ac faciendi irritas solemnes conventiones (vulgo Concordata) super usu iurium ad ecclesiasticam immunitatem pertinentium cum Sede Apostolica initas, sine huius consensu immo et ea reclamante. XLIV. Civilis auctoritas potest se immiscere rebus quae ad religionem, mores et regimen spirituale pertinent. Hinc potest de instructionibus iudicare, quas Ecclesiae pastores ad conscientiarum normam pro suo munere edunt, quin etiam potest de divinorum sacramentorum administratione et dispositionibus ad ea suscipienda necessariis decernere. XLV. Totum scholarum publicarum regimen in quibus iuventus christianae alicuius Reipublicae instituitur, episcopalibus dumtaxat seminariis aliqua ratione exceptis, potest ac debet attribui auctoritati civili, et ita quidem attribui, ut nullum alii cuicumque auctoritati recognoscatur ius immiscendi se in disciplina scholarum, in regimine studiorum, in graduum collatione, in delectu aut approbatione magistrorum. XLVI. Immo in ipsis clericorum seminariis methodus studiorum adhibenda civili auctoritati subiicitur. XLVII. Postulat optima civilis societatis ratio, ut populares scholae, quae patent omnibus cuiusque e populo classis pueris, ac publica universim Instituta, quae litteris severioribusque disciplinis tradendis et educationi iuventutis curandae sunt destinata, eximantur ab omni Ecclesiae auctoritate, moderatrice vi et ingerentia, plenoque civilis ac politicae auctoritatis arbitrio subiiciantur, ad imperantium placita et ad communium aetatis opinionum amussim. XLVIII. Catholicis viris probari potest ea iuventutis instituendae ratio, quae sit a catholica fide et ab Ecclesiae potestate seiuncta, quaeque rerum dumtaxat naturalium scientiam ac terrenae socialis vitae fines tantummodo vel saltem primarium spectet. XLIX. Civilis auctoritas potest impedire, quominus sacrorum Antistites et fideles populi cum Romano Pontifice libere ac mutuo communicent. L. Laica auctoritas habet per se ius praesentandi Episcopos, et potest ab illis exigere, ut ineant dioecesium procurationem, antequam ipsi canonicam a S. Sede institutionem et apostolicas litteras accipiant. LI. Immo laicum gubernium habet ius, deponendi ab exercitio pastoralis ministerii Episcopos, neque tenetur obedire Romano Pontifici in iis quae episcopatum et Episcoporum respiciunt institutionem. LII. Gubernium potest suo iure immutare aetatem ab Ecclesia praescriptam pro religiosa tam mulierum quam virorum professione, omnibusque religiosis familiis indicere, ut neminem sine suo permissu ad solemnia vota nuncupanda admittant. LIII. Abrogandae sunt leges quae ad religiosarum familiarum statum tutandum, earumque iura et officia pertinent; immo potest civile gubernium iis omnibus auxilium praestare, qui a suscepto religiosae vitae instituto deficere ac solemnia vota frangere velint; pariterque potest religiosas easdem familias perinde ac collegiatas Ecclesias et beneficia simplicia etiam iuris patronatus penitus extinguere, illorumque bona et reditus civilis potestatis administrationi et arbitrio subiicere et vindicare. LIV. Reges et Principes non solum ab Ecclesiae iurisdictione eximuntur, verum etiam in quaestionibus iurisdictionis dirimendis superiores

§. 19. IV. Staat und Kirche.

Friedberg, Gränzen a. a. O. Beidtel, Untersuchungen über d. kirchl. Zustände in d. Oesterreich. Staaten, Wien 1849. Hock, D. österr. Staatsrath (bis Lief. 4. Wien 1878). Kelle, Die Jesuitengymnasien in Oesterreich, Prag 1873. Münch. 1876. Kahle, D. Temporaliensperre, München 1875. Lehmann, Preuss. u. d. kath. Kirche Bd. 1. Leipzig 1878. Mejer, Röm.-deutsche Frage. Friedberg, Bischofswahlen. Brück, D. Oberrhein. Kirchenprovinz. Mainz, 1868. Golther, D. Staat u. d. kath. Kirche in Württemberg, Stuttg. 1874. Friedberg, D. Staat u. d. kathol. Kirche im Grossherzogth. Baden, Leipzig 1874.

Obgleich die Kirche theoretisch ihre Stellung dem Staate gegenüber fort und fort dem Papalsystem gemäss auffasste, so war sie doch in der Praxis genöthigt Concessionen zu machen, und erst seit dem Jahre 1848 gelang es ihr mehr zu erreichen, als fast im Mittelalter. I. Der *deutsche Kaiser* wurde durch die Wahlkapitulationen[1.2] verpflichtet, Uebergriffen der Curie, nament-

sunt Ecclesia. LV. Ecclesia a Statu, Statusque ab Ecclesia seiungendus est. LXXVII. Aetate hac nostra non amplius expedit, religionem catholicam haberi tamquam unicam status religionem, ceteris quibuscumque cultibus exclusis. LXXVIII. Hinc laudabiliter in quibusdam catholici nominis regionibus lege cautum est, ut hominibus illuc immigrantibus liceat publicum proprii cuiusque cultus exercitium habere. LXXIX. Enimvero falsum est, civilem cuiusque cultus libertatem, itemque plenam potestatem omnibus attributam quaslibet opiniones cogitationesque palam publiceque manifestandi, conducere ad populorum mores animosque facilius corrumpendos, indifferentismi pestem propagandam. LXXX. Romanus Pontifex potest ac debet cum progressu, cum liberalismo et cum recenti civilitate sese reconciliare et componere.

§. 18. 13) *Schreiben Pius IX. v.* 6. *Oct.* 1868 *an d. EB. Darboy v. Paris:* Et quidem asserendo Romani Pontificis Potestatem in Singulas dioeceses non esse Ordinariam sed Extraordinariam, propositionem enuntias omnino adversam Concilii IV Lateranensis Definitioni, in qua luculentissima ac decretoria illa leguntur verba: „Romana Ecclesia, disponente Domino super omnes alias Ordinariae Potestatis obtinet Principatum, utpote Mater Universorum Christi Fidelium, et Magistra" (Conc. IV, cap. 5.), scilicet eorum omnium qui pertinent ad Christi Gregem. Quae gravissima eiusdem Concilii verba, Tibi apprime nota ac perspecta esse debent, Venerabilis Frater. Neque ignorare potes eandem Tuam propositionem plane contrariam esse constanti usui et Doctrinae ab Universali Catholica Ecclesia, omnibusque eius Episcopis cum omni Veneratione exceptae ac traditae secundum quam, tum praesenti, tum praeteritis aetatibus, Ecclesia semper tenuit ac docuit, et docet ac tenet Divina illa Verba „pasce Agnos meos, pasce Oves meas" Beatissimo Apostolorum Principi ita a Christo Domino dicta fuisse, ut eorumdem verborum vi, omnes et singuli fideles Petro, eiusque Successoribus velut Supremis et Ordinariis totius Ecclesiae, omniumque Sacrorum Antistitibus immediate subiecti esse debeant, sicuti ipsi Christo Domino, cuius Romanus Pontifex verus est hic in terris Vicarius ac totius Ecclesiae Caput omniumque Christianorum Pater et Doctor. Non parum autem miramur, cum, quin forsitan animadverteris, ex Febronianis placitis sentias, ex commemorata doctrina, dioeceses in missionum regiones et Episcopos in Vicarios Apostolicos converti cum omnes cognoscant a Catholicis merito responderi, id tam esse falsum quam falsum est asserere in civili ordine, Ordinarios provinciarum Praefectos, Iudices, aliosque Magistratus non posse amplius nominari Magistratus Ordinarios, propterea quod Rex vel Imperator Directa seu Immediata et Ordinaria Potestate in singulos sibi subditos potiuntur. Qua aptissima sane similitudine utitur Doctor Angelicus cum inquit: „Papa habet plenitudinem Pontificalis Potestatis, quasi Rex in Regno; sed Episcopi assumuntur in partem sollicitudinis, quasi Iudices singulis civitatibus praepositi."

§. 19. 1) *Wahlkapitulat. Karls V. art.* 16: Und als über und wider Concordata Principum, auch auffgerichte Verträge zwischen der Kirchen, Päpstlicher Heiligkeit oder dem Stuhl zu Rom und Teutscher Nation, mit unsäglichen Gratien, Rescripten, Annaten der Stifft, so täglich mit Mannigfaltigung und Erhöhung der Offizien am Römischen Hof, auch Reservation, Dispensation und in andere Wege, zu Abbruch der Stifft-Geistlichkeit, und ander gegebenen Freyheiten, darzu zu Nachtheil iuris patronatus und der Lehen-Herren stetigs und one Unterlass öffentlich gehandelt: Derhalben auch unleydentliche und verbottene Gesellschaften, und Contract oder Bündnuss (als Wir bericht) fürgenommen und auffgerichtet werden; das sollen und wollen Wir mit ihr der Churfürsten und anderer Stände Rath, bey Unserm heyl. Vatter dem Papste, und Stuhl zu Rom, Unsers besten Vermögens abwenden und fürkommen. Auch darob und daran seyn, dass

lich bezüglich der Gerichtsbarkeit entgegenzutreten. Auch nahmen die Reichsgerichte[3] Beschwerden an wegen der durch Geistliche begangenen Verletzungen des Reichsrechts, und rügten letztere durch Strafen. Für päpstliche Bullen wurde, wenn auch nicht regelmässig, die vorgängige kaiserliche Genehmigung (*placetum regium*) zur Publication gefordert[4]. II. Was die *Territorien* anlangt, so ist die Zeit bis zum Jahre 1806, von 1806—1848, von 1848—1870 in der Betrachtung zu sondern. 1. *Bis zum Jahre* 1806: A. *Oesterreich:* Obgleich durchaus den Interessen der katholischen Religion ergeben war *Ferdinand I.* doch nicht gewillt, die staatlichen Hoheitsrechte Preis zu geben[5], und wurde in diesem Vorsatze durch seine Beamten fest unterstützt[6]. Unter den

die vorgemeldeten Concordata Principum und auffgerichte Verträge, auch Privilegia und Freyheiten, gehalten, gehandhabet, denen vestiglich gelebet und nachgekommen werde.

§. 19. 2) *Wahlkapitulat. v.* 1653: Der Kaiser wird verpflichtet: „etlicher Orten eingerissene Missbräuche dadurch die causae civiles von ihrem ordentlichen Gericht im Heil. Reich ab und ausser dasselb ad Nuncios Apostolicos und wol gar ad curiam Romanam gezogen worden, abzuschaffen, zu vernichten und ernstlich zu verbieten, auch unsern kayserlichen Fiscalen, so wohl bey Unsern kayserl. Reichshofrath als Kammer-Gericht anbefehlen, wider dijenigen so wohl Parteien, als Advocaten, Procuratoren und Notarien, die sich hinfüro dergleichen anmassen und darinn einiger gestalt gebrauchen lassen würden, mit behöriger Anklag von Ampts wegen zu verfahren, damit die Ubertreter den nechsten gebührend angesehen und bestraffet werden mögen.

3) *Kammergerichtsdecret v. J.* 1677: Dass im Fall derselbige oder andere Emissari des Römischen Hofs die animosität haben würden, weiter zu verfahren und einige Cedulones oder Literas declaratorias zu affigiren oder andere Denunciation sothaner Excommunication zu thun sich unterstehen wollten, alsdann dieselbe wiederum abreissen und wiedderuffen lassen, auch die Streiter beym Kopf und in Verhaft nehmen und deren Haab und Güter ebenmässig in Verbott halten, daraus dem kayserlichen Fisco die verwürckte Straffe könne entrichtet werden, und solches alles samt und sonders desto eyferiger bewerckstelligen, damit hinfüro ein jedweder dergleichen zu tentiren einen Scheu, die Romanisten auch zu solchem unbefugten Vornehmen mehreres Nachdenken haben mögen.

4) *Reichshofrath* 1773 *über die Bulle Clemens XIV. Dominus ac redemptor*, dass: Solche ehender nicht an die Bischöfe hatten erlassen, vil weniger von disen zu Vollzug gebracht werden sollen, biss sie erst vorhero Ihro k. Maj. zur Einsicht vorgelegt, und durch dero darauf in behörigen Weg erfolgtes Placitum Regium ausdrucklich begnehmigt worden seye.

5) *Ferdinand I. an die Provinzialsynode v. Salzburg* 1549 *über das dort beschlossene Decret de immunitatibus et privilegiis:* Sollen unnsere Commissarien dem Metropolitan und seinen mitbischoven von unnsert wegen antzaigen, das wir mit nit geringer beschwärung vernomen, das wir unnd andere weltliche obrigkaiten, diss orths aber mals wie an vil anndren mehr orthen, so hoch angetastet und verunglümpft werden sollen, gleich als ob wir sy aufs ergist von Iren freyhaiten gedrungen unnd aller Christlichen gebur an Inen vergessen hetten . . . . Das sy sich aber derselben (Freiheiten) zu vil missbrauchen, unnd die weiter alls Recht unnd billich deuten unnd von unnss ertzwingen, auch Im schein Irer beruemten freyhaiten unnss in unnser Lanndsfürstlich obrigkait greiffen unnd unns dieselb zue ennziehen understeen wöllen, dess möchten sy gleichwohl bey unns weder statt noch Rugkhen funden haben, welliches sy aber niemandt alls Inen selbs unnd Iren unbillichen anmuetungen die schuld zumessen sollen . . . . Unnd will gantz beschwerlich unnd gleich verdechtlich sein, das die gaistlichen ob Iren Canonen Ir gaistlich ambt, leben unnd wanndl betreffendt, so gering hallten, unnd aber auf die Jhenen Canones, so hart dringen, die zue erweiterung Irer weltlichen obrigkait, gewallts unnd vorthails raichen.

6) *Bericht des niederösterr. Hofraths* 13. *Oct.* 1563 *über das projectirte Decret des C. Trident. de reformat. principum:* Das im 4ten Articl statuiert wierdet ... hinfüran der Geistlichkeit in Irer Jurisdiction mit den Excommunicationen oder Annderem khain Irrung zuthuen; Sondern derselben brachium seculare mitzutaillen, khünden wir unnss nicht erinnern, dass den geistlichen In Iren furgenummen sachen, ob dieselben Anderst dem Rechten, und den Canonibus gemäss geübet worden, Irrung beschehen wäre. Aber so sie es misprauchet hetten oder noch missprauchen wurden, so wurde es E.K.K.M. als herrn und Landfürsten,

Nachfolgern griff indessen eine immer weiter gehende Connivenz gegen die katholische Kirche Platz, bis die Regierung *Maria Theresias* den Febronianistischen Principien entsprechend zunächst freilich nur die argen Missstände auszurotten unternahm, die sich in der Kirche geltend machten, dann aber auch die Kirche mit in den Kreis des grossen Reformwerkes zog, welches das ganze Staatswesen umzugestalten unternahm[7-9]. Von weit radikaleren Principien geht *Joseph II.* aus; ihm ist die Religion Erziehungsmittel[10, 11], die Kirche Polizeianstalt, die den staatlichen Zwecken so lange dienstbar zu sein hat bis die Aufklärung des Volkes ihre Ablösung durch die weltliche Polizei gestattet. Darum begünstigt er die Seite des Episkopalismus, welche Loslösung von Rom forderte[12], aber nur mit dem Zweck, den so gestärkten Episkopat um so erfolgreicher im Staate verwenden zu dürfen. Seine in zahlreichen Gesetzen und Verordnungen bethätigte Kirchenpolitik, die in Oester-

Auch derselben nachgesetzten Obrigkaiten schwärlich fallen, dass Inen die handt gespert sein solle, das Inen khain einsehung furzunemen oder Wendung zuthuen. Derwegen wir dann diesen Articl Einzufüren, auch khain genuegsame gegründete Ursach nicht gehabt haben.

§. 19. 7) *Edict Maria Theresias v.* 19. *Oct.* 1768: Machen wir allen Unseren Unterthanen, sowohl geistlichen als weltlichen, in welchem Rang und Würden sie auch stehen mögen, bekannt, dass Unser ernster Wille ist, dass in Zukunft in allen Unsern Staaten der Österreichischen Lombardey gar nicht der mindeste Gebrauch von der Bulle in Coena Domini gemacht werde, aus welcher Ursache und zu welcher Absicht es sey, und erklären jede mittelbare oder unmittelbare dagegen begangene Handlung um so mehr für widerrechtlich und missbräuchlich, da sie auch niemals jener rechtmässigen, höchsten und gesetzgebenden Macht, die Wir von Gott zur Wohlfahrt der menschlichen Gesellschaft erhalten haben, den mindesten Abbruch würde thun können.

8) *Hofdecret v.* 1. *Oct.* 1768: Es soll fürhin keine geistliche Excommunicazion über Unterthanen, ohne vorläufige Einsicht und Bewilligung der vorgesetzen Landesstellen am wenigsten aber in crimine haereticae pravitatis hierinnenfalls eine Ausnahme statt haben, sondern damit die oberste politische Landesstelle in dergleichen in das Politikum tief einschlagenden Fällen eine vorläufige Kenntniss erhalte zu deren Erörterung mitwirke, in dergleichen Fällen das Placitum regium zu einer rechtlich zuerkennenden Excommunicazion unmittelbar bei der k. österr. Regierung angesuchet, und vor der Exekuzion erwartet, von denselben aber alle Verzögerung vermieden und die Expedition so viel als möglich beschleunigt werden.

9) *Instructionspunkte zu besonderem Nutzen meiner Posterität v. Maria Theresia:* Und wäre nicht allein nicht löblich, sondern hielte es vielmehr für sträfflich, wann an die Geistlichkeit mehreres gegeben und abgetretten würde, weilen einerseits sie solches nicht bedürffen, andererseits aber jenes, so selbe besitzen, leider nicht so anwenden, wie sie sollten und anbey das Publicum sehr bedrucken: Dann kein Closter in den Schranken der Stifftung verbleibet und viele Müssigänger angenommen werden: Welches alles eine grosse Remedur noch erfordern wird, wie mit der Zeit und nach guter Ueberlegung die Sache weiters auszuführen gedenke.

10) *Fürst Kaunitz* (*Regierungsnorm seit* 19. *Dec.* 1781): Die landesherrliche Gewalt begreift ohne Ausnahme alles dasjenige unter sich, was in der Kirche nicht von göttlicher, sondern nur von menschlicher Erfindung und Einsetzung ist, und das, was es ist, allein der Einwilligung oder Gutheissung der oberherrlichen Gewalt zu verdanken hat, welcher daher zustehet und zustehen muss, alle dergleichen freiwillige und willkürliche Bewilligungen, so wie andere dieser Art, nicht nur allein abzuändern und einzuschränken, sondern sogar aufzuheben, so oft solches Staatsursachen, Missbräuche oder veränderte Zeiten oder Umstände erheischen mögen.

11) *Sonnenfels akademische These:* Die Religion ist das wirksamste Mittel, den sittlichen Zustand auszubilden. Die weltliche Gesetzgebung würde in manchen Stücken unzureichend sein, wenn das Band der Religion und ihre Strafen ihr nicht die Hände böten: daher sie in der Polizei nicht als Endzweck, sondern als ein Mittel nicht aus den Augen gelassen werden kann.

12) *Verordn. v.* 20. *Juni* 1782: Dass die in dem zwar sehr verbotenen, gleichwohl aber in den meisten Dioecesen noch üblichen Breviario Gregorii VII. enthaltene so irrige als gefährliche Lection von der Gewalt des Papstes, Monarchen abzusetzen, mit einem weissen Papier verpicket werden sollte.

reich weniger Widerstand fand[13] als in Ungarn und den österreichischen Niederlanden wird mit dem Namen *Josephinismus* gekennzeichnet. Dieser Josephinismus herrschte wenn auch abgeschwächt unter den spätern österreichischen Regierungen[14] bis zum Jahre 1848. B. *Baiern.* Die baierischen Fürsten haben nach der Reformation den durch die offen hervortretenden Schäden täglich mehr bewirkten Abfall des Volkes von der Kirche zunächst dadurch zu hintertreiben gewusst, dass sie die Kirche selbst durch ihre Reformen den Tridentinischen Vorschriften gemäss zu gestalten unternahmen[15]. Nachdem dies erreicht war wurden nichtsdestoweniger die staatlichen Hoheitsrechte über die Kirche energisch festgehalten, und selbst von den bigotten Nachfolgern *Maximilians I.* eher weiter ausgebildet als Preis gegeben. Unter *Maximilian Joseph* begann die Regierung den Josephinismus zu adoptiren[16], der auch unter *Carl Theodor* herrschte, und dessen Grundsätze nach der Säcularisation im Jahre 1803 von dem Ministerium *Montgelas* in schonungslosester

§. 19. 13) *Vortrag:* Die von dem Erzbischof von Görz noch nicht befolgte Publikazion der Verordnung. in publico ecclesiasticis 21. März 1782. R. Diese Behandlung, welche die Kanzlei vorschlägt, wäre wiederum den Massnehmungen gerade entgegen. Sie müssen heute den Erzbischof zu sich kommen lassen und in Gegenwart des ersten Kanzlers, Vicekanzlers, Referenten und Correferenten von Ihme gegen Vorweisung dieses Berichtes fordern, dass er nicht aus dem Zimmer treten solle, bis er an sein Consistorium in ihrer Gegenwart geschrieben, versiegelt und übergeben haben wird, wornach von demselben Alles ohne mindeste Ausnahme vorgeschriebener Massen publicirt werden solle — oder in Entstehung dessen soll er wieder nicht eher aus dem Zimmer gehen, bis er nicht in ihrer Gegenwart schriftlich seine Dimission eingereicht haben wird, welche Sie von ihm übernehmen würden. Dann haben Sie, da dieses Nachmittags vor sich zu gehen hat, den Bericht über dessen Ausschlag auch heute noch zeitlich in meine geheime Kanzlei abzuschicken, da es nöthig ist, dass an dem heutigen Tage noch die Sache aut aut entschieden werde und erwarte ich, dass Sie diesen meinen Befehl auf das pünktlichste und genaueste befolgen werden. — Befolgt der Bischof den Auftrag, so hat er doch immer Morgen den vorgetragenen Verweis in pleno consilio zu erhalten; befolgt er ihn aber nicht, so ist ihm nach eingelegter Dimission zu bedeuten, dass er allsogleich weggehe und sich nicht mehr in seine quittirte Dioecese begebe. Joseph.

14) *Leopold II. Hofdecret v.* 17. *März* 1791: Ist aber der Geistliche zugleich Seelsorger, was er allzeit sein soll, so muss er nicht nur, als Priester und Bürger, sondern auch, da die Verwaltung der Seelsorge unbeschränkten Einfluss auf die Gesinnungen des Volkes hat, und an den wichtigsten politischen Einrichtungen mittelbar oder unmittelbar Theil nimmt, als ein Beamter des Staates in der Kirche angesehen werden, woraus von selbst folgt, dass die Aufsicht über die Verwaltung der Seelsorge, die Erkenntniss, ob ein Seelsorger sein Amt gehörig handle, und die Bestrafung desselben, nicht dem bischöflichen Konsistorium allein, sondern zugleich der öffentlichen Verwaltung zusteht.

15) *Instruct. Albrechts V. an d. Religionsrath* 1551: Die Priester so zu der Sellsorg Verordnet sind, so wohl die Ordensleut als Lay Priester, so wohl die Cooperatores alss die Prediger und Pfarrer, sollen durch ainen aus den Religions-Räthen Järlich visitiret, die Kirchen Ornath, die Clinodia, und anders mit Fleiss besichtiget, die Mengel gewendet, und die haillosen Unnuzen Priester alss die so publice in Scandalo leben, alsdann angezaigt, damit sie mogen gestrafft oder amovirt oder in anderweg castigirt werden. Die auch um Pfarren oder um Possess derselben anhalten mit Fleiss examiniren und wo vonnethen ihrer qualitet halben bericht und erfahrung einziehen und alsdann erwegen, ob er zu admittiren seye oder nit . . . Was die Electionem und visitationes der Clöster belangt, ist wol aufzusehen, dass das Geistlich und Weltlich nit confundirt werde und weill die Clöster unser Camer Gut so sollen darumen in Temporalibus die Chamer-Rath und die Religionsrath in Ecclesiasticis disponiren.

16) *Neue Ordn. d. Churf. geistl. Rathes* 1774: Im Grunde sind die Geistlichen nicht minder als die Layen Unterthanen des Staats. Ihr Amt, welches sie dem Ministerio divino widmet, zerreisst ihren Verband mit der bürgerlichen Societät nicht, sondern knüpfet ihn nur desto enger. Der Fürst stellt in Ansehen ihrer von einer Seite den Landesherrn und von der andern den Schutz- und Schirmherrn vor.

Weise der Kirche gegenüber zur Anwendung gebracht wurden[17]. Das Concordat vom Jahre 1817 machte freilich der Kirche bedeutende Concessionen[18], wurde aber dann nur als Bestandtheil des Verfassungsgesetzes[19] vom 26. Mai 1818 publicirt, welches die staatlichen Hoheitsrechte im Princip festhielt, und zusammen mit dem organischen Edikt, welches die einzelnen Folgerungen aus diesem Princip zog[20. 21]. C. *Preussen:* Während für die früheren branden-

§. 19. 17) *Baier. Verordn. v. 7. Mai* 1804: Wir würden demnach gänzlich missverstanden werden, wenn man glauben könnte, dass wir unsere weltliche Gewalt über Gegenstände des bischöflichen Oberhirtenamtes, über innere Kirchenangelegenheiten weiter ausdehnen wollten, als um Missbräuche, die dem Wohle des Staates nachtheilig werden könnten, abzuhalten, oder dass wir hier die Absicht hätten den geistlichen Stand herabzuwürdigen, den Pfarrern ihre Einkünfte zu schmälern, oder ihre Pfarrgüter ihnen zu entziehen und unsichere dafür zu surrogiren .... Dagegen werden Wir nie dulden, dass die Geistlichkeit und irgend eine Kirche einen Staat im Staate bilde, dass dieselbe in ihren weltlichen Handlungen und mit ihren Besitzungen den Gesetzen und den gesetzmässigen Obrigkeiten sich entziehe: Wir werden die Rechte Unserer obersten Aufsicht immer strenge ausüben lassen. Wir werden Unsere landesfürstliche Mitwirkung in Gegenständen, welche zwar geistlich sind, aber die Religion nicht wesentlich betreffen und zugleich irgend eine Beziehung auf den Staat und das weltliche Wohl der Einwohner desselben haben, nicht ausschliessen lassen, so lange Wir die Seelsorger als Volkserzieher in Religion und Sittlichkeit, nicht als blosse Kirchendiener, sondern zugleich als Staatsbeamte betrachten.

18) *Baier. Verfassungsgesetz v.* 26. *Mai* 1818 *tit. IV.* §. 9: Die geistliche Gewalt darf in ihrem eigentlichen Wirkungskreise nie gehemmt werden, und die weltliche Regierung darf in rein geistliche Gegenstände der Religionslehre und des Gewissens sich nicht einmischen, als in so weit das oberstoheitliche Schutz- und Aufsichtsrecht eintritt, wonach keine Verordnungen und Gesetze der Kirchengewalt ohne vorgängige Einsicht und das Placet des Königs verkündet und vollzogen werden dürfen. Die Kirchen und Geistlichen sind in ihren bürgerlichen Handlungen und Beziehungen — wie auch in Ansehung des ihnen zustehenden Vermögens den Gesetzen des Staats und den weltlichen Gerichten untergeben, sie können von öffentlichen Staatslasten keine Befreiung ansprechen.

19) *Baier. Concordat, Art.* 12: Archiepiscopis et Episcopis ... exercere liberum erit .. e) cum clero et populo Dioecesano pro munere Officii pastoralis communicare, suasque instructiones et ordinationes de rebus ecclesiasticis libere publicare; praeterea Episcoporum, Cleri et Populi communicatio cum S. Sede in rebus Spiritualibus et negotiis ecclesiasticis prorsus libera erit . . . (vgl. §. 18).

20) *Edikt über die äusseren Rechtsverhältnisse des Königreichs Bayern vom* 26. *Mai* 1818. *Abschn.* 3. *Kap.* 1: §. 50. Seine Majestät der König haben in mehreren Verordnungen Ihren ernstlichen Willen ausgesprochen, dass die geistliche Gewalt in ihrem eigentlichen Wirkungskreise nie gehemmt werde, und die Königliche weltliche Regierung in rein geistliche Gegenstände des Gewissens und der Religionslehre sich nicht mischen solle, als in soweit das Königliche oberste Schutz- oder Aufsichtsrecht dabey eintritt. Die Königlichen Landesstellen werden wiederholt zur genauen Befolgung derselben angewiesen. §. 51. So lange demnach die Kirchengewalt die Grenzen ihres eigentlichen Wirkungskreises nicht überschreitet, kann dieselbe gegen jede Verletzung ihrer Rechte und Gesetze den Schutz der Staatsgewalt anrufen, der ihr von den Königlichen einschlägigen Landesstellen nicht versagt werden darf. §. 52. Es steht aber auch den Genossen einer Kirchengesellschaft, welche durch Handlungen der geistlichen Gewalt gegen die festgesetzte Ordnung beschwert werden, die Befugniss zu, dagegen den Königlichen Landesfürstlichen Schutz anzurufen. §. 53. Ein solcher Recurs gegen einen Missbrauch der geistlichen Gewalt kann entweder bey der einschlägigen Regierungsbehörde, welche darüber alsbald Bericht an das Königliche Staatsministerium des Innern zu erstatten hat, oder bey Seiner Majestät dem Könige unmittelbar angebracht werden. §. 54. Die angebrachten Beschwerden wird das Königliche Staatsministerium des Innern untersuchen lassen, und, eilige Fälle ausgenommen, nur nach Vernehmung der betreffenden geistlichen Behörde das Geeignete darauf verfügen. §. 55. Der Regent kann bei feyerlichen Anlässen in den verschiedenen Kirchen Seines Staates durch die geistlichen Behörden öffentliche Gebete und Dankfeste anordnen. §. 56. Auch ist derselbe befugt, wenn er wahrnimmt, dass bey einer Kirchengesell-

burgisch-preussischen Herrscher, das Verhältniss des Staates zur katholischen Kirche, über welche sie die Episcopalrechte in Anspruch nahmen[22. 23], gerin-

schaft Spaltungen, Unordnungen oder Missbräuche eingerissen sind, zur Wiederherstellung der Einigkeit und kirchlichen Ordnung unter Seinem Schutze Kirchenversammlungen zu veranlassen, ohne jedoch in Gegenstände der Religionslehre Sich selbst einzumischen. §. 57. Da die hoheitliche Oberaufsicht über alle innerhalb der Grenzen des Staates vorfallende Handlungen, Ereignisse und Verhältnisse sich erstreckt, so ist die Staatsgewalt berechtigt, von demjenigen, was in den Versammlungen der Kirchengesellschaften gelehrt und verhandelt wird, Kenntniss einzuziehen. §. 58. Hiernach dürfen keine Gesetze, Verordnungen oder sonstige Anordnungen der Kirchengewalt nach den hierüber in den Königlichen Landen schon längst bestehenden Generalmandaten ohne Allerhöchste Einsicht und Genehmigung publicirt und vollzogen werden. Die geistlichen Obrigkeiten sind gehalten, nachdem sie die Königliche Genehmigung zur Publication (Placet) erhalten haben, im Eingange der Ausschreibungen ihrer Verordnungen von derselben jeder Zeit ausdrücklich Erwähnung zu thun. §. 59. Ausschreiben der geistlichen Behörden, die sich blos auf die ihnen untergeordnete Geistlichkeit beziehen, und aus genehmigten allgemeinen Verordnungen hervorgehen, bedürfen keiner neuen Genehmigung. §. 60. Die Ausübung der geistlichen Gerichtsbarkeit kömmt zwar nach §. 38. Lit. b. der Kirchengewalt zu; die dafür angeordneten Gerichte, so wie ihre Verfassung müssen aber vor ihrer Einführung von dem Könige bestätigt werden. Auch sollen die einschlägigen Königlichen Landesstellen aufmerksam sein, damit die königlichen Unterthanen von den geistlichen Stellen nicht mit gesetzwidrigen Gebühren beschwert, oder in ihren Angelegenheiten auf eine für sie lästige Art aufgehalten werden. §. 61. Die vorgeschriebenen Genehmigungen können nur von dem Könige selbst mittelst des Königlichen Staatsministeriums des Innern ertheilt werden, an welches die zu publicirenden kirchlichen Gesetze und Verordnungen eingesendet und sonstige Anordnungen ausführlich angezeigt werden müssen. §. 62. Die Religions- und Kirchen-Gesellschaften müssen sich in Angelegenheiten, die sie mit anderen bürgerlichen Gesellschaften gemein haben, nach den Gesetzen des Staates richten. §. 63. Diesen Gesetzen sind in ihren bürgerlichen Beziehungen sowohl die Oberen der Kirche als einzelne Mitglieder derselben auf gleiche Art unterworfen. §. 71. Keinem kirchlichen Zwangsmittel wird irgend ein Einfluss auf das gesellschaftliche Leben und die bürgerlichen Verhältnisse ohne Einwilligung der Staatsgewalt im Staate gestattet. §. 75. Die Verwaltung des Kirchenvermögens steht nach den hierüber gegebenen Gesetzen unter dem Königlichen obersten Schutze und Aufsicht. §. 76. Unter Gegenständen gemischter Natur werden diejenigen verstanden, welche zwar geistlich sind, aber die Religion nicht wesentlich betreffen, und zugleich irgend eine Beziehung auf den Staat und das weltliche Wohl der Einwohner desselben haben. §. 77. Bey diesen Gegenständen dürfen von der Kirchengewalt ohne Mitwirkung der weltlichen Obrigkeit keine einseitigen Anordnungen geschehen. §. 78. Der Staatsgewalt steht die Befugniss zu, nicht nur von allen Anordnungen über diese Gegenstände Einsicht zu nehmen, sondern auch durch eigene Verordnung dabey alles dasjenige zu hindern, was dem öffentlichen Wohle nachtheilig seyn könnte.

§. 19. 21) *Baierische Ministerialentschliess. v. April* 1830: Dass in Zukunft alle Dispensations- und anderen Gesuche beim päpstlichen Stuhle von den Erzbischöfen und Bischöfen geradezu an die Kgl. Gesandtschaft in Rom gesandt werden dürfen, dass aber die erlangten Breven von der Gesandtschaft wie bisher an das Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Aeusseren zu übermachen seien, und dass allen Dispensationen, die nicht auf diesem Wege erwirkt werden, das Kgl. Exequatur strenge verweigert werden soll. . . . Die erfolgenden päpstlichen Dispensen, Bullen, Breven und sonstigen Ausfertigungen werden durch das Staatsministerium des Kgl. Hauses und des Aeussern jedesmal unverweilt dem Staatsministerium des Innern zugeschlossen werden. Dieses wird von dem Inhalte derselben, insofern sie nicht von der Poenitentiarie verschlossen ausgefertigt worden sind, Einsicht nehmen, und sie sofort Behufs des Vollzuges oder der weiteren Verfügung den betreffenden Erzbischöfen oder Bischöfen entweder unmittelbar oder durch die einschlägigen Kreisregierungen ohne Verzug zugehen lassen. Kein römisches Breve etc. darf in Zukunft von irgend einer geistlichen Behörde mehr zum Vollzuge gebracht werden, welches nicht auf dem angegebenen Wege erholt und den betreffenden Erzbischöfen oder Bischöfen durch das Staatsministerium des Innern oder die einschlägigen Kreisregierungen mit der Eröffnung der Vollzugsgenehmigung zugesendet worden ist.

22) *Edikt des Kurf. Friedrich Wilhelm von*

gere Bedeutung hatte, wuchs diese als durch *Friedrich II.* Schlesien und Westpreussen dem Staate einverleibt wurden. Auch dieser König[24-27] erachtete

Brandenburg vom 7. Sept. 1661: Als uns ... vorgekommen, ... welchergestalt einige ... Geistliche ... nicht Uns vor ihrem alleinigen Ordinario ecclesiastico zu erkennen, sondern mit fremden Mandaten, Decreten und Rescripten auswärtiger Herrschaften ... einzuschleichen sich gelüsten lassen. Wir aber solchem wider ... Unser wohlherbrachtes Jus episcopale ... streitenden Unwesen und strafbarer Vermessenheit ... nicht zusehen ... wollen [so befehlen Wir] allen und jeden oberwähnten Unseren geistlichen und weltlichen Unterthanen und Angehörigen in diesen Unsern klevischen und märkischen Landen, sie haben Namen, wie sie wollen, sich dergleichen Ungehorsams und unverantwortlicher Provocationen in unzulässigen Fällen, wie auch Sollicitationen fremder Decreten, Mandaten und Rescripten bei auswärtigen Potentaten und Herrschaften gänzlich zu enthalten und niemanden anders als Uns ... in geistlichen Sachen vor ihren Oberherrn und Ordinario zu erkennen auch niemanden ohne Unserm oder Unsers zeitlichen Statthalters und Regierung Vorwissen und Bewilligung einige Visitationen oder Reformationen der Collegien, Capitel, Stifter, Klöster oder Parochien zu gestatten." — Die, welche fremde Decrete suchen, ausbringen oder exequiren, werden bedroht, dass sie „de facto ihrer habenden Präbenden, Beneficien oder Bedienung entsetzet sein sollen"; diejenigen, welche fremde Decrete insinuiren oder publiciren, sollen gewärtig sein, dass sie „allsofort als Rebellen mit ... Steckung in den Säcken und Werfung auf das Wasser andern zum abscheulichen Exempel beleget und aus dem Wege geräumt werden sollen.

§. 19. 23) *Friedr. Wilhelm I. v. Preussen an d. Pater Dominic. Torck* 1728: Es will verlauten, dass der Provincial sich auf den Weg begeben, um allhier in Berlin eine Visitation oder Mutation anzustellen. Weil Wir nun als summus Episcopus keinen (er sei wer er wolle) die geringste Jurisdiction in Ecclesiasticis allhier verstatten wollen, so befehlen Wir Euch in Gnaden, obgedachten Provincial, falls er allhier ankommen sollte, sofort anzudeuten, dass er wieder nach Hause gehe oder sich bei Strafe in Unserer Residenz allhier keiner geistlichen Jurisdiction, Visitation noch Mutation anmaassen, widrigenfalls derselbe sowohl als Ihr zu gehöriger Strafe gezogen werden sollet. Wann aber der eine oder der andere etwas vorzustellen haben sollte, können sie solches bei Uns gehörig anbringen.

24) *Friedrich II. Erlass v. 30. Dec.* 1761 *an d. Breslauer Domkapitel.* Durch alles obstehende wird also in keiner wege weder der Römisch-Catholischen Religion noch sonsten dem statu quo derselben, im geringsten prejudiciret so nach Einhalt dessen denselben alle Uebungen der Religion sowohl als die Religion selbst frey bleibet, im übrigen aber und soviel das gemeine beste, auch die Landes-Verfassungen anbetrifft, Sr. Kgl. Maj. wohl Niemand die Befugniss streitig machen wird nach dero Souverainen Rechten in Schlesien dergleichen Verfassungen zu machen, welche Sie zu dem allgemeinen Landesbesten vor nothwendig finden. Da im übrigen Sie dem Dohmkapitul gerne frey lassen, in Sachen so das innere und eigentliche der Catholischen Religion betrifft, ihre geistliche Einrichtung zu machen und auf gutte Ordnung zu halten. In erwegung dass ihr Reich darunter nicht so zu sagen von dieser Welt ist, sondern nur sich bloss auf die geistliche Fonctions erstrecket. Aus welchen Ursachen dann auch es Sr. K. Maj. angenehm seyn wird, wenn so wenig mehrgedachtes Dohmkapitel als der Catholische Clerus sich forthin nicht weiter mit Sachen, so die sonstigen Landes-Verfassungen eigentlich concerniren abgeben oder meliren, sondern sich darunter als treue gehorsame Unterthanen betragen werden.

25) *Friedrich II. Verfügung v. J.* 1744: „Was massen Wir so wenig dem Römischen Papst, als einiger anderer Puissance einzuräumen gemeint sind, Unsere Schlesischen Unterthanen in Sachen welche in das Politzeiwesen einschlagen, dergleichen die Erziehung der Kinder unstreitig ist, Gesetze und Verordnungen, am wenigsten aber solche vorzuschreiben, wodurch die Unsern sämmtlichen Unterthanen gnädigst verstattete Gewissens-Freyheit auff einige Weise eingeschränket und geschmälert werden könnte." Er fand für nöthig, „vorangezogene Päpstliche Dispensation in Ansehung der derselben annectirten präjudicirlichen Clausel aus Landesherrlicher Souverainer Macht und Gewalt, wie hiemit geschiehet, gänzlich zu cassiren und zu annulliren."

26) *Schreiben Friedrichs II. an den Fürstbisch. v. Schaafgotsch (v. Breslau) v. 26. April* 1754: Damit nun eine ähnliche Uebereilung für die Zukunft nicht mehr vorkomme, was der anständigste Ausdruck ist, dessen Ich Mich bedienen kann, so erkläre ich Ihnen, Kraft des gegenwärtigen Schreibens Ein für allemal, dass wenn Sie für die Zukunft nöthig

sich als Bischof der katholischen Kirche und nahm zwar über den Glauben für sich keine Befugnisse in Anspruch, wohl aber über alle äusserlichen Verhältnisse der kirchlichen Anstalt. Unter seinem Nachfolger wurde das *allgemeine Preussische Landrecht* publicirt[28], der erste Versuch in Deutschland in umfassender Codification die Stellung der Kirche zum Staate zu regeln. Nach diesem ist der König Quelle aller äusseren Gewalt im Staate. So besitzt auch

haben, Ihrem Clerus in Schlesien ähnliche Sachen bekannt zu machen, Sie, ehe Sie solche dem Druck übergeben, und ehe Sie dieselben veröffentlichen, den Entwurf davon meinem dirigirenden Minister v. Massow mittheilen, damit er diesen Entwurf von den Ausdrücken, welche Meinem Dienste und Interesse schädlich sind, reinigen kann; erst nachher und nicht früher kann die Publication geschehen. Ferner finde Ich's für nöthig, Ihnen noch zu sagen, dass, wenn künftighin andere päpstliche Bullen und Breve an Sie gelangen, Sie solche gleichfalls Meinem Minister mittheilen, wenn nicht im Original, doch wenigstens in einer authentischen Abschrift, die von jenen Personen bestätigt ist, welche von Mir hierzu ermächtigt sind, auf dass er Meine Genehmigung vernehmen und Ihnen alsdann davon Nachricht geben kann.

§. 19. 27) *Notificationspatent v.* 28. *Sept.* 1772: Gleichviel Wir aber den Katholischen Religionsverwandten ihre besondere bisher gehabte geistliche Gerichtsbarkeit noch ferner, jedoch dergestalt zuzulassen, Allergnädigst gemeint sind, dass sie blos und allein über causas vere ecclesiasticas zu kognosciren befugt sein, von allen causis civilibus aber, wenn sie auch eine geistliche Person angehen, auch wenn selbst super iure patronatus et decimis gestritten wird, nicht weniger von aller Ausübung einer Kriminal-Jurisdiction abstiniren sollen.

28) *Allgem. Landrecht f. d. Preuss. Staaten. Theil* 2. *Tit.* 11: §. 27. Sowohl öffentlich aufgenommene als bloss geduldete Religions- und Kirchengesellschaften müssen sich in allen Angelegenheiten, die sie mit anderen bürgerlichen Gesellschaften gemein haben, nach den Gesetzen des Staats richten. §. 28. Diesen Gesetzen sind auch die Oberen und die einzelnen Mitglieder in allen Vorfällen des bürgerlichen Lebens unterworfen. §. 29. Soll denselben wegen ihrer Religionsmeinungen eine Ausnahme von gewissen Gesetzen zu Statten kommen, so muss dergleichen Ausnahme vom Staate ausdrücklich zugelassen sein. §. 32. Die Privat- und öffentliche Religionsübung einer jeden Kirchengesellschaft ist der Oberaufsicht des Staates unterworfen. §. 33. Der Staat ist berechtigt, von demjenigen, was in den Versammlungen der Kirchengesellschaften gelehrt und verhandelt wird, Kenntniss einzuziehen. §. 45. Keine Kirchengesellschaft ist befugt, ihren Mitgliedern Glaubensgesetze wider ihre Ueberzeugung aufzudringen. §. 53. Sind dergleichen Strafen zur Aufrechthaltung der Ordnung, Ruhe und Sicherheit in der Kirchengesellschaft nothwendig: so muss die Verfügung der vom Staate gesetzten Obrigkeit überlassen werden. §. 55. Wegen blosser, von dem gemeinen Glaubensbekenntnisse abweichender Meinungen kann kein Mitglied ausgeschlossen werden. §. 56. Wenn über die Rechtmässigkeit der Ausschliessung Streit entsteht, so gebührt die Entscheidung dem Staate. §. 57. Soweit mit einer solchen Ausschliessung nachtheilige Folgen für die bürgerliche Ehre des Ausgeschlossenen verbunden sind, muss vor deren Veranlassung die Genehmigung des Staates eingeholt werden. §. 96. Die Geistlichen der vom Staate privilegirten Kirchengesellschaften sind als Beamte des Staates der Regel nach von den persönlichen Lasten und Pflichten des gemeinen Bürgers frei. §. 117. Kein Bischof darf in Religions- und Kirchenangelegenheiten ohne Erlaubniss des Staats neue Verordnungen machen, oder dergleichen von fremden geistlichen Oberen annehmen. §. 118. Alle päpstlichen Bullen, Breven und alle Verordnungen auswärtiger Oberen der Geistlichkeit müssen vor ihrer Publikation und Vollstreckung dem Staate zur Prüfung und Genehmigung vorgelegt werden. §. 135. Kein auswärtiger Bischof oder anderer geistlicher Obere darf sich in Kirchensachen eine gesetzgebende Macht anmassen. §. 136. Auch darf er irgend einige andere Gewalt, Direktion oder Gerichtsbarkeit in solchen Sachen ohne ausdrückliche Einwilligung des Staats nicht ausüben. §. 138. Ist auswärtigen Oberen eine Direction der Gerichtsbarkeit innerhalb der Grenzen des Staates zugestanden, so müssen sie zu deren Verwaltung einen vom Staate genehmigten Vikarius innerhalb Landes bestellen. §. 141. Zu Kirchenversammlungen innerhalb des Landes darf die Geistlichkeit ohne Vorwissen und Mitwirken des Staats nicht berufen, viel weniger können die Schlüsse solcher Versammlungen ohne Genehmigung des Staats in Ausübung gebracht werden.

keine Religionsgesellschaft äussere Rechte im Staate, die ihr nicht von diesem verliehen wären, und hat sie demgemäss nach seinem Gesetze und unter seiner Oberaufsicht auszuüben. Unter *Friedrich Wilhelm III.* traten noch weitere katholische Gebietstheile zum Staate hinzu, und stiess das landrechtliche durch die Bureaukratie gehandhabte System[29] auf den heftigen Widerstand der Kirche (*Kölner Irrung*)[30], so dass *Friedrich Wilhelm IV.* gleich beim Antritt seiner Regierung durch Concessionen[31] an die Kirche den Frieden zwischen Staat und Kirche wiederherzustellen suchte. Unter seiner Regierung wurden die staatlichen Hoheitsrechte um so schwächlicher gehandhabt, als er zu ihrer Wahrnehmung eine eigene katholische Behörde (*katholische Abtheilung des Ministeriums der geistlichen Angelegenheiten*) eingesetzt hatte. (Cab.-Ord. v. 12. Febr. 1841). D. Die Staaten der *oberrheinischen Kirchenprovinz*, welche die Anerkennung ihrer josephinischen Principien von Rom bei den Concordatsverhandlungen nicht hatten durchsetzen können, verpflichteten sich durch geheimen Vertrag, in gleichmässiger Weise die staatskirchenrechtlichen Verhältnisse im josephinischen Sinne zu ordnen, und realisirten ihre Grundsätze, wenn auch nicht immer ohne Widerstand der Kirche[32]. 2. Das Jahr 1848 vernichtete

§. 19. 29) *Instruction d. Preuss. Ministers v. Altenstein an den Curator der Universität Bonn.* 1837: Nach Grundsätzen, die das allg. Landrecht klar ausspricht, ist die mit der Ausübung des Iuris circa sacra beauftragte Staatsbehörde nicht ermächtigt, neben der landesherrlichen allerhöchsten Macht eine unabhängige geistliche Gewalt anzuerkennen, so dass es nur von dem päpstlichen Stuhle abhänge, in Rom irgend etwas zu ediciren, das die Unterthanen des Königs als ein verbindliches Gesetz zu befolgen hätten. Auf dem äussern Gebiete des freien menschlichen Handelns ist allein der König die oberste Quelle auch des geistlichen d. h. kirchlichen Rechts, so dass der geistliche Obere nur mit seinem Vorwissen und seiner Zulassung das kirchliche Leben durch Gebote und Satzungen bestimmen kann. Die Achtung vor dem Rechte des Gewissens und die Anerkennung der geschichtlichen Grundlagen, sowie des unschätzbaren Werthes gemeinsamer christlicher Ueberzeugungen schützt die katholische Kirche vor dem Missbrauche des landesherrlichen Iuris cavendi. Aber dieses Recht aufgeben, oder was gleichviel ist, es ungeahndet thatsächlich verletzen lassen, darf eine Regierung nicht.

30) *Publikand. der Königl. Preuss. Ministers der geistl. Angelegenheiten, der Justiz und der Polizei vom* 15. *November* 1837. Siehe Anhang no. 1.

31) *Circularschreiben d. Preuss. Ministers d. geistl. Angelegenh. v.* 1. *Jan.* 1841: Dass in allen geistlichen Angelegenheiten, wo das hierarchische Verhältniss zwischen den Bischöfen des Landes und ihrem geistl. Oberhaupte zu gegenseitigen Mittheilungen Anlass giebt, der diesfällige Verkehr mit dem röm. Stuhle fortan frei von allen Beschränkungen stattfinden könne.

32) *Verordn. für die Länder d. Oberrhein. K. Provinz v.* 30. *Januar* 1830: §. 3. Jeder Staat übt die ihm zustehenden unveräusserlichen Majestätsrechte des Schutzes und der Oberaufsicht über die Kirche in ihrem vollen Umfange aus. §. 4. Die von dem Erzbischof, dem Bischof und den übrigen kirchlichen Behörden ausgehenden allgemeinen Anordnungen, Kreisschreiben an die Geistlichkeit und Diöcesanen, durch welche dieselben zu etwas verbunden werden sollen, so wie auch besondere Verfügungen von Wichtigkeit unterliegen der Genehmigung des Staates und können nur mit der ausdrücklichen Bemerkung der Staatsgenehmigung (Placet) kund gemacht oder erlassen werden. Auch solche allgemeine kirchliche Anordnungen und öffentlichen Erlasse, welche rein geistliche Gegenstände, betreffen, sind den Staatsbehörden zur Einsicht vorzulegen, und kann deren Kundmachung erst alsdann erfolgen, wenn dazu die Staatsbewilligung ertheilt worden ist. §. 5. Alle römischen Bullen, Breven, und sonstigen Erlasse müssen, ehe sie kund gemacht und in Anwendung gebracht werden, die landesherrliche Genehmigung erhalten und selbst für angenommene Bullen dauert ihre verbindende Kraft und ihre Gültigkeit nur so lange, als nicht im Staate durch neuere Verordnungen etwas anderes eingeführt wird. Die Staatsgenehmigung ist aber nicht nur für alle neu erscheinenden päbstlichen Bullen und Constitutionen, sondern auch für alle früheren päbstlichen Anordnungen nothwendig, sobald davon Gebrauch gemacht werden will. §. 6. Ebenso wie die weltlichen Mitglieder der

das absolute Staatswesen in Deutschland, und die Kirche säumte nicht, dem geschwächten Staate gegenüber die Herstellung ihrer Freiheit zu fordern[33. 34]. Sie stiess dabei auf Sympathien der liberalen Partei, so dass die *Grundrechte der Frankfurter Nationalversammlung*[35] nach *belgischem*[36] Muster die Kirchen-Freiheit proklamirten. A. In *Oesterreich* gelang es der Kirche einen Vertrag mit dem Staate (*Concordat vom* 5. *November* 1855)[37] zu Stande zu bringen,

katholischen Kirche stehen auch die Geistlichen als Staatsgenossen unter den Gesetzen und der Gerichtsbarkeit des Staates. §. 9. Provinzial-Synoden können nur mit Genehmigung der vereinten Staaten, welche denselben Commissaire beiordnen, gehalten werden. Zu den abzuhaltenden Synodal-Conferenzen wird der Erzbischof, sowie jeder Bischof mit Genehmigung der Regierungen, einen Bevollmächtigten absenden. §. 10. In keinem Falle können kirchliche Streitsachen der Katholiken ausserhalb der Provinz und vor auswärtigen Richtern verhandelt werden. Es wird daher in dieser Beziehung in der Provinz die nöthige Einrichtung getroffen werden.

§. 19. 33) *Berufungsschreib. d. Erzb. v. Cöln zu einer deutschen Bischofsversammlung v.* 25. *Sept.* 1848: ... Gegenwärtig ist nun aber ein Wendepunkt eingetreten. Das alte Bureaucraten-Regiment will nicht länger mehr anhalten. Es ist allenthalben verhasst geworden und überall hat das freie Selbstregiment in freien Vereinen und in freiem Gemeindeleben den Kampf mit ihm begonnen. Noch ist dieser Kampf nicht entschieden. Aber wie auch die Würfel fallen mögen, die Kirche darf dabei in Zeiten sich vorsehen.... Für die Bischöfe ist es dringende Pflicht, die seitherigen Ein- und Uebergriffe der Bureaucraten in das ganze Kirchenwesen mit dem Geiste der Gegenwart und den Bedürfnissen der Zukunft zusammen zu halten, und das Geeignete vorzukehren.

34) *Beschlüsse des in Würzburg October und November* 1848 *versammelten deutschen Episkopates:* Eine Trennung der Kirche vom Staate selbst herbeizuführen, wurde nicht als die Aufgabe der Kirche erkannt; sollte aber der Staat sich von ihr lossagen, so würde sie, ohne es zu billigen, geschehen lassen, was sie nicht hindern kann; jedoch die von ihr selbst und in wechselseitigem Einverständnisse geknüpften Fäden des Zusammenhanges ihrerseits nicht trennen, wo nicht etwa die Pflicht der Selbsterhaltung dieses gebiete. Zur Durchführung ihrer göttlichen Sendung nimmt die katholische Kirche, wie auch immer die öffentliche Ordnung der Staaten gestaltet sein mag, nur die vollste Freiheit und Selbstständigkeit in Anspruch. — Sollte die Stellung der Kirche im Staate nicht ferner die einer öffentlichen, um ihrer höheren Mission willen bevorzugten Corporation sein, sollte ihr blos die Stellung eines nur privatrechtlich gesicherten Vereins bleiben, so muss und wird sie ungescheut zu ihrem ursprünglichen Princip, dem der vollen Freiheit und Selbstständigkeit in Ordnung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten, zurückkehren.

35) *Deutsche Grundrechte Art.* 3. §. 14: Jede Religions-Gesellschaft (Kirche) ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig, bleibt aber wie jede andere Gesellschaft im Staate den Staatsgesetzen unterworfen. Neue Religionsgesellschaften dürfen sich bilden; einer Anerkennung ihres Bekenntnisses durch den Staat bedarf es nicht. Keine Religionsgesellschaft geniesst vor andern Vorrechte durch den Staat. Es besteht fernerhin keine Staatskirche.

36) *Belgische Constitution*: Art. 14. La liberté des cultes, celle de leur exercice public, ainsi que la liberté de manifester ses opinions en toutes matières sont garanties, sauf la répression des délits commis à l'occasion de ces libertés. Art. 16. L'état n'a le droit d'intervenir ni dans la nomination, ni dans l'installation des ministres d'un culte quelconque, ni de défendre à ceuxci de correspondre avec leurs supérieurs, et de publier leurs actes, sauf en ce dernier cas, la responsabilité ordinaire en matière de presse et de publication. Art. 17. L'enseignement est libre, toute mesure préventive est interdite: la repression des délits n'est règlée que par la loi. Art. 19. Les Belges ont le droit de s'assembler paisiblement et sans armes, en se conformant aux lois qui peuvent règler l'exercice de ce droit, sans néanmoins le soumettre à une autorisation préalable. Cette disposition ne s'applique point aux rassemblements en plein air, qui restent entièrement soumis aux lois de police. Art. 23. Les Belges ont le droit de s'associer; ce droit ne peut être soumis à aucune mesure préventive.

37) *Oesterr. Concordat:* 1. Religio catholica Apostolica Romana in toto Austriae Imperio et singulis, quibus constituitur ditionibus, sarta tecta conservabitur semper cum iis iuribus et praerogativis, quibus frui debet ex Dei ordinatione et canonicis sanctionibus. 2. Cum Romanus Pontifex primatum tam honoris quam jurisdictionis in universam, qua late patet, Ecclesiam jure divino obtineat,

welcher den Josephinismus gänzlich beseitigte und den Staat der Kirche in einer Weise dienstbar machte, wie das seit Ferdinand II. nicht mehr geschehen war. Die Schule wurde den Jesuiten Preis gegeben[38], und damit staatlicher Seits auch die Aussicht auf eine bessere Zukunft verscherzt. Eine Reaction erfolgte indessen schon nach der Niederlage des Jahres 1866 in dem *Staats-*

Episcoporum, cleri et populi mutua cum Sancta Sede communicatio in rebus spiritualibus et negotiis ecclesiasticis nulli placetum regium obtinendi necessitati suberit, sed prorsus libera erit. 3. Archiepiscopi, Episcopi omnesque locorum Ordinarii cum clero et populo dioecesano pro munere officii pastoralis libere communicabunt, libere item suas de rebus ecclesiasticis instructiones et ordinationes publicabunt. 4. Archiepiscopis et Episcopis id quoque omne exercere liberum erit, quod pro regimine dioecesium sive ex declaratione sive ex dispositione sacrorum canonum juxta praesentem et a Sancta Sede adprobatam Ecclesiae disciplinam ipsis competit. 5. Omnis juventutis catholicae institutio in cunctis scholis tam publicis quam privatis conformis erit doctrinae religionis catholicae; Episcopi autem ex proprii pastoralis officii munere dirigent religiosam juventutis educationem in omnibus iustructionis locis et publicis et privatis, atque diligenter advigilabunt, ut in quavis tradenda disciplina nihil adsit, quod catholicae religioni, morumque honestati adversetur. 9. Archiepiscopi, Episcopi omnesque locorum Ordinarii propriam auctoritatem omnimoda libertate exercebunt, ut libros religioni morumque honestati perniciosos censura perstringant et fideles ab eorundem lectione avertant. Sed et Gubernium, ne eiusmodi libri in Imperio divulgentur, quovis opportuno remedio cavebit. 13. Temporum ratione habita Sanctitas Sua consentit, ut clericorum causas mere civiles, prout contractuum, debitorum, haereditatum iudices saeculares cognoscant et definiant. 14. Eadem de causa Sancta Sedes haud impedit, quominus causae ecclesiasticorum pro criminibus seu delictis, quae poenalibus Imperii legibus animadvertuntur, ad iudicem laicum deferantur; cui tamen incumbet, Episcopum ea de re absque mora certiorem reddere. Praeterea in reo deprehendendo et detinendo ii adhibebuntur modi, quos reverentia status clericalis exigit. Quodsi in ecclesiasticum virum mortis vel carceris ultra quinquennium duraturi sententia feratur, Episcopo nunquam non acta iudiciaria communicabuntur, et condemnatum audiendi facultas fiet, in quantum necessarium sit, ut de poena ecclesiastica eidem infligenda cognoscere possit. Hoc idem Antistite petente praestabitur, si minor poena decreta fuerit. Clerici carceris poenam semper in locis a saecularibus separatis luent. Quodsi autem ex delicto vel transgressione condemnati fuerint, in monasterio vel alia eccleciastica domo recludentur. In huius articuli dispositione minime comprehenduntur causae maiores, de quibus sacrum Concilium Tridentinum sess. XXIV. c. 5. de reform. decrevit. Iis pertractandis Sanctissimus Pater et Majestas Sua Caesarea, si opus fuerit, providebunt. 15. Ut honoretur domus Dei, qui est Rex Regum et Dominus Dominantium, sacrorum templorum immunitas servabitur, in quantum id publica securitas et ea, quae iustitia exigit, fieri sinant. 21. Ecclesia iure suo pollebit, novas iusto quovis titulo libere acquirendi possessiones eiusque proprietas in omnibus, quae nunc possidet, vel imposterum acquiret, inviolabilis solemniter erit. Proinde quoad antiquas novasque ecclesiasticas fundationes nulla vel suppressio vel unio fieri poterit absque interventu autoritatis Apostolicae Sedis salvis facultatibus a sacro Concilio Tridentino Episcopis tributis.

§. 19. 38) *Antwort d. Jesuitengenerals auf d. Anfrage des Ministers Grafen Thun ob der Jesuitenorden die österr. Gymnasien übernehmen wolle* (15. *Juli* 1854): Es erheischten und rechtfertigten die eigenthümlichen Verhältnisse der Gesellschaft Jesu die folgenden zwei Ausnahmebestimmungen: I. dass die Leitung der der Gesellschaft Jesu anzuvertrauenden Gymnasien den Ordensoberen nach den Statuten und Regeln des Ordens überlassen sei; II. dass es den Oberen ungehindert frei stehe, ihre Untergebenen ohne vorhergehende amtliche Lehrfähigkeitsprüfungen zu Directoren, Rectoren, Präfecten und Professoren zu bestimmen, sie von ihrem Amte zu entfernen und andere an ihre Stelle zu setzen. ... Nach den Statuten und Regeln des Ordens kommt die oberste Aufsicht aller der Gesellschaft Jesu anvertrauten Lehr- und Bildungs-Anstalten dem Ordensgeneral zu; die mittelbare Leitung der in jeder Ordensprovinz bestehenden Schulanstalten dem Provinzial; die unmittelbare Leitung dem Rector mit Hülfe des Studienpräfecten. Darauf, dass es den Oberen zu überlassen sei, diejenigen zu Rectoren, Präfecten und Lehrern zu bestimmen, die sie am besten dazu geeignet halten, ohne dass dieselben amtlichen Lehramtsprüfungen sich zu unterziehen haben, muss der Orden bestehen.

grundgesetze vom 20. *December* 1867[39], den *Gesetzen vom* 25. *Mai* 1868, welche das früher geltende Eherecht wieder herstellten, die Ehegerichtsbarkeit dem Staate zurück gaben, die Schule säcularisirten, die interconfessionellen Verhältnisse regelten — und dem Cultusministeriell. Erlass vom 7. Juni 1869, welcher der bischöflichen Disciplinargewalt Schranken zog. — *Pius IX.* sprach zwar durch seine Allocution vom 22. Juni 1868 die Ungültigkeit des Staatsgrundgesetzes aus[40], vermochte aber das Concordat nicht zu retten. B. *Baiern.*

§. 19. 39) *Oester. Staatsgrundgesetz v.* 20. *Dec.* 1867 *Art.* 15: Art. 2. Vor dem Gesetze sind alle Staatsbürger gleich. Art. 6. Jeder Staatsbürger kann an jedem Orte des Staatsgebietes seinen Aufenthalt und Wohnsitz nehmen, Liegenschaften jeder Art erwerben und über dieselben frei verfügen, sowie unter den gesetzlichen Bedingungen jeden Erwerbszweig ausüben. Für die todte Hand sind Beschränkungen des Rechtes, Liegenschaften zu erwerben und über sie zu verfügen, im Wege des Gesetzes aus Gründen des öffentlichen Wohles zulässig. Art. 8. Die Freiheit der Person ist gewährleistet. Das bestehende Gesetz vom 27. Oct. 1862 (R.-G.-B. Nr. 87) zum Schutze der persönlichen Freiheit wird hiermit als Bestandtheil des Staatsgrundgesetzes erklärt. Art. 12. Die österreichischen Staatsbürger haben das Recht, sich zu versammeln und Vereine zu bilden. Die Ausübung dieser Rechte wird durch besondere Gesetze geregelt. Art. 13. Jedermann hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck oder durch bildliche Darstellung seine Meinung innerhalb der gesetzlichen Schranken frei zu äussern. Die Presse darf weder unter Censur gestellt, noch durch das Concessions-System beschränkt werden. Administrative Postverbote finden auf inländische Druckschriften keine Anwendung. Art. 14. Die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit ist Jedermann gewährleistet. Der Genuss der bürgerlichen und politischen Rechte ist von dem Religionsbekenntniss unabhängig, doch darf den staatsbürgerlichen Pflichten durch das Religionsbekenntniss kein Abbruch geschehen. Niemand kann zu einer kirchlichen Handlung oder zur Theilnahme an einer kirchlichen Feierlichkeit gezwungen werden, in so fern er nicht der nach dem Gesetze hiezu berechtigten Gewalt eines Anderen untersteht. Art. 15. Jede gesetzlich anerkannte Kirche und Religionsgesellschaft hat das Recht der gemeinsamen öffentlichen Religionsübung, ordnet und verwaltet ihre inneren Angelegenheiten selbstständig, bleibt im Besitze und Genusse ihrer für Cultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds, ist aber wie jede Gesellschaft den allgemeinen Staatsgesetzen unterworfen. Art. 16. Den Anhängern eines gesetzlich nicht anerkannten Religionsbekenntnisses ist die häusliche Religionsübung gestattet, insofern dieselbe weder rechtswidrig, noch sittenverletzend ist. Art. 17. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. Unterrichts- und Erziehungsanstalten zu gründen und an solchen Unterricht zu ertheilen, ist jeder Staatsbürger berechtigt, der seine Befähigung hiezu in gesetzlicher Weise nachgewiesen hat. Der häusliche Unterricht unterliegt keiner solchen Beschränkung. Für den Religionsunterricht in den Schulen ist von der betreffenden Kirche oder Religionsgesellschaft Sorge zu tragen. Dem Staate steht rücksichtlich des gesammten Unterrichts- und Erziehungswesens das Recht der obersten Leitung und Aufsicht zu. Art. 18. Es steht Jedermann frei, einen Beruf zu wählen und sich für denselben auszubilden, wie und wo er will. B. Ueber die richterliche Gewalt. Art. 1. Alle Gerichtsbarkeit im Staate wird im Namen des Kaisers ausgeübt. Die Urtheile und Erkenntnisse werden im Namen des Kaisers ausgefertigt.

40) *Allocution Pius IX. v.* 22. *Juni* 1868: Videtis profecto, Venerabiles Fratres, quam vehementer reprobandae, et damnandae sint eiusmodi abominabiles leges ab Austriaco Gubernio latae, quae catholicae Ecclesiae doctrinae, eiusque venerandis iuribus autoritati, divinaeque constitutioni, ac Nostrae et Apostolicae huius Sedis potestati, et memoratae Nostrae Conventioni, ac vel ipsi naturali iuri vel maxime adversantur. Nos igitur pro omnium Ecclesiarum sollicitudine Nobis ab ipso Christo Domino commissa Apostolicam vocem in amplissimo hoc vestro consessu attollimus, et commemoratas leges, ac omnia, et singula, quae sive in his, sive aliis in rebus ad Ecclesiae ius pertinentibus ab Austriaco Gubernio seu ab inferioribus quibusque Magistratibus decreta, gesta, et quomodolibet attentata sunt, Auctoritate Nostra apostolica reprobamus, damnamus, et decreta ipsa cum omnibus inde consecutis eadem Auctoritate Nostra irrita prorsus, nulliusque roboris fuisse, ac fore declaramus. Ipsos autem illorum auctores, qui se catholicos esse praesertim gloriantur, quique memoratas leges, acta vel proponere, vel condere, vel approbare, et exsequi non dubitarunt, obtestamur,

Das frühere Recht wurde nur in untergeordneten Beziehungen geändert[41]. C. Die *Preussische* Verfassungsurkunde[42] beruhte auf dem Vorbilde der Grundrechte. Sie sprach das Princip der kirchlichen Freiheit aus, ohne dass es der Regierung gelungen wäre, die Consequenzen derselben[43] mit den Bischöfen vertragsmässig festzusetzen[44]; diese nahmen vielmehr einseitig alle Befugnisse

et obsecramus, ut meminerint Censurarum, poenarumque spiritualium, quas Apostolicae Constitutiones, et Oecumenicorum Conciliorum decreta contra invasores iurium Ecclesiae ipso facto incurrendas infligunt.

§. 19. 41) *K. Baier. Entschliess. v.* 30. *März* 1852: 1. Bei Auslegung und Anwendung mehrdeutiger und zweifelhafter Stellen der zweiten Verfassungsbeilage ist jene Interpretation anzunehmen, welche mit den Bestimmungen des Concordates übereinstimmend ist, oder sich denselben annähert. 2. Das oberhoheitliche Schutz- und Aufsichtsrecht des Königs besteht fort. Das in §. 50. des Religionsedicts vorbehaltene Schutz- oder Oberaufsichtsrecht soll jedoch niemals so ausgeübt werden, dass die Bischöfe in der ihnen vermöge ihres Amtes zustehenden Verwaltung rein kirchlicher Angelegenheiten behindert werden, in so fern hierbei nicht bestehende verfassungsmässige Bestimmungen zu beobachten kommen. Ebenso soll die in §. 57. reservirte hoheitliche Oberaufsicht nicht so gehandhabt werden, dass die freie Berathung kirchlicher Gerichts- oder Synodalversammlungen gestört werde.

42) *Preuss. Verf.-Urk. v.* 31. *Januar* 1850: Art. 12. Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religions-Gesellschaften (Art. 30 u. 31) und der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsübung wird gewährleistet. Der Genuss der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnisse. Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen. — Art. 13. Die Religionsgesellschaften, so wie die geistlichen Gesellschaften, welche keine Corporationsrechte haben, können diese Rechte nur durch besondere Gesetze erlangen. Art. 14. Die christliche Religion wird bei denjenigen Einrichtungen des Staats, welche mit der Religionsübung im Zusammenhange stehen, unbeschadet der im Art. 12. gewährleisteten Religionsfreiheit, zu Grunde gelegt. Art. 15. Die evangelische und die römisch-katholische Kirche, sowie jede andere Religions-Gesellschaft, ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig und bleibt im Besitz und Genuss der für ihre Cultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds. Art. 16. Der Verkehr der Religions-Gesellschaften mit ihren Oberen ist ungehindert. Die Bekanntmachung kirchlicher Anordnungen ist nur denjenigen Beschränkungen unterworfen, welchen alle übrigen Veröffentlichungen unterliegen. Art. 17. Ueber das Kirchenpatronat und die Bedingungen, unter welchen dasselbe aufgehoben werden kann, wird ein besonderes Gesetz ergehen. Art. 18. Das Ernennungs-, Vorschlags-, Wahl- und Bestätigungsrecht bei Besetzung kirchlicher Stellen ist, soweit es dem Staate zusteht und nicht auf dem Patronat oder besonderen Rechtstiteln beruht, aufgehoben. Auf die Anstellung von Geistlichen beim Militair und an öffentlichen Anstalten findet diese Bestimmung keine Anwendung. Art. 19. Die Einführung der Civil-Ehe erfolgt nach Maassgabe eines besonderen Gesetzes, was auch die Führung der Civilstands-Register regelt.

43) *Erläuterungen d. Ministers v. Ladenberg* (15. *Dec.* 1848) *zur Verf.-Urk. v.* 5. *Dec.* 1848: . . . Deshalb hat die Verf.-Urk. . . . den Religionsgesellschaften, das Recht ihre Angelegenheiten zu ordnen und zu verwalten verheissen, wonach künftig eine positive Theilnahme von Seiten des Staates nicht mehr stattfinden wird . . . Die nähere Regulirung der Verhältnisse auf der Grundlage des ausgesprochenen allgemeinen Principes wird in geordnetem Wege demnächst erfolgen.

44) *Denkschrift d. kathol. Bischöfe Preussens über die Verf.-Urk. v. Juli* 1849: Indem sie (die Bischöfe) öffentlich erklären, dass sie die in der neuen Staats-Verfassung wieder zur Anerkennung gebrachten Rechte und Freiheiten der katholischen Kirche annehmen und sie in ihrem ganzen Umfange festhalten, legen sie zugleich gegen jede in das Staatsgrundgesetz aufgenommene, jene Rechte und Freiheiten gefährdende Bestimmung, so wie gegen jeden Versuch die darin gewährten Befugnisse durch angebliche Erläuterungen wieder einzugrenzen, feierliche Verwahrung ein. Sie sind sich dabei bewusst, dass sie hierin für ihre Kirche nichts verlangen, als was ihr zur vollen Sicherung und Förderung ihres naturgemässen Lebens und Wirkens gebührt. In einem verfassungsmässig freien Staate kann und darf die katholische Kirche nicht verfassungsmässig unfrei sein; sie muss vielmehr das Vollmaass ihrer Freiheit und Selbstständigkeit staatsgrundgesetzlich in Anspruch nehmen, und sie wird ihre hohe Sendung zur

in Anspruch, welche sie als ihnen zuständig erachteten, ohne vom Staate irgend eine Beschränkung zu erfahren. Das Resultat war, dass die Kirche als Institution schrankenlose Freiheit besass, der einzelne Staatsbürger durch den Staat in einen willenlosen Gehorsam der Kirche gegenüber hineingezwungen wurde. D. Die *oberrheinischen* Bischöfe verlangten in ausführlichen Denkschriften[45] von ihren Regierungen gleichfalls Freiheit der Kirche, und als ihre Erwartungen nicht erfüllt wurden beschritten der *Erzbischof von Freiburg* und der *Bischof von Rottenburg* offen den Weg der Auflehnung. Die in ihren Kämpfen von Oesterreich mit bedrängten, von Preussen nicht gestützten Regierungen sahen sich schliesslich veranlasst, mit der römischen Curie in Verhandlung zu treten, und die auf dem österreichischen Muster beruhenden Concordate v. 8. April 1857 (*Württemberg*) u. 28. Juni 1859 (*Baden*) zu schliessen. In beiden Staaten scheiterten indessen die Concordate an dem Widerstande der Stände[46. 47], und vereinbarten die Regierungen mit diesen Staatskirchen-

Wohlfahrt des Staates nur um so segensreicher erfüllen, je mehr ihr derselbe in der unbeschränkten Gewährung ihrer naturgemässen freien Wirksamkeit gerecht wird. Das andere, nicht minder wichtige, der Kirche freigegebene Recht, ihre Angelegenheiten — die äusseren wie die inneren — ohne bevormundende Ueberwachung und ohne Hemmung durch fremde Einmischung, selbstständig und mit freier Selbstbestimmung nach den eigenen Zwecken der Entsündigung und Heiligung der Welt schaffend, einrichtend und leitend, zu ordnen und zu verwalten, begrüssten die Bischöfe mit besonderer Freudigkeit und nahmen davon um so rascher Besitz, als ihnen die übelberathene Politik der letzten Jahrhunderte vielfach solche, stets enger sich schliessende Schranken gezogen hatte, deren bedauerlicher Druck nicht selten für das kirchliche Wirken und Gedeihen eben so hemmend, wie zerstörend geworden war. Mit der Beseitigung jener Schranken und dem Wegfall des so fruchtbar und ohne Grenzen dehnbar gewordenen Placets umfasst nun diese der Kirche wieder zurückgegebene Selbstständigkeit in der Richtung nach Innen die freie Anordnung aller gottesdienstlichen Handlungen und Andachtsübungen, der katholischen Feste, der Fast- und Abstinenztage, die Errichtung neuer kirchlicher Aemter so wie die Beibehaltung und Aufnahme kirchlicher Congregationen, je nach dem kirchlichen Bedürfnisse und im Einklange mit den canonischen Satzungen, ferner die ungehinderte Bekanntmachung aller oberhirtlichen Erlasse, der päpstlichen sowohl, als der bischöflichen und ebenso die freie Besetzung aller kirchlichen Aemter — sohin die freie Wahl der Bischöfe und Weihbischöfe, die freie Besetzung der Dom- und Stiftsstellen und die freie Ernennung der bischöflichen Generalvicare, Officiale, Räthe, Dechanten und sonstiger bischöflicher Verwaltungsbeamten, so wie der Pfarrer und anderer Seelsorgsgeistlichen, zu welchen bisher die staatliche Genehmigung oder Bestätigung ist gefordert worden. Diese freie Aemterbesetzung nehmen aber die katholischen Bischöfe, der Staatsgewalt gegenüber, auch mit Wegfall des Präsentations- und des Ernennungsrechtes auf den Grund der nämlichen, der Kirche zugesprochenen Selbstständigkeit, und der in den Artikeln 14 und 15 der neuen Staatsverfassung enthaltenen Bestimmungen, sowohl ihrem Geiste, als ihrem klaren Wortlaute nach, in Anspruch, wie sich dieses durch eine nähere Darlegung des eigentlichen Sachverhaltes als vollkommen begründet darthut.

§. 19. 45) *Denkschrift des oberrhein. Episcopates an d. betr. Regierungen v. März* 1851: Die allerh. und höchsten Regierungen werden es nicht verkennen, dass die kath. Kirche, ruhend auf dem in der Denkschrift hervorgehobenen unwandelbaren Fundamente göttlicher Mission, ruhend auf dem festen unerschütterlichen Bewusstsein, die Grundsätze ihrer Verfassung nicht minder als ihre Glaubens- und Sittenlehre durch göttliche Offenbarung empfangen zu haben, ihre Grundsätze, eben weil sie göttlichen Anordnungen entsprossen, niemals nach der Zeiten und Ereignisse Wechsel zu ändern im Stande ist, und dass daher, die rechtlich wohlbegründete Existenz der katholischen Kirche im Staate einmal vorausgesetzt, jede Verständigung über ihre Beziehungen zu demselben nothwendig von der Anerkennung jener Gesetze der Kirche auszugehen habe.

46) *Rescript d. Königs v. Württemberg an den ständischen Ausschuss v.* 13. *Juni* 1861: Wir müssen, nachdem die Kammer der Abgeordneten so entschieden ausgesprochen hat, dass sie auf keine in Ausführung einer bindenden Uebereinkunft mit der römischen Curie an sie gelangende Gesetzesvorlage eingehen

FACULTÉ DE DROIT DE PARIS

gesetze: *Württemberg* 30. *Januar* 1860, *Baden:* 9. *October* 1860. Dieselben ordneten die Beziehungen zwischen Staat und Kirche im Einzelnen, indem sie die Selbstständigkeit der Kirche mit den unveräusserlichen staatlichen Hoheitsrechten zu vereinigen suchten. Die *Badische* Regierung liess in der Folgezeit noch eine Reihe weiterer Gesetze folgen[48], und verstand es die widerstrebende Freiburger Curie zum Gehorsam zu nöthigen. Die *Hessen-Darmstädtische* Regierung machte ihre Concessionen in einem geheimen mit dem *Bischof von Mainz* abgeschlossenen Vertrage, der im Jahre 1866 aufgehoben wurde[49]. Die *Nassauische* Regierung unterbrach die mit Rom schon angeknüpften Concordatsverhandlungen, und begnügte sich in der Verordnung vom 25. Mai 1861 dem Bischofe einige nicht sehr einschneidende Concessionen zu machen.

§. 20. V. Das vatikanische Concil und seine Folgen für Kirche und Staat.

Friedberg, Sammlung der Aktenstücke zum vatik. Concil, Tübingen 1872. Derselbe, Aktenstücke die altkath. Bewegung betr. Tübingen 1876. Fromman, Gesch. und Krit. des Vatik. Concils, Gotha 1872. Friedrich, Gesch. a. a. O.

I. Das Papalsystem gelangte zum Abschluss in den Beschlüssen des 1869 berufenen, 1870 vertagten vatikanischen Concils[1]. Dieselben wurden

werde, den abgeschlossenen Vertrag als solchen überhaupt als gescheitert betrachten, und können demselben daher auch Unsererseits eine rechtliche Verbindlichkeit nicht mehr zugestehen.

§. 19. 47) *Note d. Cardinal Antonelli an d. Württemb. Minister d. auswärt. Angelegenheiten v.* 8. *August* 1861: Ich muss offen aussprechen, dass mir die Pflicht obliegt, im Namen des heiligen Stuhles laut zu protestiren gegen die Verfügungen, welche getroffen werden wollen, da man niemals zugeben kann, dass von der weltlichen Gewalt Gesetze über kirchliche Angelegenheiten ausgehen und die Rechte bestimmt werden, welche der Kirche zukommen, als ob diese nicht, durch ihre eigene Natur jene Rechte als inhärente in sich trüge, welche von ihrem Bestande als vollkommener und von der bürgerlichen Gewalt unabhängiger Gesellschaft sich ableiten. Und um so mehr Grund hat man, sich zu verwahren, da man nicht blos vor hat, künftig die Kirche den etwa ergehenden Gesetzen zu unterwerfen, sondern sie auch sogar noch allen jenen Veränderungen preisgeben will, welche sich aus der Natur des in Württemberg geltenden Repräsentationssystems ergeben können.

48) Die weiteren *badischen Gesetze* u. *Verordnungen* sind: Ges. die theilweise Aufhebung des Ges. v. 24. Febr. 1849, den Verzicht der Herren Fürsten v. Fürstenberg u. v. Leiningen auf die Gerichtsbarkeit, Polizei und Patronatsrechte betr. (9. Oct. 1860), die bürgerliche Standesbeamtung in Ausnahmefällen betr. (9. Oct. 1860), die Ausübung des Erziehungsrechts in Bez. auf die Religion der Kinder betr. (9. Oct. 1860), die Bestrafung d. Amtsmissbräuche d. Geistl. betr. (9. Oct. 1860), Verordn. d. allgem. wissenschaftl. Vorbildung d. Geistl. betr. (6. Sept. 1861), Verordn. d. Besetzung d. kathol. Kirchenpfründen betr. (20. Nov. 1861), Ges. d. Verwaltung d. kath. Kirchenwesens betr. (20. Nov. 1861), Verordn. d. Beaufsichtigung u. Leitung d. Schulwesens betr. (12. August 1862), den Elementarunterricht betr. (8. März 1868), Ges. d. Aufsichtsbehörden d. Volksschule betr. (29. Juli 1869), Verordn. d. Aufsichtsbehörde d. Volksschule betr. (1. Oct. 1869), die Lehr- u. Erziehungsanstalten d. Privaten u. Corporationen betr. (9. Oct. 1869), die Wahlen in d. Ortsschulrath betr. (11. Oct. 1869), Ges. d. Beurkundung d. bürgerl. Standes u. die Förmlichkeit d. Eheschiessung betr. (21. Dec. 1869), Ges. d. Rechtsverh. u. d. Verwaltung d. Stiftungen betr. (5. Mai 1870), Verordn. d. allgem. wissenschaftl. Vorbildung d. Geistl. betr. (2. November 1872).

49) *Schreiben d. Bischofs v. Mainz an den Grossherzog v. Hessen v.* 20. *Sept.* 1866: Ich weiss . . . dass Allerhöchstdieselben die Convention nur unter der Bedingung ausser Wirksamkeit setzen werden, dass die Rechte der Kirche, welche durch die Convention anerkannt sind, in anderer Weise vollkommen gewahrt und unangetastet bleiben . . . Auf diese Rechte kann ich . . . nie verzichten, wenn ich auch auf diese letzte Form Verzicht leiste, in der diese Rechte gewährt sind.

§. 20. 1) *Constitut. dogmat. I. de ecclesia Christi edita in sessione IV. . . oecumenici Conc. Vaticani:* Pius . . . sacro approbante concilio . . . . Si quis itaque dixerit, Romanum Ponti-

von einem Theil der deutschen und schweizerischen Katholiken nicht angenommen, welche sich zu eigenen altkatholischen Religionsgemeinschaften gestalteten, unter die Regierung eines eigenen deutschen von der preussischen, badischen und hessischen Regierung anerkannten, und eines schweizerischen Bischofs stellten, und durch das *Preussische Gesetz vom* 4. *Juli* 1875 wie das *Badische vom* 15. *Juni* 1874 Antheil an dem Kirchenvermögen der katholischen Gemeinden erlangten. II. Das Concil gab aber auch in einigen deutschen Staaten Veranlassung zu einer Neuregulirung des Verhältnisses von Staat und Kirche. 1. Die *österreichische* Regierung erklärte am 30. Juli 1860 das Concordat für beseitigt[2], und versuchte durch mehrere Gesetzentwürfe das Verhältniss von Staat und Kirche zu normiren. Von diesen erlangten zwei unter d. 1. u. 7. *Mai* 1874 Gesetzeskraft. 2. Die *preussische* Regierung, welche ihre Bischöfe schon während des Concils auf die Unmöglichkeit hingewiesen hatte, nach Erklärung der päpstlichen Infallibilität der Kirche noch weiter die frühere Stellung zu gewähren, erliess seit dem *Mai* 1873 eine Reihe von Gesetzen, welche unter Beseitigung der Art. 15.[3], 16. und 18. der Verfassung von dem Principe ausgingen, die kirchliche Freiheit dem einzelnen Staatsbürger, nicht der Kirche als Anstalt zu gewähren, die vielmehr den staatlichen Hoheitsrechten unterworfen bleiben müsse[4. 5]. Das Vorbild der preussischen durch die *Reichs-*

ficem habere tantummodo officium inspectionis vel directionis, non autem plenam et supremam potestatem iurisdictionis in universam Ecclesiam, non solum in rebus quae ad fidem et mores, sed etiam in iis, quae ad disciplinam et regimen Ecclesiae per totum orbem diffusae pertinent; aut eum habere tantum potiores partes, non vero totam plenitudinem huius supremae potestatis; aut hanc eius potestatem non esse ordinariam et immediatam sive in omnes ac singulas ecclesias, sive in omnes et singulos pastores et fideles, anathema sit. .... Itaque Nos traditioni a fidei Christianae exordio perceptae fideliter inhaerendo, ad Dei Salvatoris nostri gloriam, religionis Catholicae exaltationem et Christianorum populorum salutem, sacro approbante Concilio, docemus et divinitus revelatum dogma esse declaramus: Romanum Pontificem, cum ex Cathedra loquitur, id est, cum omnium Christianorum Pastoris et Doctoris munere fungens, pro suprema sua Apostolica auctoritate doctrinam de fide, vel moribus ab universa Ecclesia tenendam definit, per assistentiam divinam, ipsi in beato Petro promissam, ea infallibilitate pollere, qua divinus Redemptor Ecclesiam suam in definienda doctrina de fide vel moribus instructam esse voluit; ideoque eiusmodi Romani Pontificis definitiones ex sese, non autem ex consensu Ecclesiae irreformabiles esse. Si quis autem huic Nostrae definitioni contradicere, quod Deus avertat, praesumpserit, anathema sit.

§. 20. 2) *Note d. Reichskanzlers v. Beust an d. Card. Antonelli v.* 30. *Juli* 1870: Un changement aussi radical bouleverse toutes les conditions qui ont présidé jusqu'içi un règlement

des rapports d'un acte d'une aussi grande portée et, en agissant ainsi, elle se place sur un terrain, où il ne nous reste qu'à la suivre en déclarant que les conventions conclues sous l'empire de circonstances toutes différentes ne peuvent plus être considérées comme valables. Le Concordat d. 1855 est par conséquent frappé de caducité et le gouvernement . . . le regarde comme abrogé.

3) *Ges. v.* 5. *April* 1873: Die Artikel 15. u. 18. der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 sind aufgehoben. An die Stelle derselben treten folgende Bestimmungen: Art. 15. Die evangelische und die römisch-katholische Kirche, sowie jede andere Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig, bleibt aber den Staatsgesetzen und der gesetzlich geordneten Aufsicht des Staates unterworfen. Mit der gleichen Massgabe bleibt jede Religionsgesellschaft im Besitz und Genuss der für ihre Kultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds. Art. 18. Das Ernennungs-, Vorschlags-, Wahl- und Bestätigungsrecht bei Besetzung kirchlicher Stellen ist, soweit es dem Staat zusteht und nicht auf dem Patronat oder besonderen Rechtstiteln beruht, aufgehoben. Auf Anstellung von Geistlichen beim Militair und an öffentlichen Anstalten findet diese Bestimmung keine Anwendung. Im Uebrigen regelt das Gesetz die Befugnisse des Staates hinsichtlich der Vorbildung, Anstellung und Entlassung der Geistlichen und Religionsdiener und stellt die Grenzen der kirchlichen Disziplinargewalt fest.

4) Ges. 1. betr. die Beaufsichtigung des

gesetzgebung in einigen Punkten ergänzten Gesetzgebung[6] war massgebend für die fünf am 23. *April* 1875 erlassenen Gesetze des *Grossherzogthums Hessen*[7], während das *sächsische Gesetz vom* 23. *August* 1876 mehr auf der Grundlage des österreichischen Gesetzes beruht. Die *badische* Regierung endlich gab ihrem Rechte die durch die Reichsgesetzgebung nothwendig gewordenen Modificationen in dem *Gesetze vom* 19. *Februar* 1874.

Zweite Abtheilung.

Die evangelische Kirche.

§. 21. I. Einleitung.

Ranke, Deutsche Gesch. im Zeitalter d. Reformat. 4. Aufl. Leipzig 1867 1—6. Heppe, Gesch. des deutschen Protestantism. in d. J. 1555—81, Marb. 1852 ff.

Die durch Luther angefachte Bewegung war zunächst nur gegen einzelne Punkte des katholischen Kirchenlebens gerichtet[1], vertiefte sich aber, als die Kirche den Weg der Concessionen zu betreten verschmähte. In alter Weise verhängte sie über Luther den Bann (1520), welchem der Kaiser dem Reichsrecht entsprechend die Reichsacht folgen liess (*Wormser Edict*)[2]. Aber

Unterrichts- u. Erziehungswesens (11. März 1872), 2. üb. d. Vorbildung u. Anstellung d. Geistl. (11. Mai 1873), 3. üb. d. kirchl. Disciplinargewalt u. d. Errichtung d. königl. Gerichtshofes f. kirchl. Angelegenheiten (12. Mai 1873), 4. üb. d. Gränzen d. Rechts z. Gebrauch kirchl. Straf- u. Zuchtmittel (13. Mai 1873), 5. üb. d. Austritt aus d. Kirche (14. Mai 1873), 6. wegen Declaration u. Ergänzung d. Ges. v. 11. Mai 1873 üb. d. Vorbildung u. Anstellung d. Geistl. (21. Mai 1874), 7. üb. d. Verwaltung erledigter kath. Bisthümer (20. Mai 1874), 8. üb. d. Einstellung der Leistungen f. d. röm. kathol. Bisthüm. u. Geistl. (22. April 1875), 9. üb. d. geistl. Orden u. ordensähnlichen Congregationen d. kath. Geistl. (31. Mai 1875), 10. üb. d. Aufhebung d. Art. 15. 16. u. 18. d. Verf.-Urk. v. 31. Jan. 1850 (18. Juni 1875), 11. üb. d. Vermögensverwaltung in d. kath. Kirchengemeinden (20. Juni 1875), 12. üb. d. Aufsichtsrechte d. Staates bei d. Vermögensverwaltung in d. kath. Diöcesen (7. Juni 1874), 13. üb. d. Beurkundung d. Personenstandes u. d. Form d. Eheschliessung (9. März 1874, aufgehoben durch Reichsgesetz vom 6. Februar 1875).

§. 20. 5) *Pius IX. Encycl. ad AEpisc. et Epos Boruss.* (5. *Febr.* 1875): Ad has enim vero partes Nostri muneris implendas intendimus per hasce literas aperta testatione denunciantes omnibus, ad quos ea res pertinet, et universo Catholico Orbi leges illas irritas esse utpote quae divinae Ecclesiae constitutioni prorsus adversantur.

6) Deutsches Reichsstrafgesetzbuch §. 130a., betr. d. Orden d. Gesellsch. Jesu (4. Juli 1872), betr. d. Verhinderung d. unbefugten Ausübung von Kirchenämtern (4. Mai 1874), über Civilstand und Eheschliessung (5. Febr. 1875).

7) 1. Ges. die rechtl. Stellung d. Kirchen u. Religionsgemeinschaften im Staate betr., 2. den Missbrauch d. geistl. Amtsgewalt betr., 3. betr. d. Vorbildung u. Anstellung d. Geistlichen, 4. die religiös. Orden u. ordensähnl. Congregationen betr., 5. das Besteuerungsrecht d. Kirchen u. Religionsgemeinschaften betr.

§. 21. 1) *Luther praefat. ad T. I. opp.*: Sciat (lector) me fuisse aliquando Monachum et Papistam insanissimum, cum istam causam (die Reformation) agressus sum, ita ebrium, imo submersum in dogmatibus Papae, ut paratissimus fuerim, omnes, si potuissem, occidere, qui Papae vel una syllaba obedientiam detrectarent.

2) *Wormser Edict v.* 8. (26.) *Mai* 1521: Nachdem Unserm Röm. Kaiserlichen Amte zustehet . . . nach der Regel, die von der Heil. Röm. Kirchen bisher gehalten ist, Fürsehung zu thun, dass keine Befleckung der Ketzerei oder Argwohn in dem Röm. Reiche unsern Heil. Glauben verunreinen . . . darum wo wir etliche Ketzereien, so innerhalb dreien Jahren in teutscher Nation entsprungen . . . sind, tiefer einwurzeln lassen . . . so würde Unser Gewissen merklich beschwert . . . . Deshalb nicht unbillig Unser H. Vater Papst Leo . . . denselben Martin Luther . . . als einen Zertrenner und Ketzer von Männiglichen zu melden und nach Satzung der Rechte geordnet und gesetzt, bei den Peenen in päbstlicher Bullen begriffen, die Seine Heiligkeit

einerseits hatten die lutherischen Lehren im Volke schon einen zu bereiten Boden gefunden, um gleich entwurzelt zu werden, andererseits waren die Stände dem Kaiser an Macht zu ebenbürtig geworden, als dass sie eine Opposition gegen kirchliche Missbräuche, die sie selbst schwer genug empfunden hatten, durch ein kaiserliches Machtwort hätten erdrücken lassen. Sie provocirten auf ein allgemeines Concil, und der *Reichsabschied von Speier* 1526 machte die Durchführung des Wormser Ediktes für die einzelnen Territorien abhängig von der Willkür der Landesfürsten[3]. So war die religiöse Einheit des deutschen Volkes von Reichswegen zerrissen, und nach dem Proteste der Luther anhängenden Reichsstände gegen die Beschlüsse des *Reichstages von Speier* (1529) empfing die neue Kirche (1530) auch ihre dogmatische Grundlage in der *Ausgsburgischen Confession.* Damit erlangte sie aber noch nicht die reichsrechtliche Anerkennung, und auch nicht durch den *Religionsfrieden von Nürnberg* (1532); vielmehr geschah dies erst durch den *Passauer Vertrag* (1552) und den *Augsburgischen Religionsfrieden* (1555 vgl. §. 29. no. 4.), als die Hoffnungen des Kaisers auf Durchführung einer Vermittelung (*Interim*) ebenso gescheitert waren, wie die Voraussetzung, durch das Trienter Concil die religiöse Einheit wieder herstellen zu können.

§. 22. II. Die Grundprincipien der evangelischen Kirchenverfassung.

Richter, Gesch. der evang. Kirchenverfassung, Leipzig 1851.

Im Gegensatz zum Katholizismus ging der Protestantismus aus von dem *allgemeinen Priesterthume* aller Gläubigen[1]. Damit vereinte sich indessen der Gedanke, dass das allgemeine priesterliche Recht durch das *Predigtamt* zur

Uns als des Christlichen Glaubens wahren und obersten Beschirmer und des H. Päbstl. Stuhls und der Röm. und gemeiner Christl. Kirchen Advocaten ... zugesandt hat, mit Begehr und Erforderung Unsern Pflichten nach ... Seiner Heiligkeit in Solchem Unserere Hülfe des weltlichen Schwerts zur Rettung des Christlichen Glaubens mitzutheilen und allenthalben im H. Röm. Reich ... zu befehlen und zu gebieten, Alles und Jedes so in Seiner Heiligkeit Bullen begriffen ist, unübertretlich zu halten und darum Execution und Vollziehung zu thun: .... Solches Alles haben Wir zu Herzen gefasst und ... wollen der löblichen Constitution, so zu Straf und Vertilgung der Ketzer gemacht sind, anhangen. ... Haben Wir zu ... Vollstreckung des Decrets, Sentenz und Verdammnüss laut der Bullen, so Unser H. Vater Papst als dieser Sachen ordentlicher Richter hat ausgehen lassen, den gedachten M. Luther als von Gottes Kirchen abgesondertes Glied und einen verstockten Zertrenner und offenbaren Ketzer von Uns und auch allen und jeden insonderheit zu achten und zu haben erkennet und erkläret. ... Aber gegen seine Mitverwandten, Anhänger, Enthalter, Fürschieber, Gönner und Nachfolger und derselben bewegliche und unbewegliche Güter sollet ihr in Kraft der heil. Constitution und Unser und des Reiches Acht und Oberacht dieser Weiss handeln, nämlich sie niederwerfen und fahen und ihre Güter zu euren Händen nehmen und die in euren Nutz wenden uud behalten .... Es sei denn, dass sie ... Päbstliche Absolution erlangt haben.

§. 21. 3) *Reichsabschied v. Speier* 1526 §. 4: Haben wir, einmütiglich verglichen und vereynigt, mittlere Zeit des Concilii, oder aber National-Versammlung, nicht's destoweniger mit unsern Unterthanen, ein jeglicher in Sachen so das Edict, durch Kais. Mayestät auf dem Reichstag zu Wormbs gehalten, ausgangen belangen möchten, für sich also zu leben, zu Regiren und zu halten, wie ein jeder solches gegen Gott, Keyserlicher Mayestät, hoffen und vertrawt zu verantworten.

§. 22. 1) *Luther v. d. babylon. Gefangensch. d. Kirche:* Darum soll ein Jeder, der ein Christ sein will, gewiss sein und bei sich wohl erwägen, dass wir Alle zugleich Priester sind, d. i. dass wir gleiche Gewalt an dem Worte Gottes und einem jeden Sacramente haben. Doch gebühre es einem Jeden, sich demselben nicht zu gebrauchen, denn allein aus Verwilligung der Gemeine oder Beruf der Oberen. Denn was Allen in gemein ist, kann niemand insonderheit an sich ziehen, bis er

geordneten Ausübung komme[2]. Dieses sollte aber in der Gemeinde, von dieser bestellt[3] und unter ihrer Mitwirkung, die Zucht üben, das Wort lehren und die Sacramente spenden. Solche ideale Grundzüge liessen sich indessen in einer von wilden Leidenschaften aufgeregten Zeit, bei einem kirchlich nicht vorgebildeten Volke[4] nicht ausführen. Und als ihre demokratische Seite in der wiedertäuferischen Bewegung und dem Bauernkriege[5. 6] als Programm aufgestellt worden war, traten sie ganz in den Hintergrund gegen das jetzt schärfer betonte Moment des geistlichen Amtes. Auch hatte man protestantischer Seits zuerst noch Anstand genommen, die praktischen der katholischen Kirche so feindlichen Consequenzen des allgemeinen Priesterthums zu ziehen, so lange man noch einen Beitritt des katholischen Episkopates zur neuen Lehre

dazu berufen wird. Und so darum das Sacrament der Weihung etwas ist, so mag es doch nichts anderes sein, denn ein gewöhnlicher Gebrauch, Jemand zu berufen in den Dienst der Kirche.

§. 21. 2) *Luther Ausleg. d. 110. Psalm:* Siehe, also hat und übet ein jeglicher Christ solche Priesterwerke. Aber über das ist nun das gemeine Amt, so die Lehre öffentlich führet und treibet; dazu gehören Pfarrherren und Prediger. Denn in der Gemeinde können sie nicht alle des Amts gewarten, so schicket sich's auch nicht, in einem jeglichen Hause zu taufen, und das Sacrament zu reichen. Darum muss man Etliche dazu auserwählen und ordnen, so zu predigen geschickt und dazu in der Schrift sich üben, die das Lehramt führen und dieselbe vertheidigen können, item also die Sacramente von wegen der Gemeinde handeln, damit man wisse, wer da getauft worden sei, und alles ordentlich zugehe. Sonst würde langsam eine Kirche werden oder bestellt werden, wenn ein jeglicher Nachbar dem anderen predigen oder alle untereinander Alles thäten. Solches ist aber nicht das Priesterthum an ihm selbst, sondern ein gemein öffentlich Amt für die, so da Alle Priester, d. h. Christen sind.

3) *Luther Sendschreib. an d. Rath u. d. Gemeinde der Stadt Prag:* Das erfordert der Gemeinschaft Recht, dass einer, oder als viele der Gemeinde gefallen, erwählet und aufgenommen werden, welcher anstatt und im Namen aller derer, so eben dasselbige Recht haben, verbringe diese Aemter öffentlich, auf dass nicht eine scheussliche Unordnung geschehe in dem Volke Gottes und aus der Kirche werde ein Babylon, in welcher doch alle Dinge ehrbarlich und ordentlich sollen zugehen. Es ist zweierlei, dass Einer ein gemein Recht durch der Gemeinde Befehl ausübt, oder dass einer sich desselben Rechts in der Noth gebraucht. In einer Gemeinde, da Jedem das Recht frei ist, soll sich desselbigen Niemand annehmen, ohne der ganzen Gemeinde Willen und Erwählung.

4) *Luther deutsche Messe:* Kürzlich wenn man die Leute und Personen hätte, die mit Ernst Christen zu sein begehrten, die Ordnung und Weise wären bald gemacht. Aber ich kann und mag noch nicht eine solche Gemeine oder Versammlung ordnen oder anrichten, denn ich habe noch nicht Leute und Personen dazu; so sehe ich auch nicht viele, die dazu dringen.

5) *Die grüntlichen Und rechten Hauptartickel aller Bauerschafft und Hyndersessen der Geystl. Oberkeyten:* Zum ersten ist vnser demietig bitt vnd beger, auch vnser aller will vnd meinung, dass wir nun furohin gewalt vnd macht wöllen haben, ein gantze gemeyne soll ein Pfarher selbs erweelen vnd kyesen. Auch gewalt haben, den selbigen wieder zu entsetzen, wann er sich vngebürlich hyelte. Der selbige erwelt pfarher, soll vns das heylig Euangeli lauter vnd clar predigen one allen menschlichen zusatz, leer vnd gebot. Dann vns den waren glauben stetz predigen; geyt vns ein vrsach gott vmb sein gnad zebitten, vns den selbigen waren glauben einbilden, vnd in vns bestetten. Denn wann sein genad in vns nicht eingebildet wirt, so bleyben wir stetigs fleyschs vnd blut, das dann nicht's nutz ist, wie klärlich in der geschrifft stat, dass wir allein durch den wahren glauben zu Gott kommen kinden. Vnnd allein durch sein barmhertzikeyt selig miessen werden. Darumb ist vns ein solcher vorgeher vnd Pfarrher von nötten vnd in diser gestalt in der geschrifft gegrundt.

6) *Artikel der Bauern im Innthale:* Ist unsere unterthänigste Bitte ... dass wir allenthalben bey unseren Kirchen mögen uns selber gottesfürchtige Männer setzen, die uns sollich göttliches wahres Wort Gottes lauter, klar, unvermischt und mit keiner anderen Lehre verkündigen, dann deren Lehre, so derselben anhängig, gleichförmig und gemäss sind, alles zu der Lieb Gott und des Nächsten, auch zu Gehorsam uns von Gott eingesetzten Obrigkeit, zu Stillung dieser Aufruhren auch zu Strafung der gemeinen Laster in allen Ständen.

erwartete[7]. Als aber diese Hoffnung sich nicht erfüllt hatte, war die frische verfassungsbildende Kraft längst abgestorben, und hatte die weltliche *Obrigkeit* ihre Stellung in der Kirche genommen[8]. Diese hatte Luther zuerst als Mitpriester zur Unterstützung aufgerufen[9], dann von dem Kirchenregiment ausgeschlossen[10], und nach dem Speierschen Reichsschlusse und dem Bauernkriege, den geschichtlichen Verhältnissen Rechnung tragend, als mit der Sorge für die Kirche betraut bezeichnet[11].

§. 23. III. Die erste Gestaltung der Kirchenverfassung.

Richter, a. a. O. Frantz, D. evang. Kirchenverfassung in d. deutsch. Städten d. 16. Jahrh. Halle 1876.

Die Kirchenverfassung hat sich verschieden entwickelt in den Städten und in den Territorien. In den ersteren gelangte das Kirchenregiment an die

§. 22. 7) *Melanchthon i. J.* 1530: Quo iure licebit nobis dissolvere πολιτείαν ecclesiasticam, si episcopi nobis concedant illa, quae aequum est eos concedere. Et ut liceat certe non expedit. Semper ita sensit Lutherus, quem nulla de causa quidam, ut video, amant, nisi quia beneficio eius sentiunt se epiccopos excussisse et adeptos libertatem minime utilem ad posteritatem.

8) *Ausschreib. Herzogs Friedrich II. v. Liegnitz* 1527: Inn deme haben etzliche vnserer underthanen furtragen lassen, wie sie durch die Euangelische wahrheit befunden, das sie und ire vorwanthen, durch ungeschickte prediger, die auch zum teil eines beruchten bösen lebens weren, vnnd sonst mit vill auffsetzen zu vorstrickung jres gewissen wider gottis wort vnd seinen willen, greifflich vorfurt wurden, mit hochsten ermanen vnd bietten, sie in demselbigen auch christlich vnd gnediglich zu bedenken, ynen prediger zu vorgonnen, die eines frommen erbaren wandels wern, vnd die das reine lautter wort gottis an allen menschlichen zusatz ane fremde lere vnd widerwertige opinion, zu irer seelen heil vnd seligkeit, furtrugenn, da durch man dises, so dem worte gottis vnnd seiner göthlichen ehre, entkegen, christlicher vnd gebürlicher weiss, kinftig abstellen, Vnnd da gegen den warhafftigen gottisdienst, so im götlichen worte, vnd Biblischer schrifft gegrundet, aufrichten mochte. Als wir aber solchs alles zu hertzen genohmen, auch mit vnsern prelaten, des manchfaldigen missbrauchs halben, viel vnderredung gehaltenn, ssein wir darnach durch heilige schrifft gelernt vnd vnderweist worden, dass wir bei vormeidung götliches tzornns, in deme, sso der seelen heil belange, schuldig weren einsehen zu haben, In allen vleiss furzuwenden, auff das vnser vnderthane mit dem reinen claren wort des heiligen Euangelii alls mit der eynigen speysse vnsser seelen, zur ehr gottis vnd vorbrengung seines gotlichen willens, gelert, zum ewigen leben erhaltenn, vnd also christlich nach dem beuehl vnsers herrn Jesu christi versorget wurden.

9) *Luther an d. christl. Adel deutscher Nation:* Das Laien, Priester, Fürsten, Bischöfe, und, wie sie sagen, Geistliche und Weltliche, keinen andern Unterschied im Grund wahrlich haben, denn des Amts oder Werks halben, und nicht des Standes halben. Denn sie sind alle geistlichen Standes, wahrhaftige Priester, Bischöfe und Päpste.

10) *Luther Von weltlicher Oberkeit, wie weit man ihr Gehorsam schuldig sey:* Aufs erste ist zu merken, dass die zwei Theile Adams Kinder, deren eins in Gottes Reich unter Christo, das andere in der Welt Reich unter der Obrigkeit ist, zweierlei Gesetze haben, denn ein jedes Reich muss seine Gesetze und Rechte haben, und ohne Gesetz kein Reich noch Regiment bestehen kann . . Das weltliche Regiment hat Gesetze, die sich nicht weiter erstrecken, denn über Leib und Gut und was äusserlich ist auf Erden. Denn über die Seele kann und will Gott Niemand regieren lassen, denn sich selbst allein. Darum wo weltliche Gewalt sich vermisset, der Seele Gesetz zu geben, da greift sie Gott in sein Regiment und verführet und verderbet nur die Seelen. Darum muss man diese beiden Regimenter mit Fleiss scheiden und beides bleiben lassen, eins, das fromm macht, das andere, dass äusserlich Frieden schafft und bösen Werken wehret.

11) *Vorrede z. Sächs. Visitationsbuche* 1528: Ob wohl S. K. F. G. zu leren vnd geistlich zu regirn nicht befolhen ist, So sind sie doch schüldig als weltliche öberkeit, darob zu halten, das nicht zwitracht rotten vnd auffrhur sich vnter den vnderthanen erheben, wie auch der Kaiser Constantinus die Bischoue gen Nicea foddert, da er nicht leiden wolt noch solt, die zwitracht, so Arrius hatte vnder den Christen . . angericht, vnd hielt sie zu eintrechtiger lere vnd glauben.

Obrigkeit[1], d. h. also an die Organisation der politischen Gemeinde. Unter dieser stand meist ein *Superintendent*[2. 3], welcher die Aufsicht über die Geistlichkeit[4] führte und die Disciplin handhabte; aber auch die Gemeinde bethätigte sich an der Besetzung der Kirchenämter[5. 6], der Kirchenzucht[7] und an der Verwaltung des Kirchenvermögens. In den *Territorien* dagegen trat die Gemeinde ganz zurück, das Kirchenregiment lag lediglich in den Händen der Fürsten[8], unter denen Superintendenten die Einheit der Lehre aufrecht erhielten. Allein in *Hessen* wurde in der *Homberger Synode* der Versuch gemacht, das gemeindliche Element in den Vordergrund treten zu lassen, aber auf Luthers Anrathen selbst wieder aufgegeben[9].

§. 23. 1) *Hallische Kirchenordnung v.* 1526: Ein weltlich Oberkait, sie sey heidnisch oder Christenlich ist ein gots ordnung zur straff der bossen und furderung der guten eingesetzt auff dass ein erberlich Burgerlich und fridlich wesen ausswendig gefurt und nit gut von dem bossen uberlangt wurde. . . Denn eine solche Oberkait tregt nit allein sorg wie ein weltlich erberkait an den underthanen werd erzogen Sondern auch hilfft und rädt dass die Christenliche erberkait Irn furgang hab damit nit etlicher bossen halb der gantz Christenlich nam argerlich und schelmisch gescholten und gehalten werde.

2) *Hamburgische Kirchenordnung v.* 1529: Dem Superattendenten mit sinem Adjutore schall de gantze Sake aller Prediger und der Scholen nicht tho herschende (den solcke Praelaten konen wy woll entbehren) sunder so veel de Lehre und Einichheit bedript, dorch de Erwehlere werden bevahlen.

3) *Lübecker Kirchenordnung v.* 1531: Den Superattendenten, scholen vorschaffen annemen, und so yd de nodt fordere verloewen eyn Erb. Radt, unde de veer unde sostich (das sind die „Rathsherrn zum Kasten verordnet") affte von beyden parthen, ehre der tho verordnete, sampt allen pastoren.

4) *Hannoversche Kirchenordnung v.* 1536: Der Superintendent soll fleissig uff sehen haben allenthalben auff die Prediger, dass ir leben und lehre nicht sträfflich sey, und auff dass unütze gezenk und zwyspaltige predigt verhüt werde, soll der Superintendent die Evangelia dominicalia und andere, zuvor ehe man uff die Kantzel kompt, mit allen seinen Mitarbeitern conferiren, was schwer ist erkleren und inen anzeigen, mit was ordnung und Schrifften er dieselbigen Evangelia wolle auslegen und tractiren, damit in allen Kirchen, die lere eintrechtigliche fürgehalten werde, welchs denn zur einigkeit sehr nützlich, ja von nöten ist.

5) *Kirchenorduung f. d. Lübische Landgebiet* 1531: Den Pastor scholen vorschaffen unse Hövetman unse gantze Radt und de kerckvedere ym namen der gantzen gemeyne, und presenteren an tho Lübecke den veer Radespersonen den Kasten tho geegnet, ym namen des gantzen Rades, unde unsen kerckvederen tho unser leven Frawen, neven dem Superattendenten und unsen vyff Pastoren tho anthonemende und tho confirmirende.

6) *Bremer Kirchenordnung v.* 1534: Alse frame unde gelerde truwe dener das Evangelij erwelet syn na der regel Mathei 24, I. Tim. 3. Titum I. Dorch des Karspels buwemesters und verordenten borgern, Nicht ane willen und vollworth des Erb. Rades, unde Superattendentis, mit Gebede tho Gade Matth. 9.

7) *Stralsunder Kirchenordnung v.* 1525: Hebbene wy verordent vnd tho holden festlick beslathen vnd hirmit mennichlicken wyllen vormanth hebben, dat men nha disser tidt mit tho daeth der gantzen gemeinte, alle openbare ehebrock vnd myssdaet, de wedder godt vnd de mynschen mach reyken, ernstlick wyllen straffen vndde kemande nageuen, vnd sust vorschaffen, dat vppet flitigeste dar vp gesehen wert.

8) *Preuss. Kirchenordnung v.* 1530: Cum videremus multas graves causas in ecclesiis nostri ducatus negligentius curari ab iis, quorum intererat illas cognoscere, diiudicare et componere, ut omnia ordine et decenter fierent, quemadmodum Paulus ad Corinthios monuit coacti sumus alienum officium, hoc est episcopale; in nos sumere, ut quantum fieri possit, corrigenda aliquo modo mutarentur adeoque in meliorem formam et statum dirigerentur.

9) *Luther* 1527 *an Landgr. Philipp v. Hessen:* Denn ich wol weis, habs auch wol erfaren, das wenn gesetze zu frue fur dem brauch vnd vbung gestellten werden, sellten wol geraten, die leute sind nicht darnach geschickt, wie die meinen so da sitzen bey sich selbs vnd malens mit worten vnd gedanken ab, wie es gehen solte, Furschreiben vnd nachthun ist wyt von einander Vnd die erfarung wirds geben, das dieser ordnung viel stuck würden sich andern müssen, etliche der oberkeit alleine bleiben.

§. 24. IV. Der Abschluss der Verfassung im XVI. Jahrhundert.

I. Das Kirchenregiment gebührt dem Landesherrn[1. 2] und wird mit *ius episcopale* bezeichnet. Dasselbe war in der Ausübung indessen häufig durch die Landstände beschränkt[3], und sollte sich geistlichen Beirathes bedienen[4]. Wo aber, was allerdings nur vereinzelt der Fall war, das Regiment dem Lehrstande zugefallen war[5], da verlor er dies doch noch in XVI. Jahrhundert an die Fürsten, welche auch die Beschränkungen ihrer kirchlichen Rechte durch die Stände allmählig abzustreifen verstanden[6]. II. Unter dem Landesherrn führen das Regiment die nach Sächsischen Vorbilde (1545) eingerichteten *Consistorien*[7]; die

§. 24. 1) *Hessische Reformation v.* 1572: Jedoch dieweil die Examination vnd Confirmation der praesentirten Personen all zeit der Geistlichen Jurisdiction, die vns in diesen vnsern Fürstenthumben Landen vnd Gebiet durch den Passawischen vertrag, vnd in Anno MD Lv. gefolgten Augspurgischen Reichs Abschiedt zugeeignet vnnd bekrefftigt ist . . .

2) *Grosse Württemb. Kirchenordnung v.* 1559: Wie wir vns dann (vngeacht das etzlicher vermeinen nach der Weltlichen Oberkeit allein das Weltlich Regiment zusteen solt) vor Gott schuldig erkennen, vnd wissend vnsers Ampts vnnd Beruffs sein, wie auch das Gott der Allmechtig in seinem gestrengen Vrteil von vns erfordern würde, vor allen dingen vnser Vndergebene Landtschafft, mit der reinen Leer des h. Euangelij, so den rechten Friden des Gewissens bringt, vnnd die heilsame Waid zum ewigen heil vnnd Leben ist, versorgen, vnnd also der Kirchen Christi mit ernst vnd Eifer annemen, Dann erst vnd darneben, in zeitlicher Regierung nützliche Ordnungen vnd Regiment, zu zeitlichem Friden, Ruh, Ainigkeit vnd Wolfart, wölche auch von Gott dem Allmechtigen, vmb des vorgehenden willen, geben würdet, anzustellen vnd zu erhalten, wie wir dann das in der h. Schrift A. vnd N. Testaments, Zeügnuss vnd Kundtschaft haben, die selb auch dieses vermag vnnd ausweisst, zu dem uns darinnen viel Gottseliger Künig vnd Fürsten Exempla vnd Ebenbildte fürgestelt.

3) *Preuss. Bischofswahl v.* 1568: Mit der Wahl aber obbemeldter Bischoff soll es dergestalt gehalten werden, dass dieselbe mit gutem Rath des jederzeit im Leben wesenden Bischoffs, aller Fürstl. Hoff- und Land-Rethe, und daneben acht Persohnen von der Herrschafft und Adel, und dann acht aus den Stedten (welche 16 Persohnen eine Landschaft von Land und Stedten selbst darzu zu deputiren) und dann andere gelahrten Gottfürchtigen Kirchen-Diener erwehlet sollen werden.

4) *Bedenken d. Universität Tübingen v.* 1573: Denn obwohl der Obrigkeit zustehet, dass sie nicht allein Custos secundae, sondern auch primae tabulae sei, jedoch seynd nicht die ecclesiastica negotia res politicae, und werden weltliche Händel darum, dass weltliche gottselige Regenten dasjenige, dessen sie aus Gottes Wort berichtet werden, ins Werk richten, und wissen christliche verständige gutherzige Obrigkeiten wohl, was sie jederzeit für ecclesiasticas personas in die Deliberation ziehen sollen, da de controversiis, reformatione oder exercitio religionis tractirt wird.

5) *Pommersche Kirchenordn. v.* 1563: Hirby scholl ock alle Christlike Ouericheit vnderrichtet vnde ermanet werden, dat se de Regel Christi halde: Geuet dem Keyser wat des Kysers ys vnde Gade was Gades ys, Dat se . . . dat Kerkenregiment nicht vnderdrücke adder eres gefallenes Reformire, Sönder dat Predigamt ehre, bescherme vnde vorsorge, alse ym Propheten Esaia geschreven steit, Reges erunt nutritores tui. Wenn auerst die Ouericheit ychtes was gebührt effte dryft, dat wedder Gades wort vnde das Predigampt ys, möten die Christen yn der fruchte Gades der Apostel Regel folgen „Oportet Deo magis expedire quam hominibus."

6) *Brandenburg. Entwurf einer geistl. Polizei- etc. Ordnung v.* 1561: Uns auch als dem Landesfürsten aus fürstlicher Obrigkeit, Hoheit, und wegen Unsers tragenden Amtes gebühret und zustehet, rebus sic stantibus nicht allein in weltlichen, sondern auch in geistlichen Sachen Recht, und Gerechtigkeit männiglichen in Unserm Kurfürstenthum und Landen mitzutheilen, auch geistliche Ordnungen, dadurch Zucht und Ehrbarkeit erhalten, aufzurichten, und derwegen nicht verbunden sein, Unserer Landschaft Bewilligung zu requiriren, und zu erfordern vornehmlich da daselbe allwegs bei den Bischöfen und ihren Officialen alleingestanden, in geistlichen Händeln und Sachen männiglich ungehindert, auch wider alle Unserer Unterthanen Willen und nach Recht Gebühr zu procediren, und dann dieselbige geistliche Expidition, wie gehört, jetzt an Uns kommen.

7) *Mecklenburg. Kirchenordnung v.* 1552: Nu

unterste Stufe des Regimentes bilden die *Superintendenten*[8]. Die *Gemeinde* tritt bei dieser Organisation gänzlich zurück[9]. Ihre Betheiligung bei der Anstellung der Pfarrer ist auf ein Recht der Abwehr missliebiger herabgesunken, eine Mitwirkung an der Handhabung der Kirchenzucht[10] findet sich nur in den Kirchenordnungen, wo reformirte Einflüsse bemerkbar sind[11. 12], und wenn der Gemeinde noch vergönnt wird, ihre Interessen an den kirchlichen Anstalten geltend zu machen[13], so geschieht das nicht, weil ihr irgend ein Antheil am

befindet man leider, in diesem elenden leben, dass von Ehegelübden viel jrrungen furfallen, Ernach auf offt leichtfertige verlassungen etc. Vnd sind dieser sachen so viel, das sie ein besonder Consistorium bedürffen darin Gottfürchtige gelerte, vnd verstendige Menner sitzen. Darumb bedenken wir auch, das diese sachen bey dem Kirchengericht bleiben sollen. Vnd ist derhalben beschlossen, ein new Consistorium des Kirchengericht, mit Gottes hülff, bestendiglich in Rostock zu ordnen. Dieweil da in der vniuersitet tüchtige Personen beysammen sind. Vnd wird den Personen, zum Consistorio verordnet, aus beiden Faculteten, der Theologen vnd Jurisconsultorum, ein Instructio zugestellet, von der gantzen ordnung des Consistorij, von Personen, besoldung, Sachen die fur dieses Consistorium allein gehören, von Process, vnd forma der Execution. Wo nu streit von der Lere furfallen, soll der Superattendent des selbigen orts solches dem Consistorio in Rostock anzeigen. Das soll die Parten fürderlich erfordern, vnd citiern, Vnd darin Christlichen process halten, Laut der Instruction.

§. 24. 8) *Württemberg. Kirchenordn. v.* 1559: So dann er, der Superattendens vermerkt, das die Kirch desselben orts, ob dem fürgestelten Kirchendiener kein abschewen tregt, sonder jne im Kirchenampt wol leiden mög, Soll er Superattendens sampt dem Amptmann sollichs schrifftlich vnsere Kirchenrhäte berichten, damit was ferner hierinn zu handeln sey, von denselben vnsern Kirchenrhäten ordenlich verrichtet werde.

9) *Kursächs. Visitationsabschied* 1528: *Befel an die Pauren:* 1. Gottes wort treulich zu horen, 2. In gutem gehorsam der Obrickeit erb vnd Lehen Herrn zu leben, 3. Den Pfarrern ire rendte vnd zinse wol gut vnd auf ein benanten tag zu reichen, vnd Inen nicht das ergiste zu geben, 4. Etliche zu bestellen, die den pfarrern ir einkummen einmanen vnd geben, Wie denn vnsr Gnedigster Herr der Churfurstenthumb ernstlich zu thun, vnd mit anhengender bedrawung kunfftigen straff, wo es nicht beschech, befolen, 5. Die zulage, wo sie den pfarrern Irer armut halben verordnet, vngewegert zugeben, 6. Die pfarr vnd kyrchner heuser in bewlichem wesen zu erhalten.

10) *Mecklenburg. Consistorialordnung* 1570: Zum andern, Wann der offenbar sünder seines Pastors vetterliche vermanunge verachtet, oder in seinen sünden trotziglich vnd ruchloss fortferet, so sol jnn das Consistorium, so bald es dauon berichtet, ex officio Citieren, Oder es soll der Pastor dem Kirchengericht, oder Consistorio anzeigen, Nach dem Befehl Christi: Dic Ecclesiae, vnd Paulus: iudicet Ecclesia etc. Es nennet aber Christus, die Kirche oder Gemein, nicht denn gemeinen, vnuerstendigenn, vnerfahren Pöfel, auch nicht einen Tyrannischen Bapst oder Bischoff allein, viel weniger öffentliche Feinde des Euangelij, Sondern die fürnembsten Gliedtmassenn der warenn Kirchen, Nemblich, Gottselige, Christliche, gelehrte, verstendige Mennern, vnnd Eltesten, nicht alleine von Pastoren und predigeren, Sondern auch von anderen verstendigen Christen auss allen Stenden, denen die Gemein Gottes der Kirchen gericht befohlen hat, wie Christus daselbst Matth. 18. spricht, Wo zwen oder drey versamblet sein, in meinem namen, da bin ich mitten vnder jnen.

11) *Melanchthon de abusib. emendand.:* Nec liceat soli pastori ferre sententiam excommunicationis sine ulla decuria iudicum aut nemine adhibito ex honestioribus viris ecclesiae. Ut enim vocantur haec iudicia ecclesiae ita plures sunt adhibendi, ut Paulus voluit. Tyrannis est inimica ecclesiae.

12) *Pfalz-Zweibrück. Kirchenordnung* 1557: Anfengklich sollen in allen vnd jeden Steten vnd Dörffern, sechs oder auffs wenigst fünff erbarer Männer, wie vor dieser zeit geschehen, durch die gemein erwelet vnd geordnet, vnd denselben beuelh gegeben werden, auff die zucht vnd erbarkeit des gemeinen volcks, von Mannen vnd Frawen, Alten vnd Jungen, ein fleissig getrew auffsehens zu haben.

13) *Leisniger Castenordnung* 1523: Die verwesunge des gemeinen kasten, soll also bestellet vnd gethan werden, Nemlich, das alle iare ierlich, vff den Sontag nach dem achten der heiligen drey konige tag, vngeuerlich, vmb eylff hor, eine gemeine eingepfarte versamlunge, vffm radthawsse alhier erscheynen wollen und sollen, aldoselbst durch die gnade gottis ynn warem Christlichen glawben, eintrechtigklichen, zehen furmunden oder

kirchlichen Regiment zugesprochen wird, sondern weil sie für die pekuniären Bedürfnisse der Kirche zu sorgen hat.

§. 25. V. Die weitere Entwickelung. Episkopal-, Territorial- und Collegialsystem.

Richter, a. a. O. Stahl, D. Kirchenverfassung nach Recht und Lehre der Protestant., Erlangen 1862.

Nachdem die äussere Rechtsbildung abgeschlossen war, bemühte sich die Wissenschaft ihr eine theoretische Unterlage zu geben, welche dann wieder auf die praktische Fortbildung der Kirchenverfassung von Einfluss war. Die theoretischen Systeme adoptirten die schon vor der Reformation aufgestellte Lehre von den drei Ständen (*status politicus, ecclesiasticus, oeconomicus*), und unterschieden sich wesentlich je nachdem sie den Schwerpunkt des kirchlichen Regimentes in den einen oder anderen Stand verlegten. I. Das *Episkopalsystem*[1], erkannte die Episkopalgewalt des ersten Standes, des Landesherrn, an, aber diese sollte nur formale Befugnisse haben, ihren materiellen Inhalt indessen von dem zweiten Stande, der Geistlichkeit, empfangen[2], während für

fursteher, zu dem gemeinen kasten, aussm gantzen hauffen, ane vnterschied die tuglichsten erwelen; Als nemlich, zwene Erbar manne, zwene des regirenden Rats, drey aus den gemeinen burgern ynn der stadt, vnd drey aus den bawren vffm lande.

§. 25. 1) *Joh. Bened. Carpzow: de iure decidendi controversias theologicas* (*Lipsiae* 1696) *Thes. VI.* §. 1: Etsi una est ecclesia universalis . . . est tamen una ex genere eorum quae dicuntur: unum per aggregationem. §. 2. . . . Sic ego tres status, sive ordines in ecclesia, quos vulgo, sed alio respectu hierarchicos vocant, 1. Ecclesiasticus, qui Ministerii est, 2. Politicus, qui magistratus est, 3. Oeconomicus qui privatus et populi est. *Thes. VII.* §. 3: Potestas externa consistit in externo ecclesiae regimine et una cum Reipublicae gubernatione Magistratui competit. Idque hodie apud Protestantes duplici nomine, tum iure divino, quatenus cura ecclesiae et religionis Magistratui demandata est; tum iure humano, quatenus potestas Episcopalis, quam sibi antea Episcopi . . . arrogaverunt per legem pragmaticam pacis religiosae ad Principes et status Augustanae confessioni addictos rediit. §. 4: Potestas interna est non alia, quam ipsa illa, quae Episcopis competit iure divino, quamque Apologia Augustanae Confessionis in potestatem ordinis et iurisdictions dividit, quarum illa est praedicationis Verbi et administrationis Sacramentorum, nec Clavium. Competit Episcopis, in sensu Biblico sic dictis, h. e. Presbyteris seu Ministerio. §. 5: Potestas denique omnibus communis est facultas scrutandi Scripturam . . . Ita populo vel ideo concessa haec potestas, . . . ne coecam obedientiam praestet, sed rationem assensus sui possit reddere. Non enim a Iure ipso sacrorum excluditur populus, etsi quoad iuris exercitium boni ordinis et reverentiae causa, se in omnibus licitis submittat iis, quibus Deus superiorem indulsit potestatem. Recte igitur Carpzovius ICtus lib. II. Iurisp. Consist. Def. 247. §. 14. scripsit, ecclesiae gubernationem . . nec monarchicam, nec democraticam, sed aristocraticam esse. *Thes. VIII.* §. 4: Externa . . potestas . . non nisi cum consilio Theologorum vel Ministerii exercenda.

2) *Gutachten d. Helmstädt. Theol. Facultät XVII. Jahrh.:* Denn wie das jhr Schwerdt vnd Weltliche Administration dieselbe an Gottes statt zu führen anbefohlen, Also sind die Diener am Worte Gottes an Christi stat, vnd an dessen stat, predigen, lehren, straffen, trösten vnd vermahnen sie, Vnd ist das Predigampt, so ferne sie es Gottes Worte in diesen Stücken gemess führen, nicht jhre, sondern dess Herrn Christi. Wie nun diese beyde, das Weltliche Regiment vnd das Reich Christi vnterschieden seyn: also hat vnd beneben demselbigen . . . keine Obrigkeit einige gewalt im Reiche des Herrn Christi, sich anzumassen vnd zu arrogiren. Sondern mnss sich . . sowol als andere gemeine Leute dem h. Ministerio im Reich Christi vnterworffen vnd vntersetzet erkennen, hat derowegen nicht macht, vel iure magistratus ecclesiastici vel politici dem h. ministerio Göttliches Wortes in genere vel in specie vorzuschreiben, wie sie die streitigen Religions-Artikel . . auf der Cantzel tractiren, erkleren vnd die Sünde straffen sollen. Non iure magistratus ecclesiastici, denn magistratus hat, soviel das Predig Ampt anlanget, sich keines iuris ecclesiastici anzumassen, vnnd stehet solches alleine dem ministerio zu. Non politici, denn der Obrigkeit ist nicht die Cantzel sondern das Rathhauss

den dritten Stand, die Gemeinde, nur das Recht, den beiden anderen gehorchen zu müssen, übrig blieb. Durch die Herrschaft dieses im XVII. Jahrhundert massgebenden Systemes wurde die Macht der lutherischen Geistlichkeit begründet, damit zugleich das Hauptgewicht auf die unverfälschte Reinheit der Lehre gelegt, und somit nicht nur jede Forderung der Toleranz gemissachtet, sondern das wahre religiöse Gefühl im Volke verknöchert und getödtet[3].

II. Im Gegensatz zu diesem Systeme legte *Thomasius*[4] in dem von ihm ge-

vnd Weltlicher Sachen verwaltung vnd vorsehung anbefohlen ... Da auch schon ein Consistorium allbey gesetzet, vnd mit geistlichen vnd weltlichen Personen, darinnen auch etzliche Politici vnd Rahts Personen mit sitzen sollen. Erwechset dennoch hierauss kein ius oder potestas in ecclesia, ausser der Administration iuris episcopalis zu: Sondern muss derselben sich ein jeder intra terminos demandati muneris verhalten, vnd nicht weiter, denn jhm vermöge Gottes Worts gebüret in andern sachen vmthun vnd vmgreiffen.

§. 25. 3) *Spener Bedenken* 1691: Wo aber die sache dahin kommet, dass ein stand allein, sonderlich der prediger (und zwar als jure suo, dem es amtswegen ausdrücklich zukomme und der anderer censur nicht unterworffen) sich der Gewalt in der Kirchen anmasset, da ist alsdann ein solcher zustand, der nicht nur nicht zu loben, sondern auch nicht zu dulden, ja solche unrechtmässige gewalt, die sich die Clerisey nimmet, das rechte Papstthum und Anti-Christenthum ist, dabey auch die Wahrheit nicht erhalten werden kann.

4) *Thomasius V. Recht evangel. Fürsten in theolog. Streitigkeiten, Halle* 1696, *Satz* 1: Zur Ruhe und Friede in dem gemeinen Wesen ist nicht nöthig, dass die Unterthanen einerley Religion zugethan seyn. 2. In Religionssachen ist das beste Mittel die tolerantz der disputirenden. 3. Die Pflicht eines Fürsten als Fürsten bestehet darinnen, dass er den äussserlichen Frieden in seinem Staate erhalte. 4. Dass die Pflicht eines Fürsten als Fürsten nicht sey, seine Unterthanen recht tugendhafft zu machen. 5. Vielweniger dass er verbunden, für die Seligkeit seiner Unterthanen zu sorgen .. Das Recht der Natur .. lehret uns .. dass die Pflichten eines Regenten als Regenten einerley sind, er mag Christlich oder Heydnisch sein ..... §. 11: Aus diesen erhellet nun auch, dass die gemeine Lehre in iure publico, als wenn die protestirende Fürsten in Teutschland bey ihrer Regierung zwo Personen repraesentireten, nemlich eine Bischöffliche und eine Fürstliche, jene in Religions-Sachen, diese in Weltlichen, aus einem irrigen principio herfliesse nemlich weil man in dem iure Canonico lehret, dass die Religions-Sachen für die Bischöffe gehören. Denn wenn man betrachtet hätte, dass das Recht in Religions-Sachen eben so wohl ein Stück der höhesten Majestät sey, als andere Regalien, und aus eben dem Grunde herfliesse, daraus die andern kommen, würde man auff diese zwofache Betrachtung des Fürsten nicht gekommen seyn. Denn wie es ungereimt wäre, wenn man sagen wolte, dass ein Fürst in Ausübung des Rechts Krieg zu führen eine andere Person repraesentirete, als in dem Recht Gesetze zu machen, eben so ungeschickt ist es auch, dass man dem Fürsten in Ausübung des Rechts in Religions-Sachen eine andere Person affingiren und andichten wollen. Alle Rechte, die ein Fürst hat in Regierung seiner Unterthanen, hat er als Fürst und hangen dieselbe unauflöslich zusammen, so dass, wenn man einige davon nehmen wolte, eine unvollkommene und zur Regierung der Unterthanen nicht zulängliche Majestät daraus entstehen müsste. Vor der Reformation waren freylich die Iura Episcopalia von den iuribus Principum entschieden, weil man im Papstthum es für eine Tod-Sünde hielte, wenn ein Fürst sich die jura Episcopalia, die doch in der That auff weltliche Sachen gingen, anmassen wollte. Nach der Reformation ist es am besten, dass man diesen Unterscheid weg läst, weil er zu einigen falschen Conclusionibus Anlass giebt. Woraus denn auch dieses fliesset, dass das Consistorium in der That kein geistlich, sondern ein weltlich Gericht sey. *Satz* 6: Die Pflicht eines Fürsten als Fürsten erfordert nicht, dass wenn seine Unterhanen einer falschen christlichen Religion zugethan seyen, er dieselbe zu der wahren seligmachenden bringe und führe. 8. Ministeria, theologische Facultäten, Synodi, Concilia haben kein Recht, Religionsstreitigkeiten so zu schlichten, dass sie anderen ihre Meinungen aufdringen wolten, auch ihre Conceptus darnach einzurichten. .... Alle Prediger sind Diener der Gemeine und keine Herrscher, und ist ihnen von der Gemeine das Ampt zu lehren und die Zuhörer in der Lehre Christi zu unterrichten, und die Tauffe und das Abendmahl zu administriren, aufgetragen worden; nicht aber, dass sie ihre Schlüsse in Religions-Sachen für einen all-

schaffenen, das XVIII. Jahrhundert beherrschenden *Territorialsystem* nicht nur den Schwerpunkt des Kirchenregiments in den ersten Stand, sondern leugnete auch die Existenz der Kirche als einer eigenen Lebensordnung, und betrachtete sie als einen Theil des Staates, über den wie über das Ganze dem Fürsten die Herrschaft zustehe. Damit wurde die *Cäsareopapie* geschaffen und die Lebensordnung der Kirche aufgelöst. III. Endlich fand der dritte Stand[5] in dem

gemeinen Schluss der gantzen Gemeinde ausgeben sollen, weil sie in diesem Fall weder von Gott noch von der Gemeinde das Recht haben. *Satz* 10: Hieraus folget nun, dass in Theologischen Streitigkeiten allen und jeden .... das iudicium decisivum .... so viel eines jeden eigene Person und Seligkeit anbetrifft, zukomme .... Und diese Beschaffenheit hat es auch mit den übrigen Libris Symbolicis, die gar keine autorität über anderer Leute ihren Verstand haben, sondern nicht anders können und müssen betrachtet werden, als andere Bücher die von jemand geschrieben. Die öffentliche Recipirung giebt ihnen keine mehrere gewaltsame autorität, als sie vor derselben gehabt haben über andere, und kann ich nicht begreiffen, was diejenige meynen, die da sagen sie hätten eine Kirchliche autorität.

§. 25. 5) *Pfaff Akadem. Reden Abschn.* 1. *Cap.* 1: Es ist offenbar, dass, da Christus und seine Apostel die Kirche errichtet, solches durch die Krafft ihrer Lehre und durch ihre Wunder-Werke geschehen, wodurch sie die Menschen überzeuget und vermocht, sich zu ihnen zu sammeln, und nach ihrer Vorschrifft ihren Gottesdienst zu Erhaltung der Gnade Gottes und ihres ewygen Heyls einzurichten. Es wurde hier kein äusserlicher Zwang vorgekehret, sondern die Ueberzeugung, die der Geist Gottes in den Seelen wirckete, machte das gantze Werck aus. Wer sich also zu Christo und den Aposteln, wer sich zu ersten Kirche fügete, der that es ungezwungen und willkührlich. Woraus dann folget, dass die Kirche nach ihrer ursprünglichen Gestalt eine freye Gesellschaft derer seye, welche sich zu einem gemeinschafftlichen Gottesdienst nach der Vorschrift Christi zusammen thun. Ist die Kirche eine freye Gesellschaft, da kein Zwang Platz findet, so ist sie keine Republique und hat auch die Form derselben nicht. Denn da ist eine Obrigkeit, und Unterthanen, die mit Zwang zur Beobachtung ihrer Pflichten müssen gebracht werden, hier aber ist niemand, der dem andern ichtwas zu befehlen hätte. Denn wenn schon einer des andern direction sich freywillig unterwirfft, und man über gewissen Ordnungen und Statuten freywillig überein kommt, so kann doch daraus kein Gerichtlicher Befehl oder Zwang entspringen. *Cap.* 5. §. 9: Es kann der Fall kommen, dass die Collegia durch den gantzen Staat sich diffundiren, und derselbe gantz da entriret, dass sie selbst wegen ihrer Grösse und Menge so vieler sodalium, auch der unter ihnen vorwaltenden privat-Absichten, Unterscheid der Meinungen, Ungeschicklichkeit, Unart, unbändigen Wesens nicht im Stande sind, sich gemeinschafftlich und collegialiter zu gouverniren und ihre Anstalten zu befolgen, oder auch die eingeschlichene abusus zu reformiren, und dass, wo sie solches entrepenirten, nothfolglich Unruhe darüber in dem Staat entstünde, ja, dass die Collegia selbst eben desswegen entweder das exercitium ihrer Uhr-Rechte deferiren, oder der Obrigkeit pacto vel tacito vel expresso überlassen. Wenn das erstere ist, so hat die Obrigkeit ex iure devolutionis das Recht, entweder in totum oder in tantum das exercitium iurium collegialium an sich zu ziehen, und dieselbe, doch nach den Uhr-Anstalten des Collegii zu führen, wenn das andere ist, so gründet sich hernach dieses Recht der Obrigkeit auf das pactum und exercire sie hernach dasselbe als ein übertragenes Recht, kann auch dasselbe desto schicklicher ausüben, als sie wider die die societät stöhrende refractarios ex iure inspectionis generalis auch obrigkeitliche Gewalt gebrauchen kann. *Cap.* 8. §. 1: Da die Unterthanen berechtigt sind, freye Gesellschafften unter sich, besonders in puncto religionis anzuordnen, so ist offenbar, dass sie 1. mit Zuziehung ihrer Lehrer sich mit einander über einen gemeinschafftlichen Glaubens-Bekänntniss verstehen können, zu deren jeder nach seiner Uberzeugung sich verbindet; 2. dass sie auch ermächtiget sind, den Gottesdienst nach ihrer Willkühr und Gutbefinden so wohl ratione der Kirchendisciplin, als Kirchen-Gebräuchen, Zeit und Ort einzurichten; 3. dass sie Vorsteher und Lehrer nach ihrer Willkühr annehmen, und 4. dass sie zur Beförderung ihres gemeinschafftlichen Kirchen-Wesens von ihrem Vermögen beytragen können, was sie wollen, und dasselbe selbst zu administriren Macht und Fug haben; 5. dass sie per consequens leges conventionales machen, auch 6. poenas conventionales statuiren, und 7. denjenigen, welche wider gegebene parole dazu sich nicht bequemen wollen, aus der Gesellschafft ausbieten, ja 8. auch die abusus, welche eingeschlichen, selbst reformiren, und 9. wo das

Collegialsystem seine Vertretung, welches die Kirche auf einen Vertrag begründete, das in der Praxis befolgte Territorialsystem indessen zu ändern nicht im Stande war.

§. 26. VI. Die neueste Entwickelung.

Dove, Samml. d. wichtigsten Kirchenordnungen u. Kirchenverfassungsges. der Gegenwart, Tübingen 1865.

Mit Ausnahme von *Baiern* und *Baden* blieb die Consistorialverfassung unter der Herrschaft des Territorialsystems geltend bis zum Jahre 1848. Seitdem ist theils durch Errichtung *evangelischer Oberkirchenräthe* für die Ausübung des ius episcopale ein kirchliches Organ geschaffen (*Preussen, Mecklenburg-Schwerin* und *Strelitz, Sachsen, Weimar*), theils auf der Grundlage einer Gemeindeverfassung bald allmählig (*Preussen, Württemberg, Braunschweig*), bald mit einem Male eine Synodalordnung eingeführt worden, womit in einzelnen Territorien eine ziemlich umfassende Codifikation des ganzen Verfassungsrechts verbunden wurde (*Oldenburg, Oesterreich, Baden, Hessen*). In *Baiern* hat man sich mit der Weiterbildung der früheren synodalen Einrichtung begnügt, in *Sachsen* und *Hannover* die Gemeinde- und Synodalordnung geschaffen, ohne das übrige Recht einer Umformung zu unterziehen.

§. 27. VII. Die schweizerische Reformation.

Richter, a. a. O. Lechler, Gesch. d. Synodal- und Presbyterialverf. München 1854. Kampschulte, Joh. Calvin seine Kirche u. sein Staat in Genf. Bd. 1. (einziger), Leipzig 1869.

I. Wenn auch *Zwingli*[1] das Kirchenregiment in die Gemeinde verlegte, so bieten doch die Kirchenverfassungen[2] die sich auf der Grundlage seiner Lehre entwickelten kaum ein vom lutherischen abweichendes Bild, da er ähnlich wie die Vertreter des Collegialsystems die Ausübung der Gemeindegewalt der Obrigkeit übertrug. II. Nach der Reformation *Calvins*[3], steht die Kirchengewalt

brachium seculare dazu nöthig, solches um Hülffe anruffen, aber auch 10. ihre gemeinschafftliche Rechte andern zu besorgen in gewissen Fällen überlassen können.

§. 27. 1) *Zwingli subsidium de eucharistia* (1521): Dicam hic obiter de usu senatus Diacosiorum, propter quem quidam nos calumniantur, quod ea, quae totius ecclesiae esse debeant, nos per Ducentos agi patiamur quum totius urbis et vicinorum ecclesia sit plus minus septem millium. Sic ergo habeant isti: Qui verbo praesumus Tiguri, olim iam libere monuimus Diacosios, quod ea, quae iudicio ecclesiae totius fieri debeant, ad ipsos non alia lege reiici patiamur, quam si verbo duce consulant et decernant deinde quod ipsa non sint aliter ecclesiae vice quam quod ipsa ecclesia tacito consensu hactenus benigne receperit eorum Senatus consulta vel decreta. Vulgavimus eandem sententiam apud universam ecclesiam, admonuimus etiam hac tempestate, qua nonnulli feruntur stupidissimis affectibus, quos tamen spiritum interim si Diis placet, videri volunt, haud tuto multitudini committi posse quaedam. Non quod vereamur Deum Opt. Max. defuturum, quo minus dirigat ecclesiam suam, sed rebus adhuc teneris non miscendam esse contentionis occasionem. Suasimus ergo, ut plebs iudicium externarum rerum hac lege Diacosiis permittat, ut ad verbi regulam omnia comparentur, simul pollicentes, sicubi coeperint verbi auctoritatem contemnere nos confestim prodituros esse ac vociferaturos.

2) *Berner Reformat.* 1528: Als dann vns, von wegen der Oberkeit, gebürt, üch die vnseren, vns von Gott befolhen, nit allein in weltlichen sachen, zu aller billigkeit, zewysen, sondern auch zu recht geschaffnen Christenlichem glauben (als wyt Gott gnad gibt) ynleitung zegeben, vnd ein erber vorbild üch vorzutragen.

3) *Ordonn. eccles. de Genève* (1541): Premièrement il y a quatre ordres ou espèces d'offices, que nostre Seigneur a institué pour le gouuernement de son Eglise, assauoir les Pasteurs, puis les Docteurs, après les Anciens, quartement les Diacres. Pourtant si nous voulons auoir Eglise bien ordonnée et l'entretenir en son entier, il nous faut obseruer ceste forme de regime. Quand est des Pasteurs, que l'Escriture nomme aussi aucunesfois Surueillans Anciens et Ministres: leur office est d'annoncer la parole de Dieu pour endoctriner, admonester, exhorter et reprendre tant en public, qu'en particulier, ad-

dagegen der *Synode* zu, welche sich aus den *Presbyterien* zusammensetzt; diese aber bestehen aus dem Geistlichen, und von der Gemeinde gewählten *Aeltesten* und *Diakonen*, welche für die Reinheit der Lehre sorgen, und Zucht und Armenpflege handhaben. Dem unevangelischen Staate wird keinerlei Befugniss über die Kirche eingeräumt, der evangelische dagegen erkennt wie die Kirche nur Christus als Haupt, regiert daher äusserlich die mit keiner Regierungsgewalt ausgerüstete Kirche, wird dagegen in Wahrheit von ihr beherrscht, da sie die Interpretin der Forderungen von Christus ist. III. Wo in Deutschland durch die Fürsten die reformirte Lehre Calvins eingeführt wurde, unterschied sich die Verfassung nichts destoweniger kaum von der lutherischen, da auch die reformirten Landesherren nicht die den lutherischen zugewachsenen Befugnisse missen mochten[4]. Wo sie dagegen von fremden Einwanderern gepflanzt wurde, griff die synodale Organisation Platz, welche sich sogar in *Cleve-Mark* auf die Lutheraner übertrug. Aber freilich war an eine völlige Ausschliessung des Landesherrn vom Kirchenregiment nicht zu denken[5], und als im Jahre 1835 die Synodal- und Presbyterialverfassung der rheinischen Kirche neu bestätigt wurde, wurde sie mit der consistorialen Ordnung in Verbindung gebracht.

ministrer les Sacremens et faire les corrections fraternelles auec les Anciens ou Commis. L'office propre des docteurs est, d'enseigner les fideles en saine doctrine: afin que la pureté de l'Euangile ne soit corrompue ou par ignorance, ou par mauuaises opinions. Toutes fois selon que les choses sont auiourdhui disposées, nous comprenons en ce titre les aides et instrumens pour conseruer semence à l'aduenir et faire que l'Eglise ne soit desolée par faute de Pasteurs et Ministres. Ainsi, pour vser d'vn mot plus intelligible, nous l'appelerons l'ordre des Escoles. Leur office des anciens est de prendre garde sur la vie d'vn chacun d'admonester amiablement ceux qu'ils verront faillir et mener vie desordonnée. Et là où il en seroit mestier, faire rapport à la Compagnie qui sera deputée pour faire les corrections fraternelles, et lors les faire communement auec les autres. Il y en a eu tousiours deux espèces des diacres en l'Eglise ancienne: Les vns sont esté deputez à receuoir, dispenser et conseruer les biens de poures, tant aumosnes quotidiennes, que possessions rentes et pensions: les autres, pour penser et soigner les malades et administrer la pitance des poures. A quoy c'est bien raison que toutes villes Chrestiennes se conforment. Comme nous y auons taschè et voulons encore continuer à l'aduenir. Car nous auons procureurs et hospitaliers.

§. 27. 4) *Pfälz. Kirchenordn.* 1564: Erstlich damit alle Kirchen-Sachen mögen ordentlich und beständiglich gehandelt werden. So haben Wir Unsern Kirchen-Rath mit sechs Personen, dreyen Theologis und dreyen gelehrten Politicis besetzt, denen ein Secretarius zugeordnet und ein Pedell, der auf sie wartet, zugeben werden soll. Unsers Kirchen-Raths in Unserem Churfürstenthumb der unteren Plaftz Befelch soll zweyerley sein; Erstlich die Minsisteria und Schuhlen mit guten tauglichen Personen, die reiner Lehr und unsträflichen Lebens seynd, zu bestellen, und auf derselben Lehr und Leben acht zu haben, die untaugliche aber in Lehr und Leben abzuschaffen. Zum andern der Disciplin und Kirchen-Zucht halben nothwendigs Einsehens zu thun, immassen Wir uns künfftiglichen eine sonderbahre beständige Form und Ordnung zu entschliessen und dieselbig ins Werk zu richten bedacht seyn.

5) *Antwort d. Clev. Regierung wegen Bestätigung der Synodalbeschlüsse* (1616): Dieweil noch zur Zeitt kein Geistlich Consistorium in diesen Landen angeordnet, noch in schwang gebracht, als seind Ihre Fürstl. Durchlaucht in gnaden geneigt und ehrbietig . . dergestalt zu willfahren, dass sie zuvörderst . . der synodalischen Conventuum Acta Abscheiden Canones und Verordnungen . . mit der besagten Kirchenordnung allhier einschicken sollen. Aldann auch wollen Ihre Fürstl. Durchl. nach fleissiger ersuchung und erwegens derselben und denn auch . . bis auff andertweitlicher heilsamer Verordnung vermittelst dero patenten vnd befelchschreiben die generalbefehlung vnd anordnung thun das hinführo kein Diener angenohmen oder bestellet oder auch von den Gemeindten beruffen werde . . so nit zuvörderst von dem Synodo oder dessen dazu Deputirten qualificiret und tüchtig erkandt und Ihro fürstl. Durchl. recommendiret sein.

§. 28. VIII. Die evangelische Kirche unter einem Landesherrn anderer Confession.

I. Das Episkopalrecht eines lutherischen Landesherrn ging, von einen besonderen Verzicht abgerechnet[1], durch dessen Uebertritt zur reformirten Kirche nicht verloren, wie umgekehrt auch lutherische Fürsten über die reformirten Kirchen bischöfliche Rechte handhabten. Doch sollte die Ausübung des Kirchenregiments durch Confessionsverwandte geführt werden. II. Dieser vom *Westphälischen Frieden* (§. 29. no. 5.) anerkannte Rechtsstand war bei der Verwandtschaft der beiden Confessionen gerechtfertigt. Dagegen erklärt es sich nur aus der Verkümmerung der evangelischen Verfassungsbildung, dass selbst das Episkopalrecht katholischer Landesherrn unter der angegebenen Beschränkung anerkannt wurde[2].

§. 28. 1) *Herz. Heinrich Julius v. Braunschweig an die Wolfenbüttelschen Stände* 1597: Wenn einige Aenderung der Religion geschehen, und etwas, so der Kirchenordnung zuwider wäre, fürgenommen werde, sollen die drei Stände von der in der Kirchenordnung gesetzten Jurisdiction und des iuris episcopalis an- und zugehörigen Recht, wenn und so lange ihnen dadurch eine andere Lehre aufgedrungen oder dadurch eingeführt werden sollte, befreiet sein.

2) *Neben Instruct. Friedr. Aug. v. Sachsen* 1697: Nachdem Unser Statthalter, der Fürst von Fürstenberg etc. der Römisch-Catholischen Lehre zu gethan ist; hingegen in Unserm Churfürstenthumb und Landen, nach desselben Verfassung, die Evangelische Lehre allein geduldet werden soll; Auch Wir, als Churfürst von Sachsen etc. im Römischen Reiche die Direction über das ganze Evangelische Wesen führen; Welches bei jetziger Bewentniss, da wir einer anderen Lehre zugethan sind, Wir der Chur, und Unsern Nachkommen nicht gerne entziehen lassen wollen; Als begehren Wir gnädigst dass zuförderst alle, zu Conservation und Fortpflanzung dieser Evangelischen Lehre ergangenen Verordnungen, Ingleichen, Was wegen Haltung der Messe in Unserer Residenz-Stadt Dressden öffters ergangen, bei seinen Kräften verbleibe, und diessfalls keine Neuerung eingeführt werde, Hernach, dass die Ersetzung derer Pastoraten, Pfarrer, Kirchen- und Schul-Bedienten, Erhaltung der Kirchen-Disciplin, Bestellung des Kirchen-Raths, und Consistoriorum, Professoren auf Universitäten und dieser Collegiorum, Verfassungen und durchgehends alle Ecclesiastica und Status Religionis, ausser einigen Eintrag oder Bedrängnüs allenthalben gelassen werden; Die Deliberationes aber, Conclusa und Expeditiones, allein von Unsern Geheimen Raths-Directore und Geheimen Räthen etc. ohne Anwesenheit Unsers Statthalters, Alss welcher sich dessen ohne dem von Selbsten bescheidet, geschehen; Absonderlich aber, dass die Evangelischen Stände soviel möglich, beybehalten, das Directorium hierüber fortgeführet und Unseren Nachbaren, sich dessen zu bemächtigen, nicht Anlass gegeben werde; Dahero Unser Geheimer Raths-Direktor etc. und Geheime Räthe etc. in diesen Sachen allein, ohne unserm Statthalter etc. an die Gesannten, oder sonsten inn- und ausser Landes, allerhand Schreiben, Rescripta und Verordnungen, abzulassen, Macht haben, Von solchen jedoch, welche an die Gesannten und sonsten, an Evangelische Churfürsten, Fürsten und Stände abgehen, Dieselben Uns unterthänigsten Bericht thun, Auch in wichtigen Dingen Unsere gnädigste Resolution erwarten sollen; Und überlassen Wir Unseren Geheimen Raths-Directori etc. oder Geheimen Räthen die Unterschrift derer Confirmationen aller Superintendenturen im Lande, Ingleichen derer Privilegiorum über allerhand sonderliche Evangelische Bücher, Alss welche biss hero von Uns Selbsten unterzeichnet worden; Wie auch die Ausschreibungen derer Buss- Beth- und Fast-Täge, Wenn Wir solche vorhero auf Ihren unterthänigsten Bericht gnädigst resolviret.

Zweites Buch.

Das Verhältniss der christlichen Confessionen zum Staate und untereinander.

§. 29. I. Das Verhältniss der Confessionen zum Staate.

Lehmann, Acta publica de pace religiosa, Frankf. 1631 u. 1709. Meyer, Die Propaganda Göttingen, 1. 2. 1852 ff.

I. Die römisch-katholische Kirche als die allgemeine erkennt keiner anderen christlichen Religionsgesellschaft eine rechtliche Existenz zu[1]. Dieses von ihr im Mittelalter mit Hülfe des Staates verwirklichte Princip[2. 3], liess sich zuerst der Reformation gegenüber nicht realisiren, und wurde von Reichswegen gebrochen im *Augsburgischen Religionsfrieden* von 1555[4]. II. Die katholische Kirche erkannte denselben nicht an, und fand in dem 1540 bestätigten *Jesuitenorden* das geeignete Organ, um wenigstens thatsächlich die confessionellen Verhältnisse zu ihren Gunsten umzugestalten. III. Der so geschärfte confessionelle Gegensatz führte zum dreissigjährigen Kriege und wurde geregelt durch den *Westphälischen Frieden* (1648)[5], der das Princip der *exacta mutuaque aequalitas* für Katholiken, Lutheraner und Reformirte aussprach, und den Fürsten das *ius reformandi* zugestand, welches allein in dem *Normaljahre* (1624) eine Schranke finden sollte. IV. Seitdem gestalteten sich die confessionellen Verhältnisse in Deutschland dahin, dass sich im Reiche die katholischen und protestantischen Stände als zwei *Corpora, Catholicorum und Evangelicorum,* das letztere seit 1653 unter der Direction von *Kursachsen,* das erstere unter der von *Kur-Mainz,* gegenüberstanden. Die Territorien waren entweder katholische oder protestantische d. h. lutherische oder reformirte und enthielten a) einzelne tolerirte Anhänger der anderen Lehre (*devotio domestica*), b) friedensmässig berechtigte Gemeinden, die entweder *exercitium religionis privatum* oder *publicum* genossen, c) dass durch den Landesherrn auch nicht friedensmässig berechtigten Gemeinden ein exercitium religionis gewährt werden könne[6-8] wurde erst

§. 29. 1) *c.* 10. *X. de haeretic.* (5, 7. *Innocenz III.*): Nec hujusmodi severitas censuram orthodoxorum etiam exheredatio filiorum, quasi cujusdam miserationis praetextu debet ullatenus impedire, cum in multis casibus etiam secundum divinum iudicium filii pro patribus temporaliter puniantur, et iuxta canonicas sanctiones quandoque feratur ultio non solum in auctores scelerum, sed etiam progeniem damnatorum (vgl. §. 15. no. 16. §. 118. no. 2.).

2) *Gesetz Königs Heinrichs v.* 1231: Quod heredes condempnati bonis eius deberent hereditariis ac patrimonio gaudere, beneficiis eius similiter ad ius et potestatem dominorum, a quibus habebant redeuntibus; domino vero cuiuscunque esset homo condempnatus bonis immobilibus eius innitente; hoc tamen excepto, quod sumptus ad incendium haereticorum faciendi et merces comitis de bonis etiam forent mobilibus recipienda.

3) *Schwabenspiegel Art.* 258. (*ed. Wackernagel*): Swa man kezzer innen wirt die sol man rüegen dem geistlichen gerichte ... Unde als sie überkomen werdent, sô sol sich ir werltlich gerichte underwinden, unde sol über sie richten als reht ist, alsô daz man sie ûf einer hürde brennen sol.

4) *Augsburg. Religionsfr. v.* 1555 s. Anhang no. 2.

5) *Westphäl. Fried. v.* 1648 s. Anhang no. 3.

6) *Nebenrecess zwischen Brandenb. u. Pfalz-Neuburg* (9. *Sept.* 1666): Dass auch Keiner der Religion halber verachtet .... noch von einigen Erbschaften oder Legaten, noch aus Hospitälern, Waisen- Siechen- oder Leprosenhäusern Almosen, auch anderen gemeinen Gerechtigkeiten oder Handlungen, vielweniger von öffentlichen Kirchhöfen und ehrlichen Begräbnissen der Religion halber ausgeschlossen, noch auch von ihnen für Begräbnisskosten ein Mehreres als von anderen und weiter als derselben Pfarrkirchen Gerechtigkeit mit sich bringt, gefordert, auch an dem Orte, da die Evangelischen ihre absonderlichen Kirchhöfe oder Plätze haben

durch den *Reichsdeputationshauptschluss* (1803) zugestanden[9]. V. Die deutsche Bundesacte Art. 16.[10] bestimmte über das Maass der Religionsübung nichts, sondern setzte lediglich die Gleichmässigkeit der bürgerlichen und politischen Rechte für alle christlichen Religionsparteien fest. VI. Die Duldung nicht friedensmässig garantirter Religionen und Sekten hatte der Westphälische Frieden verboten, was jedoch in den Territorien keine genaue Befolgung fand[11]. VII. Die Weiterbildung des Rechtes erfolgte durch die Landesgesetzgebungen[12-19] theils

sich alsdann der römisch-katholischen Kirchhöfe ausserhalb der Erbbegräbnisse enthalten sollen, jedoch dass bei den Begräbnissen einer oder anderer Religion, wenn es dem Herkommen zuwider und wenn sie in derselben Kirchen kein Exercitium haben, auf den Kirchhöfen oder in den Kirchen nicht gepredigt, sondern die Predigt und übrige Ceremonien an dem Ort ihrer gewöhnlichen Versammlung verrichtet werden.

§. 29. 7) *Churf. Fr. Wilhelm an d. Religions-Commissarien zu Bielefeld* 1671: Wofern nur sonsten alles wohl geht und Unsere evangelische Religionsverwandte im Gülischen und Bergischen nur ihre vollkommene Gewissensfreiheit . . erlangen, Wir es wegen ein oder andern katholischen Exercitii auch an denen Orten wo solches nicht eben de Iure oder in Kraft der Recessen, behauptet werden könnte, so genau nicht nehmen würden (sonderlich, da bemelte Religion von alters her in diesen Landen überall recipiret gewesen und Unsere Vorfahren und Wir solche darin gefunden), wohingegen Wir der sichern Zuversicht leben, dass Ihro Lbd. und die Ihrigen auch mit denen Evangelischen desto besser und glimpflicher umgehen und dieselbe hinfüro sich keiner Verfolgung noch Bedrückung ferner zu befahren haben werden.

8) *Friedr. Wilhelm I. v. Preussen* 1732: Ich habe in der tilsitschen Niderung der menge Litauer als colloniste . . . . Wenn Ihn der Gottesdienst genommen wierdt, so lauffen die Leutte ausser Landes. Das ist die fautte die Luis 14. getahn. Die will ich nit nach tuhn. Ich meine Lande popelire aber nit depopelire. Indessen sollen sie die Jesuviter ab schaffen und augustiner oder Berhardiner hinsetzen.

9) *Reichsdeput. Hauptschl. v.* 1803. §. 63: Die bisherige Religionsübung eines jeden Landes soll gegen Aufhebung und Kränkung aller Art geschützt sein; insbesondere jeder Religion der Besitz und ungestörte Genuss ihres eigenthümlichen Kirchenguts, auch Schulfonds nach der Vorschrift des westphälischen Friedens ungestört verbleiben; dem Landesherrn steht jedoch frei, andere Religionsverwandte zu dulden, und ihnen den vollen Genuss bürgerlicher Rechte zu gestatten.

10) *Deutsche Bundesacte* 1815 *Art.* 16: Die Verschiedenheit der christlichen Religionspartheien kann in den Ländern und Gebieten des teutschen Bundes keinen Unterschied in dem Genusse der bürgerlichen und politischen Rechte begründen.

11) *Preuss. Verordn. v. 9. Juli* 1780: Die in Unseren Staaten bisher öffentlich geduldeten Seckten sind, ausser der jüdischen Nation, die Herrenhuter, Menonisten und die Böhmische Brüder-Gemeine, welche unter landesherrlichem Schutze ihre gottesdienstlichen Zusammenkünfte halten sollen.

12) *Allgem. Preuss. Landrecht Th. I. tit.* 11. §. 2: Jedem Einwohner im Staate muss eine vollkommene Glaubens- und Gewissensfreiheit gestattet werden. Niemand ist schuldig über seine Privatmeinungen in Religionssachen Vorschriften vom Staate anzunehmen. Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religionsgesellschaften und der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsübung wird gewährleistet. Der Genuss der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnisse. Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen.

13) *Preuss. Verf.-Urk. Art.* 12. (siehe oben §. 19. no. 42.).

14) *Sächs. Verf.-Urk.* (4. *Sept.* 1831) §. 56: Nur den im Königreiche aufgenommenen oder künftig mittelst besondern Gesetzes aufzunehmenden christlichen Confessionen steht die freie öffentliche Religionsübung zu.

15) *Baier. Edikt. v.* 26. *Mai* 1818 §. 24: Die in dem Königreiche bestehenden drei christlichen Glaubens-Confessionen sind als öffentliche Kirchengesellschaften mit gleichen bürgerlichen und politischen Rechten . . . . anerkannt.

16) *Württemberg. Verf.-Urk.* (25. *Sept.* 1819) §. 70: Jeder der drei im Königreiche bestehenden christlichen Confessionen wird freie öffentliche Religionsübung, und der volle Genuss ihrer Kirchen-, Schul- und Armenfonds zugesichert.

17) *Württemberg. Ges. v.* 9. *April* 1872: Die Bildung religiöser Vereine ausserhalb der vom Staat als öffentliche Körperschaften an-

dahin, dass meist den friedensmässig berechtigten Confessionen Gleichstellung bezüglich der Religionsübung gewährt wurde, dass nicht nur den einzelnen Staatsbürgern Gewissensfreiheit und Hausandacht gewährleistet, sondern ihnen auch Religionsübung gestattet wurde[19], theils endlich dahin, dass die Ausübung der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte von dem Bekenntniss für durchaus unabhängig erklärt wurde. Das letztere ist durch das *Norddeutsche Bundesgesetz vom* 3. *Juli* 1869[20. 21] zum gemeinen norddeutschen und seitdem zum gemeinen deutschen Recht geworden. Dagegen sind auch nach heutigem Reichsrecht die katholische und evangelische Kirche (*Kirchen* in den Reichsgesetzen) voll privilegirt, während der strafrechtliche Schutz allerdings auf alle mit Corporationsrechten versehene religiösen Genossenschaften ausgedehnt worden ist[22].

§. 30. II. Das Verhältniss der Confessionen zu einander.

Mejer, Propaganda a. a. O. Brandes, Gesch. d. kirchl. Politik d. Hauses Brandenburg 1. 2. Gotha 1872 ff.

I. Die *katholische* Kirche konnte von ihrem eben dargelegten Principe aus die *protestantische* Kirche lediglich als ketzerisch betrachten, und nur durch Staatsgesetze[1. 2] gezwungen werden, jener und den Amtshandlungen ihrer

erkannten Kirchen ist von einer staatlichen Genehmigung unabhängig. Es steht diesen Vereinen das Recht der freien gemeinsamen Religionsübung im häuslichen und öffentlichen Gottesdienst, sowie der selbstständigen Ordnung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten zu. Dieselben dürfen jedoch nach ihrem Bekenntniss, ihrer Verfassung oder ihrer Wirksamkeit mit den Geboten der Sittlichkeit oder mit der öffentlichen Rechtsordnung nicht in Widerspruch treten.

§. 29. 18) *Bad. Ges. v.* 9. *Oct.* 1860 §. 2: Die Befugnisse der übrigen Religionsgemeinschaften, welche bisher aufgenommen oder geduldet waren, richten sich nach den ihnen ertheilten besondern Verwilligungen. §. 3. Die Bildung religiöser Vereine ist gestattet. Ihre Verfassung und ihr Bekenntniss darf den Staatsgesetzen und der Sittlichkeit nicht widersprechen. Es steht ihnen das Recht der freien gemeinsamen Gottesverehrung unter dem Schutze des Staates zu.

19) *Hess. Gesetz die rechtl. Stellung der Kirchen betr.* (23. *April* 1875). Art. 2. Den übrigen bereits bestehenden, sowie den sich bildenden neuen Religionsgemeinschaften steht ebenfalls das Recht der öffentlichen Gottesverehrung zu. Corporationsrechte sollen denselben, in so fern sie solche noch nicht besitzen, auf den Nachweis der entsprechenden Erfordernisse verliehen werden. Art. 3. Die Bildung neuer Religionsgemeinschaften ist gestattet. Ihre Verfassung und ihr Bekenntniss darf den Staatsgesetzen und der Sittlichkeit nicht widersprechen und nicht zum Vorwande dienen, Andere in ihren politischen, bürgerlichen oder religiösen Rechten zu beeinträchtigen.

20) *Norddeutsch. B.-Gesetz v.* 3. *Juli* 1869: Einziger Artikel. Alle noch bestehenden aus der Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses hergeleiteten Beschränkungen der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte werden hierdurch aufgehoben. Insbesondere soll die Befähigung zur Theilnahme an der Gemeinde- und Landesvertretung und zur Bekleidung öffentlicher Aemter vom religiösen Bekenntniss unabhängig sein.

21) *Nordd. B.-Gesetz v.* 1. *Nov.* 1867: §. 1. . . . Keinem Bundesangehörigen darf um des Glaubensbekenntnisses willen oder wegen fehlender Landes- oder Gemeindeangehörigkeit der Aufenthalt, die Niederlassung, der Gewerbebetrieb oder der Erwerb von Grundeigenthum verweigert werden.

22) *Reichsstrafgesetzb.* §. 166: Wer dadurch, dass er öffentlich in beschimpfenden Aeusserungen Gott lästert, ein Aegerniss giebt, oder wer öffentlich eine der christlichen Kirchen oder eine andere mit Korporationsrecht innerhalb des Bundesgebietes bestehende Religionsgesellschaft oder ihre Einrichtungen oder Gebräuche beschimpft, ingleichen wer in einer Kirche oder in einem anderen zu religiösen Versammlungen bestimmten Orte beschimpfenden Unfug verübt, wird mit Gefängniss bis zu drei Jahren bestraft.

§. 30. 1) *Allgem. Preuss. Landrecht Th.* 2. *Tit. II.*: §. 37. Kirchengesellschaften dürfen so wenig als einzelne Mitglieder derselben einander verfolgen oder beleidigen. §. 38. Schmähungen und Erbitterungen verursachende Beschuldigungen müssen durchaus vermieden werden.

2) *Baier. Edikt v.* 26. *Mai* 1818: §. 80. Die im Staate bestehenden Religionsgesellschaf-

Diener eine Anerkennung zu gewähren. Während aber am Ende des vorigen Jahrhunderts ein verträglicher Zustand zwischen den beiden Kirchen Platz gegriffen hatte, hat die katholische Kirche in unserem Jahrhundert den confessionellen Zwiespalt aufs Neue hervortreten lassen, so dass sie protestantischen Taufen die Anerkennung versagte, protestantisch getraute Ehen als Concubinate ansah[3], protestantische Leichen von ihren Kirchhöfen ausschloss u. s. w. II. Der Gegensatz zwischen der *lutherischen* und *reformirten* Kirche wurde durch die Herrschaft des Episkopalsystems[4-6] so geschärft, dass die Beziehungen der Lutheraner zu den Katholiken sich freundlicher gestalteten als zu den Reformirten, deren Glaube doch mit dem der ersteren auf derselben Grundlage beruhte. Unter dem Einflusse des Territorialsystems erfolgte indessen eine Aenderung; die beiden Religionsparteien, welche der Westphälische Friede zusammen als der Augsburgischen Confession zugehörig bezeichnete[7], und die zusammen das *Corpus Evangelicorum* ausmachten, traten sich näher, namentlich nachdem die das lutherische *Brandenburg* regierenden Fürsten zur reformirten Kirche übergetreten waren[8-10]. Die Consistorien wurden zuweilen

ten sind sich wechselseitig gleiche Achtung schuldig; bei deren Versagung kann der obrigkeitliche Schutz angerufen werden, der nicht verweigert werden darf; dagegen ist aber auch keiner eine Selbsthülfe erlaubt.

§. 30. 3) *Anfrage an d. Congreg. s. Officii* (18. *Juni* 1839): Utrum in dioecesi cameracensi, ubi conc. tridentinum promulgatum fuit, haberi debeant matrimonia protestantium, qui numquam religionem catholicam amplexi sunt, quique coram magistratu civili tantum contraxere, veluti nulla, aut veluti dubia? Responsumque ab eadem est, matrimonia ibi inter haereticos contracta habenda esse ab ecclesia tamquam invalida.

4) *Formula Concordiae* (1580) *P. II. VII.* 112: Demnach verwerfen und verdammen wir mit Mund und Herz als falsch, irrig und verführisch alle sacramentirische opiniones und Lehren so dieser obgesetzten und in Gottes Wort gegründeten Lehre ungemäss, zuwider und entgegen seind.

5) *Rescr. Churf. Johann Georgs v. Sachsen* (3. *Juli* 1643) *an d. Consistor. u. d. Universität zu Leipzig*: Wie wier nun die 32 Jahr Vnserer Churfürstlichen geführten Regierung für allen Dingen sorgfältig gewesen, damit die reine, wahre vndt allein seeligmachende Evangelische lehre in Vnsern landen vndt zuförderst auf Vnsern Universitäten befördert vndt erhalten, hingegen die ausbreitung aller falscher, irriger vnd verdammlicher lehren, der Papisten, Calvinisten undt anderer Rottengeister, verhütet werden möchten, Daher auch Vnsere Universitäten vnd Consistorien jederzeit fleissige aufsicht beuehlen, vnd derselben Vns vnföhlbar versehen haben...

6) *Bittschrift der Luther. Stadtgeistlichkeit in Leipzig an d. Kurf. v. Sachsen* (26. *April* 1703): Wie sehr unsere Gemeine darüber jammere und seuffze, und wie gross Aergerniss dadurch angerichtet werde, dass eben zu der Zeit, wenn in unsern Kirchen unser Gottesdienst gehalten wird, die Reformirten ganz nahe an der Thomas Kirche gleichsam ihr Capelle haben, darinne sie den Nahmen Gottes durch ihren falschen Gottesdienst entheiligen, ist nicht auszusprechen und hätte wohl in diesen ohnedem kümmerlichen Zeiten kein grösser Unglück unsere Stadt betreffen können als dieser eingeführte falsche Gottesdienst, welcher ohne Zweifel, wo er nicht wider abgestellt wird, noch grössern Unsegen und allerhand schwere Zorn-Gerichte des Heiligen Gottes nach sich ziehen wird.

7) *Instruction d. Churf. Friedrich Wilhelm von Brandenburg an die Friedensgesandtschaft* 14. *März* 1648: Zum wenigsten habt Ihr Euch dahin zu bearbeiten, dass etwa in einem bequemen Orte im Instrumento Pacis aller Unterschied zwischen den Lutherischen und Reformirten aufgehoben und ein Mal für alle declarirt werde, dass man in allen Punkten und Clauseln, die Religion anreichend, die Reformirten unter dem Namen der Augsburgischen Confessionsverwandten verstanden haben wolle, und was Ihr sonst vermeint, dass zu ihrer bester und kräftigster Verwahrung dabei gefüget werden könne.

8) *Friedr. Wilhelm I. v. Preussen Instruct. v.* 1722: An alle Consistorien: In euere Provincen müsset Ihr scharf anbefehlen, dass die Reformirte und Lutterahner auf den Kanceln keine Controversen tractieren und absonderlich von der genaden wahl nichts davon tuchiren und sonsten auf den Kanceln nur blohs das reine Wohrt Gottes predigen und keine Zenkereyen anfangen, sondern müsset Ihr immer zur einigkeit der beyden Religionen zu bearbeiten trachten.

mit Anhängern beider Religionsparteien besetzt, und auch gegenseitige Abendmahlsgemeinschaft gewährt[11. 12]. Eine formelle Einigung der beiden Kirchen erfolgte indessen erst durch die *preussische Union* im Jahre 1817[13], deren Vor-

§. 30. 9) *Friedr. Wilhelm I. v. Preuss. Instruct. v.* 1722: Wahs die Religion an langet, so bin ich und werde mit Gottes Hülfe Reformirte sehlich sterben. Indessen bin versichert, dass ein Lutterischer, der dar Gottsehlich wandelt, eben so guht sehlich werde als die Reformirte und der unterschidt nur herrühre von die Prediger Zenckereien. Haltet dehrowegen Reformirte und Lutterahner in gleicher Würde, tuet sie alle beide Religionen geleiche guht und macht keine Differance. Da vor wirdt euch Gott sehgen und werdet da durch bey alle beide liebe euch erwerben.

10) *Instruct. f. d. Preuss. Oberconsistorium* (4. *Oct.* 1750): §. 5. Es verstehet sich von selbsten, dass die Examinatores so wohl der Reformirten als der Lutherischen Religion sich nicht bey denen, unter beyden Religionen streitigen Puncten, welche ohnedem nicht bedeuten, aufhalten.

11) *Preuss. Rescript v.* 13. *Sept.* 1748 *an den luther. Kapitelsprediger des Klosters Heiligen Grabe*: Denen daselbst befindlichen Evangelisch-Reformirten Capituls-Fräuleins das heilige Nachtmahl auf Verlangen, ihrer Confession gemäss, und nach dem Gebrauch derer hiesigen Reformirten jedesmahl zu reichen, um denenselben die Kosten einer ohnedem bei Winterszeit besonders beschwehrlichen Reise zu erspahren.

12) *Preuss. Allgem. Landrecht Th.* 2. *Tit.* 11. §. 39: Protestantische Kirchengesellschaften des Augsburgischen Glaubensbekenntnisses sollen ihren Mitgliedern wechselseitig die Theilnahme auch an ihren eigenthümlichen Religionshandlungen nicht versagen, wenn dieselben keine Kirchenanstalt ihrer eigenen Religionsparthei, deren sie sich bedienen können, in ihrer Nähe haben.

13) *Aufruf Friedr. Wilhelm III. v. Preussen vom* 27. *Sept.* 1817: Schon Meine in Gott ruhende, erleuchtete Vorfahren, der Kurfürst Johann Sigismund, der Kurfürst Georg Wilhelm, der grosse Kurfürst, König Friedrich I. und König Friedrich Wilhelm I. haben, wie die Geschichte ihres Lebens beweiset, mit frommen Ernst es sich angelegen sein lassen, die beiden getrennten protestantischen Kirchen, die reformirte und lutherische, zu einer evangelischchristlichen in Ihrem Lande zu vereinigen. Ihr Andenken und Ihre heilsamen Absichten ehrend, schliesse Ich Mich gern an Sie an, und wünsche ein gottgefälliges Werk, welches in dem damals unglücklichen Sektengeiste unüberwindliche Schwierigkeiten fand, unter dem Einflusse eines besseren Geistes, welcher das Ausserwesentliche beseitigt, und die Hauptsache im Christenthum, worin beide Confessionen eins sind, festhält, zur Ehre Gottes und zum Heil der christlichen Kirche in Meinen Staaten zu Stande gebracht und bei der bevorstehenden Säcularfeier der Reformation damit den Anfang gemacht zu sehen! Eine solche wahrhaft religöse Vereinigung der beiden, nur noch durch äusseren Unterschied getrennten, protestantischen Kirchen ist den grossen Zwecken des Christenthums gemäss; sie entspricht den ersten Absichten der Reformatoren, sie liegt im Geiste des Protestantismus; sie befördert den kirchlichen Sinn; sie ist heilsam der häuslichen Frömmigkeit, sie wird die Quelle vieler nützlichen oft nur durch den Unterschied der Confession bisher gehemmten Verbesserungen in Kirchen und Schulen. Dieser heilsamen, schon so lange und jetzt wieder so laut gewünschten und so oft vergeblich versuchten Vereinigung, in welcher die reformirte nicht zur lutherischen und diese nicht zu jener übergehet, sondern beide eine neu belebte, evangelische-christliche Kirche im Geiste ihres heiligen Stifters werden, steht kein in der Natur der Sache liegendes Hinderniss mehr entgegen, sobald beide Theile nur ernstlich und redlich in wahrhaft christlichem Sinne sie wollen und, von diesem erzeugt, würde sie würdig den Dank auszusprechen, welchen wir der göttlichen Vorsehung für den unschätzbaren Segen der Reformation schuldig sind, und das Andenken ihrer grossen Stifter, in der Fortsetzung ihres unsterblichen Werkes, durch die That ehren. Aber so sehr Ich wünschen muss, dass die reformirte und lutherische Kirche in Meinen Staaten diese Meine wohlgeprüfte Ueberzeugeugung mit Mir theilen möge, so weit bin Ich, ihre Rechte und Freiheiten achtend, davon entfernt, sie aufdringen und in dieser Angelegenheit Etwas verfügen und bestimmen zu wollen. Auch hat diese Union nur dann einen wahren Werth, wenn weder Ueberredung noch Indifferentismus an ihr Theil haben, wenn sie aus der Freiheit eigener Ueberzeugung rein hervorgeht, und sie nicht nur eine Vereinigung in der äusseren Form ist, sondern in der Einigkeit der Herzen nach ächt biblischen Grundsätzen ihre Wurzeln und Lebenskräfte hat. So wie Ich selbst in diesem Geiste das bevorstehende Säcularfest der Reformation in der Vereinigung der bisherigen reformirten und lutherischen Hof- und Garnison-

bild in *Nassau*, der *Baierischen Pfalz*, *Anhalt-Bernburg*, *Dessau*, *Birkenfeld*, *Baden*, *Hanau*, *Waldeck* und *Rheinhessen* Nachahmung fand.

Drittes Buch.

Die Quellen des Kirchenrechts in ihrer Geschichte und heutigen Anwendbarkeit.

Gallandius, De vetustis canonum collectionibus dissertationum sylloge, Venet. 1778 fol. Mogunt. 1790, 1. 2. 4to. Richter, Beitr. zur Kenntniss d. Quellen d. kanon. Rechts, Leipzig 1834. Theiner, Disquisitiones criticae in praecipuas canonum et decretalium collectiones . . . Romae 1836 4to. Wasserschleben, Beitr. zur Gesch. der vorgratian. Kirchenrechtsquellen, Leipzig 1839. Maassen, Gesch. d. Quellen u. d. Literatur d. kanon. Rechts im Abendlande bis zum Ausgange des Mittelalters, Bd. 1. Gratz 1870.

Erste Abtheilung.

Die beiden christlichen Kirchen gemeinsamen Rechtsquellen.

§. 31. I. Die Bibel.

Bickell, Gesch. d. Kirchenr. I, 1. S. 2 ff.

I. Die *katholische* Kirche erkennt das in den kanonischen Büchern des *alten* und *neuen Testamentes* enthaltene Recht als göttliches an[1. 2]. Die Zahl dieser kanonischen Bücher ist durch die Synode von *Laodicea* (343—81) festgestellt worden[3]. Der von der Kirche zu Grunde gelegte Text ist die vom *heiligen Hieronymus* herrührende lateinische Uebersetzung der *Vulgata*[4], wie er

Gemeine zu Potsdam zu einer evangelisch-christlichen Gemeine feiern und mit derselben das heilige Abendmal geniessen werde, so hoffe Ich, dass dieses Mein eigenes Beispiel wohlthuend auf alle protestantischen Gemeinen in Meinem Lande wirken, und eine allgemeine Nachfolge im Geiste und in der Wahrheit finden möge. Der weisen Leitung der Consistorien, dem frommen Eifer der Geistlichen und ihrer Synoden überlasse Ich die äussere übereinstimmende Form der Vereinigung, überzeugt, dass die Gemeinen in ächt christlichem Sinne dem gern folgen werden, und dass überall, wo der Blick nur ernst und aufrichtig, ohne alle unlauteren Nebenabsichten auf das Wesentliche und die grosse heilige Sache selbst gerichtet ist, auch leicht die Form sich finden, und so das Aeussere aus dem Innern einfach, würdevoll und mehr von selbst hervorgehen werde. Möchte der verheissene Zeitpunkt nicht mehr fern sein, wo unter einem gemeinschaftlichen Hirten Alles in einem Glauben, in einer Liebe und in einer Hoffnung sich zu einer Heerde bilden wird.

§. 31. 1) *C. Trident. sess. VI. de iustif. c.* 21: Si quis dixerit Christum Jesum a Deo hominibus datum fuisse ut redemptorem, cui fidant, non etiam ut legislatorem cui obediant, anathema sit.

2) *C. Trident. sess. IV.*: Omnes libros tam veteris quam novi testamenti, quum utriusque unus Deus sit auctor . . . pari pietatis affectu ac reverentia suscipit et veneratur.

3) *Concil v. Laodicea c.* 60: *Ὅσα δεῖ βιβλία ἀναγιγνώσκεσθαι τῆς παλαιᾶς διαθήκης· α'. Γένεσις κόσμου, β'. Ἔξοδος ἐξ Αἰγύπτου, γ'. Λευιτικόν, δ'. Ἀριθμοί, ε'. Δευτερονόμιον, ς'. Ἰησοῦς Ναυῆ, ζ. Κριταί, Ῥουθ, η'. Ἐσθήρ, θ'. Βασιλειῶν πρώτη καὶ δευτέρα, ι'. Βασιλειῶν τρίτη καὶ τετάρτη, ια'. Παραλειπόμενα πρῶτον καὶ δεύτερον, ιβ'. Ἔσδρας πρῶτος καὶ δεύτερος, ιγ'. Βίβλος, Ψαλμῶν ἑκατὸν πεντήκοντα, ιδ'. Παροιμίαι Σολομῶντος, ιε'. Ἐκκλησιαστής, ις'. Ἆσμα ἀσμάτων, ιζ'. Ἰώβ, ιη'. Δώδεκα προφῆται, ιθ'. Ἡσαΐας, κ'. Ἱερεμίας καὶ Βαρούχ, Θρῆνοι καὶ ἐπιστολαί, κα'. Ἰεζεκιήλ, κβ'. Δανιήλ. Τὰ δὲ τῆς καινῆς διαθήκης ταῦτα. Εὐαγγέλια τέσσαρα, κατὰ Ματθαῖον, κατὰ Μάρκον, κατὰ Λουκᾶν, κατὰ Ἰωάννην· Πράξεις ἀποστόλων, Ἐπιστολαὶ καθολικαὶ ἑπτὰ οὕτως Ἰακώβου μία, Πέτρου δύο, Ἰωάννου τρεῖς, Ἰούδα μία· Ἐπιστολαὶ Παύλου δεκατέσσαρες· πρὸς Ῥωμαίους μία, πρὸς Κορινθίους δύο, πρὸς Γαλάτας μία, πρὸς Ἐφεσίους μία, πρὸς Φιλιππησίους μία, πρὸς Κολοσσαεῖς μία, πρὸς Θεσσαλονικεῖς δύο, πρὸς Ἑβραίους μία, πρὸς Τιμόθεον δύο, πρὸς Τίτον μία, πρὸς Φιλήμονα μία.*

4) *C. Trident. sess. IV. decr. de usu sacrorum libror.*: Insuper eadem sacrosaneta synodus considerans, non parum utilitatis accedere

im XVI. Jahrhundert authentisch fixirt worden ist. Zur Interpretation der Schrift ist nur die Kirche selbst befugt. II. Die *evangelische* Kirche sieht die Schrift, für welche sie den Urtext zu Grunde legt und zu deren Interpretation sie kein Organ besitzt, nicht als Rechtsnorm an[5-8]. Indessen ist dieser Standpunkt häufig verdunkelt[9] worden, wie er denn auch in der *reformirten*[10] Kirche bezüglich der Kirchenverfassung nicht angenommen worden ist.

II. Das Corpus iuris canonici.

1. Die sogenannten vermittelnden Sammlungen.

§. 32. A. Die ältesten Synoden.

Hefele, Conciliengesch. 1—7. Freiburg 1855 ff. 2te Ausgabe im Erscheinen begriffen seit 1873. Sammlungen: vgl. §. 46. — Pitra, Iur. ecclesiastici Graecor. hist. et monum. Rom. 1864 sqq. 1. 2. 4to. Bruns, Canones apostolorum et conciliorum saec. IV—VII. Berol. 1839 1. 2. 8vo.

Der Synode von *Nicaea* (325) gehen nur wenige voran[1], deren canones in das Recht der abendländischen Kirche Aufnahme gefunden haben; es folgen

posse ecclesiae Dei, si ex omnibus latinis editionibus, quae circumferuntur, sacrorum librorum, quaenam pro authentica habenda sit innotescat: statuit et declarat, ut haec ipsa vetus et vulgata editio, quae longo tot saeculorum usu in ipsa ecclesia probata est, in publicis lectionibus, disputationibus, praedicationibus et expositionibus pro authentica habeatur, et ut nemo illam reiicere quovis praetextu audeat vel praesumat. Praeterea ad coercenda petulantia ingenia decernit, ut nemo suae prudentiae innixus, in rebus fidei et morum ad aedificationem doctrinae Christianae pertinentium sacram ad suos sensus contorquens, contra eum sensum, quem tenuit et tenet sancta mater ecclesia, cuius est iudicare de vero sensu et interpretatione scripturarum sanctarum, aut etiam contra unanimem consensum Patrum ipsam scripturam sacram interprelucem edendae forent. Qui contravenerint per ordinarios declarentur, et poenis a iure statutis puniantur.

§. 31. 5) *Apologie d. Augsb. Confess. Art.* 23: Auch so gehet uns Christen das Gesetz Mosi mit den Ceremonien der Reinigkeit oder Unreinigkeit nichts an.

6) *Lippische Kirchenordnung* 1538: Dair tho syn wy ungebunden an Ceremonien offe rechtesdwank Mosi, sunder mogen gebruken allerleige recht und gebruik nha gelege der lande. Ro. 13 und 1. Pe. 2 bestedigt werden, dat alle gewolt nicht alleine de Joedesche van godde sy etc. also gebruken Joseph in Egipto unde Daniel in Babylone der lande Heidenscher rechten. Dair tho is eyne Christliche frigheit der kerchen ordenunge an fasten, fyrent und dergelichen . . .

7) *Luther Auslegung d. V. VI. VII. Capit. Evang. Matthaei* (1532): Darumb was darinne die Oberkeit und weise Leute, nach dem Rechten und Vernunft schliessen und ordnen, da soll man's bei bleiben lassen. Denn auch Christus hie nicht's setzet noch ordnet, als ein Jurist oder Regent in äusserlichen Sachen, sondern allein als ein Prediger die Gewissen unterrichtet, dass man das Gesetz vom Scheiden recht brauche, nicht zur Buberei und eigenem Muthwillen wider Gottes Gebot. Darumb wollen wir hie auch nicht weiter fahren, denn, dass wir sehen, wie es bei ihnen gestanden ist, und wie sich die halten sollen, so Christen sein wollen; denn die Unchristen gehen uns nicht's an, als die man nicht mit dem Evangelio, sondern mit Zwang und Strafe regieren muss auf dass wir unser Ampt rein behalten und nicht weiter greifen, denn uns befohlen ist.

8) *Cab.-Ordre Friedrichs II. von Preussen* (20. *Aug.* 1751): Es ist also Mein ernstlicher Wille, dass in Zukunft bei solchen Fällen nach meiner ordre und Vorschrift schlechterdings verfahren, keines weges aber dabey Moyses und die Prophehten zu rathe gezogen werden sollen, als welche hier im Lande nichts zu thun haben, Wornach Ihr also das nöthige überall weiter zu verfügen habet.

9) *Kursächs. Kirchenordnung v.* 1580: Die sentenz vnd vrtheil aber sollen nach der H. Schrifft, auch den gemeinen vnd in vnsern Landen gebräuchlichen und üblichen Rechten gefasset vnd gesprochen werden.

10) *Confessio Belgica* (*reformirt*): Credimus veram hanc ecclesiam debere regi ac gubernari spirituali illa politia, quam nos Deus ipse verbo suo edocuit, nimirum ut sint in ea pastores et ministri, qui pure et concionentur, et sacramenta administrent; sint quoque seniores et diaconi, qui presbyterium seu ecclesiae senatum constituant.

§. 32. 1) Ancyra (314), Neocaesarea (314—25), Elvira (c. 324), Arles (314).

ihr aber noch eine Reihe weiterer ökumenischer Concilien[2] und einzelne Particularsynoden[3], die durch Reception ihrer Beschlüsse in die zuerst chronologisch geordneten, nicht auf uns gekommenen, später auf systematischen[4] Rechtssammlungen eine über ihren eigenthümlichen Geltungskreis hinausragende Bedeutung gewonnen haben.

§. 33. B. Die apostolischen Constitutionen und Canones.

Regenbrecht, De canonibus Apostol. et codice Hispano, Vratisl. 1828. Bickell, a. a. O. I, 1. S. 52 ff. 144 ff. Bunsen, Analecta Anteniaca, London 1854 III, 343 sqq. Lagarde, Reliquiae iuris eccl. antiquissimae, Lips. 1856.

I. Ausgang des dritten Jahrhunderts entstand in *Syrien* eine planmässige Sammlung kirchlicher Bestimmungen, nicht durchaus rechtlichen Inhaltes in sechs Büchern unter der Bezeichnung *διδασκαλία τῶν ἀποστόλων*. Vor 325 wurden diesem Werke noch zwei andere als siebentes und achtes Buch hinzugefügt, und das ganze unter dem Namen *constitutiones apostolorum* zusammengefasst. Dasselbe ist apokryph, erhielt früh häretische Einschiebsel, wurde in Folge dessen von der Synode von *Constantinopel* (692) verworfen, und hat im Abendlande nie Geltung erlangt. II. Gleichfalls in *Syrien* entstand im IV. Jahrhundert eine Sammlung von 50 (später 85) kurzen Rechtssätzen *κάνονες τῶν ἀποστόλων*, die im VI. Jahrhundert dem 8. Buche der Constitutiones als Schlusscapitel hinzugefügt wurde. Obgleich im Abendlande als apokryph erkannt[1. 2], wurden doch die ersten 50 in die Rechtssammlungen aufgenommen[3. 4].

§. 34. C. Die ältesten Sammlungen im Abendlande.

Maassen, a. a. O. Bd. 1. — Ausgaben: Prisca: Opp. Leonis M. edd. Ballerini t. 3. hat auch Statutt. eccl. antiq., abgedruckt bei Bruns, a. a. O. — die gallischen, spanischen und afrikan. Synoden bei Bruns — Fulgentius Ferrandus.: Voelli et Iustelli Bibl. iur. can. t. 1. p. 448 sq. Migne, Patrol. lat. t. 67.

I. Im Abendlande waren zunächst nur die *Nicaenischen* Beschlüsse in verschiedenen Uebersetzungen und die mit ihnen frühzeitig verbundenen lateinischen Originalcanones der Synode von *Sardica* (343 oder 344) in Umlauf. Später kamen die Beschlüsse der übrigen orientalischen Synoden hinzu und zwar in zwei Uebersetzungen, die zuerst auch nur die Nicaenischen Schlüsse umfassend allmählig durch Hinzufügung der anderen Synodalschlüsse ergänzt wurden. Diese sind: 1. die sogenannte *prisca*[1], aus drei Stücken bestehend, im

§. 32. 2) I. Constantinopel (381), Ephesus (431), Chalcedon (451), Constantinopel II. (553), III. (680), Nicaea II. (787), Constantinopel IV. (869).

3) Antiochia (341), Gangra (362—70), Laodicea (343—81).

4) Johannes Scholasticus (unter Justinian) Sammlung der canones und *νόμοι*; Nomokanon nach Justinian (nicht von Joh. Scholasticus).

§. 33. 1) *Gelasius* (495 od. 496) *notitia librorum apocryphorum, qui non recipiuntur*: ... Liber qui appelatur Canones apostolorum apocryphus.

2) *Vorrede des Dionys. exig. zu seiner Canonen-Sammlung*: In principio itaque canones qui dicuntur apostolorum, de Graeco transtulimus, quibus, quia plurimi consensum non praebuere facilem, hoc ipsum vestram noluimus ignorare sanctitatem, quamvis postea quaedam constituta pontificum ex ipsis canonibus adsumpta esse videantur.

3) *Pseudoisidor. praefatio* (vgl. D. 16. c. 4.): Denique propter earum auctoritatem ceteris conciliis praeponimus canones qui dicuntur apostolorum, licet a plurimis apocrifi dicantur, quoniam plures eos recipiunt et s. patres eorum sententias synodali auctoritate roboraverunt et inter canonicas posuerunt auctoritates.

4) *Dist.* 16. *c.* 3. (*Cardinal Humbert contra Nicetam ao.* 1054): Clementis librum, id est Petri apostoli itinerarium, et canones apostolorum numerant Patres inter apocrifa, exceptis quinquaginta capitulis, quae decreuerunt orthodoxae fidei adiungenda.

§. 34. 1) *Vorrede des Dionys. exiguus*: Quamvis ... Laurentius assidua et familiari

V. Jahrhundert in Italien entstanden; 2. die aus vier Bestandtheilen zusammengesetzte gleichfalls im V. Jahrhundert in Italien entstandene *versio Hispana* oder *Isidoriana*. II. Die zahlreichen Beschlüsse der *gallischen, spanischen* und auch *irischen* Synoden wurden noch nicht gesammelt, dagegen entstand in *Gallien* im V. Jahrhundert eine *statuta ecclesiae antiquae* genannte Sammlung, welche Bestimmungen über die Disciplin enthält. III. Die Synoden der *africanischen* Kirche endlich nahmen dadurch fast den Charakter von Sammlungen an, weil in Africa, wo ausser dem Nicaenum nur einheimisches Recht galt, die folgenden Synoden die Beschlüsse der vorangehenden zu bestätigen und aufzunehmen pflegten. Der Abschluss der africanischen Rechtsentwickelung erfolgte durch die *Synode von Carthago* vom Jahre 419, während die um die Mitte des VI. Jahrhunderts entstandene *breviatio canonum* des *Fulgentius Ferrandus* die africanischen Canones mit den im Lande inzwischen heimisch gewordenen orientalischen Synodalschüssen vereinigte.

§. 35. D. Die Dionysische und Quesnellische Sammlung.

Maassen, a. a. O. I. Wasserschleben, D. irische Canonensamml., Giessen 1874. Ausgaben: Pithou, Cod. canon. eccl. vetus 2. Ausgabe, Paris 1687 fol. Migne, Patrol. lat. t. 67. — Ausgabe d. Quesnell. Samml. in Opp. Leonis M. ed. Ballerini t. 3.

Die erste planmässsige Sammlung verfasste im V. Jahrhundert der in Rom lebende scythische Mönch *Dionysius* (*exiguus*). Dieselbe ist in ihrer zweiten, allein erhaltenen Redaction dem Bischof *Stephanus v. Salona* gewidmet, und enthält ausser den 50 apostolischen Canones und den orientalischen Canones in einer neuen Uebersetzung die Schlüsse von Sardika und der africanischen Synoden. Aber auch die Papstbriefe (*decretale, constitutum, auctoritas, decretalis epistola* später: *decretalis* [sc. *epistola*]), welche seit dem vierten Jahrhundert im Rechtsleben eine Bedeutung erhielten[1], wurden von Dionysius zusammengestellt[2] und beide Sammlungen, bald vereint, sind in der römischen, griechischen, gallischen und brittischen Kirche zu solchem Ansehen gelangt, dass sie bei einer *irischen* Canonensammlung stark benutzt wurden, und dass eine im VI. Jahrhundert in Gallien veranstaltete Sammlung, die nach ihrem ersten Herausgeber *Pasquier Quesnel* genannt wird, und in tendenziöser Weise schon gefälschte Bestandtheile enthält, nicht dagegen aufkommen konnte. In einer dem Bedürfniss der späteren Zeit angepassten Gestalt wurde die Diony-

cohortatione parvitatem nostram regulas ecclesiasticas de Graeco transferre pepulerit, imperitia credo priscae transactionis offensus.

§. 35. 1) *Nicolaus I. an die Gallischen Bischöfe* 865 (*D.* 19. *c.* 1. §. 1.): Si ideo non esse decretales epistolas priscorum Pontificum Romanorum admittendas dicunt, quia in codice canonum non habentur adscriptae, ergo nec Gregorii S., nec ullius alterius, qui ante fuit uel post ipsum est, aliquod institutum uel scriptum est recipiendum, eo quod in codice canonum non habeatur adscriptum. Ergo doctrinam eorum et sanctiones, que ab omni lingua uenerantur, quia in codice canonum non habentur adscriptae, de codicibus suis eradant. Ut quid uel membranas occupant, postquam non habentur acceptae? Sed quare multum immoremur, cum nec ipsas diuinas scripturas ueteris et noui testamenti iam recipiemus, si istos dixerimus audiendos? Etenim neutrum horum in codice canonum ecclesiasticorum habetur insertum (vgl. §. 11. no. 5. 7. §. 47. no. 1.).

2) *Dionysius Vorrede zur Sammlung*: Sanctitatis tuae sedulis excitatus officiis, quibus nihil prorsus eorum, quae ad ecclesiasticam disciplinam pertinent, omittit inquirere, praeteritorum sedis apostolicae praesulum constituta, qua valui cura diligentiaque collegi et in quemdam redigens ordinem titulis distinxi conpositis, ita dumtaxat, ut singulorum pontificum, quotquot a [me] praecepta reperta sunt, sub una numerorum serie terminarem omnesque titulos huic praefationi subnecterem eo modo, quo dudum de Graeco sermone patrum transferens canones ordinaram quod vobis nimium placuisse cognoveram.

siana von *Hadrian I.* Karl dem Grossen im Jahre 774 zum Geschenk gemacht und von der fränkischen Kirche förmlich recipirt[3] (*collectio Dionyso-Hadriana*), auch durch einen Auszug (*Epitome Hadriani*) für den Gebrauch nutzbarer gemacht. Eine Anerkennung als authentische Sammlung der ganzen Kirche hat die Dionysiana indessen nie erhalten.

§. 36. E. Die spanischen Sammlungen.

Maassen, Bd. 1. — Ausgaben: Capit. Martini: bei Bruns, a. a. O.; Isidoriana: Collectio canon. ecclesiae Hispanae ... ed. Ant. Gonzalez, Matriti 1808 fol. Migne, Patrol. lat. t. 84.

Dass in Spanien im VI. Jahrhundert eine Sammlung kirchlicher Rechtsquellen existirte, wird durch das Concil von *Braga* 563 bewiesen[1]. Daneben gab es eine von dem B. *Martinus von Braga* († c. 580) verfasste Uebersetzung griechischer Synodalschlüsse[2], die er mit spanischen canones in Verbindung setzte. Diese *capitula Martini Bracarensis* wurden von der zweiten Synode von *Braga* (572)[3] förmlich angenommen. Das gesammte Material wurde in eine feste Form gebracht nach dem Jahre 589, und die fälschlich nach dem heiligen *Isidor* († 636) *Isidoriana* (auch *Hispana*) genannte Sammlung erhielt eine systematische Gestaltung im VII., und ihren Abschluss im VIII. Jahrhundert. Auch sie giebt canones in der oben als Hispana bezeichneten Version und Papstbriefe, beides in grösseren Umfange als die Dionysiana.

§. 37. F. Die Quellen im Frankenreiche. Benedictus Levita Capitula Angilrami. Pseudoisidor.

Stobbe, Gesch. d. deutsch. Rechtsquellen I, 235 ff. Hinschius, Praefatio zu seiner Ausgabe. — Wasserschleben, In Ztsch. f. K.-R. IV, 273 ff. Roth, In Zeitschr. f. Rechtsgesch. V, 1 ff. — Ausgaben der Capitularien und des Benedictus Levita in Mon. German. leges. I. II., des Angilr. u. Pseudoisidor: Hinschius, Lipsiae 1863. — vgl. Maassen, Eine Rede des Papstes Hadrian II. v. J. 869, Wien 1873. Goecke, De except. spolii Berol. 1858.

I. Im Frankenreiche waren neben der Dionysischen und Quesnellischen Sammlung für einzelne Provinzen Zusammenstellungen der in denselben geltenden Normen veranstaltet worden, wie auch einzelne Bischöfe das rechtliche Material zu kurzen Instructionen für den Klerus ihrer Diöcesen verarbeiteten (*capitula episcoporum*)[1]. II. Das vom Staate ausgegangene Capitularienrecht wurde 827 vom Abte *Ansegisus v. Fontanella* in vier Büchern gesammelt, von welchen die beiden ersten die capitula ecclesiastica enthielten. III. Die Reaction gegen das herrschende kirchenpolitische System, welches

§. 35. 3) *Annal. Laurishamenses ad a.* 802: Et ibi fecit episcopos cum presbyteris seu diaconibus religi universos canones quos Sancta synodus recepit et decreta pontificum et pleniter iussit eos tradi coram omnibus episcopis, presbyteris et diaconibus.

§. 36. 1) *I. C. v. Braga.* 563: Relecti ex codice coram concilio tam generalium synodorum canones quam localium ..... recte vestra fraternitas pro auctoritate sedis ap. reminiscita est, quae ... quia prae manibus est, coram his omnibus relegatur.

2) *Vorrede des Martinus Bracar:* ... Visum est, ut cum omni diligentia et ea quae per translatores obscurius dicta sunt, et ea quae per scriptores sunt immutata, simplicius et emendatius restaurem, id primum observans, ut illa quae ad episcopos vel universum pertinent clerum una parte conscripta sint, similiter et quae ad laicos pertinent simul sint adunata.

3) *C. Bracar. II.* 572: Martinus episcopus dixit: Arbitramur vestram beatitudinem recordari, quia cum primum in ecclesia Bracarensi episcoporum concilium congregatum est, post multa quae ad concordiam rectae fidei fuerunt roborata, aliqua etiam quae regularem sanctorum canonum continent discretionem firmavimus, quorum utilitas ut possit evidentius in memoriam revocari ipsa si vobis placet epistola in vestra praesentia relegatur. — Recitatis ergo capitulis, quae ne prolixitatem facerent his gestis minime sunt inserta.

§. 37. 1) Im Corpus iuris canonici finden sich Bestandtheile aus folgenden *Capitula episcoporum:* Theodulf v. Orléans (c. 797), Hatto v. Basel (c. 822), Herard v. Tours (838), Hincmar v. Rheims.

unter der Regierung *Ludwig des Frommen* sich der Kirche besonders schädlich erwiesen hatte, führte aber dann zu einer Reihe von Fälschungen. 1. Der Mainzer Diakon (*Levita*) *Benedictus*[2] fügte der Sammlung des Ansegisus drei weitere Bücher hinzu, welche neben geringem ächten Capitularien-Material eine Fülle von gefälschten Bestimmungen enthalten, die den antistaatlichen Bestrebungen eines Theiles der fränkischen Geistlichkeit entsprachen, und da sie sich als von Karl dem Grossen oder Ludwig dem Frommen ausgegangene gesetzliche Bestimmungen ausgaben, wirksam unterstützten. 2. Gegen Mitte des IX. Jahrhundert entstand eine kurze Sammlung von gefälschten Rechtssätzen über die Anklage gegen Cleriker (*capitula Angilrami*), welche nach der gleichfalls gefälschten Ueberschrift[3] *Paspt Hadrian* im Jahre 785 an *B. Angilram von Metz* übergeben haben soll. Die Capitula stimmen zum Theil wörtlich mit Benedictus überein. 3. Auch die Isidorische Sammlung war im Frankenreiche in eigenthümlicher Redaction verbreitet. In einer neuen Gestalt tritt sie im IX. Jahrhundert auf, vermehrt nicht nur durch Aufnahme früherer Fälschungen, sondern auch zahlreicher neuer. Die Sammlung, als deren Urheber sich *Isidorus Mercator* (Marius Mercator V. Jahrhundert) nennt[4], zerfällt in drei Theile. Der erste enthält nach einer Vorrede und einigen gefälschten Dokumenten, die jeden Zweifel an der Unächtheit der folgenden Stücke ausschliessen sollen, sechszig falsche Papstbriefe in chronologischer Reihenfolge. Der zweite Theil giebt die canones der gallischen Redaktion der Isidoriana mit nur einer eigenthümlichen Fälschung, der dritte die decretales derselben Redaktion, vermehrt um einige ächte und fünfunddreissig weitere unächte. Der Fälscher hat seine Decretalen aus ächten aber im Wortlaute

§. 37. 2) *Benedict. in praef.:* Haec vero capitula, quae in subsequentibus tribus libellis coadunare studuimus, in diversis locis et in diversis scedulis, sicut in diversis synodis ac placitis generalibus edita erant, sparsim invenimus, et maxime in S. Mogontiacensis metropolis ecclesiae scrinio a Riculfo eiusdem S. sedis metropolitano recondita et demum ab Autgario secundo eius successore atque consanguineo inventa repperimus, quae in hoc opusculo . . . inserere maluimus.

3) Ex grecis et latinis canonibus et sinodis Romanis atque decretis praesulum ac principum Romanor. haec capitula sparsim collecta sunt et Angilramno Mediomatriciae urbis episcopo Romae a b. Papa Adriano tradita sub die XII. Kal. Octobr. indict. IX, quando pro sui negotii causa agebatur.

4) *Pseudoisid. praefatio:* Isidorus Mercator servus Christi lectori conservo suo et parens in domino fidei salutem. Compellor a multis tam episcopis quam reliquis servis dei canonum sententias colligere et uno in volumine redigere et de multis unum facere. In principio vero voluminis huius qualiter concilium apud nos celebratur posuimus, ut qui nostrum ordinem sequi voluerint sciant qualiter hoc agere debeant. Qui autem hoc agere melius elegerint, faciant quod iusto canonicoque atque sapientissimo consilio iudicaverint. Denique propter eorum auctoritatem ceteris conciliis praeposuimus canones qui dicuntur apostolorum, licet a quibusdam apocrifi dicantur quoniam plures eos recipiunt et sancti patres eorum sententias synodali auctoritate roboraverunt et inter canonicas posuerunt constitutiones. Deinde quorumdam epistolarum decreta virorum apostolicorum intersedavimus, id est Clementis, Anacleti, Evaristi et ceterorum apostolicorum, quos hactenus repperiri potuimus epistolas usque ad Silvestrum papam: postmodum vero Nicenam synodum constituimus propter auctoritatem eiusdem magni concilii: deinceps diversorum conciliorum Graecorum ac Latinorum, sive quae antea, seu quae postmodum facta sunt, sub ordine numerorum ac temporum capitulis suis distincta sub huius voluminis aspectu locavimus subicientes aetiam reliqua decreta praesulum Romanorum usque ad sanctum Gregorium et quasdam epistolas ipsius, in quibus pro culmine sedis apostolice non inpar conciliorum exstat auctoritas, quatenus aecclesiastici ordinis disciplina in unum a nobis coacta atque digesta et sancti praesides paternis instituantur regulis et obedientes ecclesiae ministri vel populi spiritualibus imbuantur exemplis et non malorum hominum pravitatibus decipiantur.

veränderten Stellen von Papstbriefen, Concilienschlüssen, des breviarium Alaricianum, des Benedictus Levita, der capitula Angilrami, der Kirchengeschichte von Cassiodor und Rufinus zusammengesetzt. Die Fälschung hängt der Tendenz nach — in wie weit sonst ist nicht zu ergründen — mit den beiden anderen genannten zusammen, und sucht eine bessere rechtliche Stellung des Episcopates zu begründen. Sie ist von einem nicht näher festzustellenden Kleriker im westlichen Frankenreiche gefertigt, und nach dem Entstehungsjahre der Capitularien Benedicts, dem Jahre 847 vollendet worden[5]. Seit 859 beruft sich *Hincmar v. Rheims*[6], obgleich er die Fälschung kannte, auf diese sogenannten *Pseudoisidorischen* Decretalen, wie das auch die Päpste gethan haben[7-9]. Als Fälschung ist sie schon im XV. Jahrhundert erkannt[10], von der protestantischen Forschung unzweifelhaft und jetzt widerspruchslos hingestellt worden. Wenngleich sie eine unmittelbare Aenderung der fränkischen Verhältnisse nicht zu erzielen vermochte, so hat sie doch auf die Gestaltung der ganzen Kirchenverfassung einen wesentlichen Einfluss ausgeübt, und selbst das civilrechtliche Institut der *actio* und *exceptio spolii* ist aus der pseudoisidorischen Forderung emporgewachsen, dass gefangene oder entsetzte Bischöfe vor Erhebung einer Anklage gegen sie zu restituiren seien. Auch von den Zusätzen (*Additamenta*) zu den Capitularien des Benedictus Levita ist einer auf Rechnung des Pseudoisidor zu setzen.

§. 38. G. Formelsammlungen. Bussbücher.

I. Nicht nur die Formelsammlungen des weltlichen Rechtes[1], berühren

§. 37. 5) *Capitula quae Karolus fecit apud Carisiacum* (857): Audiant raptores et praedones rerum ecclesiasticarum, quid sanctus Anacletus papa ... iudicavit (folgt Pseudoisidor-Stelle).

6) *Hincmar. ep.* 47: Quas epistolas sacris regulis obvias nec auctoritate apostolica fuisse missas, sed compilatas quorumcunque vafricia credimus. Non enim sibi ipsi sedes apostolica potest esse contraria vel diversa.

7) *Nicolaus I. ad epp. Gall.* (865): Etsi (Rothadus) sedem apost. nullatenus appellasset, contra tot tamen et tanta vos decretalia efferri statuta et episcopum inconsultis nobis deponere nullo modo debuistis. Quod tamen vos . . postposuisse dolemus et diversorum sedis apostolicae praesulum decreta in hoc vos contemsisse negotio non immerito reprehendimus. Absit enim, ut cuiuscunque usque ad ultimum vitae suae diem, qui in fide catholica perseveravit, vel decretalia constituta vel de ecclesiastica disciplina quaelibet exposita debito cultu et cum summa discretione non amplectamur opuscula, quae duntaxat et antiquitus S. Romana ecclesia conservans, nobis quoque custodienda mandavit, et penes se in suis archivis et vetustis rite monumentis recondita veneratur. . . . . Quamquam quidam vestrum scripserint, haud illa decretalia priscorum Pontificum in toto canonum codicis corpore contineri descripta . . .

8) (*Dist.* 19. *c.* 1): Quamquam quidam uestrum scripserint, haud illa decretalia priscorum Pontificum in toto canonum codicis corpore esse descripta et ideo inter canones esse assumenda, cum ipsi, ubi suae intentioni hec suffragari conspiciunt, illis indifferenter utantur, et solum nunc ad imminutionem sedis apostolicae potestatis, et ad suorum argumentum priuilegiorum minus accepta esse perhibeantur.

9) *Rede P. Hadrian II. v. J.* 869: Talibus igitur praesumtoribus ex apostolicis traditionibus pari modo sanctorumque patrum institutis atque beati principis apostolorum Petri, cui a Domino conlata est ligandi atque solvendi potestas, successorum (videlicet omnium, qui de hac re scribere studuerunt) non inconvenienter duxi respondere decretis atque ipsorum temeritatem exemplis revincere congruis pariterque tantae sedis primatum exemplis revincere congruis pariterque tantae sedis primatum, quo merito cunctis per orbem diffusis praecellit ecclesiis, domino favente liquido monstrare sermone. — Folgen Anführungen pseudoisidor. Decretalen und zum Schlusse: Praeterea Isidorus Mercator de apostolicae dignitatis privilegio . . . haec inter alia evidenti sermone describit . . .

10) *Nicolaus Cusanus de concord. cath. lib. III. c.* 2: Sunt meo iudicio illa de Constantino apocrypha, sicut fortassis etiam quaedam alia longa et magna scripta sanctis Clementi et Anacleto Papae attributa.

§. 38. 1) Vgl. Rozière, Recueil général des formules, Bd. 2. Paris 1859.

kirchliche Verhältnisse, und sind darum als Quelle für die Erkenntniss derselben zu benutzen, sondern auch eigene kirchliche Formelsammlungen sind veranstaltet worden, theils um die Formen des Cultus zu veranschaulichen (*ordo Romanus*)[2], theils für die Akte der römischen Regierung (*liber diurnus* 685—751)[3], theils endlich für einzelne Diöcesen[4]. II. Anweisungen zur Verwaltung des Busssacramentes enthalten die zuerst in der brittischen und irischen Kirche abgefassten *Poenitentialbücher*[5], welche dann namentlich in der Angelsächsischen Kirche (*Theodor v. Canterbury* † 690, *Beda Venerabilis* † 735, *Egbert v. York* 731—67) eine grosse Ausbildung erfuhren, und auch im Frankenreiche eingebürgert wurden. In letzterem erfolgte aber auch eine Reaction gegen die immer zahlreicher, oft von unbekannten Autoritäten verfassten Bussbücher[6], durch welche *Halitgar v. Cambrai*, *Rabanus v. Mainz* und andere veranlasst wurden, neue für die fränkische Kirche unter ihrem Namen ausgehen zu lassen. Obgleich ein *Poenitentiale Romanum* oft erwähnt wird, so ist doch ein in Rom entstandenes nicht nachweisbar.

§. 39. H. Die systematischen Sammlungen.

Friedberg, Prolegomena zur Ausg. des Decr. Grat. Theiner, Ueber Ivos vermeintl. Decret. Mainz 1832. Wasserschleben, Beitr. (s. §. 31.) Hüffer, Beitr. z. Gesch. der Quellen des Kirchenrechts und d. R.-R. im Mittelalt. Münster 1862. Maassen, In Krit. Vierteljahrschr. Bd. 5. S. 186 ff.

Die Sammlungen des kirchlichen Rechtes die in der Folgezeit veranstaltet wurden, tragen den Stoff nicht mehr in der früheren Weise chronologisch und nur nach canones und decretales gesondert zusammen, sondern versuchen wenn auch in roher Weise eine systematische Gestaltung des Materiales. Die Zahl dieser Sammlungen ist eine sehr grosse, und beständig werden noch neue aufgefunden. Sie haben ihre directe Einwirkung auf das Rechtsleben aber bald eingebüsst, da sie einer höchst umfassenden Sammlung (*Decretum Gratiani*) Platz machen mussten, und sind von besonderer Wichtigkeit nur deswegen, weil diese grosse Sammlung fast ganz auf ihnen beruht. Darum sollen auch nur die Erwähnung finden, welche dem Decretum Gratiani als Quelle gedient haben. 1. *Collectio Anselmo dedicata* (weil einem archipraesul Anselmus gewidmet), 883—97 in Italien entstanden, ungedruckt, pseudoisidorische Bestandtheile. 2. *Regino Abt v. Prüm* † 915, *libri duo de synodalibus causis et disciplinis ecclesiasticis* (herausgegeben von *Wasserschleben* Leipzig 1840). 3. *Burchard B. v. Worms Collectarium* (*Decretum*) zwischen 1012 und 1022, in zwanzig Büchern (Buch XIX: *corrector et medicus*), mit vielen falschen Inscriptionen und starker Benutzung des Pseudoisidor (bei *Migne* Patr. lat. t. 140). 4. *Collect. XII. Partium*, ungedruckt. 5. Die Sammlung des *B. Anselm. v. Lucca* († 1086) mit vielen Fälschungen und Aufnahme der pseudoisidorischen Decretalen zu Gunsten des Papalsystems, ungedruckt. 6. Des Cardinal *Deusdedit* (1086—87) ed. *Martinucci* Venetiis 1869, von gleicher Tendenz. 7. *Ivo v. Chartres* († 1115 oder 1117) *Decretum* (in *Migne* Patrolog. lat. tom. 161) und *Panormia* (ebendaselbst). 8. *Collect. trium Partium*, ungedruckt, mit vielen pseudoisidorischen Bestandtheilen. 9. *Collect. Caesaraugustana* (ungedruckt). 10. *Polycarpus* verfasst von Cardinal *Gregor* ungedruckt (um 1118). 11. *Alge-*

§. 38. 2) Fünfzehn Ordines Romani in Mabillon Museum Italicum T. II. Par. 1724.

3) ed. Rozière, Paris 1869.

4) das Formelbuch d. B. Salomon v. Constanz herausg. v. Dümmler Leipzig 1857.

5) Wasserschleben, d. Bussordnungen der abendl. Kirche Halle 1851, vgl. Friedberg, Aus deutschen Bussbüchern Halle 1868.

6) *Conc. v. Chalons* 813 *c.* 38: Repudiatis ac penitus eliminatis libellis, quos poenitentiales vocant, quorum sunt certi errores, incerti auctores.

rus v. Lüttich de misericordia et iustitia (*Migne*, Patrol. lat. tom. 180), für Gratian in der Methode massgebend (vor 1121); desselben Verfassers *liber sententiarum*, ungedruckt.

2. Das kanonische Rechtsbuch.

§. 40. A. Das Decretum Gratiani.

Ant. Augustinus, De emendatione Gratiani dialog. lib. II. cum not. Baluzii Paris 1672; — ed. Riegger Vindob. 1762. Böhmer, In d. praef. seiner Ausgabe. Berardus, Gratiani canones genuini ab apocryphis discreti, Venet. 1783. Schulte, Gesch. d. Quell. u. Literat. d. kanon. Rechts Bd. 1. S. 29 ff. Friedberg, In d. Prolegomena seiner Ausgabe, (Lipsiae 1879) dort auch die früheren Ausgaben. — Bickell, De paleis quae in grat. decr. inveniuntur, Marb. 1827. Maassen, Paucapalea, Wien 1859. Schulte, Die Paleae im Decrete Gratians, Wien 1874.

Während bis dahin das kirchliche Recht nur als Theil der Theologie an den Capitelsschulen gelehrt worden war, wird es zum Range einer eigenen Disziplin erhoben durch den Mönch des Klosters *St. Felix* zu *Bologna, Gratian*, welcher dort kanonisches Recht lehrte. Zu diesem Behufe verfasste er einen umfangreichen Grundriss[1], in welchem er einen kurzen Text (*dictum Gratiani*) gab, und diesen dann durch wörtlich aufgenommene Quellenstellen, die somit in einen organischen Zusammenhang unter einander gebracht wurden, erläuterte. Der Titel dieses heute *Decretum Gratiani* genannten, zwischen 1141 und 1150 verfassten Werkes lautete: *Concordantia discordantium canonum* gemäss der Tendenz des Autors, das in den frühern Sammlungen ohne Berücksichtigung seiner nationalen Eigenart und Zeitangehörigkeit aufgespeicherte und darum sich häufig widersprechende Material in Harmonie zu bringen. Das Werk zerfällt in drei Theile (*Partes*), von denen der erste nach Gratian seine heutige Eintheilung in 101 *Distinctiones* erhalten hat. Die Distinctiones zerfallen in *canones*, das sind die einzelnen Belegstellen, die von Gratian mit kurzen Inhaltsübersichten (*rubrica*) versehen, heute in jeder Distinction durchgezählt werden. Der zweite Theil enthält 36 Rechtsfälle (*Causae*), an welche der Autor Fragen (*quaestiones*) knüpft, die er in *canones* beantwortet, welche wie im ganzen Werke durch seine eigenen Ausführungen mit einander verbunden sind. *Causa* 33. *qu.* 3. enthält eine eigene Abhandlung über die Busse (*tractatus de poenitentia*) welche nach Gratian in sieben Distinctiones eingetheilt worden ist. Der dritte Theil endlich, liturgischen Inhaltes und deswegen *de consecratione* bezeichnet, zerfällt in fünf Distinctiones[2]. — Das Werk verdrängte die früheren Rechtssammlungen um so mehr, da es deren Stoff in sehr erweiterter Weise enthielt, und dem Bedürfnisse einer wissenschaftlichen Gestaltung des Rechtsmateriales entgegen kam. Deshalb knüpft die Rechtswissenschaft (*Decretisten*)[3] der Folgezeit wesentlich an dasselbe an. Diese

§. 40. 1) *Rolandus Summa praefatio:* Horum igitur dubitationes magister Gratianus intuens praesentibus atque futuris consulere cupiens hoc opus composuit. In cuius exordio quaeritur nomen, causa scribendi, quibus scripserit, quae materia, quae intentio, quis modus scribendi. Hoc opus a compilatore nomen accepit, non quod ipse decretorum auctor exstiterit, sed de diversis partibus ea in unum collegerit. Causa scribendi fuit concordiam canonum demonstrare, eorum differentiam ad concordiam revocare. Sociis specialiter eum scripsisse credimus vel tamquam universitati providens universis lectioni sacrorum canonum insistere volentibus eum scripsisse dicamus.

2) *Citirmethode:* Für die Pars I. nach causa, Distinctio, ohne jeden weiteren auf die Pars bezüglichen Beisatz (c. 3. D. 4.); für Pars II. nach causa, quaestio, canon, ohne Beifügung von Pars II. (C. I. qu. 1. c. 1.); Causa 33. qu. 3. aber wird wieder citirt nach canon, Dist., mit dem Beisatze de poenitentia (c. 1. D. 1. de poen.) Pars III. nach Dist. und can., mit dem Beisatz de consecratione (c. 1. D. 1. de consecr.).

3) *Decretisten:* Omnibonus († 1185), Stephanus Tornacensis († 1203), Johannes Faven-

wissenschaftliche Thätigkeit äussert sich aber zunächst durch Ergänzungen. Solche sind schon von Gratians Schüler *Paucapalea* vorgenommen worden, und finden sich in der späteren Gestalt des Decretum 166 vor, die alle nach Paucapalea *Paleae* genannt worden. Bald aber wurden auch *Summae* verfasst, und Erklärungen (*glossae*) erst zwischen die Zeilen (*interlineares*), dann an den Rand (*marginales*) geschrieben. Von den letzteren gelangte zu besonderen Ansehen und wurde darum stehend (*ordinaria*) die des *Iohannes Teutonicus* (vor 1215) welche von *Bartholomaeus v. Brescia* überarbeitet und vermehrt worden ist. Obgleich das Decretum Gratiani auch von den Päpsten benutzt worden ist, so hat es doch nie formale Anerkennung als ein Gesetzbuch gefunden. Deswegen kommt den einzelnen Stellen im Decrete nur die rechtliche Geltung zu, die ihnen auch ohne diese Aufnahme zugestanden haben würde. Nur dass gerade die Aufnahme zuweilen zur Reception einzelner Rechtssätze beigetragen und diesen somit eine gewohnheitsrechtliche Geltung verliehen hat.

§. 41. B. Die Decretalen-Sammlungen.

Theiner, Disquis. crit. a. a. O. Zahlreiche Abhandlungen von Schulte angeführt in dessen Gesch. der Quellen 1. und 2.

I. Gratian hatte in seinem Rechtsbuche Papstdecretalen aufgenommen bis auf Papst *Innocenz II.* (1139). Je mehr aber nach ihm das Papstthum zu dem die Kirche beherrschenden Elemente wurde, von um so grösserer Wichtigkeit wurden auch die neueren päpstlichen Decretalen. Dieselben wurden neben dem Decrete (*extra decretum*) einzeln benutzt (*Extravagantes, quia extra decretum vagabantur*), bald aber auch zu Sammlungen zusammengefasst, von denen fünf, weil sie von der Schule recipirt wurden, und weil auf ihnen der zweite Theil des Corpus iuris beruht, eine erhöhte Bedeutung besitzen (*quinque compilationes antiquae*)[1]. Die erste ist verfasst um 1191 von *Bernardus v. Pavia* (*breviarium extravagantium*), theilt den Stoff in fünf Bücher (*iudex, iudicium, clerus, sponsalia, crimen*), und hat damit den folgenden Sammlungen das Vorbild des auch von ihnen befolgten Systemes gegeben. Die *tertia* wurde von *Innocenz III.* im Jahre 1210 officiell durch Zusendung an die Universität *Bologna* publicirt[2], ebenso die *quinta* von *Honorius III.* durch Zusendung an *Tancred* im Jahre 1226[3]. II. Bei derartiger Zerstreutheit des

tinus (1171), Rolandus Bandinellus (als Papst Alex. III. † 1181): Stroma, Sicardus Cremonensis († 1215), Bazianus († 1197), Huguccio († 1217), Johannes Teutonicus († 1269?), Bartholomaeus Brixianus (nach 1245).

§. 41. 1) Compilatio 1—4 ist herausgegeben von Ant. Augustinus (neueste Ausgabe: Labbé antiq. collect. decretalium cum Ant. Augustini et Jacobi Cujacii notis et emendat. Paris 1609 [1621]). Comp. 5: Quinta compilatio decretalium Honorii III. ed. Cironius Tolos. 1645 fol. und J. A. Riegger Vindobon. 1761 4to.

2) *Innocent. III. universis magistris et scholaribus Bononiae commorantibus* salutem et apost. bened. Devotioni vestrae insinuatione praesentium innotescat, decretales epistolas a dilecto filio magistro P., subdiacono et notario nostro, compilatas fideliter et sub competentibus titulis collocatas, in nostris usque XII. annum contineri registris, quas ad cautelam vobis sub bulla nostra duximus transmittendas, ut eisdem absque quolibet dubitationis scrupulo uti possitis, cum opus fuerit, tam in iudiciis quam in scholis.

3) *Honorius III. Bulle: Novae causarum an Tancred* (1226): Novae causarum emergentium quaestiones novis exigunt decisionibus terminari, ut singulis morbis competentibus remediis deputatis, ius suum cuique salubriter tribuatur. Licet igitur a quibusdam praedecessoribus nostris, per ea, quae suis temporibus sunt decisa, forma futuris negotiis provide sit relicta: quia tamen prodiga rerum natura, secundum varietates multiplicum casuum parit quotidie novas causas, nos quasdam epistolas decretales super his, quae nostris suborta temporibus, per nos, vel fratres nostros decidimus, vel etiam aliis de ipsorum consilio

Decretalenmateriales musste sich bald eine Unsicherheit bezüglich des geltenden Rechtes fühlbar machen, welche *Gregor IX.* dadurch zu beseitigen unternahm, dass er durch seinen Capellan *Raymundus de Peñafort* aus den früheren Compilationes und seinen eigenen Decretalen, durch welche letzere er auch bisherige Controversen autoritativ entschied, eine neue Sammlung anfertigen liess. Dieselbe wurde im Jahre 1234 durch Zusendung an die Rechtsschulen von *Paris* und *Bologna* publicirt[4], und nahm allen früheren nicht in das Decret oder diese Sammlung aufgenommenen Decretalen die Kraft der Geltung für das ius commune. Da somit die Compilationes antiquae beseitigt waren, so wurde diese Sammlung die einzige neben dem Decretum Grat., und deswegen *liber extra* (citirt X. = c. 1. X. de sponsal. et matr. [4, 1.]) genannt. Sie zerreisst vielfach zusammenhängende Decretalen, lässt häufig die species facti (*partes decisae*) fort (*et infra*), und ist von Einschiebungen nicht frei. Die *glossa ordinaria* ist von *Bernardus Parmensis* († 1263) festgestellt worden. III. Trotz des Verbotes Gregors IX. wurden die Decretalen seiner Nachfolger wieder privatim gesammelt, theils aber auch auf Befehl der Päpste in den liber extra eingereiht. Aus diesen und seinen eigenen Decretalen liess *Bonifacius VIII.* eine neue Sammlung in fünf Büchern zusammenstellen, die er im Jahre 1298 publicirte durch Zusendung an die Universitäten *Bologna* und *Paris*[5]. Als Fortsetzung des liber extra angesehen, empfing sie die Bezeich-

commisimus decidenda, compilari fecimus, et tibi sub bulla nostra duximus destinandas: quocirca discretioni tuae per apostolica scripta mandamus, quatenus eis solenniter publicatis, absque ullo scrupulo dubitationis utaris, et ab aliis recipi facias tam in iudiciis, quam in scholis.

§. 41. 4) *Gregor IX. Bulle Rex pacificus:* Sane diuersas constitutiones, et decretales epistolas praedecessorum nostrorum, in diuersa dispersas volumina, quarum aliquae propter nimiam similitudinem, et quaedam propter contrarietatem, nonnullae etiam propter sui prolixitatem, confusionem inducere videbantur: aliquae vero vagabantur extra volumina supradicta, quae tamquam incertae frequenter in iudiciis vacillabant. Ad communem, et maxime studentium utilitatem, per dilectum filium fratrem Raymundum capellanum et poenitentiarium nostrum, illas in unum volumen (resecatis superfluis) prouidimus redigendas, adiicientes constitutiones nostras, et decretales epistolas, per quas nonnulla, quae in prioribus erant dubia, declarantur. Volentes igitur ut hac tantum compilatione uniuersi utantur in iudiciis et in scholis, distinctius prohibemus, ne quis praesumat aliam facere, absque auctoritate sedis apostolicae speciali.

5) *Bonifacius VIII. Bulle Sacrosanctae Romanae ecclesiae:* Sane, cum post volumen Decretalium a felicis recordationis Gregorio Papa nono, praedecessore nostro tam prouide, quam utiliter compilatum, nonnullae ab eo et ab aliis Romanis Pontificibus successive super diuersis dicerentur articulis editae Decretales: de quarum aliquibus, an Decretales existerent, earumque auctoribus dubitabatur sollicite in iudiciis et in scholis: nos ad apicem summi Pontificatus superna dispositione vocati, super hoc cum instantia requisiti a multis, ambiguitatem et incertitudinem huiusmodi dispendium pluribus afferentem, omnino tollere ac elucidare, quae de Decretalibus ipsis teneri, quaeue deberent in posterum refutari, gratia suffragante diuina, pro utilitate publica desiderabiliter affectantes: per venerabiles fratres nostros Guilielmum archiepiscopum Ebrudunens. et Berengarium episcopum Biterens. ac dilectum filium magistrum Richardum de Senis, sanctae Romanae Ecclesiae Vicecancellarium, iuris utriusque Doctorem, Decretales huiusmodi diligentius fecimus recenseri: et tandem pluribus ex ipsis (cum vel temporales, aut sibiipsis, vel aliis iuribus contrariae seu omnino superfluae viderentur) penitus resecatis: reliquas, quibusdam ex eis abbreuiatis, et aliquibus in toto, vel in parte mutatis, multisque correctionibus, detractionibus, et additionibus (prout expedire vidimus) factis in ipsis, in unum librum: cum nonnullis nostris constitutionibus (in quibus ad correctionem morum, subditorumque quietem multa statuuntur salubria, fructus uberes Deo propitio in domo Domini allatura, et plurima in iudiciis et extra, frequentata dubia deciduntur) redigi mandauimus, et sub debitis titulis collocari. Quem librum quinque libris aliis dicti voluminis Decretalium annectendum, Sextum censuimus nuncupari: ut idem volumen senarium

nung *liber sextus*, spricht allen nicht aufgenommenen oder speciell als geltend reservirten Decretalen die rechtliche Geltung ab, und hat ihre *glossa ordinaria* durch *Iohannes Andreae* († 1348) empfangen. IV. Aus den Beschlüssen des Concils von *Vienne* (1311) und seinen eigenen Decretalen liess *Clemens V.* eine neue Sammlung (*Clementinae*) anfertigen, die er 1313 publicirte, dann zurückzog, neu bearbeitet wieder publicirte[6], und welche darauf von *Iohann XXII.* 1317 noch einmal publicirt wurde[7]. Sie lässt den nicht aufgenommenen Decretalen ihre Geltung. Die *glossa ordinaria* stammt gleichfalls von *Iohannes Andreae* und ist überarbeitet von *Franciscus Zabarella* († 1417). V. Damit ist die Reihe der officiellen Sammlungen, die im *Baseler* Concil als *Corpus iuris* bezeichnet wurden, beendet. Die Decretalen der folgenden Päpste wurden nur willkürlich den Clementinen angehängt, bis sie *Iohannes Chappuis* in zwei Sammlungen getheilt, seiner Ausgabe des sextus und der Clementinen im Jahre 1500 hinzufügte. Von diesen enthielt die erste (*Extravagentes Iohannis XXII.*) zwanzig Decretalen dieses Papstes in vier Titeln, die andere (*Extravagantes communes*) in fünf Bücher getheilt (*quartus liber vacat*) siebzig, später vierundsiebzig Decretalen. Seitdem sind diese Sammlungen Bestandtheile des Corpus iuris geblieben, wenngleich sie nicht die Autorität eines Gesetzbuches haben, vielmehr die Geltung jeder einzelnen Decretale als solcher in Frage kommt. Jede der drei officiellen Sammlungen hat den

(qui numerus est perfectus) librorum, illo adiuncto numerum comprehendens, perfectam in rebus agendis formam tribuat, et in moribus disciplinam. Nec sine causa morem praedecessorum nostrorum (qui cum constitutiones aliquas promulgabant nouiter, eas mandabant sub antiquarum serie situari) omisimus in hac parte seruare haec enim fecimus, ne infinitos libros destrui, et alios non sine maximis dispendiis, laboribus et expensis de nouo fieri oporteret. Vniuersitati vestrae igitur per Apostolica scripta mandamus, quatenus librum huiusmodi cum multa maturitate digestum, quem sub bulla nostra vobis transmittimus, prompto suscipientes affectu, eo utamini de caetero in iudiciis et in scholis: nullas alias, praeter illas, quae inseruntur, aut specialiter reseruantur in eo, Decretales aut Constitutiones, a quibuscunque nostris praedecessoribus Romanis Pontificibus post editionem dicti voluminis promulgatas recepturi ulterius, aut pro Decretalibus habituri.

§. 41. 6) *Johannes Andreae glossa ad verba de cetera:* Circa hoc sciendum est quod constitutiones concilii, licet non omnes fuerint in concilio publicatae, tamen postea de facto fuerint publicatae, et ipsarum habita copia, et iam habebatur, quod ligarent: et quia potuit, aliquas ex illis inepte, aliquas prolixe, aliquas defective compositas, aliquas etiam non expedire, noluit Clemens, quod compositio illa procederet, sed, ut fertur, sub excommunicationis poena mandavit, quod illas habentes intra certos dies restituerent camerae, vel incenderent, vel dilacerarent etiam easdem. Demum per peritiores fecit illas recenseri qui aliquas et paucas in totum reservaverunt, aliquas in totum resecarunt, aliquas mutaverunt, quoad verba, mente servata in aliquibus menti et verbis detraxerunt et addiderunt, et has, licet non sub his verbis in concilio publicatae fuissent, voluit sub nomine concilii reservari, et multas constitutiones utiles addens, de quibus non fuerat in consilio tractatum, ut de rescriptis omnes quae sunt post secundam, et de elect. omnes post primam, cum similibus. Fecit illas una cum quibusdam constitutionibus, quas prius ediderat, sub debitis titulis compilari. Et, ut a Domino Atrebatensi qui tunc erat contradictorum auditor, audivi, Clemens praecepit illas in audientia publicari, et ipse dominus auditor dixit, quod inchoavit et finivit in audientia publicationem illarum.

7) *Bulle Johann XXI. Quoniam nulli:* Haec sane felicis recordationis Clemens Papa quintus praedecessor noster prouidenter attendens, et prouide cupiens deformatorum reformationi prospicere, soluere difficilia, ac sanctiones quaestionibus et negociis imminentibus consonas promulgare: Dudum nedum in Concilio Vienensi, quinetiam ante et post ipsum concilium constitutiones plurimas edidit, in quibus multa utilia statuit atque salubria, et nonnulla dubia in iudiciis et extra frequentata decidit. Et licet eas collectas in unum volumen, et sub congruis titulis collocatas mittere decreuisset, et dare in commune subiectis: assidua tamen occupatio circa magna, ac sortis humanae conditio,

Charakter eines einheitlichen Gesetzbuches, so dass alle ihre Stücke gleiche rechtliche Kraft besitzen. Die spätere Sammlung derogirt der früheren, was auch von den Extravaganten gegenüber den Bestimmungen der Sammlungen gilt, und von späteren gesetzlichen kirchlichen Anordnungen, gegenüber dem ganzen Corpus iuris canonici. VI. Eine unter *Clemens VIII.* gedruckte neue Rechtssammlung, *Liber septimus*[8], hat nicht die päpstliche Approbation erhalten, ebensowenig kann der in vielen Ausgaben des Corp. iur. abgedruckte von *Petrus Matthaeus* abgefasste *liber septimus* irgend eine gesetzliche Geltung beanspruchen. VII. Eine officielle Ausgabe des Corpus iuris ist in Rom 1582, aus der Arbeit einer dazu eingesetzten Commission (*Correctores Romani*) hervorgegangen, publicirt, und ihr Text zum Legaltext erklärt worden. Auf dieser Ausgabe beruhen alle folgenden[9] bis auf die neueste von *Emil Friedberg* (Lipsiae 1879 vol. I.), welche, da eine rechtliche Geltung der im Decretum Gratiani enthaltenen Stellen heute nicht mehr in Frage kommen kann, an Stelle des durch die Correctores geradezu bearbeiteten Textes von Gratian wenigstens für diesen den ursprünglichen Wortlaut wiederherzustellen unternommen hat[10]. VIII. Endlich hat das Corpus iuris canonici auch trotz des Widerstandes von *Luther*[11] in der ev. Kirche eine Geltung behauptet, freilich hinter den Landesgesetzgebungen und nur so weit es Institutionen betrifft, die in der evangelischen und katholischen Kirche auf gleicher dogmatischer Grundlage beruhen.

quae ipsum de medio sustulit, in causa fuerunt, quare suum in hac parte propositum non impleuit.

§. 41. 8) S. Domini n. D. Clementis VIII. Decretales Romae 1598 (herausgegeb. von Sentis Frib. 1870).

9) Auch die von Justus Hennig Böhmer (Halle 1747) und Aemilius Ludwig Richter (Lipsiae 1839).

10) 1. *Decretalisten:* Sinibald Fliscus (Innocenz IV.) † 1254. Bernh. Parmensis † 1266. Henr. de Segusio, Card. Hostiensis † 1272. Io. Monachus Picardus Cardinalis † 1313. Zenzelin de Cassanis c. 1325. Io. Andreae † 1348 (tuba et pater iur. canon.). Guil. de Monte Lauduno † 1346. Petrus Ancharanus † c. 1415. Nic. Tudischus Panormitanus † 1443. Io. Franc. Pavinus † 1486. Andreas Barbatia Siculus † 1482. Felinus Sandeus † 1503. Phil. Decius † 1538. 2. *Summisten:* Sicard. Bernh. v. Pavia. Tancred. Gofredus Tranensis. Hostiensis. Io. Calderinus † med. saec. XIV. 3. *Ausführlichere Bearbeiter:* Guil. Durantis oder Durandus, Speculator (Summa Summarum) † 1296. Guil. de M. Laud., Lappus Castilioneus c. 1350. Io. Lignanus c. 1365. Petr. von Alliaco † 1419. Io. Gerson (Charlier) † 1429. Nic. de Clemangis † 1440. 4. *Casuisten u. Verfasser von Responsis:* Benincasa Senensis c. 1200. Bernardus Compostell iun. c. 1245. Io. de Dev. Baldus ab Ubaldis † 1400 u. A. *Neuere Commentare zu den einzelnen Theilen sind I. zum Decret:* Dartis, Comment. in univ. Gratiani decr. in Eiusd. Opp. canon. Paris 1656 fol., van Espen, Brevis comment. in Gratianum in Eiusd. Opp. ed. Colon. (1777) T. III. und ed. le Plat, Lovan. 1777 2 Tom. — *II. Zu den Gregor. Decretalen:* Cujacius, Recitationes ad secundum, tertium et quartum Decretalium, in den Ausgaben der Opp., Ian. a Costa, Summaria et Comment. in Decr. Gregor. IX., ed. nov. Neap. et Lips. 1778 2 Tom. 4., Gonzalez Tellez, Comment. ad Decretalium V. libros Gregor IX., ed. nov. Ludg. 1713 4 Tom. 4., Cironius, Paratitla in V. libros Gregor IX. in Eiusd. Opp. ed. Vindob. 1761 2 Tom. 4. — *III. Zu den Clementinen:* Alteserra, Comment. in libros Clementinarum, ed. Glück, Hal. 1782 8.

11) *Luther an d. christlichen Adel teutscher Nation:* Obschon des Papsts Gesetz dawider ist, so doch ein ehlich Stand wird angefangen wider des Papsts Gesetz, ist schon sein Gesetz aus, und gilt nit mehr. Dann Gottis Gebot, der do gebeut, dass Mann und Weib Niemand scheiden soll, geht weit über des Papsts Gesetz, und muss nit Gottis Gebot umb des päpstlichen Gebotis willen zurissen werden und nachbleiben. Wiewohl viel toller Juristen mit dem Papst haben impedimenta erfunden, und dadurch verhindert, zurtheilet, vorwerret den ehlichen Stand, dass Gottis Gebot ist drob ganz untergangen. Was soll ich viel sagen, sein doch in dem ganzen geistlichen Papsts-Gesetz nit zwo Zeilen, die einen frummen Christen mochten unterweisen, und leider so viel irriger und fährlicher Gesetz, dass nit besser wäre, man mächt einen rotten Haufen draus.

§. 42. III. Das römische Recht.

Comes de Reisach in Theiner, Disquis. crit. Savigny, Gesch. des röm. Rechts im Mittelalter, 2. Aufl. Heidelb. 1834 ff. 1—7. Maassen, Ueber eine lex Romana canonice compta, Wien 1860. Derselbe, Bobienser Excerpte d. röm. Rechts, Wien 1864. Schulte, Ueber die Summa legum d. Cod. Gottwic. no. 38., Wien 1868. mit Nachtrag, Wien 1870.

I. Aus der Stellung, welche die römischen Kaiser zur Kirche eingenommen haben, folgt die wesentliche Bedeutung, welche das römische Recht im älteren kirchlichen Leben einnehmen musste, und zwar wurde das römische Recht in *Italien* aus den *justinianischen* Quellen und der *Epitome Juliani*, wie auch aus einigen Sammlungen, in denen es mit dem canonischen Recht verbunden war, zur Anwendung gebracht, im *Frankenreiche* wesentlich aus dem *Westgothischen Breviar* und dem *Theodosischen Codex*. Je mehr aber das canonische Recht zur Ausbildung gelangte, um so mehr trat das römische Recht in den Hintergrund. II. Dagegen musste in der evangelischen Kirche das römische Recht zur Ausfüllung der Lücken dienen, die durch Beseitigung des canonischen Rechtes eingetreten waren.

§. 43. IV. Das Gewohnheitsrecht.

Schulte, Kirchenr. I, 199 ff. Meier, Die Rechtsbildung in Staat und Kirche, Berlin 1861. Scheuerl, In Ztschr. f. K.-R. II, 184 ff. III, 30 ff. 387 ff.

I. Die Kirche erkennt das Gewohnheitsrecht als Rechtsquelle an[1], und dasselbe unterscheidet sich von dem im bürgerlichen Rechte massgebenden nur wesentlich dadurch, dass die Geistlichkeit, nicht so das Volk, als Träger desselben erscheint. Jedes Gewohnheitsrecht erfordert zu seiner Geltung eine *consuetudo rationabilis*[2], *legitime praescripta*[3], welche dem *ius naturale*[4] nicht widerstreitet. II. Die evangelische Kirche sieht, ihren Begriffen entsprechend, in dem Lehramt und der Gemeinde zusammen den Träger des Gewohnheitsrechtes, legt nicht das stricte Gewicht darauf, dass die Gewohnheit die gesetzliche Verjährungszeit hindurch gedauert haben müsse, misst aber gleichfalls einer irrationabelen Gewohnheit nicht die Kraft bei, Recht zu erzeugen. Dagegen ist, da die evangelische Kirche ein göttliches Recht im katholischen Sinne nicht kennt, das hierauf bezügliche canonische Requisit als fortgefallen zu bezeichnens.

§. 44. V. Die Staatsgesetzgebung.

Die zahlreichen Staatsgesetze, welche zur Zeit des deutschen Reiches von

§. 43. 1) *c. 7. Dist. XI.* (*Augustinus*): In his rebus, de quibus nihil certi statuit diuina scriptura, mos populi Dei et instituta maiorum pro lege tenenda sunt. Et sicut preuaricatores legum diuinarum, ita contemptores consuetudinum ecclesiasticarum cohercendi sunt.

2) *c. 2. de consuet. in VIto.* (1, 4.): Non putamus illam consuetudinem, quantocunque tempore de facto servatam, consonam rationi, quod ab officiali episcopi ad eundem episcopum valeat appellari, ne ab eodem ad se ipsum, quum sit idem auditorium utriusque, appellatio interposita videatur.

3) *c. 11. X. de consuet.* (1, 4): Quum tanto sint graviora peccata, quanto diutius infelicem animam detinent alligatam, nemo sanae mentis intelligit, naturali iuri cuius transgressio periculum salutis inducit, quacunque consuetudine, quae dicenda est verius in hac parte corruptela, posse aliquatenus derogari. Licet etiam longaevae consuetudinis non sit vilis auctoritas, non tamen est usque adeo valitura, ut vel iuri positivo debeat praeiudicium generare, nisi fuerit rationabilis et legitime sit praescripta.

4) *Grat. in pr. D. I.:* Ius naturae est, quod in lege et euangelio continetur.

5) *Luther deutsche Messe:* Ordnung ist eyn eusserlich Ding, sie sey wie gut sie will so kan sie ynn misbrauch geratten. Denn aber ist's nicht mehr eyn ordnung, sondern eyn Vnordnung, darumb stehet vnd gilt keyne ordnung, von yhr selbs etwas, wie bisher die Bepstliche ordnunge geachtet sind gewesen, sondern aller ordnunge leben, wirde, krafft vnd tugend, ist der rechte brauch, sonst gilt sie vnd taug gar nichts.

diesem und den Territorien über kirchliche Verhältnisse erlassen wurden, haben mit Ausnahme der auf die Confessionsübung bezüglichen Reichsgesetze heute nur noch rechtsgeschichtlichen Werth. Dagegen bilden die neuen Territorialgesetze und diejenigen Gesetze des jetzigen deutschen Reiches, welche kirchliche Fragen berühren, geradezu die wichtigste Quelle des heutigen Rechtes, deren Geltung von der katholischen Kirche theils stillschweigend theils mit Widerstand hingenommen, von der protestantischen Kirche widerspruchslos zugestanden worden ist. Unter den für die evangelische Kirche erlassenen Gesetzen nehmen die *Kirchenordnungen* eine historisch wichtige Stellung ein.

Verzeichniss der Sammlungen für die kirchliche Gesetzgebung der einzelnen Länder.

Zorn, D. wichtigsten neueren Kirchenstaatsrechts-Gesetze Deutschlands, Oesterreichs, d. Schweiz und Italiens, Nördlingen 1876.

Kremer-Auenrode, Aktenstücke z. Gesch. d. Verh. v. Staat und Kirche im XIX. Jahrh., Leipz. 1873—78 1—3.

Walter, Fontes iuris ecclesiastici antiqui et hodierni, Bonn 1861.

Zacharias, Die deutschen Verfassungsges. d. Gegenwart, Göttingen 1855. Fortsetzung 1858. 1862.

Oesterreich:

Sammlung der älteren kaiserl. königl. landesfürstl. Ges. in publico ecclesiasticis (1518—1767) mit 12 Bänden, Fortsetzung (1767—1803) Wien 1784—1803.

Rieder, Handb. d. k. k. Gesetze u. Verordnungen über geistl. Angelegenheit, Wien 1847—59 1—3.

Kutschker, Sammlung der Verordnungen, nach welchen sich die Curatgeistlichkeit u. s. w. zu richten hat, Olmütz Bd. I—IV. 1847—54.

Preussen:

Haupt, Sammlung der k. preuss. Gesetze u. s. w., welche das Religions-, Kirchen-, geistliche und Unterrichtswesen der christlichen Confessionen betr., Quedlinb. 1821.

Borck, Handbuch über die kirchliche und Schulgesetzgebung für den ganzen Umfang der amtlichen Stellung des Geistlichen im preuss. Staate, Königsb. 1831 2. umg. Aufl. 1844 2 Bde.

Hermens, Handbuch der gesammten Staatsgesetzgebung über den christlichen Kultus und über die Verwaltung der Kirchengüter und Einkünfte in den k. preuss. Provinzen am linken Rheinufer, Aachen 1833 ff. 4 Bde.

Fürstenthal, Sammlung aller das Kirchen- und Schulwesen betreffenden Gesetze, Cöslin 1838 f. 4 Bände, Nachtr. das. 1844.

Heckert, Handbuch der kirchlichen Gesetzgebung Preussens, Berl. 1846. 2 Bde.

Ebhardt, Gesetze und Verordnungen für den Bezirk des K. Consist. zu Hannover, Hann. 1845 2 Bde. Fortsetzung 1858. 1869. 1878.

Baiern:

Andr. Müller, Repertorium der landesherrlichen Verordnungen in Kirchensachen u. s. w., nebst den bischöflich-würzburgischen bis zum Jahre 1829. erschienenen Diöcesanverordnungen. Augsburg 1829. 2 Abth.

Döllinger, Sammlung der im Gebiete der innern Staatsverwaltung des Königreichs Bayern bestehenden Verordnungen, Bd. VIII. Abth. 1—3. München 1838 ff. Fortsetzung v. *Strauss*, das. 1853.

Sachsen:

Corpus iuris ecclesiastici, Dresden 1773., Suppl. das. 1784 4.

(*W. Th. Richter*), Codex des im K.-R. Sachsen geltenden Kirchen- u. Schulrechts, bearbeit. v. *Schreyer*, Leipz. 1864.

Württemberg:

Maurer, Uebersicht der für die katholische Geistlichkeit in Württemberg bestehenden Staats- und Kirchengesetze, Wangen 1831. — Beilagen zur Uebersicht u. s. w. das. 1831.

Reyscher, Vollständige Sammlung der Württemberg. Gesetze, Bd. VIII. IX. (Evangel. K. von *Eisenlohr*), Bd. X. (Kathol. K. von *Lang*), Stuttgart 1834 ff.

Süsskind und *Werner*, Repertor. d. evangel. K.-Ges. in Württemberg, Stuttg. 1860 ff. 1. 2.

Baden:

Das katholische Kirchenwesen im Grossh. Baden. Eine Samml. etc. Freib. 1839.

Rieggер, Vollständige Sammlung von Gesetzen und Verordnungen über das evang.-prot. Kirchen-, Schul-, Ehe- und Armenwesen im Grossherz. Baden, Offenburg 1833 ff., 7 Bde.

Spohn, Bad. Staatskirchenrecht, Karlsruhe 1868.

Derselbe, K.-R. d. vereinigten evang.-protest. Landeskirche im Grossh. Baden, Karlsruhe 1870. 1875.

Grossh. Hessen:

Schumann, Sammlung der das Kirchen- und Schulwesen betr. landesherrlichen und bischöflichen Verordnungen und Erlasse, Maynz 1840.

Köhler, Handbuch der kirchl. Gesetzgebung des Grossh. Hessen, Bd. I. Darmst. 1847.

Sachsen-Weimar:

Teuscher, Zusammenstellung der kirchlichen Gesetze in dem Grossh. Sachsen-Weimar, Neustadt a. O.

Sachsen-Meiningen:

Schambach, Uebersicht über d. im Herzogth. S.-M. in Beziehung d. ev. K. ersch. Ges. u. Verordn., Meiningen 1857.

Mecklenburg-Schwerin:

(*Deiters*), Handbuch der im Grossherz. Mecklenburg-Schwerin gültigen Kirchengesetze, Wismar 1836 ff. 4 Lief.

Mecklenburg-Strelitz:

Scharenberg und *Geniken*, Gesetzsamml. f. d. M. Str. Lande, Abth. 1. Kirchen- und Schulsachen, Neustrelitz 1859,

Frankreich (Elsass-Lothringen):

Champeaux, Le droit civil ecclésiastique, Paris 1. 2.

Vuillefroy, Traité de l'administrat. du culte cathol., Paris 1842.

Dursy, Staatskirchenrecht in Els.-Lothr., 1. Abth. Kath. Cultus, Strassb. 1876. 2. Abth. protest. Cultus, 1879.

Zweite Abtheilung.

Die eigenthümlichen Rechtsquellen der katholischen Kirche.

Delitzsch, D. Lehrsyst. d. röm. Kirche Th. 1., Gotha 1875 S. 295 ff.

§. 45. I. Die Tradition.

I. Neben der Schrift spricht die Kirche die Kraft eines göttlichen unwandelbaren Rechtes zu den von Christus mündlich den Aposteln gegebenen Vorschriften, welche durch die Uebereinstimmung der Väter zu erkennen, von der kirchlichen Lehrgewalt zu bezeugen ist. Von dieser *divina traditio*[1] scheiden sich die von den Aposteln und ihren Nachfolgern aus eigener Autorität entstammenden, gleichfalls durch Väter und Concilien bezeugten aber veränderlichen Anordnungen (*traditio apostolica*)[2]. II. Die *reformirte* Kirche verwirft die Tradition durchaus, die *lutherische* erkennt sie an, so weit sie nicht der Schrift widerstreitet.

§. 46. II. Die Concilien.

Das allgemeine Concil bezeugt die göttliche Tradition, definirt mithin in seinen *dogmatischen* Beschlüssen göttliches und darum unwandelbares Recht. Die *disciplinären* Anordnungen sind dagegen veränderlich. Solcher allgemeiner Concilien erkennt die Kirche einundzwanzig[1. 2] an, deren disciplinäre Beschlüsse bis zu denen von *Vienne* (1311) in das Corpus iuris aufgenommen sind, und an der Geltung desselben Antheil nehmen. Von besonderer Wichtigkeit aus der Folgezeit ist das *Concil. Tridentinum.* Die Schlüsse desselben sind nach den fünfundzwanzig gehaltenen *Sessiones* geordnet, von denen sich dreizehn mit dem Concil selbst beschäftigen, zwölf dogmatische Erörterungen geben, die in *Decreten* abgefasst und deren Ergebnisse in *canones* angefügt sind. Zehn Sessiones enthalten endlich in einem *decretum de reformatione* Disciplinarbeschlüsse, zu welchen in *sess. XXIV.* noch ein besonderes *decr. de reformat. matrimonii* hinzu kommt. Die Disciplinarbeschlüsse bedürfen zu ihrer Gültigkeit einer Publication in den einzelnen Diöcesen, welche in

§. 45. 1) *C. Trid. Sess. IV.:* . . . Trident. synodus . . . perspiciens . . . hanc veritatem et disciplinam contineri in libris scriptis et sine scripto traditionibus, quae ipsius Christi ore ab Apostolis acceptae, aut ab ipsis Apostolis, Spiritu sancto dictante, quasi per manus traditae ad nos usque pervenerunt; orthodoxorum Patrum exempla secuta, omnes libros tam veteris quam novi testamenti, quum utriusque unus Deus sit auctor, nec non traditiones ipsas, tum ad fidem, tum ad mores pertinentes, tamquam vel oretenus a Christo, vel a Spiritu sancto dictatas, et continua successione in ecclesia catholica conservatas, pari pietatis affectu ac reverentia suscipit et veneratur.

2) *Bellarmin. de verb. dec. l. IV. c. II.:* Apostolicae traditiones proprie dicuntur illae, quae ab apostolis institutae sunt non tamen sine assistentia spiritus sancti, et nihilominus non exstant non scriptae in eorum epistolis: quale est ieiunium quadragesimae et quatuor temporum et alia multa.

§. 46. 1) 1. Nicaea (325). 2. I. Constantin. (381). 3. Ephesus (431), 4. Chalcedon (451), 5. II. Constantin. (553), 6. III. Constantin. (680), 7. Nicaea (787), 8. IV. Constant. (869), 9. Lateranense I. (1123), 10. II. (1139), 11. III. (1179), 12. IV. Syn. v. Lateran (1215), 13. Lugdunense I. (1245), 14. II. Synode von Lyon (1274), 15. Vienne (1311), 16. Pisa (1404), 17. Constanz (1414—18), 19. Basel (1441—43), 19. Florenz (1439), 20. Trient (1545—63), 21. Vatican. Concil (1869—70).

2) Conciliengeschichte: *Hefele* Conc. Gesch. 1—7. Freib. 1855—74, II. Aufl. seit 1873 (1. 2.). Conciliensamml.: *Mansi* (bis z. J. 1504), Sacr. concil. nova et ampl. collectio 1—31. fol. Flor. et Ven. 1759—98, weitere siehe bei Hefele Bd. 1. Für Deutschland: *Conc. Germaniae quae I. Fr. Schannat collegit, dein Ios. Hartzheim auxit* 1—11. fol. Col. 1759—90.

Deutschland erfolgt ist. Theils zur authentischen Interpretation der Disciplinarbestimmungen, theils zur Ueberwachung der Beobachtung derselben fungirt die von *Pius IV.* (1564) eingesetzte *Congregatio Concilii Tridentini interpretum* (*Congregatio concilii*), deren *declarationes* allgemein verbindlich sind, deren *resolutiones* indessen, sobald ihre Authenticität feststeht, nur die Kraft von Präjudicien besitzen[3]. Die Particularsynoden (*Provinzial*[4], *Dioecesan*) schaffen nur partikulares Recht für ihre Geltungsdistricte.

§. 47. III. Die päpstlichen Verordnungen und Canzleiregeln.

I. Je mehr die Macht des römischen Papstes stieg um so grössere Bedeutung nahmen die von ihm ausgegangenen Verordnungen ein[1], deren feierliche Form *Bulla*[2] (*consistoriales, non consistoriales*) genannt wird, die minder feierliche *Breve*[3]. II. Die päpstlichen *Canzleiregeln*[4] sind Instructionen an die geistlichen Regierungscollegien, nach dem Amtsantritte jedes Papstes erlassen, und seit *Nicolaus V.* nur wenig verändert, die aber in der deutschen Kirche nie zu voller Geltung gelangten.

§. 46. 3) Officielle Sammlung erscheint seit 1739: *Thesaurus resolution. S. Congr. Conc.* Auszug: *Zamboni* Collect declarat. Sacr. Congr. Card. Conc. Trid. interpret. 1—8. (1812 ff., neue Ausg. Atrebati 1860—68). *Richter et Schulte* Canon. et decr. Conc. Trident. (Lipsiae 1853.)

4) Provinzialsynoden: Sammlung: *Collectio Lacensis* 1—5. Frib. 1870 ff.

§. 47. 1) *Papst Siricius an P. Himerius von Tarragona i. J.* 385: Explicuimus, ut arbitror, frater carissime, universa quae digesta sunt in querelam: et ad singulas causas de quibus per filium nostrum Bassianum presbyterum ad Romanam ecclesiam utpote ad caput tui corporis, retulisti, sufficientia quantum opinor responsa reddimus. Nunc fraternitatis tuae animum ad seruandos canones et tenenda decretalia constituta magis ac magis incitamus; ut haec quae ad tua rescripsimus consulta, in omnium coepiscoporum nostrorum perferri facias notionem, et non solum eorum qui in tua sunt diocesi constituti: sed etiam ad uniuersos Carthaginienses ac Baeticos, Lusitanos atque Gallicos, vel eos, qui vicinis tibi collimitant hinc inde prouinciis, haec quae a nobis sunt salubri ordinatione disposita, sub literarum tuarum prosecutione mittantur (vgl. §. 11 no. 5).

2) *Leo XIII. Mot. propr. v.* 29. *Oct.* 1878: .. Ut .. litterae ap. communi latino charactere supra charta pergamena . . . exscribantur . . . . Quoad plumbea numismata una cum adiectis cordulis praecipimus ea servanda tantum esse in Apostol. litteris collationum, erectionum et dismembrationum beneficiorum maiorum, nec non in aliis S. Sedis solemnibus actis. In reliquis vero litteris et praesertim in illis quae beneficia minora ac dispensationes super impedimentis matrimonialibus respiciunt, ... eadem abolemus . . . iisque substitui iubemus impressionem rubri coloris sigilli noviter conficiendi imagines ipsorum Apostolorum Petri et Pauli referentis, inscriptione nominis regnantis S. Pontificis circumducta.

3) *Sammlungen:* Epistolae Rom. Pontif. a S. Clemente I. usque ad Innoc. III. ed. *Coustant*, Tom. I. Paris. 1721 fol. Neuer, nicht ganz vollständiger Abdruck von *Schönemann*, Gott. 1796. Epistolae R. P. Genuinae et quae ad eos scriptae sunt a S. Hilaro usque ad Pelagium II. ed. *Thiel* Vol. 1. (460—523) Brunsbergae 1867 ff., Leos I. in Leonis M. Opp. ed. *Ballerini* (Venet. 1753—57), Gregor I. in d. Ausgabe seiner Werke ed. *Maur.*, Gregorius VII. in *Jaffé* Monum. Gregoriana (Berol. 1865), Innocenz III. ed. *Baluzius* 1. 2. fortgesetzt von *Brequigny* 1. 2.; andere in den Conciliensammlungen, namentlich *Mansi*. — Neuere Sammlungen s. g. *Bullarium magnum:* 1. Bullarium magnum Rom. a Leone M. usque ad Benedict. XIII. cet., Luxemb. 1728 sqq. 8 Tom. und mit den Ergänzungen und Nachträgen bis zu Benedict. XIV. 19 Tom. fol. 2. Bullarum, privilegiorum ac diplomatum Pont. amplissima collectio, op. *Cocquelines*, Rom. 1739—62 14 Tom. fol., neue Ausg. (Turin seit 1857). — Fortsetzungen: Benedicti XIV. Bullarium, Rom. 1754 sqq. 4 Tom. fol. (Mechlin. 1826 mit den Suppl. 13 Vol. 8.), Magnum Bullarium Rom. summorum Pont. Clementis XIII., Clementis XIV., Pii VI., Pii VII., Leonis XII. et Pii VIII. constitutiones . . . complectens, ed. *Barbéri*, Rom. 1835 sqq. fol. Ein Verzeichniss geben die Regesta RR. PP. ab cond. eccl. ad ann. 1198 ed. *Ph. Jaffé*, Berol. 1851 u. Fortsetzung von *Potthast*, 1. 2. (Berol. 1874. 75).

4) *Bapt. Rigantii* Comment. in Regulas Constit. et ordinat. Cancell. Apostol. Rom. 1744—48.

§. 48. IV. Concordate.

Sarwey, In d. Ztschr. f. K.-R. II, 437 ff., III, 267 ff. Hübler, Ebendas. III, 404 ff., IV, 105. Bornagius, Ueber d. rechtl. Natur d. Concordate, Leipzig 1870. — Sammlungen: Münch, Vollst. Samml. aller älteren u. neuen Concordate, Leipzig 1831 f. 1. 2. Nussi, Conventiones de reb. eccles. inter s. sedem et civil. potestat. variis formae initae ex collectione Romana, Mogunt. 1870.

I. Die streitigen Gränzen zwischen Staat und Kirche sind vielfach durch Verträge berichtigt worden, für welche schon im XV. Jahrhundert der Name *concordata* gebraucht wurde. Sie treten in mannigfacher Form auf: 1. als neben einander stehende Concessionen beider Theile, die auf einander keinen Bezug nehmen; solcher Art ist das *Wormser* Concordat von 1122; 2. als einseitige Publicationen des Papstes, die aber auf Vertragsgrundlagen beruhen (*Fürstenconcordate* von 1447, die Circumscriptionsbullen des 19. Jahrhunderts); 3. das Uebereinkommen ist einseitig vom Papste, aber als solches publicirt worden (*Badisches, Württembergisches* Concordat); 4. das Uebereinkommen hat auch formell Vertragscharacter (das *Wiener* C. von 1448, *Baier.* C. von 1817, *Oesterreichisches* C.); 5. der Vertrag ist zwischen der Regierung und einem Bischofe geschlossen (*Hessen-Darmst.* Uebereinkunft, *Baier.* Concordat von 1583 u. s. w.). II. Der rechtliche Charakter der Concordate ist streitig, und zwar betrachtet sie die eine Ansicht als Privilegien, die dem Staate durch die Kirche ertheilt sind. Diese Meinung ist vom Papste selbst bezüglich des Wiener Concordates ausgesprochen (§. 15. no. 11) und von ultramontanen Schriftstellern der Neuzeit wiederum vertreten worden[1. 2]. Die andere Meinung erblickt in ihnen einseitige Staatsgesetze; dabei wird indessen übersehen, dass die Paciscenten die Absicht gehabt haben, einen Vertrag zu schliessen, und die rechtliche Unzulässigkeit einer solchen Absicht für den Staat deswegen zu behaupten, weil derselbe nicht mit seinen Unterthanen pacisciren könne, ist irrig, weil die Kirche nicht in einem Staate begrifflich abgeschlossen, der Papst nicht Unterthan des contrahirenden Staates ist, und der Staat indem er mit dem Papste paciscirt auch anerkennt, dass er in der Kirche nicht bloss eine Corporation im Staate erblicke. Wird deswegen der Vertragscharakter der Concordate zunächst behauptet werden müssen, so können sie allerdings nicht als völkerrechtliche Verträge im eigentlichen Sinne aufgefasst werden, weil sie nicht mit dem Papste als Souverän des Kirchenstaates — selbst so lange er das noch war — abgeschlossen werden, sondern als Oberhaupt der katholischen Kirche. Da aber diese wenn auch kein Staat so doch eine staatenartige Organisation ist, eine *civitas*, so muss auch ein mit ihrem Repräsentanten abgeschlossener Vertrag nach Analogie der völkerrechtlichen Verträge beurtheilt und allen Consequenzen derselben unterworfen werden. Freilich liegt darin auch gleich das politische Motiv enthalten, weswegen Staaten keine Concordate schliessen sollen. Für sie soll eben die Kirche nicht als civitas, sondern als Corporation im Staate in Frage kommen. Deswegen kann auch nur die einseitige staatliche Gesetzgebung als politisch zulässig be-

§. 48. 1) *Liberatore la Chiesa e lo stato* (*Napoli* 1871) *p.* 361: Concordati non sono contratti (giacchè il contrattare sopra materie sacre è delitto di simonia), ma è una legge particulare che fa il Pontifice, e la ragion di trattato o convenzione, che vi è aggiunta, riguarda la promessa del Principe di procurarne l'execuzione.

2) *Pius IX. Breve an M. v. Bonald* (19. *Juni* 1781): Mit sehr grossem Wohlgefallen haben wir, geliebter Sohn, Dein Werk empfangen, welches den Titel führt: Deux questions sur le concordat de 1801, da Du darin nicht weniger Deinen religiösen Eifer, als Deine Gelehrsamkeit bewährst und das natürliche und eigenthümliche Wesen jener Verträge oder Indulte an das Licht stellst.

trachtet, ein Concordat indessen nicht als juristisch unzulässig angesehen werden.

Dritte Abtheilung.

§. 49. Die besonderen Rechtsquellen der evangelischen Kirche.

Ausgaben: Luth. Bekenntnisschr. ed. Müller, Stuttgart 1848 2. Aufl. 1860. D. ref. Kirche: Collect. confessionum in eccl. Ref. ... ed. Niemeyer, Lips. 1846. — Schauroth, Samml. aller Conclusor. ... d. Corporis Evangel., Regensb. 1751 ff. 3 Bde. Forts. 1762 und 1786.

I. Die Symbole der *lutherischen* Kirche sind: 1. die *Augsburgische Confession* (1530), (in Hessen die lateinische Ausgabe von 1540), 2. die *Apologie* (1531), 3. die *Schmalkaldischen Artikel* (1537), der grosse und kleine *Katechismus* Luthers (1528. 1529), 4. in einigen Landeskirchen die *Concordienformel* (1580); die der *reformirten* deutschen Kirche sind: 1. der *Heidelberger Catechismus* (1562), 2. die *Märkische Confession* (1614), 3. die *Confessio Gallicana*. II. Die Bekenntnissschriften der lutherischen Kirche geben die rechtliche Basis, auf der die Kirchenverfassung sich entwickelt hat, ohne indessen Specialvorschriften zu enthalten. III. Die *Conclusa Corporis Evangelicorum* sind nur als indirecte Quellen des evangelischen Kirchenrechtes zu bezeichnen, da sie nur Geltung empfingen insoweit sie entweder durch die Landesgesetzgebung bestätigt wurden oder die Gewohnheit sich auf ihrer Grundlage entwickelte.

Viertes Buch.

Das kirchliche Verfassungsrecht.

Erste Abtheilung.

Der katholischen Kirche.

Erstes Capitel. Die Grundlagen der Verfassung.

Perrone, Praelect. theologicae (Romae 1840—43), P. I. Köstlin, D. Wesen d. Kirche siehe §. 1. Delitzsch, Lehrsyst. d. röm. Kirche, (Gotha 1875) I, 24 ff. Hinschius, K.-R. I. §. 20. Heinze in Grünhut, Ztsch. f. d. Privat- u. öffentl. Recht d. Gegenwart III., Wien 1876.

§. 50. I. Das Wesen der Kirche.

Die Kirche ist die von Christus gestiftete, von ihm und seinen Nachfolgern regierte Anstalt zur Erlösung der Menschheit. Sie ist *eine*[1], *sichtbar, katholisch, apostolisch, römisch, unfehlbar, alleinseligmachend*[2]. Ihre Vollmach-

§. 49. 1) *Bonifac. VIII. in Extrav. comm. tit.* 8. *c.* 1: Unam sanctam ecclesiam catholicam et ipsam apostolicam urgente fide credere cogimur et tenere, nosque hanc firmiter credimus et simpliciter confitemur, extra quam nec salus est nec remissio peccatorum.

2) *Catechism. Roman. T.* 1. *c. XIV. ff.*: Aperiendae autem sunt fidelibus hujus ecclesiae proprietates, ex quibus licebit agnoscere, quanto beneficio a Deo affecti sunt, quibus contigerit in ea nasci atque educari. Prima ut una sit .... unum enim dominum, unam fidem, unum baptismum esse praedicat (Apostolus ad Ephes. 4, 4.): Unus est etiam eius rector ac gubernator, invisibilis quidem Christus .... visibilis autem is, qui Romanam Cathedram Petri Apostolorum Principis legitimus successor tenet. Secunda ut sit sancta ... quod Deo consecrata, dedicataque .... quod veluti corpus cum sancto capite Christo Domino, totius sanctitatis fonte coniungitur. Tertia ut sit catholica nempe universalis ... quoniam ut testatur Augustinus (serm. 131.): A solis ortu usque ad occasum unius fidei splendore diffunditur .... quod omnes qui salutem aeternam consequi cupiunt, eam tenere et amplecti debeant. Apostolica etenim spiritus sanctus,

ten beziehen sich: 1. auf ihre Mission den einzelnen Menschen gegenüber. Diese *potestas ordinis*[3] steht in ihrer Fülle den Bischöfen zu, wird von diesen den Priestern übertragen, und von beiden und den Gehülfen der letzteren ausgeübt (*hierarchia ordinis:* Bischöfe, Priester, ministri); 2. auf die Regierung der kirchlichen Anstalt. Diese *potestas iurisdictionis* ist den Bischöfen und dem Papste verliehen und den zwischen beide durch die historische Entwickelung eingeschobenen Mittelgliedern (*hierarchia iurisdictionis:* Papst, Patriarchen, Primaten, Erzbischöfe, Bischöfe). In rechtlicher Beziehung kommt wesentlich die potestas iurisdictionis in Betracht, und die potestas ordinis nur in so weit, als sie der Regel nach die Bedingung der anderen ist.

II. Der Clerus.

§. 51. 1. Die Ordination. Begriff und Stufen.

Hinschius, K.-R. I. §. 13. 14.

I. Während die potestas iurisdictionis übertragen wird durch die *missio*, wird die potestas ordinis gewonnen durch die *ordinatio*. Diese bildet mithin die Vorbedingung für den Clerus und somit die Grundlage der ganzen Kirchenverfassung. II. Die durch die Ordination übertragene Vollmacht steht Bischöfen und Priestern gleichmässig zu, die darum beide unter den Begriff des *sacerdotium* zusammengefasst werden; aber die Möglichkeit der Fortpflanzung des sacerdotium beruht lediglich in den Bischöfen. So ergeben sich doch zwei Stufen, zu denen sich der schon in der alten Kirche gebräuchliche *diaconat* als dritte gesellte; aus dem letzteren entwickelte sich der *Subdiaconat* (*ordines maiores*), und dann noch vier weitere Stufen (*ordines minores*) *Akoluthen, Exorcisten, Lectoren, Ostiarien*[1]. III. Alle diese hatten früher be-

qui Ecclesiae praesidet, eam non per aliud genus ministrorum, quam per Apostolicum gubernat. . . . Sed quemadmodum haec una Ecclesia errare non potest in fidei ac morum disciplina tradenda, cum a Spiritu sancto gubernatur: ita caeteras omnes, quae sibi Ecclesiae nomen arrogant, ut quae diaboli spiritu ducantur, in doctrinae et morum perniciosissimis erroribus versari necesse est.

§. 50. 3) *Catech. Rom. T. II. c. 7. qu. 6*: Duplex (potestas) ordinis et iurisdictionis. Ordinis potestas ad verum Christi Domini corpus in sacrosancta eucharistia refertur. Iurisdictionis vero potestas tota in Christi corpore mystico versatur. Ad eam enim spectat, Christianum populum gubernare et moderari et ad aeternam caelestemque beatitudinem dirigere. *c. 7*: Verum ordinis potestas non solum consecrandae Eucharistiae vim et potestatem continet; sed ad eam accipiendam hominum animos praeparat et idoneos reddit, caeteraque omnia complectitur, quae ad Eucharistiam quovis modo referri possunt.

4) *Conc. Trid. Sess. XXIII. de sacr. ord. c. 6*: Si quis dixerit, in ecclesia catholica non esse hierarchiam divina ordinatione institutam quae constat ex episcopis, presbyteris et ministris, anathema sit.

§. 51. 1) *Trid. Sess. XXIII. de sacr. ord. c. 1*: Si quis dixerit non esse in novo testamento sacerdotium visibile et externum vel non esse potestatem aliquam consecrandi et offerendi verum corpus et sanguinem domini et peccata remittendi et retinendi, sed officium tantum et nudum ministerium praedicandi evangelium, vel eos qui non praedicant, prorsus non esse sacerdotes, anathema sit. *c. 2*: Quum autem divina res sit tam sancti sacerdotii ministerium, consentaneum fuit, quo dignius et maiori cum veneratione exerceri posset, ut in ecclesiae ordinatissima dispositione plures et diversi essent ministrorum ordines qui sacerdotio ex officio deservirent ita distributi, ut qui iam clericali tonsura insigniti essent per minores ad maiores adscenderent. Nam non solum de sacerdotibus sed et de diaconis sacrae literae apertam mentionem faciunt, et quae maxime in illorum ordinatione attendenda sunt gravissimis verbis docent et ab ipso ecclesiae initio sequentium ordinum nomina atque uniuscuiusque eorum propria ministeria, subdiaconi scilicet, acolythi, exorcistae, lectores et ostiarii in usu fuisse cognoscuntur, quamvis non pari gradu; nam subdiaconatus ad maiores ordines a patribus et sacris conciliis refertur, in quibus et de aliis inferioribus frequentissime legimus. *c. 3*: Si quis dixerit, ordinem sive

sondere amtliche Functionen[2], während die minores jetzt blosse Durchgangsstadien ausmachen, welche jeder zum Priester zu Ordinirende durchschritten haben muss.

§. 52. 2. Die Voraussetzungen der Ordination.

Boennighausen, Tract. iuridico — canonicus de irregularitatibus, Monast. 1863—67 fasc. 1—3. Hinschius, K.-R. I. §. 46—53. 4—11.

I. *In der Person des Ordinandus:* 1. absolute Erfordernisse sind a) Taufe, b) männliches Geschlecht[1], bei deren Nichtvorhandensein eine formell richtig vollzogene Ordination nichtig (*invalida*) ist; 2. verlangt die Kirche das Vorhandensein bestimmter Qualitäten, deren Abwesenheit (*irregularitas*) eine nichtsdestoweniger vollzogene Ordination zwar als unerlaubt (*illicita*) aber doch als gültig (*valida*) erscheinen lässt. Die irregularitas besteht a) in einem Mangel (*defectus*), *animi* (Geisteskrankheit)[1] *corporis* (körperliche, Anstoss erregende oder den geistlichen Dienst hindernde Gebrechen und Krankheiten), *aetatis*[2], *natalium* (uneheliche Geburt), *scientiae*[3], *fidei* (Mangel der Glaubensfestigkeit bei Neophyten), *sacramenti* (wer zweimal verheirathet war [*bigamia successiva*] oder mit einer Wittwe oder deflorirten oder Ehebrecherin in consummirter Ehe gelebt hat [*bigam. interpretativa*]), *perfectae lenitatis* (wer erlaubter Weise zum Tod oder zur Verstümmelung eines Menschen mitgewirkt hat), *libertatis* (Sklaven, Ehemänner ohne Einwilligung ihrer Herrn resp. Ehefrauen, Tutoren, Staatsbeamte vor Rechnungslegung), b) *ex delicto.* Die irregularitas

sacram ordinationem non esse vere et proprie sacramentum a Christo domino institutum vel esse figmentum quoddam humanum excogitatum a viris rerum ecclesiasticarum imperitis aut esse tantum ritum quendam eligendi ministros verbi dei et sacramentorum, anathema sit.

§. 51. 2) *D.* 25. *c.* 1. (*Isid. v. Sevilla*): §. 1. Ad hostiarium . . . pertinent claues ecclesiae, ut aperiat et claudat templum Dei et omnia, que sunt intus extraque, custodiat; fideles recipiat, excommunicatos et infideles excipiat. §. 2. Ad exorcistam pertinet exorcismos memoriter retinere, manusque super energuminos et catecuminos in exorzizando imponere. §. 3. Ad acolitum pertinet preparatio luminariorum in sacrario; ipse cereum portat, ipse suggesta pro eucharistia calicis preparat. §. 4. Ad psalmistam pertinet offitium canendi, dicere benedictiones, laudes, sacrificium, responsoria, et quicquid pertinet ad canendi peritiam. §. 5. Ad lectorem pertinet lectiones pronunciare, et ea, que prophetae uaticinauerunt, populis predicare. §. 6. Ad subdiaconum pertinet calicem et patenam ad altare Christi deferre et Leuitis tradere, eisque ministrare; urceolum quoque et aquamanile et manutergium tenere; episcopo et presbiteris et Leuitis pro lauandis ante altare manibus aquam prebere. §. 7. Ad diaconum pertinet assistere sacerdotibus, et ministrare in omnibus, que aguntur in sacramentis Christi: in baptismo scilicet, in crismate in patena et calice; oblationes quoque inferre et disponere in altari; componere etiam mensam Domini atque uestire, crucem ferre, et predicare euangelium et Apostolum. Nam sicut lectoribus uetus testamentum, ita diaconibus nouum predicare preceptum est. Ad ipsum quoque pertinet offitium precum et recitatio nominum; ipse premonet aures habere ad Deum, ipse hortatur clamare, ipse donat pacem et ipse annuntiat. §. 8. Ad presbiterum pertinet sacramentum corporis et sanguinis Domini in altario conficere, orationes dicere, et benedicere dona Dei. §. 9. Ad episcopum pertinet basilicarum consecratio, unctio altaris et confectio crismatis. Ipse predicta offitia distribuit et ordines ecclesiasticos, ipse sacras uirgines benedicit, et, dum precessit in singulis unusquisque, iste tamen est preordinator in cunctis.

§. 52. 1) *I. Cor. XIV.* 34: Mulieres in ecclesiis taceant, non enim permittitur eis loqui, sed subditas esse sicut et lex dicit.

2) *C. Trid. Sess. XXIII. de ref. c.* 12: Nullus in posterum ad subdiaconatus ordinem ante vigesimum secundum, ad diaconatus ante vigesimum tertium, ad presbyteratus ante vigesimum quartum aetatis suae annum promoveatur (vgl. §. 53. no. 1. 6.).

3) *c.* 14: Qui .... ad presbyteratus gradum assumuntur .... ad populum docendum ea quae scire omnibus necessarium est ad salutem et administranda sacramenta, diligenti examine praecedente idonei comprobentur.

betrifft diejenigen, welche α) vor Gericht erwiesene oder öffentlich bekannt gewordene Vergehen begangen haben, β) welche, wenn auch geheim, im Recht speciell angegebene Delicte begangen haben (Tödtung, Verstümmelung, Ketzerei, Apostasie, Missbrauch des Taufsacraments, ordnungswidriger Empfang der Weihen *obreptio ordinis*, *ordinatio per saltum*, ordnungswidrige Ausübung derselben, Verletzung der Cölibatsvorschriften für die ordines maiores [*bigamia similitudinaria*]), γ) welche andere dem Bischof nicht gerichtlich verlautbar gewordene (*ex informata conscientia*)[4] Vergehungen sich haben zu Schulden kommen lassen. Die Wirkung der Irregularität ist, dass ein Irregulärer nicht licite (siehe oben) ordinirt, und wenn er schon ordinirt ist, nicht zu einem höheren Weihegrade befördert werden, oder die mit der unberechtigten Weihe verbundenen Functionen ausüben darf. Die Heilung der Irregularität erfolgt zum Theil durch die Bischöfe, theils ohne Dazuthun dritter (aetatis, scientiae), theils endlich und regelmässig durch den Papst. 3. Im alten Recht wurde nur ordinirt für ein bestimmtes Amt an einer bestimmten Kirche (*titulus*), später auch ohne Rücksicht darauf (*absolute*), wenn nur der Weihekandidat den Besitz der nothwendigen Subsistenzmittel nachweisen konnte. Daraus ist das heutige Recht erwachsen, wonach absolut ordinirt werden kann, aber für die ordines maiores die Bedingung des standesgemässen Unterhaltes (*titulus*) nachgewiesen sein muss[5]. Der regelmässige titulus ist der *beneficii* (Amtseinkommen aus der geistlichen Stelle, für welche der Ordinandus geweiht werden soll); daneben ist zulässig *t. patrimonii*[6] *vel pensionis* (eigenes Vermögen), *mensae* (Verpflichtung Dritter, heute namentlich der Landesherrn, den Unterhalt zu übernehmen)[7-9], *professionis* (für Ordensglieder, die vom Orden erhalten werden), *missionis* (für die in der Mission Dienenden, deren Unterhalt die römischen Missionsanstalten übernehmen).

§. 52. 4) *C. Trid. Sess. XIV. de reform.:* Quum honestius ac tutius sit subiecto, debitam praepositis obedientiam impendendo in inferiori ministerio deservire, quam cum praepositorum scandalo graduum altiorum appetere dignitatem, ei, cui ascensus ad sacros ordines a suo praelato ex quacunque causa, etiam ob occultum crimen, quomodolibet, etiam extraiudicialiter, fuerit interdictus, aut qui a suis ordinibus seu gradibus, vel dignitatibus ecclesiasticis fuerit suspensus, nulla contra ipsius praelati voluntatem concessa licentia de se promoveri faciendo, aut ad priores ordines, gradus, dignitates sive honores restitutio suffragetur.

5) *C. Trid. Sess. XXI. de reform. c.* 2: Quum non deceat eos, qui divino ministerio adscripti sunt, cum ordinis dedecore mendicare, aut sordidum aliquem quaestum exercere, compertumque sit, complures plerisque in locis ad sacros ordines nullo fere delectu admitti, qui variis artibus ac fallaciis confingunt se beneficium ecclesiasticum aut etiam idoneas facultates obtinere: statuit sancta synodus, ne quis deinceps clericus saecularis, quamvis alias sit idoneus moribus, scientia et aetate, ad sacros ordines promoveatur, nisi prius legitime constet, eum beneficium ecclesiasticum, quod sibi ad victum honeste sufficiat, pacifice possidere. Id vero beneficium resignare non possit, nisi facta mentione, quod ad illius beneficii titulum sit promotus; neque ea resignatio admittatur, nisi constito, quod aliunde vivere commode possit; et aliter facta resignatio nulla sit. Patrimonium vero vel pensionem obtinentes ordinari posthac non possint, nisi illi, quos episcopus iudicaverit assumendos pro necessitate vel commoditate ecclesiarum suarum; eo quoque prius perspecto, patrimonium illud vel pensionem vere ab eis obtineri, taliaque esse, quae eis ad vitam sustentandam satis sint. Atque illa deinceps sine licentia episcopi alienari aut exstingui vel remitti nullatenus possint, donec beneficium ecclesiasticum sufficiens sint adepti, vel aliunde habeant unde vivere possint; antiquorum canonum poenas super his innovando.

6) *Constit. Pii IX. v.* 12. *Oct.* 1869: Suspensionem per triennium a collatione ordinum ipso iure incurrunt aliquem ordinantes absque titulo beneficii vel patrimonii cum pacto, ut ordinatus non petat ab ipsis alimenta.

7) *Verordn. v.* 30. *Jan.* 1830 *in d. Staaten d. oberrhein. Kirchenprovinz* §. 28: Der landesherrliche Tischtitel giebt die urkundliche

II. *In der Person des Ordinans:* Valide kann zu den höheren Weihen ordiniren jeder Bischof; licite nur der Papst überall und alle, der Bischof wenn er *competent* ist. Diese Competenz[10] bestimmt sich aber a) *ratione originis*, Geburt des Candidaten innerhalb der Diöcese, b) *rat. domicilii* Domicil des Candidaten ebendaselbst, c) *beneficii*, Uebertragung eines Kirchenamtes in der Diöcese des weihenden Bischofes, d) *familiaritatis*, wenn der Ordinandus drei Jahre in dem unmittelbaren Dienst des Bischofs gestanden, von diesem erhalten, und in Monatsfrist nach der Weihe mit einem beneficium versehen wird. Auch der incompetente Bischof kann ordiniren, wenn der competente zu seinen Gunsten oder schlechthin (*facultas de promovendo a quocunque*) auf seine Competenzbefugnisse Verzicht geleistet, oder der Papst von der Beobachtung derselben dispensirt hat. Concurriren Competenzgründe, so soll der nicht Ordinirende dem Ordinirenden durch *Testimonialien* versichern, dass in seiner Diöcese etwaige Hindernisse für die Vornahme der Weihe nicht bekannt seien. Zur Ertheilung der niederen Weihen sind auch unter bestimmten Voraussetzungen die Aebte für ihre Mönche, und die Cardinäle für die Geistlichen ihrer Cardinalskirche befugt.

§. 53. 3. Die Ordinationshandlung.

Morinus, De sacr. eccles. ordinationib., Paris 1655. Antw. 1695 fol. Hinschius, K.-R. I. §. 1.

I. Die Vorbereitung[1] für die Ordination ist die anfänglich und jetzt mit

Versicherung, dass im eintretenden Falle der nicht verschuldeten Dienstunfähigkeit der dem geistlichen Stande angemessene Unterhalt, wofür ein Minimum von jährlich 3 bis 400 fl. festgesetzt wird, so wie die besondere Vergütung für Kur- und Pflegkosten subsidiarisch werde geleistet werden. Von dem Titulaten kann nur dann ein billiger Ersatz gefordert werden, wenn er in bessere Vermögensumstände kömmt, oder in der Folge eine Pfründe erhält, welche mehr als die Congrua abwirft.

§. 52. 8) *Verordn. v.* 1. *März* 1853 *f. d. Oberrhein. Kirchenprovinz* §. 8: Vor der Aufnahme in das Priesterseminar müssen die Candidaten in einer von der bischöflichen Behörde anzuordnenden und zu leitenden Prüfung gut bestanden sein .... Den Aufgenommenen wird der landesh. Tischtitel ertheilt.

9) *Sächs. Ges. v.* 23. *Aug.* 1876 §. 27: Der sogenannte Tischtitel darf nur an Solche, welche nach §§. 19 fg. zu Erlangung eines geistlichen Amtes befähigt sind und, seiten des Staates, nur im Falle nachgewiesenen Bedürfnisses gewährt werden.

10) *Innocent. XII. Speculatores domus* (1694) §. 4: Ceterum subditus ratione originis is tantum sit ac esse intelligatur, qui naturaliter ortus est in ea dioecesi in qua ad ordines promoveri desiderat, dummodo tamen ibi natus non fuerit ex accidenti occasione, nimirum itineris, officii, legationis, mercaturae vel cuiusvis alterius temporalis morae seu permanentiae eius patris in illo loco, quo casu nullatenus eiusmodi fortuita nativitas, sed vera tantum et naturalis patris origo erit attendenda. Quod si quis tanto temporis spatio in eo loco, in quo ex accidenti . . natus est, moram traxerit, ut potuerit ibidem canonico aliquo impedimento irretiri, tunc etiam ab ordinario eius loci litteras testimoniales . . obtinere illasque episcopo ordinanti per eum in collatorum ordinum testimonio similiter recensendas praesentare teneantur. §. 5: At si pater in alieno loco, ubi eius filius natus est, tamdiu eo animo permanserit, ut inibi vere domicilium de iure contraxerit, tunc non origo patris, sed domicilium per patrem legitime ut praefatur contractum, pro ordinatione eiusdem filii attendi debeat. Subditus autem ratione domicilii ad effectum suscipiendi ordines is duntaxat censeatur, qui, licet alibi natus fuerit, illud tamen adeo stabiliter constituerit in aliquo loco, ut vel per decennium saltem in eo habitando vel maiorem rerum ac bonorum suorum partem cum instructis aedibus in locum huiusmodi transferendo ibique insuper per aliquod considerabile tempus commorando satis superque suum perpetuo ibidem permanendi animum demonstraverit; et nihilominus alterius utroque casu se vere et realiter animum huiusmodi habere iureiurando affirmet. Si quis tamen a propriae originis loco in ea aetate discesserit, qua potuerit alicui canonico impedimento obnoxius effici, etiam odinarii suae originis testimoniales literas . . affere debebit, ac de illis expressa similiter mentio in susceptorum ordinum literis facienda erit.

§. 53. 1) *C. Trid. Sess. XXIII. de reform.*

der ersten niederen Weihe verbundene, in der mittleren Zeit ihr vorangehende und selbstständige Handlung der Ertheilung der *Tonsur*[2] durch den Bischof, welche jetzt geistliche Standesrechte nicht mehr gewährt. II. Ferner wird vorher eine Untersuchung (*scrutinium*)[3. 4] über die Tauglichkeit des Weihecandidaten gefordert. III. Die Ertheilung der höheren Weihen erfolgt regelmässig in der Kathedrale und wenn nicht durch den Papst selbst, oder einen Bischof, der durch päpstliches Indult (*breve extra tempora*) von der Beobachtung der vorgeschriebenen Zeit dispensirt ist, nur an den vier Quatembersonnabenden und den vor Judica und Ostern. Die niederen Weihen können überall, an jedem Sonn- und Festtage ertheilt werden. IV. Zwischen der Ertheilung der niederen Weihen und der Subdiaconatsweihe, so wie zwischen der der höheren Weihen muss ein bestimmter Zeitraum liegen[5], was indessen durch die Uebung dahin gestaltet ist, dass nicht mehrere höhere Weihen an einem Tage ertheilt werden dürfen, und niemals die gesetzliche Reihenfolge der Weihegrade unbeobachtet bleiben soll[6].

c. 4: Prima tonsura non initientur qui sacramentum confirmationis non susceperint, et fidei rudimenta edocti non fuerint, quique legere et scribere nesciant, et de quibus probabilis coniectura non sit, eos non saecularis iudicii fugiendi fraude, sed, ut Deo fidelem cultum praestent, hoc vitae genus elegisse.

§. 53. 2) *Catechis. Rom. P. II. XXIX:* Tondentur vero capilli ad coronae speciem et similitudinem quam perpetuo conservare oportet: et ut quisque in altiori deinceps Ordinis gradu collocatur sic eius orbis forma latior circumscribi debet.

3) *C. Trid. Sess. XXIII. de ref. c.* 5: Ad minores ordines promovendi bonum a parocho et a magistro scholae, in qua educantur, testimonium habeant. Hi vero, qui ad singulos maiores erunt assumendi, per mensem ante ordinationem episcopum adeant, qui parocho aut alteri, cui magis expedire videbitur, committat, ut nominibus ac desiderio eorum, qui volent promoveri, publice in ecclesia propositis, de ipsorum ordinandorum natalibus, aetate, moribus et vita a fide dignis diligenter inquirat, et literas testimoniales, ipsam inquisitionem factam continentes, ad ipsum episcopum quam primum transmittat.

4) *c.* 7. *ib.:* Sancta synodus antiquorum canonum vestigiis inhaerendo decernit, ut, quando episcopus ordinationem facere disposuerit, omnes, qui ad sacrum ministerium accedere voluerint, feria quarta ante ipsam ordinationem, vel quando episcopo videbitur, ad civitatem evocentur. Episcopus autem, sacerdotibus et aliis prudentibus viris peritis divinae legis ac in ecclesiasticis sanctionibus exercitatis sibi adscitis, ordinandorum genus, personam, aetatem, institutionem, mores, doctrinam et fidem diligenter investiget et examinet.

5) *C. Trid. Sess. XXIII. de ref. c.* 13: Subdiaconi et diaconi ordinentur habentes bonum testimonium, et in minoribus ordinibus iam probati, ac literis et iis, quae ad ordinem exercendum pertinent, instructi. Qui sperent Deo auctore se continere posse, ecclesiis, quibus adscribentur, inserviant, sciantque maxime decere, si saltem diebus dominicis et solennibus, quum altari ministraverint, sacram communionem perceperint. Promoti ad sacrum subdiaconatus ordinem, si per annum saltem in eo non sint versati, ad altiorem gradum, nisi aliud episcopo videatur, adscendere non permittantur. Duo sacri ordines non eodem die, etiam regularibus, conferantur; privilegiis ac indultis quibusvis concessis non obstantibus quibuscunque.

6) *C. Trid. Sess. XXIII. de ref. c.* 11: Minores ordines iis, qui saltem latinam linguam intelligant, per temporum interstitia, nisi aliud episcopo expedire magis videretur, conferantur, ut eo accuratius quantum sit huius disciplinae pondus possint edoceri, ac in unoquoque munere iuxta praescriptum episcopi se exerceant, idque in ea, cui adscripti erunt, ecclesia (nisi forte ex causa studiorum absint), atque ita de gradu in gradum adscendant, ut in iis cum aetate vitae meritum et doctrina maior accrescat, quod et bonorum morum exemplum, et assiduum in ecclesia ministerium, atque maior erga presbyteros et superiores ordines reverentia, et crebrior, quam antea, corporis Christi communio maxime comprobabunt. Quumque hinc ad altiores gradus et sacratissima mysteria sit ingressus, nemo iis initietur, quem non scientiae spes maioribus ordinibus dignum ostendat. Hi vero non nisi post annum a susceptione postremi gradus minorum ordinum ad sacros ordines promoveantur, nisi necessitas aut ecclesiae utilitas iudicio episcopi aliud exposcat.

§. 54. 4. Die Wirkungen der Ordination.

Thiele, De charactere indelebili qui ex Rom. — cathol. eccl. doctrina in ordinis sacram. in anima inprimitur (Regiomont. 1861). Ant. u. August. Theiner, D. Einführung d. gezwungenen Ehelosigkeit bei den christl. Geistlichen und ihre Folgen, Altenburg 1828 (1845) 1. 2. Carové, Ueber d. Cölibatgesetz d. röm.-kath. Klerus, Frankf. 1832 Abth. 1. 2. Roskovány, Coelibatus et breviarium ... e monum. omn. saecul. demonstrat., Pest 1861 1—5. Lea, An historical sketch of sacerdotal celibacy in the christian church, Philadelphia 1867. — Hinschius, K.-R. I. §. 15—19.

I. Durch die Ordination empfängt der Geweihte die Fähigkeit, alle mit seinem Weihegrade verbundenen Functionen gültig, erlaubt aber nur dann auszuüben, wenn er eine *missio legitima* dazu erhalten hat. Die Bischofs- und Priesterweihe verleiht aber nach heutigem Recht einen *character indelebilis*[1. 2], welcher weder durch Urtheilsspruch entzogen, noch durch Resignation aufgegeben werden kann, noch endlich selbst durch Abfall von der Kirche verloren geht. Dagegen können die rechtlichen Verpflichtungen, die aus dem Ordo entstehen, auf dem Wege der Dispensation gehoben werden. II. Diese Verpflichtungen bestehen in der Beobachtung des *decorum clericale*[3], Tragen der Tonsur, Enthalten von weltlichen Geschäften und Vergnügungen, Abhaltung täglichen Gebetsdienstes, namentlich aber im *Coelibate*. III. Die älteste Kirche weiss nichts von einem Eheverbote[4] für Geistliche oder der mosaischen Vorschrift, dass der Priester am Tage seiner Amtshandlung sich der Beiwohnung enthalten solle. Nur die zweite Ehe war wie den Leviten so auch den christlichen Geistlichen verboten. Bald griff indessen eine strengere Richtung Platz, so dass das *C. von Nicaea* (325)[5] es schon als eine alte Gewohnheit bezeichnen konnte, dass ordinirte Priester und Diakonen nicht mehr

§. 54. 1) *Dist. L. c.* 7. (*c.* 22. *C. Epaon.* 517.): Si episcopus, presbiter, aut diaconus capitale crimen commiserit, aut cartam falsauerit, aut falsum testimonium dixerit, ab officii honore depositus in monasterio detrudatur, et ibi quamdiu uixerit laicam tantummodo communionem accipiat.

2) *C. Trid. Sess. XXIII.* c. 4: Si quis dixerit, per sacram ordinationem non dari Spiritum sanctum, ac proinde frustra episcopos dicere: Accipe Spiritum sanctum; aut per eam non imprimi characterem; vel eum, qui sacerdos semel fuit, laicum rursus fieri posse: anathema sit.

3) *C. Trid. Sess. XXIII. de ref. c.* 1: Nihil est, quod alios magis ad pietatem et Dei cultum assidue instruat, quam eorum vita et exemplum, qui se divino ministerio dedicarunt. Quum enim a rebus saeculi in altiorem sublati locum conspiciantur, in eos tanquam in speculum reliqui oculos coniiciunt, ex iisque sumunt quod imitentur. Quapropter sic decet omnino clericos in sortem Domini vocatos vitam moresque suos omnes componere, ut habitu, gestu, incessu, sermone aliisque omnibus rebus nil nisi grave, moderatum ac religione plenum prae se ferant; levia etiam delicta, quae in ipsis maxima essent, effugiant, ut eorum actiones cunctis afferant venerationem. Quum igitur, quo maiore in ecclesia Dei et utilitate et ornamento haec sunt, ita etiam diligentius sint observanda, statuit sancta synodus, ut quae alias a summis Pontificibus et a sacris conciliis de clericorum vita, honestate, cultu doctrinaque retinenda, ac simul de luxu, comessationibus, choreis, aleis, lusibus, ac quibuscunque criminibus, nec non saecularibus negotiis fugiendis copiose ac salubriter sancita fuerunt, eadem in posterum iisdem poenis, vel maioribus arbitrio ordinarii imponendis observentur; nec appellatio exsecutionem hanc, quae ad morum correctionem pertinet, suspendat. Si qua vero ex his in desuetudinem abiisse compererint, ea quam primum in usum revocari et ab omnibus accurate custodiri studeant; non obstantibus consuetudinibus quibuscunque, ne subditorum neglectae emendationis ipsi condignas Deo vindice poenas persolvant.

4) *Hieronym. ep.* 18. *ad Eustach.*: Laudo nuptias, laudo coniugium, sed quia mihi virgines generant, lego de spinis rosam, de terra aurum, de concha margaritam.

5) *Socrates hist. eccl. I*, 8: Visum erat Episcopis legem novam in ecclesiam introducere, ut qui essent sacris initiati, sicut Episcopi, Presb. et Diac., cum uxoribus, quas cum erant laici in matrimonium duxissent, minime dormirent, controversia de hac re exorta est penitus sedata, potestasque permissa cuique pro arbitratu ab uxoris consuetudine abstinendi.

heirathen, wenn aber schon verheirathet ihre Ehe fortsetzen dürften[6. 7]. Dadurch unterschied sich die oströmische Rechtsbildung von der weströmischen, wo um dieselbe Zeit von den Ordinirten schlechtweg ein Gelübde der Keuschheit verlangt, und auch die Subdiaconen mit in den Kreis der verpflichteten Personen gezogen wurden[8]. Doch hatte der Bruch des Gelübdes nicht Ungültigkeit der geschlossenen Ehe zur Folge sondern Verlust des Amtes. Allmählig aber änderte sich auch das oströmische Recht[9. 10], indem einmal die gegen das Verbot geschlossenen Ehen für nichtig erklärt, andererseits aber Verheirathete zur Ordination zugelassen, ohne dass ihnen, mit Ausnahme der Bischöfe, Trennung von ihren Ehefrauen zur Pflicht gemacht wurde. Das ist im Morgenlande Rechtens geblieben, während im Abendlande der Cölibat praktisch kaum existirte, bis er durch *Gregor VII.* aus kirchenpolitischen Motiven neu eingeschärft[11], und seit dem XII. Jahrhundert durch die Gesetzgebung dahin ausgebildet wurde, dass für die ordines maiores jede Ehe als

§. 54. 6) *Dist.* 28. *c.* 8. (*C. v. Ancyra. ao.* 314): Diaconi quicumque ordinantur, si in ipsa ordinatione protestati sunt, dicentes, se uelle habere uxores, nec posse se continere, hi si, postea ad nuptias uenerint, maneant in ministerio, propterea quod his licentiam dederit episcopus. Quicumque sane tacuerint, et susceperint manus inpositionem professi continentiam, si postea ad nuptias conuenerint, a ministerio cessare debent.

7) *ib. c.* 9. (*C. v. Neocaesarea* 314—25): Presbiter si uxorem duxerit, ab ordine illum deponi debere. Quod si fornicatus fuerit, uel adulterium commiserit, extra ecclesiam abici et ad penitentiam inter laicos redigi oportet.

8) *Dist.* 32. *c.* 1. (*Leo* 446?): Cum sacerdotum tam excellens est electio, ut hec, que in aliis membris ecclesiae non uocantur ad culpam in illis tamen habeantur illicita. Cum enim extra clericorum ordinem constitutis nuptiarum societati et filiorum procreationi studere sit liberum, ad exhibendam tamen perfectae continentiae puritatem nec subdiaconibus carnale quidem conubium conceditur, ut et qui habent sint tamquam non habentes, et qui non habent permaneant singulares. Quod si in hoc ordine, qui quartus extat a capite, dignum est custodiri, quanto magis in primo, uel secundo tertioue seruandum est, ne aut leuitico aut presbiterali honore, aut episcopali excellentia quisquam idoneus existemetur, qui se a uoluptate luxuriae nec dum refrenasse detegitur.

9) *l.* 45. *Cod. Iust.* (1, 3) [*Iustinian.*]: Sacris canonibus neque Dei amantissimis presbyteris, neque reverendissimis diaconis aut subdiaconis nuptias contrahere post huiusmodi ordinationem permittentibus, sed solis reverendissimis cantoribus et lectoribus id concedentibus, animadvertimus quosdam despicere sacros canones, et liberos generare ex mulieribus, quibus coniungi secundum sacerdotalem regulam non possunt .... ut omnes istiusmodi homines tam sacerdotio, quam diuino ministerio atque etiam dignitate ipsa, quam habent, priventur .... ne legitimis quidem sint ii, qui ex huiusmodi inordinata coniunctione nascuntur aut nati sunt, sed eam quae ex talibus seminibus oritur, participent turpitudinem.

10) *Dist.* 31. *c.* 13. (*Syn. v. Constantinopel.* 692 *c.* 13.): Quoniam in Romani ordine canonis esse traditum cognouimus, eos, qui ordinati sunt diaconi uel presbiteri, confiteri, quod iam non suis copulentur uxoribus: antiquum sequentes canonem apostolicae diligentiae et constitucionis, sacrorum uirorum legales nuptias amodo ualere uolumus, nullo modo cum uxoribus suis eorum conubia dissoluentes, aut priuantes eos familiaritate ad inuicem in tempore oportuno. Quicumque ergo dignus inuentus fuerit subdiaconali ordinatione, aut diaconali, aut sacerdotali, hi nullo modo prohibeantur ad talem ascendere gradum pro uxoris suae cohabitatione; nec in tempore ordinationis suae profiteri cogantur, quod abstinere debeant a legalis uxoris familiaritate.

11) *Dist.* 81. *c.* 15. (*Fragm. Concil. v.* 1074 *Gregor VII.*): Si qui sunt presbiteri, diaconi, uel subdiaconi, qui in crimine fornicationis iacent, interdicimus eis ex parte Dei omnipotentis et S. Petri auctoritate ecclesiae introitum, usque dum peniteant et emendent. Si qui uero in peccato suo perseuerare maluerint, nullus uestrum eorum audire presumat offitium, quia benedictio eorum uertitur in maledictionem, et oratio in peccatum, testante Domino, per Prophetam: „Maledicam," inquit, „benedictionibus uestris." Qui uero huic saluberrimo precepto obedire noluerint, ydolatriae peccatum incurrent, Samuele teste, et B. Gregorio instruente: „Peccatum ariolandi est non obedire, et scelus ydololatriae non adquiescere." Peccatum igitur pagani-

nichtig, für die minores als verboten, d. h. den Verlust der geistlichen Stelle herbeiführend erklärt wurde. Aber auch die Gregorianischen Gedanken hatten das ganze Mittelalter hindurch für ihre Verwirklichung zu kämpfen[12], bis sie erst durch das *Tridentinum*[13-15] und noch mehr die Bemühungen der Fürsten zu praktischem Rechte wurden, mit der Milderung, dass in Nothfällen auch niedere Cleriker verheirathet ihre Functionen ausüben dürfen[16]. IV. Den Verpflichtungen entsprechend sichert die Kirche andererseits den Geistlichen besondere Vorrechte. Zu diesen gehört das *privilegium canonis*[17-19], welches ihre persönliche Unverletzlichkeit garantirt, *immunitatis*, wonach sie und ihre Güter dienst- und steuerfrei sein sollen, *fori*, welches ihnen einen

tatis incurrit, quisquis, dum Christianum se esse asserit, apostolicae sedi obedire contempnit.

§. 54. 12) *Beschwerd. d. deutsch. Nation c.* 75: Insuper etiam clericos religiososque et seculares, accepto ab eisdem annuo censu, publice cum suis concubinis, pellicibus et aliis id genus meretricibus, illegitime cohabitare, liberosque procreare sinunt.

13) *C. Trident. Sess. XXV. de reform. c.* 14: Quam turpe ac clericorum nomine, qui se divino cultui addixerunt, sit indignum, in impudicitiae sordibus immundoque concubinatu versari, satis res ipsa, communi fidelium omnium offensione summoque clericalis militiae dedecore testatur. Ut igitur ad eam, quam decet, continentiam ac vitae integritatem ministri ecclesiae revocentur, populusque hinc eos magis discat revereri, quo illos vita honestiores cognoverit: prohibet sancta synodus quibuscunque clericis, ne concubinas aut alias mulieres, de quibus possit haberi suspicio, in domo vel extra detinere, aut cum iis ullam consuetudinem habere audeant; alioquin poenis a sacris canonibus vel statutis ecclesiarum impositis puniantur. Quod si a superioribus moniti ab iis se non abstinuerint, tertia parte fructuum, obventionum ac proventuum beneficiorum suorum quorumcunque et pensionum ipso facto sint privati, quae fabricae ecclesiae aut alteri pio loco arbitrio episcopi applicetur. Sin vero in delicto eodem cum eadem vel alia femina perseverantes secundae monitioni adhuc non paruerint, non tantum fructus omnes ac proventus suorum beneficiorum et pensiones eo ipso amittant, qui praedictis locis applicentur, sed etiam a beneficiorum ipsorum administratione, quoad ordinarius, etiam uti sedis apostolicae delegatus, arbitrabitur, suspendantur, et si ita suspensi nihilominus eas non expellant, aut cum iis etiam versentur, tunc beneficiis, portionibus, ac officiis et pensionibus quibuscunque ecclesiasticis perpetuo priventur, atque inhabiles ac indigni quibuscunque honoribus, dignitatibus, beneficiis ac officiis in posterum reddantur, donec post manifestam vitae emendationem ab eorum superioribus cum iis ex causa visum fuerit dispensandum. Sed si, postquam eas semel dimiserint, intermissum consortium repetere aut alias huiusmodi scandalosas mulieres sibi adiungere ausi fuerint, praeter praedictas poenas excommunicationis gladio plectantur.

14) *Oesterr. Bürgerl. Gesetzb.* §. 63: Geistliche, welche schon höhere Weihen empfangen .... haben, können keine gültigen Eheverträge abschliessen.

15) *Sächs. Bürgerl. Gesetzb.* §. 1619: Bestehen bei einer vom Staate anerkannten anderen Religionsgesellschaft als der evangelisch-lutherischen und reformirten, ausser diesen Ehehindernissen noch andere, wegen deren Nichtbeachtung die Ehe für nichtig zu achten ist, so gelten sie für die Mitglieder derselben.

16) *C. Trid. Sess. XXIII. de reform. c.* 17: Quod si ministeriis quatuor minorum ordinum exercendis clerici caelibes praesto non erunt, suffici possint etiam coniugati vitae probatae, dummodo non bigami, ad ea munia obeunda idonei, qui tonsuram et habitum clericalem in ecclesia gestent.

17) *c.* 29. *C.* 17. *qu.* 4. (*C. Lateran. II.* 1139): Si quis suadente diabolo huius sacrilegii uicium incurrerit, quod in clericum uel monachum uiolentas manus iniecerit, anathematis uinculo subiaceat, et nullus episcoporum illum presumat absoluere, nisi mortis urgente periculo, donec apostolico conspectui presentetur, et eius mandatum suscipiat.

18) *Pius IX. Constit. v.* 12. *Oct.* 1869: Excommunicationes latae sententiae Romano Pontifici reservatae: ... 2) siehe §. 114. no. 6.

19) *Reichsstrafgesetzb.* §. 196: Wenn die Beleidigung gegen eine Behörde, einen Beamten, einen Religionsdiener oder ein Mitglied der bewaffneten Macht, während sie in der Ausübung ihres Berufes begriffen sind, oder in Beziehung auf ihren Beruf, begangen ist, so haben ausser den unmittelbar Betheiligten auch deren amtliche Vorgesetzte das Recht, den Strafantrag zu stellen.

eigenen Gerichtsstand vor dem geistlichen Richter gewährt, und *competentiae*, wonach ihre Einkünfte nicht voll von der Execution in Anspruch genommen werden dürfen. Diese Vorrechte haben indessen in der neueren Gesetzgebung, so weit sie dem Principe staatlicher Rechtsgleichheit widerstreiten, nicht mehr Anerkennung gefunden[20-28].

Zweites Capitel. Die kirchlichen Aemter.

§. 55. I. Uebersicht.

Kirchenämter (*officia*) werden wegen der damit verbundenen Einkünfte auch *beneficia* genannt. Sie zerfallen 1. in *officia sacra*, mit welchen eine Ver-

§. 54. 20) *Sächs. Verf.-Urk.* §. 38: Alle Unterthanen haben zu den Staatslasten beizutragen.

21) *Baier. Verf.-Urk. tit.* 4. §. 9: Die Kirchen und Geistlichen sind in ihren bürgerlichen Handlungen und Beziehungen — wie auch in Ansehung des ihnen zustehenden Vermögens den Gesetzen des Staats und den weltlichen Gerichten untergeben; auch können sie von öffentlichen Staatslasten keine Befreiung ansprechen.

22) *Deutsches Gerichtsverfassungsgesetz* §. 15: Die Ausübung einer geistlichen Gerichtsbarkeit in weltlichen Angelegenheiten ist ohne bürgerliche Wirkung. Dies gilt insbesondere bei Ehe- und Verlöbnisssachen.

23) *Sächs. Bürgerl. Gesetzb.* §. 1897: Die Uebernahme einer Vormundschaft können ablehnen . . . 4) . . Kirchen- und Schuldiener.

24) *Preuss. Vormundschaftsordn. v.* 5. *Juli* 1875 §. 22: Wer ein Staatsamt oder ein besoldetes Amt in der Kommunal- oder Kirchenverwaltung bekleidet, bedarf zur Führung einer von dem Vormundschaftsgericht eingeleiteten Vormundschaft der Genehmigung der zunächst vorgesetzten Behörde.

25) *Reichsmilitärges. v.* 2. *Mai* 1874 §. 22: Die ausnahmsweise Zurückstellung oder Befreiung Militärpflichtiger vom Dienste im Frieden kann durch die oberste Instanz für Ersatz-Angelegenheiten des betreffenden Bundesstaats verfügt werden, wenn in einzelnen Fällen besondere in diesem Gesetze nicht ausdrücklich vorgesehene Billigkeitsgründe die Zurückstellung oder Befreiung rechtfertigen. Die Zurückstellung oder Befreiung ganzer Berufsklassen auf Grund der vorstehenden Bestimmung ist unzulässig. Durch Verheirathung eines Militärpflichtigen können Ansprüche auf Zurückstellung nicht begründet werden.

26) *Oesterr. Wehrgesetz v.* 5. *Dec.* 1868 §. 25: Die Candidaten und Zöglinge des geistlichen Standes aller gesetzlich eingeführten Kirchen und Konfessionen werden, wenn sie ins Heer (die Kriegsmarine oder in die Landwehr) eingereiht worden, behufs der Möglichkeit der Fortsetzung ihrer theologischen Studien mit Urlaub entlassen. Nachdem sie zu Priestern geweiht, bezw. zu Seelsorgern oder Hülfspredigern verwendet oder ernannt worden sind, werden die Betreffenden in die Seelsorglisten des Heeres eingetragen und können im Kriegsfalle ihrer Wehrpflicht entweder beim Heere (der Kriegsmarine) oder bei der Landwehr als gleichfalls Feldgeistliche genügen oder auch bei ständigen Spitälern als Seelsorger verwendet werden. Wenn jedoch solche Candidaten des geistlichen Standes oder Alumnen ihre theologischen Studien aufgeben oder auf ihren geistlichen Beruf verzichten, sind sie zum Kriegsdienst aufzufordern.

27) *Deutsche Civilprocessordn.* §. 725: Folgende Sachen sind der Pfändung nicht unterworfen: . . . 6) bei Offizieren, Deckoffizieren, Beamten, Geistlichen, Lehrern an öffentlichen Unterrichtsanstalten, Rechtsanwälten, Notaren und Aerzten die zur Verwaltung des Dienstes oder Ausübung des Berufs erforderlichen Gegenstände sowie anständige Kleidung; bei Offizieren, Militärärzten, Deckoffizieren, Beamten, Geistlichen und Lehrern an öffentlichen Unterrichtsanstalten ein Geldbetrag, welcher dem der Pfändung nicht unterworfenen Theile des Diensteinkommens oder der Pension für die Zeit von der Pfändung bis zum nächsten Termine der Gehalts- oder Pensionszahlung gleichkommt.

28) *Deutsche Civilprocessordn.* §. 749: Der Pfändung sind nicht unterworfen . . . 8) Das Diensteinkommen der Offiziere, Militärärzte und Deckoffiziere, der Beamten, der Geistlichen und der Lehrer an öffentlichen Unterrichtsanstalten; die Pension dieser Personen nach deren Versetzung in einstweiligen oder dauernden Ruhestand, sowie der nach ihrem Tode den Hinterbliebenen zu gewährende Sterbe- oder Gnadengehalt. Uebersteigen in den Fällen No. 7 und 8 das Diensteinkommen, die Pension oder die sonstigen Bezüge die Summe von fünfzehnhundert Mark für das Jahr, so ist der dritte Theil des Mehrbetrags der Pfändung unterworfen.

waltung heiliger Handlungen verknüpft ist, und die entweder mit Seelsorge verbunden sind (*curata*), oder nur die Verwaltung gewisser kirchlicher Functionen, namentlich der Messe (*simplicia*) begreifen; 2. in *beneficia maiora* mit welchen eine Regierungsgewalt verbunden ist (vom Bischof aufwärts und Aebte mit bischöflicher Jurisdiction) und deren Inhaber *praelati* heissen. *Dignitates* sind die Stiftsämter mit Ehrenvorrang und Jurisdiction, *personatus* bloss mit Ehrenvorrang, *officia* ohne beides.

II. Der Papst und seine Gehülfen.

§. 56. 1. Der Papst.

Roccaberti, Bibliotheca max. pontificia, Romae 1689 t. 1—21. fol. Roskovány, Roman. pontifex tanquam primas ecclesiae et princeps civilis e monumentis omnium saeculorum demonstratus Nitriae et Comaronii 1867 1-5. Janus, D. Papst u. d. Concil, Leipzig 1869. Schulte, D. Stellung d. Concil., Päpste u. Bischöfe v. hist. u. kanon. Standpunkt, Prag 1871. Delitzsch, Lehrsystem S. 146 ff. — Theiner, Codex diplomat. dominii temporal. S. Sedis Romae 1861 sq. 1—3. Sugenheim, Gesch. d. Entstehung u. Ausbild. d. Kirchenstaates, Leipzig 1854. Döllinger, Kirche und Kirchen, Papstthum und Kirchenstaat, München 1861. — Hinschius, K.-R. I. §. 22—25.

I. Der alte Streit zwischen *Papal-*[1] und *Episcopalsystem*[2] ist durch das *Concil. Vaticanum* zu Gunsten des ersteren erledigt, und dem Papste nicht nur die Unfehlbarkeit, sondern auch das Universalepiscopat in der ganzen Kirche zugesprochen worden. II. Die Befugnisse des Papstes werden eingetheilt: 1. *primatus iurisdictionis;* danach vertritt er die Kirche den Staaten gegenüber, und übt die Regierung der Kirche, deren religiöses und deren anstaltliches Leben er absolut leitet und bestimmt; 2. *primatus honoris:* der Titel *Papst, pontifex maximus,* die Anrede *sanctitas, sanctissime pater,* früher allen Bischöfen zustehend[3. 4], sind auf ihn beschränkt worden. Er trägt beständig das *pallium,* die dreifache Krone (*triregnum*)[5. 6], den graden Hirtenstab (*pedum rectum*), und wird von allen nicht souveränen Katholiken mit dem Fusskuss begrüsst. III. Aber auch eine weltliche Souveränetät war mit der kirchlichen verbunden, da der Papst den *Kirchenstaat* regierte, der juristisch als Kirchengut angesehen consequent geistlicher Verwaltung zufiel, und dessen

§. 56. 1) *Matth.* 16, 18. 19: Et ego dico tibi, quia tu es Petrus et super hanc petram aedificabo ecclesiam meam et portae inferi non praevalebunt adversus eam: et tibi dabo claves regni caelorum et quodcunque ligaveris super terram, erit ligatum et in caelis et quodcunque solveris super terram, erit solutum et in caelis.

2) *Concil v. Constanz Sess. V.:* Et primo declarat, quod ipsa in spiritu sancto legitime congregata, generale concilium faciens et ecclesiam catholicam militantem repraesentans potestatem a Christo immediate habuit cui quilibet cuiuscunque status vel dignitatis etiamsi papalis, existat, obedire tenetur in his quae pertinent ad fidem et exstirpationem dicti schismatis ac generalem reformationem ecclesiae Dei in capite et in membris. Item declarat quod quicunque cuiuscunque conditionis, status vel dignitatis etiamsi papalis existat, qui mandatis, statutis seu ordinationibus aut praeceptis huius sanctae synodi et cuiuscunque alterius concilii generalis legitime congregati super praemissis seu ad ea pertinentibus factis vel faciendis obedire contumaciter contemserit, nisi resipuerit, condignae poenitentiae subiiciatur et debite puniatur, etiam ad alia iuris subsidia, si opus fuerit recurrendo (vgl. §. 15. 17.).

3) *Walafrid. Strabo de exord. et increment. rer. eccles. c.* 7: Papa quod cuiusdam paternitatis nomen est et clericorum congruit dignitati (vgl. oben §. 13.).

4) *Gregor I. ep. an. Leander v. Sevilla* (*Ep. IX*, 121): Sanctitatis tuae accepi epistolatum.

5) *Anrede an den Papst bei der Krönung:* Accipe tiaram tribus coronis ornatam et scias patrem te esse principum et regum, rectorem orbis in terra, vicarium Salvatoris nostri Jesu Christi, cui est honor in saecula saeculorum.

6) *Sachsensp. I,* 1: Deme pavese is ok gesat to ridene to bescedener tiet up eneme blanken perde unde de keiser sal ime den stegerep halten, dur dat de sadel nicht ne winde.

Einkünfte zum Besten der ganzen Kirche zu verwenden waren. So erklärt es sich auch, dass *Pius IX.* gegen die Losreissung kirchenstaatlichen Gebietes im Jahre 1859 und 1860, so wie gegen die Vernichtung des Staates im Jahre 1870 als gegen eine *occupatio bonorum ecclesiae* Einsprache erhob[7], obgleich gerade die diesem Protest zu Grunde liegende Auffassung eines Staates als Object zu Gunsten eines ausser ihm stehenden Subjectes dem Begriffe des Staates widersprach und die Aufhebung seiner Existenz rechtfertigte. Die *italienische* Regierung hat die Unabhängigkeit des Papstes durch das *Gesetz vom* 13. *Mai* 1871[8] zu garantiren gesucht.

§. 57. 2. Die Papstwahl.

Floss, D. Papstwahl unter d. Ottonen, Freib. 1858. Zöpfell, D. Papstwahl. u. d. mit ihnen im nächsten Zusammenhang stehenden Ceremonien v. 11. — 14. Jahrhundert. Cartwright, On papal conclaves, Edinburgh 1868. Lorenz, Papstwahl und Kaiserth., Berlin 1874. Hinschius, K.-R. I. §. 36—30. Waitz, In Forsch. z. deutschen Gesch. IV. S. 103 ff. Götting. 1864. VII. S. 404 ff. X. 614 ff.

Die Wahl des Papstes unterlag zuerst den bei Bischofswahlen gewöhnlichen Vorschriften, d. h. erfolgte unter Theilnahme der benachbarten Bischöfe durch Clerus und Volk. Doch nahmen nicht nur die deutschen in Italien herrschenden Könige einen Einfluss in Anspruch, sondern auch die Bestätigung des römischen Kaisers war vor der Consecration einzuholen[1-4]. Noch stärker trat die Abhängigkeit der Papstwahl unter den karolingischen Königen[5. 6] her-

§. 56. 7) *Pius IX. Encycl. v.* 1. *Nov.* 1870: Declaramus, Nostram mentem, propositum et voluntatem esse omnia huius S. Sedis dominia eiusdemque iura integra intacta inviolata retinere, atque ad successores Nostros transmittere; quamcumque, eorum usurpationem, tam modo quam antea factam, iniustam violentam nullam irritamque esse, omniaque perduellium et invasorum acta, sive quae hactenus gesta sunt, sive quae forsitan in posterum gerentur ad praedictam usurpationem quoquo modo confirmandam, a Nobis etiam nunc pro tunc damnari, rescindi, cassari et abrogari. Declaramus praeterea et protestamur coram Deo et universo orbe Catholico, Nos in eiusmodi captivitate versari, ut supremam Nostram pastoralem auctoritatem tuto expedite ac libere minime exercere possimus.

8) *Ital. Gesetz v.* 13. *Mai* 1871 siehe Anhang IV.

§. 57. 1) *Liber diurnus Formular an d. princeps:* Ideoque lacrymabiliter cuncti famuli supplicamus ut dominorum pietas servorum suorum obsecrationem dignanter exaudiat, et concessa pietatis suae iussione petentium desideria pro mercede imperii sui ad effectum de ordinatione ipsius praecipiat pervenire, quatenus per sacros clementiae vestrae apices sub pastore eodem constituti, pro vita imperioque serenissimorum dominorum nostrorum principem cuius ecclesiae dignum ordinari gubernatorem conceditis, iugiter exoremus.

2) *Liber diurnus ad AEpum Ravennat.:* In uno quippe post triduo, ut moris est, convenientibus nobis id est sacerdotibus et reliquo omni clero eminentissimis consulibus et gloriosis iudicibus ac universitate civium ac florentis Romani exercitus in personam amatoris vestri ac oratoris domini nostri illius sanctissimi huius apostolicae sedis archidiaconi electionis vota contulimus. In cuius Deo dedicata electione nullus gratia Sancti Spiritus illustrante defuit; sed omnium vota concorditer convenerunt.

3) *Liber diurnus Formular an den Exarchen v. Ravenna:* Supplicamus, ut celerius, Deo cooperante vestrisque praecordiis inspirante, apostolicam sedem de perfecta eiusdem nostri patris ordinatione adornare praecipiatis.

4) *Iohann. Diaconus vita Gregorii I.:* Gregorium licet totis viribus renitentem clerus, senatus populusque Romanus sibi concorditer pontificem delegerunt. At ubi decretum generalitatis evadere nequivit . . . imperatori Mauritio . . . latenter litteras destinavit, adiurans . . . ne umquam assensum populis praeberet, ut se huius honoris sublimaret.

5) *Capit. Hlotharii* (*ao.* 824) *c.* 3: Volumus ut in electione pontificis, nullus praesumat venire neque liber neque servus qui aliquod impedimentum faciat, illis solummodo Romanis quibus antiquitus fuit consuetudo concessa per constitutionem sanctorum patrum eligendi pontificem. Quodsi quis contra hanc iussionem nostram facere praesumpserit exilio tradatur. — Sacramentum Romanorum (ibid.): Promitto ergo ille per Deum omnipotentem et per ista sacra quatuor evangelia et per hanc crucem domini nostri Jesu Christi et per corpus beatissimi Petri principis apo-

vor, und steigerte sich unter den deutschen Königen[7] bis zur directen Ernennung. Dagegen reagirte die Constitution *Nicolaus II.* von 1059[8], ohne indessen das Bestätigungsrecht des Königs aufzuheben. Die Bestimmung dieses Gesetzes, dass nur Cardinal-Bischöfe active Wahlberechtigung haben sollten, wurde indessen nicht praktisch, sondern dieselbe fiel allen Cardinälen zu[9], und auch die Bestätigung des Kaisers kam in Fortfall. In der Folgezeit präcisirten das *dritte Lateranconcil* (1179)[10], das *zweite von Lyon* (1274)[11] und *Clemens V.*

stolorum, quod ab hac die in futurum fidelis ero dominis nostris imperatoribus Hludowico et Hlothario diebus vitae meae, iuxta vires et intellectum meum, sine fraude atque malo ingenio, salva fide quam repromisi domno apostolico; et quod non consentiam ut aliter in hac sede Romana fiat electio pontificis nisi canonice et iuste, secundum vires et intellectum meum; et ille qui electus fuerit, me consentiente consecratus pontifex non fiat, priusquam tale sacramentum faciat in praesentia missi domni imperatoris et populi cum iuramento quale domnus Eugenius papa sponte pro conversatione omnium factum habet per scriptum.

§. 57. 6) *Annal. Prudentii Trecensis a.* 858: (Nicolaus) praesentia magis ac favore Ludovici regis et procerum eius quam cleri electione substituitur.

7) *Contin. Regin. ao.* 965: Leo papa obiit Tunc legati Romanorum, Azo videlicet protoscriniarius et Marinus Sutriensis ecclesiae episcopus imperatorem pro instituendo quem vellet Romano pontifice in Saxonia adeuntes, honorifice suscipiuntur et remittuntur. Et Otgarus Spirensis episcopus et Lingo Cremonensis episcopus, cum eisdem Romam ab imperatore diriguntur. Tunc ab omni plebe Romano Iohannes, Narniensis ecclesiae episcopus, eligitur.

8) *Nicolaus II.* 1059 (*Dist.* 23. *c.* 1): Decernimus atque statuimus, ut, obeunte huius Romanae ecclesiae uniuersalis Pontifice, inprimis cardinales episcopi diligentissima simul consideratione tractantes, mox sibi clericos cardinales adhibeant: sicque reliquus clerus et populus ad consensum nouae electionis accedant, nimirum precauentes, ne uenalitatis morbus aliqua occasione subrepat. Religiosissimi uiri preduces sint in promouenda Pontificis electione, reliqui autem sequaces. §. 3. Certus uero atque legitimus hic electionis ordo perpenditur, si, perspectis diuersorum Patrum regulis siue gestis, etiam illa B. predecessoris nostri Leonis sententia recolatur. „Nulla," inquit, „ratio sinit, ut inter episcopos habentur, qui nec a clericis sunt electi, nec a plebibus expetiti, nec a comprouincialibus episcopis cum metropolitani iudicio consecrati." Quia sedes apostolica cunctis in orbe terrarum prefertur ecclesiis atque ideo super se metropolitanum habere non potest, cardinales episcopi proculdubio metropolitani uice funguntur, qui uidelicet electum antistitem ad apostolici culminis apicem prouehant. §. 4. Eligatur autem de ipsius ecclesiae gremio, si reperitur idoneus; uel si de ipsa non inuenitur, ex alia assumatur; saluo debito honore et reuerentia dilecti filii Henrici, qui in presentiarum rex habetur, et futurus imperator Deo concedente speratur, sicut iam sibi concessimus et successoribus illius, qui ab hac apostolica sede hoc ius personaliter impetrauerint. §. 5. Quod si prauorum atque iniquorum hominum ita peruersitas inualuerit, ut pura, sincera atque gratuita fieri in Urbe non possit electio, cardinales episcopi cum religiosis clericis catholicisque laicis, licet paucis, ius potestatis obtineant, eligere apostolicae sedis Pontificem, ubi congruerit. §. 6. Plane, postquam electio fuerit facta, si bellica tempestas uel qualiscumque hominum conatus malignitatis studio restiterit, ut is, qui electus est, in apostolica sede iuxta consuetudinem inthronizari non ualeat, electus tamen, sicut uere Papa, auctoritatem obtineat regendi Romanam ecclesiam, et disponendi omnes facultates illius; quod beatum Gregorium ante consecrationem suam fecisse cognouimus.

9) *Nicolaus II. decretum c. Simoniacos* 1059: Si quis pecunia vel gratia humana vel populari seu militari tumultu sine concordi et canonica electione ac benedictione cardinalium episcoporum ac deinde sequentium ordinum religiosorum clericorum fuerit apostolicae sedi inthronizatus, non papa vel apostolicus sed apostaticus habeatur. *Anselm. v. Lucca Coll. can. VI*, 16: Ebenso aber statt „cardinalium episcoporum" nur „cardinalium," statt „liceatque cardin. epicopis" nur „cardinalibus."

10) *C. Lateran. III.* 1179 *c.* 1. (*c.* 6. *X. de elect.* 1, 6): Statuimus ergo, ut si forte, inimico homini superseminante zizaniam, inter cardinales de substituendo summo pontifice non poterit esse plena concordia et duabus partibus concordantibus pars tertia concordare noluerit, aut sibi alium praesumpserit nominare, ille absque ulla exceptione ab universali ecclesia Romanus pontifex habeatur qui a duabus partibus concordantibus electus fuerit et receptus.

11) *c.* 3. *de elect. in VIto* (1, 6.) siehe Anhang no. V.

(1305—1314)[12] das Wahlrecht so wie es nach der massgebenden Bulle *Gregors XV. Aeterni Pastoris*[13] (1621) noch im Wesentlichen heute in Geltung ist. Danach ist das active Wahlrecht auf die am Wahlorte anwesenden Cardinäle beschränkt, das passive an die zur Erlangung der Bischofswürde nothwendigen Qualitäten gebunden. Die Wahl geschieht in einem zu diesem Zwecke eingerichteten Gebäude (*conclave*) zwölf Tage nach Eintritt der Sedisvacanz, unter strenger Clausur der Wähler, entweder durch Acclamation (*per inspirationem*) oder *per compromissum*, d. h. durch diejenigen, welchen die Wähler einstimmig ihr Wahlrecht übertragen haben, oder *per scrutinium*, in schriftlicher geheimer Abstimmung mit zwei Drittel Majorität. Hat das Scrutinium dieses Ergebniss nicht erzielt, so erfolgt eine engere Wahl (*accessus*), in welcher nur gewählt werden darf, wer im Scrutinium eine Stimme erhalten hat, und Niemand denjenigen wählen darf, dem er im Scrutinium seine Stimme gegeben hatte. Durch die Annahme-Erklärung erlangt der Gewählte, der seinen Namen zu wechseln pflegt, die päpstliche Jurisdiction. Ist der Gewählte noch nicht Bischof, so wird er consecrirt, sonst benedicirt. Die darauf folgende Krönung ist mit der Besitznahme des Laterans verbunden. Herkömmlich üben die grösseren katholischen Staaten (*Oesterreich, Frankreich, Spanien*, früher *Neapel*) die Befugniss, jeder bei jeder Papstwahl je einen Cardinal für passiv wahlunfähig zu erklären (*Exclusiva*).

§. 58. 3. Die Cardinäle.

Cardella, Memorie storiche de' Cardinali della S. R. chiesa, Rom. 1792 sqq. 1—9. Bangen, Die röm. Curie, S. 26 ff. Hinschius, K.-R. I. §. 32—39.

Wie jeder Bischof in seinem Diöcesanregiment durch die Geistlichkeit seiner Kirche unterstützt wurde, so auch der römische durch die presbyteri der sieben römischen Hauptkirchen (*tituli*) und die Diaconen der sieben städtischen Regionen (*diaconi regionarii*), welche den auch anderwärts[1] vorkom-

§. 57. 12) *Clem.* 2. *de elect.* (1,3): .. Sane cum iuxta constitutionem praedictam papa extra ciuitatem, in qua cum sua erit curia, moriente in ciuitate, in cuius districtu seu territorio moritur, sit regulariter successoris electio celebranda, districtus, seu territorii nomine, dioecesim hoc casu intelligendam fore censemus. Eo tamen adiecto, quod si in certo loco causarum et literarum apostolicarum audientia remanente, papam alibi mori contingat, non ibi sed ubi praedicta fuerit audientia, memorata electio celebretur: etiam si eadem audientia tempore mortis huius vacare noscatur: nisi forsan ante mortem eandem, ordinatum esset per papam de curia transferenda, quo casu seruetur provisio constitutionis praedictae. Porro si Romano non electo pontifice, cardinales omnes simul vel successiue (quod absit) exire contingeret conclaue deputatum eisdem: ii, (ad quos pertinet executio constitutionis praedictae) illos ex ipsis, quibus infirmitas corporis, aut nota debilitas excusationem non dabit, idem conclaue (quam cito poterunt) reintrare compellant. Poenas in dicta constitutione contentas (nisi hoc fecerint) incursuri. Cardinales autem huiusmodi conclaue reintrantes, ad electionem iam dictam procedant: et alias constitutionem praefatam obseruent, secundum statum, in quo erant in eodem conclaui, quando ipsum (ut praemittitur) exiuerunt. Caeterum, ut circa electionem praedictam, eo magis vitentur dissensiones, et schismata, quo minor eligentibus aderit dissidendi facultas: decernimus, ut nullus cardinalium cuiuslibet excommunicationis, suspensionis, aut interdicti praetextu, a dicta valeat electione repelli. Iuribus aliis circa electionem eandem hactenus editis, plene in suo robore duraturis. Verum, quia tam exprouisis remediis, quam exorationibus ad Deum super huius negotio effundendis, quod breuiter huiusmodi celebretur electio, praesumendum est probabiliter, et sperandum statuimus, ut electi et alii (qui ex quacunque causa ad sedem apostolicam venire vel mittere sunt adstricti) ad ipsam, cum vacat ac si non vacaret venire vel mittere teneantur.

13) *Ceremoniale Gregorii XV. v.* 1621 siehe Anhang VI.

§. 58. 1) *Gregor V. ep. ao.* 997 *an Otto III.*: Decernimus in supradicta ecclesia (Aachen)

menden Namen *cardinales* führten. In wichtigeren Fragen beriethen den Papst seine sieben Suffragan-Bischöfe oder ein Concil. Je mehr aber das letztere zurücktrat, um so mehr traten die anderen Elemente in den Vordergrund, denen als Cardinalcollegium auch die Papstwahl zufiel, und deren Gesammtzahl von Sixtus V. auf 70 (14 Diaconen, 50 Priester, 6 Bischöfe) fixirt wurde. Diese Cardinäle, ernannt vom Papste[2], vielfach auf Vorschlag der grösseren katholischen Regierungen, stehen unmittelbar hinter dem Papste, dessen Jurisdiction sie unterworfen sind[3], geniessen fürstlichen Rang (*eminentissimi*), sind geborene Mitglieder der ökumenischen Concile, unterstützen den Papst in der kirchlichen Regierung, und führten früher während der päpstlichen Sedisvacanz auch die weltliche Regierung des Kirchenstaates.

§. 59. 4. Die Curie.

Bangen, D. röm. Curie, Münster 1854. Philips, K.-R. VI. §. 261—333. Hinschius, K.-R. I. §. 32—67. Des congregat. romaines in Analecta iur. Pontif. II. — Mühlbauer, Decreta authent. congreg. sacr. rit., Monach. 1862—67 1—3. Prinzivalli, Resolut. seu decret. authent. s. congreg. indulgentiis sacrisque reliquiis praepos. ab a. 1668 ad a. 1861 collecta, Rom. 1863.

I. Früher verhandelte der Papst mit den Cardinälen in den *Consistorien*. Diese haben indessen heute die ursprüngliche Bedeutung verloren, und werden nur theils zur formellen Erledigung wichtiger Angelegenheiten (*cons. extraordinaria, publica*) theils zur Beschlussfassung Seitens des Papstes, feierlichen Mittheilungen von gefassten Beschlüssen u. s. w. (*cons. ordinaria, secreta*) benutzt. Von den neben den Consistorien vorhandenen älteren Behörden sind heute noch folgende von Bedeutung: 1. *camera apostolica*, zur Verwaltung der päpstlichen Einkünfte (*Cardinal camerlengo*); 2. *poenitentiaria*, zur Handhabung der päpstlichen Binde- und Lösegewalt (*Cardinal poenitentiar*); 3. *dataria*, zur Verleihung von Beneficien (*Cardinal prodatar*); 4. *cancellaria apostolica* (*Cardinal Vicekanzler*), welche die Bullen und 5. *secretaria brevium*, welche Breven expedirt (*Cardinal a secretis brevium*); 6. die für Deutschland jetzt unwichtigen Justizbehörden der *signatura iustitiae* und *Rota Romana* und 7. die gleichfalls unwesentlich gewordene *Signatura Gratiae* für Ertheilung der Gnadenacte. II. Neben diesen alten Behörden fungiren heute die seit dem 16. Jahrhundert entstandenen *Congregationen*. Von diesen sind zu erwähnen: 1. *degl' affari ecclesiastici straordinarj*, zur Erledigung der ausserordentlichen Angelegenheiten und Unterstützung des *Cardinalstaatssecretärs*, des Premier-Ministers und Organes der Kirche im Verkehr mit den Staaten; 2. *consistoriale*, zur Be-

VII cardinales diaconos et presbiteros VII cardinales huic ecclesiae deservire, ea videlicet ratione, ut nullius dignitatis persona supra sacrum altare Dei genitricis Marie ibidem constitutam missam celebret praeter quam supradicti VII cardinales presbyteri et archiepiscopus Coloniensis et episcopus Leodiensis qui huic dioecesi praesidet.

§. 58. 2) *C. Trident. Sess. XXIV. de reform. c.* 1: Cardinales . . quos . . Rom. Pontifex ex omnibus Christianitatis nationibus, quantum commode fieri poterit, prout idoneos reperit, assumet.

3) *Bulle Pius IX. v.* 29. *Sept.* 1867: Quapropter certa scientia ac matura deliberatione Nostra, deque . . Cardinalium consilio . . Hieronymum D'Andrea Cardinalem suspendimus, ac suspensum declaramus ab honoribus, insignibus, et iuribus dignitatis Cardinalitiae, et signanter a voce activa et passiva in electione Summi Pontificis, sic ut eiusmodi poenae subjectus evocari non debeat, nec possit ad Conclave . . . admitti, ... Praeterea memorato . . . trium mensium peremptorium terminum adsignamus, a datis hisce . . litteris computandum, infra quem . . . personaliter . . coram Nobis . . sistere se debeat ad recipienda humiliter mandata Nostra. Quo termino inutiliter elapso ad declarationem privationis Cardinalatus, Episcopatus sui Cardinalatus, utroque Sabinensis, nec non Abbatiae Subeaquensis, aliorumque Beneficiorum quibus ipse fruitur, decernimus.

rathung der regulären, formell im Consistorium zu erledigenden Angelegenheiten; 3. *inquisizione*, zur Reinerhaltung des Glaubens; 4. *indice*, zur Ueberwachung der Literatur; 5. *Concilio*, nicht nur zur Interpretation der Trienter Beschlüsse, sondern auch zur Entscheidung der Gültigkeit von Ehen, Prüfung der Provinzial- und Diöcesansynoden und der relationes status (siehe §. 46); 6. *dei Vescovi e Regolari*, für Angelegenheiten der Bischöfe und Orden; 7. *dei Sagri riti*, für die liturgischen Fragen, Heilig- und Seeligsprechungen; 8. *de propaganda fide*, zur Leitung des Missionswesens und kirchlichen Regierung aller Missionsgebiete.

§. 60. 5. Legaten und Nuntien.

Luxardo, D. päpstl. Vordecretalen Gesandschaftsrecht, Innsbruck 1878. Derselbe, D. päpstl. Gesandschaftswesen nach d. Decretalen. Philips, K.-R. VI. §. 334—39. Hinschius, K.-R. I. §. 68—73.

I. Für die ersten Jahrhunderte lassen sich verschiedene Klassen päpstlicher Vertreter unterscheiden. 1. *apocrisiarii*, eine der ganzen orientalischen Kirche bekannte Organisation, welche auch für Rom als Patriarchalkirche Platz griff, namentlich an den Hof des oströmischen Kaisers in ständiger rein diplomatischer Mission abgesandt[1]; 2. *legati*, oder wenn aus dem Personal der römischen Kirche entnommen *legati a latere*[2], seit Leo I. zu vorübergehendem Zweck mit besonderer Vollmacht; 3. *vicarii*, mit dauernder Vollmacht zur Wahrung der Primatialrechte ausgerüstet (*Erzb. v. Arles, Erzb. v. Thessalonich* etc., *Drogo v. Metz* IX. Jahrh.)[3]. II. Die Steigerung des Papal-

§. 60. 1) *Iustinian. Nov.* 126. *c.* 25: Reverendissimi autem apocrisiarii cuiuscunque sanctissimae Ecclesiae, qui in regia urbe degunt, vel ad beatissimos patriarchas aut metropolitanos a Episcopis suis mittuntur.

2) *Nicolaus I.* (860) *ep. ad univ. cathol.:* Duos episcoporum Constantinopolim e latere nostro direximus, nihil eis iniungentes nisi ut tantummodo caussas Ignatii qui ante de ecclesia pulsus quam ab aliquo accusatus extiterat diligenter investigaret et sedi apostolicae plena et veraci relatione referre.

3) *Ernennung des Drogo v. Metz zum Vicar* (845): Optaveram equidem, fratres carissimi, tam glorioso certamini nostram corporalem exhibere praesentiam, et pro recuperanda tam excellentis ordinis gloria modis omnibus desudare. Sed quia nos cunctarum sollicitudo angit ecclesiarum, ubi ipsi esse non possumus, more praecedentium nostrorum moderationis nostrae vicarios damus. Ad nostrae igitur humilitatis vicem cunctis provinciis trans Alpes constitutis Drogonem archiepiscopum Metensem gloriosi quondam Caroli imperatoris filium, ... ab hac sede sanctissima Apostolorum principis auctoritate percepta, vestris necessitatibus vice nostra idoneus ubique minister existat. Et quia omnia vestrorum sollicitudinem illi gerere praecepimus, omnium volumus obedientia comitari. ... Hinc ergo in congregandis generalibus synodis in omnibus supradictarum regionum partibus nostram commodamus auctoritatem, et quicquid provinciali synodo fuerit definitum, ad eius absque dilatione statuimus notitiam perducendum. Si cui autem ab illis partibus hanc sanctam sedem appellare opus fuerit, et in nostra audientia se audiri poposcerit, hunc commonemus, ut ad eius primum audientiam se submittat, ecclesiasticorum gestorum in sua regione rationabili digestione prolata, si episcoporum de eo, qui forte criminibus impetitur, sententia discordaverit, ut ab aliis reus, innocens iudicetur ab aliis, tunc ipsis gestis ad nos delatis, literis etiam praefati fratris nostri, cui vicem nostram concessimus, commendatus, sive ad nos, sive ad S. Petri sedem securus accedat, nullaque eum in veniendo mora praepediat. Quum etiam condicto fratri nostro Drogoni archiepiscopo in examinandis ac perquirendis episcopis et abbatibus sub hoc tenore hanc nostram licentiam et auctoritatem concessimus, salvo in omnibus huius universalis Romanae sedis primatu nostrique praesulatus honore, vigoreque et exaltatione carissimi ac spiritalis filii nostri domni Hlotharii magni imperatoris. Nam nobis valde placuit, propter diversas ecclesiarum Dei perturbationes hoc necessarium satisque dignum opus explere. Si vero hac admonitione contempta sola improbitate se criminibus exuendum existimaverit, noverit a nostra mansuetudine nequaquam se temerariam absolutionem adepturum, nisi primum provinciali synodo et postmodom generali praedicti fratris nostri audientia eius fuerit

systemes führte auch eine erhöhte Bedeutung des Legatenwesens herbei. Die Vollmachten der speciell geschickten Gesandten wuchsen[4], und legten die erzbischöflichen Competenzen brach, die Befugnisse der ständigen vicarii wurden vermindert und auf einen blossen Ehrenvorrang reducirt. Das erstere nicht ohne Beschränkung Seitens der weltlichen Macht und Opposition der Kirche, welche auch die tridentinische Bestimmung[5] veranlasste, dass die päpstlichen Gesandten in Ausübung der Jurisdiction nicht mit den Bischöfen concurriren sollten. Nichtsdestoweniger erfolgte seit dem XVI. Jahrhundert vielfach die Errichtung ständiger Nuntiaturen, welche mit bedeutenden päpstlichen Vollmachten[6] ausgerüstet, einen Widerstand des Episcopates hervor-

actio ventilata. Illic enim causa subtilius examinatur, ubi perpetrata dignoscitur. Tamen si se ad nos venire poposcerit, ut ante praediximus, non teneatur. Si autem vel sui metropolitani provincialem synodum evocatus adire noluerit, vel ad generalem praefati vicarii legatique nostri conventum venire contempserit, cum haec nostris apostolicis auribus per suas literas intimare decreverit, nostra et totius ecclesiae catholicae se noverit auctoritate judicandum. Quod si violentiam sibi a religiosis filiis nostris regibus quilibet episcoporum, quominus canonum statuta custodiat, queritur irrogatam, nos hoc suffragium annuente Domino literis ad eos missis credimus amputandum. Nequaquam enim auditu tolerabile est, ut germanorum fratrum in fide Trinitatis terna societas a sui dilectione et communi iuris aequitate dissiliat. Quodsi eorum quilibet post discordiae principem abire maluerit, nec catholica fuerit pace contentus, hunc merito Deo auxiliante canonicis auctoritatibus, prout melius possumus, castigare studemus (vgl. §. 11. no. 8. §. 12. no. 12.).

§. 60. 4) *Gregor VII. ep. ao.* 1077: Proinde horum portitorem, venerabilem confratrem nostrum Amatum episcopum ad partes vestras dirigimus, ut quae ibi vitia eradicanda sunt a fundamento evulsis, plantaria virtutum Deo auctore sollerti vigilantia plantare procuret.

5) *C. Trident. Sess. XXIV. de reform.* c. 20: Legati quoque, etiam de latere, nuncii, gubernatores ecclesiastici, aut alii, quarumcunque facultatum vigore, non solum episcopos in praedictis causis impedire, aut aliquo modo eorum iurisdictionem iis praecipere aut turbare non praesumant; sed nec etiam contra clericos aliasve personas ecclesiasticas, nisi episcopo prius requisito eoque negligente, procedant. Alias eorum processus ordinationesve nullius momenti sint, atque ad damni satisfactionem partibus illati teneantur.

6) *Cölner Nuntiatur Facultäten von* 1680: 1. Absolvendi ab haeresi et apostasia a fide et a schismate quoscunque etiam Ecclesiasticos, tam saeculares, quam regulares, non tamen eos, qui ex locis fuerint, ubi Sanctum Officium excercetur, nisi in locis Missionum, in quibus impune grassantur haereses, deliquerunt: nec illos, qui iudicialiter adiuraverint, nisi isti nati sint ubi impune grassantur haereses, et post iudicialem abiurationem illuc reversi in haeresin fuerint relapsi, et hos in foro conscientiae tantum. 2. Tenendi et legendi libros prohibitos haereticorum ad effectum eos impugnandi, et alios quomodolibet prohibitos, praeter opera Caroli Molinaei, Nicolai Macchiavelli, ac libros de Astrologia iudiciaria principaliter aut incidenter, vel alios quovis modo de ea tractantes; ita tamen, ut libri ex illis provinciis non efferantur. 3. Dispensandi in tertio et quarto simplici et mixto tantum cum pauperibus in contrahendis; in contractis vero cum haereticis conversis (quamvis pauperes non sint) etiam in secundo simplici et mixto: et in his casibus prolem susceptam declarandi legitimam, dummodo in secundo non attingat primum gradum. 4. Dispensandi super impedimento publicae honestatis iustitiae [iustis] ex sponsalibus proveniente. 5. Dispensandi super impedimento criminis, neutro tamen coniugum machinante, ac restituendi ius petendi debitum amissum. 6. Dispensandi in impedimento cognationis spiritualis, praeterquam inter levantem et levatam. 7. Hae vero matrimoniales dispensationes, videlicet 3. 4. 5. et 6. non concedantur, nisi cum clausula „dummodo mulier rapta non fuerit, et si rapta fuerit, in potestate raptoris non reperiatur:“ et in dispensationibus huiusmodi declaretur, illas expresse concedi tanquam a Sedis Apostolicae Delegato, ad quem effectum etiam tenor huiusmodi facultatum inseratur, cum expressione temporis, ad quod fuerint concessae; alias nullae sint. 8. Dispensandi et commutandi vota simplicia in alia pia opera, exceptis votis castitatis et Religionis. 9. Dispensandi in regularitatibus ex delicto occulto tantum provenientibus, excepta ea, quae ex homicidio voluntario contrahitur. 10. Absolvendi ab omnibus casibus reservatis, etiam iu

riefen (*Emser Punktationen* vgl. oben §. 17). Dagegen betonte der Papst die ihm aus göttlichem Recht zustehenden Befugnisse seines Primates. III. Die

Bulla Coenae Domini, in locis tamen, ubi impune grassantur haereses. 11. Delegandi simplicibus sacerdotibus potestatem benedicendi paramenta et alia utensilia ad Sacrificium Missae necessaria, ubi non intervenit sacra unctio; et reconciliandi ecclesias pollutas aqua ab Episcopo benedicta, et in casu necessitatis etiam aqua ab Episcopo non benedicta. 12. Communicandi has facultates in totum vel pro parte, prout opus esse secundum eius conscientiam iudicaverit, sacerdotibus in conversione animarum laborantibus, in locis tamen haereticorum, ubi prohibetur exercitium catholicae religionis. 13. Utendi eisdem facultatibus in locis Nuntiaturae suae tantum. 14. Et praefatae facultates gratis et sine ulla mercede exerceantur, duraturae, quousque munere Nuntii Apostolici in Colonia fungetur. Eidem Nuntio per alias litteras etiam concessae erant sequentes, quas continuata serie numerorum hic paucis referam: 15. Quoscunque Clericos illarum partium pro necessitate dictarum Ecclesiarum arctatos, requisita habentes, promovendi ad omnes Ordines, titulo Patrimonii vel Beneficiorum, seu Missionis, etiam extra tempora, ac interstitiis non servatis, etiamsi in suscepto Ordine, antequam ad alium promoveantur, se non exercuerint. 16. Ubi penuria piscium est, etiam tempore Quadragesimae dispensandi in esu ovorum, lacticiniorum et carnium. 17. Absolvendi simoniacos in foro conscientiae, dimissis per eos Beneficiis et rebus per simoniam obtentis. 18. Quoscunque saeculares et Regulares in dignitate ecclesiastica constitutos deputandi, qui ecclesias, coemeteria, altaria, campanas, et alia utensilia Missae, etiam in quibus sacra unctio adhibetur, (—?—), aqua et oleis ab aliquo Episcopo benedictis. 19. Cum pauperibus Catholicis dispensandi in secundo cum tertio gradu, item in secundo simplici affinitatis ex actu fornicatorio, pro contractis et contrahendis Matrimoniis. 20. Per se ipsum vel alium visitandi quascunque ecclesias, monasteria et loca saecularia et Regularia etiam Mendicantium, et quomodocunque exemta, ac Sedi Apostolicae immediate subiecta, vel quocunque alio privilegio suffulta: personas omnes saeculares et regulares etiam exemtas, quoties videbitur: Et in illorum statum, mores, disciplinam in capite et membris inquirendi, reformandi, mutandi, corrigendi. 21. Contra inobedientes, falsarios, usurarios, raptores, incendiarios et alios criminosos etiam exemtos, eorumque fautores, receptores cuiuscunque dignitatis, ordinis, vel conditionis, per viam accusationis vel denuntiationis, aut ex officio simpliciter, sine strepitu iudicii inquirendi et procedendi, reosque pronuntiandi. 22. Horum criminum, item matrimoniales et quascunque alias causas ecclesiasticas vel appellationes admittendi; attamen sine praeiudicio Ordinariorum, quoad causas beneficiales in prima instantia: pronuntiandi in illis etiam summarie, simpliciter, sine strepitu, sola facti veritate inspecta. 23. Causas eiusmodi aliis delegandi: ferendi quaslibet censuras et poenas contra inobedientes etc. apponendi interdictum ecclesiasticum. 24. Iuramenta quaecunque ad effectum agendi duntaxat quibuslibet relaxandi. 25. Quoscunque a quibuscunque censuris et poenis simpliciter vel ad cautelam, prout Iuris fuerit, absolvendi. Etiam absolvendi ab excommunicatione aliisque sententiis, censuris et poenis ecclesiasticis et temporalibus, quas ideo incurrerint. 26. Quaecunque Beneficia ecclesiastica simplicia extra Metropolitanas, cathedrales et collegiatas Ecclesias, per obitum illorum ultimorum possessorum extra Romanam Curiam vacantia, conferendi, dummodo illa alias, quam ratione mensium Apostolicorum, reservata non fuerint. 27. Concedendi, ut bona immobilia Beneficiorum in emphyteusim, sed non ultra tres generationes, sub annuo canone non excedente summam quinque ducatorum, in evidentem ipsorum Beneficiorum utilitatem, alienentur et permutentur. 28. Concedendi monitorias et poenales litteras contra ignotos malefactores, aut conscios revelare differentes. 29. Omnibus Christifidelibus pium opus exercentibus centum aut plurium dierum citra annum indulgentias concedendi: Vere poenitentibus confessis et communicantibus, qui saeculares vel regulares ecclesias aut capellas in una vel duabus anni festivitatibus visitaverint, et pro unione Christianorum Principum, fidei catholicae propagatione preces fuderint, pro tali die septem annorum et totidem quadragenarum. 30. Concedendi, ut tempore interdicti Apostolici in aliquo loco privatim et ianuis clausis celebretur in familiae praesentia. 31. Committendi has facultates in toto vel in parte. Sequentes praeterea facultates sunt a sacra Poenitentiaria extraordinarie et pro foro conscientiae concessae duobus Nuntiis Apostolicis pro tempore durantis suae Nuntiaturae. 32. Absolvendi a censuris contra duellantes inflictis, tam in casibus publicis, quam privatis, etiam cum facultate subdelegandi uni vel pluribus prudentibus confessariis et approbatis ab Ordinario. 33. Item a censuris inflictis contra

Legaten werden heute eingetheilt in: 1. *legati nati,* nur noch ein mit den erzbischöflichen Sitzen von *Gnesen-Posen, Cöln, Salzburg, Prag* verbundener Ehrenvorrang; 2. *legati dati* (*legati a latere,* wenn sie Cardinäle sind, *nuntii,* Bischöfe, *internuntii,* niedere Prälaten) mit überwiegend diplomatischem Charakter aber auch kirchlichen Facultäten. Ständige Nuntiaturen existiren für Deutschland in *München* und *Wien.* Ihre Errichtung hängt von der Genehmigung der betreffenden Staatsregierung ab[7], ebenso auch wie die Zulassung eines Legaten zur Ausübung einzelner kirchlichen Regierungsacte[8].

§. 61. III. Die Erzbischöfe.

Mast, Dogm. hist. Abhandl. über die rechtl. Stellung d. Erzb. in der kathol. Kirche, (Freib. 1847). Phillips, K.-R. II. §. 73. VI. §. 348—352. Hinschius, K.-R. II. §. 76—78. — Pertsch, De origine, usu et auctorit. pallii archiep., Helmst. 1754.

Von den innerhalb des Episcopates vorkommenden Rangstufen (*Patriarch, Primas, Erzbischof*) hat sich in Deutschland nur die letztere in realer Bedeutung erhalten, obgleich auch diese durch die Entwickelung des Papalsystemes ständig geschwächt, und selbst der vom *Tridentinum*[1-3] anerkannte

iniicientes manus violentas in Clericos vel presbyteros, dummodo non sit secuta mors, vel mutilatio, vel fractio ossium, tam in casibus publicis quam privatis, secuta tamen partis satisfactione, cum obligatione parendi sententiae sive ordinationi Ordinarii loci, ubi secutum fuerit delictum, sub poena reincidentiae in easdem censuras, si satisfacere et respective parere contemserint. 34. In casibus tantum occultis dispensandi cum eis, qui jus petendi debitum conjugale amiserant ob affinitatem supervenientem, cum gravi poenitentia salutari, remota occasione peccandi cum uxoris seu mariti consanguinea vel consanguineo respective. 35. Dispensandi ad petendum debitum conjugale cum iis, qui voto simplici castitatis adstricti, transgrediendo ipsum votum, Matrimonium contraxerunt; cum poenitentia salutari et obligatione servandi votum excepto usu Matrimonii, et idem votum servandi mortuo seu mortua coniuge. 36. Dispensandi super impedimento occulto affinitatis proveniente ex copula illicita in primo, vel in primo et secundo, et secundo tantum gradu, quando agitur de matrimonio iam contracto, ac etiam contrahendo, dummodo immineat periculum scandali, nec possit dispensatio a. S. Poenitentiaria expectari, cum gravi poenitentia salutari, et remota occasione peccandi cum consanguinea vel consanguineo putati seu putatae coniugis, cum qua seu quo ante Matrimonium peccaverat; renovato consensu ita cauto, ut Rei seu reae delictum nusquam detegatur. 37. Absolvendi Religiosos cuiuscunque Ordinis, etiam a censuris et casibus Superioribus suis reservatis, in casibus tamen occultis: et cum illis dispensandi super irregularitate et violatione censurarum contracta, et quoad fugitivos et apostatas, etiam absolvendi ad reincidentiam, donec redierint ad suam Religionem, praescripto eisdem congruenti termino ad redeundum vel reincidendum: prohibito eisdem exercitio suorum Ordinum usque ad reditum. 38. Nunciatura Coloniensis complecitur Colonienses, Moguntienses, Trevirenses, Argentinenses, Spirenses, Wormatienses, Monasterienses, Osnabrugenses, Paderbornenses, Leodienses, Luxemburgenses et Rhenanas partes, ceterasque Germaniae inferioris, et duci Cliviensi et Juliacensi subiectas Provincias, Ducatus, civitates et loca omnia huc pertinentia.

§. 60. 7) *Articles organiques art.* 2: Aucun individu se disant nonce, légat, vicaire ou commissaire apostolique, ou se prévalant de toute autre dénomination, ne pourra, sans la même autorisation, exercer sur le sol français, ni ailleurs aucune fonction relative aux affaires de l'Eglise gallicane.

8) *Sachsen-Weimar. Ges. v. 7. Oct.* 1823 §. 2: Ohne Vorbewusst und Genehmigung des Staates hat kein kirchlicher Oberer für sich selbst oder durch Abgeordnete oder Stellvertreter, diese mögen Namen haben, wie sie wollen, irgend eine Gewalt, irgend eine Direktion, irgend einen Einfluss in den Kirchensachen des Grossherzogthums.

§. 61. 1) *C. Trident. Sess. VI. de reform. c.* 1: Metropolitanus etc. vgl. §. 71. no. 6.

2) *C. Trident. Sess. XXII. de reform. c.* 3: Patriarchae, primates, metropolitani et episcopi propriam dioecesim per se ipsos, aut, si legitime impediti fuerint, per suum generalem vicarium aut visitatorem, si quotannis totam propter eius latitudinem visitare non poterunt, saltem maiorem eius partem, ita tamen, ut tota biennio per se vel visitatores suos compleatur, visitare non praetermittant. A metropolitanis vero, etiam post plene visi-

Umfang durch die *vigens ecclesiae disciplina* noch weiter eingeengt worden ist. Erzbischöfe sind Bischöfe, welche ausser über ihre Diöcese noch gewisse Rechte (*regimen minus plenum*) in einem grösseren kirchlichen Sprengel (*provincia*) über die Diöcesen ihrer *Suffragan-Bischöfe* ausüben. Ihre Gerichte bilden in Disciplinar- und Ehesachen die zweite Instanz für die Suffragangerichte. Von den ihnen zustehenden Ehrenrechten ist das Tragen des aus dem *superhumerale* des jüdischen Hohenpriesters entstandenen *Pallium*, zu erwähnen, welches zuerst allgemeine bischöfliche Tracht[4], dann einzelnen Bischöfen vom Papste als Auszeichnung verliehen[5], endlich als Bedingung[6] für die Ausübung der iura ordinis und des ius iurisdictionis der Concilienberufung, gegen Erlegung einer Pallientaxe vom Erzbischofe erworben werden muss[7]. Dasselbe ist höchst persönlich, und darf nur innerhalb der Provinz, in der Kirche, bei feierlichen Pontificalhandlungen getragen werden[8].

IV. Die Bischöfe und ihre Gehülfen.

§. 62. 1. Die Bischöfe.

Benedict XIV., De synodo dioecesana libri XIII. (Moguntia 1842 1—4. und sonst. — Andreucci, Hierarchia eccl. Rom. 1766 t. 1. Helfert, V. d. Rechten und Pflichten d. Bischöfe und deren Gehülfen und Stellvertretern, Prag 1832. Phillips, K.-R. VII. §. 357—59. Hinschius, II. §. 79.

Die Bischöfe sind die als Nachfolger der Apostel[1. 2] eingesetzten Beamten, welche unter dem Primat zur Leitung der Kirche berufen sind und

tatam propriam dioecesim, non visitentur cathedrales ecclesiae, neque dioeceses suorum comprovincialium, nisi causa cognita et probata in concilio provinciali.

§. 61. 3) *C. Trid. Sess. XXIII. de ref. c.* 18: Quod si cathedralium et aliarum maiorum ecclesiarum praelati in hac seminarii erectione eiusque conservatione negligentes fuerint, ac suam portionem solvere detrectaverint, episcopum archiepiscopus, archiepiscopum et superiores synodus provincialis acriter corripere, eosque ad omnia supra dicta cogere debeat, et ut quam primum hoc sanctum et pium opus, ubicunque fieri poterit, promoveatur, studiose curabit.

4) *Liberati archidiac. Carthag.* (*saec. VI.*) *breviar. c.* 20: Consuetudo quidem est Alexandriae illum qui defuncto succedit, excubias super corpus defuncti agere manumque dexteram eius capiti suo imponere et sepulto manibus suis accipere collo suo b. Marci pallium et tunc legitime sedere.

5) *Symmachus an d. Metropol. Caesarius v. Arles* 513: Ut agenti vices nostras pallii non desit ornatus, usum tibi eius sicut decessori tuo praedecessor noster s. record. Symmachus legitur contulisse b. Petri auctoritate concedimus.

6) *Gregor VII. an Wilhelm Erzb. v. Rouen* (1081): Apostolica tibi praecipimus auctoritate, ut quia sanctorum patrum statuta parvi pendisti, nullum deinceps episcopum vel sacerdotem ordinare seu ecclesias praesumas consecrare, donec honoris tui supplementum, pallii videlicet usum, ab hac sede impetraveris.

7) *Heutiges Formular für Erzb.:* Ego N. electus ecclesiae N. instanter, instantius et instantissime peto mihi tradi et assignari pallium de corpore B. Petri sumtum in quo est plenitudo pontificalis officii.

8) *Baier. Verf.-Urk. Tit.* 6. §. 2: Die Kammer der Reichsräthe ist zusammengesetzt aus . . . 3) den beiden Erzbischöfen.

§. 62. 1) *C. Trident. Sess. XXIII. de reform. can.* 7: Si quis dixerit, episcopos non esse presbyteris superiores, vel non habere potestatem confirmandi et ordinandi; vel eam, quam habent, illis esse cum presbyteris communem; vel ordines ab ipsis collatos sine populi vel potestatis saecularis consensu aut vocatione irritos esse; aut eos, qui nec ab ecclesiastica et canonica potestate rite ordinati, nec missi sunt, sed aliunde veniunt, legitimos esse verbi et sacramentorum ministros: anathema sit. *can.* 8: Si quis dixerit, episcopos, qui auctoritate Romani Pontificis assumuntur, non esse legitimos et veros episcopos, sed figmentum humanum: anathema sit.

2) *Pius VI. const.: super soliditate* (25. *Nov.* 1780) §. 16: Episcopis suam cuique peculiarem gregis portionem non divino sed ecclesiastico iure, non Christi ore, sed hierarchica ordinatione assignari opus est, ut ordinariam regiminis potestatem explicare in eam valeat. Cuius assignationis summam auctoritatem quisquis Romano pontifici abiudicare valet,

der Regel nach in einer *Diöcese* das Regiment führen. Die Befugnisse des Bischofs sind: 1. *iura iurisdictionis.* Er besitzt in allen Beziehungen die Regierungsgewalt (*ordinarius, dioecesanus*), welche er entweder selbst handhabt, oder, soweit die Handhabung rechtlich anderen Organen zusteht, beaufsichtigt. 2. *iura ordinis.* Diese sind entweder a) *communia*, aus dem priesterlichen ordo fliessend und darum dem Bischof mit dem Priester gemein, oder b) *reservata*, welche nothwendig die bischöfliche Consecration voraussetzen (Ordination, Degradation, Firmung, Consecration der Kirchen etc., Reconciliation einer polluirten Kirche, Bereitung des Chrisma, Salbung der Könige, Benediction der Aebte und Aebtissinnen). 3. *potestas magisterii.* Er übt das Lehramt, oder beauftragt andere mit der Ausübung desselben (*missio*). 4. *iura honoris.* Er trägt besondere Amtsinsignien (*pedum curvum, annulus, mitra, crux pectoralis*, besondere Kleidung, sitzt im Chor der bischöflichen Kirche auf einem Thron (*cathedra cum baldachino*), nennt sich von Gottes und des apostolischen Stuhles Gnaden[3], und geniesst auch einen staatlichen in den deutschen Territorialgesetzen verschieden fixirten Rang.

§. 63. 2. Die Domkapitel.

Barbosa, De canonicis et dignitatibus aliisque beneficiariis eorumque officiis in choro et capitulo, Venet. 1641. Bouix, Tract. de capitulis, Par. 1852. Huller, D. jur. Persönlichkeit d. Domkapitel in Deutschland und ihre rechtl. Seite. Thomassin., Vet. et nova disc. P. I. l. 3. c. 7 sqq. Hinschius, K.-R. II. §. 80—84. — Ritter, D. Capitularvicar, Münster 1832.

I. Das den Bischof berathende Presbyterium[1] nahm im IV. Jahrhundert dem ascetischen Zuge der Zeit folgend nach dem Vorgange des *Eusebius von Vercelli* und des *h. Augustinus*[2] an einigen Kirchen eine mönchische Verfassung an. Aber jene *vita canonica* (so genannt weil sie durch den allgemeinen christlichen *canon* normirt war) fand weder überall noch dauernde Aufnahme, bis sie im Jahre 760 durch *Chrodegang von Metz* für den dortigen Clerus neu festgestellt, und durch das *Aachener Concil* von 816 (oder 817)[3] für alle Kirchen des Frankenreiches, an denen mehrere Geistliche wirkten (*Domstifter* und später s. g. *Collegiatstifter*), angeordnet wurde. Diese Verfassung der *Capitel* (so genannt, weil in den Versammlungen Capitel der Regel verlesen wurden), hielt sich bis die wachsenden Reichthümer der Kirche das Verlangen nach Sondereigenthum bei den *canonici* (so genannt weil sie in dem *canon* der Kirche eingetragen waren) stärker hervortreten liess, was aller entgegengesetzten Anstrengungen ungeachtet im XI. Jahrhundert ein Auseinanderfallen des gemeinsamen Lebens zur Folge hatte. Freilich versuchte ein neuer ascetischer Impuls Ende des XI. Jahrhunderts eine Wiederher-

eum necesse est, in legitimam tot in orbe toto episcoporum successionem invadere.

§. 62. 3) *Grossh. bad. Entschliessung v.* 2. *März* 1837 §. 5: In amtlichen Ausfertigungen, die nicht an Uns, noch auch an Unsere Behörden gerichtet sind, darf sich der Erzbischof des Ausdrucks: „Wir" bedienen, jedoch ohne andern Beisatz, als mit Beifügung seines Tauf- und Geschlechtsnamens und seiner Eigenschaft in folgender Weise:

Wir N. (Taufname) N.
(Geschlechtsname) Erzbischof
zu Freiburg.

§. 63. 1) *C. Turon. II. c.* 7. (567): Ut episcopus nec abbatem nec archipresbyterum sine omnium suorum compresbyterorum et abbatum concilio de loco suo praesumat eiicere neque per praemia alium ordinare, nisi facto concilio tam abbatum quam presbyterorum suorum; quem culpa aut negligentia eiicit; cum omnium presbyterorum consilio refutetur.

2) *Possidius vita August. c.* 5: Factus ergo presbyter monasterium inter ecclesiam mox instituit et cum Dei servis vivere coepit secundum modum et regulam sub sanctis apostolis constitutam, maxime ut nemo quidquam proprium in illa societate haberet, sed eis essent omnia communia.

3) *C. v. Aachen v.* 816 siehe Anhang VII.

stellung des früheren Zustandes zu erreichen, hatte aber doch nur einen theilweisen Erfolg[4], so dass seitdem ein Unterschied zwichen den nach einer *regula* zusammenlebenden (*regulirten*) und den *seculares canonici* begründet wurde. In den nach letzterer Art verfassten Capiteln lebten nur die jüngeren Kanoniker[5] (*domicellares*) zu Unterrichtszwecken vereinigt, aber nicht nur dass im XV. Jahrhundert viele regulirte Genossenschaften wieder säculare wurden: auch das Zusammenleben der domicellares nahm mit dem Aufblühen der Universitäten ein Ende. Die Befugnisse der Capitel stiegen aber um so höher, je mehr die Laien von der Kirchenverwaltung getrennt wurden, und die Kirchen der bischöflichen Stadt von der bischöflichen Kirche losgelöst eine selbstständige Stellung errangen. Sie erlangten, namentlich nachdem ihnen die Bischofswahl ausschliesslich zugefallen war, eine Mitregierung der Diöcesen, und da sie nur Adelige aufnahmen[6], so wuchsen sie in den Diöcesen, die ja gleichzeitig Staaten waren, zu einer den Landständen der weltlichen Territorien analogen Stellung empor. Durch die ihnen innewohnende Autonomie regelten sie ihre Verhältnisse selbst, und von eigenen Beamten regiert, verstanden sie es bei jeder neuen Bischofswahl durch *Wahlcapitulationen* die Befugnisse der Bischöfe weiter einzuengen. Dabei riss die Verweltlichung in den Capiteln derart ein, dass die Mitglieder ihren geistlichen Verpflichtungen nur lässig nachkamen, und diese durch *vicarii*[7] absolviren liessen. II. Durch die Säcularisation des Jahres 1803 vernichtet, sind die Capitel in der alten Form äusserlich wiederhergestellt worden, haben aber naturgemäss einen specifisch kirchlichen Charakter empfangen[8. 9]. Auch heute noch Corporationen, die

§. 63. 4) *Ivo v. Chartres ep.* 213: Quod vero communis vita in omnibus ecclesiis paene defecit, tum civilibus quam dioecesanis, nec auctoritati sed desuetudini et defectui adscribendum est, refrigescente charitate quae omnia vult habere communia et regnante cupiditate quae non quaerit ea quae Dei sunt et proximi sed tantum ea quae sunt propria.

5) *Urk. v.* 1261 *für die Cathedrale v. Mainz:* Domus scolastrie ad hoc existit originaliter fabricata et ob hoc dignitati scolastrie principaliter adunata, ut in ea pueri nobiles canonici Maguntini sub virga constituti debeant sub scolastici regimine enutrire.

6) *Urk. Bonifaz VIII.* (1306) *für Halberstadt:* Petitio episcopi . . . continebat, quod terrae, possessiones et bona dictae ecclesiae, quae inter confines terrarum et castrorum diversorum nobilium et magnatum partium illarum situantur . . . cum iisdem propter guerras in partibus illis quandoque vigentes . . . invaduntur et destruuntur et plus solito invaderentur et destruerentur, nisi per parentes consanguineos et amicos canonicorum dictae ecclesiae qui ab olim ex statuto et consuetudine ipsius ecclesiae non recipiebantur, nisi de nobili vel ad minus de militari genere forent procreati, defenderentur . . . ordinamus, quod de cetero perpetuis futuris temporibus nullus . . . in canonicum . . . admitti possit . . . nisi tempore datorum praesentium in aliquibus certis canonicatu et praebenda ac dignitate, personatu seu officio vel ad eos sibi fuerit specialiter ius quaesitum aut de nobili vel ad minus de militari genere ex utroque parente procreatus vel saltem in sacra theologia professus aut in iure canonico vel civili licentiatus et doctor existat . . .

7) *Konstanzer deutsches Concordat:* Item quod vicariae ad certa chori officia in ecclesiis cathedralibus et collegiatis deputatae non conferantur etiam apostolica auctoritate nisi talibus qui huiusmodi beneficia cantando legendo et alias sciverint et poterint personaliter adimplere.

8) *Preuss. Circumscriptionsbulle de salute animar.:* Cuilibet similiter ex supradictis capitulis cathedralibus nunc et pro tempore existentibus, ut ipsi capitulariter congregati pro novo et circumstantiis magis accomodato earumdem archiepiscopalium, et episcopalium ecclesiarum, earumque chori quotidiano servitio, nec non rerum ac iurium tam spiritualium quam temporalium prospero felicique regimine, gubernio ac directione, onerumque iis respective incumbentium supportatione, distributionum quotidianarum, et aliorum quorumcumque emolumentorum exactione ac divisione, et poenarum incurrendarum a non interessentibus divinis officiis incursu, singulorum praesentiis et absentiis notandis, caeremoniis ac ritibus servandis, et quibusvis aliis rebus circa praemissa necessariis et opportu-

mit Autonomie ausgerüstet, deren Beschlüsse aber durch die neueren Circumscriptionsbullen an die Genehmigung des Bischofs geknüpft sind, die ihre inneren Angelegenheiten und ihr Vermögen selbstständig verwalten, deren Mitgliedschaft aber von der Erfüllung kirchlicher Erfordernisse abhängt, bilden sie den kirchlichen Senat des Bischofes, den er bei allen wichtigen Angelegenheiten unter Strafe der Nichtigkeit befragen muss, und an dessen Consensus er in bestimmten Fällen unter demselben Präjudiz gebunden ist. Von den früheren Capitelsämtern haben sich erhalten das des *Decanes* (*Altpreussen, Baiern:* Leitung des Gottesdienstes), und des *Propstes* (Leitung der äusseren Angelegenheiten), oder nur das erstere allein (*Hannover, Oberrhein. Kirchenprovinz*), oder nur das letztere (*Gnesen-Posen*). Ebenso die *officia* des *poenitentiars* und *theologus*. Wo *Capitelvicare* vorkommen, dienen sie zur Aushülfe, nicht mehr wie früher zum Ersatz in der Seelsorge, wo *Ehrencanonicate*, werden diese nicht mehr an fürstliche Personen, sondern an verdiente Geistliche, als Auszeichnung, vergeben. III. Wesentlich sind die Befugnisse der Capitel endlich bei Erledigung des bischöflichen Stuhles, wo ihnen die ursprünglich durch einen benachbarten Bischof geführte Verwaltung schon früh zugefallen und auch heute belassen ist[10]. Zu diesem Behufe haben sie am achten Tage nach ihrer Kenntniss der Sedisvacanz einen *oeconomus* und einen *vicarius capituli* zu wählen[11], von denen der erstere die interimistische

nis quaecumque statuta, ordinationes, capitula et decreta, licita tamen atque honesta, et sacris canonibus, constitutionibus apostolicis, decretisque concilii Tridentini minime adversantia sub praesidentia, inspectione et approbatione respectivorum archiepiscoporum et episcoporum edere, atque edita declarare et interpretari, ac in meliorem formam redigere et reformare, seu alia de novo, ab illis ad quos spectat et pro tempore spectabit inviolabiliter observanda, sub poenis in contrafacientes statuendis pariter concedere atque edere libere ac licite valeant, facultatem perpetuo concedimus, et impertimur .... ut imposterum quilibet ad dignitates et canonicatus assequendos infrascriptis ornatus esse debeat requisitis, nempe, quod maiores sacros ordines susceperit, utilemque ecclesiae operam saltem per quinquennium navaverit, vel in animarum cura exercenda aut adiuvanda sese praestiterit, vel theologiae aut sacrorum canonum professor extiterit, vel alicuique in regno Borussico existenti episcopo in dioecesanae administrationis munere inservierit, vel demum in sacra theologia aut in iure canonico doctoratus lauream rite fuerit consequutus; postremae tamen huiusce conditionis effectu ex justis gravibusque causis per decennium a data praesentium computandum in suspensum remanente. Cuiuscumque vero conditionis ecclesiasticos viros aequali jure ad dignitates et canonicatus obtinendos gaudere debere decernimus.

§. 63. 9) *Articles organiques art.* 35: Les archevêques et évêques qui voudront user de la faculté qui leur est donnée d'établir des chapitres ne pourront le faire sans avoir rapporté l'autorisation du gouvernement, tant pour l'établissement lui-même que pour le nombre et le choix des ecclésiastiques destinés à les former.

10) *C. Trident. Sess. XXIV. de reform. c.* 16: Capitulum sede vacante, ubi fructuum percipiendorum ei munus incumbit, oeconomum unum vel plures fideles ac diligentes decernat, qui rerum ecclesiasticarum et proventuum curam gerant, quorum rationem ei, ad quem pertinebit, sint reddituri. Item officialem seu vicarium infra octo dies post mortem episcopi constituere, vel existentem confirmare omnino teneatur, qui saltem in iure canonico sit doctor vel licentiatus, vel alias, quantum fieri poterit, idoneus. Si secus factum fuerit, ad metropolitanum deputatio huiusmodi devolvatur. Et si ecclesia ipsa metropolitana fuerit aut exempta, capitulumque, ut praefertur, negligens fuerit, tunc antiquior episcopus ex suffraganeis in metropolitana, et propinquior episcopus in exempta oeconomum et vicarium idoneos possit constituere.

11) *Pius VII. Breve v.* 15. *März* 1817 *an d. Domkapitel zu Konstanz:* Electionem Wessenbergii in Vicarium capitularem non modo ratam non habemus, sed Wessenbergium tamquam Vicarium capitularem, et Antonium Reininger, tamquam vices eius gerentem prorsus non agnoscimus, nec tribunalia Nostra ecclesiastica agnoscent, nec ullam littera-

Vermögensverwaltung führt, der andere unabhängig vom Capitel[12] die bischöfliche Jurisdiction mit bestimmten gesetzlichen Ausnahmen handhabt. Ist dagegen der Bischof bloss durch den Staat an der Ausübung seines Amtes behindert (*sedes impedita*), so verwaltet das Capitel nur so lange bis der Papst einen Administrator bestellt hat. Was die Stellung des Staates zu der interimistischen Verwaltung anlangt, so kann in *Baden, Württemberg* und *Hessen* die Regierung gegen die Wahl eines missliebigen Capitelsvicars Einsprache erheben; in *Preussen* gelten die Vorschriften des *Gesetzes vom* 20. *Mai* 1874[13], und in *Frankreich* und *Oesterreich* bedarf der Capitelsvicar der obrigkeitlichen Bestätigung.

3. Die Gehülfen der Bischöfe für die Jurisdiction.

§. 64. A. Die Archidiakonen und Generalvicare.

Waitz, Verf.-Gesch. III. S. 364. Spitz, De archidiaconatib. in Germania ac eccl. Coloniensi, Bonn. 1794. Wunder, D. Archidiaconate und Diaconate d. Bisth. Bamberg, Bamb. 1845. Andreucci, Hierarchia eccl. t. 1. Thomassin., P. 1. l. 2. c. 7—9. 17—20. P. 3. l. 2. c. 32 sqq. Hinschius, K.-R. II. §. 86. 87.

I. Schon früh unterstützten die *Archidiakone* der Kirche der Bischöfe diese in der Verwaltung[1], aber in der Stellung vom Bischofe abhängiger Gehülfen, die sie bis zum XII. Jahrhundert einnahmen. Um diese Zeit verstehen sie es, die ihnen übertragenen Amtsbefugnisse in eigene umzuwandeln[2], und im XIII. Jahrhundert sind sie im Besitz einer zwar dem Bischofe untergeordneten aber doch selbstständigen Jurisdictionsgewalt[3], und ist die Unabhängigkeit ihrer Stellung durch die übliche Verbindung mit der Capitelspropstei oder andern Stiftspfründen gesichert. An Stelle des früher einen

rum quarumcunque ab ipsis sciptarum rationem unquam habebunt.

§. 63. 12) *Constit. Pius IX. v.* 28. *Aug.* 1873: Decernimus: totam ordinariam Episcopi iurisdictionem, quae vacua Sede Episcopali ad Capitulum venerat, ad Vicarium ab ipso rite constitutum omnino transire; nec ullam huius iurisdictionis partem posse Capitulum sibi reservare, neque posse ad certum et diffinitum tempus Vicarium constituere multoque minus removere, sed eum in officio permanere quousque novus Episcopus Litteras Apostolicas de collato sibi Episcopatu Capitulo, iuxta Bonifacii VIII. Praedecessoris Nostri Constitutionem, vel Capitulo deficiente, ei exhibuerit, qui, ad normam SS. Canonum, vel ex speciali S. Sedis dispositione, vacantem Dioecesim administrat, vel eiusdem Administratorem, seu Vicarium deputat.

13) *Gesetz v.* 20. *Mai* 1874 siehe Anhang no. VIII.

§. 64. 1) *Dist.* 25. *c.* 1. (*Isidor.*) §. 11: Archidiaconus enim imperat subdiaconibus et Leuitis; ad quem pertinent ista ministeria: ordinatio uestiendi altaris a Leuitis, cura incensi et sacrificii necessaria solicitudo, quis Leuitarum Apostolum et euangelium legat, quis preces dicat, seu responsoria in dominicis diebus aut solempnitatibus decantet. Solicitudo quoque parochiarum et ordinatio et iurgia ad eius pertinent curam, pro reparandis diocesanis basilicis ipse suggerit sacerdoti; ipse inquirit parrochias cum iussione episcopi et ornamenta uel res basilicarum uel parrochiarum, gesta libertatum ecclesiasticarum episcopo idem refert, collectam pecuniam de communione ipse accipit et episcopo defert, et clericis partes proprias idem distribuit. Ab archidiacono nuntiantur episcopo excessus diaconorum, ipse denuntiat sacerdoti in sacrario ieiuniorum dies atque solempnitatum, et ab ipso publice in ecclesia praedicatur.

2) *Urkunde Erzbischof Günthers von Cöln* (1169—90): Quia episcopus presentiam suam omnibus exhibere non potest, necessaria ordinatione onus tante potestatis certis personis distribuit, ita tamen, ut in partem vocatae sint sollicitudinis, non in diminutionem pontificalis honoris. Inde est quod archidiaconi tanti honoris et oneris facti participes curam ordinationis, reparationis et conservationis basilicarum auctoritate episcopi habere noscuntur, si qua etiam in meliorem statum commutare possunt, secundum dispensationem sibi concreditam, episcopo sciente et iubente liberrimam exequendi acceperunt potestatem.

3) *c.* 7. *C. Turon.* 1236: Iniungimus autem episcopis, archidiaconis et aliis iurisdictionem episcopalem habentibus.

Archidiakonus fungiren jetzt mehrere in eigenen Sprengeln[4], die Unterabtheilungen der Diöcese bilden. II. Aber auch die Archidiakonen übten schliesslich ihre Pflichten nicht mehr persönlich, sondern bestellten zu diesem Behufe *officiales*. Dies führte dazu, dass die Bischöfe, auch um überhaupt gegen die Archidiakonen zu reagiren[5], gleichfalls officiales (*foranei*) bestellten, die mit den ersteren concurrirten, und dass sie die Ausübung ihrer Gerichtsbarkeit zweiter Instanz über die Archidiakone, so wie in den der Entscheidung dieser entzogenen Fällen dem *officialis principalis* (*vicarius generalis*) übertrugen. Das *Tridentinum* hat die Reaction gegen den Archidiakonat vollendet, den Generalvicar belassen, der jetzt, nachdem die officiales foranei gewöhnlich fortgefallen sind, den Bischof in der Handhabung der Jurisdiction vertritt[6], und an der Spitze einer meist nur mit Consultativvotum versehenen Jurisdictionsbehörde steht (*Ordinariat, Generalvicariat, Consistorium*, — letzteres auch Bezeichnung für ein eigenes neben der Regierungsbehörde in einzelnen Diöcesen fungirendes Justizcollegium). Für das Amt des Generalvicars schreibt das kirchliche Recht gewisse Bedingungen vor, während staatlicher Seits seiner Ernennung gegenüber dieselbe Einsprache erhoben werden kann, wie bei allen geistlichen Pfründen. Sein Amtsauftrag ist höchst persönlich und erlischt daher beim Tode des Bischofes ipso iure.

§. 65. B. Die Erzpriester.

Thomassin., P. I. l. 2. c. 3—6. P. II. l. 3. c. 74. 76. Hinschius, K.-R. II. §. 90. 91.

I. Da die Bischöfe in den Kirchen des platten Landes nicht selbst die gottesdienstlichen Functionen verrichten konnten, so geschah dies durch eigens angestellte Geistliche, welche tauften und die Sacramente celebrirten. Als dem Bedürfnisse entsprechend mehr Kirchen entstanden, blieben den älteren (*ecclesiae baptismales*) ihre Befugnisse, und übten die an ihnen angestellten (*archipresbyteri*) die Aufsicht über die presbyteri an den Oratorien (*tituli*)[1. 2]. II. Dies ist die Basis der noch heute bestehenden Einrichtung, dass die

§. 64. 4) *Innocenz III. an B. Hugo v. Auxerre:* Cum olim te nobis insinuante tantam esse in tua dioecesi populi multitudinem quod vix poterat per solum, unicus duntaxat esset, in ea visitari pro tempore, nos tuis supplicationibus inclinati, super hoc utiliter providere volentes, dividendi archidiaconatus ecclesiae in tres archidiaconatus . . . concesserimus facultatem.

5) *c.* 104. *C. Meldens. ao.* 1365: Inhibemus, ne archidiaconi vel eorum officiales in ecclesia Meldensi in presbyteris, clericis aut cruce signatis in criminibus et delictis exerceant iurisdictionem, cum ipsi archidiaconi de gratia solum habeant iurisdictionem nec consueverint hoc facere tempore praedecessorum nostrorum nec de inquirendis clericis in criminibus se intromittant.

6) *Cardinal Consalvi Esposiz. dei sentimenti* (1819): Deswegen glaubt der heilige Vater . . . dass er ihnen (den Bischöfen) nicht vorschreiben müsse, ihren General-Vikar unter den „Domherrn zu wählen." Nur . . . wird er zugeben können, dass, wenn der Bischof nicht einen Domherrn zu seinem General-Vikar wählt, er verbunden sei, aus seinen eignen Mitteln ihn zu besolden.

§. 65. 1) *Capit. Hludovici ao.* 824. *c.* 5: Aecclesiis igitur baptismalibus custodes eligantur presbyteri in quibus non solum nomen officii, verum etiam sanctitatis decenter cultus effulgeat. Titula quoque earundem ecclesiarum una cum rectoribus aeque sibi praepositis tamquam subiectionis ordine contenti, sublimioris humiliter culmina venerentur.

2) *c.* 11. *Conc. Ticin.* 855: In sacris canonibus praefixum est, ut decimae iuxta episcopi dispositionem distribuantur; quidam autem laici, qui vel in propriis vel in beneficiis suas habent basilicas, contempta episcopi dispositione non ad ecclesias ubi baptismum et praedicationem et manus impositionem et alia Christi sacramenta percipiunt, decimas suas dant, sed vel propriis basilicis vel suis clericis pro libitu tribuunt. Quod omnimodis divinae legi et sacris canonibus constat esse contrarium.

Diöcese in Dekanate getheilt ist, denen *decani rurales* oder *archypresbiteri* als Organe des Bischofes vorstehen. Sie werden von diesem aus den Pfarrern des Districts erwählt, wobei zuweilen ein unmassgebliches Vorschlagsrecht der parochi geltend ist. Auch die noch heute üblichen *Capitula ruralia*, die Versammlungen der Pfarrer um ihren Decan, beruhen auf altem Herkommen.

4. Die Gehülfen für die iura ordinis.

§. 66. A. Die Chor- und Weihbischöfe.

Andreucci, Tract. de episcopo titulari, Rom. 1732. Reininger, D. Weihbischöfe v. Würzburg, Würzb. 1865. Bunge, Livland d. Wiege d. deutschen Weihbischöfe, Leipzig 1875. Hinschius, K.-R. II. §. 85.

I. Die Entwickelung der Metropolitanverfassung legt sicher Zeugniss dafür ab, wie wichtig der Sitz eines Bischofes für die Entfaltung seiner Machtstellung wurde. So ist es erklärlich, dass die Bischöfe des platten Landes (χωρεπίσκοποι) bald in Abhängigkeit geriethen von den Stadtbischöfen und zu deren Gehülfen herabsanken. Die im fränkischen Reiche seit dem VIII. Jahrhundert vorkommenden *Chorbischöfe* sind nicht wie die alten orientalischen bestimmten Sprengeln vorgesetzt, sondern dienen dem Bischofe zur Unterstützung und Aushülfe namentlich für die Zwecke der Mission, und zur Führung des Regimentes während der bischöflichen Sedisvacanz[1]. Die Missbräuche dieser Chorbischöfe erzeugten indessen eine starke Reaction[2], die namentlich bei *Benedictus Levita* und *Pseudoisidor* zu Tage trat, und welche den allmähligen Untergang des Institutes im westlichen Frankenreiche zur Folge hatte, während im Ostreiche dasselbe Resultat durch die Versuche der Chorbischöfe sich unabhängig zu stellen herbeigeführt wurde. II. Eine neue Art von Gehülfen erwuchs den deutschen Bischöfen in den *lievländischen* und *preussischen* Bischöfen, welche durch heidnische Angriffe zum Verlassen ihrer Diöcesen genöthigt, den deutschen Bischöfen Aushülfe leisteten[3], und an deren Stelle traten Bischöfe der in den Kreuzzügen begründeten und wieder in die Hände der Ungläubigen gefallenen Diöcesen, welche zur Aufrechterhaltung des Rechtstitels auf den Namen jener Diöcesen weiter ordinirt wurden (*episcopi in partibus infidelium*). Solche Bischöfe ernennt der Papst auch heute noch[4], und sie bilden in *Preussen*[5] und *Oesterreich*

§. 66. 1) *Gesta episcop. Virdunens. c.* 13: Episcopatus istius aecclesiae (v. Verdun) per XII annos vacans extitit. Sed . . . Amalbertus (u. 770) . . iuxta morem illius temporis corepiscopus factus ipsam regebat ecclesiam.

2) *c.* 8. *Conc. Metens.* 888: . . . Ut basilicae a chorepiscopis consecratae ab episcopis consecrentur, roboratum est, quia iuxta decreta Damasi papae, Innocentis et Leonis vacuum est atque inane quidquid in summi sacerdotii chorepiscopi egerunt ministerio; et quod et ipis iidem sint, qui et presbyteri sufficienter invenitur.

3) *Annales Erphord. ad a.* 1253: Hoc etiam anno Maguntinus cuidam Theodorico episcopo de minorum fratrum ordine vices suas in Thuringia commisit qui Erphordie septimana pentecostes ordines celebravit, ac in festo apostolorum (Iuli 15) apud fratres praedicatores sacras virgines velavit.

4) *Ernennungsform für episcopi i. p.:* Postmodum vero ecclesia metropolitana Nicomediensis quae in partibus infidelium constitit et cui bo. mem. N. N. illius ultimus archiepiscopus dum viveret, praesidebat, per obitum ipsius N. N. archiepiscopi qui apud dictam sedem debitum naturae persolvit apud sedem eandem pastoris solatio destituta remansit, nos ad provisionem dictae eccl. Nicomed. celerem et felicem . . . ad te . . . fidem catholicam expresse professum omniaque alia requisita habentem direximus oculos nostrae mentis . . . dictae ecclesiae Nicomed. de persona tua . . . apostolica auctoritate providemus teque illi in archiepiscopum praeficimus et pastorem, curam, regimen et administrationem ipsius ecclesiae tibi in spiritualibus et temporalibus plenarie committendo . . . Iugum igitur domini tuis impositum humeris prompta devotione suscipiens curam et administrationem praescriptas re

unter dem Namen von *Weih-* oder *Suffraganbischöfen* die den Bischöfen auf ihren Vorschlag vom Papste beigeordneten Gehülfen.

§. 67. B. Die Coadjutoren.

Thomassin., P. II. l. 2. c. 55—59. Köhler, De coadiutorib. in Germ., Mog. 1787. Held, D. R. z. Aufstellung v. Coadj. mit d. Nachfolge, Münster 1848. Hinschius, K.-R. II. §. 89.

Das Verbot, für invalide gewordene Bischöfe schon bei ihren Lebzeiten bischöfliche Gehülfen und gleichzeitig Nachfolger einzusetzen[1], wurde niemals ganz befolgt, und im fränkischen Reiche geradezu in das Gegentheil umgekehrt[2]. Eine Mitwirkung des Papstes kam dabei erst nach der Entwickelung des Papalsystemes in Frage[3], doch ohne dass die Befugniss des Bischofes sich einen zeitweiligen (*coadiutores temporarii*) Gehülfen zuzugesellen, oder

exercere studeas sollicite, fideliter et prudenter, quod ecclesia ipsa gubernatori provido et fructuoso administratori gaudeat se commissam ... Et super tibi quod donec dicta ecclesia ab infidelibus detinebitur ad illam accedere et apud eam personaliter residere minime tenearis, dicta apostolica auctoritate indulgemus.

§. 66. 5) *Preuss. Bulle de salute animar.:* Inspectis autem dioecesium Borussici regni amplitudine, ac magno dioecesanorum numero, cum difficile admodum esset archiepiscopis et episcopis confirmationis sacramentum Christi fidelibus administrare, aliaque pontificalia munera sine alterius episcopi opera et auxilio exercere; hinc nos confirmantes suffraganeatus in dioecesibus regni Borussiae, in quibus constituti reperiuntur, eos in Coloniensi ac Trevirensi dioecesibus redintegramus et de novo constituimus, atque idcirco quilibet archiepiscopus et episcopus Nos et Romanos Pontifices Successores Nostros iuxta praescriptum morem supplicabit, ut aliquis ecclesiasticus vir, opportunis praeditus requisitis, ad suffraganei munus designetur, ac praevio canonico processu servatisque consuetis formis de episcopatu titulari in partibus infidelium cum assuetae congruae adsignatione provideatur.

§. 67. 1) *C.* 3. *C. VIII. qu.* 1. (*C. v. Antiochia* 431 *c.* 3): Episcopo non licere decernimus pro se alterum sibi successorem constituere, licet ad exitum uitae perueniat. Quod si tale aliquid factum fuerit, irritum sit huiusmodi constitutum.

2) *Chlotachar. I. edict. ao.* 614: Ut nullus episcoporum se vivente eligat successorem, sed tunc alius ei substituatur, cum taliter, afficeretur, ut ecclesiam suam nec clerum regere possit.

3) *c. un. in VI^to* (3, 5) *Bonifat. VIII.:* Pastoralis officii debitum exequentes, declaramus atque statuimus, coadiutorum episcoporum et superiorum praelatorum datione intelligendam esse de causis maioribus, et referendam ad sedem apostolicam, ac ab ea (consuetudine non obstante contraria) tantummodo postulandam. Verum ne hoc praetextu ecclesiae (existentes praecipue in remotis) dispendia patiantur: nos earum in hac parte indemnitatibus praecauere volentes, hac generali constitutione sancimus, ut episcopus senio aut valetudine corporali grauatus, vel etiam alias adeo impeditus perpetuo, ut officium suum nequeat exercere: possit de sui consilio et assensu capituli vel maioris partis ipsius unum, vel duos auctoritate apostolica coadiutores assumere, ad dictum officium exequendum. Si vero episcopus demens fuerit, et quid velit aut nolit exprimere nesciat, vel non possit: tunc eius capitulo vel duae ipsius partes eadem auctoritate unum aut duos coadiutores assumant idoneos, qui eius officium exequantur. Si autem episcopus senio aut incurabili morbo grauatus, vel perpetuo impedimento detentus, ad sui executionem officii reddatur inutilis: et coadiutorem assumere vel habere noluerit, licet a capitulo requisitus proprio se illius non indigere suffragio forsitan asserendo: tunc nil per capitulum innouetur, sed hoc casu et etiam proximo idem capitulum episcopi et ecclesiae suae conditionem et statum ac facti circumstantias uniuersas, quam cito poterit fideliter et explicite referat ad notitiam dictae sedis, recepturi humiliter et efficaciter impleturi, quod super hoc per sedem ipsam contigerit ordinari. Praesenti quoque, adiicimus sanctioni, ut coadiutores huiusmodi de prouentibus praelatorum, in quorum assumentur auxilium, sumptus recipiant moderatos, ab alienatione qualibet de bonis ecclesiasticis praelatorum ipsorum vel ecclesiarum suarum quomodolibet facienda penitus abstinentes: rationem non solum in districto examine, sed et praelatis eisdem (si sanae mentis extiterint) ac capitulis eorundem, seu etiam ipsorum prelatorum successoribus (si hoc antea non fecerint) plenariam reddituri. Caeterum quod de episcopis praemittitur, ad superiores etiam praelatos esse volumus et intelligimus referendum.

des Capitels, dem geistesschwachen Bischof einen solchen an die Seite zu setzen, von päpstlicher Bestätigung abhängig wurde. Dagegen ist eine solche erforderlich, wenn wie das früher zur Vermeidung streitiger Wahlen häufig geschah, nach dem Tridentinum aber nur im Nothfalle geschehen soll[4], ein *coadiutor perpetuus cum iure succedendi* bestellt wird. Dazu ist auch der Consens des wahlberechtigten Capitels nothwendig, von welchem der Papst aber gegebenen Falles absehen zu können behauptet, und selbstverständlich stehen den Staatsregierungen hier dieselben Befugnisse zu, welche sie bei Besetzung der bischöflichen Stühle besitzen.

§. 68. V. Die Pfarrer und ihre Gehülfen.

Thomassin., P. I. l. 2. c. 21—28. Nardi, Dei parorcchi, Pesaro 1829 sq. 1. 2. Barbosa, De officio et pot. paroch., Lugd. 1640. Helfert, V. d. Rechten und Pflichten d. Pfarrer u. deren Gehülf. u. Stellvertret., Prag 1832. Seitz, D. R. d. Pfarramtes in d. kathol. Kirche, 1. 2. Regensb. 1840—55. Bouix, Tract. de parocho, Paris 1856. Hinschius, II. §. 92. 93.

I. Wie neben den Taufkirchen auf dem platten Lande andere Kirchen entstanden, die jenen untergestellt waren, ist dargestellt (§. 65). Allmählig ging die Befugniss, sämmtliche Sacramente zu celebriren auf alle diese Kirchen über, deren Geistliche *parochi* genannt, und deren Umsassen nur in ihnen die gottesdienstlichen Handlungen vornehmen lassen durften. Auch in den Städten ging, wenn auch später, die Verwaltung der einzelnen Kirchen, die früher dem Bischofe zugestanden hatte, an einzelne Geistliche über, und bildeten sich Parochien. Dennoch war Deutschland während des Mittelalters nicht in ein regelmässiges Pfarrnetz getheilt, zumal die Klöster vielfach selbst Kirchen errichteten oder errichtete zum Geschenk erhielten, und die Pfarrrechte entweder selbst ausübten oder durch von ihnen gegen die Vorschriften des Rechtes auch auf Zeit bestellte und besoldete Kleriker (*vicarii*) ausüben liessen. Durch solche sogenannte *Incorporationen*[1] litt die Seelsorge empfind-

§. 67. 4) *C. Trident. Sess. XXV. de reform. c.* 7: In coadiutoriis quoque cum futura successione idem posthac observetur, ut nemini in quibuscunque beneficiis ecclesiasticis permittantur. Quod si quando ecclesiae cathedralis aut monasterii urgens necessitas aut evidens utilitas postulet praelato dari coadiutorem, is non alias cum futura successione detur, quam haec causa prius diligenter a sanctissimo Romano Pontifice sit cognita, et qualitates omnes in illo concurrere certum sit, quae a iure et decretis huius sanctae synodi in episcopis et praelatis requiruntur. Alias concessiones super his factae surreptitiae esse censeantur.

§. 68. 1) *Incorporationsurkunden:* In nomine sanctae et individuae trinitatis. Ego Tuto Ratisponensis episcopus . . . omnibus Christianae religionis cultoribus tam futuris quam presentibus notum fieri cupio, qualiter manu traditiva et ad tradendum potestativa capellam Celle in parochia Rurippe sitam dotali feodo subarratam cum decimationibus de duobus hobis quaesitis et inquirendis . . . seruicio super altare S. Michahelis et S. Petri in Mannse ad usus fratrum ibidem famulantium delegaui. sed ut plenius et salubrius incrementum coeptum opus sortiretur, annuente Christiano uenerabili Patauiensis ecclesiae antistite, presentibus uero eiusdem chori canonicis predictam capellam Celle, iure quo tenebatur ad parochiam Rurippe, emancipavi delegans super ecclesiam Rurippe decimaciones, quae de sex hobis persoluuntur, ea condicione, . . . ut predicta capella Celle dignitate plebane ecclesie fungeretur excepto pascali et pentecostali baptismo, ab abbate Mannsense spiritali munere procuranda et procuratori per manum eius locanda. Huius rei testes sunt Eckardus comes cet. . . Dat. Ratispone in oratorio S. Petri multa principum inibi societate. Id. dec. ann. ab. Inc. Dom. DCCCCLV. — Theodoricus divina providentia Trevirorum archiepiscopus omnibus Christifidelibus hanc paginam inspecturis in perpetuum . . . Noverint . . universi tam posteri quam moderni quod ad honorem D. N. Jesu Christi et sanctae matris ecclesiae . . ecclesiam de Hoyngen vacantem ad praesentationem Domini Conradi, maioris ecclesiae et S. Simeonis praepositi, ad quem ius patronatus spectare dignoscitur, ecclesiae S. Simeonis ad opus refectorii per manum dilecti filii nostri Ioannis eiusdem loci archidiaconi

lich. Dies veranlasste das *Tridentinum*, die alten Rechtsnormen aufs Neue einzuschärfen. II. Nach heutigem Recht ist ein Pfarrer der Geistliche, welcher in einer Unterabtheilung der Diöcese die gesammte Seelsorge verwaltet, als ständiges ihm vom Bischofe übertragenes Amt. Das Pfarramt erkennt die Kirche als menschliche Institution an, und so ist auch die rechtliche Stellung der Pfarrer zweifelhaft, indem sie nach einer von *Pius VI.* als ketzerisch verworfenen Ansicht[2] für Theilhaber am Kirchenregiment, nach anderer für amovible bischöfliche Gehülfen[3], und endlich für zwar untergeordnete aber selbstständige Glieder erklärt werden; zwischen den beiden zuletzt genannten Principien schwankt das geltende Recht, obgleich in neuer Zeit kirchlicherseits das Bestreben das erstere derselben zu verwirklichen immer stärker hervorgetreten ist. III. Das Pfarramt begreift die Spendung der Sacramente (mit Ausnahme der dem Bischof reservirten), die Predigt, die Beaufsichtigung der Schule, die Standesbuchführung, für welche letztere der frühere staatliche Auftrag jetzt weggefallen ist. Diese Befugnisse erstrecken sich auf die Gränzen der Parochie und auf die innerhalb derselben domicilirten Personen[4], so dass innerhalb der Parochie weder ein Kleriker ohne Erlaubniss des Pfarrers Pfarrhandlungen vornehmen darf, noch ein auswärtiger parochus ohne die Erlaubniss des proprius an dessen Parochianen. Dieser *Pfarrzwang*[5-7] ist aber im neueren Rechte nach beiden Richtungen hin durchbrochen worden, indem einmal auch fremde Geistliche mit Genehmigung des Papstes oder des Bischofs in der Parochie amtieren dürfen[8], und der persönliche Pfarrzwang

contulimus, et decano S. Simeonis suisque in posterum successoribus in eadem ecclesia *curam commissimus animarum* . . . . Datum in facie maioris ecclesiae Trevirensis anno dom. inc. MCCXVI. Pontif. n. anno V.

§. 68. 2) *Pius VI. Bulle Auctor. fidei* 1794. *Verurtheil. d. Sätze der Syn. v. Pistoja:* II. Propositio, quae statuit: „Potestatem a Deo datam ecclesiae, ut communicaretur pastoribus, qui sunt eius ministri pro salute animarum," — sic intellecta, ut a communitate fidelium in pastores derivetur ecclesiastici ministerii ac regiminis potestas: *Haeretica.*

3) *Articles organiques. art.* 60: Il y aura au moins une paroisse dans chaque justice de paix. Il sera en outre établi autant de succursales que le besoin pourra l'exiger; art. 61: Chaque évêque de concert avec le préfet réglera le nombre et l'étendue de ces succursales. Les plans arrêtés seront soumis au gouvernement et ne pourront être mis à exécution sans son autorisation; art. 62: Aucune partie du territoire français ne pourra être érigée en cure ou en succursale sans l'autorisation expresse du gouvernement. art. 63: Les prêtres desservant les succursales sont nommés par les évêques; art. 31: Les vicaires et desservants exercent leur ministère sous la surveillance et la direction des curés. Ils seront approuvés par l'évêque et révocables par lui.

4) *C. Trident. Sess. XXIV. de reform. c.* 4: Moneatque episcopus populum diligenter teneri unumquemque parochiae suae interesse, ubi commode id fieri potest, ad audiendum verbum dei.

5) *A. Preuss. Landr. II,* 11. §. 268: Durch den blossen Aufenthalt in einem Kirchspiele, so lange der Vorsatz seinen Wohnsitz darin aufzuschlagen noch nicht erhellt, wird die Einpfarrung nicht begründet.

6) *Ebendas.* §. 418: Dagegen hat er (der Pfarrer) das Recht, von den Eingepfarrten zu fordern, dass sie sich in ihren Religionshandlungen, zu deren Vollziehung es der Mitwirkung eines Pfarrers bedarf, nur seines Amtes bedienen sollen.

7) *Ebendas.* §. 283: Sämmtliche zum Civilstande gehörige Königliche, in wirklichen Diensten stehende oder Titularräthe und andere Bediente sind der Regel nach von der ordentlichen Parochie ihres Wohnorts ausgenommen. §. 286: Insofern Landesunterthanen, welche einen auswärtigen Charakter erhalten haben, von der ordentlichen Gerichtsbarkeit ausgenommen worden, sind sie auch von dem bisherigen Pfarrzwange befreit. §. 287: Sind gewisse innerhalb der Grenzen des Kirchspiels gelegene Häuser von der Parochie ausgenommen, so kommt diese Exemtion allen Bewohnern zu statten. §. 288: Alle vom Pfarrzwange Ausgenommenen haben in jedem einzelnen Falle die Wahl, welcher Kirchenanstalt sie sich bedienen wollen.

8) *Bad. Ges. v.* 2. *April* 1872: Art. 1. Die

nur noch auf Taufe, Trauung, Begräbniss, letzte Oelung, österliche Communion, und auch da nicht ausnahmslos und vor allen Dingen allein auf Confessionsangehörige[9. 10] beschränkt ist. IV. Auch die Pfarrer können Gehülfen haben a) *Curatkapläne* mit ständigem Seelsorgeamt, b) *capell. simplices* mit einem eigenen Beneficium aber nur bestimmten stiftungsmässigen Obliegenheiten, c) *Cooperatores*, ohne besonderes Beneficium vom Pfarrer mit bischöflicher Genehmigung angenommen, oder vom Bischof dem Pfarrer an die Seite gesetzt, d) Pfarrverweser (*vicarii*) bei Unfähigkeit des Pfarrers vom Bischof ernannt und in der Amtsführung unabhängig von ersterem, auch als Verwalter erledigter Pfarreien bis zur Neubesetzung.

VI. Abweichungen von der regelmässigen Amtsorganisation.

§. 69. 1. Die Exemtionen.

Thomassin., P. I. l. 3. c. 26—41.

I. Bisthümer die zu keiner erzbischöflichen Provinz gehören, und keiner Metropolitangewalt unterworfen sind, vielmehr direkt unter dem Papste stehen, nennt man *exemte*. Solche sind heute die *preuss.* Bisthümer *Breslau, Ermeland, Osnabrück, Hildesheim* und die *Reichsbisthümer Strassburg* und *Metz*. Die exemten Bisthümer haben sich, um an den Provinzialsynoden Antheil nehmen zu können, definitiv an einen benachbarten Erzbischof anzuschliessen. Dagegen sind ihre Gerichte dem dieses Erzbischofes als zweitem Instanzgericht nicht unterworfen, vielmehr wird die zweite Instanz auf andere nicht überall gleichmässige Art geschaffen. II. Innerhalb der Episcopate sind von der bischöflichen Jurisdiction die Armeen eximirt, und ist in einzelnen Staaten eine eigene Militärseelsorge geschaffen worden (z. B. *Oesterreich, Preussen*). III. Sogenannte *praelati nullius* (*dioeceseos*) d. h. solche, welche eine kirchliche Regierungsgewalt, in einem von jeder Diöcese losgelösten Territorium besitzen, giebt es in Deutschland nicht mehr. IV. Die Befreiung, welche den religiösen Instituten gesetzlich von dem Parochialrecht und durch Privileg[1]

Abhaltung von Missionen und die Aushilfe in der Seelsorge durch Mitglieder religiöser Orden, welche im Grossherzogthum nicht — nach Massgabe des §. 11. des Ges. v. 9. Oct. 1860, die rechtl. Stellung etc. betr., — mit Staatsgenehmigung eingeführt sind, ist verboten. Art. 2. Die Uebertretung dieser Verbote wird mit Haft nicht unter 14 Tagen bestraft.

§. 68. 9) *Oesterr. Gesetz v.* 25. *Mai* 1868 *Art.* 9: Angehörige einer Kirche oder Religionsgenossenschaft können zu Beiträgen an Geld und Naturalien oder zu Leistungen an Arbeit für Kultus und Wohlthätigkeitszwecke eines anderen nur dann verhalten werden, wenn ihnen die Pflichten des dinglichen Patronates obliegen oder wenn die Verpflichtung zu solchen Leistungen auf privatrechtlichen, durch Urkunden nachweisbaren Gründen beruht oder wenn sie grundbücherlich sicher gestellt ist. Kein Seelsorger kann von Angehörigen einer ihm fremden Konfession Taxen, Stollgebühren u. dgl. fordern, ausser für auf deren Verlangen wirklich verrichtete Funktionen und zwar nur nach dem gesetzlichen Ausmass.

10) *A. Preuss. Landr. II*, 11. §. 261: Doch soll niemand bei einer Parochialkirche von einer anderen als derjenigen Religionspartei, zu welcher er selbst sich bekennt, zu Lasten und Abgaben, welche aus der Parochialverbindung fliessen, angehalten werden, wenngleich er in dem Pfarrbezirke wohnt oder Grundstücke darin besitzt.

§. 69. 1) *Privilegium Zachariae papae Bonifatio datum*: Zacharias papa Bonifatio episcopo et per eum in monasterio constructo successim abbatibus in perpetuum. Quoniam semper sunt concedenda, quae rationabilibus congruunt desideriis. oportet ut devotioni conditoris piae constructionis auctoritas in privilegiis praestandis minime denegetur. Igitur quia postulasti a nobis quatenus monasterium salvatoris a te constructum in loco qui vocatur Boconia erga ripam fluminis Ultaha privilegii sedis apostolicae infulis decoretur. ut sub iurisdictione sanctae nostrae cui Domino auctore deservimus aeclesiae con-

oft auch von der bischöflichen Gewalt zustand, ist, was die letztere Beziehung betrifft, von dem *Tridentinum* unwirksam gemacht worden, und auch die staatlichen Gesetzgebungen[2. 3] haben sich im Interesse einer einheitlichen kirchlichen Verwaltung gegen solche Exemtionen ausgesprochen.

§. 70. 2. Der Missionsorganismus.

Andreucci, Hierarchia eccl. t. 1. Mejer, Die Propaganda, ihre Provinzen u. ihr Recht, Göttingen 1852 f. 1. 2.

I. Ein eigenthümlicher Missionsorganismus hatte sich bis (1622) zur Stiftung der *Congregat. de propaganda fide* nur in *Irland* und *Schottland* entwickelt, wo die Verbreitung des Christenthums durch Mönche gefördert, und neugegründete Klöster die Mittelpunkte des kirchlichen Lebens wurden. Alle sonstigen Missionen, auch die des zu diesem Behufe im XIII. Jahrhundert gestifteten *Franziskaner-* und *Dominikaner-Ordens* stellten den gewöhnlichen kirchlichen Organismus, d. h. Bisthümer her, und auch der irisch-schottische wurde durch Roms Anstrengungen (*Augustinus, Bonifatius*) in diesen übergeleitet. II. Durch die Propaganda wurde dem Missionswesen ein Mittelpunkt gegeben; alle *terrae missionis* stehen unter dieser Behörde, und jedes missionirende Organ hat von ihr seine widerrufliche Vollmacht. Das Haupt des Missionsunternehmens ist ein Priester als *praefectus apostolicus*, welcher, wenn Gemeindebildungen erfolgen, über diese die Jurisdiction erhält. Da er nicht ordiniren kann, so führt das Bedürfniss zur Verwandlung des praefectus in einen *vicarius apostolicus*, der den bischöflichen ordo besitzt, aber vom Amte amovibel ist wie der praefectus. Das dritte Stadium der Entwickelung ist die Erhebung des Missionsorganismus zum bischöflichen, wie dies in *Nordamerika, Kanada, England*[1], *Irland, Holland, Australien, Luxemburg* und *Schottland* geschehen ist. Die Missionsbischöfe sind auf ihre Diöcesen geweiht, stehen aber unter der Propaganda, freilich mit den gemeinrechtlichen Garan-

stitutum. nullius alterius aecclesiae iuris ditionibus submittatur. pro qua re piis desideriis faventes. hac nostra auctoritate id quod exposcitur effectui mancipamus. et ideo omnem cuiuslibet aecclesiae sacerdotem in praefato monasterio ditionem quamlibet habere aut auctoritatem preter sedem apostolicam prohibemus. ita ut nisi ab abbate monasterii fuerit invitatus ... nec missarum ibidem sollemnitatem quispiam praesumat omnimodo celebrare. ut profecto iuxta id quod subiectum apostolicae sedi firmitate privilegii consistit. inconcusse dotatum permaneat. locis et rebus. tam eis quas moderno tempore tenet vel possidet, quam que futuris temporibus in iure ipsius monasterii divina pietas voluerit augere ex donis et oblationibus decimisque fidelium absque ullius personae contradictione firmitate perpetua perfruatur. Constituimus quoque per huius decreti nostri paginam. ut quicunque cuiuslibet acclesiae praesul. vel quacunque dignitate predita persona hanc nostri privilegii cartam. quam auctoritate principis apostolorum firmamus temerare temptaverit. anathema sit. et iram dei incurrens a cetu sanctorum omnium extorris existat et nihilominus praefati monasterii dignitas a nobis indulta perpetualiter inuiolata permaneat apostolica auctoritate subnixa.

§. 69. 2) *A. Preuss. Landr. II*, 11. §. 116: Ohne ausdrückliche Genehmigung des Staats kann keine Kirchengesellschaft von dieser Unterordnung gegen den Bischof der Diözese ausgenommmen werden.

3) *Verordn. d. Staat. d. Oberrh. Kirchenprov.* v. 30. *Jan.* 1830 §. 2: Es kann in keinem der obenerrichteten Bisthümer irgend eine Art von kirchlicher Exemtion künftig stattfinden.

§. 70. 1) *Pius IX. Breve v.* 29. *Sept.* 1850: Tempus advenisse reputavimus, ut regiminis Ecclesiastici forma in Anglia ad eum modum restitui possit, in quo libere est apud alias gentes, in quibus nulla sit peculiaris causa, ut extraordinario illo Vicariorum Apostolicorum ministerio regantur. Temporum scilicet ac rerum adiuncto effecisse sentiebamus, ut necesse non sit diutius Angliae catholicos a Vicariis Apostolicis gubernari, immo vero talem inibi rerum conversionem factam esse, ut Ordinarii Episcopalis regiminis formam flagitaret.

tien der bischöflichen Selbstständigkeit. III. Deutschland besitzt folgenden Missionsorganismus: 1. Den *apostolischen Vicar* für das *Königreich Sachsen* in *Dresden*, zugleich *apostolischer Präfect* für *Meissen* und die *Lausitz*. Er ist ep. i. p., wird vom Papste auf Vorschlag des Königs ernannt und von diesem bestätigt. 2. Den *apostolischen Vicariat für die anhaltinischen Länder*, geführt vom Bischof von *Paderborn*. 3. Den *Apostolischen Vicariat des Nordens*, dem Bischof von *Osnabrück* seit 1841 als *Provicar* übertragen, umfassend *Mecklenburg, Lauenburg, Holstein, Schleswig*, die *Hansestädte* und *Dänemark*. 4. *Apostolische Delegationen*, d. h. ein mit einem Bisthum dauernd verbundenes Missionsregiment für das Bisthum *Breslau* (*Mark Brandenburg, Pommern*) und *Paderborn* (*preuss.* Gebiet links der *Elbe*).

§. 71. VII. Die Pflichten der Kirchenbeamten.

Thomassin., P. II. l. 2. c. 44—46. l. 3. c. 30—35.

I. Das Verhältniss der einzelnen Kirchenämter zu einander bedingt die Verpflichtung des *Gehorsams* des Untergebenen gegenüber dem Vorgesetzten[1], welche bei der Weihe — mit Ausnahme des Frankenreichs[2] — eidlich übernommen wurde. Bei den Erzbischöfen lag die Veranlassung, sie dem römischen Stuhle eidlich zu verbinden, in der Pallien-Uebertragung[3], bei den Bischöfen trat sie ein, nachdem ihre Consecration ein päpstliches Reservat geworden war, so dass dieselben von da an statt dem Metropoliten dem Papste den Eid des Gehorsams leisten[4]. Ihnen wiederum schwören alle welche niedere Kirchen-

§. 71. 1) *c.* 10. *C. Tolet. XI.* 675 (*Dist.* 23. *c.* 6): Ut unusquisque, qui ad ecclesiasticos gradus est accessurus, non ante honoris consecrationem accipiat, quam placiti sui innotacione promittat, . . . ut debitum per omnia honorem atque obsequii reuerentiam preminenti sibi unusquisque dependat, iuxta illud Papae Leonis edictum: „Qui se scit aliquibus esse prepositum, non moleste ferat aliquem sibi esse prelatum, sed obedientiam, quam exigit, etiam ipse dependat."

2) *c.* 16. *Capit. Hludov.* 817: De episcopis vero in Langobardia constitutis, qui ab his quos ordinabant sacramenta et munera contra divinam et canonicam auctoritatem accipere vel exigere soliti erant, modis omnibus inhibitum est, ne ulterius fiat.

3) *Gregor IX. an d. Erzb. v. Lyon* 1229: Fraternitatem tuam rogamus, — in virtute obedientiae sub debito iuramenti districte praecipiendo mandantes, ac in remissionem peccaminum — iniungentes, quatenus sine morae dispendio cum congruo exfortio bellatorum ad nos personaliter venire festines.

4) *Consecrationseid der preuss., hannöver. u. oberrhein. Bischöfe:* Ego . . . . . electus ab hac hora in antea fidelis et obediens ero B. Petro Sanctaeque Apostolicae Romanae ecclesiae et Domino nostro ... papae ... eiusque successoribus canonice intrantibus. Non ero in consilio consensu vel facto ut vitam perdant seu capiantur mala captione vel in eos violenter manus quomodolibet ingerantur aut iniuriae aliquae inferantur, quovis quaesito colore. Consilium vero quod mihi crediturі sunt per se aut Nuntios seu literas ad eorum damnum me sciente nemini pandam, Papatum, Romanum et Regalia Sti Petri adiutor eis ero ad retinendum et defendendum contra omnem hominem. Legatum Apostolicae Sedis in eundo et redeundo honorifice tractabo ac in suis necessitatibus adiuvabo. Iura honores privilegia et auctoritatem sctae Romanae Ecclesiae ac Domini Nostri Domini Papae et Successorum praedictorum conservare, defendere, augere et promovere curabo. Non ero in consilio, tractatu vel facto in quibus contra ipsum Dominum nostrum vel eamdem Romanam ecclesiam aliqua sinistra vel praeiudicialia Personae, iuris, honoris, status et potestatis eorum machinetur; et si talia a quibuscunque procurari novero vel tractari, impediam hoc pro posse et quanto citius commode potero, significabo eidem Domino Nostro aut alteri per quem ad ipsius notitiam pervenire possit. Regulas Sctorum Patrum, Decreta, ordinationes, dispositiones, reservationes, provisiones et Mandata Apostolica totis viribus observabo et faciam ab aliis observari. (Hier eingeschoben in der gewöhnlichen Fassung: Haereticos, schismaticos et rebelles eidem Domino nostro vel successoribus praedictis pro posse persequar et impugnabo.) Vocatus ad Synodum veniam nisi praepeditus fuero canonica praepeditione. Apostolorum Limina singulis quadrienniis (in der gewöhnlichen Fas-

ämter (mit Ausnahme der beneficia simplicia) übertragen erhalten. II. Neben den Pflichten des *Breviergebetes* und der Ablegung des *Glaubensbekenntnisses*, kommt namentlich die *Residenzpflicht* in Frage, wie sie ursprünglich normirt, im Mittelalter auch Seitens der Päpste hintenangesetzt (*Commenden*), durch das *Tridentinum* aber wieder eingeschärft worden ist. Demnach soll kein Beamter ausser in der gesetzlich ihm gewährten Vacanzzeit, ohne triftige Gründe und ohne Genehmigung seines Vorgesetzten, die persönliche Abwartung seines Amtes unterlassen[5. 6]. In den Stiftern aber sollen an die Mitglieder, welche

sung: trienniis) personaliter et per me ipsum visitabo ac Domino Nostro et Successoribus praefatis rationem reddam de meo pastorali officio ac de rebus omnibus ad meae ecclesiae statum, ad Cleri et populi disciplinam, ad animarum denique quae meae fidei traditae sunt salutem quovis modo pertinentibus, et vicissim mandata Apostolica hum. accipiam et quam diligentissime exequar. Quod si legitimo impedimento detentus fuero, praefata omnia adimplebo per certum Nuncium ad hoc speciale mandatum habentem de gremio Capituli, aut alium in Ecclesiastica Dignitate constitutum seu alias Personatum habentem, aut his mihi deficientibus per aliquem Presbyterum saecularem vel Regularem spectatae probitatis et Religionis, de supradictis omnibus plene instructum. De hoc autem impedimento docebo per legitimas probationes ad S. Romanae Ecclesiae Cardinalem proponentem in Congregatione sacri Concilii per supradictum Nuncium transmittendas. Possessiones vero ad mensam mei Episcopatus pertinentes non vendam neque donabo neque impignorabo neque de novo infeudabo aut aliquo modo alienabo etiam cum consensu capituli Ecclesiae meae inconsulto Romano pontifice (von hier in der gewöhnlichen Fassung: Et si ad aliquam alienationem devenero, poenas in quadam super hac edita constitutione contentas eo ipso incurrere volo. Sic me Deus etc.) ac constitutionem super prohibitione investiturarum Bonorum Iurisdictionalium de Anno MDCXXV editam curabo. Haec omnia et singula eo inviolabilius curabo, quo certior sum nihil in eis contineri quod fidelitati meae erga ser. .... Regem, eiusque ad thronum successores debitae adversari possit.

§. 71. 5) *C. Trident. Sess. XXIII. de reform. c.* 1: Omnes patriarchalibus, primatialibus, metropolitanis ac cathedralibus ecclesiis quibuscunque quocunque nomine et titulo praefectos, etiam si sanctae Romanae ecclesiae cardinales sint, obligari ad personalem in sua ecclesia vel dioecesi residentiam, ubi iniuncto sibi officio defungi teneantur, neque abesse posse, nisi ex causis et modis infra scriptis. Nam quum *Christiana caritas, urgens necessitas, debita obedientia, ac evidens ecclesiae vel reipublicae utilitas* aliquos nonnunquam abesse postulent et exigant, decernit eadem sacrosancta synodus, has legitimae absentiae causas a beatissimo Romano Pontifice, aut metropolitano, vel eo absente, suffraganeo episcopo antiquiori residente, qui idem metropolitani absentiam probare debebit, in scriptis esse approbandas; nisi quum absentia inciderit propter aliquod munus et reipublicae officium episcopatibus adiunctum, cuius quoniam causae sunt notoriae et interdum repentinae, ne eas quidem significari metropolitano necesse erit. Ad eundem tamen cum concilio provinciali spectabit iudicare de licentiis a se vel a suffraganeo datis, et videre, ne quis eo iure abutatur, et ut poenis canonicis errantes puniantur. Interea meminerint discessuri, ita ovibus suis providendum, ut, quantum fieri poterit, ex ipsorum absentia nullum damnum accipiant. Quoniam autem qui aliquantisper tantum absunt ex veterum canonum sententia non videntur abesse, quia statim reversuri sunt; sacrosancta synodus vult, illud absentiae spatium singulis annis, sive continuum sive interruptum, extra praedictas causas nullo pacto debere duos aut ad summum tres menses excedere, et haberi rationem, ut id aequa ex causa fiat et absque ullo gregis detrimento; quod an ita sit, abscedentium conscientiae relinquit, quam sperat religiosam et timoratam fore, quum Deo corda pateant, cuius opus non fraudulenter agere suo periculo tenentur. Eosdem interim admonet et in Domino hortatur, ne per illius temporis spatium, Dominici Adventus, Quadragesimae, Nativitatis, Resurrectionis Domini, Pentecostes item, et Corporis Christi diebus, quibus refici maxime et in Domino gaudere pastoris praesentia oves debeant, ipsi ab ecclesia sua cathedrali ullo pacto absint, nisi episcopalia munia in sua dioecesi eos alio vocent. Si quis autem, quod utinam nunquam eveniat, contra huius decreti dispositionem abfuerit, statuit sacrosancta synodus, praeter alias poenas adversus non residentes sub Paulo III. impositas et innovatas, ac mortalis peccati reatum, quem incurrit, eum pro rata temporis absentiae fructus suos non facere, nec tuta consientia, alia etiam declaratione non secuta, illos sibi detinere posse, sed teneri, aut ipso cessante per superiorem

dem Chordienst persönlich obgelegen haben, besondere Emolumente (*praesentiae, distributiones*) vertheilt werden[7].

VIII. Die synodalen Organe.

§. 72. 1. Die allgemeinen Concilien.

Schulte, D. Stellung d. Concil. Päpste und Bischöfe, Prag 1871. (Friedberg), Der Staat und das allgemeine Concil, Leipzig 1873.

I. Die ersten acht ökumenischen Synoden, sind auf Berufung des römi-

ecclesiasticum, illos fabricae ecclesiarum aut pauperibus loci erogare, prohibita quacunque conventione vel compositione, quae pro fructibus male perceptis appellatur, ex qua etiam praedicti fructus in totum, aut pro parte ei remitterentur; non obstantibus quibuscunque privilegiis cuicunque collegio aut fabricae concessis. Eadem omnino, etiam quoad culpam, amissionem fructuum, et poenas de curatis inferioribus et aliis quibuscunque, qui beneficium aliquod ecclesiasticum curam animarum habens obtinent, sacrosancta synodus declarat et decernit; ita tamen, ut, quandocunque eos causa prius per episcopum cognita et probata abesse contigerit, vicarium idoneum ab ipso ordinario approbandum cum debita mercedis assignatione relinquant. Discedendi autem licentiam in scriptis gratisque concedendam ultra bimestre tempus nisi ex gravi causa non obtineant. Quod si, per edictum citati etiam non personaliter, contumaces fuerint, liberum esse vult ordinariis, per censuras ecclesiasticas, et sequestrationem et subtractionem fructuum, aliaque iuris remedia, etiam usque ad privationem, compellere, nec exsecutionem hanc quolibet privilegio, licentia, familiaritate, exemptione, etiam ratione cuiuscunque beneficii, pactione, statuto, etiam iuramento vel quacunque auctoritate confirmato, consuetudine, etiam immemorabili, quae potius corruptela censenda est, sive appellatione aut inhibitione, etiam in Romana curia, vel vigore Eugenianae constitutionis suspendi posse. Postremo tam decretum illud sub Paulo III., quam hoc ipsum in conciliis provincialibus et episcopalibus publicari sancta synodus praecipit; cupit enim quae adeo ex pastorum munere animarumque salute sunt frequenter omnium auribus mentibusque infigi, ut in posterum Deo iuvante nulla temporum iniuria aut hominum oblivione aut desuetudine aboleantur.

§. 71. 6) *C. Trident. Sess. VI. de reform. c.* 1: Si quis a patriarchali, primatiali, metropolitana seu cathedrali ecclesia, sibi quocunque titulo, causa, nomine seu iure commissa, quacunque ille dignitate, gradu et praeminentia praefulgeat, legitimo impedimento seu iustis et rationalibus causis cessantibus, sex mensibus continuis extra suam dioecesim morando abfuerit, quartae partis fructuum unius anni, fabricae ecclesiae et pauperibus loci per superiorem ecclesiasticum applicandorum, poenam ipso iure incurrat, Quod si per alios sex menses in huiusmodi absentia perseveraverit, aliam quartam partem fructuum similiter applicandam eo ipso amittat. Crescente vero contumacia, ut severiori sacrorum canonum censurae subiiciatur, metropolitanus suffraganeos episcopos absentes, metropolitanum vero absentem suffraganeus episcopus antiquior residens, sub poena interdicti ingressus ecclesiae eo ipso incurrenda, infra tres menses per literas seu nuncium Romano Pontifici denunciare teneatur, qui in ipsos absentes, prout cuiusque maior aut minor contumacia exegerit, suae supremae sedis auctoritate animadvertere, et ecclesiis ipsis de pastoribus utilioribus providere poterit, sicut in Domino noverit salubriter expedire.

7) *C. Trident. Sess. XXI. de reform. c.* 3: Quum beneficia ad divinum cultum atque ecclesiastica munia obeunda sint constituta, ne qua in parte minuatur divinus cultus, sed ei debitum omnibus in rebus obsequium praestetur: statuit sancta synodus in ecclesiis tam cathedralibus quam collegiatis, in quibus nullae sunt distributiones quotidianae, vel ita tenues, ut verisimiliter negligantur, tertiam partem fructuum et quorumcunque proventuum et obventionum tam dignitatum quam canonicatuum, personatuum, portionum et officiorum separari debere, et in distributiones quotidianas converti, quae inter dignitates obtinentes et ceteros divinis interessentes proportionabiliter iuxta divisionem ab episcopo, etiam tanquam apostolicae sedis delegato, in ipsa prima fructuum deductione faciendam dividantur, salvis tamen consuetudinibus earum ecclesiarum, in quibus non residentes seu non servientes nihil vel minus tertia parte percipiunt; non obstantibus exemptionibus, ac aliis consuetudinibus, etiam immemorabilibus, et appellationibus quibuscunque. Crescenteque non servientium contumacia liceat contra eos procedere iuxta iuris ac sacrorum canonum dispositionem.

schen Kaisers zusammengetreten[1], und ihre Beschlüsse sind von diesem bestätigt worden. Der römische Bischof erscheint als ein hochangesehenes, aber in Bezug auf seine synodale Stellung den übrigen Bischöfen rechtlich gleichartiges Mitglied der Synode, deren Beschlüsse namentlich seiner Confirmation nicht bedürfen. Zwischen dem achten und neunten ökumenischen Concil liegt aber ein Zeitraum von fast 300 Jahren, in welchem der Schwerpunkt der Kirche in den Primat verlegt, und von diesem auch nicht nur die alleinige Befugniss zur Berufung allgemeiner Synoden in Anspruch genommen wurde[2], sondern die Synoden auch zu berathenden Versammlungen des absoluten kirchlichen Monarchen herabgedrückt wurden[3]. Zwar erinnerten sich die Kaiser zuweilen der Befugnisse ihrer römischen Vorgänger[4], und knüpfte die episcopalistische Bewegung an die alten Kirchenverhältnisse an[5]: aber das erstere führte doch auf der grossen Synode des XVI. Jahrhunderts nur dazu, dass die Staaten durch *oratores* dem Concil Rathschläge geben konnten; die letztere wurde durch die Synode von *Trient* selbst zu Grabe getragen[6]. Das *vatikanische Concil* hat den Schlussstein der Entwickelung des Papalsystemes gegeben[7]; denn durch die Infallibilität des Papstes ist dem Concil die ihm bis dahin unbestritten zustehende Befugniss, allein definitive Glaubenssätze aufzustellen, genommen. Der Papst hat sich *approbante concilio* für infallibel erklärt, d. h. die Erklärung der Infallibilität setzt dieselbe schon als existent

§. 72. 1) *Leo I.* 451 *an d. Kaiser Marcian:* Credebamus clementiam vestram id desiderio nostro posse praestare, ut praesenti necessitate respecta differri ad opportunius tempus sacerdotalem Synodum iuberetis: ut evocatis de cunctis provinciis Sacerdotibus, vere possit esse universale Concilium. Sed quia vos amore catholicae fidei congregationem nunc fieri voluistis, ne devoto obviare viderer arbitrio, fratrem et Coepiscopum meum Paschasinum de ea Provincia, quae videtur esse securior evocatum, qui vicem praesentiae meae possit implere, direxi.

2) *Leo IX. an Thomas ep. Africanus* (1053): Hoc autem nolo vos lateat, non debere praeter sententiam Romani pontificis universale concilium celebrari, aut episcopos damnari, vel deponi: quia etsi licet vobis aliquos episcopos examinare, diffinitivam tamen sententiam, absque consultu Romani pontificis ut dictum est, non licet dare: quod in sanctis canonibus statutum, si quaeritis, potestis invenire.

3) *Paschal. II. an Erzb. v. Salona* 1102 (*c.* 4. *X.* 1, 6): Aiunt in conciliis statutum non inueniri, quasi Romanae ecclesiae legem concilia ulla praefixerint, cum omnia concilia per Romani pontificis auctoritatem, et facta sint, et robur acceperint, et in eorum statutis Romani pontificis patenter excipiatur auctoritas.

4) *Rede Friedr. I.* (1160) *auf der von ihm berufenen Syn. v. Pavia:* Quamvis noverim, officio ac dignitate imperii penes nos esse potestatem congregandorum conciliorum, praesertim in tantis ecclesiae periculis — hoc enim et Constantinus et Theodosius nec non Iustinianus, seu recentioris memoriae Carolus magnus et Otto imperatores fecisse memorantur — auctoritatem tamen diffiniendi huius maximi et summi negocii, vestrae prudentiae vestraeque potestati committo.

5) *Francisc. de Zabarellis: De schism.:* Convocatio conciliorum ab initio fiebat per Imperatorem, sed postea reservata est papae. Deficiente igitur ipso papa, seu non convocante deficientibusque iis, qui succedunt loco papae, scilicet Cardinalibus, seu non convocantibus revertimur ad ius pristinum.

6) *Pius IV.* 1564: *Bestätig. d. Conc. v. Trient:* Quum autem ipsa sancta synodus pro sua erga sedem apostolicam reverentia, antiquorum etiam conciliorum vestigiis inhaerens, decretorum suorum omnium, quae nostro et praedecessorum nostrorum tempore facta sunt, confirmationem a nobis petierit.

7) *Vatican. Concil. const. I. c.* 4: Romani autem Pontifices, prout temporum et rerum conditio suadebat, nunc convocatis oecumenicis Conciliis aut explorata Ecclesiae per orbem dispersae, sententia, nunc per Synodos particulares, nunc aliis, quae divina suppeditabat providentia, adhibitis auxiliis, ea tenenda definiverunt, quae sacris Scripturis et apostolicis Traditionibus consentanea, Deo adiutore, cognoverant. Neque enim Petri successoribus Spiritus Sanctus promissus est, ut eo revelante novam doctrinam patefacerent, sed ut, eo assistente, traditam per Apostolos revelationem seu fidei depositum sancte custodirent et fideliter exponerent.

voraus, und hat nicht ihren Ursprung sondern nur ihre Bestätigung in dem Concilsschlusse. II. Ein Concil wird ein ökumenisches dadurch, dass alle Berechtigten (Cardinäle, Bischöfe, praelati nullius, Ordens-Generale) zum Erscheinen eingeladen werden, und zwar wie das Recht seit dem Mittelalter annimmt durch den Papst. Ob die Eingeladenen alle erscheinen ist für den Charakter der Oekumenicität gleichgültig. Die Geschäftsordnung und den Modus der Abstimmung hat das Tridentinum noch selbst festgestellt: dem Vaticanum ist alles durch den Papst octroyirt worden[8]. Ob zu dogmatischen Festsetzungen Majorität oder Einmüthigkeit erforderlich sei, ist nach dem Vaticanum zu erörtern unnöthig, da lediglich die Stimme des Papstes entscheidend ist.

§. 73. 2. Die National- und Provinzialsynoden.

Fessler, Ueber Provincial-Concilien und Diöcesan-Synoden, Innsbruck 1849. Bouix, Du concile provincial, Paris 1850.

I. Die Synoden eines abgeschlossenen nationalen Kreises heissen *National-Synoden*. Solche haben in der Entwickelung des Kirchenrechtes eine bedeutende Rolle gespielt, erfreuen sich aber in neuerer Zeit nicht der Sympathien Roms, welches ein Hervortreten des Nationalen in der Kirche überhaupt nicht wünscht. Die in jüngster Zeit im Gebiete der Propaganda gehaltenen National-Concile sind von Delegaten der Propaganda geleitet[1], und ihre Beschlüsse in Rom von derselben Congregation revidirt worden. II. Zu *Provinzial-Synoden* soll der Metropolit nach dem *Tridentinum*[2] mindestens alle drei Jahre seine Suffragane, die Kloster-Vorsteher, die exemten Bischöfe und die Capitularvicare versammeln. Nur diese haben decisives Votum und können sich vertreten lassen, während die Weihbischöfe, die Vorsteher der Collegiatkirchen die procuratores der Domkapitel u. s. w. nur Consultativvotum besitzen. Die Mehrzahl der Metropolitanbefugnisse ist in Verbindung und bei Gelegenheit der Provinzial-Synoden wahrzunehmen[3]. Diese sind indessen nicht zu rechter Entfaltung gekommen, und nur in neuster Zeit wieder zu einigem Leben erweckt worden. Ihre Beschlüsse bedürfen keiner römischen Bestätigung, doch ist nach Errichtung der *Congregatio Concilii* die Ein-

§. 72. 8) *Pius IX. Breve Multiplices inter* (27. *Nov.* 1869) *erste Geschäftsordn. d. vatik. Concils:* Licet ius et munus negotia, quae in Sancta Oecumenica Synodo tractari dedebunt, de iisque Patrum sententias rogandi non nisi ad Nos et ad hanc Apostolicam Sedem pertineat nihilominus non modo optamus, sed etiam hortamur ut si qui inter Concilii Patres aliquid proponendum habuerint, quod ad publicam utilitatem conferre posse existiment, id libere exequi velint.

§. 73. 1) *Concio Petri Kenrick AE. S. Ludovici in Concil. Vatic.:* Si aliud sonare videantur quae ex Synodo Turlesiensi citata fuerint, forsan in ea sicut in Secunda Synodo Baltimorensi contigit, omnia ad nutum Delegati Apostolici fiebant.

2) *C. Trident. Sess. XXIV. de reform. c.* 2: Provincialia concilia, sicubi omissa sunt, pro moderandis moribus, corrigendis excessibus, controversiis componendis, aliisque ex sacris canonibus permissis renoventur. Quare metropolitani per se ipsos, seu, illis legitime impeditis, coepiscopus antiquior intra annum ad minus a fine praesentis concilii, et deinde quolibet saltem triennio post octavam Paschae Resurrectionis Domini nostri Iesu Christi, seu alio commodiori tempore pro more provinciae, non praetermittat synodum in provincia sua cogere; quo episcopi omnes, et alii, qui de iure vel consuetudine interesse debent, exceptis iis, quibus cum imminenti periculo transfretandum esset, convenire omnino teneantur. Nec episcopi comprovinciales praetextu cuiuslibet consuetudinis ad metropolitanam ecclesiam in posterum accedere inviti compellantur. Itidem episcopi, qui nulli archiepiscopo subiiciuntur, aliquem vicinum metropolitanum semel eligant, in cuius synodo provinciali cum aliis interesse debeant, et quae ibi ordinata fuerint observent ac observari faciant.

3) *C. Trident. Sess. XXIV. de reform. c.* 5: Minores vero criminales causae episcoporum

sendung der Beschlüsse an diese üblich geworden[4]. *Pius IX.* hat eine Specialkommission geschaffen, welche die Concilienschlüsse revidirt, abändert, neue hinzufügt u. s. w.[5, 6] ohne dass die Synoden einen Widerstand erhoben haben.

§. 74. 3. Die Diöcesansynoden.

Benedict XIV., De synodo dioecesana lib. XIII., Ferrara 1740 u. öfters. Phillips, D. Diöcesansynode, Freib. 1849. Schmid, D. Bisthumssyn., Regensb. 1850 f. 1. 2.

Der Bischof[1] soll nach dem Tridentinum[2] jährlich seinen Clerus zur Synode um sich versammeln. Doch besitzt der Clerus kein Stimmrecht[3]; auch werden die Beschlüsse der Synode nicht vom Papste bestätigt.

Zweite Abtheilung.

Das Verfassungsrecht der evangelischen Kirche.

Erstes Capitel. Die Grundlagen der Verfassung.

§. 75. I. Die Kirche.

Puchta, Einleitung in d. R. d. K., Leipzig 1840. Stahl, Die Kirchenverf. (oben §. 25.) Mejer, Die Grundlagen des luth. Kirchenregimentes, Rostock 1864. Dieckhoff, Luthers Lehre v. d. kirchl. Gewalt. Scheurl, Z. Lehre v. Kirchenregiment, Erlang. 1862 und Samml. kirchenrechtl. Abhandl. (Erlang. 1873) S. 265 ff. 329 ff. Delitzsch a. a. O. S. 30 ff.

I. Die Reformation verneinte die sichtbare Kirche und definirte die

in concilio tantum provinciali cognoscantur et terminentur, vel a deputandis per concilium provinciale.

§. 73. 4) *Benedict. XIV. de syn. dioeces. XIII*, 3: Ea, antequam promulgentur, transmitti iussit Sixtus V. ad Sacram Congregationem Concilii; non quidem ut postea confirmationem reportent a Sede Apostolica, sed ut corrigatur, si quid fortasse in iisdem aut nimis rigidum, aut minus rationi congruum deprehendatur: Provincialium vero (alloquitur Pontifex Sacram Congregationem Concilii sua Constit. 117. tom. 4. Bullar. part. 4. pag. 396.) ubivis terrarum illae celebrentur, decreta ad se mitti praecipiet, eaque singula expendet, et recognoscet: atque ita esse moribus receptum.

5) *Provinzial-Concil v. Paris* 1849: Quo dogmate praemisso, amplectimur omnes et singulas s. Sedis Apostolicae Constitutiones dogmaticas, uti et illas quae universalem Ecclesiae disciplinam respiciunt, specialiter quae a conclusione Concilii Tridentini usque in hodiernam diem prolatae, et promulgatae sunt. Declaramus etiam ac docemus eas saeculari Sanctione non indigere, ut tamquam norma credendorum et conscientiae regula ab omnibus suscipiantur (die Worte: „uti .... respiciunt" sind in Rom eingeschoben).

6) *Provinzial-Concil v. Rheims* 1853: Nullam apparere rationem practentionis qua Congregatio Romana Concilii, sub praetextu supplendi ommissiones, sibi arrogavit ius introducendi additiones in acta Conciliorum provincialium; Praedictas assertiones et opiniones, alias tanquam sanae doctrinae contrarias, alias tanquam saltem menti Ecclesiae adversas Sanctae Sedi Apostolicae et, sub aliquo respectu, Episcopis iniuriosas, summopere improbandas ducimus, et improbamus.

§. 74. 1) *c.* 1. 8. *Capit. Aquisgr.* 817 (*Regino I*, 77): De presbyteris, qui accipiendi chrismatis gratia ad civitates in coena Domini venire soliti erant, sancitum est, ut de his, qui longe positi sunt, de octo vel decem unus ab episcopo eligatur, qui acceptum chrisma sibi et sociis diligenter perferat. Hi vero, qui non longius a civitate, quam quatuor aut quinque millibus habitant, more solito ad accipiendum chrisma per se veniant, discendi vero gratia alio non quadragesimali tempore ad civitatem propter plebes sibi commissas convocentur.

2) *C. Trident. Sess. XXIV. de reform. c.* 2: Synodi quoque dioecesanae quotannis celebrentur; ad quas exempti etiam omnes, qui alias cessante exemptione interesse deberent, nec capitulis generalibus subduntur, accedere teneantur; ratione tamen parochialium aut aliarum saecularium ecclesiarum, etiam annexarum, debeant ii, qui illarum curam gerunt, quicunque illi sint, synodo interesse. Quod si in his tam metropolitani quam episcopi et alii supra scripti negligentes fuerint, poenas sacris canonibus sancitas incurrant.

3) *Pius VI. Bulle Auctor. fidei* 1794 *Verur-*

Kirche als die Gesammtheit der an Christus Glaubenden[1. 2]. Damit trat sie in directen Widerspruch zur katholischen Kirchenauffassung. II. Aber auch gegen die idealistischen Uebertreibungen des neuen Prinzipes durch die Wiedertäufer verhielten sich die Reformatoren ablehnend. Die unsichtbare Kirche ist an Taufe, Sacrament und Predigt auch äusserlich erkennbar, und so ist denn auch die katholische Kirche nicht die Negation der Kirche, sondern nur eine Verdunkelung ihres eigenthümlichen Wesens.

§. 76. II. Das geistliche Amt.

I. Der Kirche ist von ihrem Stifter die Schlüsselgewalt übergeben, d. h. die Gewalt, einerseits zu predigen und die Sacramente zu spenden (*potestas ordinis*)[1] und andererseits sich zu regieren (*potestas iurisdictionis*)[2]. Diese Gewalt auszuüben ist das geistliche Amt bestellt, dessen Inhaber von der Kirche ihre Vollmachten erhalten, die prinzipiell allen Christen zuständig, doch der Ordnung halber durch die Beamten ausgeübt werden sollen[3]. II. In der Lehre vom allgemeinen Priesterthum liegt die Negation des katholischen Clerus und der diesen schaffenden Ordination. Auch kann die Stellung, welche dem geistlichen Amte angewiesen wird, nicht als ein Zurückfallen in den Katholizismus bezeichnet werden. Denn die Inhaber der Aemter bilden keinen eigenen Stand, ohne dessen Vermittelung die Nichtbeamteten die Seeligkeit nicht erlangen könnten. Die evangelische Ordination ist kein Sacrament und schafft keine übernatürlichen Fähigkeiten. Sie ist wesentlich ein Zeugniss der Kirche für den Weihekandidaten, und fällt in die Bethätigung nicht so der potestas ordinis wie vielmehr der potestas iurisdictionis. III. Der Umfang der potestas iurisdictionis ist nothwendiger Weise enger bemessen als in der katholischen Kirche. Denn indem die Reformation keinen geistlichen Stand kennt, kann sie nicht ein eigenes Standesrecht aufstellen und sich zur

theilung d. Sätze d. Syn. v. Pistoja: IX. Doctrina, quae statuit: „Reformationem abusuum circa ecclesiasticam disciplinam in synodis dioecesanis ab episcopo et parochis aequaliter pendere ac stabiliri debere, ac sine libertate decisionis indebitam fore subiectionem suggestionibus et iussionibus episcoporum“: *Falsa, temeraria, episcopalis auctoritas laesiva, regiminis hierarchici subversiva, favens haeresi Arianae a Calvino innovatae.*

§. 75. 1) *Apologia Confess. Aug. Art.* 4. §. 5: Ecclesia est, non tantum societas externarum rerum ac ordinum, sicut aliae politiae, sed principaliter est societas fidei et spiritus sancti in cordibus, quae tamen habet externas notas, ut agnosci possit, videlicet puram evangelii doctrinam et administrationem sacramentorum consentaneam evangelio Christi.

2) *Schmalkaldische Artikel Art.* 12: Nequaquam largimur ipsis, quod sit ecclesia, quia revera non sunt ecclesia. Non etiam audiemus ea, quae nomine ecclesiae vel mandant, vel vetant. Nam .. puer septem annorum novit hodie, quid sit ecclesia, nempe credentes, sancti, osiculae audientes vocem pastoris sui, Sic enim orant pueri: Credo s. ecclesiam catholicam sive christianam. Haec sanctitas non consistit in amiculo linteo, insigni, verticali, veste talari et aliis ipsorum ceremoniis contra sacram scripturam excogitatis, sed in verbo Dei et vera fide.

§. 76. 1) *Apolog. Confess. August. XXVIII.* §. 12: Habet igitur episcopus potestatem ordinis, h. e. ministerium verbi et sacramentorum, habet et potestatem iurisdictionis, h. e. auctoritatem excommunicandi obnoxios publicis criminibus et rursus absolvendi eos, si conversi petant absolutionem.

2) *Conf. Aug. art. XXVIII. abus. VII.:* Porro secundum evangelium seu, ut loquuntur, de iure divino, nulla iurisdictio competit episcopis ut episcopis, h. e. his, quibus est commissum ministerium verbi et sacramentorum, nisi remittere peccata, item cognoscere doctrinam, et doctrinam ab evangelio dissentientem reiicere, et impios quorum nota est impietas, excludere a communione ecclesiae sine vi humana sed verbo.

3) *Conf. August. art. XIV.*: De ordine ecclesiastico docent, quod nemo debeat in ecclesia publice docere aut sacramenta administrare, nisi rite vocatus (vgl. §. 21. no. 1. 2.).

Handhabung desselben befugt erklären, und indem sie andererseits auch die sittliche Natur des Staates anerkennt, kann sie nicht diesen von der Pflege aller in das Gebiet der Sittlichkeit fallenden Materien ausschliessen und diese sich vindiciren[4]. IV. Die Kirche besitzt, selbst soweit ihr die potestas iurisdictionis zusteht, keine äusserliche Zwangsgewalt, vielmehr hat sie zu diesem Behufe die Hülfe des Staates anzurufen. Der Staat aber kraft seiner sittlichen Natur ist nicht verpflichtet, sich zum blinden Executor herabzuwürdigen, sondern gewährt seine Hülfe nur nach Prüfung auch des Momentes, ob die verlangte Unterstützung der Kirche selbst fromme und ihrem Wesen entspreche. V. Wenn auch die Nichtbeamteten der Ordnung wegen von der Handhabung der Vollmachten ausgeschlossen sein sollen, welche der Kirche übergeben sind, so sollen sie doch keineswegs bloss Objecte der kirchlichen Herrschaft sein. Ebensowenig wie die absolute Gleichberechtigung Aller, ist die absolute Nichtberechtigung der Nichtgeistlichen evangelisches Prinzip. Vielmehr wird ihnen die Mitthätigkeit neben dem Amte eingeräumt werden müssen, die mit der Ordnung verträglich ist; denn nur der Ordnung wegen ist trotz des allgemeinen Priesterthums das Amt geschaffen worden.

Zweites Capitel. Die Organe der Verfassung.

§. 77. I. Der landesherrliche Summepiskopat.

Vgl. die Literatur zu §. 75. Kliefoth, Ueber d. Verhältniss d. Landesherrn als Inhaber d. Kirchengewalt z. ihren Kirchenbehörden, Schwerin 1861. Kraussold, D. landesherrl. Summepiscopat nach reformat.-luth. Grundsätzen, Erlang. 1860. Scheurl, Sammlung a. a. O. S. 288.

I. In Folge der oben dargelegten historischen Entwickelung sind in Deutschland die Landesherren in den Besitz der Kirchengewalt gelangt[1]. Der reformatorische Gedanke verlangt aber, dies s. g. bischöfliche Amt nicht als Ausfluss der landesherrlichen Stellung, sondern als Annexum derselben zu bezeichnen. Mithin ist es auch nach eigenen, nicht nach staatlichen Gesichtspunkten zu verwalten. II. Diese reformatorischen Prinzipien sind aber schon früh verdunkelt und später praktisch in ihr Gegentheil umgewandelt worden. Nach dem Episcopalsystem gestalteten sich die deutschen Staaten zu Theokratien, nach dem Territorialsystem ging die kirchliche Stellung des Fürsten in die staatliche auf, und auch die moderne Rechtsbildung hat dieses territorialistische Moment nicht ganz überwunden. Denn während der Landesherr einen Theil seiner episcopalen Befugnisse durch die Consistorien ausüben lässt[2], übt er die anderen allein unter Berathung staatlicher Beamten (*Cultus-Minister*), und wo selbst die Bildung eigener kirchlicher Organe (*Oberkirchenrath, Oberconsistorium*) erfolgt ist, um dem Landesherrn bei der Ausübung der nicht den Consistorien übertragenen Rechte (*iura reservata*) zur Seite zu

§. 76. 4) *Conf. August. art. XXVIII. abus. VII.:* Non igitur commiscendae sunt, potestates ecclesiastica et civilis. Ecclesiastica suum mandatum habet evangelii docendi et administrandi sacramenta. Non irrumpat in alienum officium, non transferat regna mundi, non abroget leges magistratuum, non tollat legitimam obedientiam, non impediat iudicia de ullis civilibus ordinationibus aut contractibus, non praescribat leges magistratibus de forma reipublicae.

§. 77. 1) *Oldenb. Kirchenverf.* (1853) *Art.* 4: Der dem evangelischen Bekenntnisse zugethane Grossherzog hat das den evangelischen Landesfürsten Deutschlands herkömmlich zustehende Kirchenregiment, beschränkt durch die Bestimmungen dieser Verfassung.

2) *Sachs.-Koburg. Verordn. v.* 29. *Juni* 1852 *Art.* 2: Unsere Landesregierung als Consistorium dahier ist als besondere Abtheilung der Landesregierung und selbstständige Behörde aufgehoben und mit Unserer Landesregierung vollständig vereinigt.

stehen, da ist doch den staatlichen Organen mindestens eine Betheiligung am kirchlichen Regimente verblieben[3. 4]. III. Die katholischen Fürsten von

§. 77 3) *Württemb. Verordn. v. 20. Dez.* 1867: §. 1. Unserem Ministerium des Kirchen- und Schulwesens ist neben der ihm obliegenden Wahrung der Staats-Hoheits-Rechte in Beziehung auf die evangelische Landeskirche zugleich die Vermittelung Unserer Entschliessungen auf die Anträge Unseres evangelischen Consistoriums und Synodus aufgetragen, wobei das Ministerium diese Anträge Uns stets in Urschrift vorlegen wird. Zugleich führt dasselbe in Unserem Namen die Dienstaufsicht über jene Behörden. §. 2. Eine selbstständige Instanz bildet das Ministerium des Kirchen- und Schulwesens in evangelischen Kirchenangelegenheiten, abgesehen von Fällen, wo ein Einschreiten des Staates nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen begründet ist, nur in soweit, als es sich dabei von der Dienstaufsicht über die landesherrlichen Kirchenregiments-Behörden oder von gemischten, kirchlich-staatlichen Sachen handelt. §. 3. Zu unmittelbarem Vortrag an Uns ist Unser evangelisches Consistorium für sich oder in seiner Erweiterung zum Synodus ermächtigt, wenn es bei der von dem Ministerium unterlassenen Uebermittelung eines von ihm gestellten Antrages zu Unserer Entschliessung sich nicht beruhigen zu können glaubt, oder wenn ihm durch eine von dem Ministerium ausgegangene oder vermittelte Verfügung eine kirchengesetzliche Vorschrift oder ein anerkannter Grundsatz der Kirche oder sonst ein kirchengenossenschaftliches Recht oder Interesse verletzt, oder mit Verletzung bedroht erscheint. §. 4. Für den Fall, dass ein der evangelischen Kirche nicht Angehöriger von Uns mit Versehung des Kult-Ministeriums betraut werden sollte, behalten Wir Uns vor, über die Ausübung der im §. 1. erwähnten innerkirchlichen Aufträge durch ein Mitglied der evangelischen Kirche nach Vernehmen der evangelischen Oberkirchenbehörde das Nöthige zu verordnen.

4) *Zusammenstellung der Vorschriften für die preuss. evangel. Kirchenverwaltung:* Nach dem Ressort-Reglement vom 29. Juni 1850 gehören zum Ressort des Evangelischen Ober-Kirchenraths folgende nach der Instruktion vom 23. Oktober 1817, der Allerh. Ordre vom 31. December 1825 und der Verordnung vom 27. Juni 1845 §. 1. den Consistorien überwiesenen Angelegenheiten, nämlich: 1. das Synodalwesen; 2. die Aufsicht über den Gottesdienst in dogmatischer und liturgischer Beziehung; die Aufsicht über den kirchlichen Religionsunterricht; die Anordnung kirchlicher Feste, der Einweihung von Kirchen, und der Einräumung von Kirchen zu andern als den stiftungsmässigen Zwecken; 3. die Aufsicht über das kirchliche Prüfungswesen und die Vorbereitung zum geistlichen Stand, einschliesslich der Aufsicht über das Prediger-Seminar zu Wittenberg; 4. die Beschwerden über Pfarrbesetzungen und die Besetzungen niederer kirchlicher Aemter, sowie die Streitigkeiten über kirchliche Präsentations- und Wahlrechte, vorbehaltlich des Rechtsweges; 5. die Aufsicht über Ordination, Einführung und Vereidigung der Geistlichen; 6. die Aufsicht über die Disciplin der Geistlichen; 7. die Emeritirungs-Angelegenheiten, die Verfügung über das Sterbequartal und über das Gnadenjahr, soweit dabei nicht die Staatsmittel in Anspruch genommen werden, sowie die vikarische Verwaltung erledigter Aemter; 8. die Beschwerden über Anmassung oder Verweigerung pfarramtlicher Handlungen Seitens evangelischer Geistlichen, die Ueberhebung von Stolgebühren und die Streitigkeiten über Parochialberechtigungen; 9. die Bestätigung der nicht für die Vermögensverwaltung bestimmten niederen Kirchenbedienten, insbesondere der Presbyter, und Gemeindevertreter, wo solche erforderlich ist; 10. die Ertheilung kirchlicher Dispensationen; 11. die Aufrechterhaltung der Kirchenzucht innerhalb der landesgesetzlichen Grenzen; 12. die Kirchenvisitationen und die Beaufsichtigung der Pfarr- und Superintendenturarchive. In diesen Angelegenheiten übt der Evangelische Ober-Kirchenrath die Befugnisse der höheren Instanz und das Recht der allgemeinen Anordnung innerhalb der bestehenden Gesetze und Verordnungen aus. (Ressort-Reglement vom 29. Juni 1850 §. 1.) B. Ressort des Ministers der geistlichen Angelegenheiten. I. Umfang. Dem Minister der geistlichen Angelegenheiten steht die höhere Verwaltung der gegenwärtig den Provinzial-Regierungen übertragenen äusseren Angelegenheiten der evangelischen Kirche, sowie die Verwaltung und Verwendung des Staatsfonds zu den bestimmten kirchlichen Zwecken zu. In ersterer Beziehung gehören zu dem Ressort des Ministers folgende Angelegenheiten: 1. die Regulirung des Interimistikums in streitigen Kirchen-, Pfarr- und Küsterbausachen; 2. die Aufsicht über die Kirchenbücher; 3. die Sorge für die Anlegung und Unterhaltung der Kirchhöfe; 4. die Aufsicht über das Vermögen der dem landesherrlichen Patronat nicht unterworfenen Kirchen, kirchlichen Stiftungen und Institute, sowie die Ausübung

Baiern und *Sachsen* (nicht der Kaiser von *Oesterreich* und König von *Ungarn*) sind Bischöfe ihrer evangelischen Landeskirchen. Aber der König von *Baiern* übt seine Reservatrechte durch das *Oberconsistorium* und das Consistorium zu *Speier*. Indessen sind diese nicht befugt, Anordnungen für die evangelische Kirche zu erlassen, sondern nur dem Bischof in Vorschlag zu bringen. Die Sanction derselben durch den König soll dann freilich allein vom Gesichtspunkte seiner staatlichen, nicht seiner episcopalen kirchlichen Stellung aus erfolgen, aber es liegt auf der Hand, dass durch diese praktisch werthlose Construction nur ein an und für sich ungesunder Zustand gerechtfertigt werden soll. In *Sachsen* sind die in *Evangelicis beauftragten Staatsminister* mit der Ausübung der iura reservata betraut, und zwar steht die Leitung und Verwaltung des Kirchenregiments (*ius in sacra*) der Gesammtheit der beauftragten Staatsminister, die Wahrnehmung der staatlichen Hoheitsrechte (*ius circa sacra*) dem Cultus-Minister zu. Das ius in sacra wird aber von den in Evangelicis beauftragten Staatsministern nicht selbst ausgeübt, sondern ist wieder dem *Landesconsistorium* überlassen, über welches die gedachten Staatsminister nur die Oberaufsicht führen[5].

des landesherrlichen Aufsichts- und Verwaltungsrechts in Ansehung des Vermögens der dem landesherrlichen Patronat unterworfenen Kirchen, kirchlichen Stiftungen und Institute; 5. die Ernennung oder Bestätigung der für die Verwaltung des kirchlichen Vermögens anzustellenden weltlichen Kirchenbedienten, sowie die Aufsicht über deren amtliche und sittliche Führung und die damit verfassungsmässig verbundenen Disciplinarbefugnisse. (Ressort-Reglement §. 3.) C. Gemeinschaftliches Ressort des Ministers der geistlichen Angelegenheiten und des Evangelischen Ober-Kirchenraths. I. Umfang. In folgenden Fällen findet ein Zusammenwirken des Ministers der geistlichen Angelegenheiten und des Evangelischen Ober-Kirchenraths Statt: 1. in den Angelegenheiten, in denen nach der Verordnung vom 27. Juni 1845 §. 3. die Regierungen angewiesen sind, sich mit den Consistorien in Einvernehmen zu setzen, mithin wenn über das Vorhandensein eines kirchlichen Bedürfnisses oder die Abmessung seines Umfangs Zweifel entstehen, ingleichen, wo es sich um die Verwendung der bei der Vermögensverwaltung einzelner Kirchen, kirchlicher Stiftungen und Institute sich ergebenden Ueberschüsse handelt; 2. in den nach derselben Verordnung §. 5. zum gemeinschaftlichen Ressort der Regierungen und Consistorien gehörenden Angelegenheiten, also bei der Veränderung bestehender oder Einführung neuer Stolgebühren und Taxen und bei der Veränderung bestehender oder Bildung neuer Pfarrbezirke; 3. bei Anstellungen oder bei Anordnung gewisser Beschäftigungen in den Consistorien, bei der Besetzung erledigter Superintendenturen, sowie bei der Anstellung der Direktoren und Lehrer am Prediger-Seminar zu Wittenberg; 4. bei dem Antrage auf Ertheilung von Orden und Auszeichnungen an Geistliche; 5. in den Angelegenheiten des landesherrlichen Patronats; 6. bei der Bewilligung von Unterstützungen an Geistliche; (Ressort-Reglement vom 29. Juni 1850 §. 5.) 7. bei der Bestimmung, resp. Genehmigung der in den Volksschulen, den Schullehrerseminarien, und den höheren Schulen zu gebrauchenden Religionslehrbücher (Allerhöchste Ordre vom 5. Februar 1855 Aktenstücke Bd. II. Heft 2. S. 77 ff.); 8. bei der Anstellung von ordentlichen oder ausserordentlichen Professoren der Theologie an den Universitäten und der Direktoren der Schullehrer-Seminare, soweit es sich um Lehre und Bekenntniss derselben handelt, worüber dem Evangelischen Ober-Kirchenrath die gutachtliche Aeusserung vorbehalten ist (Allerh. Ordre vom 5. Februar 1855); 9. bei Besetzung der geistlichen Rathsstellen bei den Regierungen, sofern mit diesen Stellen eine Mitgliedschaft im Consistorium verbunden ist (Allerh. Ordre vom 5. Februar 1855 und Allerh. Ordres vom 10. Januar und 19. Juni 1857); 10) bei Leitung des kirchlichen Collektenwesens (Allerh. Ordre vom 16. Februar 1856 und dadurch genehmigtes Regulativ, Aktenstücke Bd. II. Heft 2. S. 124, 125.); 11. in der Aufsicht über die Domkirche und das Domkandidatenstift zu Berlin (Allerh. Ordre vom 26. April 1854, Allerh. bestätigte Statuten des Domkandidatenstifts vom 22. November 1853, Aktenstücke Bd. II. Heft 2. S. 102 ff.)

§. 77. 5) *Sächs. Gesetz v.* 15. *April* 1873: Die in Evangelicis beauftragten Staatsminister haben beschlossen und verordnen hierdurch mit

§. 78. II. Die Consistorien und Bischöfe.

Nicolovius, D. bischöfl. Würde in Preussens ev. Kirche, Königsberg 1834. Pinder, Ueber d. ev. Dom- und Collegiatkapitel in Sachsen, Weimar 1820. Die ev. Domcapitel in d. Prov. Sachsen, Halle 1850.

I. Die regelmässigen Organe für die Ausübung derjenigen Regierungsbefugnisse, die der Landesherr sich nicht persönlich vorbehielt, waren die von ihm aus Geistlichen und Nichtgeistlichen zusammengesetzten *Consistorien.* Diese beaufsichtigten Lehre und Wandel der Geistlichen, ordneten die Ordination der von ihnen geprüften Candidaten an, führten die Oberaufsicht über das Kirchenvermögen und handhabten Ehegerichtsbarkeit und Kirchenzucht. Unter der Herrschaft des Episcopalsystemes mehrten sich die consistorialen Befugnisse, da der durch den Landesherrn repräsentirte Staat kein Interesse daran hatte, ob bestimmte Functionen durch dem Fürsten als Landesherrn unterworfene weltliche Beamte, oder die ihm als Bischof unterstehenden Consistorien wahrgenommen würden. Daher wuchs den Consistorien eine Amtsgewalt zu, welche auf den Competenzgrundsätzen des kanonischen Rechtes beruhte. Um so empfindlicher war der Rückschlag durch das Territorialsystem, indem den Consistorien nicht nur entzogen wurde was begrifflich staatlich war, sondern auch was begrifflich als eine kirchliche Function angesehen werden musste. So griff meist eine unklare Scheidung von *Interna* und *Externa* Platz; die Verwaltung der ersteren wurde den Consistorien belassen, die der anderen staatlichen Behörden zugetheilt[1], während in anderen Territorien die Consistorien gänzlich beseitigt und ihre Functionen staatlichen

Zustimmung der evangel.-luther. Landessynode . . §. 1. Zu Führung des Kirchenregiments wird in Dresden ein Landesconsistorium eingesetzt, welchem unter der Oberaufsicht der mit der landesherrl. Kirchengewalt betrauten in Evangelicis beauftragten Staats-Minister die Wahrung der Rechte und Interessen der evangel.-luther. Kirche, so wie die Leitung und Verwaltung aller ihrer Angelegenheiten obliegt. §. 7. Den in Evangelicis beauftragten Staatsministern hat das Landesconsistorium zur Beschlussfassung vorzutragen: a) Abweichungen von den Kirchengesetzen, mit Ausnahme der Dispensationen, welche nach der zeitherigen Praxis schon üblich gewesen; b) die Aufhebung oder Verlegung von Festtagen, sowie die Anordnung ausserordentlicher Buss- oder Festtage in allen evangel. Kirchen; c) Gesetzentwürfe und Verordnungen, welche das evangel. Kirchenwesen im Allgemeinen betreffen, auch schon die vorbereitenden Einleitungen dazu, wenn solche die allgemeine Aufmerksamkeit im Lande erregen können; die Abschaffung im Gebrauche stehender und die Einführung neuer Agenden und Gesangbücher; d) die Veräusserung von Grundeigenthum und nutzbaren Rechten evangel. Kirchen und Stiftungen, ausser den Fällen eines Tausches, einer Expropriation oder einer Grenzberichtigung; e) jede Veränderung einer geistlichen Stiftung, zufolge welcher das Vermögen oder Einkommen derselben zu einem anderen als dem stiftungsmässigen Zwecke verändert werden soll; f) die Anordnung allgemeiner Kirchenvisitationen; g) die Anordnung allgemeiner Collecten in allen evangel.-luther. Kirchen; h) die Grenz- u. Hoheitsangelegenheiten. . . . . Beschwerden über das Landesconsistorium können in allen seinen Verwaltungssachen und in Disciplinarsachen bei den in Evangelicis beauftragten Staatsministern angebracht werden.

§. 78. 1) *Preuss. Verordnung vom 27. Juni* 1845: Die . . . zum Geschäftskreise der Regierungen gehörigen Angelegenheiten der evangelischen Kirche gehen, soweit sie in der gegenwärtigen Verordnung den Regierungen nicht besonders vorbehalten sind, an die Consistorien über. Namentlich werden den letzteren überwiesen: 1. Die Bestätigung der von Privatpatronen und Gemeinden zu geistlichen Stellen berufenen Personen; 2. die Einführung der Geistlichen ins Amt; 3. die Bestätigung derjenigen von Privatpatronen und Gemeinden ernannten weltlichen Kirchenbeamten, welche nicht für die Verwaltung des kirchlichen Vermögens angestellt sind (§. 3. no. 6.), sofern eine solche Bestätigung verfassungsmässig erforderlich ist; 4. die Aufsicht über die amtliche und sittliche Führung der Geistlichen und der unter 3. erwähnten weltlichen Kirchenbedienten, sowie die damit verfassungsmässig verbundenen Disciplinarbefugnisse, wozu auch die Verfügung der Amtssuspension und der Antrag auf Remo-

Organen übertragen wurden[2]. II. Es ist schon oben ausgeführt worden, dass

tion in denjenigen Fällen zu rechnen ist, in welchen solche bisher den Regierungen zustand (Consistorial-Instruction vom 23. Okt. 1817 §. 2. no. 9). Die Ertheilung des Urlaubs für Geistliche erfolgt, soweit nicht die Superintendenten oder Generalsuperintendenten dazu nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften ermächtigt sind, durch den Vorsitzenden des Consistoriums. Ist der Geistliche zugleich als Schulinspektor angestellt, so muss die Regierung davon in Kenntniss gesetzt werden, damit diese auch ihrerseits wegen Bewilligung des Urlaubs in Beziehung auf das Schulamt das Erforderliche verfüge. Inwiefern den Regierungen fernerhin in einzelnen Fällen eine Aufsicht und Disciplin über die Geistlichen gebührt, ist in den §§. 3. und 4. bestimmt; 5. die Aufrechthaltung der Kirchenzucht innerhalb der durch die bestehenden Landesgesetze bestimmten Grenzen; 6. die Ertheilung von Dispensationen in den bisher den Regierungen nachgelassenen Fällen (Consistorial-Instruktion vom 23. Okt. 1817, §. 2. no. 10); es bleibt jedoch den Consistorien vorbehalten, diese Dispensationsbefugniss, wo sich ein besonderes Bedürfniss dazu ergiebt, den Superintendenten, unter Genehmigung des Ministers der geistlichen Angelegenheiten zu delegiren. §. 2. Bei den, dem landesherrlichen Patronat unterworfenen Kirchen wird das Ernennungsrecht zu den geistlichen Stellen, sowie zu den Stellen der im §. 1. unter 3. erwähnten weltlichen Kirchenbedienten, durch die Consistorien in Kraft Unseres ihnen hierdurch ertheilten Auftrages ausgeübt. §. 3. Den Regierungen verbleibt: 1. die Regulirung des Interimistikums in streitigen Kirchen-, Pfarr- und Küsterbausachen; 2. die Regulirung über die Kirchenbücher; 3. die Sorge für die Anlegung und Unterhaltung der Kirchhöfe; 4. die Anordnung und Vollstreckung der zur Aufrechthaltung der äusseren kirchlichen Ordnung erforderlichen polizeilichen Vorschriften; 5. die Aufsicht über das Vermögen der dem landesherrlichen Patronat nicht unterworfenen Kirchen, kirchlichen Stiftungen und Institute, sowie die Ausübung der landesherrlichen Aufsichts- und Verwaltungsrechte in Ansehung des Vermögens der dem landesherrlichen Patronat unterworfenen Kirchen, kirchlichen Stiftungen und Institute; 6. die Ernennung oder Bestätigung der für die Verwaltung des kirchlichen Vermögens anzustellenden weltlichen Kirchenbedienten, sowie die Aufsicht über deren amtliche und sittliche Führung und die damit verfassungsmässig verbundenen Disciplinarbefugnisse. Wo über das Vorhandensein eines kirchlichen Bedürfnisses oder die Abmessung seines Umfanges Zweifel entstehen, ingleichen wo es sich um die Verwendung der bei der Vermögensverwaltung einzelner Kirchen, kirchlichen Stiftungen und Institute (no. 5.) sich ergebenden Ueberschüsse handelt, haben sich die Regierungen mit den Consistorien in näheres Einvernehmen zu setzen. §. 4. Den Regierungen verbleibt in den ihnen vorbehaltenen Angelegenheiten (§. 3.), sowie in Beziehung auf das Schulwesen, die Befugniss, die Geistlichen ihres Bezirks durch Ermahnung, Zurechtweisungen und Ordnungsstrafen zur Erfüllung ihrer Obliegenheiten anzuhalten. §. 5. Zum gemeinschaftlichen Geschäftskreise der Consistorien und Regierungen gehören: 1. die Veränderung bestehender sowie die Einführung neuer Stolgebühren-Taxen und 2. die Veränderung bestehender, sowie die Bildung neuer Pfarrbezirke. Jede dieser Behörden ist befugt, die dazu erforderlichen Einleitungen und Vorbereitungen mit Hülfe ihrer Organe selbstständig zu treffen. Es muss aber vor der in diesen Fällen allemal erforderlichen Berichterstattung an den Minister der geistlichen Angelegenheiten die Erklärung der anderen Behörde eingeholt werden. §. 6. Der Vorsitz in den Provinzialconsistorien soll mit dem Amte des Oberpräsidenten in Zukunft nicht von selbst und unmittelbar verbunden sein (Ordre vom 31. December 1825 zu B. 1; Instruktion für die Oberpräsidenten von demselben Tage §. 3.). Wir behalten Uns vielmehr vor, in jedem einzelnen Falle wegen Ernennung des Vorsitzenden besonders zu bestimmen. §. 7. Bei den Regierungen sollen zur Mitwirkung bei Bearbeitung der das Kirchen- und Schulwesen betreffenden Abtheilungen auch fernerhin geistliche Räthe angestellt werden. Die bei den Regierungen angestellten evangelisch-geistlichen Räthe sind zugleich Mitglieder und Organe des Consistoriums (§. 46. der Regierungs-Instruktion vom 23. Oktober 1817) und werden von diesem von Zeit zu Zeit, mindestens aber alle Jahre zweimal einberufen, um über solche Gegenstände zu berathen, welche für die Regierung und das Consistorium von gemeinsamen Interesse sind. Auch sind die Consistorien befugt, einen bei der Regierung angestellten geistlichen Rath mit Genehmigung des Ministers der geistlichen Angelegenheiten auf längere oder kürzere Zeit in das Consistorium zu ziehen, und an seine Stelle ein Mitglied des Consistoriums in die Regierung abzuordnen.

§. 78. 2) siehe §. 77. no. 2.

in den Städten vielfach die Kirchengewalt auf den Magistrat übergegangen war, und dies geschah nicht bloss in den Reichsstädten sondern auch in landsässigen. Auch diese setzten Consistorien ein, die, wenn die Stadt einer Landeshoheit unterworfen war, *Mediat-Consistorien* genannt wurden. Solche haben sich noch heute vereinzelt erhalten, und stehen in Unterordnung unter den landesherrlichen Kirchenbehörden. Ebenso heissen Mediat-Consistorien und sind den gleichen Vorschrifen unterworfen, die von den Standesherrn in Gemässheit der ihnen zugestandenen Kirchenaufsicht und der von den einzelnen Regierungen gemachten Concessionen errichteten Consistorien. III. Nur in *Preussen* schlossen sich die *Bischöfe* der evangelischen Lehre an, und ebenso der Bischof von *Naumburg*. Diese nahmen unter dem Landesherrn die Stellung von Consistorien ein, wichen aber diesen schon im XVI. Jahrhundert[3]. Die auf Grundlage des westphälischen Friedens in *Lübeck* und alternirend in *Osnabrück* fungirenden evangelischen Bischöfe hatten mit dem Kirchenregiment nichts zu thun. Die in *Preussen* und *Nassau* in neuerer Zeit auftretenden waren nur durch den Titel auf einen den katholischen Bischöfen gleichen Rang gesetzt. Einen Amtsinhalt hatte der Titel nicht. IV. Wo *Domcapitel* in den protestantischen Gebieten sich erhalten haben, sind sie zwar in kanonischer Form verfasst, haben aber keine kirchlichen Beziehungen.

§. 79. III. Die Superintendenten.

I. Unter den Consistorien fungiren die *Superintendenten* (*Dekane*). Aus den Pfarrern entnommen, und entweder vom Landesherrn frei oder auf Wahl der Pfarrer[1] ernannt, stehen sie einem bestimmten Sprengel vor, in welchem

§. 78. 3) *Georg Friedrich v. Brandenb. an die Regierung in Königsberg* (9. Juli 1588): Unnd demnach souiel befinnden, Das bey Jedem Bistumb, durch einen Man wie hochgelerth, verstendig unnd vernünfftig auch derselbig sein mach, den Kirchenn inn Jedem Bistumb gar nicht gerathen, inn betrachtung das Ihme seine Bischoffliche Inspection auf alle Ihme anbeuohlene u. zugehörige Kirchen und derselben diener inn Lehr u. leben . . . zuhalten unmöglichen, Solte dann Jedem Bischoff ein besonderer Rath vonn Kirchen dienern zugeordtnet werden, mit welchem er die Ihnn gehaltenen Visitationibus gefundene Fehl, unnd mengel berathschlagen und auf ihr gutbedencken nochmals ins werck alles gerichtet werden, Ist anders nichts, dann endtlichen wiederumb ein Neu Papistisch Regiment zugewartenn, da sie Ihres gefallens Lehren undt Ihnen Niemands einreden, noch eintrag thun dürffen, oder des lohns zugewarthen haben. Wann dann die Kirchendiener, so wol als andere Menschen Ihre gebrechen, fehl u. Mengel haben, Ja der Teuffel denselben vielmehr, denn andern zusetzt, ob er zank, hader, zwitracht unnder Ihnen anrichten, oder sonsten sie zufahl bringen möge, wil die höchste noth erfordern dass ein stettigs aufsehen, auf dieselbige, so wol als auf die Gemeine gehalten . . . So nun solches beharlichen . . . Ins werck gericht sol werden, würdt das durch ein oder zween Bischoffe . . . Sonderlichen weyl Unnser Hertzog Thumb Preussen, aus Gottes Gnaden viel Meylweges dennoch breit und lang, nicht beschehen mögen. Derowegen sollte Unseres erachtens der Kirchen Gottes besser gedient und zutreglicher seinn, das Vier oder Sechs Generalsuperintendenten Alls rechte Apostolische Bischoffe verordnet. (denn Superintendens nichts anders heist noch ist, dann ein Bischoff, das ist ein aufseher auf die Kirchen), dergestalt auch allein der Nahme geendert, der Standt aber nicht abgethan, sondern erst recht aufgericht.

§. 79. 1) *Oesterr. Verf. d. evang. Kirche* §. 88: 1. Wählbar zum Amte eines Superintendenten ist jeder Senior und Pfarrer der Diöcese. Sein Pfarrsitz ist für die Zeit seiner Functionsdauer Amtssitz des Superintendenten. 2. Einzelne Superintendenturen können jedoch einen festen Amtssitz durch eine Majorität von $^2/_3$ der in der Superintendential-Versammlung Anwesenden beschliessen. Wählbar zum Amte eines Superintendenten sind in diesem Falle die Pfarrer und Senioren ohne Beschränkung auf die Diöcese und die zu einem Pfarramte wählbaren Professoren der Theologie. Die Gemeine des festen Amtssitzes erkennt den von der Diöcese ge-

sie die Aufsicht über Geistliche und Gemeinden, sowie über die Verwaltung des Kirchenvermögens führen, ordiniren, Pfarrwahlen leiten, Geistliche in das Amt einführen u. s. w. II. *Generalsuperintendenten* waren früher die Vorgesetzten einer Mehrzahl von Superintendenturbezirken, und haben heute in den einzelnen Territorien, wenn sie überhaupt vorkommen, eine sehr verschiedenartige Stellung[2]. III. Bei den Visitationen, die gleichfalls in den Amtskreis der Superintendenten fallen, treten ihnen vielfach weltliche Beamte als Staatscommissare zur Seite. In Sachsen bildete sich so eine stehende Behörde (*Kircheninspektion*) zur Aufsicht über die Vermögensverwaltung und die Aufrechterhaltung kirchlicher Stiftungen.

§. 80. IV. Die Pfarrer.

I. Während in der katholischen Kirche die Fähigkeit zur Vornahme geistlicher Handlungen sich nach den Weihegraden abstuft, hat die evangelische Kirche die Fähigkeit zur Vornahme aller geistlichen Handlungen an das Amt des Pfarrers geknüpft[1], und die innerhalb dieses hervortretenden Unterschiede in Titel und Rang berühren das gedachte Princip nicht[2]. II. Die Competenz des Pfarramtes bestimmt sich wie nach kanonischem Recht, d. h. nach den rechtlichen Beziehungen zu einem lokal abgegrenzten Gebiet, in welchem und für dessen Bewohner der Pfarrer allein zur Vornahme von Amtshandlungen berechtigt ist[3]. Aber auch in der evangelischen Kirche haben vielfache Durchbrechungen des Parochialverbandes, namentlich in den Städten, stattgefunden. III. Als Gehülfen des Pfarrers fungiren theils die

wählten Superintendenten als ihren Pfarrer an. §. 89. 1. Die erfolgte Wahl zeigt der Oberkirchenrath dem zuständigen Ministerium an, und sucht durch dessen Vermittelung die Allerhöchste Bestätigung des Erwählten nach. Erst nach erfolgter kaiserlicher Bestätigung tritt der Gewählte in die Rechte und Bezüge der Superintendenten. 2. Die Einführung des Superintendenten in sein Amt geschieht durch den Oberkirchenrath.

§. 79. 2) *Preuss. Instruct. v.* 14. *Mai* 1829: 1. Die General-Superintendenten sind Geistliche, welche als Vorgesetzte mehrerer Superintendentursprengel neben den Provinzial-Consistorien und den Regierungs-Abtheilungen für das Kirchen- und Schulwesen die Angelegenheiten der evangelischen Kirche ihres Bezirkes persönlich zu beaufsichtigen und auf sie einzuwirken befugt und verpflichtet sind. 2. Ihre Bestimmung im Allgemeinen ist, sich eine genaue, auf eigene Anschauung gegründete und aus Erfahrungen an Ort und Stelle gesammelte Kenntniss von der Beschaffenheit des evangelischen Kirchenregimentes in ihrem Bezirke zu verschaffen, vornämlich auf dem Wege des persönlichen Verkehrs, wenn auch gleich der Schriftwechsel zur Vervollständigung und Erleichterung dieses persönlichen Einwirkens nicht ganz ausgeschlossen werden soll, die wahrgenommenen Gebrechen möglichst schnell zu entfernen, die immer gedeihlichere Entwickelung des Beifalls zu würdigen, zu befördern, nach Befinden jene, wie dieses zur Kenntniss der Behörden zu bringen, und so die denselben übertragene Aufsichtsführung zu erleichtern und wirksam zu machen. 3. Sie bilden keine Zwischen-Instanz, sondern sind den geistlichen Provinzial-Behörden beigeordnet, und stehen wie diese in ihrer Qualität als Generalsuperintendenten unmittelbar unter dem Minister der geistlichen Angelegenheiten. 4. Sie sind Mitglieder der Consistorien . . . 5. Sie haben sich mithin als Organe der geistlichen Oberen zu betrachten. . . .

§. 80. 1) *Art. Smalcald. tract. de pot. et prim. Papae*: Sed quum iure divino non sint diversi gradus episcopi et pastoris, manifestum est ordinationem a pastore in una ecclesia factam iure divino ratam esse.

2) *Oesterr. Verf. d. evang. Kirche* §. 21: Zur Pflege des evangelisch christlichen Lebens besteht in der Kirche das evangelische Pfarramt, dessen durch die Gemeine berufener Träger Pfarrer, dessen Gehilfe Pfarrgehilfe (Hilfsprediger, Vicar) heisst. Alle geistlichen Amtsträger (Hilfsprediger, Pfarrer, Senioren und Superintendenten) stehen in Folge ihrer Ordination als Geistliche einander gleich und üben ihre besonderen Befugnisse im Namen und Auftrage der Kirche, jeder innerhalb seines besonderen gesetzlichen Wirkungskreises.

3) vgl. oben §. 68. no. 5—7.

benachbarten Geistlichen, theils im Fall eines andauernden Bedürfnisses vom Consistorium auf Antrag des Pfarrers ernannte und von ihm abhängige *Pfarrvicare*. Selbstständig endlich neben dem Pfarrer bei dauernder aber nicht gänzlicher Behinderung desselben wirken vom Consistorium ernannte *Collaboratoren*. IV. Die Verrichtung der niederen Dienste besorgen Küster, Cantoren, Organisten, deren Aemter vielfach mit dem der Schullehrer verbunden sind.

§. 81. V. Die Pflichten und Rechte der Geistlichen.

Apel, De iuribus singularib. clericor. praecipue in Saxonia, Lips. 1791.

I. Die Pflichten der Geistlichen sind nach Analogie der kanonischen Bestimmungen über das *decorum clericale* normirt, nur dass von einer Verpflichtung zum Cölibat keine Rede ist. Ebenso besteht auch für die evangelischen Geistlichen die *Residenzpflicht*. II. Die älteren Kirchenordnungen gewähren den Geistlichen die Privilegien des gemeinen Rechtes. Dieselben sind in neuerer Zeit beseitigt, und durch die Staatsgesetzgebungen nur in demselben Masse aufrecht erhalten worden, wie sie den katholischen Geistlichen gewährt werden.

§. 82. VI. Die Gemeinden.

Richter, K.-R. §. 161: die Nachweisungen über d. partikularrechtl. Gestaltungen.

I. Die Consequenzen des allgemeinen Priesterthums, welche die Reformatoren zu Gunsten einer Betheiligung der Gemeinde an der Kirchenzucht, Armenpflege, Bestellung der Geistlichen und Verwaltung des kirchlichen Vermögens gezogen hatten, sind bald aus der Kirche verschwunden, und haben einer ausschliesslich amtlichen Verwaltung Platz gemacht. So ist auch heute noch in den allerdings wenigen Gebieten der reinen Consistorialverfassung die Gemeinde nur an der Verwaltung des Kirchenvermögens, für dessen Insuffizienz sie aufkommen muss, betheiligt, sie hat eine wesentlich negative Mitwirkung bei Besetzung des geistlichen Amtes, und ein Recht gehört zu werden bei beabsichtigter Veränderung der Parochie. II. Die *reformirte* Kirchenverfassung kennt für jede Gemeinde neben dem geistlichen Amt *Presbyter* und *Diakonen*, die zusammen das *Presbyterium* bilden. Dieses übt mit den Geistlichen die Aufsicht bezüglich der Lehre, handhabt die Kirchenzucht, verwaltet das Vermögen, besorgt die Armenpflege[1]. III. Auch in der *lutherischen* Kirche hat man in neuerer Zeit die Presbyterialverfassung eingeführt, wobei die Stellung der Presbyterien zum geistlichen Amt dahin fixirt wurde, dass der Inhaber des letzteren der Vorsitzende des Collegiums ist, zu dessen Mitgliedern von der Gemeinde nur kirchlich intacte Männer gewählt werden können. Die Competenzen dieser Presbyterien sind in grösster partikularrechtlicher Verschiedenheit festgestellt worden[2. 3].

§. 82. 1) *Kirchenordn. für die conföderirten niedersächs. Gemeinden* §. 7: Wie die Synode die Angelegenheiten der conföderirten Kirchen zu leiten hat, so leiten Presbyterien, unter steter Verantwortlichkeit gegen die Synode, die einzelnen Gemeinden.

2) *Oldenb. revid. Kirchenord. Art.* 18 *ff.* siehe Anhang VIII.

3) *Sächs. Kirchenvorstands- u. Synodalordn.* §. 2: In jeder Kirchengemeinde wird zu deren Vertretung, zur Förderung ihrer Zwecke und zu Ausübung der §§. 1. u. 18. bemerkten Rechte ein Kirchenvorstand errichtet. §. 3. Dessen Zusammensetzung. 1. Dieser soll bestehen: 1. aus dem Pfarrer oder dessen Stellvertreter im Pfarramte. In grösseren Parochien, in welchen ein zweiter confirmirter Geistlicher angestellt ist, soll auch dieser, oder wenn mehrere dergleichen angestellt sind, eine durch localstatutarische Bestimmung festzusetzende Anzahl confirmirter Geistlicher der

IX. Die synodalen Organe.

§. 83. 1. Die reine Synodalverfassung.

I. Die Synodalverfassung der reformirten Kirche findet das kirchenregimentliche Organ in der Synode, welche aus je einem geistlichen und weltlichen Mitgliede der Presbyterien eines bestimmten lokalen Kreises (*Classe*) gebildet und durch ein gewähltes *Moderamen* geleitet wird. Dieses Moderamen führt auch die Geschäfte in der Zwischenzeit zwischen der Beendigung der einen und dem Anfang der nächsten Synode. Bildet dieser Synodalkreis nur ein Glied eines grösseren Kirchenbezirkes, so hat seine Synode auch nur eine beschränktes Kirchenregiment und die wichtigeren, namentlich legislativen Befugnisse werden von der höheren Stufe, der *Provinzialsynode*, ausgeübt. Das Prinzip der Zusammensetzung ist hier dasselbe, nur dass die Elemente nicht aus den Localgemeinden, sondern aus den Classicalsynoden deputirt werden. Aus allen Provinzen wird ebenso die *Generalsynode* gebildet. II. Schon oben ist erwähnt worden, dass in Deutschland auch in den reformirten Gebieten eine landesherrliche Kirchengewalt sich ausgebildet hat, welche die Synoden beschränkt, und anderseits von ihnen beschränkt wird. Die reine Synodalverfassung besteht nur noch in der *Conföderation der niedersächsischen Gemeinden* (*Braunschweig, Celle, Hannover, Göttingen, Minden, Bückeburg*)[1].

Parochie dem Kirchenvorstande angehören; 2. aus einer Anzahl weltlicher Mitglieder der Kirchengemeinde (Kirchenvorsteher), welche von letzterer gewählt werden. Das erste Mal wird die Zahl derselben von der Kircheninspection, im Einverständnisse mit den Vertretern der politischen Gemeinde, unter Berücksichtigung der Bestimmungen §. 6. festgestellt. Es dürfen jedoch deren dann für das erste Mal nicht weniger als 4 und nicht mehr als 16 sein. Die endgültige Feststellung der Zahl bleibt statutarischer Bestimmung vorbehalten (vergl. §. 6.). In Parochien, welche aus einer Stadtgemeinde und eingepfarrten Landgemeinden zusammengesetzt sind, wird das Zahlenverhältniss der Mitglieder von Stadt und Land nach Massgabe der Bevölkerung und der Beitragspflicht statutarisch festgestellt. §. 4. Den Vorsitz im Kirchenvorstande führt der Pfarrer oder ein Stellvertreter desselben, welcher letztere vom Kirchenvorstande frei aus dessen Mitgliedern gewählt wird. In den §. 18. Punkt 1, 2, 3, 6, 7 und 8 gedachten, sowie überhaupt in allen inneren kirchlichen Angelegenheiten führt den Vorsitz der Pfarrer, in allen übrigen, insbesondere den in §. 18. Punkt 4, 5 und 9 erwähnten Angelegenheiten kann dieser Vorsitz von jedem Kirchenvorstande dem Stellvertreteter übertragen werden. Der Kirchenvorstand ordnet seine Geschäftsführung selbstständig.

§. 83. 1) *Kirchenordn. f. d. conföd. Gem. in Niedersachsen:* §. 9. Eine Synode wird gebildet durch die gesetzmässig von den einzelnen Presbyterien abgesendeten Deputirten, die sich nach eingeholter landesherrlicher Erlaubniss an einem bestimmten Orte, wo sich eine der conföderirten Gemeinden befindet, versammeln. §. 10. Alle 6 Jahre soll eine Synode gehalten werden, und darf dieser Zeitraum nicht ohne Noth und nur dann verlängert werden, wenn die Mehrzahl der Presbyterien sich dafür entscheidet. §. 11. Der Ort, wo die nächste Synodal-Versammlung gehalten werden soll, wird auf der vorhergehenden Synode bestimmt; doch kann, wenn unvorhergesehene Verhinderungs-Fälle eintreten, nach vorhergehender schriftlicher Berathung der Presbyterien unter einander, eine andere Bestimmung getroffen werden. §. 12. Das Presbyterium, in dessen Wohnort die Synode gehalten werden soll, muss zur rechten Zeit der hohen Landesregierung davon Anzeige machen und bitten, dass die Erlaubniss dazu ertheilt, auch ein Commissarius ernannt werde, welcher abseiten der Regierung dazu abgeordnet wird, der Synode beizuwohnen, um darauf zu achten, dass in der Versammlung nichts den Rechten des Landes-Herrn und der Landes-Verfassung entgegen vorgenommen und beschlossen werde, der aber übrigens keine Stimme, noch sonst einige Autorität hat. §. 13. Jede Kirche muss zwei Deputirte, den Prediger und einen Vorsteher zur Synode senden, welcher letztere durch Stimmenmehrheit vom Presbyterium zu wählen ist. §. 15. Die Kosten für die Synodal-Versammlung hat jede Kirche für ihre Deputirten zu tragen, mit Ausnahme der Bureau-Kosten, welche die Kirche, wo die Synode gehalten wird, allein übernimmt.

§. 84. 2. Die Verbindung der Synodal- und Consistorialverfassung.

Hermann, D. nothwend. Grundlage einer d. consistorial. und synod. Ordnung vereinigenden Kirchen-Verfassung, Berlin 1862.

I. Die Verbindung der Synodal- und Presbyterialverfassung hat sich geschichtlich dadurch gebildet, dass die reformirte Kirche die weltliche Obrigkeit nicht bloss auf die iura circa sacra zu beschränken vermochte, sondern auch zur Theilnahme am Kirchenregiment zulassen musste. Aber auch die *Union* führte consequenter Weise zu der gleichen Gestaltung, da die Verbindung der lutherischen und reformirten Kirche auch eine Verschmelzung der Verfassungselemente beider erforderte. II. Indessen auch wenn die Union nicht vorhanden wäre, und wo sie nicht existirt, hat sich die lutherische Kirche gleichfalls zur synodalen Verfassungsbildung herbeilassen müssen, schon um in den Gemeinden wiederum lebendiges kirchliches Interesse zu erwecken, und um ein Organ für die Bewältigung der Aufgaben zu gewinnen, welche von dem Kirchenregiment nur in Verbindung mit dem Lehramt und den Gemeinden gelöst werden können. Eine solche consistorial-synodale Verfassung hat in den meisten Territorien Eingang gefunden, und von den grösseren Staaten hat sich nur Mecklenburg dieser Strömung gegenüber ganz ablehnend verhalten. Somit ist auch die Hoffnung auf Ausbildung einer national-deutschen protestantischen Kirche nicht mehr so aussichtslos wie früher, wenn auch freilich ihre Erfüllung für die nächste Zeit kaum zu erwarten steht[1. 2].

§. 16. Die Deputirten der verschiedenen Presbyterien haben sich zur bestimmten Zeit, die immer an das Ende einer Woche fallen muss, an dem Versammlungsorte einzufinden. An dem nächsten Sonntage wird dann von dem, auf der vorhergehenden Synode dazu designirten Prediger durch eine besondere Synodal-Predigt die Synode eröffnet. Am Montage beginnen die Sitzungen und zwar mit einem Gebet, welches der Prediger des Ortes zu halten hat. Zunächst nimmt die Versammlung aus den Händen des Commissarius das Rescript der Regierung in Empfang, durch welches derselbe zum Comissarius bei der Synode bevollmächtigt wird, und welches derjenige Prediger, welcher bis dahin das Amt des Secretairs verwaltet hat, vorliest. Alsdann fordert der bisherige Moderator von den sämmtlichen Deputirten die Vollmachten ein, mit denen sie von ihren resp. Presbyterien versehen sein müssen. Sobald diese vorgelesen und richtig befunden worden sind, wird die Tafel eingerichtet, d. h. ein Moderator, der in der Versammlung den Vorsitz führt, und ein Secretair, welcher das Protocoll zu führen hat, gewählt. Die Wahl geschieht durch Zettel, welche der biherige Moderator annimmt und öffentlich untersucht, und darauf diejenigen nennt, welche gewählt worden sind. §. 17. Bei den Synodal-Berathungen wird Alles durch Mehrheit der Stimmen entschieden, wobei jeder der anwesenden Deputirten eine Stimme hat, und also nicht nach den Kirchen, sondern nach den Köpfen votirt wird, keiner aber seine Stimme verweigern oder einem andern übertagen kann. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Moderators.

§. 84. 1) *Preuss. Synodal-Ordn. v.* 20. *Jan.* 1876: §. 43. Die Kreissynode besteht aus 1. dem Superintendenten der Diöcese als Vorsitzenden. Unter mehreren zur Synode gehörigen Superintendenten gehört der Vorsitz dem im Ephoralamte älteren; 2. sämmtliehen innerhalb des Kirchenkreises ein Pfarramt definitiv oder vikarisch verwaltenden Geistlichen. Geistliche Anstalten, welche kein Parochialrecht haben, Militärgeistliche und ordinirte Hülfsgeistliche sind nur befugt, mit berathender Stimme an der Synode Theil zu nehmen. Zweifel über den Umfang der Theilnahmeberechtigung einzelner Geistlichen entscheidet das Consistorium; 3. der doppelten Anzahl gewählter Mitglieder. Die Hälfte derselben wird aus den derzeitigen Aeltesten oder aus der Zahl der früheren Aeltesten gewählt in der Weise, dass jede Gemeinde so viele Mitglieder entsendet, als sie stimmberechtigte Geistliche in der Synode hat. Die andere Hälfte wird aus den angesehenen, kirchlich erfahrenen und verdienten Männern des Synodalkreises von den an Seelenzahl stärkeren Gemeinden gewählt. — Diejenigen Gemeinden, welche hiernach noch ein oder mehrere Mitglieder zu wählen haben, sowie die Zahl dieser Mitglieder, werden unter Berücksichtigung der Seelenzahl, sowie der sonstigen örtlichen Verhältnisse der Gemeinden und des Kreises, das erste Mal nach Anhörung des Kreissynodalvorstandes durch

Fünftes Buch.

Die kirchliche Regierung.

Erstes Capitel. Die rechtserzeugende Gewalt.

§. 85. Die Gesetzgebung.

Schulte, K.-R. I. §. 11—35. Bierling, Gesetzgebungsrecht evang. Landeskirchen im Gebiet der Kirchenlehre. Scheurl, In Samml. Kirchenrechtl. Abhandl. S. 149 ff.

I. Bestimmungen der *ökumenischen Concilien* haben nach der neusten Rechtsentwickelung gesetzliche Kraft nur durch die päpstliche Bestätigung; die Frage ihrer Publication fällt daher zusammen mit der bei päpstlichen Gesetzen. II. Ueber die Form der Publication bei *päpstlichen* Glaubens- und Disziplinargesetzen giebt es keine feste Bestimmung, doch geht die moderne

Anordnung des durch den Provinzialsynodalvorstand verstärkten Consistoriums, demnächst endgültig nach Anhörung der Kreissynode durch Beschluss der Provinzialsynode bestimmt. Die Wahl dieser Mitglieder erfolgt auf 3 Jahre und wird durch die vereinigten Gemeindeorgane, bei verbundenen Gemeinden der Parochie vollzogen; wo verfassungsmässig eine Gemeindevertretung nicht vorhanden ist, erfolgt die Wahl durch den Gemeinde-Kirchenrath. Diejenigen weltlichen Mitglieder der Kreissynode, welche noch kein Gelübde als Aelteste abgelegt haben, werden von dem Vorsitzenden der Kreissynode mit demjenigen Gelübde verpflichtet, welches die Mitglieder der Provinzialsynode nach §. 63. der Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. September 1873 zu leisten haben. Die Gewählten müssen das 30. Lebensjahr zurückgelegt haben. Seitens der Kirchenregierung ist darauf hin zu wirken, dass durch Theilung der grösseren Diöcesen eine übermässig grosse Zahl der zu einer Kreissynode gehörigen Mitglieder vermieden werde. §. 44. Die Provinzialsynode wird zusammengesetzt aus: 1. den von den Kreissynoden oder Synodalverbänden der Provinz zu wählenden Abgeordneten; 2. einem von der evangelisch-theologischen Fakultät der Provinzial-Universität (für Posen der Universität Breslau) zu wählenden Mitgliede dieser Fakultät; 3. den vom Könige zu ernennenden Mitgliedern, deren Zahl den sechsten Theil der nach Nr. 1 zu wählenden Abgeordneten nicht übersteigen soll. Die Berufung aller Synodalmitglieder erfolgt für eine Synodalperiode von 3 Jahren. §. 45. Jeder Kreissynodalbezirk ist ein Wahlkreis, seine Kreissynode der Wahlkörper. Ist jedoch in der Provinz eine grössere Anzahl von Kreissynoden vorhanden, so ist durch Vereinigung mehrerer Kreissynoden zu einem Wahlverbande, die Zahl der Wahlkreise auf fünfunddreissig, in den Provinzen Brandenburg und Sachsen auf vierzig, zu verringern. In dem Wahlverbande bilden die vereinigten Kreissynoden den Wahlkörper. Die Anzahl und die Begrenzung der durch Zusammenlegung von Kreissynoden gebildeten Wahlkreise wird bis zur anderweiten kirchengesetzlichen Regelung durch kgl. Verordnung bestimmt. Die Zahl der von den Kreissynoden und Wahlverbänden zu wählenden Abgeordneten (§. 44. Nr. 1) beträgt das dreifache der in der Provinz vorhandenen Wahlkreise. Für jeden Abgeordneten wird gleichzeitig ein Stellvertreter gewählt. §. 46. Die Wahl erfolgt in der Weise, dass in jedem Wahlkreise 1. ein Abgeordneter aus den innerhalb des Wahlkreises in geistlichen Aemtern der Landeskirche angestellten Geistlichen; 2. ein Abgeordneter aus solchen Angehörigen des Wahlkreises gewählt wird, welche in Kreissynoden oder in den Gemeindekörperschaften desselben als weltliche Mitglieder zur Zeit der Kirche dienen oder früher gedient haben; 3. das letzte Dritttheil der Abgeordneten wird von den an Seelenzahl stärkeren Kreissynoden und Wahlverbänden aus den angesehenen, kirchlich erfahrenen und verdienten Männern des Provinzialbezirks gewählt. Diejenigen Wahlkörper, welche hiernach eines oder mehrere dieser Mitglieder zu wählen haben, sowie die Zahl dieser Mitglieder werden unter Berücksichtigung der Seelenzahl das erste Mal durch Anordnung des evangelischen Ober-Kirchenrathes, demnächst endgültig durch Beschluss der Provinzialsynode bestimmt. Dieser Beschluss bedarf der Bestätigung des durch den Vorstand der Generalsynode verstärkten evangelischen Ober-Kirchenrathes. Die weltlichen Mitglieder müssen das 30. Lebensjahr zurückgelegt haben.

§. 84. 2) *Ebendas.* §. 1. siehe Anhang no. IX.

Richtung dahin, die *publicatio urbi* (Rom) *facta*, als *orbi facta* zu betrachten[1]. III. Bezüglich der Beschlüsse der *Provinzialsynoden* vergleiche oben §. 73. Im Uebrigen besitzen Erzbischöfe ein besonderes Gesetzgebungsrecht nicht. IV. Die Gesetzgebung der *Bischöfe* äussert sich auf der Diöcesansynode, in *Hirtenbriefen* etc. Sie darf in ihrem materiellen Inhalt weder dem Glauben noch dem gemeinen Recht widerstreiten, welches letztere freilich der Rechtsentwickelung der Diöcesen vielfach freien Spielraum gelassen hat. V. Das früher in den deutschen Territorien (Frankreich) geltende Recht des *placetum regium*, wonach kirchliche Gesetze vor ihrer Publication der staatlichen Genehmigung bedürfen, ist bis auf einige Staaten (*Baiern, Sachsen*)[2] beseitigt und durch die Vorschrift ersetzt worden, dass kirchliche Anordnungen gleichzeitig mit ihrem Erlass der Staatsregierung zu unterbreiten seien[3-6], welche

§. 85. 1) *Pius IV. Bestätigungsbulle d. Conc. v. Trient* 1564: Ut haec autem ad omnium notitiam perveniant, neve quis excusatione ignorationis uti possit: volumus et mandamus, ut hae literae per aliquos curiae nostrae cursores in basilica Vaticana principis Apostolorum et in ecclesia Lateranensi tunc, quum in eis populus, ut missarum solennibus intersit, congregari solet, palam et clara voce recitentur, et, postquam recitatae fuerint, ad valvas earum ecclesiarum, itemque cancellariae apostolicae, et in loco solito Campi Florae affigantur; ibique, ut legi et omnibus innotescere possint, aliquantisper relinquantur; quum autem inde amovebuntur, relictis de more ibidem exemplis in alma Urbe ad impressionem tradantur, quo commodius per Christianas provincias et regna devulgari possint.

2) *Sächs. Gesetz v.* 23. *Aug.* 1876: §. 1. Verordnungen der katholisch-geistlichen Behörden dürfen nichts enthalten, was den Gesetzen des Staates oder den auf Grund derselben von den zuständigen Behörden erlassenen Anordnungen widerspricht. §. 2. Verordnungen allgemeinen Inhalts, welche ausschliesslich und allein dem Gebiete der inneren kirchlichen Angelegenheiten angehören, sind vor der Verkündung der Staatsregierung vorzulegen. Als Verordnungen allgemeinen Inhalts im Sinne dieses Gesetzes sind diejenigen anzusehen, welche die Geistlichkeit oder die Diöcesanen im Bezirke der verordnenden Behörde insgesammt angehen. §. 3. Verordnungen allgemeinen Inhalts, welche ganz oder theilweise, sei es auch nur mittelbar, in staatliche oder bürgerliche Verhältnisse eingreifen, bedürfen zu ihrer Verkündung der landesherrlichen Genehmigung und sind daher dem Könige vorzulegen. Die Vorlegung erfolgt durch das Ministerium des Cultus und öffentlichen Unterrichts, welches in der hierauf zu erlassenden Verfügung ausdrücklich zu bemerken hat, dass das Placet ertheilt worden sei. Die Genehmigung wird ertheilt werden, wenn sie vom staatlichen Gesichtspunkte unbedenklich ist. Die Genehmigung ist in der Verordnung zu bekunden. Die Genehmigung gilt so lange, als sie nicht durch neue Anordnungen ausser Kraft gesetzt wird. Verordnungen im Sinne Abs. 1, welche ohne landesherrliche Genehmigung verkündet oder angewendet werden, sind rechtlich unwirksam. §. 4. Erlasse des römischen Stuhles jeder Art dürfen im Königreiche nur von den inländischen katholisch-geistlichen Behörden und nur nach Massgabe der Bestimmungen in §§. 1., 2. und 3. verkündet und angewendet werden.

3) *Bad. Ges. v.* 9. *Oct.* 1860 §. 5: Keine Verordnung der Kirche, welche in bürgerliche oder staatsbürgerliche Verhältnisse eingreift, kann rechtliche Geltung in Anspruch nehmen oder in Vollzug gesetzt werden, bevor sie die Genehmigung des Staats erhalten hat. Alle kirchlichen Verordnungen müssen gleichzeitig mit der Verkündigung der Staatsregierung mitgetheilt werden.

4) *Württemb. Ges. v.* 30. *Jan.* 1862. *Art.* 1: Die von dem Erzbischof, dem Bischof und den übrigen kirchlichen Behörden ausgehenden allgemeinen Anordnungen und Kreisschreiben an die Geistlichkeit und Diöcesanen, wodurch dieselben zu etwas verbunden werden sollen, was nicht ganz in dem eigenthümlichen Wirkungskreise der Kirche liegt, sowie auch sonstige Erlasse, welche in staatliche oder bürgerliche Verhältnisse eingreifen, unterliegen der Genehmigung des Staates. Solche allgemeine kirchliche Anordnungen und öffentlichen Erlasse dagegen, welche rein geistliche Gegenstände betreffen, sind der Staatsbehörde gleichzeitig mit der Verkündigung zur Einsicht mitzutheilen. Denselben Bestimmungen unterliegen die auf Diöcesan- und Provinzialsynoden gefassten Beschlüsse; ebenso die päpstlichen Bullen, Breven und sonstige Erlasse, welche immer nur von dem Bischof verkündet und angewendet werden dürfen.

Bestimmung bezüglich päpstlicher Gesetze den in der Diöcese diese zur Nachachtung bringenden Bischof trifft. VI. Die gesetzgebende Gewalt in der evangelischen Kirche steht begriffsmässig der Kirche zu, aber die Vermischung staatlicher und kirchlicher Attributionen in der Person des Landesherrn hat die auf die Kirche bezügliche gesetzgebende Gewalt desselben als eine rein staatliche erscheinen lassen, und die Kirche hat sich mit dem Verlangen begnügt, dass bei Gesetzen über Fragen des inneren kirchlichen Lebens wenigstens ein Beirath von Theologen erfolgen solle. Wo heute synodale Ordnung existirt, ist die kirchliche gesetzgebende Gewalt an die Zustimmung der Synode gebunden. Aber in manchen Kirchenordnungen ist direct ausgesprochen, dass die Bekenntnissfragen keinen Gegenstand der Gesetzgebung bilden[7-9], so dass die Frage auftaucht, ob das Bekenntniss überhaupt rechtliche Kraft habe, veränderlich sei, und durch welche Organe. Eine rechtliche Geltung der Bekenntnisse der lutherischen oder reformirten Kirche im Allgemeinen giebt es nicht, sondern nur in den Landeskirchen. In diesen hat das Bekenntniss rechtlich verbindliche Kraft durch Gewohnheits- oder Gesetzesrecht. Es kann mithin auch nur in der Landeskirche die rechtliche Veränderung des Bekenntnisses sich vollziehen. Denn die prinzipielle Unzulässigkeit einer solchen Aenderung wird der geschichtlichen Entwickelung gegenüber, welche die allmählig erfolgten Veränderungen zeigt, nicht behauptet werden können, und würde eine Negation jedes wissenschaftlichen Fortschrittes sein. Die Veränderung des Bekenntnisses wird sich aber innerhalb der Schranken

§. 85. 5) *Hess. Ges. d. rechtl. Stell. d. K. betr.* (23. *April* 1875) *Art.* 5.: Alle kirchlichen Verordnungen müssen gleichzeitig mit der Verkündigung der Staatsregierung mitgetheilt werden. Keine Verordnung der Kirchen oder Religionsgemeinschaften kann in Beziehung auf bürgerliche oder staatsbürgerliche Verhältnisse rechtliche Geltung in Anspruch nehmen oder in Vollzug gesetzt werden, bevor sie die Genehmigung des Staats erhalten hat. Art. 40 der Verfassungs-Urkunde, sowie die auf die Staatsgenehmigung (das Placet) sich beziehenden Bestimmungen oder Verordnungen vom 30. Januar 1830 und 1. März 1853, die Ausübung des oberhoheitlichen Schutz- und Aufsichtsrechts über die katholische Kirche betreffend, sind aufgehoben.

6) *Oesterr. Ges. v. 7. Mai* 1864 §. 16: Die Bischöfe sind verpflichtet, ihre Erlasse (Verordnungen, Instruktionen, Hirtenbriefe etc.) zugleich mit deren Publikation der politischen Landesbehörde zur Kenntnissnahme mitzutheilen. §. 17. Findet die Regierung, dass einer den öffentlichen Gottesdienst betreffenden kirchlichen Anordnung öffentliche Rücksichten entgegenstehen, so hat sie dieselben zu untersagen.

7) *Oesterr. Kirchenverfassung d. ev. K.* §. 119: Die General-Synoden sind ebensowenig berechtigt, das Bekenntniss der Kirche zu ändern, als die Glaubens- und Gewissensfreiheit der Personen zu beschränken.

8) *Kirchenvorstands- u. Synodal-Ordnung für Hannover* §. 65: Kirchengesetze werden unter Zustimmung der Landessynode erlassen, abgeändert und authentisch interpretirt. Die Zustimmung der Landessynode beschränkt sich auf den wesentlichen Inhalt der Gesetze . . . Die Einführung neuer Katechismen, Gesangbücher und Agenden darf von der k. Regierung nur angeordnet werden, nachdem die Landessynode zu deren Inhalt und Fassung ihre Zustimmung ertheilt hat. Auch ist durch Mittheilung neuer bei der k. Regierung ausgearbeiteter Entwürfe solcher gottesdienstlicher Bücher an die Bezirkssynoden, den letzteren Gelegenheit zu geben, sich über dieselben auszusprechen . . . Die Lehre selbst bildet keinen Gegenstand der Gesetzgebung der Landeskirche.

9) *Verfassungsges. d. ev.-luth. K. Oldenburgs* §. 79: Gesetze im Gebiete des Kirchenwesens können nur vom Grossherzoge in Uebereinstimmung mit der Landessynode erlassen, aufgehoben oder authentisch ausgelegt werden. §. 80. Ohne Zustimmung der Landessynode dürfen insbesondere auch neue Katechismen, Gesangbücher und Agenden nicht eingeführt, sowie überhaupt kirchengesetzliche Normen in Bezug auf Lehre, Liturgie, Zucht oder Verfassung nicht erlassen werden. Eine Gesetzgebung über den Inhalt des Bekenntnisses kommt der Landeskirche nicht zu.

bewegen müssen, dass das Bekenntniss ein christliches und ein evangelisches bleibt, worüber zu befinden der Landeskirche selbst zusteht. Als gesetzgeberische Organe können nur die gewöhnlichen fungiren, und namentlich wird, wo eine Synodalvertretung existirt, durch diese auch der Anspruch der Kirche, gehört zu werden, eine geordnete Erfüllung finden, vorausgesetzt, dass die Einrichtung der Synoden die Bürgschaft giebt, dass sie als eine wirkliche Vertretung der Kirche angesehen werden können.

§. 86. II. Dispensationen und Privilegien.

Florens, De dispensat. eccles., Paris 1648 fol. Corradus, Praxis dispensat. apostolic., Colon. 1678 fol. Schulte, K.-R. I. §. 32 f. Böhmer, Exercit. ad Pandect. I. p. 481 sqq.

I. Die Strenge des Rechtes und die Forderungen des Lebens finden ihre Aussöhnung durch die *Dispensationen*, d. h. die Entbindung von der Verpflichtung, für einen bestimmten Fall einer Rechtsvorschrift zu gehorsamen. Das Recht zur Ertheilung derselben wohnt nach Entwickelung des Papalsystems in allen Fällen dem Papste bei; dieser überträgt einen Theil seiner Befugnisse auf die Bischöfe (in Deutschland und Oesterreich durch die *Quinquennalfacultäten*)[1. 2], welche letztere Dispensationsgewalt suo iure dem gemeinen Recht gegenüber nur besitzen, soweit das Recht ihnen dieselbe ausdrücklich beilegt[3]. Dispensationen werden ertheilt[4] in *forma gratiosa* (der Ertheilungsberechtigte prüft und entscheidet), oder *commissoria* (er beauftragt ein untergeordnetes Organ zu prüfen und eventuell zu entscheiden), immer nur aus dringenden Gründen[5], unentgeltlich; doch erheben die römischen Behörden eine Gebühr[6]. II. Das Wesen des *Privilegs* ist die Berücksichtigung des individuellen Falles durch Setzen eines besonderen Rechtes für dasselbe, neben oder gegen das gemeine Recht. Eine Dispensation schafft nur subjectives

§. 86. 1) *Formular d. deutschen Quinquennalfacultäten pro foro interno* siehe Anhang no. X.

2) *pro foro externo* siehe Anhang no. XI.

3) *C. Trident. Sess. XXIV. de reform. c.* 6: Liceat episcopis in irregularitatibus omnibus et suspensionibus, ex delicto occulto provenientibus, excepta ea, quae oritur ex homicidio voluntario, et exceptis aliis deductis ad forum contentiosum, dispensare, et in quibuscunque casibus occultis, etiam sedi apostolicae reservatis, delinquentes quoscunque sibi subditos in dioecesi sua per se ipsos aut vicarium ad id specialiter deputandum in foro conscientiae gratis absolvere, imposita poenitentia salutari. Idem et in haeresis crimine in eodem foro conscientiae eis tantum, non eorum vicariis, sit permissum.

4) *C. Trident. Sess. XXII. de ref. c.* 5: Dispensationes, quacunque auctoritate concedendae, si extra Romanam curiam committendae erunt, committantur ordinariis illorum, qui eas impetraverint; eae vero, quae gratiose concedentur, suum non sortiantur effectum, nisi prius ab eisdem, tanquam delegatis apostolicis, summarie tantum et extraiudicialiter cognoscatur, expressas preces subreptionis vel obreptionis vitio non subiacere.

5) *C. Trident. Sess. XXV. de reform. c.* 18: Sicuti publice expedit legis vinculum quandoque relaxare, ut plenius evenientibus casibus et necessitatibus pro communi utilitate satisfiat: sic frequentius legem solvere, exemploque potius quam certo personarum rerumque delectu petentibus indulgere nihil aliud est, quam unicuique ad leges transgrediendas aditum aperire. Quapropter sciant universi, sacratissimos canones exacte ab omnibus, et, quoad eius fieri poterit, indistincte observandos. Quod si urgens iustaque ratio et maior quandoque utilitas postulaverit cum aliquibus dispensandum esse, id causa cognita ac summa maturitate atque gratis a quibuscunque, ad quos dispensatio pertinebit, erit praestandum, aliterque facta dispensatio surreptitia censeatur.

6) *Vorstellung belg. Bischöfe an d. Vatic. Concil:* An non suppetat via qua, saltem pro ordinariis petentibus, abrogari valeat, quae vocari solet, dispensationum taxa seu componenda, in pluribus regionibus nostri saeculi hominibus tam odiosa. Si autem hoc fieri nequeat, saltem adhibere velint Patres medium quo fieret, ut qui pinguem solvunt taxam non citius obtineant dispensationem quam qui parvam aut nullam solvant; ita enim caderent iniuriosa illa in ecclesiam obloquia, quae nonnumquam occasione similium audiuntur.

Recht, das Privileg objectives. Die Dispensation hebt keinen Rechtssatz auf, sondern nur die Verbindlichkeit, ihm im einzelnen Falle zu gehorchen, das Privileg setzt an Stelle des bestehenden generellen Rechtes neues specielles. Zur Ertheilung der Privilegien sind die gesetzgebenden Organe innerhalb des Kreises ihrer Competenz befugt, sofern nicht wohlerworbene Rechte Dritter entgegenstehen. In Bezug auf Ausübung und Uebergang gelten die Regeln des gemeinen Rechtes, und sind nur hervorzuheben die vom Papst ertheilten, jederzeit widerruflichen *ad suae voluntatis beneplacitum*, welche mit Tod des Papstes aufhören und dadurch geschieden sind von den *ad sedis ap. beneplacitum*. III. Auch die evangelische Kirche erkennt an, dass von menschlichen Anordnungen dispensirt werden könne. Dabei hat nicht nur der Missbrauch der Dispensationstaxen Aufnahme gefunden, sondern auch der weitere, dass von vielen kirchlichen Geboten auf jedes Verlangen hin dispensirt wird, was doch nur für die Zweckmässigkeit jene Anordnungen aufzuheben zeugt. Das Dispensationsrecht steht dem Fürsten zu, ist aber jetzt an die Oberkirchenräthe[7. 8], die Consistorien und selbst in einzelnen Fällen an die Superintendenten delegirt worden. Dass der Fürst bei den ihm selbst vorbehaltenen Dispensationen sich theologischen Beirathes bedienen soll, ist eine theoretische Forderung, die sich als Consequenz der ganzen Auffassung von der landesherrlichen Episcopalgewalt ergiebt, für deren praktische Durchführung indessen keinerlei Mittel vorhanden sind.

§. 87. III. Die Autonomie.

Bohr (praes. Gregel), De re statutaria capitulorum Germaniae, Herbipol. 1796. Schulte, K.-R. I. §. 29 ff. Hinschius, K.-R. II. S. 131 ff.

I. Dass die Capitel die Befugniss besitzen, ihr inneres Leben durch Rechtssätze zu ordnen, ist oben angeführt worden. Das gleiche gilt für die religiösen Genossenschaften. Die Feststellung der Rechtssätze geschieht durch die *pars maior*, die gleichzeitig als *sanior* angesehen wird, nur dass die *pars minor* den Beschluss anzufechten befugt ist. Eine Bestätigung des Papstes ist für das autonomische Recht nur erforderlich, soweit es imperatives ius commune beseitigen soll. Die Aufhebung des statutarischen Rechtes erfolgt nicht ohne Weiteres durch späteres ius commune, sondern nur, wenn dies eine specielle die autonomische aufhebende Bestimmung enthält. Eine Genehmigung des Papstes ist selbst für den Fall nicht erforderlich, wo dieser die Statuten bestätigt hat, wenn der beabsichtigte neue Rechtssatz innerhalb der Competenz der Corporation liegt und dem ius commune nicht widerspricht. II. In der evangelischen Kirche kann eine autonomische Rechtsbildung in der Gemeinde erfolgen bezüglich derjenigen Materien, welche der Bestimmung der Gemeinde unterworfen sind[1. 2].

§. 86. 7) *Verfass.-Ges. d. ev. luth. K. Oldenburgs:* Art. 111. Zum Wirkungskreise des Oberkirchenrathes gehören ... 5. die kirchlichen Dispensationen. Art. 119. Alle Dispensationen müssen kostenfrei ertheilt werden. Wo bisher von kirchlichen Vorschriften in Beziehung auf die Form geistlicher Amtshandlungen Dispensation ertheilt werden konnte, ist diese fortan nicht mehr erforderlich.

8) *Sächs. Ges. v.* 15. *April* 1873 §. 5: An sich zulässige Dispensationen von kirchlichen Gesetzen, insbesondere alle Nachsichtsertheilungen an ev.-lutherische Glaubensgenossen in Ehesachen sind beim Landesconsistorium nachzusuchen und von demselben, bez. nach erlangter Zustimmung der in Evangelicis beauftragten Staats-Minister zu ertheilen.

§. 87. 1) *Kreissynodalordn. für d. östl. preuss. Provinzen Art.* 5: Von den Kreissynoden sollen ... folgende Befugnisse ausgeübt werden ... 7. Die Errichtung von statutarischen Bestimmungen in den im Vorstehenden den

Zweites Capitel. Die Aufsicht.

§. 88. I. In der katholischen Kirche.

Auerbach, De visitat. eccles. progressu a primis temp. usque ad C. Trident., Francof. 1862. Dove, In Ztschr. f. K.-R. IV, 1 ff. 157 ff. V, 1 ff.

I. Die erforderliche Kunde von dem Zustande der kirchlichen Verwaltung verschaffen sich die Kirchenoberen 1. durch schriftliche Berichte der Untergebenen, 2. durch mündliche Auskunftsertheilung derselben, nachdem sie persönlich vor dem Vorgesetzten erschienen sind, 3. durch an Ort und Stelle vorgenommene Visitationen. Das päpstliche Aufsichtsrecht vollzieht sich in den beiden ersten Formen, das bischöfliche in allen drei, das erzbischöfliche nur in der dritten, die aber wegen ihres Zusammenhanges mit dem Institut der Provinzialsynode mit dieser in Abgang gekommen ist. II. Was die Beaufsichtigung durch den Papst anlangt, so übernehmen die Bischöfe in ihrem Eide (§. 71.) die Verpflichtung, in bestimmten Fristen in Rom persönlich (*visitatio liminum*)[1] oder durch einen Vertreter über ihre Verwaltung Rechenschaft abzulegen. Dem gleichen Zwecke dienen die *relationes status*, welche nach genau vorgeschriebenem Formular[2] von den Bischöfen zu erstatten sind, von der *congregatio concilii* geprüft und durch ein eigenes Decret beantwortet werden. Die Beschränkungen, welche die Staatsregierungen diesem Verkehr zwischen Bischöfen und Papst gesetzt haben, sind gegenwärtig als beseitigt zu bezeichnen. III. Die bischöfliche Aufsicht vollzieht sich am meisten durch die *Visitation*. Schon früh ist es in der morgen- wie abendländischen Kirche Rechtens geworden, dass der Bischof sich alljährlich persönlich oder durch Abgesandte vom Zustande seiner Diöcese zu überzeugen habe[3], wobei sich in der fränkischen Monarchie[4] eine Betheiligung der weltlichen Staatsbeamten bemerkbar machte, theils um den Bischof zu unterstützen, theils um ihn zu

Kreissynoden angewiesenen Geschäftsgebieten unter Bestätigung des Consistoriums und Genehmigung des Ev. Oberkirchenrathes.

§. 87. 2) *Rhein.-Westph. Kirchenordn. Zusatz* §. 33b.: Bestehen in einer Gemeinde herkömmlich besondere die Kirchenordnung ergänzende, näher bestimmende oder modificirende Einrichtungen, deren Anerkennung sie wünscht, oder fühlt sie sonst das Bedürfniss, neue eigenthümliche Einrichtungen zu treffen, so können solche zu einer statutarischen Bestimmung, oder insofern sie Gemeinde-Angelegenheiten im Ganzen betreffen, zu einem förmlichen Gemeinde-Statut zusammengefasst werden. Es ist deshalb nach Vorberathung und auf Antrag des Presbyteriums ein Beschluss der Gemeinde oder ihrer Vertretung zu fassen und für denselben, nach vorgängiger Begutachtung durch die Kreis-Synode, die Anerkennung der Provinzial-Synode: dass die statutarische Bestimmung zweckmässig und wesentlichen Bestimungen der Kirchenordnung nicht zuwider sei, sowie die schliessliche Bestätigung des Consistoriums nachzusuchen.

§. 88. 1) *Formel des Attestes über die visitatio liminum:* Nos ... S. R. E. Presbyter Cardinalis ... fidem facimus et attestamur Reverendissimum in Christo Patrem Episcopum ... Constitutioni fel. rec. Sixti V. ... cumulate satisfecisse: nam et sacras beatorum Petri et Pauli Basilicas humiliter et devote praesens veneratus est; et Sanctissimi D. N. pedibus provolutus Sanctitati Suae et Sac. Congregationi ... ore scriptoque retulit de statu Ecclesiae suae. —

2) *Instruct. d. Congreg. Concilii für Anfertigung der relationes status* (1723). *cap.* 1: pertin. ad statum ecclesiae materialem (11 Punkte); 2. ad ipsum episcopum, aepûm, primatem et patriarcham (9 Punkte); 3. ad clerum saecularem (15 Punkte); 4. ad clerum regularem (4 Punkte); 5. ad moniales (8 Punkte); 6. ad seminarium (7 Punkte); 7. ad ecclesias, confraternitates et loca pia (5 Punkte); 8. ad populum (2 Punkte); 9. ad postulata. Ueber die Beschränkungen des Verkehrs vgl. §. 19.

3) *c.* 8. *C. Tarracon.* (516 *c.* 10. *C. X. qu.* 1): Decrevimus ut antiquae consuetudinis ordo servetur, et annuis vicibus ab episcopo dioeceses visitentur.

4) *Capit. Mantuan.* (781) *c.* 6: Ut, quando episcopus per sua parrochia circata fecerit, comite vel sculdaz adjutorium prebeat, qualiter ministerium suum pleniter perficere valeat secundum canonicam institutionem.

controliren. Mit dieser Visitation verband sich im IX. Jahrhundert das Institut des *Sendes* (*Synodus*)[5] indem die Gemeinde zum Zwecke der Kirchenzucht versammelt, durch bestellte geschworene *Sendzeugen* die vorgefallenen Vergehen gerügt, und der Beschuldigte, welcher sich nicht zu reinigen vermochte, vom Bischof bestraft wurde. Die Abhaltung dieser Sendgerichte und der damit verbundenen Visitationen fiel später den *Archidiakonen* in oben geschilderter Entwickelung als eigenes Recht zu[6. 7], welche auch durch die *Archipresbyteri* die Visitation vornehmen liessen, zuweilen aber auch in diesen selbstständige Concurrenten fanden. Die hiergegen eintretende Reaction wurde durch das *Tridentinum* zum Abschluss gebracht, und beseitigte zwar nicht den Send, welcher bis in das vorige Jahrhundert sein Dasein fristete, knüpfte aber die Visitation in der Diöcese an die Genehmigung des Bischofes[8], und schärfte diesem die lange vernachlässigte Pflicht zur persönlichen Abhaltung derselben ernst ein. Nach heutigem Recht visitiren regelmässig die *Landdechanten* ihren District in Gemässheit bischöflicher Instruction, die Bischöfe

§. 88. 5) *Regino de synod. Caus. II*, 2: Episcopus in synodo residens, post congruam allocutionem septem ex plebe ipsius parochiae vel eo amplius aut minus, prout viderit expedire, maturiores, honestiores atque veraciores viros in medio debet evocare, et, allatis sanctorum pignoribus, unumquemque illorum tali sacramento constringat. C. III. Jusiurandum synodale. A modo in antea, quidquid nosti aut audisti, aut postmodum inquisiturus es, quod contra Dei voluntatem et rectam Christianitatem in ista parochia factum est, aut futurum erit, si in diebus tuis evenerit, tantum ut ad tuam cognitionem quocunque modo perveniat, si scis aut tibi indicatum fuerit, synodalem causam esse, et ad ministerium episcopi pertinere, quod tu nec propter amorem, nec propter timorem, nec propter praemium, nec propter parentelam ullatenus celare debeas archiepiscopo de Treveris aut eius misso, cui hoc inquirere iusserit, quandocunque te ex hoc interrogaverit. Sic te Deus adiuvet et istae sanctorum reliquiae. Reliqui ita iurent: Istud sacramentum, quod iste iuravit de synodali causa, quod tu illud observabis, in quantum sapis aut audisti, aut ab hac die in antea inquisiturus es. Sic te Deus adiuvet. Post datum sacramentum iuratores episcopus alloquatur. Videte, fatres, ut Domino reddatis iuramenta vestra; non enim homini iurastis, sed Deo creatori vestro. Nos autem, qui Eius ministri sumus, non terrenam substantiam vestram concupiscimus, sed salutem animarum vestrarum requirimus. Cavete, ne aliquid abscondatis, et ex alterius pecato vestra fiat damnatio. Post haec ita per ordinem interroget. Est in hac parochia homicida, qui hominem aut spontanea voluntate aut cupiditatis aut rapacitatis causa, aut casu, aut nolens et coactus, aut pro vindicta parentum, quod faidam dicimus, aut in bello, aut iussu domini, aut proprium servum occiderit?

6) *Gregor IX.* (*c.* 54. *X.* 1, 6): Sed cum in iure confessus fuerit, quod archidiaconus Ambien. de consuetudine suspendit, excommunicat, et absoluit presbyteros et priores, et parœciales ecclesias interdicit, necnon archidiaconus visitat, et inquirit, quod viderit inquirenda et procurationes ratione visitationis.

7) *Sachsenspiegel I*, 2: Jewelk kersten man is senet plichtig to sükene dries in me jare, sint he to sinen dagen komen is binnen deme biscopdume dar he inne geseten is. — Vriheit de is aver drierhande: scepenbare lude die der biscope senet süken solen, plechhaften der dumproveste; lantseten der ercepriestere.

8) *C. Trident. Sess. XXIV. de reform. c.* 3: Archidiaconi autem, decani et alii inferiores in iis ecclesiis, ubi hactenus visitationem exercere legitime consueverunt, debeant quidem, assumpto notario, de consensu episcopi deinceps per se ipsos tantum ibidem visitare. Visitatores etiam a capitulo deputandi, ubi capitulum ius visitandi habet, prius ab episcopo approbentur; sed non ideo episcopus, vel eo impedito eius visitator, easdem ecclesias seorsum ab his visitare prohibeatur, cui ipsi archidiaconi vel alii inferiores visitationis factae infra mensem rationem reddere, et depositiones testium ac integra acta ei exhibere teneantur; non obstantibus quacunque consuetudine, etiam immemorabili, atque exemptionibus et privilegiis quibuscunque. Visitationum autem omnium istarum praecipuus sit scopus, sanam orthodoxamque doctrinam expulsis haeresibus inducere, bonos mores tueri, pravos corrigere, populum cohortationibus et admonitionibus ad religionem, pacem innocentiamque accendere; cetera, prout locus, tempus et occasio feret, ex visitantium prudentia ad fidelium fructum constituere.

aber selbst oder durch ihren Generalvicar mindestens in je zwei Jahren die ganze Diöcese. Die Visitation erstreckt sich nicht nur auf die Amtsführung der Geistlichen und die Lage der Kirchen, sondern auch auf den sittlichen und religiösen Zustand des Volkes, und begreift auch die exemten kirchlichen Institute[9. 10]. Die Grundlage der Visitation bilden die Pfarrrelationen[11], denen sich die vom Visitator dem Bischofe zu erstattenden Berichte anschliessen. Eine persönliche Zusammenkunft der Geistlichen an der bischöflichen Residenz, wie sie im Frankenreiche zuerst für die *Quadragesima* vorgeschrieben und dann verboten wurde, fand später nur bei den Diöcesansynoden statt, die schon oben als wenig lebendige Institution bezeichnet sind. So existirt denn in dieser Beziehung keine feste Ordnung, sondern es entscheidet das bischöfliche Belieben.

§. 89. II. In der evangelischen Kirche.

I. Die in den Anfängen der Reformation von den Superintendenten gehandhabten Visitationen[1] sind auch heutigen Rechtens in der Gestalt, dass die

§. 88. 9) *C. Trident. Sess. VII. de reform. c.* 7: Beneficia ecclesiastica curata, quae cathedralibus, collegiatis, seu aliis ecclesiis vel monasteriis, beneficiis, seu collegiis aut piis locis quibuscunque perpetuo unita et annexa reperiuntur, ab ordinariis locorum annis singulis visitentur, qui sollicite providere procurent, ut per idoneos vicarios, etiam perpetuos, nisi ipsis ordinariis pro bono ecclesiarum regimine aliter expedire videbitur, ab eis cum tertiae partis fructuum, aut maiori vel minori, arbitrio ipsorum ordinariorum, portione, etiam super certa re assignanda, ibidem deputandos animarum cura laudabiliter exerceatur; appellationibus, privilegiis, exemptionibus, etiam cum iudicum deputatione, et illorum inhibitionibus quibuscunque in praemissis minime suffragantibus.

10) *C. Trident. Sess. VI. de reform. c.* 4: Capitula cathedralium et aliarum maiorum ecclesiarum illorumque personae nullis exemptionibus, consuetudinibus, sententiis, iuramentis, concordiis, quae tantum suos obligent auctores, non etiam successores, tueri se possint, quo minus a suis episcopis et aliis maioribus praelatis per se ipsos solos, vel illis, quibus sibi videbitur, adiunctis, iuxta canonicas sanctiones toties, quoties opus fuerit, visitari, corrigi et emendari etiam auctoritate apostolica possint et valeant.

11) *Formular der Pfarr-Relation in Württemberg*: I. Verzeichniss der Kirchen- und Schuldiener. II. der königlichen Beamten und Ortsvorsteher. III. Zustand der Pfarrei. IV. Seelenzahl. V. Gottesdienstordnng. VI. Von der Pfarrkirche, den Filialkirchen und Kapellen. VII. Von den Kirchen- und Pfarrbüchern, und der Registratur. VIII. Von dem Pfarreinkommen und von den Pfarrei-Gebäuden. IX. Von dem Pfarrer (Pfarrkaplänen, Beneficiaten). X. Von den Hülfspriestern und den unangestellten Geistlichen. XI. Von der Schule. XII. Von der Gemeinde.

§. 89. 1) *Rhein.-Westphäl. Kirchenordnung* §. 144: Die Kirchenvisitation wird von dem Superintendenten gehalten, und dies in den betreffenden Gemeinden den Sonntag vorher von der Kanzel bekannt gemacht. Zu dieser Handlung versammelt sich das Presbyterium mit dem Prediger oder den Predigern und der Superintendent eröffnet sie mit Gebet und einer kurzen angemessenen Anrede. Zusatz: Nach Beschluss der Kreis-Synode kann die Visitation auch vor versammelter Gemeinde und mit einem Gottesdienste eröffnet werden. §. 145. Die Gegenstände, auf welche der Superintendent seine Aufmerksamkeit zu richten hat, sind folgende: 1. Lehre und Betragen des Pfarrers und Zustand des Presbyteriums. Der Prediger tritt ab, und der Superintendent befragt das Presbyterium, ob es etwas gegen denselben vorzubringen habe. Dasselbe geschieht darauf in Ansehung des Presbyteriums. Nun werden die Glieder der Gemeinde, welche sich mit Anliegen und Beschwerden eingefunden und nach vorheriger Anzeige an das Presbyterium keine Remedur gefunden haben, vorgelassen und gehört. Der Superintendent versucht bei Misshelligkeiten Ausgleichung, ertheilt freundliche Erinnerungen, und behält für solche Fälle, welche sich nicht von ihm schlichten lassen, die höhere Entscheidung vor. 2. Zustand der inneren Angelegenheiten der Gemeinde, würdige Feier der Sonn- und Festtage, Besuch des öffentlichen Gottesdienstes, Theilnahme an den Sakramenten, Confirmanden-Unterricht, Uebung der Kirchen-Disciplin, herrschende Sünden und Laster, eingerissene Missbräuche u. s. w. Berathung wie ihnen abzuhelfen und Einhalt

Superintendenten, ihre Districte, und sie selbst von den Generalsuperintendenten oder Deputirten des Consistoriums visitirt werden. Vielfach betheiligt sich die weltliche Obrigkeit namentlich an der Visitation des Kirchenvermögens. Die Anordnung allgemeiner Visitation (*Generalvisitation*) hat durch den Landesherrn zu erfolgen. II. Auch die Art der Beaufsichtigung durch schriftliche Berichterstattung der Geistlichen ist von der evangelischen Kirche recipirt und namentlich unter der Herrschaft der staatlichen Bureaukratie stark ausgebildet worden[2].

Drittes Capitel. Die Aemtergewalt.

§. 90. I. Die Errichtung der Kirchenämter.

Hinschius, K.-R. II. §. 102. 103.

I. Die Errichtung neuer Episcopate erfolgte ursprünglich durch die Bischöfe, ohne Mitwirkung des römischen. Eine Befugniss dieses tritt zuerst zu Tage, freilich unter Mitwirkung des Staates, in den von Rom aus missionirten Gebieten[1. 2]. Seit dem XI. Jahrhundert haben indessen die Päpste die Com-

zu thun. 3. Aeusserer Bestand der Gemeinde, Aufsicht über die Verwaltung des Kirchen- und Armen-Vermögens, je nachdem er verfassungsmässig einzuwirken hat. Vorlegung der Inventarien und Lagerbücher, Kirchenrechnungen, Besichtigung, wenn es erforderlich ist, der Schulen in Ansehung des Bestandes und der Utensilien, Inspektion der Schule nach den darüber bestehenden Vorschriften, Nachfrage über Verwaltung der etwanigen Orts-Wittwen-Kassen und besonderen Stiftungen, worüber die Rechnungen vorzulegen sind; Einsicht der kirchlichen Register, der Tauf-, Copulations- und Begräbniss-, wie auch der Confirmanden- und Communikanten-Register, welche allgemein einzuführen sind, der Protokollbücher des Kirchenraths, der Abschriften von den Verhandlungen der Kreis- und Provinzial-Synode und der Verordnungen der Behörden. Zusatz. Zu Nr. 2. Zu den Gegenständen, auf welche der Superintendent sein Augenmerk zu richten hat, gehört auch die Theilnahme der Gemeinde an der äusseren und inneren Mission. §. 146. Nach gehaltener Visitation trägt der Superintendent über den Zustand der Gemeinde und ihre kirchlichen Verhältnisse den Befund im Presbyterial-Protokoll ein, welches von den anwesenden Predigern und Presbyterial-Gliedern unterzeichnet wird. Den allgemeinen Visitations-Bericht hat der Superintendent sowohl der Kreis-Synode vorzulegen, als durch den General-Superintendenten dem Consistorio einzusenden.

§. 89. 2) *Württemb. Cons.-Erl. v.* 29. *Jan.* 1855 die Fertigung des Pfarrberichts betr. . . .: I. Vom Kirchenorgan. 1. Statistisches. 2. Schilderung der Gemeinde. 3. Besondere Erscheinungen auf religiösem Gebiet. 4. Verhältniss zu anderen Konfessionen. 5. Verhalten des Ortsvorstehers und der bürgerlichen Kollegien. 6. Thätigkeit des Pfarrgemeinderathes. 7. Fromme Stiftungen. 8. Personalien des Pfarrers. 9. Messner. Organist. 10. Gottesdienst. 11. Communion. 12. Liturgisches. 13. Katechisation. 14. Confirmation. 15. Stand des Kirchengesangs. 16. Kirchenbücher. 17. Kirchengegenstände. 18. Recesse. II. Vom Schulwesen. 19. Organismus der Schule und Personalien der Lehrer. 20. Zustand der einzelnen Schulklassen in Absicht auf Kenntnisse und Zucht. 21. Zahl der Schulbesuche und der Religionsunterrichtsstunden. 22. Aeusserung über die Schulversäumnisse. 23. Angabe der Schulvacanzen. 24. Zustand der Sonntagsschulen. 25. Zustand der Schuldiarien, Neglectenzettel, Inventarium, Recessbuch. 26. Nachrichten über Kleinkinder-, Arbeits-, Fortbildungs-, Zeichnungs- u. Baumschulen. 27. Schullocale. 28. Schulstiftungen und der Schulfonds. 29. Warnung vor Giftpflanzen und vor Einfangung von Singvögeln. 30. Angabe der aus Anlass der letztvorhergegangenen Visitation erhaltenen Recesse. Anhang.

§. 90. 1) *Prosper Chron. ao.* 431: Ad Scotos in Christum credentes a papo Coelestino Palladius primus episcopus mittitur.

2) *Urk. Otto's I. für Havelberg* (946): Consultu et inductu dilecti . . . Marini legati ecclesie Romane et Friderici archiepiscopi (v. Mainz) et aliorum episcoporum et fratris nostri Brunonis nec non Geronis . . . ducis et marchionis in castro Havelberg in marchia illius sito . . . episcopalem constituimus sedem, preficientes ei . . . presulem Oudonem, conferentes et donantes de nostra proprietate ei et ecclesie cathedrali ibidem ab eadem constituende medietatem castri et civitatis Havelberg.

petenz zur Errichtung neuer Episcopate als Reservatrecht bezeichnet[3. 4], und auch seit dem XIV. Jahrhundert das Widerspruchs- und Konsensrecht der betheiligten Bischöfe ausgeschlossen; aber die wesentliche Mitwirkung des Staates ist stets geblieben. II. Die Errichtung niederer Aemter erfolgt durch die Bischöfe. Dies ist auch das heutige Recht[5], nach welchem zur Errichtung eines neuen Amtes erfordert wird: *iusta causa*, eine hinreichende Dotation (*dos*), *locus congruus* (Bisthümer nur in Städten) nnd eine in den Staatsgesetzen vorgesehene Genehmigung des Staates[6-11]. III. In der evangelischen Kirche ist die Errichtung neuer Pfarrämter landesherrliches Reservatrecht.

§. 90. 3) *Urban II. an Rainold. AEp. Remens.* 1092: Solius etenim apostolici est, episcopatus coniungere, coniunctos disiungere aut etiam novos construere.

4) *Friedr. I. Urk. v. J.* 1154: Qualiter nos . . . Heinrico duci Saxoniae iniunximus, ut in provincia ultra Albiam quam a nostra munificentia tenet, episcopatus et aecclesias ad dilatandum christiani nominis imperium instituat . . . id etiam adiungimus, quod is in provinciis circumquoque, in quibus necdum christiana religio tenetur, episcopatus sua strenuitate fundare potuerit, in his eadem potestate fungatur.

5) *C. Trident. Sess. XXI. de reform. c.* 4: Episcopi, etiam tanquam apostolicae sedis delegati, in omnibus ecclesiis parochialibus vel baptismalibus, in quibus populus ita numerosus sit, ut unus rector non possit sufficere, ecclesiasticis sacramentis ministrandis et cultui divino peragendo, cogant rectores, vel alios, ad quos pertinet, sibi tot sacerdotes ad hoc munus adiungere, quot sufficiant ad sacramenta exhibenda et cultum divinum celebrandum. In iis vero, in quibus ob locorum distantiam sive difficultatem parochiani sine magno incommodo ad percipienda sacramenta et divina officia audienda accedere non possunt, novas parochias, etiam invitis rectoribus, iuxta formam constitutionis Alexandri III., quae incipit: *Ad audientiam*, constituere possint. Illis autem sacerdotibus, qui de novo erunt ecclesiis noviter erectis praeficiendi, competens assignetur portio arbitrio episcopi ex fructibus ad ecclesiam matricem quomodocunque pertinentibus; et, si necesse fuerit, compellere possit populum ea subministrare, quae sufficiant ad vitam dictorum sacerdotum sustentandam; quacunque reservatione generali vel speciali vel affectione super dictis ecclesiis non obstantibus. Neque huiusmodi ordinationes et erectiones possint tolli nec impediri ex quibuscunque provisionibus, etiam vigore resignationis, aut quibusvis aliis derogationibus vel suspensionibus.

6) *Articles organiques art.* 62: Aucune partie du territoire français ne pourra être érigée en cure ou en succursale sans l'autorisation expresse du gouvernement.

7) *Baier. Rel. Edict. v.* 1818 §. 64: Zur Beseitigung aller künftigen Anstände werden nach solchen Beziehungen als weltliche Gegenstände erklärt: . . . g) Bestimmungen über Zulassung von Kirchenpfründen.

8) *Württemb. Ges. v.* 30. *Jan.* 1862 Art. 17: Die Bildung neuer kirchlicher Gemeinden und die Abänderung bestehender kirchlicher Gemeinde- und Bezirkseintheilungen kann von dem Bischof nur im Einverständnisse mit der Staatsregierung verfügt werden. Dasselbe gilt von der Errichtung, Theilung und Vereinigung von Pfründen, auch wenn eine neue kirchliche Gemeindeeintheilung nicht damit verbunden ist.

9) *Rescr. d. Preuss. Kult.-Min. v.* 30. *Sept.* 1874: Nach den Grundsätzen des preussischen Staatsrechts ist die Befugniss, Parochien zu errichten und die Grenzen derselben zu bestimmen, eine dem Staat vorbehaltene Attribution. Bei Ausübung derselben sollen die geistlichen Oberen ihres dabei obwaltenden Interesses wegen gehört werden. Die eigentliche Entscheidung gebührt dagegen überall der Staatsgewalt, die allein darüber zu bestimmen hat, zu welcher Parochie Jemand als beitragendes Mitglied gerechnet werden soll. Demgemäss sind fortan auch bei katholischen Parochial-Innovationen die betreffenden Errichtungs-Urkunden von der zuständigen Bezirksregierung gemeinschaftlich mit dem geistlichen Oberen aufzustellen resp. zu vollziehen, vor ihrer Ausfertigung aber hierher mittelst besonderen Berichts zur Prüfung und Bestätigung einzureichen.

10) *Oesterr. Ges. v.* 7. *Mai* 1874. §. 20: Zur Errichtung neuer Diöcesen und Pfarrbezirke, zu einer Aenderung in der Abgrenzung der bestehenden, dann zur Errichtung, Theilung oder Vereinigung von Pfründen ist die staatliche Genehmigung erforderlich.

11) *Sächs. Ges. v.* 23. *Aug.* 1876 §. 29: Neue geistliche Einrichtungen jeder Art, welche in irgend einer Hinsicht die staatlichen oder bürgerlichen Verhältnisse berühren, dürfen nur mit Genehmigung der Staatsregierung ausgeführt werden. Die Genehmigung darf nur aus staatlichen Gründen versagt werden.

§. 91. II. Veränderung und Aufhebung der Kirchenämter.

Hinschius, K.-R. §. 104—106. §. 110—121.

I. Zur Veränderung und Aufhebung der Kirchenämter ist das zur Errichtung solcher Aemter competente Organ befugt. Solche Veränderungen, die nur wegen *urgens necessitas* oder *evidens utilitas* vorgenommen werden sollen, können stattfinden in Gestalt 1. der *unio* und zwar a) *unio aeque principalis* (*per aequalitatem*)[1]: beide Aemter empfangen denselben Inhaber, bleiben aber sonst in ihrer Integrität bestehen, b) *per confusionem:* sie werden in ein Amt verwandelt, c) *per subiectionem:* das eine wird principale (*mater*), das andere accessorium (*filia*), d) *incorporatio:* Vereinigung eines Amtes mit einem Stifte oder Kloster[2], 2. *divisio:* Theilung eines Beneficiums in mehrere, 3. *translatio:* Uebertragung eines Amtes von einer Kirche auf eine andere, 4. *suppressio:* Aufhebung des Amtes. Eine solche ist mehrfach in Deutschland einseitig durch die Staaten vorgenommen (*Säcularisation*), und von der Kirche wenn auch nicht ausdrücklich, so doch stillschweigend gebilligt worden. Bezüglich der Stellung der Staatsregierungen gilt das im Betreff der Errichtung der Kirchenämter Ausgeführte[3]. II. In der evangelischen Kirche gelten bezüglich der ein Reservatrecht des Landesherrn bildenden Veränderung der Pfründen die kanonischen Grundästze, nur dass den protestantischen Principien entsprechend, der Gemeinde ein Widerspruchsrecht eingeräumt ist[4].

III. Die Verleihung der Kirchenämter.

Erste Abtheilung.

In der katholischen Kirche.

§. 92. 1. Uebersicht.

Helfert, V. d. Besetzung, Erledigung u. d. Ledigstehen d. Beneficien nach dem gem. K.-R. und d. bes. österr. Landesverordnung., Wien 1828.

Die Verleihung der Kirchenämter (*provisio*) steht zu der Kirchengewalt. Sie ist 1. *ordinaria*, wenn sie durch den ordnungsmässig Berechtigten vorgenommen wird, und diese vollzieht sich a) bei den niedern Aemtern (*collatio*)

§. 91. 1) *Preuss. Bulle de salute anim.:* Episcopalem pariter ecclesiam Posnaniensem sub invocatione Sanctorum Petri et Pauli apostolorum ad sedis metropolitanae gradum extollimus ac constituimus, eandemque alteri archiepiscopali ecclesiae Gnesnensi sub invocatione Sancti Alberti per dimissionem venerabilis fratris Ignatii Raczinski ultimi illius archiepiscopi in manibus Nostris libere factam et per Nos admissam ad praesens vacanti, aeque principaliter perpetuo unimus et aggregamus, ac venerabili fratri Timotheo Gorszenski moderno episcopo Posnaniensi curam, regimen et administrationem ipsius ecclesiae Gnesnensis plenarie committimus, eundemque archiepiscopum Gnesnensem ac Posnaniensem constituimus et deputamus, ac archiepiscopum Gnesnensem ac Posnaniensem semper esse et appellari mandamus, eiusque iuri metropolitico episcopalem ecclesiam Culmensem suffraganeam assignamus.

2) Siehe oben §. 68.

3) *A. Preuss. Landr. II*, 11. §. 239: Bei Veränderungen in schon errichteten Parochieen muss der Staat alle diejenigen, welche ein Interesse dabei haben, rechtlich hören, und die ihnen etwa zukommenden Entschädigungen festsetzen.

4) *Weimar. Kirchengemeindeordnung* §. 3: Ueber neue sich etwa nöthig machende Begründungen von Pfarrgemeinden, Filialisirungen und Einpfarrungen und die für die Obliegenheiten des betreffenden Kirchspieles zu übernehmenden Beträge, so wie über die Abänderungen schon bestehender Einpfarrungen und Filialisirungen und deren Folgen für Kirchen- und Pfarrgut entscheidet nach vorgängigem Gehör der Betheiligten die oberste Kirchenbehörde . . . vorbehältlich der Genehmigung des Landesherrn in seiner Eigenschaft als Landesbischof.

durch den Bischof, der entweder in der Wahl des Anzustellenden frei ist, (*coll. libera*) oder an ein Vorschlagsrecht eines Dritten gebunden (*coll. nec libera*), in welchem letzteren Fall seine Thätigkeit mit *institutio collativa* bezeichnet wird, im Gegensatz zur *institutio corporalis*, der bei jedem Amt vorkommenden Einweisung des Angestellten in den Besitz des Amtes, b) bei den höheren Aemtern regelmässig durch Wahl eines kirchlichen Organes (*electio*), die der Papst bestätigt (*confirmatio*); fällt die Wahl auf ein mit einem kanonischen Impediment behaftetes Individuum (*postulatio*), so heisst die hier vollkommen willkürliche Bestätigung des Papstes *admissio*, c) häufig ist an Stelle der Wahl landesherrliche Ernennung (*regia nominatio*) getreten, auf Grund deren die päpstliche *institutio* erfolgt, also die Uebertragung des Amtes durch den Papst formell motu proprio, das heisst ohne die Basis der Nominatio anzuführen, 2. *prov. extraordinaria:* statt des ordinarius collator tritt ein höheres Organ ein, und zwar a) *ex iure devolutionis*, das heisst in Gemässheit des in der Ordnung der kirchlichen Gewalten liegenden Rechtes der höheren Stufe, das zu ergänzen, was auf der niederen verfehlt oder unterlassen wurde, b) in Folge päpstlichen Vorbehaltes (*reservatio*). Steht die provisio einem Subjecte ungetheilt zu, so heisst sie *ius provisionis plenae*, entgegengesetzten Falles: *minus plenae*.

§. 93. 2. Die Bedingungen der Verleihung.

Hinschius, K.-R. II. §. 114—116.

I. Die Kirche stellt folgende Bedingungen für die Verleihung eines Kirchenamtes auf: 1. Vacanz desselben. Demnach sind Verleihungen eines besetzten Amtes oder Expectanzen darauf ungültig[1. 2], 2. Beobachtung der gesetzmässig vorgeschriebenen Frist, 3. ohne Simonie, 4. an eine *persona idonea*[3. 4]. Die Idoneität besteht in a) ehelicher Geburt, b) clericalem Stand

§. 93. 1) *Regul. canc. apost.* 21: Item si quis supplicaverit sibi de beneficio quocumque tanquam per obitum alicuius, licet tunc viventis, vacante provideri, et postea per obitum eius vacat provisio et quaevis dispositio etiam vigore alterius novae supplicationis vel gratiae dicto supplicanti per obitum huiusmodi denuo faciendae nullius sint roboris vel momenti; reg. 30: Item voluit et ordinavit quod omnes gratiae quas de quibusvis beneficiis ecclesiasticis cum cura vel sine cura saecularibus vel regularibus per obitum quarumcunque personarum vacantibus in antea fecerit, nullius roboris vel momenti sint, nisi post obitum et ante datam gratiarum huiusmodi tantum tempus effluxerit, quod interim vacationes ipsae de locis in quibus personae praedictae decesserint, ad notitiam eiusdem ss. domini nostri potuerint pervenire.

2) *C. Trident. Sess. XXIV. de reform. c.* 19: Decernit sancta synodus, mandata de providendo, et gratias, quae expectativae dicuntur, nemini amplius, etiam collegiis, universitatibus, senatoribus et aliis singularibus personis, etiam sub nomine indulti, aut ad certam summam, vel alio quovis colore concedi, nec hactenus concesis cuiquam uti licere. Sed nec reservationes mentales, nec aliae quaecunque gratiae ad vacatura, nec indulta ad alienas ecclesias vel monasteria alicui, etiam ex sanctae Romanae ecclesiae cardinalibus, concedantur, et hactenus concessa abrogata esse censeantur.

3) *C. Trident. Sess. XXIV. de reform. c.* 12: Quum dignitates in ecclesiis, praesertim cathedralibus, ad conservandam augendamque ecclesiasticam disciplinam fuerint institutae, ut qui eas obtinerent pietate praecellerent, aliisque exemplo essent, atque episcopos opera et officio iuvarent, merito qui ad eas vocantur tales esse debent, qui suo muneri respondere possint. Nemo igitur deinceps ad dignitates quascunque, quibus animarum cura subest, promoveatur, nisi qui saltem xxv. suae aetatis annum attigerit, et, in clericali ordine versatus, doctrina ad suum munus exsequendum necessaria ac morum integritate commendetur, iuxta constitutionem Alexandri tertii in concilio Lateranensi promulgatam, quae incipit: *Quum in cunctis.* Archidiaconi etiam, qui oculi dicuntur episcopi, sint in omnibus ecclesiis, ubi fieri poterit, magistri in theologia, seu doctores aut licentiati in iure canonico. Ad ceteras autem dignitates vel per-

und innerhalb Jahresfrist nach der Verleihung zu erwerbendem[5] Besitz des zu dem Amt nothwendigen Weihegrades, (z. B. ordo sacerdotalis: Bischöfe, Priester, Pfarrer, Hälfte der Domkapitelsmitglieder), c) Alter (beneficia simplicia: angetretenes 14., Pfarrer: angetretenes 25., Bischöfe: vollendetes 30. Lebensjahr). d) Es sind ausgeschlossen: Verheirathete, Irreguläre, Ketzer, und deren Descendenten, Schismatiker, Excommunicirte, Suspendirte, e) unter mehreren personae dignae soll die dignior erwählt werden. Zu deren Eruirung hat das *Tridentinum*[6] für die Pfarrämter bischöflicher Collation und

sonatus, quibus animarum cura nulla subest, clerici alioquin idonei et XXII. annis non minores adsciscantur. Provisi etiam de beneficiis quibuscunque curam animarum habentibus teneantur a die adeptae possessionis ad minus intra duos menses in manibus ipsius episcopi, vel eo impedito coram generali eius vicario seu officiali, orthodoxae suae fidei publicam facere professionem, et in ecclesiae Romanae obedientia se permansuros spondeant ac iurent. Provisi autem de canonicatibus et dignitatibus in ecclesiis cathedralibus, non solum coram episcopo seu eius officiali, sed etiam in capitulo idem facere teneantur; alioquin praedicti omnes provisi ut supra fructus non faciant suos, nec illis possessio suffragetur. Neminem etiam deinceps ad dignitatem, canonicatum aut portionem recipiant, nisi qui eo ordine sacro aut sit initiatus, quem illa dignitas, praebenda aut portio requirit, aut in tali aetate, ut infra tempus a iure et ab hac sancta synodo statutum initiari valeat. In omnibus vero ecclesiis cathedralibus omnes canonicatus ac portiones habeant annexum ordinem presbyterii, diaconatus vel subdiaconatus; episcopus autem cum consilio capituli designet ac distribuat, prout viderit expedire, quibus quisque ordo ex sacris annexus in posterum esse debeat; ita tamen, ut dimidia saltem pars presbyteri sint, ceteri vero diaconi aut subdiaconi. Ubi vero consuetudo laudabilior habet, ut plures vel omnes sint presbyteri, omnino observetur. Hortatur etiam sancta synodus, ut in provinciis, ubi id commode fieri potest, dignitates omnes, et saltem dimidia pars canonicatuum in cathedralibus ecclesiis et collegiatis insignibus conferantur tantum magistris vel doctoribus, aut etiam licentiatis in theologia vel iure canonico.

§. 93. 4) *C. Trident. Sess. XXII. de reform. c.* 2: Quicunque posthac ad ecclesias cathedrales erit assumendus, is non solum natalibus, aetate, moribus et vita ac aliis, quae a sacris canonibus requiruntur, plene sit praeditus, verum etiam in sacro ordine antea saltem sex mensium spatio constitutus. Quarum rerum instructio, si eius notitia nulla aut recens in curia fuerit, a sedis apostolicae legatis seu nunciis provinciarum, aut eius ordinario, eoque deficiente a vicinoribus ordinariis sumatur. Scientia vero praeter haec eiusmodi polleat, ut muneris sibi iniungendi necessitati possit satisfacere. Ideoque antea in universitate studiorum magister, sive doctor aut licentiatus in sacra theologia vel iure canonico merito sit promotus, aut publico alicuius academiae testimonio idoneus ad alios docendos ostendatur. Quod si regularis fuerit, a superioribus suae religionis similem fidem habeat. Praedicti autem omnes, unde instructio seu testificatio erit sumenda, haec fideliter et gratis referre teneantur; alioquin eorum conscientias graviter oneratas esse scient, ac Deum et superiores suos habebunt ultores.

5) *C. Trident. Sess. XXII. de reform. c.* 4: Quicunque in cathedrali vel collegiata, saeculari vel regulari ecclesia, divinis mancipatus officiis, in subdiaconatus ordine saltem constitutus non sit, vocem in huiusmodi ecclesiis in capitulo non habeat, etiamsi hoc sibi ab aliis libere fuerit concessum. Ii vero, qui dignitates, personatus, officia, praebendas, portiones ac quaelibet alia beneficia in dictis ecclesiis obtinent, aut in posterum obtinebunt, quibus onera varia sunt annexa, videlicet, ut alii missas, alii evangelium, alii epistolas dicant seu cantent, quocunque ii privilegio, exemptione, praerogativa, generis nobilitate sint insigniti, teneantur iusto impedimento cessante infra annum ordines suscipere requisitos; alioquin poenas incurrant iuxta constitutionem concilii Viennensis, quae incipit: *Ut ii, qui*, quam praesenti decreto innovat. Cogantque episcopi eos diebus statutis dictos ordines per se ipsos exercere, ac cetera omnia officia, quae debent, in cultu divino praestare, sub eisdem et aliis etiam gravioribus poenis, arbitrio eorum imponendis. Nec aliis in posterum fiat provisio, nisi iis, qui iam aetatem et ceteras habilitates integre habere dignoscantur; aliter irrita sit provisio.

6) *C. Trident. Sess. XXIV. de reform. c.* 18: Porro episcopus, et qui ius patronatus habet, intra decem dies, vel aliud tempus ab episcopo praescribendum, idoneos aliquot clericos ad regendam ecclesiam coram deputandis examinatoribus nominet. Liberum sit

geistlichen Patronates den *Pfarrconcurs* vorgeschrieben, wonach die Amtsbewerber von vereideten Examinatoren (*Synodal-Examinatoren*, so genannt weil sie vom Bischof und der Diöcesansynode ernannt werden sollen, an deren Stelle aber die Capitel getreten sind), geprüft, unter den für würdig befundenen aber der beste in die Stelle gesetzt werden soll. In den deutschen Diöcesen hat indessen meist ein dem staatlichen analoger Prüfungsmodus Platz gegriffen, wonach die Pfarramtsbefähigung ein für allemal constatirt wird. Die

tamen etiam aliis, qui aliquos ad id aptos noverint, eorum nomina deferre, ut possit postea de cuiuslibet aetate, moribus et sufficientia fieri diligens inquisitio. Et si episcopo aut synodo provinciali pro regionis more videbitur magis expedire, per edictum etiam publicum vocentur qui volent examinari. Transacto constituto tempore omnes, qui descripti fuerint, examinentur ab episcopo, sive eo impedito ab eius vicario generali atque ab aliis examinatoribus non paucioribus quam tribus, quorum votis, si pares aut singulares fuerint, accedere possit episcopus vel vicarius, quibus magis videbitur. Examinatores autem singulis annis in dioecesana synodo ab episcopo vel eius vicario ad minus sex proponantur, qui synodo satisfaciant, et ab ea probentur. Adveniente-que vacatione cuiuslibet ecclesiae tres ex illis eligat episcopus, qui cum eo examen perficiant, indeque succedente alia vacatione aut eosdem, aut alios tres, quos maluerit, ex praedictis illis sex eligat. Sint vero hi examinatores magistri, seu doctores, aut licentiati in theologia aut iure canonico, vel alii clerici regulares, etiam ex ordine mendicantium, aut etiam saeculares, qui ad id videbuntur magis idonei; iurentque omnes ad sancta Dei evangelia, se quacunque humana affectione postposita fideliter munus executuros. Caveantque, ne quicquam prorsus occasione huius examinis nec ante nec post accipiant; alioquin simoniae vitium tam ipsi quam alii dantes incurrant, a quo absolvi nequeant nisi dimissis beneficiis, quae quomodocunque etiam antea obtinebant, et ad alia in posterum inhabiles reddantur. Et de his omnibus non solum coram Deo, sed etiam in synodo provinciali, si opus erit, rationem reddere teneantur, a qua, si quid contra officium eos fecisse compertum fuerit, graviter eius arbitrio puniri possint. Peracto deinde examine renuncientur quotcunque ab his idonei iudicati fuerint aetate, moribus, doctrina, prudentia, et aliis rebus ad vacantem ecclesiam gubernandam opportunis. Ex hisque episcopus eum eligat, quem ceteris magis idoneum iudicaverit, atque illi, et non alteri, collatio ecclesiae ab eo fiat, ad quem spectabit eam conferre. Si vero iuris patronatus ecclesiastici erit, ac institutio ad episcopum, et non ad alium pertineat, is, quem patronus digniorem inter probatos ab examinatoribus iudicabit, episcopo praesentare teneatur, ut ab eo instituatur. Quum vero institutio ab alio, quam ab episcopo, erit facienda, tunc episcopus solus ex dignis eligat digniorem, quem patronus ei praesentet, ad quem institutio spectat. Quod si iuris patronatus laicorum fuerit, debeat qui a patrono praesentatus fuerit ab eisdem deputatis ut supra examinari, et non nisi idoneus repertus fuerit admitti. In omnibusque supradictis casibus non cuiquam alteri, quam uni ex praedictis examinatis et ab examinatoribus approbatis, iuxta supradictam regulam, de ecclesia provideatur, nec praedictorum examinatorum relationem, quo minus exsecutionem habeat, ulla devolutio aut appellatio, etiam ad sedem apostolicam, sive eiusdem sedis legatos aut vicelegatos, aut nuncios, seu episcopos, aut metropolitanos, primates vel patriarchas interposita impediat aut suspendat; alioquin vicarius, quem ecclesiae vacanti antea episcopus arbitrio suo ad tempus deputavit, vel forsan postea deputabit, ab eius ecclesiae custodia et administratione non amoveatur, donec aut eidem, aut alteri, qui probatus et electus fuerit, ut supra, sit provisum. Alias provisiones omnes seu institutiones, praeter supradictam formam factae, surreptitiae esse censeantur; non obstantibus huic decreto exemptionibus, indultis, privilegiis, praeventionibus, affectionibus, novis provisionibus, indultis concessis quibuscunque universitatibus, etiam ad certam summam, et aliis impedimentis quibuscunque. Si tamen adeo exigui reditus dictae parochiales fuerint, ut totius huius examinationis operam non ferant, aut nemo sit, qui se examini quaerat subiicere, aut ob apertas factiones seu dissidia, quae in aliquibus locis reperiuntur, facile graviores rixae ac tumultus possint excitari: poterit ordinarius, si pro sua conscientia cum deputatorum consilio ita expedire arbitrabitur, hac forma omissa privatum aliud examen, ceteris tamen ut supra servatis, adhibere. Licebit etiam synodo provinciali, si qua in supradictis circa examinationis formam addenda remittendave esse censuerit, providere.

frühere Betheiligung des Staates[7] an diesen Prüfungen ist gegenwärtig meist[8] fortgefallen. II. Zu diesen Bedingungen kommen eine Reihe vom Staate[9-18]

§. 93. 7) *Verordn. v. 30. Jan. 1830 f. d. Staaten der oberrhein. Kirchenprovinz* §. 28: In jeder Diözese wird jährlich von einer durch die Staats- und bischöflichen Behörden gemeinschaftlich anzuordnenden Kommission eine Konkursprüfung mit denjenigen Geistlichen vorgenommen, welche zu einer Pfarrei oder sonst zu einer Kirchenpfründe befördert zu werden wünschen. Zu dieser Prüfung werden nur Geistliche zugelassen, welche wenigstens zwei Jahre lang in der Seelsorge als Hülfspriester angestellt waren und gute Zeugnisse ihrer Vorgesetzten über ihren Wandel vorlegen. §. 30. Die in Folge dieser Prüfung sich ergebende Klassifikation wird bei künftigen Beförderungen des Geprüften berücksichtigt.

8) *Baier. Verordn. v. 28. Sept. 1854* §. 5: Der Bischof setzt die Prüfungs-Commission aus einem Vorstande und 6 bis 8 Mitgliedern zusammen, nämlich aus 2 bis 3 Mitgliedern des Domcapitels, 2 bis 3 Professoren der Theologie an der Universität oder dem Lyceum, welche hiezu eingeladen sind, aus einem wirklichen Pfarrer und dem Regens des Diöcesan-Seminars. Die kgl. Kreisregierung wird von dieser Zusammensetzung benachrichtiget und ersucht, behufs des Referats über kirchenpolitische Gegenstände aus ihrem Gremium einen Examinator kath. Religion abzuordnen, welchem vom Bischof ein Correferent in genannten gemischten Gegenständen beigegeben wird.

9) *Baier. Ministerial-Rescr. v. 8. April 1852*: 8. Bedingungen zu Kirchen- und namentlich Pfarrpfründen sollen bloss sein: Das Indigenat, bürgerlich und politisch tadelloser Wandel, die vom Bischofe zu erprobende theologische und seelsorgliche Befähigung, sodann Kenntnisse im bayerischen Verfassungs- und Verwaltungsrechte, im Schul-, Stiftungs- und Armenwesen.

10) *Baier. Ministerial-Rescr. v. 19. Dez. 1867*: Ich schwöre Treue dem Könige, Gehorsam dem Gesetze und Beobachtung der Staatsverfassung. Ich schwöre dass ich keinem Vereine, dessen Bildung dem Staate nicht angezeigt ist, angehöre, noch je angehören werde, dass ich in keinem Verbande mit einem Vereine verbleiben werde, dessen Schliessung von der zuständigen Polizeistelle oder Behörde verfügt worden ist, oder an welchem mir die Theilnahme in Gemässheit der jeweils bestehenden Disciplinar-Vorschriften untersagt sein wird. Ebenso verspreche ich, keine Communication zu pflegen, an keinem Rathschlage Theil zu nehmen, und keine verdächtige Verbindung weder im Inlande noch auswärts zu unterhalten, welche der öffentlichen Ruhe schädlich sein könnten, und, wenn ich von einem Anschlage zum Nachtheile des Staates, sei es in meinem Pfarrbezirke oder sonst irgendwo Kenntniss erhalten sollte, solches der Regierung anzuzeigen. (Eid der Pfarrer.)

11) *Bad. Gesetz v. 9. Oct. 1860*: §. 8. Die Kirchenämter werden durch die Kirchen selbst verliehen, unbeschadet der auf öffentlichen oder auf Privatrechtstiteln, wie insbesondere dem Patronate, beruhenden Befugnisse. §. 9. Die Kirchenämter können nur an Solche vergabt werden, welche das badische Staatsbürgerrecht besitzen oder erlangen und nicht von der Staatsregierung unter Angabe des Grundes als ihr in bürgerlicher oder politischer Beziehung missfällig erklärt werden. Die Zulassung zu einem Kirchenamt ist regelmässig durch den Nachweis einer allgemein wissenschaftlichen Vorbildung bedingt. Der Umfang derselben und die Art des Nachweises werden durch eine Verordnung bestimmt.

12) *Bad. Gesetz v. 19. Febr. 1874*: Art. 1. Die Absätze 2. u. 3. des §. 9. des Gesetzes vom 9. Oktober 1860 werden durch folgende Bestimmungen ersetzt: Die Zulassung zu einem Kirchenamt oder zur öffentlichen Ausübung kirchlicher Funktionen ist durch den Nachweis einer allgemein wissenschaftlichen Vorbildung bedingt. Dazu wird regelmässig erfordert, dass der Candidat Zeugnisse über die von ihm bestandene Abiturienten-, beziehungsweise Maturitätsprüfung und den dreijährigen Besuch einer deutschen Universität vorlegt, sowie vor einer Staatsbehörde und zwar frühestens nach zweieinhalbjährigem Universitätsstudium durch eine öffentliche Prüfung in den alten Sprachen, in Philosophie, Geschichte und deutscher Literatur darthut, dass er die für seinen Beruf erforderliche allgemein wissenschaftliche Bildung erworben habe. Vom dreijährigen Besuch einer deutschen Universität darf der nicht dispensirt werden, welcher seine Studien an einer Anstalt gemacht hat, an der Jesuiten oder Mitglieder anderer verwandter Orden (Reichsgesetz vom 4. Juli 1872) lehren. Das Nähere wird durch Regierungsverordnung bestimmt. Die Bestimmungen dieses Paragraphen finden auch Anwendung auf den Capitularvicar, den Generalvicar, die ausserordentlichen Räthe und Assessoren des Ordinariats, auf den Vorsteher und Lehrer des Seminars. Art. 2. Der §. 12. Abs. 2. des ge-

aufgestellter hinzu: 1. Staatsangehörigkeit, 2. allgemeine wissenschaftliche Vorbildung, 3) Nichtbeanstandung der Amtscandidaten in sittlicher und

nannten Gesetzes wird dahin abgeändert: Die Kirchen sind befugt, Anstalten zur theologisch-praktischen Vorbildung der künftigen Geistlichen zu errichten. In die bestehenden Knabenseminare und Knabenconvicte, sowie in die Convicte (Internate) für Studirende der Theologie dürfen keine neuen Zöglinge mehr aufgenommen werden. Die Knabenseminare und Knabenconvicte sind mit Ende des laufenden Schuljahrs, die Convicte für Studirende mit Ende des Sommersemesters 1874 zu schliessen. Anstalten, in welchen den Vorschriften dieses Gesetzes oder den Bestimmungen in §. 108. des Gesetzes vom 8. März 1868 über den Elementarunterricht zuwider gehandelt wird, können durch die Staatsregierung geschlossen werden. Art. 3. Nach §. 16. des Gesetzes werden eingeschaltet: Strafbestimmungen §. 16a. Wegen Verletzung der Vorschriften dieses Gesetzes wird bestraft: 1. derjenige Geistliche, welcher kirchliche Funktionen, die ihm unter Verletzung der gesetzlichen Bestimmungen übertragen worden sind, öffentlich ausübt, mit einer Geldstrafe von 60 bis 300 Mark, bei einer zweiten Wiederholung mit Gefängniss von 3 bis 6 Monaten; 2. der kirchliche Obere, welcher einem Geistlichen entgegen der gesetzlichen Vorschrift ein Kirchenamt beziehungsweise kirchliche Funktionen überträgt, oder einem gesetzlich Unfähigen die kirchliche Einsetzung ertheilt, mit einer Geldstrafe von 300 bis 1500 Mark, bei einer zweiten Wiederholung mit Gefängniss von sechs Monaten bis zu einem Jahr; 3. der kirchliche Obere, welcher eine kirchliche Verfügung oder ein Erkenntniss gegen die Freiheit oder das Vermögen einer Person wider deren Willen zu vollziehen sucht, oder den Vollzug wider deren Willen fortsetzt, soferne die That nicht in ein schwereres Vergehen oder Verbrechen übergeht, mit einer Geldstrafe von 300 bis 1500 Mark oder mit Gefängniss bis zu sechs Monaten.

§. 93. 13) *Württemb. Gesetz v.* 30. *Jan.* 1862 *Art.* 4: Die Kirchenämter, welche nicht von der Staatsregierung selbst abhängen, können nur an solche verliehen werden, welche nicht von der Staatsregierung unter Anführung von Thatsachen als ihr in bürgerlicher oder politischer Beziehung missfällig erklärt werden. In Betreff der Besetzung des bischöflichen Stuhles, der Kanonikate und der Domkaplaneien bleibt es bei dem Verfahren, wie solches in der Bulle Ad dominici gregis custodiam vom 11. April 1827 und in dem dazu gehörigen Erläuterungs-Breve vom 22. März 1828 beschrieben ist, sowie bei den Bestimmungen des königlichen Fundations-Instrumentes von 14. Mai 1828 über die Eigenschaften der zu Wählenden.

14) *Preuss. Ges. v.* 11. *Mai* 1873 siehe Anhang no. XII.

15) *Preuss. Ges. v.* 21. *Mai* 1874 siehe Anhang no. XIII.

16) *Hess. Ges. betr. die Vorbild. u. Anstellg. d. Geistl. v.* 23. *April* 1875: Art. 1. Ein Kirchenamt, welches mit einem Geistlichen zu besetzen ist, darf in einer der christlichen Kirchen nur einem Deutschen übertragen werden, welcher seine wissenschaftliche Vorbildung nach den Vorschriften dieses Gesetzes dargethan hat und nicht von der Staatsregierung unter Angabe des Grundes als ihr in bürgerlicher oder staatsbürgerlicher Beziehung missfällig erklärt worden ist. Diese Vorschriften finden Anwendung ohne Unterschied, ob das Amt dauernd oder widerruflich übertragen werden soll, oder nur eine Stellvertretung oder Hilfeleistung in demselben statthaben soll. Ist Gefahr im Verzuge oder handelt es sich nur um Befriedigung eines vorübergehenden Bedürfnisses, so kann eine Stellvertretung oder Hilfeleistung einstweilen und vorbehältlich des Einspruchs der Staatsregierung angeordnet werden. Der Geistliche, welchem ein Kirchenamt übertragen wird, ist verbunden, vor Uebernahme desselben, den Verfassungseid abzulegen, sofern er dies noch nicht gethan hat. Art. 2. Zum Nachweis der wissenschaftlichen Vorbildung wird regelmässig erfordert, dass der Candidat Zeugnisse über die von ihm bestandene Maturitäts-Prüfung auf einem Deutschen Gymnasium und den dreijährigen Besuch einer Deutschen Staats-Universität vorgelegt, sowie durch eine nach vollendetem Universitätsbesuch vor einer Staatsbehörde abzulegende Prüfung in Philosophie (Logik, Psychologie, Geschichte der Philosophie), Geschichte und deutscher Literatur darthut, dass er die für seinen Beruf erforderliche allgemeine wissenschaftliche Bildung erworben habe.

17) *Oesterr. Ges. v.* 7. *Mai* 1874: §. 1. In Ansehung der kirchlichen Aemter und Pfründen. Für die Befähigung zur Erlangung kirchlicher Aemter und Pfründen sind die Staatsgesetze und die innerhalb derselben geltenden kirchlichen Vorschriften, sowie in besonderen Fällen die Stiftungsurkunden massgebend. §. 2. Von Staatswegen wird zur Erlangung kirchlicher Aemter und Pfründen erfordert: die Oesterreichische Staats-

bürgerlicher Beziehung; 4) ausgeschlossen sind die Mitglieder des Jesuitenordens, und der ihm verwandten Congregationen in ganz *Deutschland*, in *Preussen* und *Sachsen* Mitglieder von Orden und Congregationen überhaupt, in *Württemberg*, *Baden* und *Hessen* von derartigen staatlich nicht zugelassenen Genossenschaften.

§. 94. 3. Die Besetzung der bischöflichen Stühle.

Staudenmaier, Gesch. der Bischofswahlen, Tüb. 1830. Sugenheim, Staatsleben des Clerus im Mittelalter, Berl. 1839. Bernheim, In Forsch. z. deutsch. Gesch. XV. XVI. Derselbe, Z. Gesch. d. Wormser Concordates, Göttingen 1878. Schum, D. Politik P. Paschalis II. gegen K. Heinrich IV., Erfurt 1877. Meltzer, P. Gregor VII. u. d. Bischofswahlen, 2. Aufl. Dresden 1876. Friedberg, In Forsch. z. deutschen Gesch. VIII. Bernheim, Lothar III. u. d. Wormser Concord., Strassb. 1874. Witte, Forschung. z. Gesch. d. Wormser Concordats 1. Göttingen 1877. Friedberg, De fin. reg. iud. Derselbe, D. Staat u. d. Bischofswahlen in Deutschland 1. 2. Leipzig 1874. — Passerini de Sextula, tract. de electione can. Rom. 1661 u. öft. — Neller in Schmid Thesaurus II. Hinschius, K.-R. II. S. 117—125. 131—134.

I. Die Besetzung der bischöflichen Stühle erfolgte in der ältesten Zeit

bürgerschaft, ein in sittlicher und staatsbürgerlicher Hinsicht vorwurfsfreies Verhalten, diejenige besondere Befähigung, welche für bestimmte kirchliche Aemter und Pfründen in den Staatsgesetzen vorgeschrieben ist. Dieselben Eigenschaften werden bei jenen geistlichen Personen erfordert, welche zur Stellvertretung oder provisorischen Versehung dieser Aemter oder zur Hilfeleistung bei denselben berufen werden.

§. 93. 18) *Sächs. Ges. v.* 23. *Aug.* 1876: §. 19. Ein geistliches Amt darf nur einem Deutschen übertragen werden, welcher seine wissenschaftliche Vorbildung nach den Vorschriften dieses Gesetzes dargethan hat und nicht nach §. 24. Abs. 1 und 2 zur Bekleidung eines geistlichen Amtes unfähig ist. §. 20. Ausländer, welchen vor Verkündung dieses Gesetzes ein geistliches Amt übertragen worden ist, haben innerhalb sechs Monaten, bei Vermeidung der Folgen des §. 13. Abs. 2, die Reichsangehörigkeit zu erwerben. Die Staatsregierung kann diese Frist im einzelnen Falle aus erheblichen Gründen verlängern. §. 21. Als Vorbildung zu einem geistlichen Amte wird erfordert die Ablegung der Entlassungsprüfung auf einem deutschen Gymnasium und die Zurücklegung eines dreijährigen theologischen Studiums auf einer deutschen Universität. Bis auf weitere Bestimmung der Staatsregierung bewendet es jedoch bei der bisherigen Einrichtung, wornach auch Theologen, welche auf dem sogenannten wendischen Seminare in Prag gebildet worden sind, zu einem geistlichen Amte berufen werden dürfen. §. 25. ... Eine den Vorschriften dieses Gesetzes zuwider erfolgte Uebertragung eines geistlichen Amtes gilt in allen staatlichen Beziehungen als nicht geschehen. §. 26. Die Vorschriften in §§. 19. bis 25. kommen zur Anwendung, gleichviel, ob das Amt dauernd oder widerruflich übertragen werden, oder nur eine Stellvertretung oder Hilfsleistung in demselben stattfinden soll. Auch einzelne geistliche Amtshandlungen dürfen nur von Personen vorgenommen werden, welche zu einem hierzu ermächtigenden Amte oder zur Stellvertretung oder zur Hilfsleistung in einem solchen Amte unter Beobachtung der §§. 19. bis 25. berufen worden sind. §. 27. Der sogenannte Tischtitel darf nur an Solche, welche nach §§. 19 fg. zu Erlangung eines geistlichen Amtes befähigt sind und, seiten des Staates, nur im Falle nachgewiesenen Bedürfnisses gewährt werden. §. 28. Inhaber eines geistlichen Amtes dürfen Würden, Pfründen, Orden oder Ehrentitel, welche von auswärtigen kirchlichen Oberen oder Souveränen verliehen werden, nur mit Genehmigung des Königs annehmen. §. 29. Neue geistliche Einrichtungen jeder Art, welche in irgend einer Hinsicht die staatlichen oder bürgerlichen Verhältnisse berühren, dürfen nur mit Genehmigung der Staatsregierung ausgeführt werden. Die Genehmigung darf nur aus staatlichen Gründen versagt werden. §. 30. Mitglieder von Orden oder ordensähnlichen Congregationen dürfen auch als Einzelne ihre Ordensthätigkeit innerhalb des Königreichs nicht ausüben. Nur reichsangehörige Mitglieder solcher Frauen-Congregationen, welche innerhalb des Deutschen Reiches ihre Niederlassung haben und sich ausschliesslich der Kranken- und Kinderpflege widmen, dürfen auch ferner als Einzelne mit Genehmigung und unter Aufsicht der Staatsregierung ihre Ordensthätigkeit im Lande ausüben. Die Genehmigung ist jederzeit widerruflich. §. 31. Geistliche Brüderschaften, welche mit Orden oder ordensähnlichen Congregationen in Verbindung stehen, dürfen nicht errichtet werden. §. 32. Das Schutz- und Oberaufsichtsrecht des Staates über das Vermögen kirchlicher Stiftungen, §. 60. der Verfassungsurkunde, erstreckt sich auf das Vermögen der katholischen Kirchen, Kirchenämter und kirchlichen Anstalten. Die zu einem solchen Vermögen

durch Wahl von Clerus und Volk unter Theilnahme der benachbarten Bischöfe[1], nach Ausbildung der Metropolitanverfassung des Metropoliten, im Westreiche unter besonderer Betheiligung der *nobiles* und *honorati* der bischöflichen Stadt[2]; dabei machte sich schon früh eine sich häufig bis zur Ernennung steigernde Einwirkung der Kaiser bemerkbar[3]. II. Im *fränkischen Reiche* behielt formell das alte Recht Geltung, in Wahrheit aber hing die Bestellung des Bischofes von der königlichen Willkür ab (§. 12. 5—9.), und dies blieb auch in Deutschland Rechtens bis auf *Heinrich IV.*[4-6], nur dass die Betheiligung des Volkes und der Laien überhaupt immer mehr in den Hintergrund trat. Der Gewählte wurde vom Metropoliten bestätigt und geweiht[7], vom Könige mit den Regalien durch das Symbol von Ring und Stab belehnt[8]. III. Erst *Gregor VII.*[9] versuchte den bisherigen Rechtsstand umzustossen, aber sein Ziel der Loslösung des Episkopates von der königlichen Gewalt vermochte er nicht zu erreichen, und das *Wormser Concordat* vom Jahre 1122[10], welches den *Investiturstreit*

gehörigen Grundstücke und nutzbaren Rechte dürfen nicht ohne Genehmigung der Staatsregierung veräussert, das Stammvermögen nicht ohne Genehmigung der Staatsregierung vermindert werden. §. 33. Stiftungen für Zwecke der katholischen Kirche oder für Geistliche oder Kirchendiener dieser Kirche bedürfen zu staatlicher Anerkennung und Erlangung der Rechte juristischer Personen der Genehmigung der Staatsregierung.

§. 94. 1) *Dist. LXIV. c.* 1. (*c.* 4. *C. Nicaeni*): Episcopi ab omnibus, qui sunt in sua prouincia, debent ordinari. Si uero hoc difficile fuerit, uel urgente necessitate, uel itineris longitudine, tres episcopi debent in unum congregari, ita ut ceterorum, qui absentes sunt, consensum litteris teneant. Potestas sane uel confirmatio pertinebit per singulas prouincias ad metropolitanum episcopum.

2) *Dist. LXIII. c.* 27. (*Leo I. an die Bischöfe d. Provinz Vienne* 445): Vota ciuium, testimonia populorum, honoratorum arbitrium, electio clericorum in ordinationibus sacerdotum constituantur.

3) *Dist. LXIII. c.* 9. (*Gregor. I. ao.* 593): Quia igitur suscepta fratrum atque coepiscoporum relatio ad locum uos sacerdotii totius concilii unito consensu et serenissimi principis uoluntate declarat accersiri, gratias saluatori nostro magna cum exultatione retulimus.

4) *Thietmar Merseb. Chron. III*, 2. (975): Mortuo Roberto Mog. sedis archipraesule imperator cancellarium suimet, nomine W. multis hoc ob vilitatem generis renuentibus eidem praefecit ecclesiae.

5) *Chron. epp. Merseb. ad a.* 1004: Eumque (Wigbert) rex inter fideles consiliarios habebat; ergo hanc episcopalem curam ei committebat.

6) *Chron. Gozecense I*, 24. *ad a.* 1089: „Heinricus . . . aegre tulit, quod sine eius permissione electus fuerit" (Walram. v. Naumb.) antwortet den Bittstellern: „Quoniam quidem contra antecessorum nostrorum decreta augustorum ad iniuriam Romani imperii qualemcunque personam eligere praesumpsistis, tam regnum, quam personam nostram offendistis." Kassirt die Wahl „quod non ad iniuriam ecclesiae vestrae vel electae personae fieri noveritis, verum ne in regno exemplo sitis talis ac tantae praesumptionis."

7) *Thietmar Merseb. Chron. VI*, 27: Ad Novam Urbem (Neuburg a. d. Donau) venimus. Ibi tunc ... a predicto archipresule (v. Magdeburg), Hilliwaldo (v. Zeitz) confratre nostro adiuvante et coepiscopis non minus quam 4 asspirantibus in regis presentia crismate in sacerdotem perunctus sum.

8) *Thietmar Merseb. Chron. VI*, 44: Egressus tunc Walterdus annulum portat in manu sua et ostendens nobis: Ecce habetis, inquit, pignus subsecuturae pietatis. Et tunc omnes nos in presentiam venientes examinatione regis ipso primitus eum laudante, predictum patrem elegimus et . . . mox a rege accepit baculum pastoralem.

9) *Gregor. VII. in synodo a.* 1078 (*c.* 13. *C. XVI. qu.* 7): Quoniam inuestituras contra sanctorum Patrum auctoritatem a laicis in multis partibus cognouimus fieri, et ex eo plurimas perturbationes in ecclesia, immo ruinam sanctae religionis oriri, ex quibus Christianae censurae religio conturbatur, decernimus, ut nullus clericorum inuestituras episcopatus, uel abbatiae, uel ecclesiae de manu inperatoris, uel regis, uel alicuius laicae personae, uiri uel feminae, suscipiat. Quod si presumpserit, recognoscat inuestituram illam apostolica auctoritate irritam esse, et se usque ad dignam satisfactionem excommunicationi subiacere.

10) *Wormser Concordat* 1122: Ego Calixtus episcopus servus servorum Dei tibi dilecto

beendete, verstattete zwar den Domkapiteln die Bischofswahl aber in den cisalpinischen Diöcesen in Gegenwart des Königs, und ferner sollte ebendaselbst die staatliche jetzt mit dem *Scepter* zu vollziehende Belehnung der Consecration vorangehen. Die Weiterentwickelung in Deutschland vollzog sich indessen dahin, dass die königlichen Befugnisse, mehr geschwächt, sich nur noch in der Abordnung eines Kommissars zum Wahlacte äusserten, dass die Confirmation an den Papst gelangte, diesem das Recht die Consecration zu ertheilen zufiel, und dass die active Wahlbefugniss des Capitels eine ausschliessliche wurde[11-16]. — Doch hat der Papst auch schon während des Mittelalters

filio H. Dei gratia Romanorum imperatori augusto, concedo electiones episcoporum et abbatum Teutonici regni, qui ad regnum pertinent, in presentia tua fieri, absque symonia et aliqua violentia; ut si qua inter partes discordia emerserit, metropolitani et comprovincialium consilio vel iudicio saniori parti assensum et auxilium prebeas. Electus autem regalia absque omni exactione per sceptrum a te recipiat et, que ex his iure tibi debet, faciat. Ex aliis vero partibus imperii consecratus infra sex menses regalia absque omni exactione per sceptrum a te recipiat et que ex his iure tibi debet, faciat. Exceptis omnibus, que ad Romanam ecclesiam pertinere noscuntur. De quibus vero mihi querimoniam feceris et auxilium postulaveris, secundum officii mei debitum auxilium tibi prestabo. Do tibi veram pacem et omnibus, qui in parte tua sunt vel fuerunt tempore huius discordiae. *Preceptum Heinrici quarti imperatoris.* In nomine sanctae et individuae Trinitatis. Ego Heinricus Romanorum imperator augustus pro amore Dei et sanctae Romanae ecclesiae et domini Papae Calixti et pro remedio animae meae dimitto Deo et sanctis Dei Apostolis Petro et Paulo sanctaequae catholicae ecclesiae omnem investituram per anulum et baculum et concedo in omnibus ecclesiis, que in regno vel imperio meo sunt, canonicam fieri electionem et liberam consecrationem. Possessiones et regalia beati Petri que a principio huius discordiae usque ad hodiernam diem sive tempore patris mei sive etiam meo oblata sunt, quae habeo, eidem sanctae Romanae ecclesiae restituo, quae autem non habeo ut restituantur, fideliter iuvabo. Possessiones etiam omnium aliarum ecclesiarum et principum et aliorum tam clericorum quam laycorum, quae in guerra ista ammissae sunt, consilio principum vel iustitia, quae habeo, reddam, quae autem non habeo, ut restituantur, fideliter iuvabo. Et do veram pacem domino Papae Calixto sanctaeque Romanae ecclesiae et omnibus, qui in parte ipsius sunt vel fuerunt. Et in quibus sancta Romana ecclesia mihi auxilium postulaverit, fideliter iuvabo; et de quibus mihi fecerit querimoniam, debitam sibi faciam iustitiam. Haec omnia acta sunt consensu et consilio principum, quorum nomina subscripta sunt.

§. 94. 11) *Wiener Concord. v.* 1447: Ecclesiis metropolitanis et cathedralibus, etiam Apostolicae Sedi immediate non subiectis et in Monasteriis, Apostolicae Sedi immediate non subiectis, fiant electiones canonicae, quae ad Sedem Apostolicam deferantur, quas etiam ad tempus constitutum in Constitutione Nicolai, quae incipit: Cupientes, Papa exspectet; quo facto si non fuerint praesentatae, vel si praesentatae minus canonicae fuerint, Papa provideat. Si vero canonicae fuerint, Papa eas confirmet; nisi ex causa rationabili et evidenti, et de Fratrum consilio de digniori et utiliori persona duxerit providendum. Proviso, quod confirmati et provisi per Papam, nihilominus Metropolitanis et aliis praestent debita iuramenta et alia, ad quae de Iure tenentur.

12) *Canon. Leod. chron. rhytm.* (1119): Post decessum domini episcopi | cum abbates archidiaconi | pars principum, cives, familia| Discussissent diu consilia | considente iam capitolo – tandem placet ut sit electio.

13) *Annal. Egmundani ad a.* 1198: Cleri electione, favore comitum . . et consensu civium.

14) *Reinerius Leod. Annal. ad a.* 1229: Johannes gewählt ab universo clero, a ducibus et comitibus et nobilibus, a militibus et plebeiis.

15) *Notae hist. S. Emmeramenses ad a.* 1227: Dissensio gravis inter chorum et ministeriales oritur. Pars chori minor Gotfridum eligit . . . contraria pars cum abbate S. Emmerami Pertoldo . . . Romam . . adeunt et per octo menses in curia Romana . . . Sifridum . . . qui tunc etiam Romae aderat . . . elegerunt . . . ab ipso apostolico consecratum secum adduxerunt. Ne autem de cetero quid tale contra electiones a laicis presumatur, ministerialibus asserentibus electionem pontificalem in suo debere consistere plus quam cleri arbitrio sciant omnes, . . quod omnis adversa pars . . . omnes ab ecclesiasticis beneficiis et chori consortio sub pena excommunicationis sunt sequestrati.

16) *Sachsenspiegel III*, 59: Svenne man

einzelnen Fürsten das Recht zur Ernennung der Bischöfe verliehen[17]. IV. Das moderne deutsche Recht kennt diese landesherrliche Ernennung noch in *Oesterreich*, wo sie durch das Concordat bestätigt und nach Aufhebung desselben in Geltung geblieben[18] ist, und in *Baiern*, wo sie auf dem Concordate beruht[19]. In *Preussen* spricht die Bulle *de salute animarum*[20] den Capiteln das

küset bischope oder ebbede oder ebbedischen die den herschilt hebben dat len solen sie vore untvan, unde die bisorge (i. e. cura animarum, quam consecratione accipiunt) na. Svenne sie dat len untwangen hebben, so mogen si lenrecht dun unde nicht er. Svar man bischope oder abbede oder ebbedischen nicht ne küset binnen ses weken dar die lenunge an den keiser gat, he liet it sveme he wel, die sik redelike gehandelet hevet.

§. 94. 17) *Urk. Nicol. V. an Churf. Friedr. v. Brandenburg* (1447): Quia vacantibus Brandeburgensi, Avelbergensi et Lubucensi ecclesiis aut earum aliqua nonulla scandala hactenus in illis partibus intelleximus fuisse suborta, propterea, quod ipsis ecclesiis de personis vel populis vel principibus . . . minus gratis per electionem vel alias provisum extiterat ne tuo tempore similia contingant, quociescumque predictas ecclesias aut earum aliquam vacare contingerit, curabimus et volumus de personis ydoneis tibi gratis et fidelibus, quas nobis nominaveris et pro eisdem supplicaveris, ipsis ecclesiis providere ad tempora vite tue.

18) *Oesterr. Gesetz v.* 7. *Mai* 1874 §. 3: Die Besetzung der Erzbisthümer und Bisthümer, dann der Canonikate an sämmtlichen Capiteln, sowie die Ernennung der bischöflichen Generalvikare erfolgt in der bisherigen Weise. In Fällen, wo die Besetzung nicht auf landesfürstlicher Ernennung oder einer landesfürstlich bestätigten canonischen Wahl beruht, ist die für eines der genannten kirchlichen Aemter in Aussicht genommene Person der staatlichen Cultusverwaltung anzuzeigen. Gegen eine von der letzteren erhobene Einsprache (§. 2.) darf die Besetzung oder Ernennung nicht stattfinden.

19) *Baier. Concord. v.* 1817 *Art.* 9: Sanctitas Sua, attenta utilitate, quae ex hac conventione manat in ea, quae ad res ecclesiae et religionis pertinent, Majestati Regis Maximiliani Josephi eiusque successoribus catholicis per litteras apostolicas statim post ratificationem praesentis conventionis expediendas in perpetuum concedet indultum nominandi ad vacantes archiepiscopales et episcopales ecclesias regni Bavarici dignos et idoneos ecclesiasticos viros iis dotibus praeditos, quas sacri canones requirunt. Talibus autem viris Sanctitas Sua canonicam dabit institutionem iuxta formas consuetas. Priusquam vero eam obtinuerint, regimini seu administrationi ecclesiarum respectivarum, ad quas designati sunt, nullo modo sese immiscere poterunt. Annatarum vero et cancellariae taxae proportionabiliter ad uniuscuiusque mensae annuos reditus de novo statuentur.

20) *Preuss. Bulle de salute animar.:* Rem denique Germaniae gratissimam, simulque praelaudato Borussiae Regi acceptissimam, Nos esse facturos iudicantes, si electionum iure in transrhenanis ecclesiis retento ac confirmato, et in cisrhenanis cessato per apostolicas dispositiones anni millesimi octingentesimi primi, nunc in ipsis cisrhenanis dioecesibus praefati Regis temporali dominio subiectis idem ius electionis redintegretur, quoad capitula ecclesiarum ad Germaniam pertinentium, nempe Coloniensis, Trevirensis, Wratislaviensis, Paderbornensis et Monasteriensis, decernimus ac statuimus, quod alia quacunque ratione vel consuetudine, nec non electionis et postulationis discrimine, nobilitatisque natalium necessitate sublatis, capitulis praedictis, postquam supradicta methodo constituta et ordinata erunt, facultatem tribuimus, ut in singulis illarum sedium vacationibus per antistitum respectivorum obitum extra Romanam curiam, vel per earum sedium resignationem et abdicationem (excepto tamen praesenti casu vacationis Coloniensis ac Trevirensis ecclesiarum) infra consuetum trimestris spatium dignitates ac canonici capitulariter congregati et servatis canonicis regulis novos antistites ex ecclesiasticis quibuscumque viris regni Borussici incolis, dignis tamen et iuxta canonicas sanctiones idoneis, servatis servandis ad formam sacrorum canonum eligere possint; ad huiusmodi autem electionis ius suffragii habebunt canonici tam numerarii quam honorarii, ne exclusis quidem illis, qui ultra capitularium numerum in hac reordinatione praefinitum, quod vixerint, in ipsis capitulis conservabuntur. Nihil vero in capitulis episcopalium ecclesiarum Warmiensis et Culmensis, nec non archiepiscopalium Gnesnensis et Posnaniensis invicem perpetuo unitarum innovantes, mandamus dumtaxat ut Gnesnenses et Posnanienses capitulares ad archiepiscopi electionem coniunctim debeant procedere. Quod autem spectat vacantem episcopalem ecclesiam Wratislaviensem, specialem potestatem facimus quinque actu in illa existentibus dignitatibus, nempe praeposito, decano, archidiacono,

Wahlrecht zu, welches aber durch ein gleichzeitiges, geheimes, einen Theil des völkerrechtlichen Vertrages bildendes Interpretativbreve[21] dahin beschränkt wird, dass die Wahl nicht auf eine dem Könige missliebige Person fallen dürfe[22]. In *Hannover* gilt der sogenannte *irische* Wahlmodus[23], wonach das Capitel der Regierung eine Candidatenliste überreichen, und unter den von der Regierung auf der Liste belassenen mindestens zwei Candidaten die Wahl vornehmen muss. In der *oberrheinischen Kirchenprovinz* gilt ebenfalls der irische Wahlmodus, der aber durch das einen Theil des völkerrechtlichen Vertrages bildende Interpretativbreve *Re sacra*[24] dahin modificirt ist, dass er

scholastico, et custodi, octo canonicis residentibus, et sex canonicis honorariis, qui nunc eius ecclesiae capitulares habentur, ut ad novi episcopi electionem canonicam, modo et forma praemissis, hac etiam prima vice procedere possint et valeant. Quaelibet vero electionum huiusmodi instrumenta in authentica forma exarata ad Sanctam Sedem de more mittentur, a qua si electio canonice peracta agnoscetur, et ex processu inquisitionis deinde a Romano Pontifice in singulis casibus alicui ex archiepiscopis vel episcopis intra fines regni Borussici existentibus committendo, et ad formam instructionis iussu S. M. Urbani VIII. Praedecessoris Nostri editae diligenter exarando de electi idoneitate constiterit, electiones huiusmodi a Nobis et Romanis Pontificibus Successoribus Nostris iuxta statutum morem per apostolicas litteras confirmabuntur.

§. 94. 21) *Breve Quod de fidelium:* Vestrarum partium erit eos adiscere, quos, praeter qualitates caeteras ecclesiastico iure praefinitas, prudentiae insuper laude commendari, nec Serenissimo Regi minus gratos esse noveritis, de quibus antequam solemnem electionis actum ex Canonum regulis rite celebretis, ut Vobis constet curabitis.

22) *Breve Gregors XVI. an das Domcapit. Gnesen-Posen* (10. *April* 1844): Iuxta haec igitur in Borussiae Regno ad Capituli cuiusque partes spectat suum eligere Archiepiscopum vel Episcopum non quidem ex illorum numero, quos Regium Gubernium nominatim eligendos permiserit, sed ex Viris Ecclesiasticis quos Capitula ipsa tum virtutibus reliquis, tum prudentiae etiam laude praestantes inveniant, et Regi Serenissimo minus gratos non esse censeant, sive ea ipsa scilicet personarum indole et conditione, sive ex praecedentibus gubernii factis sive aliis adhibitis modis ad rem cognoscendam idoneis.

23) *Bulle Impensa Rom. pontif. für Hannover:* Quotiescumque vero aliqua ex supradictis sedibus episcopalibus tam Hildesimensi quam Osnabrugensi, quae ambae perpetuis futuris temporibus immediate subiectae erunt Apostolicae Sedi, vacaverit, illius cathedralis ecclesiae capitulum intra mensem a die vacationis computandum regios ministros certiores fieri curabit de nominibus candidatorum e clero totius regni selectorum, quorum unusquisque trigesimum suae aetatis annum ad minimum compleverit, et indigenatu praeditus sit, studia in theologia et iure canonico cum laude absolverit, curam animarum aut munus professoris in seminariis egregie exercuerit, aut in administrandis negotiis ecclesiasticis excelluerit, optima fama gaudeat, sana doctrina et integris sit moribus. Ac si forte aliquis ex candidatis ipsis Gubernio sit minus gratus, capitulum e catalogo eum expunget, reliquo tamen manente sufficienti candidatorum numero, ex quo novus episcopus eligi valeat. Tunc vero capitulum ad canonicam electionem in episcopum unius ex candidatis, qui supererunt, iuxta consuetas formas procedet, ac documentum electionis in forma authentica intra mensem ad Summum Pontificem perferri curabit. Confectio autem processus informativi super qualitatibus promovendorum ad regimen episcopalium ecclesiarum regni Hannoveriani, vel episcopo alterius sedis non vacantis, vel ecclesiastico illius regni viro in dignitate constituto a Romano Pontifice committetur, et ad formam instructionis ab Apostolica Sede in singulis casibus transmittendae exarabitur, quo accepto Summus Pontifex, si comperit promovendum instructum iis dotibus, quas sacri canones in episcopo requirunt, eum, quo citius fieri poterit, iuxta statutas formas per apostolicas literas confirmabit. Si vero aut electio minime fuerit canonice peracta, aut promovendus praedictis dotibus instructus non reperiatur, ex speciali gratia indulgemus, quod cathedrale capitulum ad novam electionem ut supra canonica methodo valeat procedere. Novus episcopus ab altero regni episcopo iam consecrato, atque facultatem expresse ad id ab Apostolica Sede habente, assistentibus duobus aliis episcopis ad hoc rogatis, et in eorum defectum duobus praelatis pontificalium usum habentibus, vel his quoque deficientibus duobus presbyteris e regni clero in ecclesiastica dignitate constitutis, consecrabitur.

24) *Breve Re sacra v.* 28. *Mai* 1827: Vestra-

nie zu dem Ergebniss führen darf, einen der Regierung missliebigen Candidaten auf den bischöflichen Stuhl zu erheben. V. Die Bischofswahl, welche in drei Monaten vom Eintritt der Vacanz vorzunehmen ist, vollzieht sich in einer der Papstwahl analogen Form durch *quasi inspiratio, compromissum* oder *scrutinium*, für welches aber nur absolute Majorität erfordert wird. Durch die Wahl erlangt der Gewählte, der sich binnen Monatsfrist über die Annahme zu erklären hat, ein *ius ad rem*, welches jede *Variation* des Capitels ausschliesst; das letztere hat die Wahldocumente binnen drei Monaten nach Rom einzusenden, von wo aus die Vornahme des sogenannten *Informativprocesses*, d. h. die Vernehmung von Zeugen über die Wahl und die Eigenschaften des Gewählten am Wahlorte angeordnet wird. In Gemässheit des Ergebnisses des Prozesses erfolgt in Rom auf Grund einer *propositio* der *congregatio consistorialis*, die *Präconisation* in einem Consistorium und die *Confirmation*, welche durch eine Bulle verkündet wird. Der Bestätigte erhält damit zwar die bischöfliche Jurisdiction, nicht aber den ordo episcopalis. Zu dessen Erlangung bedarf es der im päpstlichen Auftrage durch einen anderen Bischof unter Assistenz von zwei Bischöfen oder Prälaten zu ertheilenden *Consecration*. Ist die Wahl des Capitels auf ein mit einem kanonischen Impediment behaftetes Individuum gefallen (*postulatio*), so ist die Bestätigung (*admissio*) in das freie Belieben des Papstes gestellt, während er die Confirmation, wenn keine Hindernisse vorhanden sind, durch das Gewissen zu gewähren verpflichtet ist, worüber freilich keinem Dritten eine Cognition zusteht. Auch der Institution der landesherrlich Nominirten geht ein Informativprozess voraus. Die deutschen Bischöfe werden den Landesherren eidlich verpflichtet [25-29].

rum erit partium eos adciscere, quos ante solemnem Electionis actum noveritis praeter qualitates caeteras Ecclesiastico iure praefinitas, prudentiae insuper laude commendari, nec Serenissimo Principi minus gratos esse.

§. 94. 25) *Baier. Concordat Art.* 15: Archiepicopi et episcopi coram Regia Maiestate iuramentum fidelitatis emittent sequentibus verbis expressum: „Ego iuro et promitto ad sancta Dei evangelia obedientiam et fidelitatem Regiae Maiestati; item promitto, me nullam communicationem habiturum, nullique consilio interfuturum, nullamque suspectam unionem neque intra neque extra conservaturum, quae tranquillitati publicae noceat, et si tam in dioecesi mea quam alibi noverim aliquid in status damnum tractari, Maiestati Suae manifestabo."

26) *Preussischer Bischofseid nach der Bulle de salute anim.:* Ich, Paulus Melchers, ernannter und bestätigter Erzbischof von Cöln, schwöre einen Eid zu Gott dem Allmächtigen und Allwissenden und auf das heilige Evangelium, dass, nachdem ich auf den erzbischöflichen Stuhl von Cöln erhoben worden bin, ich Sr. Königl. Majestät von Preussen Wilhelm und Allerhöchstdessen rechtmässigem Nachfolger in der Regierung, als meinem Allergnädigsten Könige und Landesherrn, unterthänig, treu, gehorsam und ergeben sein, Allerhöchstdero Bestes nach meinem Vermögen befördern, Schaden und Nachtheil aber verhüten und besonders dahin streben will, dass in den Gemüthern der meiner erzbischöflichen Leitung anvertrauten Geistlichen und Gemeinden die Gesinnungen der Ehrfurcht und der Treue gegen den König, die Liebe zum Vaterlande, der Gehorsam gegen die Gesetze, und alle jene Tugenden, die in dem Christen den guten Unterthan bezeichnen, mit Sorgfalt gepflegt werden; und dass ich nicht dulden will, dass von der mir untergebenen Geistlichkeit in entgegengesetztem Sinne gelehrt oder gehandelt werde. Insbesondere gelobe ich, dass ich keine Gemeinschaft oder Verbindung, sei es innerhalb oder ausserhalb Landes, unterhalten will, welche der öffentlichen Sicherheit gefährlich sein könnten, und will ich, wenn ich erfahren sollte, dass in meiner Diöcese oder anderswo, Anschläge gemacht werden, die zum Nachtheile des Staats gereichen könnten, hiervon Sr. Königl. Majestät Anzeige machen. Ich verspreche dieses Alles um so unverbrüchlicher zu halten, als ich gewiss bin, dass ich mich durch den Eid, welchen ich Seiner päpstlichen Heiligkeit und der Kirche geleistet habe, zu Nichts verpflichte, was dem Eide der Treue und Unter-

thänigkeit gegen Se. Königl. Majestät entgegen sein kann. Alles dieses schwöre ich, so wahr mir Gott helfe und sein heiliges Evangelium; Amen.

§. 94. 27) *Peuss. Bischofseid nach* 1875: Ich Joseph Hubert Reinkens schwöre einen Eid zu Gott dem Allmächtigen und Allwissenden und auf das heilige Evangelium, dass, nachdem ich zu der Würde eines katholischen Bischofs erhoben worden bin, ich Seiner Königlichen Majestät von Preussen, Wilhelm, und Allerhöchstdessen rechtmässigem Nachfolger in der Regierung, als meinem allergnädigsten Könige und Landesherrn, unterthänig, treu, gehorsam und ergeben sein, Allerhöchstdero Bestes nach meinem Vermögen befördern, Schaden und Nachtheil aber verhüten, die Gesetze des Landes gewissenhaft beobachten, und besonders dahin streben will, dass in den Gemüthern der meiner bischöflichen Leitung anvertrauten Geistlichen und Gemeinden die Gesinnungen der Ehrfurcht und Treue gegen den König, die Liebe zum Vaterlande, der Gehorsam gegen die Gesetze und alle jene Tugenden, die in dem Christen den guten Unterthanen bezeichnen, mit Sorgfalt gepflegt werden, und dass ich nicht dulden will, dass von der mir untergebenen Geistlichkeit im entgegengesetzten Sinn gelehrt oder gehandelt werde. Insbesondere gelobe ich, dass ich keine Gemeinschaft oder Verbindung, sei es innerhalb oder ausserhalb des Landes, unterhalten will, welche der öffentlichen Sicherheit gefährlich sein könnten, und will ich, wenn ich erfahren sollte, dass irgendwo Anschläge gemacht werden, die zum Nachtheil des Staates gereichen könnten, hiervon Seiner Königlichen Majestät Anzeige machen. [Ich verspreche, dieses Alles um so unverbrüchlicher zu halten, als ich gewiss bin, dass mich mein bischöfliches Amt zu Nichts verpflichtet, was dem Eide der Treue und der Unterthänigkeit gegen Seine Königliche Majestät, so wie dem des Gehorsams gegen die Gesetze des Landes entgegen sein kann.] Alles dieses schwöre ich, so wahr mir Gott helfe und sein heiliges Evangelium. Amen!

28) *Hannöversche Vereidigung der Bischöfe:* Ich Godehard Joseph Osthaus, Bischof zu Hildesheim, schwöre einen Eid zu Gott dem Allmächtigen und Allwissenden und auf das heilige Evangelium, dass, nachdem ich zu der Würde eines Bischofs zu Hildesheim befördert worden bin, ich Sr. Majestät, Georg dem Vierten, Könige des vereinigten Reiches Grossbrittannien und Irland, auch Könige von Hannover, Herzogen zu Braunschweig und Lüneburg etc., Meinem Allergnädigsten Könige und Landesherrn und Allerhöchst dessen rechtmässigen Nachfolgern in der Regierung will treu, ergeben, gehorsam und unterthänig sein, Sr. Majestät Bestes und die allgemeine Wohlfahrt in dem mir angewiesenen Wirkungskreise nach Kräften befördern, Schaden und Nachtheil aber verhüten, meines bischöflichen Amtes treu und gewissenhaft warten, eines würdigen, unsträflichen Wandels mich befleissigen, insbesondere aber es mir eifrigst angelegen sein lassen, dass in den meiner Leitung anvertrauten Geistlichen und Laien, vorzüglich auch in der christlichen Jugend christliche Erkenntniss und wahre Frömmigkeit zugleich mit der Ehrfurcht gegen das Oberhaupt des Staats und mit der Liebe zum Vaterlande tiefe Wurzeln schlagen und kräftig aufblühen möge. Ich will demnach auch nicht dulden oder geschehen lassen, dass von den Seelsorgern und andern meiner geistlichen Aufsicht Untergeordneten im entgegengesetzten Sinne oder Geiste gelehrt oder gehandelt oder sonst durch Wort oder That die Treue der Unterthanen und deren Anhänglichkeit an ihren König und an ihr Vaterland irre gemacht werde; und sollte ich in Erfahrung bringen, dass irgendwo, innerhalb oder ausserhalb meines Sprengels, etwas unternommen werden sollte, was Se. Majestät den König, dessen Würde und Rechte, sowie auch die Sicherheit, Ruhe und Wohlfahrt des Staates mit Gefahr bedrohen könnte, so will ich davon sofort eine getreue Anzeige machen. Zugleich aber erkläre ich hierdurch, dass ich den Eid, welchen ich Sr. Päpstlichen Heiligkeit, als dem Oberhaupte der katholischen Kirche, vor Antritt meines Amtes zu leisten habe, durchweg und insonderheit die Clausel dieses Eides, welche lautet: Haec omnia et singula eo inviolabilius observabo, quod certior sum, nihil in iis contineri, quod iuramento fidelitatis meae erga Serenissimum Hannoverae Regem, Eiusque ad thronum successores debitae adversari possit, in keinem andern Sinne verstehe und verstanden haben will, als dass ich mich durch den besagten Consecrationseid zu keiner Handlung oder Unterlassung irgend einer Art verpflichtet achte, die entgegen wäre meiner Unterthanenpflicht und dem Eide der Treue, der Ergebenheit und der Unterwürfigkeit, den ich Sr. Majestät, Meinem Allergnädigsten Könige und Landesherrn geleistet habe.— Alles dieses schwöre, gelobe und erkläre ich, so wahr mir Gott helfe und sein heiliges Evangelium.

29) *Oberrheinischer Bischofseid:* Ich schwöre und verspreche bei dem heil. Evangelium Gottes Sr. Königl. Hoheit dem Kurfürsten und allerhöchstdessen Nachfolgern, so wie den Gesetzen des Staats Gehorsam und Treue. Ferner verspreche ich, kein Ein-

§. 95. 4. Die Besetzung der Kapitelsstellen.

Thomassin., Vet. et nov. discip. II. l. c. c. 36. Huller, D. jur. Persönlichk. d. kath. Domcapitel in Deutschl. Bamberg 1860. Hinschius, K.-R. II. §. 126—129. — Senkenberg, Tr. de iure prim. precum regum germ. Francof. 1784. Sugenheim, Staatsleb. S. 170 ff. Friedberg, De fin. reg. iud. p. 180.

I. Ursprünglich ernannte der Bischof die Mitglieder seines Presbyteriums, nicht ohne Mitwirkung desselben. Als aber nach dem Auseinanderfallen des gemeinen Lebens sich die Selbstständigkeit der Kapitel herausbildete, erlangten sie theils Nominationsrechte, die nach einem gewissen Turnus ausgeübt wurden, theils wählten sie, theils bildete sich das *Optionsrecht*[1] aus, wonach bei eintretender Vacanz die Mitglieder nach ihrer Anciennität in die erledigte Pfründe einrücken konnten, theils ernannte der Bischof, theils endlich übten Dritte Einfluss auf die Besetzung der Canonicate, durch Patronatrechte, oder das vom König, der Königin und Fürsten in Anspruch genommene Recht der *ersten Bitte*[2. 3], und die vom Papst behaupteten Reservationen. Als subsidiäres gemeines Recht kann indessen das *ius simultaneae collationis* bezeichnet werden, d. h. die Besetzung durch Bischof und Kapitel. Eine ähnliche Verschiedenheit waltete bezüglich der Dignitates ob, doch erlangten hier die Kapitel meist das Besetzungsrecht. II. Heute gilt in Deutschland nicht das gemeine, sondern durch die Concordate beziehentlich Circumscriptionsbullen normirtes partikulares Recht. Dieses setzt aber einen Wechsel im Ernennungsrecht fest, sei es, dass wie in *Hannover*[4] und der *Oberrheinischen Kirchenprovinz*[5-7] Bischof und Kapitel von Vacanzfall zu Vacanzfall alterniren

verständniss zu unterhalten, an keiner Berathschlagung Theil zu nehmen, und weder im In- noch Auslande Verbindungen einzugehen, welche die öffentliche Ruhe gefährden; vielmehr, wenn ich von irgend einem Anschlage zum Nachtheile des Staats, sey es in meiner Diözese oder anderswo, Kunde erhalten sollte, solches Sr. Königl. Hoheit dem Kurfürsten zu eröffnen.

§. 95. 1) *Synode v. Trient* 1336 *c.* 26: Statuentes . . . quod tunc liceat seniori canonico per se vel procuratorem suum infra XX dies a die decessus huiusmodi computandos prebendam ipsius defuncti, relicta sua, si sibi placuerit, adoptare, sub illo vel illi ascribi consorcio vel culonello, sub quo vel cui idem defunctus antea noscebatur ascriptus. Si vero post lapsum eiusdem termini duxerit adoptandum ex nunc prout ex tunc talis adopcio inefficax et nullius sit momenti. Et sic singulis canonicis gradatim liceat, si voluerint suas prebendas relinquere et alias infra eundem terminum, sicut de iure debuerint adoptare. Nichilominus eciam prebenda sic relicta et ultimo vacans alii conferatur vel per capitulum fiat electio de novo canonico ad eandem. Et qui ad eam electus vel eam quavis auctoritate de iure fuerit consecutus, sub illo culonello seu consortio censeatur, sub quo erat ipsam proxime deserens.

2) *Urk. Ludwigs des Baiern* 1338: Daz ir si an iren gulten und guten angriffend, und fur die versmehe, die si uns getan habent, Leonhardum von iren gulten ierlichen gebent, zwainzig phunt haller, als lange biz si ime ein ledig phrund gern geben.

3) *Urk. d. Herzogin Beatrix von Oesterreich:* Wann von alter loblicher und guter gewohnhait aller unser vorvordern herzoginn von Oesterreich seliger gedechtnuzz an uns kommen ist, daz ir yeckliche von ir ersten Gepurde von ire undertanen gewert und erhört soll werden umb eine erste pett, darumb sie pittent, pesunderlich um ein gotsgabe. etc.

4) *Bulle Impensa Roman. pontif. f. Hannover:* Quotiescumque vero Decanatus, aut Canonicatus, vel Vicariatus in Cathedralibus vacaverit, Episcopus et Capitulum alternis vicibus intra sex hebdomadas a die vacationis proponent quatuor Candidatos supraenuntiatis praeditos qualitatibus. Quod si forte aliquis ex ipsis Candidatis Gubernio invisus, aut suspectus sit, id quamprimum Episcopo respective aut Capitulo indicari poterit, ut expungatur: tunc autem Episcopus ad collationem Decanatus, Canonicatus, aut Vicariatus, vel respective Capitulum intra quatuor hebdomadas procedet ad nominationem unius ex Personis Gubernio non invisis, nec suspectis, cui Episcopus canonicam dabit Institutionem.

5) *Bulle Ad dom. greg. cust. für die oberrh. Kirchenprovinz:* Quotiescumque Decanatus, aut Canonicatus, vel Vicariatus vacaverint, Archiepiscopus, vel Episcopus cum respectivo Capitulo alternis vicibus intra sex hebdomadas a die vacationis proponent Summo Territorii

in der Ernennung einer der Regierung durch Liste vorgeschlagenen und nicht abgelehnten Person, sei es dass nach den Monaten in welchen die Vacanz eintritt, entweder der Landesherr ernennt oder der Bischof — wie in *Baiern*[8. 9] —, sei es dass der Papst mit dem Bischof abwechselt wie in *Preussen*[10], wo aber in den päpstlichen Monaten der Landesherr ernennt und der Papst nur die s. g. *Proviste* ertheilt. In *Frankreich* ernennt der Bischof, und die Regierung bestätigt, in *Oesterreich* endlich greift die grösste Verschiedenheit bei den einzelnen Kapiteln Platz.

§. 96. 5. Die Besetzung der anderen Pfründen und die Geschichte des Patronatrechtes.

Lippert, Vers. e. histor.-dogmat. Entwickelung d. Lehre v. Patronatrechte, Giessen 1849. Kaim, Das Kirchenpatronatrecht, Th. I. R.-Gesch., Leipzig 1848. Mittelstädt, De iur. patron. quod reale dicitur origine, Vratislav. 1856. Pétursson, De iure ecclesias. in Islandia ante et post reformationem, Hafniae 1844. — Hinschius, K.-R. II. 127. 128.

I. Die Anstellung der niederen Geistlichen erfolgte ursprünglich durch den Bischof unter Beirath seines Presbyteriums und Zustimmung der Ge-

Principi quatuor Candidatos in sacris ordinibus constitutos iisque praeditos qualitatibus, quas sacri Canones in Capitularibus requirunt. Quod si forte aliquis ex ipsis Candidatis Summo Territorii Principi minus sit gratus, id quamprimum Archiepiscopo, vel Episcopo vel respectivo Capitulo idem summus Princeps indicari curabit ut ab Elenco Candidatorum deleatur; tunc vero Archiepiscopus aut Episcopus ad collationem Decanatus, Canonicatus, aut Praebendae, vel Vicariae, seu respective Capitulum intra quatuor hebdomadas procedet ad nominationem unius ex reliquis Candidatis, cui Archiepiscopus, aut Episcopus canonicam dabit institutionem.

§. 95. 6) *Päpstl. Breve an d. Erzb. Bernhard von Freiburg v.* 21. *Mai* 1827: Nostro quippe Nomine prima hac vice eligere Decanum Canonicos et Vicarios Capituli datum est tibi: qua in re conficienda id ob oculos habendum memineris, ut eligendi Sacris sint Ordinibus initiati, atque pietate, doctrina, prudentia ceterisque virtutibus ex Canonum praescripto necessariis praefulgeant, neque sint — Serenissimo Principi minus grati, ut scilicet omni adempta offensionis causa facilius ac salubrius delato munere perfungantur.

7) *Note d. Cardinalstaatssecretär v.* 27. *Nov.* 1827: L'intention de S. S. étant que la Bulle susdite et ce Bref leur serve de norme à suivre constamment lorsqu'ils auront à remplacer par de nouveaux Capitulaires ceux qui viendront successivement à manquer.

8) *Baier. Circumscriptionsbulle:* Reservata semper et quandocumque nobis et romanis pontificibus successoribus nostris praeposituraе . . . omnimodo libera collatione. Bavariae regi elargimur indultum nominandi tam ad decanatus idoneos presbyteros quam ad canonicatus in mensibus Ianuarii, Martii, Maii, Iulii, Septembris ac Novembris vacantes, dignos et idoneos ecclesiasticos viros in sacris ordinibus constitutos; quoad vero alios VI menses archiepiscopis et episcopis ius conferendi canonicatus in mensibus Februarii, Junii, et Octobris vacantes tribuimus, in reliquis vero mensibus Aprilis, Augusti et Decembris capitulo et canonicis respectivarum ecclesiarum indultum nominandi ad vacantes canonicatus concedimus et impertimur onus tamen iniungentes personis tam ad decanatus quam ad canonicatus in VI mensibus apostolicis vacantes a praefato rege et in tribus praedictis mensibus a capitulis nominatis, ut ipsi decanatuum et canonicatuum praedictorum collationem et provisionem infra VI menses ex tunc proximos ab apostolica sede impetrare literasque apostolicas desuper expedire teneantur.

9) *Baier. Concordat Art.* 10: Praeposituras tam in Metropolitanis quam in Cathedralibus Ecclesiis conferet Sanctitas Sua; ad Decanatus nominabit Regia Majestas, quae etiam ad Canonicatus in sex mensibus Apostolicis sive Papalibus nominabit. Quoad alios autem sex menses in eorum tribus Archiepiscopus et Episcopus, in reliquis vero tribus Capitulum nominabit. Vicariatus vero in iisdem Metropolitanis et Cathedralibus Ecclesiis libere ab Archiepiscopo vel Episcopo conferentur.

10) *Preuss. Bulle De salute anim.*: A Nobis, et Romanis Pontificibus Successoribus Nostris Praepositura, quae Maior post Pontificalem Dignitas in supramemoratis Archiepiscopalibus, et Episcopalibus Ecclesiis, nec non in Ecclesia Aquisgranensi in Collegiatam ut infra erigenda, itemque Canonicatus in Mensibus Ianuarii, Martii, Maii, Iulii, Septembris, ac Novembris in praefatis Ecclesiis vacantes conferentur quemadmodum in Capitulo Wratislaviensi hactenus factum est: quod vero ad

meinde[1-3]. Von der letzteren Beschränkung haben sich Spuren selbst aus dem IX. Jahrhundert erhalten, während die Mitwirkung des Presbyteriums, in welche das Domkapitel succedirte, im XIII. Jahrhundert in Abgang gerieth. Seit der Zeit ist der Bischof der ordinarius collator aller Beneficien seiner Diöcese; seine Collationsurkunde verleiht das Recht auf das Amt, in dessen Besitz der Landdechant einweist (*institutio corporalis*). II. Schon im V. Jahrhundert finden wir in *Gallien*[4], im VI. in *Orient*, im VII. in *Spanien*[5] die Vorschrift, dass der Stifter einer Kirche dem Bischofe einen Geistlichen für dieselbe in Vorschlag bringen dürfe. Aber die weitere Entwickelung dieser Idee wurde im *Frankenreiche* durch die Rechtsauffassung durchkreuzt, dass der Stifter einer Kirche an dieser dasselbe Eigenthum habe wie an dem Grund und Boden, worauf sie stehe, dass er über seine *ecclesia propria* nach Belieben disponiren und nach gleichem Belieben ihren Geistlichen ernennen könne. Die weltliche Gesetzgebung hat für das letztere den consensus des Bischofes als erforderlich[6] hingestellt, und ist den Ausschreitungen der Eigenthumsbefugnisse entgegengetreten. Von der allgemeinen Reaction, die sich im XI. Jahrhundert gegen die Vergebung von Kirchenstellen durch Laien geltend machte[7], mussten auch die grundherrlichen Befugnisse getroffen werden, und kirchlicherseits wurde unter anderen auch der Rechtssatz ausgesprochen, welcher am Anfang der ganzen Entwickelung steht, dass der Grundeigenthümer nicht den Geistlichen zu ernennen, sondern nur dem Bischof in Vorschlag zu bringen

Decanatus in praedictis Metropolitanis, et Cathedralibus Ecclesiis, et ad Canonicatus tam in ipsis, quam in dicta Aquisgranensi Ecclesia in Collegiatam erigenda, in aliis sex mensibus vacantes ab Archiepiscopis et Episcopis respective conferentur. Vicariatus autem, seu Praebendatus in praedictis Ecclesiis quocumque mense vacaverint respectivorum Archiepiscoporum et Episcoporum collationi relinquimus.

§. 96. 1) *Dist. XXIV. c.* 6. (*c.* 10. *Stat. eccl. antiq.*): Episcopus sine consilio clericorum suorum clericos non ordinet, ita ut ciuium conniuentiam et testimonium querat.

2) *Dist. LXIII. c.* 20: Si in plebibus archipresbiteri obierint aut pro aliquo reatu exinde eiecti fuerint archidiaconus quantocius proficiscatur illuc, et cum clericis et populis ipsius plebis electionem faciat, quatinus dignus pastor domui Dei constituatur, et, dum ordinatur, eius prouidentia ipsa plebs custodiatur.

3) *C. XVI. qu.* 7. *c.* 11. (*c.* 4. *C. Later. I.* 1123): Nullus omnino archidiaconus, aut archipresbiter, siue prepositus, uel decanus animarum curam uel prebendas ecclesiae sine iudicio uel consensu episcopi alicui tribuat; immo, sicut sanctis canonibus constitutum est, animarum cura et pecuniarum ecclesiasticarum dispensatio in episcopi iudicio et potestate permaneat. Si quis uero contra hoc facere, aut potestatem, que ad episcopum pertinet, sibi uendicare presumpserit, ab ecclesiae liminibus arceatur.

4) *C. XVI. qu.* 5. *c.* 1. (*zusammengezogen aus c.* 10. *d. C. v. Orange v. J.* 441): Si quis episcoporum in alienae ciuitatis territorio pro quacumque suorum opportunitate ecclesiam edificare disponit, non presumat dedicationem, que illius est, in cuius territorio ecclesia assurgit. Edificatori uero episcopo hec gratia reseruetur, ut quos desiderat clericos in re sua ordinari, ipsos ordinet is, cuius territorium est, uel si ordinati iam sunt, ipsos habere adquiescat.

5) *C. XVI. qu.* 7. *c.* 32. (*c.* 2. *C. Tolet. IX. ao.* 655): Decernimus, ut quamdiu fundatores ecclesiarum in hac uita superstites fuerint, pro eisdem locis curam habeant sollicitam, atque rectores ydoneos in eisdem basilicis idem ipsi offerant episcopo ordinandos. Quod si spretis eisdem fundatoribus episcopus ibidem rectores presumpserit ordinare, et ordinationem suam irritam nouerit et ad uerecundiam sui alios in eorum loco (quos ipsi fundatores condignos elegerint) ordinari.

6) *C. XVI. qu.* 7. *c.* 38. (*c.* 42. *Conc. Cabilonens.* 813): Inuentum est, quod multi arbitrii sui temeritate, et (quod est grauius) ducti cupiditate, presbiteris quibuslibet absque consensu suorum episcoporum ecclesias dant uel auferunt. Unde oportet, ut canonica regula seruata nullus absque consensu episcopi sui cuilibet presbitero ecclesiam det; quam si iuste adeptus fuerit, hanc non nisi graui culpa coram episcopo canonica seueritate amittat.

7) *ebendas. c.* 25. (*C. Later. I.* 1123 *c.* 9.): Si quis principum uel aliorum laicorum dis-

habe, dass er nur ein *ius patronatus* besitze[8]. Diese Anschauung wusste aber die Kirche praktisch zu machen, nachdem durch Alexander III. die grundherrlichen Rechte über kirchliche Anstalten als *ius spirituali annexum*, und darum der geistlichen Gerichtsbarkeit unterstehend hingestellt worden waren.[9] Dennoch ist die kirchliche Auffassung nur allmählig ins Leben getreten, die Kirchen blieben noch Gegenstände des Vermögensverkehres und namentlich wurden sie zu Lehn gegeben, oder am Patronatrecht Lehne constituirt[10-13]. Auch ist das Ueberwiegen des dinglichen Patronatrechtes in Deutschland als ein Rest und Ausfluss der germanischen Rechtsauffassung zu bezeichnen. Aber nicht bloss die Laien hatten als Grundherrn Eigenthum an den Kirchen gehabt, sondern auch die Klöster an den incorporirten Kirchen. Auch die Befugnisse dieser werden *ius patronatus* genannt, von der Kirche aber, als von Geistlichen ausgeübt, nicht mit dem principiellen Widerstande behandelt, wie die analogen Rechte der Laien. So ist seit dem XIII. Jahrhundert weltliches und geistliches Patronatrecht geschieden worden. Endlich ist zu erwähnen, dass auch Land- und Stadtgemeinden Besetzungsrechte durch Wahl ausübten an den Kirchen, die ursprünglich in ihrem Eigenthum gestanden hatten, und deren Eigenthum sich in Patronat verwandelt hatte[14. 15].

6. Das Patronatrecht.

§. 97. A. Wesen des Patronatrechtes.

De Roye, Ad tit. de iure patronat., Andeg. 1661 u. öfter. Kaim (s. §. 96.) Bd. 2., Leipzig 1866. Schilling, D. kirchl. Patronat, Leipzig 1854. Michels, Quaest. controversae de iure patronat., Berol. 1857. Schlayer, Beitr. zur Lehre v. d. Patronatr., Giessen 1865.

Das Patronatrecht ist entweder *ecclesiasticum* oder *laicale*, und zwar das

positionem seu dominationem rerum siue possessionem ecclesiasticarum sibi uendicauerit, ut sacrilegus iudicetur.

§. 96. 8) *c.* 10. *X. de iure patronat.* (3, 38. *Alexander III.*): Cum laici episcopis nescientibus aut non consentientibus ecclesias clericis concedunt, in quibus habent ius patronatus, et postea poenitentia ducti, alios ad easdem episcopis repraesentant, et illi ad eorum praesentationem in eisdem ecclesiis ab episcopis instituuntur, eorum debet institutio stare, qui auctoritate sunt episcopi instituti, concessione priori (quae nulla est) omnino euacuata. Non enim licet laicis clericos in ecclesiis praesumptione propria ordinare.

9) *Brünner Schöffenbuch:* Si quaestio est inter partes de iure patronatus, illa ex eo, quod tale ius est annexum spirituali, est iudicio canonico decidenda.

10) *Urk. bei Meichelbeck hist. Frisingens.*: Ego . . . Egilricus presbyter tradidi propriam hereditatem meam in loco . . . P . . . in basilicis, in domibus, in territorio . . . seu de omnibus, quae pater meus et mater mea mihi reliquerunt et mihi proprio iure contingebant, ad altare Mariae ad Frigisingas et in manu episcopi Attoni et placitavi, ut post obitum eius Oadolker presbyter quem ille ab infantia nutrivit et . . . usque ad honorem presbyterii perduxit cum tale censu haberet sicut episcopo placuerit. *Ebendas.*: Hi fuerunt par partem habentes in ipso loco Furihulze, quorum nomina Alpheri Pollo Oato, ipsique dodaverunt ipsam ecclesiam propria hereditate illorum et tunc cum consilio episcopi primo posuerunt presbyterum, cui nomen Lipolf, post illum Coyuni, tertius Hetto, quartus Deotrih, quintus Alpuni, sextus Perhthram, septimus Seliperht.

11) *Urk.* . . . 1275 (*Lacomblet niederrh. Urkundenbuch*): Curtim . . . cum omnibus iuribus suis et pertinentiis cui etiam curti . . . annexum est . . . ius patronatus ecclesie predicte.

12) *Urk. Carls IV. v. J.* 1346: Quod . . . a Balderico archiepiscopo Treverensi recepimus in feudum 72 ecclesias matrices cum iuribus patronatus, decimis et aliis eorum pertinentiis.

13) *Urk. v. J.* 1213: Iudices assignaverunt et tradiderunt dictum ius patronatus advocato de Rapreswilare perpetuo sub nomine pheudi a comite illo de chiburg et suis successoribus tenendum et possidendum sibi et suis heredibus.

14) *Braunschweiger Statut* (*XIII. Jahrh.*): Swelken prester unse borger keset. Dhene sollen se vor unsern herren bringen, unn he sal ime de kerken liegen.

15) *Farsumer Sendbrief* (1325): Dat een

letztere, wenn es einer weltlichen Person zusteht, oder einer geistlichen auf Grund eines Privatrechtstitels, d. h. nicht auf Grund des Amtes. Es ist entweder *dinglich*, d. h. annex eines Grundstückes und von jedem Besitzer desselben auszuüben, oder *persönlich*. Letzteres aber entweder *hereditarium*, d. h. unbedingt vererblich, oder ausnahmsweise *familiare*, d. h. auf die Familie des Stifters beschränkt. Es ist *singulare*, einer Person zustehend, oder *ius compatronatus*, und im letzteren Falle *mixtum*, wenn die concurrirenden Rechtssubjecte es zu einem gleichzeitig geistlichen und Laien-Patronate machen. Es ist *plenum*, wenn es alle regelmässig im Patronatrecht enthaltenen Befugnisse gewährt, oder *minus plenum*, wie z. B. das an Collegiatkirchen, wo das Präsentationsrecht fehlt.

§. 98. B. Begründung und Uebertragung.

I. *Patronum faciunt dos, aedificatio, fundus.* Das Patronatrecht wird ordentlicher Weise ipso iure erworben[1] durch Stiftung (*fundatio*); dazu gehört

prester woirde ghekoren tot ene kerckheere van den ganschen kerspelluden, ofte van den meesten deel dere meenten ende kerspelluyden.

§. 98. 1) *C. Trident. Sess. XXV. de reform. c.* 9: Sicuti legitima patronatuum iura tollere piasque fidelium voluntates in eorum institutione violare aequum non est, sic etiam, ut hoc colore beneficia ecclesiastica in servitutem, quod a multis impudenter fit, redigantur, non est permittendum. Ut igitur debita in omnibus ratio observetnr, decernit sancta synodus, ut titulus iuris patronatus sit ex fundatione vel dotatione, qui ex authentico documento et aliis iure requisitis ostendatur; sive etiam ex multiplicatis praesentationibus per antiquissimum temporis cursum, qui hominum memoriam excedat, aliasve secundum iuris dispositionem. In iis vero personis, seu communitatibus vel universitatibus, in quibus id ius plerumque ex usurpatione potius quaesitum praesumi solet, plenior et exactior probatio ad docendum verum titulum requiratur; nec immemorabilis temporis probatio aliter eis suffragetur, quam si praeter reliqua ad eam necessaria praesentationes etiam continuatae, non minori saltem quam quinquaginta annorum spatio, quae omnes effectum sortitae sint, authenticis scripturis probentur. Reliqui patronatus omnes in beneficiis, tam saecularibus quam regularibus, seu parochialibus, vel dignitatibus, aut quibuscunque aliis beneficiis, in cathedrali vel collegiata ecclesia, seu facultates et privilegia concessa tam in vim patronatus, quam alio quocunque iure nominandi, eligendi, praesentandi ad ea, quum vacant, exceptis patronatibus super cathedralibus ecclesiis competentibus, et exceptis aliis, quae ad imperatorem et reges seu regna possidentes, aliosque sublimes ac supremos principes, iura imperii in dominiis suis habentes, pertinent, et quae in favorem studiorum generalium concessa sunt, in totum prorsus abrogata et irrita cum quasi possessione inde secuta intelligantur; beneficiaque huiusmodi tanquam libera a suis collatoribus conferantur ac provisiones huiusmodi plenum effectum consequantur. Ad haec liceat episcopo praesentatos a patronis, si idonei non fuerint, repellere. Quod si ad inferiores institutio pertineat, ab episcopo tamen iuxta alias statuta ab hac sancta synodo examinentur; alioquin institutio ab inferioribus facta irrita sit et inanis. Patroni autem beneficiorum, cuiuscunque ordinis et dignitatis, etiam si communitates, universitates, collegia quaecunque clericorum vel laicorum exsistant, in perceptione fructuum, proventuum, obventionum quorumcunque beneficiorum, etiam si vere de iure patronatus ipsorum ex fundatione et dotatione essent, nullatenus nullave causa vel occasione se ingerant; sed illos libere rectori seu beneficiato, non obstante etiam quacunque consuetudine, distribuendos dimittant. Nec dictum ius patronatus venditionis aut alio quocunque titulo in alios contra canonicas sanctiones transferre praesumant. Si secus fecerint, excommunicationis et interdicti poenis subiiciantur, et dicto iure patronatus ipso iure privati exsistant. Insuper accessiones, per viam unionis factae de beneficiis liberis ad ecclesias iuri patronatus, etiam laicorum, subiectas, tam ad parochiales quam ad alia quaecunque beneficia, etiam simplicia, seu dignitates, vel hospitalia, ita ut praedicta beneficia libera eiusdem naturae cum iis, quibuscum uniuntur, efficiantur, atque sub iure patronatus constituantur, hae si nondum plenarium sortitae sunt effectum, vel deinceps ad cuiusvis instantiam fient, quacunque auctoritate, etiam apostolica, concessae fuerint, simul cum unionibus ipsis per surreptionem obtentae intelligantur; non obstante

Anweisung von Grund und Boden (*fundatio* im engeren Sinne), *aedificatio*, *dotatio*. Werden diese Handlungen von mehreren zusammen vorgenommen, so wird ein *ius compatronatus* begründet, aber auch die Vornahme nur einer Handlung bewirkt das Patronatrecht. Der Beweis der Fundation kann ersetzt werden durch unvordenklichen Besitz des Präsentationsrechtes, dagegen ist nach dem *Tridentinum*[2], nicht aber nach modernen Particularrechten[3], die Ersitzung durch Ausübung des Präsentationsrechtes während der Verjährungszeit ausgeschlossen. Endlich kann das Patronatrecht auch durch päpstliches Privileg begründet werden. Besondere persönliche Eigenschaften sind für den Erwerb und die Ausübung des Patronatrechts nicht vorgeschrieben, (Excommunicirte, Frauen, Minderjährige), nur dass der Patron der Confession der Kirche angehören soll, was durch die Praxis dahin modificirt ist, dass er einer der in Deutschland recipirten christlichen Confessionen angehören muss. Juden können persönliches Patronatrecht nicht erwerben, und ihr dingliches ruht.

II. *Ius patronatus transire facit novus heres,*
Res permutata, donata, venditioque.

1. Das persönliche Laien-Patronat wird nach den Regeln des Civilrechts vererbt, kann aber von mehreren Erben immer nur in solidum ausgeübt werden. 2. Durch Schenkung kann ein persönliches Laien-Patronat auf einen Laien nur mit bischöflicher Genehmigung übergehen, ohne Genehmigung wenn sie an einen Mitpatron geschieht, oder das Patronatrecht durch die Schenkung in ein geistliches verwandelt wird. Die Schenkung eines geistlichen Patronates bedarf stets des bischöflichen Consenses. 3. Das Patronatrecht ist res extra commercium und kann daher nicht verkauft werden. Beim Verkauf eines patronatberechtigten Grundstückes darf deswegen das Patronatrecht bei der Preisbestimmung nicht mitberücksichtigt werden. 4. Aus demselben Grunde ist der Tausch des Patronatrechts gegen eine res saecularis unzulässig, gegen eine

quacunque in iis verborum forma seu derogatione, quae habeatur pro expressa; nec exsecutioni amplius demandentur, sed beneficia ipsa unita, quum vacaverint, libere ut antea conferantur. Quae vero a quadraginta annis citra factae effectum et plenam incorporationem sunt consecutae, hae nihilominus ab ordinariis tanquam a sede apostolica delegatis revideantur et examinentur; ac quae per surreptionem vel obreptionem obtentae fuerint, simul cum unionibus irritae declarentur, ac beneficia ipsa separentur, et aliis conferantur. Similiter quoque patronatus quicunque in ecclesiis, quibuscunque aliis beneficiis, etiam dignitatibus antea liberis acquisiti a quadraginta annis citra, et in futurum acquirendi, seu ex augmento dotis, seu ex nova constructione, vel alia simili causa, etiam auctoritate sedis apostolicae, ab iisdem ordinariis, uti delegatis, ut supra, qui nullius in his facultatibus aut privilegiis impediantur, diligenter cognoscantur; et quos non reperierint ob maxime evidentem ecclesiae, vel beneficii seu dignitatis necessitatem legitime constitutos esse, in totum revocent, atque beneficia huiusmodi sine damno illa possidentium, et restituto patronis eo, quod ab eis idcirco datum est, in pristinum libertatis statum reducant; non obstantibus privilegiis, constitutionibus et consuetudinibus, etiam immemorabilibus.

§. 98. 2) *C. Trident. Sess. XIV. de reform. c.* 12: Nemo, etiam cuiusvis dignitatis ecclesiasticae vel saecularis, quacunque ratione, nisi ecclesiam, beneficium aut capellam de novo fundaverit et construxerit, seu iam erectam, quae tamen sine sufficienti dote fuerit, de suis propriis et patrimonialibus bonis competenter dotaverit, ius patronatus impetrare aut obtinere possit aut debeat. In casu autem fundationis aut dotationis huiusmodi institutio episcopo, et non alteri inferiori reservetur.

3) *Preuss. Landrecht II*, 11, §. 574: Ausserdem kann das Patronat auch durch Verjährung erlangt werden. §. 575. Soll eine dergleichen Erwerbung desselben gegen den Staat oder die Kirchengesellschaft nachgewiesen werden, so müssen die Erfordernisse der bei Regalien stattfindenden Verjährung vorhanden sein. §. 576. Wenn aber zwei oder mehrere Privatpersonen über den Besitz des Patronatrechts mit einander streiten, so ist die gemeine Verjährung hinreichend.

res spiritualis mit Erlaubniss des Bischofs zulässig. 5. Bei Verleihung eines patronatberechtigten Grundstückes geht das Patronatrecht auf den Vasallen über; bei Vererbpachtung ist es vom Pächter und Verpächter gemeinsam auszuüben; dem Usufructuar steht es nicht zu. 6. Ein schon bestehendes persönliches Patronatrecht kann von Dritten, wenn es ein geistliches ist in vierzig, sonst in dreissig Jahren ersessen werden. Das dingliche Patronatrecht wird mit dem berechtigten Grundstück ersessen.

§. 99. C. Inhalt des Patronatrechtes.

Gerlach, D. Präsentationsrecht auf Pfarreien, München 1854. Schmitz, Natur u. Subject d. Präsentation, Regensb. 1868. Friedle, In Arch. f. kath. K.-R., XXIII, 3 ff.

Patrono debetur honos, onus, utilitasque,
Praesentet, praesit, defendat, alatur egenus.

I. Die wesentlichste Befugniss des Patrons ist die, aus der Zahl der qualificirten Personen dem Bischof eine zur Besetzung der vacanten Patronatsstelle *präsentiren* zu dürfen[1]. Aus der Präsentation erwächst dem Präsentirten nur ein *ius ad rem*, ein *ius in re* erst durch die bischöfliche *Institution*. 1. Es greifen hier Unterschiede des Laien- und geistlichen Patronates Platz, hervorgehend aus dem Prinzip, wonach die Präsentation geistlicher Patrone unter den Gesichtspunkt der gewöhnlichen Collation gestellt worden ist. a) Der geistliche Patron hat eine sechsmonatliche, der Laienpatron nur eine viermonatliche Präsentationsfrist, b) der geistliche Patron geht seines Präsentationsrechtes für diesmal verlustig, wenn er wissentlich einen indignus präsentirt, der Laienpatron kann innerhalb der noch laufenden Frist nachpräsentiren, c) der Laienpatron hat das cumulativ wirkende *ius variandi*, in Gemässheit dessen er nach geschehener Präsentation in laufender Frist nachpräsentiren darf, wobei aber die frühere Präsentation bestehen bleibt. 2. Bei Compatronaten gilt der als präsentirt, auf den sich die relative Stimmenmehrheit der Patrone vereinigt hat. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Bischof. 3. Ist das Patronatrecht Gegenstand eines Rechtsstreites, so präsentirt der Quasi-Besitzer. Ist der Quasi-Besitz selbst streitig, so conferirt der Bischof frei. II. Der Patron hat die *cura beneficii providentialis*, d. h. das Recht der Aufsicht, Abwehr und Vertretung, nicht dagegen ein positives Verwaltungsrecht, wo ihm nicht die Fundationsurkunde ein solches speciell einräumt. Bei Veränderungen der Pfründe ist daher, so weit dadurch das Patronatrecht berührt wird, die Einwilligung des Patrones nothwendig. III. Der schuldlos verarmte Patron hat Anspruch auf Alimentation aus dem Kirchenvermögen, so weit dasselbe sufficient ist[2]. IV. Er geniesst gewisse nach Herkommen verschiedenartige Ehrenrechte, für deren Ausübung seine Confession mit in Frage kommt[3].

§. 99. 1) *A. Preuss. Landr. II*, 11, §. 393: Die Präsentation zu einem erledigten Pfarramt muss innerhalb sechs Monaten von Zeit der Erledigung geschehen.

2) *A. Preuss. Landr. II*, 11, §. 595: Verarmte Patrone genugsam dotirter Kirchen haben aus dem Kirchenschatze nothdürftigen Unterhalt zu fordern. §. 396. Doch ist die Kirche zu dieser Kompetenz nur insofern verpflichtet, als die Einkünfte des Vermögens, womit sie dotirt worden, nach Abzug aller zu Unterhaltung ihrer Anstalten erforderlichen Ausgaben dazu hinreichen. §. 597. Auch tritt die Verbindlichkeit der Kirche nur alsdann ein, wenn ausser ihr Niemand mehr vorhanden ist, der zur Ernährung des verarmten Patrons nach den Gesetzen verpflichtet wäre.

3) *A. Preuss. Landr. II*, 11, §. 586: Dem Patron als Wohlthäter und Erhalter der Kirche, kommen in Ansehung derselben gewisse Ehrenrechte zu. §. 587. Er hat das Recht, bei Erledigung der Pfarrstelle den neuen Pfarrer zu präsentiren (§. 327 sqq.). §. 588. Er ist befugt, seinen Kirchstuhl im

§. 100. D. Untergang des Patronatrechtes.

Das Patronatrecht geht unter: 1. durch Suppression der Pfründe; es wird wenigstens modificirt durch die *unio per subiectionem*. 2. Durch *usucapio libertatis* oder Usucapion des Patronatrechts durch einen Dritten. Wird nur die Freiheit von der Präsentation usucapirt, so bleiben die übrigen Patronatsbefugnisse bestehen. 3. Verzicht, ausser wenn mit dem Patronatrecht eine Kirchenbaulast verbunden ist. 4. Verwirkung, wenn der Patron den Wiederaufbau einer verfallenen Kirche verweigert, in das Kirchenvermögen eingreift, sein Patronatrecht simonistisch veräussert, den Geistlichen thätlich verletzt.

§. 101. E. Das landesherrliche Patronatrecht.

Hinschius, D. Landesherrl. Patronatr., Berlin 1856. Derselbe, In Ztschr. f. K.-R. II, 412 ff. Schulte, In Arch. f. kathol. K.-R. VII, 215 ff. XIV, 147 ff. Bluhme, In Ztschr. f. K.-R. IV, 46 ff.

Nach der Säcularisation der Stifter und Klöster haben die Landesherrn innerhalb der neu gewonnenen bischöflichen und Stiftsgebiete nicht nur die den säcularisirten Rechtssubjecten zustehenden Patronatrechte, sondern auch das bischöfliche Collationsrecht in Anspruch genommen. Zur Rechtfertigung ist die irrige Theorie vertheidigt worden, dass der Bischof auch nur qua Landesherr oder patronus conferirt habe, und diese Theorie ist gestützt worden durch das hinfällige Argument, dass der Bischof wie der Patron die Baulast tragen müsse. Richtig ist nur: 1. dass wenn dem bischöflichen Vermögen (*mensa*) Patronatrechte zustanden, diese auf die säcularisirenden Fürsten als Besitznachfolger übergegangen sind. 2. Sind Kirchen aus Stifts- oder Klostergut erbaut, oder patronatberechtigte Güter durch Schenkung an Stifter oder Klöster gekommen, so unterliegt der Uebergang des Patronatrechts auf den Säcularisator gleichfalls keinem Bedenken, 3. waren die Kirchen den Stiftern nicht so incorporirt, dass diese selbst Pfarrer waren und sich durch Vicarien vertreten liessen (*plenissimo iure*), sondern nur so, dass sie dem Bischof einen Pfarrer zu präsentiren hatten, so ist bei der Gleichartigkeit dieser Befugniss mit der patronatischen Präsentation gleichfalls der Uebergang der Präsentationsbefugniss auf den Säcularisator anzunehmen. 4. Die persönlichen Patronate der aufgehobenen geistlichen Rechtssubjecte sind untergegangen. — Nachdem durch die Theorie diese Sätze entwickelt, und die Auffassung, dass dem Staat aus seinem Hoheitsrechte die Besetzung sämmtlicher nicht einem Privatpatronat unterworfenen Pfründen gebühre, als haltlos hingestellt worden ist, haben meistens auch die unter der Herrschaft der falschen Theorien entwickelten Verhältnisse[1] eine dem Recht entsprechende Abänderung

Chore oder sonst an einem vorzüglichen Orte der Kirche zu haben. §. 589. Der Patrone und ihrer Familien muss im öffentlichen Kirchengebete besonders gedacht werden. §. 590. Auch bei der Beerdigung gebührt dem Patrone, seiner Ehefrau, ehelichen Abkömmlingen und bei ihm wohnenden Seitenverwandten ein Platz in dem Begräbnissgewölbe. §. 591. Kann in diesem Beerdigung nach den Gesetzen des Staats nicht stattfinden, so kann der Patron die unentgeltliche Anweisung einer vorzüglichen Stelle auf dem der Kirchengesellschaft zustehenden Begräbnissplatze fordern (§. 185). §. 592. Auch ist er berechtigt, Ehrenmäler für sich und seine Familie in der Kirche zu errichten. §. 593. Bei seinem und seiner Ehegattin Absterben findet durch den nach jedes Orts Gewohnheit bestimmten Zeitraum das Trauergeläute statt. §. 594. Wo die Kirchentrauer für den Patron und seine Familie bei deren Absterben hergebracht ist, hat es dabei auch ferner sein Bewenden.

§. 101. 1) *Badisches Constit.-Edikt.* v. 1807 *no.* 13: Die Kirchengewalt benennt für sich die nach Gutfinden wandelbaren Gehülfen der angestellten Kirchen- und Schuldiener; hingegen die Ernennung jener ständischen Kirchen- oder Schulbeamten, welche eine eigens dazu gewidmete Pfründe oder sonst

erfahren[2]. Uebrigens ist die an und für sich gerechtfertigte, auch z. B. durch die *Preussische Verfassungsurkunde* verheissene gänzliche Aufhebung des Patronatrechtes noch nirgends in Deutschland eingetreten.

7. Die ausserordentliche Verleihung.

§. 102. A. Das Devolutionsrecht.

Kremski, De iure devolutionis in provid. benef., Berol. 1853.

Falls der Provisionsberechtigte in vorgeschriebener Frist entweder gar nicht, oder schuldhafter Weise einem unfähigen Subjecte, oder mit Verletzung der vorgeschriebenen Form verleiht, so tritt für diesmal ipso iure der nächsthöhere Kirchenobere für ihn ein, ohne dass dieser Subjectwechsel die objective Natur des Rechtes irgendwie veränderte. (*devolutio fit cum qualitatibus et personis, quae erant in prima collatione.*) Die Devolution an den Metropoliten greift nur ausnahmsweise Platz, namentlich nicht bezüglich der Bischofswahl, bei welcher die Devolution an den Papst eintritt; doch hat in einzelnen Circumscriptionsbullen der neueren Zeit der Papst auf dieses Recht Verzicht geleistet, und dem Capitel die Vornahme einer neuen Wahl gestattet.

§. 103. B. Die päpstlichen Reservationen.

Barthel, Tr. de concordatis Germaniae ... exhibens Commentarium in eorundem textum et literam, Wirceb. 1762 4. (Opusc. T. III.) Schloer, Disc. ad concord. Germ. de reservatione beneficiorum et dignitatum ap. sed. apost. ... per obitum ... vacantium ... Mogunt. 1762 4. Ders., Diss. de reservatione beneficiorum ex qualitate personae etc., ib. 1765 4. Ders., Diss. de electione archi — et episcoporum in Germania, s. de reservatione apostolica dignitatum ex qualitate vacationis ad textum concordatorum, electione cassata, postulatione non admissa, ib. 1767 4. Ders., Diss. de reservatione beneficiorum et dignitatum ex qualitate vacationis per resignationem, Francof. 1777 4. Ders., Diss. de reservatione beneficiorum et dignitatum ex qualitate vacationis per promotionem vel translationem, Heidelberg. 1779 4. Gregel, De juribus nationi Germanicae ex acceptatione decretorum Basileensium quaesitis, per concordata Aschaffenburgensia modificatis aut stabilitis, Mogunt. 1787 4. und in Gratz, Contin. thes. jur. eccl.

Den ältesten Einfluss übten die Päpste auf die Besetzung von Pfründen, indem sie an die Provisionsberechtigten Empfehlungen erliessen[1], und sehr

ein vom Staate gesichertes Dienstgehalt haben, kommt ihr nicht zu; sondern diese gebührt dem jeweiligen Staatsregenten in der verfassungsmässigen Form, so weit nicht durch besonders bestätigte Abkommnisse der Pfarr- oder Schulsatz einem Dritten rechtmässig erworben wird oder ferner zugesichert ist.

§. 101. 2) *Baier. Concordat Art.* 9: Rex Bavariae ad ea beneficia tam parochialia quam curata ac simplicia praesentabit, ad quae ex legitimo iure patronatus, sive per dotationem, sive per fundationem, sive per constructionem acquisito, eius antecessores Duces et Electores praesentabant. — Praeterea Maiestas Sua praesentabit ad ea beneficia, ad quae corporationes ecclesiasticae actu non existentes praesentabant. — Subditi Maiestatis Suae, qui iure patronatus legitime, ut supra, gaudent, ad beneficia respectiva tam parochialia quam curata ac simplicia huiusmodi iuri patronatus subiecta praesentabunt. — Archiepiscopi vero et Episcopi praesentatis debita requisita habentibus, praemisso circa doctrinam et mores examine ab ipsis Ordinariis instituendo, si de parochialibus aut de curatis beneficiis agatur, Canonicam dabunt institutionem. — Praesentatio autem ad omnia ista beneficia intra tempus a Canonibus praescriptum fiet, secus ea libere ab Archiepiscopis conferentur. — Reliqua vero beneficia omnia tam parochialia quam curata ac simplicia, quae antecessores Antistites octo Ecclesiarum Regni Bavariae conferebant, libere ab Archiepiscopis et Episcopis personis Maiestati Suae gratis conferentur.

§. 103. 1) *Hadrian IV. an Erzb. Theobald von Paris:* Quoniam de devotione et fidei sinceritate quam erga sacrosanctam Romanam ecclesiam et nos ipse habere dinosceris, plenam fiduciam obtinemus: fraternitatem tuam pro his qui nobis cari sunt et accepti, rogare non dubitamus. Quanto autem dilectus filius noster Hugo, carissimi filii nostri illustris Francorum regis cancellarius, matri tuae sacrosanctae Romanae ecclesiae et nobis ipsis devotus sit et fidelis, quantum pro ipsius honore solicitus permaneat et attentus: et nos

bald die Beachtung derselben mit Zwang durchsetzten[2. 3]. Daneben aber nahmen sie die Besetzung ganzer Klassen von Kirchenämtern als eine ihnen aus der Fülle ihrer Gewalt gebührende Befugniss seit *Clemens IV.* (*c. 2. de praeb. in VI^to^. 3, 4.*) in Anspruch. Namentlich gegen die ungemessene Ausdehnung dieses Rechtes, wie dasselbe in den Extravaganten Iohanns XXII. (*Ex debito c. 4. de elect. in Extrav. comm. I, 3.* und *Execrabilis c. 4. de praeb. ib. III, 2.*), *Benedicts XII.* (*Ad regimen c. 13. de praeb. ib. III, 2.*) und den Canzleiregeln festgesetzt war und zur grössten namentlich auch finanziellen Belästigung der Kirche ausgeübt wurde, reagirten die Concilien des fünfzehnten Jahrhunderts; aber das *Wiener Concordat*[4] stellte die vom *Baseler* Concil wesentlich beschränkten Reservationen in dem Umfange wieder her, dass dem Papste zugestanden wurde: die Besetzung 1. der durch Ableben der Inhaber innerhalb der römischen Bannmeile (Umkreis von zwei Tagereisen) vacant werdenden Aemter mit Ausschluss der Laien-Patronate, 2. der Aemter der im Dienst verstorbenen Curialbeamten, 3. der Aemter, die erledigt sind durch Absetzung oder Versetzung ihres Inhabers Seitens des Papstes, oder durch den an päpstliche Zustimmung gebundenen Verzicht desselben, 4. der Wahlpfründen bei cassirter electio oder nicht gewährter postulatio, 5. der Beneficien, die dadurch erledigt werden, dass der Papst den Inhaber zu einer *maior dignitas* befördert oder ihm ein *beneficium incompatibile* verleiht, 6. der übrigen Kirchenämter, die in den ungeraden Monaten vacant werden (*Januar, März, Mai, Juli, September, November*) mit Ausnahme der Stiftsdignitäten, zu welchen

ipsi cognoscimus, et prudentiam tuam non credimus ignorare. Inde est, quod illum fraternitati tuae duximus plurimum commendandum, rogantes attentius quatenus pro B. Petri et nostrarum reverentia litterarum, primum personatum vel honorem qui in tua vacabit ecclesia, ei concedas: ut et ipse nostras sibi preces sentiat fructuosas, et nos de nostrarum precum admissione gratiarum tibi debeamus exsolvere actiones. Datum Laterani, Kal. Nov.

§. 103. 2) *C. 39. X. de resid.* (1, 3. *Innoc. III.*): Literis apostolicis ad vos directis, vt G. clericum reciperetis in canonicum et in fratrem, nisi pro alio fuisset per nos ecclesia vestra grauata mandatum nostrum vos exequi volumus et mandamus non obstante, quod T. subdiaconum per nostras literas executorias recepistis, qui a bonae memoriae H. prae. nostro monitorias impetrauit. Cum factum prae. nostri potius, quam nostrum fuerimus prosecuti.

3) *Alex. IV. Urk. v.* 1255 *an das Domcapitel von Strassburg:* Paci et tranquillitati vestre paterna volentes sollicitudine providere, auctoritate vobis presentium indulgemus, ut ad receptionem vel provisionem alicuius in canonicum ecclesie vestre compelli non possitis per litteras a sede apostolica, seu legatis eius impetratas et de cetero impetrandas, que de indulgentia huiusmodi plenam et expressam non fecerint mentionem.

4) *Concordatum inter Nicolaum V. et Federicum III. ex Bulla „Ad sacram."* 1447: Placet etiam nobis, quod per quamcumque aliam reservationem gratiam expectativam, aut quamvis aliam dispositionem, sub quacumque verborum forma, per nos vel auctoritate nostra factam vel faciendam, non impediamus nos, quo minus de illis cum vacabunt de Februarii, Aprilis, Iunii, Augusti, Octobris, et Decembris mensibus, libere disponatur per illos, ad quos eorum collatio, provisio, praesentatio, electio, seu quaevis alia dispositio pertinebat: reservatione, aliave quavis dispositione auctoritate nostra factis vel faciendis, non obstantibus quibuscumque. Quoties vero aliquo vacante beneficio in Ianuarii, Martii, Maii, Iulii, Septembris, et Novembris mensibus specialiter dispositioni dictae Sedis reservatis non apparuerit infra tres menses a die notae vacationis in loco beneficii, quod alicui de illo Apostolica auctoritate provisum fuerit, ex tunc et non antea Ordinarius vel alius, ad quem illius dispositio pertinebit, de illa libere disponere poterit, et ad finem ut haec Ordinatio collationum beneficiorum non reservatorum per alternos menses possit per dictam nationem publicari, et omnes qui ea gaudere voluerint, tempus congruum habeant eam acceptandi, tunc quoad dictam Sedem, a Kalendis Iunii, proxime futuris ipsa currere incipiet, et durabit deinceps, nisi in futuro Concilio de consensu dictae nationis aliter fuerit ordinatum. Siehe auch Anhang no. XIV.

die Praxis noch die Laien-Patronate gefügt hat. Die meisten dieser Reservationen sind heute in Deutschland fortgefallen. In *Oesterreich* alle durch *Joseph II.* aufgehoben, sind sie im Concordate nur im beschränkten Masse wiederhergestellt[5], in *Preussen* sind sie anerkannt für Bisthümer die in curia erledigt werden, für die Propsteien und die Canonicate in den päpstlichen Monaten, in *Baiern* für die Propsteien.

§. 104. 8. Die Cumulation der Kirchenämter.

Der alte Satz, dass Niemand mehrere kirchliche Aemter gleichzeitig besitzen dürfe, ist für dignitates und Pfarrämter im Mittelalter ausgesprochen[1-3] und vielfach verletzt worden, bis er im *Tridentinum* seine endgültige Formulirung gefunden hat[4. 5], die dann freilich wieder durch die Praxis modificirt

§. 103. 5) *Oesterr. Concordat Art.* 22: In omnibus Metropolitanis seu Archiepiscopalibus suffraganeisque Ecclesiis Sanctitas Sua primam dignitatem conferet, nisi patronatus laicalis privati sit, quo casu secunda substituetur.

§. 104. 1) *c.* 5. *C. Tolet. XVI. ao.* 693 (*c.* 3. *C. X. qu.* 3.): Sed et hoc necessarium instituere duximus, ut plures ecclesiae uni nequaquam conmittantur presbitero, quia solus per totas ecclesias nec offitium ualet persoluere, nec rebus earum necessariam curam inpendere, ea scilicet ratione precipimus, ut ecclesia, que usque ad decem habuerit mancipia, super se habeat sacerdotem, que uero minus aliis coniungatur ecclesiis. Si quis sane episcoporum hanc nostram institutionem paruipenderit, duorum mensium spatio se nouerit excommunicatione mulctari.

2) *C. Lateran. III.* 1179 (*c.* 3. *X.* 3, 4): Quia nonnulli modum auaritiae non ponentes, dignitates diuersas ecclesiasticas et plures ecclesias paroeciales, contra sacrorum canonum instituta nituntur accipere, ut cum unum officium vix implere sufficiant, stipendia sibi vindicent plurimorum: ne id de caetero fiat, districtius inhibemus. Cum igitur ecclesia vel ecclesiasticum ministerium committi debuerit, talis ad hoc persona quaeratur, quae residere in loco, et curam eius per seipsam valeat exercere. Qaod si aliter actum fuerit: et qui receperit, quod contra sacros canones accepit, amittat: et qui dederit, largiendi potestate priuetur.

3) *C. Lateran. IV.* 1215 (*c.* 28. *X.* 3, 5): De multa prouidentia fuit in Lateranen. concilio prohibitum, ut nullus diuersas dignitates ecclesiasticas, vel plures ecclesias paroeciales reciperet contra sacrorum canonum instituta, alioquin recipiens, sic acceptum amitteret, et largiendi potestate conferens priuaretur. Quia vero propter praesumptiones et quorundam cupiditates, nullus hactenus aut rarus de praedicto statuto fructus provenit, nos euidentius et expressius occurrere cupientes: Praesenti decreto statuimus, ut quicunque receperit aliquod beneficium curam habens animarum adnexam, si prius tale beneficium habebat, eo sit ipso iure priuatus: et si forte illud retinere contenderit, etiam alio spolietur. Is quoque, ad quem prioris spectat donatio, illud post receptionem alterius libere conferat, cui merito viderit conferendum: et si ultra sex menses conferre distulerit, non solum ad alios secundum Lateran. concilii statutum eius collatio deuoluatur, verum etiam tantum de suis cogatur prouentibus ir utilitatem ecclesiae, cuius est illud beneficium adsignare, quantum a tempore vacationis ipsius, constiterit esse perceptum. Hoc idem et in personalibus esse decernimus obseruandum: addentes ut in eadem ecclesia nullus plures dignitates, aut personatus habere praesumat, etiam si curam non habeant animarum. Circa sublimes tamen et literatas personas, quae maioribus beneficiis sunt honorandae: cum ratio postulauerit, per sedem apost. poterit dispensari.

4) *C. Trident. Sess. VII. de reform. c.* 2: Nemo, quacunque etiam dignitate, gradu aut praeeminentia praefulgens, plures metropolitanas seu cathedrales ecclesias in titulum sive commendam, aut alio quovis nomine contra sacrorum canonum instituta recipere et simul retinere praesumat, quum valde felix sit ille censendus, cui unam ecclesiam bene ac fructuose et cum animarum sibi commissarum salute regere contigerit. Qui autem plures ecclesias contra praesentis decreti tenorem nunc detinent, una, quam maluerint, retenta, reliquas infra sex menses, si ad liberam sedis apostolicae dispositionem pertineant, alias infra annum dimittere teneantur; alioquin ecclesiae ipsae, ultimo obtenta duntaxat excepta, eo ipso vacare censeantur. *c.* 4: Quicunque de cetero plura curata aut alia incompatibilia beneficia ecclesiastica sive per viam unionis ad vitam, seu commendae perpetuae, aut alio quocunque nomine et titulo contra formam sacrorum canonum et praesertim constitutionis Innocentii III., quae incipit: *De*

worden ist. Danach werden die Beneficien eingetheilt in *compatibilia*, die zusammen von einem Subjecte besessen werden können (Pfarrpfründe und Caplaneipfründe) und *incompatibilia;* die letzteren sind aber entweder *inc. in primo genere:* die Annahme des zweiten Beneficium hat ipso iure den Verlust des ersten zur Folge, oder *in secundo genere:* durch Sentenz des Richters wird dem Beneficiaten, welcher zwei derartige Beneficien zu behalten versucht, eines entzogen. Zu der ersteren Kategorie gehören zwei Bisthümer, zwei Aemter an derselben Kirche mit gleichartigen Functionen (*beneficia uniformia sub eodem tecto*), zur anderen die übrigen Beneficien, deren Inhaber zur Residenz verpflichtet ist.

§. 105. 9. Die Erledigung der Kirchenämter.

Die Erledigung der Kirchenämter tritt ein, I. zunächst ipso iure durch Annahme eines *benef. incompatibile*, Nicht-Erwerb des für das Amt nothwendigen ordo in vorgeschriebener Frist, Verheirathung eines clericus minor, Professleistung in einem Kloster und Confessionswechsel. II. Sie kann aber auch erfolgen durch Verzicht des Beneficiaten, der freilich bei der innigen Verbindung, welche zwischen dem Amt und dem Beamten angenommen wird, nur aus dringenden Gründen (*Debilis, ignarus, male conscius, irregularis, Quem mala plebs odit, dans scandala cedere possit*) mit Genehmigung des iudex ordinarius, aus freiem Willen, unentgeltlich und unbedingt erfolgen soll. Aber gerade in letzterer Beziehung kommen vielfache Abweichungen vor. Dahin gehören die *renunciatio in favorem tertii*, die der päpstlichen Genehmigung bedarf[1], indessen ungültig wird, wenn der Resignant innerhalb 20 Tagen nach Abgabe des Verzichtes stirbt, und in Deutschland theils verboten (*Oesterreich, Baiern*), theils ausser Uebung ist, die gleichfalls nicht übliche *res. salvo regressu*,

multa, recipere ac simul retinere praesumpserit, beneficiis ipsis iuxta ipsius constitutionis dispositionem ipso iure, etiam praesentis canonis vigore, privatus exsistat.

§. 104. 5) *C. Trident. Sess. XXIV. de reform. c.* 17: Quum ecclesiasticus ordo pervertatur, quando unus plurium officia occupat clericorum, sancte sacris canonibus cautum fuit, neminem oportere in duabus ecclesiis conscribi. Verum quoniam multi improbae cupiditatis affectu se ipsos, non Deum, decipientes, ea, quae bene constituta sunt, variis artibus eludere, et plura simul beneficia obtinere non erubescunt: sancta synodus debitam regendis ecclesiis disciplinam restituere cupiens, praesenti decreto, quod in quibuscunque personis, quocunque titulo, etiam si cardinalatus honore fulgeant, mandat observari, statuit, ut in posterum unum tantum beneficium ecclesiasticum singulis conferatur. Quod quidem, si ad vitam eius, cui confertur, honeste sustentandam non sufficiat, liceat nihilominus aliud simplex sufficiens, dummodo utrumque personalem residentiam non requirat, eidem conferri. Haeque non modo ad cathedrales ecclesias, sed etiam ad alia omnia beneficia, tam saecularia quam regularia quaecunque, etiam commendata, pertineant, cuiuscunque tituli ac qualitatis existant. Illi vero, qui in praesenti plures parochiales ecclesias, aut unam cathedralem et aliam parochialem obtinent, cogantur omnino, quibuscunque dispensationibus ac unionibus ad vitam non obstantibus, una tantum parochiali vel sola cathedrali retenta, alias parochiales infra spatium sex mensium dimittere. Alioquin tam parochiales quam beneficia omnia, quae obtinent, ipso iure vacare censeantur, ac tanquam vacantia libere aliis idoneis conferantur, nec ipsi antea illa obtinentes tuta conscientia fructus post dictum tempus retineant. Optat autem sancta synodus, ut resignantium necessitatibus commoda aliqua ratione, prout summo Pontifici videbitur, provideatur.

§. 105. 1) *Regulae cancell.* §. 19: Item voluit, quod si quis in infirmitate constitutus resignaverit, sive in romana curia, sive extra illam, aliquod beneficium, sive simpliciter, sive ex causa permutationis, vel alias dimiserit, aut illius commendae cesserit seu ipsius beneficii unionis dissolutioni consenserit etiam vigore supplicationis, dum esset sanus signatae, et postea infra viginti dies a die peipsum resignantem praestandi consensus computandos, de ipsa infirmitate decesserit, et ipsum beneficium quavis auctoritate con-

die *res. cum reservatione pensionis,* die unter Vorhandensein der allgemeinen Pensionsbedingungen dort zulässig ist, wo keine besonderen Pensionsfonds bestehen, und endlich der Tausch, der mit Genehmigung des ordinarius, ohne Simonie zum Heile der Kirche vollzogen werden darf. III. Aber auch durch Versetzung des Beneficiaten kann ein Kirchenamt erledigt werden und zwar mit oder gegen den Willen desselben. Die Lösung des Bandes zwischen Bischof und Diöcese konnte früher nur durch die Provinzialsynode[2], später unter päpstlicher Zustimmung[3], und seit dem XII. Jahrhundert allein durch den Papst erfolgen. Sie kann auch de iure gegen den Willen des Bischofs geschehen, was indessen nicht praktisch ist. Die Versetzung der niederen Beneficiaten erfolgt durch den Bischof, bedarf indessen — ausser wenn sie als Disciplinarstrafe aufzufassen ist — der Zustimmung des Beneficiaten, falls er kanonisch investirt ist[4-7]; doch kann sie auch aus wichtigen Gründen nach Befragung des Capitels gegen den Willen des Beneficiaten verfügt werden. Das Institut der ad nutum amovibelen, und darum auch versetzbaren französischen Succursalpfarrer ist in Deutschland beseitigt.

Zweite Abtheilung.
In der evangelischen Kirche.

§. 106. 1. Die Bedingungen der Verleihung.

Harless, D. theol. Candidatenprüfungen in A. K.-Bl. XII, 423 ff. XIV, 475 ff. Ueber d. Erfordern. d. Indigenates A. K.-Bl. XIV, 436 ff.

Die Bedingungen der Verleihung sind im theilweisen Anschluss an die Bestimmungen des kanonischen Rechtes über die Ordinations- und Provisionsvoraussetzungen dahin ausgebildet worden, dass gefordert wird[1]: 1. Integrität

feratur per resignationem sic factam collatio huiusmodi sit nulla, ipsumque beneficium nihilominus per obitum censeatur vacare.

§. 105. 2) *c.* 37. *C. VII. qu.* 1. (*Statt. eccl. antiq.*): Episcopus de loco ignobili ad nobilem per ambitionem non transeat, nec quisquam inferioris ordinis clericus. Sane si utilitas ecclesiae poposcerit, decreto pro eo clericorum et laicorum episcopis porrecto, in presentiam sinodi transferatur, nichilominus alio in loco eius episcopo subrogato. Inferioris uero gradus sacerdotes uel alii clerici concessione suorum episcoporum possunt ad alias ecclesias transmigrare.

3) *Hincmar. Rem. de translat. episcopor.*: Si autem causa certae necessitatis vel utilitatis exegerit, ut quilibet episcopus de civitate, in qua ordinatus est, ad aliam civitatem transferatur, synodali dispositione vel apostolicae sedis consensione .... fieri debet. Vgl. oben §. 13.

4) *A. Preuss. Landr. II,* 11. §. 528: Einem Pfarrer, der sein untadelhaft geführtes Amt wegen Alters oder Krankheit niederlegen muss, gebührt ein lebenswieriger Gnadengehalt. §. 529. Bei ermangelnder Vereinigung über den Betrag und Fonds desselben muss das Gehalt auf ein Drittel der sämmtlichen Pfarreinkünfte nach einem gemässigten Anschlage festgesetzt, und der Nachfolger zu dessen Entrichtung auf die §. 519. bestimmte Art angewiesen werden.

5) *K. Baier. Entschliess. v.* 30. *Dez.* 1810: Auch wiederholen Wir Unsere Entschliess. (vom 14. Febr. 1803) wodurch die Resignationen der Pfarreien an ein bestimmtes Subject verboten sind, und wollen, dass sich darnach geachtet werden soll.

6) *K. Baier. Min.-Rescript vom* 3. *Juni* 1808: S. K. M. tragen der Landesdirektion auf, in Zukunft keinen wirklichen Pfarrer mehr zur Versetzung auf eine andere Pfarrstelle zu begutachten, welcher sich nicht nach der vorausgegangenen Bekanntmachung bestimmt um dieselbe gemeldet hat.

7) *Verordn. d. Erzb. v. Freib. v.* 30. *Nov.* 1861: Mit dem Tage der geschehenen Investitur tritt der Pfründner in den Pfründgenuss, und erwirbt ein ius in re an der Pfründe, das er gegen seinen Willen nur durch ein canonisches Urtheil verlieren kann.

§. 106. 1) *Sächs. Kirchenordnung von* 1580: Sollen sie auch fleissig erfahren seine Gaben, damit er von Gott zu lehren durch den Heiligen Geist gezieret, und zum Dienst der Kirche ausgerüstet. Ob er beredt, eine

des sittlichen Rufes, 2. aetas canonica, 3. wissenschaftliche Bildung. Dass diese auf einem besonderen klerikalen Bildungswege erlangt werde, verlangt die Kirche nicht; die Candidaten des geistlichen Standes haben sich gewöhnlich zweien Prüfungen[2] (*pro candidatura* und *pro ministerio*), in einigen Ländern auch dreien zu unterwerfen, 4. unsimonische Erlangung des Amtes, 5. Uebereinstimmung mit dem Glauben der Kirche, worauf die Prüfung sich mit zu erstrecken hat. Früher wurde auch die Ableistung eines Religionseides[3. 4], und heute wird noch zuweilen Unterzeichnung der Bekenntnissschriften verlangt. 6. Die vom Staate aufgestellten Bedingungen sind mit den für die katholischen Geistlichen geltenden identisch.

§. 107. 2. Die Verleihung der Pfarrämter.

Stachow, De iur. can. quod ad ius patronat. spectat in terr. Protestant. usu ac non usu, Berol. 1865. Hellmar, D. Patronat n. preuss. Landes- u. Provinzialrecht, Leipzig 1850.

Wenngleich die Reformatoren in Bezug auf die Besetzung der Pfarrämter den Gemeinden das Wahlrecht zusprechen, und dies auch mehr historische Begründung hat, als jede kirchenregimentliche Besetzung, so ist die evangelische Kirche doch nicht zu einer Rechtsbildung gelangt, welche sich vom kanonischen Recht befreit hätte. Vielmehr wurde theils mit dem Uebergang des Kirchenregimentes auf den Landesherrn auch das bischöfliche Recht der Verleihung der Pfründen als übertragen angenommen, theils die Beschränkung durch das Patronatrecht beibehalten[1]. Aber andererseits wurde doch auch die Betheiligung der Gemeinde mit dem Verleihungsact in Verbindung gebracht, und jener mindestens zugestanden, den Providirten aus gerechten Gründen abzulehnen. Hieraus ergeben sich folgende Grundsätze: 1. Regelmässig erfolgt die Besetzung der Pfarrämter durch Ernennung Seitens des Kirchenregiments (*libera collatio*), 2. diese Freiheit kann beschränkt sein[2-4] sowohl

starke oder weiche Stimme habe, starken Leibes, oder ein Valetudinarius sey, auf dass er, nach denselben mit Nutz der Kirchen an sein gebührend Ort möge befördert werden.

§. 106. 2) *Sächs. Regulativ v.* 22. *Sept.* 1835: — hat das ev. Landes-Consistorium 1. die Wahlfähigkeitsprüfungen der Candidaten, 2. die Prüfungen der Designaten pro munere, 3. die Colloquien mit den designirten Superintendenten vorzunehmen.

3) *Sächs. Verordn. v.* 18. *Mai* 1862: Ich N. N. schwöre hiermit zu Gott etc. In Ansehung der Religion, dass ich bei der in hiesigen Landen angenommenen reinen Lehre der ev.-luther. Kirche, wie solche in der heiligen Schrift enthalten, in der ersten ungeänderten Augsb. Confession dargestellt und in den übrigen symbolischen Büchern der ev.-luther. Kirche wiederholt ist, beständig ohne Falsch verbleiben, ihr gemäss lehren, die Aufrechthaltung dieser Lehre, so viel an mir ist, fördern, und dafern ich mich in meinem Gewissen gedrungen fühlen sollte, von dem bei der evangelisch. Kirche angenommenen Lehrbegriffe bei meinen Lehrvorträgen abzuweichen, oder mich zu einer anderen Confession zu bekennen, solches ohne Anstand bei meinem Vorgesetzten anzeigen und darauf fernere Entschliessung erwarten will; so wahr etc.

4) *Sächs. Verordn. v.* 27. *Juli* 1871: Ich gelobe vor Gott, dass ich das Evangelium von Christo, wie dasselbe in der heil. Schrift enthalten, und in der ersten ungeänderten Augsburgischen Confession und sodann in den übrigen Bekenntnissschriften der ev.-luther. Kirche bezeugt ist, nach bestem Wissen und Gewissen lauter und rein lehren und verkünden will.

§. 107. 1) *A. Preuss. Landr. II*, 11, §. 568: Derjenige, welchem die unmittelbare Aufsicht über eine Kirche, nebst der Sorge für deren Erhaltung und Vertheidigung obliegt, wird der Kirchenpatron genannt.

2) *Badische Kirchenordn.* §. 95: Die Besetzung erledigter Pfarreien mit Ausnahme der Patronatsdienste ... geschieht in folgender Weise: die Bewerbung erfolgt beim Oberkirchenrathe. Dieser wählt unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Gemeinde, der Interessen der Landeskirche und der Ansprüche der Bewerber von diesen drei aus. Nachdem diese mit Genehmigung des Grossherzogs der Gemeinde genannt sind, und die-

durch das Patronatrecht, wie durch das Wahlrecht der Gemeinde, oder durch beide zugleich. 3. Wo die Gemeinde kein positives Präsentationsrecht hat, kommt ihr doch wenigstens das Recht zu, gegen Lehre, Leben und geistige Gaben des ihr bestimmten Pfarrers Einwendungen zu erheben, welche wenn begründet gefunden verhindern, dass der Gemeinde ein Missliebiger aufgedrungen werde. Um der Gemeinde die Möglichkeit zur Einsprache zu verschaffen, besteht die Einrichtung, dass der Designirte vom Superintendenten der Gemeinde zu einer *Probepredigt* vorgestellt, und damit direct die Aufforderung zur Geltendmachung etwaiger Einsprache verbunden wird[5]. 4. Den

selbe die erforderlichen Erhebungen gemacht hat, wird einer von der Kirchengemeindeversammlung gewählt. Der Gewählte wird dem Grossherzog präsentirt und von diesem zum Pfarrer ernannt. Um sich über die zur Auswahl bezeichneten Bewerber Aufschlüsse zu verschaffen, kann die Kirchengemeindeversammlung aus ihrer Mitte eine Deputation ernennen, welche die Bewerber an ihrem Wohnorte in Predigten und Katechisationen hört, und Erkundigungen einzieht. §. 96. Sind nicht mehr als drei Bewerber aufgetreten, so werden dieselben sämmtlich der Gemeinde zur Wahl genannt; der Gewählte wird dem Grossherzog präsentirt. Wird derselbe vom Grossherzoge nicht ernannt, so wird die Stelle aufs Neue zur Bewerbung ausgeschrieben und eine neue Wahl vorgenommen. Bleibt auch diese erfolglos, so kann die Stelle ohne Wahl vom Grossherzog besetzt werden. §. 97. Zur Wahl des Pfarrers ist die absolute Stimmenmehrheit sämmtlicher Wahlberechtigten erforderlich. Wird diese nicht erreicht, so wird die Pfarrei auf die Dauer eines Jahres verwaltet und nach Ablauf dieser Zeit eine nochmalige Wahl vorgenommen. Bleibt auch diese erfolglos, so wird die Stelle vom Grossherzog unmittelbar besetzt. §. 98. Die Wahl wird durch den vom Oberkirchenrathe bestellten Wahlkommissär unter Zuziehung von zwei Mitgliedern des Diöcesanausschusses geleitet. §. 99. Jedem, der als Bewerber aufgetreten, ist es verboten, Probepredigten zu halten, oder bei den Wählern um Stimmen zu werben, bei Strafe der Nichtigkeit der Wahl.

§. 107. 3) *Sächs. K.-Vorst.- u. Synodalordn.* §. 25: 1. Der Kirchenvorstand hat, so viel an ihm ist, dafür zu sorgen, dass nach Erledigung eines geistlichen Amtes dessen Wiederbesetzung rechtzeitig erfolge. 2. Vor jeder Designation eines Geistlichen ist der Collator verpflichtet, dem Kirchenvorstande Diejenigen, welche sich um das erledigte Amt beworben haben, oder auf welche er auch ohne Bewerbung sein Absehen zu richten gemeint ist, namhaft zu machen. 3. Hat hierauf der Kirchenvorstand binnen 4 Wochen Diejenigen bezeichnet, welche nach seiner Ansicht die Kirchengemeinde vorzüglich berücksichtigt zu sehen wünscht, so steht dem Collator die freie Wahl unter den sowohl von ihm als auch vom Kirchenvorstande Genannten zu. 4. Nach erfolgter Designation und nach abgehaltener Probepredigt des Designirten hat der Kirchenvorstand binnen längstens 8 Tagen nach letzterer sich Namens der Gemeinde darüber zu erklären, ob gegen des Designirten Person, Lehre, Wandel, abgelegte Probe oder sonst etwas Erhebliches einzuwenden sei, und wenn er Einwendungen zu machen findet, solche gehörig zu begründen. 5. Ein Verzicht auf die Probe ist nur dann zulässig, wenn solcher vom Kirchenvorstande in einer von mindestens zwei Drittheilen seiner Mitglieder besuchten Sitzung einstimmig beschlossen wird. 6. Glöckner, Kirchner, Cymbelträger und andere niedere Kirchendiener, insofern deren Stellen nicht mit Schulämtern verbunden sind, werden von dem Kirchenvorstande frei gewählt und von der Kirchinspection verpflichtet.

4) *Preuss. Ges. v.* 22. *Dec.* 1870 *betr. die Wahl der Pfarrer in der ev.-luther. Kirche der Prov. Hannover*, siehe Anhang no. XV.

5) *A. Preuss. Landr. II*, 11, §. 336: Ist die Gemeine mit dem Patrone über die Würdigkeit des von Letzterem ausgewählten Subjectes uneins, so müssen die vorgesetzten geistlichen Obern, ohne processualische Weitläufigkeiten, über die Erheblichkeit der Einwendungen entscheiden. §. 337. Wer rechtlich überführt wird, dass er sich durch Bestechungen oder andere unerlaubte Wege in ein geistl. Amt einzuschleichen gesucht habe, wird eines solchen Amtes auf immer unfähig. §. 338. Auf den blossen mit keinen erheblichen Gründen unterstützten Widerspruch einzelner Mitglieder der Gemeine soll keine Rücksicht genommen werden. §. 339. Wenn aber ein Subject wenigstens zwei Drittel der Stimmen sämmtlicher Gemeineglieder gegen sich hat, soll er zu der Pfarrstelle nicht anders zugelassen werden, als wenn sich bei der Untersuchung findet, dass der Widerspruch durch blosse Verhetzungen und Aufwiegelungen veranlasst worden. §. 340. Ist der Patron dem röm.-kath., die Gemeine aber

Besitz von Amt und Einkommen erwirbt der Beliehene durch *Introduction* von Seiten des Superintendenten. 5. Für Patronatrechte gelten im wesentlichen die kanonischen Grundsätze. Bei landesherrlichen Patronaten übt das Consistorium das Präsentationsrecht, aber auch gleichzeitig die Befugniss, in erster Instanz zu prüfen, ob die Einwendungen der Gemeinde begründet sind.

§. 108. 3. Die Ordination.

Kliefoth, Liturg. Abhandl. Bd. I. S. 341 ff., Rostock 1854. Jacobson, In theol. Studien und Kritiken, 1867 S. 244 ff.

Die Bekenntnissschriften fassen die Ordination als die förmliche Comprobatio auf, durch welche eine gewählte Person von der Kirche für wahlfähig und tüchtig zur Verwaltung des Lehramtes in einer Gemeinde erklärt wird. Denselben Standpunkt haben die älteren Kirchenordnungen, indem sie die Ordination als Einsetzung und feierliche Vorstellung vor der Gemeinde bezeichnen[1]. Später trat jedoch die Beziehung zur Kirche in den Vordergrund, und die Ordination wurde zwar noch immer als ein öffentliches Zeugniss, aber als ein Zeugniss nicht so vor der Gemeinde, wie vor der Kirche aufgefasst[2. 3], welche man sich in der Person des Superintendenten repräsentirt dachte. Hierdurch ergab sich eine Trennung der Ordination von der Einführung in das Amt, die später vorherrschend geworden ist. Aus dem Gange der Entwickelung erklären sich die folgenden Sätze[4]: 1. Die Ordination ist nicht bloss

dem protestantischen Glaubensbekenntnisse zugethan, oder umgekehrt, so muss der Patron wenigstens drei Subjecte zur Probepredigt zulassen. §. 341. Demjenigen unter diesen, welcher bei der Gemeine nach der Mehrheit der Stimmen derselben den vorzüglichsten Beifall hat, kann er die Vocation nicht versagen.

§. 108. 1) *Pommersche Kirchenordn.* 1535: Darnha up einen Sondach schal de sülvige predicant vor dem altare, so ydt eine Stadt ys, na der Epistel mit upleggínge der hende dorch de anderen predicanten, vnde etliche von der gemeene, unde de Oldesten angenamen werden unde der Kercken bevolen.

2) *Chemnitz loci theol. P. III. c.* 4. *no.* 1: Vocatio debet habere publicum ecclesiae testimonium. Et ritus ordinationis nihil aliud est, quam talis publica testificatio, vocatio illa in conspectu Dei et ipsius nomine declaratur esse legitima et divina. Et eo ritu, tanquam publica designatione seu renuntiatione ministerium consensu et approbatione totius ecclesiae vocato commendetur.

3) *Gerhard loc. theol. XXIV. c.* 3. *s.* 12. §. 139: Vocationis publica et solennis declaratio sive testificatio est ordinatio, per quam ministerium ecclesiasticum personae idoneae ad illud ab ecclesia vocata commendatur, ad quod eadem per preces et impositionem manuum consecratur, de legitima vocatione certior redditur et officii sui publice in totius ecclesiae conspectu sollenniter et graviter admonetur; propter quas causas ritum ordinationis in ecclesiis nostris inviolatum conservamus.

4) *Württemb. Synodal-Ausschr. v.* 15. *Nov.* 1854/9. *Jan.* 1855: Die Ordination, welche bisher nur in der württemberg. Kirche nicht im Gebrauche, in den fränkischen und den meisten reichsstädtischen Gemeinden aber . . . seit ihrem Eintritte in die diesseitige Landeskirche abgekommen war, ist von lange her theils von Seiten jener Gemeinden und ihrer Geistlichen zurückverlangt, theils als ein Bedürfniss für Solche, die in auswärtige Kirchendienste treten oder sich dem Berufe eines Missionärs widmen, erkannt worden, und stellt sich als eine sonst allgemein verbreitete kirchliche Sitte im Interesse sowohl der Verpflichtung der Candidaten für den kirchlichen Dienst als der kirchlichen Ordnung überhaupt und der Erbauung der Gemeinde wünschenswerth dar. . . §. 1. Die Ordination ist die feierliche Uebertragung des Predigtamtes und ermächtigt zur Vornahme der actus ministeriales . . . und zu amtlicher Seelsorge. Vor Empfang der Ordination darf ein von jetzt an zum erstenmal vocirter Candidat, die dringensten Nothfälle ausgenommen . . . nur zur Verkündigung des Wortes . . . verwendet werden. §. 3. Die Ordination wird unmittelbar vor dem Eintritt des Candidaten in amtliche Thätigkeit an einer Gemeinde und zwar von dem Decan derjenigen Diöcese, zu welcher diese Gemeinde gehört, oder durch Auftrag des Decans von einem anderen Pfarrer (oder Helfer)

ein liturgischer, sondern ein Act des Kirchenregimentes, der darum naturgemäss dem Superintendenten zugefallen ist. 2. Die Kirche kann nur für den Zeugniss ablegen, von dem sie weiss, dass er in ihrem Glauben stehe und nach Lehre und Wandel würdig sei. Hieraus folgt die Forderung, dass der Ordinandus die Zusage seines Glaubens thun solle. 3. Die Ordination verleiht keine übernatürlichen Gaben und keinen eigenthümlichen Charakter. Nichts desto weniger wird sie bei Amtsversetzungen nicht wiederholt, aber nur weil angenommen wird, dass das in ihr enthaltene Zeugniss so lange fortwirkt, bis es durch Amtsentsetzung entzogen wird. 4. Die Ordination knüpft sich an die Uebertragung eines bestimmten Amtes. Doch sind absolute Ordinationen z. B. bei Missionaren nicht ausgeschlossen. 5. Aus der Verschiedenheit der katholischen und protestantischen Ordination ergiebt sich, dass die Ordination eines katholischen Geistlichen bei seinem Uebertritt zur evangelischen Kirche in dieser nicht als fortwirkend angenommen werden kann.

§. 109. 4. Die Erledigung der Kirchenämter.

Die Erledigung eines evangelischen Kirchenamtes erfolgt, 1. durch den Tod, 2. durch Absetzung (vergl. §. 129.), 3. durch Entsagung, zu welcher die Genehmigung der kirchlichen Regierungsbehörde verlangt wird, 4. durch Versetzung, welche, wenn sie nicht als disciplinare Massregel auftritt, nur mit Zustimmung des Geistlichen geschehen darf[1], 5. durch Emeritirung wegen eingetretener Dienstunfähigkeit entweder auf Gesuch des Geistlichen, oder als Massregel der Kirchenbehörde. Der Emeritirte behält die Rechte des geistlichen Standes und bezieht, wo Parochialfonds fehlen, von dem Amtsnachfolger eine durch Particularrecht oder Abkommen bestimmte Quote seines früheren Gehaltes.

Viertes Capitel. Die kirchliche Gerichtsbarkeit.

I. Die streitige Gerichtsbarkeit.

Erste Abtheilung.

In der katholischen Kirche.

§. 110. 1. Umfang der Competenz.

Hebenstreit, Historia iurisdictionis ecclesiasticae ex legibus utriusque codicis illustrata, Diss. I—III., Lips. 1773 sqq. 4. Schilling, De origine iurisdictionis ecclesiasticae in causis civilibus, Lips. 1825 4. Jungk, De originibus et progressu episcopalis iudicii in causis civilibus laicorum usque ad Iustinianum, Berol. 1832. Turk, De iurisdictionis civilis per medium aevum cum ecclesiastica coniunctae origine et progressu, Monast. 1833. Dove, De iurisdictionis ecclesiasticae apud Germanos Gallosque progressu, Berol. 1855. Friedberg, De fin. reg. iud. p. 113 sqq. 140 sqp. Derselbe, Die Gränzen zwischen Staat u. Kirche (siehe Register). Molitor, Ueber kanon. Gerichtsverf. gegen Cleriker, Mainz 1856. Sohm, In d. Ztschr. f. K.-R. IX. 193 ff. Löning, Gesch. d. K.-R. I. II.

I. Nach der staatlichen Anerkennung der christlichen Kirche wurde den Bischöfen durch *Constantin* nicht nur dieselbe schiedsrichterliche Stellung

entweder in der Kirche des Ordinators oder in der Kirche, an welche der Ordinand durch seine Berufung gewiesen ist, kostenfrei vollzogen. §. 7. Die Anweisung zur Vornahme der Ordination eines Candidaten wird immer mit seiner ersten Berufung und mit Anordnung seiner Verpflichtung von Seiten des evangelischen Consistoriums ausgeschrieben werden.

§. 109. 1) *Grossherzogl. Hess. Verordn. v. 26. Jan.* 1856 §. 1.: Wird ein evang. Geistlicher gegen seinen Willen, jedoch nicht zur Strafe auf eine andere Stelle versetzt, so soll ihm auf der neuen Stelle kein geringeres Einkommen überwiesen werden als dasjenige seiner bisherigen Stelle beträgt.

übertragen, welche sie schon bisher den Grundsätzen christlicher Lehre gemäss factisch besessen hatten[1], sondern i. J. 331 erhielten sie auch eine wirkliche Gerichtsgewalt ohne Execution[2]. Wie diese Gerichtsgewalt der dem jüdischen Patriarchen durch kaiserliche Concession gewährten entsprach, so wurde sie auch mit dieser gleichzeitig[3] (398) beseitigt und auf die alte schiedsrichterliche Stellung reducirt. Aber wenigstens die Gerichtsbarkeit über Prozesse der Cleriker suchten die Bischöfe sich zu wahren, durch das an die Cleriker erlassene Verbot, vor weltlichem Forum zu streiten; indessen hatte diese Bestimmung keine für das weltliche Recht verbindliche Kraft, bis *Justinian*[4] die Klagen der Geistlichen unter einander und der Laien gegen Geistliche an das geistliche Forum wies. II. Ebenso wenig genoss die Kirche im *fränkischen* Reiche eine Gerichtsgewalt, und auch die Rechtssachen der Cleriker waren nur dann im bischöflichen Gericht zu entscheiden, wenn jene den Concilienschlüssen[5-7] gehorsam den Schiedsspruch des Bischofs suchten

§. 110. 1) *I. Brief Pauli an die Corinther VI*, 1: Wie darf jemand unter euch, so er einen Handel hat mit einem andern, hadern vor den Ungerechten und nicht vor den Heiligen?

2) Iudex pro sua solicitudine observare debebit, ut si ad episcopale iudicium provocetur, silentium accommodetur. Et si quis ad legem Christianam negotium transferre voluerit et illud iudicium observare, audiatur, etiamsi negotium apud iudicem sit inchoatum, et pro sanctis habeatur quicquid ab his fuerit iudicatum, ita tamen, ne usurpetur in eo, ut unus ex litigantibus pergat ad supradictum auditorium et arbitrium suum enunciet. Iudex enim praesentis causae integre habere debet arbitrium, ut omnibus accepto latis pronunciet. Dat. IX. Kal. Iul. Constant., Licin. Aug. et Crispo Caes. Coss. 318. (*constit. Sirmond. I.*). Quicunque itaque litem habens, sive possessor sive petitor erit, inter initia litis vel decursis temporum curriculis, sive quum negotium peroratur, sive quum iam coeperit promi sententia, iudicium elegit sacrosanctae legis antistitis, etiamsi alia pars refragatur, ad episcopum cum sermone litigantium dirigatur. Multa enim, quae in iudicio captiosae praescriptionis vincula promi non patiuntur, investigat et promit sacrosanctae ecclesiae auctoritas. . . . . Dat. III. Non. Mai. Const. (*constit. Sirmond. XVII.*).

3) *C.* 7. *Cod. Iust. de ep. aud. I.* 4: Si qui ex consensu apud sacrae legis antistitem litigare voluerint, non vetabuntur, sed experientur illius in civili duntaxat negotio more arbitri sponte residentis iudicium. Quod his obesse non poterit nec debebit, quos ad praedicti cognitoris examen coactos potius adfuisse (conventos potius abfuisse: Vulg.) quam sponte venisse constiterit. Dat. VI. Kal. Aug. Mediol (?) Honor. Aug. IV. et Eutychiano Coss. (398). Bestätigt in *Novella Valentiniani III. tit.* 34: De episcopali iudicio diversorum saepe causatio est. Ne ulterius querela procedat, necesse est praesenti lege sanciri. Itaque quum inter clericos iurgium vertitur, et ipsis litigatoribus convenit, habeat episcopus licentiam iudicandi, praeeunte tamen vinculo compromissi. Quod et laicis, si consentiant, auctoritas nostra permittit. Aliter eos iudices esse non patimur, nisi voluntas iurgantium interposita . . . condicione procedat, quoniam constat episcopos et presbyteros forum legibus non habere, nec de aliis causis . . . . . praeter religionem posse cognoscere. Si ambo eiusdem officii litigatores nolint vel alteruter, agant publicis legibus et iure communi. Sin vero petitor laicus, ... cuiuslibet loci clericum adversarium suum, si id magis eligat, per auctoritatem in publico iudicio respondere compellat.

4) *Novell. Iustin.* 123. *c.* 21: Si quis contra clericum quendam, aut monachum, aut diaconissam, aut ascetriam quandam actionem habeat, prius s. episcopum cui quilibet eorum subiectus est, edoceat, hic antem causam inter illos diiudicet. Ac si quidem utraque pars iudicatis acquiescat, iubemus, ut haec per iudicem illius loci plenae executioni tradantur. Si quis autem ex litigantibus intra X. dies sententiae contradicat tum loci magistratus causam cognoscat.

5) *c.* 32. *C. Aurel. III.* (538): Clericus cuiuslibet gradus sine pontificis sui permissu nullum ad saeculare iudicium praesumat attrahere, neque laico inconsulto sacerdote clericum in saeculare iudicium liceat exhibere.

6) *c.* 8. *C. Matiscon. I.* (581): Ut nullus clericus ad iudicem saecularem quemcumque alium fratrem de clericis accusare aut ad causam dicendam trahere quocumque modo praesumat sed omne negotium clericorum aut in episcopi sui aut in presbyterorum vel archidiaconi praesentia finiatur: quod si quicumque clericus hoc implere distulerit, si iunior fuerit, uno minus de quadraginta ictus

und sich ihm fügten. Erst i. J. 614 erlangte die Kirche wenigstens so viel, dass dem weltlichen Richter verboten wurde, Cleriker seinem Gerichte zu unterwerfen, bevor der Versuch einer gütlichen Vereinigung durch den Bischof gemacht worden sei. III. Eine Reaction gegen diesen Rechtsstand ist schon im Frankenreiche theoretisch aufgetreten[8. 9], und hat dazu beigetragen, die Entwickelung des kanonischen Rechtes zu bestimmen, wie diese unter *Alexander III.* zum Abschluss gebracht worden ist[10]. Danach fallen in die kirchliche Competenz, a) *causae mere spirituales* (Ehesachen), b) *causae ecclesiasticae spiritualibus annexae* (Verlöbnisse, Dotalklagen, Statusstreitigkeiten, Legitimation, Patronat, Errichtung der Beneficien, Zehnten, Testamente, durch Eid bestärkte Verträge), c) *causae miserabilium personarum* (Arme, Wittwen, Waisen, Kreuzfahrer), d) Processe, bei denen der weltliche Richter die Rechtshülfe verweigert, e) bei denen eine Sünde einer Partei vorliegt[11], f) bei welchen ein Cleriker

accipiat, sin certe honoratior, triginta dierum conclusione mulctetur.

§. 110. 7) *c.* 10. *C. Matiscon. II.* (585): Quod de episcopis censuimus obtinet et in clero ut neque presbyter neque diaconus neque subdiaconus de ecclesiis trahantur aut iniuriam aliquam inscio episcopo eorum patiantur, sed quidquid quis adversus eos habuerit, in notitiam episcopi proprii perducat, et ipse causam iustitia praeeunte discutiens animo clericos accusantis satisfaciat.

8) *Florus v. Lyon Commentar zu d. Sirmond. Constit.:* Christianissimus iste imperator in publico litigantes, etiam si iudicialis iam sententia proferatur, si una pars ad episcopum proclamaverit continuo etiam nolente alia saeculares ad ecclesiasticum iudicium dirigit. Noster vero praetorialis episcopus ecclesiasticos ad seculare examen ire compellit. Apparet quantum status ecclesiae dilapsus sit, quando venerabilius sentit de honore ecclesiae imperator nuper ex pagano conversus quam episcopus ab infantia ecclesiae lacte nutritus.

9) *c.* 37. *C. XI. qu.* 1. (= *Benedict. Levita II*, 366): Volumus atque precipimus, ut omnes nostrae dictioni subiecti, tam Romani quam Franci, Alemanni, Bawari, Saxones, Toringi, Fresones, Galli, Burgundiones, Britones, Longobardi, Guascones, Beneuentani, Gothi, Hispani, ceterique omnes nobis subiecti, quocumque uideantur legis uinculo stricti uel consuetudinario conexi more, hanc sententiam, quam ex sextodecimo Theodosii inperatoris libro, capitulo uidelicet undecimo, ad interrogata Ablauii ducis, quam illis et omnibus per scripturam misimus, et inter nostra capitula pro lege tenenda consultu omnium fidelium nostrorum, posuimus, lege cuncti perpetua teneant, id est: Quicumque litem habens, siue petitor fuerit, etc. Vgl. §. 12. no. 14.

10) *Statut. synodal. Herbipol.* 1407: Item causae rusticorum vel servorum Ecclesiae, item causae publice poenitentium, item causae pupillorum, viduarum, et miserabilium personarum; item causae peregrinorum; item quando Iudex saecularis iustitiam reddere negligit; item in crimine sacrilegii, usurarum, haeresis, simoniae, Excommunicationis, adulterii, matrimonii, dotis, super decimis, item, causa Nativitatis, Beneficialis, Iuris Patronatus, rapinae; item ratione pacti et voti fracti; item ratione iuramenti, vel fidei dationis; item quando pars aliqua fuerit ecclesiastica sive reus fuerit, sive actor, etiam super re prophana, causa debet etiam a Iudice Ecclesiastico terminari.

11) *Innocenz III. c.* 13. *X.* (2, 1.): Nouit ille, qui nihil ignorat: [*et infra.*] Non putet aliquis, quod iurisdictionem Illustris regis Francorum perturbare, aut minuere intendamus, cum ipse iurisdictionem nostram nec velit, nec debeat impedire. Sed cum dominus dicat in Euangelio: Si peccauerit in te frater tuus, vade, et corripe eum inter te et ipsum solum: si te audierit, lucratus eris fratrem tuum: si te non audierit, adhibe tecum unum vel duos ut in ore duorum vel trium testium stet omne verbum: quod si non audierit, dic ecclesiae: si autem ecclesiam non audierit, sit tibi sicut ethnicus et publicanus. Et rex Angliae, sit paratus sufficienter ostendere, quod rex Francorum peccat in ipsum, et ipse circa eum in correctione processit secundum regulam Euangelicam, et tandem quia nullo modo profecit, dixit ecclesiae: quomodo nos qui sumus ad regimen uniuersalis ecclesiae superna dispositione vocati, mandatum diuinum possumus non exaudire, ut non procedamus secundum formam ipsius? nisi forsitan ipse coram nobis, vel legato nostro sufficientem in contrarium rationem ostendat. Non enim intendimus iudicare de feudo, cuius ad ipsum spectat iudicium, nisi forte iuri communi per speciale priuilegium, vel contrariam consuetudinem aliquid sit detractum: sed decernere de peccato, cuius ad nos pertinet sine dubitatione censura, quam in quemlibet exercere possumus et debemus.

Beklagter ist. Auf dies Privilegium darf er giltig nicht verzichten[12]. g) Dasselbe wurde ausgedehnt auf die im Dienst des Clerikers stehenden Laien und auch auf den Fall, wo der Cleriker als Kläger auftrat. IV. Diese umfangreiche Competenz hat die Kirche indessen nie und nirgends vollständig zu staatlicher Anerkennung zu bringen vermocht, und nach der Reformation hat sie, obgleich sie theoretisch an ihrem Recht festhielt, nur Reste ihrer alten Befugnisse retten können, wie namentlich in einzelnen Ländern die Ehegerichtsbarkeit. Aber auch diese ist ihr in *Oesterreich* und durch das *deutsche Reichsgesetz vom 6. Februar* 1875[13] entzogen, und da die deutsche *Reichscivilprozessordnung* jede geistliche Gerichtsbarkeit beseitigt, so erscheint es unnöthig den früheren partikularrechtlich sehr mannigfaltigen Rechtsstand darzustellen. Demnach besitzt die Kirche vom 1. October 1879 an in ganz Deutschland nur eine Jurisdiction für das *forum internum*, d. h. ohne jede verbindliche Kraft für das bürgerliche Recht.

§. 111. 2. Die Träger der Jurisdiction und die Organisation der Gerichte.

München, D. kanon. Gerichtsverfahren, Köln u. Neuss 1865 ff. 1. 2. Mache, De delegata ep. iurisdictione, Vratislav. 1859. Cohn, D. Begr. d. iurisd. ordin., quasiordin., mand. u. delegata im röm. und kan. Recht. (Wien 1876) Derselbe, Im Arch. f. kath. K.-R., XLI, 337 ff. Canstein, Ebendas. XXXVII. S. 211 ff. Derselbe, In Ztschr. f. Rechtsgesch. XIII, 491 ff. Hinschius, K.-R. I. §. 21.

I. Den Organen, welche als Glieder der Hierarchie und Träger der Kirchengewalt durch göttliches und menschliches Recht in der Kirche gesetzt sind, steht die ordentliche Gerichtsbarkeit (*iurisdictio ordinaria*) zu[1]. In der

§. 110. 12) *Innocenz III. c. 12. X.* (2, 2): Manifeste patet, quod non solum inuiti, sed etiam voluntarii pacisci non possunt, ut secularia iudicia subeant, cum non sit beneficium hoc personale, cui renunciari valeat, sed potius toti collegio ecclesiastico sit publice indultum: cui priuatorum pacto derogari non potest. Nec iuramentum licite seruari potuit, quod contra canonica statuta illicitis pactionibus informatur.

13) *Reichs-Ges. v. 6. Febr.* 1875 §. 76: In streitigen Ehe- und Verlöbnisssachen sind die bürgerlichen Gerichte ausschliesslich zuständig. Eine geistliche oder eine durch die Zugehörigkeit zu einem Glaubensbekenntniss bedingte Gerichtsbarkeit findet nicht statt.

§. 111. 1) *C. Trident. Sess. XXIV. de ref. c.* 20: Causae omnes ad forum ecclesiasticum quomodolibet pertinentes, etiam si beneficiales sint, in prima instantia coram ordinariis locorum duntaxat cognoscantur, atque omnino saltem infra biennium a die motae litis terminentur; alioquin post id spatium liberum sit partibus vel alteri illarum, iudices superiores, alias tamen competentes, adire, qui causam in eo statu, quo fuerit, assumant et quam primum terminari curent; nec antea aliis committantur, nec avocentur, neque appellationes ab eisdem interpositae per superiores quoscunque recipiantur, eorumve commissio aut inhibitio fiat, nisi a definitiva vel a definitivae vim habente, et cuius gravamen per appellationem a definitiva reparari nequeat. Ab his excipiantur causae, quae iuxta canonicas sanctiones apud sedem apostolicam sunt tractandae, vel quas ex urgenti rationabilique causa iudicaverit summus Romanus Pontifex per speciale rescriptum signaturae sanctitatis suae manu propria subscribendum committere aut avocare. Ad haec causae matrimoniales et criminales non decani, archidiaconi aut aliorum inferiorum iudicio, etiam visitando, sed episcopi tantum examini et iurisdictioni relinquantur (etiam si in praesenti inter episcopum et decanum seu archidiaconum, aut alios inferiores super causarum istarum cognitione lis aliqua in quacunque instantia pendeat), coram quo, si pars vere paupertatem probaverit, non cogatur extra provinciam, nec in secunda, nec in tertia instantia in eadem causa matrimoniali litigare, nisi pars altera et alimenta et expensas litis velit subministrare. Legati quoque, etiam de latere, nuncii, gubernatores ecclesiastici, aut alii, quarumcunque facultatum vigore, non solum episcopos in praedictis causis impedire, aut aliquo modo eorum iurisdictionem iis praeripere aut turbare non praesumant; sed nec etiam contra clericos aliasve personas ecclesiasticas, nisi episcopo prius requisito eoque negligente, procedant. Alias eorum processus ordinationesve nullius momenti sint, atque ad damni satisfactionem partibus illati teneantur. Praeterea, si quis in casibus a iure permissis ap-

Folge war die Jurisdiction auch vielfach auf Exemte übergegangen, und durch Gewohnheitsrecht waren auch die Archidiakonen in die Reihe der iudices ordinarii erhoben worden. Dies letztere Verhältniss ist indessen in Deutschland gänzlich unpraktisch, während von einer Jurisdiction der Capitel noch Beispiele vorkommen. II. Die iurisdictio ordinaria enthält die Befugniss, sie weiter zu übertragen, und eine eigene Instanz bald für ganze Klassen von Sachen (*delegatio ad universitatem causarum*), bald für einzelne Sachen zu begründen. Davon verschieden ist die Beauftragung in der Ausübung der Jurisdiction Namens des Auftraggebers (*iur. vicaria seu mandata*). Die Normen für die Ausbildung dieses Verhältnisses hat das kanonische Recht den Bestimmungen des römischen entnommen über die *iudicis datio* durch den Magistrat, das *mandare iurisdictionem*, die Ertheilung ausserordentlicher Commissionen Seitens der Kaiser und die Bestellung von Commissarien durch die höheren Magistrate. III. Für die Ausübung der Gerichtsbarkeit besteht bei der bischöflichen Curie eine Gerichtsbehörde (*Officialat, Consistorium*), welche nach Fortfall der Archidiakonat-Gerichtsbarkeit und nach Beseitigung der concurrirenden Gerichtsbarkeit des Papstes jetzt die erste Instanz ausmacht. Die zweite Instanz bildet das *Metropolitangericht*, und für dieses ein entweder vom Erzbischofe bestelltes Appellationsgericht oder ein bischöfliches Gericht, welchem der Papst die Appellationsinstanz delegirt hat. Nach Rom darf mittelalterlicher Uebung entgegen nicht mehr mit Ueberspringung der zweiten Instanz appellirt werden[2], aber auch die Appellationen dritter Instanz dürfen nicht in Rom entschieden werden. Vielmehr sind zu diesem Behufe durch das *Tridentinum*[3] sogenannte

pellaverit, aut de aliquo gravamine conquestus fuerit, seu alias ob lapsum biennii, de quo supra, ad alium iudicem recurrerit, teneatur acta omnia coram episcopo gesta ad iudicem appellationis expensis suis transferre, eodem tamen episcopo prius admonito, ut, si quid ei pro causae instructione videbitur, possit iudici appellationis significare. Quod si appellatus compareat, cogatur tunc is quoque actorum, quae translata sunt, expensas pro portione sua, si illis uti voluerit, subire; nisi aliter ex loci consuetudine servetur, ut scilicet ad appellantem integrum hoc onus pertineat. Porro ipsam actorum copiam teneatur notarius congrua mercede accepta appellanti quanto citius et ad minus intra mensem exhibere. Qui notarius si in differenda exhibitione fraudem fecerit, ab officii administratione arbitrio ordinarii suspendatur, et ad dupli poenam quanti ea lis fuerit, inter appellantem et pauperes loci distribuendam compellatur. Iudex vero, si et ipse impedimenti huius conscius particepsve fuerit, aliterve obstiterit, ne appellanti integre acta intra tempus traderentur, ad eandem dupli poenam, prout supra, teneatur; non obstantibus, quoad omnia suprascripta, privilegiis, indultis, concordiis, quae suos tantum teneant auctores, et aliis quibuscunque consuetudinibus.

§. 111. 2) *Kammergerichtsurtheil v.* 1512: Dass den Beklagten ihre Appellation von einem Urtheil am Kammergericht gesprochen, an Pabstliche Heiligkeit gethan, demselben Kammergericht insinuiret also zur Schmach, Unrecht und Verletzung kaiserlicher Majestät Hoheit, und zu Abbruch derselben Majestät und des heiligen Reichs Obersten Jurisdiktion fürgenommen keines wegs geziemt, sie auch derhalben die Pön der Rechten und andre merkliche Buss und Straf verwirkt haben. Dareyn Wir sie gefallen zu seyn erklären, und solche Pön auf 100 Mk. lötges Goldes in den kaiserl. und Reichs-Fiskum zu zahlen mässigen.

3) *C. Trident. Sess. XXV. de ref. c.* 10: Quoniam ob malitiosam petentium suggestionem, et quandoque ob locorum longinquitatem, personarum notitia, quibus causae mandantur usque adeo haberi non potest, hinc que interdum iudicibus non undequaque idoneis causae in partibus delegantur, statuit sancta synodus, in singulis conciliis provincialibus aut dioecesanis aliquot personas, quae qualitates habeant iuxta constitutionem Bonifacii VIII., quae incipit: *Statutum*, et alioquin ad id aptas designari, ut praeter ordinarios locorum iis etiam posthac causae ecclesiasticae ac spirituales et ad forum ecclesiasticum pertinentes in partibus delegandae committantur. Et si aliquem interim ex designatis mori contigerit, substituat ordinarius loci cum consilio capituli alium in eius locum usque ad futuram provincialem aut dioecesanam synodum, ita ut habeat quaeque dioecesis quatuor

Synodalgerichte festgesetzt worden, deren Mitglieder von der Provinzial- und Diöcesansynode dem Papste vorzuschlagen, und denen dann von diesem die Gerichtsgewalt zu delegiren ist. Nach Fortfall der Synoden werden die Vorschläge vom Bischof unter Beirath des Capitels gemacht (daher *Prosynodalgerichte*)[4].

Zweite Abtheilung.

§. 112. In der evangelischen Kirche.

Während die Reformation jede Gerichtsbarkeit prinzipiell ablehnen musste[1], ist doch schon im sechszehnten Jahrhundert aus praktischen Rücksichten die Errichtung einer kirchlichen Ehegerichtsbarkeit gefordert und staatlicher Seits gewährt worden[2]. Daran knüpfte sich aber nach Errichtung der Consistorien eine Civiljurisdiction[3], deren nach kanonischer Regel be-

saltem aut etiam plures probatas personas ac ut supra qualificatas, quibus huiusmodi causae a quolibet legato vel nuncio, atque etiam a sede apostolica committantur. Alioquin post designationem factam, quam statim episcopi ad summum Romanum Pontificem transmittant, delegationes quaecunque aliorum iudicum aliis, quam his factae, surreptitiae censeantur. Admonet dehinc sancta synodus tam ordinarios quam alios quoscunque iudices, ut terminandis causis quanta fieri poterit brevitate studeant, ac litigatorum artibus seu in litis contestatione seu alia parte iudicii differenda modis omnibus, aut termini praefixione, aut competenti alia ratione occurrant.

§. 111. 4) *Formular z. Ernenn. v. Prosynodal-Richtern:* Beatissime Pater! Cum desint Moderno Episcopo . . . ensi Iudices Synodales, nec valeat modo Synodum convocare suppliciter facultatem a Sanctitate Vestra implorat, deputandi Duodecim Iudices Pro-Synodales, quibus uti possit ac si in Synodo Dioecesana fuissent electi; Et Deus etc. — — — — — — — Die . . . mensis . . . 18.. Sanctissimus Dominus Noster, audita relatione infrascripti Sub-Secretarii Sacrae Congregationis Concilii, attentisque narratis supradictis Episcopi Oratoris precibus benigne annuit iuxta petita ad Triennium tantum cum consilio Capituli, servata tamen in omnibus forma Sacri Concilii Tridentini Sess. 25. Cap. 10. de Reform. et Constitutionis Sacr. Mem. Benedicti XIV. *Quamvis Paternae.* — —

N. Card. N. . . . . Praef.
N. N. Sub-Secretarius.

§. 112. 1) *Artic. Schmalcald. tract. de pot. et iurisd. papae:* Reliqua est iurisdictio in iis causis, quae iure canonico ad forum, ut vocant, ecclesiasticum pertinent, ac praecipue in causis matrimonialibus. Haec quoque habent episcopi humano iure, et quidem non admodum veteri, sicut ex Codice et novellis Iustiniani apparet, iudicia matrimoniorum tunc fuisse apud magistratus. Et iure divino coguntur magistratus mundani haec iudicia exercere, si episcopi sint negligentes. Idem concedunt et canones. Quare etiam propter hanc iurisdictionem non necesse est obedire episcopis. . . . . Tanta . . . varietas et magnitudo est controversiarum matrimonialium, ut his opus sit peculiari foro, ad quod constituendum opus est ecclesiae facultatibus.

2) *Mecklenburger Kirchenordnung* 1532: Nu befindet man leider, in diesem elenden leben, das von Ehgelübden viel jrrungen furfallen, Ernach auch offt leichtfertige verlassungen etc. Und sind dieser sachen so viel, das sie ein besonder Consistorium bedürffen, darin gottesfürchtige, gelerte und verstendige Menner sitzen. Darumb bedencken wir auch, das diese sachen bey dem Kirchengericht bleiben sollen. Und ist derhalben beschlossen, ein new Consistorium der Kirchengericht, mit Gottes Hülff bestendiglich in Rostock zu ordnen. Dieweil da in der universitet tüchtige Personen beysammen sind. . . . Wo nu streit von der Leer furfallen, sol der Superattendent des selbigen orts solchs dem Consistorio in Rostock anzeigen. Das sol die Parten förderlich erfordern und citiern, Und darin Christlichen process halten, Laut der Instruction.

3) *Kursächs. Resolut. gravamin. vom 22. Juni* 1661: Und ob zwar diese Beschwerden geführet worden, dass wenn Geistl. Personen contra Laicos agirten und die Sachen in andern Gerichten anhängig machten, Unser Consistorium zu Leipzig dieselbe an sich, ungeachtet der Litispendenz und quod Actor forum rei sequi debeat, anmässlich ziehen wollte: So haben doch Unsere Verordnete dagegen erwogen, dass in denen streitigen Parthey-Sachen nicht bloss dahin zu sehen, ob Geistl. Personen wider Weltliche klagen, sondern ob die Sache, darüber der Streit erreget wird, ad Cognitionem ecclesiasticam und vor die Consistoria gehörig sey.

messene Competenz, die Prozesse über kirchliches Vermögen, Patronatrecht, Parochialverhältnisse, Güter und Personen der Geistlichen umfasste. Unter der Herrschaft des Territorialsystems haben die Consistorien ein Stück ihrer Competenz nach dem anderen an die weltlichen Gerichte abgeben müssen, und auch die in einigen Territorien bis auf die jüngste Zeit aufrecht erhaltene kirchliche Ehegerichtsbarkeit ist durch das Reichsrecht beseitigt worden.

II. Die Straf- und Disciplinargerichtsbarkeit.

Erste Abtheilung.

In der katholischen Kirche.

§. 113. 1. Einleitung.

Vgl. die Literat. zu §. 112. Löning, a. a. O. I. II. — Eck, De natura poenar. sec. ius canon., Berol. 1860.

I. Wenn schon keine Gesellschaft auf eine Disciplin gegen ihre Beamten und Mitglieder verzichten kann, ohne an Achtung Einbusse zu erleiden und ihren Gliedern den Glauben an die Realität der gesellschaftlichen Zwecke zu erschüttern, so am Allerwenigsten die Kirche, welche das Reich Gottes auf Erden darstellen will. Aber freilich ergeben sich aus der Natur der kirchlichen Gemeinschaft als einer geistigen auch von selbst die Art der Reaction und die Fälle ihrer Anwendbarkeit. Die erstere kann nur darauf ausgehen, das kranke Glied zu heilen, das Aergerniss zu tilgen, ihm seine ansteckende Kraft zu benehmen, und kann nur durch Mittel verwirklicht werden, welche innerhalb der Rechtssphäre der Kirche als einer geistigen Genossenschaft begründet sind. Allein bei den Amtsvergehen der Geistlichen darf die Rücksicht auf die Erhaltung der kirchlichen Würde so überwiegend wirksam werden, dass die Strafe einen vindicativen, den Charakter einer bleibenden Rechtsentziehung annehmen darf. Die Reaction selbst aber kann nur eintreten gegenüber offenkundigen Vergehen, da nur durch deren Duldung die Kirche ihren auf Gottesgemeinschaft gerichteten Charakter zu verlieren Gefahr läuft. — Diese natürlichen Gränzen der Zucht hat die Kirche indessen nur in den ältesten Zeiten eingehalten, sofort überschritten, als sie zum Staate in friedliche Beziehung trat, und ganz ausser Augen gelassen nach Entfaltung des kanonischen Rechtes. II. Schon in der ältesten Zeit schied die Gemeinde offenkundige[1.2] Sünder aus ihrer Gemeinschaft aus. Diese Ausschliessung verwandelte aber ihren Charakter, nachdem die Zugehörigkeit zu Christus nur in der zur Kirche angenommen wurde, und sie fiel dem Bischofe als Inhaber der Kirchengewalt zu. Auch den Kirchendienern gegenüber wurde die Disciplin gehandhabt, und Amtsentsetzung, Suspension, wie Ausstossung aus der Kirche bildeten hier die Zuchtmittel. III. Nach Anerkennung der christlichen Kirche

§. 113. 1) *Origenes hom.* 21. *in Lib. Iesu Nave* c. 1: Ubi enim peccatum non est evidens, eiicere de ecclesia neminem possumus ne forte eradicantes zizania eradicemus simul cum ipsis etiam triticum.

2) *Leo I.* 459. *Brief an d. Bisch. v. Campanien etc.:* Illam etiam contra ap. regulam praesumptionem, quam nuper agnovi a quibusdam illicita usurpatione committi, modis omnibus constituo submoveri: de poenitentia scil. quae a fidelibus postulatur, ne de singulorum peccatorum genere libellis scripta professio publice recitetur, quam reatus conscientiarum sufficiat solis sacerdotibus iudicari confessione secreta . . . Sufficit enim illa confessio quae primum deo accedit. Tunc enim plures ad poenitentiam poterunt provocari, si populi auribus non publicetur conscientia confitentis.

durch Constantin änderte sich zunächst der Umfang der Disciplinarbefugnisse des Bischofs nicht. Gegen Laien sprach er nach feierlichem Verfahren die Kirchenstrafen aus, nur dass den Geistlichen jetzt verboten wurde, mit dem aus der Kirche Ausgestossenen irgend welche Lebensgemeinschaft zu pflegen[3], wozu die Laien erst seit Mitte des V. Jahrhunderts verpflichtet wurden[4]. Die Wiederaufnahme in die Kirche erfolgte nach der Busse, die sich in vier Stadien in der orientalischen Kirche zu vollziehen pflegte, (*flentes, audientes, genuflexi, stantes*) durch den Bischof. Dagegen trat eine Verrückung des früheren kirchlichen Standpunktes dadurch ein, dass rein kirchliche Vergehen auch vom Staate als staatliche hingestellt und bestraft wurden[5]. Auch die Disciplin über die Cleriker trug — von den über jüngere verhängten Körperstrafen abgesehen — zunächst einen rein kirchlichen Charakter, und äusserte sich in der Verhängung kirchlicher Nachtheile; aber auch sie empfing ein neues und fremdartiges Gepräge, als die Kirche an den Staat die Forderung stellte, mit seinen Machtmitteln den bischöflichen Spruch zu vollziehen[6]. Dagegen haben die Bischöfe im *römischen* Reich eine Strafgerichtsbarkeit über Cleriker nicht besessen und sind selbst der staatlichen Criminaljurisdiction unterworfen geblieben[7]. IV. Im *fränkischen* Reiche wurden die Kirchenstrafen in herkömmlicher Weise gegen offenkundige Sünder zur Anwendung gebracht, aber sie wurden auch benutzt um kirchliche Interessen vor Verletzung zu sichern, und die Aufrechthaltung kirchlicher Lebensformen zu erzwingen[8], in welcher letzteren Beziehung sie sich mit staatlichen Strafgesetzen, die dasselbe Ziel verfolgten, berührten; wie denn auch Staatsgesetze für die Excommunication den weltlichen Arm zur Verfügung stellten[9. 10]. Namentlich aber wurde

§. 113. 3) *c.* 12. *canon. Apost.:* Si quis cum damnato laico veluti cum clerico, simul oraverit, et ipse damnetur.

4) *Statt. eccl. antiq. c.* 73: Qui communicaverit vel oraverit cum excommunicato, sive clericus sive laicus, excommunicetur.

5) *l.* 40. *Cod. Theod.* (16, 5. *Honorius* 407): Volumus publicum crimen esse, quia quod in religionem divinam committitur, in omnium fertur iniuriam.

6) *l.* 35. *Cod. Theod.* (16, 2. *Gratianus*): Quicumque residentibus sacerdotibus fuerit episcopali loco detrusus et nomine si aliquid vel contra custodiam vel contra quietem publicam moliri fuerit deprehensus rursusque sacerdotium petere, a quo videtur expulsus, procul ab ea urbe, quam infecit, secundum legem divae memoriae Gratiani centum milibus vitam agat . . .

7) *Iustin. Nov.* 123. *c.* 21. §. 1: Si crimen sit, cuius nomine quis ex dictis religiosissimis personis defertur, si quidem ab episcopo accusetur, et ipse veritatem invenire possit, eum honore seu gradu secundum regulas ecclesiasticas deiiciat, et tunc iudex competens eum comprehendat, ac secundum leges causam examinet, eique finem imponat. Si accusator prius civilem iudicem adeat, et crimen per legitimam inquisitionem probari possit, tunc episcopo loci acta manifestentur, et si ex illis propositis eum crimina commisisse cognoscatur, tunc ipse episcopus secundum canones honore seu gradu, quem habet, eum privet, iudex autem poenam legibus congruentem ei inferat. Si episcopus acta non iuste confecta putaverit, tunc licebit illi differre id, ut personam accusatam honore seu gradu privet, ita tamen, ut persona illa legitimae cautioni subiiciatur, atque ita causa ad nos partim ab episcopo, partim vero a iudice deferatur, ut nos eam cognoscentes, quae nobis videantur iubeamus.

8) *Capit. Aquisgran.* 825. *c.* 9: Omnes vero laicos monemus, ut honorem ecclesiasticum conservent, et dignam venerationem episcopis et Dei sacerdotibus exhibeant, et ad eorum praedicationem cum suis devote occurrant; et ieiunia ab illis communiter indicta reverenter observent et suos observare doceant et compellant. Et ut etiam dies dominicus, sicut decet, et honoretur, et colatur, omnes studeant. Et ut liberius fieri possit, mercata et placita a comitibus sicut saepe admonitum fuit, illo die prohibeantur.

9) *Decretio Childeberti II.* 596: Qui vero episcopo suo noluerit audire, et excommunicatus fuerit, perenni condemnatione apud Deum sustineat, et insuper de palatio nostro sit omnino extraneus, et omnes facultates suas parentibus legitimis omittat qui noluit sacerdotis sui medicamenta sustinere.

die Disciplin über die Laien auf den *Sendgerichten* gehandhabt, wo sie die Lücken des damaligen staatlichen Strafrechtes vielfach wohlthätig ausfüllte, aber auch schrittweise an Umfang einbüsste, je mehr der Staat seine Strafgewalt wahrnahm und bethätigte. Die Strafen der Sendgerichte blieben aber nicht bei Bussen stehen, sondern gestalteten sich bei Unfreien zu Körperstrafen, und bei Brüchen des kirchlichen Friedens zu Geldstrafen[11. 12]. Die Disciplinargewalt über Geistliche handhabte die Kirche vom Staate unbehindert, aber zu den verhängten Strafen[13] tritt jetzt auch Freiheitsentziehung[14]. Dagegen stand eine Criminaljurisdiction der Kirche nicht zu. Allerdings machten Synoden[15] den Versuch, die Bischöfe von der staatlichen Gerichtsbarkeit zu befreien und unter das Gericht der Synode zu stellen[16], aber wenn

§. 113. 10) *Hludovici et Hlotharii const. Olonnens.* 825: Placuit nobis, ut si pro quibuslibet culpis atque criminibus quaecumque persona totiens fuerit correpta ut etiam excommunicatione episcopali pro contemptu dignus habeatur, comitem suum episcopus sibi consocict et per amborum consensum huiuscemodi distringatur contemptor, ut iussionibus episcopi sui obediens existat. Si vero assensum non dederit, bannum nostrum nobis persolvat. Quod si adhuc contumax perstiterit, tunc ab episcopo excommunicetur. Si vero excommunicatus corrigi nequiverit, a comite vinculis constringatur quousque nostrum is contemptor suscipiat iudicium. Si vero in talibus comes repertus fuerit noxius, per episcopum eius nobis nuntietur. Si autem vassallus noster in hac culpa lapsus fuerit, sicut supra per comitem distringatur. Quod si non audierit, nobis innotescatur, antequam in vinculis mittatur.

11) *Regino II*, 432 (*ex C. ap. S. Medard.* 853): Ut missi nostri omnibus per singulas parochias denuncient, quia si episcopus aut ministri episcoporum pro criminibus colonos flagellaverint cum virgis, propter metum aliorum, ut ipsi criminosi corrigantur, cum tali discretione, sine ulla occasione indebita, sicut in synodo collocatum est, ut vel inviti poenitentiam agant, ne aeternaliter pereant. Si seniores ipsorum colonorum indigne tulerint, et aliquam vindictam exinde exercere voluerint, aut eosdem colonos, ne distringantur, contendere praesumserint, sciant, quia et bannum nostrum componant, et simul cum excommunicatione ecclesiastica nostram harmiscaram durissimam sustinebunt. —

12) *S. g. Sendrecht der Main- und Rednitzwenden:* Pro violato ecclesiastico mansu homo liber ieiunare debet XL. dies, quod carrinam vocant, et episcopo vel eius legato XL. solidos i. (id est: Amann) tria talenta persolvere debet. Pro cimiterio vel atrio ecclesiae violato tres carrinas ieiunet, et IX. talenta vel libras solvat. Pro porticu IX. carrinas ieiunet et XXVII. libras persolvat. Pro ecclesia XXVII. carrinas ieiunet, et LXXXI. libras solvat. Pro sanctuario temere invaso liber homo LXXXI. carrinas ieiunare debet, et CCXLIII. libras episcopo debitor est persolvere. Homo vero non liber pro his factis tot carrinis puniri debet, quot et liber; sed quotiens liber LX. solidos debitor est solvere, totiens non liber corio et crinibus puniendus est; nisi concessu episcopi corium et crines pro nominato precio redimat.

13) *c.* 13. *C. Venet.* (465): Itaque eum quem ebrium fuisse constiterit, ut ordo patitur, aut xxx. dierum spatio a communione statuimus submovendum, aut corporali subdendum esse supplicio.

14) *c.* 19. *Conc. Turonic. II.* 567: Illi vero archipresbyteri qui talem cautelam super iuniores suos habere noluerint et eos non habuerint studio distringendi, ab episcopo suo in civitate retrudantur in cellam, ibique mense integro panem cum aqua manducent et poenitentiam aegant pro sibi credito clero, quia nulli clericorum iuxta sententiam canonum cum coniuge sua manere permittitur.

15) *c.* 9. *C. Matiscon. II.* (585): Licet reverentissimi canones atque sacratissimae leges de episcopali audientia in ipso paene christianitatis principio sententiam protulerint, tamen quoniam eadem postposita humana in sacerdotes dei grassatur temeritas, ita ut eos de atriis venerabilium ecclesiarum violenter abstractos ergastulis publicis addicant, censemus ut episcopum nullus saeculariurn fascibus praeditus iure suo contumaciter et perperam agens de s. ecclesia, cui praeest, trahere audeat, sed si quid contentionis adversus episcopum potentior persona habuerit, pergat ad metropolitanum episcopum et ei causas alleget, et ipsius sit potestatis, honorabiliter episcopum de quo agitur evocare, ut in eius praesentia accusatori respondeat et oppositas sibi actiones extricet.

16) *Erzählung der von Ebo ao.* 841 *ordinirten Cleriker:* Praesentatus autem concilio episco-

auch die Könige zuweilen ihrem Verfahren eines durch die Synode vorangehen liessen, so war das doch nur Connivenz und nicht Rechtens, und eine Befreiung der Geistlichen von der staatlichen Strafgerichtsbarkeit ist gleichfalls nicht eingetreten[17-19]. Um so erklärlicher ist es, dass die kirchliche Reaction wie sie durch Pseudoisidor und Benedictus Levita vertreten ist, die Freiheit des geistlichen Standes von der weltlichen wie Civil- so Criminalgerichtsbarkeit entschieden betonte, welchen Standpunkt dann auch das kanonische Recht eingenommen hat. V. Die kirchlichen Strafen werden eingetheilt in 1. *medicinales*, welche Besserung bezwecken, und daher nach eingetretener Sinnesänderung durch *Absolutio* aufhören, und 2. *vindicativae*, die eine objective Genugthuung für das verletzte Gebot enthalten. Von beiden sind die *poenitentiae* zu unterscheiden, welche der Priester im Bussacrament (*in foro interno*) als Bedingung der Absolution auferlegt, während die *poenae* (*externae*) zur Jurisdictionsgewalt des Bischofes gehören. Endlich treten einzelne Strafen *ipso iure* mit der Rechtsverletzung ein, auf die sie gesetzt sind (*p. latae sententiae* im Gegensatz zu *ferendae*.)

2. Die Strafen.

§. 114. A. Die poenae medicinales.

Kober, D. Kirchenbann, Tüb. 1857. Schilling, D. Kirchenbann n. can. R., Leipzig 1869. Fessler, D. Kirchenbann u. s. Folgen, Wien 1862 2. Aufl. Mendelssohn, De monitione canonica. Heidelb. 1860. Molitor, Im Arch. f. kathol. K.-R. IX, 1 ff. Avanzini, Constit. qua censura latae sent. limitant. ed. II. Rom. 1871. Kober, Im Arch. f. kathol. K.-R. XXI, 3 ff. 221 ff. XXII, 3 ff. (Interdict). Ders., D. Suspension d. Kirchendiener, Tübingen 1862. Vgl. Friedberg, Gränzen a. a. O. s. v. Excommunicatio.

I. Die Ausschliessung aus der Kirche gestaltete sich zur *Excommunication*. Dieselbe ist a) *minor*, welche nur Verlust der Wählbarkeit zu Kirchenämtern zur Folge hat und Ausschluss von den Sacramenten, b) *maior* (mit gewissen Feierlichkeiten verhängt: *Anathema*)[1. 2], welche alle Beziehungen des

porum accusatus est ab imperatore atque diu nimiis terroribus maceratus, inito tandem consilio cum ceteris coepiscopis et fratribus suis quia episcopus nec archiepiscopus suis omnibus bonis expoliatur subque custodia tentus et ab ecclesia sua sequestratus in synodo apostolica auctoritate non convocata neque eius legatione roborata damnari nullatenus iuxta decreta sanctorum patrum potuisset, ne diu in talibus torqueretur et etiam sanus corpore iram maximi principis quocumque modo declinaret, coactus scripsit libellum hunc ...

§. 113. 17) *Ed. Chlot. II. c.* 4: Ut nullus iudicum de quolibet ordine clericos de civilibus causis, praeter criminalia negotia, per se distringere aut damnare praesumat, nisi convincitur manifestus, excepto presbytero aut diacono.

18) *Cap. Langob. c.* 12: ... Ut si sacerdos vel clericus fuerit, dupliciter damnum persolvat, sicut supra decrevimus, et postea secundum canones iudicetur.

19) *Cap. Aquisgr.* 809 *c.* 10: Ut presbiter qui sanctam chrismam donaverit ad iudicium, subvertendum, postquam de gradu suo expoliatus fuerit, manum amittat.

§. 114. 1) *Regin. II.* 413: Igitur quia monita nostra et crebras exhortationes contemnit, quia tertio secundum dominicum praeceptum vocatus ad emendationem et poenitentiam venire despexit, quia culpam suam necdum cognovit, nec confessus est, nec missa nobis legatione, qui causam ipsius exsequimur (quia noster parochianus est), veniam postulavit, quia in coepta malitia, diabolo cor eius indurante, perseverat, et iuxta quod Apostolus dicit, secundum duritiam suam et cor impoenitens thesaurizat sibi iram in die irae, idcirco nos eum cum universis complicibus et communicatoribus fautoribusque suis iudicio Dei omnipotentis, Patris, Filii et Spiritus sancti et beati Petri principis Apostolorum, et omnium sanctorum, nec non et nostrae mediocritatis auctoritate et potestate nobis divinitus collata ligandi et solvendi in coelo et in terra, a pretiosi corporis et sanguinis Domini perceptione, et a societate omnium Christianorum separamus, et a liminibus sanctae matris ecclesiae in coelo et in terra excludimus, et excommunicatum et anathematizatum esse decernimus, et damnatum cum diabolo et angelis eius et omnibus reprobis in igne aeterno iudicamus,

nisi forte a diaboli laqueis resipiscat, et ad emendationem et poenitentiam redeat, et ecclesiae Dei, quam laesit, satisfaciat. Et respondeant omnes tertio: Amen, aut: Fiat, aut: Anathema sit. Debent autem XII sacerdotes episcopum circumstare, et lucernas ardentes in manibus tenere, quas in conclusione anathematis vel excommunicationis proiicere debent in terram, et pedibus conculcare. Post haec episcopus plebi ipsam excommunicationem communibus verbis debet explanare, ut omnes intelligant, quam terribiliter damnatus sit, et ut noverint, quod ab illa hora in reliquum non pro Christiano, sed pro pagano habendus sit, et qui illi quasi Christiano communicaverit, aut cum eo manducaverit aut biberit, aut eum osculatus fuerit, vel cum eo colloquium familiare habuerit, nisi forte ad satisfactionem et poenitentiam eum provocare studuerit, procul dubio similiter sit excommunicatus. Deinde epistolae presbyteris per parochias mittentur, continentes modum excommunicationis, in quibus iubeatur, ut omnibus dominicis diebus post lectionem evangelii plebibus sibi commissis publice adnuncient ipsam excommunicationem, ut ne quis per ignorantiam communicet excommunicato. Oportet etiam, ut aliis episcopis ipsa excommunicatio manifesetur. Praecipit enim Toletanum concilium, ut invicem mox scripta percurrant per omnes provinciae episcopos, quoscunque adire potuerint, ut excommunicatus audiatur. Seniori etiam eius ipsa excommunicatio debet nota fieri.

§. 114. 2) *Formula anathematis nach d. Pontificale Roman.:* Quando vero anathema, id est, solemnis excommunicatio pro gravioribus culpis fieri debet Pontifex paratus amictu, stola, pluviali violaceo, et mitra simplici, assistentibus sibi duodecim Presbyteris superpelliceis indutis, et tam ipso, quam Presbyteris candelas ardentes in manibus tenentibus, sedet super faldistorium ante altare maius, aut alio loco publico, ubi magis sibi placebit, et ibi pronuntiat, et profert anathema, hoc modo. Quia N. diabolo suadente, Christianam promissionem, quam in Baptismo professus est, per apostasiam postponens, Ecclesiam Dei devastare, Ecclesiastica bona diripere, ac pauperes Christi violenter opprimere non veretur; idcirco soliciti, ne per negligentiam pastoralem pereat, pro quo in tremendo iudicio, ante Principem Pastorum Dominum nostrum Iesum Christum rationem reddere compellamur, iuxta quod Dominus ipse terribiliter comminatur dicens: Si non annuntiaveris iniquo iniquitatem suam, sanguinem eius de manu tua requiram. Monuimus eum Canonice, primo, secundo, tertio, et etiam quarto ad eius malitiam convincendam, ipsum ad emendationem, satisfactionem, et poenitentiam invitantes, et paterno affectu corripientes. Ipse vero, proh dolor, monita salutaria spernens, Ecclesiae Dei quam laesit, superbiae spiritu inflatus, satisfacere dedignatur. Sane praeceptis Dominicis atque Apostolicis informamur, quid de huiusmodi praevaricatoribus agere nos oporteat. Ait enim Dominus: Si manus tua vel pes tuus scandalizat te, abscinde eum, et proiice abs te. Et Apostolus inquit: Auferte malum ex vobis. Et iterum: Si is qui frater nominatur, est fornicator, aut avarus, aut idolis serviens, aut maledicus, aut ebriosus, aut rapax, cum eiusmodi nec cibum sumere. Et Ioannes, prae ceteris dilectus Christi discipulus, talem nefarium hominem salutare prohibet, dicens: Nolite recipere eum in domum, nec AVE ei dixeritis. Qui enim dicit illi AVE, communicat operibus eius malignis. Dominica itaque atque Apostolica praecepta adimplentes, membrum putridum et insanabile, quod medicinam non recipit, ferro excommunicationis ab Ecclesiae corpore abscindamus, ne tam pestifero morbo reliqua corporis membra, veluti veneno inficiantur. Igitur quia monita nostra, crebrasque exhortationes contempsit, quia tertio secundum Dominicum praeceptum vocatus ad emendationem et poenitentiam venire despexit, quia culpam suam nec cogitavit, nec confessus est, nec missa legatione, excusationem aliquam praetendit, nec veniam postulavit, sed diabolo cor eius indurante, in incoepta malitia perseverat, iuxta quod Apostolus dicit: Secundum duritiam suam, et cor impoenitens thesaurizat sibi iram in die irae: Idcirco eum cum universis complicibus, fautoribusque suis iudicio Dei omnipotentis Patris, et Filii, et Spiritus sancti, et beati Patris principis Apostolorum, et omnium Sanctorum, nec non et mediocritatis nostrae auctoritate, et potestate ligandi et solvendi in caelo et in terra nobis divinitus collata, a pretiosi corporis et sanguinis Domini perceptione, et a societate omnium Christianorum separamus, et a liminibus sanctae matris Ecclesiae in caelo et in terra excludimus, et excommunicatum et anathematizatum esse decernimus; et damnatum cum diabolo, et angelis eius, et omnibus reprobis in ignem aeternum iudicamus; donec a diaboli laqueis resipiscat, et ad emendationem, et poenitentiam redeat, et Ecclesiae Dei quam laesit satisfaciat; tradentes eum satanae in interitum carnis, ut spiritus eius salvus fiat in die iudicii. Et omnes respondent: Fiat. Fiat. Fiat. Quo facto tam Pontifex, quam Sacerdotes debent proiicere in terram candelas ardentes, quas in manibus tenebant. Deinde Epistola Presbyteris per Parochias, et etiam vicinis Episcopis mittatur, continens nomen excommunicati, et excommunicationis causam; ne

Betroffenen zur Kirche löst und einen Ausschluss von jeder Lebensgemeinschaft mit den Gliedern der Kirche bewirkt[3]. Dieses letztere ist indesen später[4] auf die Fälle beschränkt worden, wo der Richter den Bann erkannt oder bei exc. latae sententiae declarirt und in beiden Fällen publicirt hatte, welches Recht indessen durch *Pius IX.* (12. *Oct.* 1869) noch weiter modificirt worden ist[5]. Die exc. ferendae sententiae soll nur nach reiflicher Ueberlegung[6] und vorheriger zweimaliger Warnung (*monitio canonica*) ausgesprochen werden.

quis per ignorantiam ulterius illi communicet, et ut excommunicationis occasio omnibus auferatur.

§. 114. 3) *Glossa ad c.* 3. *in VI*to (5, 11): Si pro delictis anathema quis efficiatur, os, orare, vale communio, mensa negatur; vgl. auch *Glossa ad c.* 15. *X.* (5, 39): Utile, lex, humile, res ignorata, necesse, haec quinque solvunt anathema, ne possit obesse.

4) *Martin V. Constitut.*: *Ad evitanda:* Insuper ad vitanda scandala et multa pericula subveniendumque conscientiis timoratis omnibus Christi fidelibus tenore praesentium misericorditer indulgemus, quod nemo deinceps a communione alicuius in sacramentorum administratione vel receptione aut aliis quibuscunque divinis vel extra praetextu cuiuscunque sententiae aut censurae ecclesiasticae a iure vel ab homine generaliter promulgatae teneatur abstinere vel aliquem vitare ac interdictum ecclesiasticum observare, nisi sententia vel censura huiusmodi fuerit vel contra personam collegium universitatem ecclesiam communitatem aut locum certum vel certam a iudice publicata vel denunciata specialiter et expresse: constitutionibus apostolicis et aliis in contrarium facientibus non obstantibus quibuscunque: salvo si quem pro sacrilega manuum iniectione in clericum sententiam latam a canone adeo notorie constiterit incidisse, quod factum non possit aliqua tergiversatione celari nec aliquo iuris suffragio excusari; nam a communione illius, licet denunciatus non fuerit, volumus abstineri iuxta canonicas sanctiones.

5) *Const. Pius IX. v.* 12. *Oct.* 1869 siehe Anhang no. XVI.

6) *C. Trident. Sess. XXV. de reform. c.* 3: Quamvis excommunicationis gladius nervus sit ecclesiasticae disciplinae, et ad continendos in officio populos valde salutaris, sobrie tamen magnaque circumspectione exercendus est, quum experientia doceat, si temere aut levibus ex rebus incutiatur, magis contemni quam formidari, et perniciem potius parere quam salutem. Quapropter excommunicationes illae, quae monitionibus praemissis ad finem revelationis, ut aiunt, aut pro deperditis seu subtractis rebus ferri solent, a nemine prorsus praeterquam ab episcopo decernantur, et tunc non alias, quam ex re non vulgari, causaque diligenter ac magna maturitate per episcopum examinata, quae eius animum moveat. Nec ad eas concedendas cuiusvis saecularis, etiam magistratus, auctoritate adducatur, sed totum hoc in eius arbitrio et conscientia sit positum, quanto ipse pro re, loco, persona aut tempore eas decernendas esse iudicaverit. In causis vero iudicialibus mandatur omnibus iudicibus ecclesiasticis, cuiuscunque dignitatis existant, ut quandocunque exsecutio realis vel personalis in qualibet parte iudicii propria auctoritate ab ipsis fieri poterit, abstineant se tam in procedendo quam definiendo a censuris ecclesiasticis seu interdicto; sed liceat eis, si expedire videbitur, in causis civilibus, ad forum ecclesiasticum quomodolibet pertinentibus, contra quoscunque, etiam laicos, per mulctas pecuniarias, quae locis piis ibi exsistentibus eo ipso, quod exactae fuerint, assignentur, seu per captionem pignorum, personarumque districtionem per suos proprios aut alienos executores faciendam, sive etiam per privationem beneficiorum, aliaque iuris remedia procedere et causas definire. Quod si exsecutio realis vel personalis adversus reos hac ratione fieri non poterit, sitque erga iudicem contumacia, tunc eos etiam anathematis mucrone arbitrio suo praeter alias poenas ferire poterit. In causis quoque criminalibus, ubi exsecutio realis vel personalis, ut supra, fieri poterit, erit a censuris abstinendum. Sed si dictae exsecutioni facile locus esse non possit, licebit iudici hoc spirituali gladio in delinquentes uti, si tamen delicti qualitas, praecedente bina saltem monitione, etiam per edictum, id postulet. Nefas autem sit saeculari cuilibet magistratui prohibere ecclesiastico iudici, ne quem excommunicet, aut mandare, ut latam excommunicationem revocet, sub praetextu, quod contenta in praesenti decreto non sint observata; quum non ad saeculares, sed ad ecclesiasticos haec cognitio pertineat. Excommunicatus vero quicunque, si post legitimas monitiones non resipuerit, non solum ad sacramenta et communionem fidelium ac familiaritatem non recipiatur, sed, si obdurato animo censuris annexus in illis per annum insorduerit, etiam contra eum tanquam de haeresi suspectum procedi possit.

Verhängen kann sie der Papst überall, der Bischof für seine Diöcese, aufheben der Erkennende, und die latae sententiae der Bischof in den nicht dem Papste vorbehaltenen Fällen. Während des Mittelalters hatte das Verharren in der Excommunication reichsgesetzlich die Acht zur Folge[7. 8], doch führten die Missbräuche welche die kirchliche Strafgewalt sich zu Schulden kommen liess, vielfache Reactionen des Staates herbei[9-11]. Im neueren Recht sind die bürgerlichen Wirkungen der Excommunication beseitigt[12. 13], und der Staat hat sogar zuweilen die Verhängung von seiner Genehmigung abhängig gemacht, oder Appellationen von den Excommunicirten entgegengenommen[14-18].

§. 114. 7) *c.* 47. *C. XXIII. qu.* 5. (*Urban. II.* 1088-95): Excommunicatorum interfectoribus (prout in ordine Romanae ecclesiae didicisti) secundum intentionem modum congruae satisfactionis iniunge. Non enim eos homicidas arbitramur, quos, aduersus excommunicatos zelo catholicae matris ardentes, aliquos eorum trucidasse contingit. Ne tamen eiusdem ecclesiae matris disciplina deseratur, tenore, quem diximus, penitenciam eis indicito congruentem, qua diuinae simplicitatis oculos aduersus se conplacare ualeant, si forte quid duplicitatis pro humana fragilitate in eodem flagicio incurrerint.

8) *Const. Friedr. II. v.* 1220: 6. Item sicut iustum est, excommunicatos eorum, dum tamen ab ipsis viva voce, vel per litteras eorum, vel per honestos nuntios fide dignos nobis denuntiati fuerint, vitabimus; et nisi prius absolvantur, non concedemus eis personam standi in iudicio: sic distinguentes, quod excommunicatio non eximat eos a respondendo impetentibus, sed sine advocatis, perimat autem in eis ius et potestatem ferendi sententias et testimonia et alios impetendi. 7. Et quia gladius materialis constitutus est in subsidium gladii spiritalis, excommunicationem, si excommunicatos in ea ultra sex septimanas perstitisse, predictorum modorum aliquo nobis constiterit, nostra proscriptio subsequetur; non revocanda, nisi prius excommunicatio revocetur. Vgl. §. 21. no. 2.

9) *Sachsensp. III*, 54. §. 3: Lamen man noch meselseken man, noch den die in des paves ban mit rechte kommen is, den ne mut man nicht to koninge kiesen.

10) *Sachsensp. III*, 63. §. 2: Ban scadet der sele unde ne nimt doch niemanne den lif, noch ne krenket niemanne an lantrechte noch an Lenrechte dar ne volge des koninges achte na.

11) *Urk. d. Landgr. Ludwig v. Hessen* 1444: Geschee es aber das unser Schultheiss und der Rath zu Kassel erkenten, das einer mit unrechte zu Banne kommen were, dem adder den solten sie zu seinem Rechten beystendig sein gegen den Ihnen der In also mit unrecht zu Banne bracht hette.

12) *A. Preuss. Landr. II*, 11.: §. 50. Jedes Mitglied einer Kirchengesellschaft ist schuldig, sich der darin eingeführten Kirchenzucht zu unterwerfen. §. 51. Dergleichen Kirchenzucht soll bloss zur Abstellung öffentlichen Aergernisses abzielen. §. 52. Sie darf niemals in Strafen an Leib, Ehre oder Vermögen der Mitglieder ausarten. §. 53. Sind dergleichen Strafen zu Aufrechterhaltung der Ordnung, Ruhe und Sicherheit in der Kirchengesellschaft nothwendig, so muss die Verfügung der vom Staate gesetzten Obrigkeit überlassen werden. §. 54. Wenn einzelne Mitglieder durch öffentliche Handlungen eine Verachtung des Gottesdienstes und der Religionsgebräuche zu erkennen geben, oder andere in ihrer Andacht stören, so ist die Kirchengesellschaft befugt, dergleichen unwürdigen Mitgliedern, so lange sie sich nicht bessern, den Zutritt in ihre Versammlungen zu versagen. §. 55. Wegen blosser von dem gemeinen Glaubensbekenntniss abweichender Meinungen kann kein Mitglied ausgeschlossen werden. Wenn über die Rechtmässigkeit der Ausschliessung Streit entsteht, so gebührt die Entscheidung dem Staate. §. 57. Soweit mit einer solchen Ausschliessung nachtheilige Folgen für die bürgerliche Ehre des Ausgeschlossenen verbunden sind, muss vor deren Veranlassung die Genehmigung des Staates eingeholt werden.

13) *Oester. s. oben* §. 19. no. 8. *Baier. Edikt v.* 26. *Mai* 1818: §. 40. Die Kirchengewalt übt das rein geistliche Korrektionsrecht nach geeigneten Stufen aus. §. 41. Jedes Mitglied einer Kirchengesellschaft ist schuldig, der darin eingeführten Kirchenzucht sich zu unterwerfen. §. 42. Keine Kirchengewalt ist daher befugt, Glaubensgesetze gegen ihre Mitglieder mit äusserm Zwange geltend zu machen. §. 43. Wenn einzelne Mitglieder durch öffentliche Handlungen eine Verachtung des Gottesdienstes und der Religions-Gebräuche zu erkennen geben, oder andere in ihrer Andacht stören, so ist die Kirchengesellschaft befugt, dergleichen unwürdigen Mitgliedern den Zutritt in ihre Versammlungen zu versagen.

14) *Sächs. Ges. v.* 23. *Aug.* 1876: §. 7. Als Straf- oder Zuchtmittel dürfen von der katho-

Das neueste Recht verbietet den Gebrauch der kirchlichen Strafmittel um auf die politischen Wahlen einzuwirken, gegen Staatsbeamte wegen ihrer Amtshandlungen, und trägt Sorge, dass nicht die bürgerliche Ehre des Gebannten durch die Publication der Excommunication gekränkt werde. II. Das im XI. Jahrhundert ausgebildete *Interdict*[19] bewirkt die Einstellung aller öffent-

lischen Kirche oder deren Organen nur solche angedroht, verhängt, vollzogen oder verkündet werden, welche dem rein religiösen Gebiete angehören oder die Entziehung eines innerhalb der Kirche wirkenden Rechts oder die Ausschliessung aus der Kirche betreffen. Straf- oder Zuchtmittel gegen Leib, Vermögen, Freiheit oder bürgerliche Ehre sind unzulässig. §. 8. Von den kirchlichen Straf- oder Zuchtmitteln darf niemals zu dem Zwecke Gebrauch gemacht werden, die Befolgung der Staatsgesetze oder der auf Grund derselben von den zuständigen Behörden erlassenen Anordnungen oder die freie Ausübung staatsbürgerlicher Rechte zu hindern. §. 9. Gegen Verletzung eines Staatsgesetzes durch Missbrauch der kirchlichen Straf- und Zuchtgewalt hat die Staatsregierung von Amtswegen einzuschreiten. Auch im Falle erhobener Beschwerde hat sich die Staatsregierung auf Prüfung und Entscheidung vom Standpunkte des Staatsgesetzes zu beschränken. Die Staatsregierung darf provisorische Verfügungen treffen, wenn der Missbrauch der kirchlichen Straf- und Zuchtgewalt ein Civil- oder Strafverfahren begründet. §. 10. Die Kirche darf zu Vollziehung ihrer Straf- oder Zuchtmittel niemals äussern Zwang anwenden.

§. 114. 15) *Articles organiques* 6: Il y aura recours au conseil d'Etat dans tous les cas d'abus de la part des supérieurs et autres personnes ecclésiastiques. Les cas d'abus sont, l'usurpation ou l'excès de pouvoir, la contravention aux lois et réglements de la république, l'infraction des régles consacrées par les canons reçus en France, l'attentat aux libertés, franchises et coutumes de l'Eglise gallicane et toute entreprise ou tout procédé qui, dans l'exercice du culte, peut compromettre l'honneur des citoyens, troubler arbitrairement leur conscience, dégénérer contre eux en oppression ou en scandal public. 7. Il y aura pareillement recours au conseil d'Etat s'il est porté atteinte à l'exercice public du culte et à la liberté que les lois et les réglements garantissent à ses ministres. 8. Le recours compétera à toute personne intéressée. A défaut de plainte particulière il sera exercé d'office par les préfets. Le fonctionnaire public, l'ecclésiastique ou la personne qui voudra exercer ce recours adressera un mémoire détaillé et signé au préfet, lequel sera tenu de prendre dans le plus court délai tous les renseignements convenables et sur son rapport l'affaire sera suivie et définitivement terminée dans la forme administrative, ou renvoyée, selon l'exigence des cas, aux autorités compétentes.

16) *Preuss. Ges. vom* 13. *Mai* 1873: §. 1. Keine Kirche oder Religionsgesellschaft ist befugt, andere Straf- oder Zuchtmittel anzudrohen, zu verhängen oder zu verkünden, als solche, welche dem rein religiösen Gebiete angehören oder die Entziehung eines innerhalb der Kirche oder Religionsgesellschaft wirkenden Rechts oder die Ausschliessung aus der Kirchen- oder Religionsgesellschaft betreffen. Straf- oder Zuchtmittel gegen Leib, Vermögen, Freiheit oder bürgerliche Ehre sind unzulässig. §. 2. Die nach §. 1. zulässigen Straf- oder Zuchtmittel dürfen über ein Mitglied einer Kirche oder Religionsgesellschaft nicht deshalb verhängt oder verkündet werden: 1. weil dasselbe eine Handlung vorgenommen hat, zu welcher die Staatsgesetze oder die von der Obrigkeit innerhalb ihrer gesetzlichen Zuständigkeit erlassenen Anordnungen verpflichten; 2. weil dasselbe öffentliche Wahl- oder Stimmrechte in einer bestimmten Richtung ausgeübt oder nicht ausgeübt hat. §. 3. Ebensowenig dürfen derartige Straf- oder Zuchtmittel angedroht, verhängt oder verkündet werden: 1. um dadurch zur Unterlassung einer Handlung zu bestimmen, zu welcher die Staatsgesetze oder die von der Obrigkeit innerhalb ihrer gesetzlichen Zuständigkeit erlassenen Anordnungen verpflichten; 2. um dadurch die Ausübung oder Nichtausübung öffentlicher Wahl- und Stimmrechte in bestimmter Richtung herbeizuführen. §. 4. Die Verhängung der nach diesem Gesetz zulässigen Straf- und Zuchtmittel darf nicht öffentlich bekannt gemacht werden. Eine auf die Gemeindemitglieder beschränkte Mittheilung ist nicht ausgeschlossen. Die Vollziehung oder Verkündung derartiger Straf- oder Zuchtmittel darf auch nicht in einer beschimpfenden Weise erfolgen. §. 5. Geistliche, Diener, Beamte oder Beauftragte einer Kirche oder Religionsgesellschaft, welche den Vorschriften dieses Gesetzes (§§. 1-4.) zuwider Straf- oder Zuchtmittel androhen, verhängen oder verkünden, werden mit Geldstrafen bis zu 200 Thalern oder mit Haft oder mit Gefängniss bis zu einem Jahre und in schwereren Fällen mit Geldstrafen bis zu 500 Thalern oder mit Gefängniss bis zu zwei Jahren bestraft. §. 6. Die besonderen Diszi-

lichen kirchlichen Functionen in einem bestimmten localen Bezirk (*int. reale generale*) oder in einer einzelnen Kirche (*int. reale particulare*). Das erstere,

plinarbefugnisse der Kirchen- oder Religionsgesellschaften über ihre Diener und Beamten und die darauf bezüglichen Rechte des Staats werden durch dieses Gesetz nicht berührt. Insbesondere findet das dem Staat in solchen Gesetzen vorbehaltene Recht der Entlassung von Kirchendienern wegen Verletzung der öffentlichen Ordnung unabhängig von den in §. 5. enthaltenen Strafbestimmungen statt.

§. 114. 17) *Bad. Gesetz v.* 19. *Februar* 1874 §. 16b: Geistliche welche kirchliche Straf- oder Zuchtmittel verhängen oder verkünden, geistliche Versprechungen oder Drohungen anwenden, a) um zur Unterlassung einer Handlung zu bestimmen, zu welcher die Staatsgesetze oder die von der Obrigkeit innerhalb ihrer gesetzlichen Zuständigkeit erlassenen Anordnungen verpflichten, b) um die Ausübung oder Nichtausübung öffentlicher Wahl- und Stimmrechte in bestimmter Richtung herbeizuführen — werden mit Geldstrafen von 60 bis 600 Mark, in schwereren oder in wiederholten Fällen mit Geldstrafen bis zu 1500 Mark oder mit Gefängniss bis zu einem Jahr bestraft. Gleiche Strafen treffen Geistliche, welche kirchliche Straf- oder Zuchtmittel verhängen oder verkünden wegen der Vornahme von Handlungen, zu denen die Staatsgesetze oder Anordnungen der zuständigen Obrigkeit verpflichten, oder wegen der in einer bestimmten Richtung erfolgten Ausübung oder Nichtausübung öffentlicher Wahl- oder Stimmrechte. §. 16c: Geistliche, welche aus Anlass öffentlicher Wahlen ihre kirchliche Autorität anwenden, um auf die Wahlberechtigten in einer bestimmten Parteirichtung einzuwirken, werden an Geld von 60 bis 600 Mark bestraft.

18) *Hess. Ges. d. Missbr. d. geistlichen Amtsgewalt betr.* (26. *April* 1875): Art. 1. Beschwerden über Missbrauch der geistlichen Amtsgewalt können jederzeit bei Uns oder bei Unseren Verwaltungsbehörden angebracht werden. Erscheint eine Beschwerde, nach stattgehabter Ermittlung des Sachverhalts, begründet, worüber Unser Gesammt-Ministerium auf Antrag des Ministeriums des Innern zu entscheiden hat, so wird zur Abstellung derselben das Erforderliche im Verwaltungswege angeordnet, wegen etwaiger Bestrafung des geschehenen Amtsmissbrauchs aber die Sache dem zuständigen Gericht übergeben. Gegen einen Missbrauch geistlicher Amtsgewalt können Unsere Behörden auch von Amtswegen einschreiten, sobald ein öffentliches Interesse dies erheischt. Art. 2. Ein Missbrauch der geistlichen Amtsgewalt liegt insbesondere dann vor, wenn die nachfolgenden Bestimmungen über die Grenzen des Strafrechts der Kirchen und Religionsgemeinschaften verletzt werden. Art. 3. Keine Kirche oder Religionsgemeinschaft ist — abgesehen von den nach Art. 5—8 zulässigen Disciplinarstrafen — befugt, andere Straf- oder Zuchtmittel anzudrohen, zu verhängen oder zu verkünden, als solche, welche dem rein religiösen Gebiete angehören oder die Entziehung eines innerhalb der Kirche oder Religionsgemeinschaft wirkenden Rechts oder die Ausschliessung aus der Kirche oder Religionsgemeinschaft betreffen. Art. 4. Die Verhängung der nach Art. 3 zulässigen Straf- und Zuchtmittel darf nicht öffentlich bekannt gemacht werden. Eine auf die Gemeindemitglieder beschränkte Mittheilung ist nicht ausgeschlossen. Die Vollziehung oder die Verkündung derartiger Straf- oder Zuchtmittel darf auch nicht in einer beschimpfenden Weise erfolgen.

19) *Verhandl. der Syn. von Limoges* 1031: Odolricus . . . venerabilis pater familiae B. Martialis, sedens in cathedra iuxta primatem Lemovicensem . . . dare coepit consilium episcopis dicens: Hic vos, carissimi, decernere oportet medicinam, quam contra generalem morbum adhibeatis. Si enim de pace tenenda, sicut est vestra voluntas, principes militiae Lemovicensis vobis obsteterint, quid contra ista sit agendum? Dixerunt episcopi: Hac in re, carissime, ipse date consultum. Quibus ille: Nisi de pace acquieverint, ligate omnem terram Limovicensem publica excommunicatione: eo videlicet modo, ut nemo, nisi clericus aut pauper mendicans, aut peregrinus adveniens, aut infans a bimatu et infra in toto Limovicino sepeliatur, nec in alium episcopatum ad sepeliendum portetur. Divinum officium per omnes ecclesias latenter agatur, et baptismus petentibus tribuatur. Circa horam tertiam signa sonent in ecclesiis omnibus, et omnes proni in faciem preces pro tribulatione et pace fundant. Poenitentia et viaticum in exitu mortis tribuatur. Altaria per omnes ecclesias, sicut in parasceue, nudentur; et cruces et ornamenta abscondantur, quia signum luctus et tristitiae omnibus est. Ad missas tantum, quas unusquisque sacerdotum ianuis ecclesiarum obseratis fecerit, altaria induentur, et iterum post missas nudentur. Nemo in ipsa excommunicatione uxorem ducat. Nemo alteri osculum det, nemo clericorum aut laicorum, vel habitantium vel transeuntium, in toto Lemovicino carnem comedat,

dessen Strenge übrigens durch zahlreiche Ausnahmen durchbrochen wurde, ist jetzt ausser Uebung. Praktisch ist dagegen das *int. personale*, als mildere Form der Excommunication, für Geistliche (*interdictum ingressus ecclesiae*) den Ausschluss vom Gottesdienst bewirkend, also die Unmöglichkeit die volle Amtsthätigkeit auszuüben. III. Die *Suspensio* (*latae* oder *ferendae sententiae*) für Geistliche entweder *ab ordine:* Verlust der Weiherechte, wobei die Jurisdiction intact bleibt, oder *ab officio:* der Weiherechte und der Jurisdiction, oder *a beneficio:* des Amtseinkommens vorbehältlich der Weihe- und Jurisdictionsrechte. Umfasst die Suspension alle drei Beziehungen, so ist sie *totalis* im Gegensatz zur *specialis*.

§. 115. B. Die poenae vindicativae.

Kober, D. Deposit. u. Degradat. n. d. Grundsätzen d. k. Rechts, Tübingen 1867.

I. Gegen Laien und Geistliche verhängte die Kirche Geld- und Körperstrafen, nicht dagegen Todesstrafe, welche vielmehr vom weltlichen Richter exequirt werden sollte. Diese Strafen gegen Laien sind aber sämmtlich als beseitigt anzusehen, und es bleibt als einzige ihnen mit den Clerikern gemeinsame poena vindicativa nur die *Entziehung des kirchlichen Begräbnisses* (§. 159.). II. Dagegen greifen solche Strafen noch gegen Geistliche Platz, und zwar zunächst als Absetzung. Eine solche hatte im älteren Recht Ausscheidung aus dem Clerus zur Folge (§. 54.), nach Ausbildung der Lehre vom character indelebilis der Ordination nur noch Verlust des Amtes und der Fähigkeit, die Weiherechte licite ausüben zu dürfen, überlässt aber die Abgesetzten der weltlichen Strafgewalt, wenn sie sich zur *degradatio* gestaltet. Die Absetzung geht heute vor sich als 1. *privatio beneficii*, Verlust des Amtes mit Fähigkeit zum Erwerbe eines neuen; wird ein solches gleich gegeben, so liegt *Strafversetzung* vor. 2. *depositio*, Amtsverlust verbunden mit Verlust der Wiederanstellungsfähigkeit und der Fähigkeit, erlaubt die iura ordinis auszuüben, 3. *degradatio*[1] die, wenn ausgesprochen (*verbalis*) und durch den Bischof vollstreckt (*actualis*), mit den Folgen der depositio noch den Verlust der geistlichen

neque alios cibos, quam illos, quibus in Quadragesima vesci licitum est. Nemo clericorum aut laicorum tondeatur, neque radatur, quousque districti principes, capita populorum, per omnia sancto obediant concilio.

§. 115. 1) *Formula degradationis nach dem pontificale Rom.:* Hora congruenti ducitur degradandus, sive sit Archiepiscopus, sive quicumque alius, quotidiano suo habitu indutus, super dictum locum ad hoc praeparatum; ubi cum fuerit, solvitur, et liber ibidem manet. Tum a Clericis induitur omnibus paramentis sui Ordinis, ut praemittitur, supra credentiam ordine suo positis; incipiendo a superpelliceo, et continuando usque ad ultimum paramentum sui Ordinis. Quo sic induto, Pontifex degradator indutus amictu, alba, cingulo, stola, et pluviali rubeis, ac mitra simplici, baculum pastoralem in sinistra tenens, ascendit ad locum praedictum, et ibidem sedet in faldistorio, in conveniente loco sibi parato, versus ad populum, astante sibi Iudice saeculari. Tum degradandus, sive Archiepiscopus fuerit, sive alius, omnibus sui Ordinis vestibus sacris inditus, et singulis ornamentis ornatus, habens in manibus ornamentum ad Ordinem suum spectans, acsi deberet in suo officio ministrare adducitur ante Pontificem, coram quo genuflectit. Tum Pontifex ut supra sedens, populo in vulgari notificat degradationis huiusmodi causam; deinde contra degradandum sententiam fert in haec verba, si sit Sacerdos, aut Diaconus, aut Subdiaconus, vel Clericus, et prius huiusmodi sententia lata non sit. In nomine Pa†tris, et Fi†lii, et Spiritus † sancti. Amen. Quia nos N. Dei, et Apostolicae Sedis gratia Episcopus N. per viam accusationis, vel renuntiationis, aut inquisitionis cognoscentes de crimine N. contra N. Presbyterum, vel Diaconum, vel Subdiaconum, seu Clericum propter ipsius confessionem vel legitimas probationes, evidenter invenimus eum ipsum crimen commisisse; quod cum non solum grande, sed etiam damnabile, et damnosum sit, et adeo enorme, quod exinde non tantum divina maiestas offensa, sed et

Standesprivilegien verbindet. 4. Geldstrafe, Gefängnissstrafe und körperliche Züchtigung. Ueber die heutige Zulässigkeit solcher Strafen wird unten §. 116. gehandelt werden.

§. 116. 3. Die Competenz der Kirche.

Dove, De iurisd. l. c. Friedberg, De fin. l. c. Derselbe, Gränzen l. c. München, l. c.

Die Delicte, über welche die Kirche eine strafrechtliche Cognition in Anspruch nimmt, sind 1. *delicta mere ecclesiastica,* welche ausschliesslich der kirchlichen Competenz unterstehen, a) *Ketzerei*[1], d. i. die hartnäckig behauptete Abweichung von den kirchlichen Lehrsätzen. Dem Wesen nach gleich steht *Schisma,* d. i. Verwerfung der päpstlichen Autorität, und *Apostasie,* Abfall vom Christenthum. Die kirchliche Strafe ist Anathem, Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses, und bei Geistlichen Absetzung, gesteigert bis zur Degradation. Ausserdem aber verlangt die Kirche vom Staate, dass er mit weltlicher und zwar Todesstrafe und Vermögensconfiscation einschreite, widrigenfalls die Obrigkeit selbst mit der Strafe der Ketzerei bedroht wird[2]. In Deutschland ist aber seit der *Carolina* das weltliche Strafrecht dieser Forderung nicht mehr nachgekommen, und heute ist eine kirchliche Jurisdiction wegen der genannten Verbrechen nur da noch möglich, wo der Verbrecher sich nicht von der Kirche losgesagt hat, ebenso wie auch die Kirche

universa civitas commota est, et ob hoc indignus officio et beneficio Ecclesiastico sit redditus, idcirco nos auctoritate Dei omnipotentis, Patris, et Filii, et Spiritus sancti, et nostra, ipsum omni huiusmodi officio et beneficio Ecclesiastico sententialiter perpetuo privamus in his scriptis, ipsumque ab illis verbo deponimus, et pronuntiamus realiter et actualiter secundum traditionem Canonum deponendum, et degradandum. Qua sententia sic, ut praefertur, lata, Pontifex degradator aufert ab illo singula ornamenta sibi iuxta Ordinem suum tradita, inchoando ab ultimo ornamento, et descendendo gradatim, continuans usque ad primum, quod in prima Tonsura sibi datum fuit, hoc ordine. *Degradatio ab ordine pontificali.* Si degradandus sit Archiepiscopus, Pontifex degradator aufert ab eo pallium, sic dicendo. Praerogativa Pontificalis dignitatis, quae in pallio designatur, te exuimus, quia male usus es ea. Deinde, vel si degradandus sit Episcopus tantum, Pontifex degradator amovet ei mitram, dicendo: Mitra Pontificalis dignitatis videlicet ornatu, quia eam male praesidendo foedasti, tuum caput denudamus. Deinde unus ex Ministris tradit degradando librum Evangeliorum, quem Pontifex degradator aufert de manibus degradandi, dicens: Redde Evangelium, quia praedicandi officio, quo spreta Dei gratia te indignum fecisti, te iuste privamus. Deinde Pontifex degradator amovet annulum de digito degradandi sic dicens: Annulum, fidei scilicet signaculum, tibi digne subtrahimus, quia ipsam sponsam Dei Ecclesiam temere violasti. Tum unus ex Ministris tradit degradando in manus baculum pastoralem, quem mox Pontifex degradator tollit de manibus degradandi, dicens: Auferimus a te baculum pastoralem, ut inde correctionis officium, quod turbasti, non valeas exercere. Deinde extractis sibi per Ministros chirothecis, Pontifex degradator abradit degradando pollices et manus leviter cum cultello, aut vitro, dicens: Sic spiritualis benedictionis, et delibationis mysticae gratia, quantum in nobis est, te privamus, ut sanctificandi et benedicendi perdas officium, et effectum. Post haec Pontifex cum eodem cultello aut vitro abradit leviter caput degradandi dicens: Consecrationem, et benedictionem, atque unctionem tibi traditam radendo delemus, et te ab ordine Pontificali, quo inhabilis es redditus, abdicimus. Tum degradando per ministros extrahuntur sandalia.

§. 116. 1) *C.* 27. *C. XXIV. qu.* 3. (*Hieronym.*): Heresis grece ab electione dicitur, quod scilicet eam sibi unusquisque eligat disciplinam, quam putat esse meliorem. — Ketzer von Katharer, doch auch mit Katze in Verbindung gebracht, *Grimm,* Deutsches Wörterbuch s. h. v.

2) *Leo X. Bulle Exsurge Domine v.* 16. *Mai* 1520 (Verurtheilung der Lutherischen These: Haereticos comburi est contra voluntatem spiritus): Praefatos omnes et singulos articulos seu errores, tanquam, ut praemittitur, respective haereticos aut scandalosos aut falsos aut piarum aurium offensivos vel simplicium mentium seductivos et veritati catholicae obviantes damnamus, reprobamus, atque omnino reiicimus. (Vgl. §. 29. no. 1—3.)

gegen Geistliche, die eigenmächtig geistlichen Stand oder Ordensgelübde aufgeben (*apostasia ab ordine, a regula*), nur da einschreiten kann, wo diese die Confession nicht wechseln. b) *Simonie*[3], d. i. Erwerb eines geistlichen Gutes um weltlichen Vortheil. Die Strafe ist allgemein arbiträr, bei der simonistischen Verleihung eines Beneficiums tritt aber Nichtigkeit der Verleihung und Unfähigkeit für das betreffende Amt ein. 2. *Delicta mixta.* Die Kirche hat auch an der Ahndung gewisser Verbrechen theilgenommen, die nur eine indirecte Beziehung zur Kirche haben, (Gotteslästerung, Meineid, Wucher, Ehebruch, Bigamie, Unzucht, Sacrilegium u. s. w.), doch griff hier nur eine kirchliche Gerichtsbarkeit Platz, falls der weltliche Richter noch nicht eingeschritten war, während im umgekehrten Fall die Kirche nur in foro interno thätig wurde[4]. Je mehr aber der Staat sich seiner Strafpflichten bewusst wurde, um so mehr ist diese Concurrenz der Kirche in den Hintergrund gedrängt worden, und jetzt ist sie vollkommen unpraktisch. 3. *Die bürgerlichen Delicte der Geistlichen* gebührten seit dem XIII. Jahrhundert dem geistlichen Forum, welches entweder selbst strafte oder den Degradirten dem Staate zur Bestrafung überwies[5-7]. Obgleich schon im Mittelalter sich vielfach eine staatliche Reaction gegen die hierbei zu Tage getretenen Missbräuche bemerkbar machte, so hat doch das Tridentinum das alte Recht unter gewissen Einschränkungen aufrecht erhalten, und steht die Kirche prinzipiell auch noch heute auf dem Boden desselben[8]. Indessen haben die Staaten seit dem XVI. Jahrhundert[9-12]

§. 116. 3) *Apostelgesch. VIII*, 18: Da aber Simon sahe, dass der heilige Geist gegeben ward, wenn die Apostel die Hände auflegten, bot er ihnen Geld an, 19. und sprach: Gebt mir auch die Macht, dass so ich jemand die Hände auflege, derselbige den heiligen Geist empfahe. 30. Petrus aber sprach zu ihm: Dass Du verdammt werdest mit Deinem Gelde, dass Du meinest Gottes Gabe werde mit Geld erlanget.

4) *Alte Soester Schraa* 1350: Unde welik sake vor dem Proveste imme sende ghewroget weirt unde mit rechte efte mit ghenade gheeyndet weyrt dey ne sal man vor nyn andere gherichte vorderen efte claghen unde hey en sal nummende anspreken.

5) *Rechtsb. n. Distinct. B.* 4. *c.* 16. *dist.* 1: Ober keyn phaffen sal wertlich gerichte gen, ab he sinen lip vorwercket; sundern man sal sy deme bischove denne antworten, der sal obir sy richten, daz deme cleger gnugk gesche. Wel her sy aber dygradiren, daz heyst dy wy abenemen unde antworte on wedder, so magk wertlich gerichte ober in ergen.

6) *Bulle Clemens V. vom Jahre* 1309 (*auf England bezüglich*): Et quum per officiales et ministros aliquos clericos, etiam in dicto sacerdotii ordine existentes, accusatos pro quovis delicto ... capi contingat, ipsos coram se nudis pedibus capite discoperto in sola tunica vel camisia ... quantumcunque se clericos asserant, et tonsuram et habitum deferant clericalem ... omnino coram se faciunt praesentari ... eos nisi per ipsorum ordinarios requirantur, mandant suspendi patibulis vel capitibus detruncari.

7) *C. Mogunt.* 1310: Praeterea nullus ecclesiasticam personam in criminali causa, vel civili quaestione, nec aliquem pro rebus, bonis vel possessionibus ecclesiarum iure personali (quod vulgo Libgeding dicitur) quis earundem ecclesiarum possessiones vel bona possideat, sive alioquocunque titulo trahere praesumat in iudicium seculare.

8) *Oesterr. Concordat Art.* 14. vergl. oben §. 19. no. 37.

9) *Beschwerden der baierischen Geistlichkeit* (1582—83): Cap. III. de personis ecclesiasticis. Art. 1: Magistratus saeculares praelatos et alios clericos delinquentes citant ad comparendum coram eorum tribunali, arrestant, incarcerant, mulctant et deponunt. Art. 2: Laici legitime citati in causis spiritualibus a iudice ecclesiastico per magistratum saecularem prohibentur comparere. Art. 3: In percutientes se mutuo usque ad sanguinis effusionem clericum et laicum magistratus saecularis iudicium sibi usurpat. Art. 4: In presbyteris captivis deducendis et ordinario suo praesentandis magistratus saecularis magna violentia utitur, non sine summo cleri fidelium scandalo, ipsius cleri infamiae macula, religionisque christianae contemtu et fiunt per ministros deducentes saepe graves admodum sumtus.

10) *Beschwerden d. baierischen Bischöfe v. d. J.* 1772: 1. Omnem ipsis iurisdictionem in utrumque clerum adimi ipsosque impediri

in immer zunehmendem Maasse die kirchlichen Ansprüche unberücksichtigt gelassen, und heute tritt ausnahmelos die weltliche Gerichtsbarkeit ein, ohne die Nothwendigkeit einer vorgängigen kirchlichen Degradation anzuerkennen. Ja die moderne Staatsgesetzgebung erlässt auch eigene nur auf Geistliche bezügliche Strafgesetze[13], und nimmt keinen Anstand auch die Entsetzung

quin corrigendo et puniendo delicta clericorum pastorali suo muneri satisfaciant, cum 2. Non tantum omnes personae religiosae ipsorum Directioni et correctioni subducuntur verum etiam ad fora saecularia in levioribus delictis aeque ac maioribus pertrahuntur, ibique sine praescitu, concursu vel consensu episcoporum examinantur, incarcerantur, vel ita premuntur ut iusta etiam delictorum castigatio, potius in contemtum et ludibrium totius status clericalis, quam ad correctionem delinquentium et aedificationem populorum intentata videatur. Cum religiosae personae vi ex claustris deducuntur, ipsorumque superioribus facultas non ceditur, inauditis ordinariis ipsas ex claustro expellendi habituque religioso spoliandi. Simili modo 3. Etiam praeceditur contra clerum saecularem, cum personae ecclesiasticae militari manu ad cuiusuis accusationem capiuntur, nonnunquam etiam per apparitores arripiuntur, in carceribus non obstante sufficiente oblata cautione et fideiussione per plures hebdomadas detinentur et criminaliter contra ipsos proceditur.

§. 116. 11) *Oesterr. Verordn. v.* 11. *April* 1786: Da sowohl von Ordensgeistlichen wider ihre Obern als auch von Weltgeistlichen und weltlichen Personen wider ihre geistliche Vorgesetzten bey der Landesstelle und den Kreisämtern solche Klagen angebracht werden welche allein auf persönliche und ihr geistliches Amt betreffende Verbrechen, die insgemein Disciplinargegenstände genannt werden, und welche doch nachmals von den Konsistorien untersucht werden mussten. So befehlen S. K. K. Maj. dass alle derley Klagen, mit Ausnahme jener jedoch, welche die Uebertretung landesfürstlicher Gesetze und Verordnungen betreffen, unmittelbar bei dem betreffenden Konsistorium augebracht, und bey der Landesstelle und weltlichen Behörde nur in solchen Fällen die Beschwerden anhängig gemacht werden sollen, wenn über Unbilligkeit und Unthätigkeit des Konsistoriums Klagen geführt werden können.

12) *Oesterr. Hofdecret vom* 26. *August* 1797: Erstens. Jeder Geistliche, wenn er auch nicht zugleich Seelsorger ist, muss in der zweifachen Eigenschaft eines Priesters und eines Bürgers betrachtet werden. So wie er in dieser Hinsicht Priesterpflichten hat, so macht er sich durch Uebertretung derselben entweder geistlicher oder weltlicher Verbrechen schuldig. — Geistlicher Vergehen im eigentlichen Sinne des Worts macht er sich schuldig, indem er die Pflichten übertritt, zu welchen ihn die niederen und die höheren Weihen, sofern dieselben für sich und ohne Beziehung auf die Seelsorge betrachtet werden, verbinden; z. B. wenn ein Klerikus den ihm obliegenden Kirchendienst entweder gar nicht, oder nicht ordnungsmässig verrichtet, die kanonischen Vorschriften von der dem Geistlichen zustehenden Ehrbarkeit im Wandel nicht beobachtet, durch Hang zum Spiel oder zum Trunke, durch verdächtigen und unzulässigen Umgang gegen Zucht und Sittlichkeit handelt. — Ueber diese und ähnliche Vergehungen hat der Bischof allein die Untersuchung zu veranlassen, sowie auch angemessene Kirchencensuren und geistliche Strafen zu verhängen; hierauf beschränkt sich aber auch gegenwärtig, nachdem der Staat die bürgerliche Gerichtsbarkeit über die Geistlichkeit zurückgenommen hat, die ganze bischöfliche Strafgewalt. — Zweitens. Durch Uebertretung der bürgerlichen Pflichten begehet der Geistliche Civil- oder Kriminalverbrechen, deren Bestrafung nicht dem Bischofe, sondern mit Ausschluss desselben der politischen Behörde oder dem Strafgerichte zusteht. — Drittens. Ist der Geistliche zugleich Seelsorger, was er allzeit sein soll, so muss er nicht nur als Priester und Bürger, sondern auch, da die Verwaltung der Seelsorge unbeschränkten Einfluss auf die Gesinnung des Volkes hat und an den wichtigsten politischen Einrichtungen mittelbar oder unmittelbar theilnimmt, als ein Beamter des Staates in der Kirche angesehen werden, woraus von selbst folgt, dass die Aufsicht über die Verwaltung der Seelsorge, die Erkenntniss, ob ein Seelsorger sein Amt gehörig handle und die Bestrafung desselben, wenn er schuldig befunden wird, nicht dem bischöflichen Konsistorium allein, sondern zugleich der öffentlichen Verwaltung zusteht.

13) *Reichsstrafgesetzb. Art.* 130a: Ein Geistlicher oder anderer Religionsdiener, welcher in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung seines Berufs öffentlich vor einer Menschenmenge, oder welcher in einer Kirche oder an einem anderen zu religiösen Versammlungen bestimmten Orte vor Mehreren Angelegenheiten des Staats in einer den

vom geistlichen Amt entweder selbst auszusprechen, oder von der kirchlichen Behörde die Amtsentsetzung zu verlangen[14-17]. *Amts- und Standesvergehen der*

öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zum Gegenstand einer Verkündigung oder Erörterung macht, wird mit Gefängniss oder Festungshaft bis zu zwei Jahren bestraft. Gleiche Strafe trifft denjenigen Geistlichen oder andern Religionsdiener, welcher in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung seines Berufs Schriftstücke ausgiebt oder verbreitet, in welchen Angelegenheiten des Staats in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zum Gegenstand einer Verkündigung oder Erörterung gemacht sind.

§. 116. 14) *Deutsches Reichsstrafgesetzb.* §. 33: Die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte bewirkt den dauernden Verlust der öffentlichen Aemter. — §. 81, 83, 84, 87—91, 94, 95. §. 34. Die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte bewirkt ferner die Unfähigkeit, während der im Urtheile bestimmten Zeit ... öffentliche Aemter .. zu erlangen. §. 35. Neben einer Gefängnissstrafe, mit welcher die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte überhaupt hätte verbunden werden können, kann auf die Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter auf die Dauer von einem bis zu fünf Jahren erkannt werden. — Vgl. auch §§. 128, 129, 331, 339—341, 352—355, 357, 358. Die Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter hat den dauernden Verlust der bekleideten Aemter von Rechtswegen zur Folge.

15) *Reichsgesetz vom 4. Mai* 1874: §. 1. Einem Geistlichen oder anderen Religionsdiener, welcher durch gerichtliches Urtheil aus seinem Amte entlassen worden ist, und hierauf eine Handlung vornimmt, aus welcher hervorgeht, dass er die Fortdauer des ihm entzogenen Amtes beansprucht, kann durch Verfügung der Landespolizeibehörde der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Orten versagt oder angewiesen werden. Besteht die Handlung desselben in der ausdrücklichen Anmassung des Amtes oder in der thatsächlichen Ausübung desselben oder handelt er der gegen ihn ergangenen Verfügung der Landespolizeibehörde zuwider, so kann er seiner Staatsangehörigkeit durch Verfügung der Centralbehörde seines Heimathsstaats verlustig erklärt und aus dem Bundesgebiete ausgewiesen werden. §. 2. Die Vorschriften des §. 1. finden auch auf diejenigen Personen Anwendung welche wegen Vornahme von Amtshandlungen in einem Kirchenamte, das den Vorschriften des Staatsgesetzes zuwider ihnen übertragen, oder von ihnen übernommen ist, rechtskräftig zu Strafe verurtheilt worden sind. §. 3. In der Verfügung (§. 1, 2.) sind die Gründe der angeordneten Massregel anzugeben. Behauptet der Betroffene, dass er die ihm zur Last gelegten Handlungen nicht begangen habe, oder dass dieselben den in §. 1. bezeichneten Thatbestand nicht enthalten, so steht ihm binnen acht Tagen nach Zustellung der Verfügung die Berufung auf richterliches Gehör offen. Zuständig ist in denjenigen Bundesstaaten, in welchen ein aus ständigen Mitgliedern zusammengesetzter besonderer Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten besteht, dieser Gerichtshof; in den übrigen Bundesstaaten das höchste Gericht für Strafsachen. Das Gericht entscheidet, ob der Berufende eine der im §. 1. bezeichneten Handlungen begangen hat. Wird festgestellt, dass keine Handlung vorliegt, auf Grund deren dieses Gesetz die angefochtene Verfügung für zulässig erklärt, so ist die letztere durch die anordnende Behörde aufzuheben. Die Berufung muss von dem Berufenden in gerichtlich oder notariell beglaubigter Form unterzeichnet und dem zuständigen Gericht eingereicht werden. Für das Verfahren kommen die bei dem zuständigen Gericht geltenden Vorschriften zur Anwendung. Erforderliche Abänderungen und Ergänzungen derselben werden bis zur gesetzlichen Regelung durch das Gericht festgestellt. Die für den Fortgang des Verfahrens gesetzlich vorgeschriebenen Fristen können nach Ermessen des Gerichts abgekürzt werden. Die Berufung hält die Vollstreckung der angefochtenen Verfügung nur dann auf, wenn die letztere den Verlust der Staatsangehörigkeit ausgesprochen hat. In diesem Falle kann dem Berufenden bis zur richterlichen Entscheidung der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Orten versagt oder angewiesen werden. §. 4. Personen, welche nach den Vorschriften dieses Gesetzes ihrer Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate verlustig erklärt worden sind, verlieren dieselbe auch in jedem anderen Bundesstaate und können ohne Genehmigung des Bundesraths in keinem Bundesstaate die Staatsangehörigkeit von neuem erwerben. §. 5. Personen, welche wegen Vornahme von Amtshandlungen in einem Kirchenamte, das dem Staatsgesetzen zuwider ihnen übertragen oder von ihnen übernommen ist, zur Untersuchung gezogen werden, kann nach Eröffnung der gerichtlichen Untersuchung durch Verfügung der Landespolizeibehörde bis zur rechtskräftigen Beendigung des Verfahrens der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Orten versagt werden.

Geistlichen unterliegen der bischöflichen Disciplinargewalt, und die Staaten haben sich herbeigelassen, dieser auch die weltlichen Zwangsmittel zur Verfügung zu stellen. Dabei haben sie indessen zum Theil Sorge getragen, dass das gesetzmässige Verfahren eingehalten und der Disciplinarspruch ein gerechter sei[18-20], zu welchem Behufe namentlich das französische Recht dem

§. 116. 16) *Badisches Ges. v.* 19. *Febr.* 1874 §. 16d: Demjenigen Geistlichen welcher wegen Verletzung der Vorschriften dieses Gesetzes oder der Bestimmungen der §§. 97, 110, 111, 130, 130a, 131, 132. des Reichsstrafgesetzbuches innerhalb der letzten zwei Jahre zweimal gerichtlich bestraft worden ist, kann sofern sein Verbleiben im Amte mit der öffentlichen Ordnung unverträglich erscheint, auf Antrag des Ministeriums des Innern, die Fähigkeit zur ferneren Bekleidung seines Amtes aberkannt und das damit verbundene Einkommen entzogen werden. Die Entscheidung erfolgt durch collegialischen Beschluss der Mitglieder des Staatsministeriums unter Zuzug von fünf Mitgliedern der Gerichtshöfe, welche jeweils für zwei Jahre durch landesherrliche Entschliessung bezeichnet werden und von welchen eines den Beivortrag zu erstatten hat. §. 16e. Dem Geistlichen welcher zufolge des §. 16d vom Amt entlassen oder zur Bekleidung eines Kirchenamtes durch gerichtliches Urtheil unfähig erklärt ist, (Art. 14, VII. des Einführungsgesetzes vom 31. Dezember 1871) ist jede öffentliche Ausübung kirchlicher Funktionen untersagt. Die Uebertretung dieses Verbots wird mit Gefängniss von sechs Monaten bis zu einem Jahre bestraft.

17) *Oesterreichisch. Gesetz v.* 7. *Mai* 1874 §. 8: Wenn ein Inhaber eines kirchlichen Amtes oder einer kirchlichen Pfründe die Oesterreichische Staatsbürgerschaft verliert, oder wenn derselbe verbrecherischer oder solcher strafbarer Handlungen schuldig erkannt worden ist, die aus Gewinnsucht entstehen, gegen die Sittlichkeit verstossen oder zu öffentlichem Aergernisse gereichen, so hat die staatliche Cultusverwaltung seine Entfernung von dem Amte oder der Pfründe zu verlangen. Hat sich ein Seelsorger eines Verhaltens schuldig gemacht, welches sein ferneres Verbleiben in dem kirchlichen Amte als der öffentlichen Ordnung gefährlich erscheinen lässt, so kann die staatliche Cultusverwaltung seine Entfernung von der Ausübung des kirchlichen Amtes verlangen. Die vorstehenden Bestimmungen finden auch auf jene geistlichen Personen Anwendung, welche zur Stellvertretung oder provisorischen Versehung dieser Aemter oder zur Hülfeleistung bei denselben berufen werden. Wird dem Verlangen der Regierung Seitens der kirchlichen Behörden in angemessener Frist nicht entsprochen, so ist das Amt oder die Pfründe für den staatlichen Bereich als erledigt anzusehen und hat die Regierung dafür zu sorgen, dass jene Geschäfte, welche die Staatsgesetze dem ordentlichen Seelsorger übertragen, von einer anderen von ihr bestellten Persönlichkeit insolange versehen werden, bis das betreffende Kirchenamt in staatsgültiger Weise neu besetzt ist. In derselben Weise kann vorgegangen werden, wenn aus einem anderen Grunde die oben bezeichneten Geschäfte von dem ordentlichen Seelsorger nicht besorgt werden. Vgl. unten no. 20.

18) *Württemb. Gesetz vom* 30. *Januar* 1862 *Art.* 5: Die §§. 47. u. 48. der Verfassungsurkunde finden auf katholische Kirchendiener bei Verfehlungen, welche dieselben sich hinsichtlich ihres Wandels oder der Führung ihres kirchlichen Amtes zur Schuld kommen lassen, fernerhin keine Anwendung. Ebenso treten die Vorschriften des §. 102. Absatz 4. des Verwaltungsedicts vom 1. März 1822 und des §. 2, Ziffer 1 der Verordnung vom 23. August 1825 betreffend den Wirkungskreis und den Geschäftsgang der gemeinschaftlichen Oberämter, soweit dieselben das gemeinschaftliche Oberamt auch für die Untersuchung von Vergehen der katholischen Kirchendiener gegen die kirchliche Disciplin und in ihrer geistlichen Amtsführung als zuständig erklären, hiermit ausser Wirkung. Bei gerichtlich strafbaren Dienstvergehen der katholischen Geistlichen hat auch künftighin, wie bisher das gemeinschaftliche Oberamt nach Anordnung und unter der Leitung der Staatsaufsichtsbehörde die Voruntersuchung (Art. 448 ff. der Strafprocessordnung) zu führen. Die Staatsbehörde ist befugt einem Geistlichen wegen Unbrauchbarkeit oder Dienstverfehlungen die ihm vermöge Gesetzes oder besonderen Auftrags übertragenen staatlichen Geschäfte abzunehmen und einem Stellvertreter zu übertragen. Art. 6. Die Disciplinarstrafen gegen katholische Kirchendiener wegen Verfehlungen im Wandel oder in der Führung ihres kirchlichen Amtes dürfen von den kirchlichen Behörden nur auf den Grund eines geordneten processualischen Verfahrens verhängt werden. Die Disciplinargewalt der kirchlichen Behörde kann niemals durch Freiheitsentziehung geübt werden. Geldbussen dürfen den Betrag von 40 fl., die Einberufung in das Besserungshaus der

gekränkten Geistlichen eine Berufung an den Staat (*appel comme d'abus*) gestattet (§. 115. no. 13.). In Deutschland war in einzelnen Verfassungs-

Diözese darf die Dauer von sechs Wochen nicht übersteigen. Von jedem auf eine Geldbusse von mehr als 15 fl., auf Einberufung in das Besserungshaus für mehr als vierzehn Tage, ferner auf Suspension, Versetzung, Zurücksetzung oder Entlassung lautenden Straferkenntnisse ist der Staatsbehörde alsbald Mittheilung zu machen. Art. 7. Verfügungen und Erkenntnisse der Kirchengewalt können gegen die Person oder das Vermögen eines Angehörigen der katholischen Kirche wider dessen Willen nur von der Staatsgewalt vollzogen werden. Die Staatsbehörde ist jedoch nur dann befugt, ihre Mitwirkung hiezu eintreten zu lassen, wenn der Bischof ihr zuvor über den Fall die erforderlichen Aufklärungen gegeben und sie hiernach die Verfügung oder das Erkenntniss weder in formeller Hinsicht, noch auch vom staatlichen Gesichtspunkt in materieller Beziehung zu beanstanden gefunden hat. Auch für die Führung einer kirchlichen Untersuchung darf die Staatsbehörde auf Ersuchen der Kirchenbehörde nur unter derselben Voraussetzung mitwirken.

§. 116. 19) *Oesterr. Ges. v. 7. Mai* 1874: §. 27. Für die Durchführung kirchlicher Anordnungen und Entscheidungen wird ein staatlicher Beistand ausser dem Falle des §. 23 in nachstehenden Fällen und nur in folgender Art gewährt: a) wenn zur Durchführung der von einem Kirchenvorsteher innerhalb seiner Amtssphäre verfügten Entsetzung oder Entfernung einzelner Personen von kirchlichen Aemtern und Pfründen äussere Vorkehrungen nöthig werden sollten, so können diese Vorkehrungen, so weit es erforderlich erscheint, über Ansuchen des Kirchenvorstehers von der Landesstelle unter der Voraussetzung getroffen werden, dass dem Erkenntniss ein ordentliches Verfahren vorangegangen ist, und dass das Erkenntniss selbst weder den Staatsgesetzen, noch den im Staate geltenden kirchlichen Vorschriften widerspricht. b) Desgleichen kann den Kirchenvorstehern zur Durchführung einer von ihnen beabsichtigten kirchenamtlichen Untersuchung gegen geistliche Personen der etwa nöthige staatliche Beistand dann gewährt werden, wenn zugleich mit dem Ansuchen um diesen Beistand dargethan wird, dass dieses Vorgehen rechtmässg und begründet ist. Die Vernehmung von Personen, die nicht der katholischen Geistlichkeit angehören, kann nur durch die staatliche Behörde erfolgen. §. 28. Wenn durch die Verfügungen eines kirchlichen Obern ein Staatsgesetz verletzt wird, so kann der hierdurch in seinem Rechte Gekränkte sich an die Verwaltungsbehörde wenden, welche Abhülfe zu schaffen hat, sofern die Angelegenheit nicht auf den Civil- oder Strafrechtsweg zu überweisen ist; in letzterem Falle kann sie provisorische Verfügungen treffen. §. 29. Wird ein katholischer Geistlicher wegen eines Verbrechens, Vergehens oder einer Uebertretung von einem Gerichte in Untersuchung gezogen, so liegt dem letzteren ob, an den zur Ausübung der kirchlichen Disziplin über den Geistlichen berufenen kirchlichen Oberen die entsprechende Verständigung gelangen zu lassen. Demselben ist sohin auch das gefällte Urtheil sammt den Entscheidungsgründen mitzutheilen. Bei Verhaftung und Festhaltung katholischer Geistlicher sind jene Rücksichten zu beobachten, welche die ihrem Stande gebührende Achtung erheischt.

20) *Sächsisch. Gesetz vom* 27. *August* 1876: §. 11. Von den Staatsbehörden dürfen Disciplinarstrafen wider Geistliche oder andere Kirchendiener vollstreckt werden, wenn die Strafe von der zuständigen inländischen Behörde erkannt worden, dem Erkenntnisse ein geordnetes Verfahren vorausgegangen und die Strafe vom staatlichen Gesichtspunkte nicht zu beanstanden ist. Jede, auf zeitweilige oder gänzliche Entfernung aus dem Amte lautende Disciplinarentscheidung ist der Staatsregierung sofort anzuzeigen. Der Anzeige ist Abschrift des Erkenntnisses und der Entscheidungsgründe beizufügen. §. 12. Zu Führung kirchlicher Disciplinaruntersuchungen dürfen Staatsbehörden mitwirken, wenn im gegebenen Falle vom staatlichen Gesichtspunkte kein Bedenken begründet ist. Personen, welche nicht der katholischen Geistlichkeit angehören, dürfen nur von der Staatsbehörde abgehört oder vernommen werden. §. 13. Ein Geistlicher oder anderer Kirchendiener, welcher rechtskräftig zu Zuchthausstrafe oder dem Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte oder dem der öffentlichen Aemter verurtheilt worden ist, ist von der ihm vorgesetzten kirchlichen Behörde seines Amtes zu entsetzen. Für alle staatlichen Beziehungen hat eine solche Verurtheilung die Erledigung der Stelle, die Unfähigkeit zur Ausübung des geistlichen Amtes und den Verlust des Amtseinkommens von Rechtswegen zur Folge. §. 14. Ausser dem Falle einer Verurtheilung im Sinne §. 13. kann die Staatsregierung die Amtsentlassung eines Geistlichen oder anderen Kirchendieners verlangen, wenn sich derselbe wiederholt grober Verletzung der auf sein Amt oder seine geistlichen Amtsverrich-

gesetzen dem Clerus derselbe Schutz gewährt, aber theils in nur unbestimmter Weise[21], ohne ein festes gesetzmässiges Verfahren, theils war nach dem Jahre 1848 auch dieser sogenannte *recursus ad principem* geradezu aufgegeben worden. Die neueste Entwickelung hat aber nicht nur Art und Maass der Disciplinarstrafen bestimmt, Freiheitsstrafen von der Einwilligung der Verurtheilten abhängig gemacht, und die geistlichen Gefangenanstalten (*Demeritenhäuser*) unter staatliche Controle gestellt, sondern auch den verurtheilten Geistlichen den Recurs an die Staatsbehörde ausdrücklich garantirt, zu welchem Behufe in Preussen und Hessen[22. 23] ein eigener kirchlicher Gerichtshof geschaffen worden ist.

§. 117. 4. Die Gerichte und das Verfahren.

Biener, Beitr. zur Gesch. d. Inquisitionsprozesses, Leipzig 1827. Hildebrand, D. purgatio canonica und vulgaris, München 1841. Marx, De denuntiatione iur. can., Scafhusi 1851. Keller, D. Buss- u. Strafverfahren gegen Cleriker der sechs ersten christl. Jahrh., Trier 1863. München, a. a. O. Molitor, a. a. O.

I. Die Vergehungen der Geistlichen beurtheilte früher der Bischof unter Zuziehung anderer Bischöfe[1], jetzt das bischöfliche Gericht, in leichteren Fällen der Dekan. Ueber die Bischöfe übten zunächst die Bischöfe der Nachbardiöcesen, nach Ausbildung der Metropolitanverfassung die Provinzialsynode Gerichtsbarkeit, über den Erzbischof im fränkischen Reiche die Nationalsynode[2]. Der Beschluss der Synode von *Sardika*, welcher verurtheilten Bischöfen die Appellation an den römischen Stuhl zugestand, war auch im

tungen bezüglichen Vorschriften der Staatsgesetze oder der auf Grund derselben von den zuständigen Behörden erlassenen Anordnungen schuldig macht, und in dessen Folge sein ferneres Verbleiben im Amte als der öffentlichen Ordnung gefährlich erscheint. Wird diesem Verlangen nicht in angemessener Frist von der katholisch-geistlichen Behörde gefügt, so kann die Staatsregierung für alle staatlichen Beziehungen die Stelle mit den in §. 13, Abs. 2 gedachten Wirkungen für erledigt erklären. §. 15. Unabhängig von der kirchlichen Disciplinargewalt besteht das Befugniss der Staatsregierung, einem Geistlichen oder anderen Kirchendiener die ihm vermöge Gesetzes oder besonderen Auftrags übertragenen staatlichen Geschäfte zu entziehen und einem Anderen zu übertragen.

§. 116. 21) *Baier. Edikt v.* 26. *Mai* 1828: §. 51. So lange die Kirchen-Gewalt die Grenzen ihres eigentlichen Wirkungskreises nicht überschreitet, kann dieselbe gegen jede Verletzung ihrer Rechte und Gesetze den Schutz der Staats-Gewalt anrufen, der ihr von den Königlichen einschlägigen Landesstellen nicht versagt werden darf. §. 52. Es steht aber auch den Genossen einer Kirchengesellschaft, welche durch Handlungen der geistlichen Gewalt gegen die festgesetzte Ordnung beschwert werden, die Befugniss zu, dagegen den Königlichen Landesfürstlichen Schutz anzurufen. §. 53. Ein solcher Rekurs gegen einen Missbrauch der geistlichen Gewalt kann entweder bei der einschlägigen Regierungsbehörde, welche darüber alsbald Bericht an das Königliche Staats-Ministerium des Innern zu erstatten hat, oder bei Sr. Majestät dem Könige unmittelbar angebracht werden. §. 54. Die angebrachten Beschwerden wird das Königliche Staats-Ministerium des Innern untersuchen lassen, und, eilige Fälle ausgenommen, nur nach Vernehmung der betreffenden geistlichen Behörde das Geeignete darauf verfügen.

22) *Preuss. Ges. v.* 12. *Mai* 1873 siehe Anhang no. XVII.

23) *Hess. Ges. den Missbr. d. geistl. Amtsgewalt betr.* siehe Anhang no. XVIII.

§. 117. 1) *Dist. LXXXVI. c.* 32. (*Gregorius*): Si quid uero de quocumque clerico ad aures tuas peruenerit, quod te iuste possit offendere, facile non credas, nec ad uindictam te res accendat incognita; sed presentibus ecclesiae tuae senioribus diligenter ueritas est perscrutanda, et tunc, si qualitas rei poposcerit, canonica districtio culpam feriat delinquentis.

2) *Hincmar. Remens. de praedest. adv. Gothescalc. c.* 36: Unde etiam accusatus ab ipso Augusto, in generali synodo in palatio Theodonis villa inducias petiit et secundum canonicam institutionem elegit sibi per consensum synodi episcopos iudices peccatorum suorum, quos canones electos appellant, de quibus scriptum est in concilio Africano cap. LXIII. ut ab electis iudicibus provocari non liceat, et dedit libellum synodo manu sua firmatum haec eadem continentem.

späteren fränkischen Reiche nicht Rechtens[3], doch gelangte er durch die Pseudoisidorische Fälschung in das Decretalenrecht, während der andere pseudoisidorische Satz, dass alle Bischöfe überhaupt nur durch den Papst verurtheilt werden könnten, erst durch das *Tridentinum*[4. 5] zu einem unbestrittenen Rechtssatz wurde. Von selbst versteht es sich, dass der Staat durch diese Bestimmung in der Ausübung der ihm auch über seine Bischöfe zustehenden Gerichtsbarkeit nicht behindert werden kann[6]. — Ueber die Laien urtheilen nach Aufhören der Sendgerichte die bischöflichen Gerichte. II. Bezüglich des Verfahrens werden im Decretalenrechte fünf verschiedene Elemente unterschieden. a) *per notorietatem*[7. 8]: bei *delicta manifesta* (*quae iudiciarium ordinem non requirunt*) schreitet der Richter *ex officio* ein. b) *per accusationem.* Der Ankläger hat zu beweisen, den falschen trifft die auf das angeschuldigte Verbrechen gesetzte Strafe. c) *per inquisitionem.* Während das Verfahren per acc. an das römische Recht anknüpft, ist dies rein kirchlichen Ursprungs[9]; es trat ein:

§. 117. 3) *Gregor. Turon. V*, 21: Ad regem accedunt, implorantes se iniuste remotos sibique tribui licentiam, ut ad papam urbis Romanae accedere debeant. Rex vero annuens petitionibus eorum datis epistolis eos abire permisit.

4) *C. Trident. Sess. XIII. de reform. c.* 8: Causae episcoporum, quum pro criminis obiecti qualitate comparere debeant, coram Pontifice Max. referantur, ac per ipsum terminentur.

5) *C. Trident. Sess. XXIV. de reform. c.* 5: Causae criminales graviores contra episcopos, etiam haeresis, quod absit, quae dispositione aut privatione dignae sunt, ab ipso tantum summo Romano Pontifice cognoscantur et terminentur. Quod si eiusmodi sit causa, quae necessario extra Romanam curiam sit committenda, nemini prorsus ea committatur, nisi metropolitanis aut episcopis a beatissimo Papa eligendis. Haec vero commissio et specialis sit, et manu ipsius sanctissimi Pontificis signata, nec unquam plus his tribuat, quam ut solam facti instructionem sumant processumque conficiant, quem statim ad Romanum Pontificem transmittant, reservata eidem sanctissimo sententia definitiva. Cetera alias sub fel. rec. Iulio III. super his decreta, nec non et constitutio sub Innocentio III. in concilio generali, quae incipit: *Qualiter et quando*, quam sancta synodus in praesenti innovat, ab omnibus observetur. Minores vero criminales causae episcoporum in concilio tantum provinciali cognoscantur et terminentur, vel a deputandis per concilium provinciale.

6) *Geheimer Artikel zum Oesterreichischen Concordat:* Wiewohl Seine Majestät das Vertrauen hege, kein Bischof werde an Anschlägen, die der öffentlichen Ruhe Gefahr brächten, sich jemals betheiligen, so müsse der Kaiser sich doch vorbehalten, wenn, was Gott abwenden wolle, ein Bischof sich des Hochverraths oder der Majestätsbeleidigung schuldig machen sollte, auch bevor er mit dem heiligen Stuhl wegen des gerichtlichen Einschreitens Rücksprache pflegen (consilia conferre) könnte, vorläufig dasjenige zu [verfügen, was nach Maassgabe des Falles erforderlich sei, um den Vollbestand (integritatem) und die Ruhe des Reiches sicher zu stellen, jedoch stets unbeschadet der Festsetzungen des XIV. Artikels. (Vgl. §. 19. no. 37.)

7) *C. von Mainz* 851 *c.* 8: Si quis presbiter vitae suae neglegens pravis exemplis mala de se suspicari permiserit, et populus ab episcopo iuramento seu banno christianitatis constrictus infamiam eius patefecerit, et ceteri (leg.: certi) accusatores criminis eius defuerint, admoneatur primo seorsum ab episcopo, deinde sub duobus vel tribus testibus; si non emendaverit, in conventu presbiterorum episcopus eum publica increpatione admoneat. Si vero nec sic se correxerit, ab officio suspendatur usque ad dignam satisfactionem, ne populus fidelium in eo scandalum patiatur. Si autem accusatores legitimi fuerint, qui eius crimina manifestis indiciis probare contenderint, et ipse negaverit, tum ipse cum sociis suis eiusdem ordinis sex viris, si valet, a crimine semetipsum expurget. Diaconus vero si eodem crimine accusatus fuerit, semetipsum cum tribus expurget.

8) *Brief Pauli an die Galater c.* 5. *v.* 19: Offenbar sind aber die Werke des Fleisches, als da sind Ehebruch, Hurerei, Unreinigkeit, Unzucht, 20. Abgötterei, Zauberei, Feindschaft, Hader, Neid, Zorn, Zank, Zwietracht, Rotten, Hass, Mord, 21. Saufen, Fressen, und dergleichen; von welchen ich euch habe zuvor gesagt und sage noch zuvor, dass, die solches thun, werden das Reich Gottes nicht erwerben.

9) *C. II. qu.* 1. *c.* 16. (*Nicolaus*): Que Lotharius uester nepos rex fecit accusatione non indigent. Manifesta enim sunt opera eius.

auf 1: *infamia* und *diffamatio* d. h. Bezüchtigung durch ein öffentlich verbreitetes, oder durch genügende Zeugen bekundetes Gerücht (*inquisitio ex officio propter infamiam, reine Inquisition*), 2. auf *Denunciation* so, dass entweder der Richter allein verfuhr, falls die Denunciation durch ein öffentlich verbreitetes Gerücht Unterstützung fand, oder der Denunciant zugleich als Beweisführer thätig wurde (*inq. cum persequente*). Auf die Ausbildung der in kirchlichen Anschauungen wurzelnden *Denunciation*[10. 11] haben römisch-rechtliche Momente eingewirkt und namentlich ist dem römischen Recht die Bestimmung entlehnt, dass den beweisfälligen Denuncianten die *calumniae poena* treffen solle. Das Inquisitionsverfahren ist nur Disciplinarverfahren, keine *civilis persecutio*, und bewirkt im Fall der Ueberführung für den Laien Verhängung einer Busse, für den Geistlichen eine *poena extraordinaria*. d) *per exceptionem*, auf das römische Recht zurückzuführen, findet seine Anwendung, wenn einem Weihe- oder Amtscandidaten ein Verbrechen vorgeworfen wird. Das Verfahren ist dann reines Civilverfahren über die exceptio. e) die *purgatio* soll der Richter erkennen, wenn die inquisitio nicht zur vollen Gewissheit geführt hat. Dass, wenn sie nicht geleistet wird, der Verweigernde für überwunden angesehen und mit der vollen Strafe belegt werden soll, entstammt dem deutschen Recht. In diesem und im Verfahren der Sendgerichte ist die purgatio ein Mittel der Vertheidigung für den Angeklagten, im späteren kanonischen Recht Mittel der Untersuchung für den Richter. — Diese Verfahrungsarten sind aus dem heutigen Recht verschwunden. Vielmehr stellt, sobald dem bischöflichen Gericht ein Delikt zur Kenntniss gekommen ist, dies auf Antrag des öffentlichen Anklägers die Untersuchung an.

Zweite Abtheilung.

In der evangelischen Kirche.

§. 118. 1. Die Kirchenzucht.

Göschen, Doctrina de discipl. eccles. ex ordinat. eccl. evang. saec. XVI. adumbrata, Halae 1859. Galli, D. Luther. u. Calvinischen Kirchenstrafen gegen Laien im Reform.-Zeitalter, Breslau 1879. Fabri, Ueber Kirchenzucht, Stuttgart 1854. Stahl, Ueber Kirchenzucht, Berlin 1857.

I. Die lutherischen Bekenntnissschriften erklären eine Kirchenzucht ohne eine Betheiligung der weltlichen Gewalt für zulässig, und sprechen sich für Anwendung der *excommunicatio minor* aus[1]. Aber diese ursprünglichen Grundsätze sind in der Folgezeit nicht aufrecht erhalten worden, vielmehr hat sich in der lutherischen Kirche noch des XVI. Jahrhunderts folgender Rechtsstand ausgebildet. 1. Die Handhabung der Kirchenzucht steht dem Geistlichen zu.

§. 117. 10) 1. *Mosis* 18. *v.* 20: Und der Herr sprach: Es ist ein Geschrei zu Sodom und Gomorrha, das ist gross, und ihre Sünden sind fast schwer. 21. Darum will ich hinab fahren, und sehen, ob sie Alles gethan haben, nach dem Geschrei, das vor mich gekommen ist; oder ob's nicht also sei, dass ich's wisse.

11) *Matth.* 18. *v.* 15: Sündiget aber Dein Bruder an Dir; so gehe hin und strafe ihn zwischen Dir und ihm allein. Höret er Dich, so hast Du Deinen Bruder gewonnen. 16. Höret er Dich nicht, so nimm noch einen oder zwei zu Dir, auf dass alle Sache bestehe auf zweier oder dreier Zeugen Mund. 17. Höret er die nicht, so sage es der Gemeine. Höret er die Gemeine nicht, so halte ihn als einen Heiden und Zöllner.

§. 118. 1) *Art. Schmalkald. IX.* Den grossen Bann, wie es der Pabst nennet, halten wir für ein lauter weltliche Strafe, und gehet uns Kirchendiener nichts an. Aber der kleine, das ist der rechte christliche Bann, ist, dass man offenbarliche, halsstarrige Sünder nicht soll lassen zum Sacrament oder ander Gemeinschaft der Kirche kommen, bis sie sich bessern und die Sünde meiden. Und die Prediger sollen in diese geistliche Strafe oder Bann nicht mengen die weltliche Strafe.

Wenn aber die Reformatoren noch eine Mitwirkung der Gemeinde verlangten[2], so treten uns zwar in der späteren Zeit noch gemeindliche Functionen bei Ausübung der Zucht entgegen, aber im Dienst des Pfarramtes und ohne Selbstständigkeit diesem gegenüber[3. 4]. Die Verhängung grösserer Kirchenstrafen fiel nach Ausbildung der Consistorial-Verfassung den Consistorien zu, und die Landesherrn nahmen nicht nur die Beaufsichtigung über diese in Anspruch, sondern auch die Befugniss, selbst Kirchenstrafen zu erkennen. 2. Die Kirchenstrafen bestehen in Ermahnungen, privatim oder von der Kanzel ausgesprochen, öffentlichen Bussen, Versagung des Abendmahles, der Gevatterschaft, der kirchlichen Trauung und des kirchlichen Begräbnisses[5]. Alle diese Nachtheile zusammen ergeben sich als Folge des Kirchenbannes[6-9]. Daneben tritt aber ganz katholisch die Verhängung einer Verkehrssperre und weltlicher Strafen durch die Obrigkeit als Consequenz des Bannes auf[10]. Ja

§. 118. 2) *Luther Vermahnung v. Bann:* Solchen Bann wollten wir gerne anrichten, nicht, dass es ein Kaplan oder Prediger allein thun sollte oder konnte, ihr alle müsst selbst mithelfen, ihr müsst mit uns, und wir mit euch, dass das Vaterunser gesprochen werde wider einen solchen, der von der ganzen Christenheit abgesondert und gebannt wird, wiederum so er sich bekehret, dass man öffentlich über ihn in der Kirche bete, und wieder annehme, welches nicht eine Person des Pfarrhern oder Kaplans thun soll.

3) *Preuss. Verordn. v.* 1543: Dass eine Bank zugerichtet werde, an den Orth, da man fast in die ganze Kirch sehen kan, uf derselben Banck sollen auss einem jeglichen Dorffe einer sitzen, der solle auf alle seine Nachbarn und Nachbarinnen gutte acht geben, ob Sie gegen Kirch kommen oder nicht.

4) *Braunschweig-Grubenhagensche Kirchenordnung* 1581: Wann dann . . . Ecclesia nicht heist, oder ist der Pastor alleine, viel weniger der unverstendige . . . hauffe, Sondern zusammen Prediger, Obrigkeit und der Ausschuss Ehrlicher, Gottseliger und verstendiger Christen aus der Gemeyne, So sol der halsstarrige Sünder, nach vorgehender Vermanung für den Consistorio angegeben werden.

5) *Luther Tischreden*: Und wenn sie sterben wollen, sol kein Pfarrherr, kein Caplan zu jnen kommen, und wenn sie gestorben sind, sol sie der Hencker in die Schindergrube zur Statt hinaus schleiffen, da sol kein Schüler, kein Caplan zu kommen, weil sie wöllen Heiden seyn, wöllen wir sie auch als Heiden halten.

6) *Wittenberger Cons.-O.* 1542: Wolte aber unserm gn. Herrn dem Churf. z. Sachsen, aus bedencklichen ursachen nicht gefallen, des Banns auff bewuste weise und form zugebrauchen. Sondern das der allein ein Bürgerlich straff sein solt, so möchten S. Ch. G. dis Capitel vom Bann, auff dieselbe straffe einziehen lassen . . . und etwa wider diejenigen, so in angezeigten fellen, die Burgerlich straff verachten, und in jrem ergerlichen unchristlichen leben verharren, der Landsverweisung oder anderer straff, den Rechten gemes auff der Commissarien anzeigen, vor sich jr Amptleute zu gebrauchen befehlen. . .

7) *Hessische Ordn. der Kirchenzucht* 1539: Da mit aber dies Bannen der Kirchen die leut mehr zur forcht, unnd scham, vor dem sundtlichen lasterlichem thun, bewegt, ist die Oberkeit, aus vermög Götlichs und Keiserliches rechts schüldig, keinen solchen verechter der Kirche und von Christo verbanneten zu einigem Ehrlichem ampt oder thun zugebrauchen.

8) *Reformat. eccles. Hassiae* 1526: Ut nemo cum eis manducet, aut bibat, aut cum eis veniat ad convivia, aut nuptias, aut aliquid negotietur, nisi sit, quod maxime urgeat, ut audire verbum dei.

9) *Württemberg. Summar. Begriff* 1559: Es soll auch ein sonderlich gestül in der Kirche bestimpt, da die Excommuniciert Person, alle Sonntag und Feirtag zur zeit der Predig stehn, und auff die Sontag da das Nachtmal gehalten, soll allwegen der Messner solche Person, nach der Predig und Gebett vor anfang des Nachtmals, auss der Kirche, durch das Volck nauss fürn, biss der Sünder sich lernet schemen.

10) *Excommunicationsformel gegen den Rath der Stadt Magdeburg:* Er scheide sie als faule stinkende Glieder ab von der Gemeine Christi, er schliesse ihnen den Himmel zu, und die Hölle weit auf, er übergebe sie dem leidigen Teufel, sie am Leibe zu martern, zu quälen und zu plagen, er schlage ihnen auch hiermit ab, dass sie sich des Sacraments des Altars bis zur Besserung nicht gebrauchen, er gebiete auch Amtswegen, dass andere Christen sich solchen verbannten Menschen gänzlich enthalten, mit ihnen nicht essen oder trinken, sie zur Hochzeit oder ehrlicher Gesellschaft

auch rein weltliche Rechtsnachtheile sollen dem Verletzer kirchlicher Pflichten durch die weltliche Obrigkeit zugefügt werden. So sind die Kirchenstrafen zwar wesentlich aber nicht ausschliesslich medicinaler Natur. 3. Der Bann wird aufgehoben nach öffentlicher Busse[11] und Versöhnung mit der Kirche. 4. Die Kirchenstrafen greifen Platz a) bei Ketzerei; die Pflicht der Obrigkeit, hier auch weltliche Strafe eintreten zu lassen, wird wie in der katholischen Kirche betont[12. 13], b) bei Simonie, c) bei Verachtung des Abendmahles, d) bei Versäumung des Kirchenbesuches, e) wegen anderweitiger Bethätigung unkirchlicher Gesinnung. II. Unter der Herrschaft des Episkopalsystems wuchs der Kirche eine durch die Consistorien gehandhabte wirkliche Strafgerichtsbarkeit zu, welche unter dem Territorialsystem wieder verloren ging. Aber auch die Kirchenzucht der Consistorien und damit der Kirchenbann kam gleichzeitig in Abgang, und es blieb nur die Versagung kirchlichen Begräbnisses, der Taufpathenschaft und die Zurückweisung vom Abendmahle, welche Massnahmen provisorisch der Pfarrer selbstständig traf, das Consistorium definitiv erkannte. Daneben erhielt sich die Versagung des Brautkranzes für gefallene Mädchen. Die Gründe für das Fortwirken dieser Kirchenzucht bestanden in einem allgemeinen unkirchlichen öffentlichen Verhalten. III. Weit stärker als in der lutherischen Kirche ist in der *reformirten* das Moment der Zucht betont worden, aber obgleich anfänglich *Calvin* von dem Prinzipe ausging, den Staat nicht an der Ausführung der Kirchenstrafen zu betheiligen[14], so führte doch die Gesetzgebung schliesslich das gleiche Resultat herbei wie in der lutherischen Kirche[15. 16], nur dass die Mitwirkung

nicht laden, zu Gevattern sie nicht bitten, oder sie doch nicht stehen lassen, sie auf der Strasse nicht grüssen, und in Summa für Heiden oder Unchristen halten sollen mit allen ihrer Sünden theilhaftigen Anhängern, bis sie ihre Sünden bekennen und Kirchenbusse thun.

§. 118. 11) *Reform. eccl. Hassiae* 1526: Nemo excommunicatorum ad communionem denuo recipiatur, nisi coram tota Ecclesia cognoscat peccatum suum et cunctis nota sit resipiscentia eius, adsit autem, qui absolvitur, et peccatum suum confiteatur coram tota Ecclesia.

12) *Brief Luthers v.* 1524: Jetzt sei das die Summa, . . . dass E. F. G. soll nicht wehren dem Ampt des Worts. Man lasse sie nur getrost und frisch predigen was sie künnten und wider wen sie wöllen, denn wie ich gesagt habe, es müsse Secten sein.

13) *Brief Luthers v.* 1534: E. F. sehen und erfahren täglich, wie der böse feind allenthalben seine Rotten, Widertäufer, oder . . . falsche Propheten und falsche Lehrer erweckt, und viel Land und Leuts in Jamer und Noth führet . . . Ich kann und will nicht bitten, dass E. F. sollen unser Lehr und Weise annehmen. Aber da bitte ich umb, dass E. F. ein ernst Auge darauf haben wollten, dass nicht Rottengeister in euer Stadt wurzeln.

14) *Calvin Institut. IV c.* 11, 4: Neque enim consentaneum est, ut qui monitionibus nostris obtemperare noluerint, eos ad magistratus deferamus.

15) *Urtheil gegen Servet:* Ayant eu bonne participation du Conseil avec nos citoyens; ayant Dieu et les Saintes Ecritures devant nos yeux; disant au nom du Père, du Fils et du S. Esprit! voici notre sentence définitive: Toi, Michel Servet, tu seras lié et mené au lieu dit Champel, et là attaché à un pilori, tu seras brûlé vif avec tes livres et tes écrits, jusqu'à ce que ton corps soit réduit en cendres, et ainsi finiras tes jours, pour donner exemple aux autres, qui tel crime voudraient commettre.

16) *Genfer reformirte Bannformel:* Chers frères! Après avoir si longuement supporté N. N., l'avoir prié, exhorté, adjuré de se convertir à Dieu, il persévère en son impénitence avec obstination endurcie, se rebelle contre Dieu, foule aux pieds sa parole et l'ordre qu'il à établi dans son Eglise, se glorifiant dans son péché, est cause que l'Eglise depuis si longtemps est troublée et le nom de Dieu blasphémé. Nous, ministres de la parole de Dieu, armés d'armes spirituelles, puissantes de par Dieu à la destruction de forteresses qui s'opposent à l'encontre de lui: auxquels le fils Eternel de Dieu a donné la puissance de lier et délier en terre, déclarons que ce que nous aurons lié en terre, sera lié au ciel; voulant purger la Maison de Dieu et délivrer l'Eglise de scandales, et en prononçant Anathème contre le méchant, glorifier le nom de Dieu: Au nom et en l'autorité du S. J. C., de

der Gemeinde schärfer betont wurde. IV. Die neuere Zeit hat versucht die Kirchenzucht wieder zu beleben; als Strafen treten nur ganz vereinzelt der Kirchenbann[17], regelmässig die Versagung der Pathenschaft, der kirchlichen Trauung, des Abendmahles, des kirchlichen Begräbnisses und die Entziehung der Wahlfähigkeit[18] für die Gemeindeorgane auf. Diesen letzteren ist die Handhabung der Zucht anvertraut[19. 20], welche wegen Aergerniss erregenden öffentlichen unkirchlichen Verhaltens, namentlich wegen Unterlassung der kirchlichen Trauung, Nicht-taufen- und -confirmiren-lassen der Kinder[21] und gegen zurechnungsfähige Selbstmörder ausgeübt wird.

l'avis et autorité des pasteurs et des anciens assemblés en Colloque et du Consistoire de cette Eglise: Nous avons retranché et nous retranchons le dit N. N. de la communion de l'Eglise, l'excommunions et l'ôtons de la société des fidèles, afin qu'il vous soit comme un païen et un péager et qu'entre les vrais fidèles il soit Anathème et exécration, que sa hautise soit estimée contagieuse et que son exemple saisisse vos esprits de frayeur, et vous fasse trembler sous la puissante main de Dieu, puisque c'est une chose horrible, de tomber entre les mains du Dieu vivant. Laquelle sentence d'excommunication le Fils de Dieu ratifiera et lui donnera efficace jusqu'a ce que le pêcheur confus et abbatu devant Dieu lui donne gloire par sa conversion et que délivré de ces liens de Satan, qui l'enveloppent, il pleure son péché d'un pleur de repentance . . . Amen. Maudit est celui, qui fera l'oeuvre du seigneur lâchement. S'il y a quelqu'un qui n'aime point le S. Chr., qu'il soit Anathème, Maranatha, amen.

§. 118. 17) *Beschl. d. Consist. zu Speier* 1855: Darauf hin (Ehe zwischen Christ und Jüdin) hat das K. Consistorium unterm 29. Septemb. 1855 im Namen des dreieinigen Gottes und Kraft des Befehls Jesu Christi die definitive Excommunication über den besagten M. ausgesprochen und ihn hierdurch aus der christlichen Gemeinde ausgeschlossen.

18) *Sächs. Kirchenvorstands- und Synodal-Ordnung* §. 8: Stimmberechtigt sind alle selbstständigen Hausväter, welche das 25. Lebensjahr erfüllt haben, sie seien verheirathet oder nicht, mit Ausnahme solcher, die durch Verachtung des Wortes Gottes oder unehrbaren Lebenswandel öffentliches, durch nachhaltige Besserung nicht wieder gehobenes Aergerniss gegeben haben, oder von der Stimmberechtigung bei Wahlen der politischen Gemeinde ausgeschlossen sind.

19) *Sächs. Kirchenvorstands- und Synodal-Ordnung* §. 19: 2. Den einzelnen Kirchenvorstehern steht ein amtliches Urtheil über das Privatleben Anderer nicht zu, sie haben vielmehr ihre Wirksamkeit in obiger Beziehung nur inmitten des Kirchenvorstandes auszuüben.

20) *Rhein.-Westphäl. Kirchenordn.* §. 14. *a.*: Zu dem Geschäftskreise des Orts-Presbyterii gehört: 1) die Handhabung der Kirchendisciplin in der Gemeinde innerhalb der gesetzlichen Gränzen.

21) *Sächs. Gesetz vom* 1. *December* 1876: §. 1. Dafern evangel.-lutherische Gemeindemitglieder nach erfolgter Eingehung der Ehe vor dem Standesbeamten die kirchliche Trauung unterlassen, so hat zunächst der zuständige Geistliche dieselben zur Erfüllung ihrer kirchlichen Pflicht seelsorgerisch zu ermahnen. Wenn dies ohne Erfolg bleibt, so hat der Kirchenvorstand in gleicher Richtung vermittelnd einzuwirken. Beides hat auch im Falle der Verzögerung der Taufe oder der Verweigerung der Confirmation eines Kindes evangelisch-lutherischer Eltern zu geschehen. Uebrigens kann, wo die örtlichen Verhältnisse dies räthlich erscheinen lassen, die vermittelnde Einwirkung des Kirchenvorstands der seelsorgerlichen Ermahnung auch vorangehen. §. 2. Bleibt auch das vermittelnde Einschreiten des Kirchenvorstands ohne Erfolg, so verlieren Diejenigen, welche die Taufe oder die Trauung unterlassen oder die Confirmation ihrer Kinder verweigern, die Stimmberechtigung und Wählbarkeit bei den Kirchenvorstandswahlen, soweit sie dieselbe nach §. 8. der Kirchenvorstands- und Synodalordnung vom 30. März 1868 (Seite 206 flg., I. Abtheilung des Gesetz- und Verordnungsblattes vom Jahre 1868) überhaupt besitzen, sowie die Fähigkeit zur Uebernahme eines anderen kirchlichen Ehrenamts, ingleichen sind Diejenigen, welche bereits ein solches bekleiden, desselben zu entheben. Hierbei kommen die Bestimmungen in §. 8, beziehentlich §. 29. der Kirchenvorstands- und Synodalordnung zur Anwendung. §. 3. Die Unterlassung der Taufe oder kirchlichen Trauung oder die Verweigerung der Confirmation zieht die Ausschliessung von dem Rechte, Pathenstelle bei der Taufe eines Kindes zu vertreten, nach sich. Hierüber ist von der betreffenden Kircheninspection Entschliessung zu fassen. §. 4. Die in §§. 2. und 3. bestimmten Rechtsnachtheile sind zu verhängen, wenn ungeachtet der §. 1. gedachten Ermahnung

§. 119. 2. Die Straf- und Disciplinargerichtsbarkeit über Geistliche.

I. Als Disciplinarstrafen gegen Geistliche treten uns ausser Verweisen, Geldbussen und selten Haft[1] entgegen: 1. Suspension von den Einkünften oder von diesen und dem Amte. 2. *Absetzung,* die zuweilen in unpassender Weise mit einer Degradation verbunden war[2], und Verlust der geistlichen Standes-

die Taufe oder kirchliche Trauung nach Ablauf von sechs Monaten nach der Geburt des Kindes, beziehentlich nach der Eheschliessung vor dem Standesbeamten noch nicht erfolgt ist, ingleichen wenn entweder die Confirmation eines Kindes, jener Ermahnung ungeachtet, ausdrücklich verweigert oder das Kind nach Entlassung aus der Schule ohne Religionsunterricht belassen und gleichwohl die Confirmation ohne genügenden Grund verzögert wird. §. 5. Die nach §§. 2. und 3. geminderte kirchliche Vollberechtigung ist wieder zu ertheilen, wenn das betreffende Gemeindemitglied die ihm zur Last fallende Versäumniss in der Beobachtung der kirchlichen Ordnung durch deren nachträgliche Erfüllung gesühnt oder, dafern dies nicht mehr möglich ist, durch seine weitere Führung als Mitglied der Kirche das gegebene Aergerniss gehoben hat. §. 6. Ungetauft gebliebene Kinder sind zwar zu dem Religions- und Confirmandenunterrichte zuzuziehen, erlangen jedoch, so lange sie nicht getauft und confirmirt sind, keinen Anspruch auf die Rechte mündiger Mitglieder der Kirchengemeinde.

§. 119. 1) *Hess. Cons.-Beschl. v.* 21. *Juni* 1661: Als bei dieser Sachen Verhör befunden dass Beklagter (Pfarrer) ohne erhebliche Ursachen aus reinem Privateifer Kläger von dem heil. Abendmahle abgewiesen gehabt, als ist ihm solches zum schärfsten verwiesen und dass er desswegen zwei Tage in der Sacristei zu Eschwege zur Strafe einsitzen solle, verdammet.

2) *Protokoll einer sächsischen Degradation:* Acto wurde auf ergangene höchste und hohe Befehle mit Zuziehung einiger Geistlichen aus der mir gnädigst anvertraueten Inspection als NN. und dann in Beyseyn des hiesigen Chur-Fürstl. Amtmanns NN. und etlicher Einwohner zu R. NN. auch in Gegenwart sehr vieler andrer Personen auf hiesiger Superintendur-Wohnung die Degradation des removirten Pastoris NN. folgendermassen zu Wercke gerichtet. Nachdem ich, und gedachter Herr Amtmann NN., welcher sich nebst dem Herrn Amts-Actuarius NN. bey mir eingefunden, uns an dem gesetzten Tische, die Herren Pastores aber mir zur rechten Hand, niedergelassen hatten, wurde der inhafftirte NN. in seinem priesterlichen Ornat aus der Custodie durch zweene Wächter, weil er wegen beraubten Gesichts nicht allein gehen können, auf hiesige Superintendur-Wohnung gebracht und in einiger Entfernung mir gegen über gestellet. Hierauf führte ich ihm die von ihm an seinem Eheweibe begangene höchst abscheuliche Mordthat, und dass er sich dadurch aller seiner Ehren und des geistlichen Standes gäntzlich unwürdig gemacht, dagegen die schwehreste Leibes- und Lebens-Strafen verdient hätte, zu Gemüthe, dahero auch Seine des Herrn Administratoris der Chur-Sachsen Königl. Hoheit etc. im mindesten nicht länger in seinem bisherigen Pfarr-Amte ihn zu dulden, sondern mit der völligen Remotion und mit der zugleich zu bewerckstelligenden Degradation wieder ihn zu verfahren, der Nothwendigheit zu seyn befunden, und deswegen gnädigst an ein Hochlöbl. Consistorium zu L. rescribiret, von hochgedachten hochlöbl. Consistorio auch gnädiger und hochgütigster Befehl mir ertheilet worden. Die ergangenen höchsten und hohen Befehle wurden dem Inculpaten von dem Herrn Amts-Actuario NN. publiciret, und nach geschehener Publication, dass derselbe nunmehro des geistlichen Characters gänzlich entsetzet und entweihet seyn sollte, von mir declariret und bedeutet, sich aller und ieder von dem Predigt-Amt abhangender Verrichtungen seine noch übrige und vielleicht sehr kurze Lebens-Zeit zu enthalten. Und zum Beweise, dass er seines bisher geführten geistlichen Amtes völlig entsetzet sey, sollte ihm der Priester-Rock, das Ober-Kleid ausgezogen, und das Hälsgen abgenommen werden. Welches denn auch durch den dazu bestellten Nachtwächter bewerckstelliget, und NN. der Priester- und Ober-Rock ausgezogen, das Hälsgen abgenommen und alles neben ihm hingeworffen wurde. Als solches geschehen, wurde von mir der degradirte NN. als ein Laye erkläret und dem Herrn Amtmanne NN. als weltlichem Richter, zu weiterm Verfahren überlassen. Welcher denn eine kurtze Rede hielt, und dass er nach seinem Gewissen, und wie es die Rechte erheischeten, wieder den degradatum verfahren wollte, versicherte, und dem gegenwärtigem Land-Knechte NN. befahl den entkleideten und in der Weste stehenden NN. in die Custodie zurück zu bringen, und zu schliessen.

rechte herbeiführte. 3. *Strafversetzung*[3] und unfreiwillige Emeritirung. II. Die Disciplinargerichtsbarkeit war Sache der Consistorien[4]. Aber unter der Herrschaft des Territorialsystemes fiel sie zum Theil an weltliche Behörden[5], und noch heute ist sie der Kirche nicht im vollem Umfange zurückgegeben[6]; auch mangelt es häufig an einem geregelten Verfahren, und wo schwere Strafen der landesherrlichen Genehmigung bedürfen, an dem natürlichen Instanzenzuge. III. Auch die Strafgerichtsbarkeit wegen weltlicher Delicte der Geistlichen, die nicht mit Leibes- und Lebensstrafe belegt waren, wurde seit dem XVI. Jahrhundert den Consistorien übertragen[7]. Dieselbe steht heute den

§. 119. 3) *Kursächs. Resolut. v.* 1763: Obwohl nach des Ober-Consistorii Anzeige ohnehin seit sehr langer Zeit, kaum ein einziger Casus einer Pönitenz-Pfarre vorgefallen; so soll doch, um diesem Gravamini völlig abzuhelfen, die Translocation derer straffälligen Geistlichen auf s. g. Pönitenz-Pfarren vor das künftige gänzlich unterbleiben.

4) *Preuss. Consist.-Ordn.* 1584: Ingleichen geben wir ihnen (den Konsistoriales) Macht die Kirchen- und Schuldiener, welche sich entweder in ihrem Amt untreu, unfleissig und nachlässig oder aber in Leben und Wandel unchristlich, ärgerlich und sträflich verhalten und bei denen die vorgehende gradus admonitionum nichts schaffen oder helfen wollen, nicht allein mit Gefängnissen zu strafen, sondern auch gänzlich, doch mit unser und unserer Regierung Vorbewusst und Bewilligung, zu enturlauben, und ihren Dienst mit andern tüchtigen Personen zu ersetzen.

5) *Preuss. Edikt vom* 10. *Mai* 1748: Alle Prozesse, welche bisher bei den geistlichen Consistorien verhandelt worden, oder noch künftig angestrengt werden dürften, sie betreffen Ehe- oder Priester-Sachen, wenn es auch gleich dieser letztern ihr Leben und Wandel angehet, dem hiesigen Kammer-Gericht beygelegt, und allda ordentlich betrieben werden sollen.

6) *Circular-Rescript des Preuss. Cult.-Min. v.* 27. *August* 1824: . . . wird die K. Regierung darauf aufmerksam gemacht: 1. dass wenn vorerst nur zur Frage kommt, ob der Beschuldigte bis zur definitiven Entscheidung vom Amte zu suspendiren sei, bei allen denen es keiner Berichtserstattung an das Ministerium bedarf, deren Anstellung von der K. Regierung selbst ausgeht. 2. dass wenn die Anschuldigungen zugleich gemeine in den Gesetzen — ausser der Amtsentsetzung oder Degradation — noch besonders verpönte Vergehen in sich fassen, die Entscheidung des Ganzen den ordentlichen Gerichten überlassen werden muss, und nur dann, wenn die Umstände so ganz besonders dringend und erheblich sind, dass eine nur vorläufige Amtsentsetzung nicht ausreichend befunden wird, sondern sogleich schon und jedenfalls die definitive Entlassung und anderweite Besetzung der Stelle für nothwendig erachtet wird — unter näherer Ausführung solcher Umstände, und nach vorgängiger zu diesem Zwecke zu bewirkender Vernehmung des zu Entlassenden, — die desfallsige Disciplinar-Bestimmung auszusprechen ist. 3. die Allerh. Cabinets-Ordre vom 12. April 1822 verordnet sub 1. dass gegen die nach §. 532. Th. II. Tit. 11 des A. L.-R. von den geistlichen Obern, resp. von den Consistorien und Regierungen angedeutete Entsetzung eines Pfarrers wegen begangener Excesse in seinem Amte der im §. 533. l. c. begründete Antrag auf förmliche gerichtliche Untersuchung und Entscheidung nicht mehr statt finden soll, sondern nur ein Recurs an den Minister der geistl. . . . Angelegenheiten. Die §§. 532. 533. 534. ib. verordnen folgendes: Hat ein Pfarrer in seinem Amte grobe Excesse begangen, so müssen die geistl. Obern ihm die Führung seines Amtes vorläufig untersagen, wegen dessen Wahrnehmung die erforderlichen Anstalten treffen, die nähere Untersuchung verhängen, und nach dem Befinden derselben ihm die Entsetzung andeuten. Will sich der Pfarrer dabei nicht beruhigen, so steht ihm frei, auf förmliche gerichtliche Untersuchung und Entscheidung anzutragen; er muss sich aber dazu binnen 4 Wochen nach angedeuteter Entlassung melden. Mit diesen Paragraphen steht in Beziehung auf die niederen Kirchenbeamten in Verbindung der §. 567 ib. . . .: „Uebrigens gilt von der Aufsicht der geistl. Obern über sie, von ihrer Bestrafung bei vorkommenden Amtsvergehungen, ingleichen von ihrer Entsetzung, alles, was in Ansehung der Pfarrer verordnet ist.“ Alle diese Bestimmungen sind in Absicht des disciplinarischen Verfahrens gegen Prediger und Kirchenbeamte . . . genau . . . zu beobachten . . .

7) *Kursächs. Rescript vom* 14. *Oct.* 1689: . . . Wie wohl Wir nun keinem Unsere Lehnleute und Unterthanen, ob sie schon sonsten mit Ober- und Erb-Gerichten beliehen, einige Jurisdiction über geistliche Personen und ihre Familien es sey in Civilibus oder Criminalibus gestatten können, sondern Uns, als

weltlichen Gerichten zu, und den geistlichen Behörden ist nur überlassen, die Suspension zu verhängen, wobei sie selbstständig zu befinden haben. Die neueren staatlichen Normen, welche Absetzung der Geistlichen verfügen, bestimmte Strafarten ausschliessen und einen Recurs an die weltliche Behörde gewähren, greifen auch für protestantische Geistliche Platz.

Fünftes Capitel. Das kirchliche Abgabenwesen.

Erste Abtheilung.

In der katholischen Kirche.

§. 120. I. Die Stolgebühren.

Grellmann, Kurze Gesch. d. Stolgebühren, Göttingen 1785. Schefold, Parochialrechte II, §. 110.

Aus der Uebung, dem Geistlichen für Ausübung seiner Functionen freiwillige Gaben zu reichen, hat sich die Verpflichtung zur Zahlung einer Gebühr (*Stolgebühr*) entwickelt, welche bei Taufen, Trauungen, Beerdigungen, Ausstellung der Bescheinigungen über diese Akte u. s. w. zu entrichten ist, nicht für Spendung der Eucharistie und der letzten Oelung, nicht regelmässig für die Beichte. Ihre Fixirung beruht theils auf Observanz, theils auf bischöflicher Festsetzung, zuweilen auf staatlicher Anordnung, gewöhnlich auf staatlicher Bestätigung[1]. Allgemein hat sich der Grundsatz herausgebildet, dass Pränumeration nicht gefordert werden kann, doch besteht das Recht auf die Gebühr selbst dann, wenn die betreffende Handlung von einem anderen Pfarrer ausserhalb der Parochie vorgenommen worden ist. Die Einführung der staatlichen Civilstandsführung drängt zur Aufhebung der Stolgebühren, wie eine solche auch in *Sachsen* durch *Gesetz v.* 22. *Mai* 1876 erfolgt ist[2].

Landes-Fürsten und Episcopo, dieselbe eintzig und allein zuständig, solchegestalt dass in delictis atrocioribus zwar die Apprehension, wegen besorgender Flucht, von den Gerichts-Herrn Unsern Consistoriis zu berichten und von den, wie und wo in der Sachen ferner zu verfahren, Bescheid zu erholen, die directio processus auch, biss was peinlich erkannt, daselbst zu lassen, hernach aber die Sache an Unsern Kirchen-Rath und Ober-Consistorium vermittelst . . . Berichts zu bringen und fernere Resolution zu erwarten ist . . .

§. 120. 1) *Oesterr. Gesetz vom* 7. *Mai* 1874: §. 23. Zur Einbringung von Abgaben oder anderen Leistungen für kirchliche Zwecke, welche den Kirchenangehörigen mit Zustimmung der Regierung auferlegt worden sind, wird die politische Exekution gewährt. Dies gilt auch von den fixen Gebühren für kirchliche Eheaufgebote, Trauungen und Leichenbegängnisse (Stolgebühren) sowie für pfarramtliche Ausfertigung. Personen, welche auf das Armenrecht Anspruch haben, sind von der Entrichtung der eben bezeichneten Gebühren befreit. §. 24. Die Abänderung der bestehenden kirchlichen Stoltaxordnungen steht der Regierung nach Einvernehmen der Bischöfe zu. §. 25. In der Regel darf kein pfarramtlicher Akt von der Vorausbezahlung der Stolgebühr abhängig gemacht werden. Nur wenn derselbe in einer Form verlangt wird, welche einer höheren als der niedrigsten Stolgebühr unterliegt (z. B. Assistenz mehrerer Priester beim Leichenbegängnisse), ist die hierfür entfallende Gebühr über Verlangen in Vorhinein zu entrichten. Bei pfarramtlichen Ausfertigungen kann die Entrichtung des etwa nöthigen Stempelbetrages im Vorhinein begehrt werden. §. 26. Contraventionen gegen die Bestimmungen der Stoltaxordnungen sind, sofern sich der Fall nicht zu einem strafgerichtlichen Vorgehen eignet, nach Anhörung des Ordinariats von den Verwaltungsbehörden mit Geldstrafen bis zum Betrage von 100 Gulden zu ahnden. Zugleich mit der Strafe ist die den Schuldigen treffende Ersatzleistung auszusprechen. Solche Ersatzerkenntnisse sind exekutionsfähig. Bei wiederholtem Rückfalle kann die staatliche Cultusverwaltung verlangen, dass der betreffende Geistliche von der Ausübung seines kirchlichen Amtes entfernt werde (§. 8.).

2) *Sächs. Gesetz v.* 22. *Mai* 1876: §. 1. Die Zahl der Taufen, Aufgebote, Präsentationsschreiben und Trauungen wird für die letztverflossenen vier Kalenderjahre ermittelt,

§. 121. II. Abgaben an die Bischöfe.

Thomassin., Vet. et n. discipl. III. 2, c. 32 sqq. Phillips, K.-R. §. 438.

I. *Cathedraticum* oder *Synodaticum,* eine in der *spanischen* Kirche entstandene, im *Frankenreiche* recipirte Steuer, die bei Zusammentritt des Synodus von den Kirchen aufgebracht wurde, und heute meist ausser Uebung ist. II. *Procurationen,* die zuerst[1] in natura, dann in Geld zu prästirende Unterhaltung des Visitator durch den Visitirten, bezüglich deren heute verschiedene Uebung geltend ist[2]. III. *Seminaristicum* oder *Alumnaticum* zur Unterhaltung der

nach den herkömmlichen oder matrikelmässigen niedrigsten Gebührensätzen berechnet und nach dem durchschnittlichen Jahresbetrage aus der Staatskasse entschädigt. §. 2. Die Entschädigungsbeträge werden von der betreffenden Kirchenbehörde ermittelt und nach vorgängiger Prüfung von dem Ministerium des Cultus und öffentlichen Unterrichts festgestellt. §. 3. Die festgestellte Entschädigung wird vom 1. Januar 1876 an in halbjährigen Raten den Kirchengemeinden unter der Bedingung gewährt, dass a) Taufen, Aufgebote und Trauungen in einer von der kirchlichen Oberbehörde vorgeschriebenen Form unentgeltlich vollzogen werden, b) einem jedem Geistlichen und Kirchendiener an Stelle aller und jeder Einnahmen an Accidenzien und Stolgebühren ein dem durchschnittlichen Betrage derselben während der letzten vier Kalenderjahre entsprechender fester Gehalt gewährt und ihm c) die Verpflichtung auferlegt wird, vom Zeitpunkte der Fixation an für keine in sein Amt einschlagende und ihm obliegende einzelne Handlung oder Bemühung, für welche durch die Fixation Entschädigung eingetreten ist, eine Gegenleistung anzunehmen. Den Gemeinden bleibt dabei unbenommen, in allen Fällen, in welchen eine über die unter a) gedachte Form hinausgehende, nicht zum Wesen der kirchlichen Handlung gehörende Thätigkeit oder Leistung der Geistlichen oder Kirchendiener zulässiger Weise beansprucht wird, sowie an Stelle der übrigen fixirten Accidenzien und Stolgebühren eine vom Kirchenvorstande unter Genehmigung der Kircheninspection festzustellende Vergütung auch ferner erheben zu lassen. Es hat jedoch diese Vergütung in die Kasse der Kirchengemeinde zu fliessen. §. 4. Wird den in §. 3. bezeichneten Bedingungen bis zum 1. Januar 1878 nicht oder nicht vollständig entsprochen, so kommt mit diesem Tage die Entschädigung in Wegfall. Dasselbe tritt ein, wenn später eine Einrichtung getroffen wird, welche einer jener Bedingungen widerspricht. §. 5. Dem Staate bleibt vorbehalten, die Entschädigungsrente jederzeit abzulösen oder allmählig zu tilgen. Die Bedingungen der Ablösung oder Tilgung sind durch Staatsgesetze festzustellen. §. 6. Wo eine Kirchengemeindevertretung nicht vorhanden ist, kommen die in §§. 3., 4. und 5. bezeichneten Verpflichtungen und Berechtigungen derjenigen Kasse zu, aus welcher die Fixation der betreffenden Geistlichen und Kirchendiener erfolgt. §. 7. Dieses Gesetz gilt für alle Religionsgenossenschaften, welchen bis zum 31. December 1875 die Beurkundung des Personenstandes oblag, insbesondere auch analog für die Israeliten. Soweit bei diesen Religionsgenossenschaften Stolgebühren bisher nicht bestanden haben, ist die Entschädigung unter Zugrundelegung der Zahl der fraglichen Handlungen und derjenigen Gebührensätze zu berechnen, welche bei den evangelisch-lutherischen Gemeinden desselben Ortes, oder dafern eine solche nicht vorhanden, den unter ähnlichen Verhältnissen bestehenden, herkömmlich sind.

§. 121. 1) *Regino I,* 13. (*c.* 19. *Capit. Aquisgran.* 817): Ne vero episcopi occasione praedicandi aut confirmandi oneri essent po pulis a nobis admoniti polliciti sunt, se deinceps hoc cavere velle et eo tempore suum ministerium, in quantum facultas datur, exequi, quo eorum profectio, quantum in illis est, his, quibus prodesse possunt, non sit importuna vel onerosa.

2) *C. Trident. Sess. XXIV. de reform. c.* 3: Interimque caveant, ne inutilibus sumptibus cuiquam graves onerosive sint, neve ipsi, aut quisquam suorum quicquam procurationis causa pro visitatione, etiam testamentorum ad pios usus, praeter id, quod ex relictis piis iure debetur aut alio quovis nomine, nec pecuniam, nec munus, quodcunque sit, etiam qualitercunque offeratur, accipiant, non obstante quacunque consuetudine, etiam immemorabili; exceptis tamen victualibus, quae sibi ac suis frugaliter moderateque pro temporis tantum necessitate, et non ultra, erunt ministranda. Sit tamen in optione eorum, qui visitantur, si malint solvere id, quod erat ab ipsis antea solvi certa pecunia taxata consuetum, an vero praedicta victualia subministrare; salvo item iure conventionum antiquarum cum monasteriis aliisve piis locis aut ecclesiis non parochialibus inito, quod illaesum permaneat. In iis vero locis seu provinciis, ubi consuetudo est, ut nec victua-

bischöflichen Seminare[3]. IV. *Subsidium charitativum*[4], eine ausserordentliche Liebessteuer, die, wo sie vorkommt, nur einmal beim Amtsantritt gefordert werden darf. V. *Kanzleigebühren* für Ausstellung amtlicher Urkunden beruhen, soweit sie nicht durch das *Tridentinum*[5] beseitigt sind, auf der *taxa Innocentiana* (*Innocenz XI.* 1678). VI. Das *ius deportuum* (Recht auf Bezug der Früchte des ersten Jahres — *fructus medii temporis* — von vacanten Beneficien) und andere ähnliche Abgaben sind längst ausser Uebung.

§. 122. III. Abgaben an den Papst.

Muratori, In Antiq. Ital. T. V. p. 797 sqq. Woker, Finanzwesen d. Päpste, Nördlingen 1878.

I. Im Mittelalter bezog der Papst regelmässige und unregelmässige Ab-

lia, nec pecunia, nec quicquam aliud a visitatoribus accipiatur, sed omnia gratis fiant, ibi id observetur. Quod si quispiam, quod absit, aliquid amplius in supra dictis omnibus casibus accipere praesumpserit, is, praeter dupli restitutionem intra mensem faciendam, aliis etiam poenis iuxta constitutionem concilii generalis Lugdunensis, quae incipit: *Exigit*, nec non et aliis poenis in synodo provinciali arbitrio synodi absque ulla spe veniae mulctetur.

§. 121. 3) *C. Trid. Sess. XXIII. de ref. c.* 18: Et quia ad collegii fabricam instituendam et ad mercedem praeceptoribus et ministris solvendam, et ad alendam iuventutem, et ad alios sumptus certi reditus erunt necessarii, ultra ea, quae ad instituendos vel alendos pueros sunt in aliquibus ecclesiis et locis destinata, quae eo ipso huic seminario sub eadem episcopi cura applicata censeantur, iidem episcopi cum consilio duorum de capitulo, quorum alter ab episcopo, alter ab ipso capitulo eligatur, itemque duorum de clero civitatis, quorum quidem alterius electio similiter ad episcopum, alterius vero ad clerum pertineat, ex fructibus integris mensae episcopalis et capituli, et quarumcunque dignitatum, personatuum, officiorum, praebendarum, portionum, abbatiarum et prioratuum, cuiuscunque ordinis, etiam regularis, aut qualitatis vel conditionis fuerint, et hospitalium, quae dantur in titulum vel administrationem iuxta constitutionem concilii Vienensis, quae incipit: *Quia contingit*, et beneficiorum quorumcunque, etiam regularium, etiam si iuris patronatus cuiuscunque fuerint, etiam si exempta, etiam si nullius dioecesis, vel aliis ecclesiis, monasteriis et hospitalibus, et aliis quibusve locis piis, etiam exemptis, annexa, et ex fabricis ecclesiarum et aliorum locorum, etiam ex quibuscunque aliis ecclesiasticis reditibus seu proventibus, etiam aliorum collegiorum, in quibus tamen seminaria discentium vel docentium ad commune ecclesiae bonum promovendum actu non habentur (haec enim exempta esse voluit) praeterquam ratione redituum, qui superflui essent ultra convenientem ipsorum seminariorum sustentationem, seu corporum vel confraternitatum, quae in nonnullis locis scholae appellantur, et omnium monasteriorum, non tamen mendicantium, etiam ex decimis quacunque ratione ad laicos, ex quibus subsidia ecclesiastica solvi solent, et milites cuiuscunque militiae aut ordinis pertinentibus, fratribus S. Ioannis Hierosolymitani duntaxat exceptis, partem aliquam vel portionem detrahent.

4) *Honorius III. an den Erzb. v. Mainz* 1225: Quia sicut intelleximus, proventus eius adeo sunt exiles, quod vix longo tempore posset ex eis a debitis eadem ecclesia liberari, fraternitati tue per apostolica scripta mandamus, quatenus proventus eosdem studeas obligare, ecclesiarum prelatos, canonicos et alios clericos civitatis et diocesis Wormaciensis nec non cives et vasallos ecclesie ut in hoc eidem subveniant, moneas propensius et inducas, et si necesse fuerit, per censuram ecclesiasticam ac iudaeos tum civitatis quum diocesis Wormaciensis per subtractionem communionis fidelium ad id appellatione remota compellas (Würdtwein Nov. Subs. IV, 128.).

5) *C. Trident. Sess. XXI. de reform. c.* 1: Quoniam ab ecclesiastico ordine omnis avaritiae suspicio abesse debet, nihil pro collatione quorumcunque ordinum, etiam clericalis tonsurae, nec pro literis dimissoriis aut testimonialibus, nec pro sigillo, nec alia quacunque de causa, etiam sponte oblatum, episcopi et alii ordinum collatores, aut eorum ministri quovis praetextu accipiant. Notarii vero in iis tantum locis, in quibus non viget laudabilis consuetudo nihil accipiendi, pro singulis literis dimissoriis aut testimonialibus decimam tantum unius aurei partem accipere possint, dummodo eis nullum salarium sit constitutum pro officio exercendo. Nec episcopo ex notarii commodis aliquod emolumentum ex eisdem ordinum collationibus directe vel indirecte provenire possit. Tunc enim gratis operam suam eos praestare omnino teneri decernit, contrarias taxas, ac statuta et consuetudines, etiam immemorabiles, quorumcunque locorum, quae potius abusus et corrupte-

gaben in bedeutendem Umfange. In *England, Irland, Wales, Schweden, Norwegen, Polen, Ungarn, Istrien, Dalmatien* und einem Theile von *Russland* hatten die Unterthanen eine regelmässige Häusersteuer (*denarius St. Petri*) zu entrichten[1-5]. Staaten, welche in Lehnsabhängigkeit oder Schutzverhältniss zu dem römischen Stuhle standen, gewährten als Recognition bestimmte Leistungen[6], ebenso Exemte, und Kirchen und geistliche Corporationen für Bestätigung ihrer Privilegien[7]. Ausserordentlicher Weise erachtete sich der Papst für befugt Steuern auszuschreiben[8], welche von geistlichen und weltlichen Personen entrichtet werden mussten. Diese Einnahmequellen sind gegenwärtig versiegt.

II. Ebenso ist das *ius deportus*, welches seit der Verlegung des päpstlichen Stuhles nach Avignon unter dem Namen *Annalia* von dem Papst in demselben Umfange wie von den Bischöfen in Anspruch genommen wurde, durch päpstlichen Verzicht unter Bestätigung des *Constanzer Concils*[9] beseitigt worden.

lae simoniacae pravitati faventes nuncupari possunt, penitus cassando et interdicendo, et qui secus fecerint, tam dantes quam accipientes, ultra divinam ultionem poenas a iure inflictas ipso facto incurrant.

§. 122. 1) *Leges Eduardi conf.* 10: Omnis qui habuerit triginta denarios vivae pecuniae in domo sua de proprio suo, Anglorum lege dabit denarium S. Petri; et lege Danorum dimidiam marcam. §. 1. Iste vero denarius debet summoveri in solemnitate S. Petri et Pauli, et colligi ante festivitatem quae dicitur ad vincula S. Petri, ita ut ultra alium diem non detineatur. §. 2. Si quisquam detinuerit, ad custodiam regis clamor deferatur, quoniam denarius hic eleemosyna regis est; iustitia faciat denarium reddi, et forisfactionem episcopi et regis. Et si quis plures domos habuerit, de illa ubi residens fuerit in festo Apost. Petri et Pauli, denarium reddat.

2) *Ges. Wilhelms d. Erob. cap.* 17: Liber homo qui habet possessionem campestrem ad valenciam XXX. denar., dabit denarium S. Petri. Dominus autem pro uno denario adquietabit hordarios suos, et bubulcos et servientes. Burgensis, si habet de proprio catallo ad valenciam dimidiae marcae dabit denar. S. Petri. §. 1. In Denelahe homo liber, qui habuerit catallum campestre ad valenciam dimidiae marcae, dabit denar. S. Petri, et per denarium domini adquietabuntur omnes, qui in dominico illius manent. §. 2. Qui vero denarium S. Petri detinet, cogetur censura ecclesiastica illum solvere, et insuper XXX. den. pro foris facto. §. 3. Quod si ante iustitias regis placitum venerit, habebit rex sol. pro foris factum, et episcopus XXX. den.

3) *Norveg. lib. censuum:* Notandum, quod singulae domus Norvegiae singulos dant Denarios monetae ipsius Terrae.

4) *Paschalis II. an die dän. Bischöfe:* De Censu etiam, quem Beato Petro Praedecessores vestri singulis annis instituerunt, Fraternitatem vestram, una cum eodem fratre nostro Lundense Archiepiscopo volumus esse solicitam, ne in ipso negotio fraudem Romana Ecclesia ulterius patiatur, sed integre huiusmodi caritatis debitum prudentia vestra satis sapienter suscipiat.

5) *Gregor. VII.* 1081 *an seine Legaten* (*Regist. VIII*, 25): Dicendum autem est omnibus Gallis et per veram oboedientiam praecipiendum: ut unaquaeque domus saltem unum denarium annuatim solvat b. Petro, si eum recognoscunt patrem et pastorem suum more antiquo. Nam Karolus imperator — sicut legitur in thomo eius, qui in archivio ecclesiae b. Petri habetur — in tribus locis annuatim colligebat mille et ducentas libras ad servitium ap. sedis, id est Aquisgrani apud podium S. Mariae et apud S. Egidium; excepto hoc, quod unusquisque propria devotione offerebat.

6) *Urk. d. Königs v. Croatien* 1076: Ducentorum quoque Bizantiorum Tributum, meorum omnium consultu Primatuum, Sancto Petro per singulos annos in Resurrectione Domini, de mihi concesso Regno persolvendos statuo.

7) *Urban II.* 1096 *für die Nonnen des Kl. St. Johannes in Cremona:* Sane ad indicium huius perceptae a Romana Ecclesia protectionis, per annos singulos Mediolanensis Monetae Denarios duodecim Lateranensi Palatio persolvetis.

8) *Chron. Mogunt. Misc.* (*Böhmer Fontes IV*, 373): Postea cum Papa Gregorius recepisset XXII. milia Florenorum quos Adolfus sibi nomine decimae a clero diocesis Moguntinae et a se ipso procuraverat . . . .

9) *Constanzer Concil Sess. general. XLIII. art.* 3: Martinus etc. Fructus et proventus ecclesiarum monasteriorum et beneficiorum vacationis tempore obvenientes iuris et consuetudinis vel privilegii dispositioni relinquimus

III. Schon früh ist es üblich geworden und durch *Justinian*[10] fixirt, dass der Ordinandus dem Ordinator Gebühren zu zahlen hatte, was auch in der römischen Kirche Gebrauch war, und zu einer unter dem Namen *servitia communia* (auch *Annaten im weiteren Sinne*) vorkommenden Abgabe erwuchs, seitdem die bischöfliche Consecration Reservat des Papstes geworden war. Sie entlehnt ihren Namen dem Umstande, dass an ihrer Vertheilung das niedere und höhere Kanzleipersonal, gemeinsam mit den Cameralen und Cardinälen theilnimmt, während die *servitia minuta* allein dem niederen Kanzleipersonal zufallen. Sie bestanden längere Zeit aus den Früchten des ersten Jahres, die von allen im Consistorium conferirten Pfründen zu entrichten waren[11-15], und sind heute durch die Circum-

illosque nobis vel apostolicae camerae prohibemus applicari.

§. 122. 10) *Iustinian. Nov.* 123. *c.* 3: Iubemus, ut b. archiepiscopi et patriarchae ... si quidem ea consuetudo est, ut episcopis aut clericis in eorum creatione minus quam XX. auri librae dentur, ea sola praebeant, quae consuetudo agnoscit. Si vero ante hanc legem plus datum fuit, nihil praeter XX. illas auri libras detur. Metropolitani autem .. et reliqui omnes episcopi .. si quidem ecclesiae eius qui creatur, non minorem XXX. auri libris reditum habeat, pro inthronisticis centum aureos dent, notariis vero creantis et reliquis, qui ibi ministrant et ex more accipiunt, trecentos aureos.

11) *Chron. Sanpetrin.:* Siegfridus AE. Mogunt. (1233) pro sui praedecessoris debitis quibus episcopatus iamdudum Romae fuerat obligatus in tota diocesi sua reddituum vicesimam partem a personis ecclesiasticis colligi mandavit.

12) *Verpflichtungsformular für die Gewählten zur Bezahlung der röm. Gebühren:* Vos domine patriarcha, archiepiscope, episcope aut electe de licentia et authoritate apostolica, vobis in hac parte concessa, gratis et sponte offertis, dare promittitis et donatis pro vestro communi servitio camerae sanctissimi in Christo patris et domini, domini etc. Alexandri papae quinti et sacro collegio reverendissimorum in Christo patrum, dominorum sanctae romanae ecclesiae cardinalium videlicet etc. Florenos auri de camera boni et legitimi ponderis et quinque servitia consueta pro familiaribus et officialibus domini nostri papae et dominorum cardinalium praedictorum. Item recognoscitis eisdem camerae et collegio ac familiaribus et officialibus omnes illas pecuniarum quantitates, in quibus praedicta vestra ecclesia in libris ipsorum camerae et collegii per aliquorum praedecessorum vestrorum personas obligata est. Quos quidem florenos cum quinque servitiis et recognitis supradictis promittitis reddere et solvere realiter cum effectu in Romana curia, ubicunque fuerit, videlicet reverendissimis in Christo patribus et dominis, dominis miseratione divina Henrico, episcopo Sabinensi, et Amedeo, s. Mariae novae diacono Neapolitano, et de salutis vulgariter nuncupatis s. Romanae ecclesiae cardinalibus et Francisco, miseratione eadem archiepiscopo Narbonensi, domini nostri papae et s. collegii cardinalium camerario vel eorum successoribus vel deputatis ab eis, medietatem scilicet in festo etc. et aliam medietatem in festo etc., recognita vero in alio simili festo etc. Quod si debito loco et terminis dictam florenorum summam et quinque servitia consueta et recognita supradicta non solvatis, ut est dictum, promittatis redire ad Romam curiam intra quatuor menses post elapsos terminos huiusmodi vel alterum eorundem immediate sequentem et coram dictis dominis camerariis seu eorum successoribus aut deputatis ab eis personaliter comparere et inde non recedere, donec per vos fuerit de praedictis integraliter satisfactum. Super hoc obligatis vos vel ecclesiam vestram et successores vestros ac omnia bona ecclesiae vestrae mobilia et immobilia, praesentia et futura, ubicunque sint et consistant. Et ut sitis vinculo fortioris obligationis astricti, submittitis vos et successores vestros iurisdictioni et coertioni dictorum dominorum camerariorum et cuiuslibet eorum in solidum ac etiam successorum suorum et deputandorum ab eis et de voluntate vestra, qui hoc vultis et petitis et hanc iurisdictionem in eos prorigitis. Praefati domini camerarii et quilibet eorum eandem iurisdictionem in se suscipientes et suscipiens in loco mandatum faciunt et praeceptum ut de re confessata, de solvendo dictam florenorum summam et quinque servitia et recognita supradicta de reveniendo ad Romam curiam et de non recedendo ab ea absque satisfactione, et quod omnia alia et singula supradicta efficaciter compleatis et attendatis. Quod si non feceritis, suspensionem, alias administrationem spiritualium et temporalium dictae ecclesiae et ab executione pontificalium et maioris excommunicationis sententias ex nunc prout ex tunc in vos canonica monitione praemissa proferunt in his scriptis, comminantes nihilominus dicti camerarii et quilibet eorum, se contra vos dictum dominum pa-

triarcham, archiepiscopum, episcopum vel electum processuros et processurum, absque alia vocatione seu monitione, ac graviores poenas et sententias spirituales et temporales et aggravationes earum, prout eis seu eorum alteri placuerit, seu visum fuerit expedire. Et quod vos denunciabunt et denunciari facient per se vel per alium seu alios excommunicatum, suspensum, periurum et aliis poenis et sententiis astrictum, quas propter hoc in vos duxerint proferendas. Et vos domine patriarcha, archiepiscope, episcope vel electe, renunciatis super his omnibus literis, privilegiis, indulgentiis apostolicis impetratis vel impetrandis, concessis vel concedendis quibuscunque et beneficio appellationis et restitutionis in integrum ac omni foro, usui, praescriptioni et iuri revocandi donum et omni auxilio iuris canonici et civilis, per quod contra praemissa de iure vel de facto venire possetis vel aliquod praemissorum. Et omnia praemissa iuratis ad sancta Dei evangelia tenere, servare, approbare et in contrarium non venire directe vel indirecte per vos vel alium vel alios. Si vero ante satisfactionem huiusmodi vos contingat mori, cedere vel transferri et ille vel illi, qui ad regimen ipsius ecclesiae vobis substitutus vel substituti fuerint, infra quatuor menses post substitutionem et dictae ecclesiae possessionem adeptam de florenis et servitiis et recognitis satisfacere non curaverit seu curaverint, ex nunc prout ex tunc easdem poenas et sententias in eosdem substitutos et eorum quemlibet infligunt et proferunt in his scriptis, prout dictum est et narratum autoritate dictorum dominorum meorum cardinalium, et nostra proferimus in his scriptis et vos dominum patriarcham, archiepiscopum, episcopum vel electum, volentem, petentem et requirentem ad praedicta recitata condemnamus. Et nihilominus monemus vos semel, secundo, tertio et peremptorie ac sub excommunicationis poena, ut praedicta adimpleatis, attendatis et observetis, alioquin excommunicationis sententiam in vos proferimus in his scriptis. Et vos domine patriarcha, archiepiscope, episcope vel electe, vultis, quod per nos clericos vel notarios camerae, qui fuimus hic praesentes de praemissis omnibus et singulis fiant unum vel plura publica instrumenta?

§. 122. 13) *Denkschr. der französ. Nation auf dem Constanzer Concil:* Taxa vacantiarum, secundum quod descriptum est in libris Camerae Apostolicae de ecclesiis cathedralibus et Abbatiis Galliarum taxatis, ascendit ad sexcenta nonaginta septem millia septingenta quinquaginta Francorum sine Praelaturis, quas non taxant, et aliis inferioribus dignitatibus et beneficiis, quae fere ad tantundem ascendunt . . . Quod si in singulis nationibus tantundem reciperetur et haberetur, ascenderet summa et esset in universo sex milliones nongenta septuaginta septem millia et quingenti floreni . . . Et ultra domini Cardinales moderni obtinerent in Galliis sex Cathedrales ecclesias et alias dignitates ac alia beneficia.

14) *Zahlungen des Erzb. v. Salzburg* (*Sartori geistl. Staatsrecht I.* 2, 304.) *XVIII. Jahrh.:*

Franz Anton	10,000	Sc. Rom.
für Pallium . . .	92	
Leopold	30,807	- -
Pallium	958	- -
Jacob Ernst.	31,338	- -
Pallium	995	- -

Derselbe berechnet S. 361. für die deutschen Domstifte v. 1500—1780:

Confirmationsgelder . .	3,056,500 fl.
Annaten	3,260,050 -
Palliengelder	220,850 -
Summa:	6,537,400 fl.

15) *Emser Punktationen XXI.:* Wie sehr die Bisthümer Deutschland durch die Annaten- und Palliums-Gelder gedruckt werden, zeigen nicht nur die bisher aus Deutschland aus dieser Ursache nach Rom geschickte unglaubliche Summen Geldes, sondern auch die in vielen Bisthümern dadurch verursachte und angehäufte Schulden. Der römische Hof hatte zwar selbst das Unbillige dieser Sache in den Aschaffenburger Konkordaten eingesehen und daher die Retaxationen angelobet, aber bis izt noch nicht in Erfüllung gebracht. Ob nun gleich die deutsche Nation nicht dagegen seyn wird, für die bisherigen Annaten- und Palliums-Gelder eine gewisse Taxe, zur Belohnung des damit beschäftigten Personalis, zu entrichten, so muss dieselbe dennoch wünschen und hoffen, dass gedachte Taxe nach dem ungefähren Vermögen der Erz- und Bisthümer binnen 2 Jahren in einer National-Kirchenversammlung, oder wenn diese, wegen allenfallsiger Hindernisse nicht zu Stande kommen sollte, von Sr. Majestät dem Kaiser, und dem gesammten Reiche gemässiget und bestimmt werden. Wollte nun in diesem Falle der römische Hof die in den Konkordaten zugesicherte, und ohne dass besondere kanonische Ursachen eintreten, nicht zu verweigernde Confirmation, oder das Pallium abschlagen, so werden die deutschen Erz- und Bischöfe in der alten Kirchendisciplin solche Mittel finden, wodurch sie, mit Beibehaltung der dem römischen Stuhle schuldigen Verehrung und Subordination, ihr erz- und bischöfliches Amt unter dem Allerhöchsten Schutze Kaiserlicher Majestät ungestört ausübeu.

scriptionsbullen normirt[16], von den betreffenden Staatsregierungen zu tragen. Bei erzbischöflichen Pfründen empfangen sie eine Vermehrung durch die *Palliengelder*[17. 18]. IV. Ihnen entsprechen die eigentlichen *Annaten* (*Annatae Bonifacianae*), bestehend aus den halben Früchten des ersten Jahres, zu entrichten von den Beneficien päpstlicher Collation, die nicht in consistorio conferirt werden. Doch brachte das *Constanzer Concil*[19] zu Wege, dass alle

§. 122. 16) *Computum expensarum factarum in expeditione literarum apostolicarum confirmationis, electionis ac provisionis et praefectionis ecclesiae Hildesh.*: Vacantis per obitum bo. me. God. Osthaus taxat.: in libris camerae ad floren. 356 — pro ill. ac Rev. D. Franc. Ferd. Fritz presbyt. Hildesh. ad illam a rmo. cap. Hild. electo — pro qua expeditione reportatum fuit a SSmo Dno Nro Gregorio Papa XVI. mandatum iubens dividi 1000 inter omnes et singulos participantes in dicta expeditione: cum clausula quod obediant omnes. Et ita solvit ac si taxa esset ad flor. 140.

Pro schedula mandati reductionis, relaxationis et registro	4 10
Propina SSmi	213 50
R. P. D. Auditore SSmi, substituto et aliis	40 35
Cedula consistoriale	2 05
Decret. consistoriale in summitaria	10 55
Gratia reductionis in secretaria consistoriali	5 20
duobus decretis in secretaria consistoriali	50 90
emolumenta familiae regii agentis	7 30
memorialibus, propositionis impressione, ac distributione	5 25
Sacro Collegio	139 67½
Clericis Camerae	55 97½
Capellanis eorundem	— 70
scriptura bullarum minuta et maiusculis	19 25
scriptoribus apostolicis	14 60
abbreviatoribus cum visionibus	11 70
Iannizerio cum regaliis	10 70
Commune Annatitarum	130 77½
capellanis eorundem	— 70
minutis servitiis	9 20
pronotariis apost.	10 70
camerariis et paraphrenariis SSmi	28 —
eisdem pro strenis	7 80
pro pallotto	— 60
Iudicatura et revisione bullarum	21 60
custode cancellariae correctore et ostiario	9 70
Participantibus in plumbo	67 30
cordulis sericis	2 80
Registro bullarum et extraordinariis	11 50
notariis camerae pro relaxu et quietantia	5 20
memorialibus cum facultatibus et brevibus	8 75
transumpto authentico et concordat.	7 —
expeditione	26 25
agentia	52 50
confectione divisionis	3 57½
Registro divisionis et in collectoria generali	3 50
Sunt in totum	1000.

17) *Chron. Engelhus.* (Joh. AEp. Mog. 1397): Solvit papae pro pallio trecenta millia florenorum eo quod frater eius praecedens Adolfus et Conradus intermedius ... non obiissent.

18) *Computum expensarum in expedit. bullar. pallii* (*für Erzbischof Jacob Ernst v. Salzburg* 1745):

	scuta	julii
advocatis consistorialibus	10	10
magistris ceremoniarum	16	16
illorum famulis et camerario	—	12
famulis R. P. D. auditoris s. rotae assistentis	—	6
decreto consistoriali	1	7
scriptura bullae	2	2
minuta eiusdem	1	1
maiusculis umbratis	—	10
scriptoribus apostolicis pro regaliis	—	6
iannizeris	1	3
camera apostolica ratione pallii	500	500
plumbo	—	6
cordula serica	—	4
eminentissimo summatori	1	10
secretariis camerae pro registro	1	1
copia pro registro	—	10
pro biretis em^mi diaconi	—	4
capellanis eiusdem	4	4
camerariis eiusdem	3	3
parafrenariis eiusdem	2	2
transsumpto	1	1
substituto D. auditoris ss^mi pro pallio petito in eodem consistorio	1	1
expeditione	6	6
agentia	12	12

Sunt in totum scuta auri 562 ad rationem Iuliorum 16½ pro quolibet scuto auri, et julii 680, quae in totum constituunt scuta M^tae 995 et obulos 30.

19) *Deutscher Vergleich auf dem Constanzer Concil III.*: De ecclesiis et monasteriis virorum duntaxat vacantibus et vacaturis solventur pro fructibus primi anni a die vacationis summae pecuniarum in libris camerae apo-

Pfründen, deren Erträge in den Büchern der apostolischen Kammer unter 24 Goldgulden jährlich taxirt wären, von dieser Abgabe frei sein sollten, und dabei beliess es auch das *Wiener Concordat*, trotzdem das *Baseler Concil* und die *pragmatische Sanction*[20] die Annaten gänzlich beseitigt hatten. Da aber eine constante Uebung alle Deutschen Beneficien als unter 24 Gulden einbringend annahm, so verlor diese Abgabe für Deutschland jede praktische Bedeutung. Die an Stelle der Annaten von incorporirten Pfründen alle funfzehn Jahre zu zahlenden *Quindennia*, sind niemals in Deutschland praktisch geworden. V. Ueber die *Dispensationstaxen* ist oben gehandelt worden. (§. 86.)

Zweite Abtheilung.

§. 123. In der evangelischen Kirche.

Fertsch, D. Beichtgeld in d. prot. Kirche, Giessen 1830.

I. Die *Stolgebühren* haben in der evangelischen Kirche eine noch stärkere Ausbildung erlangt, als in der katholischen, indem man das meist unzureichende geistliche Amtseinkommen dadurch zu vermehren unternahm. In neuester Zeit indessen hat die Gesetzgebung diese Gebühren aufzuheben begonnen und die Gehälter der Geistlichen entsprechend erhöht[1]. II. Auch in

stolicae taxatae quae communia servitia nuncupantur. si quae vero excessive taxatae sunt, iuste retaxentur. et provideatur specialiter in gravatis regionibus secundum qualitatem rerum, temporum et regionum, ne nimium praegraventur. ad quod dabuntur commissarii, qui diligenter inquirant et retaxant. taxae autem praedictae pro media parte infra annum a die habitae possessionis pacificae totius vel maioris partis solventur et pro media parte alia infra sequentem annum. et si infra annum bis vel pluries vacaverit, semel tantum solvetur. nec debitum huiusmodi in successorem in ecclesia vel monasterio transeat. de ceteris autem dignitatibus, personatibus, officiis et beneficiis secularibus et regularibus quibuscunque quae auctoritate sedis apostolicae conferentur vel providebitur de eisdem praeterquam vigore gratiarum expectativarum aut causa permutationis solvatur annata seu medii fructus iuxta taxam solitam a tempore immissionis infra annum. et debitum huiusmodi in successorem in beneficio non transeat. de beneficiis vero quae valorem XXIV. florenorum de camera non excedunt nihil solvatur: debitis omnibus praeteriti temporis usque ad assumtionem domini nostri communium servitiorum et annatarum pro medietate relaxatis solventibus aliam medietatem infra sex menses a die publicationis.

§. 122. 20) *Deutsche pragmat. Sanct. tit.* 9. §. 1: Id nomine Spiritus sancti paracliti, statuit hec sancta synodus, quod tam in curia Romana, quam alibi, pro, seu in confirmacione electionum, admissione postulacionum, presentacionum, provisione, collacione, dispositione, electione, postulacione, presentacione, eciam a laicis facienda, institucione, installacione et investitura, de ecclesiis etiam cathedralibus et metropolitanis, monasteriis, dignitatibus, beneficiis et officiis quoque ecclesiasticis quibuscunque, nec non de ordinibus sacris et benedictione ac pallio, de cetero nihil penitus ante vel post exigatur ratione literarum bulle, sigilli, annatarum communium et minutorum serviciorum, primorum fructuum, deportuum, aut sub quocumque alio titulo, colore vel nomine pretextu cuiusvis consuetudinis, privilegii vel statuti, aut alia quavis causa vel occasione, directe vel indirecte; solum scriptoribus, abbreviatoribus et registratoribus literarum seu minutarum, pro ipsorum labore, competenti salario persolvendo. Huic autem sacro canoni si quis exigendo, dando vel promittendo, contraire presumpserit, penam incurrat adversus simoniacos inflictam, et in ipsis dignitatibus ac beneficiis, taliter obtentis, nullum ius ac titulum acquirat. Obligaciones quoque, promissiones, censure ac mandata et quidquid in preiudicium huius saluberrimi decreti fieri continget, nullas obtinere vires atque irrita censeantur. Et si, quod absit, Romanus pontifex, qui pre ceteris universalium conciliorum exequi et custodire canones debet, adversus hanc sanctionem aliquid faciendo ecclesiam scandalizet, generali concilio deferatur. Ceteri vero pro modo culpe iuxta canonicas sanctiones per suos superiores digna ulcione puniantur.

§. 123. 1) *Sächs. Ges. v.* 2. *Dec.* 1876 *f. d. ev.-luth. Kirche*: §. 1. Taufen, Aufgebote und Trauungen sind, wenn sie in der einfachsten

der evangelischen Kirche ist der Visitator zu unterhalten. Dies geschieht auf Kosten des Kirchenvermögens und eventuell der Gemeinde. III. Nachdem die

Form verlangt werden, unentgeltlich zu vollziehen. Diese Unentgeltlichkeit erstreckt sich auch auf die Präsentationsschreiben und die sonstigen Schriften und Kirchenzeugnisse, einschliesslich der Einträge in die Kirchenbücher, welche die vom 1. Januar 1876 an vorgekommenen und ferner vorkommenden Taufen, Aufgebote und Trauungen betreffen, wie denn auch Abgaben an die Kirchenärarien bei solchen Taufen und Trauungen nicht weiter stattfinden. §. 2. Hinsichtlich der Form, in welcher Taufen, Aufgebote und Trauungen nach §. 1. unentgeltlich zu verrichten sind, ist zwar im Allgemeinen den einschlagenden Bestimmungen der Agende nachzugehen, es ist jedoch statthaft, in den einzelnen Parochieen darauf bezügliche besondere liturgische Einrichtungen zu treffen, welche darauf gerichtet sind, die Feierlichkeit der kirchlichen Handlung zu erhöhen, ohne den Charakter der Letzteren zu verändern. §. 3. Alle und jede Accidenzien und Stolgebühren sind bis zum Schlusse des Jahres 1877 dergestalt zu fixiren, dass die Geistlichen und Kirchendiener an Stelle jener Einnahmen einen, dem durchschnittlichen Betrage der Accidenzien und Stolgebühren während der letzten vier Kalenderjahre 1872, 1873, 1874 und 1875 entsprechenden festen Gehalt von den Kirchengemeinden zu erhalten haben. §. 4. Zu den nach vorstehendem §. 3. in feste Gehaltsbezüge zu verwandelnden Einnahmen der Geistlichen und Kirchendiener gehören nicht nur die Gebühren für Taufen, Confirmation und den derselben vorausgehenden Unterricht, Verlöbnisse, Aufgebote, Ledigkeitszeugnisse, Trauungen, Sühneversuche, Einsegnungen der Wöchnerinnen, Fastenexamina, Beerdigungen und für alle bei den vorgedachten Handlungen vorkommende Schriften und Zeugnisse, namentlich Geburts-, Tauf-, Trau- und Confirmationsscheine, ingleichen Einträge in die Kirchenbücher, ferner das sogenannte Beichtgeld, sondern auch die Opfer- und Häuslergelder, Michaelisgroschen, Weihnachts- und Gründonnerstagsgeschenke, das Hausgenossengeld, die Einnahme von den sogenannten Umgängen, für das Schreiben der Gevatterbriefe, Wasser- oder Becken- oder Schüsselgeld bei Taufen, für Ostereier, sowie alle etwaige sonstige, unter verschiedenen Namen vorkommende ortsherkömmliche Geld- und andere Bezüge, welche nicht mit den geistlichen Lehnen im Zusammenhange stehen, oder nicht aus den Kirchenärarien, Stiftungen und sonstigen, zum Substantialvermögen der betreffenden Stellen gehörenden Ablösungs- und anderen Kapitalien fliessen. An den Bestimmungen darüber, wer das Local für die Ertheilung des Confirmandenunterrichts herzugeben, zu heizen, zu beleuchten und zu reinigen hat, wird durch die Fixation der Gebühren dafür Nichts geändert. Insoweit die obengenannten Einnahmen bereits fixirt, beziehentlich abgelöst sind, hat es hierbei zu bewenden. §. 5. Soweit nicht nach §. 1. dieses Kirchengesetzes Gebühren für die daselbst erwähnten Handlungen überhaupt wegfallen, fliessen die Accidenzien und sonstigen, in feste Gehaltsbezüge zu verwandelnden Abentrichtungen, vom Zeitpunkte der erfolgten Fixation an, in die Kasse der Kirchengemeinde. Es bleibt jedoch der Vertretung der Kirchengemeinde unbenommen, die eine oder die andere jener Leistungen für die Zukunft in Wegfall zu bringen, andererseits aber auch deren Beträge abweichend von der seitherigen Höhe zu reguliren; die hierauf bezüglichen Beschlüsse bedürfen jedoch der Genehmigung der Kircheninspektion. Das sogenannte Beichtgeld kommt mit erfolgter Fixation allenthalben in Wegfall. Soweit die zur Kasse der Kirchengemeinde fliessenden Abentrichtungen für kirchliche Handlungen zu Deckung der den Geistlichen und Kirchendienern zu gewährenden festen Gehalte nicht ausreichen, ist der Fehlbedarf von der Kirchengemeinde aufzubringen. §. 6. Die Modalität der Zahlung der an Stelle der Accidenzien und sonstigen, hier in Frage kommenden Einnahmen der Geistlichen und Kirchendiener zu gewährenden festen Gehalte bleibt der Vereinbarung zwischen den Betheiligten in jedem einzelnen Falle vorbehalten. §. 7. Vom Zeitpunkte der Fixation an haben Geistliche und Kirchendiener für keine in ihr Amt einschlagende und ihnen obliegende einzelne Handlung oder Bemühung, für welche durch die Fixation Entschädigung eingetreten ist, eine Gegenleistung anzunehmen. §. 8. Der zu gewährende feste Gehalt ist von der Kircheninspektion, in der Oberlausitz von der Kreishauptmannschaft zu Bautzen, als Consistorialbehörde, im Verwaltungswege festzustellen. Die durch Vereinbarung oder Entscheidung der genannten Behörden erfolgte Feststellung bedarf der Genehmigung des Landesconsistoriums. §. 9. Das evangelisch-lutherische Landesconsistorium hat wegen Ausführung dieses Kirchengesetzes, insbesondere aber auch wegen Herbeiführung der Fixation der Geistlichen und

Kirche eine Repräsentativverfassung erhalten hat, ist auch ein regelmässiger Modus der Kirchenbesteuerung eingeführt worden[2]. Das Ausschreiben von Steuern bedarf der Genehmigung des Staates, welcher auch für die Eintreibung derselben seine Execution zur Verfügung stellt.

Sechstes Capitel. Die Sorge für das religiöse Leben.

§. 124. I. Allgemeines.

Marx, D. Wallfahrten in d. kath. Kirche, Trier 1842. Codex constit. quas summi Pontif. ediderunt in solemn canonizatione sanctorum ab a. 983 ad a. 1729 acc. Iust. Fontanino, Rom. 1729.

I. Die Kirche bestimmt[1] die äussere Form der Gottesverehrung durch Feststellung der Liturgie, Anordnung der Messe, der Predigt, der Gebete,

Kirchendiener auf solchen Stellen, rücksichtlich welcher eine Kirchengemeindevertretung nicht vorhanden ist, das Nöthige zu veranstalten. §. 10. Wegen Einführung dieses Kirchengesetzes in der Oberlausitz bleibt besondere Bekanntmachung vorbehalten.

§. 123. 2) *Sächs. Ges. v.* 30. *März* 1868 §. 2: Sollen zur Ausführung eines vom Kirchenvorstande gefassten Beschlusses Anlagen in der Gemeinde erhoben werden, so sind vor dessen Ausführung beziehentlich die durch die allgemeine Städteordnung vom 2. Februar 1832 (S. 21 fg. der Gesetzsammlung vom Jahre 1832), durch die Landgemeindeordnung vom 7. November 1838 (S. 431 fg. des Gesetz- und Verordnungsblattes vom Jahre 1838), sowie durch das Gesetz von demselben Tage, die Anwendung der Landgemeindeordnung auf kleinere Städte betreffend (S. 449 fg. des Gesetz- und Verordnungsblattes vom Jahre 1838), geordneten Vertreter der politischen Gemeinden zu hören.

§. 124. 1) *C. Trid. Sess. XXV. de invocatione, veneratione et reliquiis sanctorum, et sacris imaginibus:* Mandat sancta synodus omnibus episcopis et ceteris docendi munus curamque sustinentibus, ut iuxta catholicae et apostolicae ecclesiae usum a primaevis Christianae religionis temporibus receptum, sanctorumque Patrum consensionem, et sacrorum conciliorum decreta, in primis de sanctorum intercessione, invocatione, reliquiarum honore, et legitimo imaginum usu, fideles diligenter instruant, docentes eos, sanctos una cum Christo regnantes orationes suas pro hominibus Deo offerre, bonum atque utile esse suppliciter eos invocare, et ob beneficia impetranda a Deo per Filium eius Iesum Christum Dominum nostrum, qui solus noster redemptor et salvator est, ad eorum orationes, opem auxiliumque confugere; illos vero, qui negant, sanctos aeterna felicitate in coelo fruentes invocandos esse, aut qui asserunt, vel illos pro hominibus non orare, vel eorum, ut pro nobis etiam singulis orent, invocationem esse idolatriam, vel pugnare cum verbo Dei, adversarique honori unius mediatoris Dei et hominum Iesu Christi, vel stultum esse, in coelo regnantibus voce vel mente supplicare, impie sentire. Sanctorum quoque martyrum et aliorum cum Christo viventium sancta corpora, quae viva membra fuerunt Christi, et templum Spiritus sancti, ab ipso ad aeternam vitam suscitanda et glorificanda a fidelibus veneranda esse, per quae multa beneficia a Deo hominibus praestantur, ita ut affirmantes, sanctorum reliquiis venerationem atque honorem non deberi, vel eas aliaque sacra monumenta a fidelibus inutiliter honorari, atque eorum opis impetrandae causa sanctorum memorias frustra frequentari, omnino damnandos esse, prout iam pridem eos damnavit, et nunc etiam damnat ecclesia. Imagines porro Christi, deiparae Virginis et aliorum sanctorum in templis praesertim habendas et retinendas, eisque debitum honorem et venerationem impertiendam, non quod credatur inesse aliqua in iis divinitas vel virtus, propter quam sint colendae, vel quod ab eis sit aliquid petendum, vel quod fiducia in imaginibus sit figenda, veluti olim fiebat a gentibus, quae in idolis spem suam collocabant: sed quoniam honos, qui eis exhibetur, refertur ad prototypa, quae illae repraesentant, ita ut per imagines, quas osculamur, et coram quibus caput aperimus et procumbimus, Christum adoremus, et sanctos, quorum illae similitudinem gerunt, veneremur. Id quod conciliorum, praesertim vero secundae Nicaenae synodi decretis contra imaginum oppugnatores est sancitum. Illud vero diligenter doceant episcopi, per historias mysteriorum nostrae redemptionis, picturis vel aliis similitudinibus expressas, erudiri et confirmari populum in articulis fidei commemorandis et assidue recolendis; tum vero ex omnibus sacris imaginibus magnum fructum percipi, non solum quia admonetur populus beneficiorum et munerum, quae a Christo sibi collata sunt, sed etiam quia Dei per sanctos miracula et salutaria exempla oculis fidelium subiiciuntur, ut pro iis Deo gratias agant, ad sanctorumque imitationem vitam moresque suos componant, excitenturque ad adorandum ac diligendum

der Feiertage, durch Creirung von Heiligen, Abhaltung von Missionen, Prozessionen und Wallfahrten. In allen diesen Punkten[2-7] treten die Staaten heute

Deum, et ad pietatem colendam. Si quis autem his decretis contraria docuerit aut senserit: anathema sit. In has autem sanctas et salutares observationes si qui abusus irrepserint, eos prorsus aboleri sancta synodus vehementer cupit, ita ut nullae falsi dogmatis imagines et rudibus periculosi erroris occasionem praebentes statuantur. Quod si aliquando historias et narrationes sacrae scripturae, quum id indoctae plebi expediet, exprimi et figurari contigerit, doceatur populus, non propterea divinitatem figurari, quasi corporeis oculis conspici vel coloribus aut figuris exprimi possit. Omnis porro superstitio in sanctorum invocatione, reliquiarum veneratione, et imaginum sacro usu tollatur, omnis turpis quaestus eliminetur, omnis denique lascivia vitetur, ita ut procaci venustate imagines non pingantur nec ornentur, et sanctorum celebratione ac reliquiarum visitatione homines ad comessationes atque ebrietates non abutantur, quasi festi dies in honorem sanctorum per luxum ac lasciviam agantur. Postremo tanta circa haec diligentia et cura ab episcopis adhibeatur, ut nihil inordinatum aut praepostere et tumultuarie accommodatum, nihil profanum nihilque inhonestum appareat, quum domum Dei deceat sanctitudo. Haec ut fidelius observentur, statuit sancta synodus, nemini licere ullo in loco vel ecclesia, etiam quomodolibet exempta, ullam insolitam ponere vel ponendam curare imaginem, nisi ab episcopo approbata fuerit: nulla etiam admittenda esse nova miracula, nec novas reliquias recipiendas, nisi eodem recognoscente et approbante episcopo, qui, simul atque de iis aliquid compertum habuerit, adhibitis in consilium theologis et aliis piis viris ea faciat, quae veritati et pietati consentanea iudicaverit. Quod si aliquis dubius aut difficilis abusus sit exstirpandus, vel omnino aliqua de iis rebus gravior quaestio incidat, episcopus, antequam controversiam dirimat, metropolitani et comprovincialium episcoporum in concilio provinciali sententiam exspectet; ita tamen, ut nihil inconsulto sanctissimo Romano Pontifice novum aut in ecclesia hactenus inusitatum decernatur.

§. 124. 2) *Oesterr. Hofd. v.* 4. *Febr.* 1783: Weiters soll sich jeder Prediger 1. an die Lehren des Evangeliums genau halten, und keiner doppelsinnigen Ausdrücke oder ungeziemender Anspielungen sich bedienen; 2. nichts wider die in den Erbländern mit k. k. Censur gedruckten Schriften anführen; 3. sich keine obgleich verdeckten Anzüglichkeiten auf die Gesetze und Staatseinrichtungen unter scharfer Strafe erlauben; 4. die Wahrheiten des Evangeliums im nöthigen Falle beweisen, keineswegs aber mit überflüssigen und oft schädlichen Einwürfen oder Controversien sich abgeben; 5. alle praktischen Lehren des Christenthums mit der Anwendung auf das alltägliche Leben, so viel als thunlich ist, in dem Zeitraum eines Jahres, nämlich vom Advente an, in einer schicklichen Ordnung vortragen; 6. die Predigten nicht so sehr zur Aufklärung des Verstandes, als vielmehr zur Pflanzung der Tugenden und Besserung des Herzens einzurichten; 7. in den Predigten besonders auf dem Lande mehr den Ton eines freundschaftlichen Gespräches, als eines Redners anzunehmen; 8. alle Predigten mit Bemerkung des Tages und Ortes, wann und wo sie gehalten werden, schriftlich aufzusetzen, oder wenn eine Predigt aus einem Buche entlehnt worden wäre, solches mit Benennung des Buches auf einem besondren Papiere vor Abhaltung der Predigt aufzuzeichnen und all dieses zur jeweiligen Vorzeigung aufzubewahren.

3) *Oesterr. Hofd. v.* 27. *Nov.* 1781: Es ist nur allzu bekannt, was für schädliche Missbräuche für die heilige Religion in Ansehung der Ablässe, besonders jener des Portiunculafestes, mit den bisher üblichen Toties, Quoties herrschten, deren Abstellung nach dem Geiste der Kirche nothwendig und dieser dem Volke durch die Geistlichkeit wohl begreiflich zu machen ist. Um nun diesen verbreiteten, den Glaubensgegnern sehr auffallenden Missbräuchen Schranken zu setzen, ward verordnet, dass die Ordinarien 1. bei den Klostergeistlichen die bisher üblichen Tafeln in Festo Portiunculae mit den darauf geschriebenen Worten „Toties Quoties" gänzlich cassiren, und unter schwerster Verantwortung keine anderen solchen Tafeln mehr verfertiget und ausgehangen werden sollen. 2. Haben die Ordinarien dem Volke die wahren Begriffe von diesem Ablasse durch die Christenlehre bekannt zu machen, und was ihnen als Oberhirten am besten zu seyn scheint, hierinfalls zu verordnen. Im Falle aber 3. einige Geistliche diesem heiligen Endzwecke zuwider handeln sollten, haben die Ordinarien solche nach Umständen zu corrigiren, und bei nicht erfolgter Wirkung der Landesstelle anzuzeigen. Endlich 4. alle anderen Missbräuche, als bei den Tertiarorden, der sogenannte Gürtel, Herz Jesu- und dergleichen Brüderschaften, bei den General-Absolutionen und Communionen ebenfalls, so viel möglich ist, und in ihrer

mit ihren Berechtigungen vollkommen zurück. Nur dass sie die bürgerliche Beobachtung der Feiertage festsetzen, und in Bezug auf öffentliche Aufzüge und Missionen vom polizeilichen Gesichtspunkte aus eine überwachende Thätigkeit ausüben[8-12]. II. In der evangelischen Kirche steht die Anordnung und Aufhebung der Feiertage dem Kirchenregiment in Verbindung mit der Synode zu, doch können ausserordentliche Feste allein durch den summus episcopus festgestellt werden.

II. Die Sacramente.

§. 125. 1. In der katholischen Kirche.

Seitz, Darstellung d. kath. Kirchendisciplin in Ansehung d. Sacramente, Regensb. 1850. Probst, Sacramente und Sacramentalien in d. drei ersten christl. Jahrh., Tüb. 1872. Hahn, D. Lehre v. d. Sacram. in ihrer gesch. Entwickelung bis z. Conc. v. Trient, Breslau 1864. Morinus, Comment. hist. de disciplina in administratione sacram. poenitentiae, Paris 1681. Ven. 1701. Frank, D. Bussdisciplin von d. Apostelzeiten bis z. VII. Jahrh. Mainz 1867. Hirscher, D. kathol. Lehre v. Ablasse, 5. Aufl., Tüb. 1844. Seitz, D. römisch. Busssacrament, Frankf. 1854. Löning, Gesch. I. II.

Die göttliche Gnade wird den Christen nach Lehre der Kirche vermittelt

Macht steht, zu heben, weil sich selbe des künftigen Beistandes von den Länderstellen, wozu selbe damit angewiesen werden, zu versichern haben.

§. 124. 4) *Joseph II. Kabinetsresolut.:* Es ist zu bedauern und ich habe es schon oft erinnert, dass sich die geistliche Commission mit so unnützen und unbedeutenden scholastischen Fragen abgiebt, und Anstände, Zweifel bei Geistlichen und Weltlichen erreget, Gewissensängsten und viele Rederei verursachet, während die Sache nicht einen Heller weder für die Religion noch für den Staat werth ist. Ob ein Ablass für die armen Seelen im Fegefeuer applicirt werden kann oder nicht, dieses kann kein Mensch sicher wissen, und schadet es auch keinem zu glauben oder nicht zu glauben, ob dieser Wechsel im Himmel acceptirt oder protestirt wird . . . Ich will also dieses Unwesen auf einmal aufheben, und soll sich die geistliche Commission mit keinen in dergl. mystischen Sachen einschlagenden Verordnungen mehr einzulassen gelüsten.

5) *Oesterr. Hofdecret v.* 17. *März* 1791: In Beziehung auf den Gottesdienst. 1. Die Ordnung des Gottesdienstes und der öffentlichen Andacht soll, so wie sie gegenwärtig vorgeschrieben ist, beibehalten und beobachtet werden. . . . . 4. Wird den Herren Bischöfen überlassen, neue den verschiedenen Zeiten und Festtagen des Kirchenjahres angemessene Gebete und Lieder für den öffentlichen Gottesdienst, auch eigene Gebete und Lieder für besondere Betstunden, Bittgänge und Andachten verfassen zu lassen und zur Bestätigung einzusenden.

6) *Oesterr. Hofdecret v.* 29. *Nov.* 1794: Se. Maj. haben anzubefehlen geruhet, dass die Wahlfahrter nie mit Strenge angehalten und zurückgeschickt werden sollen, sondern die Kreis- und Wirthschaftsämter, dann der Curatklerus dahin zu trachten haben, damit dieser tief eingewurzelte Missbrauch bey schicklicher Gelegenheit durch gütliche Vorstellungen geschwächet und nach und nach vertilget würde.

7) *Baier. Verordn. v.* 4. *Nov.* 1803: Verbot der Aufstellung von Weihnachtskrippen, „da die Einwohner der fränkischen Provinzen seit geraumer Zeit so weit in der religiösen Aufklärung fortgeschritten, und die Unterrichtsanstalten schon lange dahin gediehen sind, dass es solcher Vehikel zur religiösen Belehrung nicht mehr bedarf."

8) *Articles organ.* 41: Aucune fête à l'exception du dimanche ne pourra être établie sans la permission du gouvernement. 45: Aucune cérémonie religieuse n'aura lieu hors des édifices consacrés au culte catholique, dans les villes où il y a des temples destinés à différents cultes.

9) *Bad. Verordn. v.* 8. *Nov.* 1865: §. 1. der weltlichen Feier unterliegen: 1. alle Sonntage, 2. alle den beiden christlichen Confessionen gemeinsamen gebotenen Feiertage, 3. die besonderen Feiertage einer christlichen Confession in den Gemeinden, in welchen diese Confession allein Pfarrrechte hat.

10) *A. Preuss. Landr. II,* 11. §. 35: In wie fern die bereits angeordneten Kirchenfeste mit Einstellung aller Handarbeiten und bürgerlichen Gewerbe begangen werden sollen oder nicht, kann nur der Staat bestimmen.

11) *Deutsches Reichsstrafgesetzb.* §. 366: Mit Geldstrafe bis zu 20 Thlrn. oder mit Haft bis zu 14 Tagen wird bestraft 1. wer den gegen die Störung der Feier der Sonn- und Festtage erlassenen Anordnungen zuwider handelt.

12) *Oesterr. Ges. v.* 25. *Mai* 1868 *Art.* 13: Niemand kann genöthigt werden, sich an den

durch die Sacramente[1], deren Zahl die Kirche im Tridentinum auf sieben fixirt hat[2]. Von diesen dürfen Taufe, Firmung und Ordination nicht wiederholt werden. Bei jedem Sacramente muss vorhanden sein: 1. *materia,* und zwar *remota* (*res quae in conferendo sacr. adhibetur*) und *proxima* (*usus rei*), 2. *forma* (*verba quae in administrando sacramento adhibentur*), welche absolut oder bedingt sein kann, 3. *minister,* der das Sacrament spendet. Dies ist bei Ordination und Firmung der Bischof, bei der Ehe die beiden Ehegatten, bei den übrigen mit Ausnahme der Taufe der Priester. Der Minister muss haben *intentio faciendi id quod facit ecclesia.* Von den Sacramenten ist die Ordination schon oben besprochen, wird Taufe, Confirmation und Ehe in anderem Zusammenhange besprochen werden, und bedarf die letzte Oelung keiner Erörterung. Es erübrigt danach allein die Behandlung des Abendmahles und der Busse. II. Das Abendmahl, welches jeder Parochiane zur österlichen Zeit in seiner Pfarrkirche feiern soll (*praeceptum paschale*), wird Excommunicirten, Interdicirten und notorischen Sündern nicht gewährt, während heimliche Sünder nur zurückgewiesen werden sollen, falls das ohne Erregung von Aergerniss geschehen kann. III. Dass schon die alte Kirche gegen offenkundige Sünder strafend einschritt, und dieselben erst nach Absolvirung der Busse wieder in die Gemeinde aufnahm, ist oben (§. 113) erörtert worden. Der Priester nahm dabei nur die Stellung eines Vermittlers ein, die Bussübungen waren Mittel, die Strafe aufzuheben[3]. Dies war auch der Zustand der *fränkischen* Kirche bis durch *Columban* die in den Klöstern entstandene Praxis, dass die Mönche dem Abte auch ihre geheimen Sünden bekannten, und dafür als Strafe Busse auferlegt erhielten[4], in jene übertragen wurde. Erst daraus hat sich die Rechtsauffassung gebildet[5], dass der Priester, dem die Sünden ge-

Feier- und Festtagen einer ihm fremden Kirche oder Religionsgesellschaft der Arbeit zu enthalten. An Sonntagen ist jedoch während des Gottesdienstes jede nicht dringend nothwendige Arbeit einzustellen. Ferner muss an den Festtagen was immer für einer Kirche oder Religionsgenossenschaft während des Hauptgottesdienstes in der Nähe des Gotteshauses Alles unterlassen werden, was eine Störung oder Beeinträchtigung der Feier zur Folge haben könnte. Dasselbe ist bei den herkömmlichen Prozessionen auf den Plätzen und in den Strassen zu beobachten, durch welche sich der Zug bewegt.

§. 125. 1) *Catech. Roman. II,* 5: Sacramentum, inquit ille [Aug.], est signum rei sacrae, vel, ut aliis verbis, in eandem tamen sententiam dictum est: Sacramentum est invisibilis gratiae visibile signum, ad nostram justificationem institutum.

2) *C. Trident. Sess. VII. c.* 1: Can. I. Si quis dixerit, sacramenta novae legis non fuisse omnia a Iesu Christo Domino nostro instituta; aut esse plura vel pauciora quam septem, videlicet: baptismum, confirmationem, eucharistiam, poenitentiam, extremam unctionem, ordinem et matrimonium; aut etiam aliquod horum septem non esse vere et proprie sacramentum: anathema sit. Can. IX. Si quis dixerit, in tribus sacramentis, baptismo scilicet, confirmatione, et ordine, non imprimi characterem in anima, hoc est, signum quoddam spirituale et indelebile, unde ea iterari non possunt: anathema sit.

3) *Poenit. Pseudo-Roman.:* Si egerit ea, quae illi (poenitenti) sacerdos praeceperit, peccata eius dimittentur . . . Quidsi . . . compleverit, quod illi mandatum est a sacerdote, purificabitur a peccatis.

4) *Cassian. Instit. Coenob. IV,* 9: Ad quod, ut facile valeant pervenire, consequentes instituuntur, nullas penitus cogitationes prurientes in corde perniciosa confusione celare, sed confestim ut exortae fuerint, eat suo patefacere seniori.

5) *c.* 90. *Dist.* 1. *de pen.* (*C. Cabilon. II.* 813. *c.* 33): Quidam Deo solummodo confiteri debere peccata dicunt, ut Greci. Quidam uero sacerdotibus confitenda esse percensent, ut fere tota sancta ecclesia. Quod utrumque non sine magno fructu intra sanctam fit ecclesiam, ita dumtaxat, ut Deo, qui remissor est peccatorum, peccata nostra confiteamur, et hoc perfectorum est, et cum Dauid dicamus: „Delictum meum cognitum tibi feci, et iniusticiam meam non abscondi. Dixi, confitebor aduersum me iniusticiam meam Domino, et tu remisisti inpietatem peccati mei."

beichtet sind, bei Gott die Verzeihung der Sünden erwirke und durch die als irdische Strafe auferlegte Busse Tilgung der Strafe im Jenseits bewirke; ihren Abschluss fand diese Entwickelung in der sich allmählig herausbildenden Ansicht, dass der Priester an Gottes Stelle die Sünde vergebe, dass ohne ihn diese Sündenvergebung nicht erlangt werden könne[6] und dass die der Absolution früher vorangehenden bald öffentlichen[7], bald geheimen Busswerke der Absolution folgen und durch die blosse That ihrer Ableistung wirksam würden. Daran knüpfte sich endlich noch der Gedankengang[8] [9], dass die Kirche auch die zeitliche Strafe, in welche durch die Busse die jenseitige verwandelt

Sed tamen Apostoli institutio nobis sequenda est, ut confiteamur alterutrum peccata nostra, et oremus pro inuicem, ut saluemur. Confessio itaque, que soli Deo fit, quod iustorum est, purgat peccata. Ea uero, que sacerdoti fit, docet, qualiter ipsa purgentur peccata. Deus namque, salutis et sanctitatis auctor et largitor, plerumque prebet hanc suae penitenciae medicinam inuisibili amministratione, plerumque medicorum operatione.

§. 125. 6) *c.* 38. X.(5,39. *Innoc. III.*): Quantamcunque se quis iuramento praestito, quod ecclesiae mandato pareret, humiliare curauerit: quantacunque poenitentiae signa praecesserint, si tamen morte praeuentus absolutionis non potuerit beneficium obtinere, quamvis absolutus apud Deum fuisse credatur, nondum tamen habendus est apud ecclesiam absolutus. Potest tamen et debet ei ecclesiae beneficio subueniri, ut si de ipsius uiuentis poenitentia per euidentia signa constiterit, defuncto etiam absolutionis beneficium impendatur.

7) *Seeligenstadter Sendrecht* (1390—1435): Item wo zwei ledige leide gerugit werden fur onkuszheit, die sin schuldig ir igliche eyme ertzpriester fünf schillinge, und nit me. Wurden sie aber ober eyn jahr grugt umb dieselben sache, so wer aber ir yegliches schuldig eyme ertzpriester fünf schillinge und nit me. Werden sie aber zu deme dritten grugt, so sal der man dry sondage vor dem ambt mit wichwasser umb die kirchin, wollen und barfuss, geen und eyn besemhe in syner hand dragen, und wan er umb die kirchin kompt, so sal er druss vor der dur ligen und sal die lude obir sich lassen geen, und slagen mit dem besemhe wer wil, und die frawe sal den sun umb die kirchen tragen, wollen und barfuss, und sal man ir har hindin an dem haubet absniden und ir rock hindin abesniden; wollden sie die busse nit dragen, so wer ir igliches schuldig eyme ertzpriester sexs phunt heller, und jedeme sintscheffen zwantzig geber penige.

8) *Markgraf Otto v. Brandenburg Urk. v.* 1259 *f. d. Stiftskirche in Stendal:* Per eleemosynarum largitates et orationum continuarum devotiones, per ieiuniorum macerationes, per vigiliarum sine taedio continuationes et aliorum bonorum operum instantias aeternae vitae consortium adipisci debet. Quia vero nobis omnium istorum facilitatem naturae nostrae debilitas negavit, et petulantia, quae iuvenibus fervidae aetatis domestica solet esse, semper suadet in contrarium; necessitati salutis nostrae in hoc consulere decrevimus, quatenus illud per alienos obtineamus labores, quod propriis non valemus . . .

9) *Thomas v. Aquino summa suppl. C. III. qu.* 25: Indulgentiae valent et quantum ad forum Ecclesiae, et quantum ad iudicium Dei, ad remissionem poenae residuae post contritionem et absolutionem et confessionem, sive sit iniuncta sive non. Ratio autem, quare valere possunt, est unitas corporis mystici, in qua multi in operibus poenitentiae supererogaverunt ad mensuram debitorum suorum, et multas etiam tribulationes iniustas sustinuerunt patienter, per quas multitudo poenarum poterat expiari, si eis deberetur. Quorum meritorum tanta est copia, quod omnem poenam debitam nunc viventibus excedunt, et praecipue propter meritum Christi: quod etsi in sacramentis operatur, non tamen efficacia eius in sacramentis includitur, sed sua infinitate excedit efficaciam sacramentorum. Dictum est autem supra, quod unus pro alio satisfacere potest. Sancti autem, in quibus superabundantia operum satisfactionis invenitur, non determinate pro isto, qui remissione indiget, huiusmodi opera fecerunt (alias absque omni indulgentia remissionem consequeretur), sed communiter pro tota Ecclesia: sicut Apostolus ait, se adimplere ea quae desunt passionem Christi in corpore suo pro Ecclesia, ad quam scribit Col. 1. (v. 24): et sic praedicta merita sunt communia totius Ecclesiae. Ea autem, quae sunt alicuius multudinis communia, distribuuntur singulis de multitudine, secundum arbitrium eius, qui multitudini praeest. Unde sicut aliquis consequeretur remissionem poenae, si alius pro eo sastisfecisset: ita si sibi satisfactio alterius per eum qui potest distribuatur.

wird, tilgen könne durch Gewährung des *Ablasses*[10] (*indulgentia*). Die dogmatische Ausgestaltung der Lehre, welche als materia sacramenti die *confessio oris, contritio cordis* und *satisfactio* bezeichnet und als *minister* den Presbyter, welchem der Ordinarius der Diöcese die Lösegewalt übertragen hat, interessirt juristisch nur wegen des *Beichtgeheimnisses*. Dies soll der Beichthörende bei schwerer Strafe unverbrüchlich bewahren. Er soll weder über die gebeichtete Absicht eines Verbrechens der Obrigkeit Mittheilung machen, noch um die Folgen eines begangenen Verbrechens rückgängig zu machen, auch vom Staate nicht zur Zeugenaussage über den Beichtinhalt genöthigt werden[11]. Der Bruch des Beichtsiegels ist durch das *deutsche Reichsstrafgesetzbuch* nicht mehr mit Strafe belegt worden.

§. 126. 2. In der evangelischen Kirche.

Kliefoth, Liturg. Abhandl. Bd. 2. (Schwerin 1856.) Pfisterer, Luthers Lehre v. d. Beichte, Stuttg. 1857.

I. Die evangelische Kirche erkennt nur die Sacramente der Taufe und des Abendmahles an, welche dem gläubigen Empfänger das Heil vermitteln; die katholische Intentionslehre wird verworfen. II. Das Abendmahl spendet der Pfarrer confirmirten Personen, die sich im Zustande des Selbstbewusstseins befinden; die Ausschliessung vom Abendmahl kann als Kirchenstrafe nur von den zur Verhängung einer solchen competenten Organen verfügt werden. III. Die lutherische Lehre spricht der Kirche das Amt der Schlüssel zu und damit die im Nothfall auch durch jeden Christen auszuübende Absolutionsbefugniss, die sich nicht wie in der katholischen Kirche als ein Act der Jurisdiction, sondern der Gnade kennzeichnet. Die Privatbeichte wird für zulässig erklärt, von der reformirten Kirche dagegen nicht, welche nur ein allgemeines Sündenbekenntniss und eine allgemeine Vergebung dem Abendmahle vorangehen lässt. Diese Praxis ist übrigens auch in der lutherischen Kirche heimisch geworden.

§. 127. III. Religiöse Handlungen ohne Sacramentsnatur.

Malblank, Doctrina de iureiur. ed. nova, Tubing. 1820. Strippelmann, D. Gerichtseid, Cassel 1855—57 1-3.

I. Die Regelung des Eides ist jetzt so vollständig in den Bereich des Staates gefallen, dass es genügen mag, daran zu erinnern, dass die modernen Normen zum Theil auf der Basis des kanonischen Rechtes[1] beruhen. Die Kirche fordert vom Schwörenden *iudicium in iurante*[2], woraus die staatlichen Bestimmungen über die *Eidesmündigkeit* geflossen sind, und die Ausschliessung der Meineidigen vom Zeugen- oder Sachverständigen-Eide[3. 4]. Der Schwö-

§. 125. 10) *Benedict IX. f. d. Kirche St. Victor in Marseille* dass wer sie besuche: omnium criminum squaloribus absolutus libere ad propria laetus redeat, eo scilicet tenore, ut transacta peccata sacerdotibus confiteatur, et de reliquo emendetur.

11) *Deutsche Reichsstrafprozessordn.* §. 52: Zur Verweigerung des Zeugnisses sind ferner berechtigt: 1. Geistliche in Ansehung desjenigen, was ihnen bei Ausübung der Seelsorge anvertraut ist.

§. 127. 1) *c.* 6. *C. XXII. qu.* 1. (*Augustin.*): Tu malum non facis, qui bene uteris iuratione, que, etsi non bona, tamen necessaria est, ut alteri persuadeas quod utiliter suades. Sed a malo est illius, cuius infirmitate iurare cogeris.

2) *c.* 15. *C. XXII. qu.* 5. (*Conc. Hibernense*): Pueri ante quatuordecim annos non cogantur iurare. Puella quoque, si in puerili etate sita in domo patris, illo nesciente, se iuramento constrinxerit, et pater eius, ut audierit, statim contradixerit, uota eius et iuramenta irrita erunt, et facilius emendabitur.

3) *Reichscivilprozessordn.* §. 358. (vgl. *Strafprozessordn.* §. 16): Unbeeidigt sind zu vernehmen: Personen, welche zur Zeit der Vernehmung das sechszehnte Lebensjahr noch nicht vollendet oder wegen mangelnder Verstandesreife oder wegen Verstandesschwäche

rende soll ferner den Willen haben, die Wahrheit zu sagen (*veritas in mente*), und der Eid ist endlich nur bezüglich eines erlaubten Verhältnisses zu leisten (*iustitia in obiecto*) und wirksam. Bezüglich der *Eidesform* giebt das kanonische Recht keine absolute Vorschrift, und erfordert auch nicht für jeden Eid feierliche Formen. An sich genügt unstreitig das blosse Wort: ich schwöre. Nur bei bestimmten Eidesarten, insbesondere bei gerichtlichen, ist eine feierliche Form (*iur. solenne*) vorgeschrieben[5]. Bedingungen in der Person dessen, welcher den Eid abnimmt, stellt das kanonische Recht nicht auf. II. Das *Gelübde* (*votum*) wird definirt als *promissio deo facta de bono meliori*, d. h. in Bezug auf ein Gott wohlgefälliges Werk. Es verpflichtet nach kanonischem Recht, wenn es mit Freiheit, Selbstbewusstsein, Kenntniss des gelobten Zustandes und ohne Verletzung der Rechte Dritter, also auch nur bezüglich einer eigenen, sittlich erlaubten Handlung abgeleistet ist, zur Erfüllung. 1. Besteht das gelobte Werk in einer Prästation an eine Kirche oder pia causa (*vot. reale*), so verpflichtet es den Voventen und seine Erben nach den Prinzipien der römischen pollicitatio[6] und kann vom Kirchenoberen nur mit Einwilligung des berechtigten Subjectes aufgehoben werden. Die Kraft eines solchen Gelübdes erkennt auch die evangelische Kirche[7] an, nicht dagegen neuere Particulargesetzgebungen[8. 9]. 2. Besteht das gelobte Werk in

von dem Wesen und der Bedeutung des Eides keine genügende Vorstellung haben.

§. 127. 4) *Deutsches Reichsstrafgesetzb.* §. 161: Bei der Verurtheilung wegen Meineides mit Ausnahme der Fälle in den §§. 157. u. 158. ist auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und ausserdem auf die dauernde Unfähigkeit des Verurtheilten, als Zeuge oder Sachverständiger eidlich vernommen zu werden, zu erkennen.

5) *Reichscivilprozessordn.:* §. 440: Der Eid muss von dem Schwurpflichtigen in Person geleistet werden. §. 441. Das Prozessgericht kann anordnen, dass die Eidesleistung vor einem seiner Mitglieder oder vor einem anderen Gerichte erfolge, wenn der Schwurpflichtige am Erscheinen vor dem Prozessgerichte verhindert ist oder in grosser Entfernung von dem Sitze desselben sich aufhält. Die Eidesleistung der Landesherren und der Mitglieder der landesherrlichen Familien, sowie der Mitglieder der Fürstlichen Familie Hohenzollern erfolgt in der Wohnung derselben vor einem Mitgliede des Prozessgerichts oder vor einem anderen Gerichte. §. 442. Vor der Leistung des Eides hat der Richter den Schwurpflichtigen in angemessener Weise auf die Bedeutung des Eides hinzuweisen. §. 443. Der Eid beginnt mit den Worten: „Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden" und schliesst mit den Worten: „So wahr mir Gott helfe." §. 444. Der Eid wird mittels Nachsprechens oder Ablesens der die Eidesnorm enthaltenden Eidesformel geleistet. Der Schwörende soll bei der Eidesleistung die rechte Hand erheben. Ist die Eidesnorm von grossem Umfange, so genügt die Vorlesung der Eidesnorm und die Verweisung auf die letztere in der Eidesformel. Die Landesherren und die Mitglieder der landesherrlichen Familien, sowie die Mitglieder der Fürstlichen Familie Hohenzollern leisten den Eid mittels Unterschreibens der die Eidesnorm enthaltenden Eidesformel. §. 445. Stumme, welche schreiben können, leisten den Eid mittels Abschreibens und Unterschreibens der die Eidesnorm enthaltenden Eidesformel. Stumme, welche nicht schreiben können, leisten den Eid mit Hülfe eines Dolmetschers durch Zeichen. §. 446. Der Eidesleistung wird gleichgeachtet, wenn ein Mitglied einer Religionsgesellschaft, welcher das Gesetz den Gebrauch gewisser Betheuerungsformeln an Stelle des Eides gestattet, eine Erklärung unter der Betheuerungsformel dieser Religionsgesellschaft abgiebt.

6) *l.* 2. *Dig. de pollicit.* (50, 12): Si quis rem aliquam voverit, voto obligatur; quae res personam voventis, non rem, quae vovetur, obligat; res enim, quae vovetur, soluta quidem liberat vota, ipsa vero sacra non efficitur. §. 1. Voto autem patresfamiliarum obligantur, puberes, sui iuris; filius enim familias, vel servus sine patris dominive auctoritate voto non obligantur. §. 2. Si decimam quis bonorum vovit, decima non prius esse in bonis desinit, quam fuerit separata; et si forte, qui decimam vovit, decesserit ante sepositionem, heres ipsius hereditario nomine decimae obstrictus est; voti enim obligationem ad heredem transire constat.

7) *Conf. Augustana art. XXVII. abus.* 6: Tam multa impiae opiniones haerent in votis: quod iusti fiant, quod sint perfectio christiana,

einer Handlung (*vot. personale*)[9], so ist ein Zuwiderhandeln beim *votum solenne* nichtig, beim *vot. simplex* gültig, aber unerlaubt und zieht eine in foro interno zu verhängende Busse nach sich. 3. Die Verbindlichkeit aus dem Gelübde hört auf, a) *per cessationem* (Veränderung der Umstände), b) *per irritationem,* (Seitens der Person, welche über den Voventen Gewalt hat), c) *per commutationem* (Verwandlung in ein noch besseres), d) *per dispensationem* auf Wunsch des Voventen aus genügenden Gründen, regelmässig durch den Bischof, in ausgezeichneten Fällen (vot. solenne) durch den Papst.

Siebentes Capitel. Die Sorge für das Unterrichtswesen.

§. 128. I.. Die Volksschule.

Thomassin., Vet. et nova disc. P. II. l., c. 92—104. Krummacher, D. christl. Volksschule im Bunde mit d. Kirche, 2. Aufl., Essen 1825. Friedberg, D. Staat u. d. kath. Kirche in Grossh. Baden, Leipzig 1874.

Von jeher hat die Kirche es als ihre Aufgabe betrachtet, die Jugend zu unterrichten, und sie ist derselben nachgekommen zu Zeiten, wo der Staat sich seiner Pflichten in dieser Beziehung noch nicht bewusst gewesen ist. Schon die Kirchenväter berichten von kirchlichen Volksschulen, und im fränkischen Reiche sorgten Kloster- und Stiftsschulen für Verbreitung der Bildung. Diese verloren indessen ihren ursprünglichen Charakter seitdem sie zu Unterrichtsanstalten ausschliesslich für Cleriker geworden waren, und die Corruption, welche alle mittelalterlichen kirchlichen Institute erfasste, ergriff auch die von den Pfarrern geleiteten Volksschulen. Erst die Reformation hat hier auch für die katholische Kirche einen neuen Aufschwung zu Wege gebracht, und ebenso wie die protestantische Kirche erkannte sie seitdem in der Volksschule einen Theil ihrer selbst. Je mehr aber der Staat sich seiner Aufgaben bewusst geworden ist, um so mehr hat er auch die Schule für sich in Anspruch genommen, ohne jedoch die Kirche aus derselben zu eliminiren. In neuerer Zeit stehen sich auch in der Schulfrage verschiedene Richtungen gegenüber. Die eine, wie sie auf kurze Zeit im *Oesterreichischen Concordate*[1. 2]

quod servent consilia et praecepta, quod habeant opera supererogationis. Haec omnia quum sint falsa et inania, faciunt vota irrita.

§. 127. 8) *Preuss. Landr. I.* 5. §. 5: Blosse Gelübde haben, als blosse einseitige Versprechen, nach bürgerlichen Gesetzen keine Verbindlichkeit.

9) *Sächs. Bürgerliches Gesetzbbuch* §. 770: Das einseitige Versprechen einer Leistung unter Lebenden ist unverbindlich.

§. 128. 1) *Oesterr. Concordat. Art.* 6: Nemo s. Theologiam, disciplinam catecheticam vel Religionis doctrinam in quocunque instituto vel publico vel privato tradet, nisi cum missionem tum auctoritatem obtinuerit ab Episcopo dioecesano, cuius eandem revocare est, quando id opportunum censuerit. Publici theologiae professores et disciplinae catecheticae magistri, postquam sacrorum Antistes de candidatorum fide, scientia ac pietate sententiam suam exposuerit, nominabuntur ex iis, quibus docendi missionem et auctoritatem conferre paratum se exhibuerit. Ubi autem theologicae facultatis professorum quidam ab Episcopo ad Seminarii sui alumnos in Theologia erudiendos adhiberi solent, in eiusmodi professores nunquam non assumantur viri, quos sacrorum Antistes ad munus praedictum obeundum prae ceteris habiles censuerit. Pro examinibus eorum, qui ad gradum doctoris Theologiae vel s. Canonum adspirant, dimidiam partem examinantium Episcopus dioecesanus ex doctoribus Theologiae vel s. Canonum constituet. (Vgl. §. 19. no. 37.)

2) *Oesterreich. Concordat Art.* 8: Omnes scholarum elementarium pro catholicis destinatarum magistri inspectioni ecclesiasticae subditi erunt. Inspectores scholarum dioecesanos Maj. S. Caesarea ex viris ab Antistite dioecesano propositis nominabit. Casu quo iisdem in scholis instructioni religiosae haud sufficienter provisum sit, Episcopus virum ecclesiasticum, qui discipulis catechismum tradat, libere constituet. In ludi magistrum assumenti fides et conversatio intemerata esse oportet. Loco movebitur, qui a recto tramite deflexerit.

zur Herrschaft gelangt war, liefert die Schule unter vollständiger Verkennung des staatlichen Berufes an die Kirche aus, die andere will *Communalschulen*, nicht *confessionell*, d. h. ohne dass die Lehrer einer bestimmten Confession angehören müssten, mit Ausschliessung des Religionsunterrichtes oder wenigstens Ertheilung eines nicht confessionellen, was durchaus auf dasselbe hinausläuft. Das Richtige dürfte sein, dass der Staat die Schule als staatliche Institution unter staatliche Aufsicht nimmt, dass aber wegen des nicht zu missenden confessionellen Religionsunterrichtes auch eine Beziehung der Schule zur Kirche anerkannt wird, jedoch unbeschadet der einheitlichen staatlichen Leitung des Unterrichtswesens[3-6]. Die Frage nach der Confessionalität der Schule wird aber füglich den Familienvätern zur Entscheidung überlassen werden können, deren Kinder der Staat zum Schulbesuche nöthigt.

§. 129. II. Die Universitäten.

Schulte, Im Arch. f. kath. K.-R. XIX. S. 3 ff. Friedberg, Joh. Bapt. Balzer, Leipzig 1873.

I. Die Universitäten sind zwar nicht auf rein kirchlicher Basis entstan-

§. 128. 3) *Baier. Erl. v.* 8. *April* 1852 §. 20: Die Religionswahrheiten sollen stets rein und lauter und in der Weise vorgetragen werden, dass sie in das Leben der Jugend eindringen und dass die Achtung vor denselben, sowie das Gefühl für Sitte und Recht nicht untergraben werden. In dieser Beziehung sollen demnach die weltlichen Behörden ein wachsames Auge haben und den darauf bezüglichen Bemerkungen der geistlichen Behörden geeignete Würdigung zuwenden.

4) *Bad. Ges. v.* 9. *Oct.* 1860 §. 12: Den Religionsunterricht überwachen und besorgen die Kirchen für ihre Anhänger, jedoch unbeschadet der einheitlichen Leitung der Unterrichts- und Erziehungsanstalten. Die Kirchen sind befugt, Bildungsanstalten für diejenigen, welche sich dem geistlichen Stande widmen, zu errichten.

5) *Württemberg. Ges. v.* 30. *Jan.* 1862 §. 13: Die Leitung des katholischen Religionsunterrichts in den Volksschulen (vgl. Art. 78 des Volksschulgesetzes vom 29. Sept. 1836), sowie in den sonstigen öffentlichen und Privat-Unterrichtsanstalten, einschliesslich der Bestimmungen der Katechismen und Religionshandbücher, kommt dem Bischof zu, unbeschadet des dem Staate über alle Lehranstalten zukommenden Oberaufsichtsrechts.

6) *Oesterreichisches Gesetz v.* 25. *Mai* 1868: §. 1. Die oberste Leitung und Aufsicht über das gesammte Unterrichts- und Erziehungswesen steht dem Staate zu und wird durch die hiezu gesetzlich berufenen Organe ausgeübt. §. 2. Unbeschadet dieses Aufsichtsrechtes bleibt die Besorgung, Leitung und unmittelbare Beaufsichtigung des Religionsunterrichts und der Religionsübungen für die verschiedenen Glaubensgenossen in den Volks- und Mittelschulen der betreffenden Kirche oder Religionsgesellschaft überlassen. Der Unterricht in den übrigen Lehrgegenständen in diesen Schulen ist unabhängig von dem Einflusse jeder Kirche oder Religionsgesellschaft. §. 3. Die vom Staate, von einem Lande oder von Gemeinden ganz oder theilweise gegründeten oder erhaltenen Schulen und Erziehungsanstalten sind allen Staatsbürgern ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses zugänglich. §. 4. Es steht jeder Kirche oder Religionsgesellschaft frei, aus ihren Mitteln Schulen für den Unterricht der Jugend von bestimmten Glaubensbekenntnissen zu errichten und zu erhalten. Dieselben sind jedoch den Gesetzen für das Unterrichtswesen unterworfen, und können die Zuerkennung der Rechte einer öffentlichen Lehranstalt nur dann in Anspruch nehmen, wenn allen gesetzlichen Bedingungen für die Erwerbung dieser Rechte entsprochen wird. §. 5. Die Benützung von Schulen und Erziehungsanstalten für bestimmte Glaubensgenossen ist Mitgliedern einer anderen Religionsgesellschaft durch das Gesetz nicht untersagt. §. 6. Die Lehrämter an den im §. 3. bezeichneten Schulen und Erziehungsanstalten sind für alle Staatsbürger gleichmässig zugänglich, welche ihre Befähigung hiezu in gesetzlicher Weise nachgewiesen haben. Als Religionslehrer dürfen nur diejenigen angestellt werden, welche die betreffende konfessionelle Oberbehörde als hiezu befähigt erklärt hat. Bei anderen Schulen und Erziehungsanstalten (§. 4), ist diesfalls das Errichtungsstatut maassgebend. Die Wahl der Erzieher und Lehrer für den Privatunterricht ist durch keine Rücksicht auf das Religionsbekenntniss beschränkt. §. 7. Die Lehrbücher für den Gebrauch in den Volks- und Mittelschulen, sowie in den Lehrerbildungsanstalten, bedürfen nur der Genehmigung der durch dieses Gesetz zur

den, aber schon früh von der Kirche gepflegt, privilegirt und, schon weil die Professoren meist Geistliche waren, die Einkünfte meist aus geistlichen Gütern bezogen wurden, zur Kirche in Beziehung gebracht worden. Diese löste sich indessen mit der Reformation. Seitdem sind die Universitäten rein staatliche Anstalten geworden, und nur in Bezug auf die theologischen Facultäten ist der Kirche ein Einfluss eingeräumt worden, der sich bei Anstellung und Ueberwachung der Lehrer äussert, niemals aber den Charakter der Professoren als Beamten des Staates alteriren darf[1-8]. II. In der evangelischen

Leitung und Beaufsichtigung des Unterrichtswesens berufenen Organe.

§. 129. 1) *Baier. Erl. v.* 8. *April* 1852 §. 19: Bei Anstellung der Professoren der Theologie an Universitäten soll neben dem Gutachten der theolog. Facultät und des Universitätssenates auch ein Gutachten des Diöcesanbischofes über den dogmatischen Standpunkt und den sittlichen Wandel des Bittstellers erholt werden. Ebenso hat der Anstellung der Religionslehrer an den anderen öffentlichen Unterrichts- und Erziehungsanstalten das gutachtlichen Einvernehmen der einschlägigen bischöflichen Stelle voranzugehen. Auch über die Genehmigung der Anstellung von Religionslehrern in Privatinstituten soll die bischöfliche Stelle vernommen werden.

2) *Stat. d. Universität Breslau* §. 48: Dass in der katholisch-theologischen Facultät Niemand angestellt oder zur Ausübung des Lehramtes zugelassen werden soll, ohne vorhergegange Rücksprache bei dem erzbischöflichen Stuhle und dass dieser berechtigt sein soll, wegen gegründeter Einwendungen gegen die Lehre oder den Wandel des Vorgeschlagenen die Anstellung oder Zulassung desselben abzulehnen. Sollte wider Verhoffen ein der katholisch-theologischen Fakultät in Breslau angehöriger Lehrer in seinen Vorlesungen und Schriften der katholischen Glaubens- und Sittenlehre zu nahe treten, oder auf andere Art in sittlich-religiöser Beziehung ein auffallendes Aergerniss geben, so ist der bischöfliche Stuhl befugt, hiervon Anzeige zu machen und das Ministerium wird auf den Grund einer solchen Anzeige mit Ernst und Nachdruck einschreiten und Abhülfe leisten.

3) *Preuss. Ministerialrescr. an d. Fürstbischof v. Breslau v.* 12. *Juli* 1850: Dass die Professoren der mehrgedachten Fakultät ihr in das Gebiet der katholischen Kirche fallendes Lehramt nur, nachdem sie die ihrem Wesen nach jederzeit revokable bischöfliche Ermächtigung dazu erhalten haben, ausüben können, und dass Ew. Fürstl. Gnaden diese Ermächtigung in urkundlicher Form besonders auszusprechen und den betreffenden Professoren nach geschehener professio fidei auszuhändigen befugt sind.

4) *Form der missio canonica in Gemässheit des Abkommens d. Preuss. Cultusminister. mit d. Fürstb. v. Breslau v.* 29. *April* 1850: Nachdem Sie von Seiten der Staatsbehörde (des Herrn Ministers resp. Königlichen Provinzial-Schulkollegium) zum Professor an der hiesigen Universität und insbesondere deren katholisch-theologischen Fakultät (zum Lehrer der Religion bei dem Gymnasium zu N. N.) ernannt worden sind, so ertheilen wir Ihnen hierdurch die bischöfliche Mission, nach vorher abgelegter professio fidei die Doktion der Dogmatik (Exegese etc. der Religionslehre bei der bezeichneten Lehranstalt) zu beginnen und in der nothwendigen Vollständigkeit durchzuführen. Wir versprechen Uns von Ihrer Berufstreue eine für Kirche und Staat gesegnete Wirksamkeit.

5) *Erkenntniss des preuss. Disciplinarhofes v.* 9. *Jan.* 1864: Es ist zwar ausser Zweifel, dass dem Bischofe, vermöge der innerhalb seiner Diözese ihm zustehenden Jurisdiktion, die Sorge für die Erhaltung und Verbreitung der Lehre und die Beaufsichtigung der kirchlichen Institute obliegt, und dass diese Beaufsichtigung sich im Allgemeinen auch auf die Lehrer der katholisch-theologischen Fakultät an der Universität in seinem Diöcesanbezirke mit erstreckt. Jedoch sind die Universitäten keineswegs nur und in allen Stücken der Jurisdiktion der Bischöfe unterworfen, vielmehr sind ihnen schon in dem Concilium Tridentinum sessio 25 Cap. 7 in den Worten „salvis tamen, in omnibus privilegiis, quae Universitatibus seu eorum personis sunt concessa," ihre besonderen Rechte vorbehalten Auch sind die Bischöfe, soweit das Verhältniss der Universitätslehrer als Diener des Staates in Betracht kommt, durch das Schirmvogtei-Recht des Staats beschränkt, welchem unter andern Pflichten auch die Verpflichtung des Staats gegenübersteht, seine Beamten in den ihnen durch die vom Landesherrn ertheilte Bestallung verliehenen Rechten zu schützen.

6) *Württemberg. Ges. v.* 30. *Jan.* 1862 *Art.* 14: Gegen einen Lehrer an der katholisch-theologischen Facultät der Universität, dessen Lehrvorträge nach dem Urtheile des Bischofs wider die Grundsätze der kathol. Kirchenlehre

Kirche gehören die Glieder der theologischen Facultät zum ministerium verbi divini. Dies hat Veranlassung gegeben, in einigen Staaten dem Kirchenregiment eine Mitwirkung bei der Besetzung der Professuren zu gewähren. Eine innere Berechtigung für eine solche Concession ist indessen nicht vorhanden, da kein Grund zur Annahme ist, dass das Kirchenregiment auf dem Glauben der Kirche fester stehe, als die Facultäten, welche bei Vacanzen das Vorschlagsrecht besitzen.

§. 130. III. Die Seminarien.

Thomassin., P. I. lib. 3. c. 2—6. P. II. l. 1. c. 92—102. Phillips, K.-R. VII. §. 362 f. Dittenberger, Ueber Predigerseminarien, Heidelberg 1835.

I. Als zur Reformationszeit Glaube und Sittlichkeit der Theologie Studirenden an den Universitäten in gleicher Weise gefährdet erschien, verordnete das *Tridentinum*[1], dass die Aspiranten des Clerus vom zwölften Lebensjahre an gemeinsam nach klösterlichen Regeln erzogen werden sollten. Gewöhnlich trennt man indessen diese sogenannten *seminaria puerorum* für die jüngeren Cleriker von den *Clerikalseminaren* für die älteren zum Ersatz der Universitätsstudien, und noch häufiger treten an die Stelle der ersteren die gewöhnlichen öffentlichen Lehranstalten, ausserhalb deren die für den Clerikalstand bestimmten Alumnen in Convicten unter geistlicher Aufsicht leben. Die Seminare unter-

verstossen, kann eine Verfügung nur von der Staatsregierung getroffen werden.

§. 129. 7) *Preuss. Ges. v.* 11. *März* 1872: §. 1. Unter Aufhebung aller in einzelnen Landestheilen entgegenstehenden Bestimmungen steht die Aufsicht über alle öffentlichen und Privatunterrichts- und Erziehungsanstalten dem Staate zu. Demgemäss handeln alle mit dieser Aufsicht betrauten Behörden und Beamten im Auftrage des Staates. §. 2. Die Ernennung der Lokal- und Kreis-Schulinspektoren und die Abgrenzung ihrer Aufsichtsbezirke gebührt dem Staate allein. Der vom Staate den Inspektoren der Volksschule ertheilte Auftrag ist, sofern sie dies Amt als Neben- oder Ehrenamt verwalten, jederzeit widerruflich. Alle entgegenstehenden Bestimmungen sind aufgehoben. §. 3. Unberührt durch dieses Gesetz bleibt die den Gemeinden und deren Organen zustehende Theilnahme an der Schulaufsicht, sowie der Artikel 24 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850. §. 4. Der Minister der geistlichen Unterrichts- und Medicinalangelegenheiten wird mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

8) *Oesterr. Gesetz vom* 7. *Mai* 1874 §. 30: Die Einrichtung der katholisch-theologischen Fakultäten wird durch ein besonderes Gesetz geregelt. In gleicher Weise wird bestimmt, inwieweit der Staat den Candidaten des geistlichen Standes eine besondere Art der Heranbildung vorschreibt.

§. 130. 1) *C. Trident. Sess. XXIII. de ref.* c. 13: Quum adolescentium aetas, nisi recte instituatur, prona sit ad mundi voluptates sequendas, et, nisi a teneris annis ad pietatem et religionem informetur, antequam vitiorum habitus totos homines possideat, nunquam perfecte ac sine maximo ac singulari propemodum Dei omnipotentis auxilio in disciplina ecclesiastica perseveret: sancta synodus statuit, ut singulae cathedrales, metropolitanae, atque his maiores ecclesiae, pro modo facultatum et dioecesis amplitudine certum puerorum ipsius civitatis et dioecesis, vel eius provinciae, si ibi non reperiantur, numerum in collegio ad hoc prope ipsas ecclesias vel alio in loco convenienti ab episcopo eligendo, alere, ac religiose educare et ecclesiasticis disciplinis instituere teneantur. In hoc vero collegio recipiantur qui ad minimum duodecim annos et ex legitimo matrimonio nati sint, ac legere et scribere competenter noverint, et quorum indoles et voluntas spem afferat, eos ecclesiasticis ministeriis perpetuo inservituros. Pauperum autem filios praecipue eligi vult; nec tamen ditiorum excludit, modo suo sumptu alantur, et studium prae se ferant Deo et ecclesiae inserviendi. Hos pueros episcopus in tot classes, quot ei videbitur, divisos iuxta eorum numerum, aetatem ac in disciplina ecclesiastica progressum, partim, quum ei opportunum videbitur, ecclesiarum ministerio addicet, partim in collegio erudiendos retinebit; aliosque in locum eductorum sufficiet, ita ut hoc collegium Dei ministrorum perpetuum seminarium sit. Ut vero in eadem disciplina ecclesiastica commodius instituantur, tonsura statim atque habitu clericali semper utentur; grammatices, cantus, computi ecclesiastici, aliarumque

stehen der Aufsicht des Ordinarius[2], der auch die Lehrer ernennt, jedoch sich ein Concilium von Domherrn und aus dem Capitel- und Stadtclerus wählen soll (vgl. §. 121. no. 3). Die Staaten haben mannigfache Einwirkungen auf die Seminarien in Anspruch genommen[3. 4] entsprechend ihrer allgemeinen Be-

bonarum artium disciplinam discent, sacram scripturam, libros ecclesiasticos, homilias sanctorum, atque sacramentorum tradendorum, maxime quae ad confessiones audiendas videbuntur opportuna, et rituum ac caeremoniarum formas ediscent. Curet episcopus, ut singulis diebus missae sacrificio intersint, ac saltem singulis mensibus confiteantur peccata, et iuxta confessoris iudicium sumant corpus Domini nostri Iesu Christi; cathedrali et aliis loci ecclesiis diebus festis inserviant. Quae omnia atque alia ad hanc rem opportuna et necessaria episcopi singuli cum consilio duorum canonicorum seniorum et graviorum, quos ipsi elegerint, prout Spiritus sanctus suggesserit, constituent; eaque ut semper observentur saepius visitando operam dabunt. Dyscolos, et incorrigibiles ac malorum morum seminatores acriter punient, eos etiam, si opus fuerit, expellendo, omniaque impedimenta auferentes, quaecunque ad conservandum et augendum tam pium et sanctum institutum pertinere videbuntur diligenter curabunt.

§. 130. 2) *Baier. Concordat Art.* 5: In singulis Dioecesibus Seminaria episcopalia conserventur et dotatione congrua in bonis fundisque stabilibus provideantur; in aliis autem Dioecesibus in quibus desunt sine mora cum eadem pariter dotatione in bonis fundisque stabilibus fundentur. In seminariis autem admittentur atque ad normam S. Concilii Tridentini efformabuntur atque instituentur adolescentes quos AEpiscopi et Episcopi pro necessitate vel utilitate Dioecesium in iis recipiendos iudicaverint. Horum Seminariorum ordinatio, doctrina, gubernatio et administratio AEpiscoporum et Episcoporum auctoritati pleno liberoque iure subiectae erunt iuxta formas canonicas. Rectores quoque et Professores Seminariorum ab AEpiscopis et Episcopis nominabuntur, et quotiescunque necessarium aut utile ab ipsis iudicabitur, removebuntur. Cum Episcopis incumbat Fidei ac morum doctrinae invigilare, in huius officii exercitio etiam circa scholas publicas, nullo modo impedientur.

3) *Württemberg. Gesetz v.* 30. *Jan.* 1862 *Art.* 11: Die für die Heranbildung der Candidaten des katholischen geistlichen Standes bestehenden Convikte in Tübingen, Ehingen und Rottweil sind in Absicht auf die dem Bischofe zukommende Leitung der religiösen Erziehung der Zöglinge und der Hausordnung, insoweit sie durch die letztere bedingt ist, der Oberaufsicht der Staatsgewalt unterworfen. In den übrigen Beziehungen stehen dieselben unter der unmittelbaren Leitung der Staatsbehörde. Insbesondere hängt die Aufnahme und Entlassung der Zöglinge von der Staatsbehörde ab.

4) *Baier. Verordnung vom* 18. *April* 1873: §. 1. Die Gründung von Erziehungs- oder Unterrichtsanstalten durch Korporationen, Vereine oder Private, sowie die Uebernahme der Leitung (Vorstandschaft) einer solchen Anstalt ist nur nach vorgängiger polizeilicher Genehmigung gestattet. §. 2. Zuständig zur Ertheilung dieser Genehmigung sind im Allgemeinen jene Behörden welchen die Oberleitung und Oberaufsicht über die entsprechenden öffentlichen Erziehungs- und Unterrichtsanstalten zukömmt. Im Besondern wird bestimmt: Dem k. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schul-Angelegenheiten bleibt die Bewilligung vorbehalten für Anstalten, welche die Heranbildung zum geistlichen Stande bezwecken. §. 11. Die Gründer oder Vorstände der Erziehungs- und Unterrichtsanstalten haben mit dem Gesuche um die polizeiliche Genehmigung ihres Unternehmens die Satzungen, Lehrpläne, Lehrerverzeichnisse und sonstigen Nachweise über die Einrichtung der Anstalt vorzulegen und die erforderlichen Aufschlüsse zu geben. Von der durch die zuständige Aufsichtsbehörde genehmigten Organisation darf ohne besondere Zustimmung dieser Behörde nicht abgewichen werden. Die Vorstände haben jeden neu aufgenommenen Lehrer sofort unter Vorlage der vorschriftsmässigen Nachweise der Aufsichtsbehörde anzuzeigen und sind verpflichtet, denselben wieder zu entfernen, wenn von dieser Behörde der Qualifikationsnachweis als ungenügend erklärt wird. Am Schlusse des Schuljahres ist der Aufsichtsbehörde ein Jahresbericht über den Gesammtzustand der Anstalt nach Massgabe der für die einschlägigen k. Erziehungs- und Unterrichtsanstalten geltenden Bestimmungen vorzulegen. §. 12. Alle Erziehungs- und Unterrichtsanstalten unterstehen der Oberaufsicht des Staates. Dieses Aufsichtsrecht wird durch jene Stelle oder Behörde ausgeübt, welche nach den Bestimmungen der §§. 2. 3. und 4. zur Ertheilung der polizeilichen Genehmigung für die betreffende Anstalt zuständig ist. Die Verwaltungsstellen und Behörden werden die ihnen obliegende Aufsicht zunächst und

aufsichtigung der clerikalen Bildung. — *Priesterseminare* dienen zur praktischen Ausbildung derjenigen Cleriker, welche ihre wissenschaftlichen Studien beendet haben. II. In der evangelischen Kirche haben die bald mit den Universitäten verbundenen, bald ihnen gegenüber selbstständigen Seminarien nicht den Zweck die Universitätsbildung zu ersetzen, sondern nach der Seite der praktischen Ausbildung hin zu ergänzen.

Achtes Capitel. §. 131. Die Wohlthätigkeitsanstalten.

Ratzinger, Geschichte der kirchl. Armenpflege, Freib. 1868. Friedberg, Der Staat und die kath. Kirche im Grossh. Baden, Leipzig 1874.

Die Kirche hat es von jeher für ihre Aufgabe erachtet, die Noth der Armuth zu lindern, und schon ihre ersten Verfassungsorganisationen (Diakonen) waren diesem Zwecke gewidmet. Dabei überliess ihr der Staat, obgleich er auch die Fürsorge für die Armen als seine Pflicht anerkannte[1], dieses Arbeitsfeld ausschliesslich. Ursprünglich war die Armenpflege ganz in der Hand des Bischofes für seine Diöcese centralisirt, und erst die später zu schildernde Umänderung des Pfründenwesens, welche im Frankenreiche Platz griff, verlegte die Armenpflege in die einzelnen Gemeinden[2. 3]. Dabei verlor aber das Kirchenvermögen schon früh seinen Charakter als *patrimonium pauperum*, und verfiel die Armenpflege in der Folgezeit um so mehr, je mehr der Clerus der eigentlichen seelsorgerischen Thätigkeit sich entfremdete[4]. Auch tritt schon im Mittelalter eine Concurrenz der staatlichen Armenpflege namentlich in den Städten auf[5]. Das *Concil von Trient*[6] will freilich die

regelmässig durch Vorstände der kgl. Erziehungs- und Unterrichtsanstalten, beziehungsweise durch die örtlichen Schulbehörden ausüben lassen. Die zuständige Aufsichtsbehörde soll wenigstens einmal im Jahre die ihr unterstellten Erziehungs- und Unterrichtsanstalten inspiciren oder inspiciren lassen. Die Aufsichtsbehörden haben hiebei auch der Beschaffenheit der von Erziehungs- und Unterrichtsanstalten benützten Lokalitäten, der Reinlichkeit, der Verpflegung und überhaupt der Beachtung der sanitätspolizeilichen Normen entsprechende Aufmerksamkeit zuzuwenden. Zu diesem Behufe kann bei der Visitation solcher Institute ein Amtsarzt beigezogen werden. §. 13. Im Falle der Nichtbeachtung der von der zuständigen Behörde gegebenen Weisungen, oder falls es überhaupt im Interesse der Sittlichkeit oder der Gesundheitspolizei erforderlich wird, kann diese Behörde die polizeiliche Bewilligung für verwirkt erklären. — Für *Preussen* vgl. Anh. no. XII.

§. 131. 1) *l.* 12. §. 2. *Cod. Iust.* (1, 2): Quia humanitatis nostrae est, egenis prospicere ac dare operam ut pauperibus alimenta non desint.

2) *c.* 5. *C. Turon. II.* 567: Ut unaquaeque civitas pauperes et egenos incolas alimentis congruentibus pascat secundum vires, ut tam vicarii presbyteri, quam cives omnes suum pauperem pascant: quo fiat ut ipsi pauperes per civitates alias non vagentur.

3) *Capit. Iludovici* 817 c. 4: Statutum est, quidquid tempore imperii nostri a fidelibus ecclesiae sponte collatum fuerit in ditioribus locis duas partes in usus pauperum, tertiam in stipendia cedere clericorum aut monachorum, in minoribus vero locis aeque inter clerum et pauperes fore dividendum, nisi a datoribus aliter constitutum fuerit.

4) *Gerhoh. v. Reichersperg de aedificio Dei:* Paucos enim videmus, qui de redditibus ecclesiarum communem vitam in baptismalibus ecclesiis foveant, aut exinde quattuor partes in singulis annis faciant, atque illas iuxta statuta canonum distribuant. Quasdam villas episcopus possidet, quasdam miles, parum habet clericus, nihil accipit vidua et pauper.

5) *C. Arelat.* 1260 *c.* 13: (Hospitalium) regimina et frequentius laici et clerici saeculares multiplici prece et pretio, aliquando etiam per litteras papales et mandata principum et potentum consueverant occupare; nec ibi pauperibus aliquid ministratur, sed omnia per huiusmodi rectores asportantur et devocantur, ordinamus, ut de caetero per praelatos locorum et alios ad quos id pertinere noscitur, qui habitu et signo aliquo religionis assumpto, ibidem domino famulantes vitam agant communem et annis singulis de omnibus rationem reddant, nihil sibi aut suis praeter victum et vestitum retinentes.

6) *C. Trident. Sess. XXII. de ref. c.* 8: Episcopi habeant ius visitandi hospitalia, collegia quaecunque, ac confraternitates laicorum, etiam quas scholas sive quocunque alio nomine

Armenpflege wieder durch den Bischof gehandhabt wissen, aber gegenüber dem immer stärker vom Staate empfundenen Beruf, seinerseits vorzugsweise auf diesem Gebiet thätig zu werden, ist die kirchliche gegen die communale Armenpflege durchaus zurück getreten[7]. Indessen hat die Kirche nicht bloss die ersten Institute für Arme, Kranke, Bedürftige geschaffen, sondern nimmt auch jetzt noch die Leitung der Hospitäler, Armen-, Findel-, Leihhäuser (*montes pietatis*) in Anspruch, was vom Staat schon um der Verschiedenheit der in ihm lebenden Confessionen nicht zugestanden werden kann. Selbst der modificirte Standpunkt, den in dieser Beziehung das *Oesterreichische Konkordat* einnahm, kann ebensowenig gebilligt werden, wie das gleichfalls in *Oesterreich* gemachte Experiment, die Verbrecher in den Gefängnissen der Obhut geistlicher Corporationen anzuvertrauen.

Sechstes Buch.

Das kirchliche Personenrecht.

§. 132. I. Der Eintritt in die Kirche.

Höfling, D. Sacram. d. Taufe, Erl. 1846. 1848. 1. 2.

I. Der Eintritt in die Kirche wird bedingt durch die *Taufe*[1]. Sie erfordert *ablutio* mit benedicirtem Wasser, in der Gestalt der *effusio*, Gebrauch der apostolischen Form: *ego te baptizo in nomine Dei p., filii et spirit. s.*, und kann im Nothfalle von jedem der Vernunft Mächtigen ertheilt werden; doch soll sie regelmässig vom Pfarrer in der Kirche gespendet werden[2-4]. Seit Einführung

vocant, (non tamen quae sub regum immediata protectione sunt, sine eorum licentia), eleemosynas montis pietatis sive caritatis, et pia loca omnia, quomodocumque nuncupentur, etiamsi praedictorum locorum cura ad laicos pertineat, atque eadem pia loca exemptionis privilegio sint munita; ac omnia, quae ad Dei cultum aut animarum salutem seu pauperes sustentandos instituta sunt, ipsi ex officio suo iuxta sacrorum canonum statuta cognoscant et exsequantur, non obstantibus quacunque consuetudine, etiam immemorabili, privilegio aut statuto. *c.* 9: Administratores tam ecclesiastici quam laici fabricae cuiusvis ecclesiae, etiam cathedralis, hospitalis, confraternitatis, eleemosynae montis pietatis et quorumcumque piorum locorum, singulis annis teneantur reddere rationem administrationis ordinario; consuetudinibus et privilegiis quibuscunque in contrarium sublatis, nisi secus forte in institutione et ordinatione talis ecclesiae seu fabricae expresse cautum esset. Quod si ex consuetudine aut privilegio, aut ex constitutione aliqua loci aliis ad id deputatis ratio reddenda esset, tunc cum iis adhibeatur etiam ordinarius, et aliter factae liberationes dictis administratoribus minime suffragentur.

§. 131. 7) *Bad. Ges. v.* 5. *Mai* 1870 §. 5: Künftige Stiftungen sind kirchliche, wenn ihr Vermögen einen Zwecke gewidmet ist, welchen der §. 3. Ziff. 1. und 2. bezeichnet (zur Befriedigung kirchlicher Bedürfnisse und zum Vortheil von den Kirchen errichteter Bildungsanstalten). Alle anderen künftigen Stiftungen gelten als weltliche.

§. 132. 1) *C. Trident. Sess. VII. de bapt. c.* 4: Si quis dixerit, baptismum, qui etiam datur ab haereticis in nomine Patris, et Filii et Spiritus sancti, cum intentione faciendi quod facit ecclesia, non esse verum baptismum: anathema sit. *c.* 13: Si quis dixerit, parvulos eo, quod actum credendi non habent, suscepto baptismo inter fideles computandos non esse, ac propterea, quum ad annos discretionis pervenerint, esse baptizandos; aut praestare omitti eorum baptisma, quam eos non actu proprio credentes baptizari in sola fide ecclesiae: anathema sit. *c.* 14: Si quis dixerit, huiusmodi parvulos baptizatos, quum adoleverint, interrogandos esse, an ratum habere velint quod patrini eorum nomine, dum baptizarentur, polliciti sunt; et, ubi se nolle responderint, suo esse arbitrio relinquendos; nec alia interim poena ad Christianam vitam cogendos, nisi ut ab eucharistiae aliorumque sacramentorum perceptione arceantur, donec resipiscant: anathema sit.

2) *Stat. synod. Monaster. P. II. t.* 2. *c.* 2. §. 1: Districte praecipimus, ut parvuli, quam primum commode fieri potest, ad baptismum

der Kindertaufe wurde das Taufgelübde durch *sponsores* (*Pathen*)[5. 6] abgelegt, welche nach katholischer Auffassung katholischer Confession sein sollen, nach evangelischer kirchlich intacte Personen. Erwachsene Convertiten haben Kenntniss des Dogma nachzuweisen und Bekenntniss des Glaubens abzulegen. Seitdem die kirchliche Taufe für das bürgerliche Rechtsleben indifferent geworden ist[7], hat der Staat sein früher christlichen Eltern gegenüber geübtes Zwangsrecht auf Vollziehung der Taufe an neugeborenen Kindern aufgegeben, wodurch die von der Kirche den Eltern in gleicher Weise auferlegte Pflicht, die jetzt nur durch kirchliche Mittel erzwungen werden kann (vgl. §. 118. no. 20.), nicht aufgehoben ist. II. Wenn die Taufe auch den Eintritt in die Kirche bedingt, so doch noch nicht in die Confession des Geistlichen, der die Taufe vollzogen hat. Vielmehr bestimmt sich diese nach den Sätzen des bürgerlichen Rechtes[8-14]

deferantur, nec ad summum ultra quintum diem sacramenti tam necessarii susceptio differatur.

§. 132. 3) *Rituale Roman.:* Monstrum quod humanam speciem non prae se ferat, baptizari non debet: de quo si dubium fuerit, baptizetur sub hac conditione: Si tu es homo, ego te baptizo, etc.

4) *Statut. synod Monast. P. II. t. 2. c. 2.* §. 4: Puer nondum rationis capax, a parentibus judaeis natus, illis invitis licite baptizari nequit, nisi sit in periculo mortis, vel in alterutrius parentis conversi potestate, vel sub tutoribus principi christiano subditis. Aliud est de puero parentum haereticorum, ubi tamen ad tractatus pacis in Germania reflectendum est.

5) *Rituale Roman.:* Hos autem patrinos, saltem in aetate pubertatis, ac Sacramento Confirmationis consignatos esse maxime convenit. Sciant praeterea Parochi ad hoc munus non esse admittendos infideles, aut haereticos, non publice excommunicatos, aut interdictos, non publice criminosos, aut infames, nec praeterea qui sana mente non sunt, nec qui ignorant rudimenta fidei: haec enim Patrini spirituales filios suos, quos de baptismi fonte susceperint, ubi opus fuerit, opportune docere tenentur. Praeterea ad hoc etiam admitti non debent Monachi vel Sanctimoniales, neque alii cuiusvis Ordinis regulares a saeculo segregati.

6) *C. Trident. Sess. XXIV. de reform. matr. c.* 2: Ut unus tantum, sive vir sive mulier, iuxta sacrorum canonum instituta, vel ad summum unus et una baptizatum de baptismo suscipiant, inter quos ac baptizatum ipsum, et illius patrem et matrem, nec non inter baptizantem et baptizatum, baptizatique patrem ac matrem tantum spiritualis cognatio contrahatur. Parochus, antequam ad baptismum conferendum accedat, diligenter ab eis, ad quos spectabit, sciscitetur, quem vel quos elegerint, ut baptizatum de sacro fonte suscipiant, et cum vel eos tantum ad illum suscipiendum admittat, et in libro eorum nomina describat, doceatque eos quam cognationem contraxerint, ne ignorantia ulla excusari valeant.

7) *Reichsgesetz v. 6. Februar* 1875 §. 17: Jede Geburt eines Kindes ist innerhalb einer Woche dem Standesbeamten des Bezirkes, in welchem die Niederkunft stattgefunden hat, anzuzeigen. §. 22. Die Eintragung des Geburtsfalles soll enthalten, 1. Vor- und Familienname, Stand, Gewerbe und Wohnort des Anzeigenden, 2. Ort, Tag und Stunde der Geburt, 3. Geschlecht des Kindes, 4. Vornamen des Kindes, Vor- und Familienname, Religion, Stand oder Gewerbe und Wohnort der Eltern .... Standen die Vornamen des Kindes zur Zeit der Anzeige noch nicht fest, so sind dieselben nachträglich und längstens binnen 2 Monaten nach der Geburt anzuzeigen ...

8) *A. Preussisches Landrecht II*, 2. §. 80: Auch nach dem Tode der Aeltern muss der Unterricht der Kinder in dem Glaubensbekenntnisse desjenigen von ihnen, zu dessen Geschlecht sie gehören, fortgesetzt werden. §. 81. Auf eine in der letzten Krankheit erst erfolgte Religionsveränderung wird dabei keine Rücksicht genommen. §. 82. Hat aber der verstorbene Ehegatte ein zu seinem Geschlechte gehöriges Kind, wenigstens durch das ganze letzte Jahr vor seinem Tode, in dem Glaubensbekenntnisse des andern Ehegatten unterrichten lassen: so muss dieser Unterricht in eben der Art, auch nach seinem Tode, bis zum vollendeten vierzehnten Jahre des Kindes, fortgesetzt werden.

9) *Preuss. Declarat. v. 21. November* 1803: Se. Königliche Majestät von Preussen etc. haben in Erwägung gezogen, dass die Vorschrift des Allg. Landr. Th. II. Tit. 2. §. 76., nach welcher bei Ehen zwischen Personen verschiedenen Glaubensbekenntnisses die Söhne in der Religion des Vaters, die Töchter aber in dem Glaubensbekenntnisse der Mutter, bis nach zurückgelegtem vierzehnten Jahre un-

dahin, dass entweder der zwischen den Eltern deswegen abgeschlossene Vertrag entscheidet, oder die Kinder nach dem Geschlecht getheilt werden, oder

terrichtet werden sollen, nur dazu diene, den Religions-Unterschied in den Familien zu verewigen, und dadurch Spaltungen zu erzeugen, die nicht selten die Einigkeit unter den Familiengliedern zum grossen Nachtheil derselben untergraben. Höchstdieselben setzen daher hierdurch allgemein fest: dass eheliche Kinder jedesmal in der Religion des Vaters unterrichtet werden sollen, und dass zu Abweichungen von dieser gesetzlichen Vorschrift kein Ehegatte den anderen durch Verträge verpflichten dürfe. Uebrigens verbleibt es auch noch fernerhin bei der Bestimmung des §. 78. a. a. O. des Allg. Landr., nach welcher Niemand ein Recht hat, den Eltern zu widersprechen, so lange selbige über den ihren Kindern zu ertheilenden Religions-Unterricht einig sind.

§. 132. 10) *Baier. Edikt vom* 26. *Mai* 1818: §. 12. Wenn in einem gültigen Ehevertrage zwischen Eltern, die verschiedenen Glaubens-Bekenntnissen zugethan sind, bestimmt worden ist, in welcher Religion die Kinder erzogen werden sollen, so hat es hierbei sein Bewenden. §. 13. Die Gültigkeit solcher Eheverträge ist sowohl in Rücksicht ihrer Form, als der Zeit der Errichtung lediglich nach den bürgerlichen Gesetzen zu beurtheilen. §. 14. Sind keine Ehepakten oder sonstige Verträge hierüber errichtet, oder ist in jenen über die religiöse Erziehung der Kinder nichts verordnet worden, so folgen die Söhne der Religion des Vaters, die Töchter werden in dem Glaubens-Bekenntnisse der Mutter erzogen. §. 15. Uebrigens benimmt die Verschiedenheit des kirchlichen Glaubens-Bekenntnisses keinem der Eltern die ihm sonst wegen der Erziehung zustehenden Rechte. §. 16. Der Tod der Eltern ändert nichts in den Bestimmungen der §§. 12. und 14. über die religiöse Erziehung der Kinder.

11) *Sächs. Ges. v.* 1. *Nov.* 1836 §. 5: Die Taufe der in einer gemischten Ehe erzeugten Kinder steht dem Geistlichen der Confession des Vaters, und nur dann, wenn nach einer gültigen Uebereinkunft der Aeltern das Kind in der Confession der Mutter erzogen werden soll, dem Geistlichen dieser Confession zu. §. 6. Die aus gemischten Ehen erzeugten Kinder, sind in der Regel in der Confession des Vaters zu erziehen. Es ist jedoch den Aeltern gestattet, durch freie Uebereinkunft... hierüber unter sich etwas anderes festzusetzen. §. 7. Eine solche Uebereinkunft der Brautleute oder Ehegatten über die Confession der Kinder ist an eine Einwilligung der Aeltern, Vormünder oder Geschlechtscuratoren nicht gebunden; es sind jedoch hierbei theils die allgemeinen Bedingungen eines rechtsbeständigen Vertrags, theils auch folgende Formen zu beobachten: a) die Erklärung muss vor dem ordentlichen Richter des Bräutigams oder Ehemanns, und insofern derselbe ein Ausländer ist, und im Inlande ein bestimmtes Wohnsitzrecht noch nicht erlangt hat, vor dem competenten Richter der Braut, b) an Gerichtsstelle, c) von beiden Theilen, welche deshalb persönlich erscheinen müssen, und d) ohne Zulassung eines Geistlichen oder anderer Personen abgegeben werden .... §. 8. Dergleichen Vereinigungen können sowohl vor Eingehung der Ehe als während derselben geschlossen, auch mit Beobachtung der im §. 7. enthaltenen Vorschriften wieder aufgehoben oder verändert werden. Auf die religiöse Erziehung derjenigen Kinder aber, welche das 6. Jahr bereits erfüllt haben, ist der Abschluss, die Aufhebung oder Veränderung solcher Vereinigungen ohne Einfluss. §. 12: Hört eine Ehe durch einseitigen Uebertritt des einen Theils auf, eine gemischte zu sein, so haben die Aeltern die Freiheit, ihre Kinder in der ihnen nun gemeinschaftlichen Confession zu erziehen. §. 13. Wenn hingegen durch einseitigen Uebertritt des einen Theils eine Ehe erst zu einer gemischten wird, so ist dieser Uebertritt auf die bis dahin gebornen Kinder ohne allen Einfluss, und es darf auch durch Uebereinkunft nichts hierinnen abgeändert werden. Auch die später gebornen Kinder werden in derjenigen Confession erzogen, welcher beide Aeltern vorher angehört haben, insofern dieselben nicht nach §. 7. eine Uebereinkunft unter sich treffen.

12) *Bad. Ges. v.* 9. *Oct.* 1860 §. 5: Diejenigen, welchen nach den bürgerlichen Gesetzen die Erziehungsrechte zustehen, haben zu bestimmen, in welcher Religion die Kinder erzogen werden sollen. Die näheren Verfügungen bleiben einem besonderen Gesetze vorbehalten.

13) *Bad. Ges. v.* 9. *Oct.* 1860 §. 1: In welcher Religion die Kinder erzogen werden sollen, bestimmt bei ehelichen Kindern der Vater, bei unehelichen ... die Mutter. Ist eine Bestimmung hierüber nicht getroffen, so folgen die ehelichen Kinder der Religion des Vaters, die unehelichen ... der Religion der Mutter. §. 3. Eine Aenderung in der religiösen Erziehung der unehelichen Kinder steht der Mutter zu, wenn auf sie das Recht der Erziehung übergegangen ist; jedoch kann sie diese Aenderung nur mit Genehmigung der

die Confession des Vaters entscheidet. Die katholische Kirche betrachtet indessen alle Getauften als sich zugehörig[15. 16]. III. In der evangelischen Kirche gehört die Taufe zu den Parochialrechten, doch lässt die lutherische Kirche die Nothtaufe zu. Die Taufe wird mit reinem Wasser unter dem Gebrauch der apostolischen Formel in deutscher Sprache vollzogen und kann nicht wiederholt werden. Die zuweilen auftretende Beschränkung in der Zahl der Pathen hat lediglich polizeiliche Motive.

§. 133. II. Die Confirmation.

Bachmann, D. Confirmat. d. Catechumenen in der evangel. Kirche, Bd. 1. Berlin 1852. Kliefoth, Lit. Abh.. Bd. 3. Abth. 1., Schwerin 1856.

Die Confirmation, welche in der katholischen Kirche als ein Sacrament den puberes ertheilt wird nach Genuss des Abendmahles, ist in der evangelischen Kirche, wo sie erst seit dem achtzehnten Jahrhundert allgemein üblich wurde, der feierliche Act, durch welchen der mindestens vierzehnjährige sein Taufgelübde erneuert. Sie ist die Bedingung für die Zulassung zum Abendmahle und für den Erwerb der kirchlichen Bürgerrechte.

§. 134. III. Der Confessionswechsel.

Nach katholischer Lehre ist ein Austritt aus der Kirche rechtlich unzu-

Staatsbehörde und nach erhobenen Gutachten der beiderseitigen nächsten Verwandten, des Ortsvorgesetzten und Waisenrichters vornehmen. §. 5. Jedem, der das 16. Lebensjahr zurückgelegt hat, steht die Wahl der Religion frei.

§. 132. 14) *Oesterr. Ges. v.* 25. *Mai* 1868 Art. 1: Eheliche oder den ehelichen gleichgehaltene Kinder folgen, sofern beide Eltern demselben Bekenntnisse angehören, der Religion ihrer Eltern. Bei gemischten Ehen folgen die Söhne der Religion des Vaters, die Töchter der Religion der Mutter. Doch können die Ehegatten vor oder nach Abschluss der Ehe durch Vertrag festsetzen, dass das umgekehrte Verhältniss stattfinden solle, oder dass alle Kinder der Religion des Vaters oder alle der der Mutter folgen sollen. Uneheliche Kinder folgen der Religion der Mutter. Im Falle keine der obigen Bestimmungen Platz greift, hat derjenige, welchem das Recht der Erziehung bezüglich eines Kindes zusteht, das Religionsbekenntniss für solches zu bestimmen. Reverse an Vorsteher oder Diener einer Kirche, oder Religionsgenossenschaft oder an andere Personen über das Religionsbekenntniss, in welchem Kinder erzogen und unterrichtet werden sollen, sind wirkungslos. Art. 2. Das nach dem vorhergehenden Artikel für ein Kind bestimmte Religionsbekenntniss darf in der Regel so lange nicht verändert werden, bis dasselbe aus eigner freier Wahl eine solche Veränderung vornimmt. Es können jedoch Eltern, welche nach Art. 1. das Religionsbekenntniss der Kinder vertragsmässig zu bestimmen berechtigt sind, dasselbe bezüglich jener Kinder ändern, welche noch nicht das siebente Lebensjahr zurückgelegt haben. Im Falle eines Religionswechsels eines oder beider Elterntheile, beziehungsweise der unehelichen Mutter, sind jedoch die vorhandenen Kinder, welche das siebente Lebensjahr noch nicht vollendet haben, in Betreff des Religionsbekenntnisses ohne Rücksicht auf einen vor dem Religionswechsel abgeschlossenen Vertrag zu behandeln, als wären sie erst nach dem Religionswechsel der Eltern, beziehungsweise der unehelichen Mutter, geboren worden. Wird ein Kind vor zurückgelegtem siebenten Jahre legitimirt, so ist es in Betreff des Religionsbekenntnisses nach Art. 1. zu behandeln. — Art. 3. Die Eltern und Vormünder, sowie die Religionsdiener sind für die genaue Befolgung der vorstehenden Vorschriften verantwortlich. Für den Fall der Verletzung derselben steht dem nächsten Verwandten ebenso den Oberen der Kirchen und Religionsgesellschaften das Recht zu, die Hilfe der Behörden anzurufen, welche die Sache zu untersuchen und das Gesetzliche zu verfügen haben.

15) *Catech. Roman.*: Tria ... hominum genera ab ea (ecclesia) excludantur: ... haeretici vero, atque schismatici; quia ab Ecclesia desciverunt: neque enim illi magis ad Ecclesiam spectant, quam transfugae ad exercitum pertineant, a quo defecerunt. Non negandum tamen, quin in Ecclesiae potestate sint, ut qui et ab ea in iudicium vocentur, puniantur, et anathemate damnentur.

16) C. 10. X. *de haeret.* (5, 7. *Innoc. III.*): In terris vero temporali nostrae iurisdictioni subiectis bona haereticorum statuimus publi-

lässig, ein Uebertritt zu ihr Seitens eines Christen nur Wiedervereinigung[1]. Diese Prinzipien sind indessen in Deutschland nicht geltend[2]. Vielmehr kann jeder, der das *Discretionsalter* erreicht hat, unter Beobachtung der vom Staate vorgeschriebenen Formalitäten frei seine Confession wählen[3-6], und auch dem

cari: et in aliis idem praecipimus fieri per potestates et principes seculares, quos ad id exequendum (si forte negligentes extiterint) per cens. eccles. appell. re. compelli volumus et mandamus, ut nec ad eos bona eorum ulterius revertantur, nisi eis ad cor revertentibus, et abnegantibus haereticorum consortium, misereri aliquis voluerit, ut temporalis saltem poena corripiat, quem spiritualis non corrigit disciplina. Quum enim secundum legitimas sanctiones reis laesae maiestatis punitis capite, bona confiscentur eorum, filiis suis vita solummodo ex misericordia conservata: quanto magis, qui aberrantes in fide, domini Dei filium Iesum offendunt a capite nostro, quod est Christus, ecclesiastica debent districtione praecidi, et bonis temporalibus spoliari: cum longe sit gravius aeternam, quam temporalem laedere maiestatem. Vgl. §. 116., §. 29. no. 1—3.

§. 134. 1) *Pontific. Roman. Ordo ad reconcil. apostatam etc.:* Interrogatio: Abrenuntias etiam omni sectae gentilitatis, vel haereticae pravitatis, sive Iudaicae superstitionis? Respondet: Abrenuntio. – Interrogatio: Vis esse, et vivere in unitate sanctae Fidei Catholicae? Respondet: Volo. Erklärung des Neuaufgenommenen: Ego N. comperto divisionis laqueo, quo tenebar, diutina mecum deliberatione pertractans, prona et spontanea voluntate ad unitatem Sedis Apostolicae, divina gratia duce, reversus sum: ne vero non pura mente, seu simulata reversus existimer, spondeo sub ordinis mei casu, et anathematis obligatione, atque promitto tibi, tali, Episcopo et per te sancto Petro Apostolorum principi, atque sanctissimo in Christo Patri, et Domino nostro, Domino N. Papae N. et successoribus suis, me numquam quorumlibet suasionibus, vel quocunque alio modo, ad schisma, de quo Redemptoris nostri gratia liberante ereptus sum, reversurum, sed semper in unitate Ecclesiae Catholicae, et in communione Romani Pontificis per omnia permansurum; unde iurans dico per Deum omnipotentem, et sancta Dei Evangelia, me in unitate et communione praemissis inconcusse mansurum. Et si (quod absit) ab hac me unitate aliqua occasione, vel argumento divisero, periurii reatum incurrens aeternae obligatus poenae inveniar, et cum auctore schismatis habeam in futuro saeculo portionem.

2) *Oesterr. Gesetz vom* 25. *Mai* 1868: Art. 4. Nach vollendetem 14. Lebensjahre hat Jedermann ohne Unterschied des Geschlechtes die freie Wahl des Religionsbekenntnisses nach seiner eigenen Ueberzeugung, und ist in dieser freien Wahl nöthigenfalls von der Behörde zu schützen. Derselbe darf sich jedoch zur Zeit der Wahl nicht in einem Geistes- oder Gemüthszustande befinden, welcher die eigene freie Ueberzeugung ausschliesst. Art. 5. Durch die Religionsveränderung gehen alle genossenschaftlichen Rechte der verlassenen Kirche oder Religionsgenossenschaft an den Ausgetretenen ebenso wie die Ansprüche dieses an jene verloren. Art. 6. Damit jedoch der Austritt aus einer Kirche oder Religionsgenossenschaft seine gesetzliche Wirkung habe, muss der Austretende denselben der politischen Behörde melden, welche dem Vorsteher oder Seelsorger der verlassenen Kirche oder Religionsgenossenschaft die Anzeige übermittelt. Den Eintritt in die neu gewählte Kirche oder Religionsgenossenschaft muss der Eintretende dem betreffenden Vorsteher oder Seelsorger persönlich erklären. Art. 7. Die Bestimmung des §. 768. lit. a. allg. bürgerl. Gesetzb., vermöge welcher der Abfall vom Christenthum als Grund der Enterbung erklärt wird, dann die Verfügungen des §. 122. lit. c. und d. Strafgesetzes, womit Derjenige, welcher einen Christen zum Abfalle vom Christenthum zu verleiten oder eine der christlichen Religion widerstrebende Irrlehre auszustreuen sucht, eines Verbrechens schuldig erklärt wird, sind aufgehoben. Es ist jedoch jeder Religionspartei untersagt, die Genossen einer anderen durch Zwang oder List zum Uebergang zu bestimmen. Die näheren Bestimmungen des gesetzlichen Schutzes hingegen, soweit er nicht durch die Strafgesetze gegeben ist, bleiben einem besonderen Gesetze vorbehalten. Art. 8: Die Vorsteher, Diener oder Angehörigen einer Kirche oder Religionsgenossenschaft haben sich der von den berechtigten Personen nicht angesuchten Vornahme von Funktionen des Gottesdienstes und der Seelsorge an den Angehörigen einer anderen Kirche oder Religionsgenossenschaft zu enthalten. Eine Ausnahme kann nur für jene einzelnen Fälle eintreten, in welchen durch die betreffenden Seelsorger oder Diener der anderen Kirche oder Religionsgenossenschaft um die Vornahme eines diesen zustehenden Aktes das Ansuchen gestellt wird, oder die Satzungen und Vorschriften dieser letzteren die Vornahme dieses Aktes gestatten. Ausser diesen Fällen ist der bezügliche Akt als rechtlich

Uebertritt vom Christenthum zum Judenthum stehen rechtliche Schranken nicht mehr entgegen.

unwirksam anzusehen und es haben die Behörden auf Ansuchen der beeinträchtigten Privatperson oder Religionsgenossenschaft die geeignete Abhilfe zu gewähren.

§. 134. 3) *A. Preuss. Landrecht II*, 2. §. 84: Nach zurückgelegtem vierzehnten Jahre hingegen steht es lediglich in der Wahl der Kinder, zu welcher Religionspartei sie sich bekennen wollen.

4) *Baier. Ed. v.* 26. *Mai* 1818: §. 5. Die Wahl des Glaubens-Bekenntnisses ist jedem Staats-Einwohner nach seiner eignen freien Ueberzeugung überlassen. §. 6. Derselbe muss jedoch das hierzu erforderliche Unterscheidungs-Alter, welches für beide Geschlechter auf die gesetzliche Volljährigkeit bestimmt wird, erreicht haben. §. 7. Da diese Wahl eine eigene freie Ueberzeugung voraussetzt, so kann sie nur solchen Individuen zustehen, welche in keinem Geistes- oder Gemüths-Zustande sich befinden, der sie derselben unfähig macht. §. 8. Keine Partei darf die Mitglieder der andern durch Zwang oder List zum Uebergang verleiten. §. 9. Wenn von Denjenigen, welche die Religions-Erziehung zu leiten haben, eine solche Wahl aus einem der obigen Gründe angefochten wird, so hat die betreffende Regierungs-Behörde den Fall zu untersuchen, und an das Königliche Staats-Ministerium des Innern zu berichten. §. 10. Der Uebergang von einer Kirche zu einer andern muss allezeit bei dem einschlägigen Pfarrer oder geistlichen Vorstande sowohl der neugewählten, als der verlassenen Kirche persönlich erklärt werden. §. 11. Durch die Religions-Aenderung gehen alle kirchlichen Gesellschaftsrechte der verlassenen Kirche verloren; dieselbe hat aber keinen Einfluss auf die allgemeinen staatsbürgerlichen Rechte, Ehren und Würden; ausgenommen es geschehe der Uebertritt zu einer Religions-Parthei, welcher nur eine beschränkte Theilnahme an dem Staatsbürgerrechte gestattet ist.

5) *Sächs. Mandat v.* 20. *Februar* 1827: Der Uebertritt von einer christlichen Confession zu einer andern kann nicht gehindert werden, wenn nur der Uebertretende das 21. Jahr seines Alters erfüllt hat, und nicht in einem solchen Geistes- oder Gemüths-Zustande sich befindet, der ihn zu einer nach freier Ueberzeugung zu fassenden Entschliessung unfähig macht. Es soll jedoch minderjährigen Personen in articulo mortis der Uebertritt zu einer anderen Confession unter den in §. 8. erfolgenden Bestimmungen gestattet sein. §. 2. Wer zu einem solchen Uebertritte sich bewogen findet, hat sein Vorhaben bei dem Orts-Pfarrer seiner bisherigen Confession, oder wenn mehrere derselben daselbst angestellt sind, bei dem ersten Geistlichen seines Wohnortes, persönlich anzuzeigen, welcher ihn sodann über die Wichtigkeit desselben zu belehren und zu dessen nochmaliger reiflicher Erwägung während einer Bedenkzeit von 4 Wochen zu ermahnen hat. §. 3. Bei diesen Belehrungen und Ermahnungen hat sich der Geistliche eine Herabwürdigung der Confession, zu der der Angemeldete überzutreten beabsichtigt, nicht zu erlauben. §. 4. Beharrt der Gemeldete . . . bei seinem Vorhaben, so ist ihm von dem Geistlichen ein schriftliches Zeugniss wegen der geschehenen Anzeige und wegen der Entlassung aus seiner bisherigen Kirchen-Gemeinde auszustellen. §. 5. Ohne ein solches Zeugniss und ohne vorherige Prüfung und Vorbereitung darf kein Geistlicher den Uebertritt eines andern christlichen Glaubensverwandten zu seiner Kirche gestatten und denselben zu seiner Kirchen-Gemeinde aufnehmen, sondern er ist im Contraventionsfalle mit einer Geldbusse von 50 Thlr. . . . und im Wiederholungsfalle mit Suspension, und nach Befinden mit Remotion vom Amte zu bestrafen.

6) *Preuss. Ges. v.* 14. *Mai* 1873: §. 1. Der Austritt aus einer Kirche mit bürgerlicher Wirkung erfolgt durch Erklärung des Austretenden in Person vor dem Richter seines Wohnortes. Rücksichtlich des Uebertrittes von einer Kirche zur anderen verbleibt es bei dem bestehenden Recht. Will jedoch der Uebertretende von den Lasten seines bisherigen Verbandes befreit werden, so ist die in diesem Gesetz vorgeschriebene Form zu beobachten. §. 2. Der Aufnahme der Austrittserklärung muss ein hierauf gerichteter Antrag vorangehen. Derselbe ist durch den Richter dem Vorstande der Kirchengemeinde, welcher der Antragsteller angehört, ohne Verzug bekannt zu machen. Die Aufnahme der Austrittserklärung findet nicht vor Ablauf von vier Wochen, und spätestens innerhalb sechs Wochen nach Eingang des Antrages zu gerichtlichem Protokoll statt. Abschrift des Protokolls ist dem Vorstande der Kirchengemeinde zuzustellen. Eine Bescheinigung des Austritts ist dem Ausgetretenen auf Verlangen zu ertheilen. §. 3. Die Austrittserklärung bewirkt, dass der Ausgetretene zu Leistungen, welche auf der persönlichen Kirchen- oder Kirchengemeinde-Angehörigkeit beruhen, nicht mehr verpflichtet wird. Diese Wirkung tritt mit dem Schlusse des auf die Austrittserklärung folgenden Kalender-

IV. Das Eherecht.

I. *Geschichte des Eherechts:* Moy, Geschichte des Eherechts, Bd. I. Regensb. 1833. Göschen, Doctrina de matrimonio ex ordinationibus saec. XVI. adumbrata, Hal. 1848. — II. *Allgemeine Schriften und Systeme des Eherechts:* Sanchez, De matr. sacr. lib. III. Lugd. 1590 u. öfters. Stapf, Vollständiger Pastoralunterricht über die Ehe, Frankf. 1820. 7. Ausg. von Riffel 1847. De Roskovány, De matrimonio in eccl. cath., Aug. Vind. 1837 2 T. Carrière, Praelectiones de matrimonio, Paris. 1837 2 T. Martin, De matrimonio et potestate ipsum dirimendi ecclesiae soli propria, Lugd. et Par. 1844 2 T. Knopp, Kathol. Eherecht, 2. Ausg. Regensb. 1854. Haringer, Das Sacrament der Ehe, Regensb. 1854. Uhrig, System des Eherechts, Dillingen 1854. Schulte, Handb. des kathol. Eherechts, Giess. 1855. Kutschker, Das Eherecht der kathol. Kirche, Wien 1856 5 Bde. Perrone, De matr. christ. lib. 3., Romae 1858 1—3. Zhisman, D. Eherecht d. orient. Kirche, Wien 1864. — III. *Bearbeitungen des Particularrechts.* Für *Oesterreich:* Dolliner, Ausführl. Erörterung des zweiten Hauptstückes des A. B. G., Wien 1835, Leipzig 1842 2 Bde. Binder, Prakt. Handbuch des kathol. Eherechts, St. Pölten 1857. Kutschker a. a. O. Kuzmány, Handb. d. allgem. und öster. evang.-protest. E.-R., Wien 1860. Rittner, Oesterr. Eherecht, Leipzig 1876. — Für *Preussen:* Gitzler, Handbuch des gem. u. preuss. Eherechts, Breslau 1840. — Für *Sachsen:* v. Hartitzsch, Das im K.-R. Sachsen geltende Eherecht, Dresden 1836. — Für *Württemberg:* Hauber, Württemb. Eherecht der Evangelischen (Recht und Brauch der evang.-luth. Kirche in Württemberg Bd. II.), Stuttg. 1856. — Für *Baden:* Theorie des Ehe- und Erbrechts, Ludwigslust 1818. — Für das Grossh. *Hessen:* Rühl: Die ehel. Verhältnisse, Darmst. 1831 2 Bde. — Für *Hannover:* Lauenstein, Hannov. Eher. und Prozess-Verf. in Ehe- u. Verlöb.-Sachen, Hann. 1869. Bartels, Ehe u. Verlöbn. nach gem. u. partik. Recht in d. Prov. Hannov., Hannov. 1871. — *Praxis:* Altmann, Praxis d. preuss. Gerichte in Kirchen-, Schul- und Ehesachen, Leipz. 1861. Glück, Samml. d. ehegerichtl. Entscheid. d. k. bayer. O.-App.-Gerichts, München 1864. Dedekind, D. protest. Ehescheidungs-R. u. Verwandtes, Zusammenstellung neuer Entscheidungen der Braunschweiger Obergerichte. Braunschw. 1872.

§. 135. 1. Das Wesen der Ehe.

Die einfachste[1. 2] und würdigste, von Späteren nicht übertroffene Definition[3-7] der Ehe giebt das römische Recht, dem auch das kanonische gefolgt

jahres ein. Zu den Kosten eines ausserordentlichen Baues, dessen Nothwendigkeit vor Ablauf des Kalenderjahres, in welchem der Austritt aus der Kirche erklärt wird, festgestellt ist, hat der Austretende bis zum Ablauf des zweiten auf die Austrittserklärung folgenden Kalenderjahres ebenso beizutragen, als wenn er seinen Austritt aus der Kirche nicht erklärt hätte. Leistungen, welche nicht auf der persönlichen Kirchen- oder Kirchengemeinde-Angehörigkeit beruhen, insbesondere Leistungen, welche entweder kraft besonderen Rechtstitels auf bestimmten Grundstücken haften, oder von allen Grundstücken des Bezirks, oder doch von allen Grundstücken einer gewissen Klasse in dem Bezirk ohne Unterschied des Besitzers zu entrichten sind, werden durch die Austrittserklärung nicht berührt. §. 4. Personen, welche vor dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Gesetzes ihren Austritt aus der Kirche nach den Vorschriften der bisherigen Gesetze erklärt haben, sollen vom Tage der Gesetzeskraft dieses Gesetzes ab zu anderen, als den im dritten Absatz des §. 3. bezeichneten Leistungen nicht ferner herangezogen werden. §. 5. Ein Anspruch auf Stolgebühren und andere bei Gelegenheit bestimmter Amtshandlungen zu entrichtende Leistungen kann gegen Personen, welche der betreffenden Kirche nicht angehören, nur dann geltend gemacht werden, wenn die Amtshandlung auf ihr Verlangen wirklich verrichtet worden ist. §. 6. Als Kosten des Verfahrens werden nur Abschriftsgebühren und baare Auslagen in Ansatz gebracht. §. 7. Die in diesem Gesetze dem Richter beigelegten Verrichtungen werden im Bezirke des Apellationsgerichtshofes zu Cöln durch den Friedensrichter, im Gebiete der ehemals freien Stadt Frankfurt a. M. durch die zweite Abtheilung des Stadtgerichts daselbst wahrgenommen. §. 8. Was in den §§. 1. bis 6. von den Kirchen bestimmt ist, findet auf alle Religionsgemeinschaften, welchen Korporationsrechte gewährt sind, Anwendung. §. 9. Die Verpflichtung jüdischer Grundbesitzer, zur Erhaltung christlicher Kirchensysteme beizutragen, wird mit dem Eintritt der Gesetzeskraft dieses Gesetzes auf den Umfang derjenigen Leistungen beschränkt, welche nach dem dritten Absatz des §. 3. des gegenwärtigen Gesetzes den aus der Kirche ausgetretenen Personen zur Last bleiben. §. 10. Alle dem gegenwärtigen Gesetze entgegenstehenden Bestimmungen werden hierdurch aufgehoben.

§. 135. 1) *L.* 1. *D. de ritu nupt.* (23, 2. *Modestinus*): Nuptiae sunt coniunctio maris et foeminae, consortium omnis vitae, divini et humani iuris communicatio. Vgl. §. 1. *Inst. de patr. pot.* (1, 9.): Nuptiae autem sive matrimonium est viri et mulieris coniunctio, individuam vitae consuetudinem continens.

2) *Taciti German. c.* 18: Ipsis incipientis matrimonii auspiciis admonetur (mulier): venire se laborum periculorumque sociam, idem in pace, idem in proelio passuram ausuramque.

3) *Ib. c.* 19: Unum accipiunt maritum, quo modo unum corpus unamque vitam, ne ulla cogitatio ultra, ne longior cupiditas, ne tanquam maritum, sed tanquam matrimonium ament.

4) *Hugo Grotius de iure belli ac pacis lib.* 2.

ist. Die Pflichten der Ehe lassen sich nicht erschöpfend durch Rechtsvorschriften feststellen[8]. Sie fallen zum grössten Theil in das Gebiet der Sittlichkeit, wodurch die Beziehung der Ehe zur Kirche erklärt wird.

§. 136. 2. Wesen der Ehe nach katholischer Lehre.

Roskovány, Matrimon. in eccl. catholica potestati eccles. subiect., Pestini 1870 1. 2. Vgl. Friedberg, Das Recht d. Eheschliessung, Leipzig 1865.

Während die Aussprüche der älteren Väter[1] über die Sacramentalität der Ehe nichts für diese im eigentlichen Sinn beweisen, und noch die späteren Scholastiker[2. 3] des Mittelalters die Ehe nicht mit den übrigen Sacramenten auf gleiche Linie stellen, hat das *Concil von Trient*[4] unzweifelhaft die Ehe zum Sacrament erhoben. Materie und Minister sind controvers. Die eine, namentlich von Franzosen[5] vertretene Ansicht hält die benedictio sacerdotalis für

c. 5. *no. VIII*, 2: Coniugium igitur naturaliter esse existimamus talem cohabitationem maris cum femina, quae feminam constituat quasi sub oculis et custodia maris ... nam tale consortium et in mutis animantibus quibusdam videre est. In homine vero, qui animans est utens ratione, ad hoc accessit fides, qua se femina mari obstringit.

§. 135. 5) *Kant Metaphys. Anfangsgründe d. Rechtslehre* §. 24: Ehe, d. i. die Verbindung zweyer Personen verschiedenen Geschlechts zum lebenswierigen wechselseitigen Besitz ihrer Geschlechtseigenschaften.

6) *Fichte Grundl. d. Naturrechts:* Die Ehe ist eine durch den Geschlechtstrieb begründete vollkommene Vereinigung zweier Personen beiderlei Geschlechtes, die ihr eigner Zweck ist.

7) *Hegel Encyclop. d. philos. Wissenschaft.* 3. *Aufl.* §. 518: Der Unterschied der natürlichen Geschlechter erscheint ebenso zugleich als ein Unterschied der intellectuellen und sittlichen Bestimmung. Diese Persönlichkeiten verbinden sich nach ihrer ausschliessenden Einzelheit zu einer Person; die subjective Innigkeit zu substanzieller Einheit bestimmt, macht diese Vereinigung zu einem sittlichen Verhältnisse ... zur Ehe. Die substanzielle Innigkeit macht die Ehe zu einem ungetheilten Bande der Personen, — zu monogamischer Ehe, die körperliche Vereinigung ist Folge des sittlich geknüpften Bandes. Die fernere Folge ist die Gemeinsamkeit der persönlichen und partikulären Interessen.

8) *Allg. Preuss. Landr. Th. II. Tit.* 1. §. 1: Der Hauptzweck der Ehe ist die Erzeugung und Erziehung der Kinder. §. 2. Auch zur wechselseitigen Unterstützung allein kann eine gültige Ehe geschlossen werden.

§. 136. 1) *Ambrosius Comment. in epist. ad. Ephes.* 5, 32. (3, 513.): Mysterii sacramentum grande in unitate viri ac foeminae esse significat.

2) *Durandi Comment. in sent. Lomb. IV. dist.* 26. *qu.* 3: ... Matrimonium non est sacramentum stricte et proprie dictum, sicut alia sacramenta novae legis ... sed largo modo sacramentum.

3) *Abaelardus epitome theolog. christ.* (ed. Rheinwald, Berol. 1835) c. 28: Quorum (sacramentorum) tamen unum est, quod non ad salutem spectat, sed magnae rei sacramentum est, scilicet coniugium. Ducere siquidem uxorem non est alicuius meriti ad salutem sed propter inconvenientiam ad salutem est concessum. c. 31: Nunc de coniugio dicendum est, quod quidem sacramentum est, sed non confert aliquod donum sicut cetera faciunt, sed tamen mali remedium est. Datur enim propter incontinentiam refroenandam, unde magis ad indulgentiam pertinet.

4) *Concil. Trident. sess.* 24. *de sacr. matr. can.* 1: Si quis dixerit, matrimonium non esse vere et proprium unum ex septem legis evangelicae sacramentis a Christo Domino institutum sed ab hominibus in ecclesia inventum, neque gratiam conferre, anathema sit.

5) *Le Chancellier de Pontchartrain in Discours, rapports et travaux inédits sur le Concordat de* 1801. (*Paris* 1841) 90: Comme le mariage est, en même temps un contrat civil et un sacrement, il est également soumis aux deux puissances même par rapport, à la validité du lien. Le contrat dépend absolument de la puissance séculière; le sacrement, dépend uniquement de la puissance ecclésiastique et comme il n'y a pas de mariage valable parmi nous, s'il n'est élevé à la dignité de sacrement, et que réciproquement il n'y a pas de sacrement où il n'y a pas de contrat et de consentement légitime, il est évident que l'église et l'état exercent également leur autorité sur le mariage considéré en même temps comme contrat et comme sacrement. Le pouvoir du prince est direct sur le contrat et indirect sur l'administration du sacrement. Direct sur le contrat parceque le prince seul peut en règler la nature et les conditions: indirect sur l'administration du sacrement parceque le contrat étant la matière du sacrement, si le contrat est nul, le sacrement n'a

die Materie und folgegemäss den Priester für den Minister sacramenti. Eine gemäss einer bloss staatlichen Form geschlossene Ehe ist demnach nur ein contractus naturalis, der erst durch hinzutretenden priesterlichen Segen zum Sacramente wird. Die Consequenzen[6] dieser Ansicht sind: a) Competenz des Staates über die Form des contractus naturalis zu bestimmen, b) für diesen trennende Ehehindernisse festzustellen, c) über diesen die Gerichtsbarkeit wahrzunehmen. Die andere, richtige und von den Päpsten gebilligte Ansicht[7. 8] betrachtet die Ehegatten selbst als ministri und ihr gegenseitiges Dahingeben als die Materie des Sacramentes, verwirft also auch die drei Consequenzen der anderen Ansicht. Da aber die erstere Ansicht theils die staatliche Gesetzgebung beeinflusst hat[8], theils ausgebildet worden ist, um staatlichen Massnahmen eine wissenschaftliche Rechtfertigung zu geben, da somit Ehen existiren, die kirchlich gültig, staatlich ungültig sind, und umgekehrt, so ist darauf die kanonische, eigentlich für christliche und jüdische Ehen gebräuchliche Terminologie angewendet worden, wonach erstere *matrimonia rata*, letztere *legitima* genannt werden[9]. *Matrimonium consummatum* ist eine durch den Beischlaf vollzogene Ehe, im Gegensatz zum *m. non consummatum*.

§. 137. 3. Die Ehe nach protestantischer Auffassung.

Friedberg, Recht d. Eheschliessung. Scheurl, In Abhandl. S. 437 ff.

Die Reformation hat die Sacramentsnatur der Ehe verworfen[1-3]. Sie

plus de matière à laquelle on puisse l'appliquer. Le pouvoir de l'église est de sa nature, uniquement renfermé dans ce qui regarde le sacrement; mais les princes chrétiens ne souffrant pas, comme j'ai dit, que leurs sujets catholiques contractent aucun mariage, qui ne soit revêtu de la dignité du sacrement, il s'ensuit de là que de même que la nullité du contrat empêche que le sacrement ne soit conféré, aussi le défaut des conditions prescrites par l'église pour recevoir le sacrement, empêche que le contrat ne soit accompli; et c'est en ce seul sens que peut être tolérée l'opinion de ceux qui attribuent à l'église un pouvoir indirect sur le contrat. Je ne crois pas qu'il soit nécessaire d'observer ici, que par le terme de contrat, je n'entends pas parler des conventions matrimoniales, qui ne regardent que les biens, la dot, le douaire, les donations à cause des noces, etc. J'entends ici sous le nom de contrat, le consentement réciproque, la foi mutuelle des parties, en un mot, ce qui forme entre elles un bien et un engagement indissolible.

§. 136. 6) *Oesterr. Ehepatent v.* 16. *Jan.* 1783 §. 1: Die Ehe an sich selbst, als ein bürgerlicher Vertrag (Contract) betrachtet, wie auch die aus diesem Vertrage herfliessenden und den Vertrag vernichtenden gegeneinander zustehenden bürgerlichen Gerechtsame und Verbindlichkeiten erhalten ihre Wesenheit, Kraft und Bestimmung ganz und allein von unseren landesfürstlichen Gesetzen. . . . Die Entscheidung der hierüber entstehenden Streitigkeiten gehört also für unsere landesfürstliche Gerichtsstellen. — Vgl. auch das Edict Josephs II. für die Niederlande v. 28. Sept. 1784 in Placc. v. Vland. 6, 1832. ff.

7) *Pius IX. Syllab. error. no.* 66: Matrimonii sacramentum non est nisi quid contractui accessorium ab eoque separabile ipsumque sacramentum in una tantum nuptiali benedictione situm est.

8) *Pius IX. in allocut. habita in consist. secreto die* 27. *Sept.* 1852. (*Pii IX. Acta* 1, 383.): Nemo ignorare potest, matrimonium esse vere et proprie unum ex septem evangelicae legis sacramentum a Christo Domino institutum, ac propterea inter fideles matrimonium dari non posse, quin uno eodemque tempore sit sacramentum, atque idcirco quamlibet aliam inter Christianos viri et mulieris, praeter sacramentum, coniunctionem, cuiuscunque etiam civilis legis vi factam nihil aliud esse nisi turpem atque exitialem concubinatum ab ecclesia tantopere damnatum, ac proinde a coniugali foedere sacramentum separari nunquam posse, et omnino spectare ad ecclesiae potestatem ea omnia decernere, quae ad idem matrimonium quovis modo possunt pertinere.

9) *Benedict XIV. de synodo dioeces. lib.* 8. *c.* 12: Quamquam hodie nomine matrimonii legitimi et non rati communiter intelligimus matrimonium infidelium, olim tamen a Iuris canonici peritis etiam inter matrimonia fidelium fuisse hanc adhibitam distinctionem, ut alia dicerentur legitima et rata, alia dumtaxat rata et non legitima, testis est Gratianus . . . (c. XXVIII. qu. 1. in fine.)

§. 137. 1) *Conf. August. XXVII. de votis*

muss daher prinzipiell die Ehe in das Gebiet des Staates verweisen[4-6]. Wenn diese logische Consequenz des reformatorischen Standpunktes schon zuerst nicht völlig klar gezogen wurde[7-8], so lag der Grund davon 1. in dem Bestreben, die Ehe der subjectiven Willkür zu entziehen und unter das Sittengesetz zu stellen, und 2. in der Opposition gegen den von der katholischen Kirche der Ehe vorgezogenen, als heilig hingestellten Coelibat, welche die Reformatoren veranlassen musste, ihrerseits die Heiligkeit der Ehe zu betonen. Die Consequenzen der protestantischen Ansichten führen 1. zur staatlichen Gesetzgebung über das Eherecht und 2. zu staatlicher Ehegerichtsbarkeit. Da aber in der Folgezeit sowohl 1. die Gesetzgebung über die Ehe sich in den Kirchenordnungen äusserte, die wenn auch fälschlich einen rein kirchlichen Character zu haben schienen, und 2. eine geistliche Ehegerichtsbarkeit Platz griff, wenn auch Namens des Staates, so ergab sich bei den Theologen[9-11] eine

monach.: Bonum et perfectum vitae genus ... matrimonium ... est, quod habet mandatum Dei.

§. 137. 2) *Apol. conf.* VII. de numero et usu sacram.: Matrimonium non est primum institutum in novo testamento, sed statim initio creato genere humano. Habet autem mandatum Dei, habet et promissiones, non quidem proprie ad novum testamentum pertinentes, sed magis pertinentes ad vitam corporalem, quare si quis volet sacramentum vocare, discernere tamen a prioribus illis debet, quae proprie sunt signa novi testamenti et sunt testimonia gratiae et remissionis peccatorum. Quod si matrimonium propterea habebit appellationem sacramenti, quia habet mandatum Dei, etiam alii status seu officia quae habent, mandatum Dei poterunt vocari sacramenta, sicut magistratus.

3) *Luther Vorwort z. gross. Katechism. mit d. Traubüchlein:* So manchs Land, so manche Sitte, sagt das gemeine Sprüchwort; demnach weil die Hochzeit und Ehestand ein weltlich Geschäft ist, gebührt uns Geistlichen oder Kirchendienern nichts darin zu ordenen oder regieren, sondern lassen einer iglichen Stadt und Land hierin ihren Brauch und Gewohnheit, wie sie gehen.

4) *Luther Von Ehesachen:* Es kann ja niemand leucken, dass die Ehe ein äusserlich, weltlich Ding ist, wie Kleider und Speise, Haus und Hof, weltlicher Obrigkeit unterworfen.

5) *Luther in Tischreden* (Werke Erl. Ausg. 61, 235.): Zum andern so gehet die Ehe die Kirche nichts an, ist ausser derselben ein zeitlich weltlich Ding, darumb gehöret sie für die Oberkeit.

6) *Calvin Instit. tot. christ. relig.* (Genevae 1550) S. 634. c. 19: Postremum est matrimonium quod ut a Deo institutum fatentur omnes: ita pro Sacramento datum nemo usque ad Gregorii tempora viderat. Et cui unquam sobrio in mentem venisset? Ordinatio bona est et sancta. Et agricultura, architectura, sutrina, tonstrina, ordinationes sunt Dei legitimae, nec tamen sacramenta sunt. ... Et quis tandem finis aut modus? nihil hac ratione sacramentum non erit. quot in Scriptura parabolae sunt et similitudines, tot erunt Sacramenta. Quin etiam furtum sacramentum erit: quando quidem scriptum est: Dies domini sicut fur.

7) *Luther das siebendte Capitel St. Pauli zu den Corinthern ausgeleget* (v. J. 1523): dass der Ehestand sei der allergeistlichste Stand und dass man fälschlich und mit Unrecht etliche Stände hat geistliche Orden und die Ehe weltlichen Stand genennet, sondern es sollt' umgekehrt sein, dass der Ehestand der rechte geistliche Stand hiesse.

8) *Derselbe Tischreden* (Werke Erl. Ausg. 61, 107: Alle Menschen verstehens und glaubens wohl, dass die Ehe eine Ehe sei, eine Hand eine Hand, Reichthum und Güter Güter seien etc., aber dass die Ehe Gottes Ordnung und Stiftung ... das musst du glauben.

9) *Dunte Casus conscientiae* (ed. 1634) 1083: Geistlich und weltlich Regiment sind zwar unterschieden, aber eins muss dem andern die Hand bieten in Sachen das Gewissen angehend, und ob die Sachen gleich weltlich seyn, kann man doch der Geistlichen Rath und Gutachten nicht entrathen. Die Ehe ist nicht allein ein bloss äusserlich und weltlich Ding, sondern zugleich ein Stand von Gott selbst eingesetzet, und mit gewissen Rechten und Satzungen verwahret. Nu aber ist den Geistlichen befohlen, solche Satzungen zu erklären, darumb müssen sie dabey sein, die execution aber jhres Urtheils ist apud politicos.

10) *Chemnitz Examen Conc. Tridentini loc. XIV. de matr.* (Francof. 1707 S. 609.): Quia matrimonium in Ecclesia normam habet ipsum verbum Dei et caussis matrimoniorum multi accidunt casus conscientiarum: Ecclesia igitur non potest prorsus et simpliciter causas matri-

Auffassung der Ehe, die diese wenig von den eigentlichen Sacramenten unterschied. Diese Auffassung ist falsch. Die Ordnung der Ehe gebührt dem Staate, der nach protestantischer Auffassung nicht bloss eine Anstalt zur Verwirklichung des Rechtes sondern auch zur Pflege der Sitte ist.

4. Ehehindernisse.

Apel, De causis matrimonii annullandi Diss. I. II., Lips. 1798 sq. Bihler, Darstellung der Ehehindernisse im Staate, Nürnb. 1821. — De Droste-Hülshoff, De iuris Austriaci et communis canonici circa matrimonii impedimenta discrimine, Bonn. 1822. Daniel (Neigebaur), Vergleichung des gemeinen Kirchenrechts mit dem Preuss. A. L.-R., in Ansehung der Ehehindernisse, Berlin 1823. (Moser), De impedimentis matrimonii, Ed. III. Lovan. 1827.

§. 138. A. Uebersicht.

Jeder, dem nicht natürliche oder gesetzliche Hindernisse entgegenstehen, ist fähig, eine gültige Ehe zu schliessen. Diese Hindernisse (*Ehehindernisse, impedimenta matrimonii*)[1] werden eingetheilt: I. 1. *dirimentia:* solche, welche das Zustandekommen einer Ehe rechtlich unmöglich machen. Die Festsetzung derselben behält sich die katholische Kirche vor[2. 3], während die evangelische den Staat für competent dazu erachtet, welcher übrigens auch für katholische Ehen solche Ehehindernisse festgesetzt hat. 2. *impedientia:* solche, welche das rechtliche Zustandekommen einer Ehe nicht verhindern, dieselbe aber strafbar machen. II. Ein anderes Eintheilungsprinzip gewähren 1. die Unterschiede von a) *impedimenta iuris divini,* welche die Kirche auf das göttliche Recht zurückführt, die darum indispensabel, und auch für Nichtchristen verbindlich sind, und b) *iuris humani,* 2. a) *imp. absoluta,* welche der Ehe einer Person mit allen Personen des anderen Geschlechtes entgegenstehen, b) *relativa:* oder nur mit einzelnen bestimmten, 3. a) *publica,* welche von jedem der sie kennt und von Amtswegen im öffentlichen Interesse geltend zu machen sind, oder b) *privata,* welche nur von den betheiligten Personen geltend gemacht werden können, 4. a) *imped. publica, manifesta,* öffentlich bekannte, und b) *occulta,* geheime. — Das *Reichsgesetz von* 6. *Februar* 1875[4. 5] stellt eine

moniales a se ad politicum magistratum reiicere: sicut in caussis hereditatum, successionum et similibus.

§. 137. 11) *Carpzov Iurisprud. Consist. lib. II. tit.* 1. *def.* 21. *no.* 7: Matrimonium non est contractus tantummodo civilis, sed res conscientiae et tale negotium, cui character spiritualis est impressum, quippe foedus matrimonii sanctissimum non tam a contrahentium consensu, quam Dei auctoritate et voluntate dependet.

§. 138. 1) *Impedimenta dirimentia:*
Error, conditio, votum, cognatio, crimen,
Cultus disparitas, vis, ordo, ligamen, honestas,
Si sit affinis, si forte coire nequibis,
Si parochi et duplicis desit praesentia testis,
Raptave sit mulier nec parti reddita tutae
Haec facienda vetant connubia, facta relaxant.
Impedimenta impedientia:
Ecclesiae vetitum, nec non tempus feriatum
Atque catechismus, sponsalia, iungito votum,
Impediunt fieri, permittunt facta teneri.

2) *Conc. Trident. Sess. XXIV. de reformat. matr. c.* 4: Si quis dixerit, ecclesiam non potuisse constituere impedimenta matrimonium dirimentia vel in iis constituendis errasse: anathema sit.

3) *Instr. austr.* §. 12: Zur Schliessung einer Verbindung, welche wahrhaft eine Ehe ist, sind Alle und nur Jene unfähig, welche das Gesetz Gottes und der Kirche hierzu unfähig erklärt hat.

4) *Reichsges. v.* 6. *Febr.* 1875: §. 39. Alle Vorschriften, welche das Recht zur Eheschliessung weiter beschränken, als es durch dieses Gesetz geschieht, werden aufgehoben. §. 36. Hinsichtlich der rechtlichen Folgen einer gegen die Bestimmungen der §§. 28. bis 35. geschlossenen Ehe sind die Vorschriften des Landesrechts massgebend. Dasselbe gilt von dem Einflusse des Zwangs, Irrthums und Betrugs auf die Gültigkeit der Ehe.

5) *Sächs. bürgerl. Gesetzb.* §. 1619: Ehehindernisse, wegen deren Nichtbeachtung die Ehe nach §. 1621. für nichtig zu achten ist, gelten für alle vom Staate anerkannten Religionsgesellschaften. Bestehen bei einer vom Staate anerkannten anderen Religionsgesellschaft als der evangelisch-lutherischen und reformirten ausser diesen Ehehindernissen

bestimmte Zahl von Ehehindernissen auf, überlässt aber bei einzelnen die Normirung der Folgen, falls eine Uebertretung Platz greift, der Territorialgesetzgebung.

§. 139. B. Aus Mängeln des Consenses.

München, In d. Ztsch. f. Philos. und kathol. Theol., Heft 29. 30. (1839.) Ploch, De matr. vi ac metu contracto, Berol. 1853. Stahl, De matr. ob errorem rescindendo, Berol. 1841. Daller, D. Irrth. als trennendes Ehehinderniss im kathol. K.-R., Landshut 1862. Zimmermann, In Ztschr. f. K.-R., VIII, 37 ff. Phillips, In Ztschr. f. K.-R. V, 369 ff. VI, 153 ff.

I. Die Ehe erfordert den Consens beider Contrahenten[1-3]. Mithin sind unfähig eine Ehe zu schliessen alle, welche eine rechtlich bindende Consenserklärung abzugeben ausser Stande sind; hierher gehören Wahnsinnige[4],

noch andere, wegen deren Nichtbeachtung die Ehe für nichtig zu erachten ist, so gelten sie für die Mitglieder derselben. Werden Ehehindernisse, wegen deren nach §§ 1622. bis 1625. blos Aufhebung der denselben zuwider geschlossenen Ehe verlangt werden kann, oder Ehehindernisse, bei welchen Nachsichtsertheilung zulässig ist, von einer vom Staate anerkannten anderen Religionsgesellschaft als der evangelisch-lutherischen und reformirten, nicht anerkannt, so gelten sie für die Mitglieder derselben nicht. (Vgl. aber Ges. v. 5. Nov. 1875 §. 9.)

§. 139. 1) *Code Napol. art.* 146: Il n'y a pas de mariage l'orsquil n'y a point de consentement.

2) *A. Preuss. Landr. Theil II. Tit.* 1. §. 39: So weit eine Willenserklärung überhaupt wegen Mangel persönlicher Fähigkeiten oder wegen Zwanges, Furcht oder Betruges unverbindlich ist, so weit ist auch eine unter solchen Umständen geschlossene Ehe ungültig.

3) *Reichsgesetz v.* 6. *Febr.* 1875 §. 28: Zur Eheschliessung ist die Einwilligung und die Ehemündigkeit der Eheschliessenden erforderlich. Die Ehemündigkeit des männlichen Geschlechts tritt mit dem vollendeten zwanzigsten Lebensjahre, die des weiblichen Geschlechts mit dem vollendeten sechszehnten Lebensjahre ein. Dispensation ist zulässig.

4) *c.* 24. *X. de sponsal. et matrim.* (4, 1): Dilectus filius R. miles Alexandrinus proposuit coram nobis, quod Rufinam filiam suam cuidam Opizoni Lancaveclae matrimonialiter copulavit, ignorans, quod Opizo esset furiosus ..... Quum autem eadem mulier cum ipso viro, qui continuo furore laborat, morari non possit, et propter alienationem furoris, legitimus non potuerit intervenire consensus fraternitati tuae per apostolica scripta mandamus, quatenus, inquisita plenius veritate, si rem noveris ita esse, praefatas personas cures sublato appellationis diffugio, ab invicem separare (Innoc. III. 1205).

5) *c.* 23. *X. de sponsal. et matr.* (4, 1): ... Sane consuluisti nos, ... utrum mutus et surdus alicui possint matrimonialiter copulari. Ad quod fraternitati tuae taliter respondemus, quod, quum prohibitorium sit edictum de matrimonio contrahendo, ut quicunque non prohibetur, per consequentiam admittatur, et sufficiat ad matrimonium solus consensus illorum, de quorum quarumque coniunctionibus agitur, videtur, quod, si talis velit contrahere, sibi non possit vel debeat denegari, quum quod verbis non potest, signis valeat declarare (Innoc. III. 1198).

6) *Oesterr. Ehepatent v.* 16. *Jan.* 1783 §. 24: Alles, was die Einwilligung verhindert, verhindert auch die Gültigkeit des Ehevertrages. Daher können diejenigen, die ihrer Vernunft beraubt sind, wenn sie nicht heitere Zwischenräume haben, in welchen sie die Rechte und Verbindlichkeiten des Ehestandes einsehen, keine gültige Ehe schliessen.

7) *A. Preuss. Landr. I,* 4: §. 23. Rasende und Wahnsinnige sind den Kindern unter 7 Jahren gleich zu achten. §. 24. So lange Personen, welche mit Anfällen aus solcher Krankheit behaftet sind, noch kein Vormund bestellt ist, gilt die Vermuthung, dass sie ihren Willen bei völliger Verstandeskraft und nicht während eines Anfalles ihrer Krankheit geäussert haben. §. 25. Sind aber dieselben unter Vormundschaft gesetzt, so kann, so lange diese dauert, auf das Vorgeben, dass die Erklärung in einem lichten Zwischenraume erfolgt sei, keine Rücksicht genommen werden. §. 26. Von Willenserklärungen der Blödsinnigen, die unter Vormundschaft genommen worden, gilt das, was von Unmündigen verordnet ist. §. 28. Personen, welche durch den Trunk des Gebrauchs ihrer Vernunft beraubt werden, sind, so lange diese Trunkenheit dauert, den Wahnsinnigen gleich zu achten. §. 29. Ein Gleiches gilt von denjenigen, welche durch Schrecken, Furcht, Zorn oder andere heftige Leidenschaft in einen Zustand versetzt wurden, worin sie ihrer Vernunft nicht mächtig waren.

8) *Sächs. bürgerl. Gesetzb.* §. 1592: Personen, welche des Vernunftgebrauches beraubt sind, können eine Ehe nicht schliessen.

Trunkene, Kinder. Letztere waren nach römischem und kanonischem Recht bei Eintritt der pubertas heirathsfähig; indessen haben die modernen Gesetze die Ehemündigkeit auf ein höheres Lebensalter fixirt[9], und das deutsche Reichsgesetz hat hier der Mannigfaltigkeit des frühern Rechtszustandes ein Ende gemacht. II. Der die Ehe begründende Consens muss ein freier sein (*imped. vis ac metus*). Mithin kann die Ehe auf Antrag des gezwungenen Theiles vernichtet werden, falls der Zwang absolut oder compulsiv widerrechtlich auf Abschluss der Ehe gegen einen oder beide Contrahenten oder deren Angehörige gerichtet und in der That bedrohlich war (*timor non vani hominis*)[10-12]. Der gezwungene Theil verliert das Recht auf Annullation zu klagen, falls er ungezwungen die copula carnalis mit dem anderen Theile vollzogen hat[13-15]. Doch ist, wenn das Hinderniss bekannt geworden ist, zur Gültigkeit der Ehe eine Erneuerung der Eheschliessungsform erforderlich. Die Nachgiebigkeit gegen den Willen der Eltern (*metus reverentialis*) ist an und für sich als Zwang nicht aufzufassen[16].

§. 139. 9) *Anhang z. A. Preuss. Landr.* §. 66: Eine Ausnahme von dieser Regel findet dann statt, wenn das Vormundschaftliche Gericht die Verbindung, der grossen Jugend des männlichen Curanden ungeachtet, für zuträglich hält, und die Braut und deren Vater sich eine Verbindung gefallen lassen, welche nach dem Landrechte Th. II. Tit. 1. §. 1002. innerhalb sechs Monaten nach zurückgelegtem achtzehnten Jahre widerrufen werden kann.

10) *c.* 28. *X. de sponsal.* (4, 1): . . . . . Sane illis (mulieribus), quae benedictione mox a sponsis aufugiunt, ante carnis copulam subsecutam, asserentes, se nunquam in illos veraciter consensisse, sed metu illato compulsas verba protulisse consensus, licet animo dissentirent, non statim est audientia deneganda; sed de illato metu est cum diligentia inquirendum; et, si talis metus inveniatur illatus, qui potuit cadere in constantem virum, erunt non immerito audiendae (Honor. III.).

11) *Glossa ad caput* 6. *X. de iis quae vi metusve causa fiunt* (1, 40): Excusat carcer, status et mors, verbera, stuprum.

12) *Sächs. bürgerl. Gesetzb.*: §. 1593. Eine durch körperliche Ueberwältigung oder Erregung einer gegründeten Furcht abgenöthigte Einwilligung zur Ehe hat keine Kraft, die Nöthigung mag von dem anderen Theile oder von einem Dritten ausgegangen sein. Ob die Furcht eine gegründete sei, ist nach §. 94. zu beurtheilen. Ehrerbietige Scheu vor Eltern, Grosseltern oder Vorgesetzten ist nicht als gegründete Furcht zu betrachten. §. 1625. In den Fällen der §§. 1593-98. hat der Ehegatte, welcher durch Zwang, Furcht, Irrthum oder Betrug zur Eingehung der Ehe vermocht worden ist, das Recht, die Aufhebung der Ehe zu verlangen, ausgenommen wenn er nach beseitigtem Zwange, oder nach gehobener Furcht, oder nach entdecktem Irrthume oder Betruge seine Einwilligung nachträglich giebt, oder sonst auf das Recht der Anfechtung verzichtet, insbesondere dadurch, dass er den Beischlaf mit dem anderen Ehegatten vollzieht, oder den Antrag auf Aufhebung der Ehe nicht innerhalb eines Jahres bei der zuständigen Behörde stellt.

13) *c.* 21. *X. de spons.* (4, 1): . . . Per annum et dimidium sibi cohabitans consensisse videtur.

14) *Code Nap. art.* 181: Dans le cas de l'art. précédent (imped. vis ac metus, erroris), la demande en nullité n'est plus recevable, toutes les fois qu'il y a eu cohabitation continuée pendant six mois depuis que l'époux a acquis sa pleine liberté ou que l'erreur a été par lui reconnue (ebenso Bad. Eheordn. v. J. 1807 Art. 9.).

15) *A. Preuss. Landr. Th. II. Tit.* 1: §. 41. Eine durch Zwang, Betrug oder Irrthum veranlasste Ehe wird verbindlich, wenn sie nach entdecktem Irrthume oder Betruge oder nach aufgehobenem Zwange ausdrücklich genehmiget, oder länger als Sechs Wochen nach diesem Zeitpunkte fortgesetzt worden. §. 42. Ist der angeblich gezwungene, betrogene oder sonst im Irrthum gewesene Theil verstorben, ohne die Ungültigkeit der Ehe zu rügen, so kann die Ehe von dessen Erben nicht mehr angefochten werden. §. 43. Ist jedoch aus einer angeblich erzwungenen Ehe kein Kind vorhanden, so haben die Erben des unschuldigen Theils ein Recht auf die Nichtigkeit dieser Ehe zu klagen. §. 44. Die Frist, welche dem Erblasser noch übrig war, wird den Erben, vom Todestage an gerechnet, verdoppelt.

16) *Zürcher Eheordn. v.* 1525: Es soll ouch weder vater, muter, anwalten, noch nieman jre kind zwingen oder nöten zu keiner ee wider jren willen zu keinen zyten. Wo aber das geschähe und rechtlich geklagt wurde, soll es nüt gelten, und die übertreter gestraft werden.

III. *Irrthum* und *Betrug* sind nach kanonischem Recht Ehehinderniss, wenn sie sich beziehen auf Identität der Person (*error personae*), nicht dagegen auf Eigenschaften der Person (*error qualitatis*)[17]. In letzterer Beziehung sind aber zwei Ausnahmen festgehalten, 1. wenn der Irrthum sich auf den freien Stand der Person bezieht (*error conditionis*), was jetzt unpraktisch geworden ist, 2. wenn der eine den anderen Contrahenten nur als Inhaber einer Qualität gekannt und über diese geirrt hat (*error qualitatis personam redundans*)[18. 19]. Bezüglich der Revalidation der Ehe gilt bei dem imped. erroris das über den metus Gesagte. IV. Eine Ehe kann nach kanonischem Recht unter einer Suspensivbedingung geschlossen werden[20], so dass die Ehe erst impleta conditione gültig wird, oder deficiente conditione als ungültig angenommen wird. Unmögliche und unsittliche Bedingungen werden für nicht beigefügt erachtet, mit Ausnahme der gegen die *tria bona matrimonii* (*fides, proles, sacramentum*) gerichteten, welche die Consensabgabe ungültig machen[21]. Vollziehung der copula carnalis wird als Verzicht auf die Bedingung angesehen. V. In Bezug auf imped. vis und erroris hat das protestantische[22] und moderne Eherecht[23-27]

§. 139. 17) *C. XXIX. qu.* 1. *c. un.* §. 2: Ad haec non omnis error consensum evacuat; qui enim accipit in uxorem corruptam quam putat virginem, vel qui accipit meretricem quam putat esse castam, uterque errat . . . . . Numquid ergo dicendi sunt non consensisse in eas? aut dabitur utrique facultas dimittendi utramque et ducendi aliam? Verum est, quod non omnis error consensum excludit; sed error alius est personae, alius est fortunae, alius conditionis, alius qualitatis. Error personae est, quando hic putatur esse Virgilius et ipse est Plato. Error fortunae, quando hic putatur esse dives qui est pauper, vel e converso. Error conditionis, quando putatur esse liber qui servus est. Error qualitatis quando putatur esse bonus qui malus est. Error fortunae et qualitatis coniugii consensum non excludit. Error vero personae et conditionis coniugii consensum non admittit.

18) *Schmalzgrueber Ius eccl. univ. Lib. IV. tit.* 1. *no.* 451: Si per qualitatem, in qua erratur, certa et individua persona designetur animoque concipiatur, quae visu prius ignota est, tunc error redundat in substantiam personae.

19) *Instr. austr.* §. 14: Nur der Irrthum in einer Eigenschaft, welche die einzige Bezeichnung der Person des künftigen Gatten ist, fällt auf die Person zurück.

20) *Instr. austr.*: §. 51. Ob eine bedingte Einwilligung das Vorhandensein der Ehe bewirke, hängt von der Erfüllung der Bedingung ab. §. 52. Wenn das Eintreffen oder Nichteintreffen von etwas Zukünftigem als Bedingung gestellt wird, so bleibt die Ehe aufgeschoben, bis die Bedingung erfüllt ist. Wird dieselbe nicht erfüllt, so hört die Wirkung der gegebenen Einwilligung auf. Wenn die Einwilligung an etwas Gegenwärtiges oder Vergangenes als an ihre Bedingung geknüpft ist, so ist die Ehe gültig oder ungültig, je nachdem die Bedingung bereits erfüllt ist, oder nicht. §. 53. Eine Einwilligung, welche an eine dem Wesen der Ehe widerstreitende Bedingung geknüpft wäre, wäre nichtig. Bedingungen, welche etwas Unmögliches oder etwas Unsittliches, doch dem Wesen der Ehe nicht Widerstreitendes zum Gegenstande haben, sind als nicht beigesetzt zu betrachten. §. 54. Wer vor Erfüllung der beigesetzten Bedingung den Beischlaf vollzieht, leistet dadurch auf die beigefügte Bedingung Verzicht. §. 55. Eine bedingte Erklärung der Einwilligung kann nur mit ausdrücklicher Erlaubniss des Bischofs zugelassen werden. Bedingungen, welche bei der Erklärung der Einwilligung nicht ausgedrückt werden, sind als nicht beigefügt zu betrachten.

21) *c.* 7. *X. de condit. appos.* (IV, 5): Si conditiones contra substantiam coniugii inseruntur, puta si alter dicat alteri: Contraho tecum si generationem prolis evites, vel donec inveniam aliam honore vel facultatibus digniorem aut si pro quaestu adulterandam te tradas; matrimonialis contractus quantumcunque sit favorabilis, caret effectu. Licet aliae conditiones appositae in matrimonio, si turpes aut impossibiles fuerint, debeant propter eius favorem pro non adiectis haberi.

22) *Brandenb. V.- u. C.-O.* 1573: Würde die Geschwechte Person gestehen, oder durch ihren vertrawten Mann, dass sie sich von einem andern fleischlich erkennen lassen, oder vor der Zeit schwanger gewesen, ausgefüret und dargethan werden, oder solches sich sonst genugsam ereügen, Soll durch die Assessores unseres geistlichen Consistorii

die Grundsätze des kanonischen recipirt, nur dass der error qualitatis auch dann eine Ungültigkeit der Ehe zur Folge hat, falls er sich auf Eigenschaften bezieht, deren Mangel jeden Contrahenten von Eingehung der Ehe abgehalten haben würde. Das Reichsgesetz erkennt die beiden Ehehindernisse in dem Umfange, den ihnen die Partikulargesetzgebung gegeben hat, an. Dagegen ist eine bedingte Eheschliessung nach protestantischem und Reichsrecht unzulässig, und das *imped. defic. app. condit.* demnach nicht geltenden Rechtes.

§. 140. C. Die Entführung.

Kaiser, Im Arch. f. kathol. K.-R. III, 170 ff. Colberg, Ueber d. Ehehinderniss d. Entführung, Halle 1869.

I. Die Entführung (*crimen raptus*) ist von *Justinian* zu einem Ehehinder-

erstlich bei dem Weibe und Manne erkündigunge geschehen, ob der Mann auch das Weib, nach deme er solche That von jr gewisse erfahren oder gewust, hernach berühret, und da sie es gestünden, So ist das delictum dadurch an sich ausgesühnet und hat der Mann Errorem nicht zu allegirn oder anzuzeigen. Were aber solch fleischlich berühren nach erfahrunge des delicti nicht beschehen, sollen sie die Güte ob diese Personen sonst zu versichern versuchen .... Würde aber der Mann ... sich nicht erweichen lassen, und die Scheidunge endlich suchen, sollen sie den Mann ledig sprechen.

§. 139. 23) *A. Preuss. Landr. Th. II. Tit.* 1. §. 40: So weit eine jede Willensäusserung wegen Irrthums unkräftig ist, so weit hebt ein solcher Irrthum auch die Einwilligung in die Heirath auf.

24) *Oesterr. bürgerl. Gesetzb.* §. 59: ... Alle übrigen Irrthümer der Ehegatten, so wie auch ihre getäuschten Erwartungen der vorausgesetzten oder auch verabredeten Bedingungen stehen der Gültigkeit des Ehevertrages nicht entgegen.

25) *Code Napol. art.* 180: Lorsqu'il y a eu erreur dans la personne, le mariage ne peut être attaqué que par celui des deux époux qui a été induit en erreur.

26) *Ges.-Entw. f. Württemberg* 1849: Art. 29. Der Betrug vernichtet die Ehe, wenn ein Ehegatte den anderen über seine persönlichen oder bürgerlichen Verhältnisse gröblich getäuscht und dadurch zu einem Eheabschluss verleitet hat, dessen Eingehung dem Getäuschten, hätte er diese Verhältnisse gekannt, sein Pflicht- und Ehrgefühl untersagt haben würde. Art. 30. In diesem Falle kann die Ehe nur von den Ehegatten selbst angefochten werden.

27) *Sächs. bürgerl. Gesetzb.:* §. 1595. Irrthum schliesst die Einwilligung zur Ehe aus, wenn eine Verwechselung in der Person stattgefunden hat, oder wenn der eine Ehegatte erst nach Eingehung der Ehe erfährt, dass der andere Ehegatte schon vor der Ehe unheilbar geistig krank oder unheilbar unfähig zum Beischlafe gewesen, gleichviel ob die Unfähigkeit eine allgemeine ist, oder ob sie blos in Bezug auf den anderen Ehegatten stattfindet, oder dass der andere Ehegatte schon vor der Ehe an solchen unheilbaren körperlichen Gebrechen gelitten, welche die Geschlechtsvereinigung hindern, oder den natürlichen Trieb dazu unterdrücken, wohin namentlich unheilbare ekelhafte oder unheilbare ansteckende Krankheiten gehören, oder dass er widernatürliche Unzucht mit einem Menschen oder einem Thiere getrieben, oder dass er sich eines Verbrechens schuldig gemacht hat, welches von der Beschaffenheit, dass anzunehmen steht, der Irrende würde den anderen nicht geheirathet haben, wenn er das Verbrechen gekannt hätte, oder wenn der Ehemann erst nach Eingehung der Ehe erfährt, dass die Ehefrau schon vor derselben einen unheilbaren übermässigen Geschlechtstrieb gehabt hat. §. 1596. Ein Ehegatte befindet sich auch dann in einem seine Einwilligung ausschliessenden Irrthume, wenn er erst nach Eingehung der Ehe erfährt, dass der andere Ehegatte nach dem vorhergegangen Verlöbnisse eine unzüchtige Handlung begangen hat, wegen deren Ehescheidung verlangt werden könnte, oder wenn ein Ehegatte erst nach Eingebung der Ehe in Erfahrung bringt, dass seine Ehefrau vor Eingehung der Ehe ausserehelich geboren oder bei deren Eingehung von einem Anderen schwanger gewesen ist. §. 1597. Wegen Betruges kann eine Ehe angefochten werden, wenn der eine Ehegatte zu Eingehung der Ehe durch Täuschung des anderen Theiles über Umstände vermocht worden ist, welche ihn, wenn er dieselben gekannt hätte, bei vernünftiger Ueberlegung von der Eingehung der Ehe hätten abhalten müssen. §. 1598. Ist der Betrug von einem Dritten verübt, so findet eine Anfechtung der Ehe nur statt, wenn der andere Ehegatte um den Betrug gewusst hat.

nisse erklärt worden[1], während die älteren Concilien sich begnügt hatten, kirchliche Strafen gegen den Entführer auszusprechen[2]. Im *germanischen* Recht[3] wird der Frauenraub von der Entführung einer willigen Frau unterschieden, aber aus keinem von beiden erwächst ein Ehehinderniss. Dies ist vielmehr erst durch die staatliche[4] und kirchliche[5] Gesetzgebung des IX. Jahrhunderts im fränkischen Reiche festgesetzt worden. *Gratian*[6] steht indessen auf einem milderen Standpunkt, indem er die Ehe nach dem Willen des Gewalthabers der rapta für zulässig erklärt, und *Innocenz III.*[7] hat endlich dem mittelalterlichen Recht den Abschluss dahin gegeben, dass der freie Wille der rapta entscheidend sein solle. Das moderne Recht des *Tridentinum* unterscheidet sich davon materiell nicht[8. 9]. II. Die ältere *protestantische* Doctrin berücksichtigt den raptus vorzugsweise unter dem Gesichtspunkte des mangelnden älterlichen Consenses, und die wenigen Kirchenordnungen[10],

§. 140. 1) *C. un. Cod. de raptu virg.* (9, 12.) §. 2: Nec sit facultas raptae virgini vel viduae vel cuilibet mulieri raptorem suum sibi maritum exposcere, sed cui parentes voluerint, excepto raptore, eam legitimo copulent matrimonio.

2) *c.* 1. *C. XXXVI. qu.* 2. (*c.* 27. *C. Chalcedon.*): Eos, qui rapiunt puellas siue mulieres sub nomine simul habitandi, cooperantes, aut conniuentes raptoribus, decreuit sancta sinodus, ut, si quidem clerici sunt, decidant gradu proprio; si uero laici, anathematizentur.

3) *Lex Saxon. VI*, 1: Uxorem ducturus CCC solidos det parentibus eius. Si autem sine voluntate parentum, puella tamen consentiente ducta fuerit, bis CCC solidos parentibus eius componat. Si vero nec parentes, nec puella consenserunt, id est, si vi rapta est, parentibus eius CCC solidos, puellae CCXL componat, eamque parentibus restituat.

4) *Hludovici Capit.* 877 *c.* 23: De puellis raptis necdum desponsatis ita in concilio Calcidonensi, ubi 630 Patres adfuerunt, capitulo 38 habetur: Eos qui rapiunt puellas sub nomine simul habitandi cooperantes et conhibentes raptoribus, decrevit sancta synodus, si quidem clerici sunt, decidant gradu proprio; si vero laici, anathematizentur. Quibus verbis aperte datur intellegi, qualiter huius mali auctores damnandi sunt, quando participes et conhibentes tanto anathemate feriuntur et quod iuxta canonicam auctoritatem ad coniugia legitima raptas sibi iure vindicare nullatenus possunt.

5) *c.* 66. *C. Meldens.* 843: Quicumque vero deinceps rapere virgines vel viduas praesumpserit, secundum synodalem beati Gregorii definitionem ipsi et complices eorum anathematizentur, et raptores sine spe coniugii perpetuo maneant.

6) *Dict. Grat. nach c.* 11. *C. XXXVI. qu.* 2: Legitime igitur post peractam penitenciam raptor poterit sibi copulare quam rapuit, nisi pater puellae illam raptori detrahere uoluerit.

7) *c.* 7. *X. de rapt.* (5, 17): Rapta puella legitime contrahet cum raptore, si prior dissensio transeat postmodum in consensum: et quod ante displicuit, tandem incipiat complacere, dummodo ad contrahendum legitimae sint personae.

8) *C. Trident. Sess. XXIV. de reform. matr. c.* 6: Decernit s. synodus, inter raptorem et raptam quamdiu ipsa in potestate raptoris manserit, nullum posse consistere matrimonium. Quod si rapta a raptore separata illum in virum habere consenserit, eam raptor in uxorem habeat, et nihilominus raptor ipse ac omnes illi auxilium et favorem praebentes, sint ipso iure excommunicati ac perpetuo infames, omniumque dignitatum incapaces, et si clerici fuerint, de proprio gradu decidant. Teneatur praeterea raptor mulierem raptam sive eam uxorem duxerit sive non duxerit, decenter arbitrio iudicis dotare.

9) *Instr. austr.* §. 19: Eine Frauensperson, welche zum Zwecke der Verehelichung entführt worden ist, kann mit dem Entführer, so lange sie sich in der Gewalt desselben befindet, keine giltige Ehe eingehen. Als entführt ist jene Frauensperson zu betrachten, welche durch wider sie geübten Zwang entweder hinweggeführt, oder an einem Orte, wohin sie durch List gelockt wurde, festgehalten wird; ingleichen jene, welche von einem Manne, dem sie nicht schon vor der That rechtmässig verlobt war, mit ihrer Einwilligung, doch ohne Vorwissen oder gegen den Willen der Eltern oder Vormünder, hinweg geführt wird.

10) *Preuss. Cons.-Ordn.* 1584: So jemand eine Jungfrau mit listigen glatten Worten, Giften oder Gaben, hinterkäme und ohne oder mit Gewalt heimlicher oder betrüglicher Weise wegführete, und solches vor dem Konsistorio wie Recht, ausgeführet, soll nicht allein die vermeynte Ehe zwischen

welche ein imped. rapt. aufstellen, unterscheiden dasselbe von dem imped. vis nur dadurch, dass bei jenem die auch freiwillige Cohabitation Seitens der Frau ihr das Recht auf Annulation der Ehe zu klagen nicht nimmt. Die neuere Gesetzgebung[11] subsumirt dies Ehehinderniss lediglich unter die des Zwanges und des mangelnden älterlichen Consenses, welcher letztere im Fall der Entführung nicht als unrechtmässig verweigert angesehen und vom Richter supplirt werden kann. Auch das *Reichsrecht* kennt das imped. rapt. als eigenes Ehehinderniss nicht mehr.

§. 141. D. Das Ehehinderniss der mangelnden Einwilligung dritter Personen.

Würffel (G. L. Böhmer), De neccessario parentum consensu in nuptiis liberor., Hal. 1740. Heyer, De consensu parent. in matrimon. liber. extrahendis necessario, Vratisl. 1863.

I. Wie das *römische* Recht[1] fordert auch das ältere *kirchliche* Recht[2. 3] zur Gültigkeit der Ehe der in potestate befindlichen Hauskinder Einwilligung des paterfamilias. II. Das germanische Recht setzt an die Stelle des paterfamilias bei Töchtern und den noch nicht zu ihren Jahren gekommenen Söhnen den *Mundwalt*, ohne jedoch durchgängig die Einwilligung desselben als Bedingung für die Gültigkeit der Ehe aufzustellen. III. Je mehr die Sacramentsnatur der Ehe anerkannt und ausgebildet wurde, um so mehr musste die Nothwendigkeit des Consenses dritter Personen zurücktreten[4. 5], da die Wirkungen des einmal vollzogenen Sacramentes nicht einmal durch die Ehegatten selbst, geschweige denn durch Dritte aufgehoben werden konnten. So wird der Mangel der mundschaftlichen Einwilligung ein blosses imped. impediens[6. 7].

solchen Personen, für nichtig und unbündig erkannt, sondern auch solcher Raptor rechtlich und ernstlich gestraft werden.

§. 140. 11) *Sächs. bürgerl. Gesetzb.* §. 1594: Entführung ist ein Hinderniss der Ehe, wenn nach §. 1593. anzunehmen ist, dass die Einwilligung zur Ehe keine Kraft habe.

§. 141. 1) *Pr. Inst. de nupt.* (1, 10): Iustas autem nuptias inter se cives Romani contrahunt, qui secundum praecepta legum coëunt, masculi quidem puberes, feminae autem viripotentes, sive patresfamilias sint, sive filiifamilias, dum tamen filiifamilias et consensum habeant parentum, quorum in potestate sunt. Nam hoc fieri debere, et civilis et naturalis ratio suadet in tantum, ut iussum parentis praecedere debeat, unde quaesitum est, an furiosi filia nubere, aut furiosi filius uxorem ducere possit? cumque super filio variabatur, nostra processit decisio, qua permissum est, ad exemplum filiae furiosi filium quoque posse, et sine patris interventu, matrimonium sibi copulare secundum datum ex constitutione modum.

2) *Tertull. ad uxor. L. II. ad fin.:* Unde sufficiam ad enarrandam felicitatem eius matrimonii, quod ecclesia conciliat, et confirmat oblatio, et obsignatum angeli renunciant, pater rato habet? Nam nec in terris filii sine consensu patrum rite et iure nubent.

3) *c.* 7. *C. XXX. qu.* 5. §. 1. (*Nicolaus I.*): Federa quoque consensu eorum qui hec contrahunt, et eorum in quorum potestate sunt contrahuntur.

4) *Petr. Lombardus, Lib. IV. dist.* 28: Illi etiam sententiae, qua dictum est, solum consensum facere coniugium, videtur obviare quod Evaristus P. ait: Aliter etc. (c. 1 C. XXX. qu. 5.), item: Ita legitima etc. (c. 1. cit.). Hoc autem non ita intelligendum est, tanquam sine enumeratis non possit esse legitimum coniugium, sed quia sine illis non habet decorem et honestatem debitam. In huius enim sacramenti celebratione, sicut in aliis, quaedam sunt pertinentia ad substantiam sacramenti, ut consensus de praesenti, qui solus sufficit ad contrahendum matrimonium; quaedam vero pertinentia ad decorem et solennitatem sacramenti, ut parentum traditio, sacerdotum benedictio et huiusmodi, sine quibus legitime fit coniugium quantum ad virtutem, non quantum ad honestatem sacramenti.

5) *Schwabensp. Art.* 55: Swenne der jvngelinc zevierzehen iarn komen ist. so nimt er wol elich wip. ane sins vater willen. vnd hat er nit vaters vnd hat er ander pfleger. wider der willen tût er ez och wol. also ob der Knabe und div jvncfrowe ir fleisch zvo ein ander gemischet hant. vnd ist des nicht geschehen. so mac man si svndern. So div jvncfrowe in zwelf iar kvmt. so ist si zer tagen chomen. vnd nimt si ein êman wider ir vater willen. oder ander ir frivnde. div ê ist stete.

6) *C. Trid. Sess. XXIV. de ref. matr. c.* 1:

IV. Die Reformation suchte den umgekehrten Standpunkt zu vertreten[8. 9], ohne jedoch zu einheitlichen Prinzipien zu gelangen, und auch die modernere Ausgestaltung des Rechtes zeigt sehr verschiedenartige Richtungen[10-13]. Nur

Tametsi dubitandum non est, clandestina matrimonia, libero contrahentium consensu facta, rata et vera esse matrimonia, quamdiu ecclesia ea irrita non fecit, et proinde iure damnandi sunt illi, ut eos sancta synodus anathemate damnat, qui ea vera ac rata esse negant, quique falso affirmant, matrimonia, a filiis familias sine consensu parentum contracta, irrita esse, et parentes ea rata vel irrita facere posse: nihilominus sancta Dei ecclesia ex iustissimis causis illa semper detestata est atque prohibuit.

§. 141. 7) *Instruct. austr.* §. 68: Auch bei Knüpfung des Ehebandes seien Söhne und Töchter des Herrn eingedenk, welcher spricht: Ehre deinen Vater und deine Mutter! Zudem lässt die Jugend sich leicht zu unbesonnenen Schritten hinreissen, und übereilt geschlossene Ehen sind ein fruchtbarer Saame des Unheils. Ehen also, welchen die Eltern ihre Zustimmung aus gerechten Gründen verweigern, sind unerlaubt.

8) *Luther Ausleg. d. Episteln u. Evangel. v. Christtag bis auf d. Sonnt. nach Epiphan.:* Aber da ist die Frage: ob der Vater Macht habe, zu reissen die Ehe, so sein Kind ohn seinen und wider seinen Willen verlobt hat? Hie antwortet der Papst und sagt nein, lost das Kind von des Vaters Gehorsam. Ich halt aber ja, und lose das Kind nit von des Vaters Gehorsam, mein auch, es habe kein Mensch Macht, zu losen, zuvor ehe sie zusammen gesessen sind. Denn wo sie zusammen gesessen sind, oder Frucht haben, oder gern bei einander sind, ist's unfreundlich, dass der Vater da wollt scheiden und reissen, ob er's gleich Gewalt habe; denn wie gross sein Gewalt hierin ist, ist er doch schuldig der Liebe und Freundschaft, dass er dem Kinde etwas durch die Finger sehe, und mit seinem Willen handele, auf dass nit solchs Scheiden lauter Eigenwille und Mutterei sei, ohn alle Ursach furgenommen. Denn es sind die Aeltern auch zuweilen gesinnet, dass sie mehr auf ihren eigen Muthwillen, denn auf des Kindes Nutz oder Noth sehen.

9) *Luther, Von Ehesachen:* So ist nun mein Rath, wo sich dieser Fall begiebt, dass sich der Vater oder Vaters Statthälter sperren, ein Kind zu vergeben; ist's Sache, dass gute Freunde, der Pfarrherr, oder auch die Oberkeit, erkennen, dass der Heirath dem Kinde ehrlich und nützlich ist, und des Kinds Aeltern oder Statthälter ihren Nutz oder Muthwillen suchen: so soll die Oberkeit sich des Kindes an Vaters Statt annehmen, als die deserti sind, gleich wie Waisen, den Vater zwingen; und wo er nicht will, bei dem Kopf nehmen, und in's Loch werfen, und ihn also aller väterlichen Macht berauben, und dazu strafen, als einen offentlichen Feind, nicht allein seines Kindes und Gottes dazu, sondern auch aller Zucht und Ehren, Nutzs und Besserung der ganzen Gemeine.

10) *A. Preuss. Landr. II*, 1: §. 45. Kinder aus einer Ehe zur rechten Hand können sich, ohne Einwilligung ihres leiblichen Vaters, nicht gültig verheirathen. §. 46. Auch solche Kinder, die schon verheirathet gewesen, ingleichen Söhne, die der väterlichen Gewalt entlassen, und Töchter, die über vier und zwanzig Jahre alt sind, sowie Kinder aus einer Ehe zur linken Hand, müssen die väterliche Einwilligung nachsuchen.

11) *Oesterr. bürgerl. Gesetzb.* §. 49: Minderjährige, oder auch Volljährige, welche aus was immer für Gründen für sich allein keine gültige Verbindlichkeit eingehen können, sind auch unfähig, ohne Einwilligung ihres ehelichen Vaters sich gültig zu verehelichen. Ist der Vater nicht mehr am Leben, oder zur Vertretung unfähig; so wird nebst der Erklärung des ordentlichen Vertreters auch die Einwilligung der Gerichtsbehörde zur Gültigkeit der Ehe erfordert.

12) *Sächs. bürgerl. Gesetzb.* §. 1571: Das Verlöbniss erfordert zu seiner Gültigkeit, dass wer von den Eltern der Verlobten noch lebt, in das Verlöbniss einwilligt. Sind die Eltern beider Verlobten gestorben, jedoch Grosseltern vorhanden, so bedarf es der Einwilligung der letzteren. §. 1600: Eine Ehe soll nicht ohne Einwilligung der Personen eingegangen werden, deren Einwilligung zum Verlöbnisse erforderlich ist. Die Einwilligung zum Verlöbnisse gilt auch als Einwilligung zur Ehe. §. 1601. Die Einwilligung zur Ehe kann nicht widerrufen werden, ausgenommen wenn die zu derselben Berechtigten von dem Grunde zur Verweigerung ihrer Einwilligung erst später Kenntniss erlangt haben. §. 1602. Die Einwilligung kann nur aus erheblichen Gründen verweigert und in Ermangelung solcher von dem zuständigen Gerichte ergänzt werden. §. 1603. Erhebliche Gründe zur Verweigerung der Einwilligung sind alle diejenigen, aus welchen die Besorgniss entsteht, dass die Ehe eine unglückliche sein werde. Solche Gründe sind insbesondere, wenn die Personen, welche sich ehelichen wollen, im Alter zu sehr verschieden sind, oder den nöthigen Unterhalt nicht haben, auch nicht verdienen können, ferner wenn der

wenige Gesetzgebungen gestehen den Eltern, ohne deren Consens die Ehe geschlossen ist, die Befugniss zu, dieselbe annulliren zu lassen, und auch von diesen beschränken mehrere dies Recht auf die in väterlicher Gewalt stehenden Kinder. Die Mehrzahl sieht in dem erwähnten Mangel lediglich ein imped. impediens, und gestattet den Eltern nur, solchen Kindern civilrechtliche Nachtheile zuzufügen, wie das übrigens schon mittelalterliche Legislationen[14] gethan hatten. Das regelmässige ist, dass die Einwilligung beider Eltern, beziehentlich der Grosseltern für nothwendig erklärt wird, wobei dem Vater allerdings die überwiegende Stellung eingeräumt wird, und dass der Richter auf Antrag eines der Nupturienten den unrechtmässig verweigerten Consens suppliren darf. Das deutsche Reichsrecht[15] endlich, welches den bisherigen Rechtsstand in mannigfacher Beziehung verändert und vereinheitlicht hat, bemisst doch die Wirkung des Ehehindernisses nach Territorialrecht. II. Die Einwilligung des *curator* in die Ehen von *Minderjährigen* ist dem *römischen* Recht fremd. Dagegen erfordert das *deutsche* Recht die Genehmigung des Mundwalts, was auch auf die kirchliche Rechtsbildung nicht ohne Einfluss blieb, allein in Folge des oben charakterisirten Entwickelungsganges beseitigt

andere Theil ein unsittliches Leben führt, oder Verbrechen sich hat zu Schulden kommen lassen, oder mit einer den Ehezweck störenden oder leicht auf die Nachkommenschaft übergehenden körperlichen oder mit einer geistigen Krankheit behaftet ist, oder die Personen, deren Einwilligung der Theil bedarf, mit welchem er sich verehelichen will, durch grobe Beschimpfungen oder Thätlichkeiten beleidigt, oder deren Einwilligung durch Entführung oder durch andere unerlaubte Mittel zu erlangen versucht hat.

§. 141. 13) *Sächs. Ges. v.* 5. *Nov.* 1875 §. 6: Eine Ehe, welche ohne die nach §§. 29, 30. u. 31. des Reichsgesetzes von 6. Februar 1875 erforderliche Einwilligung dritter Personen geschlossen worden ist, kann von derjenigen Person, deren Einwilligung es bedurft hätte, von dem Vormund mit Genehmigung der Vormundschaftsbehörde angefochten worden, wenn erhebliche Gründe zur Verweigerung der Einwilligung vorliegen. Die Anfechtung findet jedoch nicht statt, wenn die Ehe von dem zur Anfechtung Berechtigten ausdrücklich oder stillschweigend gut geheissen worden ist, oder wenn von dem Zeitpunkte an, wo derselbe Kenntniss von der Eheschliessung erlangte, 6 Monate verflossen sind, oder wenn der Ehegatte, welcher der Einwilligung des Dritten bedurft hätte, das Lebensjahr erreicht hat, mit dessen Vollendung das Erforderniss der Einwilligung nach §. 29. Abs. 1. des gedachten Reichsgesetzes wegfällt.

14) *Ofener Stadtr. Art.* 395: Auff das dy chinder ere unnd gehorsamkait halten iren eltern, so sol kein iungling und keyn iuncfraw wider vater und mutter turren thuen, noch wider iren willen heyrathen, dy weil sy mutter irer gerten sorge ader zuchte seyn. Welchis da wider thuet, unnd sich nicht darumb versünt mit seinen eltern, das schol durch seinen ungehorsam und undanksamkeit willen seyms erbtailes darben unnd emperen, so die eltern darnach sterben. Stirbt aber der vater, so mag dy juncfraw mit rate der nechsten frewnd ires vaters, dyn da mannen seyn, unnd syn manlber ist, heyraten, wa ir das got hat geschaffenn.

15) *Reichsges. v.* 6. *Febr.* 1875 §. 29: Eheliche Kinder bedürfen zur Eheschliessung, so lange der Sohn das fünfundzwanzigste, die Tochter das vierundzwanzigste Lebensjahr nicht vollendet hat, der Einwilligung des Vaters, nach dem Tode des Vaters der Einwilligung der Mutter und, wenn sie minderjährig sind, auch des Vormundes. Sind beide Eltern verstorben, so bedürfen Minderjährige der Einwilligung des Vormundes. Dem Tode des Vaters oder der Mutter steht es gleich, wenn dieselben zur Abgabe einer Erklärung dauernd ausser Stande sind, oder ihr Aufenthalt dauernd unbekannt ist. Eine Einwilligung des Vormundes ist für diejenigen Minderjährigen nicht erforderlich, welche nach Landesrecht einer Vormundschaft nicht unterliegen. Inwiefern die Wirksamkeit einer Vormundschaftsbehörde oder eines Familienrathes stattfindet, bestimmt sich nach Landesrecht. §. 30. Auf uneheliche Kinder finden die im vorhergehenden Paragraphen für vaterlose eheliche Kinder gegebenen Bestimmungen Anwendung. §. 31. Bei angenommenen Kindern tritt an Stelle des Vaters (§. 29.) derjenige, welcher an Kindesstatt angenommen hat. Diese Bestimmung findet in

wurde. Die modernen Gesetzgebungen[16-18] und so auch das Reichsrecht erfordern die Einwilligung des Vormundes, beziehentlich der Obervormundschaftsbehörde. III. Die früher vielfach für Ehen von Beamten, Soldaten und Offizieren erforderte Genehmigung der vorgesetzten Behörde, beziehentlich des obersten Kriegsherrn, ist nach dem Reichsrecht für die Gültigkeit der Ehen ohne Einfluss[19. 20]. Ebenso ist die Nothwendigkeit der gutsherrlichen, beziehentlich gemeindebehördlichen Genehmigung für Ehen ihrer Angehörigen nach dem neuesten Landes-[21] beziehentlich Norddeutschen Bundesrecht[22] beseitigt.

denjenigen Theilen des Bundesgebietes keine Anwendung, in welchen durch eine Annahme an Kindesstatt die Rechte der väterlichen Gewalt nicht begründet werden können. §. 32. Im Falle der Versagung der Einwilligung zur Eheschliessung steht grossjährigen Kindern die Klage auf richterliche Ergänzung zu.

§. 141. 16) *A. Preuss. Landr. II*, 1, §. 49: Bei noch minderjährigen vaterlosen Waisen ist die Einwilligung der Mutter und des Vormundes nothwendig. §. 50. Ist auch die Mutter verstorben, so muss an ihrer Stelle die Einwilligung der Grossältern nachgesucht werden. §. 51. Unter mehreren Grossältern haben diejenigen den Vorzug, welche das Kind zu sich genommen und erzogen haben. §. 52. Sonst gehen die Grossväter den Grossmüttern, und die von des Vaters Seite denen von der Mutter Seite vor. §. 53. Sind auch keine Grossältern mehr vorhanden: so ist die Einwilligung des Vormundes allein hinreichend. §. 54. Der Vormund kann seinen Consens ohne Genehmigung des vormundschaftlichen Gerichts nicht ertheilen. §. 55. Was vorstehend (§. 49—54.) von Minderjährigen verordnet ist, gilt auch von denen, welche als gerichtlich erklärte Verschwender unter Vormundschaft genommen sind.

17) *Code civil art.* 160: S'il n'y a ni père ni mère, ni aïeuls ni aïeules, ou s'ils se trouvent tous dans l'impossibilité de manifester leur volonté, les fils ou filles mineurs de vingt-un ans ne peuvent contracter mariage sans le consentement du conseil de famille.

18) *Sächs. bürgerl. Gesetzb.* §. 1599: Bevormundete sollen ohne Einwilligung ihrer Vormünder eine Ehe nicht schliessen. §. 1921: Der Vormund kann zu Eingehung einer Ehe des Pflegbefohlenen seine Einwilligung nur mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes ertheilen.

19) *Reichsges. v. 6. Febr.* 1875 §. 38: Die Vorschriften, welche die Ehe der Militärpersonen, der Landesbeamten und der Ausländer von einer Erlaubniss abhängig machen, werden nicht berührt. Auf die Rechtsgültigkeit der geschlossenen Ehe ist der Mangel dieser Erlaubniss ohne Einfluss. Ein Gleiches gilt von den Vorschriften, welche vor der Eheschliessung eine Nachweisung, Auseinandersetzung oder Sicherstellung des Vermögens erfordern.

20) *Reichsmilitärgesetz v. 2. Mai* 1874 §. 40: Die Militärpersonen des Friedensstandes bedürfen zu ihrer Verheirathung der Genehmigung ihrer Vorgesetzten.

21) *Bair. Ges. v. 16. April* 1868: Art. 32. Jeder Angehörige der Landestheile diesseits des Rheins, hat unter nachstehenden Voraussetzungen das Recht, sich zu verehelichen, Art. 33. (so gestaltet durch Ges. v. 23. Febr. 1872). Die Verehelichung darf nur erfolgen auf Grund eines von der zuständigen Behörde ausgestellten Zeugnisses, dass gegen die beabsichtigte Eheschliessung kein im gegenwärtigen Gesetz begründetes Hinderniss bestehe. Eine im Widerspruche mit dieser Bestimmung eingegangene Ehe ist so lange, als die Ausstellung jenes Zeugnisses nicht nachträglich erwirkt wird, bürgerlich ungültig, es sei denn, dass die Ehe von einem Manne, welcher ausserhalb Europas seinen Wohnsitz hat, am Orte dieses Wohnsitzes, oder sonst ausserhalb Baierns abgeschlossen wurde, und nach den Gesetzen des betreffenden Staates als gültig zu erachten ist. Zuständig zur Ausstellung des Zeugnisses ist die Districtverwaltungsbehörde jener Gemeinde, in welcher der Mann seine Heimat hat. Art. 36: Die Gemeine, in welcher der Mann seine Heimat hat, kann gegen Ausstellung des Verehelichungszeugnisses Einspruch erheben; 1. wenn der Mann wegen Verbrechens oder Vergehens verurtheilt ist, und sich weder über Abbüssung noch über Nachlass der Strafe auszuweisen vermag, 2. wenn und so lange sich derselbe wegen Verbrechens oder Vergehens in Untersuchung befindet, 3. wenn derselbe in den unmittelbar vorhergehenden 3 Jahren öffentliche Armenunterstützung beansprucht oder erhalten hat, 4. wenn und so lange derselbe sich mit den der Gemeindekasse oder Armenkasse seiner Heimatgemeinde gegenüber ihm obliegenden Leistungen im Rückstande befindet, 5. wenn und so lange derselbe unter Kuratel steht.

22) *Nordd. Bundesgesetz v. 4. Mai* 1868: §. 1. Bundesangehörige bedürfen zur Eingehung einer Ehe oder zu der damit verbundenen Gründung eines eigenen Haushaltes

§. 142. E. Das imped. ligaminis.

Fuchs, Das Ehehinderniss des bestehenden Ehebandes nach österr. R. u. s. Umgehung, Wien 1879.

I. Eine bestehende Ehe ist nach katholischem[1. 2], protestantischem[3] und staatlichem Recht[4] ein öffentliches trennendes Ehehinderniss. Nicht dagegen weder des Besitzes, noch des Erwerbes einer Gemeindeangehörigkeit (Gemeindemitgliedschaft) oder des Einwohnerrechtes, noch der Genehmigung der Gemeinde (Gutsherrschaft) oder des Armenverbandes, noch einer obrigkeitlichen Erlaubniss. Insbesondere darf die Befugniss zur Verehelichung nicht beschränkt werden wegen Mangels eines bestimmten, die Grossjährigkeit übersteigenden Alters oder des Nachweises einer Wohnung, eines hinreichenden Vermögens oder Erwerbes, wegen erlittener Bestrafung, bösen Rufes, vorhandener oder zu befürchtender Verarmung, bezogener Unterstützung oder aus anderen polizeilichen Gründen. Auch darf von der ortsfremden Braut ein Zuzugsgeld oder eine sonstige Abgabe nicht erhoben werden. §. 2. Die polizeilichen Beschränkungen der Befugniss zur Eheschliessung, welche in Ansehung der Ehe zwischen Juden und für die Angehörigen einzelner bürgerlichen Berufsstände bestehen, werden aufgehoben.

§. 142. 1) *Conc. Trid. Sess. XXIV. de ref. matr. c.* 2: Si quis dixerit, licere Christianis plures simul habere uxores, et hoc nulla lege divina esse prohibitum: anathema sit.

2) *Anweis. für d. österr. geistl. Ger.:* §. 20. Das bestehende Eheband macht diejenigen, welche durch dasselbe vereinigt sind, zu Schliessung einer anderen Ehe unfähig. §. 21. Das Band einer giltig geschlossenen, aber noch nicht vollzogenen Ehe, wird getrennt, wenn Einer der Ehegatten die feierlichen Ordensgelübde ablegt, oder eine päpstliche Nachsichtgewährung eintritt. Eine von Christen geschlossene Ehe kann, sobald sie vollzogen worden ist, nur durch den Tod aufgelöst werden. §. 22. Wenn nichtkatholische Christen dafür halten, dass die Ehe dem Bande nach könne getrennt werden, so beklagt die Kirche die Irrenden, aber sie kann dem Irrthume keinen Einfluss auf die Heiligkeit ihrer Gesetzgebung verstatten. Zwischen einem Katholiken und einem nichtkatholischen Christen, dessen Gatte noch am Leben ist, kann keine Ehe zu Stande kommen, wenn auch das Gericht, welches über die Ehen von nichtkatholischen Christen urtheilt, eine Trennung dem Bande nach ausgesprochen hat. §. 23. Da durch das Sakrament der Taufe nicht die Ehen aufgelöset, sondern die Sünden nachgelassen werden, so bleibt eine von Ungläubigen geschlossene Ehe nach Bekehrung der Gatten in Kraft, und Hindernisse, welche das Kirchengesetz aufgestellt hat, stehen ihr nicht im Wege. Wenn aber nur Ein Theil sich bekehrt und der andere ungläubig verbleibende ungeachtet der an ihn ergangenen Aufforderung sich durchaus weigert, mit demselben zusammenzuleben, oder mit ihm nicht ohne Beschimpfung des Christenthums zusammenleben will, so soll diesem auf sein Ansuchen gestattet werden, zu einer neuen Ehe zu schreiten, und durch rechtmässige Eingehung derselben wird das Band der im Stande des Unglaubens geschlossenen Ehe aufgelöset. §. 24. 9. Höhere Weihen und feierliche Ordensgelübde. Geistliche, welche die höheren Weihen empfangen, und Ordenspersonen, welche die feierlichen Gelübde abgelegt haben, sind unfähig eine Ehe zu schliessen. In wiefern einfache, in einer Ordensgemeinde abgelegte Gelübde ausnahmsweise die Ungiltigkeit der Ehe bewirken, muss nach den vom heiligen Stuhle gutgeheissenen Ordensstatuten beurtheilt werden.

3) *Copulat.-Instrument d. Landgr. Phil. v. Hessen mit Margaretha v. d. Sahl* 1540: Cum omnia aperta sint oculis Dei, et homines pauca lateant, et Sua Celsitudo velit cum nominata Virgine Margaretha matrimonio copulari, etsi prior suae Celsitudinis Coniux adhuc sit in vivis, ut hoc non tribuatur levitati et curiositati, ut evitetur scandalum, et nominatae Virginis, et illius honestae Consanguinitatis honor et fama non patiatur; edicit Sua Celsitudo hic coram Deo et in suam Conscientiam et animam, hoc non fieri ex levitate aut Curiositate, nec ex aliqua vili pensione Iuris et Superiorum, sed urgeri aliquibus gravibus et inevitabilibus necessitatibus Conscientiae et Corporis, adeo ut impossibile sit, sine aliqua superinducta legitima Coniuge, corpus suum et animam salvare, quam multiplicem causam etiam Sua Celsitudo multis praedoctis, piis, prudentibns et Christianis Praedicantibus antehac indicavit, qui etiam consideratis inevitabilibus causis id ipsum suaserunt, ad suae Celsitudinis animae et conscientiae consulendum; quae causa, et necessitates etiam Serenis. Principem Christianam, Ducissam Saxoniae, Suae Celsitudinis primam legitimam Coniugem, utpote alta principali prudentia et pia mente praeditam movit, ut Suae Celsitudinis tanquam dilectissimi Mariti animae et corpori serviret, et honor Dei promoveretur, ad gratiose consentiendum, quemodmodum Suae Celsitudinis

ein Verlöbniss, obgleich das protestantische Recht früher dieses mit der Ehe identificirt hat. II. Ein Gelübde der Keuschheit macht eine nichtsdestoweniger eingegangene Ehe zwar strafbar aber nicht nichtig. Ist jedoch das votum ein solemne, welches in einem beim Eintritt vom Papste bestätigten Orden abgelegt wird, so wird die Ehe nichtig, und eben so die Ehe eines, der die höheren Weihen erhalten hat[5-9]. Nach deutschem Reichsrecht ist dies Ehehinderniss fortgefallen.

§. 143. F. Das imped. impotentiae.

München, In Ztschr. f. Philos. u. kath. Theol., 1840. H. 2. 3.

I. Wegen geschlechtlichen Unvermögens war die Annullation der Ehe zunächst nur in *Frankreich* gestattet. Doch ging die französische Praxis in das gemeine Recht über[1], welches die *impotentia coeundi* als privates trennendes Ehehinderniss constituirte, der Ehe von Eunuchen aber ein imped. publicum entgegensetzte[2]. Das Vorhandensein der Impotenz muss vor der Ehe entstanden, dieselbe eine unheilbare, oder nur durch lebensgefährliche Operation heilbare sein, und durch Sachverständige bewiesen werden; stützt sich das Gutachten derselben auf äusserlich nicht sichtbare körperliche Merkmale, so müssen beide Litiganten mit sieben Eideshelfern beschwören, die copula carnalis nicht vollzogen zu haben; sprechen sich endlich die Sachverständigen zweifelhaft aus,

hacsuper data Syngrapha testatur, et necui scandalum detur, eo, quod duas Coniuges habere moderno tempore, sit insolitum, etsi in hoc casu Christianum et licitum sit, non vult sua Celsitudo publice coram pluribus consuetas ceremonias usurpare, et palam nuptias celebrare cum memorata Margaretha de Sahl, sed hic in privato et silentio, in praesentia subscriptorum testium volunt invicem iungi matrimonio. Finito hoc sermone, nominati Philipus et Margaretha sunt matrimonio iuncti, et unaquaeque persona alterum sibi desponsum agnovit et acceptavit, adiuncta mutuae fidelitatis promissione in nomine Domini.

§. 143. 4) *Reichsgesetz v.* 6. *Febr.* 1875 §. 34: Niemand darf eine neue Ehe schliessen, bevor seine frühere Ehe aufgelöst, für ungültig oder für nichtig erklärt ist.

5) *c.* 22. *C. XXVII. qu.* 1. (*C. Chalced.*): Si qua uirgo se dedicauerit Deo, similiter monachus, non licet eis nuptiis iungi. Si uero fuerint inuenti hoc facientes, maneant excommunicati. Statuimus uero posse eis fieri humanitatem, si ita probauerit episcopus loci.

6) *c.* 24. *ib.* (*Syn. Ancyran.*): Quotquot uirginitatem pollicitam preuaricatae sunt professione contempta, inter digamos, id est qui ad secundas nuptias transierunt, haberi debent.

7) *c.* 8. *Dist. XXVII.* (*C. Remens.* 1119): Presbiteris, diaconibus, subdiaconibus et monachis concubinas habere, seu matrimonium contrahere penitus interdicimus; contracta quoque matrimonia ab huiusmodi personis disiungi, et personas ad penitentiam debere redigi, iuxta sacrorum canonum diffinitionem iudicamus.

8) *c. un. de vot. in VI^to* (3, 5): Illud solum votum debere dici solenne quantum ad post contractum matrimonium dirimendum, quod solennisatum fuerit per susceptionem sacri ordinis aut per professionem expressam vel tacitam, factam alicui de religionibus per sedem apost. approbatis. Reliqua vero vota, etsi quandoque matrimonium impediunt contrahendum, et quanto manifestius sunt emissa, tanto propter plurium scandalum durior poenitentia transgressoribus debeatur: non tamen rescindere possunt matrimonia post contracta.

9) *Oesterr. bürgerl. Gesetzb.* §. 63: Geistliche, welche schon höhere Weihen empfangen, wie auch Ordenspersonen von beyden Geschlechtern, welche feyerliche Gelübde der Ehelosigkeit abgelegt haben, können keine gültigen Eheverträge schliessen.

§. 143. 1) *Alex. III. pars decisa zu c.* 2. X. (4, 15): Verum licet Romana ecclesia non consueverit propter naturalem frigiditatem aut propter alia maleficia legitime coniunctos dividere, si tamen consuetudo generalis Gallicanae ecclesiae habet, ut huiusmodi matrimonia dissolvantur, nos patienter tolerabimus.

2) *Sixt. V. motu proprio a.* 1587: Ut coniugia per dictos et alios quoscunque eunuchos et spadones utroque teste carentes cum mulieribus praedictum defectum sive ignorantibus sive etiam scientibus contrahi prohibeas . . . et eos . . . qui sic de facto matrimonium contraxerint, separari cures, et matrimonia ipsa sic de facto contracta nulla irrita, et invalida esse declares.

so ist der Versuch des ehelichen Zusammenlebens drei Jahre noch fortzusetzen (*experimentum triennii*), und dann erst nach eidlicher Versicherung der nicht vollzogenen Ehe die Annullation zulässig. II. Die protestantische Kirche befolgt, abgesehen von den Eideshelfern, analoge Grundsätze[3]. III. Das Reichsrecht stellt das Ehehinderniss unter die Kategorie des Irrthums, so dass es also nur als Annullationsgrund[4. 5] gebraucht werden kann, wenn es dem anderen Theile bei Eingehung der Ehe unbekannt war.

G. Das Ehehinderniss der Verwandtschaft.

§. 144. 1. Blutsverwandtschaft.

Schlegel, Krit.-system. Darstellung d. verbotenen Grade d. Verwandtschaft und Schwägerschaft, Jena 1802. Laspeyres, Diss. canonicae computationis et nuptiar. propt. sanguinis propinquitat. ab eccl. christ. prohibitar. sistens historiam, Berol. 1824. Spöndlin, Ueber d. Eheverbot wegen Verwandtschaft, Zürich 1844. Mejer, In Ztschr. f. deutsch. R. VII, 173 ff.

I. Bei fast allen Culturvölkern finden sich Verbote der Ehe unter Blutsverwandten. Dieselben umfassten im *mosaischen* Rechte die Ehen mit den Eltern, mit der Enkelin, der voll- und halbbürtigen Schwester, Vater- und Mutter-Schwester; im *römischen* Rechte die Ehen zwischen Ascendenten und Descendenten, Geschwistern, Personen zwischen denen ein *respectus parentelae* besteht, und im nachrepublikanischen Recht die Ehen zwischen Geschwisterkindern, die dann im Orient wieder gestattet wurden[1]. II. Die Kirche[2] schloss sich zunächst an das römische Recht an, verbot aber allmählig die von der Sitte verpönten Ehen zwischen Geschwisterkindern, und im VI. Jahrhundert zwischen Geschwisterenkeln, d. h. also bis zum sechsten Grade

§. 143. 3) *Brandenb. V.-u. C.-O.* 1573: Derwegen wo ein Ehegemal der Natur halber impotens und zur Ehe untüchtig und ungeschickt, Auch solches kundt und offenbar ist, dasselbe kan keine rechte Ehe mit dem andern besitzen, Darumb soll das Tüchtige auff vorgehende causae cognition, durch die scheidunge von jhme ledig gezahlt werden. In Ansehunge das es keine Ehescheidunge, sondern alleine eine declaration und erklerung, dass zwischen denselbigen Personen nie keine rechte Ehe gewesen sey. Wo man aber die impotentia zweiffelt, sol die Scheidunge dieser Personen nicht fürgenommen, sondern drey Jahrlang damit verzogen und versucht werden, ob denselbigen der geschwechten Natur halben zu helffen wehre, und hernach erstlich wo kein rath zuschaffen, die Scheidung geschehen. Es köndte dan zwischen den beyden Personen gehandelt werden, das sie ohne Forderung der Ehelichen Pflichten beyeinander bleiben, und das vermögende Theil freywillig Keuscheit halten wollte. Auf den Fahll möchte man sie beysamen lassen.

4) *Altenburger Ehe-O.* §. 178: Zu den wesentlichen Umständen in deren Beziehung ein Irrthum vorgekommen sein muss, ist insbesondere ein gesunder Geist und ein von ehehindernden Gebrechen und Uebeln freier Körper zu rechnen.

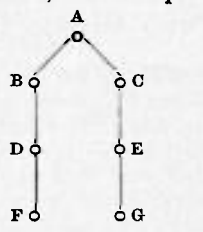
5) *Sächs. bürgerl. Gesetzb.* §. 1626: Verlangt ein Ehegatte die Aufhebung der Ehe wegen eines ihm erst nach der Eingehung der Ehe bekannt gewordenen, schon früher vorhanden gewesenen Unvermögens des anderen Ehegatten zum Beischlafe, und lässt sich durch ärztliche Untersuchung nicht ermitteln, ob das Unvermögen vorhanden oder unheilbar ist, so sind die Ehegatten die Ehe noch drei Jahre von der ärztlichen Untersuchung an fortzusetzen verbunden, und es kann erst dann, wenn das Unvermögen diese Zeit hindurch fortgedauert hat, die Ehe aufgehoben werden.

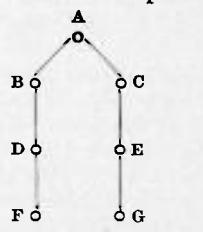
§. 144. 1) §. 4. *Inst. de nupt.* (1, 10): Duorum autem fratrum vel sororum liberi, vel fratris et sororis iungi possunt.

2) *C. Epaon.* (517) *c.* 30: Incestis coniunctionibus nihil prorsus veniae reservamus, nisi cum adulterium separatione sanaverint; incestos vero nec ullo coniungi nomine praevelandos praeter illos quos vel nominare funestum est, nos esse censemus: si quis relictam fratris, quae paene prius soror extiterat, carnali coniunctione violaverit; si quis frater germanam uxoris suae accipiat; si quis novercam duxerit; si quis consobrinae sobrinaeve se societ: quod ut a praesenti tempore prohibemus, ita ea quae sunt anterius instituta non solvimus; si quis relictae avunculi misceatur aut patrui vel privingae concubitu polluatur. Sane quibus coniunctio illicita interdicitur, habebunt ineundi melioris coniugii libertatem.

der römischen Computation. III. Das germanische Recht zählte die Verwandtschaftsgrade in einer vom römischen abweichenden Weise. Während dieses die Regel befolgte: *quot generationes tot gradus*, also die Zahl der Zeugungen zählte, die zur Entstehung des Verwandtschaftsverhältnisses nothwendig gewesen waren, zählte jenes nach der später in die Worte gefassten Regel: *Tot gradibus collaterales distant inter se, quot uterque (remotior) distat a stipite communi*, d. h. es werden die Zeugungen der einen Seite, und zwar wenn beide ungleich sind, die der längeren bis zum gemeinsamen Stammvater gezählt[3]. Dieser germanischen Computationsweise bediente sich in der Kirche zuerst *Gregor I.*[4], und sie ist in der Folgezeit die allgemein übliche. IV. Die *römische* Kirche setzte an die Stelle der bisherigen Eheverbote das Prinzip, dass Ehen in der Verwandtschaft überhaupt verboten seien[5], und fixirte endlich das Ehehinderniss auf den siebenten Grad[6], ohne dass indessen diese Auffassung bei den verschiedenen Völkern gleichmässig Platz gegriffen hätte[7]. Im Frankenreiche blieben die Ehen zwischen Geschwisterenkeln gültig, und wurden auch durch das *Capit. Vermerianum* vom Jahre 753[8] nur mit Busse belegt; aber schon im neunten Jahrhundert wurde ihnen ein imped. dirimens entgegengestellt[9], und endlich im elften Jahrhundert die Ausdehnung auf den siebenten Grad deutscher, jetzt auch definitiv kanonischer Computation[10] fast allgemein. Sehr bald aber traten der Verwirklichung dieses Rechtes derartige praktische

§. 144. 3) Röm. Comput. Germ. Comput.





A mit BC im I. Gr.	A mit BC im I. Gr.
A mit DE im II. Gr.	A mit DE im II. Gr.
A mit FG im III. Gr.	A mit FG im III. Gr.
B mit C im II. Gr.	B mit C im I. Gr.
B mit E im III. Gr.	B mit E im II. Gr.
B mit G im IV. Gr.	B mit G im III. Gr.
D mit E im IV. Gr.	D mit E im II. Gr.
F mit G im VI. Gr.	F mit G im III. Gr.
F mit E im V. Gr.	F mit E im III. Gr.

4) *Greg. Ep. XI.*, 64: Quaedam terrena lex in Romana republica permittit, ut sive fratris et sororis, seu duorum fratrum germanorum vel duorum sororum filius et filia misceantur. Sed experimento didicimus ex tali coniugio sobolem non posse suscrescere, unde necesse est, ut iam tertia vel quarta generatio fidelium licenter sibi iungi debeat. Nam in secunda quam praediximus omnino debet abstineri.

5) *c.* 17. *C. XXXI. qu.* 2. (*C. Roman.* 1059 *c.* 11.): De consanguinitate sua nullus uxorem ducat usque post septimam generationem, uel quousque parentela cognosci poterit.

6) *Leo III. an d. baier. Bischöfe* 800: Reperimus quippe in B. Isidoro Spaniensi episcopo, sic usque in VII. generationem obscrvare et sic copulare, quia in VII. die quievit Dominus ex omnibus operibus suis et in novellis Romanorum legibus instar invenitur.

7) *Gregor II. an Bonifacius* (*Jaffé Mon. Mog. p.* 88): Dicimus quod oportuna quidem quamdiu se agnoscunt affinitati propinquos, ad huius copulae non accedere societatem; sed quia temperantia magis et praesertim in tam barbaram gentem placet plus quam districtione censurae, concedendum est, ut post quartam generationem iungantur.

8) *Capit. Vermer.* 753 *c.* 1: In tertio genuculum separantur; et post poenitentiam actam, si ita voluerint, licentiam habent aliis se coniungere. In quarta autem coniunctione si inventi fuerint, eos non separamus, sed poenitentiam eis iudicamus. Attamen si factum non fuerit, nullam facultatem coniungendi in quarta generatione damus.

9) *C. Mogunt.* 813 *c.* 54: Contradicimus quoque, ut in quarta generatione nullus amplius coniugio copuletur: ubi autem post interdictum factum inventum fuerit, separetur.

10) *Petr. Damiani de gradib. parentelae:* Erat autem (zu Ravenna) de consanguinitatis gradibus plurima disceptatio, atque iam res eo usque processerat, ut sapientes civitatis in unum convenientes sciscitantibus Florentinorum veredariis rescripserint, septimam generationem canonica auctoritate praefixam ita debere intelligi, ut numeratis ex uno latere generis quatuor gradibus, atque ex alio tribus, iure iam matrimonium posse contrahi videretur.

Schwierigkeiten entgegen, dass *Innocenz III.* auf dem *Lateranconcil* von 1215[11] das Ehehinderniss auf den vierten Grad beschränkte, und dies ist das noch heute geltende Recht der katholischen Kirche. V. Die Reformation war in der Negation des katholischen Rechtes einig[12], aber sie entbehrte eines Prinzipes für positive Festsetzung. Dieses wurde gefunden im mosaischen Recht[13], dessen einzelne Bestimmungen generalisirt wurden, und im römischen[14]; je mehr aber die Wissenschaft die Unverbindlichkeit der mosaischen Normen festgestellt hatte, um so schwankender wurde der Rechtszustand[15], bis er durch das Reichsrecht[16] eine einheitliche Regelung gefunden hat.

§. 144. 11) *c.* 8. *X*(4,14): Cum ergo prohibitiones de coniugio in secundo et tertio adfinitatis genere minime contrahendo, et de sobole suscepta ex secundis nuptiis, cognationi viri non copulanda prioris, et difficultatem frequenter inducant, et aliquando periculum pariant animarum cum cessante prohibitione, cesset effectus: constitutiones super hoc editas, sacri adprobatione concilii reuocantes, praesenti constitutione decernimus, ut sic contrahentes de caetero libere copulentur. Prohibitio quoque copulae coniugalis quartum consanguinitatis et adfinitatis gradum de cetero non excedat: quoniam in ulterioribus gradibus iam non potest absque gravi dispendio huiusmodi prohibitio generaliter observari. Quaternarius vero numerus bene congruit prohibitioni coniugii corporalis, de quo dicit Apostolus, quod vir non habet potestatem sui corporis, sed mulier: neque mulier habet potestatem sui corporis, sed vir: quia quatuor sunt humores in corpore qui constant ex quatuor elementis. Cum ergo iam usque ad quartum gradum prohibitio coniugalis copulae sit restricta: eam ita volumus esse perpetuam, non obstantibus constitutionibus super hoc dudum editis vel ab aliis vel a nobis: ut si quis contra prohibitionem huiusmodi praesumpserit copulari, nulla longinquitate defendatur annorum . . .

12) *Luther, Von Ehesachen:* Der Sippschaft halben und Geliede der Freundschaft, wäre mein Rath, man liesse es bei weltlichen Rechten bleiben, oder will man ja nach dem geistlichen Rechte das Dritte und vierte Gelied auch verboten halten, lass ich geschehen. Denn umb der wüsten, groben, wilden Leute willen, welche das Evangelion verachten, zu ihrem Muthwillen missebrauchen, wollt ich, dass sie wider in's funfte, noch in's sechste, noch in's siebente Gelied müssten greifen; denn sie sind keines Trosts noch Freiheit werth. Es geschehe nu, was da will, mit diesen, so soll man doch schaffen, dass denen, so in's dritte oder vierte Gelied gegriffen haben, oder noch greifen, kein Gewissen für Gott gemacht werde, sonderlich, wo es sonst gute, fromme, vernünftige Leute sind, weil es im kaiserlichen Recht und in der Schrift nicht verboten ist und am Tage ist, dass der Papst und die Geistlichen selbs das Verbot im dritten und vierten Gelied nicht halten, sondern nehmen Geld, und verkäufen beide, das vierte und dritte Gelied, das ander wohl dazu. Kann solchs der Mammon ohne Gottes Wort thun, so soll's auch Gottes Wort ohn den Mammon konnen thun.

13) *Gutachten von Melanchthon im Fall Zaschwitz:* Alss in der ersten stifftung dess ehestanndes im Paradis wirt anfenglich vnd allein die Vormischung in linea recta ascendentium verboten, dass kein Vater noch mutter mit den kindern, vnnd herkegenn keine kinder mitt Vater vnd Mutter sich vermischen sollen, der man spricht got wirt Vater vnd Mutter verlassen und seinem weibe anhangenn, Die andern grade seint nachmalss vmb angezeigter vrsach willenn von got verboten, damit Keuschheit deste bass zuerkennenn, vnd vonn Aller gott wiederwertiger Vnreinigkeith zue vnderscheiden were, Vnd hat kein Creatur macht, dieselben grade vnd Verbot aufftzuehebenn, oder anndere gebot darkegen zuordenen, Es kann auch kein Creatur in diesenn graden vnd vorbotenn auss eigner gewalth dispensiren, wie der Babst in vielen solchen fellenn sich vnderstandenn, vnd Got darmit greulich erzurnet hatt, . . . Dieses alless ob ess wol war ist, so ist dennoch hiergegen diese Anttwortt, auch recht, vnnd mit nichte zuuorwerffen, Inn götlichenn gebotenn vnd verboten, soll man betrachten, welche got selb vnwandelbar weise gehalten, Oder aber in welchen er etwa selb dispensirt, vnnd mit denen Armen Mentzschenn gedult gehabt hat, Item, welche erstlich vnd hernacher gegeben sein, welche denn andern bissweilenn haben weichenn mussenn.

14) *Renovat. Nordlingens.* 1525: Nullas personas arcemus a matrimonio, quas dominus non arcet et leges Caesareae non vetant, atque hic Mosen sequimur. Levit. 8.

15) *Oesterr. b. Gesetzb.* §. 65: Zwischen Verwandten in auf- und absteigender Linie; zwischen voll- und halbbürtigen Geschwistern; zwischen Geswisterkindern; wie auch mit den Geschwistern der Aeltern, nähmlich mit dem Oheim und der Muhme väterlicher und mütter-

§. 145. 2. Schwägerschaft.

Otto, In Oelrichs thesaur. dissertat. Belgic. T. III. p. 2. Gmelin, De vero conceptu affinitatis eiusque gradibus et generib., Tubing. 1801. Lämmer, In Arch. f. kath. K.-R. XI, 150 ff.

I. Die Ehe zwischen dem einen Ehegatten und den Blutsverwandten des anderen war im *mosaischen* Recht in dem Umfange untersagt, dass eheliche Verbindungen mit Stieftochter, Stiefenkelin, Stiefmutter, Schwiegermutter, Schwiegertochter, Wittwe des verstorbenen Bruders[1], Bruders-Wittwe, Tochter des Stiefsohnes, Schwester der noch lebenden Frau zu den verbotenen gezählt wurden. Im *römischen* Recht zunächst nur mit Schwiegermutter, Schwiegertochter, Stiefmutter, Stieftochter, dann auch mit der Frau des verstorbenen Bruders und der Schwester der verstorbenen Frau. Schon bei dem *h. Augustin* tritt aber für das dem Verbote zu Grunde liegende Prinzip die Auffassung entgegen, dass beide Eheleute ein Fleisch seien, und diese von der Kirche angenommene Anschauung[2] musste zu Wege bringen, dass das Eheverbot wegen Schwägerschaft so weit erstreckt wurde, wie das wegen Blutsverwandtschaft[3], und an den Wandlungen des letzteren so wie an der endgültigen Fixirung desselben Antheil nahm. II. Wurde somit die copula carnalis als das dem Verbote zu Grunde liegende Moment anerkannt, so ergab sich die Ausdehnung des Ehehindernisses 1. auf den ausserehelichen Beischlaf (*affin. illegitima*)[4] und 2. auf den Fall, wo ein Ehegatte mit Blutsverwandten des anderen concumbirt hatte, bezüglich des Verhältnisses unter den Ehegatten (*aff. superveniens*)[5. 6]. Für die aff. illegit. setzte das *Tridentinum*[7] fest, dass sie

licher Seite kann keine gültige Ehe geschlossen werden; es mag die Verwandtschaft aus ehelicher oder unehelicher Geburt entstehen.

§. 144. 16) *Reichsges. v.* 6. *Febr.* 1875 §. 33: Die Ehe ist verboten: 1. zwischen Verwandten in auf- und absteigender Linie, 2. zwischen voll- und halbbürtigen Geschwistern, 3. zwischen Stiefeltern und Stiefkindern, Schwiegereltern und Schwiegerkindern jeden Grades, ohne Unterschied ob das Verwandtschafts- oder Schwägerschaftsverhältniss auf ehelicher oder ausserehelicher Geburt beruht und ob die Ehe, durch welche die Stief- oder Schwiegerverbindung begründet wird, noch besteht oder nicht, 4. zwischen Personen, deren eine die andere an Kindestatt angenommen hat, so lange dieses Rechtsverhältniss besteht, 5. zwischen einem wegen Ehebruchs Geschiedenen und seinem Mitschuldigen. Im Falle der Nr. 5 ist Dispensation zulässig.

§. 145. 1) *V. Mose* 25, 5: Wenn Brüder bei einander wohnen, und einer stirbt ohne Kinder, so soll des verstorbenen Mannes Weib nicht einen fremden Mann draussen nehmen, sondern ihr Schwager soll sie zum Weibe nehmen, und sie ehelichen. (Leviratsehe.)

2) *c.* 15. *C. XXXV. qu.* 2: Si uir et uxor non iam duo, sed una caro sunt, non aliter nurus est deputanda, quam filia.

3) *c.* 7. *ib.*: Nullum in utroque sexu permittimus ex propinquitate sanguinis sui uel uxoris usque in septimum generis gradum uxorem ducere, uel incesti macula copulari. Preterea illud quoque adiecimus, quia, sicut non licet cuiquam Christiano de sua consanguinitate, sic etiam nec licet de consanguinitate uxoris suae coniugem ducere propter carnis unitatem.

4) *c.* 9. *X.* (4, 13. *Innoc. III.*): Veniens ad apostolicam sedem laicus nobis proposuit, quod cum tempore infantiae suae quandam puellam se ducturum iurauerit in uxorem, quam cito ad legitimam peruenisset aetatem: pater puellae confoederatione huiusmodi fideiussorum obligatione hincinde firmata, eum in propriam domum recepit, et nutriuit insimul cum puella: deinde ex conuersatione diuturna, sorori puellae carnaliter se coniunxit. tandem amicorum suorum deuictus instantia, quam iurauerat in uxorem accepit: et nuptiis celebratis, quando se illi opportunitas ingerebat, cognoscebat utramque. Verum licet in praesentia tua super hoc fuerit adcusatus, conuinci tamen non potuit, nec suum voluit confiteri delictum: nunc autem reuersus ad cor, poenitens de commissis, salutis suae consilium requirit impendi. Cum igitur non tantum a malo, sed ab omni specie mali praecipiat Apostolus abstinere: mandamus, quatenus praedicto pro huiusmodi enormitatis excessu iniuncta poenitentia competenti, consulas ei, monens illum salubriter, et inducens, ut de caetero abstineat ab utraque.

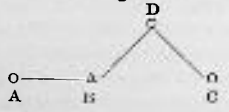
5) *c.* 30. *C. XXVII. qu.* 2. (*c.* 12. *Cap. Vermer. ao.* 753): Qui dormierit cum duabus sororibus, et una ex illis ante uxor fuerat nec unam ex ipsis habeat, nec ipsi adulteri unquam in coniugio copulentur.

ehehindernde Wirkung nur bis zum zweiten Grade äussern sollte. Die aff. superveniens sollte keine Vernichtung der Ehe zur Folge haben, sondern nur dem unschuldigen Ehegatten die Berechtigung gewähren, die eheliche Pflicht zu versagen. III. Die Affinität ergreift nicht die Blutsverwandten des einen und die des anderen Ehegatten (*aff. non parit affinitatem*); aber anknüpfend an eine vereinzelte Bestimmung des römischen Rechtes stellte die Kirche auch den Begriff der *aff. secundi generis*[8. 9] auf (Beziehung des einen Ehegatten zu den Verschwägerten des anderen) und *tertii generis* (zwischen dem einen Ehegatten und seinen affines secundi generis). Dieses Eheverbot ist aber von *Innocenz III.* im Jahre 1215 aufgehoben worden. IV. Das römische Recht erachtete aus Gründen des Anstandes Ehen zwischen der Braut und dem Vater des Bräutigams, und des Sohnes mit der Braut des Vaters für verboten (*imped. publicae honestatis*). Dies erweiterte die Kirche zu einem *imped. quasi affinitatis*[10], welches den einen Verlobten und die Blutsverwandten des anderen umfasste und den einen Ehegatten und die Blutsverwandten des anderen bei einer nicht consummirten Ehe. Durch das Tridentinum[11] ist dies Hinderniss auf den ersten Grad beschränkt worden. V. Das protestantische Recht ging auch hier auf das mosaische und römische Recht zurück, und zwar mit der gleichen Unsicherheit wie bei der Blutsverwandtschaft. Das moderne Partikularrecht[12]

§. 145. 6) *c.* 10. *X.* (4, 13 *Innoc. III.*): Tuae fraternitatis deuotio postulauit, utrum is, qui cum sorore legitimae coniugis fornicatur, cum uxore possit postmodum commorari, et exigere debitum, ac soluere requisitus. Nos igitur respondemus, quod uxor et a commixtione viri abstineat propter publicam honestatem, et in continentia maneat, donec vir viam uniuersae carnis ingressus fuerit, diligentius est monenda. Quod si forte commonitioni parere recusans talis fuerit, ut de lapsu timeatur ipsius, vir eius poterit et debebit cum Dei timore debitum ei soluere coniugale, cum adfinitas post matrimonium inique contracta, illi nocere non debeat, quae iniquitatis particeps non existit.

7) *C. Trident. Sess. XXIV. de ref. matr. c.* 4: Praeterea sancta synodus, eisdem et aliis gravissimis de causis adducta, impedimentum, quod propter affinitatem ex fornicatione contractam inducitur, et matrimonium postea factum dirimit, ad eos tantum, qui in primo et secundo gradu coniunguntur, restringit; in ulterioribus vero gradibus statuit, huiusmodi affinitatem matrimonium postea contractum non dirimere.

8) affin. I. generis

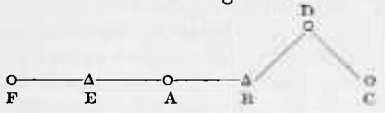


A mit den Blutsverwandten der B.

affin. II. gen.

A heirathet nach dem Tode der B die E: zwischen dieser u. den Blutsverwandten des B.

affin. III. gen.



A heirathet nach dem Tode der B die E, diese nach dem Tode des A den F: zwischen diesem und den Blutsverwandten der B.

9) *c.* 12. *C. XXXV. qu.* 2: Et hoc quoque statutum est, ut relictam patris uxoris suae, relictam fratris uxoris suae, relictam filii uxoris suae nemo sibi in matrimonium sumat; relictam consanguineorum uxoris suae usque in tertiam progeniem nemo in uxorem sumat; in quarta autem et in quinta si inuenti fuerint, non separentur.

10) *c.* 32. *C. XXVII. qu.* 2. (*C. Tribur.*): Si quis sponsam filii sui oppresserit, et postea filius eius eam duxerit, pater postmodum non habeat uxorem, nec mulier uirum. Filius, qui facinus patris ignorauit, aliam accipiat.

11) *C. Trident. Sess. XXIV. de ref. matr. c.* 3: Iustitiae publicae honestatis impedimentum, ubi sponsalia quacunque ratione valida non erunt, sancta synodus prorsus tollit. Ubi autem valida fuerint, primum gradum non excedant, quoniam in ulterioribus gradibus iam non potest huiusmodi prohibitio absque dispendio observari.

12) *Oesterreichisches b. Gesetzb.* §. 66: Aus der Schwägerschaft entsteht das Ehehinderniss, dass der Mann die §. 65. erwähnten Verwandten seiner Ehegattin, und die Gattin die daselbst erwähnten Verwandten ihres Mannes nicht ehelichen kann. (Vgl. §. 144. no. 15.)

wich mannigfach von einander ab, ist aber jetzt den Bestimmungen des Reichsrechtes gewichen. (§. 144. Not. 16.)

§. 146. 3. Nachgebildete Verwandtschaft.

Laurin, In Arch. f. kath. K.-R. XV, 216 ff.

I. Das *römische* Recht lässt aus der *Adoption* eine in gewissen Beziehungen ehehindernde Verwandtschaft (*cognatio legalis*) entstehen[1]. Das *canonische* Recht folgt diesem Vorgange[2], und auch das *protestantische* Recht kennt, wenn auch in geringem Umfange ein imped. dirimens cognationis legalis. Das *Reichsgesetz* verbietet die Ehe zwischen Adoptiveltern und -Kindern nur für die Dauer des Adoptionsverhältnisses. II. Seit Ausbildung der Kindertaufe wurde eine eheliche Verbindung zwischen Täufling und Pathen für unpassend erachtet und durch *Justinian* verboten[3]. Die spätere Zeit erweiterte dies Ehehinderniss der *cognatio spiritualis*[4. 5], so dass im XIII. Jahrhundert die Ehen des Taufenden mit dem Täufling und dessen Eltern, der Pathen unter sich und mit denselben Personen, der Kinder der Pathen mit dem Täufling, ja sogar zwischen den überlebenden Ehegatten der Pathen und dem Täufling und dessen Eltern verboten wurden. Das *Tridentinum*[6] restringirte das Ehe-

§. 146. 1) *l.* 14. §. 4. *de ritu nupt.* (23, 2): ... et is qui adoptivus est, nec naturalis patris nec adoptivi uxorem ducere potest. *Ebendas. pr.* adoptivus filius si emancipetur, eam quae patris adoptivi uxor fuit, ducere non potest ... §. 1. Item si quis filium adoptaverit, uxorem eiusdem, quae nurus loco est, ne quidem post emancipationem filii ducere poterit. *l.* 17. *ibid.*: Per adoptionem quaesita fraternitas eousque impedit nuptias, donec maneat adoptio ... §. 2. Utique autem amitam et amitam magnam prohibemus uxorem ducere etsi per adoptionem nobis coniunctae sint. *l.* 55. *ibid.* Quin etiam nefas existimatur, eam quoque uxorem ducere, quae per adoptionem filia neptisve esse coeperit, in tantum, ut, etsi per emancipationem adoptio dissoluta sit, idem iuris maneat. §. 1. Patris adoptivi mei matrem, aut materteram, aut neptem ex filio uxorem ducere non possum, scilicet si in familia eius sim; alioquin si emancipatus fuero ab eo sine dubio nihil impedit nuptias, scilicet quia post emancipationem extraneus intelligor.

2) *Anweisung f. d. österr. geistl. Gerichte* §. 28: Eine Annahme an Kindesstatt, welche der Arrogation oder vollständigen Adoption des römischen Rechtes im Wesentlichen entspricht, hindert nach der jetzt bestehenden Uebung der Kirche, auch nachdem sie aufgehoben worden ist, das Zustandekommen einer Ehe zwischen dem Adoptirenden und dem Adoptirten, so wie jenen Nachkommen des letzteren, welche zur Zeit der Adoption unter dessen väterlicher Gewalt standen; dann zwischen dem Adoptirenden und der Gattin des Adoptirten wie auch dem Adoptirten und der Gattin des Adoptirenden. Ueberdiess kann, so lange die Adoption währt, zwischen dem Adoptirten und des Adoptirenden leiblichen, rechtmässigen unter der väterlichen Gewalt stehenden Kindern keine giltige Ehe geschlossen werden. Die Annahme an Kindesstatt des österreichischen Gesetzes hindert inner den gedachten Gränzen die Giltigkeit der Ehe, wofern das Wahlkind der väterlichen Gewalt des Adoptirenden unterstellt oder in dessen Haus, um mit ihm wie das Kind mit den Eltern zusammenzuleben, aufgenommen wird. Wenn es aber weder unter die väterliche Gewalt des Adoptirenden kömmt, noch zu dessen Hausgenossen wird, so ist die Adoption des österreichischen Gesetzes der unvollkommenen gleichzustellen, und bringt kein Ehehinderniss mit sich.

3) *l.* 26. *C. Iust.* (5, 4): Ea ... persona omnimodo ad nuptias venire prohibenda, quam aliquis ... a sacrosancta suscepit baptismate, quum nihil aliud sic inducere potest paternam affectionem vel iustam nuptiarum prohibitionem, quam huiusmodi nexus, per quem Deo mediante animae eorum copulatae sunt.

4) *c.* 2. *C.* XXX. *qu.* 1. (*Capit. Vermer.* 753 *c.* 15.): Si quis filiastrum uel filiastram suam ante episcopum tenuerit ad confirmationem, separetur ab uxore sua, et aliam numquam accipiat. Similiter et mulier.

5) *c.* 3. *ibid.* (*Nicolaus* 858—67): ... Ergo si non ex consensu utriusque coniugis factum esse probatur, non fraudentur inuicem, sed reuertantur in id ipsum.

6) *C. Trident. Sess.* XXIV. *de ref. matr. c.* 2. (*siehe oben* §. 132. *no.* 67.): ... Ea quoque cognatio, quae ex confirmatione contrahitur, confirmantem et confirmatum, illiusque patrem

hinderniss, welches analog auch aus der *Firmung* entsteht, wesentlich. In das *protestantische* Recht hat es, obgleich in den Bekenntnissschriften[7] verworfen, nur auf kurze Zeit Eingang gefunden[8]; dem Reichsrecht ist es fremd.

§. 147. H. Imped. criminis.

Uihlein, In Weiss Arch. V, 249 ff. München, In Ztschr. f. Phil. u. kath. Theol. 1842. Herrmann In Jahrb. f. deutsche Theol. V. (1860) S. 254 ff. Schultz, De adulterio matr. imped., Berol. 1857.

I. Die lebenslängliche Busse, wie sie die alte Kirche für Ehebrecher aussprach, hatte von selbst die Consequenz, dass diese sich weder unter einander noch mit dritten verheirathen konnten. Als die Busse zeitlich ermässigt wurde, war nach Absolvirung derselben die Ehe in einzelnen Theilen der Kirche erlaubt, in anderen verboten. In allen Fällen sollte aber der Bischof die Ehe gestatten dürfen, wenn nicht noch besondere Momente, wie Lebensnachstellung gegenüber dem unschuldigen Ehegatten[1], oder Eheversprechen[2] unter den Ehebrechern solche Ehen als unzulässig erscheinen liessen. Bei *Gratian*[3] ist Ehebruch nur in den gedachten beiden Fällen, dann aber ein trennendes Ehehinderniss. Dies ist auch das heutige Recht der Kirche[4], nur dass noch der

et matrem, ac tenentem non egrediatur; omnibus inter alias personas huius spiritualis cognationis impedimentis omnino sublatis.

§. 146. 7) *Art. Schmalcald.* de pot. episc.: ... traditiones de cognatione spirituali sunt iniustae.

8) *Württemberg. Ehe-Ordn.* 1553: Keinem soll auch zugelassen werden, sein angenommen adoptiert kind, oder das er auss dem Tauff gehaben, noch auch das in seiner verpflegung oder bevogtung ist, jme selbst oder sein, des Pflegers oder Vormunders Sohn oder Tochter, anderst dann die recht zulassen, bei unser ungnad und straff, zu verelichen.

§. 147. 1) *C. Meldense* 845 *c.* 69: Is, qui vivente marito coniugem illius adulterasse accusatur, et eo in proximo defuncto eandem sumsisse dignoscitur, omnimodis publicae poenitentiae subigatur. De quo etiam post poenitentiam praefata, si expedierit, servabitur regula, nisi forte idem aut mulier virum, qui mortuus fuerit, occidisse notetur, aut propinquitas, aut alia quaelibet actio criminalis impediat. Quod si probatum fuerit, sine ulla spe coniugii cum poenitentia perpetuo maneant. Si autem negaverit, se eandem feminam nequaquam adulterasse, et praefati homicidii nemo eorum reus extiterit, et probatis testibus neuter eorum convinci potuerit, purgent legaliter famam suae opinionis et sumto utantur coniugio, si alia, ut diximus, non praepedit ratio.

2) *C. Tribur.* 895: *c.* 40: Audivimus rem execrabilem et Catholicis omnibus detestandam, quendam nefario fornicationis opere alicuius uxorem, vivente eo commaculasse, et in argumentum iniquitatis iuramento confirmasse, si eius legitimum supervixerint ambo maritum, ut ille fornicator illam adulteram adulterio pollutam sibi associaret thoro et legitimo matrimonio, si hoc iure dici matrimonium potest, per quod oriuntur, quae Apostolus enumerat, mala, quae sunt fornicatio, immundita, luxuria etc., ad ultimum vero veneficia et homicidia, quia pro tam illicito amore alii veneno, alii gladio, vel alii diversis sunt peremti maleficiis. Idcirco acutissimo ferro, ac totius generis artificio resecanda, per quae coelestia regna sunt occludenda, quoniam, ut item Apostolus ait, qui talia agunt, regnum Dei non consequentur. Tale igitur connubium anathematizamus et Christianis omnibus obseramus. Non licet ergo, nec Christianae religioni oportet, ut ullus ea utatur in matrimonio, cum qua prius pollutus est adulterio.

3) *c.* 3. *C. XXXI. qu.* 1. (*c.* 51. *C. Tribur.*): Illud uero communi decreto secundum canonum instituta diffinimus et preiudicamus, ut, si quis cum uxore alterius uiuente eo fornicatus fuerit, moriente marito sinodali iudicio aditus ei claudatur illicitus, nec ulterius ei coniungatur matrimonio, quam prius polluit adulterio. Nolumus enim, nec Christanae religioni conuenit, ut ullus ducat in coniugium quam prius polluit per adulterium. *Gratian.* Hic subaudiendum est, nisi peracta post penitenciam et si nichil in morte uiri machinatus fuerit, uel si uiuente uiro fidem adulterae non dedit, sumpturum eam sibi in coniugem, si uiro eius superuiueret.

4) *Anweis. f. d. österr. geistl. Ger.:* §. 36. Zwischen zwei Personen, welche mit einander Ehebruch getrieben haben, kann keine Ehe geschlossen werden, wofern dieselben bei Lebzeiten des anderen Gatten einander die Ehe versprochen oder sogar gewagt haben, mit einander thatsächlich eine Ehe zu schliessen, oder wofern auch nur Ein Theil, um sich mit dem anderen verehelichen zu

Ehegattenmord auch ohne Ehebruch als imped. hinzutritt, falls er von beiden Theilen begangen, und auch nur Einer der Mörder die Absicht gehabt hat, dadurch zur Ehe zu gelangen. II. *Luther*[5] verwarf dies Ehehinderniss[6.7], welches indessen von der Consistorialpraxis des 17. und 18. Jahrhunderts und von der Landesgesetzgebung[8.9] in der canonischen Gestalt wieder zur Anwendung gebracht wurde. Doch wurde auch bei nicht qualificirtem Ehebruch dem Ehebrecher die Wiederverheirathung nur nach vollbrachter Busse verstattet. Nach *Reichsrecht* bildet jeder Ehebruch ein öffentliches, trennendes, relatives Ehehinderniss, wenn er zur Scheidung der Ehe geführt hat. Doch ist Dispensation zulässig.

§. 148. I. Das Ehehinderniss der Religionsverschiedenheit.

Wiesehahn, De imped. disparitatis cultus, Berol. 1865. Friedberg und Wasserschleben, In Ztschr. f. K.-R. IX. (Multer), Rechtfertigung der gemischten Ehen, Cöln 1821. Ueber die gemischten Ehen, Stuttg. 1827. Döllinger, Ueber gemischte Ehen, Regensb. 1838. Gründler, Ueber die Rechtmässigkeit gemischter Ehen, Leipzig 1838. Kutschker, Die gemischten Ehen, Wien 1838, 3. Aufl. 1842., Rationaler u. histor. Standpunct zur Beurtheilung des Verhältnisses zwischen Staatsregierungen und dem röm. Stuhle, in Beziehung auf gemischte Ehen etc., Cöln 1838. v. Ammon, Die gemischten Ehen, Dresd. 1838. Sammlung einiger Landesgesetze über gemischte Ehen, Regensburg 1839. Roskovány, De matr. mixt., Quinqueecc. 1842, 2. T. Reinerding, Die Principien des kirchl. Rechts in Ansehung der Mischehen, Paderborn 1853. Schulte, Ueber gem. Ehen vom Standp. d. Parität, Prag 1862. Aich, In Arch. f. kath. K.-R. XIV, 321 ff. Vering, ebendas. X, 118 ff.

I. Wenn auch Väter[1.2] und Concilien Ehen zwischen Christen und Nichtchristen missbilligen, so findet sich doch ein Verbot derselben im Westreiche[3]

können, dem Gatten, dessen Rechte er durch den Ehebruch verletzt, mit Erfolg nach dem Leben gestellt hat. §. 37. Der Gattenmord hindert die Ehe zwischen dem desselben schuldigen Gatten und der Person, mit welcher er zur Vollbringung des Verbrechens zusammengewirkt hat, wofern auch nur Ein Theil die That in der Absicht verübte, dadurch seine Verehelichung mit dem anderen möglich zu machen.

§. 147. 5) *Luther v. d. babyl. Gefängn. d. Kirche:* ... Ein gleich verstockte Thorheit, ja mehr ein Unmildigkeit, ist die Hindernuss des Lasters, so einer zu der Ehe nähme, die er vor mit dem Ehebruch befleckt hat, oder unterstanden, den vorigen Ehemann umbzubringen, auf dass er mit der Uberbliebenen sich mög vermählen. Ich bitt dich, wo kumpt doch her diese Strenge der Menschen gegen den Menschen, die doch Gott nie erfordert hat? Wissen sie nit, dass Bersebea, ein Hausfrau Uriä, beide Laster erfüllet hat, beflecket mit dem Ehebruch, und nach Umbringung ihres Manns, dannocht gechelichet vom David, dem heiligsten Mann? Hat das göttliche Gesatz dieses nachgelassen, was thund dann die tyrannischen Menschen wider ihre Mitknecht?

6) *Niedersächs. Kirchenordn.* 1585: Die Ehe zwischen dem Ehebrecher und der Ehebrecherin verbietet das kanonische Recht ernstlich; „aber in den reformirten Evangelischen Konsistoriis, wirt nach des Davids Exempel (II. Sam. 2) in dieser Frage gemeiniglich gesprochen, und die scherffe iuris kanonici gemildert."

7) *Ordon. de Genève* 1541: Celuy qui aura commis adultere avec la femme d'autruy, quand il sera venu en notice, ne la puisse prendre en mariage pour le scandale et les dangers qui y sont.

8) *Oesterr. b. Gesetzb.* §. 62: Wenn zwey Personen, auch ohne vorhergegangenen Ehebruch, sich zu ehelichen versprochen haben, und wenn, um die Absicht zu erreichen, auch nur eine von ihnen dem Gatten, der ihrer Ehe im Wege stand, nach dem Leben gestellet hat; so kann zwischen denselben auch dann, wenn der Mord nicht wirklich vollbracht worden ist, eine gültige Ehe nicht geschlossen werden.

9) *Oesterr. b. Gesetzb.* §. 67: Eine Ehe zwischen zwey Personen, die mit einander einen Ehebruch begangen haben, ist ungültig. Der Ehebruch muss aber vor der geschlossenen Ehe bewiesen seyn.

§. 148. 1) *Cyprian ep. de lapsis:* Iungere cum infidelibus vinculum matrimonii, quod nihil aliud est, quam prostituere gentilibus membra Christi.

2) *Ambros. de Abraham c.* 9: ... cave christiane, gentilem atque alienigenam, h. e. haereticam, et omnem alienam a fide tua uxorem accersas tibi ... Primum ergo in coniugio religio quaeratur.

3) *Tancred Summa de matr. tit.* 24: Sequitur de dispari cultu, scilicet quando unus eorum est catholicus et alter haereticus, unus Christianus et alter Iudaeus vel paganus, qui contrahere volunt. Quando sunt disparis professionis, non potest contrahi matri-

nicht. Nur dass die Ehen mit den Juden durch das weltliche Recht[4] untersagt und für nichtig erklärt wurden. Nach Verbreitung des Christenthums konnte von Ehen mit Heiden wenig und nur im Missionsgebiete die Rede sein, von Ehen mit Juden, wenn man deren rechtliche Gesammtlage erwägt, noch weniger. So findet sich denn auch keine allgemein verbindliche Norm[5. 6], welche sie verböte, und erst durch Gewohnheitsrecht ist das *imped. disparitatis cultus* als publicum dirimens aufgestellt worden[7]. II. *Luther*[8] verwarf das Ehehinderniss ausdrücklich, aber weder die Theologen[9 10.] noch die Juristen und Gesetze[11. 12] folgten ihm, und es bedurfte erst der Einführung der bürgerlichen Eheschliessungsform und der Feststellung der völligen Rechtsgleichheit für die Juden — denn nur um diese konnte es sich noch praktisch handeln — um das Ehehinderniss wenigstens im deutschen Reiche für das Gebiet des bürgerlichen Rechtes aufzuheben. III. Die Ehen zwischen Katholiken und

monium inter eos, et si contrahant, nullum est matrimonium.

§. 148. 4) *l. 6. Cod. de Iudaeis* (1, 9 *ao.* 388): Ne quis Christianam mulierem in matrimonium Iudaeus accipiat, neque Iudaeam Christianus coniugio sortiatur: nam si quis aliquid huiusmodi admiserit, adulteri vicem commissi huius crimen obtinebit: libertate in accusandum publicis quoque vocibus relaxata.

5) *c.* 6. *C. Arvern.* 535: Si quis iudaicae pravitati iugali societate coniungatur, et seu Christiana Iudaeo, seu Iudaeus Christianae mulieri carnali consortio misceatur, quicumque horum tantum nefas admisisse dignoscitur, a Christianorum coetu atque convivio et communione Ecclesiae, cuius sociatur hostibus segregetur.

6) *c.* 63. *C. Tolet. IV.* (633.): Iudaei, qui christianas mulieres in coniugio habent, admoneantur ab Episcopo civitatis ipsius; ut si cum eis permanere cupiunt, christiani efficiantur. Quodsi admoniti noluerint, separentur; quia non potest infidelis in eius permanere coniugio, quae iam in christianam relata est fidem. Filii antem, qui ex talibus nati existant, fidem atque conditionem matris sequantur. Similiter et hi qui procreati sunt de fidelibus viris et infidelibus mulieribus christianam sequantur religionem. . .

7) *Benedict XIV. Bulle Singulari nobis:* Omnes consentiunt ob cultus disparitatem irrita matrimonia esse, non quidem iure s. canonum, sed generali Ecclesiae more, qui pluribus abhinc saeculis viget ac vim legis obtinet.

8) *Luther v. ehel. Leben:* Die funfte ist Unglaube, nämlich, dass ich keine Turkin, Jüdin oder Ketzerin nehmen mag. Mich wundert, dass sich die Freveltyrannen nicht in ihr Herz schämen, so offentlich wider den hellen Text Pauli I. Cor. 7 sich setzen, da er spricht: Will ein heidnisch Weib oder Mann bei dem Christen-Gemahl bleiben, soll er sich nicht von ihr scheiden ... Darumb wisse, dass die Ehe ein äusserlich leiblich Ding ist, wie andere weltliche Hanthierung. Wie ich nu mag mit eim Heiden, Juden, Turken, Ketzer, essen, trinken, schlafen, gehen, reiten, kaufen, reden und handeln, also mag ich auch mit dem ehelich werden und bleiben; und kehre dich nit an der Narren Gesetze, die solches verbieten nichts. Man find wohl Christen, die ärger sind im Unglauben innewendig und der das mehrer Theil, denn kein Jude, Heide oder Turke oder Ketzer. Ein Heide ist ebenso wohl ein Mann und Weib von Gott wohl und gut geschaffen als St. Peter und St. Paul und St. Lucia; schweig denn als ein loser, falscher Christ.

9) *Bullinger V. christl. Ehestand Cap.* 4: Darumb wird ein Christen man im beziehen der Ehe voraussehen, das er den waren glauben nicht verweibe oder verheirate, oder in gefahr stelle ... Wie wollen nun zwey, die solche widerwertige gemüt und fürnemen haben, am einem joch ziehen? An einem joch ziehen, ist ein form also zu reden, and heist gemeinschaft haben, und sich ehelichen verhalten. An frembden joch ziehen heist ein unglaubig gemahel nemen.

10) *Joh. Gerhard loci theol.* §. 391: Quae matrimonia Deus dissolvenda nusquam praecepit, ea posteaquam contracta sunt dissolvi non debent. Talia autem suat fidelium cum infidelibus coniugia.

11) *Cölner Reformat.* 1543: Als sollen die Pastoren die leuth auch getrewlich berichten, wie eine schwere sund, u. von Gott besonders verbotten u. vermaledeiet ist, wo man nit im heiradt vor allem sein ehr u. dienst ansiehet, u. ein rechtgleubigen gemahel suchet, der Gott in Christo unserem Herrn auch erkenne, u. anruffe u. könde also in Gott ein mensch mit seinem gemahel sein.

12) *Oesterr. bürgerl. Gesetzb.* §. 64: Eheverträge zwischen Christen und Personen, die sich nicht zu Christlicher Religion bekennen, können nicht gültig eingegangen werden.

Ketzern sind im östlichen römischen Reiche für nichtig erklärt worden[13]. Auch die abendländische Kirche missbilligte sie, ohne sie indessen — einzelne Rechtslehrer ausgenommen — als nichtige zu bezeichnen[14]. Wenn aber die ganze Frage bei der allgemeinen Rechtslage der Ketzer im Mittelalter eine mehr theoretische war, so wurde sie ausserordentlich praktisch nach der Reformation. Die Kirche hat in Folge dessen auch feste Grundsätze über die sogenannten *gemischten Ehen* aufgestellt, ist aber durch die Zeitverhältnisse mannigfach zum *Dissimuliren* genöthigt worden[15, 16]. Zuvörderst setzte die Kirche solchen Ehen das aufschiebende Hinderniss *mixtae religionis* entgegen, von welchem nur der Papst dispensiren soll[17]. Aber einmal ist die Kirche genöthigt gewesen, den Bischöfen allgemein die Dispensationsgewalt zuzugestehen, und andererseits ist sogar am Anfange unseres Jahrhunderts selbst in geistlichen Gebieten, wie auch in Landesgesetzgebungen, das Ehehinderniss als gar nicht mehr existirend bezeichnet worden[18]. Erst die Schärfung der confessionellen Gegensätze der Neuzeit hat wieder dazu geführt, den strengen Standpunkt zu dem geltenden zu machen[19]. Die Dispensation soll aber nur gewährt werden, nachdem die Nupturienten bestimmte Bedingungen (*cautiones*) zu erfüllen eidlich angelobt haben. 1. Abschwörung der Ketzerei Seitens des nicht

§. 148. 13) *Trullan.* 692: *ἄχυρον τὸν γάμον ἡγεῖσθαι καὶ τὸ ἄθεσμον διαλύεσθαι συνακείσιον.*

14) *Thom. v. Aquino Sent. IV. dist.* 39. *qu.* 1. *art.* 1.: Si aliquis fidelis cum haeretica baptizata matrimonium contrahit, verum est matrimonium, quamvis peccet contrahendo, si sciat eam haereticam, sicut peccaret, si cum excommunicata contraheret; non tamen propter hoc matrimonium dirimetur. (Vgl. oben no. 3.)

15) *Benedict. XIV. Breve v.* 12. *Sept.* 1750 *an d. Fürstb. v. Breslau:* non posse se positivo actu approbare ut dispensationes concedantur inter haereticos vel ipsos inter se et catholicos, sed tamen se posse hoc dissimulare.

16) *Gregor XVI. an d. baier. Bischöfe* 1832: ad graviora evitanda scandala, quandoque in aliquibus locis necesse fuerit, illicita huiusmodi matrimonia tolerare.

17) *Gregor XVI. an d. Baier. Bischöfe* 1832: Nos . . . non potuimus . . . non contristari vehementer ob allatos e vestris Dioecesibus (uti et ex aliis diversis locis) plures certosque nuncios, ex quibus intelleximus, inveniri isthic nonnullos, qui apud Populum curis vestris concreditum fovere omni ope nituntur omnimodam mixtarum nuptiarum libertatem atque ad eam facilius promovendam opiniones disseminant Catholicae veritati contrarias. Scilicet ipsi, ut accepimus, affirmare audent, Catholicos posse libere ac licite Matrimonia cum heterodoxis contrahere non modo non impetrata Ecclesiae Dispensatione (quae iuxta notas regulas in singulis casibus ab hac Apostolica sede imploranda est), sed praetermissis etiam debitis . . . cautelis.

18) *Decisio Rotae Romanae* (*bei Petto Lucca* 1725. *I*, 507.): Ad contrahendum matrimonium, uti elevatum in sacramentum, requiritur solum paritas baptismi, non fidei. Agitur de matrimonio in regionibus, in quibus catholici permistim cum haereticis vivunt, sibique invicem non infestantur, sed familiariter agunt et pacifice coniugaliterque cohabitare consueverunt, ideo haec matrimonia ad instar aliorum contractuum civilium ob amicitiae leges et communem pacem et tranquillitatem conservandam tolerantur ab ecclesia iure consuetudinario, quod moribus utentium communiter receptum habet vim legis et canonum vigorem temperat.

19) *Erlass d. B. Arnoldi v. Trier* 1853: R. R. D. D. parochos tenore praesentium certiores reddimus, dispensationes ab impedimento mixtae religionis in posterum a S. Sede Apostolica esse petendas, cum nos nonnisi in matrimoniis contrahendis urgentioribus, in quibus periculum ita fuerit in mora, ut tempus non adsit adeundi S. Sedem, et dummodo non aliud obstet impedimentum canonicum, ab eiusmodi impedimento dispensare amplius valeamus. In utroque vero casu dispensationis vel papalis vel episcopalis a parte acatholica requiritur iurata promissio coram episcopo aut coram parocho ab ipso delegata emissa permittendi educationem prolis utriusque sexus tam forsan natae quam nasciturae in religione catholica, nec impediendi parti catholicae filiisque liberum catholicae religionis exercitium. Matrimonium vero celebretur coram parocho et testibus iuxta praescripta a S. Concilio Tridentino extra tamen ecclesiam et absque parochi benedictione, omissis etiam proclamationibus consuetis.

katholischen Ehegatten[20]. Diese Bedingung musste überall in Deutschland aufgegeben werden. 2. Versprechen des katholischen Ehegatten, immer in seiner Religion zu verbleiben, und alles zu thun, um den anderen zu bekehren, damit verbunden Versprechen dieses, keine Conversionsversuche gegenüber dem katholischen anstellen zu wollen[21]. 3. Versprechen alle Kinder im katholischen Glauben zu erziehen. Da indessen die Staatsgesetze häufig solche Verträge für unwirksam erklärten, so hat die Kirche sich auch zuweilen mit einer Theilung der Kinder nach dem Geschlecht begnügt. Die Kirche verlangt weiter, dass die gemischten Ehen wie auch die der Protestanten unter sich in der katholisch-kirchlichen Form abgeschlossen werden, und diese soll dahin gestaltet sein, dass der Pfarrer nur vor der Kirchthür die *assistentia passiva* gewähre. Auch hier ist die Kirche zum Dissimuliren genöthigt worden, und *Benedict XIV.* hat für die *Niederlande* von der Nothwendigkeit die tridentinische Trauform zu beobachten abgesehen[22], welche *declaratio* auch auf deutsche Territorien ausgedehnt worden ist. Gegenwärtig greift diese Frage nur in das den Staat nicht interessirende innere kirchliche Leben ein, da alle Ehen der bürgerlichen Schliessungsform bedürfen. III. Auch die evangelische Kirche hat gemischte Ehen gemissbilligt, aber die Stellung, die sie zur Ehe überhaupt einnahm, musste sie verhindern, die katholische Trauform als ungültig zu verwerfen, und hat sie mehr als billig abgehalten, auch ihrerseits einen Einfluss auf die Frage der confessionellen Kindererziehung auszuüben. — Nach *Reichsrecht* ist ein *imp. mixtae religionis* nicht vorhanden.

§. 149. K. Dispensation von den Ehehindernissen.

Corradus, s. oben §. 86. Kreslinger, Diss. sistens theoriam et prax. impetrandi dispensat. quoad imped. matr. Ingolst. 1710. De Iustis, De dispensat. matrim., Venet. 1739.

I. Indispensabel sind die aus dem göttlichen Recht abgeleiteten Hindernisse der Blutsverwandtschaft zwischen Ascendenten und Descendenten und zwischen Geschwistern. Ferner sind indispensabel die auf einem Willensmangel beruhenden Hindernisse und das imped. impotentiae. Diese können jedoch gehoben werden, wenn ein vollwirksamer Consens abgegeben wird, beziehentlich Heilung eintritt. Gewöhnlich indispensabel ist das Hinderniss der Schwägerschaft im ersten Grade der absteigenden Linie, das Hinderniss des Ehebruches mit Mord des unschuldigen Gatten, das *imp. disparitatis*

§. 148. 20) *Benedict XIV. Encycl. f. Polen* 1748: Apostolicae sedis regulis eiusdem agendi ratio constanti usu recepta apprime respondet. Nam quoties ipsam adiri contingit, sive pro obtinenda simplici facultate contrahendi matrimonium inter personas, quarum altera haeresim profitetur, sive praeterea pro obtinenda simul dispensatione super aliquo gradu aliove cannonico impedimento, quod inter contrahentes intercedat, neque licentia neque dispensatio conceditur nisi hac expressa lege seu conditione adiecta, nimirum abiurata prius haeresi.

21) *Breve Pius VI. an d. EB. v. Mecheln* 1782: Ut exigat et recipiat a contrahente haeretico declarationem in scriptis, qua cum iuramento praesentibus duobus testibus, qui debebunt et ipsi subscribere, obliget se ad permittendum comparti usum liberum religionis catholicae, et ad educandum in eadem omnes liberos nascituros sine ulla sexus disdinctione . . . Tertio, ut et ipse contrahens catholicus declarationem edat a se et duobus testibus subscriptam, in qua cum iuramento promittat, non tantum se nunquam apostaturum a religione sua catholica, sed educaturum in ipsa omnem prolem nasciturum, et procuraturum se efficaciter conversionem alterius contrahentis acatholici.

22) *Benedict XIV. declarat. de matrim. in Hollandia et Belgio contractis et contrahendis* (1741): At si forte aliquod huius generis matrimonium (nämlich eine gemischte Ehe) Tridentini forma non servata ibidem contractum iam sit, aut in posterum, quod Deus avertat, contrahi contingat, declarat Sanctitas Sua, matrimonium huiusmodi, alio non concurrente canonico impedimento, validum habendum esse.

cultus. Dispensationsberechtigt ist 1. der Papst von allen trennenden Ehehindernissen und den aufschiebenden *mixtae religionis, voti castitatis, voti ingrediendi religionem.* Derselbe übt seine Befugniss durch die *Dataria, Poenitentiaria, congr. inquisitionis* und *congr. super negotiis extraordin.* 2. Die Bischöfe in den übrigen Fällen, aber die letzteren können auch dispensiren a) kraft besonderer Vollmacht (*ex licentia delegata*), b) wo sich darüber eine von der römischen Curie anerkannte Observanz gebildet hat (*ex licentia praesumpta*), c) ohne besondere Vollmacht *in foro externo:* falls der Zugang zum Papst behindert ist, und falls die Ehe formell vorschriftsmässig geschlossen und consummirt worden ist, das im Wege stehende Hinderniss aber mindestens dem einen Contrahenten unbekannt war; *in foro interno:* in geheimen Fällen bei dringender Noth. — Die Dispensation wird gefordert, entweder *in contrahendis matr.* (vor Abschluss der Ehe) oder *in contractis* (nach formell vorschriftsmässigem Abschluss). Das Gesuch muss durch genügende Gründe unterstützt sein. Diese werden eingetheilt in *causae honestae* (*Conservatio familiae illustris et divitiarum in eadem familia — excellentia meritorum — bonum pacis — angustia loci, locorum, et si extra — incompetentia dotis, aetas superadulta, vidua filiis gravata* u. s. w.) und *infamantes* (*copula carnalis, praegravatio mulieris, diffamatio mulieris*). Die Dispensationen werden ertheilt a) in *forma pro nobilibus* (bei wirklich hohem und reichen Adel); in diesem Fall auch ohne causa; b) in *forma communi* bei einer *causa honesta* und nicht canonisch armen Bittstellern; c) in *forma pauperum* bei einer *causa inhonesta,* und bei canonisch Armen, d. h. solchen die sich nothdürftig durch ihre Arbeit ernähren. Endlich besitzt der Papst noch die Befugniss, Ehen die wegen trennenden Ehehindernisses ungültig sind, für gültig zu erklären und von der Nothwendigkeit einer nochmaligen Schliessung zu entbinden (*disp. in radice*). Dies geschieht, wo wegen Differenz des staatlichen und kirchlichen Rechtes viele Ehen in Gemässheit des ersteren gültig, nach dem letzteren ungültig geschlossen sind, indessen ohne das Seelenheil Vieler zu gefährden von der Kirche nicht aufgehoben werden können. II. In der *protestantischen* Kirche dispensiren die Consistorien, beziehentlich die Landesherren. III. Kirchliche Dispensationen haben nach dem *Reichsrecht* keine Geltung für das bürgerliche Recht[1]. Vielmehr sind alle für die im Reichsgesetz aufgestellten Ehehindernisse zulässigen Dispensationen durch staatliche Behörden zu ertheilen.

§. 150. 5. Die Annullation ungültiger Ehen.

Schulte, Darstell. d. Prozesses v. d. kath. geistl. Eheger. Oesterreichs, Giessen 1858. Loberschiner, Prakt. Anleit. z. gesetzmäss. Verfahren in Eheangelegenh., 4. Aufl. Budw. 1859.

I. Obgleich Ehen, denen ein imped. dirimens entgegensteht, nichtig sind, so bedarf es doch einer formalen Erklärung der Nichtigkeit, und selbst das Zusammenleben der Ehegatten soll vor der Annullation nur aufgehoben werden im Falle öffentlichen Aergernisses, oder des Verdachtes eines fortgesetzten geschlechtlichen Umganges unter den Ehegatten[1]. II. Den Antrag auf Annul-

§. 149. 1) *Reichsges. v.* 6 *Febr.* 1875 §. 40: Die Befugniss zur Dispensation von Ehehindernissen steht nur dem Staate zu. Ueber die Ausübung dieser Befugniss haben die Landesregierungen zu bestimmen.

§. 150. 1) *Sächs. Ges. v.* 5. *Nov.* 1875 §. 3: Ehen, welche gegen die Vorschriften in §. 33. unter 1—4 und in §. 34. des Reichsges. vom 6. Febr. 1875 geschlossen werden, sind nichtig, wenn sie der Richter dafür erklärt. Der Richter hat von amtswegen einzuschreiten und kann im Fall der dringenden Wahrscheinlichkeit des Nichtigkeitsgrundes die Trennung der Ehegatten schon vor der Nichtigkeitserklärung verfügen; auch können die Ehegatten, nachdem sie das ihrer Ehe entgegenstehende

lation ist bei den privaten Hindernissen der unschuldige oder verletzte Theil, — nicht aber dessen Erben — zu stellen berechtigt, falls er nicht dies Recht durch stillschweigenden oder ausdrücklichen Verzicht aufgegeben hat. Bei den öffentlichen Hindernissen kann jeder denunciren, ausser wenn er wegen zeitlichen Gewinns klagt, oder durch rechtzeitigen Einspruch die Schliessung der Ehe hätte hintertreiben können. Auch schreitet der Richter ex officio ein. III. Der Nullitätsprozess bedarf hier keiner Darstellung; nur ist zu bemerken: 1. Nach *Benedict. XIV.* Verordnung hat ein *defensor matrimonii* jeder Prozesshandlung beizuwohnen, beständig in favorem matrimonii zu plädiren, und gegen das erste Nullitätserkenntniss zu appelliren. 2. Geständniss und Eid sind in der Regel als Beweismittel ausgeschlossen; unter den Zeugen werden Verwandte und Hausgenossen besonders berücksichtigt, falls nicht gegen ihre Glaubwürdigkeit specielle Gründe vorliegen. IV. Nach zwei vernichtenden Erkenntnissen können beide Theile sich anderweitig verheirathen. Doch erlangt das Urtheil niemals Rechtskraft, so dass also, falls die Erkenntnisse als auf Irrthum beruhend erkannt werden sollten, die annullirte Ehe, selbst wenn beide Theile sich anderweitig verheirathet haben, wieder herzustellen ist. V. Durch die Annullation der Ehe wird der rechtliche Zustand vor Schliessung derselben wieder hergestellt. Sind dagegen beide Ehegatten oder nur einer im guten Glauben gewesen, so hat für sie, beziehentlich für diesen, die annullirte Verbindung die Wirkung eines *matr. putativum*, d. h. die civilrechtlichen Folgen einer gültigen Ehe. VI. Nach dem *Reichsrecht*[2] kann die Nichtig-

Hinderuiss erfahren haben, das eheliche Zusammenleben einstellen.

§. 250. 2) *Reichscivilprozess-Ordn.*: §. 568. Für die Rechtsstreitigkeiten, welche die Trennung, Ungültigkeit oder Nichtigkeit einer Ehe oder die Herstellung des ehelichen Lebens zum Gegenstande haben (Ehesachen), ist das Landgericht, bei welchem der Ehemann seinen allgemeinen Gerichtsstand hat, ausschliesslich zuständig. §. 569. In Ehesachen ist die Staatsanwaltschaft zur Mitwirkung befugt. Der Verhandlung vor dem erkennenden Gerichte sowie vor einem beauftragten oder ersuchten Richter kann der Staatsanwalt beiwohnen. Er ist von allen Terminen von Amtswegen in Kenntniss zu setzen. Er kann sich über die zu erlassende Entscheidung gutachtlich äussern und, sofern es sich um die Aufrechterhaltung einer Ehe handelt, neue Thatsachen und Beweismittel vorbringen. Im Sitzungsprotokolle ist der Name des Staatsanwalts anzugeben, auch sind in dasselbe die von dem Staatsanwalte gestellten Anträge aufzunehmen. §. 574. Bis zum Schlusse derjenigen mündlichen Verhandlung, auf welche das Urtheil ergeht, können andere als die in der Klage vorgebrachten Klagegründe geltend gemacht werden. Das neue Vorbringen und die Erhebung einer Widerklage ist von einem Sühneversuche nicht abhängig. §. 576. Der mit einer Ehescheidungsklage oder einer Ungültigkeitsklage abgewiesene Kläger kann Thatsachen, welche er in dem früheren Rechtsstreite oder welche er durch Verbindung der Klagen hätte geltend machen können, als selbständigen Klagegrund nicht mehr geltend machen. Ein Gleiches gilt für den Beklagten in Ansehung der Thatsachen, auf welche er eine Widerklage zu gründen im Stande war. §. 577. Die Vorschriften über die Folgen der unterbliebenen oder verweigerten Erklärung über Thatsachen oder über die Echtheit von Urkunden, die Vorschriften über den Verzicht der Parteien auf die Beeidigung der Zeugen und Sachverständigen, sowie die Vorschriften über die Wirkungen eines Anerkenntnisses, eines gerichtlichen Geständnisses und die Erlassung eines Eides kommen nicht zur Anwendung. Die Eideszuschiebung und der Antrag, dem Gegner die Vorlegung einer Urkunde aufzugeben, sind nicht zulässig, soweit es sich um Thatsachen handelt, welche die Trennung, Ungültigkeit oder Nichtigkeit der Ehe begründen sollen. §. 578. Erscheint der Beklagte in dem auf die Klage zur mündlichen Verhandlung anberaumten Termine nicht, so kann erst in einem neuen, auf Antrag des Klägers zu bestimmenden Termine verhandelt werden. Der Beklagte ist zu jedem Termine, welcher nicht in seiner Gegenwart anberaumt wurde, zu laden. Diese Vorschriften finden keine Anwendung, wenn der Beklagte durch öffentliche Zustellung geladen, aber nicht erschienen ist. Ein Versäumnissurtheil gegen den Beklagten ist nur in dem

keitsklage nur vor dem bürgerlichen Gericht angestrengt werden. Das Urtheil erlangt Rechtskraft.

6. Das Eheschliessungsrecht.

A. Geschichte.

§. 151. a) In der katholischen Kirche.

Friedberg, D. Recht d. Eheschliessung in s. hist. Entwickelung, Leipzig 1865. Sohm, D. R. d. Eheschliess. aus d. deutschen und kan. R. histor. entwickelt, Weimar 1875. Dagegen Friedberg, Verlobung und Trauung, Leipzig 1875. Dagegen Sohm, Trauung und Verlobung, Weimar 1875. — Scheurl, Entwickl. d. kirchl. Eheschliessungsr., Erl. Dieckhoff, D. kirchl. Trauung, ihre Gesch. im Zusammenhange mit d. Entwickelung d. Eheschliessungsrechtes, Rostock 1878. Löning, Gesch. d. K.-R. II. Habicht, D. altdeutsche Verlobung in ihrem Verh. z. d. Mundium und der Eheschliessung, Jena 1879.

I. Bei den *Römern* genügte zur Eheschliessung die auch formlose Einwilligung der beiden Contrahenten[1], ohne dass die thatsächliche Lebensgemeinschaft, welche nicht die Bedingung, sondern die Folge der Ehe war, dazugetreten zu sein brauchte. II. Dies Recht wurde auch Seitens der alten Kirche angenommen, welche indessen zu dem Akte der Eheschliessung schon deswegen in Beziehung treten musste, weil die kirchliche Auffassung über Ehehindernisse

Falle zu erlassen, wenn der Beklagte in dem zur Leistung eines richterlichen Eides bestimmten Termine nicht erscheint. Die Vorschriften dieses Paragraphen finden auf den Widerbeklagten entsprechende Anwendung. §. 579. Das Gericht kann das persönliche Erscheinen einer Partei anordnen und dieselbe über die von ihr, von dem Gegner oder von dem Staatsanwalte behaupteten Thatsachen vernehmen. Ist die zu vernehmende Partei am Erscheinen vor dem Prozessgerichte verhindert oder hält sie sich in grosser Entfernung von dem Sitze desselben auf, so kann die Vernehmung durch einen beauftragten oder ersuchten Richter erfolgen. Gegen die nicht erschienene Partei ist wie gegen einen im Vernehmungstermine nicht erschienenen Zeugen zu verfahren; auf Haft darf nicht erkannt werden. §. 581. Zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Ehe kann das Gericht Thatsachen, welche von den Parteien nicht vorgebracht sind, berücksichtigen und die Aufnahme von Beweisen von Amtswegen anordnen. Vor der Entscheidung sind die Parteien zu hören. §. 582. Urtheile, durch welche auf Trennung, Ungültigkeit oder Nichtigkeit der Ehe erkannt ist, sind den Parteien von Amtswegen zuzustellen. §. 585. Für die Nichtigkeitsklage gelten die in den nachfolgenden Paragraphen enthaltenen besonderen Vorschriften. §. 586. Die Klage kann auch von der Staatsanwaltschaft erhoben werden. Inwiefern zur Erhebung der Klage ein Ehegatte oder ein Dritter befugt ist, bestimmt sich nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechtes. Die von dem Staatsanwalte oder einem Dritten erhobene Klage ist gegen beide Ehegatten, die von einem Ehegatten erhobene Klage ist gegen den anderen Ehegatten zu richten. §. 587. Mit der Nichtigkeitsklage kann eine andere Klage nicht verbunden werden. Eine Widerklage ist nur statthaft, wenn sie eine Nichtigkeitsklage ist. §. 588. So lange die Ehegatten leben, kann die Nichtigkeit einer Ehe aus einem Grunde, welcher auch von Amtswegen geltend gemacht werden kann, nur auf Grund einer Nichtigkeitsklage ausgesprochen werden. §. 589. Der Staatsanwalt kann, auch wenn er die Klage nicht erhoben hat, den Rechtsstreit betreiben, insbesondere selbständig Anträge stellen und Rechtsmittel einlegen. §. 590. Wird ein Rechtsmittel von dem Staatsanwalte oder einer Privatpartei eingelegt, so sind im ersteren Falle die Privatparteien, im letzteren Falle die übrigen Privatparteien und der Staatsanwalt, sofern derselbe Partei ist, für das Rechtsmittelverfahren als die Gegner anzusehen. §. 591. In den Fällen, in welchen der als Partei auftretende Staatsanwalt unterliegt, ist die Staatskasse zur Erstattung der dem obsiegenden Gegner erwachsenen Kosten in Gemässheit der Bestimmungen des fünften Titels des zweiten Abschnitts des ersten Buchs zu verurtheilen. §. 592. Im Sinne dieses Abschnitts ist unter Ehescheidungsklage zu verstehen die Klage auf Auflösung des Bandes der Ehe oder auf zeitweilige Trennung von Tisch und Bett; unter Ungültigkeitsklage die Klage auf Anfechtung einer Ehe aus irgend einem Grunde, welcher nicht von Amtswegen geltend gemacht werden kann; unter Nichtigkeitsklage die Klage auf Anfechtung einer Ehe aus einem Grunde, welcher auch von Amtswegen geltend gemacht werden kann.

§. 151. 1) *l.* 30. *Dig. de regul. iur.* (50, 17.): Nuptias non concubitus sed consensus facit.

mit der römischrechtlichen nicht durchweg übereinstimmte. Darum wurde es empfohlen, dass die Nupturienten die Absicht der Eheschliessung dem Bischof mittheilten (*professio*), um über die Zulässigkeit derselben dessen Urtheil zu empfangen[2. 3]. Eine besondere kirchliche Eheschliessungsform existirte indessen nicht, und hat sich erst stufenförmig derartig entwickelt, dass die neuen Ehegatten zuerst gemeinsam dem gewöhnlichen Gemeindegottesdienst beiwohnten, dass dann in der Folgezeit in den Gemeindegottesdienst Gebete für die Neuvermählten aufgenommen wurden, und dass endlich besondere Brautmessen veranstaltet wurden. Aber auch hier blieb die Consenserklärung, also der ehewirkende Akt, von der kirchlichen Feierlichkeit getrennt, und erst in den Ritualien des XI., XII., XIII. Jahrhunderts ist eine Vereinigung wahrzunehmen. — Die Kirche machte übrigens den Neuvermählten die kirchliche Feier der Eheschliessung zur Pflicht, doch ohne die Gültigkeit der Ehe davon abhängig zu machen. Vielmehr lassen sich in der dogmatischen Ausbildung der kirchlichen Lehre zwei Phasen unterscheiden. Bis auf *Alexander III.* findet sich keine prinzipielle Klarheit. Verlöbnisse und Ehen werden einander gleichgestellt und von einander unterschieden, die Consummation der Ehe wird für begrifflich nothwendig erklärt und geleugnet[4. 5]. Wir werden nicht fehlgreifen, wenn wir annehmen, dass die Kirche über das Recht der Eheschliessung keine festen Normen traf, weil sie das staatliche Recht der Eheschliessung anerkannte, und dass auch ein praktisches Bedürfniss einer eigenen Legislation für sie nicht recht vorhanden war, da der kirchliche Segen der nach weltlichem Recht geschlossenen Verbindung meist nachgesucht wurde[6]. Eine neue Entwickelung tritt mit *Alexander III.* ein. Jetzt stellten die Päpste ein eigenes Eheschliessungsrecht auf, dessen Grundzüge in der *französischen* Kirche[7] sich entwickelt hatten. Danach werden geschieden[8] Verlöbnisse (*spon-*

§. 151. 2) *Ignat. ep. ad Polycarp. c.* 5: *Πρέπει δὲ τοῖς γαμοῦσι καὶ ταῖς γαμουμέναις μετὰ γνώμης τοῦ ἐπισκόπου τὴν ἕνωσιν ποιεῖσθαι, ἵνα ὁ γάμος ᾖ κατὰ θεὸν καὶ μὴ κατ' ἐπιθυμίαν.*

3) *Tertullian. ad uxor. II. c.* 9. (oben §. 141. no. 2.)

4) *c.* 9. *C. XXVII. qu.* 2. *Augustin.:* Coniunx vocatur a prima desponsationis fide, quam concubitu non agnoverat, nec fuerat cogniturus, nec perierat, nec mendax manserat coniugis appellatio, ubi nec fuerat, nec futura erat carnis ulla conmixtio. §. 1. Propter quod fidele coniugium ambo parentes Christi vocari meruerunt, non solum illa mater, verum etiam ille pater eius, sicut et coniunx matris eius, utrumque mente, non carne.

5) *c.* 17. *ib.* (*Leo*): Cum societas nuptiarum ita a principio sit instituta, ut preter conmixtionem sexuum non habeant in se nuptiae Christi et ecclesiae sacramentum, non dubium est, illam mulierem non pertinere ad matrimonium, in qua docetur non fuisse nuptiale misterium.

6) *c.* 4. *C. XXXI. qu.* 2. (*Nicolaus*): Si vero minime probatum fuerit Gualdradam uxorem fuisse legitimam, neque nuptiis more celebratis, per benedictionem scilicet sacerdotis, filio nostro Lothario extitisse coniunctam.

7) *Summa Coloniensis:* His Gallicana ecclesia respondens desponsationem in legalem et canonicam distinguit, i. e. quae in praesens vel in futurum concipitur. Est enim legalis desponsatio futurarum nuptiarum mentio et repromissio, quae sponsalia vocatur et haec nuptias atque coniugium spondet, non efficit. ... Continuo ut pactum coniugale inter sponsum sponsamque intervenerit, ad substantiam matrimonii nihil deest; ergo plenum et perfectum matrimonium inter eos est.

8) *C.* 3. *X. de sponsa duor.* (4, 4. *Alex. III.*): Super hoc autem consultationi tuae taliter respondemus, quodsi inter virum et mulierem legitimus consensus sub ea solennitate, quae fieri solet, praesente scilicet sacerdote aut etiam notario, sicut etiam in quibusdam locis adhuc observatur, coram idoneis testibus, interveniat de praesenti, ita quidem, quod unus alterum in suo mutuo consensu verbis consuetis expresse recipiat, utroque dicente: „ego te accipio in meam," et „ego te accipio in meum" sive sit iuramentum interpositum sive non, non licet mulieri alii nubere. Et si nupserit, etiamsi carnalis copula sit secuta, ab eo separari debet, et, ut ad primum redeat, ecclesiastica districtione compelli, quamvis alii aliter sentiant et aliter etiam a quibusdam

salia de futuro) und Ehen (*sp. de praesenti*). Erstere werden geschlossen durch Abgabe eines auf die Zukunft gerichteten Consenses (*accipiam te*), letztere durch Austausch einer, wenn auch formlosen, auf die Gegenwart gerichteten Uebereinstimmung (*accipio*); dieser formlose Consens wird auch in der copula carnalis gefunden, wenn sie zu den sp. de futuro hinzutritt. Eine Betheiligung der Kirche an dem sp. de praesenti wird gewünscht, aber nicht für nothwendig erklärt, obgleich *Kaiser Leo* im Jahre 813 die kirchliche Eheschliessung für das Ostreich angeordnet hatte. Ebenso wird seit dem Jahre 1215[9] eine vorgängige kirchliche Verkündung der Absicht der Eheschliessenden gefordert (*banna nuptialia, proclamationes, Aufgebot*) aber gleichfalls nicht für wesentlich erachtet[10]. III. Das weltliche Recht, dessen Eheschliessungsnorm die Kirche vor Alexander III. respectirt hatte, war aber nicht nur das römische, sondern auch das germanische gewesen[11]. Bei den *Deutschen*, wie bei allen Culturvölkern war die Eheschliessung ursprünglich als *Frauenkauf* aufgetreten. Doch hat sich in den *leges barbarorum* schon die civilisirte Anschauung Bahn gebrochen, dass nicht die Person der Frau, sondern das mundium über sie Gegenstand des Kaufes ist. Der Eheschliessung geht voran die *Verlobung*[12], die sich in einem Formalcontract vollzieht, und durch welche eine gewisse Gebundenheit der Contrahenten erzeugt wird[13]. Die Eheschliessung[14. 15] selbst besteht in der

praedecessoribus nostris sit aliquando iudicatum.

§. 151. 9) *C.* 3. *X.* (4, 3.): Quare specialem quorundam locorum consuetudinem ad alia generaliter prorogando, statuimus, ut cum matrimonia fuerint contrahenda, in ecclesiis per presbyteros publice proponantur, et competenti termino prefinito: ut intra illum, qui voluerit et valuerit, legitimum impedimentum opponat, et ipsi presbyteri nihilominus investigent, utrum aliquod impedimentum obsistat. Cum autem apparuerit probabilis coniectura contra copulam contrahendam, contractus interdicatur expresse, donec quid fieri debeat super eo manifestis constiterit documentis.

10) *Petr. Lomb. sent. IV*, 28: Banna vero, in Iure nominari solita, h. e. publicae proclamationes quae vetustam in quibusdam Ecclesiis originem duxerunt et ab Innocentio sunt ad totam Ecclesiam generaliter prorogata, non ubique usu et more pervenerant. Imo fortasse nec tanti iam modo referat ut tanto sunt cum vigore observanda ... atque ideo consultius sanctiusque forsan esset, ut neque particulares inferioresque antistites eiusmodi censuras de bannis adhiberent, imo ubi constiterit nunquam aut vix unquam observari, sanctius esset eiusmodi bannorum ritum e medio tollere ...

11) *Nicolaus I. an d. Bulgaren* 866: Post sponsalia quae futurarum sunt nuptiarum promissa foedera, quaeque consensu eorum, qui haec contrahunt et eorum in quorum potestate sunt, celebrantur, et postquam arrhis sponsus sibi sponsam per digitum fidei a se annulo insignitum desponderit, dotemque utrique placitam sponsus ei cum scripto pactum hoc continente coram invitatis ab utraque parte tradiderit, aut mox aut apto tempore, ne videlicet ante tempus lege definitum tale quid fieri praesumatur, ambo ad nuptialia foedera perducantur. Et primum quidem in ecclesia Domini cum oblationibus quas offerre debent Deo per manum sacerdotis statuantur, sicque demum benedictionem et velamen coeleste suscipiunt ... peccatam autem esse, si haec cuncta in nuptiali foedere non interveniunt, non dicimus, quemadmodum Graecos vos adstruere dicitis, praesertim cum tanta soleat arctare quosdam rerum inopia, ut ad haec praeparanda nullum his suffragetur auxilium; ac per hoc sufficiat solus eorum consensus de quorum coniunctione agitur.

12) *Fredegar. Gregor. Turon. epit.* 18: (Chlodovaeus) legatos ad Gundebaldum dirigit petens, ut Chrotildem neptem suam ei in coniugium sociandum traderet. Quod ille denegare metuens et speraus amicitiam cum Chlodovaeo inire, eam daturum spondet. Legati offerentes solidum et denarium, ut mos erat Francorum, eam partibus Chlodovaei sponsant, placitum ad praesens petentes, ut ipsam ad coniugium traderet Chlodovaeo.

13) *Lex. Alam. Hloth. tit.* 52: Si quis sponsatam alterius contra legem acciperit, reddat eam et cum 200 solidis conponat. Si autem reddere noluerit, solvat eam cum 400 solidis, aut si mortua fuerit post eum.

14) *Edict. Roth. c.* 215: Si quis puellam aut viduam sponsatam habuerit, et contigerit casus, ut ipsa ante moriatur, quam a patre, aut qui mundium eius potestatem habet, tradita fuerit, tunc meta, quae data fuerat ab illo

Uebergabe der Braut an den Bräutigam durch den Mundwald, und der Zahlung des Mundgeldes, welches bald nicht mehr dem Mundwald, sondern der Braut selbst bestellt wurde. Nachdem dies Recht sich dahin abgeschwächt hatte, dass an Stelle des Mundwalds auch eine dritte Person die Tradition der Braut vornehmen[16] konnte, war die Möglichkeit gegeben, die kirchliche Betheiligung an dem Eheschliessungsakte organisch in das geltende Recht derartig einzufügen[17], dass die traditio durch den Priester vollzogen wurde. Doch erreichte die Kirche dies Ziel in Deutschland nur sehr allmählig[18-20], und weder die Rechtsbildung vor, noch nach Alexander III. konnte die Existenz der Ehe von dieser priesterlichen Mitwirkung abhängig machen[21]. Die erstere nicht, weil sie das weltliche Recht als geltendes annahm, dieses aber eine priesterliche Mitwirkung nicht kannte, die andere nicht, weil sie jeden auf gegenwärtige Eheschliessung gerichteten, auch formlosen Consens als ehewirkend betrachtete[19]. — Im Mittelalter fiel übrigens die Nothwendigkeit eines formellen Verlöbnisses vor der Trauung in Deutschland fort, und so wurde der formale Consensaustausch der Nupturienten mit dem Trauakte selbst verbunden[22-23], doch war, wie aus obigem hervorgeht, der formale Consensaustausch

sponso, reddatur ei tantum, quantum in ipsa meta dedit.

§. 151. 15) *Sachsensp.* III, 45, §. 3: De man is ok vormünde sines wives to hant alse sie ime getrüwet wert.

16) *Jülichsches Landrecht* (*XII. saec.*): Wan ein man von ridderschaft ein wyf nemen wil, mach si zôsamen geven ein leyhe vur den luyden offenbairlich: dat wîsen die ridderschaft und scheffen van Upladen, dat sye ein rechte êchtschaft under die ridderschaft und eine alde gewoenheit.

17) *Parochiale d. EB. Ernst v. Köln f. d. Diöcese Löwen* 1592: Sponsum ad sinistrum suum latus sponsam ad dexterum constituet, deinde annulum sibi dari a sponso petet, simul rubeas (si haberi possint) chirothecas, quibus insint tres nummuli argentei loco arrhae sponsae dandae: annulum digito suo imponet Sacerdos, et chirothecas manu servabit tantisper, donec, eas manui sponsae imponet . . . conversus sacerdos ad sponsum et sponsam accipiat dexteram sponsi et illi chirothecas rubeas (cui insint loco arrhae nummuli tres) imponat. Deinde manum dexteram sponsae dexterae sponsi inplicabit, et hic complicatas utriusque dexteras stola collo dependente circumligabit . . . Tunc utriusque dexteram dissolvat sacerdos, relictis chirothecis in dextera sponsae, et annulum ex suo digito extrahens, sponso tradet.

18) *Capit.* 802. *c.* 35: Coniunctiones facere non praesumat antequam episcopi presbyteri cum senioribus populi consanguinitatem coniungentium diligenter exquirant, et tunc cum benedictione inagantur.

19) *Metzens u. Betzens Hochzeit:*

„nu swiget alt und junc!
sprach der wise Neodunc.
„Bez du bist ein grad man:
Wiltu Mezen zuo der ê han?'
er sprach: 'ja wil si mich'
Neodunc sprach: Meze, gich:
wiltu Bezen han zuo der ê:
si sweic. er vorschtes aber mê
'ja heizet michz mîn muoter'
Neodunc sprach 'e si entuoder
niht dar umbe: gloube mir',
also nach ir beider gir
wart in diu ê beschafen,
an schuoler un an pfafen.

20) *Nibelungen* 568:

Man bat si zuo einander an dem ringe stân
man vragte si ob si wolde den vil waetlichen man.
In meitlichen zühten si schamte sich ein teil
doch so was gelücke unnd Sifrides heil,
daz si in versprach aldâ niht zehant.
si lobete ouch ze wîbe der edel künec von Niderlant.
Do er si gelobete und ouch in diu meit,
guetlichen umbevâhen was da vil bereit
von Sifrides armen das minnecliche kint
vor helden wart geküsset diu edel Küniginne sint.

21) *Synod. Varmiensis* 1495: Contrahentes vero matrimonia per verba de praesenti, vel futuro, carnali copula secuta, non possunt se invicem propria autoritate discedere, licet per Sacerdotem matrimonium in Ecclesia non sit authorizatum vel solenni benedictione roboratum. Debent igitur Rectores Ecclesiarum, dum eis constiterit, per confessionem vel alias ipsos inducere et coërcere, ut ad suas coniuges redeant etc.

22) *Meier Helmbrecht:*

uf stuont ein alter grîse

selbst von der Kirche nicht als nothwendig hingestellt worden, was auf die Rechtsbildung von entscheidendem Einfluss werden musste, als die Ehegerichtsbarkeit an die Kirche gefallen, und mithin nur von ihr und nach ihrem Rechte über die Existenz der Ehen zu entscheiden war. Damit traten aber auch die Uebelstände grell hervor, welche mit einem formlosen[24] Eheschliessungsrecht immer verbunden sind[25], und so reformirte das *Tridentinum* das bisherige Recht und gab ihm den definitiven Abschluss, dass nicht jeder auf die Gegenwart gerichtete Consens, sondern nur der vor dem eigenen Pfarrer und zwei oder drei Zeugen erklärte die Ehe bewirken sollte. Doch wurde, da diese Bestimmung nur in den Parochien gelten sollte, in denen sie speciell

der was der worte wîse
der kunde so getaniu dinc.
Er staltes beide in einen rinc
er sprach ze Lemberslinde
'welt ir Gotelinde
êlîchen nemen? so sprechet Jâ'
'gerne' sprach der Knabe sâ
er vragte in aber anderstunt
'gerne' sprach des Knaben munt
Zem dritten mâle er dô sprach
'nemt ir si gerne?' der Knabe jach
'so mir sêle und lîp
ich nime gerne dises wîp'
do sprach er ze Gotelinde
'welt ir Lemberslinde
gerne nemen zeinem man?
'ia herre, ob mir sîn got gan.'
'nemt ir in gerne' sprach aber er
'gerne herre!, gebt mirn her!
zem dritten male 'welt irn'?
'gerne herre! nu gebet mirn.'
do gap er Gotelinde
ze wîbe Lemberslinde
und gap Lemberslinde
ze manne Gotelinde
si sungen alle an der stat
uf den vuoz er ir trat.

§. 151. 23) *Köln. Trauformel* (XIV. saec.): So werirre zwê zôsamen geven sal zô der ê, der sal dese wort sprechen, de hernâ stênt. Item zôme irsten sal he vrâgen den man: 'bistu hê dat du Beilgen (of wê si heist; den namen sal man nennen) zo eime êligen wive ind zo eime bedgenôssen haben wult?' so sal der brûdegem sagen 'ja ich,' so sal he de brût vragen mit irme namen, bis tu hê dat du Heinrich (of wê sich de brûdegam nempt) haven wult zo eime mumber (muntporo = Mundwald) ind bedgenôssen? etc. so sal si sagen 'ja ich,' so sal der brûdgam dan den rinc nemen ind stechen dan den rinc der brût in iren vinger neîst dem kleine vinger etc., dan sal der gene, der si zo hôf gift dat sîden dôch mit XII tornêschen in dat dôch gebonden nemen ind sal sagen 'ich bevelen uch zô hôf up frenzer erden mit golde ind gesteinen, silver ind gold, beide nâ Franken wise ind Sassen ê, dat ûrre gein den andern lâssen ensal umbe lief noch umb leit noch um gein dinc, dat got an eme geschaffen hât oder geschaffen mach lassen werden,' dan sal der gene, der si zôsamen gift, dat dôch dat de tornêschen in hât eime geven de it der brut behalde: de sal dan dat gelt umb got geven armen luiden, dan sal de brûtgem der brût schenken ûsse eime kopp, ind der brudgem sal irst drinken, ind der brut dar nâ schenken.

24) *Erasmus de matr. christ. p.* 67: Quaesitum est, an etiam solo nutu possit contrahi matrimonium et responsum est posse. Quaesitum, an litteris scriptis coëat matrimonium, responsum est coire. Quaesitum est, an signo, veluti si quis nummi fracti dimidium det puellae, responsum est coiisse matrimonium. Quaesitum est, an per procuratores inter absentes coëat matrimonium, responsum est, coire, si procurator a certa persona de contrahendo cum certa mandatum acceperit. Quaesitum est, an facto fiat ratum matrimonium, veluti ac iuvenis dicat: Si me habes pro coniuge da basium; responsum est, coire. Quaesitum est, an silentio coëat matrimonium, veluti si puellae pater dicat patri iuvenis: Do filiam meam uxorem filio tuo: rursum proci pater respondeat, nec puella contradicat, sed tantum obticescat uterque, ratum erit matrimonium.

25) *Luther Tischreden:* Also ging mirs im Kloster auch, oder wo man fur den official kam, so schwur sich eines vom andern, freieten wieder. Darnach kamen sie zu mir, oder einem Andern in der Beichte und sprachen: Lieber Herr, ich habe itzt eine Frau, der hab ichs heimlich gelobt; wie thue ich ihm nimmermehr? Helft mir, lieber Herr Doctor, dass ich nicht verzweifele. Denn Greta, mit der ich mich am ersten verlob hab, ist mein recht Eheweib. Aber diese Barbara, die mir darnach vertrawet, ist nicht mein Weib, und muss doch bei ihr schlafen? Jene darf ich nicht nehmen, die ich doch gerne möcht haben, da es sein koennte; aber ich kann nu nicht; denn ich habe eine Andere, so hat sie auch einen Andern; doch weiss es Niemand, dass sie mein Weib ist, denn allein Gott im Himmel, dem es bewusst. Oh, ich werde verdampt, ich weiss keinen Rath.

publicirt worden sei, die Geltung des früheren Rechtes nicht prinzipiell und nicht überall aufgehoben.

§. 152. b) In der protestantischen Kirche.

Blumenstengel, D. Trauung, Leipzig 1879 u. vgl. §. 151. Kliefoth, Liturg. Abhandl. Bd. 1., Rostock 1854.

Luther verwarf den kanonischen Unterschied zwischen *sp. de praes.* und *de futuro*[1], aber nur mit dem Endergebnisse, dass er alle Verlöbnisse mit Ausnahme der bedingten für vollgültige Ehen erklärte. Die kirchliche Trauung hielt er für einen löblichen Brauch, dem die Kirche sich nicht entziehen könne[2], aber eine Rechtskraft konnte er der Trauung um so weniger beilegen, als ihm die Ehe durch das Verlöbniss schon vollgültig geschlossen erschien, mithin durch die Trauung höchstens bestätigt werden konnte. Diese Auffassung beherrschte Theorie und Praxis bis ins XVIII. Jahrhundert[3-6], nur dass die

§. 152. 1) *Luther v. Ehesachen:* Gleichwie sie auch ein lauter Narrenspiel getrieben haben, cum verbis de praesente vel futuro. Damit haben sie auch viel Ehe zurissen, die nach ihrem Recht gegolten hat und gebunden, die nicht gegolten hat. Denn diese Wort: Ich will dich zum Weibe haben; oder: Ich will dich nehmen, ich will dich haben, du sollt mein sein, und dergleichen, haben sie gemeiniglich verba de futuro genennet und furgegeben, der Mannsname sollt also sagen: Accipio te in uxorem: Ich nehme dich zu meinem Weibe; der Weibsname also: Ich nehme dich zu meinem Ehemann. Und haben nicht gesehen noch gemerkt, dass dies nicht im Brauch ist, deutsch zu reden, wenn man de praesenti redet, sondern das heisst, de praesenti geredt: Ich will dich haben; ego volo te habere est praesentis temporis, non futuri. Darumb redet kein deutscher Mensch von zukünftigem Verlöbniss, wenn er spricht: Ich will dich haben oder nehmen. Denn man spricht nicht: Ich werde dich haben, wie sie gaukeln mit dem Accipiam te, sondern Accipio te heisst eigentlich auf deutsch: Ich will dich nehmen oder haben, und wird verstanden de praesenti, dass er itzt mit solchen Worten Ja spricht, und seinen Willen darein giebt. Ja, ich wüsste selbs nicht wol, wie ein Knecht oder Magd sollten oder kunnten in deutscher Sprache per verba de futuro sich verloben; denn wie man sich verlobet, so laut's her verba de praesenti und sonderlich weiss der Pobel von solcher behenden Grammatica nichts, dass accipio und accipiam zweierlei sei: er fähret daher nach unserer Sprachen Art und spricht: Ich will dich haben, ich will dich nehmen, du sollt mein sein etc. Da ist die Stunde Ja gesagt, ohn weiter Aufzug und Bedenken. Das liess ich wohl verba de futuro heissen, wenn ein condicio, Anhang oder Auszug dabei gesetzt würde, als: Ich will dich haben, wo du mir willt zu gut, zwei oder ein Jahr harren; item: So deine oder meine Aeltern wollen; und dergleichen. In solchen Worten wird der Wille nicht frei darzu geben, sondern aufgeschoben und an etwas verbunden, dass in seiner Macht nicht stehet, und darumb er auch zugleich damit bekennet, dass er's itzt noch nicht thun könne, und sein Wille noch nicht frei sei; darumb bindet auch solch Verlöbniss nicht als per verba de praesenti.

2) *Luther Traubüchlein:* So manches Land, so manche Sitte, sagt das gemeine Sprüchwort, demnach weil Hochzeit und Ehestand ein weltlich geschaeft ist, gebührt uns Geistlichen oder Kirchendienern nichts darin zu ordnen oder regieren, sondern lassen einer iglichen Stadt und Land hierin ihren Brauch und Gewohnheit, wie sie gehen. Etliche führen die Braut zwei mal zur Kirchen, beide des Abends und des Morgens, Etliche nur einmal; Etliche verkündigen's und bieten sie auf auf der Kanzel, zwo oder drei Wochen zuvor: solchs alles und dergleichen lass ich Herrn und Rath schaffen und machen, wie sie wollen, es gehet mich nichts an. Aber so man von uns begehrt, für der Kirchen oder in der Kirchen sie zu segnen, uber sie zu beten, oder sie auch zu trauen, sind wir schuldig dasselbige zu thun.

3) *Erk. d. Leipziger Schöffenstuhls v.* 1550: Sprechen wir Schöppen zu Leipzig vor Recht, Haben sich zwo ledige Personen, mit wissen und Willen ihrer beyderseits Eltern und Freunden, gebührlicher weise offentlich mit einander per verba de praesenti verlobet, unnd aber vor dem Kirchgange, der Geselle sich mit seines Vaters Magd unziemlich vermischet, und ein Kind mit ihr gezeuget, und wil desswegen die Jungfraw das geschehen Verlöbniss mit jrem vertrawten in keinem Wege vollziehen, So mögen sie von Tisch und Bett geschieden werden, es hat aber jr keines Fug, nach beschriebenen geistlichen Rechten, bey dess andern leben sich anderweit zu verehelichen.

4) *Erk. d. Wittenb. Consist. v.* 1567: Es wil

Nothwendigkeit der kirchlichen Trauung immer schärfer betont, und die Consequenzen aus der Ehequalität der Verlöbnisse immer mehr abgestreift wurden. Erst die mit *Just. Henning Böhmer* in der evangelischen Kirche eintretende Reaction gegen das kanonische Recht, beseitigte die Sponsalienlehre, und führte zu dem einfachen Satze, dass die Ehe durch die kirchliche Trauung begründet werde. Doch verband sich damit nicht der Gedanke, dass diese Trauung für die Eheschliessung wesentlich sei, wie denn ein Zurückführen ihrer Nothwendigkeit auf die Schrift absolut unmöglich erschien und ist.

§. 153. c) Die Civilehe.

Friedberg, R. d. Eheschliessung. (vgl. §. 150.) Derselbe, D. Geschichte d. Civilehe 2. Aufl., Berl. 1877.

Die erste Einführung der Civilehe erfolgte aus Gründen der Toleranz in den Staaten *Holland* und *Westfriesland* im Jahre 1580, facultativ für die Reformirten, obligatorisch für die Dissidenten. Dies Recht wurde im Jahre 1656 auf die gesammten *Niederlande* ausgedehnt. Ein gleiches praktisches Bedürfniss führte in *Frankreich* (20. November 1787) zur Einführung der facultativen Civilehe für die Protestanten. Aus prinzipiellen Gründen erfolgte die Feststellung der obligatorischen Civilehe für *England, Schottland* und *Irland* im Jahre 1653, um die Kirche von dem weltlichen Geschäft der Eheschliessung zu entlasten. Dies Recht wurde indessen durch die Restauration beseitigt, und erst 1836 die facultative Civilehe aus praktischen Rücksichten eingeführt. Ebenso erfolgte in *Frankreich* am 20. September 1792 die Feststellung der

in einer Stadt sehr gemein einreissen, dz etliche personen zum theil, wenn sie sich mit einander verlobt, ehe dann sie ehelich copulirt werden, in die winckel zusammen kriechen und treiben fleischliche unzucht, zum theil seind etliche dz, ob sie gleich ehelich vertrawt, kommen sie doch zu früh in die Wochen, und beruffen sich darnach uff jre ehegenossen, weil dann solchs ein gross ergernuss der Gemein macht, und der ehestand heilig und keusch soll angefangen werden, als bittet man umb einen bericht wie solchem ergernuss nach straff der rechte zu wehren, darauff berichten wir, so viel die personen belangt, ists an dem, dz wider solche personen derwegen im rechten keine straff geordnet sintemal nach beschehener verlöbnuss zwischen jnen eine rechte ehe ist, und sie vor eheleut zuhalten, wie denn auch die kinder aus solcher zummenhaltung geborn, vor ehelich gehalten, und von ehrlichen stende oder zunfften nit mogen ausgeschlossen werden, und ist solcher personen fürnemen selbst grosse schad, dz sie sich andern leuten ins maul setzen müssen, gleich wol daneben bekennen, dass solchs wider christliche zucht, dessgleichen wider gewohnlichen christlichen brauch der Copulation, sintemal der Ehestand unbefleckt und ohne Ergernuss angefangen werden soll. Derwegen, do es bey euch eynreissen und gemein werden wolte, Ist unser bedencken, dass mit guter Bescheidenheit uff der Cantzel solches erwehnet, das Volk mit Christlicher Vermahnung davon abgehalten würde, und dass sie selbsten vor Nachreden sich hüten und vorsehen wolten. Da jnen aber andere straff uffgelegt würde, mochte solches zu verwirrung jhrer Gewissen, auch den Kindern zu nachtheiligen Vorworff unnd Auffdruck gereichen.

§. 152. 5) *Erk. d. Sächs. Oberconsistor.* 1613: Habt ihr euch mit A. W. in ein Ehegelöbniss eingelassen, und in Beyseyn der Eltern auch anderer Gezeugen öffentliche sponsalia gehalten, darbey einander Mahlschätze gegeben. Ob ihr nun wohl in denen Gedanken stehet, dass ihr widderumb ab zu weichen, und euch mit einer andern Person zu verehlichen befugt; aus Ursachen, dass bis dato noch nicht die Priesterliche Copulation vorgegangen. Dieweil aber gleichwol die sponsalia und das Ehegelöbniss richtig, wodurch das matrimonium und die Ehe allbereit geschlossen, und ihr dadurch biss auff die Priesterliche copulation verbündlich gemacht worden: So möget ihr nunmehr demselben nicht widerkommen, sondern ihr seyd die Ehe durch oeffentlichen Kirchgang und Priesterliche copulatio zu vollnziehen pflichtig. V. R. W.

6) *Respons. d. Helmstädt. jur. Facultät* 1728: Promissionem indissolubilis vitae consuetudinis in praesentia parochi et testium sed sine benedictione factam, etsi concubitus deinde, cohabitatio plurium annorum et nativitas aliquot liberorum accesserit, matrimonium tamen non inducere.

obligatorischen Civilehe aus prinzipiellen Gründen auf der Basis der französischen Anschauungen des Ehesacraments und der Scheidung des contractus naturalis und sacramentalis, verbunden mit den Forderungen der Toleranz. Auf derselben Grundlage beruht auch die obligatorische Civilehe des *Code civil.* Die dritte prinzipielle Auffassung der Civilehe tritt uns im *Belgischen* Recht entgegen, wo sie in der Verfassung angeordnet wird als Complement für die dort statuirte Trennung von Staat und Kirche. Diese Richtung ist auch für *Deutschland* massgebend geworden. Sie hat die Bestimmungen der *deutschen Grundrechte*, der *preussischen Verfassungsurkunde* und des *Frankfurter Gesetzes vom* 19. *November* 1850, endlich des *preussischen Gesetzes vom* 9. *März* 1874 und des *Reichsgesetzes vom* 6. *Februar* 1875 hervorgebracht. In den übrigen deutschen Staaten war in unserem Jahrhundert die Civilehe nur aus praktischen Gründen eingeführt gewesen, theils für Dissidenten, theils um den Unzuträglichkeiten zu entgehen, die sich bei den gemischten Ehen ergeben hatten, theils als Eheschliessungsform für die Verbindungen zwischen Christen und Juden.

§. 154. B. Das geltende Recht.

Commentare z. Reichsges. v. 6. Febr. 1875: Hinschius, 2. Aufl. Berlin 1876. Sicherer, Erlangen 1879.

I. 1. Das Institut des *Brautexamens* beruht auf lokaler Gewohnheit oder Feststellung durch die Diöcesangesetzgebung, und hat den Zweck, dem Pfarrer den Unterricht der Verlobten über ihre ehelichen Pflichten zu ermöglichen, und die Kenntniss von etwa der Verbindung entgegenstehenden Hindernissen zu verschaffen. 2. Zu letzterem Behufe sollen an den Domicilen beider Brautleute an drei auf einander folgenden Sonn- oder Festtagen *Aufgebote* verkündet werden. Von diesem Aufgebote kann der Bischof unter der Bedingung der Ableistung eines Ledigkeitseides (*iusiurandum de statu libero*) dispensiren, der Pfarrer im Nothfall absehen, und niemals hat ihre Unterlassung Nichtigkeit der Ehe, sondern nur Bestrafung zur Folge. 3. Die Eheschliessung erfolgt, wo die betreffende Bestimmung des *Tridentinum*[1] in der Parochie publicirt worden

§. 154. 1) *C. Trident. Sess. XXIV. de reform. matr. c.* 1: Tametsi dubitandum non est, clandestina matrimonia, libero contrahentium consensu facta, rata et vera esse matrimonia, quamdiu ecclesia ea irrita non fecit, et proinde iure damnandi sunt illi, ut eos sancta synodus anathemate damnat, qui ea vera ac rata esse negant, quique falso affirmant, matrimonia, a filiis familias sine consensu parentum contracta, irrita esse, et parentes ea rata vel irrita facere posse: nihilominus sancta Dei ecclesia ex iustissimis causis illa semper detestata est atque prohibuit. Verum, quum sancta synodus animadvertat, prohibitiones illas propter hominum inobedientiam iam non prodesse, et gravia peccata perpendat, quae ex eisdem clandestinis coniugiis ortum habent, praesertim vero eorum, qui in statu damnationis permanent, dum, priore uxore, cum qua clam contraxerant, relicta cum alia palam contrahunt, et cum ea in perpetuo adulterio vivunt, cui malo quum ab ecclesia, quae de occultis non iudicat, succurri non possit, nisi efficacius aliquod remedium adhibeatur, idcirco sacri Lateranensis concilii sub Innocentio III. celebrati vestigiis inhaerendo praecipit, ut in posterum, antequam matrimonium contrahatur, ter a proprio contrahentium parocho tribus continuis diebus festivis in ecclesia inter missarum solennia publice denuncietur, inter quos matrimonium sit contrahendum; quibus denunciationibus factis, si nullum legitimum opponatur impedimentum, ad celebrationem matrimonii in facie ecclesiae procedatur, ubi parochus, viro et muliere interrogatis, et eorum mutuo consensu intellecto, vel dicat: Ego vos in matrimonium coniungo in nomine Patris, et Filii et Spiritus sancti, vel aliis utatur verbis, iuxta receptum uniuscuiusque provinciae ritum. Quod si aliquando probabilis fuerit suspicio, matrimonium malitiose impediri posse, si tot praecesserint denunciationes, tunc vel una tantum denunciatio fiat, vel saltem parocho et duobus vel tribus testibus praesentibus matrimonium celebretur. Deinde ante illius consummationem denunciationes in ecclesia fiant, ut, si aliqua subsunt impedimenta, facilius detegantur, nisi ordinarius ipse expedire iudica-

ist, vor dem competenten Pfarrer und zwei oder drei Zeugen, die nicht *rogati* zu sein brauchen, den Hergang der Eheschliessung indessen verstehen müssen. Competent ist an und für sich der Pfarrer beider Brautleute, doch hat der trauende sich durch ein Attest des anderen competenten zu vergewissern, dass auch dieser die Aufgebote verkündet und ein Ehehinderniss nicht in Erfahrung gebracht habe. Gewöhnlich hat indessen die Uebung die Competenz zu Gunsten des Pfarrers eines der Brautleute festgestellt (*ubi sponsa, ibi copula*). Auch ein nicht competenter Geistlicher kann trauen auf ein *dimissoriale* des competenten. Mangel der tridentinischen Form bewirkt *matr. clandestinum*, und lässt eine gültige Ehe nicht zu Stande kommen. 4. An die Consenserklärung der Brautleute, die übrigens auch durch Specialmandatare abgegeben werden kann, schliesst sich die priesterliche *Benediction*, die indessen nicht rechtlich nothwendig ist. Ort der Trauung ist regelmässig die Kirche; bezüglich der Zeit sollten nach altem Recht in der Adventszeit und der Quadragesima (*tempus clausum*)[2] keine Ehen geschlossen werden, was jetzt meist auf feierliche Hochzeiten bezogen wird. II. Bezüglich des Brautexamens und der Aufgebote steht das *evangelische Recht* auf dem Boden des katholischen. Zur Trauung competent ist auch hier der Pfarrer, doch bewirkt Incompetenz desselben nicht Nichtigkeit der Ehe. Der Trauakt ist zusammengesetzt aus der Consenserklärung der Brautleute und der Copulation durch den Geistlichen,

verit, ut praedictae denunciationes remittantur, quod illius prudentiae et iudicio sancta synodus relinquit. Qui aliter, quam praesente parocho, vel alio sacerdote de ipsius parochi seu ordinarii licentia, et duobus vel tribus testibus matrimonium contrahere attentabunt, eos sancta synodus ad sic contrahendum omnino inhabiles reddit, et huiusmodi contractus irritos et nullos esse decernit, prout eos praesenti decreto irritos facit et annullat. Insuper parochum vel alium sacerdotem, qui cum minore testium numero, et testes, qui sine parocho vel sacerdote huiusmodi contractui interfuerint, nec non ipsos contrahentes graviter arbitrio ordinarii puniri praecipit. Praeterea eadem sancta synodus hortatur, ut coniuges ante benedictionem sacerdotalem in templo suscipiendam in eadem domo non cohabitent; statuitque benedictionem a proprio parocho fieri, neque a quoquam, nisi ab ipso parocho vel ab ordinario licentiam ad praedictam benedictionem faciendam alii sacerdoti concedi posse; quacunque consuetudine, etiam immemorabili, quae potius corruptela dicenda est, vel privilegio non obstante. Quod si quis parochus vel alius sacerdos, sive regularis sive saecularis sit, etiam si id sibi ex privilegio vel immemorabili consuetudine licere contendat, alterius parochiae sponsos sine illorum parochi licentia matrimonio coniungere aut benedicere ausus fuerit, ipso iure tamdiu suspensus maneat, quamdiu ab ordinario eius parochi, qui matrimonio interesse debebat, seu a quo benedictio suscipienda erat, absolvatur. Habeat parochus librum, in quo coniugum et testium nomina, diemque et locum contracti matrimonii describat, quem diligenter apud se custodiat. Postremo sancta synodus coniuges hortatur, ut antequam contrahant, vel saltem triduo ante matrimonii consummationem sua peccata diligenter confiteantur, et ad sanctissimum eucharistiae sacramentum pie accedant. Si quae provinciae aliis ultra praedictas laudabilibus consuetudinibus et caeremoniis hac in re utuntur, eas omnino retineri sancta synodus vehementer optat. Ne vero haec tam salubria praecepta quemquam lateant, ordinariis omnibus praecipit, ut, quum primum potuerint, curent hoc decretum populo publicari ac explicari in singulis suarum dioecesium parochialibus ecclesiis, idque in primo anno quam saepissime fiat, deinde vero quoties expedire viderint. Decernit insuper, ut huiusmodi decretum in unaquaque parochia suum robur post triginta dies habere incipiat, a die primae publicationis in eadem parochia factae numerandos.

§. 154. 2) *Ebend.* c. 10: Ab Adventu Domini nostri Iesu Christi usque in diem Epiphaniae, et a feria quarta Cinerum usque in octavam Paschatis inclusive, antiquas solennium nuptiarum prohibitiones diligenter ab omnibus observari sancta synodus praecipit; in aliis vero temporibus nuptias solenniter celebrari permittit, quas episcopi, ut ea qua decet modestia et honestate fiant, curabunt. Sancta enim res est matrimonium et sancte tractandum.

welche mit der Benediction verbunden ist. Die ehewirkende Kraft wohnt beiden Vorgängen ungetheilt bei, so dass keine allein eine Ehe zu erzeugen im Stande ist[3]. III. Der civilen, in Deutschland als obligatorisch geltenden Eheschliessung[4] haben gleichfalls Aufgebote voranzugehen. Die Eheschliessung

§. 154. 3) *Sächs. Verordn. v.* 13. *Dec.* 1876: Siehe Anhang no. XIX.

4) *Reichsges. v.* 6. *Febr.* 1875: §. 41. Innerhalb des Gebietes des Deutschen Reichs kann eine Ehe rechtsgültig nur vor dem Standesbeamten geschlossen werden. §. 42. Zuständig ist der Standesbeamte, in dessen Bezirk einer der Verlobten seinen Wohnsitz hat oder sich gewöhnlich aufhält. Unter mehreren zuständigen Standesbeamten haben die Verlobten die Wahl. Eine nach den Vorschriften dieses Gesetzes geschlossene Ehe kann nicht aus dem Grunde angefochten werden, weil der Standesbeamte nicht der zuständige gewesen ist. §. 43. Auf schriftliche Ermächtigung des zuständigen Standesbeamten darf die Eheschliessung auch vor dem Standesbeamten eines anderen Orts stattfinden. §. 44. Der Eheschliessung soll ein Aufgebot vorhergehen. Für die Anordnung desselben ist jeder Standesbeamte zuständig, vor welchem nach §. 42. Abs. 1. die Ehe geschlossen werden kann. §. 45. Vor Anordnung des Aufgebots sind dem Standesbeamten (§. 44.) die zur Eheschliessung gesetzlich nothwendigen Erfordernisse als vorhanden nachzuweisen. Insbesondere haben die Verlobten in beglaubigter Form beizubringen: 1. ihre Geburtsurkunden, 2. die zustimmende Erklärung derjenigen, deren Einwilligung nach dem Gesetze erforderlich ist. Der Beamte kann die Beibringung dieser Urkunden erlassen, wenn ihm die Thatsachen, welche durch dieselben festgestellt werden sollen, persönlich bekannt oder sonst glaubhaft nachgewiesen sind. Auch kann er von unbedeutenden Abweichungen in den Urkunden, beispielsweise von einer verschiedenen Schreibart der Namen oder einer Verschiedenheit der Vornamen absehen, wenn in anderer Weise die Persönlichkeit der Betheiligten festgestellt wird. Der Beamte ist berechtigt, den Verlobten die eidesstattliche Versicherung über die Richtigkeit der Thatsachen abzunehmen, welche durch die vorliegenden Urkunden oder die sonst beigebrachten Beweismittel ihm nicht als hinreichend festgestellt erscheinen. §. 46. Das Aufgebot ist bekannt zu machen: 1. in der Gemeinde oder in den Gemeinden, woselbst die Verlobten ihren Wohnsitz haben; 2. wenn einer der Verlobten seinen gewöhnlichen Aufenthalt ausserhalb seines gegenwärtigen Wohnsitzes hat, auch in der Gemeinde seines jetzigen Aufenthalts; 3. wenn einer der Verlobten seinen Wohnsitz innerhalb der letzten sechs Monate gewechselt hat, auch in der Gemeinde seines früheren Wohnsitzes. Die Bekanntmachung hat die Vor- und Familiennamen, den Stand oder das Gewerbe und den Wohnort der Verlobten und ihrer Eltern zu enthalten. Sie ist während zweier Wochen an dem Raths- oder Gemeindehause, oder an der sonstigen, zu Bekanntmachungen der Gemeindebehörde bestimmten Stelle auszuhängen. §. 47. Ist einer der Orte, an welchem nach §. 46. das Aufgebot bekannt zu machen ist, im Auslande belegen, so ist an Stelle des an diesem Orte zu bewirkenden Aushanges die Bekanntmachung auf Kosten des Antragstellers einmal in ein Blatt einzurücken, welches an dem ausländischen Orte erscheint oder verbreitet ist. Die Eheschliessung ist nicht vor Ablauf zweier Wochen nach dem Tage der Ausgabe der betreffenden Nummer des Blattes zulässig. Es bedarf dieser Einrückung nicht, wenn eine Bescheinigung der betreffenden ausländischen Ortsbehörde dahin beigebracht wird, dass ihr von dem Bestehen eines Ehehindernisses nichts bekannt sei. §. 48. Kommen Ehehindernisse zur Kenntniss des Standesbeamten, so hat er die Eheschliessung abzulehnen. §. 49. Soll die Ehe vor einem anderen Standesbeamten als demjenigen geschlossen werden, welcher das Aufgebot angeordnet hat, so hat der letztere eine Bescheinigung dahin auszustellen, dass und wann das Aufgebot vorschriftsmässig erfolgt ist und dass Ehehindernisse nicht zu seiner Kenntniss gekommen sind. §. 50. Die Befugniss zur Dispensation von dem Aufgebot steht nur dem Staate zu. Ueber die Ausübung dieser Befugniss haben die Landesregierungen zu bestimmen. Wird eine lebensgefährliche Krankheit, welche einen Aufschub der Eheschliessung nicht gestattet, ärztlich bescheinigt, so kann der Standesbeamte (§. 42. Abs. 1.) auch ohne Aufgebot die Eheschliessung vornehmen. §. 51. Das Aufgebot verliert seine Kraft, wenn seit dessen Vollziehung sechs Monate verstrichen sind, ohne dass die Ehe geschlossen worden ist. §. 52. Die Eheschliessung erfolgt in Gegenwart von zwei Zeugen durch die an die Verlobten einzeln und nach einander gerichtete Frage des Standesbeamten: ob sie erklären, dass sie die Ehe mit einander eingehen wollen, durch die bejahende Antwort der Verlobten und den hierauf erfolgenden Ausspruch des Standesbeamten, dass er sie

erfolgt durch und vor dem Standesbeamten. Die ehewirkende Kraft wohnt der Consenserklärung der Nupturienten und der hierauf erfolgenden Proclamation des Standesbeamten bei. Die kirchliche Trauung darf bei Strafe der bürgerlichen nicht vorangehen[5]. Die kirchliche Standesbuchführung entbehrt der Wirksamkeit für das Gebiet des bürgerlichen Rechts.

§. 155. C. Die Wirkungen der Ehe.

Schweikart, De matr. vi in lib. adulter. legitim. non deficiente, Regiom. 1823. Dieck, Beitr. z. Lehre v. d. Legitimat. d. nachf. Ehe, Halle 1832.

I. Die Unauflöslichkeit der Ehe greift nach katholischer Auffassung auch bei Ehen von Ketzern und Ungläubigen Platz. Doch sollen die ersteren in der tridentinischen Form geschlossen sein, die anderen bei Conversion der Ehegatten noch einmal kirchlich eingegangen werden. II. Die Ehegatten sind einander zur Treue verpflichtet. Eine Verletzung dieser Pflicht liegt nicht nur im Ehebruche vor, sondern auch in einer unmotivirten Verweigerung der ehelichen Pflicht. Darum ist auch das von einem Ehegatten ohne die allezeit revocable Genehmigung des anderen abgelegte Keuschheitsgelübde ungültig. III. Die civilrechtlichen Wirkungen der Ehe werden durch das bürgerliche Recht festgestellt, doch mag daran erinnert werden, dass die römisch-rechtliche *legitimatio per subsequens matrimonium*, die sich nur auf *liberi naturales* bezog, durch das kanonische Recht auf *spurii* ausgedehnt worden ist, und dass die in diesem noch festgehaltene Ausnahme bezüglich der *adulterini*[1] und *incestuosi* durch die kirchliche Praxis dahin gemildert worden ist, dass in der katholischen Kirche die Legitimation der letzeren zugelassen wurde, falls das Hinderniss der Verwandtschaft dispensabel war, in der evangelischen Kirche die adulterini für legitimirbar erklärt wurden, falls der Ehebruch kein Ehehinderniss bildete.

§. 156. 7. Das Verlöbniss.

Friedberg, a. a. O. Sohm, a. a. O. Lippert in s. Annal. III, 90 ff. Bangen, Instruct. practica fasc. I. (Monast. 1858.)

I. Das Verlöbniss (*sponsalia*) ist nach *römischem* Recht die *mentio ac repromissio futurarum nuptiarum*. Es erzeugt unter den Verlobten eine Ver-

nunmehr kraft des Gesetzes für rechtmässig verbundene Eheleute erkläre. §. 53. Als Zeugen sollen nur Grossjährige zugezogen werden. Verwandtschaft und Schwägerschaft zwischen den Betheiligten und den Zeugen, oder zwischen den Zeugen unter einander steht deren Zuziehung nicht entgegen. §. 54. Die Eintragung in das Heirathsregister soll enthalten: 1. Vor- und Familiennamen, Religion, Alter, Stand oder Gewerbe, Geburts- und Wohnort der Eheschliessenden; 2. Vor- und Familiennamen, Stand oder Gewerbe und Wohnort ihrer Eltern; 3. Vor- und Familiennamen, Alter, Stand oder Gewerbe und Wohnort der zugezogenen Zeugen; 4. die Erklärung der Eheschliessenden; 5. den Ausspruch des Standesbeamten. Ueber die erfolgte Eheschliessung ist den Eheleuten sofort eine Bescheinigung auszustellen. §. 55. Ist eine Ehe für aufgelöst, ungültig oder nichtig erklärt worden, so ist dies am Rande der über die Eheschliessung bewirkten Eintragung zu vermerken. Die landesgesetzlichen Vorschriften, nach welchen es zur Trennung einer Ehe einer besonderen Erklärung und Beurkundung vor dem Standesbeamten bedarf, werden hierdurch nicht berührt.

§. 154. 5) *Reichsstrafgesetzb.* §. 337: Ein Geistlicher oder anderer Religionsdiener, welcher zu den religiösen Feierlichkeiten einer Eheschliessung schreitet, bevor ihm nachgewiesen worden ist, das eine Heirathsurkunde von dem Personenstandesbeamten aufgenommen worden sei, wird, wenn zur bürgerlichen Gültigkeit der Ehe die Aufnahme einer Heirathsurkunde erforderlich ist, mit Geldstrafe bis zu 100 Thlr. oder mit Gefängniss bis zu 3 Monaten bestraft.

§. 155. 1) *c.* 6. *X.* (4, 17): Tanta est vis matrimonii, ut qui antea sunt geniti, post contractum matrimonium legitimi habeantur. Si autem vir vivente uxore sua aliam cognoverit, et ex ea prolem susceperit, licet post mortem uxoris eandem duxerit, nihilominus spurius erit filius et ab haereditate repellendus, praesertim si in mortem uxoris prioris alteruter eorum aliquid fuerit machinatus.

pflichtung zur Treue[1. 2], aber keinen Zwang zur Vollziehung der Ehe. II. Das ältere *kirchliche* Recht hat vielfach Ehen und Verlöbnisse nicht scharf gesondert, aber seit Aufstellung der Sponsalienlehre für das Verlöbniss die Grundsätze des Contractrechtes als massgebend erklärt. Danach können sie durch beiderseitige Uebereinstimmung gelöst werden, ebenso auf einseitigen Antrag durch den Richter aus wichtigen Gründen, und auch auf Verlangen der Eltern[3]. Ein Zwang zur Verheirathung findet nicht statt. Das Verlobungsalter ist das vollendete siebente Lebensjahr. III. In welcher Weise in der evangelischen Kirche Verlöbnisse und Ehen identificirt worden sind, ist oben dargestellt worden[4]. Nach geltendem Recht[5-8] findet aus dem Verlöbniss ein

§. 156. 1) *l.* 13. §. 3. *Dig.* (48, 5): Divi Severus et Antoninus rescripserunt, etiam in sponsa hoc idem vindicandum, quia neque matrimonium qualecunque, nec spem matrimonii violare permittitur.

2) *l.* 1. *Dig.* (3, 2): Praetoris verba dicunt: Infamia notatur . . . quive suo nomine, non iussu eius, in cuius potestate esset, eiusve nomine, quem quamve in potestate haberet, bina sponsalia binasve nuptias in eodem tempore constitutas habuerit.

3) *Münsterscher Erlass an die geistlichen Richter* 1755: Ponit etiam B. Pater, posse vos absque multa haesitatione dissolvere sponsalium ligamen, quoties filii filiaeque familias, praesertim minores sese obligaverint ad sponsalia talibus in circumstantiis, ut parentes eorum sive tutores rationabiliter sese illis opponant, perque sponsalium effectuationem nasci possent gravia scandala, familiarum inimicitiae ac disturbia, sed et una partium contrahentium a contractu recedere intendit, dummodo tamen sive post datam promissionem, sive ante illam, sub illiusque fide, haud erit secuta copula carnalis, siquidem tali casu sponsalia dari effectui debebunt, adhibitis etiam validissimis remediis per ss. Canones subministratis. Quodsi vero ambo contrahentes ad sponsalium effectuationem insisterent, non obstante parentum sive tutorum suorum contradictione, renunciando cuivis proprio praeiudicio, tali casu non erit vobis prohibitum, contrahentes experiri per aliquid tempus aut in carcere discreto, aut alia simili poena personarum qualitati proportionata.

4) *Verfügung d. Churf. v. Brandenb.* (1686): Uns ist euer unterthänigster Bericht vom 29. Jan. wegen des inhaftirten Christian G. und das derselbe Margarethe R. darin ergangenen Endurtel gemäss zu heyraten sich beständig weigere geburend vorgetragen worden. Wir befehlen euch darauf gnädigst beyde Personen vor euch zu fordern, und zugleich den Pfarrer ihnen vorstellen zu lassen, mit dem andeuten, dass er sie zusammen traue, and wan ernannter G. nicht Ja sagen wolte, ein ander in seinem Nahmen es thun solle: Ob er nun hiedurch zu bewegen seyn wird oder nich, davon habet ihr eueren unterthänigsten bericht zu Unserer ferneren Verordnung abzustatten. (Vgl. §. 151.)

5) *Sächs. Bürgerl. Gesetzb.:* §. 1570 Personen männlichen Geschlechtes können vor erfülltem achzehnten, Personen weiblichen Geschlechtes vor erfülltem sechszehnten Lebensjahre kein Verlöbniss schliessen. §. 1578. Kinder, die von Personen welche in einem gültigen Verlöbnisse stehen mit einander erzeugt worden sind, Brautkinder, haben die Rechte ehelicher Kinder. Dasselbe gilt von Kindern, welche vor dem Verlöbnisse erzeugt, aber noch während desselben geboren werden. §. 1579. Aus einem Verlöbnisse kann nicht auf Eingehung der Ehe geklagt werden. §. 1580. Das Versprechen einer Strafe für den Fall, dass die Ehe zwischen den Verlobten nicht zu Stande kommt, ist nichtig. §. 1581. Tritt ein Theil von dem Verlöbnisse ohne Grund zurück, oder giebt er durch sein Verhalten nach Eingehung des Verlöbnisses dem anderen Theile einen Grund zum Rücktritte, so hat er den Schaden zu ersetzen, welchen der andere Theil, oder diejenigen, deren Einwilligung dieser zu dem Verlöbnisse bedurfte, dadurch erlitten, dass sie in Erwartung der künftigen Ehe und für deren Zweck etwas aufgewendet haben. Wer ohne Grund von dem Verlöbnisse zurücktritt, kann sich durch spätéres Erbieten, die Ehe zu schliessen, von der Ersatzpflicht nicht befreien. §. 1582. Zum einseitigen Rücktritte von dem Verlöbnisse berechtigen alle Gründe, aus welchen eine Ehe angefochten, oder deren Scheidung verlangt werden kann, ingleichen alle nach Eingehung eines Verlöbnisses in den Verhältnissen des anderen Theiles eingetretene Aenderungen, von welchen anzunehmen ist, dass sie den anderen Theil von dem Verlöbnisse abgehalten haben würden, wenn sie demselben bei dessen Eingehung bekannt gewesen wären. §. 1583. Haben sich die Verlobten zum Zeichen des eingegangenen Verlöbnisses Mahlschätze gegeben, oder haben sie sich Geschenke gemacht, so ist anzunehmen, dass diess unter der Voraussetzung geschehen sei, es werde die Ehe zu

Zwang zur Eheschliessung nicht mehr statt, auch steht dem Verlobten, selbst bei einem in der rechtlichen Form abgeschlossenen Verlöbniss, nicht mehr die Befugniss der Einsprache gegen die anderweite Verehelichung des anderen Theiles zu.

8. Das Ehescheidungsrecht.

§. 157. A. In der katholischen Kirche.

Wächter, Ueber Ehescheid. bei d. Römern, Stuttg. 1822. Hinschius, In Zeitsch. f. deutsch. R. XX, 60 ff. Eberl, Ehescheidung und Ehescheidungsproc., Freising 1854.

I. Bei den *Römern* war die Ehescheidung nicht nur durch gegenseitige Uebereinstimmung, sondern auch durch den Willen eines Ehegatten zulässig, ohne dass es eines gerichtlichen Verfahrens bedurft hätte. Und selbst die Reaction gegen dieses freie Scheiderecht belegte freilich eine einseitige Scheidung aus unrechtmässigen Gründen mit Strafen und pekuniären Nachtheilen, aber die durch eine auch ungerechtfertigte Ehescheidung erfolgte Lösung des ehelichen Bandes wurde nicht bemängelt. II. Die Kirchenväter erklären, auf die Schrift[1] gestützt, die Ehescheidung für unzulässig[2], indem sie einem geschiedenen Gatten bei Lebzeiten des anderen die Wiederverheirathung untersagen[3-5]. Aber die Kirche vermochte nicht, die nationalen Anschauungen

Stande kommen. §. 1584. Wird das Verlöbniss durch gegenseitiges Einverständniss oder wegen eines Grundes aufgehoben, bei welchem keinem Theile eine Verschuldung zur Last fällt, so sind die Mahlschätze und Geschenke, soweit sie vorhanden, gegenseitig zurückzugeben. Sind vertretbare Sachen gegeben worden, so ist derselbe Betrag zu erstatten. §. 1585. Tritt ein Theil ohne Grund von dem Verlöbnisse zurück, oder veranlasst er durch seine Verschuldung dessen Auflösung, so verliert er das, was er als Mahlschatz oder Geschenk gegeben, und giebt zurück, was er empfangen hat, und zwar die vorhandenen Gegenstände selbst, oder, wenn er die Unmöglichkeit der Rückgabe verschuldet hat, den Werth des Empfangenen. Hat er vertretbare Sachen empfangen, so ist derselbe Betrag zurückzuerstatten. §. 1586. Wird das Verlöbniss durch Tod aufgelöst, so findet ein Anspruch auf Rückgabe der Mahlschätze und Geschenke nicht statt. §. 1587. Der Anspruch auf Entschädigung im Falle des §. 1581. und auf Rückgabe der Mahlschätze und Geschenke verjährt in einem Jahre von der Auflösung des Verlöbnisses an. Ist der berechtigte Verlobte vor Anbringung der Klage gestorben, so geht der Anspruch auf dessen Erben nicht über.

§. 156. 6) *Sächs. Ges. v.* 5. *Nov.* 1875: §. 1. Das Verlöbniss fordert zu seiner Gültigkeit, dass diejenigen Personen einwilligen, deren Einwilligung es zur Eheschliessung bedarf. Bedarf es bei keinem der das Verlöbniss schliessende Theile der Einwilligung des ehelichen Vaters oder der Mutter und tritt auch nicht der in §. 31. Abs. 1. des Reichsgesetzes von 6. Februar 1875 angegebene Fall ein, so ist das Verlöbniss nur gültig, wenn es in Gegenwart von 2 Zeugen oder vor Gericht geschlossen worden ist. §. 2. Ein Verlöbniss, welchem ein gesetzliches Hinderniss entgegensteht, hat die rechtliche Wirkung eines gültigen Verlöbnisses für den Verlobten, welcher dies Hinderniss nicht kennt, so lange dies der Fall ist.

7) *Bremer Gesetz v.* 31. *Oct.* 1875 §. 2: Eine Klage auf Eingehung der Ehe oder auf eine an deren Stelle zu leistende Entschädigung, sowie eine Klage auf Schadenersatz, wegen Nichterfüllung eines Eheversprechens findet nicht statt. Die Verabredung einer Konventionalstrafe für den Fall der Nichterfüllung eines Eheversprechens ist nichtig.

8) *Württemb. Ges. v.* 8. *Aug.* 1875 *Art.* 4: Aus Eheverlöbnissen kann nicht auf Eingehung der Ehe geklagt werden. Die gerichtliche Aufhebung von Eheverlöbnissen findet nicht mehr statt. Die gesetzlichen Vorschriften über die vermögensrechtlichen Folgen des Bruchs eines Eheverlöbnisses bleiben unberührt.

§. 157. 1) *Matth. XIX*, 6: So sind sie nun nicht zwei, sondern Ein Fleisch; was nun Gott zusammengefüget hat, das soll der Mensch nicht scheiden. 9. Ich sage aber euch: Wer sich von seinem Weibe scheidet, es sei denn um der Hurerei willen, und freiet eine andere, der bricht die Ehe, und wer die abgeschiedene freiet, der bricht auch die Ehe.

2) *Tertullianus de monogamia:* Quos Deus coniunxit homo non separabit, scilicet ne contra Dominum faceret. Solus enim ille separabit, qui coniunxit, separabit autem, non per duritiam repudii, sed per debitum mortis.

3) *C. Carth. ao.* 407 (*Cod. eccl. Afr. c.* 102):

auszurotten, und gestattete daher bedingungsweise Wiederverheirathung Geschiedener[6-8]. Auch die Versuche, welche unter *Augustins*[9. 10] Einfluss zur Herstellung einer strengeren Praxis und zur Reformation des weltlichen Scheiderechtes unternommen wurden, blieben ohne Erfolg. III. In dem *germanischen* Reiche fand die Kirche gleichfalls ein Scheiderecht vor, nach welchem Uebereinstimmung beider Ehegatten die Ehe löste, ebenso einseitiger Wille des Mannes, und später auch einseitiger Wille der Frau. Der letztere hatte aber ehetrennende Wirkung nur, wenn er auf bestimmten gesetzlichen Gründen beruhte[11. 12], der erstere auf jeden Fall, nur dass grundlose Scheidung vermögensrechtliche Nachtheile nach sich zog[13]. Auch gegen dies Recht reagirte die Kirche, ohne im Stande zu sein, dasselbe zu ändern. Und wenn auch in der Mitte des achten Jahrhunderts vereinzelt die Ehescheidung auf den Ehebruch beschränkt wurde[14], so sind doch unmittelbar darauf gesetzliche Bestimmungen[15-17] erlassen, nach denen bei von beiden Theilen consen-

Placuit ut secundum evangelicam et ap. disciplinam neque dimissus ab uxore, neque dimissa a marito alteri coniungatur, sed ita maneant aut sibimet reconcilientur; quod si contempserint, ad poenitentiam redigantur, in qua causa legem imperialem petendum est promulgari.

§. 157. 4) *c.* 4. *C. XXXII. qu.* 4. (*Ambros.*): ... Cognoscimus uelut presulem custodemque esse coniugii Deum, qui non patiatur alienum thorum pollui, et si quis fecerit, eum peccare in Deum, cuius legem uiolet, et gratiam soluat. Et, quia in Deum peccat, sacramenti celestis amittit consorcium.

5) *c.* 22. *C. XXXII. qu.* 7: Hii uero, qui uxores suas in adulterio deprehendunt, non licebit nec eum, nec illam aliam uxorem accipere, uel alium uirum, quamdiu ambo uiuunt. Si autem adultera mortua fuerit, uir eius, si uult, nubat, tantum in Domino; adultera uero numquam, etiamsi mortuus fuerit uir eius. Omnibus tamen diebus uitae suae acerrimae penitenciae lamenta persoluat.

6) *Regino II.* 236: Ab isto die in antea cum ista femina, cum qua adulterium vel fornicationem fecisti, unde disciplinam vel poenitentiam suscepisti, amplius non adulterabis, nec fornicaberis, nec eam in uxorem accipies, nisi forte post peractam poenitentiam tibi licentia data fuerit ab episcopo aut eius misso. Sic te Deus adiuvet.

7) *c.* 10. *C. Arelat. I.* (314): De his qui coniuges suas in adulterio deprehendunt, et iidem sunt adolescentes fideles et prohibentur nubere, placuit ut in quantum possit concilium iis detur, ne viventibus uxoribus suis licet adulteris alias accipiant.

8) *C. Venet. c.* 2. (465): Eos quoque qui relictis uxoribus suis, sicut in ev. dicitur, excepta causa fornicationis sine adulterii probatione alias duxerint, statuimus a communione similiter arcendos, ne per indulgentiam nostram praetermissa peccata alios ad licentiam erroris invitent.

9) *August. de nupt. et concup. I,* 10: Ita manet inter viventes quiddam coniugale, quod nec separatio nec cum altero copulatio possit auferre.

10) *Derselbe de fide et oper. c.* 35: Et in ipsis divinis sententiis ita obscurum est, utrum et iste, cui quidem sine dubio adulteram licet dimittere, adulter tamen habeatur si alteram duxerit, ut, quantum existimo, venialiter quisque fallatur.

11) *Lex Burgund.* 34, 1: Si qua mulier maritum suum, cui legitime est iuncta, dimiserit, necetur in luto.

12) *Lex Wisgoth. III,* 6, 2: . . . si mulieris maritus masculorum concubitor approbatur, aut si eandem suam uxorem, ea nolente, adulterandam cuicunque viro dedisse vel promisisse convincitur . . . nubendi mulieri alteri viro, si voluntas eius extiterit, nullatenus inlicitum erit.

13) *Lex Baiuvai. VII,* 14: Si quis liber liberam uxorem suam sine aliquo vitio per invidiam dimiserit, cum 48. sol. componat parentibus.

14) *Cap. Suesson.* 744 *c.* 9: Similiter constituimus, ut nullus laicus homo Deo sacratam feminam ad mulierem habeat, nec suam parentem, nec marito vivente suam mulierem alius accipiat, nec mulier vivente suo viro alium accipiat; quia maritus mulierem suam non debet dimittere, excepto causa fornicationis deprehensa.

15) *Capit. Vermerian.* (753) *c.* 5: Si qua mulier mortem viri sui cum aliis hominibus conciliavit, et ipse vir ipsius hominem se defendendo occiderit, et hoc probare possit, ille vir potest ipsam uxorem dimittere, et si voluerit, aliam accipiat. Ipsa autem insidiatrix, poenitentia subacta, absque spe coniugii maneat. *c.* 6. Si quis ingenuus homo ancillam uxorem acceperit pro ingenua, si ipsa femina postea fuerit

tirter Ehescheidung die Wiederverheirathung unter bestimmten Voraussetzungen gestattet wird, und Ehebruch der Frau, Lebensnachstellung, Verweigerung der ehelichen Pflicht als einseitige Ehescheidungsgründe anerkannt werden. Die Kirche aber dissimulirte[18], und gab in ihren *Bussordnungen*[19. 20] dem nationalen Rechtsbewusstsein nach. Erst die *karolingische* Gesetzgebung[21] versuchte es, die Ehescheidung wieder auf den Grund des Ehebruches zu beschränken, und erst im elften Jahrhundert[22] verschwindet aus den kirchlichen Rechtssammlungen die Trennung das ehelichen Bandes. Aber als Rest der alten Anschauung haben sich noch im heutigen Recht die Sätze erhalten[23-25], dass nicht

inservita, si eam a servitute redimere potest, faciat; si redimi non potest, si ita voluerit, liceat ei aliam accipere. Similiter et mulier ingenua, si servum accipiat pro ingenuo, et postea pro qualicunque causa inservitus fuerit, nisi pro inopia fame cogente se vendiderit, et ipsa hoc concesserit, et de praecio viri sui a fame liberata fuerit, si voluerit potest eum dimittere, et si se continere non potest, alium ducere. Similiter et de muliere, si se vendiderit, et vir eius ita consenserit, taliter potest stare, si se separaverint. Poenitentia tamen amborum necessaria est. Nam qui de pretio paris sui de tali necessitate liberatus fuerit, in tali coniugio debeat permanere et non separari. *c.* 9: Si quis necessitate inevitabili cogente in alium ducatum seu provinciam fugerit, aut seniorem suum, cui fidem mentiri non poterit, secutus fuerit; et uxor eius, cum valet et potest, amore parentum aut rebus suis, eum sequi noluerit, ipsa omni tempore, quamdiu vir eius, quem secuta non fuit, vivet, semper innupta permaneat. Nam ille vir eius, qui necessitate cogente in alium locum fugit, si nunquam in suam patriam se reversurum sperat, si se abstinere non potest, aliam uxorem cum poenitentia potest accipere. *c.* 17: Si qua mulier se reclamaverit, quod vir suus nunquam cum ea mansisset, exeant inde ad crucem; et si verum fuerit, separentur, et illa faciat quod vult.

§. 157. 16) *Capit. Compend.* (757) *c.* 9: Homo francus accepit beneficium de seniore suo, et duxit secum suum vasallum, et postea fuit ibi mortuus ipse senior, et dimisit ibi ipsum vasallum; et post hoc accepit alius homo ipsum beneficium, et per hoc ut melius potuisset habere illum vassallum, dedit ei mulierem de ipso beneficio, et habuit ipsam aliquo tempore; et dimissa illa, reversus est ad parentes senioris sui mortui, et accepit ibi uxorem, et modo habet eam. Diffinitum est, quod illam, quam postea accepit, ipsam habeat. *c.* 16: Si quis mulierem suam dimiserit et dederit commeatum pro religionis causa infra monasterium Deo servire, aut foras monasterium dederit licentiam velare, sicut diximus propter Deum, vir illius accipiat mulierem legitimam. Smiliter et mulier faciat. Gregorius consensit. *c.* 19. Si vir leprosus mulierem habeat sanam, si vult ei donare commeatum ut accipiat virum, ipsa femina, si vult, accipiat. Similiter et vir.

17) *Formula bei Rozière no.* 111: Dum et inter illo et coniuge sua illa non caritas secundum Deum, sed discordia regnat, et ab hoc pariter conversari minime possunt, placuit utrisque voluntas ut se a consortio separare deberent, quod ita et fecerunt. Propterea has epistolas inter se uno tenore conscribtas fieri et adfirmare decreverunt, ut unusquisque ex ipsis sive ad servitium Dei in monasterio aut copolam matrimoniis sociare voluerit, licentiam habeat, et nulla requisitione ex hac de parte proximi sui habere non debeat. Si quis vero ab aliqua pars ex ipsis hoc emutare aut contra pare suo repetere voluerit, inferat pari suo auri libram unam, et ut decreverunt a proprio consortio sequestracto, in ea quam elegerint parte permaneant.

18) *Gregor. II.* 726 *an Bonifaz:* Sed quod posuisti, quodsi mulier infirmitate correpta non valuerit viri debitum reddere, quid eius faciat iugalis; bonum esset, si sic permaneret, ut abstinentiae vacaret. Sed quia hoc magnorum est, ille qui se non poterit continere, nubat magis. Non tamen subsidii opera subtrahat ab illa, cui infirmitas praepedit et non detestabilis culpa excludit.

19) *Poenitent. Merseburg. c.* 94: Si quis cuius uxorem hostis abstulerit, et non potest eam redimere, liceat eum aliam accipere. Si postea redit uxor eius, alium virum accipiat illa, sic et de servis transmarinis.

20) *Poenitent. Pseudo Theodori* (*IX. Jahrh.*): c. IV. §. 20: Vir et mulier in matrimonio uniti, si ille voluerit dimittere eam et illa noluerit, vel ille infirmatus, seu illa infirmata, tamen omnino, nisi cum consensu amborum non separentur.

21) *Capit. Wormat.* 829 *c.* 20: Quod nisi causa fornicationis ut Dominus ait, non sit uxor dimittenda, sed potius sustinenda, et quod hi, qui causa fornicationis, dimissis uxoribus alias ducunt, Domini sententia adulteri esse notentur.

22) *Burchard Decr. XIX.* (aber vgl. *IX.*

consummirte Ehen durch das auch gegen den Willen des einen Ehegatten abgeleistete Ordensgelübde des anderen gelöst werden, dass solche Ehen durch den Papst geschieden werden können, und dass der convertirte Ehegatte, wenn der ungläubig gebliebene ihm nicht beiwohnen, oder die Ausübung des christlichen Glaubens gestatten will, die Ehe auflösen und sich anderweitig verheirathen darf. IV. Wenn auch das *Tridentinum*[26] eine Trennung des ehelichen Bandes für unzulässig erklärt, so doch nicht eine Trennung des ehelichen Zusammenlebens[27]. Eine solche (*separatio quoad thorum et mensam*) kann eintreten 1. als *perpetua*, wenn der eine Theil sich eines bewiesenen, nicht verziehenen Ehebruches oder fleischlicher Vergehen schuldig gemacht hat, auf Antrag des anderen selbst unschuldigen Theiles. Der letztere darf die Trennung jeden Augenblick ohne richterliche Vermittelung aufheben, und kann dazu genöthigt werden, sobald er selbst einen Ehebruch begeht. Mit der sep. perpetua ist eine Regelung der Vermögensverhältnisse nach Analogie der römischen Ehescheidung verbunden, welche der geistliche Richter gleichfalls vornehmen soll, welche aber in den neueren Gesetzgebungen durch die staatlichen Organe zu erfolgen hat. 2. Als *temporaria* aus anderen vom geistlichen Richter zu beurtheilenden Gründen. V. Während einzelne Staatsgesetzgebungen dies katholische Recht für Katholiken anerkannt[28], andere die Trennung des ehelichen Bandes durch den weltlichen Richter auch für

54 *sqq.*): Si dimisisti uxorem tuam, et aliam duxisti, accipe priorem uxorem, et carinam unam in pane et aqua cum VII. sequentibus annis poeniteas, quia scriptum est: „Quod Deus coniunxit, homo non separet." Nulli licet uxorem suam dimittere nisi causa fornicationis, i. e. si ipsa adulterium cum alio perpetraverit; tunc licet illam dimittere propter fornicationem, sed illa vivente aliam non ducere. Sed si sic privati voluerint permanere, ut neuter illorum se super alterum de discidio proclamaverit, maneant sic. Si autem se de discidio proclamaverint, tunc primum episcopus peracta inter eos poenitentia i. e. post septennem poenitentiam, si petierint, debet eos reconciliare. Eadem lex erit marito adversus uxorem, si ipse adulterium perpetraverit, et si ipsa voluerit, propter fornicationem potest maritum dimittere, eadem ratione, qua supra de uxore adulterium perpetrante dictum est.

§. 157. 23) *c. 7. X.* (4, 19): Distinguimus licet quidam praedecessor noster sensisse aliter videatur, an ex duobus infidelibus alter ad fidem catholicam conuertatur, vel ex duobus fidelibus alter labatur in haeresim, vel decidat in gentilitatis errorem. Si enim alter infidelium coniugum ad fidem catholicam conuertatur, altero vel nullo modo, vel non sine blasphemia diuini nominis, vel ut eum pertrahat ad mortale peccatum, ei cohabitare volente: qui relinquitur, ad secunda si voluerit, vota transibit. Et in hoc casu intelligimus, quod ait apostolus: „Si infidelis discedit, discedat. Frater enim vel soror non est seruituti subiectus in huiusmodi," et canonem etiam inquo dicitur: „Contumelia creatoris soluit ius matrimonii circa eum, qui relinquitur." Si vero alter fidelium coniugum vel labatur in haeresim, vel transeat ad gentilitatis errorem, non credimus, quod in hoc casu, is, qui relinquitur, uiuente altero possit ad secundas nuptias conuolare. . . .

24) *C. Trident. Sess. XXIV. de reform. matr. c. 6*: Si quis dixerit, matrimonium ratum non consummatum per sollennem religionis professionem alterius coniugum non dirimi: anathema sit.

25) *Referat der Congregat. Concilii in causa Barchionen.:* De summi Pontificis potestate dispensandi super matrimonio rato et non consummato nefas hodie foret quaestionem movere.

26) *C. Trident. Sess. XXIV. de reform. matr. c. 7*: Si quis dixerit, ecclesiam errare, quum docuit et docet iuxta evangelicam et apostolicam doctrinam, propter adulterium alterius coniugum matrimonii vinculum non posse dissolvi; et utrumque, vel etiam innocentem, qui causam adulterio non dedit, non posse altero coniuge vivente aliud matrimonium contrahere; moecharique eum, qui dimissa adultera aliam duxerit, et eam, quae dimisso adultero alii nupserit: anathema sit. *c. 8.* Si quis dixerit, ecclesiam errare, quum ob multas causas separationem inter coniuges quoad thorum seu quoad cohabitationem ad certum incertumve tempus fieri posse decernit: anathema sit.

27) *Anweis. für die österr. geistl. Gerichte:*

Katholiken zulässig erachtet hatten[29], hat das *Reichsrecht*[30] bestimmt, dass an Stelle der sep. perpetua durch die in Ehesachen bürgerlich allein noch competenten staatlichen Gerichte immer auf Trennung des ehelichen Bandes erkannt werden solle.

§. 158. B. In der protestantischen Kirche.

Strippelmann, D. Ehescheidungsr. nach gem. und insbes. n. Hess. R., Cassel 1854. Richter, Beitr. z. Gesch. d. Ehescheidungsr. in d. ev. K., Berl. 1858. Hinschius, In Ztsch. f. K.-R. II, 1 ff. Savigny, Darst. d. in d. Preuss. Ges. über d. Ehescheidung unternommenen Reformen, Berl. 1844. Gerlach, Ueber d. heut. Gestalt. d. E.-R., Berl. 1842. 2. Aufl. Verhandlungen über d. Entw. d. Ehescheidungsges. in d. Hause der Abgeordneten, Berlin 1857. Verhandl. über d. Ges.-Entw. d. Eher. betr., Berl. 1859, 1860, 1861, 1—3. Scheurl, In Abhandlung. 525 ff. 541 ff. u. in Ztschr. f. K.-R. VI, 1 ff. Wasserschleben, Ehescheidungsrecht d. fürstl. Machtvollkommenheit, Giessen 1877.

Die Bekenntnisschriften[1] erkennen ausdrücklich die Zulässigkeit einer Trennung des ehelichen Bandes an, bezüglich der Scheidungsgründe waltet indessen zunächst nur dahin Uebereinstimmung ob, dass Ehen nicht durch blossen Consens, oder wegen eines dem einen Theile widerfahrenen Unglückes geschieden werden sollen, und dass dem schuldigen Theil Wiederverheirathung nur nach Dispensation zu verstatten sei. *Luther*[2. 3] bezeichnet

§. 208. Die Gatten sind zur Gemeinschaft des Lebens nur in soweit verbunden, als sie dieselbe ohne Gefahr für ihr Seelenheil, ihr Leben oder ihre Gesundheit fortsetzen können. Wenn ein Ehegatte vom Christenthume abtrünnig wird, wenn er den anderen zum Abfalle vom kath. Glauben, zu Lastern oder Verbrechen zu verführen sucht, wenn er durch Misshandlungen oder Nachstellungen dessen Gesundheit und Leben gefährdet, wenn er empfindliche Kränkungen durch längere Zeit fortsetzt, nach Umständen auch, wenn er an einem ansteckenden und langwierigen körperlichen Uebel leidet, so ist dem anderen Theile auf sein Ansuchen die Scheidung von Tisch und Bett für so lange zu bewilligen, bis er die eheliche Gemeinschaft ohne Gefahr für sein ewiges und zeitliches Heil erneuern kann. §. 209. Der Gatte, welcher von dem anderen böswillig ist verlassen worden, kann die Scheidung von Tisch und Bett für so lange ansprechen, bis der Schuldige seine Bereitwilligkeit, die ehelichen Pflichten wieder zu erfüllen, hinreichend bewährt hat. §. 210. Auch wegen solcher Pflichtverletzungen, durch welche den Vermögensrechten oder der bürgerlichen Ehre des anderen Gatten grosse Nachtheile zugefügt oder dringende Gefahren bereitet werden, kann die zeitweise Scheidung von Tisch und Bett ausgesprochen werden.

§. 157. 28) *Sächs. bürgerl. Gesetzb.:* §. 1766. Gehören beide Ehegatten der kath. Kirche an, so tritt an die Stelle der Scheidung der Ehe Trennung der Ehegatten von Tisch und Bett auf Zeit oder auch Lebenszeit, nach den in dieser Hinsicht allein massgebenden Bestimmungen des kanonischen Rechtes. §. 1767. Wird die Trennung von Tisch und Bett auf Lebenszeit erkannt, so hat sie alle Wirkungen einer Scheidung der Ehe, ausgenommen, dass kein Theil während des Lebens des anderen eine anderweite Ehe eingehen kann.

29) *A. Preuss. Landrecht II*, 1: §. 734. Wird unter kath. Ehegatten auf eine beständige Separation von Tisch und Bett erkannt: so hat dieses alle bürgerlichen Wirkungen einer gänzlichen Ehescheidung. §. 735. In wie fern aber ein geschiedener Ehegatte, nach den Grundsätzen seiner Religion, von dieser erfolgten Trennung der vorigen Ehe zur Vollziehung einer anderen Gebrauch machen könne und dürfe, bleibt seinem Gewissen überlassen.

30) *Reichsges. v. 6. Febr.* 1875 §. 77: Wenn nach dem bisherigen Rechte auf beständige Trennung der Ehegatten von Tisch und Bett zu erkennen sein würde, ist fortan die Auflösung des Bandes der Ehe auszusprechen. Ist vor dem Tage, an welchem dieses Gesetz in Kraft tritt, auf beständige Trennung von Tisch und Bett erkannt worden, so kann, wenn eine Wiedervereinigung der getrennten Ehegatten nicht stattgefunden hat, jeder derselben auf Grund des ergangenen Urtheils die Auflösung des Bandes der Ehe im ordentlichen Processverfahren beantragen.

§. 158. 1) *Art. Smalcaldici de pot. ep.*: Iniusta etiam traditio est, quae prohibet coniugium personae innocenti post factum divortium.

2) *Luther vom ehelichen Leben:* Drei Ursachen weiss ich, die Mann und Weib scheidet. Die erste, die itzt und droben gesagt ist, wenn Mann oder Weib untüchtig zur Ehe ist, der Gliedmass oder Natur halben, wie das sein mag; davon ist genug gesagt. Die ander ist der Ehebruch . . . Die dritte Sache ist, wenn sich eins dem andern selbst

als Scheidegründe *Ehebruch* und *Desertion*, erkennt aber an, dass auch aus sonstigen triftigen Gründen die Obrigkeit die Scheidung aussprechen könne[4. 5]. *Melanchthon*[6] geht schon auf die Scheidegründe des römischen Rechtes zurück, und dieser Zwiespalt beherrscht fortan Theorie[7-9] und Gesetzgebung[10-12], wenn-

beraubt und entzeucht, dass es die ehliche Pflicht nicht zahlen, noch bei ihm sein will... Ueber diese drei Ursach ist noch eine, die Mann und Weib lässet scheiden, aber doch also, dass beide fort ahn Ehe bleiben, oder sich wieder versühnen müssen. Die ist, wenn Mann und Frau nicht uber der ehelichen Pflicht, sondern umb anderer Sach willen sich nicht betragen.

§. 158. 3) *Luther v. ehel. Leben:* Wie denn, wenn Jemand ein krank Gemahl hat, das ihm zur ehelichen Pflicht kein Nutz worden ist, mag der nicht ein anders nehmen? Beileibe nicht, sondern diene Gott in dem Kranken, und warte sein: denke, dass dir Gott an ihm hat Heilthum in dein Haus geschickt, damit du den Himmel sollt erwerben.

4) *Luther Ausleg. des V. VI. VII. Capit. des Evang. Matthäi:* Wie aber itzt bei uns in Ehesachen und mit dem Scheiden zu handlen sei, hab ich gesagt, dass man's den Juristen soll befehlen, und unter das weltlich Regiment geworfen, weil der Ehestand gar ein weltlich äusserlich Ding ist, wie Weib, Kind, Haus und Hof, und anders, so zur Oberkeit Regiment gehoret, als das gar der Vernunft unterworfen ist; Gen. 1. Darumb, was darin die Oberkeit und weise Leute nach dem Rechten und Vernunft schliessen und ordnen, da soll man's bei bleiben lassen. Denn auch Christus hie nichts setzet noch ordnet als ein Jurist oder Regent in äusserlichen Sachen, sondern allein als ein Prediger die Gewissen unterrichtet, dass man das Gesetz vom Scheiden recht brauche, nicht zur Buberei und eigenem Muthwillen, wider Gottes Gebot. Darumb wollen wir hie auch nicht weiter fahren, denn dass wir sehen, wie es bei ihnen gestanden ist, und wie sich die halten sollen, so Christen sein wollen, (denn die Unchristen gehen uns nicht an, als die man nicht mit dem Evangelio, sondern mit Zwang und Strafe regieren muss), auf dass wir unser Ampt rein behalten, und nicht weiter greifen, denn uns befohlen ist.

5) *Luther von Ehesachen:* Es sind noch viel mehr Fälle, als: wo man Gift oder Mord besorget; item, wo ein Weib zu stehlen oder zu schändlicher Unzucht gezwungen würde von dem Manne. Aber da konnen Oberkeit und vernünftige Leute wohl innen rathen, denn man kann Niemand zur Sunden zwingen, So muss ein Gemahl seine Fahr wagen, des Gifts oder Mords halben, sonderlich, wo es heimlich furgenommen wird; offenbärlichem Furnehmen kann die Oberkeit oder Freunde steuren und wehren.

6) *Melanchthon de coniugio:* Quum textus Matth. XIX. tantum faciat mentionem evangelii, valde pugnant aliqui, non posse fieri divortia propter saevitiam et insidias vitae structas. Sed in Codice lex Theodosii, quam existimo gravi deliberatione piorum scriptam, ut tunc usitata divortia restringeret ad certos casus, concedit divortium etiam in his casibus. Etsi autem aliqui reiiciunt hanc legem, et concedunt eam ab evangelio dissentire, tamen hi non recte intelligunt discrimen legis et evangelii, et quum expresse dicat Dominus, in politia Moisi divortia permissa esse propter duritiem cordis, significat aliam esse gubernationem hominum sanabilium, qui sunt membra ecclesiae et volunt obtemperare evangelio, aliam politicam impiorum et contumacium, qui frena legum pati nolunt. Si quis est igitur talis maritus, qui saevitiam in coniugem exercet et admonitus a pastoribus non desinit furore et domesticae ecclesiae invocationem turbare et uxorem ita crudeliter tractare, ut vita in periculo sit, hic certe magistratus politici imperio coercendus est, qui non solum vitam coniugis innocentis tueri debet, sed etiam debet eius conscientiae consulere ne fracta dolore et indignatione tandem abiiciat invocationem aut aliquid iniuste faciat, ut dicitur: Furor fit laesa saepius patientia. In eo casu in persona crudeli non pertinente ad ecclesiam magistratus politicus Theodosii lege uti posse videtur. Imperia politica vult Deus honori esse bonis et terrori malis.

7) *Bugenhagen von Ehebruch und Weglaufen* (1539): In ehren reisen mit wissen heisset nicht Weglauffen, in zorn ehrlich zur ehelichen freundschafft lauffen ist wol Weglauffen, aber nicht heimlich Weglauffen. Was ist denn das heimliche Weglauffen? Wenn ein Bube stille schweigens sein fromes Eheweib verlesset oder mit lugin worten davon lauffet, also das man wol weis er thue es darumb, das er bey seinem Weibe nicht sein will, und man weis nicht wo er bleibet, weis mans, er wilt es doch auch widergefordert nicht wieder kommen, und stehen zu Rechte warumb er sie so schendlich verlassen hat.

8) *Brenz Commentar zu Matth. XIX.:* Postremo enumerant leges politicae aliquot insignes casus, in quibus licet coniugem repudiare, et iterum coniugium inire. Cum

gleich die Mehrzahl der Kirchenordnungen der strengern Richtung huldigt. Eine Erweiterung der Scheidegründe war die Consequenz des sich verändernden Strafrechts. Indem die Anwendung der Todesstrafe, welche früher factisch die Ehen von Verbrechern aufgelöst hatte, mehr zurücktrat, wurde die Ehescheidung wegen der Strafen zugelassen, welche an die Stelle der Todesstrafe getreten waren[13]. Gleichzeitig erweiterte sich der Begriff der *Desertion*, indem auch die Weigerung eines Ehegatten, das eheliche Leben fortzu-

autem politicae leges iuxta rectam rationem constitutae et approbatae sint ordinationes divinae, idcirco qui sic separentur dicuntur a Deo separari Vide in Cod. l. 5. t. 17. . . l. consensu licita etc. et in novellis constit. c. 22. de his qui nuptias iterant. Sed haec magis ad cognitionem et explicationem magistratus politici et iuris consultorum, quam theologorum pertinent. Nos sciamus, quantum in praesentia satis est, quod, etsi generalis regula est, legitimos coniuges non debere separari, tamen haec regula intelligenda est non de iis, qui auctoritate divina, quibus casus hactenus enumeravimus, sed de illis, qui privata temeritate nulla vere legitima causa separantur.

§. 158. 9) *Aus etl. Theologen Bedenken bei Sarcerius vom heil. Ehestande*: Jedoch dieweil Gott (was er mit besonderen Leuten schafft) dahin allweg richtet, das es in gemein auch zu gutem und erbarkeit diene, so wird er in diesem gebot warlich auch darauff gesehen haben, das was Ehen sein sollen, in der warheit Ehen sein sollen, darin eins zum andern lieb und gunst habe. Die Ehe ist so ein heiliger und hoher stand, das gar viel daran gelegen, das er recht gehalten werde. Darum ist auch Gott dem Herren allweg lieber gewesen, die weren auseinander, die kein lieb oder gunst zusammen haben könnten. Wo man dan nu nicht wil weiser sein denn Gott, wird man hierauff auch bei den Christen handeln.

10) *Braunschweig-Grubenh. Kirchenordnung* 1581: So soll auch keins weges einige Ehescheidung gestattet noch fürgenommen werden, ausser den zwei Fellen, die Christus und Paulus im Evangelio zugelassen haben. Als nemlich und erstlich. Da eines etwa eines Ehebruch genugsam uberzeuget, und Rechtlich uberwiesen were, und das unschuldige Theil sich in solchem Fall gantz und gar zur versöhnung nicht einlassen wolte oder köndte, so möchte entlich sententia divortii gesprochen werden . . . . zum andern, Im Fall der mutwilligen Desertion, Weglaufens und Verlassung.

11) *Preuss. Consist.-Ordn.* 1584: Wo nun solche Tyrannei dargethan und der Mann durch keine Strafe oder Warnung oder Gefängniss zur Besserung kann gebracht werden . . . mögen als dann solche Leute, ein Jahr zwei oder drei . . . von Tisch und Bett geschieden . . werden. Würde dann der Mann . . seines Weibes wiederum begehren, sie auch mit genugsamer Caution de non amplius offendendo versichern, soll sie alsdann, denselben wiederum anzunehmen und dann ehelich beyzuwohnen schuldig seyn. Würde aber die versuchte Strafe nichts helfen und sich befinden dass Mann oder Weib eines dem andern mit Gift oder dergleichen nach dem Leben gestanden, mögen sie alsdann gar geschieden und . . (das) schuldige Theil von dem Ehegericht an das weltliche Gericht . . remittiret . . werden.

12) *Züricher Eheordnung* 1525: Item grösser sachen denn eebruch, als so eines das leben verwurkte, nit sicher vor einandren wärind, wutende, unnsinige, mit hury tratzen, oder ob eines das andere unerlaubt verliesse, lang us wäre, ussätzig und derglychen, darin nieman von unglyche der sachen kein gwüss gsatz machen kann; mögend die richter erfaren und handeln, wie sy gott und gestalten der sachen werdend underwysen.

13) *Erkenntniss des Friedensteinschen Consist.* 1688: Postquam Volckmarus R. Civis et Sutor in hac Principali Residentia Gothae, Consistorio Ducali decenter aperuit, quod Uxor eius Anna Barbara non tantum alios, sed et ipsummet Maritum veneno interficere tentaverit, crimen hoc etiam eousque perfecerit, ut ipse prima vice lethaliter decubuerit, secunda vice vero crura eius ita labefactata fuerint, ut hucusque quasi emortua et sine sensu manserint, unde etiam illa, praevia sufligatione, in perpetuum relegata, et postquam periura facta rediit, relegatio ista secunda vice repetita sit, atque ea propter petiit, quia opificium suum, sine ope uxoris, continuare ipsi impossibile esset, neque etiam relegatam recipere vellet, praeprimis quod pravam et irradicatam consuetudinem perpetuae ebrietatis deposituram esse praesumi non possit, ut ipsi aliam uxorem ducere permitteretur, hinc a Consistorio Ducali consideratis circumstantiis adductis, quae actis inquisitionalibus omnino conformes deprehensae sunt, haec resolutio ipsi datur, quod, tali rerum statu, in timore Domini, pro beneplacito, aliud Matrimonium contrahere possit

setzen, als Scheidegrund anerkannt wurde[14]. Aber auch wo das Recht formell den strengen Standpunkt aufrecht erhielt, war doch die von dem Landesherrn ausgeübte Scheidegewalt im Stande, die Härten des Rechtes im concreten Falle auszugleichen[15-19]. Im achtzehnten Jahrhundert wurde die naturrechtliche Auffassung der Ehe als eines Vertrages auch für die Ehescheidung massgebend, und beeinflusste namentlich die Gesetzgebung des *preussischen Landrechtes*[20], die dann wieder ihrerseits sowohl auf die gemeinrechtliche Praxis, als auch auf die Partikulargesetzgebungen von Einfluss gewesen ist[21. 22].

§. 158. 14) *Württemb. Eheger.-O.* 1687 II, 13. §. 2. (Quasidesertion): So lassen Wir geschehen, dass der unschuldige Theil von dem renitirenden endlichen ganz geschieden, und ihm anderweitige Ver-Ehelichung zugelassen werden möge.

15) *Kabin.-Ord. Friedr. I. v. Preussen* (1711): Wir haben Unss eüre Beyde commissorialische relationes vom 9.ten hujus in Ehe-Sachen Unsers geh. Rahts etc. des von K. und dessen Ehegattin gehorsamst vortragen lassen: Nachdem Wir an dasjenige, wass so wol Ihr alle insgesamt, alss auch der Prediger Porst, absonderlich angeführet erwogen, und insonderheit dass die frau dem Mann an der gesundheit oder leben weder würcklich schaden gethan, noch solches zu thun die intention gehabt, weniger dessen überführet werden können; So fallt Unss Bedencklich, die gäntzliche dissolutionem vinculi zuverstatten, sondern Wir haben allergdst. resolviret, dass weilen keine reconciliation der gemühter zu hoffen, die separatio á thoro et mensa auf den Bissherigen fuess so lang, Biss ein theil der Beyden interessenten versterben wird, continuiret werden solle, Welches Ihr Beyden theilen bekant zu machen und sie darnach zu Bescheiden habt. Seindt etc.

16) *Kabin.-Ord. desselben* (1711): Auss dem Beyschluss habet ihr zu ersehen, wass unser Geh. Rath und General Auditeur, der von K., an Unss allerunterthänigst gelangen lassen, und wie er dabey einige Motiven vorgestellet warumb er nach einmahl erkannten totalen separation zwischen Ihm und seiner vormahligen Ehegenossin, auch nunmehro zur anderweitigen Ehe zu zulassen, und zu verstatten sey: Nun sind Wir zwar nicht ungeneigt, hierüber als der Landes Herr und Supremus Episcopus Unsere dispensation zuertheilen und ihm solche Freyheit, gegen eine Beysteuer zu milden Sachen, allergnädigst zu eröffnen; in mehrer erwegung, dass sein gegentheil zu solcher Separation und abalienation der Gemüther, ein grosses und erhebliches beygetragen; hingegen der von K. insolchem stande und Alter zu seyn scheinet dass er ausser der Ehe, nicht wohl länger sich behelffe und continuiren dürffe: Bevor wir aber demselben Unssere allergnädigste Resolution hierin wiederfahren lassen, haben Wir euer Theologisches Bedencken, ob solches füglich und illaesa conscientia geschehen könne, vernehmen und einhohlen wollen.

17) *Kabin.-Ord. Friedr. II. v. Preuss.* 1746: Seiner K. Maj. in Preussen Unser allergnädigster Herr remittiren an den Würklich geheimten Etats Ministre v. Brandt und präsident v. Reichenbach das allerunterthänigste Memorial zweyer unglücklicher Eheleute, so sich durchaus nicht leiden noch vertragen konnen, so geschieden werden wollen; wie nun bei dergleichen fällen, wo die animosität und Uneinigkeit auff den höchsten grad gestiegen, nicht rahtsam solche Menschen zusammen zu lassen, wobei noch weit mehr inconvenientzien entstehen müssen; so wollen höchstdieselben, dass wann von der angeordneten Scheidung von Tisch und Bett keine Frucht noch Versöhnung zu erwarten ist, dass diese beyde incorrigible Personen nun völlig von einander geschieden und jedem Theil sich wieder zu verheyrathen verstattet werden soll.

18) *Kabin.-Ord. desselben v.* 25. *Oct.* 1751: Mein lieber Würcklich Geheimbter Etats Ministre von Bismarck, da Jch auf das angeschlossene Memorial des hiesigen Sammetmacher Gesellen Johann Bartholomaeus F. bewegender Uhrsachen halber resolvirt habe, dass wenn er beweiset, dass seine in Hamburg zurückgebliebene Frau ihm nicht folgen und anhero kommen will alsdenn derselbe sofort sonder Process und Kosten von ihr geschieden und ihm erlaubet werden solle, sich anderweitig zu verheyrathen.

19) *Erlass Friedr. Wilhelm III. v. Preussen vom Jahre* 1825: Ich habe Ihrem Antrage vom 8. d. M. gemäss das Konsistorium zu Greifswald ermächtigt, die zwischen dem Seeschiffer J. A. T. und der blödsinnig gewordenen J. geb. K. bestehende Ehe für getrennt zu erklären. Das weitere Verfahren wegen der Vermögens-Auseinandersetzung der Getrennten, so wie wegen des künftigen Unterhaltes der Frau bleibt dem kompetenten Gericht überlassen.

20) *Allgem. Preuss. Landr.* Th. II. Tit. 1. §. 668 ff. siehe Anhang no. XX.

21) *Code civil: art.* 229. Le mari **pourra de-**

Ganz allgemein ist 1. *Ehebruch* als Scheidegrund anerkannt, so weit er nicht verziehen oder compensirt ist. 2. *Desertion;* der Ehegatte, dessen Aufenthalt von dem zurückgebliebenen nicht zu erfahren ist, und dessen Abwesenheit eine bestimmte Zeit gedauert hat, wird wiederholt geladen und in contumaciam geschieden; ist dagegen der Aufenthalt bekannt (*Quasi-Desertion*), so wird ein *mandatum ad revertendum* erlassen, und in einigen Ländern mit Zwangsmassregeln die Wiederherstellung der Ehe zu erzielen versucht, eventuell die Scheidung erkannt. 3. *Saevitien* und *Insidien, Verurtheilung* wegen *Verbrechen.* Nur partikularrechtlich[23] ist die Scheidung zulässig wegen *unheilbaren Wahnsinns,*

mander le divorce pour cause d'adultère de sa femme. 230. La femme pourra demander le divorce pour cause d'adultère de son mari, lorsqu'il aura tenu sa concubine dans la maison commune. 231. Les époux pourront réciproquement demander le divorce pour excès, sévices ou injures graves, de l'un d'eux envers l'autre. 232. La condamnation de l'un des époux à une peine infamante sera pour l'autre époux une cause de divorce. 233. Le consentement mutuel et persévérant des époux, exprimé de la manière prescrite par la loi, sous les conditions et après les preuves qu'elle détermine, prouvera suffisamment que la vie commune leur est insupportable, et qui'l existe par rapport à eux, une cause péremptoire de divorce. 275. Le consentement mutuel des époux ne sera point admis, si le mari a moins de 25 ans, ou si la femme est mineure de 21 ans. 276. Le consentement mutuel ne sera admis qu'après deux ans de mariage. 277. Il ne pourra plus l'être après vingt ans de mariage, ni lorsque la femme aura 45 ans.

§. 158. 22) *Sächs. bürgerl. Gesetzb.* §. 1711 ff. siehe Anhang no. XXI.

23) *Gothaisches Eheges. v.* 1834: §. 105. Eine während der Ehe entstandene Unfähigkeit zum Beischlaf des einen Ehegatten, die er vorsetzlich nicht veranlasst hat, kann dem anderen Ehegatten kein Recht zur Ehescheidung geben. Indessen behalten wir uns vor, in dem Falle, wenn beide Ehegatten um Trennung der Ehe nachsuchen und die entstandene Unfähigkeit des einen Ehegatten glaubhaft nachgewiesen wird, solche Ehe aus landesherrlicher Macht zu trennen. §. 134. Der Uebertritt hingegen von einem christlichen Glaubensbekenntnisse zu einer anderen christlichen Confession giebt zwar an sich keinen Grund zur Ehescheidung ab. Wir werden uns indessen nach Befinden der Umstände auf Nachsuchen desjenigen Ehegatten, der bei seinem Glaubensbekenntnisse geblieben, und zu welchem nicht etwa der andere Ehegatte erst übergetreten ist, bewogen sehen, die Ehe aus landesherrlicher Machtvollkommenheit zu trennen. In diesem Falle soll aber kein Theil als der schuldige betrachtet werden ... §. 138. Aus anderen Ursachen, als denjenigen, welche in den vorhergehenden Paragraphen als Ehescheidungsgründe aufgeführt worden sind, und namentlich wegen bloss behaupteter, durch keine gesetzmässigen Gründe unterstützter Abneigung findet eine Klage auf Trennung nicht statt. Sollte indessen der eine Ehegatte oder selbst beide bei Uns selbst um Trennung der Ehe nachsuchen und würde sich bei einer dieserhalb von Unserem Justiz-Collegium anzustellenden genauen Untersuchung des einen solchen Antrag veranlassenden Umstände und nach fruchtlosen Güteversuchen und selbst Anwendung geeigneter Zwangsmittel ergeben, dass der Widerwille des einen Ehegatten gegen den anderen so heftig und tief eingewurzelt sei, dass zu einer Aussöhnung und zur Erreichung der Zwecke des Ehestandes gar keine Hoffnung mehr übrig bleibe, oder dass überhaupt die Fortsetzung der Ehe für den einen oder selbst für beide Ehegatten offenbar die grössten Nachtheile bringen werde, so behalten Wir Uns vor ... eine solche Ehe aus landesherrlicher Machtvollkommenheit zu trennen. Was die bei einer solchen Ehetrennung eintretenden Verhältnisse in Bezug auf die Auseinandersetzung des Vermögens der beiden Ehegatten anlangt, so ist, wenn beide Theile um Trennung der Ehe nachgesucht haben, kein Theil als der schuldige anzusehen, ausserdem aber ist derjenige Ehegatte, welcher solchergestalt ohne eigentlichen gesetzlichen Grund wider den Willen des anderen auf der Scheidung beharrt, als der schuldige Theil zu betrachten ... §. 139. Da überhaupt nicht geduldet werden kann, dass zwei Eheleute, wenn es auch mit beiderseitiger Zustimmung geschieht, ohne triftige Gründe an einem und demselben Wohnort abgesondert von einander leben, oder dass sie, wenn sie auch nicht gerade getrennt leben, durch ihr unfriedliches Betragen ein öffentliches Aergerniss geben, so hat das Justiz-Collegium, wenn die Vermahnungen des betreffenden Geistlichen und die Zurechtweisungen des geistlichen Unterrichts fruchtlos geblieben sind, auf die von dem letzteren an dasselbe zu machende Anzeige zuvörderst sich zu bemühen, die Eheleute in Güte zu bewegen, sich zu einem friedlichen ehelichen Leben

impotentia superveniens, gegenseitiger Einwilligung und ex officio wegen grundlosen Nichtzusammenlebens der Ehegatten. Das Verfahren in Ehescheidungssachen ist durch die *Reichscivilprozessordnung*[24] geregelt worden. Ein landes-

wieder zu vereinigen, und nach Befinden, wenn sie die ihnen zur Anstellung einer förmlichen Ehescheidungsklage zustehende sechswöchentliche Frist unbenutzt verstreichen lassen, durch Zwangsmittel sie dazu anzuhalten. Sind aber auch diese ohne Erfolg, so bleibt es dem Justiz-Collegium überlassen, eine Trennung von Tisch und Bett auf ein Jahr, welches nach Befinden der Umstände auch verlängert werden kann, förmlich auszusprechen, und alsdann, nach nochmaligem fruchtlosen Versuche zur Wiedervereinigung, auf Trennung der Ehe bei dem Landesregenten anzutragen.

§. 158. 24) *Reichscivilprocessordn.:* §. 568. Gegen den Ehemann, welcher seine Frau verlassen und seinen Wohnsitz nur im Auslande hat, kann von der Ehefrau die Klage bei dem Landgerichte seines letzten Wohnsitzes im deutschen Reiche erhoben werden, sofern der Beklagte zur Zeit, als er die Klägerin verliess, ein Deutscher war. §. 569. In Ehesachen ist die Staatsanwaltschaft zur Mitwirkung befugt. Der Verhandlung vor dem erkennenden Gerichte sowie vor einem beauftragten oder ersuchten Richter kann der Staatsanwalt beiwohnen. Er ist von allen Terminen von Amtswegen in Kenntniss zu setzen. Er kann sich über die zu erlassende Entscheidung gutachtlich äussern und, sofern es sich um die Aufrechterhaltung einer Ehe handelt, neue Thatsachen und Beweismittel vorbringen. Im Sitzungsprotokolle ist der Name des Staatsanwalts anzugeben, auch sind in dasselbe die von dem Staatsanwalte gestellten Anträge aufzunehmen. §. 570. Der Vorsitzende darf den Termin zur mündlichen Verhandlung über eine Ehescheidungsklage oder über eine Klage auf Herstellung des ehelichen Lebens erst festsetzen, wenn den nachfolgenden Vorschriften über den Sühneversuch genügt ist. §. 571. Der Kläger hat bei dem Amtsgerichte, vor welchem der Ehemann seinen allgemeinen Gerichtsstand hat, die Anberaumung eines Sühnetermines zu beantragen und zu diesem Termine den Beklagten zu laden. Durch die Zustellung der Ladung wird die Verjährung unterbrochen. §. 572. Die Parteien müssen in dem Sühnetermine persönlich erscheinen; Beistände können zurückgewiesen werden. Erscheint der Kläger oder erscheinen beide Parteien in dem Sühnetermine nicht, so verliert die Ladung ihre Wirkung. Erscheint der Kläger, aber nicht der Beklagte, so ist der Sühneversuch als misslungen anzusehen. §. 573. Der Sühneversuch ist nicht erforderlich, wenn der Aufenthalt des Beklagten unbekannt oder im Auslande ist, wenn dem Sühneversuche ein anderes schwer zu beseitigendes Hinderniss entgegensteht, welches von dem Kläger nicht verschuldet ist, oder wenn die Erfolglosigkeit des Sühneversuches mit Bestimmtheit vorauszusehen ist. Ueber das Vorhandensein dieser Voraussetzungen entscheidet der Vorsitzende des Landgerichts ohne vorgängiges Gehör des Beklagten. §. 574. Bis zum Schlusse derjenigen mündlichen Verhandlung, auf welche das Urtheil ergeht, können andere als die in der Klage vorgebrachten Klagegründe geltend gemacht werden. Das neue Vorbringen und die Erhebung einer Wiederklage ist von einem Sühneversuche nicht abhängig. §. 576. Der mit einer Ehescheidungsklage oder mit einer Ungültigkeitsklage abgewiesene Kläger kann Thatsachen, welche er in dem früheren Rechtsstreite oder welche er durch Verbindung der Klagen hätte geltend machen können, als selbstständigen Klagegrund nicht mehr geltend machen. Ein Gleiches gilt für den Beklagten in Ansehung der Thatsachen, auf welche er eine Widerklage zu gründen im Stande war. §. 577. Die Vorschriften über die Folgen der unterbliebenen oder verweigerten Erklärung über Thatsachen oder über die Echtheit von Urkunden, die Vorschriften über den Verzicht der Parteien auf die Beeidigung der Zeugen und Sachverständigen, sowie die Vorschriften über die Wirkungen eines Anerkenntnisses, eines gerichtlichen Geständnisses und die Erlassung eines Eides kommen nicht zur Anwendung. Die Eideszuschiebung und der Antrag, dem Gegner die Vorlegung einer Urkunde aufzugeben, sind nicht zulässig, soweit es sich um Thatsachen handelt, welche die Trennung, Ungültigkeit oder Nichtigkeit der Ehe begründen sollen. §. 578. Erscheint der Beklagte in dem auf die Klage zur mündlichen Verhandlung anberaumten Termine nicht, so kann erst in einem neuen, auf Antrag des Klägers zu bestimmenden Termine verhandelt werden. Der Beklagte ist zu jedem Termine, welcher nicht in seiner Gegenwart anberaumt wurde, zu laden. Diese Vorschriften finden keine Anwendung, wenn der Beklagte durch öffentliche Zustellung geladen, aber nicht erschienen ist. Ein Versäumnissurtheil gegen den Beklagten ist nur in dem Falle zu erlassen, wenn der Beklagte in dem zur Leistung eines richterlichen Eides bestimmten Termine nicht erscheint. Die Vorschriften dieses Paragraphen finden auf den Widerbeklagten entsprechende Anwendung.

herrliches Scheiderecht kann als geltend nicht mehr anerkannt werden, wird indessen noch in einigen Territorien gehandhabt. Eine zeitweise Trennung von Tisch und Bett ist zulässig.

§. 159. 9. Die zweite Ehe.

Die zweite, von der Kirche nicht verbotene aber gemissbilligte Ehe[1-2] erfordert die Beendigung der ersten durch den Tod eines Ehegatten[3]. Die bürgerlichen Gesetzgebungen setzen dem physischen Tode die Verschollenheitserklärung an die Seite[4-7]. Ebenso haben dieselben das vom kanonischen

§. 579. Das Gericht kann das persönliche Erscheinen einer Partei anordnen und dieselbe über die von ihr oder dem Gegner oder von dem Staatsanwalte behaupteten Thatsachen vernehmen. Ist die zu vernehmende Partei am Erscheinen vor dem Processgerichte verhindert oder hält sie sich in grosser Entfernung von dem Sitze desselben auf, so kann die Vernehmung durch einen beauftragten oder ersuchten Richter erfolgen. Gegen die nicht erschienene Partei ist wie gegen einen im Vernehmungstermine nicht erschienenen Zeugen zu verfahren; auf Haft darf nicht erkannt werden. §. 580. Das Gericht kann die Aussetzung des Verfahrens über eine Ehescheidungsklage oder über eine Klage auf Herstellung des ehelichen Lebens von Amtswegen anordnen, wenn es die Aussöhnung der Parteien für nicht unwahrscheinlich erachtet. Auf Grund dieser Bestimmung darf die Aussetzung im Laufe des Rechtsstreites nur einmal und höchstens auf ein Jahr angeordnet werden. Die Aussetzung findet nicht statt, wenn die Ehescheidung auf Grund eines Ehebruchs beantragt ist.

§. 159. 1) *c.* 8. *C. XXXI. qu.* 1. (*c. Neocaes.* 314—325): Presbiterum uero secundarum nuptiarum conubio interesse non debere; maxime cum precipiatur secundis nuptiis penitenciam tribuere: quis erit presbiter, qui propter conuiuium illis consentiat nuptiis?

2) *c.* 3. *X.* (4, 21. *Urban. III.*): Vir autem et mulier ad digamiam transiens, non debet a presbytero benedici: quia cum alia vice benedicti sint, eorum benedictio iterari non debet.

3) *Regino II*, 182 (*Leo*): Quod debeant feminae, quae, captis viris et in captivitate ductis, aliis nupserant, putantes interemtos maritos, remeatis de captivitate prioribus viris copulari ut cuique id, quod legitime habuit, reformetur, et recipiat unusquisque quod suum est, et redintegrentur foedera nuptiarum.

4) *A. Preuss. Landr. II*, 1: §. 665. Wird ein Ehegatte durch Urtel und Recht für todt erklärt, so findet die Erbfolge in seinem Vermögen ebenso statt als wenn er am Tage des publicirten Urtels wirklich gestorben wäre. §. 666. Dem anderen Ehegatten steht es alsdann frei, sich wieder zu verheirathen; und diese Ehe besteht, wenn auch der Verschollene wieder zurückkehrt. §. 667. Wenn aber die anderweitige Verheirathung nicht geschehen ist, so wird bei erfolgender Rückkehr des Verschollenen die vorige Ehe als fortdauernd angesehen.

5) *Code civil: art.* 139. L'époux absent dont le conjoint a contracté une nouvelle union, sera seul recevable à attaquer ce mariage par lui-même, ou par son fondé de pouvoir, muni de la preuve de son existence.

6) *Württemb. Geheimerathsbekanntmachung v.* 28. *Febr.* 1817: In Ansehung der ehelichen Verbindung zwischen Vermissten und deren noch lebenden Ehegatten bewirkt der Termin des präsumtiven Todes, dass die eheliche Gemeinschaft zwischen beiden Ehegatten bis zu jenem Termin (2. Febr. 1817) fortdauert, nach Verfluss desselben hingegen dem Ehegatten des für todt angenommenen Vermissten unverwehrt ist, sich nach nochmaliger Cognition der eherichterlichen Behörde wieder zu verheirathen, und wenn gleich die früheren ehelichen Rechte des Vermissten, falls er gegen alle Vermuthung zurückkehren sollte, durch die spätere Ehe nicht aufgehoben werden, so hat doch die letztere überhaupt und namentlich in Beziehung auf die darin erzeugten Kinder alle Wirkungen einer in gutem Glauben geschlossenen so genannten putativen Ehe.

7) *Sächs. bürgerl. Gesetzb.:* §. 1708. Ist ein verschollener Ehegatte in Gemässheit der §§. 42. 43. rechtskräftig für todt erklärt worden, so kann der andere Ehegatte verlangen, dass die Ehe als von dem in §. 43. angegebenen Zeitpunkte an für beendigt erklärt werde, wenn er zuvor eidlich bekräftigt, dass er nicht wisse, dass der abwesende Ehegatte am Leben sei. §. 1709. Hat der andere Ehegatte nach dem im §. 43. angegebenen Zeitpunkte eine anderweite Ehe noch nicht geschlossen, so wird im Falle der Rückkehr des Verschollenen die Ehe mit demselben als fortdauernd betrachtet. §. 1710. Hat der Ehegatte nach dem angegebenen Zeitpunkte eine anderweite Ehe geschlossen, so kann er im Falle der Rückkehr des Verschollenen die Scheidung der Ehe verlangen. Stellt er innerhalb sechs Monaten den Antrag auf Schei-

Recht[8] beseitigte römisch-rechtliche Trauerjahr der Wittwe[9] — analog ausgedehnt auf geschiedene Frauen — wegen *turbatio sanguinis* aufrecht erhalten. Eine Wiederverheirathung Geschiedener[10] ist nach heutigem bürgerlichen Recht überall zulässig, wo nicht der Richter ein Eheverbot ausgesprochen hat. Doch hat sich namentlich in der *preussischen* Kirche in Reaction gegen das landrechtliche Scheiderecht eine Opposition gegen die Wiederverheirathung Geschiedener geltend gemacht, die Seitens der Kirchenbehörden vollständig organisirt[11. 12], das staatliche Recht einfach bei Seite schob. Erst durch Einführung der obligatorischen Civilehe ist der Standpunkt des bürgerlichen Rechtes gewahrt worden.

§. 160. V. Das Begräbniss.

Aichner, In Arch. f. kathol. K.-R. I, 25 ff., 80 ff. Simor, Ebendas. XIV, 52 ff. Ram, De sepultura et coemeteriis, Lovanii 1862. Kliefoth, Liturg. Abhandlung. I. Abth. 2. (2. Aufl. Halle 1869.

I. Das Begräbniss ist ein dem Kirchenrecht zugehöriges Institut geworden, weil die Kirche einerseits die Bestattung[1-2] ihrer Todten als Pflicht der Gemeindung nicht, so ist er des Rechtes, dieselbe zu verlangen, verlustig.

§. 159. 8) *C. 4. X.* (4, 21.): Super illa quaestione, qua quaesitum est, an mulier possit sine infamia nubere intra tempus luctus, secundum leges definitum: Respondemus, quod cum apostolus dicat: Mulier viro suo mortuo, soluta est a lege viri sui: in domino nubat, cui voluerit: per licentiam et auctoritatem apostoli, eius infamia aboletur.

9) *Reichsges. v. 6. Febr.* 1875 §. 35: Frauen dürfen erst nach Ablauf des zehnten Monats seit Beendigung der früheren Ehe eine weitere Ehe schliessen. Dispensation ist zulässig.

10) *Württemb. Eheordnung* 1553: Nachdem etlich Eegemecht, so von wegen des begangenen Eebruchs durch unsere geordnete Eerichter und Räth von einander geschieden seien, sich eigen willens nach der Schidung anderwerts zu verheyrathen fürnemen, So ist unser ernstlicher will . . ., das hinfüro kein geschieden Eegemahl, sich eigens gefallens widerumb verheyrate, sondern so es desshalben beschwerd tragen wurde, solchs unseren Eerichtern fürbringen, unnd von jnen desshalb bescheids erwarten.

11) *Kabin.-Order Friedr. Wilhelm IV. v. Preussen v. 8. Juni* 1857: Ihnen, dem Staats-Minister von Raumer, und dem Evangelischen Ober-Kirchenrathe ist bekannt, dass nach Meiner Ueberzeugung eine völlig korrekte Behandlung der Ehescheidungssachen durch die Kirche erst dann möglich sein wird, wenn dieselbe durch die Gestattung der bürgerlichen Ehe auch für solche Personen, welche aus der Landeskirche nicht ausgeschieden sind, gänzlich von allen menschlichen Rücksichten befreit sein wird. Die Kirche kann dann das Schriftwort in vollster Strenge zur Anwendung bringen, ohne dass zerstörende Konflikte zu besorgen sind, weil es den geschiedeuen Personen möglich ist, eine Ehe ohne den kirchlichen Segen einzugehen. Dann wird der Zeitpunkt eintreten, in welchem das Kirchenregiment unter dem Bekenntniss der langen und schweren Verirrungen der Evangelischen Kirche das reine Schriftwort wieder als das unabänderliche, nicht zu dehnende und zu deutende Gesetz der Kirche proklamiren kann. Dieser Zustand ist in dem gegenwärtigen Augenblicke noch nicht erreicht. Ich will aber, dass nicht bis zum Erlass eines die bürgerlichen Ehen regulirenden Gesetzes gewartet werde, ohne dass etwas zur Herbeiführung eines besseren Zustandes geschieht. Ich ordene daher hiermit Folgendes an: 1. die Geistlichen sollen angewiesen werden, von allen Fällen, in denen bürgerlich geschiedene Ehegatten die kirchliche Einsegnung einer anderen Ehe verlangen, dem Konsistorium Anzeige zu machen; 2. die Konsistorien aber sollen, vorbehaltlich des Rekurses für den sich beschwert fühlenden Theil an den Evangelischen Ober-Kirchenrath, über die Zulässigkeit der Trauung nach den Grundsätzen des christlichen Eherechtes, wie solches im Worte Gottes gegründet ist, zu entscheiden haben.

12) *Erlass d. Prinz-Regenten v. Preussen an den Ev. Oberkirchenrath v.* 10. *Februar* 1859: . . ., dass künftig die Consistorien, wenn ihnen von den Geistlichen, bei welchen ein geschiedener Ehegatte behufs seiner anderweitigen Verheirathung Aufgebot oder Trauung nachsucht, hierüber die vorgeschriebene Anzeige gemacht wird, und sie nicht die Genehmigung ertheilen zu dürfen glauben, sich der Entscheidung enthalten und nach erledigter Instruktion lediglich gutachtlichen Bericht an den Evangelischen Oberkirchenrath erstatten, und dieser dann darüber nach Maassgabe der vorliegenden Materialien zu entscheiden haben soll.

§. 160. 1) *Capit. Patherbrun.* 785 *c.* 7: Si quis corpus defuncti hominis secundum ritum

schaft behandelte, und der Staat andererseits sich um die Bestattungsfragen nicht kümmerte. Erst in neuerer Zeit hat der Staat begonnen aus sanitätspolizeilichen und confessionellen Rücksichten auch seinerseits auf das Begräbniss bezügliche Anordnungen zu erlassen, aber er überlässt der Kirche[3] auch heute noch alles in das liturgische Gebiet Einschlagende. II. Der Ort des Begräbnisses kann durch den Willen des mündigen Verstorbenen, beziehentlich seiner Hinterbliebenen, frei gewählt werden, nur dass Begräbnisse ausserhalb der Kirchhöfe polizeilicher Genehmigung bedürfen, und Begräbnisse in der Kirche bloss kirchlich oder staatlich ausgezeichneten Personen gewährt werden[4. 5]. Ist kein Kirchhof gewählt, so wird der Verstorbene in seinem Erbbegräbnisse, beziehentlich auf dem Parochialkirchhofe seines Domiciles beerdigt, bei dem Vorhandensein mehrerer Domicilien desjenigen, wo der Verstorbene die Sacramente genoss. III. Schon in älterer Zeit war es üblich der Kirche des Beerdigungsortes Zuwendungen zu machen[6]. Aus diesen ist eine Stolgebühr erwachsen, auf welche der Pfarrer auch dann ein Recht hat, wenn sein Parochian in einer fremden Parochie beerdigt wird. Ebenso hat die competente Kirche ein Recht auf die wegen des Begräbnisses der Kirche gemachten Zuwendungen — falls solche überhaupt üblich und nicht in die Stolgebühr übergegangen sind — und zwar wenn kein besonderes Herkommen etwas anderes bestimmt, auf den vierten Theil derselben, falls die Beerdigung in einer anderen Parochie erfolgt[7]. IV. Die Kirche verweigert das Begräbniss auf ihren Kirchhöfen als Kirchenstrafe[8-11]. Das geltende staatliche Recht, welches die früher

paganorum flamma consumi fecerit, et ossa eius ad cinerem redierit, capitae punietur.

§. 160. 2) *C.* 22. ebendas.: Iubemus ut corpora christianorum Saxonorum ad cimiteria ecclesiae deferantur, et non ad tumulos paganorum.

3) *Oesterr. Concordat Art.* 4: Archiepiscopis et Episcopis . . . liberum erit . . . 5. . . . funera aliasque omnes sacras functiones servatis quoad omnia canonicis praescriptionibus moderari.

4) *C.* 18. *C. XIII. qu.* 2. (*C. Mogunt.* 813.): Nullus mortuus infra ecclesiam sepeliatur, nisi episcopi, aut abbates, aut digni presbiteri, vel fideles laici.

5) *A. Preuss. Landr. II*, 11. §. 184: In den Kirchen und in bewohnten Gegenden der Städte sollen keine Leichen beerdigt werden.

6) *c.* 15. *C. XIII. qu.* 2. (*C. Nannetense*): Precipiendum est secundum canonum auctoritatem, ut de sepulcris et hominibus sepeliendis nichil muneris exigant, nisi forte qui sepelitur uiuens iusserit ecclesiae, in cuius atrio sepelitur, aliquid de suis rebus tribuere, aut etiam post mortem illius, quibus commissum est eius elemosinam facere, de rebus illius aliquid sponte dare uoluerint; et tamen nullatenus a presbiteris illis aliquid exigatur, sive ab illis, qui locis et uillis presunt.

7) *C. Trident. Sess. XXV. de reform. c.* 13: Decernit sancta synodus, ut quibuscunque in locis iam ante annos quadraginta quarta, quae funeralium dicitur cathedrali aut parochiali ecclesiae solita esset persolvi, ac postea fuerit ex quocunque privilegio aliis monasteriis, hospitalibus aut quibuscunque locis piis concessa, eadem posthac integro iure, et eadem portione, qua antea solebat, cathedrali seu parochiali ecclesiae persolvatur; non obstantibus concessionibus, gratiis, privilegiis, etiam mari magno nuncupatis, aut aliis quibuscunque.

8) *c.* 1. *C. XXIV. qu.* 2. (*Leo*): . . . nos autem quibus uiuentibus non communicamus, mortuis communicare non possumus.

9) *C. Trident. Sess. XXV. de reform. c.* 19: Detestabilis duellorum usus fabricante diabolo introductus, ut cruenta corporum morte animarum etiam perniciem lucretur, ex Christiano orbe penitus exterminetur. Imperator, reges, duces, principes, marchiones, comites, et quocunque alio nomine domini temporales, qui locum ad monomachiam in terris suis inter Christianos concesserint, eo ipso sint excommunicati, ac iurisdictione et dominio civitatis, castri aut loci, in quo vel apud quem duellum fieri permiserint, quod ab ecclesia obtinent, privati intelligantur, et, si feudalia sint, directis dominis statim acquirantur. Qui vero pugnam commiserint, et qui eorum patrini vocantur, excommunicationis, ac omnium bonorum suorum proscriptionis, ac perpetuae infamiae poenam incurrant, et ut homicidae iuxta sacros canones puniri debeant, et, si in ipso conflictu decesserint, perpetuo careant ecclesiastica sepultura.

10) *Verf. des Oesterr. Ministers v.* 30. *Oct.* 1857: In allen Fällen einer gehörig constatirten

auch staatliche Strafe des *unehrlichen Begräbnisses*[12-15] aufgehoben hat, gestattet indessen der Kirche nicht mehr die Verweigerung des kirchlichen Begräbnissplatzes, sondern nur die Versagung der kirchlichen Mitwirkung bei der Bestattung, die übrigens auch durch den Willen des Verstorbenen[16], beziehentlich seiner Hinterbliebenen festgesetzt werden darf, wie denn auch durch polizeiliche Anordnung ein *stilles Begräbniss* verfügt werden kann. V. Die Rücksichten der Parität haben die Staaten zu der Forderung veranlasst[17-20],

Selbstentleibung hat die betreffende politische Bezirksbehörde durch eine eigens hierüber aufzustellende Commission eine genaue Untersuchung der Umstände, welche der That vorhergegangen sind, oder sie begleiteten und auf die Frage der Zurechnungsfähigkeit des Selbstentleibten einen Bezug haben, vornehmen zu lassen. *Verfüg. d. Fürst. B. v. Brixen v. 20. Nov.* 1857: Das Urtheil der Untersuchungs-Commission ist für den Seelsorger natürlich nicht bindend; trifft er jedoch in seinem Urtheile mit der Untersuchungs-Commission zusammen, so ist die Sache hiermit abgethan. Die Leiche des Selbstmörders ist, wofern er als unzurechnungsfähig erklärt wird, auf kirchliche Weise, jedoch mit kluger Hintanhaltung jeder ungewöhnlichen Feierlichkeit zu bestatten; wird er hingegen als zurechnungsfähig erklärt, so ist sie ausserhalb des geweihten Erdreiches und ohne alle kirchliche Feierlichkeit zu begraben. In diesem letzteren Falle finden dann natürlich auch keine Exequien oder Todtengottesdienste statt.

§. 160. 11) *C. prov. Viennense* 1858 *c.* 14: A sepultura ecclesiastica arceantur oportet, infideles, haeresi aut schismate ab Ecclesia alieni, excommunicati notorii et vitandi, parvuli etiam ex parentibus fidelibus oriundi, qui sine baptismate defuncti sunt, nec non, qui mentis compotes mortem sibi ipsi consciverunt, nisi forsan aliquo tempore superstites tanti piaculi poenitentia facti fuerint. Ubi medici censuerint, hominem morbo laboravisse rationis usum praepediente, eorum iudicio standum erit, ni circumstantiae, ex quibus eum mentis compotem fuisse merito colligeretur, plene probatae essent. Prudente observante dubio funus ecclesiastico quidem ritu, sed omni maiori apparatu secluso terrae mandetur. Sepultura ecclesiastica pariter denegetur eis, qui in ipso duelli conflictu vel in alio peccato gravi et notorio decesserint, nec aliquod resipiscentiae signum dederint, vel, qui imminentis sibi mortis conscii extrema Ecclesiae sacramenta ipsis oblata praefracte ac coram testibus respuerint; iis praeterea, de quibus publice constet, quod non susceperint semel in anno sacramenta confessionis et communionis et absque ullo contritionis signo obierint.

12) *Jeremias Cap. XXII V.* 18—21: Man wird ihn nicht beklagen: ach Bruder! ach Herr! ach Edler! . . . Er soll wie ein Esel begraben werden, zerfleischt und hinausgeworfen vor die Thore Jerusalems.

13) *C. Remense* 900: . . . Sepultura asini sepeliantur.

14) *Württemb. St.-Min.-Erl. v.* 25. *April* 1810: Die Leichname enthaupteter Verbrecher müssen nicht nothwendig unter dem Hochgericht beerdigt werden, sondern es kann dies auch auf der Richtstätte oder einem anderen für Missethäter bestimmten Platze geschehen.

15) *A. Preuss. Landr. I*, 11, 188: Ohne Erkenntniss des Staates soll Niemandem das ehrliche Begräbniss auf dem öffentlichen Kirchhofe versagt werden.

16) *Württemb. Begräbniss-Ordn. v.* 14. *Nov.* 1855: §. 4. Den Hinterbliebenen eines in der kirchlichen Gemeinschaft Verstorbenen steht es nicht zu bei dessen Begräbniss sich die kirchlichen Gebräuche zu verbitten . . . §. 5. Wer dagegen vor seinem Ende selbst erklärt, nicht nach christlicher Ordnung bestattet werden zu wollen, oder einer seelsorgerlichen Vermahnung ungeachtet, in Verachtung der Gnadenmittel oder in offenbarem Lasterleben bis an sein Ende verharrt, oder wer in verbrecherischer That oder durch einen im Zustande der Zurechnungsfähigkeit begangenen Selbstmord ohne inzwischen eintretende Busse umkommt, ist ohne Betheiligung des kirchlichen Amtes und nicht mit christl. Gebräuchen zu beerdigen. Es sei denn dass die Hinterbliebenen darum bitten, so mag ein Geistlicher am Grabe ein freies Gebet und eine kurze Ansprache halten, aber ohne Sang und Klang und ohne den liturgischen Beerdigungsact.

17) *A. Preuss. Landr. I*, 11, §. 189: Auch die im Staate aufgenommenen Kirchengesellschaften der verschiedenen Religionsparteien dürfen einander wechselweise, in Ermangelung eigener Kirchhöfe, das Begräbniss nicht versagen. §. 190. Wo der Kirchhof erweislich nicht der Kirchengesellschaft, sondern der Stadt- oder Dorfgemeinde gehört, da kann jedes Mitglied der Gemeinde ohne Unterschied der Religion auch auf das Begräbniss daselbst Anspruch machen.

dass jede Kirche auch Angehörige anderer christlicher Kirchen, die an dem Begräbnissorte keine eigene Begräbnissstätte besitzen, auf ihren Kirchhöfen aufnehmen muss. Doch lassen die mancherlei hierbei zu Tage getretenen Unzuträglichkeiten die Einführung *communaler* Kirchhöfe (d. i. im Eigenthum der bürgerlichen Gemeinde, nicht der Kirche stehender) als das Erstrebenswerthe erscheinen. VI. Die evangelische Kirche verhängt die Versagung des kirchlichen Begräbnisses nicht mehr als Strafe[21-23]; doch lässt auch sie bei dem Begräbniss zurechnungsfähiger Selbstmörder die Betheiligung der Geistlichen fortfallen[24]. (Vgl. §. 118.)

§. 160. 18) *Baier. Edikt v.* 26. *Mai* 1818: §. 100. Wenn ein Religionstheil keinen eigenen Kirchof besitzt, oder nicht bei der Theilung des gemeinschaftlichen Kirchenvermögens einen für sich anlegt, so ist der im Orte befindliche als ein gemeinschaftlicher Begräbnissplatz für sämmtliche Bewohner des Ortes zu betrachten, zu dessen Anlage und Unterhaltung aber auch sämmtliche Religionsverwandten verhältnissmässig beitragen müssen. §. 101. Kein Geistlicher kann gezwungen werden, das Begräbniss eines fremden Religionsverwandten nach den Feierlichkeiten seiner Kirche zu verrichten. §. 102. Wird derselbe darum ersucht, und er findet keinen Anstand, dem Begräbnisse beizuwohnen, so müssen ihm auch die dafür hergebrachten Gebühren entrichtet werden. Der Glocken auf den Kirchhöfen kann jede öffentlich aufgenommene Kirchengemeinde bei ihren Leichenfeierlichkeiten gegen Bezahlung der Gebühr sich bedienen.

19) *Oesterr. Ges. v.* 25. *Mai* 1868 *Art.* 12: Keine Religionsgemeinde kann der Leiche eines ihr nicht Angehörigen die anständige Beerdigung auf ihrem Friedhofe verweigern: 1. wenn es sich um die Bestattung in einem Familiengrabe handelt, oder wenn 2. da wo der Todesfall eintrat oder die Leiche gefunden ward, im Umkreis der Ortsgemeinde ein für Genossen der Kirche oder Religionsgemeinschaft des Verstorbenen bestimmter Friedhof sich nicht befindet.

20) *C. provinciale Pragense* 1860 *tit.* 3. *c.* 12: Acatholicorum in parochia defunctorum funera parochus nullatenus sacris vestibus indutus tamquam minister comitari potest. Tumulum defunctis acatholicis, si proprium coemeterium non habent, in coemeterio nostra tum, loco quippe separato, toleramus; volumus tamen, ut occasione huiusmodi funeris tum parochi, tum fideles, quidquid communionem in sacris redolere videretur, caute declinent. Similiter ex mente sedis Apostolicae toleratur, si in sepuleris gentilitiis quae videlicet privata et peculiaria pro catholicis laicorum familiis aedificantur, cognatorum et affinium etiam acatholicorum corpora tumulentur.

21) *Magdeb. Visitat.* 1562: Da jemand in seinen Sünden beharren und darinnen sterben würde, soll sie der Pfarrer nicht mit Christliken gesengen begraben, und ab man ihme den Gottes-Acker nicht weigern wolte, sol doch der Pfarrer noch die schüler nicht mitgehen, nicht läuten; noch singen. Desgleichen soll gehalten werden mit denen, so in Todtsünden ohne Besserung sterben, die so in Völlerey, im Balgen über den Spielen ermordet werden.

22) *Lippische Kirchenordnung* 1571: Hartnäckige öffentliche Sünder, Ketzer, Anhänger des antichristlichen Gräuels sollen ... abgesondert und ohne alle christliche Ceremonien das Begrebnisz, schlecht für das Thoer oder sonst auff einen Acker andern zur abscheu begraben werden.

23) *Sächs. General Artikel* 1557 *XV*: Dieweil auch grosse Ungleichheit mit Begräbniss derer ungetaufften Kinder, oder so in Mutter-Leib gelebt, oder todt auf die Welt kommen, gehalten, dass etliche Pfarrer dieselbigen nicht mit denen Schulern, wie die getaufften Kinder, zum Begräbniss begleiten, etliche auch nicht an die Ort begraben wollen, da andere Christen begraben seyn, dadurch denen Christl. Eltern nicht allein gross Betrübniss gemacht, sondern offtermahls die Mutter, als das schwächste Werkzeug in grosse Anfechtung gerathen. ... So sollen hinführo die Pfarrer und Kirchen-Diener, solche Kinder nicht weniger, als die andern, mit Christlichen Ceremonien nach jedes Orts Gebrauch, zur Begräbniss begleiten, und bey andern Christen zur Erde bestätigen.

24) *Sächs. Mandat v.* 20. *Nov.* 1779: II. Diejenigen, welche aus Wahnwitz, Melancholie und Zerrüttung des Verstandes, sich selbst das Leben nehmen, ganz in der Stille, und ohne alle Ceremonien, unter Einverständniss mit dem Superintendenten und Pfarrer, oder wenn die Obrigkeit mit dem Superintendenten sich nicht vereinigen kann, nach vorgängiger Anfrage bey denen Consistoriis zu beerdigen sind. Also sollen III. von denen freventlichen Selbstmördern ... diejenigen, die aus dem Bewusstseyn begangener Verbrechen und Furcht vor der zu gewarten habenden Strafe, sich vorsetzlich um das

VI. Die geistlichen Gesellschaften.

Erste Abtheilung.

In der katholischen Kirche.

I. Die Orden.

§. 161. 1. Einleitung.

Miraeus, Originum monasticarum L. IV., Col. 1620, 4. Alteserra, Asceticon s. originum rei monasticae libri X., Par. 1674, 4. ed. Glück, Hal. 1782, 8. Helyot, Histoire des ordres monastiques, Par. 1714, deutsch, Leipz. 1743 ff. 4. Hurter, Geschichte Papst Innocenz III. und seiner Zeitgenossen, Bd. III. S. 226 ff., Bd. IV. S. 1 ff. — Holstenius, Codex regularum monasticarum et canonicarum, Rom. 1661, 3 T. ff., August 1751, 6 T. f. (Musson) Pragm. Gesch. d. vornehmsten Mönchsorden, deutsch v. Crome, Leipz. 1774 ff. 1—10. Henrion, Hist. des ordres rel., Paris 1835. Montalembert, Les moines de l'Occident, Paris 1860 ff. Weingarten, In Ztsch. f. Kirchengesch. 1877, 1 ff. 545 ff. Löning, Gesch. d. K.-R., II. Huber, D. Jesuiten-O., München 1873. Hinschius, D. Orden. u. Congregat. d. kathol. K. in Preussen, Berl. 1874. Dürrschmidt, D. klösterl. Genossenschaften in Bayern, Nördlingen 1875.

Der altchristlichen Entsagung von allem Irdischen entsprach es, dass Gemeindeglieder als ἀσκηταί auf die Genüsse des Lebens verzichtend lebten. Bald zogen sie sich auch in die Einsamkeit zurück, und führten ein Anachoretenleben, für welches die Diener des Serapis in Aegypten ein wirksames Vorbild gewährten[1]. Dort ist denn auch der erste Schauplatz der vereinzelten Einsiedler. Zu Genossenschaften verbunden wurden sie durch *Pachomius* um das Jahr 340, und diese Klöster fanden im Morgenlande schnelle Verbreitung. Im Abendlande hatten sie dagegen mit Opposition des Clerus, und als sie aus der Einsamkeit in die Städte zogen, mit Nichtachtung der Laien zu kämpfen. Dabei hatte jedes Kloster eine verschiedene Verfassung, und keines stand in einem Zusammenhange[2-5] mit dem andern. Erst durch *Benedict von*

Leben bringen, auf dem Schindkarrn ... fortgeschaffet, und auf dem dazu angewiesenen Anger eingescharret werden; denjenigen aber, welche ... aus anderen Ursachen ... sich das Leben nehmen, entweder durch besonders dazu zu vermögende Personen an einem abgesonderten Ort unter die Erde gebracht, oder ... resp. an das Collegium Medico-Chirurgicum allhier und an die Medicinischen Facultäten zu Leipzig und Wittenberg verabfolget werden. In allen diesen Fällen ist jedoch über dergleichen schimpfliche Behandlung des Entleibten, dessen Verwandten bey Vermeidung nachdrücklicher Strafen irgend einiger Vorwurf nicht zu machen.

§. 161. 1) *Hieronym. in Ezech. c.* 44: Nec rasis capitibus sicut sacerdotes cultoresque Isidis atque Serapidis non esse debere.

2) *C. Chalcedon.* (451) *c.* 4: Qui vere et sincere singularem sectantur vitam, competenter honorentur: quoniam vero quidam, utentes habitu monachi, ecclesiastica negotia civiliaque conturbant, circumeuntes indifferenter urbes, nec non et monasteria sibi instruere tentantes placuit nullum quidem usquam aedificare aut constituere monasterium, vel orationis domum, praeter conscientiam civitatis episcopi. Monachos vero per unamquamque civitatem, aut regionem subiectos esse episcopo, et quietem diligere, et intentos esse tantummodo ieiunio et orationi in locis quibus renuntiaverunt saeculo permanentes. Nec ecclesiasticis vero nec saecularibus negotiis communicent, vel in aliquo sint molesti, propria monasteria deserentes, nisi forte his praecipiatur propter opus necessarium ab episcopo civitatis. Nullum vero recipere in monasteriis servum obtentu monachi, praeter domini conscientiam. Transgredientem vero hanc definitionem nostram excommunicatum esse decrevimus, ne nomen Dei blasphemetur. Verumtamen episcopum convenit civitatis competentem monasteriorum providentiam gerere.

3) *C. Chalcedon. c.* 7: Qui semel in clero deputati sunt, aut monachorum vitam expetiverunt, statuimus, neque ad militiam, neque ad dignitatem aliquam venire mundanam, aut hoc tentantes, et non agentes poenitentiam, quominus redeant ad hoc quod propter Deum primitus elegerunt, anathematizari.

4) *C. Chalcedon. c.* 16: Virginem quae se Deo Domino consecravit similiter et monachum, non licere nuptialia iura contrahere, quod si hoc inventi fuerint perpetrantes, excommunicentur. Confitentibus autem decrevimus ut habeat auctoritatem eiusdem loci episcopus misericordiam humanitatemque largiri.

5) *C. Chalcedon. c.* 24: Quae semel dedicata

Nursia empfingen sie eine gemeinsame Regel (529), und durch das von ihm normirte Gesetz[6], dass jeder Mönch in Folge seines Gelübdes an ein bestimmtes Kloster gebunden sein sollte (*stabilitas loci*), eine grössere Festigkeit und Einheit. Zu einer kirchenpolitischen Macht erwuchsen sie indessen erst, nachdem sich die *Cluniacenser* und *Cistercienser* aus dem Benedictiner Orden abgezweigt und eine centralisirte Verfassung gegeben hatten. Zu ihnen und den vom *h. Norbert* gestifteten *Prämonstratensern* traten in der Periode der Kreuzzüge die kriegerischen Orden der *Tempelherren* 1118, der *Johanniter* und *Malteser Ritter*, dann aber namentlich die *Mendicanten-Orden*[7-9] hinzu, welche letzteren auf alles Besitzthum verzichtend, aus dem Volke sich rekrutirend, und in unmittelbarer Wechselwirkung mit demselben den tiefgehendsten Einfluss ausübten (*Franziskaner* mit *Capuzinern*, und *Dominikaner*). Indessen wuchs die Zahl der Orden, denen sich übrigens schon sehr früh weibliche angeschlossen haben, so bedeutend, dass die Päpste selbst dagegen reagirten, und der Verschiedenartigkeit der Regeln entgegentraten[10]. Nach der Reformation wurde von besonderer Wichtigkeit der *Jesuitenorden*[11-14] (bestätigt 1540, aufgehoben 1773,

sunt monasteria consilio episcoporum, maneant perpetuo monasteria, et res quae ad ea pertinent monasteriis reservari, nec posse ea ultra fieri saecularia habitacula: qui vero hoc fieri permiserint, canonum sententiis subiacebunt.

§. 161. 6) *Regula Benedicti c.* 58: Suscipiendus autem in oratorio coram omnibus promittat de stabilitate sua et conversione morum suorum et obedientia coram Deo et sanctis eius, ut si aliquando aliter fecerit, ab eo se damnandum sciat, quem irridet. De qua promissione sua faciat petitionem ad nomen Sanctorum, quorum reliquiae ibi sunt et Abbatis praesentis. Quam petitionem manu sua scribat, aut certe, si non scit literas, alter ab eo rogatus scribat, et ille novitius signum faciat et manu sua eam super altare ponat.

7) *Regula Francisci c.* 6: Fratres nihil sibi approprient, nec domum, nec locum, nec aliquam rem. Sed tanquam peregrini et advenae in hoc saeculo, in paupertate et humilitate Domino famulantes, vadant pro eleemosyna confidenter. Nec oportet eos verecundari, quia Dominus pro nobis se fecit pauperem in hoc mundo. Haec est illa celsitudo altissimae paupertatis, quae vos carissimos fratres meos haeredes et reges regni caelorum instituit, pauperes rebus fecit, virtutibus autem sublimavit. Haec sit portio vestra, quae perducit in terram viventium.

8) *Raymundus a Peñaforte prolog. ad Constitut. fratr. Praedicator. c.* 3: Ordo noster specialiter ob praedicationem et animarum salutem ab initio noscitur institutus fuisse, et studium nostrum ad hoc debet principaliter intendere, ut proximorum animabus possimus utiles esse.

9) *Constit. fratr. Praedicat. dist. II. c.* 1. *const.* 3: Mediocres domos et humiles fratres nostri habeant: nec fiant, aut permittantur fieri in domibus nostris curiositates et superfluitates notabiles in sculpturis, picturis, parimentis et aliis similibus, quae paupertatem nostram deformant. In Ecclesiis tamen permitti poterunt. . . . Item possessiones seu reditus nullo modo recipiantur, nec Ecclesiae, quibus animarum cura sit annexa.

10) *C. Lateran. IV.* 1215 *c.* 13: Ne nimia religionum diversitas gravem in Ecclesia Dei confusionem inducat, firmiter prohibemus, ne quis de caetero novam religionem inveniat: sed quicunque voluerit ad religionem converti unam de approbatis assumat.

11) *Constit. S. Iesu P. III. c.* 1. §. 18: Idem sapiamus, idem, quoad eius fieri possit, dicamus omnes iuxta Apostolum. Doctrinae igitur differentes non admittantur, nec verbo in concionibus vel lectionibus publicis, nec scriptis libris (qui quidam edi non poterunt in lucem sine approbatione atque consensu Praepositi generalis) cum et iudiciorum de rebus agendis diversitas quae mater esse solet discordiae, et inimica unionis voluntatum, quantum fieri potest, evitari debet.

12) *Constit. P. VI. c.* 1: Et sibi quisque persuadeat, quod qui sub obedientia vivunt, se ferri ac regi a divina providentia per Superiores suos sinere debent, perinde ac si cadaver essent, quod quoquoversus ferri, et quacunque ratione tractari se sinit: vel similiter atque senis baculus, qui ubicumque et quacumque in re velit uti, qui eum manu tenet, ei inservit. . . . Omnibus itidem maxime commendatum est, ut multum reverentiae (et praecipue in interiori homine) suis Superioribus exhibeant, Iesum Christum in eisdem considerent ac revereantur; eosdem ex animo ut patres in eodem diligant, ac sic in spiritu

wiederhergestellt 1801 und 1814), dem eine Anzahl Manns- und Frauenorden gefolgt sind, die sich theils beschaulichem Leben, theils der Armen-, Unterrichts- und Krankenpflege widmeten. Einen harten Schlag empfing aber das Ordenswesen zunächst durch die Reformation und die im Gefolge derselben vielfach verfügte Säcularisation der Klöster, dann aber namentlich durch den Josephinismus, welcher alle bloss beschaulichen Orden beseitigte, und die Verfassung der beibehaltenen wesentlich umgestaltete. (§. 162.) Noch verderblicher wurde die französische Revolution[15. 16] und der *Reichsdeputationshauptschluss*, welcher letztere die Klöster in Deutschland — bis auf *Oesterreich* — aufhob[17]. Nach der Restauration begann das Ordenswesen sich wieder zu heben. In *Baiern* gestattete ihm das Concordat[18] eine gewisse Entfaltung, in *Preussen* aber seit der Verfassungsurkunde und deren dem Worte und Geiste des Gesetzes wider-

caritatis in omnibus procedant, ut nihil ex externis vel internis eos celent.

§. 161. 13) *Regulae S. Iesu.*: *regulae modestiae*: Caput huc illuc leviter non moveatur, sed cum gravitate, ubi opus erit: et si opus non sit, teneatur rectum cum moderata inflexione in partem anteriorem, ad neutrum latus deflectendo. Oculos demissos, ut plurimum teneant, nec immoderate eos elevando, nec in hanc aut illam partem circumflectendo. Inter loquendum cum hominibus praesertim alicuius auctoritatis, non defigatur aspectus in eorum vultus, sed potius sub oculos. Rugae in fronte, ac multo magis in naso evitentur, ut serenitas exterius cernatur, quae interioris sit indicium. Labia nec nimio compressa, nec nimium diducta. Tota facies hilaritatem potius prae se ferat, quam tristitiam, aut alium minus moderatum affectum.

14) *Examen generale c.* 4: Unusquisque eorum qui Societatem ingrediuntur, consilium illud Christi sequendo: Qui dimiserit patrem etc. existimet, sibi patrem, matrem, fratres et sorores et quidquid in mundo habebat, relinquendum: imo sibi dictum existimet: Qui non odit patrem et matrem insuper et animam suam, non potest sciens esse discipulus. Et ita curandum ei est, ut omnem carnis affectum erga sanguine iunctos exuat, ac illum in spiritualem convertat, eosque diligat eo solum amore, quem ordinata caritas exigit.

15) *Franz. Ges. v.* 15. *Fructidor an. IV:* Les ordres et congrégations réguliers, monastères, abbayes, prieurés, chanoines réguliers, chanoinesses, et généralement toutes les maisons ou établissements religieux de l'un et de l'autre sexe sont supprimés dans les départements réunis par la loi du 9. vendémiaire dernier, ainsi que sur l'ancien territoire de la république.

16) *Articles organiques* 11: Les archevêques et évêques pourront avec l'autorisation du gouvernement, établir dans leurs diocèses des chapitres cathédraux et des séminaires. Tous autres établissements ecclésiastiques sont supprimés.

17) *Preuss. Edikt v.* 30. *Oct.* 1810: In Erwägung dass a) die Zwecke, wozu geistliche Stifter und Klöster bisher errichtet wurden, theils mit den Ansichten und Bedürfnissen der Zeit nicht vereinbar sind, theils auf veränderte Weise besser erreicht werden können, b) dass alle benachbarten Staaten die gleiche Massregel ergriffen haben, c) dass die pünktliche Abzahlung der Contribution an Frankreich nur dadurch möglich wird, d) dass Wir dadurch die ohnediess sehr grossen Anforderungen an das Privat-Vermögen Unserer getreuen Unterthanen ermässigen, verordnen Wir . . . §. 1. Alle Klöster, Dom- und andere Stifte, Balleyen und Commenden, sie mögen zur katholischen oder protestantischen Religion gehören, werden von jetzt an als Staatsgüter betrachtet. §. 2. Alle Klöster, Dom- oder andere Stifter . . . sollen nach und nach eingezogen und für Entschädigung der Benutzer und Berechtigten soll gesorgt werden. §. 3. Vom Tage dieses Edicts an, dürfen a) keine Anwartschaften ertheilt, keine Novizen aufgenommen und Niemand in den Besitz einer Stelle gesetzt werden, b) ohne Unsere Genehmigung keine Veränderung der Substanz vorgenommen werden, c) keine Capitalien eingezogen, keine Schulden contrahirt, oder die Inventarien veräussert werden, d) keine neue Pacht-Contracte ohne Unsere Genehmigung geschlossen, keine älteren verlängert werden. Alle gegen diese Vorschriften unternommenen Handlungen sind nichtig.

18) *Baier. Concord. Art.* 7: Insuper Maiestas Sua considerans, quot utilitates ecclesia atque ipse Status a religiosis ordinibus perceperint ac percipere in posterum possint, et ut promptam suam erga S. Sedem voluntatem probet, aliqua monasticorum ordinum utriusque sexus coenobia ad instituendum in Religione et literis iuventutem, et in Parochorum subsidium, aut pro cura infirmorum, inito

streitenden Handhabung, in *Oesterreich* seit dem Concordate vermehrten sich die geistlichen Genossenschaften mit grosser Fruchtbarkeit[19. 20], ebenso in *Belgien* und in *Holland*. Ein Rückschlag trat erst wieder ein seit dem Jahre 1870. Durch *Reichsgesetz* wurde der Wirksamkeit des *Jesuitenordens* und der ihm verwandten Genossenschaften ein Ziel gesetzt[21-23], und ein in *Preussen* am 31. *Mai* 1875[24], in *Hessen* am 23. *April* 1875[25] publicirtes Gesetz verhinderte

cum S. Sede consilio, cum convenienti dotatione instaurari curabit.

§. 161. 19) *Zahl der geistlichen Niederlassungen in Baiern*:

1831	über	40
1836	-	84
1845	-	133
1864	-	441
1873	-	631.

20) *Zahl der Mitglieder der geistlichen Genossenschaften in Preussen*:

	1855	1864	1872/3
männliche	334	1074	906
weibliche	579	4803	7086
Summa	913	5877	7992.

21) *Reichsgesetz v.* 4. *Juli* 1872: §. 1. Der Orden der Gesellschaft Jesu und die ihm verwandten Orden und ordensähnlichen Congregationen sind vom Gebiete des Deutschen Reiches ausgeschlossen. Die Errichtung von Niederlassungen derselben ist untersagt. Die zur Zeit bestehenden Niederlassungen sind binnen einer vom Bundesrathe zu bestimmenden Frist, welche 6 Monate nicht übersteigen darf, aufzulösen. §. 2. Die Angehörigen des Ordens der Gesellschaft Jesu oder der ihm verwandten Orden oder ordensähnlichen Congregationen, können, wenn sie Ausländer sind, aus dem Bundesgebiet ausgewiesen werden, wenn sie Inländer sind, kann ihnen der Aufenthalt in bestimmten Bezirken und Orten versagt oder angewiesen werden.

22) *Bekanntmachung v.* 5. *Juli* 1872: . . . hat der . . . Bundesrath beschlossen . . . ist den Angehörigen dieses Ordens die Ausübung einer Ordensthätigkeit insbesondere in Kirche und Schule, sowie die Abhaltung von Missionen nicht zu gestatten. 2) Niederlassungen des Ordens der Gesellschaft Jesu sind spätestens binnen 6 Monaten vom Tage der Wirksamkeit des Gesetzes an, aufzulösen.

23) *Bekanntmachung v.* 20. *Mai* 1873: . . . hat der Bundesrath beschlossen, dass . . . nachfolgende Genossenschaften: die Congregation der Redemptoristen (Congreg. Sacerdot. sub tit. s. redemptoris), die Congregation der Lazaristen (Congreg. Missionis), die Congregation der Priester vom heiligen Geiste (Congreg. S. Spiritus sub tutela immaculati cordis b. virginis Mariae), die Gesellschaft vom heiligen Herzen Jesu (Société du sacré coeur de Jésus) als im Sinne des . . . Reichsgesetzes mit dem Orden der Gesellschaft Jesu verwandt anzusehen seien, und demzufolge die in der Bekanntmachung vom 5. Juli 1872 . . . erlassenen Vorschriften auch auf die vorgenannten Gesellschaften mit der Massgabe Anwendung zu finden haben, dass Niederlassungen dieser Genossenschaften spätestens binnen 6 Monaten vom Tage der Bekanntmachung dieses Beschlusses an aufzulösen sind.

24) *Preuss. Gesetz v.* 31. *Mai* 1875: §. 1. Alle Orden und ordensähnlichen Kongregationen der katholischen Kirche sind vorbehaltlich der Bestimmung des §. 2. von dem Gebiete der Preussischen Monarchie ausgeschlossen. Die Errichtung von Niederlassungen derselben ist untersagt. Die zur Zeit bestehenden Niederlassungen dürfen vom Tage der Verkündigung dieses Gesetzes ab neue Mitglieder, unbeschadet der Vorschrift des §. 2., nicht aufnehmen und sind binnen sechs Monaten aufzulösen. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist ermächtigt, diese Frist für Niederlassungen, welche sich mit dem Unterricht und der Erziehung der Jugend beschäftigen, um für deren Ersatz durch anderweite Anstalten und Einrichtungen Zeit zu lassen, bis auf vier Jahre zu verlängern. Zu gleichem Behufe kann derselbe auch nach Ablauf dieses Zeitraums einzelnen Mitgliedern von Orden und ordensähnlichen Kongregationen die Befugniss gewähren, Unterricht zu ertheilen. §. 2. Niederlassungen der Orden oder ordensähnlichen Kongregationen, welche sich ausschliesslich der Krankenpflege widmen, bleiben fortbestehen; sie können jedoch jederzeit durch Königliche Verordnung aufgehoben werden; bis dahin sind die Minister des Innern und der geistlichen Angelegenheiten ermächtigt, ihnen die Aufnahme neuer Mitglieder zu gestatten. §. 3. Die fortbestehenden Niederlassungen der Orden und ordensähnlichen Kongregationen sind der Aufsicht des Staates unterworfen. §. 4. Das Vermögen der aufgelösten Niederlassungen der Orden und ordensähnlichen Kongregationen unterliegt nicht der Einziehung durch den Staat. Die Staatsbehörden haben dasselbe einstweilen in Verwahrung und Verwaltung zu nehmen. Der mit der Verwaltung beauftragte Kommissarius ist nur der vorgesetzten Behörde verantwortlich; die von ihm zu legende Rechnung unterliegt der Revision

nicht nur das Entstehen neuer klösterlicher Institute, sondern gab auch die Handhabe zur Aufhebung der bestehenden.

§. 162. 2. Die Verfassung.

Thomassin., Vet. et nov. eccl. disc. l. 1. p. 3. c. 12 sqq. 23 sqq.

I. Jeder Orden muss als solcher bei seiner Errichtung vom Papste bestätigt werden. Ebenso erfordert die Errichtung jedes Ordenshauses ausser der Genehmigung des Ordinarius[1] diejenige des Papstes[2], und nach den weltlichen Gesetzen der Staatsregierungen, falls nicht die Neuerrichtung ganz ausgeschlossen ist[3-10]. Ebenso ist kirchenrechtlich nur der Papst zur Aufhebung

der Königlichen Oberrechnungskammer in Gemässheit der Vorschrift des §. 10. Nr. 2. des Gesetzes vom 27. März 1872. Eine anderweite Verantwortung oder Rechnungslegung findet nicht statt. Aus dem Vermögen werden die Mitglieder der aufgelösten Niederlassungen unterhalten. Die weitere Verwendung bleibt gesetzlicher Bestimmung vorbehalten.

§. 161. 25) *Hess. Ges. die relig. Orden u. ordensähnl. Congreg. betr. v.* 23. *April* 1875: Art. 1. Neue Niederlassungen oder Anstalten von religiösen Orden oder ordensähnlichen Congregationen werden im Grossherzogthum nicht zugelassen. Die bestehenden Niederlassungen oder Anstalten dieser Art dürfen neue Mitglieder nicht aufnehmen. Art. 2. Abweichend von der Vorschrift in dem zweiten Absatz des Art. 1 kann den dermalen bestehenden weiblichen religiösen Orden oder ordensähnlichen Congregationen, welche sich ausschliesslich dem Unterricht widmen und Privatunterrichts-Anstalten besitzen, durch Unser Ministerium des Innern gestattet werden, neue Mitglieder insoweit aufzunehmen, als dies zur Erhaltung der Lehrkräfte dieser Privatunterrichts-Anstalten in ihrer jetzigen Zahl erforderlich ist. Art. 3. Den im Grossherzogthum bestehenden religiösen Orden und ordensähnlichen Congregationen, welche sich ausschliesslich der Krankenpflege widmen, kann nicht blos die Aufnahme neuer Mitglieder, sondern auch, wenn die vorhandenen bürgerlichen Anstalten und Einrichtungen den Bedürfnissen des Krankendienstes nicht genügen, die Errichtung neuer Niederlassungen von Unserem Ministerium des Innern gestattet werden. Art. 4. Die bestehenden Niederlassungen oder Anstalten von religiösen Orden oder ordensähnlichen Congregationen stehen unter Aufsicht des Staats. Die näheren Bestimmungen über die Ausübung der Staatsaufsicht werden von dem Ministerium des Innern erlassen. Aus Gründen des öffentlichen Wohls, oder wegen Ungehorsams gegen die Vorschriften des Gesetzes oder gegen die zur Ausführung desselben ergangenen Anordnungen der Behörden können auch bereits bestehende Niederlassungen oder Anstalten von religiösen Orden oder ordensähnlichen Congregationen auf Antrag des Ministeriums des Innern durch Beschluss des Gesammt-Ministeriums aufgelöst und geschlossen werden. Art. 5. Soweit das vorliegende Gesetz davon ausgeht, dass der dermalen vorhandene Zustand bestehen bleiben soll, ist für die Entscheidung der einschlägigen Fragen über den Bestand der Anstalten der erste October 1874 massgebend. Art. 6. Gegenwärtiges Gesetz tritt sofort nach seiner Verkündigung durch das Regierungsblatt in Kraft. Zugleich verlieren alle von demselben abweichenden, bisher geltenden Bestimmungen ihre Wirksamkeit. (Vgl. folgenden Paragraph.)

§. 162. 1) *C. Trident. Sess. XXV. c.* 3: . . . . Nec de cetero similia loca erigantur sine episcopi, in cuius dioecesi erigenda sunt, licentia prius obtenta.

2) *Benedict. XIV. de synodo dioeces. XI*, 1. *no.* 5: Communis hodie et in tribunalibus recepta est opinio, non licere Regularibus, tam intra, quam extra Italiam, nova monasteria, aut conventus, sive collegia fundare, sola episcopi localis auctoritate, sed Ap. Sedis licentiam praeterea necessariam esse.

3) *Französ. kaiserl. Decret. v.* 3. *Messid. XII.* (22. *Juni* 1804): 4. Aucune agrégation ou association d'hommes ou de femmes ne pourra se former à l'avenir, sous prétexte de religion, à moins qu'elle nai't été formellement, autorisée par un décret impérial, sur le vu des statuts et réglements selon lesquels on se proposerait de vivre dans cette agrégation ou association.

4) *Baier. Edikt v.* 26. *Mai* 1818: §. 76. . . . c. Errichtung geistlicher Gesellschaften und sonstiger Institute und Bestimmung ihrer Gelübde. §. 77. Bei diesen Gegenständen dürfen von der Kirchengewalt ohne Mitwirkung der weltlichen Obrigkeit keine einseitigen Anordnungen geschehen. §. 78. Der Staatsgewalt steht die Befugniss zu, nicht nur von allen Anordnungen über diese Gegenstände Einsicht zu nehmen, sondern auch durch eigene Verordnungen dabei alles dasjenige zu hindern, was dem öffentlichen Wohle nachtheilig seyn könnte.

5) *Baier. Verordn. v.* 18. *April* 1873 §. 5:

eines Ordens befugt[11]. II. Die Orden und Klöster sind fähig, Vermögen zu erwerben[12]. Nur den *Franziskanern* und *Kapuzinern* steht diese Fähigkeit bezüglich des Erwerbes von Immobilien nicht zu. Auch greifen hier natürlich die staatlichen Beschränkungen des geistlichen Vermögenserwerbes Platz. III. An der Spitze jedes Klosters steht der Obere (*Abbas, Abbatissa*), dem von ihm ernannte Gehülfen (*Priores*, in grösseren Klöstern noch *Decani*) zur Seite treten. Die Bestellung dieser Oberen erfolgt gewöhnlich durch Wahl des Conventes, und erfordert bei Aebten, die 25 Jahr alt und Priester sein müssen, absolute, bei Aebtissinnen, für welche die Erreichung des 40. Lebensjahres Bedingung ist, zwei Drittel Majorität[13-14]. Die Freiheit der Wahl ist

Die mit der Errichtung von Erziehungs- und Unterrichtsanstalten etwa verbundene Gründung von Klöstern, geistlichen Genossenschaften oder Filialen derselben, bleibt der besonderen landesherrl. Genehmigung vorbehalten.

§. 162. 6) *Sächs. Verf.-Urk.* §. 56: Es dürfen weder neue Klöster errichtet, noch Jesuiten, oder irgend ein anderer geistlicher Orden jemals im Lande aufgenommen werden.

7) *Sächs. Ges. v.* 22. *Aug.* 1876: §. 30. Mitglieder von Orden oder ordensähnlichen Congregationen dürfen auch als Einzelne ihre Ordensthätigkeit innerhalb des Königreichs nicht ausüben. Nur reichsangehörige Mitglieder solcher Frauen-Congregationen, welche innerhalb des Deutschen Reiches ihre Niederlassung haben und sich ausschliesslich der Kranken- und Kinderpflege widmen, dürfen auch ferner als Einzelne mit Genehmigung und unter Aufsicht der Staatsregierung ihre Ordensthätigkeit im Lande ausüben. Die Genehmigung ist jederzeit widerruflich. §. 31. Geistliche Brüderschaften, welche mit Orden oder ordensähnlichen Congregationen in Verbindung stehen, dürfen nicht errichtet werden.

8) *Bad. Ges. v.* 9. *Oct.* 1860 §. 11: Ohne Genehmigung der Staatsregierung kann kein religiöser Orden eingeführt und keine einzelne Anstalt eines eingeführten Ordens errichtet werden. Diese Genehmigung ist widerruflich.

9) *Bad. Ges. v.* 2. *April* 1872: Mitgliedern eines religiösen Ordens oder einer ordensähnlichen Congregation ist jede Lehrwirksamkeit an Lehr- und Erziehungsanstalten im Grossherzogthum untersagt. Die Staatsregierung ist ermächtigt, für einzelne Personen in widerruflicher Weise Nachsicht von diesem Verbot zu ertheilen.

10) *Württemb. Ges. v.* 30. *Jan.* 1862 Art. 15: Geistliche Orden und Congregationen können vom Bischof nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Staatsregierung eingeführt werden, welche auch erforderlich ist, so oft ein im Lande schon zugelassener Orden eine neue Niederlassung gründen will. Die Staatsregierung ist jedoch keinenfalls befugt, ohne besondere Ermächtigung durch Gesetz den Jesuitenorden oder ihm verwandte Orden und Congregationen im Lande zuzulassen. Die Genehmigung ist jederzeit widerruflich.

11) *Clemens XIV. Bulle Dominus ac Redemptor* (21. *Juli* 1773): Ast ubi eo res devenit, ut ex aliquo regulari ordine vel non amplius uberrimi ii fructus atque optatissima emolumenta a christiano populo perciperentur, ad quae afferenda fuerant primitus instituti, vel detrimento potius esse visi fuerint, ac perturbandae magis populorum tranquillitati quam eidem procurandae accommodati, haec eadem ap. Sedes, quae eisdem plantandis operam impenderat suam, suamque interposuerat auctoritatem, eos vel novis communire legibus, vel ad pristinam vivendi severitatem revocare, vel penitus etiam evellere ac dissipare minime dubitavit.

12) *C. Trident. Sess. XXV. c.* 3: Concedit sancta synodus omnibus monasteriis et domibus, tam virorum quam mulierum, et mendicantium, exceptis domibus fratrum sancti Francisci, Capucinorum et eorum, qui Minorum de observantia vocantur, etiam quibus aut ex constitutionibus suis erat prohibitum, aut ex privilegio apostolico non erat concessum, ut deinceps bona immobilia eis possidere liceat. Quod si aliqua loca ex praedictis, quibus auctoritate apostolica similia bona possidere permissum erat, eis spoliata sint, eadem omnia illis restituenda esse decernit. In praedictis autem monasteriis et domibus tam virorum quam mulierum, bona immobilia possidentibus vel non possidentibus, is tantum numerus constituatur ac in posterum conservetur, qui vel ex reditibus propriis monasteriorum, vel ex consuetis eleemosynis commode possit sustentari; nec de cetero similia loca erigantur sine episcopi, in cuius dioecesi erigenda sunt, licentia prius obtenta.

13) *C. Trident. Sess. XXV. c.* 6: In electione superiorum quorumcunque, abbatum temporalium, et aliorum officialium ac generalium, et abbatissarum atque aliarum praepositarum, quo omnia recte et sine ulla

indessen vielfach durchkreuzt[15], theils durch landesherrliche Nominationen, theils durch päpstliche Reservationen, welche letztere regelmässig bei allen Mannsklöstern mit über 200 Goldgulden jährlicher Einkünfte Platz griffen. Die Wahl ist bei exemten Klöstern vom Papste, sonst vom Bischof zu bestätigen, der den Erwählten auch benedicirt. Der Obere führt das Regiment des Klosters und handhabt die Disciplin[16] innerhalb der Schranken der Staatsgesetze[17]. Er ist an die Zustimmung des Conventes gebunden analog wie

fraude fiant, in primis sancta synodus districte praecipit, omnes supradictos eligi debere per vota secreta, ita ut singulorum eligentium nomina nunquam publicentur. Nec in posterum liceat provinciales, aut abbates, priores aut alios quoscunque titulares ad effectum electionis faciendae constituere, aut voces et suffragia absentium supplere. Si vero contra huius decreti constitutionem aliquis electus fuerit, electio irrita sit, et is, qui ad hunc effectum se in provincialem, abbatem aut priorem creari permiserit, deinceps ad omnia officia in religione obtinenda inhabilis existat, facultatesque super his concessae eo ipso abrogatae censeantur, et, si in posterum aliae concedantur, tanquam surreptitiae habeantur.

§. 162. 14) *C. Trident. Sess. XXV. c.* 7: Abbatissa et priorissa, et quocunque alio nomine praefecta vel praeposita appelletur, eligatur non minor annis quadraginta, et quae octo annis post expressam professionem laudabiliter vixerit. Quod si his qualitatibus non reperiatur in eodem monasterio, ex alio eiusdem ordinis eligi possit. Si hoc etiam incommodum superiori, qui electioni praeest, videatur, ex iis, quae in eodem monasterio annum trigesimum excesserint, et quinque saltem annis post professionem recte vixerint, episcopo vel alio superiore consentiente eligatur. Duobus vero monasteriis nulla praeficiatur. Et si qua duo vel plura quocunque modo obtinet, cogatur uno excepto intra sex menses cetera resignare. Post id vero tempus, nisi resignaverit, omnia ipso iure vacent. Is vero, qui electioni praeest, episcopus sive alius superior claustra monasterii non ingrediatur, sed ante cancellorum fenestellam vota singularum audiat vel accipiat. In reliquis serventur singulorum ordinum vel monasteriorum constitutiones.

15) *Oesterr. Verordn. v.* 3. *Aug.* 1857: Wenn in einem Convente das Amt des für seine Lebensdauer bestellten Ordensvorstehers in Erledigung kömmt, so hat sich die polit. Landesstelle, welcher von jeder solcher Erledigung die Anzeige zu erstatten ist . . . zu überzeugen, . . . dass das Vermögen in seinem Bestande erhalten ist. . . . 2. Die regulären Communitates, welche lebenslängliche Obere haben, werden auch fortan nicht gehindert werden, dieselben . . . zu wählen. Eine Ausnahme hiervon machen die Ordensconvente mit lebenslänglichen Obern in Ungarn, bezüglich deren es bei der seit Jahrhunderten anstandslos geübten Observanz zu verbleiben hat. 3. Um das Veto der kaiserl. Regierung zu wahren, kann zu der Wahl eines lebenslänglichen Ordensobern ein landesfürstl. . . . Commissär abgesendet werden, um die auf eine missliebige Person etwa fallende Wahl auszuschliessen . . . . dasselbe gilt in Ungarn bezüglich der durch canon. Wahl zu bestimmenden drei Individuen, aus denen Se. k. k. apost. Maj. den lebenslänglichen Ordensvorstand ernennt.

16) *C. Trident. Sess. XXV. c.* 14: Regularis non subditus episcopo, qui intra claustra monasterii degit, et extra ea ita notorie deliquerit, ut populo scandalo sit, episcopo instante a suo superiore intra tempus ab episcopo praefigendum severe puniatur, ac de punitione episcopum certiorem faciat. Sin minus, a suo superiore officio privetur, et delinquens ab episcopo puniri possit.

17) *Oesterr. Verordn. v.* 7. *Aug.* 1869: . . . Dass keine einer regularen Communität angehörige Person, welche aus was immer für einer Ursache auf Anordnung des betreffenden Obern in Haft gehalten ist, wider ihren Willen darin zurückgehalten werden kann. Da jedoch auch gegenüber jenen Personen des Vollpriester- und Ordensstandes, welche sich der über sie von ihren Oberen verhängten Haft freiwillig unterziehen, die Rücksichten der Menschlichkeit und Gesundheitspflege nicht ausser Acht gelassen werden dürfen, sind dem Minister f. Kult. u. Unterr. Verzeichnisse der in freiwilliger Haft thatsächlich sich befindenden Vollpriester und Regularen mit Angabe des Namens, der Zeit, seit wann die Haft dauert, der Zeit, auf wie lange sie verhängt wurde, der Beschaffenheit des Haftlocales in Beziehung auf Grösse, Licht, Luft und Einrichtung, dann der Verpflegung ungesäumt vorzulegen und künftig bei neu eintretenden Fällen sofort zu ergänzen. Sollten die Bischöfe es nicht übernehmen, solche Verzeichnisse . . . anzulegen . . . so haben die Bezirkshauptmänner die . . . Verzeichnisse, sofern sie die Vollpriester betreffen, selbst anzufertigen, hin-

der Bischof an die seines Capitels. IV. Seitdem die Regulares auch die Weihe nahmen, bildete sich der Unterschied zwischen den *professi ad chorum* und den *Conversi* (*Laienbrüdern*), welcher in analoger Weise auch auf die Frauenklöster ausgedehnt worden ist. V. Während ursprünglich die Aebte desselben Ordens alle von einander unabhängig waren und auf Lebenszeit gewählt wurden, änderte sich das später dahin, dass bei dem *Benedictinerorden* der Abt des Stammklosters an die Spitze trat, bei den *Mendicantenorden* die in Rom residirenden *Generale*[18. 19], und dass diese wie die *Mendicantenäbte* auf Zeit erwählt wurden. VI. Die *Mendicantenorden* zerfallen in *Ordensprovinzen*, welche ein *Provinzial* leitet. Diesem steht das *Provinzialcapitel* zur Seite, welches sie auch wählt, und das gleiche findet bei dem *General* bezüglich des *Generalcapitels* statt. Doch wählt bei einzelnen neuen Orden das Provinzialcapitel auch die Oberen der einzelnen Institute, die beim *Jesuitenorden* vom General ernannt werden. VII. Die männlichen Orden unterstehen dem Ordinarius bezüglich der von ihnen geübten Seelsorge und der *administratio sacramentorum*, Nonnenklöster dagegen mit gewissen Ausnahmen ganz und gar dem Bischofe[20].

sichtlich der Regularen aber sie von den Vorständen der einzelnen Convente und Congregationen unmittelbar abzufordern, eingehend zu prüfen und zu verificiren, und ehethunlichst vorzulegen.

§. 162. 18) *Oesterr. Hofdecret vom* 24. *Mai* 1781: 1. Sollen alle geistliche Ordenshäuser in unsern kaiserl. königl. deutschen Erblanden, keines davon ausgenommen, allem Nexui passivo, folglich aller Verbindlichkeit, und, wie immer Nahmen habenden Zusammenhange (die alleinige Conföderationen quoad Suffragia et preces ausgenommen) gegen und mit auswärtigen Provinzen, Klöstern und sonstigen Ordenshäusern und Vorstehern, unter welchen Namen solche immer bekannt seyn mögen, gänzlich und auf alle Zeit entsagen. Wie sich nun 2. zu den in unseren k. k. Staaten gelegenen übrigen Häusern des betreffenden Ordens, entweder mit der Provinz vereinigen, oder unter sich eine inländische Congregation errichten wollen, gewärtigen wir längstens binnen 2. Monathen, von dem Tage des gegenwärtig kundgemachten Gesetzes von jeden hierunter betroffenen geistlichen Ordenshäusern die richtige Anzeige. 3. Befehlen wir ausdrücklich, dass von nun an alle Ordenshäuser mit ihren generali, wenn dieselben einen haben, und dieser nicht seinen beständigen Wohnsitz in Unseren k. k. Landen hat, keinen nexum quoad spiritualia et disciplinaria interna vielweniger quoad temporalia mehr behalten, somit keine Abhängigkeit unter was immer für einen Nahmen und Vorwand von ihm bestehen, sondern die Ordensgeistlichen von ihren künftigen inländischen P. Provinzialen unter die Aufsicht der Erz- und Bischöfe und unserer eingesetzten Landesstellen regieret und geleitet werden sollen. Daher unsere allzeitige Erz- und Bischöfe diese ihnen anvertraute Aufsicht sich vorzüglich angelegen seyn lassen werden. 7. Wollen wir hierunter auch so weit die Nonnenklöster verstanden haben, dass deren keines unter der Strafe der allenfalls erfolgenden Absetzung der Oberin von einem Vorsteher oder sonstigen Oberen, welcher nicht von unserer inländisehen Geistlichkeit ist, in etwas abhangen, oder mit selben in einigen Nexu passivo quoad disciplinaria aut temporalia verbunden seyn sollen.

19) *Oesterr. Concordat Art.* 28: Regulares, qui secundum Ordinis sui constitutiones subiecti sunt Superioribus Generalibus penes Ap. Sedem residentibus, ab iisdem regentur ad praefatarum constitutionum normam, salva tamen Episcoporum auctoritate iuxta canonum et Tridentini praecipue Concilii sanctiones. Igitur praedicti Superiores Generales cum subditis cunctis in rebus ad ministerium ipsius incumbens spectantibus libere communicabunt, libere quoque visitationem in eosdem exercebunt. Porro regulares absque impedimento resp. Ordinis, Instituti seu Congregationis regulas observabunt, et iuxta S. Sedis praescriptiones candidatos ad novitiatum et ad professionem religiosam admittent. Haec omnia pariter observabuntur quoad moniales in iis, quae ipsas respiciunt. Archiepiscopis et Episcopis liberum erit, in propriis Dioecesibus Ordines seu Congregationes religiosas utriusque sexus iuxta s. canones constituere, communicabunt tamen ea de re cum Gubernio Imperiali consilia.

20) *C. Trident. Sess. XXV. c.* 11: In monasteriis seu domibus virorum seu mulierum, quibus imminet animarum cura personarum saecularium, praeter eas, quae sunt de illorum monasteriorum seu locorum familia, personae tam regulares quam saeculares hu-

§. 163. 3. Die Professleistung.

Sentis, Im Arch. f. kath. K.-R. XIV, 344 ff.

I. In einen Orden können treten alle Personen, die das vorschriftsmässige Alter[1-3] haben, willensfähig[4] sind, keine Verbrechen begangen haben und nicht mit weltlichen oder kirchlichen Verpflichtungen belastet sind. Der Ablegung der Gelübde geht eine in dem Kloster zu verbringende Probezeit von mindestens einem Jahre (*Noviziat*) voraus, während welcher der Novize gültig nicht auf sein Vermögen verzichten kann, und ihm der Rücktritt in das weltliche Leben jederzeit freisteht, ohne dass von ihm ein Kostenersatz gefordert werden dürfte. II. Bei Mannsorden werden nach erreichtem gesetzmässigen Alter und Ablauf des Noviziates die drei Gelübde nur als *vota simplicia* abgelegt[5], und erst

iusmodi curam exercentes subsint immediate in iis, quae ad dictam curam et sacramentorum administrationem pertinent, iurisdictioni, visitationi et correctioni episcopi, in cuius dioecesi sunt sita. Nec ibi aliqui etiam ad nutum amovibiles deputentur, nisi de eiusdem consensu, ac praevio examine per eum aut eius vicarium faciendo; excepto monasterio Cluniacensi cum suis limitibus, et exceptis etiam iis monasteriis seu locis, in quibus abbates, generales aut capita ordinum sedem ordinariam principalem habent, atque aliis monasteriis seu domibus, in quibus abbates aut alii regularium superiores iurisdictionem episcopalem et temporalem in parochos et parochianos exercent; salvo tamen eorum episcoporum iure, qui maiorem in praedicta loca vel personas iurisdictionem exercent.

§. 163. 1) *C. Trident. Sess. XXV. c.* 15: In quacunque religione, tam virorum quam mulierum, professio non fiat ante decimum sextum annum expletum; nec qui minore tempore quam per annum post susceptum habitum in probatione steterit, ad professionem admittatur. Professio autem antea facta sit nulla, nullamque inducat obligationem ad alicuius regulae vel religionis vel ordinis observationem, aut ad alios quoscunque effectus.

2) *C. Trident. Sess. XXV. c.* 17: Libertati professionis virginum Deo dicandarum prospiciens sancta synodus statuit atque decernit, ut, si puella, quae habitum regularem suscipere voluerit, maior duodecim annis sit, non ante eum suscipiat, nec postea ipsa vel alia professionem emittat, quam exploraverit episcopus, vel eo absente vel impedito eius vicarius, aut aliquis eorum sumptibus ab eis deputatus, virginis voluntatem diligenter, an coacta, an seducta sit, an sciat quid agat, et si voluntas eius pia ac libera cognita fuerit, habueritque conditiones requisitas iuxta monasterii illius et ordinis regulam, nec non monasterium fuerit idoneum, libere ei profiteri liceat. Cuius professionis tempus ne episcopus ignoret, teneatur praefecta monasterio eum ante mensem certiorem facere. Quod si praefecta certiorem episcopum non fecerit, quamdiu episcopo videbitur, ab officio suspensa sit.

3) *Baier. Entschliess. vom* 30. *März* 1852: 14. Bei Wahl der Klosteroberen wird von der Absendung von Commissarien Umgang genommen. Die Ablegung feierlicher lebenslänglicher Gelübde in den Nonnenklöstern soll an das vollendete 33. Lebensjahr, jene der einfachen zeitlichen an das vollendete 21. . . . gebunden sein, und die Abordnung von Commissarien nur für den Fall, dass die Betheiligten selbst, oder deren Eltern, Vormünder oder Verwandte solche verlangen, oder dass eine desfallsige Beschwerde zu Kenntniss der Staatsregierung kömmt, bei Ablegung der lebenslänglichen Gelübde vorbehalten werden.

4) *A. Preuss. Landr. II*, 11: §. 1160. Niemand darf ohne Vorwissen und Genehmigung derjenigen, deren Einwilligung zur Wahl einer Lebensart nach den Gesetzen erforderlich ist, zum Klosterleben sich bestimmen. §. 1161. Kein Königl. Unterthan, männlichen oder weiblichen Geschlechts, soll ohne Vorwissen und Erlaubniss des Staates in ein Kloster aufgenommen werden. §. 1162. Vor zurückgelegtem 25. Jahre darf keine Mannesperson, und vor zurückgelegtem 21. Jahre keine Person weiblichen Geschlechts zur Ablegung des Klostergelübdes zugelassen werden. §. 1163. Ein obigen Vorschriften zuwider abgelegtes Gelübde ist von Anfang an nichtig.

5) *Breve Pius IX. v.* 7. *Febr.* 1872: Decernimus nullam omnino, irritam et nullius roboris fore professionem votorum solemnium tam scienter, quam ignoranter, quovis modo, praetextu et colore factam a novitiis quibuscunque etiam laicis, et conversis, qui licet probationem, et novitiatum prout de iure expleverint, non emittant prius professionem votorum simplicium, et in ea per integrum annum non permanserint, quamvis vel a Superioribus, vel a novitiis, vel ab utrisque intentio habeatur respective recipiendi ad vota solemnia, et ea emittendi, ac omnes ritus adhibeantur ad professionem votorum solemnium praescripti.

nach Verlauf von weiteren drei Jahren als *solennia*, während in den Frauenorden die vota gleich solennia sind, und auch die Verzichtleistung auf das Vermögen schon in den beiden letzten Monaten des Noviziates erfolgen kann[6], welche freilich erst mit Ablegung der Gelübde wirksam wird. Die Ableistung der Gelübde muss ohne Zwang und Irrthum geschehen, widrigenfalls sie innerhalb von 5 Jahren mit einer Nullitätsklage angefochten werden kann[7]. Die Gelübde verpflichten: 1. *votum paupertatis*: der Professe ist unfähig Vermögen zu besitzen, und alles was er erwirbt, erwirbt er für das Kloster[8]. Doch haben weltliche Gesetze[9-10] geradezu die Erwerbsunfähigkeit der Regularen festgesetzt. 2. *votum*

§. 163. 6) *C. Trident. Sess. XXV. c.* 16: Nulla quoque renunciatio aut obligatio antea facta, etiam cum iuramento, vel in favorem cuiuscunque causae piae, valeat, nisi cum licentia episcopi sive eius vicarii fiat intra duos menses proximos ante professionem, ac non alias intelligatur effectum suum sortiri, nisi secuta professione; aliter vero facta, etiam si cum huius favoris expressa renunciatione, etiam iurata, sit irrita et nullius effectus. Finito tempore novitiatus superiores novitios, quos habiles invenerint, ad profitendum admittant, aut e monasterio eos eiiciant. Per haec tamen sancta synodus non intendit aliquid innovare aut prohibere, quin religio clericorum societatis Iesu iuxta pium eorum institutum a sancta sede apostolica approbatum Domino et eius ecclesiae inservire possit; sed neque ante professionem, excepto victu et vestitu, novitii vel novitiae illius temporis, quo in probatione est, quocunque praetextu, a parentibus, vel propinquis, aut curatoribus eius monasterio aliquid ex bonis eiusdem tribuatur, ne hac occasione discedere nequeat, quod totam vel maiorem partem substantiae suae monasterium possideat, nec facile, si discesserit, id recuperare possit. Quin potius praecipit sancta synodus sub anathematis poena dantibus et recipientibus, ne hoc ullo modo fiat, et ut abeuntibus ante professionem omnia restituantur, quae sua erant. Quod ut recte fiat, episcopus etiam per censuras ecclesiasticas, si opus fuerit, compellat.

7) *C. Trident. Sess. XXV. c.* 19: Quicunque regularis praetendat, se per vim et metum ingressum esse religionem, aut etiam dicat, ante aetatem debitam professum fuisse, aut quid simile, velitque habitum dimittere quacunque de causa, aut etiam cum habitu discedere sine licentia superiorum, non audiatur, nisi intra quinquennium tantum a die professionis; et tunc non aliter, nisi causas, quas praetenderit, deduxerit coram superiore suo et ordinario. Quod si antea habitum sponte dimiserit, nullatenus ad allegandam quamcunque causam admittatur, sed ad monasterium redire cogatur, et tanquam apostata puniatur; interim vero nullo privilegio suae religionis iuvetur. Nemo etiam regularis cuiuscunque facultatis vigore transferatur ad laxiorem religionem, nec detur licentia cuiquam regulari occulte ferendi habitum suae religionis.

8) *C. Trident. Sess. XXV. c.* 2: Nemini igitur regularium, tam virorum quam mulierum, liceat bona immobilia vel mobilia, cuiuscunque qualitatis fuerint, etiam quovis modo ab eis acquisita, tanquam propria aut etiam nomine conventus possidere vel tenere; sed statim ea superiori tradantur, conventuique incorporentur. Nec deinceps liceat superioribus bona stabilia alicui regulari concedere, etiam ad usumfructum vel usum, administrationem aut commendam. Administratio autem bonorum monasteriorum seu conventuum ad solos officiales eorundem ad nutum superiorum amovibiles pertineat. Mobilium vero usum ita superiores permittant, ut eorum supellex statui paupertatis, quam professi sunt, conveniat, nihilque superflui in ea sit, nihil etiam, quod sit necessarium, eis denegetur. Quod si quis aliter quicquam tenere deprehensus aut convictus fuerit, is biennio activa et passiva voce privatus sit, atque etiam iuxta suae regulae et ordinis institutiones puniatur.

9) *A. Preuss. Landr. II*, 11: §. 1199. Nach abgelegtem Klostergelübde werden Mönche und Nonnen in Ansehung aller weltlichen Geschäfte als verstorben angesehen. §. 1200. Sie sind unfähig, Eigenthum oder andere Rechte zu erwerben, zu besitzen, oder darüber zu verfügen. §. 1201. Bei Erb- und anderen Anfällen treten diejenigen an ihre Stelle, denen ein solcher Anfall zukommen würde, wenn jene gar nicht mehr vorhanden wären. §. 1202. Sie sind, auch vor Ablegung des Klostergelübdes über dergleichen künftigen Anfall zu verordnen, und sich Etwas davon für die Zeit ihres Klosterlebens vorzubehalten nicht berechtigt. §. 1203. Eltern sind nicht verpflichtet, ihren Kindern, welche das Klostergelübde abgelegt haben, Etwas zu hinterlassen; und diese so wenig als das Kloster, können aus dem Nachlasse der Eltern ein Erb- oder Pflichttheil fordern. §. 1204. Haben Eltern solchen Kindern in einer an sich zu Recht beständigen letztwilligen Verord-

obedientiae: er ist seinen Vorgesetzten zu unbedingtem Gehorsam verpflichtet. 3. *castitatis:* jede von ihm geschlossene Ehe ist nichtig[12-14]. Doch ist schon oben erwähnt, dass nach Reichsrecht dies impedimentum dirimens nicht mehr anerkannt ist. Zur Erleichterung des Haltens dieses Gelübdes besteht das Institut der *Clausur*[15], wonach das Kloster oder bestimmte Räume desselben

nung Etwas ausgesetzt, so erhält das Kloster, so lange der Geistliche lebt, die Zinsen davon mit 4 vom 100, nach dessen Ableben aber fällt von dem Hauptstuhl soviel, als gesetzmässig einem Kloster vermacht werden kann, an dieses und der Ueberschuss an die Erben des Testators. §. 1205. Doch steht den Eltern frei, den Rückfall der sonst gesetzmässig erlaubten Summe an das Kloster in ihrer letzwilligen Verordnung zu untersagen.

§. 164. 10) *Erlass d. preuss. Minist. d. Innern v.* 16. *April* 1862: Mag es auch richtig sein, dass das Gelübde des Gehorsams und der Armuth die Angehörigen des Jesuitenordens verhindert, nach ihrer freien Wahl über ihre Person oder ihr Eigenthum zu verfügen, beziehentlich Eigenthum zu besitzen, so handelt es sich doch dem Staate gegenüber bei diesen Gelübden immer nur um eine blosse Gewissenspflicht, die von dem bürgerl. Gesetze und von der weltlichen Obrigkeit als bindende Verpflichtung nicht anerkannt wird, und deshalb im weltlichen Verkehre diejenige Selbstständigkeit nicht aufheben kann, welche nach der Wahlverordnung von 30. Mai 1849, beziehentlich dem Staatsministerialbeschluss v. 19. December 1848 die nothwendige Vorbedingung des Wahlrechtes bildet.... Dieser Grundsatz des Allg. Landrechtes (1199 II, 11), dass nach abgelegtem Klostergelübde Mönche in Ansehung aller weltlichen Geschäfte als verstorben angesehen werden ... findet ... nur auf solche Mönche Anwendung, die einem vom Staate aufgenommenen Kloster oder Orden angehören ... Allerdings ist seit Emanation der Verfassungsurkunde die freie Bildung geistlicher Gesellschaften gestattet, ohne andere Beschränkungen als welche sich aus dem Vereinsgesetz ergeben. Hieraus folgt aber keinesweges, dass auf die Angehörigen solcher lediglich auf dem Boden der Vereinsrechte stehenden Gesellschaften die landrechtlichen Grundsätze über die Mitglieder der vom Staate aufgenommenen Klöster anwendbar wären ...

11) *Württemb. Ges. v.* 30. *Jan.* 1862 *Art.* 16: Die Gelübde der Ordensmitglieder werden von der Staatsgewalt nur als widerrufliche behandelt.

12) *c.* 17. *C. XXVII. qu.* 1. (*Siricius*): Velatae et Deo consecratae, si abiecto proposito sanctitatis clanculo sacrilega contagione se miscuerint, et illicitis conplexibus publice et libere filios procreauerint, has nuptias detestabilesque personas a monasteriorum cetu et ecclesiarum conuentibus eliminandas esse iudicatum est, quatinus detrusae ergastulis tantum facinus continua lamentatione defleant. Unde et uerbo Domini, et canonica auctoritate in hac sancta sinodo precipimus, ut omnino separentur, et iuramento colligentur, ut ulterius sub uno non cohabitent tecto.

13) *Leo I. ep. ad Rusticum c.* 12: Propositum monachi deseri non potest absque peccato. Quod enim vovit Deo, debet et reddere. Unde qui relicta singularitatis professione ad militiam vel ad nuptias devolatus est, publicae poenitentiae satisfactione purgandus est.

14) *C. Turonic II. ao.* 567 *c.* 15: (Monachus) si uxorem duxerit, excommunicetur, et de uxoris male sociatae consortio etiam iudicis auxilio separetur ... Qui infelix monachus ... et illi, qui eum exceperint ad defensandum ab ecclesia segregentur, donec revertatur ad septa monasterii et indictam ab Abbate ... agat poenitentiam et post satisfactionem revertatur ad gratiam.

15) *C. Trident. Sess. XXV. c.* 5: Bonifacii octavi constitutionem, quae incipit: *Periculoso*, renovans sancta synodus universis episcopis sub obtestatione divini iudicii et interminatione maledictionis aeternae praecipit, ut in omnibus monasteriis sibi subiectis ordinaria, in aliis vero sedis apostolicae auctoritate, clausuram sanctimonialium, ubi violata fuerit, diligenter restitui, et ubi inviolata est, conservari maxime procurent, inobedientes atque contradictores per censuras ecclesiasticas aliasque poenas, quacunque appellatione postposita, compescentes, invocato etiam ad hoc, si opus fuerit, auxilio brachii saecularis. Quod auxilium ut praebeatur, omnes Christianos principes hortatur sancta synodus, et sub excommunicationis poena ipso facto incurrenda omnibus magistratibus saecularibus iniungit. Nemini autem sanctimonialium liceat post professionem exire a monasterio, etiam ad breve tempus, quocunque praetextu, nisi ex aliqua legitima causa ab episcopo approbanda, indultis quibuscunque et privilegiis non obstantibus. Ingredi autem intra septa monasterii nemini liceat, cuiuscunque generis, aut conditionis, sexus vel aetatis fuerit, sine episcopi vel

von keiner Person anderen Geschlechtes betreten werden darf, Nonnen das Kloster nie verlassen sollen, und im Verkehr mit der Aussenwelt durchaus beschränkt sind. Die Gelübde können nur durch päpstliche Dispensation gelöst werden; Flucht aus dem Kloster oder Abfall vom Orden (*apostasia a monachatu*) ist mit schwerer Strafe bedroht, zu deren Ausübung die Ordensoberen aber in Deutschland nicht mehr befugt sind. Ausstossung aus dem Orden, welche die Oberen verhängen können, löst die Gelübde nicht. Ein Uebertritt in einen anderen Orden wird nur aus bestimmten Gründen und namentlich wenn derselbe eine strengere Regel hat, gestattet.

§. 164. II. Die Congregationen.

Schuppe, D. Wesen u. d. R.-Verh. d. neuen relig. Frauengenossenschaften, Mainz 1868. Derselbe, In Arch. f. kath. K.-R. XII, 205 ff. XIV, 167 ff. XXIII, 386 ff.

I. Die Zeit seit der Reformation hat verhältnissmässig wenig neue Orden, aber eine sehr grosse Zahl neuer Congregationen[1. 2] hervorgerufen. Der Grund

superioris licentia in scriptis obtenta, sub excommunicationis poena ipso facto incurrenda. Dare autem tantum episcopus vel superior licentiam debet in casibus necessariis, neque alius ullo modo possit, etiam vigore cuiuscunque facultatis vel indulti hactenus concessi vel in posterum concedendi. Et quia monasteria sanctimonialium extra moenia urbis vel oppidi constituta malorum hominum praedae et aliis facinoribus sine ulla saepe custodia sunt exposita, curent episcopi et alii superiores, si ita videbitur expedire, ut sanctimoniales ex iis ad nova vel antiqua monasteria intra urbes vel oppida frequentia reducantur, invocato etiam auxilio, si opus fuerit, brachii saecularis. Impedientes vero vel non obedientes per censuras ecclesiasticas parere compellant.

§. 163. 1) *Loi relative aux congrégations religieuses des femmes du* 24. *mai* 1825: Art. 1. A l'avenir, aucune congrégation religieuse de femmes ne pourra être autorisée et, une fois autorisée, ne pourra former d'établissement que dans les formes et sous les conditions prescrites par les articles suivants. Art. 2. Aucune congrégation religieuse de femmes ne sera autorisée qu'après que les statuts, dûment approuvés par l'évêque diocésain, auront été vérifiés et enregistrés au Conseil d'état en la forme requise pour les bulles d'institution canonique. Ces statuts ne pourront être approuvés et enregistrés s'ils ne contiennent la clause que la congrégation est soumise dans les choses spirituelles à la juridiction de l'ordinaire. Après la vérification et l'enregistrement, l'autorisation sera accordée par une loi à celles de ces congrégations qui n'existaient pas au 1. janvier 1825. A l'égard de celles de ces congrégations qui existaient antérieurement au 1. janvier 1825, l'autorisation sera accordée par ordonnance du roi. Art. 3. Il ne sera formé aucun établissement d'une congrégation religieuse de femmes déjà autorisée, s'il n'a été préalablement informé sur la convenance et les inconvénients de l'établissement, et si l'on ne produit à l'appui de la demande le consentement de l'évêque diocésain et l'avis du conseil municipal de la commune où l'établissement devra être formé. L'autorisation spéciale de former l'établissement sera accordée par ordonnance du roi, laquelle sera insérée dans quinzaine au Bulletin des lois. Art. 4. Les établissements dûment autorisés pourront avec l'autorisation spéciale du roi: 1. accepter les biens meubles et immeubles qui leur auraient été donnés par actes entre-vifs ou de dernière volonté, à titre particulier seulement; 2. acquérir à titre onéreux des biens immeubles, ou des rentes; 3. aliéner les biens immeubles ou les rentes dont ils seraient propriétaires. Art. 5. Nulle personne faisant partie d'un établissement autorisé ne pourra disposer par actes entre-vifs ou par testament, soit en faveur de cet établissement, soit au profit de l'un de ces membres, au delà du quart de ses biens, à moins que le don ou legs n'excède pas la somme de dix mille francs. Cette prohibition cessera d'avoir son effet relativement au membre de l'établissement, si la légataire ou donataire était héritière en ligne directe de la testatrice ou donatrice. Le présent article ne recevra son exécution pour les communautés déjà autorisées que six mois après la publication de la présente loi, et pour celles qui seraient autorisées à l'avenir six mois après l'autorisation accordée. Art. 6. L'autorisation des congrégations religieuses de femmes ne pourra être révoquée que par une loi. L'autorisation des maisons particulières, dépendant de ces congrégations, ne pourra être révoquée qu'après avoir pris l'avis de l'évêque diocésain, et avec les autres formes prescrites par l'article 3 de la présente loi.

davon liegt darin, dass nachdem der Jesuitenorden mit seiner absoluten Aufhebung der stabilitas loci die für die moderne Zeit allein erfolgreiche Organisation gefunden hatte, jeder neue männliche Orden ein Concurrenzunternehmen gegen den Jesuitenorden gewesen wäre, zu dessen Begünstigung die Päpste um so weniger Veranlassung hatten, als jener sich gefügig gebrauchen liess, oder die Päpste in Abhängigkeit von sich gebracht hatte. Bei den weiblichen Orden aber trat die Clausur jeder erfolgreichen Verwendung der Mitglieder in der Krankenpflege und zu Schulzwecken entgegen. II. Congregationen sind geistliche, vom Papste nicht als Orden bestätigte Genossenschaften, deren Glieder demnach auch nicht *vota solennia*, sondern nur *simplicia*[3] leisten können. Diese Gelübde sind das 1. *v. simpl. castitatis*[4. 5], welches der Abschliessung einer Ehe nur als impediment. impediens entgegensteht. 2. *v. simpl. paupertatis*[6], welches nicht absolute Vermögensunfähigkeit bewirkt, sondern das sogenannte *dominium radicale* bestehen lässt, d. h. nur die Verpflichtung begründet, nicht ohne die Genehmigung des Oberen das eigene Vermögen zu verwalten, zum eigenen Nutzen zu verwenden, oder unter Lebenden darüber zu verfügen[7]. 3. *v. simplex obedientiae:* es unterscheidet sich bezüglich der

§. 164. 2) *Décret du 31. janvier 1852 sur les congrégations et communautés religieuses de femmes:* Art. 1. Les congrégations et communautés religieuses de femmes pourront être autorisées par un décret du Président de la République: 1. Lorsqu'elles déclareront adopter, qu'elle que soit l'époque de leur fondation, des statuts déjà vérifiés et enregistrés au conseil d'État et approuvés pour d'autres communautés religieuses; 2. Lorsqu'il sera attesté par l'évêque diocésain que les congrégations qui présenteront des statuts nouveaux au conseil d'État existaient antérieurement au 1. janvier 1825. 3. Lorsqu'il y aura nécessité de réunir plusieurs communautés qui ne pourraient plus subsister separément; 4. Lorsqu'il une association religieuse de femmes après avoir été d'abord reconnue comme communauté régie par une supérieure locale, justifiera qu'elle était réellement dirigée, à l'époque de son autorisation par une supérieure générale, et qu'elle avait formé, à cette époque, des établissemens sous sa dépendance. Art. 2. Les modifications des statuts vérifiés et enregistrés au conseil d'État pourront être également approuvées par un décret. Art. 3. Dans les cas prévus par les articles précédens, l'autorisation ne sera accordée aux congrégations religieuses de femmes qu'après que le consentement de l'évêque diocésain aura été représenté et que les formalités prescrites par les articles 2 et 3 de la loi du 24. mai 1825 auront été remplies.

3) *Satzungen d. barmh. Schwestern v. h. Vincenz v. Paula:* Obschon die Gelübde der Schwestern nur einfach und mit Bedingnissen gethan sind, so sind sie doch eine höchst wichtige und heilige Verbindlichkeit; es soll daher den Schwestern, welche den Stand zu verlassen, anhalten, nicht leicht Gehör gegeben werden. Eine so gesinnte Schwester muss sich an den Herrn General-Oberen wenden, und demselben die näheren Ursachen ihrer Entschliessung vortragen, welcher ihr dagegen liebe- und eifervolle Einwendungen machen und in ihr Verlangen nicht eher einwilligen soll, als wenn sie es zum dritten Male mit allem Ernste wird wiederholt haben. Hat auch der General-Vorsteher in die Entlassung eingewilligt, so wird er diese Schwester sammt der Vorgesetzten des Ortes noch zu sich berufen und ihr die letzten Vorstellungen machen.

4) *Kongregat. Unser lieb. Frau v. d. Liebe d. guten Hirten:* Es soll in allen Sprechzimmern ein doppeltes Sprachgitter bestehen, wovon das eine von dem anderen 6—7 Zoll absteht.

5) *Konstit. d. Schwestern d. Busse u. d. christl. Liebe:* Es ist kein gutes Zeichen, wenn eine Schwester den Wunsch in sich nährt oder äussert, ihre Eltern oder Verwandten zu besuchen; denn bei ihrem Austritte aus der Welt hat sie die Befriedigung solcher Neigungen Gott zum Opfer gebracht. Darum sollen alle Schwestern jede Einladung, welche aus natürlicher Liebe von Seiten der Familie gemacht wird, ausschlagen.

6) *Statut. d. Schwestern u. lieb. Frau zu Coesfeld:* Vor Allem ist sie aufmerksam zu machen auf die Strenge der h. Armuth . . . wodurch sie alles Recht auf Eigenthum verliert. Vor den bürgerlichen Gesetzen behält sie dies Recht, ohne davon Gebrauch machen zu dürfen, als mit Gutbefinden ihrer General-Oberin.

7) *Statut. d. Kongregat. d. heil. Hedwig:* Durch das Gelübde der Armuth entsagen die Schwestern dem Rechte, Etwas zu eigenem Gebrauche zu besitzen. Alles was die einzelnen Schwestern im Gebrauch haben, gehört dem Verein

Kraft des Gehorsames[8. 9] nicht von dem v. solenne, nur dass der Obere kraft dieses die Befugniss hat, jede von dem Votanten gegen Gott oder Menschen übernommene Verpflichtung ungültig zu machen, kraft jenes nicht. III. Die Verfassung der Congregationen ist sehr mannigfaltig, eine Unterwerfung unter die Aufsicht des ordinarius indessen die Regel, eine Centralisation der Regierungsgewalt in der Hand eines Generaloberen häufig.

§. 165. III. Die Confraternitäten.

Die *Brüderschaften* sind Vereinigungen zur Erreichung einzelner kirchlicher Zwecke. Sie unterscheiden sich von den Congregationen wesentlich dadurch, dass sie nicht ein gemeinsames Leben erfordern, mithin die Mitglieder nicht wie bei den Congregationen ihre ganze Persönlichkeit und ihr ganzes Vermögen dem kirchlichen Zwecke zur Verfügung stellen. Die Brüderschaften stehen unter Aufsicht des Ordinarius und haben seit Gewährung des politischen Vereinsrechtes in der modernen Entwickelung des kirchlichen Lebens eine höchst bedeutsame Wirksamkeit entfaltet.

Zweite Abtheilung.

§. 166. In der evangelischen Kirche.

Die evangelische Kirche hat die Ordensgelübde prinzipiell verworfen. Obschon Institute bestehen, die vielleicht sogar genau den kanonischen Ordensgrundsätzen angepasst sind, sind sie doch lediglich als Versorgungsanstalten zu betrachten. Freilich hat auch die neuere Zeit weibliche Genossenschaften hervorgerufen im Dienste der Krankenpflege, deren Glieder nicht lebenslängliche Gelübde leisten, aber eine rechtliche Beziehung dieser Genossenschaften zur evangelischen Kirche existirt nicht.

an, und darf keine Schwester ohne Erlaubniss der Oberin etwas besonderes für sich haben. Die Schwestern können erben und erwerben, auch über ihr Vermögen bestimmen; sterben sie ohne Hinterlassung eines Testamentes, so fällt ihr Vermögen ihren gesetzlichen Erben zu ... So lange sie Mitglied der Gesellschaft ist, darf sie nicht willkürlich unter Lebenden über ihr Vermögen verfügen, die Verwaltung steht nur der Oberin des Vereines, der Fruchtgenuss aber diesem selbst zu, so dass derselbe, wenn die Schwester austritt, nur zur Herausgabe des anvertrauten Vermögens, sofern dasselbe nicht durch Zufälle verringert oder verloren ist, nicht aber zu Erstattung der Früchte verpflichtet ist. Es versteht sich von selbst, dass einzelne Verwaltungsakte und Verfügungen die Schwester immer vornehmen kann, sofern die General-Oberin ihr die Erlaubniss giebt. Eben das gilt von Allem, was eine Schwester während ihrer Mitgliedschaft erbt oder erwirbt. Jede Schwester kann, nachdem sie Profess gemacht hat oder später, so bald ihr Vermögen zugefallen ist, über ihr Vermögen verfügen, indem sie dasselbe nach freier Wahl anderen Personen oder auch dem Vereine selbst abtritt, doch muss sie alsdann sich für den Fall ihres Austrittes eine Leibrente in bestimmter Höhe vorbehalten. Auch muss diese Verfügung bald nach solchem Ereigniss geschehen, und darf ohne Hinderungsgrund und die Erlaubniss der General-Oberin nicht hinausgeschoben werden.

§. 164. 8) *Konstit. d. christl. Schulbrüd.*: Wenn der Bruder Direktor einen Bruder tadelt oder belehrt, so muss dieser, wenn er eben sitzt, aufstehen und die Kopfbedeckung abnehmen, steht er aber, so muss er sogleich auf die Kniee niederfallen, und er darf nicht eher seine vorige Stellung wieder annehmen, als bis ihm der Direktor das Zeichen dazu giebt; kniet er aber bereits, so hat er nur den Boden zu küssen.

9) *Konstit. d. Schwestern v. d. Busse u. d. christl. Liebe:* Da der Friede und das Gedeihen jedes einzelnen Hauses und der ganzen Genossenschaft hauptsächlich von der vollkommenen Beobachtung dieses Gelübdes abhängt, so soll diejenige Schwester, welche sich gegen den Gehorsam oder die der Oberin schuldige Ehrfurcht schwer und öffentlich verfehlt, bei der gemeinschaftlichen Mahlzeit Wasser und Brod vom Boden essen, und an diesem und dem folgenden Tage von der Erholung ausgeschlossen werden.

Siebentes Buch.

Das Sachen- und Vermögensrecht.

§. 167. I. Die Erwerbsfähigkeit der Kirche.

Helfert, V. d. Kirchenvermögen, Prag 1834, 3. Aufl. 1. 2. Evelt, D. Kirche u. ihre Institute auf d. Gebiet des Vermögensrechtes, Soest 1845. — Löning, Gesch. d. K.-R. Braun, D. kirchl. Vermögen v. d. ältesten Zeit bis auf Iustinian, Giessen 1860. Telders, Bijdrage tot ene Geschiedeniss van het bezit in de doode Hand, Utrecht 1868.

I. Die christlichen Gemeinden haben schon früh Vermögen besessen, welches aus den freiwilligen Opferspenden und Gemeindeabgaben zusammengebracht wurde. Dieses Vermögen war Corporationsvermögen, da das römische Recht die Möglichkeit zuliess, die christlichen Gemeinden als vermögensrechtliche Subjecte anzusehen[1. 2]. Freilich war diese Möglichkeit häufig ausgeschlossen, sobald die kaiserlichen Regierungen die Gemeinden als *collegia illicita* behandelten. II. Mit der Anerkennung der christlichen Kirche durch *Constantin* änderte sich die prekäre vermögensrechtliche Lage der Gemeinden. Der Kaiser gab jeder Kirche das Privileg[3. 4], welches bis dahin nur einzelne heidnische Tempel besessen hatten, Vermögen auch durch letztwillige Zuwendungen zu erwerben, und stellte der Kirche die pekuniären Mittel des Staates zur Verfügung. Seit der Zeit ist die Vermögensfähigkeit der Kirche staatlich überall anerkannt worden, aber sie beruht nicht auf einem ius divinum, sondern auf staatlichem Recht. III. So rechtfertigt es sich auch juristisch, wenn der kirchliche Vermögenserwerb den allgemeinen civilrechtlichen Grundsätzen unterliegt; und die durch das kanonische Recht geschaffenen *Testamentsformen* der *testamenta ad pias causas*[5] und der Errichtung des Testamentes vor dem Pfarrer und zwei oder drei Zeugen[6] gelten nur, soweit

§. 167. 1) *L.* 1. *pr. Dig. de coll. et corp.* (47, 22.): Mandatis Principalibus praecipitur Praesidibus provinciarum, ne patiantur esse collegia sodalicia, neve milites collegia in castris habeant, sed permittitur tenuioribus stipem menstruam conferre, dum tamen semel in mense coeunt, ne sub praetextu huiusmodi illicitum collegium coëat, quod non tantum in urbe, sed et in Italia, et in provinciis locum habere, Divus quoque Severus rescripsit.

2) *Tertull. apologet. c.* 39: Etiam si quod areae genus est, non de honoraria summa quasi redemptae religionis congregatur. Modicam unusquisque stipem menstrua die vel cum velit, et si modo possit, apponit. Nam nemo compellitur, sed sponte confert. Haec quasi deposita pietatis sunt. Nam inde non epulis nec potaculis nec ingratis voratrinis dispensantur, sed egenis alendis humandisque et pueris ac puellis rei ac parentibus destitutis, aetateque domiticis sexibus, item naufragis.

3) *C.* 1. *Cod. Just.* 1, 2. (*Constantin.*): Habeat unusquisque licentiam, sanctissimo catholico venerabilique concilio decedens bonorum quod optaverit relinquere, et non sint cassa iudicia.

4) *Lactant. de mort. persec.* 48: Et quoniam iidem Christiani non ea loca tantum, ad quae convenire consueverunt, sed alia etiam habuisse noscuntur, ad ius corporis eorum, id est ecclesiarum, non hominum singulorum pertinentia, ea omnia lege, quae superius comprehendimus, citra ullam prorsus ambiguitatem vel controversiam iisdem Christianis, i. e. corpori et conventiculis eorum, reddi jubebis.

5) *C.* 11. *X. de testam. III.* 26: Relatum est, quod quum ad vestrum examen super ecclesiae relictis causa deducitur, vos, nisi septem vel quinque idonei testes interfuerint, inde postponitis judicare. Mandamus, quatenus, quum aliqua causa talis ad vestrum fuerit examen deducta, eam non secundum leges, sed secundum decretorum statuta tractetis, tribus aut duobus legitimis testibus requisitis (sitis contenti: orig.), quoniam scriptum est: In ore duorum vel trium testium stat omne verbum.

6) *C.* 10. *ibid.*: Cum esses in nostra praesentia constitutus, proposuisti talem in tuo episcopatu consuetudinem obtinere, quod testamenta, quae fiunt in ultima voluntate, penitus rescindantur, nisi cum subscriptione septem vel quinque testium fiant, secundum quod leges humanae decernunt. Quia vero a divina lege et sanctorum patrum institutis, et a generali ecclesiae consuetudine id noscitur

sie durch das bürgerliche Recht recipirt sind, was für die letztere bezüglich des gemeinen deutschen Rechtes nicht der Fall ist. IV. Ebenso erhellt aus dem angeführten Prinzip die Befugniss des Staates, dem kirchlichen Vermögenserwerbe Schranken zu setzen. Dies erschien schon früh[7] als nothwendig, ist während des ganzen Mittelalters[8-11] geschehen, und wird in partikularrechtlicher Verschiedenheit noch heute für den Erwerb von Grundstücken auch titulo oneroso einerseits, und für den Erwerb von quantitativ bestimmten Mobilien titulo lucrativo oder aus letztwilligen Dispositionen andererseits festgesetzt[12-17]. (*Amortisationsgesetze.*)

esse alienum, cum scriptum sit, quod in ore duorum vel trium testium stet omne verbum: prescriptam consuetudinem improbamus: et testamenta, quae paroeciani coram presbytero suo, et tribus vel duabus aliis personis idoneis in extrema fecerint voluntate, firma decernimus permanere sub interminatione anathematis, prohibentes ne quis huiusmodi audeat rescindere testamenta.

§. 167. 7) *C.* 20. *Cod. Theod.* (16,2: *Valentinianus Valens et Gratian. ad Damasum Ep. urbis Romae*): Ecclesiastici aut ex ecclesiasticis, vel qui continentium se volunt nomine nuncupari, viduarum ac pupillarum domos non adeant, sed publicis exterminentur iudiciis, si posthac eos affines earum vel propinqui putaverint deferendos. Censemus etiam, ut memorati nihil de eius mulieris, cui se privatim sub praetextu religionis adiunxerint, liberalitate quacunque vel extremo iudicio possint adipisci, et omne in tantum inefficax sit, quod alicui horum ab his fuerit derelictum, ut nec per subjectam personam valeant aliquid vel donatione vel testamento percipere. Quin etiam si forte post admonitionem legis nostrae aliquid iisdem eae feminae vel donatione vel extremo iudicio putaverint relinquendum, id fiscus usurpet. Ceterum si earum qui voluntate percipiunt, ad quarum successionem vel bona iure civili vel edicti beneficiis adiuvantur, capiant ut propinqui.

8) *Urk. Landgr. Friedr. v. Thüringen* 1348: Nur durch sonderliche Gunst . . . erloubt und Unssirn guden Willen und Gunst darzu gegebin habin und gebin . . . daz sie (Collegiatstift zu Ohrdruff) achte hofe mogin koufin in derselbin Unssir Stadt zu Gotha.

9) *Stadtrecht v. Dünkelsbühl:* Swelch burger, frouwe oder man ir guot durch ir sêle willen wellent geben, daz sullent sie oder ir erben in jaris frist an der stete rechenen oder an den rât bringen, und dem daz künden . . . daz ez der stuire nicht entvremdet werde, wenne si ez hin geben haben . . . unde daz guot sol man innen jares frist verkoufen . . . oder daz guot ist der stat vervallen.

10) *Eisenacher Rechtsbuch III*, 49: Man sol in witpilde keyn huez noch eygin pfaffen noch in gotishusern gewern brengen, daz man zcu der stadt vorrechten mucze, es gescheche danne mit volbort eyner gemeynde Witpildisrechte und sassen recht.

11) *Stadtrecht v. Nordhausen* 1300: Welich burger etc. von hof oder hus oder ir lant daz zu dem vlure gehort, oder ir erbe gut, verkofen in eine geistliche hant . . . oder geben durch irre sele willen. Die verliesen lip un gut . . . Dar uber suln ir Kinder ir burger Reht han verlorn. Si en bringen daz gut wider an der stat nutz, als ez von alder ist gewesit.

12) *Oesterr. Concordat Art.* 29: Ecclesia iure suo pollebit, novas iusto quovis titulo libere acquirendi possessiones eiusque proprietas in omnibus, quae unus possidet, vel imposterum acquiret, inviolabilis solemniter erit. Proinde quod antiquas novasque ecclesiasticas fundationes nulla vel suppressio vel unio fieri poterit, absque interventu auctoritatis Ap. Sedis salvis facultatibus a S. Concilio Tridentino Episcopis tributis.

13) *Oesterr. Staatsgrundgesetz v.* 21. *Dec.* 1867 *Art.* 6: Für die todte Hand sind Beschränkungen des Rechtes, Liegenschaften zu erwerben und über sie zu verfügen, im Wege des Gesetzes aus Gründen des öffentlichen Wohles zulässig.

14) *Preuss. Verf.-Urkunde v.* 31. *Jan.* 1850 *Art.* 13: Die Religionsgesellschaften, so wie die geistlichen Gesellschaften, welche keine Corporationsrechte haben, können diese Rechte nur durch besondere Gesetze erlangen.

15) *Preuss. Ges. v.* 23. *Febr.* 1870: Schenkungen und letztwillige Zuwendungen bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung des Königs: 1. insoweit dadurch im Inlande eine neue juristische Person ins Leben gerufen werden soll, 2. insoweit sie einer im Inlande bereits bestehenden Corporation oder anderen juristischen Person zu anderen als ihren bisher genehmigten Zwecken gewidmet werden sollen. §. 2. Schenkungen und letztwillige Zuwendungen an inländische oder ausländische Corporationen und andere juristische Personen bedürfen zu ihrer Gültigkeit ihrem vollen Betrage nach der Genehmigung des Königs oder der, durch Königliche Verordnung ein für alle Mal zu bestimmenden Be-

§. 168. II. Das Eigenthumssubject am Kirchenvermögen.

Schulte, De rer. eccles. domino, Berol. 1851. Uhrig, D. Kirchengut, Augsb. 1867. Hübler, D. Eigenthümer d. Kirchengutes, Leipzig 1868. Poschinger, D. Eigenthum am Kirchenvermögen, München 1871. Maass, Im Arch. f. kath. K.-R. IV, 651 ff. Löning, Gesch. d. K.-R. I. II.

I. Das Kirchenvermögen ist ursprünglich dem römischen Recht entsprechend Corporationsvermögen (§. 167. no. 3.) gewesen. Je mehr aber die Gemeinde im Laufe der Entwickelung zurücktrat, um so weniger vermochte sie auch als Subject des Kirchenvermögens angesehen zu werden, und so betrachten denn die römischen Gesetze[1.2] der späteren Zeit das kirchliche Vermögen als im Eigenthum der Kirche als Anstalt stehend. Dies ist auch die Auffassung des kanonischen Rechtes[3]. II. Dem evangelischen Kirchenbegriffe würde es entsprochen haben[4], wenn das Kirchenvermögen als Gemeinde-

hörde, wenn ihr Werth die Summe von Eintausend Thalern übersteigt. Fortlaufende Leistungen werden hierbei, mit fünf vom Hundert, zu Kapital berechnet. §. 3. Die Genehmigung einer Schenkung oder letztwilligen Zuwendung in den Fällen der §§. 1. und 2. erfolgt stets unbeschadet aller Rechte dritter Personen. — Mit dieser Maasgabe ist, wenn die Genehmigung ertheilt wird, die Schenkung oder letztwillige Zuwendung, als von Anfang an gültig zu betrachten, dergestalt, dass mit der geschenkten oder letztwillig zugewendeten Sache auch die in die Zwischenzeit fallenden Zinsen und Früchte zu verabfolgen sind. — Die Genehmigung kann auf einen Theil der Schenkung oder letztwilligen Zuwendung beschränkt werden. §. 4. Die besonderen gesetzlichen Vorschriften, wonach es zur Erwerbung von unbeweglichen Gegenständen durch inländische oder ausländische Corporationen und andere juristische Personen überhaupt der Genehmigung des Staates bedarf, werden durch die vorstehenden Bestimmungen nicht berührt. Soweit es jedoch zu einer solchen Erwerbung nach gegenwärtig geltenden Vorschriften der Genehmigung des Königs oder des Ministerium bedarf, können statt dessen durch Königliche Verordnung die Behörden, denen die Genehmigung fortan zustehen soll, anderweitig bestimmt werden. §. 5. Einer Geldstrafe bis zu 300 Thalern, im Unvermögensfalle entsprechender Gefängnissstrafe unterliegen: 1. Vorsteher von inländischen Corporationen und anderen juristischen Personen, welche für dieselben Schenkungen oder letztwillige Zuwendungen in Empfang nehmen, ohne die dazu erforderliche Genehmigung innerhalb vier Wochen nachzusuchen; 2. diejenigen, welche einer ausländischen Person Schenkungen oder letztwillige Zuwendungen verabfolgen, bevor die dazu erforderliche Genehmigung ertheilt ist.

§. 167. 16) *Bad. Ges. v.* 5. *Mai* 1870 §. 1: Der staatlichen Genehmigung bedürfen ferner und sind in ihrer rechtlichen Wirksamkeit durch sie bedingt alle Schenkungen und letztwilligen Verfügungen zu Gunsten schon bestehender Stiftungen oder anderer juristischer Personen.

17) *Sächs. Ges. v.* 22. *Aug.* 1876 §. 33: Stiftungen für Zwecke der katholischen Kirche oder für Geistliche oder Kirchendiener dieser Kirche bedürfen zu staatlicher Anerkennung und Erlangung der Rechte juristischer Personen der Genehmigung der Staatsregierung.

§. 168. 1) *C.* 1. *Cod. Theod.* (5, 3): Si quis episcopus aut presbyter aut diaconus aut diaconissa aut subdiaconus vel cuiuslibet alterius loci clericus aut monachus aut mulier, quae solitariae vitae dedita est, nullo condito testamento decesserit, nec ei parentes utriusque sexus vel liberi, vel si qui agnationis cognationisve iure iunguntur vel uxor extiterit, bona quae ad eum pertinuerint, sacros. ecclesiae vel monasterio cui fuerat destinatus, omnifariam socientur.

2) *C.* 26. *Cod. de sacros. eccl.* (1, 2): ... Si quidem Dominum nostrum Iesum Christum scripsit quis heredem ... manifeste videri ipsius civitatis vel castelli vel agri, in quo constitutus erit, ecclesiam sanctissimam institutam esse heredem et hereditatem peti debere per deo amantissimos eius oeconomos ...

3) *C.* 2. *X.* (3, 25): Presbyter cum dioecesim tenet: de eis, quae superemerit ad ipsius ecclesiae nomen scripturam faciat: aut ab eius ordinatione discedat.

4) *Ein ausführlich Bedenken wie es umb d. Kirchengüter geschaffen* (*c.* 1538): Weil denn nun diess Gebot Gottes sich also haltet, hat man hieraus leicht zu erkennen, dass es ja das göttlich und natürlich Recht ist, wo ein Gemeind ist, die ihr Religion, dazu ihr Gemeinschaft und Güter hat, dass alle die Güter, die solcher Gemeind zur Religion einmal gegeben und verordnet worden sind, es sey liegends oder fahrends, solcher Gemeind allwegen eigen bleiben solle, und dass davon keinen besondern Personen oder gesonderter Commun, wie inen die Pfaffen ein besonder Commun vor den andern Christen zu machen unterstehen, etwas zugeeignet werden mag, durch einige Gewalt auff Erden.

vermögen angesehen worden wäre. Aber diesen Standpunkt haben nur einige Gesetzgebungen[5] eingenommen, während die Mehrzahl[6] auf dem kanonischen beharrt; doch steht natürlich juristisch weder für die katholische noch für die protestantische Kirche etwas im Wege, dass der Stifter eine Sache in das Eigenthum der kirchlichen Corporation oder der kirchlichen Anstalt übergehen lasse. III. Da die einzelnen kirchlichen Anstalten Eigenthumssubjecte sind, hat man es versucht, sie in eine gewisse Verbindung zur Gesammtkirche zu bringen, indem man ein sogenanntes *dominium successivum* construirte, wonach bei dem Untergange einer Anstalt die Kirche in das Vermögen jener zu succediren habe. Da dem weltlichen Recht ein solches domin. successivum unbekannt, die Kirche als Eigenthumssubject aber nach weltlichem Recht zu beurtheilen ist, so muss jene Theorie mit ihren Consequenzen verworfen werden. IV. Katholischer Seits sind über das Eigenthumssubject am Kirchenvermögen noch Ansichten aufgestellt worden, welche sämmtlich juristisch unhaltbar sind. So dass Gott, Christus, die Armen Eigenthümer seien. Ebenso wenig ist die Ansicht gerechtfertigt, welche die ganze Kirche als Eigenthümerin betrachtet. Die ecclesia catholica geht über die Gränzen jedes Staates und somit über das Gebiet der staatlichen Gesetzgebung und Privilegirung hinaus. Es liegt demnach die Unmöglichkeit vor, ihr die zum Vermögenserwerbe nothwendige juristische Persönlichkeit zu gewähren, welche jeder Staat nur den kirchlichen Anstalten seines Territoriums ertheilen kann, und beziehentlich der evangelischen und katholischen Kirche auch ertheilt hat. Endlich lässt sich auch ein staatliches Eigenthum, oder noch unjuristischer Obereigenthum am Kirchenvermögen nicht behaupten, wenn man nicht irrig die aus der öffentlichrechtlichen Kirchenhoheit fliessenden Befugnisse des Staates zur Aufsicht über das Vermögen der Kirche wie das jeder juristischen Person mit den privatrechtlichen Eigenthumsbefugnissen verwechseln will. Dagegen ist juristisch unzweifelhaft, dass das Vermögen aufgehobener kirchlicher Anstalten als *bonum vacans* an den Staat fällt, und wenn moderne Gesetzgebungen das Gegentheil bestimmt haben[7-10] und das Vermögen dem Zwecke erhalten wissen

§. 168. 5) *A. Preuss. Landr. II*, 11, 160: Zu dem Vermögen der Kirchengesellschaften gehören die Gebäude, liegende Gründe, Capitalien und alle Einkünfte, welche zur anständigen Unterhaltung des äusseren Gottesdienstes für jede Kirchengemeinde nach deren Verfassung bestimmt sind.

6) *Sächs. bürgerl. Gesetzb.* §. 2165: Hat ein Erblasser zu Gunsten einer Kirche, ohne nähere Bezeichnung derselben, letztwillig verfügt, so ist darunter die Kirche des Ortes zu verstehen, an welchem er zuletzt seinen Wohnsitz gehabt hat. Sind an diesem Orte mehrere Kirchen vorhanden, so gilt die Kirche als bedacht, in welche der Erblasser eingepfarrt war, und wenn er in keine eingepfarrt war, die Kirche, welche er zu besuchen pflegte.

7) *Sächs. Verf.-Urk.* §. 60: Alle Stiftungen ohne Ausnahme, sie mögen für den Cultus, den Unterricht oder die Wohlthätigkeit bestimmt seyn, stehen unter dem besonderen Schutze des Staates, und das Vermögen oder Einkommen derselben darf unter keinem Vorwand zum Staatsvermögen eingezogen, oder für andere als die stiftungsmässigen Zwecke verwendet werden. Nur in dem Falle, wo der stiftungsmässige Zweck nicht mehr zu erreichen steht, darf eine Verwendung zu anderen ähnlichen Zwecken mit Zustimmung der Betheiligten, und in so fern allgemeine Landesanstalten in Betracht kommen, mit Bewilligung der Stände erfolgen.

8) *Altenb. Verf.* §. 155: Das Stiftungsvermögen der Kirchen und Schulen kann, so lange sie bestehen, im Werthe und Ertrage nie willkürlich gemindert oder eingezogen werden. Es geniesst die Rechte Minderjähriger. Das Vermögen eingegangener Kirchen und Schulen darf nur wieder zu gleichen Zwecken verwendet werden.

9) *Baier. Ed. v. 26. Mai* 1818. §. 47: Das Kirchenvermögen darf unter keinem Vorwand zum Staatsvermögen eingezogen und in der Substanz zum Besten eines anderen als des bestimmten Stiftungszweckes ohne Zustimmung der Betheiligten und sofern es all-

wollen, so ist das nur eine aus Billigkeitsrücksichten gerechtfertigte Privilegirung der Kirche, nicht die Consequenz einer für den Staat massgebenden rechtlichen Nothwendigkeit.

§. 169. III. Die Steuerfreiheit.

Waitz, Deutsche Verf.-Geschichte II, 533 ff. IV, 3 ff. Löning, Gesch. d. K.-R. I. II. Friedberg, De finium reg. iud.

Das kanonische Recht vindicirt der Kirche die dem göttlichen Recht entstammende Bevorzugung gänzlicher Steuerfreiheit[1-3]. Nur mit Genehmigung der Bischöfe und des Papstes soll das Kirchengut zur Tragung allgemeiner Staatslasten herangezogen werden können. Von solcher Steuerfreiheit wusste weder die endgültige Ausgestaltung des römischen noch des fränkischen Rechts[4. 5], und wenn auch darauf abzielende Concessionen durch die deutsche

gemeine Stiftungen betrifft, ohne Zustimmung der Stände, nicht veräussert oder verwendet werden.

§. 169. 1) *C.* 22. *C. XXIII. qu.* 8: Tributum in ore piscis piscante Petro inuentum est, quia de exterioribus suis, que palam cunctis apparent, tributum ecclesia reddit. Non autem totum piscem dare iussus est, sed tantum staterem, qui in ore eius inuentus est, quia non ecclesia dari inperatori, non pontificalis apex, qui in ore capitis ecclesiae preminet, subici regibus potest. Sed sane, ut diximus, quod in ore piscis inuenitur pro Petro et Domino dari iubetur, quia de exterioribus ecclesiae, quod constitutum antiquitus est, pro pace et quiete, qua nos tueri et defensare debent, inperatoribus persoluendum est.

2) *C.* 4. *X.* (4, 49. *C. Later. III.* 1179): In diuersis mundi partibus consules ciuitatum et rectores, nec non et alii, qui potestatem habere videntur, tot onera frequenter imponunt ecclesiis, ut deterioris conditionis factum sub eis sacerdotium videatur, quam sub Pharaone fuerit, qui legis diuinae notitiam non habebat. Ille quidem omnibus aliis seruituti subactis, sacerdotes et possessiones eorum in pristina libertate dimisit, et eis alimoniam de publico administrauit. Isti vero onera sua fere universa imponunt ecclesiis, et tot angariis eas adfligunt, ut eis, quod Hieremias deplorat competere videatur: Princeps provinciarum facta est sub tributo. Sive quidem fossatam, sive expeditiones, seu alia quaelibet sibi arbitrentur agenda, de bonis ecclesiarum et clericorum et pauperum Christi usibus deputatis, volunt fere cuncta compleri. Iurisdictionem etiam, et auctoritatem praelatorum, ita evacuant: ut nihil potestatis eis in suis videatur hominibus remansisse. Quocirca sub anathematis districtione fieri de caetero talia prohibemus: nisi episcopus et clerus tantam necessitatem vel utilitatem adspexerint, ut absque ulla exactione ad relevandas communes utilitates vel necessitates, ubi laicorum non subpetunt facultates, subsidia per ecclesias existiment conferenda. Si autem consules, aut alii de caetero ista commiserint, et commoniti desistere noluerint, tam ipsi, quam fautores eorum excommunicationi se nouerint subiacere, nec communioni reddantur, donec satisfactionem fecerint competentem.

3) *C.* 7. *ib.* (*C. Later. IV.* 1215): Adversus consules et rectores ciuitatum vel alios, qui ecclesias et ecclesiasticos viros talliis seu collectis et exactionibus aliis adgravare nituntur, volens immunitati ecclesiasticae Lateran. concilium providere, praesumptionem huiusmodi sub anathematis districtione probibuit: transgressores et fautores eorum excommunicationi subiacere praecipit, donec satisfactionem impenderint competentem. Verum si quando forte episcopus simul cum clericis tantam necessitatem et utilitatem perspexerint, ut absque ulla coactione ad relevandas utilitates vel necessitates communes, ubi laicorum non suppetunt facultates, subsidia duxerint per ecclesias conferenda: praedicti laici humiliter et devote recipiant cum gratiarum actione. Propter imprudentiam tamen quorundam Romanus pontifex prius consulatur: cuius interest communibus utilitatibus providere. Quia vero nec sic quorundam malitia contra Dei ecclesiam conquievit, adiicimus ut constitutiones et sententiae, quae a talibus vel de ipsorum mandato fuerint promulgatae, inanes et irritae habeantur, nullo unquam tempore valiturae. Caeterum quia fraus et dolus alicui patrocinari non debent, nullus vario decipiatur errore, ut intra tempus regiminis sustineat anathema, quasi post illud non sit ad satisfactionis debitum compellendus nam et ipsum, qui satisfacere recusaverit, et successorem ipsius, nisi satisfecerit intra mensem, manere decernimus ecclesiastica censura conclusum, donec satisfecerit competenter cum succedat in onere, in honore substituitur.

4) *Gregor. Turon. IV*, 2: Chlothacharius rex indixerat, ut omnes ecclesiae regni sui tertiam partem fructuum fisco dissolverent.

5) *C.* 5. *C. Aurel. I.* (511): De oblationibus

Reichsgesetzgebung[6] gemacht worden sind, so sind sie doch factisch werthlos geblieben. Während des ganzen Mittelalters sind die Kirchen besteuert worden[7-9], und dasselbe ist fast ausnahmelos der moderne Rechtsstand[10-14].

IV. Die Substanz des kirchlichen Vermögens.

§. 170. 1. Uebersicht.

Alle kirchlichen Zwecken gewidmeten Sachen werden ohne Rücksicht darauf, ob sie im Eigenthum der Kirche stehen, *res ecclesiasticae* genannt. Sie zerfallen in 1. *res sacrae*, die in unmittelbarer Beziehung zum Gottesdienst stehen und ihre Bestimmung durch eine sacramentale Handlung (*Consecration: res consecratae; — Benediction: res benedictae*) empfangen. Die res sacrae sind dem Verkehr nicht in der Weise entzogen, dass sie unfähig wären im Privateigenthum zu stehen, sondern nur so, dass an ihnen nicht nach den gewöhnlichen sachenrechtlichen Grundsätzen Rechte erworben werden können. 2. *res*

vel agris quos domnus noster rex ecclesiis suo munere confesso dignatus est . . . ipsorum agrorum vel clericorum immunitate concessa.

§. 169. 6) *Authentica item nulla* (*Cod.* 1, 3. *Frider. II.*): Item nulla communitas, vel persona publica vel privata collectas vel exactiones, angarias, vel parangarias ecclesiis vel aliis piis locis aut ecclesiasticis personis imponere aut invadere ecclesiastica bona praesumant. Quod si fecerint, et requisiti ab ecclesia vel imperio, emendare contemserint, triplum refundant, et nihilo minus banno imperiali subiaceant, quod absque satisfactione debita nullatenus remittatur.

7) *Chemnitz Chron. Megalopolit. ad a.* 1509: Dass Abkommen der Herzöge Albrecht und Heinrich v. Mecklenburg mit der Abtei Dobberan: . . . dass der Abt auf des Closters Hofe den fürstlichen Jägern anstat des Ablagers 5 Tage und Nächte zu speisen und nicht mehr als 2 Tonnen Bier und gewöhnliche Speise zu geben schuldig seyn sollen. 2. Dass der Abt und Convent vor alle Ablagen (die die Hertzoge jaehrlich in der Fasten 6 Wochen nach einander und in dem Herbst 14 Tage im Closter zu halten pflegen) in dreyen Terminen 500 gute Mark und diese drey Jahr nach einander geben solten, und anstatt des Geldes Korn auf das Hochfürstl. Haus zu Schwerin zu lieffern frey stehen solle.

8) *Wiener Stadtr. v.* 1267: Wir nemen ouch ab all Freybrief die von unsern Vorvordern oder von uns yemant geben sint; umb Freyung der Schaczsteur, daz die absein und furbas chain chraft mer haben, ez sein Pfaffen, Munich, oder Chlöster etc. . . . Daz die fürbas ewighlich mit der Stat leiden, und dienen sullen . . . Auch wellen wir, daz alle Kloster, Gotshewser, Münch, Nunnen, Pfaffen, Layen, etc. von ihren Höfen, Heusern und gesezzen die si habent in der Stat oder in den Vorsteten zu Wien auch leidin und dienen an der Purger Schaczsteuer mit der Gemein unserer Purger.

9) *Reichsabschied von Coblenz* 1492: Item die Praelaten und Praelatin nach gestalt ihres Vermögens sollen auch für ir Person ir Feuerstatt halben angeslagen werden. Desgleichen Pfarrherrn und Priester von iren Herstetten wie die Burger in den Stetten ein Ort eines Reinischen Gulden geben sollen.

10) *Sächs. Ges. v.* 9. *Sept.* 1843 §. 4: Befreit von der Grundsteuer bleiben: . . . b) sämmtliche Kirchen und dem öffentlichen Gottesdienste gewidmete Gebäude.

11) *Preuss. Ges. v.* 24. *Febr.* 1850 §. 1: Von allen Grundstücken im Staate, welche einen Reinertrag gewähren, soll fortan die Gebäudesteuer entrichtet werden . . . §. 2. Ausgenommen . . . bleiben . . . 2. Kirchen, Kapellen und andere dem öffentlichen Gottesdienste gewidmete Gebäude.

12) *Bad. Ges. v.* 9. *Oct.* 1860 §. 14: Das den kirchlichen Bedürfnissen und Anstalten gewidmete Vermögen unterliegt den Gesetzen des Staats, insbesondere auch jenen über die öffentlichen Abgaben und Lasten.

13) *Württemberg. Ges. v.* 30. *Jan.* 1862 *Art.* 18: Das den kirchlichen Bedürfnissen und Anstalten gewidmete Vermögen unterliegt den allgemeinen Landesgesetzen, insbesondere auch jenen über öffentliche Lasten und Abgaben, sowie über den Besitz von Liegenschaften durch die todte Hand.

14) *Baier. Edikt v.* 26. *Mai* 1818: §. 73. Die Kirchen und Geistlichen können in Ansehung des ihnen zustehenden Vermögens weder von Landes-Unterthänigkeit, weder von Gerichtsbarkeit noch von öffentlichen Staatslasten irgend eine Befreiung ansprechen. §. 74. Alle älteren Befreiungen, die hierüber mögen verliehen worden seyn, werden als nichtig erklärt.

ecclesiasticae, κατ' ἐξοχήν, die zur Bestreitung anderer kirchlicher Bedürfnisse dienen. Dahin gehören auch die *res religiosae*, d. h. das Vermögen der frommen Stiftungen, die ursprünglich im kirchlichen Eigenthum standen, später aber selbstständige Eigenthumssubjecte werden konnten, und sich dann nur unter kirchlicher Verwaltung und Aufsicht befanden. In der evangelischen Kirche ist die katholische Eintheilung geblieben, obgleich dieselbe weder Consecration noch Benediction kennt. Doch ist bei der erstmaligen Gebrauchnahme solcher Sachen eine religiöse Form (*Dedication*) üblich.

2. Die einzelnen Kirchensachen.

§. 171. A. Die geweihten und gesegneten Sachen. Das Asylrecht.

Zech, In Schmidt thesaur. V, 284. Helfrecht, V. d. Asylen, Hof 1801. Dann, In Ztschr. f. deutsch. R. 3, 327 ff. Bulmerinq, D. Asylrecht u. d. Auslieferung flücht. Verbrecher, Dorpat 1853. Proost, Hist. du droit d'asile relig. en Belgique, Gand 1870.

I. *Res consecratae* sind 1. die Kirchengebäude, deren Gründung der Genehmigung des Bischofs bedarf, welche aber nur aus gesetzlichen Gründen verweigert werden darf. Die Consecration erfolgt gleichfalls Seitens des Ordinarius, geschieht durch Salbung der Kirchenwände mit Chrisma und ist mit Hinterlegung von Reliquien verbunden. Die Consecration darf der Regel nach nicht wiederholt werden, doch ist dies nothwendig, wenn eine *execratio*, d. h. eine gänzliche oder wesentliche Zerstörung des Gebäudes eingetreten ist. Ist die Kirche nur *polluirt* worden (Blutvergiessen, Unzucht, Begraben eines Excommunicirten in der Kirche), was gleichzeitig den Kirchhof mit erfasst, so erfolgt eine *reconciliatio*. 2. Altar, der in jeder Kirche vorhanden sein muss. 3. Kelch und Patena. II. Von den res benedictae sind namentlich die Kirchhöfe zu erwähnen. Da sie nicht consecrirt sind, können sie auch nicht execrirt werden, wohl aber polluirt aus den oben angeführten Gründen, in welchem Falle sie zu reconciliiren sind. Die pollutio des Kirchhofes wirkt nicht auf die Kirche. Die Kirchhöfe sollen nach kanonischer Anschauung im Eigenthum der Kirche stehen. Doch hat die Rücksicht auf die Parität vielfach zu Anlegung von *communalen*, d. h. im Eigenthum der politischen Gemeinde stehenden Kirchhöfen geführt. III. Die res sacrae sollen bei Strafe nicht *profanirt* werden und geniessen einen besonderen Rechtsschutz[1. 2]. Das *römische*[3] und das *kanonische*[4] Recht gewähren ferner Verbrechern, die sich in

§. 171. 1) *Reichsstrafgesetzbuch* §. 243: Auf Zuchthaus bis zu zehn Jahren ist zu erkennen, wenn 1. aus einem zum Gottesdienst bestimmten Gebäude Gegenstände gestohlen werden, welche dem Gottesdienste gewidmet sind.

2) *Reichsstrafgesetzb.* §. 306: Wegen Brandstiftung wird mit Zuchthaus bestraft, wer vorsätzlich in Brand setzt 1. ein zu gottesdienstlichen Versammlungen bestimmtes Gebäude. §. 304. Wer vorsätzlich und rechtswidrig Gegenstände der Verehrung einer im Staate bestehenden Religionsgesellschaft oder Sachen die dem Gottesdienste gewidmet sind ... beschädigt oder zerstört, wird mit Gefängniss bis zu drei Jahren, oder mit Geldstrafe bis zu 500 Thlr. bestraft. Neben der Gefängnisstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Der Versuch ist strafbar.

3) *l.* 4. *Cod. Theod.* (9, 45 Theodosius et Valentinianus): Pateant summi Dei templa timentibus; nec sola altaria et oratorium templi circumiectum, quod ecclesias quadripertito intrinsecus parietum septo concludit, ad tuitionem confugientium sancimus esse proposita, sed usque ad extremas fores ecclesia, quas oratum gestiens populus primas ingreditur, confugientibus aram salutis esse praecipimus, ut inter templum, quod parietum descripsimus cincta, et post loca publica ianuas primas ecclesiae quicquid fuerit interiacens sive in cellulis sive in domibus, hortulis, balneis, areis atque porticibus, confugas interioris templi vice tuentur. Nec in extrahendos eos conetur quisquam sacrilegas manus inmittere, ne

Kirchen, auf Kirchhöfe, in Klöster, in die Häuser der Bischöfe, Pfarrer, Canoniker und frommen Stiftungen flüchten, ein *Asylrecht*, so dass sie nicht von den Organen der weltlichen Gerechtigkeit ergriffen, sondern diesen nur ausgeliefert werden dürfen nach dem Versprechen, sie nicht mit Lebens- oder Leibesstrafe zu belegen. Die Kirche hat das Asylrecht bei schwereren Verbrechen aufgehoben, und gegenwärtig erkennt es die Staatsgesetzgebung in Deutschland nicht mehr an[5].

§. 172. B. Die res ecclesiasticae und die Zehnten.

Probst,, In theol. Quartalschr. LIV, 383 ff. — Thomassin., Vet. et n. eccl. disc. P. 3. l. 1. c. 1—11. Löning, Gesch. d. K.-R. — — Böhmer, In Elect. iur. civ. III. Birnbaum, D. rechtl. Natur d. Zehnten aus d. Grundeigenthumsverh. d. röm. u. fränk. Reichs hist. entwickelt, Bonn 1831. Teutsch, D. Zehntrecht d. ev. Landesk. A. B. in Siebenbürg., Schässburg. 1858.

Dass zu den kirchlichen Einkünften die freiwilligen auf den Altar gelegten Gaben (*oblationes*), Geschenke und Vermächtnisse der Gläubigen und freiwillige Abgaben derselben gehörten, ist oben erwähnt worden. Die geschenkten Güter waren vielfach zehntberechtigt, so dass also die Kirche zur Einziehung dieser Renten befugt wurde. Erst die durch *Hieronymus*[1] vermittelte Kenntniss des *mosaischen* Rechtes[2-4] führte dazu, auch das mosaische Zehntrecht zu Gunsten der Kirche zu beanspruchen. Doch wird vor Ende des VI. Jahrhunderts nur vereinzelt die Zahlung solcher Zehnten als recht-

qui hoc ausus sit, cum discrimen suum videat, ad expetendam spem ipse quoque confugiat. Hanc autem spatii latitudinem ideo indulgemus, ne in ipso Dei templo et sacros. altaribus confugientium quemquam manere vel vescere, cubare vel pernoctare liceat: ipsis hoc clericis religionis causa vetantibus, ipsis qui confugiunt, pietatis ratione servantibus.

§. 171. 4) *c.* 36. *C. XVII. qu.* 4. (*C. Aurel. I.* 511. *c.* 3. 5): Id constituimus obseruandum, quod ecclesiastici canones decreuerunt, et lex Romana constituit, ut ab ecclesiae atriis uel domo episcopi eos abstrahere omnino non liceat, sed nec alteri consignare, nisi ad euangelia datis sacramentis de morte, et debilitate, et omni penarum genere sint securi, ita ut ei, cui reus fuerit criminosus, de satisfactione conueniat. Quod si sacramenta sua conuictus fuerit uiolasse, reus periurii non solum a communione ecclesiae uel omnium clericorum, uerum etiam catholicorum conuiuio separetur. Quod si is, cui reus est, uoluerit sibi intentione faciente conponi, et ipse reus actus de ecclesia timore discesserit, ab ecclesiae clericis non queratur. §. 1. Seruus etiam, qui ad ecclesiam confugerit pro qualibet culpa, si a domino pro admissa culpa sacramentum susceperit, statim ad seruitium domini sui redire cogatur, et posteaquam dato sacramento domino suo fuerit consignatus, si aliquid penae pro eadem culpa, qua excusatur, probatus fuerit pertulisse, pro contemptu ecclesiae et preuaricatione fidei a communione et conuiuio catholicorum extraneus habeatur. Si uero seruus pro culpa sua ab ecclesia defensatus sacramenta domini clericis exigentibus de inpunitate perceperit, exire nolentem a domino liceat occupari.

5) *Oesterr. Concordat Art.* 15: Ut honoretur domus Dei, qui est Rex Regum et Dominus Dominantium, sacr. templorum immunitas servabitur, in quantum id publica securitas et ea, quae iustitia exigit fieri sinant.

§. 172. 1) *Hieronym. Comment. in Malach. c.* 3: Quod si facere nolumus saltem Judaeorum imitemur exordia, ut pauperibus partem demus ex toto, et sacerdotibus ac levitis honorem debitum referamus.

2) *III. Moses* 27 *v.* 30.: Alle Zehnten im Lande, beides vom Samen des Landes und von den Früchten der Bäume, sind des Herrn, und sollen dem Herrn heilig sein. 32. Und alle Zehnten von Rindern und Schafen und was unter der Ruthe gehet, das ist ein heiliger Zehnt dem Herrn.

3) *IV. Moses* 19 *v.* 24: Denn den Zehnten der Kinder Israel, den sie dem Herrn geben, habe ich den Leviten zum Erbgut gegeben; darum habe ich zu ihnen gesagt, dass sie unter den Kindern Israel kein Erbgut besitzen sollen.

4) *V. Moses* 14 *v.* 22: Du sollst alle Jahre den Zehnten absondern alles Einkommens deiner Saat, das aus deinem Acker kommt; 23. Und sollst es essen vor dem Herrn, deinem Gott, an dem Ort, den er errichtet, dass sein Name daselbst wohne; nämlich vom Zehnten deines Getreides, deines Mastes, deines Oels, und der Erstgeburt deiner Rinder und deiner Schafe, auf dass du lernest fürchten den Herrn, deinen Gott, dein Lebelang.

liche Pflicht aufgefasst[5]. Erst die weltliche Gesetzgebung des VIII. Jahrhunderts[6. 7] erkannte die kirchliche Zehntberechtigung an; indessen bestanden daneben auch weltliche Zehnten, wie auch geistliche zehntberechtigte Güter in die Hände von Laien gelangten. Freilich reagirte die Kirche dagegen, und kam zu dem Resultate, die dem göttlichen Recht entstammenden Zehnten als nur von der Kirche besitzbar hinzustellen[8], und den Laien zu untersagen, Zehnten an Laien weiter zu veräussern[9]; aber sie drang mit diesen Anschauungen nicht durch, und musste sich vielfach damit begnügen, dass die Zehntbesitzer für dieselben die kirchliche Lehnsherrlichkeit anerkannten. Das kanonische Recht beansprucht für die Kirche *decimae sanguinales, praediorum* und *personales;* die letzteren sind indessen in Deutschland überall beseitigt[10]. Es stellt eine Präsumtion für die Zehntpflicht auf[11], so dass jede behauptete Befreiung zu beweisen ist, in welcher Beziehung die weltlichen Gesetze[12] oft den entgegengesetzten Standpunkt eingenommen haben. Es vindicirt ferner die Entscheidung der Zehntstreitigkeiten dem geistlichen Gericht, was nirgends in Deutschland mehr Rechtens ist. Die modernen Staatsgesetzgebungen haben

§. 172. 5) *Synod. Matiscon.* 585. *c.* 5: Leges... divinae, consulentes sacerdotibus ac ministris ecclesiarum, pro hereditatis portione omni populo praeceperunt decimas fructuum suorum locis sacris praestare, ut nullo labore impediti horis legitimis spiritualibus possint vacare ministeriis: quas leges Christianorum congeries longis temporibus custodivit intemeratas, nunc autem paulatim praevaricatores legum paene Christiani omnes ostenduntur, dum ea, quae divinitus sancita sunt, adimplere negligunt. Unde statuimus . . ., ut mos antiquus a fidelibus reparetur, et decimas ecclesiasticis famulantibus ceremoniis populus omnis inferat, quas sacerdotes aut in pauperum usum, aut in captivorum redemtionem praerogantes, suis orationibus pacem populo ac salutem impetrent; si quis autem contumax nostris statutis saluberrimis fuerit, a membris ecclesiae omni tempore separetur.

6) *Capit. de part. Sax.* 785 *c.* 17: Secundum Dei mandatum praecipimus ut omnes decimam partem substantiae et laboris suis ecclesiis et sacerdotibus donent, tam nobiles quam ingenui similiter et liti, iuxta quod Deus unicuique dederit christiano partem Deo reddant.

7) *Capit. a.* 794 *c.* 25: Ut decimas et nonas sive census omnes generaliter donent qui debitores sunt ex beneficio et rebus ecclesiarum, secundum priorum capitulorum domni regis. Et omnis homo ex sua proprietate legitimam decimam ad ecclesiam conferat. . .

8) *c.* 17. *X. de dec.* (3, 30 *Alex. III.*): Quamuis sit graue nimis, et diuini dignum animaduersione iudicii habeatur, quod laici quidam quod sacerdotum est, in ecclesiasticis rebus usurpant: maiorem tamen incurrunt formidinem, quod fomitem sui erroris dicuntur in ipso clero aliquoties inuenire, dum quidam praelatorum eccelsiae decimas, et ecclesias disponere eis indulgent, et eos in deuia mortis impellunt, qui praedicatione eorum ad viam vitae fuerant reuocandi: Statuimus, ut si quis alicui laico in seculo remanenti ecclesiam, decimam, oblationemque concesserit, a statu suo, sicut arbor quae inutiliter terram occupat, succidatur, et donec emendet, dolore suae iaceat ruinae prostratus.

9) *c.* 19. *ib.* (*C. Later. III.* 1179): Prohibemus ne laici decimas cum animarum suarum periculo detinentes, in alios laicos possint aliquo modo transferre. Si quis vero receperit, et ecclesiae non reddiderit, Christiana sepultura priuetur.

10) *A. Preuss. Landr. II*, 11, §. 921: Ein Personalzehnte, von dem, was durch blossen menschlichen Fleiss erworben worden, soll nirgend weder gefordert noch gegeben werden.

11) *c.* 29. *X. de dec.* (3, 30): Cum contingat interdum in tua dioecesi *et infra.* Cum in quibusdam paroeciis ad quasdam ecclesias, vel personas ecclesiasticas ab antiquo pertineat perceptio decimarum, et de nouo fiant noualia in eisdem, quaeris a nobis, ad quem huiusmodi noualium decima incipiat pertinere? Unde inquisit. t. t. respon. quod cum perceptio decimarum ad parochiales ecclesias de iure communi pertineat, decimae noualium, quae fiunt in parochiis earundem, ad ipsas procul dubio pertinere noscuntur, nisi ab his, qui alias percipiunt decimas, rationabilis causa ostendatur, per quam adpareat, noualium ad eos decimas pertinere.

12) *A. Preuss. Landr. II*, 11, §. 800: Daraus, dass eine Kirche die Eigenschaft einer Parochialkirche hat, folgt nicht, das die Eingepfarrten zur Entrichtung eines Zehnten verbunden sind.

theils die Zehnten aufgehoben[13], theils in feste Renten umgewandelt[14], theils zur Ablösung gebracht[15. 16].

C. Das Beneficium.

§. 173. a) Geschichte.

Löning, Gesch. d. K.-R. Ratzinger a. a. O. (§. 131.)

Die gesammten kirchlichen Einkünfte der Diöcese bildeten ursprünglich eine Einheit, die vom Bischof, später unter Hülfe eines *Oeconomus*, verwaltet wurde. Ihr Zweck war wesentlich Unterstützung der Armen; auch der Bischof sollte wie ein Armer leben[1], und nicht minder die Geistlichen, welche letzteren sich aus eigenem Vermögen[2] oder durch eigene Arbeit[3] zu erhalten hatten. Nach Anerkennung der Kirche durch Constantin kamen zu den kirchlichen Ausgaben noch die für den kostspieliger gewordenen Gottesdienst. Gleichzeitig stiegen die Reichthümer der Kirche sowie die Zahl der Kirchen auch auf dem platten Lande, und folgegemäss machte sich einmal das Bestreben der Bischöfe geltend, über grössere Vermögensmassen für sich zu disponiren, und zeigte sich andererseits die Nothwendigkeit, den Geistlichen der Landkirchen die Verwaltung des für diese bestimmten, immer aber noch im Eigenthum der bischöflichen Kirche stehenden Vermögens zu überlassen. Zuerst in der *römischen* Kirche[4. 5] wurde es üblich, eine Viertheilung des Vermögens in der

§. 172. 13) *Décret de l'assemblée nat.* 1789 §. 5: Les dîmes de toute nature et les redevances qui en tiennent lieu, sous quelque dénomination, qu'elles soient conçues et perçues, même par abonnement, possédés par les corps séculiers et réguliers, par les bénéficiers, les fabriques et tous gens de main morte même par l'ordre de Malte et autres ordres religieux et militaires, même celles qui auroient été abandonnées à des laïcs en remplacement, et pour option de portion congrue, sont abolies, sauf à aviser aux moyens de subvenir d'une autre manière à la dépense du culte divin, à l'entretien des ministres des autels, au soulagement des pauvres, aux réparations et reconstructions des églises et presbytères et à tous les établissements, séminaires, écoles, collèges, hôpitaux, communautés et autres à l'entretien desquels elles sont actuellement affectées.

14) *Sächs. Ges. v.* 17. *März* 1832 §. 91: Zum Behufe der Ablösung des vom Felde unmittelbar zu erhebenden Natural-Zehnten, soll dessen reiner Ertrag für den Berechtigten in den letzten 12 der Ablösung vorhergegangenen Jahren zu Grunde gelegt, und nach dem daraus zu ziehenden Durchschnittsbetrage die Ablösungsrente bestimmt werden . . . Beim Fleischzehnten aber ist insoweit . . . derselbe sich in jedem Jahre nach der in demselben erzeugten Anzahl Vieh richtet, von den Sachverständigen zu begutachten: wie viel Stücke Vieh als Zehntertrag, ein Jahr in das andere gerechnet zu erwarten sind.

15) *Preuss. Ges. v.* 2. *März* 1850 §. 6: Ausgeschlossen von der Ablösbarkeit nach den Bestimmungen dieses Gesetzes sind die öffentlichen Lasten . . . ferner Abgaben und Leistungen zur Erbauung oder Unterhaltung der Kirchen-, Pfarr- und Schulgebäude, wenn Letztere nicht die Gegenleistung einer ablösbaren Reallast sind, in welchem Falle solche zugleich mit dieser abgelöst werden.

16) *Preuss. Ges. v.* 10. *April* 1865 siehe Anhang no. XXII.

§. 173. 1) *c.* 15. *Conc. Carth. IV.* 398: Ut episcopus vilem supellectilem et mensam et victum pauperum habeat.

2) *Ambros. de off. min. I,* 36: Clericus . . . abstinere debet, agelluli sui contentus fructibus si habet; si non habet stipendiorum suorum fructu.

3) *C. Carthag. IV.* 398. *c.* 51: Clericus quantumlibet verbo Dei eruditus artificio victum quaerat.

4) *c.* 28. *C. XII. qu.* 2. (*Simplicius* 475): De redditibus ecclesiae uel oblatione fidelium sola episcopo ex his una portio remittatur, duae ecclesiasticis fabricis, et erogationi pauperum profuturae a presbitero sub periculo sui ordinis ministrentur; ultima clericis pro singulorum meritis diuidatur. *Et infra:* §. 1. Cui (id est Gaudentio episcopo), specialiter hoc precipimus, ut tres illas portiones, quas triennio sibi tantummodo dictur uendidasse, restituat.

5) *c.* 27. *ib.* (*Gelasius* 494): Quatuor autem tam de redditu quam de oblatione fidelium, prout cuiuslibet ecclesiae facultas admittit, (sicut dudum rationabiliter est decretum),

Weise vorzunehmen, dass ein Theil für den Bischof bestimmt wurde, einer für den Clerus, der dritte für die Armen, und der vierte zur Unterhaltung des kirchlichen Gebäudes (*fabrica ecclesiae*) dienen sollte. Im *Frankenreiche* wurde zwar diese in *Spanien* als Dreitheilung auftretende Specialisirung des Kirchenvermögens erst unter den *Karolingern* gebräuchlich[6-8], dagegen wurde die Pfarrkirche als Subject des Vermögensrechtes anerkannt, und wurde es üblich, den Geistlichen Grundstücke der Kirche zur Nutzniessung zu übertragen[9. 10]. Es geschah dies nach Analogie der Verpachtung römischer *agri vectigales* in der Form des *precarium*[11] auf je 5 Jahre, oder auf länger, oder auf Lebenszeit, und wurde als eine dem Geistlichen durch den Bischof erwiesene Begünstigung (*beneficium*) betrachtet. Unter der Herrschaft des späteren fränkischen Rechtes wurde diese Einrichtung eine dauernde, so dass die Benutzung der der Kirche gehörigen Grundstücke das feste Amtseinkommen der Geistlichen bildete. In der Folgezeit fiel sowohl die Quart des Bischofs wie die für die Armen fort, ja selbst der für die Bedürfnisse der Kirche bestimmte Theil wurde nicht mehr ausgeschieden, und diese theils aus Oblationen und nicht regelmässigen Einnahmequellen bestritten, theils ihre Befriedigung den Beneficiaten auferlegt. Uebrigens hat sich das Beneficium durch die Säcularisation in den Bezug eines vom Staate zu gewährenden Gehaltes umgewandelt[12].

conuenit fieri portiones, quarum una sit pontificis, altera clericorum, tertia pauperum, quarta fabricis est applicanda. De quibus sicut sacerdotis intererit integram ministris ecclesiae memoratam dependere quantitatem, sic clericus ultra delegatam sibi summam nichil insolenter nouerit expetendum. Ea uero, que ecclesiasticis edificiis attributa sunt huic operi ueraciter prerogata locorum doceat instauratio sanctorum manifesta, quia nefas est, si sacris edibus destitutis in lucrum suum presul inpendia his deputata conuertat. Ipsam nichilominus ascriptam pauperibus portionem quamquam diuinis rationibus se dispensasse monstraturus esse uideatur, tamen iuxta quod scriptum est: „Ut uideant opera uestra bona, et glorificent patrem uestrum, qui in celis est," oportet etiam presenti testificatione predicari, et bonae famae preconiis non taceri. Quapropter nec clericorum quispiam etc.

§. 173. 6) *c.* 15. *C. Aurel. I.* 511: De his quae parochis in terris, vineis, mancipiis atque peculiis quicunque fideles contulerint, antiquorum canonum statuta serventur, ut omnia in episcopi potestate consistant, de his tamen quae in altari accesserint, tertia pars fideliter episcopis deferatur.

7) *C. Aurel. IV.* (541.) *c.* 18: In pontificis potestate consistat, qualiter pro conservando iure eclesiastico rem possessam inter clericos debeat commutare.

8) *c.* 7. *Capit. Aquisgran.* 801: Ut et ipsi sacerdotes populi suscipiant decimas et . . . secundum auctoritatem canonicam coram testibus dividant et ad ornamentum ecclesiae primam eligant partem, secundam autem ad usum pauperum vel peregrinorum per eorum manus misericorditer cum omni humilitate dispensent, tertiam vero partem sibimetipsis soli sacerdotes reservent.

9) *Conc. Turon. III.* 813 *c.* 16: Ut decimae quae singulis dabuntur ecclesiis per consulta episcoporum a presbyteris ad usum ecclesiae et pauperum summa diligentia dispensentur.

10) *Capit. Hludovici* 817 *c.* 10: Unicuique ecclesiae vel una mansa integra absque ullo servitio attribuatur, et presbyteri in iis constituti non de decimis nec de oblationibus fidelium nec de domibus nec de atriis vel hortis iuxta ecclesiam positis nec de prescripta mansa aliquid servitium faciant praeter ecclesiasticum et si aliquod amplius habuerint inde senioribus suis secundum patriae morem debitum servitium impendant.

11) *c.* 82. *C. XII. qu.* 2. (*c.* 6. *C. Tolet. VI.* 638): Sepe fit, ut proprietati originis obsistat longinquitas temporis. Quapropter prouidentes decernimus, ut si quis clericorum stipendium de rebus ecclesiae cuiuscumque episcopi percipit largitate, sub precariae nomine debeat professionem scribere, ne per retentionem diuturnam preiudicium afferat ecclesiae, et quecumque in usu perceperit debet utiliter laborare, ut nec res diuini iuris uideantur aliqua occasione negligi, et subsidium ab ecclesia, cui deseruiunt, percipere possint clerici. Quod si quis eorum contempserit facere, ipse se stipendio suo uidebitur priuare.

12) *Preuss. Gesetz v.* 22. *April* 1875 siehe Anhang no. XXIII.

§. 174. b) Heutiges Recht.

Rebuffi, Praxis beneficiorum, Lugd. 1579. u. öfters. Garzias, Tract. de benef., Mog. 1614. Dürr in Schmidt Thesaur. VI, 328 sqq. Neller, Ebend. 382 sqq. 402 sqq. Lorenbeck, Ueber d. kan. Bestimmungen für die Errichtung d. Testam. d. Geistl., Münster 1857. Sentis, De iure testam. a clericis saecul. ordinandor., Bonn. 1830. Schulte, In Arch. f. kath. K.-R. III, 284 ff. Friedberg, De fin. p. 222 sqq. Ficker, Eigenth. d. Reichs am Reichskirchengut, Wien 1873. Waitz, In Forsch. z. D. Gesch. XIII, 494 ff.

I. Wie kein Amt ohne Einkommen, so soll auch kein kirchliches Einkommen ohne Amt gewährt werden. Von der letzteren Regel bildeten die *Commenden* eine Ausnahme, die, ursprünglich ein Eingriff der Laien in das Kirchenvermögen, gebraucht wurden, um verdienten Clerikern den Lebensunterhalt zu verschaffen, und, später von den Päpsten zur Bereicherung ihrer Günstlinge benutzt[1], heute ohne Bedeutung sind. II. Die Höhe des Einkommens darf unter einem absolut nicht festgesetzten Minimalsatz nicht sein, (*portio congrua*) und darf nur aus triftigen Gründen, dann aber nie über die congrua hinaus verkürzt werden. Solche Gründe sind: *dismembratio*, d. i. Theilung einer zu gross gewordenen Pfarrei, *census*, d. i. eine Abgabe, die der Papst auf alle Beneficien legen (§. 122), der Bischof nur unter bestimmten Voraussetzungen fordern darf, und welche in beiden Beziehungen unpraktisch ist, *pensio*, die Belastung mit einer einem Dritten zu zahlenden Rente. Eine solche kam im Mittelalter durch päpstliche Eingriffe vor, wurde durch die weltlichen Machthaber zu Gunsten von Laien in Gestalt der *Panisbriefe*[2] den

§. 174. 1) *c. 2. in Extrav. com.* (3, 2. *Clemens V.*): Sane pridem nos, licet insufficientibus meritis, ad summum apostolatus apicem (sicut domino placuit) euocati, ab ipso nostrae promotionis exordio antiquae notitiae regum, praelatorum, magnatum, et aliorum nobilium personarum ecclesiasticarum et secularium memores existentes, ac ipsorum aliquibus, tum quia in terris morantes eorum gradum huiusmodi promotionis habuimus, tum quia solitae ad eos amicitiae specialibus affectibus ducebamur: Aliquibus vero ex assueta Romanorum pontificum liberalitate, quam in suis exercere sunt soliti nouitatibus: Volentes honoris et liberalitatis affluentia complacere, ad eorum importunas tamen et multiplicatas precum instantias, nonnullis clericis, et personis ecclesiasticis, religiosis et secularibus diuersorum ordinum, dignitatis, conditionum et statuum patriarchales, archiepiscopales et episcopales, ecclesias ac monasteria distincta pastoribus, sub commendae, vel custodiae seu curae vel guardiae, aut administrationis titulo, nomineve notabili duximus perpetuo, ad vitam seu ad certi temporis spatium committenda, super his, an tales videlicet tantasque gratias per nos fieri decuisset variorum arduorum negotiorum multiplicitate distracti, usque ad tempus, quo infirmitate satis periculosa nos his diebus visitauit omnipotens, nequiuimus cogitare plenarie. Verum in debilitate ipsius aegritudinis constituti, a negotiorum utcunque discussione semoti, ad hoc sub diligenti examine direximus aciem nostrae mentis, demumque prospeximus euidenter, quod ecclesiarum et monasteriorum eorundem cura negligitur, bona et iura dissipantur ipsorum, ac subiectis eis personis et populis spiritaliter plurimum et temporaliter derogatur, eisque redundant ad noxam, quae dicebantur cedere ad profectum: ac nedum ipsis, sed etiam Romanae matri ecclesiae, quae disponente domino ipsorum caput fore dignoscitur et magistra, grauiora inde futura timentur pericula. Nolentes igitur his tot et tantis dispendiis ulterius causam relinquere: sed volentes potius opportunum et debitum in hac parte remedium adhibere, omnes et singulas promissiones huiusmodi per nos (ut praemittitur) factas, quibuscunque cuiuscunque ordinis, dignitatis, aut status: sed etiam sanctae Rom. eccles. cardinalibus quocunque modo vel tempore factae noscantur, auctoritate apostolica ex nunc ex certa scientia reuocamus, cassamus, et annullamus, et decernimus de caetero non habere aliquam roboris firmitatem. Nulli ergo, etc. Datum apud Pisatum Burdegalens. dioeces. x. Calend. Martii, Anno secundo.

2) *Friedr. II. v. Preussen an die Halberstädt. Regier. v. 3. Mai* 1783: Wir wollen, dass ihr der Aebtissin den kaiserl. Panisbrief . . . mit dem Befehl sogleich wieder zustellt, solchen zurückzusenden und zu eröffnen, dass dem Kloster dergleichen Laienpfründen niemals wären angemuthet, am wenigsten aber nach dem westphälischen Frieden aufgebürdet worden, es ermangle also nicht nur der einzige Grund solcher Panisbriefe, nämlich Besitz und Herkommen, sondern es finden auch überhaupt kaiserliche Anweisungen solcher Herrenlaienpfründen auf Klöster und Gottes-

Beneficiaten auferlegt, und ist noch heute üblich und von dem Beneficiaten seinem emeritirten Amtsvorgänger zu zahlen, wo keine *Emeritenhäuser* oder ausreichende *Emeritenfonds* vorhanden sind. III. Die Rechte des Beneficiaten, welche durch die der lehnsrechtlichen Investitur entsprechende *Institution* entstehen, sind verschieden nach der Natur des das Beneficium bildenden Objectes; bei Immobilien hat er den Usufructus, dessen Ausdehnung nur durch die Verpflichtung, nicht zu deterioriren, beschränkt ist, und dessen Ausübung er an Dritte überlasssen darf. Das Eigenthum an den Früchten erwirbt er durch Separation. Kleinere Reparaturen fallen ihm zur Last, Meliorationen kann er dagegen ersetzt verlangen, falls sie der Pfründe zum Vortheil gereichen[3. 4]. — Auf Oblationen und Stolgebühren hat er ein Forderungsrecht, ebenso auf den staatlichen Gehalt, doch kann er auf den letzteren nur klagen, falls derselbe nicht auf einem völkerrechtlichen Rechtstitel beruht. IV. Der Cleriker soll die Einnahme seiner Pfründe zu seinem Lebensunterhalt verwenden und den Ueberschuss an die Armen schenken. Indessen ist diese früher rechtliche, der Natur des kirchlichen Vermögens entsprechende Pflicht jetzt nur eine moralische. Aus demselben Grunde sollte auch der Bischof zu Gunsten der Kirche testiren[5], falls er keine Blutsverwandten hätte, und räumte *Theodosius II.* der Kirche in diesem Falle sogar ein Erbrecht allen Clerikern gegenüber ein. Ebenso verordnete *Justinian,* dass ein Bischof über das als Bischof ausser von den nächsten Verwandten erworbene Vermögen nicht testiren dürfe[6], sondern dieses der Kirche gehören solle. Diese Vorschrift auf die Geistlichen ausgedehnt zu der Zeit, wo sie eigene Beneficien besassen, musste zu Wege bringen, dass sie auch über die Erträgnisse derselben nicht mehr testiren durften. Aber freilich traten dem von der Kirche gewünschten Resultate, dass die Kirche Erbin des Beneficial-Erwerbes werde, Hindernisse Seitens der Laien entgegen. Denn die Grundherren und später die Patrone occupirten den Nach-

häuser, die reichsständischer, besonders kgl. preuss. Hoheit unterworfen wären, gar keine Statt, und möchte man sie mit dergleichen Anmuthungen künftig verschonen.

§. 174. 3) *c.* 1. *C. XII. qu.* 4. (*C. Tolet. IX.* 655): Sacerdotes, uel quilibet quibus ecclesiasticarum rerum cura conmissa est, quecumque amministrationis suae tempore emerint, si de rebus propriis uel uile uel karum habuerint, ad ecclesiae nomen, cui presunt, cartarum conficere instrumenta procurent, non enim iustum est, ut ecclesia quem suscepit externum efficiat in alieno diuitem, et in suo retineat fraudatorem. §. 1. Hii uero, qui suarum rerum noscuntur habere compendium, ex omni re, quam post ordinationis suae diem uisi sunt conquisisse, siue nulla siue aliqua sint instrumenta confecta, conpensatione tam sui iuris quam ecclesiasticarum rerum habita, si se utriusque rei quantitas exequauerit, inter ecclesiam et decedentis heredes equo iure conquisitio pertinebit.

4) *A. Preuss. Landr. II,* 11. §. 823: Die Auseinandersetzung zwischen den abgehenden Pfarrer unter dessen Erben und der Kirche, in Ansehung der Substanz, sowie mit dem neuen Pfarrer in Ansehung der Nutzungen, geschieht nach den in der Lehre vom Niessbrauch vorgeschriebenen Gesetzen (Th. 1. Tit. 21. §. 111. sq.).

5) *C. Carthag. v.* 401 *c.* 15: Item constitutum est, ut si quis episcopus haeredes extraneos a consanguinitate sua vel haereticos etiam consanguineos aut paganos ecclesiae praetulerit, saltem post mortem anathema ei dicatur, atque eius nomen inter Dei sacerdotes nullo modo recitetur. Nec excusari possit, si intestatus decesserit, quia utique debuit factus episcopus rei suae ordinationem congruam suae professioni nequaquam differre.

6) *l.* 42. §. 2. *Cod.* (1, 3): Qui vero episcopi vel nunc sunt, vel futuri sunt, eos sancimus nullo modo habere facultatem testandi, vel donandi, vel per aliam quamcunque machinationem alienandi quid de rebus suis, quas postquam facti sunt episcopi, obtinuerunt ... exceptis duntaxat his, quas ante episcopatum habuerunt ... vel quas post episcopatum a parentibus patruis vel avunculis, et a fratribus ad ipsos pervenerunt, perventuraeque sunt. Quaecunque vero post ordinationem ... praeterquam ex praefatis personis ad ipsos pervenerunt, ea iubemus ad s. ecclesiam, cuius episcopatum tenebant, pertinere ...

lass der Geistlichen ihrer Kirche[7], die Könige und Fürsten[8] der Bischöfe und Prälaten, und gestatteten keine Testamente[9]; als aber der Kirche nach hartem Kampfe die Beseitigung dieses sogenannten *ius spolii* gelungen war, trat in der Ausübung desselben nur ein Subjectswechsel ein, indem es von den Bischöfen, und diesen schliesslich entzogen[10], vom Papste ausgeübt wurde[11]. Gegen das Spolienrecht reagirend verordnete die Kirche, dass der Geistliche über sein Patrimonialvermögen frei testiren dürfe, dass das Beneficialvermögen aber an die Kirche fallen solle. Indem aber die Praxis gebilligt wurde[12], nach welcher Cleriker über alle bewegliche Habe zu Gunsten von piae causae, Armen und Dienstboten, seien dieselben Verwandte oder nicht, testiren durften, so hat sich die Regel gebildet, dass der Cleriker zwar nicht über die Substanz, wohl aber über die Einkünfte des Beneficium testiren könne, wenn das Testament *rationabile*[13], d. h. in gesetzlicher Form abgefasst und meist vom Bischof oder Official bestätigt, und dem Bischof ein Quantum (*Ferto*)[14. 15] vermacht worden sei. Mit dem Fortfall des Spolienrechtes wurde aber auch die Intestat-

§. 174. 7) *Urk. Friedr. II. v.* 1226: Ministerialibus et Officialis predicte ecclesie Hildesh. apud quos inoleverat consuetudo praedicta, perpetuo duximus inhibendum, ne aliquis eorum presumeret de cetero de rebus cuiuslibet decedentis Episcopi capere vel tangere violenter.

8) *Urk. Ottokars v. Böhmen* 1261: Dolentes dicimus, rectoribus Ecclesiarum decedentibus, et quamquam adhuc in agone mortis existentibus, bona ipsorum rapiunt impudenter.

9) *Urk. K. Friedr. III. v.* 1460: Bekennen, daz wir dem erbern unserm lieben andechtigen Mertten pharrer zu sannd Jörgen . . . von seiner frumbkeit . . . wegen die sunder gnad getan und ihm erlaubt . . . haben, . . . das er sein varunde hab und gut . . . durch gots und seiner seel willen verschaffen und vergeben mag, wem oder wohin in des nach seinem willen verlusstet an meniclichs irrung und hindernuss ungeverlich.

10) *c.* 9. *in VIto* (1, 16): Praesenti prohibemus edicto, ne episcopi, vel eorum superiores aut abbates, seu quiuis alii regulares, vel seculares praelati, aut ecclesiasticae quaecunque personae: vacantibus dignitatibus, personatibus, prioratibus, vel ecclesiis quibuscunque sibi subiectis: seu ad collationem, ordinationem, praesentationem, vel custodiam pertinentibus: eorundem bona (morientibus eorum rectoribus, vel ministris) in ipsis inuenta, sive vacationis ipsorum tempore obuenientia, quae in utilitatem eorundem expendi, vel futuris debent successoribus fideliter reseruari: occupare, aut in usus suos conuertere quoquomodo praesumant: Nisi de speciali priuilegio, vel consuetudine iam praescripta legitime, seu alia causa rationabili, hoc eisdem competere dignoscatur.

11) *Edikt K. Ludwigs v. Frankreich* 1462: . . . Pius papa modernus bona Praelatorum et Priorum Ecclesiasticorum decedentium tam saecularium quam regularium, quae nonnulli spolia defunctorum appellant . . . eius Camerae Ap. per certas eius constitutiones . . . a paucis diebus, ut dicitur apud Romam editas, Apostolica esse statuit . . . (Folgt Verbot der Erhebung).

12) *c.* 12. *X.* (3, 27. *Gregor. IX.*): Licet autem mobilia per ecclesiam adquisita, de iure in alios pro morientis arbitrio transferri non possint: consuetudinis tamen non est improbandae, ut de his pauperibus et religiosis locis, et illis, qui uiuenti seruierant, siue sint consanguinei, siue alii, aliqua iuxta seruitii meritum conferantur. Caeterum, quae ex haereditate vel artificio, aut doctrina proueniunt, distribuentur pro arbitrio decedentis. Quia vero nonnulli in diuersis ecclesiis beneficia possident, diuidantur, quae habuerant per aestimationem congruam inter ipsos.

13) *Würzburger Norma practica v.* 1. *Jan.* 1742 (VI, 4): Ampliatur autem praedicta cleri nostri facultas testandi nova exuberante praerogativa, vi cuius ultimae eiusdem voluntates, quoad solemnitates iuris non secus ac dispositiones ad causas pias et testamentum militare sunt, libera et in utroque foro pro validis habentur . . . ita tamen ut de eiusdem vel ex propria scriptura vel per elogium duorum testium sufficienter constet. . . . 9. . . . Quod si autem . . . sola etiam testatoris scriptura vel subscriptio reperiatur, aut testator eorum duobus ad minimum testibus . . . absque sexus differentia simul praesentibus et audientibus ultimam suam voluntatem declaraverit, heredes ac legatorios integra mente et perceptibili voce aut signo coram eisdem nuncupaverit, huiusmodi dispositio . . . valida censebitur.

14) *Stat. des Bischofs von Strassburg v.* 1435: Ius et consuetudinem ecclesiae nostrae Argent. ab antiquo servatam, scilicet quod et

succession in das Vermögen des verstorbenen Pfründners möglich, und das ursprünglich für die Kirche noch beanspruchte Intestat-Erbrecht in das Patrimonialvermögen greift jetzt, dann aber für den ganzen Nachlass nur noch Platz, falls erbfähige Verwandte überhaupt nicht vorhanden sind[16-20]. Uebrigens gelten heute für die Form der geistlichen Testamente die Normen des bürgerlichen

qualiter decedentes Clerici saltem Fertonem legare Episcopo teneantur, inviolabiliter praecipimus observari.

§. 174. 15) *Nassauisches Edikt v.* 11. *Oct.* 1827: 11. Unter der gleichmässigen Aufhebung des nummus quinquagesimus, des Ferdo und der Maria domini, werden aus den Verlassenschaften der Geistlichen einer Pfründe a) der 1. Klasse von 500 fl. bis zu 750 fl. : 25 fl., b) der 2. von 750—1000 : 50, c) der 3. von 1000—1200 : 75, d) der 4. von 12—1500 : 120, e) der 5. von 1500 und darüber 200 fl. an den kath. Central-Kirchen-Fonds entrichtet, wenn demselben vom Erblasser nicht ein grösseres Vermächtniss hinterlassen worden ist. Wenn letzteres geschehen, so wird diese Abgabe nicht angesetzt.

16) *Statut. synod. Monaster. P. II. c.* 1. *tit. XIII.* §. 2: Licet ipsa definitio testamenti secum importet liberam de bonis dispositionem, tamen cum bonorum omnium tantum simus dispensatores cum obligatione coram Christo reddendae rationis, non ita inhaerendum est carni et sanguini, ut ipsiusmet Christi in persona pauperum, ecclesiae et piarum causarum obliviscamur. Quod maxime observandum est nobis, qui de stipendio ecclesiae et oblationibus fidelium sustentamur. Quem in finem innovamus et inculcamus vobis omnibus, quod in superioribus synodis saepius praedictum est sub hoc verborum tenore: monemus interim et sub contestatione divini iudicii inculcamus omnibus et singulis clericis, ut in testamentis condendis meminerint Deo et ecclesiae et pauperibus gratam vicem esse reddendam, ut si quae eorum gratia et beneficia bona conquisita sint, testatorum liberalitate ad eosdem ex maiori saltem parte recurrant.

17) *Oesterr. Concordat Art.* 21: In cunctis Imperii partibus, Archiepiscopis, Episcopis et viris ecclesiasticis omnibus liberum erit, de his quae mortis tempore relicturi sunt, disponere iuxta s. Canones, quorum praescriptiones et a legitimis eorum haeredibus ab intestato successuris diligenter observandae erunt. Utroque tamen in casu excipientur Antistitum dioecesanorum ornamenta et vestes pontificales, quae omnia veluti mensae episcopali propria sunt habenda et ideo ad Successores Antistites transibunt. Hoc idem observatur quoad libros, ubi usu receptum est.

18) *C. prov. Viennense* 1858 *t.* 7. *c.* 5: Si clericus de cuius haereditate agitur, beneficio potitus fuerit, casu, quo illud ad mortis usque tempus non retinuerit, nequaquam excepto, tertia haereditatis pars competit ecclesiae, cui beneficii ratione inserviendum erat. Si plura simul beneficia habuit, pro rata redituum, quos ex eis percepit, inter ecclesias respectivas dividatur; si plura successive, ecclesiae, cui ultimo loco deservierit, adscribatur, nisi opulenta sit, quo casu ad alias merito transfertur. Hac eadem proportione retenta tertiam bonorum relictorum partem habeant pauperes locorum, ubi beneficia tenuit, ita tamen, ut ecclesiae opulentioris intuitu nihil eis detrahatur. Tertia demum pars cedat consanguineis, quibus secundum leges Austr. ius ab intestato succedendi competit. Iisdem, si vere pauperes sunt, pars pauperibus debita in tantum assignari potest, in quantum portio ex tertia consanguineorum ipsis obtingens egestati sublevandae non sufficit. Quando clericus sine testamento defunctus beneficium eccl. nunquam tenuit, duas bonorum relictorum partes consanguinei, unam pauperes accipiant, quibus consanguinei vere egeni eo, qui superius expositus est, modo substitui possunt. Pars quae ex Antistitis sine testamento defuncti haereditate eccl. metropol. sive cathedrali debetur, si opus fuerit, seminario vel maiori, vel puerorum assignari potest. De utensilibus sacris, quae S. R. E. Cardinales et Episcopi ad Dominum avocati reliquerint, servandae erunt praescriptiones Litterar. Ap. a. S. Patre Pio IX. die 1. Iunii 1857 datarum.

19) *Baier. Verordn. v.* 9. *März* 1807: 1. Allen Weltgeistlichen ohne Unterschied, sowie den Ex-Conventualen der aufgelösten Klöster steht das Eigenthums- und letzwillige Dispositionsrecht in ihrem Vermögen zu. 2. Hierunter ist nicht nur das Patrimonialvermögen derselben, sondern auch das Beneficialvermögen, nämlich das von ihren Beneficien oder desshalb beziehenden Pensionen ersparte Vermögen zu verstehen. 3. Eine Restriction findet hier nur insofern statt, als diese in noch bestehenden Statuten, z. B. der Ritterorden, oder in ausdrücklichen Bedingungen der Stiftungs-Urkunden oder in sonstigen Privat-Verträgen begründet ist. 4. Die vorhin bei Vermächtnissen der Geistlichen üblich gewesene Förmlichkeit der Bestätigung durch das bischöfl. Vicariat, bleibt in Zukunft nebst der hierfür bezogenen Taxe aufgehoben.

Rechts, und greifen auch den Geistlichen gegenüber die Regeln des weltlichen Notherbrechtes Platz.

§. 175. c) Verwendung der Früchte erledigter Pfründen.

Dalmer, D. Pfarrablieferungen, Strals. 1861. Dürr in Schmidt thesaur. VI, 166 sqq. Phillips, Das Regalienr. in Frankr., Halle 1873. Ficker, siehe §. 174.

I. Bei der Trennung des Pfründenvermögens von den an die Erben fallenden Gütern werden die verdienten nicht percipirten Früchte des letzten Dienstjahres (*annus deservitus*) proportional zur Erbschaft geschlagen, auch dieser die Auslagen ersetzt, welche der Verstorbene auf die Gewinnung künftiger Früchte gemacht hat. II. Ausser dem *Deservitenjahr* erhalten die Erben in particularrechtlicher Verschiedenheit auch wohl Früchte, die der Verstorbene nicht verdient hatte. (*Gnadenmonat, Gnadenquartal,* ja sogar *annus gratiae.*) III. Auch bezüglich der Früchte vacanter Pfründen machte sich früher ein Eingreifen der Laien fühlbar. Sie nahmen dieselben in Beschlag, und beanspruchten selbst die Collation der von den vacanten Pfründen zu conferirenden Beneficien. Dieses sogenannte *ius regaliae*[1. 2] ist heute unpraktisch, vielmehr werden die Früchte der Zwischenzeit (*fructus intercalares*) verschieden verwendet, theils zu Gunsten der Kirche selbst, theils für Emeritenhäuser, theils werden sie angesammelt zu den kirchlichen Zwecken dienenden *Intercalarfonds.*

§. 176. D. Die Kirchenfabrik.

Permaneder, D. k. Baulast 2. Ausg., München 1856. Helfert, V. d. Erbauung, Erhaltung u. Herstellung der kirchl. Gebäude, 2. Aufl., Prag 1834. Derselbe, Im Arch. f. Civil. Praxis XXVII, 103 ff. Gründler, In Weiss Arch. V, 203 ff. Lang, Im Arch. f. Civil. Praxis XXVI, 12 ff. 296 ff. Huck, In Ztschr. f. d. Recht VIII, 326 ff. Mayer, Ebendas. X, 89 ff. Herrmann, Ebendas. XVIII, 29 ff. Kletke, R.-Verh. b. Kirchen-Pfarr-, Waisen- u. Schulhausbauten in d. Prov. d. Preuss. Staates, Neu-Ruppin 1865. Kübel, Im Württemb. Arch. f. R. u. R.-Verwalt. II, 7 ff. Sarwey, Ebendas. VII. Vering, In Arch. f. kath. K.-R. XII, 302 ff., 455 ff., XIII, 156 ff. XVI, 112 ff., 264 ff., XIX, 260 ff., 425 ff.

I. Seitdem aus den Einkünften des Kirchenvermögens nicht mehr eine bestimmte Quote für die Bestreitung der Bedürfnisse des Gottesdienstes und die Erhaltung der Gebäude reservirt wurde, flossen in die Kirchenfabrik nur noch die oblationes, die Collecten, die Erlöse für verkaufte Grabstellen, die Gebühren für Glockengeläute, für Miethe von Kirchenstühlen. II. Zum Unterhalt der kirchlichen Gebäude soll zunächst die *Fabrik* benutzt werden[1];

§. 174. 20) *Baier. Verordn. v.* 9. *März* 1807: 5. Ebenso cessirt nach den Bestimmungen des R. Dep. Hauptschl. das mit dem reinen Hirtenamte unverträgliche fiscalische Successionsrecht der Bischöfe in den Verlassenschaften der ohne Testament verstorbenen Geistlichen. 6. Stirbt daher ein solches Individuum ohne testamentarische Verfügung, so tritt die Erbfolge der Anverwandten nach den allgem. bürgerl. Gesetzen ein. 7. Sind aber keine rechtmässige Erbfolger mehr vorhanden, so succedirt der landesherrl. Fiscus in der nämlichen Art, wie bei weltlichen erblosen Nachlässen.

§. 175. 1) *Urk. Fridr. II. v.* 1216: Veterem illam consuetudinem, quam antecessores nostri Romanorum Imperatores et Reges in Cathedrales exercuerant ecclesias et abbatias . . . quod videlicet decedentibus episcopis et praelatis eorum, non tam reliquias rerum mobilium eorundem consueverant occupare, ac convertere in usus proprios occupatas, quam etiam reditus et proventus per totius primi anni circulum prorsus auferre....

2) *Clemens IV. an Ludw. XI. v. Frankreich:* . . . verum quia tu ea ratione . . . quod vacantes confers in ea ecclesia praebendas, tempore, quo eandem ecclesiam pastoris regimine contingit destitui, donec substitutus archiepiscopus regalia receperit a te, huiusmodi collationem in tuum preiudicium asseris esse factam, nos te . . . super hoc scandalizare nolentes Dionysio Canonico eiusdem ecclesiae damus in mandatis, ut a dicto Ioanne resignationem illius praebendae auctoritate nostra recipere non omittat.

§. 176. 1) *c.* 22. *C. XVI. qu.* 1: Si monachus ad clericatum promoueatur, beneficia ei pleniter, et annonae, et decimae donentur absque ulla minoratione et dilatione, ut, quanto melius possit iuxta possibilitatem quando necessitas extiterit, ad opera ecclesiastica et

doch werden schon im *fränkischen* Recht die weltlichen Besitzer von Kirchengrundstücken zu diesem verpflichtet[2. 3], und in Ermangelung solcher oder Leibeigener die Parochianen[4]. Nach Ausbildung des Pfründenwesens trat zu den Verpflichteten noch der Pfründner hinzu mit den Ueberschüssen über die congrua. Da indessen die Laien, an die Kirchengut gekommen war, ungeneigt waren, die ihnen gesetzlich obliegende Baulast zu tragen, so griff man vielfach zu dem bequemen Auskunftsmittel, die wegen mangelnder Organisation fast wehrlose Gemeinde heranzuziehen[5], und die Besitzer von Kirchengut als subsidiär verpflichtet hinzustellen. Das *Tridentinum*[6] hat folgende Bestimmungen getroffen, welche indessen der partikularen Rechtsbildung freien Spielraum lassen. 1. Bei Pfarrkirchen und den völlig gleichstehenden Pfarrhäusern ist zu unterscheiden, ob sie Patronatkirchen sind oder nicht. a) Bei den letzteren hat die Baulast principaliter die Fabrik; doch soll, ehe das Kapital angegriffen oder auch nur alle Renten aufgezehrt werden, auf die subsidiär Verpflichteten zurückgegangen werden. Als solche haften α) Alle, welche von der betreffenden Kirche herrührende Früchte beziehen, also auch der Pfarrer, die Besitzer kirchlicher zur Kirche nicht gehöriger Zehnten, welche diese titulo lucrativo erworben haben, und auch die Staatsregierung, welche durch Säcularisation in den Besitz solcher Zehnten gekommen ist. β) Sind solche Personen nicht vorhanden: die Parochianen nach Maassstab ihres Vermögens; auch

ipsam restaurandam ecclesiam adiutorium faciat.

§. 176. 2) *Capit. ao.* 794 *c.* 26: Ut domus ecclesiarum et tegumenta ab eis fiant emendata vel restaurata qui beneficia exinde habent. Et ubi repertum fuerit per veraces homines, quod lignamen et petras, sive tegulas, qui in domus ecclesiarum fuerint, et modo in domo suo habeat, omnia in ecclesia, fiant restaurate unde abstracte fuerint.

3) *Cap. Karoli II. in villa Sparnaco ao.* 846 *c.* 63: Hi vero qui ex rebus ecclesiasticis nonas et decimas persolvere, et sarta tecta ecclesiae secundum antiquam . . . consuetudinem restaurare debent, et hoc non solum neglegunt, verum et per contemptum dimittunt, atque clericos fame et penuria, ecclesiastica quoque aedificia dissolatione adnullari permittunt, tamdiu ab ecclesiastica communione separentur, usque dum diligentia emendare studeant, quod socordia neglexerunt. Quod si iterum iteraverint, post excommunicationis satisfactionem regia potestate compulsi, iuxta legale et antiquum dictum, qui neglexit censum, perdat agrum . . .

4) *Capit. Olonnense* 825 *c.* 8: Praecepimus ut singulae plebes secundum antiquam consuetudinem fiant restauratae. Quod si filii eiusdem ecclesiae eas restaurare noluerint, a ministris rei publicae distringantur, ut volentes nolentesque nostram observent praeceptionem.

5) *Urtheil über die Kirche zu Elbing* 1364: Item cum populus de consuetudine terre approbata cum porcione fabrice deputata teneatur ad fabricam, parrochiani dicte ecclesie onus subeant fabrice, cum illorum intersit non immerito quia ibi percipiunt sacramenta.

6) *C. Trident. Sess. XXI. de reform. c.* 7: Quum illud quoque valde curandum sit, ne ea, quae sacris ministeriis dicata sunt, temporum iniuria obsolescant et ex hominum memoria excidant, episcopi, etiam tanquam apostolicae sedis delegati, transferre possint beneficia simplicia, etiam iuris patronatus, ex ecclesiis, quae vetustate vel alias collapsae sint, et ob eorum inopiam nequeant instaurari, vocatis iis, quorum interest, in matrices aut alias ecclesias locorum eorundem seu viciniorum arbitrio suo; atque in eisdem ecclesiis erigant altaria vel capellas sub eisdem invocationibus, vel in iam erecta altaria vel capellas transferant cum omnibus emolumentis et oneribus prioribus ecclesiis impositis. Parochiales vero ecclesias, etiam si iuris patronatus sint, ita collapsas refici et instaurari procurent ex fructibus et proventibus quibuscunque, ad easdem ecclesias quomodocunque pertinentibus. Qui si non fuerint sufficientes, omnes patronos et alios, qui fructus aliquos ex dictis ecclesiis provenientes percipiunt, aut, in illorum defectum, parochianos omnibus remediis opportunis ad praedicta cogant, quacunque appellatione, exemptione et contradictione remota. Quod si nimia egestate omnes laborent, ad matrices seu viciniores ecclesias transferantur, cum facultate tam dictas parochiales quam alias ecclesias dirutas in profanos usus non sordidos, erecta tamen ibi cruce, convertendi.

die Forensen, wenn die Baulast Reallast geworden ist. γ) Sind auch die Parochianen nicht im Stande, so kann der Bischof Collecten anordnen, Pensionen auf Beneficien legen, Intercalarfrüchte verwenden, und ev. wird der Titel der baufälligen Kirche auf eine andere übertragen, das Gebäude aber *profanirt*, d. h. einem anständigen weltlichen Gebrauche überlassen. b) Bei den Patronatkirchen tritt zu den subsidiär Verpflichteten noch der Patron. Bezieht er Früchte, so steht er mit den übrigen Fruchtpercipienten auf gleicher Linie; ist das nicht der Fall, so kommt er unmittelbar nach diesen, kann aber nicht zur Zahlung gezwungen, sondern nur im Weigerungsfalle durch Entziehung des Patronatrechtes bestraft werden. Allen subsidiär Verpflichteten geht dagegen der Patron vor, wenn die von ihm oder seinen Vorfahren der Kirche gegebene Dotation von Anfang an zu gering war. Was für die Reparatur gilt, ist auch Rechtens für die nothwendig gewordene bauliche Erweiterung der Pfarrkirche. 2. Bei anderen Kirchen und Kapellen sind principaliter die Fabrik, subsidiär die aus bestimmten Gründen verpflichteten Personen zur Baulast heranzuziehen. 3. Für die *Cathedralkirchen*, die keinen Baufonds besitzen, tragen Bischof und Capitel die Baulast, subsidiär der Cathedralclerus und zuletzt der Dioecesanclerus. In Preussen giebt es eine eigene *Cathedralsteuer*, die der Bischof bei Taufen, Trauungen und Beerdigungen zu Gunsten des Baufonds erhebt. Bei *Collegialkirchen* sind subsidiär die Canoniker pro rata ihrer Pfründen verpflichtet. 4. In der evangelischen Kirche ist principaliter die Fabrik, subsidiär die Gemeinde verhaftet, und hier ist die Verpflichtung häufig eine dingliche geworden. Wie in der katholischen, haben auch heute die Gemeinden in der evangelischen Kirche häufig Hand- und Spanndienste zu verrichten[7. 8].

§. 176. 7) *A. Preuss. Landr. II*, 11: §. 712. Die Kosten zum Bau und zur Unterhaltung der Kirchengebäude müssen hauptsächlich aus dem Kirchenvermögen genommen werden. §. 713. Es darf davon aber nicht mehr verwendet werden, als ohne Nachtheil der aus der Kirchenkasse zu bestreitenden jährlichen Ausgaben geschehen kann. §. 714. Auch müssen bei Landkirchen die Eingepfarrten in jedem Falle ohne Unterschied die nöthigen Hand- und Spanndienste unentgeltlich leisten. §. 715. Die Vertheilung der Hand- und Spanndienste unter die Eingepfarrten muss aber nach dem Verhältnisse geschehen, wie bei Gemeindediensten. §. 716. Eingepfarrte, welche nicht zu der Gemeine des Dorfes, wo die Kirche liegt, gehören, oder aus irgend einem Grunde von den Gemeindediensten frei sind, müssen dennoch zu den Hand- und Spanndiensten bei Kirchenbauten und Reparaturen beitragen. Ihr Verhältniss dabei wird, in Ansehung der Handdienste nach der Zahl der Familien, sowie in Ansehung der Spanndienste, nach dem auf ihren Stellen angeschlagenen oder gewöhnlich gehaltenen Gespanne bestimmt. Zu unentgeltlicher Leistung von Arbeiten, welche kunst- oder handwerksmässige Kenntniss erfordern, ist auch bei Kirchenbauen und Reparaturen kein Eingepfarrter verpflichtet. §. 719: Bei Stadtkirchen werden die erforderlichen Hand- und Spanndienste zu den übrigen Kosten geschlagen. §. 720. Ist das Kirchenvermögen zur Bestreitung der Kosten ganz oder zum Theil nicht hinreichend, so muss der Ausfall von dem Patron und den Eingepfarrten gemeinschaftlich getragen werden. §. 721. Kein Eingepfarrter kann sich dieser Verbindlichkeit entziehen, und wer eine doppelte Parochie hat, ist in beiden dazu verpflichtet.

8) *Sächs. Ges. v.* 8. *März* 1838: §. 1. Die Kirchen- . . . Gemeinden sind verbunden, die Mittel anzuschaffen, welche ihre Kirchen- . . . erfordern. Ist jedoch ein Kirchenvermögen . . . an welche die Verpflichteten allein Ansprüche haben, oder ein anderer für dieselben Kirchen- . . . . Zwecke bestimmter Fond vorhanden, so wird der nöthige Aufwand zuvörderst aus diesen Kassen und Fonds entnommen; nur darf das Stammvermögen . . . ohne Genehmigung der betreffenden Kreisdirection oder Consistorialbehörde nicht angegriffen und nie so weit geschwächt werden, dass die laufenden Einnahmen unter die darauf gewiesenen laufenden Ausgaben herabsinken. §. 2. Sind die §. 1. erwähnten Fonds unzureichend, oder deren gar nicht vorhanden, so haben die Kirchen- . . . Gemeinden den ganzen, oder den fehlenden Bedarf . . . durch Anlagen unter sich aufzubringen. Es dürfen daher die Kir-

E. Die Verwaltung des Kirchenvermögens.

§. 177. a) Die Organe.

Wollmann, De provisorib. eccl. secund. ius canon., Vratislav. 1863. Gerlach, Paderborn Diöcesan-R.

I. Die Verwaltung des Kirchenvermögens stand ursprünglich dem Bischof für die ganze Diöcese, dann seinem *oeconomus*[1] zu. Mit der Specialisirung der Pfründen fiel sie in den Parochieen an die von den Kirchenoberen beaufsichtigten Pfarrer, in den Capiteln meist an den Propst, während die Verwaltung des bischöflichen Vermögens (*mensa*) durch eigene Beamte geführt wurde. Wo eine Betheiligung der Gemeinde vorkommt[2] (*provisores* etc.), sind diese nicht Repräsentanten der Gemeinde, sondern aus derselben vom Kirchenoberen frei gewählte Gehülfen, und auch die aus der Fundation sich ergebenden Befugnisse des Patrons sind lediglich negativer Natur. II. Durch die Staatsgesetzgebung hat sich der Staat die Oberaufsicht über die kirchliche Vermögensverwaltung gewahrt[3], und auch der Gemeinde eine Betheiligung an der Verwaltung ertheilt[4-6]. III. Im evangelischen Recht sind die Befugnisse der Gemeinde bald in den Hintergrund gedrängt, nicht aber völlig beseitigt worden, und die neuere Rechtsentwickelung[7. 8] geht überall darauf aus, den

chen- . . . Bedürfnisse, soweit solche in den Gemeinden umzulegen sind, nicht weiter durch Naturalleistungen mittelst Spann- und Handdienste aufgebracht werden. §. 3. Zu dergleichen Anlagen sind alle Mitglieder der Kirchen- . . . Gemeinde und das ganze im Kirchen- . . . Bezirke unbewegliche Eigenthum, wenn auch dessen Besitzer nicht wesentlich in dem Bezirke sich aufhalten (Forenser) oder einer anderen Confession angehören . . . verhältnissmässig beizuziehen.

§. 177. 1) *c.* 21. *C. XVI. qu.* 7. (*c.* 26. *Conc. Chalced.* 451): Quoniam in quibusdam ecclesiis, ut rumore conperimus, preter yconomos episcopi facultates ecclesiae tractant, placuit, omnem ecclesiam habentem episcopum habere yconomum de clero proprio, qui dispenset res ecclesiasticas secundum sentenciam proprii episcopi, ita, ut ecclesiae dispensatio preter testimonium non sit, et ex hoc dispergantur ecclesiasticae facultates, et sacerdotio maledictionis derogatio procuretur. Quod si hoc minime fecerit, diuinis constitutionibus subiacebit.

2) *C. Herbipol.* 1287 *c.* 35: Laicos in nonnullis partibus praetextu fabricae Ecclesiae reparandae per Laicos sine consensu Praelatorum seu Capitulorum Ecclesiarum huiusmodi ad recipiendum oblationes seu proventus alios concessos, fabricae deputatos praesentis constitutionis tenore huiusmodi officio et nunc esse volumus privatos: et alios laicos vel Clericos sine Praelati seu Capituli Ecclesiarum reparandarum assensu, prohibemus in posterum ordinari; cum ex privilegio, vel ex longinqua consuetudine approbata vituperosum existat, ut laici, Praelatis et Capitulis Ecclesiarum invitis, bona Ecclesiae administrent. Ideoque qui contrafecerint, ac per Ordinarium loci moniti, infra mensem ab hoc officio non cessabunt, eos excommunicatos esse volumus ipso facto.

3) *Baier. Ges. v.* 26. *Mai* 1818 §. 75: Die Verwaltung des Kirchenvermögens stehet nach den hierüber gegebenen Gesetzen unter dem Königl. obersten Schutze und Aufsicht.

4) *Preuss. Ges. v.* 20. *Juni* 1875 siehe Anhang no. XXV.

5) *Hess. Ges. v.* 23. *April* 1875 siehe Anhang no. XXV.

6) *S. Weimarsche Kirchengemeinde-Ordnung v.* 24. *Juni* 1855 §. 7: Der Kirchenvorstand hat . . . 3. das Kirchengemeindevermögen sowie Stiftungsvermögen zu verwalten, beziehentlich zu beaufsichtigen.

7) *Sächs. Kirchenvorstands- und Synodal-Ordnung:* §. 21. 1. Der Kirchenvorstand hat dafür zu sorgen, dass die Kirche und die derselben gehörigen, namentlich die den Kirchendienern zu ihrem Gebrauche überwiesenen Gebäude, die Gottesäcker und Gottesackermauern und andere dergleichen Anlagen im baulichen, dem Bedürfnisse allenthalben entsprechenden Stande erhalten werden. 2. Er hat über alle zu diesem Zwecke vorzunehmenden Bauten Beschluss zu fassen und — nachdem, soweit Anlagen erforderlich sind, die Erklärung der in den §§. 2, 4. und 5. des Gesetzes über die Vertretung der evangelisch-lutherischen Kirchengemeiden vom heutigen Tage genannten Betheiligten eingeholt, endlich in den, specieller Cognition der Behörde vorbehaltenen Fällen die Genehmigung der Kircheninspection hierzu ertheilt ist, — mit der Ausführung solcher Baulichkeiten Einzelne seines Mittels oder auch Dritte zu be-

Schwerpunkt der Verwaltung in die Presbyterien, Gemeindekirchenräthe etc. zu verlegen.

§. 178. b) Die Art der Verwaltung.

I. Die Verwalter gelten in Bezug auf ihre Verpflichtungen als Vormünder, und selbst das generelle Pfandrecht des Mündels, beziehentlich der Anspruch auf Bestellung eines speziellen Pfandrechtes ist der Kirche gewährt worden[1]. Onerose Verträge braucht die Kirche nur anzuerkennen, soweit sie bereichert ist, was zwar fortfällt, wenn die Verträge mit Genehmigung des kirchlichen Oberen geschlossen sind, aber auch in diesem Falle bei Verletzung nicht die *in integrum restitutio* verhindert. Prozessführungen bedürfen der Genehmigung der Kirchenoberen. II. Das alte kirchliche Recht bindet den Bischof für Veräusserungen an den Consens seines Clerus, weiss aber sonst von Veräusserungs-

auftragen. 3. Den Gebrauch der Kirchen für andere Handlungen, als die, welche zum Gottesdienste und zu den kirchlichen Erbauungsmitteln der evangelisch-lutherischen Kirche gehören, und die Ueberlassung derselben zum Gottesdienste an andere Religionsgesellschaften zu gestatten, liegt nicht in der Befugniss des Kirchenvorstands, sondern die Entscheidung über derartige Ausnahmefälle bleibt, unter Zustimmung des Kirchenpatrons und nach vorgängigem Gehör des Kirchenvorstands, der Kircheninspection vorbehalten. Die Genehmigung des Kirchenpatrons ist nicht erforderlich, wenn er sich ausserhalb des Königreichs Sachsen aufhält, und wird von dem im Inlande Wohnenden angenommen, wenn er nicht binnen 8 Tagen nach erhaltener Nachricht hiervon widerspricht. §. 26. 1. Der Kirchenvorstand vertritt: a) das Kirchenlehn in allen Angelegenheiten, bestellt für selbiges in Rechtsangelegenheiten den Actor und vollzieht die Schuldverschreibung, wenn für die Kirche ein Capital aufgenommen wird. Um einen Process zu beginnen, in welchem nicht blos eine liquide Schuldforderung eingeklagt werden soll, ist die Genehmigung der Kircheninspection ebenso, wie zu der Abschliessung eines Vergleichs hierüber einzuholen. 2. Zur Verwendung von Capitalien aus dem Stammvermögen der Kirche bedarf es der Genehmigung der Consistorialbehörde, zur Veräusserung von Grundstücken und nutzbaren Rechten derselben, gleichwie zur Aufnahme von Capitalien auf den Credit der Kirche der Genehmigung des Ministeriums des Cultus. 3. Collidiren die Interessen der Kirche mit denen der Kirchen- oder politischen Gemeinde, der Mitglieder des Kirchenvorstands oder des Kirchenpatrons, so hat die Consistorialbehörde solche wahrzunehmen und für Vertretung derselben Sorge zu tragen. Auch geht in Städten, wo der Stadtrath Inspectionsmitglied ist, bei Collisionen mit den Interessen der politischen Gemeinde, das Befugniss der Kircheninspection, zu genehmigen, zu autorisiren oder zu entscheiden, ohne Weiteres auf die Consistorialbehörde über. 4. Die Vertretung der geistlichen Lehne steht zwar nicht dem Kirchenvorstande, sondern der Kircheninspection zu, der Kirchenvorstand hat aber über die Erhaltung sowie pflegliche Benutzung derselben die nächste Aufsicht zu führen und ist bei jeder Veränderung oder Verminderung der Substanz mit seinem Gutachten zu hören. 5. Hierüber bewendet es bei den Bestimmungen in §. 10. unter 4 der Beilage sub ⊙ zu dem Gesetze vom 11. August 1855, die künftige Einrichtung der Behörden erster Instanz für Rechtspflege und Verwaltung betreffend, soweit nicht ausdrücklich durch gegenwärtige Kirchenvorstands- und Synodalordnung etwas Anderes bestimmt ist. 6. Der Kirchenvorstand vertritt ferner: b) die Kirchengemeinde nicht nur in Rücksicht ihrer kirchlichen Interessen, sondern auch in Rechtsangelegenheiten und Rechtsstreitigkeiten gegen jeden Dritten, sowie gegen Einzelne in ihrer Mitte. 7. Die durch das Gesetz vom 30. März 1844 geordnete Vertretung der Kirchengemeinden in Rechtsstreitigkeiten geht daher auf den Kirchenvorstand über. Inwieweit hierbei auch die Vertreter der politischen Gemeinden zu concurriren haben, ist nach §. 2. des unterm heutigen Tage erlassenen Gesetzes über die Vertretung der evangelischen Kirchengemeinden zu beurtheilen.

§. 178. 1) *Sächs. bürgerl. Gesetzb.* §. 393: Kraft des Gesetzes haben der Staat, die Kirchen, ingleichen mit juristischer Persönlichkeit versehene Vermögensmassen, deren Mittel für öffentliche Unterrichtsanstalten, Stipendien, öffentliche Versorgungs-, Unterstützungs-, Heil-, Straf- und Besserungsanstalten bestimmt sind, einen Rechtsgrund zur Erwerbung einer Hypothek an den Grundstücken der bei der Vermögens- oder Cas-

verboten bezüglich der Kirchengüter nichts[2], und erst durch das römische Recht[3] sind dieselben eingeführt und dann kirchlicher Seits weiter ausgebildet worden. 1. Das Veräusserungsverbot bezieht sich auf alle einigermassen werthvollen Sachen, die für Erhaltung des Gottesdienstes oder Unterhalt des Clerus dienen. 2. Unter Veräusserung ist jede *alienatio* zu verstehen, selbst Pacht auf länger als drei Jahre. Auch cessirt das Verbot nicht, falls die Veräusserung an eine andere Kirche geschieht. 3. Dagegen greift das Verbot nicht Platz, falls für die Veräusserung a) eine *iusta causa* vorhanden ist. Eine solche ist faktische oder rechtliche Nothwendigkeit der Veräusserung, augenscheinlicher Nutzen, die Absicht, den Erlös zu Werken christlicher Liebe zu verwenden. b) Falls sie geschieht, *cum solennitate.* Von den cumulativ verlangten Solennitäten ist zu erwähnen: Consens oder Ratihabition des an der Kirche vorhandenen Collegiums und Unterschrift desselben unter das Veräusserungsdecret, Genehmigung des Kirchenoberen und zuweilen des Staates[4]. Dagegen ist die von den Päpsten bei allen Veräusserungen für nothwendig erklärte päpstliche Zustimmung in Deutschland nur bei bischöflichen Tafelgütern üblich geworden. 4. Eine diesen Bedingungen nicht entsprechende Veräusserung ist ein *negotium claudicans,* so dass die Kirche allein sich auf die Nichtigkeit des Geschäftes berufen kann. Die Kirche und der Veräussernde haben die *Revocationsklage* anzustrengen, ja der letztere kann von der ersteren durch eine persönliche Klage zur Anstrengung der *revocatoria* gezwungen werden. Ausserdem ist noch klagberechtigt: der Nachfolger des veräussernden Prälaten, das Capitel, event. jeder Cleriker der Kirche, in Ermangelung die Laien, der Patron, kraft Privilegs der Landesherr. Die Klage verjährt in gewöhnlicher Frist unter Voraussetzung der bona fides auf Seiten des Besitzers. Auch gegen eine solenne und ex iusta causa erfolgte Veräusserung kann die Kirche in integrum restitutio fordern. 5. Die Ersitzung beweglicher kirchlicher Sachen erfolgt in der gewöhnlichen Usucapionsfrist, die von unbeweglichen gesetzlich in 40, nach der Praxis in 44 Jahren, da der Kirche gegen Ablauf der Verjährung Restitution gewährt zu werden pflegt.

senverwaltung angestellten Diener wegen der aus letzterer etwa entstehenden Forderungen.

§. 178. 2) *Stat. eccl. antiq. c.* 32: Irrita erit donatio episcoporum vel venditio vel commutatio rei ecclesiasticae absque conniventia et subscriptione clericorum.

3) *l.* 14. *pr. Cod.* (1,2): Iubemus, nulli posthac archiepiscopo in hac urbe regia sacros. ecclesiae praesidenti, nulli oeconomo, cui res ecclesiastica, gubernanda mandatur, esse facultatem, fundos vel praedia . . . res postremo immobiles, aut in his praediis colonos vel mancipia constituta, aut annonas civiles, cuiuscunque suprema vel superstitis voluntate ad religiosam ecclesiam devolutas, sub cuiuscunque alienationis specie ad quamcunque transferre personam, sed ea praedia dividere quidem, colere, augere et ampliare, nec ulli iisdem praediis audere cedere . . . . Ea enim, quae ad beatissimae ecclesiae iura pertinent, vel posthac forte pervenerint, intacta convenit inviolabiliter custodiri . . .

4) *Oesterr. Concord. Art.* 30: Bonorum ecclesiasticorum administratio apud eos erit, ad quos secundum Canones spectat. Attentis autem subsidiis, quae Aug. Imperator ad Ecclesiarum necessitatibus providendum ex publico aerario benigne praestat et praestabit, eadem bona vendi vel notabili gravari onere non poterunt, nisi tum S. Sedes, tum Maj. Sua Caes. aut ii, quibus hoc munus demandandum duxerint, consensum tribuerint.

Anhang.

I. (§. 19. no. 30.)

Publikand. d. k. Preuss. Minister der geistl. Angelegenh., der Justiz u. d. Polizei v. 15. *Nov.* 1837: Der Erzbischof von Cöln, Clemens August Freih. Droste zu Vischering, hat bald nach dem Antritte seiner Würde die mit derselben verbundene amtliche Wirksamkeit auf eine Weise auszuüben gesucht, welche, ganz unverträglich mit dem Grundgesetzen der Monarchie, von keinem anderen Bischof derselben in Anspruch genommen wird, auch in keinem anderen deutschen Lande zugelassen ist. Seine Majestät der König durfte ein solches Benehmen um so weniger erwarten, als Allerhöchstdieselben in den Rheinlanden die Herstellung der daselbst während der Fremdherrschaft in tiefen Verfall gerathenen katholischen Kirche Sich mit besonderer Sorgfalt haben angelegen seyn lassen. Die Wiederherstellung der Kirchengewalt durch eine von allen Angehörigen der katholischen Kirche dankbar aufgenommene Uebereinkunft mit dem Papste, die treue und gewissenhafte Ausführung derselben von Seiten der Staats-Behörden, die grossen Anstalten für die Bildung und Erziehung der katholischen Bevölkerung und Geistlichkeit, das förderliche Zusammenwirken der Staats- und kirchlichen Behörden mussten den Erzbischof auf das eindringlichste an seine Pflicht erinnern, dass er auch seiner Seits nichts verabsäumen dürfe, um die freundlichen Verhältnisse, welche sich während des Laufes der letzten Jahrzehnte zwischen der Staats- und katholischen Kirchengewalt gebildet hatten, und die er bei dem Antritte seiner Würde vorfand, in ihrer gedeihlichen Entwickelung zu erhalten. Statt diese gerechte Erwartung zu erfüllen, welche er durch eine seiner Wahl vorausgegangene schriftliche Versicherung zu einem vollen Vertrauen befestigt hatte, setzte er sich mit Willkühr über die Landesgesetze hinweg, verkannte das Köngliche Ansehen und brachte verwirrende Störung in geordnete Verhältnisse. Da die zunächst auf Anordnung der höchsten Staatsbehörden angewandten und sodann auf unmittelbaren Allerhöchsten Befehl wiederholten Versuche, den Erzbischof auf gütlichem Wege über die Schranken seiner Amtsbefugnisse zu verständigen, eben so fruchtlos gewesen sind, als die Warnungen über die unvermeidlichen ernsten Folgen seines fortgesetzten Widerstrebens gegen die bestehenden Gesetze, derselbe vielmehr erklärt hat, bei der Anwendung der von ihm aufgestellten Grundsätze, wie bisher, so auch ferner beharren zu wollen, zuletzt auch sich nicht gescheut, solche Schritte zur Aufregung der Gemüther zu thun; so blieb unter diesen Umständen Seiner Majestät dem Könige, indem Sie Sich aus Rücksicht auf die bestehenden freundschaftlichen Verhältnisse mit dem päpstlichen Stuhle enthalten wollten, der Strenge der Gesetze auf das Verfahren des Erzbischofs Anwendung zu geben, zur Wahrung der Rechte Ihrer Krone, zur Abwendung verderblicher Störungen in dem Gange der Verwaltung eines der wichtigsten Theile der öffentlichen Angelegenheiten, vorzüglich aber zur Aufrechthaltung des Friedens und der Eintracht unter Ihren Unterthanen, für welchen Zweck die göttliche Vorsehung Ihre Bemühungen unausgesetzt gesegnet hat, kein anderes Mittel übrig, als wenigstens der Ausübung der amtlichen Wirksamkeit des genannten Prälaten in aller und jeder Beziehung ein Ziel zu setzen. Zu dem Ende haben Allerhöchstdieselben mittelst Ordre vom 15. d. M. anzuordnen geruht, dass der Erzbischof seinen Sprengel verlasse und ausserhalb desselben seinen Wohnsitz nehme, das Metropolitan-Kapitel zu Köln aber unter Mittheilung dieser Allerhöchsten Verfügung aufgefordert werde, nach den kanonischen Vorschriften diejenigen Massregeln einzuleiten und zu treffen, welche zur Aufrechthaltung des unentbehrlichen Geschäftsganges erforderlich und dem Zustande der eingetretenen Hemmung des erzbischöflichen Amtes angemessen sind, auch über diesen Vorgang an den päpstlichen Stuhl, welcher von dem Gange der Ereignisse in vollständiger Kenntniss erhalten worden ist, mit den ihm geeignet scheinenden Anträgen zu weiterer Veranlassung unmittelbar zu berichten. Jener Allerhöchste Befehl ist bereits vollzogen worden, und erwarten Seine Majestät um so mehr die Zustimmung aller Wohlgesinnten und das Unterbleiben jedes Versuches,

sich den Allerhöchsten Befehlen entgegen zu setzen, als die bisherigen Erfahrungen des guten Sinnes, Gehorsams und Vertrauens zu der beruhigenden Hoffnung berechtigen, dass diese Maassregel, zu welcher Seine Majestät nur durch das Benehmen des Erzbischofs gezwungen worden sind, in ihrem wahren Lichte von allen Unterthanen werde erkannt und durch nichts werde gestört werden, was als Auflehnung gegen die Allerhöchsten Befehle und Verletzung der Pflichten treuer Unterthanen würde angesehen und gerügt werden müssen. Gleichzeitig haben Seine Majestät der König mittelst der obgedachten Kabinets-Ordre zu bestimmen geruht: 1. Bis zur Herstellung einer geregelten kirchlichen Verwaltung, welche die Königliche Regierung sich mit aller Sorgfalt angelegen seyn lassen wird, so bald als möglich, unter Benehmen mit dem päpstlichen Stuhle, herbeizuführen, haben die katholischen Unterthanen und alle, die es angeht, in geistlichen und anderen zu jener Verwaltung gehörigen Angelegenheiten, sich nach der zu erwartenden Bekanntmachung des Kapitels zu richten. 2. Jeder Geschäftsverkehr mit dem Erzbischofe Clemens August Freiherrn Droste zu Vischering wird den Staats- und kirchlichen Behörden, den Dekanen, Pfarrern und überhaupt allen Geistlichen und Laien, ohne Unterschied des Standes, ernstlich untersagt. 3. Sollte der Erzbischof, der ihm deshalb gemachten Eröffnung entgegen, amtliche Handlungen vornehmen, oder Verfügungen und Entscheidungen ausgehen lassen, so sind diese, abgesehen von den ein solches Verfahren sonst treffenden Folgen, als nicht geschehen und völlig wirkungslos zu betrachten. 4. Derjenige, welcher dem Verbot des Geschäftsverkehrs mit dem Erzbischof zuwider handelt (2), soll, in sofern auf seinen durch Uebertretung des Verbots bewiesenen Ungehorsam gegen die Befehle der höchsten Gewalt, nach den bestehenden Gesetzen, mit Rücksicht auf die Umstände des besonderen Falles, nicht eine härtere Strafe in Anwendung zu bringen ist, mit einer Geldbusse bis 50 Rthlr. oder einer Gefängnissstrafe bis auf sechs Wochen belegt werden. Mit der Ausführung der Allerhöchsten Ordre beauftragt, machen wir den Inhalt derselben hierdurch zur Nachricht und Achtung öffentlich bekannt.

II. (§. 29. no. 4.)

Augsburg. Religionsfriede 1555 §. 15: Und damit solcher Fried, auch der spaltigen Religion halben . . . desto beständiger zwischen der Röm. Kayerl. Majest. uns, auch Churfürsten, Fürsten und Ständen, dess H. Reichs Teutscher Nation angestellt, auffgericht, und erhalten werden möchten. So sollen die Kayserl. Majest. wir, auch Churfürsten, Fürsten und Stände dess H. Reichs, keinen Stand dess Reichs, von wegen der Augspurgischen Confession und derselbigen Lehr, Religion, und Glaubens halben, mit der That Gewaltiger Weiss überziehen, beschädigen, vergewältigen, oder in andere wege, wider sein Conscientz, Wissen und Willen, von dieser Augspurgischen Confessions Religion, Glauben, Kirchen-Gebräuchen, Ordnungen und Ceremonien, so sie auffgericht, oder nachmahls auffrichten möchten, in ihren Fürstenthumben, Landen und Herrschaften tringen, oder durch Mandat, oder in einiger anderer Gestalt beschwähren, oder verachten, sondern bey solcher Religion, Glauben, Kirchen-Gebräuchen, Ordnungen, und Ceremonien, auch ihren Haab, Gütern, ligend, oder fahrend, Land, Leuthen, Herrschaften, Obrigkeiten, Herrlichkeiten, und Gerechtigkeiten, Ruhiglich und Friedlich bleiben lassen, und soll die strittige Religion nicht anderst, dann durch Christliche, Freundliche, Friedliche Mittel und Weg zu einhelligem Christlichem Verstand, und Vergleichung gebracht werden, alles bey Kayserlichen und Königlichen Würden, Fürstlichen Ehren, wahren Worten, und Pön des Land-Friedens. §. 16. Dargegen sollen die Stände, so der Augspurgischen Confession verwandt die Röm. Kayserl. Majest. Uns, und Churfürsten . . . der alten Religion anhängig, Geistliche oder Weltliche, sambt und mit ihren Capitulen und andern, Geistliches Stands auch ungeacht, ob und wohin sie ihre Residentzen verrückt, oder gewendet hätten, (doch, dass es mit Bestellung der Ministerien gehalten werde, wie sie unten davon ein sonderlicher Artickul gesetzt) gleicher Gestalt bey Ihrer Religion, Glauben, Kirchen-Gebräuchen, Ordnungen, und Ceremonien, auch ihren Haab, Gütern, Ligend und Fahrend, Landen, Leuthen, Herrschafften, Obrigkeiten, Herrlichkeiten und Gerechtigkeiten, Renthen, Zinssen, Zehenden, unbeschwert bleiben, und sie derselbigen Friedlich und Ruhiglich gebrauchen, geniessen unweigerlich folgen lassen, und Getrewlichen darzu verholffen seyn, auch mit der That, oder sonsten in Ungutem gegen den selbigen nichts fürnehmen, sondern in alle Wege nach laut und Ausweisung des H. Reichs Rechten, Ordnungen, Abschieden, und auffgerichten Landfrieden jeder sich gegen dem andern angebührenden, ordentlichen Rechten begnügen lassen, alles bey Fürstlichen Ehren, wahren Worten, und Vermeydung der Pön, in dem auffgerichten Landfrieden begriffen. §. 17. Doch sollen alle andere, so obgemeldten beyden Religionen nicht anhängig, in diesem Frieden nicht gemeint, sondern gäntzlich aussgeschlossen seyn. §. 18. Und nachdem bey Vergleichung dieses Friedens Streit fürgefallen, wo der Geistlichen

einer oder mehr, von der alten Religion abtretten würden, wie es der von ihnen biss daselbsthin Besessenen und Eingehabten Erz-Bistumb, Prälaturen, und Beneficien halben gehalten werden soll, welche sich aber beyder Religions Stände nicht haben vergleichen können: Demnach haben Wir in Krafft Hochgedachter Römischer Kayserl. Majestät uns gegebenen Vollmacht und Heimstellung erklärt, und gesetzt ... also, wo ein Erz-Bischoff, Prälat, oder ein ander Geistliches Stands, von Unser alten Religion abtretten würde, dass derselbig sein Ertz-Bistumb, Bistumb, Prälatur, und andere Beneficia, auch damit alle Frucht, und Einkommen, so er davon gehabt, alsbald, ohne einige Widerung, und Verzug, jedoch seinen Ehren ohnnachttheylich verlassen, auch denen Capiteln und denen es von Gemeinen Rechten, oder der Kirchen und Stiffts Gewohnheiten zugehörte, eine Persohn der alten Religion verwandt, zuwählen, und zu ordnen, zugelassen seyn, welche auch sambt der Geistl. Capitteln und andern Kirchen, bey der Kirchen und Stifft Fundationen, Electionen, Praesentationen, Confirmationen, altem Herkommen, Gerechtigkeiten und Gütern, Ligend oder Fahrend, unverhindert, und Friedlich gelassen werden sollen, jedoch künfftiger, Christlicher, Freundlicher und Endlicher Vergleichung der Religion unvorgreifflich. §. 19. Dieweil aber etliche Stände, und derselben Vorfahren, etliche Stifft, Clöster, und andere Geistliche Güter eingezogen, und dieselbigen zu Kirchen, Schulen, Milden und andern Sachen gewendt, so sollen auch solche eingezogene Güter, welche den jenigen, so dem Reich ohne Mittel unterworffen, und Reichs-Stände sind, nicht zugehörig, und deren Possession die Geistlichen zu Zeit des Passauischen Vertrag's, oder seit hero nicht gehabt, in diesem Fried-Stand mit begriffen und eingezogen seyn, und bey der Verordnung, wie es ein jeder Stand, mit obberührten eingezogenen und allbereit verwendten Gütern gemacht gelassen werden, und dieselbe Stände, derenthalben weder in noch ausserhalb Rechtens zu Erhaltung eines beständigen ewigen Friedens nicht besprochen, noch angefochten werden ... §. 20. Damit auch obberührte beyderseits Religions-Verwandte, so viel mehr in beständigen Frieden, und guter Sicherheit, gegen, mit und bey einander, sitzen und bleiben mögen, so soll die Geistliche Jurisdiction (Doch den Geistlichen, Churfürsten, Fürsten, und Ständen, Collegien, Klöstern und Ordens-Leuthen, an ihren Renten, Gülten, Zinss, und Zehenden, Weltlichen Lehenschafften, auch andern Rechten und Gerechtigkeiten, wie obsteht, unvergriffen) wider der Augspurgischen Confession, Religion, Glauben, Bestellung der Ministerien, Kirchen-Gebräuchen, Ordnungen, und Ceremonien, so sie auffgericht, oder auffrichten möchten, biss zu endlicher Vergleichung der Religion nicht exercirt, gebraucht oder geübt werden, sondern derselbigen Religion, Glauben, Kirchen-Gebräuchen, Ordnungen, Ceremonien, und Bestellung der Ministerien, wie hiebevor nach folgendes ein besonderer Artickul gesetzt, ihren Gang gelassen, und kein Hindernuss oder Eintrag dardurch beschehen, und also hierauff, wie obgemeldt, biss zu endlicher Christlicher Vergleichung der Religion die Geistliche Jurisdiction ruhen, eingestellt, und suspendirt seyn und bleiben: Aber in andern Sachen und Fällen der Augspurgischen Confession, Religion, Glauben, Kirchen-Gebräuchen, Ordnungen, Ceremonien, und Bestellung der Ministerien, nicht anlangend, soll und mag die Geistliche Jurisdiction durch die Ertz-Bischöff, Bischöff, und andere Prälaten, wie deren Exercitium an einem jeden Orth hergebracht, und sie in deren Uebung, Gebrauch, und Possession sind, hinfür, wie bissher unverhindert, exercirt, geübt uud gebraucht werden. §. 21. Als auch den Ständen der alten Religion verwandt, alle ihre zu ständige Renth, Zins, Gült und Zehenden, wie oblaut, folgen sollen, so soll doch einem jeden Stand, unter dem die Renth, Zins, Gült, Zehenden oder Güter gelegen, an denselbigen Gütern, Sein Weltliche Obrigkeit, Renth und Gerechtigkeit, so er vor Anfang dieses Streits in der Religion daran gehabt, und im Brauch gewesen, vorbehalten, und dadurch denselbigen nichts benommen seyn, und sollen dannoch von solchen obgenandten Gütern, die nothdürfftige Ministeria der Kirchen, Pfarren, und Schulen, auch die Allmosen, und Hospitalia die sie vormals bestellt, und zubestellen schuldig, von solchen obgemeldten Gütern, wie solche Ministeria, der Kirchen und Schulen vormals bestellt, auch nachmals bestellt, und versehen werden, ungeachtet, was Religion die seyen. §. 22. Es soll auch kein Stand den andern, noch desselben Unterthanen zu seiner Religion tringen, abprackticiren, oder wider ihre Obrigkeit in Schutz und Schirm nehmen, noch vertheydingen in keinen Weg. Und soll hiemit denjenigen, so hiebevor von alters Schutz und Schirm-Herrn anzunehmen gehabt, hierdurch nicht's benommen, und dieselbige nicht gemeinet seyn. §. 24. Wo aber unsere, auch der Churfürsten, Fürsten und Ständen Unterthanen, der alten Religion oder Augspurgischen Confession anhängig, von solcher ihrer Religion wegen, auss unsern auch der der Churfürsten, Fürsten und Ständen dess Heiligen Reichs, Landen, Fürstenthumben, Städten, oder Flecken, mit ihren Weib und Kindern, an andere Orth ziehen, und sich nieder thun wolten, denen soll solcher Ab- und Zuzug, auch Verkauffung ihrer Haab

und Güter, gegen zimblichen und billichen Abtrag der Leib-Eigenschafft und Nachsteuer, wie es eines jeden Orths von alters her üblich, herbracht, und gehalten worden ist, unverhindert männigliches zugelassen, und bewilligt, auch an ihren Ehren und Pflichten, allerdings unentgolten seyn. Doch soll den Obrigkeiten an ihren Gerechtigkeiten und Herkommen, der Leibeigenen halben, dieselbigen ledig zuzehlen, oder nicht, hierdurch nicht's abgebrochen oder benommen seyn.

III. (§. 29. no. 5.)

Westphäl. Frieden 1648 *Art.* 5: §. 1. In reliquis omnibus autem inter utriusque Religionis Electores, Principes, Status omnes et singulos, sit Aequalitas exacta, mutuaque, quatenus Formae Reipublicae, Constitutionibus Imperii et praesenti Conventioni conformis est, ita, ut quod uni Parti iustum est, alteri quoque sit iustum, violentia omni et via facti, ut alias, ita et hic inter utramque Partem perpetuo prohibita. §. 2. Terminus a quo Restitutionis in Ecclesiasticis; et quae intuitu eorum in Politicis mutata sunt, sit dies prima ianuarii Anni millesimi sexcentesimi vigesimi quarti: Fiat itaque Restitutio omnium Electorum, Principum et Statuum utriusque Religionis, comprehensa libera Imperii Nobilitate, ut et Communitatibus et Pagis immediatis, plenarie et pure, cassatis omnibus interim in istius modi Causis latis, publicatis et institutis Sententiis, Decretis, Transactionibus, Pactis seu Dedititiis seu aliis, et Executionibus, Reductione ad Statum dicti Anni dieique in omnibus facta. §. 9. Pluralitas autem votorum in causis religionem sivi directe sive indirecte concernentibus nequaquam attendatur . . . §. 24. Bona ecclesiastica immediata quod attinet . . . una cum reditibus, pensionibus, aliisque quorumque nomine signatis, . . . ea seu catholici, seu August. confessionis status die prima Ianuarii anni 1624 possederint, omnia et singula, nulla plene excepta, eius religionis consortes, qui dicto tempore in reali eorum possessione fuerunt, usque dum de religionis dissidiis per Dei gratiam conventum fuerit, tranquille et inperturbate possideant . . . §. 25. Quaecunque Monasteria, Collegia, Ballivias, Commendas, Templa, Fundationes, Scholas, Hospitalia, aliave bona Ecclesiastica mediata, ut ex eorum reditus, iuraque, quocunque eo nomine appellata fuerint, Augustanae Confessionis Electores, Principes, Status, Anno millesimo sexcentesimo vigesimo quarto, die prima Ianuarii possederunt, eadem omnia et singula sive retenta semper sive restituta, sive vigore huius Transactionis restituenda, iidem possideant, donec Controversia Religionis amicabili Partium Compositione universali definiatur. §. 26. Omnia quoque Monasteria, Fundationes, et Sodalitia mediata, quae die prima ianuarii Anno millesimo sexcentesimo vigesimo quarto Catholici realiter possederunt, possideant, et ipsi similiter, utut in Augustanae Confessionis Statuum Territoriis et Ditionibus ea sita sint, non tamen in alios Religiosorum Ordines, quam quorum Regulis primitus dicata sunt, commutentur. §. 39. Hoc tamen non obstante Statuum Catholicorum Landsassii Vasalli, Subditi cuiuscunque generis, qui sive Publicum sive Privatum Augustanae Confessionis Exercitium Anno millesimo sexcentesimo vigesimo quarto quacunque Anni parte, sive certo Pacto, aut Privilegio, sive longo usu, sive sola denique Observantia dicti Anni habuerunt, retineant id etiam una cum annexis, quatenus illa dicto Anno exercuerunt, aut exercitia fuisse probare potuerunt. Cuiusmodi annexa habentur Institutio Conciliorum, Ministeriorum, tam Scholasticorum, quam Ecclesiasticorum, Ius Patronatus aliaque similia iura, nec minus maneant in Possessione omnium dicto tempore in potestate eorundem constitutorum Templorum, Fundationum, Monasteriorum, Hospitalium cum omnibus pertinentiis, reditibus et accessionibus. Et haec omnia semper et ubique observentur eo usque, donec de Religione Christiana vel universaliter vel inter Status immediatos, eorumque Subditos mutuo consensu aliter erit conventum, nec quisquam a quocunque ulla ratione aut via turbetur. §. 32. Turbati aut quocunque modo destituti vero, sine ulla exceptione in eum, quo anno millesimo sexcentesimo vigesimo quarto fuerunt, statum plenarie restituantur. Idemque observetur ratione Subditorum Catholicorum Augustanae Confessionis Statuum, ubi dicto Anno millesimo sexcentesimo vigesimo quarto Usum et Exercitium Catholicae Religionis Publicum aut Privatum habuerunt. §. 34. Placuit porro, ut illi Catholicorum Subditi Augustanae Confessioni addicti, ut et Catholici Augustanae Confessionis Statuum Subditi, qui Anno millesimo sexcentesimo vigesimo quarto Publicum, vel etiam Privatum Religionis suae Exercitium nulli Anni parte habuerunt, nec non, qui post Pacem publicatam, deinceps futuro tempore diversam Territorii Domino Religionem profitebuntur et amplectentur patienter tolerentur, et Conscientia libera domi devotioni suae sine Inquisitione aut Turbatione privatim vacare, in Vicinia vero, ubi et quoties voluerint, Publico Religionis Exercitio interesse, vel Liberos suos Exteris suae Religionis Scholis, aut privatis domi Praeceptoribus committere non prohibeantur, sed eiusmodi Landsassii, Vasalli et Subditi in caeteris Officium suum cum debito ob-

sequio et subiectione adimpleant, nullisque turbationibus ansam praebeant. §. 35. Sive autem Catholici, sive Augustanae Confessionis fuerint Subditi, nullibi ob Religionem despicatui habeantur, nec a Mercatorum, Opificum, aut Tribuum Communione, Haereditatibus, Legatis, Hospitalibus, Leprosoriis, Eleemosynis, aliisve Iuribus aut Commerciis, multo minus Publicis Coemiteriis, honoreve Sepulturae arceantur, aut quicquam pro Exhibitione Funeris a Superstitibus exigatur, praeter cuiusque Parochialis Ecclesiae iura, pro demortuis pendi solitae; sed in his et in similibus pari cum Concivibus iure habeantur, aequali iustitia protectioneque tuti. §. 36. Quod si vero Subditus, qui nec Publicum nec Privatum suae Religionis Exercitium Anno millesimo sexcentesimo vigesimo quarto habuit, vel etiam, qui post publicatam Pacem Religionem mutabit, sua sponte emigrare voluerit, aut a Territorii Domino iussus fuerit, liberum ei sit, aut retentis bonis, aut alienatis discedere, retenta per Ministros administrare, quoties ratio id postulat; ad res suas inspiciendas vel persequendas lites aut debita exigenda, libere et sine Litis Commeatu adire. §. 37. Conventum autem est, ut a Territoriorum Dominis, illis Subditis, qui neque Publicum neque Privatum Exercitium Religionis suae dicto Anno habuerunt, et tamen tempore publicatae praesentis Pacificationis, in unius vel alterius Religionis Statuum immediatorum Ditionibus habitare deprehenduntur, quibus illi etiam annumerandi erunt, qui ob Calamitates bellicas evitandas non tamen animo transferendi Domicilium, alio emigrarunt; et facta Pace in Patriam redire volunt, Terminus non minor quinquennio, illis vero, qui post Pacem publicatam Religionem mutant, non minor triennio, nisi tempus magis laxum et spatio tum impetrare potuerint, ad emigrandum praefigatur neque sive voluntarie, sive coacte emigrantibus, nativitatis, ingenuitatis, manumissionis, noti opificii, honestae vitae testimonia denegentur, aut iidem Reversalibus inusitatis vel Decimationibus Substantiae secum exportatae, plus aequo extensis praegraventur, multo minus spontaneam suscipientibus Emigrationem servitutis aut alio praetextu impedimentum inferatur. §. 39. Quod vero ad Comites, Barones, Nobiles, eorumque Subditos in reliquis Silesiae Ducatibus, qui immediate ad Cameram Regiam spectant, tum etiam de praesenti in Austria Inferiori degentes Comites, Barones, et Nobiles attinet, quamvis Caesareae Maiestati Ius reformandi Exercitium Religionis non minus, quam aliis Regibus et Principibus competat, tamen non quidem ex Pacto, iuxta Dispositionem praecedentis Versiculi: Pacta autem et cetera: sed ad Interventionem Regiae Maiestatis Sueciae, et in Gratiam Intercedentium Augustanae Confessionis Statuum, permittit, ut eiusmodi Comites, Barones, et Nobiles, illorumque in praedictis Silesiae Ducatibus Subditi, ob Professionem Augustanae Confessionis loco aut bonis cedere aut emigrare non teneantur, nec etiam prohibeantur dictae Confessionis Exercitium in locis vicinis extra territorium frequentare, modo in reliquis tranquille et pacifice vivant, seque tales praestent, quales erga suum Summum Principem decet. Si vero sua sponte emigrarint, et bona sua immobilia vendere vel nolint, vel commode non possint, liber iis aditus rerum suarum inspiciendarum et curandarum causa concessus esto. §. 40. Praeter haec autem, quae supra de dictis Silesiae Ducatibus, qui immediate ad Cameram Regiam spectant, disposita sunt, Sacra Caesarea Maiestas ulterius pollicetur, se illis, qui in his Ducatibus Augustanae Confessioni addicti sunt, pro huius Confessionis Exercitio tres Ecclesias, propriis eorum sumptibus extra Civitates Sweinitz, Iaur et Gloglaviam, prope moenia, locis ad hoc commodis, iussu suae Maiestatis designandis, post Pacem confectam aedificandas, quam primum id postulaverint, concessuram. §. 52. In Causis Religionis omnibusque aliis Negotiis, ubi Status tanquam unum Corpus considerari nequeunt, ut etiam Catholicis, et Augustanae Confessionis Statibus in duas partes euntibus, sola amicabilis Compositi Lites dirimat, non attenta Votorum Pluralitate. Quod vero ad Pluralitatem Votorum in materia Collectarum attinet, cum res haec in praesenti congressu decidi non potuerit, ad proxima Comitia remissa esto. *Art.* 7. Unanimi quoque Caesareae Maiestatis, omniumque Ordinum Imperii consensu placuit, ut, quicquid iuris aut beneficii cum omnes aliae Constitutiones Imperii tum pax religionis et publica haec transactio in eaque decisio gravaminum ceteris Catholicis et Augustanae Confessioni addictis Statibus et Subditis tribuunt, id etiam iis, qui inter illos Reformati vocantur, competere debeat... Quonium vero controversiae religionis quae inter ... doctos protestantes versantur, hactenus usu fuerunt compositae ... ideo de iure reformandi inter utramque ita conventum est, ut si aliquis princeps, vel alius territorii dominus, vel alicuius ecclesiae patronus, posthec ad alterius partis sacra transierit, aut principatum aut ditionem, ubi alterius partis sacra exercitio publico de praesenti vigent, seu iure successionis, seu vigore praesentis tractatus pacis, ... nactus fuerit aut recuperarit, ipsi quidem concionatores aulicos suae confessionis, citra subditorum onus aut praeiudicium secum atque in residentia sua habere liceat, at fas ei non sit vel publicum religionis exer-

citium, immutare, vel templa, scholas, hospitalia, aut eo pertinentes reditus, pensiones, stipendia, prioribus adunire, suorumque sacrorum hominibus applicare, vel iuris territorialis, episcopalis, patronatus, aliove quocunque praetextu subditis ministris alterius confessionis obtrudere, ullumve aliud impedimentum aut praeiudicium directe vel indirecte alterius sacris afferre. Et ut haec conventio eo securius observetur, liceat hoc mutationis casu ipsis communitatibus praesentare, vel quae praesentandi ius non habent, nominare idoneos scholarum et ecclesiarum ministros, a publico loci consistorio et ministerio, si eiusdem cura praesentantibus vel nominantibus communitatibus sunt religiosis, vel hoc deficiente eo loco, quam ipsae communitates elegerint, examinandos et ordinandos, atque a principe vel domino postea sine recusatione confirnandos. §. 2. Si vero aliqua communitas, eveniente mutationis casu domini sui religionem amplexa petierit suo sumtu exercitium, cui princeps vel dominus addictus est, liberum esto, sine reliquorum praeiudicio ei illud indulgere a successoribus non auferendum. At consistoriales, sacrorum visitatores, professores scholarum et academiarum, theologiae et philosophiae, non nisi eidem religioni addicti sint, quae hoc tempore quolibet in loco publico recepta est . . . Sed praeter religiones supra nominatas nulla alia in sacro Imperio Romano recipiatur vel toleretur.

IV. (§. 56. no. 8.)

Italien. Ges. v. 13. *Mai* 1871: I. Titel. Die Prärogativen des Papstes und des heiligen Stuhles. §. 1. Die Person des Papstes ist heilig und unverletzlich. §. 2. Das Attentat gegen die Person des Papstes und die Aufforderung, ein solches zu begehen, werden mit ebendenselben Strafen belegt, welche für das Attentat und die Aufforderung zur Verübung eines solchen gegen die Person des Königs festgesetzt sind. Die unmittelbar gegen die Person des Papstes durch Reden, Handlungen oder andere im Art. I. des Pressgesetzes angeführten Mittel begangenen Beleidigungen und öffentlichen Schmähungen werden mit den im Art. 19. desselben Gesetzes bestimmten Strafen belegt. Die besagten Reate werden von Amtswegen verfolgt und gehören zur Competenz der Schwurgerichte. Die Erörterung religiöser Fragen ist vollkommen frei. §. 3. Die italienische Regierung erweist dem Papste im Gebiete des Königreichs die den Souverainen zukommenden Ehrenbezeigungen und bewahrt ihm den Ehrenvorrang, der ihm von den katholischen Souverainen zuerkannt ist. Der Papst hat das Recht, die bisher übliche Anzahl von Garden als Leibwache für seine Person und zur Bewachung der Paläste zu halten, jedoch ohne dass hierdurch den Pflichten und Schuldigkeiten, welche diesen Garden nach den Gesetzen des Königreichs obliegen, Eintrag geschehe. §. 4. Zu Gunsten des heiligen Stuhles wird die in einer jährlichen Rente von 3,225,000 Franken bestehende Dotation aufrecht erhalten. Mittels dieser den im römischen Budget unter den Rubriken: heilige apostolische Paläste, heiliges Collegium, kirchliche Congregationen, Staatssecretariat, und diplomatische Vertretung im Auslande aufgenommenen Beträgen ganz gleichen Summe ist vorgesorgt für die Civilliste des Papstes und für die Bestreitung der verschiedenen kirchlichen Bedürfnisse des heiligen Stuhles, für die gewöhnliche und ausserordentliche Unterhaltung und Bewachung der apostolischen Paläste und ihres Zubehörs; für die Besoldung, Ruhegehalte und Pensionen der im vorigen Artikel erwähnten Garden und der zum päpstlichen Hofe gehörigen Personen, sowie für die eventuellen Ausgaben, und endlich für die gewöhnliche Erhaltung und Bewachung der in den Palästen befindlichen Museen und der Bibliothek, sowie für die Bestreitung der Besoldung, Löhnungen und Pensionen der hierbei angestellten Beamten. Die oben erwähnte Dotation wird in dem grossen Schuldbuche des Staates in der Form einer immerwährenden und unveräusserlichen Rente auf den Namen des heiligen Stuhles vorgemerkt werden und wird während der Erledigung des päpstlichen Stuhles zur Bestreitung aller Bedürfnisse der römischen Kirche während dieser Zwischenzeit fortbezahlt. Dieselbe bleibt von jeder Art von Steuern und staatlichen, communalen und provinzialen Lasten frei und wird selbst in dem Falle, dass die italienische Regierung sich nachträglich entschliessen würde, die Kosten für die Museen und die Bibliothek auf sich zu nehmen, nicht vermindert werden können. §. 5. Ausser der im vorigen Artikel festgesetzten Dotation verbleibt dem Papste der Niessbrauch der apostolischen Paläste des Vaticans und des Laterans nebst allen dazu gehörigen oder davon abhängigen Gebäuden, Gärten und Grundstücken, sowie die Villa von Castel Gandolfo nebst deren Umgebung und Zubehör. Die besagten Paläste, Villa und deren Zubehör, sowie auch die daselbst befindlichen Museen, die Bibliothek und die Kunst- und archäologischen Sammlungen sind unveräusserlich und frei von jeder Steuer oder Abgabe, sowie von der Expropriation zu öffentlichen Zwecken. §. 6. Während der Erledigung des päpstlichen Stuhles wird keine gerichtliche oder politische Behörde aus irgend einem Grunde die persönliche Freiheit der Cardinäle hindern

oder beschränken können. Die Regierung trifft die nöthigen Maassregeln, um die Versammlung des Conclave und der ökumenischen Concilien vor jeder Störung durch äussere Gewalt zu sichern. §. 7. Kein Staatsbeamter oder Polizeiagent kann zur Ausübung von Amtshandlungen in die Paläste und Oertlichkeiten, wo der Papst gewöhnlich residirt oder sich zeitweilig aufhält, oder wo das Conclave oder ein ökumenisches Concil versammelt ist, ohne die Ermächtigung des Papstes, des Conclave oder des Concils eindringen. §. 8. Es ist verboten, Untersuchungen, Nachforschungen oder Beschlagnahmen von Papieren, Urkunden, Büchern oder Registern in den ausschliesslich mit einem geistlichen Wirkungskreise bekleideten päpstlichen Aemtern und Congregationen vorzunehmen. §. 9. Der Papst hat volle Freiheit, alle Functionen seines geistlichen Amtes auszuüben und die Acte dieses seines Amtes an den Thoren der Basiliken und der Kirchen Roms anschlagen zu lassen. §. 10. Die Geistlichen, welche von Amtswegen in Rom an der Erlassung der Acte der geistlichen Gewalt des heiligen Stuhles theilnehmen, werden deshalb von der Staatsgewalt weder irgendwie belästigt, noch einer Untersuchung unterworfen, noch zur Rechenschaft gezogen. Jeder Ausländer, der ein geistliches Amt in Rom bekleidet, geniesst alle persönlichen Garantien, die den italienischen Staatsbürgern kraft der Gesetze des Königreichs zugesichert sind. §. 11. Die bei Seiner Heiligkeit accreditirten Gesandten auswärtiger Regierungen geniessen im Königreiche alle Prärogativen und Immunitäten, welche in Gemässheit des Völkerrechts den diplomatischen Agenten zukommen. Die strafrechtlichen Bestimmungen über die Beleidigungen der bei der italienischen Regierung accreditirten Gesandten auswärtiger Mächte werden auf die Beleidigungen jener ausgedehnt. Den Gesandten Seiner Heiligkeit bei den auswärtigen Regierungen sind im Gebiete des Königreichs die herkömmlichen völkerrechtlichen Prärogativen und Immunitäten, sowohl beim Abgange nach dem Orte ihrer Mission als bei der Rückkehr von demselben zugesichert. §. 12. Der Papst correspondirt in voller Freiheit und ohne irgend eine Einmischung der italienischen Regierung mit dem Episkopat und mit der ganzen katholischen Welt. Zu diesem Zwecke ist ihm das Recht eingeräumt, im Vatican oder in irgend einer anderen seiner Residenzen ein Post- und ein Telegraphenbureau zu errichten, deren Dienst durch von ihm freigewählte Beamte versehen wird. Das päpstliche Postamt wird in geschlossenen Briefpaketen direct mit den Auswechselungspostämtern des Auslandes correspondiren oder aber seine Briefschaften den italienischen Postämtern zur Beförderung übergeben können. In beiden Fällen wird die Beförderung der mit dem Siegel (Stempel) des päpstlichen Telegraphen- oder Postamtes versehenen Depeschen oder Briefschaften im italienischen Staatsgebiete von jeder Taxe oder Auslage befreit sein. Die im Namen des Papstes abgesendeten Couriere sind im Königreiche den Cabinetscourieren der auswärtigen Regierungen gleichgestellt. Das päpstl. Telegraphenbureau wird mit dem Telegraphennetze des Königreichs auf Staatskosten in Verbindung gesetzt. Die vom besagten Bureau mit dem authentischen Nachweise derselben als päpstl. aufgegebenen Telegramme werden im Königreiche mit dem für Staatstelegramme festgesetzten Vorrange angenommen und befördert und sind von jeder Taxe frei. Dieselben Vortheile geniessen die Telegramme des Papstes oder die in seinem Namen unterzeichneten, welche mit dem Siegel (Stempel) des heiligen Stuhles versehen, bei irgend einem Telegraphenbureau des Königreichs aufgegeben werden. Die an den Papst gerichteten Telegramme werden von den vom Empfänger zu entrichtenden Taxen befreit sein. §. 13. Die Seminarien, Akademien, Collegien und andere zur Erziehung und Ausbildung der Geistlichen gegründeten katholischen Institute in der Stadt Rom und in den sechs suburbicarischen Bisthümern werden auch in Zukunft ausschliesslich vom heiligen Stuhle ohne irgend welche Einmischung der Schulbehörden des Staates abhängen. II. Titel. Beziehungen des Staates zur Kirche. §. 14. Jede specielle Beschränkung der freien Ausübung des Versammlungsrechtes der Mitglieder des katholischen Klerus ist abgeschafft. §. 15. Die Regierung verzichtet auf das Recht der apostolischen Legatie in Sicilien, und im ganzen Königreiche auf das Recht der Ernennung oder des Vorschlags bei der Verleihung der höheren Kirchenämter. Von den Bischöfen wird nicht gefordert werden, dass sie dem Könige den Eid leisten. Die höheren und niederen Beneficien können ausser in der Stadt Rom und in den suburbicarischen Bisthümern nur Staatsbürgern des Königreichs verliehen werden. Hinsichtlich der Beneficien königlichen Patronates wird keine Neuerung eingeführt. §. 16. Das Exequatur und das Placet Regium und jede andere Art der staatlichen Bewilligung zur Bekanntmachung und Durchführung der Acte der kirchlichen Gewalt sind abgeschafft. So lange jedoch, als nicht durch das Specialgesetz, wovon der Art. 18. handelt, anders bestimmt wird, bleiben dem Exequatur und dem Placet Regium alle jene Acte der kirchlichen Gewalt unterworfen, welche Bestim-

mungen über das Kirchengut und die Einführung in die Temporalien der höheren und niederen Beneficien, mit Ausnahme jener in der Stadt Rom und den suburbicarischen Bisthümern, betreffen. Die Bestimmungen der Civilgesetze über die Gründung und die Art des Fortbestandes der päpstlichen Institute, und über die Veräusserung ihrer Güter bleiben aufrecht erhalten. §. 17. In geistlichen und in Disciplinarangelegenheiten ist weder die Beschwerde oder die Appellation gegen Acte der Kirchengewalt gestattet, noch aber wird diesen eine zwangweise Vollzugskraft zuerkannt oder bewilligt. Das Erkenntniss über die Rechtsfolgen sowohl dieser als aller anderen Acte der geistlichen Gewalt gehört zur Jurisdiction des Staates. Diese Acte sind jedoch wirkungslos, wenn sie den Staatsgesetzen oder der öffentlichen Ordnung widerstreiten oder Rechte von Privatpersonen verletzen, und unterliegen den Strafgesetzen, wenn durch sie ein Reat begangen wird. §. 18. Ein besonderes Gesetz wird die Maassregeln über die Regelung, die Erhaltung und die Verwaltung des Kirchengutes im Königreiche bestimmen. §. 19. In allen Angelegenheiten, welche Gegenstand des gegenwärtigen Gesetzes sind, hört die Rechtskraft jeglicher noch gültigen Anordnung auf, insofern sie dem gegenwärtigen Gesetze widerstreitet.

V. (§. 57. no. 11.).

c. 3. de elect. in VI^to (1,6.) *Conc. v. Lyon* 1274: .. Statuimus: ut si .. Pontificem in ciuitate, in qua cum sua curia residebat, diem claudere contingat extremum: cardinales qui fuerint in ciuitate ipsa praesentes, absentes expectare decem diebus tantummodo teneantur. Quibus elapsis, sive absentes venerint, siue non, extunc omnes conueniant in palatio, in quo idem Pontifex habitabat, contenti singuli singulis, tantummodo seruientibus clericis vel laicis, prout duxerint eligendum. Illis tamen, quibus patens necessitas id suggerit indulgeri, duos habere permittimus, eisdem electionis arbitrio reseruato. In eodem autem palatio unum conclaue, nullo intermedio pariete seu alio velamine, omnes inhabitent in communi, quod, reseruato libero ad secretam cameram aditu, ita claudatur undique, ut nullus illud intrare valeat vel exire. Nulli ad eosdem cardinales aditus pateat, vel facultas secrete loquendi cum eis, nec ipsi aliquos ad se venientes admittant: nisi eos, qui de voluntate omnium cardinalium inibi praesentium, pro iis tantum quae ad electionis instantis negocium pertinent, vocarentur. Nulli etiam fas sit ipsis cardinalibus, vel eorum alicui, nuncium mittere, vel scripturam; qui vero contra fecerit, scripturam mittendo vel nuncium, aut cum aliquo ipsorum secrete loquendo, ipso facto sententiam excommunicationis incurrat. In conclaui tamen praedicto aliqua fenestra competens dimittatur, per quam eisdem cardinalibus ad victum commode necessaria ministrentur, sed per eam nulli ad ipsos patere possit ingressus. Verum si (quod absit) intra tres dies postquam, ut praedicitur, conclaue praefatum iidem cardinales intrauerint, non fuerit ipsi ecclesiae de pastore prouisum, per spacium quinque dierum immediate sequentium, singulis diebus, tam in prandio, quam in coena uno solo ferculo sint contenti; quibus (prouisione non facta) decursis, extunc tantummodo panis, vinum et aqua ministrentur eisdem, donec eadem prouisio subsequatur. Prouisionis quoque huiusmodi pendente negocio, dicti cardinales nihil de camera papae recipiant: nec de aliis eidem ecclesiae tempore vacationis obuenientibus undecunque: sed ea omnia ipsa vacatione durante, sub eius, cuius fidei et diligentiae camera eadem est commissa, custodia maneant, per eum dispositioni futuri Pontificis reseruanda. Qui autem aliquid receperint, teneantur extunc a receptione quorumlibet redituum ad eos spectantium abstinere: donec de receptis taliter plenariam satisfactionem impendant. Iidem quoque cardinales accelerandae prouisioni sic vacent attentius, quod se nequaquam de alio negotio intromittant, nisi forsan necessitas adeo urgens incideret, quod eos oporteret de terra ipsius ecclesiae defendenda, vel eius parte aliqua prouidere, vel nisi aliquod tam grande, et tam euidens periculum immineret, quod omnibus et singulis cardinalibus praesentibus concorditer videretur illi celeriter occurrendum. Sane si aliquis ex praedictis cardinalibus conclaue praedictum, ut supra exprimitur, non intrauerit, aut intrans absque manifesta causa infirmitatis exierit, ipso minime requisito, nec in eiusdem electionis negotio ulterius admittendo, per alios ad eligendum summum Pontificem libere procedatur. Si vero infirmitate superueniente, idem conclaue ex eis aliquem exire contingat, ipsa etiam infirmitate durante poterit eius suffragio non requisito, ad electionem procedi. Sed si ad alios post sanitatem sibi redditam, seu ante, redire voluerit, vel etiam si alii absentes, quos per decem dies diximus expectandos, superuenerint: re integra videlicet antequam eidem ecclesiae sit de pastore prouisum in eodem negotio, in illo statu in quo ipsum invenerint, admittantur, praemissa tam de clausura, quam de seruientibus, cibo, ac potu, et reliquis cum aliis servaturi. §. 2. Porro si quando Romanum Pontificem extra ciuitatem praedictam, in qua erat cum sua curia residens, contigerit ab hac luce migrare, teneantur cardinales in ciuitate, in cuius territorio, seu districtu idem Pontifex obiit,

conuenire, nisi sit forsitan interdicta, vel contra ecclesiam Romanam in aperta rebellione persistat. Quo casu in alia viciniori conueniant, quae similiter nec interdicto subiaceat, nec sit, ut praedicitur, aperte rebellis. In hac etiam ciuitate tam quoad expectationem absentium, quam quoad habitationem communem, clausuram, et caetera omnia in domo episcopali, vel alia qualibet eisdem cardinalibus deputanda: eadem obseruentur, quae superius obeunte dicto Pontifice in ea, in qua cum sua curia residebat, sunt expressa. §. 3. Praeterea, quia parum est iura condere, nisi sit, qui eadem tueatur, adiiciendo sancimus: ut domini aliique rectores, et officiales ciuitatis illius, in qua Romani Pontificis electio fuerit celebranda, auctoritate nostra, et eiusdem approbatione concilii potestate sibi tradita, praemissa omnia et singula plene ac inuiolabiliter sine fraude ac dolo aliquo faciant obseruari, nec cardinales ultra quam praemittitur, arctare presumant. Super his autem taliter obseruandis, statim audito summi Pontificis obitu, coram clero et populo uniuerso ciuitatis ipsius ad hoc specialiter conuocandis, praestent corporaliter iuramentum. Quodsi praemissa diligenter non obseruauerint, aut fraudem in eis, vel circa ea commiserint, cuiuscunque sint praeeminentiae, conditionis, aut status, omni cessante priuilegio, eo ipso sententiam excommunicationis incurrant, et perpetuo sint infames, nec unquam eis portae dignitatis pateant, nec ad aliquod publicum officium admittantur. Ipsos insuper feudis, et bonis caeteris, quae ab eadem Romana ecclesia, vel quibuslibet aliis ecclesiis obtinent, ipso facta decernimus esse priuatos, ita, quod ad ecclesias ipsas plene ac libere reuertantur, administratorum earundem ecclesiarum arbitrio sine contradictione aliqua disponenda. Ciuitas vero praedicta non solum sit interdicto supposita, et sed pontificali dignitate priuata. §. 4. Caeterum quia, cum arbitrium, vel inordinatus captiuat affectus, vel ad certum aliquem obligationis cuiusque necessitas adigit, cessat electio, dum libertas adimitur elegendi, cardinales eosdem obsecrantes per viscera misericordie Dei nostri, per aspersionem sui preciosi sanguinis obtestamur, ut pensantes attentius quid eis imminet, cum agitur, de creatione vicarii Jesu Christi, successoris Petri, rectoris uniuersalis ecclesiae, gregis dominici directoris, omni priuatae affectionis inordinatione deposita, et cuiuslibet pactionis, conuentionis, obligationis necessitate, nec non condicti et intendimenti contemplatione cessantibus, non in se reciprocent considerationis intuitum vel in suos, non quae sua sunt, quaerant, non commodis priuatis intendant, sed nullo arctante ipsorum in eligendo iudicium nisi Deo, puris et liberis mentibus nuda electionis conscientia utilitatem publicam libere prosequantur, omni conatu et sollicitudine, prout possibilitas patitur, id acturi tantummodo, ut eorum ministerio acceleretur utilis, et pernecessaria totius mundi prouisio, idoneo celeriter eidem ecclesiae sponso dato. Qui autem secus egerint, diuinae subiaceant ultioni, eorum culpa, nisi graui propter hoc peracta poenitentia, nullatenus abolenda. Et nos nihilominus pactiones, conuentiones; obligationes, condicta et intendimenta omnia, siue iuramenti, siue cuiuslibet alterius fuerint vinculo firmitatis annexa, cassamus, irritamus et viribus decernimus omnio carere ita, quod nullus ad illa obseruanda quomodolibet sit adstrictus nec quisquam ex eorum transgressione notam vereatur fidei non servatae, sed non indignae laudis titulum potius mereatur, quum lex etiam humana testetur, Deo magis transgressiones huiusmodi, quam iurisiurandi observationes acceptas. §. 5. Quia vero fidelibus non est, tam de sollicita quantumcunque inuentione fidendum, quam de instantia orationis humilis et deuotae sperandum: huic adiicimus sanctioni, ut in omnibus ciuitatibus, caeterisque locis insignibus, ubi primum de memorati pontificis obitu certitudo claruerit, a clero et populo, solennibus pro eo exsequiis celebratis, singulis diebus, donec de ipsius ecclesiae prouisione indubitanter rumor pertulerit veritatem, humiles preces fundantur ad Dominum, apud eum deuotis orationibus insistatur, ut ipse, qui concordiam facit in sublimibus suis, sic efficiat eorundem cardinalium corda in eligendo concordia, quod prouisio celer, concors, et utilis, prout animarum salus exigit et totius orbis requirit utilitas, ex ipsorum unanimitate sequatur. Et ne tam salubre praesentis sanctionis edictum ignorantiae negligi praetextu contingat: districte praecipimus, ut patriarchae, archiepiscopi, episcopi, et alii ecclesiarum praelati, caeterique, quibus concessum est proponere verbum Dei, clerum et populum, propter hoc specialiter frequentius congregandos, in suis sermonibus ad supplicum precum suffragia pro celeri et felici exitu tanti negotii frequentanda sollerter hortentur, et ipsis eadem auctoritate, non solum orationum frequentiam, sed obseruantiam, prout circumstantiae pensandae suaserint, ieiuniorum indicant.

VI. (§. 57. no. 13).

Caeremoniale Gregorii XV. 1621: — — —

Exequiis defuncti Pontificis completis et interim conclavi opportuno praeparato, cardinales in basilica sancti Petri vel alibi pro temporis et loci opportunitate conveniunt, ubi per decanum sacri collegii, vel, eo impe-

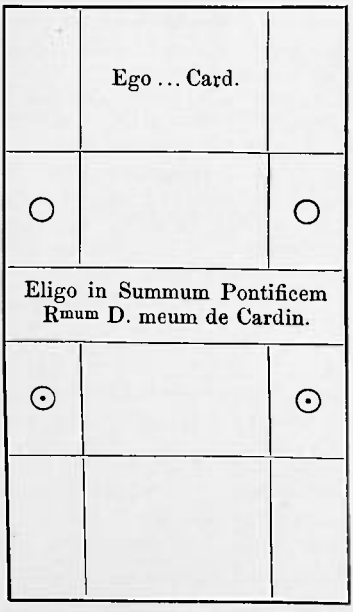
dito, per alium ex antiquioribus cardinalibus missa de Spiritu Sancto celebratur, et in fine per aliquem praelatum aut alium virum doctum, habetur oratio, in qua monentur, ut repositis omnibus privatis affectibus, solum Deum prae ocnlis habentes, sanctae Romanae et universali Ecclesiae de Pastore sufficienti et idoneo, providere omni qua possunt brevitate ac diligentia curent, ad apostolicarum constitutionum et sacrorum conciliorum praescriptum. Re divina peracta, clericus caeremoniarum capit crucem papalem et procedit, quam cardinales sequuntur, episcopi primum, deinde presbyteri, postremo diaconi eum suis cappis violaceis: crucem praecedunt familiares cardinalium et immediate cantores hymnum Veni Creator Spiritus cantantes; post cardinales sequuntur praelati, atque ita processionaliter procedentes conclave ingrediuntur, et cum ad capellam pervenerint, cardinalium decanus apud altare dicit orationem Deus, qui corda fidelium, qua finita leguntur et iurantur per cardinales constitutiones de Romani Pontificis electione et una cum eis constitutio novissima Gregorii XV. Deinde cardinales, post sermonem habitum per decanum, quo eos convenientibus verbis ad electionis negotium rite et recte peragendum hortatur, ad cellas sorte inter eos iuxta constitutionem Pii IV. distributas divertunt, et post prandium omnes rursus simul congregantur officiales conclavis et alii praestant sacro collegio iuramenta consueta. Cardinales autem ingressi conclave non exeant vespere reversuri, sed in ipso omnino permaneant. Ipsumque conclave, post ter iussu cardinalis decani personatam campanulam, videlicet prima vice circa primam horam noctis, secunda circa secundam, et tertia circa tertiam, exclusis omnibus, qui in conclavi remanere non debent, intus et extra claudatur et claves S. R. E. camerario ac magistro caeremoniarum et praelatis custodibus conclavis iuxta solitum assignentur. Deinde accensis funalibus tres cardinales capita ordinum et camerarius una cum magistro caeremoniarum latebras et angulos omnes conclavis diligenter perquirunt, ne quis ex iis, qui esse in conclavi prohibentur, intus remanserit. In conclavi autem esse possunt familiares cardinalium et alii officiales et ministri conclavis, qui in constitutione Pii IV. recensentur quibus adduntur duo alii, unus famulus pro magistris caeremoniarum, et alius pro secretario sacri collegii; hac tamen conditione adiecta, ut famulus magistrorum caeremoniarum actu uni et illis inserviat, et per sex menses ante fuerit eius continuus commensalis, quae conditio in famulo secretarii similiter exigitur: omnium autem istorum conclavistarum post prandium diei sequentis fit recognitio, ne quis inter illos forte esset ex iis, qui in conclavi esse non possunt, quae recognitio ut certius fiat, iubentur conclavistae omnes intrare cappelam et postea singillatim recensentur. Clauso conclavi, servari debent omnia, quae de colloquiis, litteris et cibis et quae de non ingredientibus cardinalibus, aut iisdem, aut eorum familiaribus, postquam ingressi sunt, exeuntibus in constitutione Pii IV. sancita sunt. Quod vero attinet ad vestes, non solum cum ad electionem cardinales procedunt, croceis uti debent, sed, iuxta vetus caeremoniale, cum aliquid collegialiter agendum est.— — — — — — —

— — — — — — — — — — — — — — — —

Quoniam autem ex Gregoriana Constitutione ad actum electionis, sub poena nullitatis, devenire non possunt patres, nisi clauso conclavi: tres cardinales et camerarius, eiusdem constitutionis exsecutores deputati, providebunt, ut, statim post clausum conclave diligens per aliquos fiat inquisitio super ipsa clausura, eoque in effectu reperta, curabunt, ut de ea publicum fiat documentum per magistrum caeremoniarum rogandum, et post huiusmodi documentum, etiamsi conclave in totum, vel pro parte, de facto apertum fuisse reperiatur, semper tamen clausum, et pro clauso censeri et haberi debet ad effectum validitatis electionis, donec de consensu duarum partium cardinalium praesentium per secreta suffragia apertum esse declaretur. Haec tamen declaratio, electioni, quae ante ipsam facta fuerit, nullatenus praeiudicare debet, neque ob ipsam declarationem praecedens electio impugnari potest. Mane sequenti post clausum praecedenti nocte conclave, post solitum campanulae sonum conveniunt cardinales in eo praesentes, qui infirmitate non sunt impediti, ad capellam Paulinam, et ibi celebrata consueta missa, et facta cardinalium communione statim ad negotium electionis procedere debent, quod quidem hodie ex Gregorii Constitutione uno tantum ex tribus modis sive formis agendum est, alioquin electio nullitatis vitio subiacet. Primus modus est, qui quasi per inspirationem vocatur: quando scilicet omnes cardinales quasi afflati Spiritu Sancto aliquem unanimiter et viva voce summum Pontificem proclamant: circa quem modum ex constitutione Gregoriana infrascripta notari possunt: Primum, hac forma electionis practicari potest solum in conclavi et eo clauso: secundo, debet fieri electio secundum hanc formam ab omnibus et singulis cardinalibus in conclavi praesentibus; tertio, communiter et nemine eorum dissentiente: quarto, nullo praecedente de persona tractatu et per verbum: eligo, et intelligibili voce prolatum aut scripto expressum, si voce non possit proferri. Exemplum autem huius potest esse

huiusmodi: si aliquis patrum, clauso conclavi, nullo, ut praefertur, praecedente speciali tractatu, diceret: „Reverendissimi domini, perspectu singulari virtute et probitate R. D. N., iudico illum eligendum esse in summum Pontificem, et ex nunc ego ipsum eligo in Papam;" deinde hoc audito, si ceteri patres, nemine excepto, sequentes primi sententiam, eodem verbo, „eligo" intelligibili voce prolato, aut si non potest in scriptis expresso, eundem N. de quo nullus specialis tractatus praecessit, communiter eligerent, ipse N. esset canonice electus et verus Papa, secundum hanc electionis formam, quae dicitur per inspirationem. Secundus modus est per compromissum, quando scilicet cardinales, ad electionem per hanc formam seu viam procedere volentes, committerent aliquibus ex patribus eligendi potestatem, ut vice omnium Ecclesiae Catholicae provideant de Pastore. Cuius formae praxis potest esse huiusmodi: primo omnes et singuli cardinales in conclavi praesentes, nemine eorum dissentiente, in aliquos ex patribus compromissum faciunt, exempli gratia in hanc formam: In nomine Domini, amen. Anno ab eiusdem etc., mense, etc., die etc., nos episcopi, presbyteri et diaconi S. R. E. cardinales omnes et singuli in conclavi existentes, videlicet N. N. (et singillatim omnes nominentur cardinales) elegimus et eligimus per viam procedere compromissi, et unanimiter et concorditer, nemine discrepante, eligimus compromissarios N. N., et N. cardinales etc., quibus damus plenariam facultatem et potestatem providendi S. R. E. de pastore, sub hac forma videlicet — — — — — (— — — — — — — — — — — — — —). His autem vel aliis similibus expressis addi compromissioni solet tempus, ad quod usque volunt cardinales potestatem compromissariis habere eligendi, et postea subiunguntur haec verba: Et promittimus, nos illum pro Romano Pontifice habituros, quem D. D. compromissarii secundum formam praedictam duxerint eligendum, vel alia ad formam compromissariis praescriptam accomodata. Secundo, completo huiusmodi mandato, compromissarii ad partem in aliquo loco separato se conferunt, et de electione facienda tractant, et solet inter eos praemitti protestatio, quae per quamcunque prolationem verborum suum dare consensum non intelligunt, nisi in scriptis illum expresse ponant. Et haec protestatio videtur necessaria inter compromissarios, ut verbis humanis et reverentialibus inter se sine praeiudicio uti possint. Tertio, facta per compromissarios electione secundum formam eis praescriptam, et servatis iis, quae Gregorius XV. in sua Constitutione iussit, electus per huiusmodi viam compromissi est canonicus et verus Papa. Tertius modus seu forma electionis Romani Pontificis, est, quae vocatur per scrutinium, vel per scrutinium et accessum, cuius formae ritus secundum Gregorianam constitutionem, quae vult non solum scrutinium fieri secretum, sed etiam accessum, continet tres actiones, alteram, quae „antescrutinium," alteram quae „scrutinium" et tertiam quae „postscrutinium" appellari potest. Antescrutinii actus sunt quinque, videlicet: praeparatio schedularum scrutinii et accessus, extractio scrutatorum et deputatorum pro votis infirmorum per sortem, scriptio schedularum scrutinii, eorum complicatio et obsignatio. Schedularum praeparatio ad magistros caeremoniarium pertinet, qui eas impressas, ubi fieri poterit, alioquin unius manus scriptas secundum formam inferius describendam accipient, tam pro scrutinio quam pro accessu, et ponent in duobus discis vulgo „bacili" nuncupatis, quos in mensa ante altare collocabunt, ut inde possint cardinales, cum opus fuerit, schedulas sumere. Forma autem schedulae scrutinii quod eius figuram attinet, erit altera parte longior, hoc est plus longa, quam lata; longitudo eius erit fere palmi, latitudo autem dimidii palmi. Quo vero ad contenta in ea, in anteriori eius parte, quae brevitatis gratia facies nominari potest, tria continere debet: primo, in superiori parte, secundum eius latitudinem, duo haec verba: ego cardinalis, cum tanta ab invicem distantia, ut inter ipsa nomen proprium cardinalis

Exemplum faciei schedulae scrutinii.

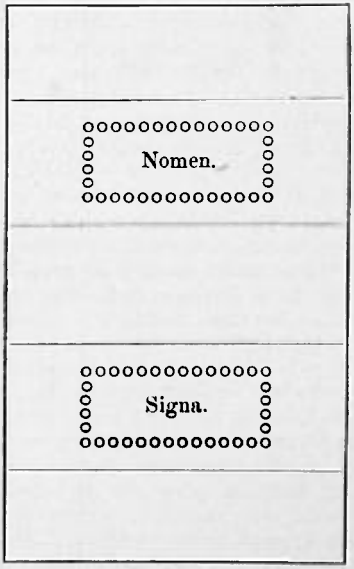


eligentis scibi possit, et paulo inferius duos

Exemplum faciei schedulae accessus.

circulos parvos, ad loca sigillorum indicanda: secundo, in medio continere debet haec verba: Eligo in summum Pontificem reverendissimum meum D. Cardinalem: tertio, in parte inferiori alios duos parvos circulos ad loca

Exemplum tergi schedularum scrutinii et accessus.



sigillorum similiter demonstranda. Forma vero schedulo accessus, eadem prorsus est, quae scrutinii, nisi quod in medio eius loco verborum: Eligo in summum Pontificem R.-mum dominum meum D. Cardinalem, ponuntur haec verba: Accedo Rev. mo domino meo D. Cardinali. Verum facilius, quae dicta sunt, percipientur ex infrascriptis figuris et exemplis. In exteriori autem parte schedularum, tam scrutinii, quam accessus, quae tergum nominari potest, duo sunt imprimendi limbi ex illis quos ad ornatum librorum impressores adhibent, et vulgari vocabulo fregi nuncupantur; quorum primum circa sui medium continet hoc verbum „Nomen," impressum secundum longitudinem ipsius limbi: alterum vero continet hoc verbum: „Signa" similiter impressum, ut praecedens. Hi autem limbi excogitati sunt ad obscurandum diaphanum paginarum, ne scilicet ad lumen nomina et signa eligentium conspici possint; ubi vero impressoris copia non fuerit, limborum defectus lineis suppleri poterit. Sed haec fient clariora per infra positam figuram tergi schedularum scrutinii et accessus. Secundus actus antescrutinii est extractio scrutatorum et deputatorum pro votis infirmorum; quae extractio, antequam ad scrutinium procedatur, sorte facienda est, hoc modo. In uno sacculo aut vase publice ponantur tot schedulae, vel si magis placet sphaerulae ligneae palam numeratae, quot sunt cardinales praesentes in conclavi, cum eorum nominibus; deinde per ultimum diaconum extrahantur primo scrutatores tres, et postea tres deputati pro votis infirmorum, qui brevitatis gratia infirmarii appellari possunt, de quorum omnium officio inferius scribetur. Quod si in extractione scrutatorum et infirmariorum ac etiam recognitorum de quibus suo loco dicetur, extracti fuerint cardinales, qui ob infirmitatem aliudve impedimentum muneribus praedictis satisfacere non possint, alii non impediti loco illorum extrahuntur. Peracta vero extractione, schedulae seu sphaerulae eorum, qui extracti fuerunt, in sacculum seu in vas iterum coniiciantur. Tertius actus antescrutinii est schedularum scrutinii scriptio; quae fiet hoc modo. Ad duas vel plures parvas mensas, quae erunt cum atramento et calamis paratae in loco capellae apto, ut qui scribunt, conspici possint, quid vero scribitur, non possit, accedent cardinales ad ordinem, incipiendo a decano, et ibi sedentes in scabellis paratis, schedulam quisque suam, acceptam prius ex disco, scribet hoc modo: primo in prima parte in spatio inter verba (Ego Card.) scribet proprium nomen, deinde in secunda parte nomen illius quem eligit, charactere tamen, quantum fieri potest, alterato, ut manus scribentis cognosci non possit, et caveat, ne plures in schedula scribat, quia suffragium iuxta Gregorianam constitutionem esset nullum. In tertia vero

parte signa, hoc est numerum aliquem et dictum aliquod Scripturae, seu verbum aut aliquid huiusmodi, ut in exemplo pro faciliori intelligentia oculis subjecto videri est.

Exemplum schedulae scrutinii scriptae.

	Ego Bonifacius Card. Gaetanus.	
○		○
Eligo in Summum Pontificem R. D. meum Card. Baronium.		
⊙		⊙
	18. Gloria in excelsis.	

	Ego Robertus C. Bellarmiuus.	
○		⊙
Eligo in Summum Pontificem R. D. meum Card. Baronium.		
⊙		⊙
	18. Gloria in excelsis.	

Quartus actus antescrutinii est schedularum conplicatio, quae, ut expeditius. peragi a cardinalibus valeat, poterit a caeremoniariis magistris, cum eas praeparant, fieri in hunc, qui sequitur modum. Binae fient plicaturae ex utraque parte cuiusque schedulae, ita ut nomen eligentis et signa, cum fuerint scripta, maneant tecta ex utraque parte a limbis; deinde quod reliquum est, ita complicetur, ut schedula fere ad latitudinem pollicis redigatur, prout ex complicata schedula, quae hic exempli gratia ponitur conspici potest. Ceterum magistri caeremoniarum schedulas non complicatas, ut supra, sed explicatas, et cum cera rubra in parvis circulis, ponent in discis; et cardinales, postquam eas ut supra scipserint, eo usque solum plicabunt, quo nomen et signa eligentis tegantur, reliquas autem plicaturas tunc facient, cum schedulas, ut infra dicetur, obsignaverint. Quintus et postremus actus antescrutinii est schedularum obsignatio, quae ab unoquoque cardinali facienda erit in tergo schedularum cum sigillo ad hoc parato in loco parvorum circulorum, ubi cera fuerit posita. Porro sigillum non debet esse solitum cardinalis, sed aliud et secrete habitum, et ita simplex ut facile notari possit, veluti, si in sigillo sculpantur aut tres numeri, aut tres litterae, vel littera, numeri, vel una tantum imago. Et haec de antescrutinio sufficiant. Ceterum, quod attinet ad cardinales infirmos, aut aliter impeditos, inferius suo loco dicetur. Sequitur secunda actio, quae nomine scrutinii appellata fuit. Octo sunt huius actionis actus videlicet: delatio schedulae, iuramenti praestatio, positio schedulae in calicem, schedularum mixtio, earum numeratio, scrutinii publicatio, schedularum in filum insertio, earumque depositio seorsum. Delatio schedulae et duo sequentes actus, qui melius simul describuntur ob eorum connexitatem, hoc modo fient. Quilibet cardinalis propriam schedulam, postquam illam scripserit, obsignaverit et complicaverit, duobus primis digitis sumet ac elevata manu palam deferet ad altare, penes quod stant scrutatores, in quo est calix magnus ad recipiendas schedulas paratus et patena coopertus, ibique genuflectens, aliquantulum orabit: deinde surgens, alta et intelligibili voce, iurabit in hanc formam, quae in tabella super altari posita descripta habetur: Testor Christum Dominum, qui me iudicaturus est, me eligere, quem secundum Deum iudico eligi debere, et quod idem in accessu praestabo. Post haec schedulam in patenam ponet, et per patenam mittet in calicem; quo facto inclinabit se ad altare, et ad suum locum revertetur. Et haec servanda erunt, si cardinalis ad altare pergere possit, nam si ob infirmam valetudinem non possit, et praesens in capella sit, ultimus scru-

tator discum cum schedulis ad eum deferet, ex quo cardinalis infirmus, unam accipiens, eam in loco suo secrete, ut supra dictum est, conficiet; deinde praevio iuramento praedicto, schedulam obsignatam et complicatam eidem scrutatori tradet, qui eam palam deferet ad altare, et, sine oratione et iuramento, in patenam ponet, et per eam in calicem mittet; quae omnia observanda erunt per ultimum scrutatorem erga eos cardinales, qui in capella praesentes, ob valetudinem ad altare pergere non poterunt. Si vero aliqui cardinales infirmi sint in suis cellis, tres cardinales infirmarii, ut supra extracti, ad eos accedent cum capsula altitudine unius palmi, in cuius superiori parte sit rima, seu foramen eius magnitudinis, ut per illud schedula complicata possit, per suam latitudinem intus capsulam transmitti, quam capsulam, antequam scrutatores infirmariis tradant, palam aperient, ut ceteri cardinales possint eam inanem et vacuam conspicere; deinde claudent, et clavem ponent super altare: deinde infirmarii, cum capsula clausa et cum parvo disco, tot schedulas continenti, quot sunt infirmi cardinales, ad unumquemque eorum accedent; et infirmi acceptas ex disco schedulas, secrete scribent, obsignabunt et complicabunt, et praevio iam dicto iuramento, in capsulam per rimam mittent, quod si infirmi scribere non possint, alii eorum arbitrio deligendi, praestito de secreto servando in manibus infirmariorum iuramento, praedicta facient; atque hi advertere debent, quod non solum iuramenti vinculo tenentur servare secretum, sed etiam in excommunicationem latae sententiae, si contra fecerint, incurrent. His peractis, infirmarii ad capellam revertentur cum capsula, quam scrutatoros aperient et schedulas in ea contentas palam numerabunt et tot repertas, quot sunt infirmi, ponent singillatim in patenam et per patenam simul omnes in calicem. Ne autem nimis in longum protrahatur scrutinii actio, infirmarii poterunt proprias schedulas post decanum conficere et in calicem ponere, deinde, dum ceteri cardinales scrutinium agunt, ad infirmos pergere ad accipienda eorum suffragia, eo modo, quo proxime ante dictum est. Quartus actus scrutinii est schedularum permixtio, quae fiet per primum scrutatorem, calice, in quo ipsae schedulae positae fuerunt, palam cooperto, pluries agitato. Quintus actus est numeratio schedularum, quae palam fiet per ultimum scrutatorem capiendo singillatim unamquamque schedulam ex calice, eamque ponendo in alium, qui ad hoc paratus sit, calicem vacuum. Quod si numerus schedularum non respondeat numero cardinalium, omnes comburendae sunt, et iterum, id est secunda vice, ad suffragia statim est deveniendum. Si vero numerus schedularum numero cardinalium respondet: persequendi sunt alii actus scrutinii. Sextus actus est publicatio scrutinii, quae per scrutatores, qui sedent ad mensam ante altare positam, fiet hoc modo: primus scrutator accipiet unam schedulam, eamque intactis sigillis explicabit, et viso in ea schedula electi nomine, eam tradet secundo scrutatori, qui pariter, eodem electi nomine perspecto, eandem tradet tertio, qui illam alta et intelligibili voce perleget, ut omnes cardinales praesentes notare possint suffragium in folio impresso, quod penes se habebunt cum nominibus omnium cardinalium, notabit autem iuxta nomen cardinalis ex schedula recitati: idem faciendum erit de caeteris schedulis in calice positis usque ad ultimam. Quod si in scrutinii publicatione inveniant scrutatores duas schedulas ita complicatas, ut ab uno tantum datus fuisse appareat, si quidem unus et idem in utraque electus fuerit, schedulae praedictae habebuntur et notabuntur pro uno suffragio; si vero diversi fuerint nominati, neutrum suffragium validum erit, prout in Bulla Gregoriana statuitur de illa schedula, in qua plures nominati sunt; scrutinium tamen neutro casu vitiatur. Ceterum suffragia praedicta, finita scrutinii publicatione, poterunt a patribus iuxta nomina cardinalium, qui ea obtinuerunt, in unam summam redigi, vel separato folio notari, hoc modo: Reverendissimus dominus cardinalis A habet suffragia 25, et Reverendissimus D cardinalis B. habet suffragia 15 et sic de aliis: quod fit, ne cardinales, cum opus est, cogantur semper numerare suffragia, quae iuxta nomina cardinalium notarunt. Septimus actus scrutinii est schedularum in filum insertio, quae, ut schedulae ipsae cautius conservari possint, excogitata fuit. Haec autem insertio fiet per ultimum scrutatorem; inserendo schedulam unamquamque, postquam eam perlegerit, acu cum filo ad hunc effectum parato, in loco ubi est verbum: „Eligo.“ Octavus et postremus scrutinii actus est depositio schedularum seorsum quae similiter fiet per ultimum scrutatorem, qui, finita insertione omnium schedularum in filum, capita fili nodo iunget, et schedulas omnes ita colligatas in alium calicem vacuum vel in mensa seorsum ponet. Sequitur tertia et postrema actio, quae postscrutinium appellata fuit, cuius actus, si sequuta sit electio per scrutinium, tres tantum sunt, videlicet: numeratio schedularum, recognitio suffragiorum et schedularum combustio; de quibus inferius suis locis dicetur. Si vero per scrutinium non sit secuta electio, actus sunt septem, videlicet: accessus; sigillorum et signorum aperitio, eorum annotatio, suffragiorum examen; suffragiorum scrutinii, vel

scrutinii et accessus numeratio; eorum recognitio; et schedularum combustio. Primus itaque actus est accessus, qui immediate post scrutinium, hoc est, post depositas seorsum scrutinii schedulas fiet, nisi forte in scrutinio fuerit creatus Papa; tunc enim nullus fieri debet accessus. In quo quidem accessu eadem omnia servanda sunt a cardinalibus, quae dicta sunt servari debere in scrutinio peragendo, tam in schedularum scriptione, obsignatione, complicatione, delatione, et positione in calicem, quam in earum numeratione, publicatione, notatione suffragiorum et insertione in filum ac depositione seorsum; exceptis tamen infrascriptis. Primo, quod cardinales schedulas pro accessu sumere debent ex disco schedularum accessus. Secundo in schedularum accessus scriptione, si cardinalis nemini velit accedere, debet in media schedulae parte, loco nominis cardinalis, qui scribendus esset, si ad eum fieret accessus, scribere „Nemini.“ Schedula autem accessus scribi et obsignari debet cum eisdem sigillis et signis schedulae scrutinii, sub poena nullitatis suffragii ipsius accessus. Tertio, quod non potest accessus fieri ad eum cardinalem, qui in scrutinio saltem unum suffragium non obtinuerit, neque ad eum, qui ab ipsomet cardinali fuit in scrutinio nominatus. Quarto, quamvis in accessu non liceat plures nominare, sicut non licet in scrutinio plures eligere, sub poena nullitatis suffragii tam in accessu quam in scrutinio, nihilominus licebit accedere uni ex pluribus nulliter a se nominatis in scrutinio, dummodo ei ab alio aliqud suffragium, non tamen nulliter, ut praefertur, in ipso scrutinio datum fuerit. Quinto, quod in accessu non praestatur iuramentum de quo supra, quia in scrutinio fuit iam praestitum per illa verba: „Et quod idem in accessu praestabo.“ Sexte, denique infirmarii deferre debent ad infirmos schedulas accessus, et simul etiam unum folium impressum, in quo sit notatus suffragiorum numerus palam recognitus, quae quisque cardinalis in scrutinio nominatus obtinuerit. Secundus, tertius et quartus actus postscrutinii sunt sigillorum et signorum aperitio eorum adnotatio, suffragiorum examen, qui tunc solum locum habere possunt, quando secuta est electio per scrutinium et accessum: fieri autem debent hoc modo. Primus scrutator schedulas accessuum, quos obtinuit electus, in ea parte solum, quae signa continet, aperiet, et inspectis diligenter earum sigillis et signis, apertas, ac in filo, ut erunt, insertas, tradet secundo scrutatori, et secundus, eadem inspectione facta, porriget tertio, qui alta et intelligibili voce, sigilla et signa praedictarum schedularum enunciabit et adnotabit in latere sinistro folii impressi, ad hunc effectum parati, sub verbis „sigilla et signa accessuum“ quam etiam adnotationem facient ceteri cardinales, si voluerint in simili folio impresso. Deinde primus scrutator, reliquis scrutatoribus inspicientibus pro accessuum praedictorum examine, capiet schedulas scrutinii et incipiens ab uno capite fili, in quo insertae sunt, sigillum primae eius schedulae quaeret in sigillis accessuum notatis, ut supra in folio impresso, et si illud in ea non invenerit, ommissa prima scrutinii schedula, capiet secundam, eiusque sigillum similiter quaeret; quod si etiam non invenerit, capiet tertiam, et deinde sequentes, singillatim, donec sigillum alicuius earum inveniat; eoque invento, scrutinii schedulam in ea parte, ubi signa sunt, aperiet, et si non invenerit signa huius schedulae concordare cum signis accessus, schedulam illam ommittet et aliam capiet, sicut paulo ante de scheduliis non concordantibus sigillo dictum est; si vero invenerit signa concordare, ostendet illa secundo et tertio scrutatoribus, qui una cum ipsis, post diligens examen super identitate sigillorum et signorum ambarum schedularum, scrutinii scilicet et accessus, inspiciet, an idem vel diversi in utraque schedula sint nominati; et si idem nominatus sit, suffragium accessus nullum censebitur; si vero diversi nominati sint, suffragium accessus pro valido habebitur; et hoc casu tertius scrutator sigillum et signa schedulae scrutinii, ac etiam nomen electi, qui in ea continetur, alta et intelligibili voce enunciabit, et adnotabit in latere dextero praedicti folii impressi, sub verbis, „sigilla et signa scrutinii respondentia accessibus;“ notabit autem ea ex adverso accessus concordantes in sigillo et signis, quam adnotationem ceteri quoque cardinales, si voluerint, in simili folio impresso facient. Sed huiusmodo actus qui explicatione difficiliores sunt, quam operatione, exemplo melius percipientur.

Exemplum
folii impressi in quo accessus et scrutinii sigilla ac signa concordantia adnotantur.

Sigilla et signa accessuum.	Sigilla et Signa scrutinii accessibus respondentia.	Cardinales nominati scrutinio.
ABC. 43 Deus		
BRF. 32 Bonitas		
RGI. 50 Beatitudo	BRF. 32 Bonitas	Card. S. Euseb.
NSP. 26 Gloria.	RGI. 50 Beatitudo	Card. S. Sixti.

Quod si fortasse in ista inquisitione contingat, duas vel plures schedulas scrutinii reperiri cum eisdem sigillis et signis alicuius schedulae accessus, tunc si in earum aliqua electus nominatus fuerit, in alia vero alius, primus scrutator reliquis scrutatoribus similiter inspicientibus, scrutinii schedulas huiusmodi et schedulam accessus in ea etiam parte,

in qua est nomen eligentis et accedentis aperiet, ut constare possit, secundum Gregorianam Constitutionem, de validitate accessus; si vero in aliqua huiusmodi schedularum scrutinii concordantium cum accessu non sit nominatus electus, debent eae schedulae omitti, et ad subsequens procedendum erit. Quintus actus postscrutinii est numeratio suffragiorum, vel scrutinii solius vel scrutinii et accessus, quae fiet per scrutatores semper, sive sit electio, sive non, et si quidem secuta non sit electio, ut sciatur, quod in eo scrutinio, vel scrutinio et accessu, non habetur Papa, si vero secuta sit, ut constet de canonica Pontificis electione. Fiet autem haec numeratio hoc modo: scrutatores in unam summam redigent suffragia, quae quilibet nominatus in Pontificem obtinuit, sive in scrutinio solo, sive in scrutinio et accessu simul; et si invenerint, nullum ex nominatis ad duas tertias partes suffragiorum pervenisse, non habetur Papa in illo scrutinio; sive scrutinio et accessu; si vero invenerint, aliquem ex nominatis duas tantum partes suffragiorum obtinuisse, aperient electi schedulam, etiam in parte, in qua est nomen eligentis; et si quidem ex ea apparuerit, electum alii suffragatum fuisse, electio eius erit canonica; si vero constiterit, sibi suffragium dedisse, eius electio ex dispositione Gregorianae Constitutionis nulla erit, ob defectum unius suffragii. Si denique plures invenerint duas tertias partes suffragiorum obtinuisse, vel etiam ultra duas tertias, tunc, in suffragiorum paritate nullus erit electus; in imparitate vero, ille est canonicus Papa, qui superat alium, etiam in uno suffragio. Sextus actus postscrutinii est recognitio, quae per recognitores, sive secuta sit electio sive non, fiet; inspiciendo tam schedulas scrutinii et accessus, quam suffragiorum adnotationes factas per scrutatores, ut per huiusmodi recognitionem constare possit, an scrutatores sincere et fideliter muneri suo satisfecerint: recognitores autem extrahentur sorte, ut scrutatores et infirmarii, statim quidem post scrutinium, si secuta sit in eo electio; si vero non sit secuta, post scrutinium et accessum, cum scilicet scrutatores suum impleverint munus per numerationem suffragiorum, ut haec extractio fiet, sive secuta sit electio in scrutinio et accessu, sive non. Septimus et postremus actus post scrutinii est combustio omnium schedularum, quae semper et palam per scrutatores fiet, ac statim post recognitionem sive electio sit secuta sive non. Et haec omnia, quae de scrutinii actibus sunt exposita, servanda erunt diligenter a cardinalibus in omnibus scrutiniis, sive fiant mane post missam, sive vespere post hymnum „Veni Creatos Spiritus.“ Atque hi sunt ritus ex praescripto Constitutionis Gregorii Papae XV., in electione Romani Pontificis observandi.

VII. (§. 63. no. 3.)

C. v. Aachen 816 *c.* 115: Quamquam enim Canonicis, quia in sacris Canonibus illis prohibitum non legitur, liceat linum induere, carnibus vesci, dare et accipere, proprias res et ecclesiae cum humilitate et iustitia habere, quod monachis, qui secundum regularem institutionem arctiorem ducunt vitam, penitus inhibitum est: non tamen in cavendis vitiis et amplectendis virtutibus, eorum a monachorum distare debet vita. . . .

117. Necesse est, . . . ut claustra, in quibus Clero sibi commisso canonice vivendum est firmis undique circumdent munitionibus, ut nulli omnino intrandi aut exeundi, nisi per portam pateat aditus. Sint etiam interius dormitoria, refectoria, cellaria et caeterae habitationes, usibus fratrum in una societate viventium necessariae.

118. Cavendum summopere Praepositis ecclesiarum est, ut in ecclesiis sibi commissis non plures admittant clericos, quam ratio sinit et facultas ecclesiae suppetit. . . .

119. . . . ut nullus praelatorum seclusis nobilibus, viles tantum in sua congregatione admittat personas.

121. . . . ut in unaquaque Canonica congregatione a minimo usque ad maximum, cibum et potum omnes aequaliter accipient, hi videlicet, qui propter aliquam utilitatem in numero canonicorum fuerint admissi. . . .

122. . . . ut in omnibus locis maioribus scilicet et minoribus, accipiant singuli Canonici per singulos dies libras vini quattuor. In locis vero, ubi maiores facultates sunt ecclesiae, verbi gratia, tria aut quatuor, aut certe octo; et eo amplius millia mansi: si eadem regio vinifera fuerit, accipiant per singulos dies quinque libras vini, si tamen sterilitas impedimento non fuerit temporis. Si vero vinifera plene non fuerit, tres libras vini et tres cervisiae. . . .

123. . . . ut religiosissime ordinem Canonicorum serveut, et Praelatis suis ac magistris honorem debitum humiliter impendant. Ut horis Canonicis divinum officium devotissime expleant. Intus forisque non solum habitu et actu, sed etiam ipso incessu irreprehensibiles existant. Ut non otio vacent, non vaniloquiis inserviant, non detractationibus et ceteris vitiorum illecebris incumbant; sed potius aut orationi aut lectioni, aut quibuslibet ecclesiae, aut certe propriis utilitatibus vacent; aut etiam doctrinis sanis et diversarum artium erudiantur disciplinis: ita videlicet ut nullus in congregatione inutilis aut otiosus existens stipendia ecclesiae inofficiose accipiat. Ut quotidie ad collationem veniant; ubi et hanc

institutionem et aliarum scripturarum sanctarum lectiones perlegant et pro admissis veniam postulent, et sententiam pro qualitate admissi suscipiant: ubi etiam de communi profectu, et utilitate ecclesiae pertractent. Ut omnes in dormitorio, nisi quem infirmitas, aut senectus id facere prohibuerit, dormiant. In refectorio quotidie uno reficiantur, nisi forte quem necessitas abesse compulerit. et hoc non sine licentia Magistri fiat. Illis quoque comedentibus et silentium religiose tenentibus continuatim legatur lectio et ab his intentissime audiatur. Ut vicissim in refectorio et caeteris communibus necessitatibus, sibi fraternitatis officio serviant. Ut nullus foras, nisi per licentiam egrediatur, egressus quoque, nullum de se detractationi locum det, sed magis imitabilem se cunctis exhibeat. . . .

124. . . . Ut humilitatem, quam corde gestant, actu, habitu, incessu, ipsa etiam equitatione, religiosissime demonstrent, plusque velint, sancta conversatione eximiisque moribus, quam ornatu vestium fulgere. . . .

Decet porro, ut eorum talis sit vestium cultus, qui occasione vanitatis careat et nihil novitatis, nihil superfluitatis redoleat, nihilque reprehensionis, aut detractationis habeat. Non enim specialiter praesumi debet ab aliquo, quod non generaliter teneatur ab omnibus. . . . 125. . . . Valde indecorum est, Canonicum vestem monasticum induere nisi tamen cum veste etiam propositum voluerit assumere. . . .

131. Studeant summopere Canonici praedictas*) horas vigilantissima cura custodire et in his divinum officium humiliter ac devote pervere. Mox enim ut auditum fuerit signum, solfestinato omnes ad ecclesiam conveniant, quam non pompatice sed cum reverentia et dei timore ingrediantur. Nec cum baculis in choro, exceptis debilibus, sed religiosissime illis standum et psallendum est. . . . Qui vero has horas frequentare et in his, ut dignum est, coeleste neglexerit officium persolvere, digna invectione corripiatur, ut et ipse emendetur et ceteri timorem habentes huiuscemodi negligentiam caveant, sed quoniam aliud est, ex toto omittere, aliud pigre occurrere, qui segniter aut tarde ad matutinum aut ad aliud quodlibet divinum obsequium peragendum occurrerit dignum est, ut non cum aliis in choro, sed omnium ultimus aut certe ut erubescere discat in loco huiuscemodi negligentibus a praelatis constituto stet.: foris vero nullatems remanere praesumat. 133. . . . Tales ad legendum, cantandum et psallendum in ecclesia constituantur, qui non superbe, sed humiliter debitas domino laudes persolvant et suavitate lectionis ac melodiae et doctos demulceant et minus doctos erudiant., plusque velint in lectione, vel cantu populi aedificationem, quam popularem vanissimam adulationem. . . .

134. . . . Si quis frater in congregatione Canonica constitutus horas Canonicas frequentare neglexerit, ecclesiamque non religiose sed pompatice vel incomposite intravcrit et opus dei negligenter executus fuerit, ad collationem venire distulerit, oboedientiam a magistris sibi iniunctam agere recusaverit, in legendo vel cantando, vel in caeteris ecclesiasticis disciplinis iuxta vires studium non exhibuerit ad mensam non necessitate sed vitio tarde occurrerit, e claustris sine licentia exierit, per licentiam vero ingressus, contra constitutum sibi placitum moras fecerit, in plateas ire aut in biviis residere tentaverit, in dormitorio aliquid indecens aut inhonestum verbis aut actibus perpetraverit, alicubi nisi in dormitorio, cum caeteris absque causa inevitabili dormire praesumpserit, fratribus caritatis officio obedienter servire neglexerit, discordiam . . . inter fratres seminaverit et huic institutioni contumax aut superbus, seu murmurans, aut in aliquo contrarius extiterit, et cetera huiuscemodi agere tentaverit: hic primo secundum Dei praeceptum, non solum semel et secundo ac tertio, quinimo crebrius admoneatur: etsi his admonitionibus non cesserit, publica obiurgatioue corripiatur. Quod si et his renisus fuerit, ceteris sibi alimentis interdictis, pane tantum usque ad dignam satisfactionem utatur et aqua. Si vero nec sic se correxerit separetur a mensa, et a societate fratrum in choro psallentium removeatur, et seorsim in loco huiuscemodi negligentibus a praelatis constituto, stare cogatur, ut saltem rubore sequestrationis emendetur. Dein si his modis correptus incorrigibilis extiterit et aetas permiserit, . . . congrua ei verberum adhibeatur castigatio. . . . Ceterum si talis fuerit, quem aut aetas aut qualitas personae verberari non siverit, publica obiurgatione et continua ieiuniorum afflictione et sequestrationis rubore huiusmodi corripiatur, usque dum digna poenitentiae satisfactione veniam consequatur. Si vero uterque et qui flagellatur et quem flagellari aetas, aut qualitas personae prohibent, adhuc incorrigibiles extiterint: sit locus inter claustra Canonicorum, sicut multis in locis noscitur esse, quo ad tempus retrudantur et secundum modum culpae castigentur. Quod si etiam tot saluberrimis admonitionibus et castigationibus necdum paruerint, fiat pro eis ab omni congregatione communis oratio, ut a domino sanentur. Postremo si prorsus inemendabiles et incorrigibiles apparuerint, ne per plures eorum serpant contagia dira, neeesse est, ut a caeterorum societate, utpote oves mor-

*) Vespertin., Complet., Vigil., Matutin.

bidae, secreti, ante praesentiam deducantur Episcopi, ut ab eo Canonica autoritate publice damnentur. Si vero quis in collegio Canonicorum culpam criminalem admiserit, huic nulla est danda dilatio, quia aut sponte poenitentiam pro admisso crimine gerat, aut si id agere refutaverit, coram Episcopo deducatur, ut ob eo publica multetur poenitentia. . . .

135. Solerter rectores ecclesiarum vigilare oportet, ut pueri et adolescentes, qui in congregatione sibi commissa nutriuntur vel eruditur, ita iugibus ecclesiasticis disciplinis constringantur, ut eorum lasciva aetas et ad peccandum valde proclivis, nullum possit reperire locum, quo in peccati facinus proruat. Quapropter in huiuscemodi custodiendis et spiritualiter erudiendis talis a praelatis constituendus est vitae probabilis frater, qui eorum curam summa gerat industria, eosque ita arctissime constringat, qualiter ecclesiasticis doctrinis imbuti, et armis spiritalibus induti et ecclesiae utilitatibus decenter parere et ad gradus ecclesiasticos quandoque digne possint promoveri. . . .

138. Oportet Ecclesiae praelatos, ut de congregatione sibi commissa tales eligant boni testimonii fratres, in quibus onera regiminis secure possint partiri. Quibus etiam talem conferant potestatem, ut vice illorum fungentes et inobedientes Canonica censura corripere et oboedientes hortando ad meliora valeant provocare. . . .

139. Quamvis omnes, qui praesunt, praepositi rite dicantur, usus tamen obtinuit, eos vocari praepositos, qui quandam prioratus curam sub aliis prelatis gerunt. . . .

140. Debet procurare Praelatus, ut fratribus cellarium non vinolentum, non superbum, non tardum, non prodigum, sed moribus honestum ac deum timentem constituat. . . . Cui etiam pistrinum fratrum committendum est, ut illud ita vigilantissima cura custodiat, ne ministri ibidem deputati, annonam fratrum, aut furtim subripiendo aut alio quolibet modo negligenter vivendo, dissipent. . . .

943. Eligatur necesse est a praelato ex congregatione sibi commissa frater probabilis vitae, cui officii sit portam Canonicorum cum summa oboedientia et humilitate, competenti tempore claudere, ac reserare, ut nulli per eam, nisi per licentiam aditus pateat, intrandi, aut exeundi.

VIII. (§. 63. no. 13.)

Preuss. Ges. v. 20. *Mai* 1874: §. 1. In einem katholischen Bisthume, dessen Stuhl erledigt ist, dürfen die mit dem bischöflichen Amte verbundenen Rechte und geistlichen Verrichtungen, insgesammt oder einzeln, soweit sie nicht die Güterverwaltung betreffen, bis zur Einsetzung eines staatlich anerkannten Bischofs nur nach Massgabe der folgenden Bestimmungen dieses Gesetzes ausgeübt werden. §. 2. Wer bischöfliche Rechte oder Verrichtungen der im §. 1. bezeichneten Art ausüben will, hat dem Oberpräsidenten der Provinz, in welcher sich der erledigte Bischofssitz befindet, hiervon unter Angabe des Umfangs der auszuübenden Rechte schriftliche Mittheilung zu machen, dabei den ihm ertheilten kirchlichen Auftrag darzuthun, sowie den Nachweis zu führen, dass er die Eigenschaften besitzt, von denen das Gesetz vom 11. Mai 1873 (Gesetz-Samml. 1873 S. 191.) die Uebertragung eines geistlichen Amtes abhängig macht. Zugleich hat er zu erklären, dass er bereit sei, sich eidlich zu verpflichten, dem Könige treu und gehorsam zu sein und die Gesetze des Staates zu befolgen. §. 3. Innerhalb zehn Tagen nach Empfang der Mittheilung kann der Oberpräsident gegen die beanspruchte Ausübung der im §. 1. genannten bischöflichen Rechte oder Verrichtungen Einspruch erheben. Auf die Erhebung des Einspruchs finden die Vorschriften des §. 16. des Gesetzes vom 11. Mai 1873 (Gesetz-Samml. S. 191.) mit der Massgabe Anwendung, dass die Berufung bei dem Gerichtshofe für kirchliche Angelegenheiten nur innerhalb zehn Tagen zulässig ist. Wenn kein Einspruch erhoben oder der Einspruch von dem Gerichtshofe für kirchliche Angelegenheiten verworfen worden ist, erfolgt die im §. 2. vorgeschriebene eidliche Verpflichtung vor dem Oberpräsidenten oder einem von demselben ernannten Kommissarius. §. 4. Wer vor der eidlichen Verpflichtung bischöfliche Rechte oder Verrichtungen der im §. 1. bezeichneten Art ausübt, wird mit Gefängniss von sechs Monaten bis zu zwei Jahren bestraft. Dieselbe Strafe trifft den persönlichen Vertreter oder Beauftragten eines Bischofs (Generalvikar, Offizial u. s. w.), welcher nach Erledigung des bischöflichen Stuhles fortfährt, bischöfliche Rechte oder Verrichtungen auszuüben, ohne anderweit in Gemässheit der §§. 2. und 3. die Befugniss zur Ausübung derselben erlangt zu haben. Die vorgenommenen Handlungen sind ohne rechtliche Wirkung. §. 5. Kirchendiener, welche auf Anordnung oder im Auftrage eines staatlich nicht anerkannten oder in Folge gerichtlichen Erkenntnisses aus seinem Amte entlassenen Bischofs oder einer Person, welche bischöfliche Rechte oder Verrichtungen den Vorschriften dieses Gesetzes zuwider ausübt, oder eines von diesen Personen ernannten Vertreters Amtshandlungen vornehmen, werden mit Geldstrafe bis zu Einhundert Thalern oder mit Haft oder mit Gefängniss bis zu Einem Jahre und wenn auf Grund eines solchen Auftrags bischöfliche

Rechte oder Verrichtungen ausgeübt sind, mit Gefängniss von sechs Monaten bis zwei Jahren bestraft. §. 6. Wenn die Stelle eines Bischofs in Folge gerichtlichen Urtheils erledigt worden ist, hat der Oberpräsident das Domkapitel zur sofortigen Wahl eines Bisthumsverwesers (Kapitelsvikars) aufzufordern. Erhält der Oberpräsident nicht innerhalb zehn Tagen Nachricht von der zu Stande gekommenen Wahl oder erfolgt nicht binnen weiteren vierzehn Tagen die eidliche Verpflichtung des Gewählten, so ernennt der Minister der geistlichen Angelegenheiten einen Kommissarius, welcher das dem bischöflichen Stuhle gehörige und das der Verwaltung desselben oder des jeweiligen Bischofs unterliegende bewegliche und unbewegliche Vermögen in Verwahrung und Verwaltung nimmt. Zwangsmassregeln, welche erforderlich werden, um das Vermögen der Verfügung des Kommissars zu unterwerfen, trifft der Oberpräsident. Derselbe ist befugt, schon vor Ernennung des Kommissars und selbst schon bei Erlass der Aufforderung an das Domkapitel das im Vorstehenden bezeichnete Vermögen in Verwahrung zu nehmen und die hierzu erforderlichen Massregeln nöthigenfalls zwangsweise zu treffen. §. 7. Die Bestimmungen des §. 6. finden gleichfalls Anwendung: 1. wenn in einem Falle, in welchem die Stelle eines Bischofs in Folge gerichtlichen Urtheils erledigt ist, der Bisthumsverweser aus seinem Amte ausscheidet, ohne dass die Einsetzung eines neuen staatlich anerkannten Bischofs stattgefunden hat, und 2. wenn in anderen Fällen der Erledigung eines bischöflichen Stuhles bischöfliche Rechte oder Verrichtungen von Personen ausgeübt werden, welche den Erfordernissen der §§. 2. und 3. nicht entsprechen. §. 8. Die Bestimmungen des §. 6. über die Bestellung eines Kommissarius zur Verwaltung des dort bezeichneten Vermögens, sowie über die Beschlagnahme dieses Vermögens finden ferner in allen Fällen Anwendung, wenn ein erledigter bischöflicher Stuhl nicht innerhalb eines Jahres nach der Erledigung mit einem staatlich anerkannten Bischofe wiederbesetzt ist. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist ermächtigt, die Frist zu verlängern. §. 9. Die Verwaltungsbefugnisse des Bischofs gehen auf den Kommissarius über. Die Kosten der Verwaltung werden aus dem Vermögen vorweg entnommen. Der Kommissarius vertritt den bischöflichen Stuhl oder den Bischof als solchen in allen vermögensrechtlichen Beziehungen nach Aussen. Er führt die dem Bischof zustehende obere Verwaltung und Aufsicht über das kirchliche Vermögen in dem bischöflichen Sprengel, einschliesslich des Pfarr-, Vikarie-, Kaplanei- und Stiftungsvermögens, sowie über das zu kirchlichen Zwecken bestimmte Vermögen aller Art. Der Kommissarius wird Dritten gegenüber durch die mit Siegel und Unterschrift versehene Ernennungsurkunde auch in den Fällen legitimirt, in welchen die Gesetze eine Spezialvollmacht oder eine gerichtliche, notarielle oder anderweitig beglaubigte Vollmacht erfordern. §. 10. Die Verwaltung des Kommissars endet, sobald ein in Gemässheit der Vorschriften dieses Gesetzes gültig bestellter Bisthumsverweser (Kapitelsvikar) die Bisthumsverwaltung übernimmt, oder sobald die Einsetzung eines staatlich anerkannten Bischofs stattgehabt hat. Der Kommissarius ist für seine Verwaltung nur der vorgesetzten Behörde verantwortlich, und die von ihm zu legende Rechnung unterliegt der Revision der Königlichen Ober-Rechnungskammer in Gemässheit der Vorschrift des §. 10. Nr. 2. des Gesetzes vom 27. März 1872 (Gesetz-Samml. 1872 S. 278.). Eine anderweite Verantwortung oder Rechnungslegung findet nicht statt. §. 11. Der Oberpräsident bringt die nach den Vorschriften dieses Gesetzes erfolgte Bestellung des Bisthumsverwesers, sowie die Ernennung des Kommissars unter Angabe des Tages, an welchem ihre Amtsthätigkeit begonnen hat, ingleichen das Erlöschen der Amtsthätigkeit und den Tag desselben durch den Staatsanzeiger, sowie durch sämmtliche Amts- und Kreisblätter, welche in dem bischöflichen Sprengel erscheinen, zur öffentlichen Kenntniss. §. 12. Die Anwendung der §§. 6. bis 11. wird dadurch nicht ausgeschlossen, dass das Domkapitel für die Dauer der Erledigung des bischöflichen Stuhles einen besonderen Vermögensverwalter (Oekonomen) bestellt oder selbst die Verwaltung übernommen hat, oder dass eine besondere bischöfliche Behörde für dieselbe besteht. §. 13. Während der Dauer einer kommissarischen Verwaltung in den Fällen der §§. 6. und 7. ist derjenige, welchem auf Grund des Patronats oder eines sonstigen Rechtstitels in Betreff eines erledigten geistlichen Amtes das Präsentations- (Nominations-, Vorschlags-) Recht zusteht, befugt, das Amt im Falle der Erledigung wieder zu besetzen und für eine Stellvertretung in demselben zu sorgen. §. 14. Macht der Berechtigte von dieser Befugniss Gebrauch, so kommen die Vorschriften des Gesetzes vom 11. Mai 1873 (Gesetz-Samml. S. 191.) zur Anwendung. Die im §. 22. Absatz 1. daselbst dem geistlichen Oberen im Falle gesetzwidriger Amtsübertragung angedrohte Strafe trifft in gleichem Falle den Berechtigten. §. 15. Wenn der Berechtigte innerhalb zwei Monaten, von der dazu eröff-

neten rechtlichen Möglichkeit an gerechnet, für eine Stellvertretung nicht sorgt oder innerhalb Jahresfrist die Stelle nicht wieder besetzt, so geht seine Befugniss auf die Pfarr- (Filial-, Kapellen- u. s. w.) Gemeinde über. Die Gemeinde hat die im §. 13. bezeichneten Befugnisse in allen Fällen, in welchen ein Präsentationsberechtigter nicht vorhanden ist. §. 16. Liegen die Voraussetzungen des §. 15. vor, so beruft der Landrath (Amtmann), in Stadtkreisen der Bürgermeister, auf den Antrag von mindestens zehn grossjährigen, im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindlichen, männlichen Gemeindemitgliedern, welche nicht einem mitwählenden Familienhaupte untergeordnet sind, sämmtliche diesen Erfordernissen entsprechende Mitglieder der Gemeinde zur Beschlussfassung über die Einrichtung der Stellvertretung oder über die Wiederbesetzung der Stelle. Zur Gültigkeit der Beschlüsse ist erforderlich, dass mehr als die Hälfte der Erschienenen dem Beschlusse zugestimmt hat. Die näheren Bestimmungen über das Verfahren erlässt der Oberpräsident. §. 17. Kommt eine gültige Wahl zu Stande, so ist nach Massgabe des §. 16. ein Repräsentant zu wählen, welcher die Uebertragung des Amtes an den gewählten Geistlichen auszuführen hat. Für das Verhalten und die Verantwortung des Repräsentanten gelten die Vorschriften des §. 14. §. 18. Wird in den Fällen der §§. 13. bis 17. vom Oberpräsidenten kein Einspruch erhoben oder der erhobene Einspruch von dem Gerichtshofe für kirchliche Angelegenheiten verworfen, so gilt der Geistliche als rechtsgültig angestellt. §. 19. Wenn vor dem Tage, an welchem dieses Gesetz in Kraft tritt, die Stelle eines Bischofs in Folge gerichtlichen Urtheils erledigt worden ist, so finden die Vorschriften dieses Gesetzes ebenfalls Anwendung. §. 20. Wo in diesem Gesetze von einem Bischofe, bischöflichen Stuhle, Amte, Sitze u. s. w. oder einem Bisthume die Rede ist, sind darunter auch ein Erzbischof, Fürstbischof, sowie deren Stühle, Aemter, Sitze, Bisthümer u. s. w. zu verstehen. Unter den mit dem bischöflichen Amte verbundenen Rechten und geistlichen Verrichtungen im Sinne dieses Gesetzes sind sowohl die in dem bischöflichen Amte als solchem enthaltenen, als auch die auf Delegation beruhenden Rechte und Verrichtungen begriffen.

VIIIa. (§. 82. no. 2.)

Oldenb. revid. Kirchenordn. Art. 18: Der Kirchenrath besteht aus dem oder den das Pfarramt verwaltenden Geistlichen und mehreren zu Kirchenältesten gewählten Gemeindegenossen. Der Hülfsprediger ist berechtigt an den Berathungen des Kirchenraths Theil zu nehmen, hat jedoch ein Stimmrecht nur dann, wenn er als Vertreter des Pfarrers anwesend ist. Art. 19. Die Kirchenältesten haben die Aufgabe, den Geistlichen in der christlichen Berathung und Pflege der Gemeinde beizustehen. Art. 20. Die Zahl der Kirchenältesten richtet sich nach der Grösse der Pfarrgemeinde. Sie beträgt wenigstens

4 in Gemeinden unter 1000 Kirchengenossen
6 „ „ v. 1000 bis 1500 „
8 „ „ „ 1500 „ 3000 „
10 „ „ „ 3000 „ 5000 „
12 „ „ „ über 5000 „

Der Kirchenrath kann beschliessen, dass eine grössere Zahl von Aeltesten dauernd oder für eine beschränkte Zeit, und dass aus bestimmten Theilen des Sprengels eine bestimmte Anzahl von Aeltesten gewählt werde. Art. 21. Die Kirchenältesten werden von der allgemeinen Gemeindeversammlung auf 6 Jahre gewählt. Je nach 3 Jahren tritt die Hälfte aus. Die Austretenden können wieder gewählt werden. Die bei Erlassung dieses Gesetzes im Amte stehenden Kirchenältesten scheiden nach Ablauf der 4 Jahre, für welche sie gewählt sind, aus dem Kirchenrathe und werden die zum erstenmale (1835) eintretenden, des Uebergangs wegen, nur auf 5 Jahre gewählt. Art. 22. Wählbar zu Aeltesten sind alle Mitglieder der allgemeinen Gemeindeversammlung, welche das 30. Lebensjahr zurückgelegt haben. Die Wähler haben bei der Wahl ihr Augenmerk auf Männer von gutem Ruf und kirchlichem Sinn zu richten. Art. 23. Die Wahl kann abgelehnt werden: 1. auf drei Jahre von denjenigen, welche unmittelbar vorher Kirchenälteste gewesen sind; 2. überhaupt bei einem Lebensalter von 60 Jahren; 3. wegen anderer Umstände, welche der Uebernahme des Amts entgegenstehen oder billig davon befreien. Ueber die Erheblichkeit der Ablehnungsgründe entscheidet der Kirchenrath, vorbehältlich der Berufung an den Oberkirchenrath. Art. 24. Die Entlassung eines Aeltesten wird nach Anhörung des Kirchenraths von dem Oberkirchenrathe ausgesprochen: 1. wegen jedes die Wählbarkeit in den Kirchenrath aufhebenden Grundes; 2. wegen erwiesener Untüchtigkeit; 3. wegen fortdauernder Vernachlässigung der Amtspflicht. Wer sich ohne erheblichen Grund weigert, das Aeltestenamt zu übernehmen oder wegen Vernachlässigung der Amtspflicht aus dem Kirchenrath entlassen ist, verliert auf 3 Jahre sein Stimmrecht. Art. 25. Scheidet ein Kirchenältester vor beendigter Dienstzeit aus, so ist für die noch übrige Zeit ein anderer zu wählen. Der Kirchenrath kann beschliessen, dass solche Ergänzungswahl unterbleibe, so lange er noch $^3/_4$ seiner Mitglieder behält,

und wenn der Neueintretende nicht mindestens 6 Monate im Amte sein kann. Art. 26. Die Wahlhandlung wird, unter angemessener Ermahnung an die Wähler, an zwei Sonntagen von der Kanzel verkündigt und am folgenden Sonntage nach beendigtem Gottesdienste unter Leitung des Kirchenraths vorgenommen. Art. 27. Das Verfahren bei der Wahl richtet sich nach den in der Wahlordnung (Anlage A. I.) enthaltenen Vorschriften. Art. 28. Die Gewählten werden am nächsten Sonntage der Gemeinde vorgestellt und in einer von der oberen Kirchenbehörde zu bestimmenden Form feierlich verpflichtet. Art. 29. Wer zwölf Jahre nacheinander Aeltester gewesen ist, wird Ehrenältester und ist als solcher berechtigt, an den Verhandlungen des Kirchenraths Theil zu nehmen, jedoch ohne Stimmrecht. Art. 30. Dem Kirchenrath steht, wo nicht das Gesetz ein Anderes bestimmt, die Leitung und Vertretung der Pfarrgemeinde zu, insbesondere: 1. die Pflege des christlichen Lebens, 2. die gesetzmässige Mitwirkung bei der Aufsicht über die Schulen zur Wahrung des kirchlichen Einflusses auf die christliche Erziehung der Jugend; 3. die Aufrechterhaltung der kirchlichen Ordnung, namentlich der Gottesdienstordnung und der Sonntagsfeier; 4. die kirchliche Armen- und Krankenpflege, erstere, soweit erforderlich, im Einverständniss mit den Armenbehörden; Fürsorge für Verwahrloste und bürgerlich Bestrafte. Die Aeltesten dürfen sich dabei auch durch andere von dem Kirchenrath gewählte Gehülfen unterstützen lassen; 5. die Verwaltung und Wahrung des Kirchenvermögens der Gemeinde. Die besondere Aufsicht über alle zum Vermögen der Kirchengemeinde gehörigen Gebäude, imgleichen über die vorkommenden Bauten, führt der Kirchenrath durch einzelne seiner Mitglieder, nöthigenfalls mit Zuziehung von Sachverständigen; 6. die Leitung des Kirchenrechnungswesens der Gemeinde nach Massgabe der Anlage B.; 7. der Vorschlag zur Besetzung der Organistenstellen und die Anstellung der unteren Kirchenbeamten. Die Anstellung der Organisten und unteren Kirchenbeamten, welche zugleich Schullehrer sind, wird nach Erlassung des Schulgesetzes gesetzlich geregelt werden; 8. die Wahl der Abgeordneten zur Kreissynode; 9. die Ertheilung von Zeugnissen, die nicht auf Auszüge aus den Kirchenbüchern sich beschränken; 10. die Berufung und Leitung der Gemeindeversammlungen (Art. 17); 11. die Aufstellung und Fortführung der Wahllisten, so wie die Entscheidung über die dagegen vorgebrachten Reklamationen; 12. die Vertretung der Gemeinde nach aussen, namentlich andern Behörden gegenüber; 13. die Ausführung der Beschlüsse des Kirchenausschusses. Art. 31. Den Vorsitz im Kirchenrath führt der Pfarrer; der Stellvertreter desselben wird vom Kirchenrath bei jedem Eintritt neuer Mitglieder gewählt. In Gemeinden, die mehrere Geistliche haben, tritt, falls der erste Geistliche am Vorsitz gehindert ist, der nächste an seine Stelle. Dauernde Vertretung durch einen Aeltesten ist nur mit Genehmigung des Oberkirchenraths zulässig. Art. 32. Der Kirchenrath versammelt sich, von dem Vorsitzenden berufen, monatlich wenigstens einmal, möglichst an bestimmten vorher bekannt zu machenden Tagen. §. 33. Der Vorsitzende kann auch ausserordentliche Sitzungen berufen und ist dazu verpflichtet, wenn wenigstens ein Drittel der Mitglieder es verlangen. Art. 34. Der Kirchenrath ist beschlussfähig, sobald mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Er fasst seine Beschlüsse durch Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Art. 35. Bei Verhandlungen über einen Gegenstand, bei welchem ein Mitglied des Kirchenraths persönlich betheiligt ist, darf dasselbe nur auf ausdrücklichen Wunsch des Kirchenraths anwesend sein. Art. 36. Ueber die Verhandlungen wird von einem der Mitglieder ein Protokoll geführt, welches in ein Protokollbuch eingetragen, in derselben Sitzung vorgelesen und von sämmtlichen anwesenden Mitgliedern unterschrieben wird. Art. 37. Die Aeltesten haben dieselbe Verschwiegenheit zu beobachten, welche von den Geistlichen gefordert wird. Art. 38. Einzelne Gemeindegenossen haben ihre Wünsche und Beschwerden zunächst an den Kirchenrath und erst, wenn sie bei diesem kein Gehör finden, an die höhere Behörde zu bringen. Die im letzteren Falle von dem Kirchenrath erstatteten Berichte sowie die Entscheidungsgründe sind den Betheiligten auf Verlangen in Abschrift mitzutheilen. D. Vom Kirchenausschusse. Art. 39. Der Kirchenausschuss besteht wenigstens aus eben so viel Mitgliedern, als nach Art. 20. Aelteste gewählt werden müssen. Die engere Gemeinde-Versammlung kann beschliessen, dass eine grössere Anzahl von Ausschussmännern dauernd oder für eine beschränkte Zeit und dass aus bestimmten Theilen des Sprengels eine bestimmte Anzahl derselben gewählt werde. Art. 40. Mitglieder des Kirchenraths können in den Ausschuss nicht gewählt werden. Wird ein Mitglied des Ausschusses zum Kirchenältesten gewählt, so tritt es aus dem Ausschusse. Art. 41. Hinsichtlich der Wahl, der Dauer des Dienstes, der Ablehnungsgründe, der Entlassung, des Ersatzes und des theilweisen Austritts der Mitglieder des Ausschusses sind die für den Kirchenrath geltenden Bestimmungen der Art. 21., 23., 24. und 27.

massgebend. Die Mitglieder des Ausschusses werden vom Vorsitzenden des Kirchenraths in einer vom Oberkirchenrath zu bestimmenden Form verpflichtet. Art. 42. Der Kirchenausschuss hat zu berathen und zu beschliessen: 1. über Veränderungen im Kircheneigenthume der Gemeinde; 2. über Feststellung der Art und Grösse der Einnahme der künftig neu eintretenden Kirchenbeamten, hinsichtlich der Pfarrer und Organisten jedoch nur unter Zuziehung des Oberkirchenraths; 3. über die Herbeischaffung der zu den kirchlichen Bedürfnissen erforderlichen Mittel durch Verwendung der Kircheneinkünfte, Umlagen über die Gemeindemitglieder oder Anleihen; 4. über die Voranschläge und Rechnungen; 5. über die Belegung der Kapitalien und deren Anlegung in Grundstücken; 6. über die Anstellung des Kirchenrechnungsführers. Veräusserungen und Verwendungen, welche die Substanz des Kirchenvermögens betreffen, so wie Anleihen bedürfen der Genehmigung des Oberkirchenraths. Art. 43. Der Ausschuss ist beschlussfähig, wenn, nach der unter Angabe des Gegenstandes der Verhandlung erfolgten Ladung seiner sämmtlichen Mitglieder, zwei Drittel derselben erschienen sind. Die Mitglieder sind in der Regel drei Tage vor der Verhandlung bei einer vom Ausschusse zu bestimmenden Brüche zu laden. Die Ladung geschieht durch den Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter. Auf Antrag des Kirchenraths muss der Ausschuss jederzeit geladen werden. Die Sitzungen können öffentlich sein. Art. 44. Der Ausschuss wählt seinen Vorsitzenden und einen Stellvertreter desselben bei jedem regelmässigen Eintritt neuer Mitglieder.

IX. (§. 84. no. 2.)

Preuss. Synodalordn. vom 20. *Januar* 1876: §. 1. Der Verband der Generalsynode erstreckt sich auf die evangelische Landeskirche der acht älteren Provinzen der Monarchie. Der Bekenntnissstand und die Union in den genannten Provinzen und den dazu gehörigen Gemeinden werden durch dieses Verfassungsgesetz nicht berührt. I. Zusammensetzung. §. 2. Die Generalsynode wird zusammengesetzt: 1. aus 150 Mitgliedern, welche von den Provinzialsynoden der Provinzen Preussen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen, Westphalen und der Rheinprovinz gewählt werden; 2. aus sechs Mitgliedern, von welchen jede evangelisch-theologische Fakultät an den Universitäten Königsberg, Berlin, Greifswald, Breslau, Halle und Bonn eins aus ihrer Mitte wählt; 3. aus den Generalsuperintendenten der im General-Synodalverbande stehenden Provinzen; 4. aus dreissig vom Könige zu ernennenden Mitgliedern. Die Berufung der Synodalmitglieder erfolgt für eine Synodalperiode von sechs Jahren. §. 3. Die zufolge §. 2. Nr. 1. zu wählenden Mitglieder werden auf die acht Provinzialsynoden dergestalt vertheilt, dass die Synode der Provinz Preussen 24, der Provinz Brandenburg 27, der Provinz Pommern 18, der Provinz Posen 9, der Provinz Schlesien 21, der Provinz Sachsen 24, der Provinz Westphalen 12, der Rheinprovinz 15 Mitglieder wählt. Die Wahl erfolgt in der Weise, dass 1. ein Dritttheil aus den innerhalb der Provinz in geistlichen Aemtern der Landeskirche angestellten Geistlichen, 2. ein Dritttheil aus solchen Angehörigen der Provinz gewählt wird, welche in Kreis- oder Provinzialsynoden oder in den Gemeindekörperschaften derselben als weltliche Mitglieder entweder zur Zeit der Kirche dienen oder früher gedient haben; 3. die Wahlen für das letzte Dritttheil sind an diese Beschränkungen nicht gebunden, sondern können auch auf andere angesehene, kirchlich erfahrene und verdiente Männer gerichtet werden, welche der evangelischen Landeskirche angehören. Alle Gewählten müssen das dreissigste Lebensjahr zurückgelegt haben. §. 4. Königlicher Verordnung bleibt es vorbehalten, die Aussonderung der Residenzstadt Berlin und ihrer Umgebung aus dem Synodalverbande der Provinz Brandenburg, die Einrichtung einer besonderen Provinzial-(Stadt) Synode Berlin und die Vertheilung der Zahl der Mitglieder anzuordnen, welche demnächst die Synoden der Provinz Brandenburg und der Stadt Berlin nach dem Massstabe der in ihnen vorhandenen evangelischen Bevölkerung in die Generalsynode zu entsenden haben. Ueber die einzelnen hierzu erforderlichen Bestimmungen sind die vereinigten Kreissynoden von Berlin und die Provinzialsynode der Provinz Brandenburg zu hören. Veränderungen der hiernach getroffenen Anordnungen, welche durch spätere, landesgesetzliche Feststellung eines besonderen provinziellen Verbandes für die Stadt Berlin und ihre Umgebung bedingt werden sollten, erfolgen gleichfalls durch Königliche Verordnung. II. Wirkungskreis. §. 5. Die Generalsynode hat mit dem Kirchenregimente des Königs der Erhaltung und dem Wachsthum der Landeskirche auf dem Grunde des evangelischen Bekenntnisses zu dienen; Regiment, Lehrstand und Gemeinden zur Gemeinschaft der Arbeit an dem Aufbau der Landeskirche zu verbinden; auf Innehaltung der bestehenden Kirchenordnung in den Thätigkeiten der Verwaltung zu achten; über die gesetzliche Fortbildung der landeskirchlichen Einrichtungen zu beschliessen; die Fruchtbarkeit der Landeskirche gegen auflösende Bestrebungen zu wahren; der provinziellen kirchlichen Selbstständigkeit ihre Grenzen zu

ziehen und sie in denselben zu schützen; die Gemeinschaft zwischen der Landeskirche und anderen Theilen der evangelischen Gesammtkirche zu pflegen; zur interkonfessionellen Verständigung der christlichen Kirchen zu helfen; und überhaupt sowohl aus eigener Bewegung, als auf Anregung der Kirchenregierung, in Gemässheit dieser Ordnung Alles zu thun, wodurch die Landeskirche gebaut und gebessert und die Gesammtheit in der Erfüllung ihrer religiösen und sittlichen Aufgabe gefördert werden mag. III. Gesetzgebung. §. 6. Landeskirchliche Gesetze bedürfen der Zustimmung der Generalsynode und werden von dem Könige, kraft seines Rechts als Träger des Kirchenregiments, erlassen. Sie werden behufs der Beglaubigung von dem Präsidenten des evangelischen Ober-Kirchenraths gezeichnet. Die Generalsynode hat das Recht, landeskirchliche Gesetze vorzuschlagen. Bevor ein von der Generalsynode angenommenes Gesetz dem Könige zur kirchenregimentlichen Genehmigung vorgelegt wird, ist die Erklärung des Ministers der geistlichen Angelegenheiten darüber herbeizuführen, ob gegen den Erlass desselben von Staatswegen etwas zu erinnern sei; ein Kirchengesetz erhält seine verbindliche Kraft durch die Verkündigung in dem unter Verantwortlichkeit des evangelischen Ober-Kirchenraths erscheinenden kirchlichen Gesetz- und Verordnungsblatt. Sie beginnt, sofern in dem Gesetze kein anderer Anfangstermin bestimmt ist, mit dem 14. Tage nach demjenigen Tage, an welchem das betreffende Stück des genannten Blattes in Berlin ausgegeben worden ist. §. 7. Folgende Gegenstände unterliegen ausschliesslich der landeskirchlichen Gesetzgebung: 1. die Regelung der kirchlichen Lehrfreiheit; 2. die ordinatorische Verpflichtung der Geistlichen; 3. die zu allgemeinem landeskirchlichen Gebrauche bestimmten agendarischen Normen. Soll die Einführung agendarischer Normen nur für einzelne Provinzialbezirke erfolgen, so bedarf es der Zustimmung der betreffenden Provinzialsynoden. Insofern bestehende agendarische Ordnungen die Verwaltung der Sakramente betreffen, dürfen sie in den einzelnen Gemeinden nicht ohne Zustimmung der Gemeindeorgane verändert werden, gleichviel ob die Aenderung durch landeskirchliche oder provinzielle Gesetzgebung beschlossen ist. Durch vorübergehende Verhältnisse bedingte und daher nur zeitweilige liturgische Anordnungen werden mit Ermächtigung des Königs vom evangelischen Ober-Kirchenrathe getroffen. Die Zulassung von Katechismuserklärungen, Religionslehrbüchern und Gesangbüchern erfolgt für den allgemeinen landeskirchlichen Gebrauch nach ertheilter Billigung der Generalsynode, für den provinziellen Gebrauch nach ertheilter Billigung der Provinzialsynode, durch Verfügung des Kirchenregiments. Gegen obligatorische Einführung solcher kirchlicher Bücher steht jeder einzelnen Gemeinde ein Widerspruchsrecht zu; 4. die Einführung oder Abschaffung allgemeiner kirchlicher Feiertage; 5. Aenderungen der Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. September 1873 und dieser Ordnung, sowie Aenderungen der Kirchenverfassung, welche den Grundsatz betreffen, wonach das Kirchenregiment des Königs durch kollegiale mit geistlichen und weltlichen Mitgliedern besetzte Kirchenbehörden auszuüben ist; 6. die Kirchenzucht wegen Verletzung allgemeiner Pflichten der Kirchenglieder, sowie die Disciplinargewalt über Geistliche und andere Kirchendiener. Bis zur anderweiten kirchengesetzlichen Regelung der Disciplinargewalt bei Dienstvergehen der Superintendenten, Geistlichen und niederen Kirchendiener finden auf das förmliche Disciplinarverfahren, sowie auf die vorläufige Dienstenthebung gegen dieselben die Bestimmungen der §§. 22., 23. Nr. 1., 24., 27., 28., 31. bis 45. und 48. bis 54. des Gesetzes vom 21. Juli 1852 (Gesetzsammlung S. 465.) mit der Massgabe Anwendung, dass die in dem genannten Gesetze dem Disciplinarhofe und den Provinzialbehörden beigelegten Befugnisse von den Provinzialkonsistorien nach den für das Verfahren bei den Provinzialbehörden vorgeschriebenen Bestimmungen zu üben sind, die dem Disciplinarhofe beigelegte gutachtliche Thätigkeit fortfällt und die Zuständigkeiten des Ministerial-, beziehungsweise Staatsministerialressorts dem evangelischen Ober-Kirchenrathe zukommen; 7. die kirchlichen Erfordernisse der Anstellungsfähigkeit und die kirchlichen Grundsätze über die Besetzung der geistlichen Aemter; 8. die kirchlichen Bedingungen der Trauung. §. 8. Der Kirchenregierung wie der Generalsynode bleibt unbenommen, auch über andere Gegenstände der kirchlichen Ordnung, deren allgemeine kirchengesetzliche Regelung heilsam erachtet wird, Gesetzesvorschläge zu machen. Ist diese Regelung erfolgt, so kann weder eine Veränderung derselben, noch deren Ueberlassung an die provinzialkirchliche Gesetzgebung oder an das kirchenregimentliche Verordnungsrecht anders als im Wege der landeskirchlichen Gesetzgebung geschehen. §. 9. Es hängt vom Ermessen der Kirchenregierung ab, über Gesetzesvorschläge, welche sie der Generalsynode zu machen beabsichtigt, zuvor die Provinzialsynoden, beziehungsweise die ausschliesslich betheiligten, zu gutachtlicher Aeusserung zu veranlassen. Bei Veränderungen, welche die Liturgie betreffen (§. 7.

Nr. 3.) soll diese Anhörung der Provinzialsynoden in der Regel geschehen. §. 10. Veränderungen der revidirten Kirchenordnung für Westphalen und die Rheinprovinz können, wie bisher, von den Provinzialsynoden dieser Provinzen beschlossen und durch Bestätigung der Kirchenregierung in Kraft gesetzt werden. Werden Bestimmungen der genannten Kirchenordnung durch ein von der Kirchenregierung beabsichtigtes landeskirchliches Gesetz betroffen, so müssen die Synoden der beiden Provinzen, bevor der Gesetzesvorschlag an die Generalsynode gelangt, gutachtlich gehört werden. Gehen solche Gesetzesvorschläge von der Generalsynode aus, so sind die Gutachten der genannten Provinzialsynoden vor der Einholung der königlichen Sanktion zu veranlassen. Aeussern sich beide Synoden übereinstimmend gegen die Veränderung ihrer Kirchenordnung, so bleiben diese Provinzen von dem Geltungsbereiche der betreffenden landeskirchlichen Vorschrift ausgenommen. IV. Kirchliche Vermögensrechte und Besteuerung. §. 11. Die Generalsynode hat eine Kontrole über die vom evangelischen Oberkirchenrathe verwalteten oder unter seine Verfügung gestellten kirchlichen Fonds und sonstigen kirchlichen Einnahmen, und vereinbart mit ihm die leitenden Grundsätze für ihre Verwendung. Der Generalsynode, und in den Jahren in welchen sie sich nicht versammelt, dem Synodalvorstande ist die Jahresrechnung über diese Fonds zur Prüfung und Ertheilung der Entlastung vorzulegen. §. 12. Von der Verwendung der unter der Verwaltung des Ministers der geistlichen Angelegenheiten stehenden kirchlichen Fonds und der im Staatshaushaltsetat für kirchliche Zwecke bewilligten Mittel giebt der evangelische Ober-Kirchenrath auf Grund der Nachrichten, welche er darüber vom Minister der geistlichen Angelegenheiten erhalten hat, der Generalsynode Kenntniss. Sobald solche Fonds oder Mittel in die Verwaltung der Kirche übergehen, erweitert sich die synodale Kenntnissnahme zur Kontrole (§. 11.). §. 13. Anordnungen der Kirchenregierung wegen Einführung neuer, regelmässig wiederkehrender, sowie wegen Abschaffung bestehender landeskirchlicher Kollekten bedürfen der Zustimmung der Generalsynode. §. 14. Die Bewilligung neuer Ausgaben für landeskirchliche Zwecke, soweit sie durch Umlagen auf die Kirchenkassen der Kirchengemeinden gedeckt werden sollen, erfolgt im Wege der kirchlichen Gesetzgebung. Der bewilligte, durch Umlagen aufzubringende Betrag wird über die Provinzen der Landeskirche nach einem Massstabe repartirt, welcher vorläufig durch königliche Verordnung aufgestellt, endgültig zwischen der Generalsynode und der Kirchenregierung vereinbart wird. Die auf die einzelnen Provinzen entfallenden Beträge werden nach den in den §§. 72., 73. der Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. September 1873 aufgestellten Normen, für die Provinzen Rheinland und Westphalen nach Massgabe des §. 135. der Kirchenordnung vom 5. März 1835 einer Unterrepartition unterworfen und an die Konsistorialkassen und von diesen an den evangelischen Ober-Kirchenrath abgeführt. §. 15. Auch die Einkünfte des Kirchenvermögens und der Pfarrpfründen können durch ein Kirchengesetz zu Beiträgen für kirchliche Zwecke herangezogen werden. Dies ist nur zulässig bei Kirchenkassen, sofern die etatsmässige Solleinnahme derselben die etatsmässige Sollausgabe um mehr als ein Dritttheil der letzteren, u. wenigstens um dreihundert Mark jährlich übersteigt, bei Pfarrpfründen sofern der jährliche Betrag derselben ausschliesslich des Wohnungswerthes auf mehr als sechstausend Mark sich beläuft. Diese Beiträge dürfen zehn Procent des jährlichen Ueberschusses der Solleinnahme der Kirchenkasse und des über die Summe von sechstausend Mark hinausgehenden Pfründenertrages nicht überschreiten. V. Anträge und Beschwerden. §. 16. Die Generalsynode kann durch Anträge, welche sie beschliesst, das Kirchenregiment in dem ganzen Bereiche seiner Thätigkeit zu den Massregeln anregen, die sie dem landeskirchlichen Bedürfniss entsprechend erachtet. Auf jeden solchen Antrag muss ein Bescheid, im Falle der Ablehnung mit den Gründen derselben, ertheilt werden. §. 17. Behufs Erhaltung der kirchengesetzlichen Ordnung in den Thätigkeiten der Verwaltung steht der Generalsynode auch der Weg der Beschwerde offen. Gegenstand derselben sind Verletzungen kirchengesetzlicher Vorschriften durch Verfügungen der Kirchenbehörden, welche im kirchlichen Instanzenwege keine Abhülfe gefunden haben. Die von der Generalsynode darüber gefassten Beschlüsse gehen an den evangelischen Oberkirchenrath zur Prüfung und Bescheidung. VI. Wahrung der Einheit der Landeskirche. §. 18. Der Generalsynode werden die von den Provinzialsynoden gefassten Beschlüsse vorgelegt. Findet die Generalsynode, dass ein Beschluss der Provinzialsynode mit der Einheit der evangelischen Landeskirche in Bekenntniss und Union, in Cultus und Verfassung nicht vereinbar ist, so ist demselben die kirchenregimentliche Bestätigung zu versagen. Ist solche bereits ertheilt, so hat die Kirchenregierung ihn ausser Kraft zu setzen. VII. Verhältniss zu anderen Kirchengemeinschaften. §. 19. Die Generalsynode nimmt Kenntniss von den Beziehungen der Landeskirche zu den übrigen Theilen der deutschen evangelischen Kirche, beschliesst über die der

weiteren Entwickelung ihres Gemeinschaftsbundes dienenden Einrichtungen und betheiligt sich durch von ihr gewählte Abgeordnete an etwaigen Vertretungskörpern der deutschen evangelischen Kirche. Für Theilnahme der Landeskirche an anderen kirchlichen Versammlungen, insbesondere den von internationaler oder interconfessioneller Art, bedarf es der Zustimmung der Generalsynode. VIII. Wahl des Präsidiums, des Synodalvorstandes und Synodalraths. §. 20. Die Generalsynode wählt beim Beginne ihrer jedesmaligen Versammlungen (§. 29.) und für die Dauer derselben ihr Präsidium, bestehend aus einem Präsidenten, einem Vicepräsidenten und vier Schriftführern. §. 21. Am Schlusse jeder ordentlichen Versammlung (§. 24.) wählt die Generalsynode den Synodalvorstand und Synodalrath auf eine Synodalperiode von sechs Jahren. Wird die Versammlung geschlossen, bevor diese Wahl stattgefunden, so treten die für die frühere Synodalperiode Gewählten wieder in Funktion. §. 22. Der Synodalvorstand besteht aus einem Vorsitzenden, aus einem Stellvertreter desselben, und aus fünf Beisitzern. Für die Beisitzer werden Ersatzmänner gewählt, welche bei Verhinderung der ersteren in den Vorstand berufen werden. Scheiden bei nicht versammelter Synode sowohl der Vorsitzende oder sein Stellvertreter aus, so wählen die Vorsitzer unter sich für die Restzeit einen Stellvertreter. Der Synodalvorstand tritt ausser Funktion, sobald die nächste ordentliche Versammlung der Generalsynode ihr Präsidium gewählt hat. §. 23. Zu dem Synodalrath wählt die Generalsynode achtzehn Mitglieder, welche zusammen mit dem Vorstande den Synodalrath bilden. Von den Gewählten müssen je drei den Provinzen Preussen, Brandenburg, Schlesien und Sachsen, je zwei den Provinzen Pommern, Schlesien, Westfalen und der Rheinprovinz, einer der Provinz Posen angehören Für dieselben werden Ersatzmänner gewählt, welche bei Verhinderung der ersteren zur Funktion berufen werden. Der Synodalrath endet seine Funktion mit der Eröffnung der nächsten ordentlichen Generalsynode. §. 34. Als selbstständiges Collegium hat der Vorstand der Generalsynode den folgenden Wirkungskreis: 1. Er erledigt die ihm von der Kirchenregierung gemachten Vorlagen. 2. Er beschliesst über die in seiner eigenen Mitte gestellten Anträge auf Beseitigung von Mängeln, welche bei der kirchlichen Gesetzgebung und Verwaltung hervortreten. Beschlüsse der letzteren Art gehen, sofern ihnen im Verwaltungswege entsprochen werden kann, als Anträge an den evangelischen Oberkirchenrath. Verlangt ihre Ausführung den Weg der Gesetzgebung, so kann der Synodalvorstand entweder die Beschreitung desselben bei der Kirchenregierung beantragen, oder selbst einen Gesetzentwurf behufs seiner Einbringung in der Generalsynode ausarbeiten. 3. Er vertritt die nicht versammelte Generalsynode, wenn Anordnungen, welche regelmässig der beschliessenden Mitwirkung der Generalsynode bedürfen, wegen ihrer Unaufschieblichkeit durch kirchenregimentlichen Erlass provisorisch getroffen werden sollen. Solche Erlasse können nur ergehen, wenn der Synodalvorstand sowohl die Unaufschieblichkeit anerkennt, als auch ihrem Inhalt zustimmt, und mit ausdrücklicher Erwähnung dieser seiner Mitwirkung. Sie sind der nächsten Generalsynode zur Prüfung und Genehmigung vorzulegen und, wenn die letztere versagt wird, ausser Wirksamkeit zu setzen. 4. Er bereitet die nächte Versammlung der Generalsynode, soweit ihm dies obliegt, vor, insbesondere durch Prüfung der Legitimationen und Feststellung des der Generalsynode abzustattenden Berichts (§. 29.). 5. In Bezug auf die vorangegangene Versammlung erledigt er die zur Ausführung ihrer Beschlüsse erforderlichen Geschäfte und sorgt für den Druck und die Vertheilung der Synodalprotokolle. 6. Er verwaltet die Generalsynodalkasse (§. 38.) und übt die ihm in §. 11. zugewiesenen Funktionen. Verlangt der Synodalvorstand, bevor er sich in Angelegenheiten der unter No. 2. und 3. bezeichneten Art schlüssig macht, eine gemeinschaftliche Berathung mit dem evangelischen Oberkirchenrath, so hat der letztere eine solche zu veranstalten. §. 35. Der Synodalvorstand wird zur Erledigung derjenigen Geschäfte, welche ihm selbstständig bei nicht versammelter Synode obliegen (§. 34.), nach Vereinbarung mit dem evangelischen Oberkirchenrathe von seinem Vorsitzenden nach Berlin berufen. Zu einem gültigen Beschlusse des Synodalvorstandes bedarf es der Anwesenheit von wenigstens 5 Mitgliedern. Bei Stimmengleichheit giebt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Die Erledigung einzelner Geschäfte im schriftlichen Wege ist ausnahmsweise nach dem Ermessen des Vorsitzenden zulässig. Der Synodalvorstand regelt seinen Geschäftsgang durch seine Beschlüsse. Es steht ihm frei, aus seiner Mitte für bestimmte Geschäfte Ausschüsse zu bilden oder auch einzelne Mitglieder mit solchen zu beauftragen. §. 36. Mit dem evangelischen Oberkirchenrath wirkt der Synodalvorstand zusammen: 1. wenn in der Rekursinstanz entweder über Einwendungen der Gemeinde gegen die Lehre eines zum Pfarramt Designirten, oder über die wegen Mangels an Uebereinstimmung mit dem Be-

kenntniss der Kirche angefochtene Berufung eines sonst Anstellungsfähigen zu einem geistlichen Amte, oder in einer wegen Irrlehre gegen einen Geistlichen geführten Disciplinaruntersuchung Entscheidung abgegeben werden soll; 2. bei der Feststellung der von der Kirchenregierung der Generalsynode vorzulegenden Gesetzentwürfe und der zur Ausführung der landeskirchlichen Gesetze erforderlichen Instruktionen; 3. bei den dem evangelischen Oberkirchenrathe zustehenden Vorschlägen für die Besetzung der General-Superintendenturen; 4. bei Vertretung der evangelischen Landeskirche in ihren vermögensrechtlichen Angelegenheiten; 5) in anderen Angelegenheiten der kirchlichen Centralverwaltung von vorzüglicher Wichtigkeit, in welchen der evangelische Oberkirchenrath die Zuziehung des Synodalvorstandes beschliesst. Die Mitwirkung des Vorstandes findet in der Weise statt, dass die Mitglieder desselben nach vorheriger Mittheilung der Gegenstände der Berathung, auf Berufung durch den Präsidenten des evangelischen Oberkirchenraths, an den betreffenden Berathungen und Beschlüssen als ausserordentliche Mitglieder des evangelischen Oberkirchenraths mit vollem Stimmrecht Theil nehmen. In der Ausfertigung solcher Beschlüsse ist ihrer Mitwirkung Erwähnung zu thun. Dem Erforderniss der Mitwirkung ist entsprochen, wenn wenigstens vier Mitglieder des Vorstandes Theil genommen haben. §. 37. Der Synodalrath (§. 23.) wird in jedem Jahr einmal in Berlin versammelt, um mit dem evangelischen Oberkirchenrath in dessen Sitzung über Aufgaben und Angelegenheiten der Landeskirche zu berathen, in welchen die Kirchenregierung zur Feststellung leitender Grundsätze den Beirath dieses landeskirchlichen Synodalorgans für nothwendig erachtet. Die Berufung erfolgt durch den evangelischen Oberkirchenrath. Die Versammlung des Synodalraths kann in den Jahren ausfallen, in welchen die Generalsynode sich versammelt.

X. (§. 86. no. 1.)

Formular deutscher Quinquennalfacultäten pro foro externo: (1—11 gleichlautend den Cölner Nuntiaturfacult. §. 60. no. 6.) 12. Conferendi Ordines extra tempora, et non servatis interstitiis usque ad Sacerdotium inclusive. 13. Dispensandi super defectu aetatis unius anni ob operariorum penuriam, ut promoveri possint ad Sacerdotium, si alias idonei fuerint. 14. Conficiendi Olea cum quinque saltem Sacerdotibus, non tamen extra diem Coenae Domini, nisi necessitas aliud urgeat. 15. Celebrandi bis in die, si necessitas urgeat, ita tamen, ut in prima Missa non sumpserit ablutionem, per unam horam ante Auroram, et aliam post Meridiem, sine Ministro, sub die et sub terra, in loco tamen decenti, etiamsi Altare sit fractum, vel sine Reliquiis Sanctorum, et praesentibus Haereticis, Schismaticis, Infidelibus, et excommunicatis, et aliter celebrari non possit. Caveat vero, ne praedicta facultate, seu dispensatione celebrandi bis in die aliter, quam ex gravissimis causis, et rarissime utatur, in quo graviter ipsius conscientia oneratur. Quod si hanc eamdem facultatem alteri Sacerdoti iuxta potestatem inferius apponendam communicare, aut causas ea utendi alicui, qui a Sancta Sede hanc facultatem obtinuerit, approbare visum fuerit, serio ipsius conscientiae iniungitur, ut paucis dumtaxat, iisque maturioris prudentiae, ac zeli, et qui absolute necessarii sint, nec pro quolibet loco, sed ubi gravis necessitas tulerit, et ad breve tempus eamdem communicet, aut respective causas approbet. 16. Deferendi Sanctissimum Sacramentum occulte ad Infirmos, sine lumine, illudque sine eodem retinendi pro iisdem Infirmis, in loco tamen decenti, si ab Haereticis, aut Infidelibus sit periculum sacrilegii. 17. Induendi vestibus saecularibus, si aliter vel transire ad loca eorum curae commissa, vel in iis permanere non poterunt. 18. Recitandi Rosarium, vel alias preces, si Breviarium secum deferre non poterunt vel Divinum Officium ob aliquod legitimum impedimentum recitare non valeant. 19. Dispensandi, quando expedire videbitur, super esu carnium, ovorum, et lacticiniorum tempore Ieiuniorum, et praesertim Quadragesimae. 20. Communicandi has facultates in totum, vel in parte, prout opus esse secundum eius conscientiam iudicaverit, Sacerdotibus idoneis in conversione Animarum laborantibus, et praesertim tempore sui obitus; ut Sede vacante sint, qui possint supplere, donec Sedes Apostolica certior facta, quod quam primum fieri debebit per Delegatos, aut per unum ex iis, alio modo provideat. Et praedictae facultates gratis, et sine ulla mercede exerceantur, et pro tempore ad beneplacitum S. Congregationis de Propaganda Fide tantum concessae intelligantur. 22. Utendi iisdem facultatibus in locis tantum Dioecesis N. Ex Audientia Sanctissimi die... mensis ... anni ... Sanctissimus Dominus Noster N. Div. Prov. PP. ... referente me infrascipto Sac. Congregationis de Propaganda Fide Secretario R. P. D. N. N. Electo Episcopo N. supradictas facultates ad beneplacitum Sacrae Congregationis benigne concessit pro locis tantum dictae Dioecesis Dominio Austriaco subiectis, et dummodo tamen iis nullo modo utatur extra fines memoratae Dioecesis.

XI. (§. 86. no. 2.)

Formular der Quinquennalfacult. pro foro interno: ... Vobis infrascriptas communicamus facultates quibus pro foro conscientiae per vos sive per vestrum vicarium in Spiritualibus generalem, dummodo in sacro Presbyteratus ordine sit institutus, etiam extra sacramentalem confessionem pro grege vobis commisso, et infra fines vestrae diocesis tantum, atque de speciali, in unoquoque cum exprimenda Sedis Aplicae Auctoritate vobis delegata, uti valeatis: easque canonico Poenitentiario, nec non Vicariis foraneis pro foro pariter Conscientiae, sed in actu Sacramentalis confessionis dumtaxat, etiam habitualiter si vobis placuerit: aliis vero confessariis cum ad vos sive ad praedictum vicarium generalem in casibus particularibus poenitentium recursum habuerint, pro exposito casu impartiri possitis, nisi ob peculiares causas aliquibus Confessariis a vobis specialiter subdelegandis, per tempus arbitrio vestro statuendum, illas communicare iudicabitis. 1. Absolvendi ab excommunicatione ob manus violentas iniectas in clericos, aut Presbyteros vel in Regulares, dummodo non fuerit secuta mors vel mutilatio seu lethale vulnus aut ossium fractio, et dummodo casus ad forum externum deducti non fuerint; iniunctis iniungendis et praesertim, ut parti laesae competenter satisfiat. 2. Absolvendi quoscunque poenitentes sive Viros sive Mulieres (exceptis Haereticis publicis, sive publicis dogmatizantibus), a quibusvis sententiis, censuris et poenis ecclesiasticis incursis ob haereses tam nemine audiente vel advertente, quam coram aliis externatas ob infidelitatem et cath. fidei alienationem private admissas, Sortilegia et Maleficia etiam cum sociis patrata nec non ob daemonis invocationem cum pacto donandi Animam, eique praestitam idolatriam, ac superstitiones exercitas, ac demum ob quaecunque insinuata falsa dogmata; postquam tamen Poenitens Complices, si quos habeat, prout de iure, denuntiaverit; et quatenus ob iustas causas nequeat ante absolutionem denuntiare, facta a Poenitente seria promissione denuntiationem peragendi cum primum, et meliori modo, quo fieri poterit; et postquam in singulis casibus coram absolvente haereses secrete abiuraverit; et pactum cum maledicto daemone initum expresse revocaverit tradita eidem absolventi, singrapha forsan exarata, aliisque modis superstitiosis, ad omnia comburenda, vel destruenda: Iniuncta pro modo excessuum gravi poenitentia salutari cum frequentia sacramentorum et obligatione se retractandi apud personas, coram quibus haereses manifestavit, et reparandi illa scandala. 3. Absolvendi a censuris ob retentionem et lectionem librorum prohibitorum incursis, postquam tamen Poenitens libros prohibitos, quos in sua potestate retineat, prout de iure consignaverit, seu consignare fecerit, cum congrua salutari poenitentia. 4. Abs. a censuris incursis ob violationem Clausurae Regularium utriusque sexus, dummodo non fuerit cum intentione ad malum finem, etiam effectu non secuto, et dummodo casus non fuerint ad forum Externum deducti, cum congrua Poenitentia salutari. Et insuper absolvendi Mulieres tantum a censuris et poenis Ecclesiasticis ob violationem ad malum finem Clausurae virorum Religiosorum incursis, dummodo tamen casus occulti remaneant. Iuiuncta gravi poenitentia salutari, cum prohibitione accedendi ad Ecclesiam et Conventum seu Coenobium dictorum religiosorum, durante occasione peccandi. 5. Abs. a Censuris contra Duellantes inflictis, in Casibus dumtaxat ad forum Externum non deductis, iniuncto gravi Poen. salut. et aliis iniunctis, quae fuerint de iure iniungenda. 6. Abs. a casu Sedi Aplicae reservato ob accepta munera a Regularibus utriusque sexus: iniuncta poenitenti, quando agitur de muneribus infra valorem decem scutorum, aliqua elemosyna Absolventis iudicio taxanda, et caute eroganda, cum primum poterit, in beneficium Religionis, cui facienda esset restitutio; dummodo tamen non constet, quod illa fuerint de bonis propriis Religionis; quatenus vero accepta munera, vel fuerint ultra valorem scutorum decem, vel constet fuisse de bonis propriis Religionis, facta prius restitutione, quam si de praesenti adimplere nequeat, praestita in manibus absolventis obligatione restituendi intra terminum eius arbitrio praefiniendum, alias sub reincidentia. 7. Abs. Religiosas cuiuscunque ordinis (etiam Moniales, per Confessarios tamen pro ipsis a vobis approbatos, vel specialiter deputandos) non solum a praemissis, sed etiam a Casibus et censuris in sua Religione reservatis. 8. Dispensandi ad petendum debitum coniugale cum Transgressore Voti Castitatis, qui Matrimonium cum dicto voto contraxerit, huiusmodi poenitentem, monendo, ipsum ad idem Votum servandum teneri, tam extra licitum Matrimonii usum, quam si Marito seu Uxori resp. supervixerit. 9. Dispensandi cum incestuoso s. incestuosa, ad petendum debitum coniugale cuius ius amisit ex superveniente occulta affinitate per copulam carnalem habitam cum consanguinea, vel consanguineo, s. in primo; s. in primo et secundo, s. in secundo gradu suae Uxoris, seu resp. Mariti: remota occasione peccandi, et iniuncta gravi poenitentia salutari, et confessione Sacramentali quolibet mense, per tempus arbitrio dispensantis statuendum. 10. Dispensandi super occulto impedimento Primi, nec non 1i et 2di, ac 2di tantum gradus Aff. ex illicita carnali copula

provenientis, quando agatur de matrimonio cum dicto impedimento iam contracto. Et quatenus agatur de copula cum suae putatae Uxoris matre, dummodo illa secuta fuerit, post eiusdem putatae Uxoris nativitatem, et non aliter: monito Poenitente de necessaria secreta renovatione consensus cum sua putata uxore aut suo putato marito, certiorato, seu certiorata de nullitate prioris consensus, sed ita caute, ut ipsius poenitentis delictum nusquam detegatur; remota occasione peccandi, ac iniuncta gravi Poenitentia salutari, et confessione Sacramentali semel in mense per tempus dispensantis arbitrio statuendum. Item. Dispensandi super dicto occulto Impedimento, seu Impedimentis Affinitatis ex copula illicita etiam in Matrimoniis contrahendis, quando tamen omnia parata sint ad nuptias, nec matrimonium absque periculo gravis Scandali differri possit usque dum ab Aplica Sede obtineri possit Dispensatio; Remota semper occasione peccandi et firma manente conditione quod copula habita cum Matre mulieris huius nativitatem non antecedat; Iuiuncta in quolibet casu poenit. salutari. 11. Dispensandi super occulto Criminis impedimento, dummodo sit absque ulla machinatione, et agatur de matrimonio iam contracto: monitis putatis Coniugibus, de necessaria Consensus secreta renovatione: ac iniuncta gravi Poen. salutari, et confessione Sacramentali semel quolibet mense per tempus Dispensantis pariter arbitrio statuendum. 12. Dispensandi super impedimento Tertii, seu 3 et 4, vel 4 simplicis gradus sive Graduum Cons. vel Aff. super quo seu quibus obtenta fuerit Disp. a Dataria Aplica et in litteris huiusmodi Disp. reticita fuerit incestuosa copula, quae tamen occulta remaneat; ac etiam Dispensandi, seu revalidandi litteras Aplicas eiusmodi irritas ac nullas redditas ex incestu s. post petitam Dispensationem, sive post illius expeditionem, et ante resp. executionem patrato, ac iterato usque ad eandem executionem, in casibus semper occultis, sive agatur de Matrimonio contrahendo, sive iam contracto: Monitis in matrimonio contracto putatis Coniugibus de necessaria mutui consensus secreta renovatione; Iniuncta in singulis casibus congrua Poen. salutari. 13. Absolvendi tandem a Censuris incursis eos, qui Sectae Moslonicae, Carbonariae aliisque similibus nomen dederunt, vel favorem praestiterunt, postquam tamen a respectiva Secta omnino se separaverint, eamque in manibus Absolventis abiuraverint, libros, manuscripta, ac signa Sectam respicientia, si quae retineant, Absolventi tradiderint ad Ordinarium caute transmittenda, ac verae poenitentiae signa exhibuerint et postquam Sectae Socios ac Magistros prout de iure denunciaverint, et quoad Carbonarios denunciaverint eos, de quibus in §. Praecipimus Bullae Ecclesiam a Iesu Christo a fel. re. Pii PP. VII. editae, et a Leone PP. XII. confirmatae: iniuncta singulis pro modo culparum gravi poenitentia salutari cum frequentia Sacramentalis Confessionis, aliisque iniunctis de iure iniungendis. Volumus ut supradictis facultatibus uti valeatis ad Quinquennium. Datum Romae in Aedibus Nostris die . . .

N. Card. N. . . . M.P.

XII. (§. 93. no. 14.)

Preuss. Gesetz über die Vorbildung u. Anstellung d. Geistlichen v. 11. *Mai* 1873: I. Allgemeine Bestimmungen. §. 1. Ein geistliches Amt darf in einer der christlichen Kirchen nur einem Deutschen übertragen werden, welcher seine wissenschaftliche Vorbildung nach den Vorschriften dieses Gesetzes dargethan hat und gegen dessen Anstellung kein Einspruch von der Staatsregierung erhoben worden ist. §. 2. Die Vorschriften des §. 1. kommen zur Anwendung, gleichviel ob das Amt dauernd oder widerruflich übertragen werden oder nur eine Stellvertretung oder Hülfsleistung in demselben statthaben soll. Ist Gefahr im Verzuge, so kann eine Stellvertretung oder Hülfsleistung einstweilen und vorbehältlich des Einspruchs der Staats-Regierung angeordnet werden. §. 3. Die Vorschriften des §. 1. kommen, vorbehaltlich der Bestimmungen des §. 26., auch zur Anwendung, wenn einem bereits im Amte (§. 2.) stehenden Geistlichen ein anderes geistliches Amt übertragen oder eine widerrufliche Anstellung in eine dauernde verwandelt werden soll. II. Vorbildung zum geistlichen Amte. §. 4. Zur Bekleidung eines geistlichen Amts ist die Ablegung der Entlassungs-Prüfung auf einem deutschen Gymnasium, die Zurücklegung eines dreijährigen theologischen Studiums auf einer deutschen Staats-Universität, sowie die Ablegung einer wissenschaftlichen Staatsprüfung erforderlich. §. 5. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist ermächtigt, mit Rücksicht auf ein vorangegangenes anderes Universitätsstudium, als das der Theologie, oder mit Rücksicht auf ein an einer ausserdeutschen Staats-Universität zurückgelegtes Studium, oder mit Rücksicht auf einen sonstigen, besonderen Bildungsgang von dem vorgeschriebenen dreijährigen Studium an einer deutschen Staats-Universität einen angemessenen Zeitraum zu erlassen. §. 6. Das theologische Studium kann in den bei Verkündung dieses Gesetzes in Preussen bestehenden, zur wissenschaftlichen Vorbildung der Theologen bestimmten kirchlichen Seminaren zurückgelegt werden, wenn der

Minister der geistlichen Angelegenheiten anerkennt, dass dieses Studium das Universitätsstudium zu ersetzen geeignet sei. Diese Vorschrift findet jedoch nur auf die Seminare an denjenigen Orten Anwendung, an welchen sich keine theologische Fakultät befindet und gilt nur für diejenigen Studirenden, welche dem Sprengel angehören, für den das Seminar errichtet ist. Die im ersten Absatze erwähnte Anerkennung darf nicht verweigert werden, wenn die Einrichtung der Anstalt den Bestimmungen dieses Gesetzes entspricht und der Minister der geistlichen Angelegenheiten den Lehrplan derselben genehmigt. §. 7. Während des vorgeschriebenen Universitätsstudiums dürfen die Studirenden einem kirchlichen Seminare nicht angehören. §. 8. Die Staatsprüfung hat nach zurückgelegtem theologischen Studium Statt. Zu derselben darf nur zugelassen werden, wer den Vorschriften dieses Gesetzes über die Gymnasialbildung und theologische Vorbildung vollständig genügt hat. Die Prüfung ist öffentlich und wird darauf gerichtet, ob der Kandidat sich die für seinen Beruf erforderliche allgemeine wissenschaftliche Bildung, insbesondere auf dem Gebiete der Philosophie, der Geschichte und der deutschen Literatur erworben habe. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten trifft die näheren Anordnungen über die Prüfung. §. 9. Alle kirchlichen Anstalten, welche der Vorbildung der Geistlichen dienen (Knaben-Seminare, Klerikal-Seminare, Prediger- und Priester-Seminare, Konvikte etc.), stehen unter Aufsicht des Staats. Die Haus-Ordnung und das Reglement über die Disziplin in diesen Anstalten, der Lehrplan der Knaben-Seminare und Knaben-Konvikte, sowie derjenigen Seminare, für welche die im §. 6. bezeichnete Anerkennung ertheilt ist, sind dem Ober-Präsidenten der Provinz von dem Vorsteher der Anstalten vorzulegen. Die Anstalten unterliegen der Revision durch Kommissarien, welche der Oberpräsident ernennt. §. 10. An den im vorstehenden Paragraphen gedachten Anstalten darf als Lehrer oder zur Wahrnehmung der Disziplin nur ein Deutscher angestellt werden, welcher seine wissenschaftliche Befähigung nach Vorschrift des §. 11. dargethan hat und gegen dessen Anstellung kein Einspruch von der Staats-Regierung erhoben worden ist. Die Vorschriften der §§. 2. und 3. finden entsprechende Anwendung. §. 11. Zur Anstellung an einem Knaben-Seminare oder Knaben-Konvikte ist die Befähigung zur entsprechenden Anstellung an einem Preussischen Gymnasium, zur Anstellung an einer für die theologische wissenschaftliche Vorbildung bestimmten Anstalt die Befähigung erforderlich, an einer deutschen Staats-Universität in der Disziplin zu lehren, für welche die Anstellung erfolgt. Kleriker und Predigeramts-Kandidaten müssen die für Geistliche vorgeschriebene Vorbildung besitzen. Dieselbe genügt zur Anstellung an den zur theologisch-praktischen Vorbildung bestimmten Anstalten. §. 12. Für die Erhebung des Einspruchs gegen die Anstellung finden die Bestimmungen entsprechende Anwendung, welche die Erhebung des Einspruchs gegen die Anstellung von Geistlichen regeln. (§§. 15.—17.) §. 13. Werden die in den §§. 9.—11. enthaltenen Vorschriften oder die getroffenen Anordnungen der Staatsbehörden nicht befolgt, so ist der Minister der geistlichen Angelegenheiten ermächtigt, bis zur Befolgung die der Anstalt gewidmeten Staatsmittel einzubehalten oder die Anstalt zu schliessen. Unter der angegebenen Voraussetzung und bis zu dem bezeichneten Zeitpunkte können Zöglinge der Knaben-Seminare und Knaben-Konvikte von dem Besuche der Gymnasien und von der Entlassungsprüfung ausgeschlossen und den im §. 6. erwähnten Anstalten die ertheilte Anerkennung entzogen werden. Diese Anordnungen stehen dem Minister der geistlichen Angelegenheiten zu. Nach Errichtung eines Königlichen Gerichtshofes für die kirchlichen Angelegenheiten kann über die Gesetzmässigkeit der nach diesem Paragraphen getroffenen Anordnungen und Verfügungen innerhalb 30 Tagen bei dem gedachten Gerichtshofe Berufung eingelegt werden. Durch Einlegung derselben wird die Vollstreckung der angefochtenen Anordnung oder Verfügung nicht aufgehalten. Der Gerichtshof kann jedoch bestimmen, dass bis zur endgültigen Entscheidung die Vollstreckung unterbleibe. §. 14. Knaben-Seminare und Knaben-Konvikte (§. 9.) dürfen nicht mehr errichtet und in die bestehenden Anstalten dieser Art neue Zöglinge nicht mehr aufgenommen werden. Im Fall der Aufnahme neuer Zöglinge ist der Minister der geistlichen Angelegenheiten zur Schliessung der betreffenden Anstalt befugt. III. Anstellung der Geistlichen. §. 15. Die geistlichen Oberen sind verpflichtet, denjenigen Kandidaten, dem ein geistliches Amt übertragen werden soll, dem Ober-Präsidenten unter Bezeichnung des Amtes zu benennen. Dasselbe gilt bei Versetzung eines Geistlichen in ein anderes geistliches Amt oder bei Umwandlung einer widerruflichen Anstellung in eine dauernde. Innerhalb 30 Tagen nach der Benennung kann Einspruch gegen die Anstellung erhoben werden. Die Erhebung des Einspruchs steht dem Ober-Präsidenten zu. §. 16. Der Einspruch ist zulässig: 1. wenn dem Anzustellenden die gesetzlichen Erfordernisse zur Bekleidung des geistlichen Amtes fehlen; 2. wenn der Anzustellende wegen

eines Verbrechens oder Vergehens, welches das Deutsche Strafgesetzbuch mit Zuchthaus oder mit dem Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte oder dem Verluste der öffentlichen Aemter bedroht, verurtheilt ist oder sich in Untersuchung befindet; 3. wenn gegen den Anzustellenden Thatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, dass derselbe den Staatsgesetzen oder den innerhalb ihrer gesetzlichen Zuständigkeit erlassenen Anordnungen der Obrigkeit entgegenwirken oder den öffentlichen Frieden stören werde. Die Thatsachen, welche den Einspruch begründen, sind anzugeben. Gegen die Einspruchs-Erklärung kann innerhalb dreissig Tagen bei dem Königlichen Gerichtshofe für die kirchlichen Angelegenheiten, und, so lange dessen Einsetzung nicht erfolgt ist, bei dem Minister der geistlichen Angelegenheiten Berufung eingelegt werden. Die Entscheidung ist endgültig. §. 17. Die Uebertragung eines geistlichen Amts, welche der Vorschrift des §. 1. zuwiderläuft, oder welche vor Ablauf der im §. 15. für die Erhebung des Einspruchs gewährten Frist erfolgt, gilt als nicht geschehen. §. 18. Jedes Pfarramt ist innerhalb eines Jahres vom Tage der Erledigung, wo gesetzlich oder observanzmässig ein Gnadenjahr besteht, vom Tage der Erledigung der Pfründe an gerechnet, dauernd zu besetzen. Die Frist ist vom Ober-Präsidenten im Falle des Bedürfnisses auf Antrag angemessen zu verlängern. Nach Ablauf der Frist ist der Ober-Präsident befugt, die Wiederbesetzung der Stelle durch Geldstrafen bis zum Betrage von 1000 Thlrn. zu erzwingen. Die Androhung und Festsetzung der Strafe darf wiederholt werden, bis dem Gesetze genügt ist. Ausserdem ist der Minister der geistlichen Angelegenheiten ermächtigt, bis dahin Staats-Mittel einzubehalten, welche zur Unterhaltung der Stelle oder desjenigen geistlichen Oberen dienen, der das Pfarramt zu besetzen oder die Besetzung zu genehmigen hat. §. 19. Die Errichtung von Seelsorge-Aemtern, deren Inhaber unbedingt abberufen werden dürfen, ist nur mit Genehmigung des Ministers der geistlichen Angelegenheiten zulässig. Die Bestimmungen des §. 18. beziehen sich auch auf die sogenannten Sukkursal-Pfarreien des französischen Rechtes mit der Massgabe, dass die in Absatz 1 des §. 18. vorgeschriebene Frist, vom Tage der Publikation dieses Gesetzes an, zu laufen beginnt. §. 20. Anordnungen oder Vereinbarungen, welche die durch das Gesetz begründete Klagbarkeit der aus dem geistlichen Amtsverhältnisse entspringenden vermögensrechtlichen Ansprüche ausschliessen oder beschränken, sind nur mit Genehmigung der Staatsbehörde zulässig. §. 21. Die Verurtheilung zur Zuchthausstrafe, die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte und der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter hat die Erledigung der Stelle, die Unfähigkeit zur Ausübung des geistlichen Amtes und den Verlust des Amtseinkommens zur Folge. IV. Strafbestimmungen. §. 22. Ein geistlicher Oberer, welcher den §§. 1. bis 3. zuwider ein geistliches Amt überträgt oder die Uebertragung genehmigt, wird mit Geldstrafe von 200 bis zu 1000 Thlrn. bestraft. Dieselbe Strafe trifft denjenigen, welcher der Vorschrift des §. 19. Absatz 1 zuwiderhandelt. §. 23. Wer geistliche Amtshandlungen in einem Amte vornimmt, welches ihm den Vorschriften der §§. 1. bis 3. zuwider übertragen worden ist, wird mit Geldstrafe bis zu 100 Thalern bestraft. Dieselbe Strafe trifft denjenigen, der geistliche Amtshandlungen in einem von ihm nicht dauernd verwalteten Pfarramte vornimmt, nachdem er von dem Oberpräsidenten benachrichtigt worden ist, dass das Zwangsverfahren Behufs Wiederbesetzung der Stelle in Gemässheit der Vorschrift in §. 18. Absatz 2 eingeleitet sei. §. 24. Wer geistliche Amtshandlungen vornimmt, nachdem er in Folge gerichtlichen Strafurtheils die Fähigkeit zur Ausübung des geistlichen Amtes verloren hat (§. 21.), wird mit Geldstrafe bis zu 100 Thalern bestraft. V. Uebergangs- und Schlussbestimmungen. §. 25. Ausländer, welchen vor Verkündigung dieses Gesetzes ein geistliches Amt (§. 2.) oder eines der im §. 10. erwähnten Aemter an kirchlichen Anstalten übertragen worden ist, haben bei Vermeidung der Folgen des §. 21. innerhalb sechs Monaten die Reichsangehörigkeit zu erwerben. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten kann mit Rücksicht auf die besonderen Bedürfnisse des einzelnen Falles diesen Zeitraum verlängern. §. 26. Die Vorschriften dieses Gesetzes über den Nachweis wissenschaftlicher Vorbildung und Befähigung finden keine Anwendung auf Personen, welche vor Verkündigung dieses Gesetzes im geistlichen Amte angestellt sind oder die Fähigkeit zur Anstellung im geistlichen Amte erlangt haben. Ausserdem ist der Minister der geistlichen Angelegenheiten ermächtigt, denjenigen Personen, welche vor Verkündigung dieses Gesetzes in ihrer Vorbildung zum geistlichen Amte vorgeschritten waren, den in diesem Gesetze vorgeschriebenen Nachweis der Vorbildung ganz oder theilweise zu erlassen. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist auch ermächtigt, Ausländer von den Erfordernissen des §. 4. dieses Gesetzes zu dispensiren. §. 27. Die in den §§. 4. und 8. dieses Gesetzes vorgeschriebene Staatsprüfung kann mit der theologischen Prüfung verbunden werden,

insofern die Einrichtung dieser letzteren Prüfung und die Bildung der Prüfungs-Kommission Behörden zusteht, deren Mitglieder sämmtlich oder theilweise vom Könige ernannt werden. §. 28. Die Vorschriften dieses Gesetzes über das Einspruchsrecht des Staats (§§. 1., 3., 10., 12., 15. u. 16) finden in den Fällen keine Anwendung, in welchen die Anstellung durch Behörden erfolgt, deren Mitglieder sämmtlich vom Könige ernannt werden. §. 29. Soweit die Mitwirkung des Staats bei Besetzung geistlicher Aemter auf Grund des Patronats oder besonderer Rechtstitel anderweit geregelt ist, behält es dabei sein Bewenden. Desgleichen werden die bestehenden Rechte des Staats bezüglich der Anstellung von Geistlichen beim Militair und an öffentlichen Anstalten durch das vorliegende Gesetz nicht berührt. §. 30. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

XIII. (§. 93. no. 15.)

Preuss. Ges. vom 21. *Mai* 1874. Art. 1. Das Gesetz vom 11. Mai 1873 wird dahin deklarirt, dass die Uebertragung eines geistlichen Amtes, sowie die Genehmigung einer solchen Uebertragung auch dann den Vorschriften der §§. 1. bis 3. des Gesetzes zuwider sind, wenn dieselben ohne die im §. 15. daselbst vorgeschriebene Benennung des Kandidaten oder vor dieser Benennung oder vor Ablauf der im §. 15. für die Erhebung des Einspruchs gewährten Frist erfolgen. Art. 2. Die Strafe des §. 23. des Gesetzes vom 11. Mai 1873 trifft einen jeden Geistlichen, welcher Amtshandlungen vornimmt, ohne den Nachweis führen zu können, dass er zu einem hierzu ermächtigenden Amte oder zur Stellvertretung oder zur Hülfsleistung in einem solchen Amte unter Beobachtung der §§. 1. bis 3. des genannten Gesetzes berufen worden sei. Art. 3. Nach Erledigung eines geistlichen Amtes ist der Oberpräsident befugt, die Beschlagnahme des Vermögens der Stelle zu verfügen, wenn 1. das erledigte Amt den Vorschriften der §§. 1. bis 3. des Gesetzes vom 11. Mai 1873 zuwider übertragen ist, oder 2. wenn Thatsachen vorliegen, welche die Annahme begründen, dass die Uebertragung des Amtes nicht unter Beobachtung dieser Vorschriften erfolgen werde. Der Beschlagnahme unterliegt das gesammte Vermögen der Stelle, einschliesslich aller Nutzungen, Hebungen und Leistungen. Der Oberpräsident ernennt einen Kommissarius, welcher die Beschlagnahme ausführt und bis zur gesetzmässigen Wiederbesetzung der Stelle, beziehentlich bis zur gesetzmässigen Einrichtung einer einstweiligen Vertretung das Vermögen für Rechnung der Stelle verwaltet. Zwangsmassregeln, welche zur Ausführung der Beschlagnahme erforderlich sind, werden im Verwaltungswege getroffen. Der Kommissarius übt alle vermögensrechtlichen Befugnisse des berechtigten Stelleninhabers mit voller rechtlicher Wirkung aus. Die Kosten der Verwaltung werden aus den Einkünften der Stelle entnommen. Art. 4. Wenn nach Erledigung eines geistlichen Amtes ein Geistlicher wegen unbefugter Vornahme von Amtshandlungen in diesem Amte in Gemässheit des §. 23. Absatz 1 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 oder des Artikel 2 dieses Gesetzes rechtskräftig zur Strafe verurtheilt worden ist, so ist derjenige, welchem auf Grund des Patronats oder eines sonstigen Rechtstitels das Präsentations- (Nominations-, Vorschlags-) Recht zusteht, befugt, das Amt wieder zu besetzen und für eine Stellvertretung in demselben zu sorgen. Art. 5. Für eine Stellvertretung in dem erledigten Amte zu sorgen, ist der Berechtigte auch dann befugt, wenn einem Geistlichen nach Massgabe des §. 5. des Reichsgesetzes vom 4. Mai 1874, betreffend die Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern, der Aufenthalt in dem Bezirke des erledigten Amtes versagt worden ist. Art. 6. Dem Berechtigten ist von dem Strafurtheil (Art. 4), sowie von der Verfügung wegen Beschränkung des Aufenthalts (Art. 5.) amtlich Kenntniss zu geben. In Betreff der vor Verkündigung dieses Gesetzes ergangenen Urtheile und Verfügungen ist jene Mittheilung sofort nach Inkrafttreten desselben zu bewirken. Art. 7. Macht der Berechtigte von der ihm zustehenden Befugniss (Art. 4, 5) Gebrauch, so kommen die Vorschriften des Gesetzes vom 11. Mai 1873 zur Anwendung. Die in §. 22. Absatz 1 daselbst dem geistlichen Oberen im Falle gesetzwidriger Amtsübertragung angedrohte Strafe trifft in gleichem Falle den Berechtigten. Art. 8. Wenn der Berechtigte innerhalb zweier Monate vom Tage des Empfanges der vorgeschriebenen Mittheilung (Art. 6) für eine Stellvertretung nicht sorgt, oder innerhalb Jahresfrist, von dem nämlichen Zeitpunkt an gerechnet, die Stelle nicht wieder besetzt, so geht seine Befugniss auf die Pfarr- (Filial-, Kapellen- etc.) Gemeinde über. Die Gemeinde hat die in Art. 4, 5 bezeichnete Befugniss in allen Fällen, in welchen ein Präsentationsberechtigter nicht vorhanden ist. Die Vorschriften des Art. 6 finden auf die Gemeinde entsprechende Anwendung. Dieselbe ist insbesondere davon in Kenntniss zu setzen, dass der Präsentationsberechtigte innerhalb der gesetzlichen Frist von seinem Rechte keinen Gebrauch gemacht hat. Art. 9. Liegen die

Voraussetzungen des Art. 8 vor, so beruft der Landrath (Amtmann), in Stadtkreisen der Bürgermeister auf den Antrag von mindestens zehn grossjährigen, im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindlichen, männlichen Gemeindemitgliedern, welche nicht einem mitwählenden Familienhaupte untergeordnet sind, sämmtliche diesen Erfordernissen entsprechende Mitglieder der Gemeinde zur Beschlussfassung über die Einrichtung der Stellvertretung oder über die Wiederbesetzung der Stelle. Zur Gültigkeit der Beschlüsse ist erforderlich, dass mehr als die Hälfte der Erschienenen dem Beschlusse zugestimmt hat. Die näheren Bestimmungen über das Verfahren erlässt der Oberpräsident. Art. 10. Kommt eine gültige Wahl zu Stande, so ist nach Massgabe des Art. 9 ein Repräsentant zu wählen, welcher die Uebertragung des Amtes an den gewählten Geistlichen auszuführen hat. Für das Verhalten und die Verantwortung des Repräsentanten gelten die Vorschriften des Art. 7. Art. 11. Wird in den Fällen der Art. 4 bis 10 vom Oberpräsidenten kein Einsprnch erhoben oder der erhobene Einspruch von dem Gerichtshofe verworfen, so gilt der Geistliche als rechtsgültig angestellt.

XIV. (§. 103. no. 4.)

Concordat. inter Nicol. V. et Feder. III. 1447: Nos itaque, qui statuta, ordinationes, et concordata praedicta, per nonnullos ex venerabilibus Fratribus nostris Sanctae Romanae Ecclesiae Cardinalibus, magnae maturitatis, auctoritatis, et literaturae viros, diligenter examinari et discuti fecimus, eaque rationabilia et salubria tam Ecclesiae quam nationi praefatae fore comperimus, de dictorum et aliorum venerabilium fratrum nostrorum Ecclesiae Cardinalium consilio et assensu, Apostolica auctoritate, et ex certa scientia approbamus, ratificamus, laudamus et acceptamus, et praesentis scripti patrocinio communimus, iuxta modum et formam subsequentes. Placet nobis super provisione Ecclesiarum, et beneficiorum Ecclesiasticorum quorumcumque provisionibus, iuris scripti reservationibus, et Execrabilis, ac Ad regimen, constitutionibus modificatis ut sequitur. Ad regimen Ecclesiae generalis, quamquam immeriti, superna dispositione vocati, gerimus in nostris desideriis, ut debemus, quod per nostrae diligentiae studium, ad quarumlibet Ecclesiarum, et Monasteriorum regimina, et alia beneficia Ecclesiastica, iuxta divinum beneplacitum, et nostrae intentionis affectum, viri assumantur idonei, qui praesunt, et prosint committendis eis Ecclesiis, Monasteriis, et beneficiis praelibatis. Praemissorum itaque consideratione inducti, et suadentibus nobis aliis rationabilibus causis, nonnullorum praedecessorum nostrorum Rom. Pont. vestigiis inhaerentes, omnes Patriarchales, Archiepiscopales, et Episcopales Ecclesias, et etiam monasteria, prioratus, dignitates, personatus, et officia, necnon canonicatus, praebendas, et Ecclesias, caeteraque beneficia Ecclesiastica, cum cura, vel sine cura, saecularia, et regularia, quaecumque et qualiacumque fuerint, etiamsi ad illa personae consueverint seu debuerint per electionem, seu quemvis alium modum assumi, nunc apud Sedem Apostolicam quocumque modo vacantia, et in posterum vacatura: necnon per depositionem, vel privationem, seu translationem per nos, seu auctoritate nostra factas, et in antea faciendas ubilibet: necnon ad quae aliqui in concordia vel discordia electi sive postulati fuerint, quorum electio cassata, seu postulatio repulsa, vel per eos facta renuntiatio, et admissa auctoritate nostra extiterit, seu quorum electorum, vel postulatorum, et in antea eligendorum seu postulandorum electionem cassari, seu postulationem repelli, aut renuntiationem admitti per nos, aut auctoritate nostra continget apud Sedem praedictam, vel alibi ubicumque, et etiam per obitum Cardinalium eiusdem Ecclesiae Romanae, aut officiariorum dictae sedis, quamdiu ipsa officia actualiter tenebunt (videlicet Vicecancellarii, Camerarii, septem Notariorum Auditoris, literarum contradictarum, et Apostolici Palatii causarum Auditorum, Correctorum, centum et unius Scriptorum literarum Apostolicarum, et vigintiquatuor Poenitentiariae praefatae Sedis, et vigintiquinque Abbreviatorum, necnon verorum Commensalium nostrorum, et aliorum vigintiquatuor Capellanorum Sedis eiusdem in epitaphio descriptorum) et etiam quorumcumque Legatorum, seu Collectorum, ac in terris Romanae Ecclesiae Rectorum, ac Thesaurariorum deputatorum, seu missorum hactenus, vel deputandorum, aut mittendorum in posterum, nunc vacantia, et in antea vacatura, ubicumque dictos Legatos, vel Collectores, seu Rectores, et Thesaurarios, antequam ad Romanam Curiam redierint, seu venerint, rebus eximi contigerit ab humanis, necnon quorumlibet pro quibuscumque negotiis ad Romanam Curiam venientium, seu etiam recedentium ab eadem, si in locis a dicta Curia ultra duas dietas legales non distantibus iam forsan obierint, vel eos in antea ab hac luce transire contigerit, et etiam simili modo quorumcumque Curialium peregrinationis, infirmitatis, seu recreationis, vel alia quacumque causa ad quaevis loca secedentium, si eos antequam ad dictam Curiam redierint, in locis ultra duas dietas ab eadem Curia, ut praemittitur non remotis (dummodo eorum proprium domicilium non existat ibidem) iam forsan decess-

serint, vel imposterum eos contigerit de medio submoveri, etiam nunc per obitum huiusmodi vacantia, vel imposterum vacatura. Rursus Monasteria, Prioratus, dignitates, personatus, decanatus, administrationes, officia, canonicatus, praebendas, et Ecclesias, caeteraque beneficia Ecclesiastica, saecularia, et regularia, cum cura, vel sine cura, quaecumque, et qualiacumque fuerint, etiamsi ad illa personae consueverint, seu debuerint per electionem, seu quemvis alium modum assumi, quae promoti per nos, seu auctoritate nostra ad Patriarchalium, Archiepiscopalium, et Episcopalium Ecclesiarum, necnon Monasteriorum regimina obtinebant tempore promotionum de ipsis factarum nunc quocumque modo vacantia, aut imposterum vacatura, necnon etiam per assecutionem pacificam quorumcumque prioratuum, personatuum, officiorum, canonicatuum, praebendarum, Ecclesiarum, aut beneficiorum aliorum, per nos seu auctoritate nostrarum literarum immediate collatorum, seu conferendorum imposterum, praeterquam si virtute gratiae expectativae assecutio fiet, nunc vacantia, et inantea vacatura, plena super praemissis omnibus, et singulis cum fratribus nostris collatione praehabita, et matura deliberatione secuta, ordinationi, dispositioni, ac provisioni nostrae de ipsorum fratrum consilio, auctoritate Apostolica reservamus. Decernentes ex nunc irritum et inane, si secus super praemissis, et quolibet eorum, per quoscumque quavis auctoritate scienter vel ignoranter contigerit attentari.

XV. (§. 107. no. 4.)

Preuss. Ges. vom 22. *Dec.* 1870 *betr. die Wahl d. Pfarrer in d. ev.-luth. Kirche der Prov. Hannover.* §. 1. Bei denjenigen Pfarrstellen, welche nach bisherigem Rechte von der Kirchenregierung, vorbehaltlich des Vokationsrechts der Gemeinde, frei besetzt worden, soll fortan die Besetzung so erfolgen, dass bei jeder Stelle immer abwechselnd in dem einen Besetzungsfalle die Kirchengemeinde nach den Bestimmungen dieses Gesetzes ein Wahlrecht ausübt, und nur in dem andern die Kirchenregierung frei besetzt. §. 2. Bei anderen Pfarrstellen bleibt die bisherige Ordnung der Besetzung ungeändert, doch soll bei denjenigen unter diesen Stellen, bei welchen die Beschränkung der freien Besetzung der Kirchenregierung nur in einem (über das Vokationsrecht hinausgehenden) Rechte der Kirchengemeinde beruht, die im §. 1. bestimmte Besetzungsweise durch Erklärung des Landeskonsistoriums in Kraft gesetzt werden, sobald der Kirchenvorstand solches beantragt und die Mehrheit der bisher Wahlberechtigten ordnungsmässig zu in dem Ende berufener Versammlung zustimmt. §. 3. Von der Geltung dieses Gesetzes sind ausgenommen: 1. Stellen in Personal- und Anstaltsgemeinden. 2. Stellen, deren Jahresertrag auf 500 Thaler noch nicht gebracht ist. 3. Stellen, mit denen eine General- oder Special-Superintendentur verbunden ist, so lange die Verbindung dauert. Im letzteren Falle aber soll auf dieselbe Zeit, wenn in der Kirchengemeinde eine zweite, von der Kirchenregierung frei zu besetzenden Stelle besteht, für diese, der Kirchengemeinde das Wahlrecht (§. 1.) in jedem Besetzungsfalle zustehen. §. 4. Als Besetzungsfall gilt jede Anstellung, welche eine Pfarrstelle, oder ständige Pfarrgehülfenstelle fest, wenn auch nur bedingt (Gehülfen mit Hoffnung auf Nachfolge) verleiht. Auf Anstellungen anderer Art leidet dieses Gesetz keine Anwendung. Jeder Besetzungsfall gilt erst mit der Einführung des Geistlichen in das Amt als vollendet. §. 5. Das durch dies Gesetz gewährte Wahlrecht berechtigt unter den nachfolgenden Bestimmungen, zu einer Auswahl aus allen Geistlichen, welche in der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover im geistlichen Amte stehen, und aus allen, vom Landes-Consistorium als anstellungsfähig für ein solches Amt erkannten Candidaten, mit der Beschränkung, dass 1. mit Pfarrstellen von mehr als 1200 Thaler Jahresertrag nur solche, welche das 45. Lebensjahr, 2. mit Pfarrstellen von mehr als 1000 Thaler Jahresertrag nur solche, welche das 40. Lebensjahr, 3. mit Pfarrstellen von mehr als 800 Thaler Jahresertrag nur solche, welche das 35. Lebensjahr zurückgelegt haben, gewählt werden dürfen, 4. das Landes-Consistorium jüngere Jahrgänge der Candidaten nach der Zeit der Prüfung pro ministerio berechnet, so lange von der Wählbarkeit ausschliessen kann, als aus älteren Jahrgängen mehr als zwanzig anstellungsfähige Candidaten übrig sind. Ueber alle wählbaren Geistlichen und Candidaten soll beim Landes-Consistorium fortlaufend ein der Einsicht der Kirchenvorstände offen liegendes Verzeichniss, mit Angabe des Lebensalters der Verzeichneten, geführt werden. §. 6. Den Geistlichen und Candidaten ist jede Bewerbung um Stimmen bei der Wahl, bei Strafe der Nichtbestätigung ihrer Wahl und im Falle späterer Entdeckung bei Strafe disciplinarischer Ahndung bis zur Dienstentlassung, verboten. Doch ist denselben unbenommen, bei der Kirchenbehörde (nicht beim Kirchenvorstande) sich für die Stelle bereit zu melden. §. 7. Tritt ein Besetzungsfall ein, für welchen der Kirchengemeinde nach diesem Gesetz das Wahlrecht zusteht, so hat, sobald der Ertrag der Stelle festgestellt ist (§. 15), die Kirchenregierung dem Kirchenvorstande mitzutheilen, welche

Personen nach §. 5. für die Stelle überhaupt wählbar sind und welche derselben für die Stelle sich bereit gemeldet haben. Nach Berathung mit dem Superintendenten hat darauf der Kirchenvorstand alle zu einer guten .Wahl nöthigen Ermittelungen anzustellen. Dabei steht ihm namentlich zu, Deputirte aus seiner Mitte zu entsenden, um über solche, welche vorläufig für die Stelle in Aussicht genommen worden, an Orten ihrer früheren Wirksamkeit Zuverlässigeres zu erkunden. Auch haben dem Kirchenvorstande zur Förderung seiner Aufgabe die Kirchenbehörden jede erbetene Unterstützung innerhalb ihrer Zuständigkeit bereitwillig zu gewähren. Der Kirchenregierung bleibt es übrigens vorbehalten, zu den Verhandlungen — hier, wie bezüglich des §. 11. — an Stelle des Superintendenten oder neben demselben einen besonderen Bevollmächtigten zu beauftragen, auch diesen und den Superintendenten mit näherer Anweisung für die Verhandlungen zu versehen. §. 8. Sind die Vorbereitungen (§. 7.) beendet, so hat zunächst der Kirchenvorstand eine Auswahl zu treffen. Dieselbe erfolgt mittelst schriftlicher Stimmgebung in einer unter dem Vorsitze eines Bevollmächtigten der Kirchenregierung abzuhaltenden Sitzung des Kirchenvorstandes, an welcher jedoch Gehülfen eines Pfarrgeistlichen, welche nach besonderer Anordnung der Kirchenregierung statt desselben in den Kirchenvorstand eingetreten sind, und die in Vakanzfällen oder in Fällen dauernder Behinderung von der Kirchenregierung benannten stellvertretenden Geistlichen niemals, auch in Kirchengemeinden, in welchen mehrere Pfarrstellen bestehen, die Inhaber nachfolgender Stellen dann nicht theilzunehmen haben, wenn die Besetzung einer vorhergehenden Stelle in Frage steht. §. 9. Entscheidet sich sodann der Kirchenvorstand mit Stimmeneinhelligkeit für eine Person aus der Zahl der nach §. 5. im vorliegenden Falle überhaupt Wählbaren, und wird dagegen innerhalb einer vom Kirchenvorstande vorzuschreibenden Frist nicht wenigstens von drei wahlberechtigten Kirchengemeindemitgliedern (vgl. §. 11) beim Kirchenvorstande Widerspruch erhoben, so gilt diese Person ohne Weiteres als für die Stelle erwählt. Trifft der Kirchenvorstand aber eine solche einhelllige Entscheidung nicht, oder wird dagegen solcher Widerspruch erhoben, so hat der Kirchenvorstand drei geeignete Personen zu benennen, unter welchen die Kirchengemeinde auswählt. Kann oder will er drei geeignete Personen nicht benennen, so ist hiervon dem Landes-Consistorium Anzeige zu machen, welches solchenfalls berechtigt ist, die Benennung des Kirchenvorstandes zu ergänzen, beziehungsweise zu ersetzen. Macht dasselbe von dieser Befugniss keinen Gebrauch, so hat die Kirchengemeinde unter den nach §. 5. im vorliegenden Falle überhaupt Wählbaren freie Auswahl, unbeschadet übrigens der Zulässigkeit einer die Wahl nicht beschränkenden Empfehlung der einen oder anderen Person Seitens der Kirchenregierung oder des Kirchenvorstandes. §. 10. Die nach §. 9. Benannten oder Empfohlenen können zur Abhaltung eines sonn- oder festtäglichen Hauptgottesdienstes und einer Catechisation vor der Kirchengemeinde, bevor diese wählt, aufgefordert werden, falls der Kirchenvorstand dies für zweckmässig erachtet. §. 11. Die nach §. 9. von der Kirchengemeinde vorzunehmende Wahl erfolgt mittelst schriftlicher Stimmgebung in einer Versammlung derselben, für welche §. 5. S. 1 und §§. 7, 10, 11, und 12 der Kirchenvorstandsordnung vom 9. Oktober 1864 sinngemäss gelten. Der Kirchengemeinde muss bei Abkündigung derselben eröffnet werden, unter welchen Personen sie zu wählen hat. Die Wahl wird durch den Superintendenten geleitet. Bei der Wahl entscheidet relative Mehrheit der an der Abstimmung Theilnehmenden. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos. §. 12. Der Name des Gewählten (§. 9. S. 1 und §. 11.) soll an dem der Wahl folgenden Sonntage in der Kirche verkündet werden. Hat er nicht schon nach §. 10. vor der Wahl einen Gottesdienst vor der Gemeinde abgehalten, so muss er zunächst die Anstellungspredigt halten, andernfalls fällt diese weg. Jedes konfirmirte Kirchengemeindeglied, auch wenn dasselbe sonst zu den kirchlich Stimmberechtigten nicht gehört, ist berechtigt, Einwendungen gegen die Wahl vorzubringen, wodurch die Einführung des Gewählten bis zur Erledigung der Einwendungen verschoben wird. Die Frist zur Vorbringung solcher Einwendungen läuft mit dem Sonntage ab, welcher auf die Anstellungspredigt — wenn diese wegfällt, auf den Sonntag, an welchem der Name des Gewählten verkündet ist — folgt. Sie ist der Gemeinde bei Verkündigung des Namens des Gewählten kund zu geben. §. 13. Jede Wahl bedarf der Bestätigung der Kirchenregierung. Zur Entscheidung über dieselbe hat nach Ablauf der zur Vorbringung von Einwendungen bestimmten Frist der Kirchenvorstand unter Begutachtung der letzteren bei Vorlegung der Wahlakten Bericht zu erstatten. Die Bestätigung darf nur verweigert werden, wenn entweder bei der Wahl ordnungswidrig verfahren ist (vgl. auch §. 6.) oder der Gewählte für unfähig zur ordnungsmässigen Versehung des zu besetzenden Amtes erkannt wird. Eine Versagung der Bestä-

tigung wegen Unfähigkeit des Gewählten für das Amt, vorausgesetzt, dass derselbe nach §. 5. zu den überhaupt Wählbaren gehört, kann beim Widerspruche des Kirchenvorstandes in der Instanz des Landesconsistoriums, von diesem nur unter Mitwirkung des Ausschusses der Landessynode erkannt werden. Die Mitwirkung erfolgt in der in §. 66. Nr. 2 der Synodalordnung vom 9. Oktober 1864 bestimmten Weise.

XVI. (§. 114. no. 6.)

Constit. Pius IX. vom 12. *Oct.* 1869: Excommunicationes latae sententiae speciali modo Romano Pontifici reservatae. Itaque excommunicationi latae sententiae speciali modo Romano Pontifici reservatae subiacere declaramus: 1. Omnes a christiana fide apostatas, et omnes ac singulos haereticos, quocumque nomine censeantur, et cuiuscumque sectae existant, eisque credentes, eorumque receptores, fautores, ac generaliter quoslibet illorum defensores. 2. Omnes et singulos scienter legentes sine auctoritate Sedis Apostolicae libros eorumdem apostatarum et haereticorum haeresim propugnantes, nec non libros cuiusvis auctoris per Apostolicas litteras nominatim prohibitos, eosdemque libros retinentes, imprimentes et quomodolibet defendentes. 3. Schismaticos et eos qui a Romani Pontificis pro tempore existentis obedientia pertinaciter se subtrahunt, vel recedunt. 4. Omnes et singulos, cuiuscumque status, gradus seu conditionis fuerint ab ordinationibus seu mandatis Romanorum Pontificum pro tempore existentium ad universale futurum Concilium appellantes, nec non eos, quorum auxilio, consilio vel favore appellatum fuerit. 5. Omnes interficientes, mutilantes, percutientes, capientes, carcerantes, detinentes, vel hostiliter insequentes S. R. E. Cardinales, Patriarchas, Archiepiscopos, Episcopos Sedisque Apostolicae Legatos, vel Nuncios, aut eos a suis Dioecesibus, Territoriis, Terris, seu Dominiis eiicientes, nec non ea mandantes, vel rata habentes, seu praestantes in eis auxilium, consilium vel favorem. 6. Impedientes directe vel indirecte exercitium iurisdictionis ecclesiasticae sive interni sive externi fori, et ad hoc recurrentes ad forum saeculare eiusque mandata procurantes, edentes, aut auxilium, consilium vel favorem praestantes. 7. Cogentes sive directe, sive indirecte iudices laicos ad trahendum ad suum tribunal personas ecclesiasticas praeter canonicas dispositiones: item edentes leges vel decreta contra libertatem aut iura Ecclesiae. 8. Recurrentes ad laicam potestatem ad impediendas litteras vel acta quaelibet a Sede Apostolica, vel ab eiusdem Legatis aut Delegatis quibuscumque profecta eorumque promulgationem vel executionem directe vel indirecte prohibentes, aut eorum causa sive ipsas partes, sive alios laedentes, vel perterrefacientes. 9. Omnes falsarios litterarum Apostolicarum, etiam in forma Brevis ac supplicationum gratiam vel iustitiam concernentium, per Romanum Pontificem, vel S. E. R. Vice-Cancellarios seu Gerentes vices eorum aut de mandato Eiusdem Romani Pontificis signatarum: nec non falso publicantes Litteras Apostolicas, etiam in forma Brevis, et etiam falso signantes supplicationes Vice-Cancellarii aut Gerentis vices praedictorum. 10. Absolventes complicem in peccato turpi etiam in mortis articulo, si alius Sacerdos licet non adprobatus ad confessiones, sine gravi aliqua exoritura infamia et scandalo, possit excipere morientis confessionem. 11. Usurpantes aut sequestrantes iurisdictionem, bona, reditus, ad personas ecclesiasticas ratione suarum Ecclesiarum aut beneficiorum pertinentes. 12. Invadentes, destruentes, detinentes per se vel per alios Civitates, Terras, loca aut iura ad Ecclesiam Romanam pertinentia; vel usurpantes, perturbantes, retinentes supremam iurisdictionem in eis; nec non ad singula praedicta auxilium, consilium, favorem praebentes. A quibus omnibus excommunicationibus hoc usque recensitis absolutionem Romano Pontifici pro tempore speciali modo reservatam esse et reservari; et pro ea generalem concessionem absolvendi a casibus et censuris, sive excommunicationibus Romano Pontifici reservatis nullo pacto sufficere declaramus, revocatis insuper earumdem respectu quibuscumque indultis concessis sub quavis forma et quibusvis personis etiam Regularibus cuiuscumque Ordinis, Congregationis, Societatis et Instituti, etiam speciali mentione dignis et in quavis dignitate constitutis. Absolvere autem praesumentes sine debita facultate, etiam quovis praetextu, excommunicationis vinculo Romano Pontifici reservatae innodatos se sciant, dummodo non agatur de mortis articulo, in quo tamen firma sit quoad absolutos obligatio standi mandatis Ecclesiae, si convaluerint. — Excommunicationes latae sententiae Romano Pontifici reservatae. — Excommunicationi latae sententiae Romano Pontifici reservatae subiacere declaramus: 1. Docentes vel defendentes sive publice, sive privatim propositiones ab Apostolica Sede damnatas sub excommunicationis poena latae sententiae; item docentes vel defendentes tanquam licitam praxim inquirendi a poenitente nomen complicis prouti damnata est a Benedicto XIV. in Const. *Suprema* 7. Julii 1745. *Ubi primum* 2. Junii 1746. *Ad eradicandum* 28. Septembris 1746. 2. Violentas manus, suadente diabolo, iniicientes in Clericos, vel utriusque sexus Monachos, exceptis quoad

reservationem casibus et personis, de quibus iure vel privilegio permittitur, ut Episcopus aut alius absolvat. 3. Duellum perpetrantes, aut simpliciter ad illud provocantes, vel ipsum acceptantes, et quoslibet complices, vel qualemcumque operam aut favorem praebentes, nec non de industria spectantes, illudque permittentes, vel quantum in illis est, non prohibentes cuiuscumque dignitatis sint, etiam regalis vel imperialis. 4. Nomen dantes sectae *Massonicae*, aut *Carbonariae*, aut aliis eiusdem generis sectis quae contra Ecclesiam vel legitimas potestates seu palam, seu clandestine machinantur, nec non iisdem sectis favorem qualemcumque praestantes; earumve occultos coriphaeos ac duces non denunciantes, donec non denunciaverint. 5. Immunitatem asyli ecclesiastici violare jubentes, aut ausu temerario violantes. 6. Violantes clausuram Monialium, cuiuscumque generis aut conditionis, sexus vel aetatis fuerint, in earum monasteria absque legitima licentia ingrediendo; pariterque eos introducentes vel admittentes, itemque Moniales ab illa exeuntes extra casus ac formam a. S. Pio V. in Constit. *Decori* praescriptam. 7. Mulieres violantes Regularium virorum clausuram, et Superiores aliosve eas admittentes. 8. Reos simoniae realis in beneficiis quibuscumque, eorumque complices. 9. Reos simoniae confidentialis in beneficiis quibus libet, cuiuscumque sint dignitatis. 10. Reos simoniae realis ob ingressum in Religionem. 11. Omnes qui questum facientes ex indulgentiis aliisque gratiis spiritualibus excommunicationis censura plectuntur Constitutione S. Pii V. *Quam plenum* 2. Januarii 1554. 12. Colligentes eleemosynas maioris pretii pro missis, et ex iis lucrum captantes faciendo eas celebrari in locis ubi Missarum stipendia minoris pretii esse solent. 13. Omnes qui excommunicatione multantur in Constitutionibus S. Pii V. *Admonet nos* quarto Kalendas Aprilis 1567, Innocenti IX. *Quae ab hac Sede* pridie nonas Novembris 1591, Clementis VIII. *Ad Romani Pontificis curam* 26. Junii 1592 et Alexandri VII. *Inter ceteras* nono Kalendas Novembris 1660, alienationem et infeudationem Civitatum et Locorum S. R. E. respicientibus. 14. Religiosos praesumentes clericis aut laicis extra casum necessitatis Sacramentum extremae unctionis aut Eucharistiae per viaticum ministrare absque Parochi licentia. 15. Extrahentes absque legitima venia reliquias ex Sacris Coemeteriis sive Catacumbis Urbis Romae eiusque territorii, eisque auxilium vel favorem praebentes. 16. Communicantes cum excommunicato nominatim a Papa in crimine criminoso, ei scilicet impendendo auxilium vel favorem. 17. Clericos scienter et sponte communicantes in divinis cum personis a Romano Pontifice nominatim excommunicatis et ipsos in officiis recipientes. — Excommunicationes latae Sententiae Episcopis sive Ordinariis reservatae. — Excommunicationi latae sententiae Episcopis sive Ordinariis reservatae subiacere declaramus: — 1. Clericos in Sacris constitutos vel Regulares aut Moniales post votum solemne castitatis matrimonium contrahere praesumentes; nec non omnes cum aliqua ex praedictis personis matrimonium contrahere praesumentes. 2. Procurantes abortum, effectu sequuto. 3. Litteris apostolicis falsis scienter utentes, vel crimini ea in re cooperantes. — Excommunicationes latae sententiae nemini reservatae. — Excommunicationi latae sententiae nemini reservatae subiacere declaramus: 1. Mandantes seu cogentes tradi Ecclesiasticae sepulturae haereticos notorios aut nominatim excommunicatos vel interdictos. 2. Laedentes aut perterrefacientes Inquisitores, denuntiantes, testes, aliosve ministros Officii; eiusve Sacri Tribunalis scripturas diripientes, aut comburentes; vel praedictis quibuslibet auxilium, consilium, favorem praestantes. Alienantes et recipere praesumentes bona ecclesiastica absque Beneplacito Apostolico, ad formam Extravangantis *Ambitiosae* de Reb. Ecc. non alienandis. 3. Negligentes sive culpabiliter omittentes denunciare infra mensem Confessarios sive Sacerdotes a quibus sollicitati fuerint ad turpia in quibuslibet casibus expressis a Praedecess. Nostris Gregorio XV. Constit. *Universi* 20. Augusti 1622, et Benedicto XIV, Constit. *Sacramentum poenitentiae* 1. Junii 1741. Praeter hos hactenus recensitos, eos quoque quos Sacrosanctum Concilium Tridentinum, sive reservata Summo Pontifici aut Ordinariis absolutione, sive absque ulla reservatione excommunicavit, Nos pariter ita excommunicatos esse declaramus; excepta anathematis poena in Decreto Sess. IV. *De editione et usu Sacrorum Librorum* constituta, cui illos tantum subiacere volumus, qui libros de rebus Sacris tractantes sine Ordinarii approbatione imprimunt, aut imprimi faciunt. — Suspensiones latae Sententiae Summo Pontifici reservatae. — 1. Suspensionem ipso facto incurrunt a suorum Beneficiorum perceptione ad beneplacitum S. Sedis Capitula et Conventus Ecclesiarum et Monasteriorum aliique omnes, qui ad illarum seu illorum regimen et administrationem recipiunt Episcopos aliosve Praelatos de praedictis Ecclesiis seu Monasteriis apud eamdem S. Sedem quovis modo provisos, antequam ipsi exhibuerint Litteras apostolicas de sua promotione. 2. Suspensionem per triennium a collatione Ordinum ipso iure incurrunt aliquem Ordinantes absque titulo beneficii, vel patrimonii cum pacto ut ordinatus non petat ab ipsis alimenta. 3. Suspensionem per annum ab ordinum administra-

tione ipso iure incurrunt Ordinantes alienum subditum etiam sub praetextu beneficii statim conferendi, aut iam collati, sed minime sufficientis, absque eius Episcopi litteris dimissorialibus, vel etiam subditum proprium qui alibi tanto tempore moratus sit, ut canonicum impedimentum contrahere ibi potuerit, absque Ordinarii eius loci litteris testimonialibus. 4. Suspensionem per annum a collatione ordinum ipso iure incurrit, qui excepto casu legitimi privilegii, ordinem Sacrum contulerit absque titulo beneficii vel patrimonii clerico in aliqua Congregatione viventi, in qua solemnis professio non emittitur, vel etiam religioso nondum professo. 5. Suspensionem perpetuam ab exercitio ordinum ipso iure incurrunt Religiosi electi, extra Religionem degentes. 6. Suspensionem ab Ordine suscepto ipso iure incurrunt, qui eumdem ordinem recipere praesumpserunt ab excommunicato vel suspenso vel interdicto nominatim denunciatis, aut ab haeretico vel schismatico notorio: eum vero qui bona fide a quopiam eorum est ordinatus, exercitium non habere ordinis sic suscepti, donec dispensetur, declaramus. 7 Clerici saeculares exteri ultra quatuor menses in Urbe commorantes ordinati ab alio quam ab ipso suo Ordinario absque licentia Card. Urbis Vicarii, vel absque praevio examine coram eodem peracto, vel etiam a proprio Ordinario posteaquam in praedicto examine reiecti fuerint; nec non clerici pertinentes suburbicariis, si ordinentur extra suam dioecesim, dimissorialibus sui Ordinarii ad alium directis quam ad Card. Urbis Vicarium; vel non praemissis ante Ordinem Sacrum suscipiendum exercitiis spiritualibus per decem dies in domo urbana Sacerdotum a Missione nuncupatorum, suspensionem ab ordinibus sic susceptis ad beneplacitum S. Sedis ipso iure incurrunt: Episcopi vero ordinantes ab usu Pontificalium per annum. — Interdicta latae sententiae reservata. — 1. Interdictum Romano Pontifici speciali modo reservatum ipso iure incurrunt Universitates, Collegia et Capitula, quocumque nomine nuncupentur, ab ordinationibus seu mandatis eiusdem Romani Pontificis pro tempore existentis ad universale futurum Concilium appellantia. 2. Scienter celebrantes vel celebrari facientes divina in locis ab Ordinario, vel delegato Judice, vel a iure interdictis, aut nominatim excommunicatos ad divina officia, seu ecclesiastica sacramenta, vel ecclesiasticam sepulturam admittentes, interdictum ab ingressu Ecclesiae ipso iure incurrunt, donec ad arbitrium eius cuius sententiam contempserunt, competenter satisfecerint. Denique quoscumque alios Sacrosanctum Concilium Tridentinum suspensos aut interdictos ipso iure esse decrevit, Nos pari modo suspensioni vel interdicto eosdem obnoxios esse volumus et declaramus. Quae vero censurae sive excommunicationes, sive suspensiones, sive interdicti Nostris aut Praedecessorum Nostrorum Constitutionibus, aut sacris canonibus praeter eas, quas recensuimus, latae sunt, atque hactenus in suo vigore perstiterunt sive pro R. Pontificis electione, sive pro interno regimine quorumcumque Ordinum et Institutorum Regularium, nec non quorumcumque Collegiorum, Congregationum, coetuum locorumque piorum cuiuscumque nominis aut generis sint, eas omnes firmas esse, et in suo robore permanere volumus et declaramus. Ceterum decernimus, in novis quibuscumque concessionibus ac privilegiis, quae ab Apostolica Sede concedi cuivis contigerit, nullo modo ac ratione intelligi unquam debere, aut posse comprehendi facultatem absolvendi a casibus, et censuris quibuslibet Romano Pontifici reservatis, nisi de iis formalis, explicata, ac individua mentio facta fuerit: quae vero privilegia aut facultates, sive a Praedecessoribus Nostris, sive etiam a Nobis cuilibet Coetui, Ordini, Congregationi, Societati, et Instituto, etiam regulari cuiusvis speciei, etsi titulo peculiari praedito, atque etiam speciali mentione digno a quovis unquam tempore huc usque concessae fuerint, ea omnia, easque omnes Nostra hac Constitutione revocatas, suppressas, et abolitas esse volumus, prout reapse revocamus, supprimus, et abolemus, minime refragantibus aut obstantibus privilegiis quibuscumque, etiam specialibus, comprehensis, vel non in corpore iuris, aut Apostolicis Constitutionibus, et quavis confirmatione Apostolica, vel immemorabili etiam consuetudine, aut alia quacumque firmitate roboratis quibuslibet etiam formis ac tenoribus, et cum quibusvis derogatoriis, aliisque efficacioribus et insolitis clausulis, quibus omnibus, quatenus opus sit derogare intendimus et derogamus. Firmam tamen esse volumus absolvendi facultatem a Tridentina Synodo Episcopis concessam *Sess. XXIV. cap. VI. de reform.* in quibuscumque censuris Apostolicae Sedi hac Nostra Constitutione reservatis, iis tantum exceptis, quas Eidem Apostolicae Sedi speciali modo reservatas declaravimus.

XVII. (§. 116. no. 22.)

Preussisches Gesetz vom 12. *Mai* 1873: I. Allgemeine Bestimmungen. §. 1. Die kirchliche Disziplinargewalt über Kirchendiener darf nur von Deutschen kirchlichen Behörden ausgeübt werden. §. 2. Kirchliche Disziplinarstrafen, welche gegen die Freiheit oder das Vermögen gerichtet sind, dürfen nur nach Anhörung des Beschuldigten verhängt werden. Der Entfernung aus dem Amte (Ent-

lassung, Versetzung, Suspension, unfreiwillige Emeritirung u. s. w.) muss ein geordnetes prozessualisches Verfahren vorausgehen. In allen diesen Fällen ist die Entscheidung schriftlich unter Angabe der Gründe zu erlassen. §. 3. Die körperliche Züchtigung ist als kirchliche Disziplinarstrafe oder Zuchtmittel unzulässig. §. 4. Geldstrafen dürfen den Betrag von 30 Thalern, oder, wenn das einmonatliche Amtseinkommen höher ist, den Betrag des letzteren nicht übersteigen. §. 5. Die Strafe der Freiheitsentziehung (§. 2.) darf nur in der Verweisung in eine Demeriten-Anstalt bestehen. Die Verweisung darf die Dauer von drei Monaten nicht übersteigen und die Vollstreckung derselben wider den Willen des Betroffenen weder begonnen, noch fortgesetzt werden. Die Verweisung in eine ausserdeutsche Demeriten-Anstalt ist unzulässig. §. 6. Die Demeriten-Anstalten sind der staatlichen Aufsicht unterworfen. Ihre Hausordnung ist dem Oberpräsidenten der Provinz zur Genehmigung einzureichen. Er ist befugt, Visitationen der Demeriten-Anstalten anzuordnen, und von ihren Einrichtungen Kenntniss zu nehmen. Von der Aufnahme eines Demeriten hat der Vorsteher der Anstalt unter Angabe der Behörde, welche sie verfügt, binnen 24 Stunden dem Oberpräsidenten Anzeige zu machen. Ueber sämmtliche Demeriten ist von dem Vorsteher ein Verzeichniss zu führen, welches den Namen derselben, die gegen sie erkannten Strafen und die Zeit der Aufnahme und Entlassung enthält. Am Schluss jedes Jahres ist das Verzeichniss dem Oberpräsidenten einzureichen. §. 7. Von jeder kirchlichen Disziplinar-Entscheidung, welche auf eine Geldstrafe von mehr als 20 Thaleru, auf Verweisung in eine Demeriten-Anstalt für mehr als 14 Tage, oder auf Entfernung aus dem Amte (§. 2.) lautet, ist dem Oberpräsidenten, gleichzeitig mit der Zustellung an den Betroffenen, Mittheilung zu machen. Die Mittheilung muss die Entscheidungsgründe enthalten. §. 8. Der Oberpräsident ist befugt, die Befolgung der in den §§. 5—7. enthaltenen Vorschriften und der auf Grund derselben von ihm erlassenen Verfügungen durch Geldstrafen bis zum Betrage von 1000 Thlr. zu erzwingen. Die Androhung und Festsetzung der Strafe darf wiederholt werden, bis dem Gesetze genügt ist. Ausserdem kann die Demeriten-Anstalt geschlossen werden. §. 9. Eine Vollstreckung kirchlicher Disziplinar-Entscheidungen im Wege der Staatsverwaltung findet nur dann statt, wenn dieselben von dem Oberpräsidenten nach erfolgter Prüfung der Sache für vollstreckbar erklärt worden sind. II. Berufung an den Staat. §. 10. Gegen Entscheidungen der kirchlichen Behörden, welche eine Disziplinarstrafe verhängen, steht die Berufung an die Staatsbehörde (§. 32.) offen: 1. wenn die Entscheidung von einer durch die Staatsgesetze ausgeschlossenen Behörde ergangen ist; 2. wenn die Vorschriften des §. 2. nicht befolgt worden sind; 3. wenn die Strafe gesetzlich unzulässig ist; 4. wenn die Strafe verhängt ist: a) wegen einer Handlung oder Unterlassung, zu welcher die Staatsgesetze oder die von der Obrigkeit innerhalb ihrer Zuständigkeit erlassenen Anordnungen verpflichten, b) wegen Ausübung oder Nichtausübung eines öffentlichen Wahl- und Stimmrechts, c) wegen Gebrauchs der Berufung an die Staatsbehörde (§. 32.) auf Grund dieses Gesetzes. §. 11. Die Berufung findet ausserdem statt, wenn 1. die Entfernung aus dem kirchlichen Amte (§. 2. Abs. 2.) als Disziplinarstrafe oder sonst wider den Willen des davon Betroffenen ausgesprochen worden ist, und die Entscheidung der klaren thatsächlichen Lage widerspricht oder die Gesetze des Staates oder allgemeine Rechtsgrundsätze verletzt; 2. nach erfolgter vorläufiger Suspension vom Amte das weitere Verfahren ungebührlich verzögert wird. §. 12. Die Berufung steht Jedem zu, gegen welchen die Entscheidung ergangen ist, sobald er die dagegen zulässigen Rechtsmittel bei der vorgesetzten kirchlichen Instanz ohne Erfolg geltend gemacht hat. Liegt ein öffentliches Interesse vor, so steht die Berufung auch dem Oberpräsidenten zu, jedoch erst dann, wenn die bei den kirchlichen Behörden angebrachten Rechtsmittel ohne Erfolg geblieben sind, oder die Frist zur Einlegung derselben versäumt ist. §. 13. Die Berufung ist bei dem Königlichen Gerichtshofe für kirchliche Angelegenheiten schriftlich anzumelden. Die Frist zur Anmeldung beträgt in den Fällen des §. 10. und §. 11. Abs. 1. für den durch die Entscheidung Betroffenen vier Wochen. Sie beginnt mit Ablauf des Tages, an welchem die Entscheidung mit Gründen ihm zugestellt ist. In den Fällen des §. 11. Abs. 2. ist die Berufung an keine Frist gebunden. Für den Oberpräsidenten beträgt die Frist, wenn ihm die Entscheidung als endgültige amtliche mitgetheilt ist, drei Monate, andernfalls ist derselbe an keine Frist gebunden. §. 14. Durch Einlegung der Berufung wird die Vollstreckung der angefochtenen Entscheidung aufgehalten. Der Gerichtshof ist jedoch befugt, die vorläufige Vollstreckung zu gestatten. Andernfalls kann die Einstellung der Vollstreckung von dem Gerichtshofe durch Geldstrafen bis zum Betrage von 1000 Thalern erzwungen werden (§. 8. Abs. 2.). §. 15. Die Berufung ist innerhalb 14 Tagen nach der Anmeldung schriftlich zu rechtfertigen. Diese Frist kann auf

Antrag verlängert werden. §. 16. Die Anmeldung und die Rechtfertigungsschrift wird der kirchlichen Behörde zur Abgabe einer schriftlichen Erklärung und Einreichung der Akten innerhalb 4 Wochen zugefertigt. Die Einreichung der Akten kann erzwungen werden, geeignetenfalls durch Geldstrafen bis zum Betrage von 1000 Thalern (§. 8. Abs. 2.). §. 17. Der Gerichtshof trifft die zur Aufklärung der Sache erforderlichen Verfügungen. Die Beweisverhandlungen sind unter Zuziehung eines vereideten Protokollführers aufzunehmen. §. 18. Die Entscheidung erfolgt auf Grund mündlicher Verhandlung in öffentlicher Sitzung. Die Oeffentlichkeit kann durch Beschluss des Gerichtshofes ausgeschlossen oder auf bestimmte Personen beschränkt werden. §. 19. Zu den Verhandlungen (§§. 17. und 18.) sind der Berufende und die kirchliche Behörde zuzuziehen. Dieselben können sich durch einen Advokaten oder Rechtsanwalt vertreten lassen. Im Fall ihres Ausbleibens wird nach Lage der Verhandlungen erkannt. Ausserdem ist der Minister der geistlichen Angelegenheiten zu benachrichtigen, welcher einen Beamten mit seiner Vertretung beauftragen kann. Hat der Oberpräsident die Berufung eingelegt, so übernimmt der von dem Minister bezeichnete Beamte die Vertretung des Berufenden. §. 20. In dem Termin zur mündlichen Verhandlung giebt ein von dem Vorsitzenden des Gerichtshofes aus der Zahl seiner Mitglieder ernannter Referent eine Darstellung der Sache, wie sie aus den bisherigen Verhandlungen hervorgeht. Hierauf wird der Berufende oder dessen Vertreter, sowie der Vertreter der kirchlichen Behörde und des Ministers der geistlichen Angelegenheiten mit ihren Vor- und Anträgen gehört. §. 21. Bei der Entscheidung hat der Gerichtshof, ohne an positive Beweisregeln gebunden zu sein, nach seiner freien, aus dem ganzen Inbegriff der Verhandlungen und Beweise geschöpften Ueberzeugung zu entscheiden. In dem Urtheil ist entweder die Verwerfung der Berufung oder die Vernichtung der angefochtenen Entscheidung auszusprechen. Das mit Gründen versehene Urtheil wird in der Sitzung, in welcher die mündliche Verhandlung beendet worden ist, oder in einer der nächsten Sitzungen verkündet und eine Ausfertigung desselben dem Berufenden oder dessen Vertreter, sowie der kirchlichen Behörde und dem Minister der geistlichen Angelegenheiten zugestellt. §. 22. Ueber die mündliche Verhandlung wird ein Protokoll aufgenommen, welches die Namen der Anwesenden und die wesentlichen Momente der Verhandlung enthalten muss. Das Protokoll wird von dem Vorsitzenden und dem vereideten Protokollführer unterzeichnet. §. 23. Wird die angefochtene Entscheidung vernichtet, so hat die kirchliche Behörde die Aufhebung der Vollstreckung zu veranlassen und die Wirkung der bereits getroffenen Massregeln zu beseitigen. Der Oberpräsident ist befugt, die Befolgung der von ihm deshalb erlassenen Verfügungen durch Geldstrafen bis zum Betrage von 1000 Thalern zu erzwingen (§. 8. Abs. 2.). Gegen diese Verfügungen steht der kirchlichen Behörde die Beschwerde bei dem Gerichtshofe für die kirchlichen Angelegenheiten offen. III. Einschreiten des Staats ohne Berufung. §. 24. Kirchendiener, welche die auf ihr Amt oder ihre geistlichen Amtsverrichtungen bezüglichen Vorschriften der Staatsgesetze oder die in dieser Hinsicht von der Obrigkeit innerhalb ihrer gesetzlichen Zuständigkeit getroffenen Anordnungen so schwer verletzen, dass ihr Verbleiben im Amte mit der öffentlichen Ordnung unverträglich erscheint, können auf Antrag der Staatsbehörde durch gerichtliches Urtheil aus ihrem Amte entlassen werden. Die Entlassung aus dem Amte hat die rechtliche Unfähigkeit zur Ausübung des Amtes, den Verlust des Amtseinkommens und die Erledigung der Stelle zur Folge. §. 25. Dem Antrage muss eine Aufforderung an die vorgesetzte kirchliche Behörde vorausgehen, gegen den Angeschuldigten die kirchliche Untersuchung auf Entlassung aus dem Amte einzuleiten. Steht der Angeschuldigte unter keiner kirchlichen Behörde innerhalb des Deutschen Reichs, so ist derselbe zur Niederlegung seines Amtes aufzufordern. Die Aufforderung erfolgt schriftlich unter Angabe des Grundes von dem Oberpräsidenten der Provinz. §. 26. Wird der Aufforderung nicht binnen gesetzter Frist Folge gegeben, oder führt die kirchliche Untersuchung nicht binnen gesetzter Frist zur Entlassung des Angeschuldigten aus dem Amt, so stellt der Oberpräsident bei dem Gerichtshofe für kirchliche Angelegenheiten den Antrag auf Einleitung des Verfahrens. §. 27. Auf das Ersuchen des Gerichtshofes hat das Gericht höherer Instanz, in dessen Bezirk der Angeschuldigte seinen Wohnsitz hat, einen etatsmässigen Richter mit Führung der Voruntersuchung zu beauftragen. Bei der Voruntersuchung kommen die entsprechenden Bestimmungen der Strafprozess-Gesetze zur Anwendung. Die Verrichtungen der Staatsanwaltschaft werden durch einen von dem Minister der geistlichen Angelegenheiten ernannten Beamten wahrgenommen. §. 28. Der Gerichtshof kann mit Rücksicht auf den Ausfall der Voruntersuchung das Verfahren einstellen. In diesem Fall erhält der Angeschuldigte Ausfertigung des darauf bezüglichen

mit Gründen auszufertigenden Beschlusses. §. 29. Wird das Verfahren nicht eingestellt, so ist der Angeschuldigte unter Mittheilung der von dem Beamten der Staatsanwaltschaft anzufertigenden Anschuldigungsschrift zur mündlichen Verhandlung vorzuladen. Derselbe kann sich des Beistandes eines Advokaten oder Rechtsanwaltes als Vertheidigers bedienen. Ausserdem ist der Minister der geistlichen Angelegenheiten zu benachrichtigen. §. 30. Für das Verfahren finden die Bestimmungen der §§. 17. 18. 20. 21. 22. sinnentsprechende Anwendung. In dem Urtheil ist entweder die Freisprechung oder die Entlassung des Angeschuldigten aus den von ihm bekleideten kirchlichen Aemtern auszusprechen. §. 31. Kirchendiener, welche Amtshandlungen vornehmen, nachdem sie in Gemässheit des §. 30. aus ihrem Amte entlassen worden sind, werden mit Geldbusse bis zu 100 Thalern, im Wiederholungsfalle bis zu 1000 Thalern bestraft. IV. Königlicher Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten. §. 32. Zur Entscheidung der in den §§. 10—23. und 24—30. bezeichneten, sowie der anderweitig durch Gesetz zugewiesenen Angelegenheiten wird eine Behörde errichtet, welche den Namen: „Königlicher Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten" führt und ihren Sitz in Berlin hat. §. 33. Der Gerichtshof besteht aus eilf Mitgliedern. Der Präsident und wenigstens fünf andere Mitglieder müssen etatsmässig angestellte Richter sein. Die mündliche Verhandlung und Entscheidung in den einzelnen Sachen erfolgt durch sieben Mitglieder. Der Vorsitzende und wenigstens drei Beisitzer müssen zu den richterlichen Mitgliedern gehören. Die Geschäftsordnung, insbesondere die Befugnisse des Präsidenten und die Reihenfolge, in welcher die Mitglieder an den einzelnen Sitzungen Theil zu nehmen haben, wird durch ein Regulativ geordnet, welches der Gerichtshof zu entwerfen und dem Staatsministerium zur Bestätigung einzureichen hat. Durch Plenarbeschlüsse des Gerichtshofes können auch die in diesem Gesetz gegebenen Vorschriften des Verfahrens ergänzt und deren sinngemässe Anwendung auf andere durch Gesetz dem Gerichtshofe überwiesene Angelegenheiten geregelt werden. §. 34. Die Mitglieder des Gerichtshofs werdem vom Könige auf den Vorschlag des Staatsministeriums und zwar die bereits in einem Staatsamte angestellten für die Dauer ihres Hauptamts, die anderen Mitglieder auf Lebenszeit ernannt. Für die Rechte und Pflichten der Mitglieder des Gerichtshofs sind die für die Mitglieder des Ober-Tribunals bestehenden Vorschriften massgebend. §. 35. Der Gerichtshof entscheidet endgültig mit Ausschluss jeder weiteren Berufung. §. 36. Die Justiz- und Verwaltungsbehörden haben den an sie ergehenden Ersuchen des Gerichtshofes Folge zu geben. Die Beschlüsse und Entscheidungen des Gerichtshofes sind im Verwaltungswege vollstreckbar. §. 37. Ueber die Verpflichtung zur Zahlung der Kosten des Verfahrens entscheidet der Gerichtshof nach freiem Ermessen. Als Kosten werden nur baare Auslagen in Ansatz gebracht. §. 38. Das Erforderniss staatlicher Bestätigung kirchlicher Disziplinarentscheidungen und der Rekurs wegen Missbrauchs der kirchlichen Disziplinar-Strafgewalt an den Staat treten, soweit solche im bisherigen Rechte begründet sind, ausser Kraft.

XVIII. (§. 116. no. 23.)

Hess. Ges. d. Missbr. d. geistl. Amtsgewalt betr. v. 23. *April* 1875: Art. 5. Die kirchliche Disciplinargewalt über Kirchendiener darf nur von deutschen kirchlichen Behörden ausgeübt werden. — Kirchliche Disciplinarstrafen, welche gegen die Freiheit oder das Vermögen gerichtet sind, dürfen nur nach Anhörung des Beschuldigten verhängt werden. Der Entfernung aus dem Amt, Entlassung, Versetzung, Suspension, unfreiwilligen Emeritirung etc. muss ein geordnetes processualisches Verfahren vorausgehen. In allen diesen Fällen ist die Entscheidung schriftlich unter Angabe der Gründe zu erlassen. Art. 6. Die körperliche Züchtigung ist als kirchliche Disciplinarstrafe oder Zuchtmittel unzulässig. Disciplinarstrafen an Geld dürfen den Betrag von neunzig Mark oder, wenn das einmonatliche Amtseinkommen höher ist, den Betrag des letzteren nicht übersteigen. Eine auf Freiheits-Entziehung gerichtete Disciplinarstrafe darf nur in der Verweisung in eine geistliche Strafanstalt bestehen. Die Verweisung darf die Dauer von drei Monaten nicht übersteigen und die Vollstreckung wider den Willen des Betroffenen weder begonnen noch fortgesetzt werden. Die Verweisung in eine ausserdeutsche geistliche Strafanstalt ist unzulässig. Art. 7. Geistliche Strafanstalten, welche im Grossherzogthum errichtet sind oder errichtet werden, sind der Staatsaufsicht unterworfen. Ihre Hausordnung ist Unserem Ministerium des Innern zur Genehmigung einzureichen. — Das Ministerium des Innern ist befugt, Visitationen der geistlichen Strafanstalten anzuordnen und von ihren Einrichtungen Kenntniss zu nehmen. Von der Aufnahme eines Kirchendieners hat der Vorsteher der Anstalt binnen 24 Stunden der zuständigen Polizeibehörde Anzeige zu machen. Art. 8. Von jeder kirchlichen Disciplinar-Entscheidung, welche auf eine Geldstrafe von mehr als sechszig Mark, auf Verweisung in eine geistliche Strafanstalt für

mehr als 14 Tage oder auf Entfernung aus dem Amte lautet, ist Unserem Ministerium des Innern, gleichzeitig mit der Zustellung an den Betroffenen, Anzeige zu machen. Die Anzeige muss die Entscheidungsgründe enthalten. Im Falle fortgesetzten Ungehorsams gegenüber den Vorschriften der Art. 7. und 8. kann die Schliessung der Anstalt durch das Ministerium des Innern verfügt werden. Art. 9. Die nach Art. 3. bis 8. zulässigen Straf- und Zuchtmittel dürfen nicht angedroht, verhängt, verkündet oder vollzogen werden: 1. wegen Vornahme einer Handlung, zu welcher die Staatsgesetze oder die von der Obrigkeit innerhalb ihrer Zuständigkeit erlassenen Anordnungen verpflichten; 2. wegen Unterlassung einer Handlung, welche die Staatsgesetze oder die von der Obrigkeit innerhalb ihrer Zuständigkeit erlassenen Anordnungen verbieten; 3. wegen Ausübung oder Nicht-Ausübung öffentlicher Stimmrechte; 4. wegen einer Beschwerde über Missbrauch der geistlichen Amtsgewalt; 5. um einen Beamten zur Vornahme oder Unterlassung einer Amtshandlung zu bestimmen. Art. 10. Eine von der oberen kirchlichen Behörde im Disciplinarwege oder sonst wider den Willen des Betheiligten verfügte Entfernung aus dem kirchlichen Amte (Entlassung, Versetzung, Suspension, unfreiwillige Emeritirung etc.) bewirkt den Verlust des mit der Stelle verbundenen Diensteinkommens nur unter der Bedingung, dass Unser Ministerium des Innern nach Prüfung der von der oberen kirchlichen Behörde vorzulegenden Acten anerkennt, dass 1. das nach Art. 5. erforderliche processualische Verfahren stattgefunden hat und 2. die getroffene Massregel weder Gesetze des Staats noch allgemeine Rechtsgrundsätze verletzt. Art. 11. Kein Geistlicher darf öffentliche Vorträge in einer Kirche oder in einem anderen zu religiösen Versammlungen bestimmten Orte dazu anwenden, um aus Anlass öffentlicher, nicht rein kirchlicher Wahlen auf die Wahlberechtigten in einer bestimmten Parteirichtung einzuwirken. Art. 12. Geistliche, Diener, Beamte oder Beauftragte einer Kirche oder Religionsgemeinschaft, welche den zur Abstellung einer Beschwerde über kirchlichen Amtsmissbrauch, oder den sonstigen in Bezug auf ihr Amt oder ihre geistlichen Amtsverrichtungen von Unseren Behörden innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen nicht Folge leisten oder den Vorschriften in Art. 3–9. und 11. dieses Gesetzes zuwiderhandeln, werden mit Geldstrafen bis zu 600 Mark, oder mit Haft oder mit Gefängniss bis zu einem Jahre und in Wiederholungsfällen mit Geldstrafen bis zu 1500 Mark oder mit Gefängniss bis zu zwei Jahren bestraft. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften des Art. 5. des Gesetzes über die rechtliche Stellung der Kirchen und Religionsgemeinschaften im Staate werden in gleicher Weise bestraft, Art. 13. Kirchendiener, welche die auf ihr Amt oder ihre geistlichen Amtsverrichtungen bezüglichen Vorschriften der Staatsgesetze oder die in dieser Hinsicht von der Obrigkeit innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen so schwer verletzen, dass ihr Verbleiben im Amte mit der öffentlichen Ordnung unverträglich erscheint, können auf Antrag der Staatsbehörde durch Urtheil des Gerichtshofs für kirchliche Angelegenheiten (Art. 23.) aus ihrem Amte entlassen werden. Eine solche Verletzung liegt insbesondere dann vor, wenn neben einer wiederholten, mit Wissen und Willen begangenen Verletzung der Vorschriften der Staatsgesetze oder der in deren Vollzug innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der Obrigkeit aus dem Verhalten des Beschuldigten hervorgeht, dass er im Falle des Verbleibens im Amte sein den Staatsgesetzen und obrigkeitlichen Anordnungen zuwiderlaufendes Verfahren fortzusetzen gewillt sei. Ebenso können Kirchendiener, welche in Ausübung ihres Amtes zum Ungehorsam gegen Staatsgesetze oder gegen von der Obrigkeit innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffene Anordnungen auffordern, auf Antrag der Staatsbehörde durch Urtheil des Gerichtshofs für kirchliche Angelegenheiten aus ihrem Amte entlassen werden. Art. 14. Die Beschlussfassung darüber, ob der Antrag auf Entlassung bei Gericht gestellt werden soll, steht Unserem Gesammt-Ministerium zu. Art. 15. In dem von Unserem Ministerium des Innern bei dem Gerichtshofe für kirchliche Angelegenheiten zu stellenden Antrag sind die Thatsachen, auf welche er sich stützt, möglichst genau anzugeben. Art. 16. Auf das Ersuchen des Gerichtshofs hat das Gericht höherer Instanz, in dessen Bezirk der Angeschuldigte seinen amtlichen Wohnsitz hat, einen decretmässig angestellten Richter mit Führung der Voruntersuchung zu beauftragen. Bei der Voruntersuchung kommen die entsprechenden Bestimmungen der Strafprocessgesetze zur Anwendung. Die Verrichtungen der Staatsanwaltschaft werden durch einen von dem Ministerium des Innern ernannten Beamten wahrgenommen. Art. 17. Ergiebt sich aus der Voruntersuchung, dass die Thatsachen, auf welche sich der Antrag der Staatsbehörde stützt, nicht zu erweisen sind, und haben sich auch keine Beweise für andere Thatsachen, welche nach Art. 13. die Entlassung aus dem Amte rechtfertigen, ergeben, so kann der Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten das Verfahren einstellen. In diesem Fall erhält der Angeschuldigte Ausfertigung des darauf bezüglichen, mit Gründen zu versehenden Be-

schlusses. Art. 18. Wird das Verfahren nicht eingestellt, so ist der Angeschuldigte unter Mittheilung der von dem Beamten der Staatsanwaltschaft anzufertigenden Anschuldigungsschrift, welche die dem Angeschuldigten zur Last gelegten Thatsachen vollständig und genau bezeichnen muss, zur mündlichen Verhandlung vorzuladen. Derselbe kann sich des Beistandes eines Advokaten oder Rechtsanwalts als Vertheidigers bedienen. Der Gerichtshof trifft die zur Aufklärung der Sache erforderlichen Verfügungen. Die Beweisverhandlungen sind unter Zuziehung eines vereideten Protokollführers aufzunehmen. Die Entscheidung erfolgt auf Grund mündlicher Verhandlung in öffentlicher Sitzung. Die Oeffentlichkeit kann durch Beschluss des Gerichtshofes ausgeschlossen oder auf bestimmte Personen beschränkt werden. Art. 19. In dem Termin zur mündlichen Verhandlung giebt ein von dem Vorsitzenden des Gerichtshofs aus der Zahl seiner Mitglieder ernannter Referent eine Darstellung der Sache, wie sie aus den bisherigen Verhandlungen hervorgeht. Hierauf werden der Angeschuldigte oder dessen Vertreter, sowie der die Verrichtungen der Staatsanwaltschaft wahrnehmende Beamte mit ihren Vor- und Anträgen gehört. Art. 20. Ist der Angeschuldigte, trotz geschehener Ladung, weder selbst, noch durch einen Vertheidiger im Termine erschienen, so wird in seiner Abwesenheit verhandelt und nach Lage der Verhandlungen erkannt. Art. 21. Bei der Entscheidung hat der Gerichtshof, ohne an positive Beweisregeln gebunden zu sein, nach seiner freien, aus dem ganzen Inbegriff der Verhandlungen und Beweise geschöpften Ueberzeugung zu erkennen. Die Entlassung aus dem Amte hat die rechtliche Unfähigkeit zur Ausübung des Amts, den Verlust des Amtseinkommens und die Erledigung der Stelle zur Folge. Art. 22. Das mit Gründen versehene Urtheil wird in der Sitzung, in welcher die mündliche Verhandlung beendet worden ist, oder in einer der nächsten Sitzungen verkündet und je eine Ausfertigung desselben dem als Staatsanwalt fungirenden Beamten und dem Angeschuldigten zugestellt. Ueber die mündliche Verhandlung wird ein Protokoll aufgenommen, welches die Namen der Anwesenden und die wesentlichen Momente der Verhandlung enthalten muss. Das Protokoll wird von dem Vorsitzenden und dem vereideten Protokollführer unterzeichnet. Art. 23. Zur Entscheidung über Anträge der Staatsbehörde auf Entlassung von Geistlichen aus dem Amte ist das oberste Landesgericht als Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten berufen. Es erlässt seine Erkenntnisse in seiner Plenarsitzung in Anwesenheit von wenigstens drei Viertel seiner Mitglieder. Art. 24. Der Gerichtshof entscheidet endgültig mit Ausschluss jeder weiteren Berufung. War jedoch der nicht erschienene Beschuldigte durch von dem Gericht als erheblich anerkannte Gründe in dem Verhandlungstermin zu erscheinen verhindert, so kann er innerhalb zehn Tagen, nach der Zustellung des gegen ihn ergangenen Urtheils, Einspruch gegen dasselbe schriftlich oder zu Protokoll bei dem Gerichte erheben, welches dasselbe erlassen hat. Dieser Einspruch muss die Verhinderungsgründe bescheinigen, oder doch Bescheinigungsmittel hierüber, sowie die Beschwerden in der Hauptsache angeben. Erachtet das Gericht das Ausbleiben für gerechtfertigt, so hebt es das ergangene Urtheil auf, vernichtet geeigneten Falls auch das vorhergegangene Verfahren und bestimmt einen Tag zur nochmaligen Hauptverhandlung. Gegen die den Einspruch für unbegründet erklärende Verfügung des Gerichtshofs ist ein weiteres Rechtsmittel nicht zulässig. Die Justiz- und Verwaltungsbehörden haben den an sie ergehenden Ersuchen des Gerichtshofs Folge zu geben. Die Beschlüsse und Entscheidungen des Gerichtshofs sind im Verwaltungswege vollstreckbar. Ueber die Verpflichtung zur Zahlung der Kosten entscheidet der Gerichtshof nach freiem Ermessen. Als Kosten werden nur baare Auslagen in Ansatz gebracht. Das Verfahren vor dem Gerichtshof findet, soweit nicht dieses Gesetz etwas Anderes bestimmt, nach den durch die geltende Strafprocessordnung für das öffentliche und mündliche Verfahren festgestellten Grundsätzen statt. Art. 25. Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem 1. Juli 1875 in Kraft. Mit dem nämlichen Zeitpunkte verlieren die von dem gegenwärtigen Gesetz abweichenden, bisher geltenden Bestimmungen ihre Wirksamkeit.

XIX. (§. 153. no. 3.)

Sächs. Verordnung vom 13. *Dec.* 1876: C. Das kirchliche Aufgebot betreffend. §. 9. Ein einmaliges, oder auf besonderes Verlangen der Betheiligten höchstens zweimaliges kirchliches Aufgebot hat auch künftig der kirchlichen Trauung vorauszugehen. Es darf aber dasselbe nicht eher stattfinden, als nicht erweislich der Standesbeamte das bürgerliche Aufgebot angeordnet hat, als worüber der Pfarrer sich in entsprechender Weise zu vergewissern hat. Dieses kirchliche Aufgebot hat in der Hauptsache nur in der Form einer Fürbitte und ohne ausdrückliche Aufforderung zur Anzeige entgegenstehender kirchlicher Ehehindernisse für die dabei namhaft zu machenden, zur kirchlichen Trauung angemeldeten Personen und zwar mit Anwendung der in der Beilage B. ersichtlichen For-

mel zu geschehen. Es bleibt jedoch dem um die Vornahme der Trauung angegangenen Geistlichen unbenommen, dafern ihm im einzelnen Falle gegen die beantragte kirchliche Trauung Bedenken beigehen, oder ein von ihm für begründet erachteter Einspruch erhoben wird, die Verkündigung des Aufgebots bis zu Eingang der solchenfalls sofort einzuholenden Entschliessung der vorgesetzten kirchlichen Behörde zu beanstanden. — Unterlassung, Nachholung, Wiederholung des Aufgebots. §. 10. Auch von diesem einmaligen Aufgebote ist vom Pfarrer abzusehen, wenn eine nach §. 50. des Reichsgesetzes vom 6. Februar 1875 erwirkte Dispensation nachgewiesen und das kirchliche Aufgebot von den Betheiligten abgelehnt wird; auch kann der Geistliche davon absehen, wenn sonst erhebliche Gründe für die Unterlassung geltend gemacht werden. Auf Wunsch der Betheiligten kann andererseits die kirchliche Fürbitte an einem auf die erfolgte kirchliche Trauung folgenden Sonntage nachgeholt werden. Auch das kirchliche Aufgebot ist zu wiederholen, wenn die Trauung innerhalb sechs Monaten, vom Tage des erstmaligen Aufgebots an gerechnet, nicht erfolgt (§. 51. des Reichsgesetzes vom 6. Febr. 1875). — Zuständigkeit des Geistlichen. §. 11. Das kirchliche Aufgebot hat in der Kirche zu geschehen, in welcher die Trauung erfolgen soll (s. §. 15.). Auf Wunsch der das Aufgebot Begehrenden kann aber die kirchliche Fürbitte auch noch an einem oder mehreren anderen Orten, z. B. dem Wohnort der Eltern der Verlobten, bewirkt werden. — Art der Verkündigung des Aufgebots. Wo die Verkündigung der Aufgebote unter namentlicher Aufführung der einzelnen Betheiligten wegen der Grösse des Parochialbezirks unverhältnissmässigen Zeitaufwand beanspruchen würde, kann auf Beschluss der örtlichen kirchlichen Organe hiervon abgesehen werden, und die namentliche Bezeichnung der Aufzubietenden mittelst Anschlags innerhalb der Kirche, das Aufgebot selbst aber unter Verweisung auf diesen Anschlag und angeschlossener Fürbitte erfolgen. — Erfordernisse für das Aufgebot. §. 12. Der Geistliche, bei welchem das Aufgebot begehrt wird, hat sich über Namen, Geburtsort und Geburtszeit, erfolgte Taufe und Confirmation, überhaupt über die Personenidentität und das Confessionsverhältniss der Betheiligten in Gewissheit zu setzen, ebenso darüber, ob eines derselben bereits verehelicht gewesen, beziehentlich geschieden ist und hat, soweit nöthig, darüber genügenden Ausweis zu verlangen. Er darf das Aufgebot und die Trauung übernehmen, wenn beide Theile der christlichen Religion und wenigstens der eine Theil der evangelisch-lutherischen Kirche angehört. Hinsichtlich der Trauung reformirter Confessionsverwandter bewendet es bei §. 17. des Regulativs vom 7. August 1818 (Seite 64 flg. der Gesetzsammlung vom Jahre 1818). — Formalien bei dem Aufgebote. §. 13. Da es sich empfiehlt, die Formalien beim kirchlichen Aufgebote mit den bei der bürgerlichen Eheschliessung in Anwendung gelangenden, soweit möglich, in Einklang zu setzen, so haben die Geistlichen bei der Verkündigung des Aufgebots sich auf die Namen der Aufzubietenden und die Angabe, ob sie ledig, verwittwet oder geschieden sind, zu beschränken, die Prädikate „Herr, Junggesell, Frau, Fräulein, Jungfrau etc." aber ferner nicht weiter beizufügen. Hiernach erledigt sich für die Zukunft die kirchliche Bestrafung wegen verhangener Anmassung der zu Auszeichnung reiner Sitten bisher üblich gewesenen Vorzüge (Kirchenfalsa). — Beurkundung des Aufgebots. §. 14. Der Geistliche hat über die erfolgte Anmeldung zum Aufgebote ein kurzes Protokoll aufzunehmen und einem besonders dazu anzulegenden Actenstücke einzuverleiben. — D. Die kirchliche Trauung betreffend. Zuständigkeit des Geistlichen. §. 15. Die Kirchenglieder sind kirchlich verpflichtet, der bürgerlichen Eheschliessung die kirchliche Trauung folgen zu lassen, solcher Ehen aber, bei welchen die Trauung unstatthaft sein würde, sich zu enthalten. Die kirchliche Trauung und das vorherige kirchliche Aufgebot hat in der Regel nach Wahl der dieselben Begehrenden in der Parochialkirche eines oder des anderen der Letzteren, oder in der Kirche derjenigen Parochie stattzufinden, in welcher dieselben als Eheleute ihren Wohnsitz nehmen wollen. Es kann aber die kirchliche Trauung auf Wunsch der Betheiligten auch in einer anderen Kirche vollzogen werden und ist dazu von dem nach Obigem zunächst angegangenen Pfarramte das Ueberweisungsschreiben zu ertheilen. Soweit nöthig, ist der Nachweis des der Behauptung zufolge an einem anderen Orte bereits erfolgten kirchlichen Aufgebots zu verlangen. Im Uebrigen gilt, was in §. 9. wegen sich vor dem Aufgebote ergebender gesetzlicher Hindernisse verordnet ist, auch wenn sich solche erst nach erfolgtem Aufgebote, oder bei dessen Wegfall (§. 10.), überhaupt vor der Trauung herausstellen. — Eintragung in das Kirchenbuch. §. 16. Aufgebote und Trauungen sind in das Kirchenbuch derjenigen Parochie, wo dieselben stattgefunden haben, einzutragen. — Trauungsact. §. 17. Die kirchliche Trauung darf nicht vor erfolgtem Nachweise der nach staatlichem Gesetze vorausgegangenen bürgerlichen Eheschliessung vollzogen werden. Der kirchliche Trauungsact besteht ausser der einleitenden Ansprache aus der Vorlesung des göttlichen Wortes, dem

Gelöbnisse der neuen Eheleute, der Trauungsformel, dem Gebete und dem Segen im Namen des dreieinigen Gottes. Für den Trauungsact selbst sind hinkünftig, mit Rücksicht darauf, dass die nach staatlichem Gesetz bereits geschlossene Ehe als eine vollgiltige Ehe anzusehen ist, wahlweise die unter C., I. und II. gegenwärtiger Verordnung angefügten Formulare in Anwendung zu bringen. — Geschlossene Zeiten. §. 18. An den Busstagen und in der Charwoche vom Montage an bis einschliesslich des Sonnabends derselben dürfen Trauungen, ausser im Falle schwerer Erkrankung eines der die Trauung Begehrenden, nicht vorgenommen werden. Ausserdem kann bei ganz besonderer Dringlichkeit für die vorgedachte geschlossene Zeit von dem zuständigen Superintendenten ausnahmsweise die Vollziehung der Trauung gestattet werden. — Ort, Trauzeugen, Haustrauungen. §. 19. Die kirchliche Trauung hat in der Regel in der Kirche zu erfolgen. Auf ausreichend begründeten Antrag ist aber auch die Trauung in der Sacristei oder in der Familienwohnung zulässig. Die Gegenwart von Trauzeugen ist in Anerkennung des kirchlichen Herkommens erwünscht, aber nicht wesentliches Erforderniss. Von Haustrauungen kann durch örtliches Kirchenstatut mit Genehmigung der Kircheninspection eine den Localverhältnissen entsprechende und danach zu bemessende, zur Kirchenkasse zu vereinnahmende Gebühr festgestellt und erhoben werden. — Trauschein. §. 20. Ueber die kirchlich erfolgte Trauung ist dem getrauten Paare ohne Verzug ein Trauschein nach dem unter D. angefügten Schema auszustellen und auszuhändigen. — Abgabe zur Schulkasse. §. 21. Eine Abgabe zur Schulkasse findet bei Trauungen nicht weiter statt. — E. Schlussbestimmungen. §. 22. Geld- und beziehentlich Haftstrafen sind bei Ahndung kirchlicher Vergehungen oder Versäumnisse, oder bei Verweigerung zweifelloser kirchlicher Obliegenheiten von nun an nicht weiter in Anwendung zu bringen und zu erkennen. — B. In unsere gemeinsame Fürbitte schliessen wir auch diejenigen Personen ein, welche zur Heiligung ihres Ehebundes die Trauung vor dem Altar des Herrn begehrt haben, nämlich N. N. und N. N. Oder: Die Namen derselben sind an der dazu bestimmten Tafel angeschlagen. Gebet: — C. I. Weil Ihr den Bund der Ehe mit einander geschlossen habt, und nun, wie es für Christen sich ziemt, das Gelübde christlicher Eheführung vor Gottes Angesichte ablegen wollet, auf dass Euer Bund in seinem heiligen Namen durch sein Wort geweihet und gesegnet werde, so frage ich zuerst Sie, N. N. Sind Sie vor Gott entschlossen, die mit der hier gegenwärtigen N. N. geborenen N. geschlossene Ehe christlich zu führen, alle Pflichten eines christlichen Ehemanns gegen Ihre Ehefrau treu zu erfüllen, den Bund mit ihr unverbrüchlich zu halten, sie herzlich zu lieben, gleich wie Christus geliebt hat die Gemeinde, Freude und Leid mit ihr zu theilen und in keiner Noth und Trübsal sich von ihr zu scheiden, bis Gott Euch scheidet durch den Tod? Ist das Ihr fester Entschluss, so geloben Sie Solches vor Gott und den gegenwärtigen Zeugen durch Ihr feierliches Ja! Und hierauf frage ich Sie N. N. geborne N. Sind Sie vor Gott entschlossen, die mit dem hier gegenwärtigen N. N. geschlossene Ehe christlich zu führen, alle Pflichten einer christlichen Ehefrau gegen Ihren Ehemann treu zu erfüllen, Ihren Bund mit ihm unverbrüchlich zu halten, ihn herzlich zu lieben, ihm unterthan zu sein in dem Herrn, Freud und Leid mit ihm zu theilen und in keiner Noth und Trübsal sich von ihm zu scheiden, bis Gott Euch scheidet durch den Tod? Ist das Ihr fester Entschluss, so geloben Sie Solches vor Gott und den gegenwärtigen Zeugen durch Ihr feierliches Ja! Hier folgt nach Befinden der Austausch der Ringe oder der Mahlschätze unter Hinzufügung eines, das Sinnbildliche dieser Handlungen deutenden Spruches, z. B. bei dem Austausche der Ringe: „Rein wie lauteres Gold, sei Eure Liebe zu einander; und wie diese in sich zurückkehrenden Reife uns ein Sinnbild der Ewigkeit sind, so daure sie auch bis in Ewigkeit.“ Bei der Uebergabe der Mahlschätze: „Indem Ihr diese Gaben Euch reichet, sprechet in Eurem Herzen zu einander: Was mein ist, das ist Dein.“ Auf das Gelübde, welches Ihr beiderseits abgelegt habt, lege ich Eure Hände in einander und spreche als verordneter Diener der Kirche Euch nun auch zusammen im Namen Gottes des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes. Amen. Was Gott zusammenfügt, das soll der Mensch nicht scheiden. So knieet nun nieder vor Gottes Angesichte und empfanget den Segen der Kirche zu Eurem Bunde in dem Namen des Gottes, in welchem Ihr ihn geschlossen habt. Der Herr segne und behüte Euch. Der Herr behüte Euch vor allem Uebel; er behüte Eure Seelen. Er behüte Euren Ausgang und Eingang von nun an bis in Ewigkeit. Amen. — II. Weil Ihr den Bund der Ehe mit einander geschlossen habt, und nun, wie es für Christen sich ziemt, das Gelübde christlicher Eheführung vor Gottes Angesichte ablegen wollet, auf dass Euer Bund in seinem heiligen Namen geweihet und gesegnet werde, so frage ich Euch beiderseits: Seid Ihr vor Gott entschlossen, die Pflichten christlicher Eheleute gegen einander treu zu erfüllen und Euren Bund unverbrüchlich zu halten, einander herzlich zu lie-

ben, Freud und Leid mit einander zu theilen und in keiner Noth und Trübsal Euch von einander zu scheiden, bis Gott Euch scheidet durch den Tod? Ist das Euer Entschluss, so bestätigt denselben vor Gott und den gegenwärtigen Zeugen durch Euer gemeinsames feierliches Ja! Auf das Gelübde, welches Ihr beiderseits abgelegt habt, lege ich Eure Hände in einander und spreche als ein verordneter Diener der Kirche Euch nun auch zusammen im Namen Gottes des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes. Amen.

XX. (§. 157. no. 20.).

A. Preuss. Landr. Th. II. Tit. 1: §. 668. Eine an sich gültige Ehe kann durch richterlichen Ausspruch wieder getrennt werden. §. 669. Doch sollen Ehescheidungen nicht anders, als aus sehr erheblichen Ursachen Statt finden. §. 670. Ehebruch, dessen sich ein Ehegatte schuldig macht, berechtigt den unschuldigen Theil, auf Scheidung zu klagen. §. 671. Wenn aber die Frau sich des Ehebruchs schuldig gemacht hat: so kann sie, unter dem Vorwande, dass dem Manne ein gleiches Vergehen zur Last falle, der Scheidung nicht widersprechen. §. 672. Sodomiterey und andere unnatürliche Laster werden dem Ehebruch gleich geachtet. §. 673. Eben das gilt von unerlaubten Umgange, wodurch eine dringende Vermuthung der verletzten ehelichen Treue begründet wird. §. 674. Blosser Verdacht ist zur Trennung der Ehe nicht hinreichend. §. 675. Ist jedoch scheinbarer Anlass zu einem solchen Argwohn vorhanden: so muss dem beschuldigten Ehegatten, auf Anrufen des Andern, der fernere Umgang mit der verdächtigen Person gerichtlich untersagt werden. §. 676. Setzt derselbe, dieses Verbotes ungeachtet, einen vertrauten Umgang mit der verdächtigen Person fort: so ist dies ein erheblicher Grund zur Ehescheidung. §. 677. Auch wegen böslicher Verlassung kann eine Ehe getrennt werden. §. 678. Die blosse Veränderung des bisherigen Aufenthaltes ist für eine böswillige Verlassung noch nicht zu achten. §. 679. Vielmehr ist, wenn der Mann einen neuen Wohnort wählt, die Frau ihm dahin zu folgen verbunden. §. 680. Wenn sie sich dessen auf ergehende richterliche Verfügung beharrlich weigert: so ist der Mann auf Scheidung anzutragen wohl befugt. §. 681. Dagegen ist die Frau dem Manne zu folgen nicht schuldig, wenn derselbe, wegen begangener Verbrechen, oder sonst wider die Gesetze sich aus den Königlichen Landen entfernt hat. §. 682. Ingleichen, wenn der Frau die Pflicht, dem Manne zu folgen, durch einen vor der Heirath geschlossenen Vertrag erlassen worden. §. 683. In allen Fällen ist der Mann die Frau, welche an seinen veränderten Wohnort folgen will, anzunehmen in der Regel verpflichtet. §. 684. Weigert er sich dessen beharrlich und ohne hinreichenden Grund (§. 687.): so giebt er der Frau rechtmässigen Anlass auf die Scheidung anzutragen. §. 685. Verlässt die Frau den Mann ohne dessen Einwilligung oder rechtmässigen Grund der Entfernung, so muss sie der Richter zur Rückkehr anhalten. §. 686. Bleibt die richterliche Verfügung fruchtlos: so kann der Mann auf Trennung der Ehe dringen. §. 687. In keinem Fall ist der Mann die Frau, welche sich eigenmächtig und ohne rechtmässigen Grund von ihm getrennt hat, wenn sie in der Folge zurückkehrt, eher anzunehmen schuldig, als bis sie ihren inzwischen geführten unbescholtenen Wandel durch glaubhafte Zeugnisse nachgewiesen hat. §. 688. Ist der Aufenthalt des entwichenen Ehegatten unbekannt oder dergestalt ausserhalb der Königlichen Staaten entlegen, dass keine richterliche Verfügung zur Wiedervereinigung der getrennten Ehe Statt finden kann: so ist der zurückgebliebene Theil auf öffentliche Vorladung, und wenn auch diese fruchtlos wäre, auf Scheidung anzutragen berechtigt. §. 689. Doch müssen solche Umstände der Entfernung bescheinigt werden, die wenigstens eine dringende Vermuthung des Vorsatzes, den zurückgebliebenen Ehegatten zu verlassen, begründen. §. 690. Auch kann die öffentliche Vorladung erst nach Verlauf eines Jahres von der Zeit an, da die Entfernung des Entwichenen bemerkt worden, nachgesucht werden. §. 691. Während dieses Jahres muss der zurückgebliebene Ehegatte alle ihm mögliche Mühe anwenden, den Aufenthalt des Weggegangenen auszuforschen. §. 692. Erhellet aus den Umständen, dass der abwesende Ehegatte aus erheblichen und erlaubten Gründen sich entfernt habe: so muss der Zurückgebliebene den zehnjährigen Zeitraum nach der Entfernung abwarten, und alsdann auf die Todeserklärung antragen. §. 693. Kann von den eigentlichen Gründen der ersten Entfernung mit hinlänglicher Wahrscheinlichkeit nichts ausgemittelt werden: so findet die Klage auf Trennung der Ehe, nach Ablauf zweier Jahre von dem §. 690. bestimmten Zeitpunkte und unter der §. 691. bestimmten Maasgabe Statt. §. 694. Halsstarrige und fortdauernde Versagung der ehelichen Pflicht soll der böslichen Verlassung gleichgeachtet werden. §. 695. Ein Ehegatte, welcher durch sein Betragen, bei oder nach der Beiwohnung die Erreichung des gesetzmässigen Zwecks derselben vorsätzlich hindert, giebt dem Andern zur Scheidung rechtmässigen Anlass. §. 696. Ein, auch während der Ehe erst ent-

standenes, gänzliches und unheilbares Unvermögen zur Leistung der ehelichen Pflicht begründet ebenfalls die Scheidung. §. 697. Ein Gleiches gilt von andern unheilbaren körperlichen Gebrechen, welche Ekel und Abscheu erregen, oder die Erfüllung der Zwecke des Ehestandes gänzlich verhindern. §. 698. Raserei und Wahnsinn, in welche ein Ehegatte verfällt, können die Scheidung nur alsdann begründen, wenn sie über Ein Jahr ohne wahrscheinliche Hoffnung zur Besserung fortdauern (§. 759.). §. 699. Wenn ein Ehegatte dem Andern nach dem Leben getrachtet, oder solche Thätlichkeit an ihm verübt hat, welche desselben Leben oder Gesundheit in Gefahr setzen: so ist der Beleidigte die Trennung der Ehe zu suchen berechtiget. §. 700. Ein Gleiches gilt von groben und widerrechtlichen Kränkungen der Ehre, oder der persönlichen Freiheit des anderen Ehegatten. §. 701. Wegen bloss mündlicher Beleidigungen oder Drohungen, ingleichen wegen geringerer Thätlichkeiten, sollen Eheleute gemeinen Standes nicht geschieden werden. §. 702. Auch unter Personen mittleren und höheren Standes kann die Scheidung nur alsdann Statt finden, wenn der beleidigende Ehegatte sich solcher Thätlichkeiten und Beschimpfungen, ohne dringende Veranlassung, muthwillig und wiederholt schuldig macht. §. 703. Unverträglichkeit oder Zanksucht werden eine gegründete Scheidungsursache, wenn sie zu einem solchen Grade der Bosheit steigen, dass dadurch des unschuldigen Theiles Leben oder Gesundheit in Gefahr gesetzt wird. §. 704. Grobe Verbrechen gegen Andere, wegen welcher ein Ehegatte harte und schmähliche Zuchthaus- oder Festungsstrafe nach Urtel und Recht erlitten hat, berechtigen den daran unschuldigen Theil, die Scheidung zu suchen. §. 705. Ein Gleiches findet Statt, wenn ein Ehegatte den Andern solcher Verbrechen vor Gericht, gegen besseres Bewusstsein, fälschlich beschuldigt. §. 706. Ferner, wenn ein Ehegatte durch vorsätzliche, unerlaubte Handlungen den Andern in Gefahr bringt, Leben, Ehre, Amt oder Gewerbe zu verlieren. §. 707. Wenn ein Ehegatte ein schimpfliches Gewerbe ergreift: so kann der Andere auf die Scheidung antragen. §. 708. Wegen Trunkenheit, Verschwendung oder unordentlicher Wirthschaft des einen Ehegatten soll die Ehe nicht sogleich getrennt werden. §. 709. Der Richter aber soll, auf Anrufen des andern Theiles, solche Verfügungen treffen, wodurch der Schuldige gebessert, und den nachtheiligen Folgen einer solchen unordentlichen Lebensart vorgebeugt werden kann. §. 710. Vereitelt der schuldige Theil diese richterlichen Veranstaltungen, und fährt er in seinen Unordnungen beharrlich fort, so kann, auf ferneres Anrufen des Unschuldigen, eine solche Ehe getrennt werden. §. 711. Mangel am Unterhalte berechtigt die Frau nur alsdann zur Scheidung, wenn der Mann durch begangene Verbrechen, Ausschweifungen oder unordentliche Wirthschaft sich selbst ausser Stand, sie zu ernähren, versetzt hat. §. 712. Versagt aber der Mann der Frau den Unterhalt: so muss der Richter die Verpflegung der Frau nach den Umständen des Mannes bestimmen, und Letzteren dazu durch Zwangsmittel anhalten. §. 713. Fährt dessen ungeachtet der Mann beharrlich fort, der Frau den Unterhalt zu versagen: so kann Letztere zur Ehescheidungsklage gelassen werden. §. 714. Ueberhaupt muss in allen Fällen, wo die Scheidung gesucht wird, der Richter von Amtswegen bemüht sein, das gute Vernehmen unter den in Zwietracht gerathenen Eheleuten wieder herzustellen, und die Ursachen der entstandenen Misshelligkeiten aus dem Wege zu räumen. §. 715. In so weit als der Unterschied der Religion von Anfang an ein Ehehinderniss ist (§. 76.), in so fern giebt ein Ehegatte, durch Veränderung seiner bisherigen Religion, dem Andern rechtmässigen Anlass auf die Scheidung zu klagen. §. 716. Ganz kinderlose Ehen können auf den Grund gegensteitiger Einwilligung getrennt werden, sobald weder Leichtsinn, oder Uebereilung, noch heimlicher Zwang von einer oder der andern Seite zu besorgen ist. §. 717. Ausser diesem Fall aber findet, bloss wegen behaupteter Abneigung, sobald dieselbe mit keinen gesetzmässigen Gründen unterstützt ist, die Trennung der Ehe in der Regel keinesweges Statt. §. 718a. Doch soll dem Richter erlaubt sein, in besonderen Fällen, wo nach dem Inhalte der Akten, der Widerwille so heftig und tief eingewurzelt ist, dass zu einer Aussöhnung und zur Erreichung der Zwecke des Ehestandes gar keine Hoffnung mehr übrig bleibt, eine solche unglückliche Ehe zu trennen. §. 718b. Es muss aber in diesem Falle derjenige Ehegatte, welcher solchergestalt ohne eigentlichen gesetzmässigen Grund, wider den Willen des Andern, auf der Scheidung beharrt, für den schuldigen Theil erklärt, und in die Scheidungs-Strafen nach §. 786. verurtheilt werden. §. 719. Wenn der auf die Scheidung dringende Ehegatte dem Andern, welcher die Ehe fortsetzen will, zu denjenigen Vergehungen, worauf die Klage gegründet wird, durch sein unsittliches Betragen selbst veranlasst hat, so findet die Scheidungsklage nicht Statt. §. 720. Beleidigungen, welche einmal ausdrücklich verziehen worden, können in der Folge nicht weiter als Ehescheidungsursachen gerügt

werden. §. 721. Einer ausdrücklichen Verzeihung wird gleichgeachtet, wenn der beleidigte Ehegatte, nach erhaltener überzeugender Kenntniss, die Ehe ein Jahr hindurch fortgesetzt hat. §. 722. Bloss aus Leistung der ehelichen Pflicht, wozu beide Theile vor Anstellung der Klage verbunden waren, soll kein Verzicht auf das Recht zur Scheidungsklage gefolgert werden.

XXI. (§. 157. no. 22.)

Sächs. bürgerl. Gesetzbuch: §. 1711. Eine Ehe kann nicht durch Uebereinkunft der Ehegatten aufgelöst werden. §. 1712. Eine Ehe kann aus nachstehenden Gründen durch richterlichen Ausspruch geschieden werden. §. 1713. Ein Ehegatte kann die Scheidung der Ehe verlangen, wenn der andere Ehegatte sich eines Ehebruchs schuldig macht. §. 1714. Es ist kein Ehebruch, wenn ein Ehegatte in einem unzurechnungsfähigen Zustande den Beischlaf mit einem Dritten vollzogen, oder wenn er den Dritten, mit welchem er den Beischlaf vollzogen, irrthümlich für seinen Ehegatten gehalten, oder wenn eine Ehefrau Nothzucht erlitten hat. §. 1715. Wegen Versuchs des Ehebruchs kann Scheidung nicht gefordert werden. §. 1716. Die Scheidung der Ehe kann wegen Ehebruchs nur erfolgen, wenn auf Antrag des Ehegatten, welcher die Scheidung verlangt, das Strafverfahren stattgefunden hat und darüber rechtskräftig erkannt ist. Erfolgt keine Verurtheilung, so wird dadurch der Beweis des Ehebruchs im Eheprocesse nicht ausgeschlossen. §. 1717. Das Strafverfahren wegen des Ehebruchs braucht der Scheidung nicht vorauszugehen, wenn es wegen entgegenstehender Hindernisse, insbesondere wegen Entfernung des schuldigen Theiles in das Ausland, nicht möglich ist, oder wenn der inländische Richter die Einleitung des Strafverfahrens verweigert. §. 1718. Hat der eine Ehegatte den Ehebruch des anderen Ehegatten veranlasst, so fällt sein Recht, Scheidung der Ehe zu verlangen, weg. §. 1719. Eine Scheidung wegen Ehebruchs ist ausgeschlossen, wenn der unschuldige Ehegatte innerhalb eines Jahres nach erlangter Kenntniss des Ehebruches den Antrag auf Einleitung des Strafverfahrens zu stellen unterlässt, oder wenn von der Zeit an, wo der Ehebruch begangen worden ist, fünfzehn Jahre verflossen sind (§§. 1725., 1739.). §. 1720. Eine Scheidung wegen Ehebruchs hat nicht statt, wenn der andere Ehegatte den Fehltritt ausdrücklich oder stillschweigend verziehen hat. Als stillschweigende Verzeihung gilt insbesondere, wenn er nach erlangter Kenntniss des Ehebruchs nicht innerhalb eines Jahres auf Scheidung der Ehe klagt, oder freiwillig die eheliche Pflicht leistet, oder den gestellten Strafantrag zurücknimmt. §. 1721. Eine Verzeihung des Ehebruchs unter einer Bedingung oder mit dem Vorbehalte des Rechtes, die Scheidung der Ehe zu verlangen, gilt als eine unbedingte. Ist jedoch die Verzeihung an eine Bedingung geknüpft, welche die Wiederherstellung und Erhaltung der ehelichen Eintracht bezweckt, auch an sich zulässig ist, so wird bei deren Nichterfüllung die Verzeihung als nicht geschehen betrachtet (§. 1738.). §. 1722. Haben beide Ehegatten Ehebruch begangen, so sind die beiderseitigen Vergehungen gegen einander aufzurechnen, und es ist kein Theil berechtigt, die Scheidung der Ehe zu fordern. §. 1723. Die Verzeihung des Ehebruchs und die Aufrechnung sind amtswegen zu berücksichtigen, wenn sie aus den Akten erhellen. §. 1724. Ausdrückliche Verzeihung des Ehebruchs schliesst nur dann die Aufrechnung aus, wenn sie vor Anstellung der Scheidungsklage erfolgte, und die aus Leistung der ehelichen Pflicht zu folgernde Verzeihung nur dann, wenn sie erfolgte, bevor der klagende Ehegatte den als Scheidungsgrund angeführten Ehebruch erfahren hat. §. 1725. Ein verjährter Ehebruch kann zur Aufrechnung gebracht werden (§. 1719.). §. 1726. Bei der Aufrechnung des Ehebruchs ist es gleich, ob der eine Ehegatte die Ehe öfters gebrochen hat, als der andere. §. 1727. Ein Ehebruch, welcher bereits zur Aufrechnung gebracht worden ist, kann nicht wieder zur Aufrechnung gebracht werden. §. 1728. Widernatürliche Unzucht mit einem Menschen oder einem Thiere, Unzucht mit Kindern unter 12 Jahren, wissentliche Eingehung einer Doppelehe sind, soweit nicht etwas Anderes bestimmt ist, dem Ehebruche als Scheidungsgrund gleich zu achten. §. 1729. Ist wegen der im §. 1728. angegebenen Verbrechen das Strafverfahren wider den schuldigen Ehegatten vor der Zeit, wo bei dem Ehebruche von dem unschuldigen Ehegatten der Antrag auf Einleitung des Strafverfahrens gestellt werden muss, amtswegen eingeleitet, so bedarf es eines solchen Antrages zur Begründung der Klage auf Scheidung nicht. Dasselbe gilt auch dann, wenn Ehebruch durch Nothzucht oder mit Verwandten, mit welchen eine Ehe nicht geschlossen werden darf, begangen worden ist. §. 1730. Ehebruch und die in §§. 1728., 1729. erwähnten Verbrechen können gegen Ehebruch und untereinander zur Aufrechnung gebracht werden. §. 1731. Ein Ehegatte kann die Scheidung verlangen, wenn der andere seit wenigstens einem Jahre ihn böslicher Weise verlassen oder wenigstens ein Jahr lang die eheliche Gemeinschaft oder die Leistung der ehelichen Pflicht ohne ausreichenden Grund beharrlich verweigert

hat. §. 1732. Die Scheidungsklage wegen böslicher Verlassung erledigt sich, wenn sich der schuldige Ehegatte vor Bekanntmachung des Erkenntnisses auf Scheidung zur Fortsetzung der Ehe erbietet. §. 1733. Wurde eine Ehe wegen Trunksucht des einen Ehegatten von Tisch und Bett getrennt und dauert die Trunksucht nach Beendigung dieser Trennung wenigstens noch ein Jahr lang fort, so kann wegen unverbesserlicher Trunksucht der andere unschuldige Ehegatte Scheidung verlangen. §. 1734. Hat sich ein Ehegatte zur ehelichen Beiwohnung absichtlich unfähig gemacht, so kann der andere Scheidung der Ehe verlangen. §. 1735. Ein Ehegatte kann Scheidung verlangen, wenn der andere ihm nach dem Leben gestellt oder ihn auf eine sein Leben gefährdende Weise gemisshandelt hat. §. 1736. Wegen fortgesetzter Misshandlungen, welche die Gesundheit des gemisshandelten Ehegatten gefährden, kann, nachdem deshalb Trennung der Ehegatten von Tisch und Bett stattgehabt hat, nach richterlichem Ermessen auf Scheidung erkannt werden. §. 1737. Ausdrückliche oder stillschweigende Verzeihung schliesst das Recht, die Scheidung wegen Lebensnachstellungen oder wegen Misshandlungen zu verlangen, aus. §. 1738. Wird die Verzeihung an Bedingungen und Vorbehalte geknüpft, so findet die Vorschrift in §. 1721. Anwendung. §. 1739. Das Recht, auf Scheidung wegen Lebensnachstellungen und Misshandlungen zu klagen, ist ausgeschlossen, wenn der unschuldige Ehegatte nach erlangter Kenntniss davon nicht innerhalb eines Jahres auf Scheidung klagt, oder wenn von der Zeit an, zu welcher die Lebensnachstellungen und Misshandlungen vorgefallen, fünfzehn Jahre verflossen sind (§. 1719.). §. 1740. Hat ein Ehegatte sich eines vorsätzlichen Verbrechens oder mehrerer Verbrechen, unter welchen wenigstens ein vorsätzliches ist, schuldig gemacht, weshalb er zu einer Freiheitsstrafe von wenigstens 3 Jahren verurtheilt worden ist, so kann der andere Ehegatte, vorausgesetzt, dass er sich bei Begehung des Verbrechens oder eines der mehreren Verbrechen nicht selbst betheiligt hat, Scheidung verlangen. Unter gleicher Voraussetzung ist ein Ehegatte auch dann auf Scheidung anzutragen berechtigt, wenn der andere Ehegatte während der Ehe wiederholt wegen vorsätzlicher Verbrechen in Untersuchung kommt, und die Freiheitsstrafen, in die er deshalb verurtheilt worden ist, zusammen die Dauer von 3 Jahren erreichen. §. 1741. Hat der unschuldige Ehegatte in diesen Fällen ausdrücklich oder stillschweigend verziehen, so fällt sein Recht, Scheidung zu verlangen, weg. §. 1742. Eine Ehefrau kann Scheidung fordern, wenn sich aus einer ärztlichen Untersuchung ergiebt, dass wegen eines unheilbaren Gebrechens, an welchem sie leidet, aus der Ausübung des Beischlafes für sie Lebensgefahr entsteht. §. 1743. Wegen Geisteskrankheit, in welche ein Ehegatte während der Ehe verfällt, kann der andere Ehegatte Scheidung verlangen, wenn auf Grund einer in einer Landesanstalt stattgefundenen dreijährigen Beobachtung des erkrankten Ehegatten von den Anstaltsärzten bezeugt wird, dass die Geisteskrankheit eine unheilbare ist (§. 1751.). §. 1744. Tritt ein Ehegatte zu einer anderen Religion über, so kann der andere Ehegatte Scheidung verlangen. Ausdrückliche und stillschweigende Verzeihung schliesst das Recht, die Scheidung aus diesem Grunde zu verlangen, aus. Eine stillschweigende Verzeihung ist nur anzunehmen, wenn der Ehegatte, welcher zu dem Antrage auf Scheidung berechtigt ist, nach erlangter Kenntniss von dem Scheidungsrechte ein Jahr lang den Antrag auf Scheidung zu stellen unterlässt. Blosser Confessionswechsel giebt keinen Grund zur Scheidung.

XXII. (§. 172. no. 16.)

Preuss. Ges. vom 10. *April* 1865: §. 2. Die Reallasten, welche den Bestimmungen der Ordre vom 16. Juni 1831 unterliegen, werden hiermit für ablösbar nach den Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes erklärt. §. 3. Die Ablösung derselben erfolgt ohne besonderen Antrag der Betheiligten von Amts wegen. Sofern es dabei auf den Tag der Provokation ankommt, ist der Tag dafür anzusehen, an welchem das gegenwärtige Gesetz in Kraft tritt. §. 4. Die Ermittelung des Jahreswerths der Reallasten erfolgt nach den Vorschriften des Gesetzes vom 2. März 1850, betreffend die Ablösung der Reallasten etc. (Gesetz-Sammlung 1850 S. 77 flg.). Dabei findet jedoch weder der im §. 26. a. a. O. vorgeschriebene Abzug von fünf Prozent wegen der geringeren Beschaffenheit des Zinsgetreides, noch eine Kürzung der Rente bis auf zwei Drittel des Reinertrages der pflichtigen Stelle statt (§. 63. a. a. O. und §. 6. des Gesetzes vom 11. März 1850, betreffend die auf Mühlengrundstücken haftenden Reallasten). §. 5. Der nach §. 4. festgestellte Geldbetrag wird a) bei denjenigen Reallasten, welche an dem Tage, an welchem das gegenwärtige Gesetz in Kraft tritt, gangbar sind, zum $22\frac{2}{9}$fachen Betrage und b) bei denjenigen Reallasten, welche an dem Tage, an welchem das gegenwärtige Gesetz in Kraft tritt, gesetzlich ruhen, zum $2\frac{2}{9}$fachen Betrage durch Kapital abgelöst. Die Ablösung erfolgt durch die Vermittelung der Rentenbanken. Dem Verpflichteten steht

jedoch frei, baar zum $22^2/_9$fachen beziehungsweise dem $2^2/_9$fachen Betrage abzulösen. §. 6. Für die Vermittelung der Rentenbank ist das Gesetz vom 2. März 1850 (Gesetz-Sammlung 1850 S. 112 flg.) maassgebend. Dabei bleiben aber diejenigen Bestimmungen, welche eine Tilgungs-Periode von $41^1/_{12}$ Jahren voraussetzen, ausser Betracht und überdies treten nachstehende Abänderungen des Rentenbank-Gesetzes ein: a) die berechtigte Anstalt erhält den nach §. 5. berechneten Betrag in Rentenbriefen nach deren Nennwerth und, soweit dies durch solche nicht vollständig geschehen kann, in baarem Gelde; b) der Besitzer des pflichtigen Grundstücks hat ohne Rücksicht auf seine Confession von dem Zeitpunkte der Rentenübernahme und während der Tilgungs-Periode von $56^1/_{12}$ Jahren an die Rentenbank eine Jahresrente zu entrichten, welche $4^1/_2$ vom Hundert der an die Berechtigte zu gewährenden Abfindung beträgt; Rententheile unter einem vollen Silbergroschen werden von der Rentenbank nicht übernommen, vielmehr wird der $22^2/_9$- oder $2^2/_9$fache Betrag derselben, je nachdem die Abfindung gemäss §. 5a. oder 5b. erfolgt, von dem Besitzer des verpflichteten Grundstücks unmittelbar an die berechtigte Anstalt gezahlt; c) die Ueberweisung von Abgaben-Rückständen auf die Rentenbank nach Vorschrift des §. 99. des Ablösungs-Gesetzes vom 2. März 1850. ist unzulässig. §. 7. Wenn ein zur Confession der berechtigten Anstalt nicht gehöriger Besitzer eines pflichtigen Grundstücks an dem Tage, an welchem das gegenwärtige Gesetz in Kraft tritt, die Reallasten lediglich um deswillen entrichten muss, weil eine vor Erlass der Ordre vom 16. Juni 1831. empfangsberechtigt gewesene Person bei dem Eintritt der Rechtskraft dieses Gesetzes noch im Amte ist, so ist dieser Fall in Betreff der endgültigen Regulirung ebenso zu behandeln, als ob die Reallasten an dem Tage, an welchem das gegenwärtige Gesetz in Kraft tritt, geruht hätten. Während der Amtsdauer des Berechtigten müssen demselben aber von dem Besitzer des pflichtigen Grundstücks die Reallasten bis zum Tage der Uebernahme der Rente auf die Rentenbank unverkürzt, von dem gedachten Tage an zu neun Zehnteln fortentrichtet werden. §. 8. Die Ausführung der Bestimmungen der §§. 2. bis 7. des gegenwärtigen Gesetzes erfolgt durch die zuständigen Auseinandersetzungs-Behörden und Rentenbanken. §. 9. Wenn Rezesse oder Verträge von den vorstehenden Bestimmungen abweichende Festsetzungen enthalten, so sind diese bei der Ablösung massgebend. §. 10. Der §. 8. des Gesetzes vom 15. April 1857, betreffend die Ablösung der den geistlichen Instituten zustehenden Reallasten (Gesetz-Sammlung 1857 S. 363.), wird aufgehoben. Die nach dem Gesetze vom 26. April 1858. (Gesetz-Sammlung S. 273.) erfolgte Schliessung der Rentenbanken steht der Ausführung des gegenwärtigen Gesetzes nicht im Wege. §. 11. Die Kosten des Verfahrens über die Ablösung der Reallasten nach dem gegenwärtigen Gesetze übernimmt der Staat. Nur die Prozesskosten haben die Parteien zu entrichten.

XXIII. (§. 173. no. 12.)

Preussisches Gesetz vom 22. April 1875. §. 1. In den Erzdiözesen Köln, Gnesen und Posen, den Diözesen Kulm, Ermland, Breslau, Hildesheim, Osnabrück, Paderborn, Münster, Trier, Fulda, Limburg, den Delegaturbezirken dieser Diözesen, sowie in den Preussischen Antheilen der Erzdiözesen Prag, Olmütz, Freiburg und der Diözese Mainz werden vom Tage der Verkündigung dieses Gesetzes ab sämmtliche, für die Bisthümer, die zu denselben gehörigen Institute und die Geistlichen bestimmte Leistungen aus Staatsmitteln eingestellt. Ausgenommen von dieser Massregel bleiben die Leistungen, welche für Anstaltsgeistliche bestimmt sind. Zu den Staatsmitteln gehören auch die unter dauernder Verwaltung des Staats stehenden besonderen Fonds. §. 2. Die eingestellten Leistungen werden für den Umfang des Sprengels wieder aufgenommen, sobald der jetzt im Amte befindliche Bischof (Erzbischof, Fürstbischof) oder Bisthumsverweser der Staatsregierung gegenüber durch schriftliche Erklärung sich verpflichtet, die Gesetze des Staates zu befolgen. §. 3. In den Erzdiözesen Gnesen und Posen, sowie in der Diözese Paderborn erfolgt die Wiederaufnahme der eingestellten Leistungen für den Umfang des Sprengels, sobald die Bestellung eines Bisthumsverwesers oder die Einsetzung eines neuen Bischofs in gesetzmässiger Weise stattgehabt hat. §. 4. Tritt die Erledigung eines zur Zeit besetzten bischöflichen Stuhles ein, oder scheidet der jetzige Bisthumsverweser der Diözese Fulda aus seinem Amte aus, bevor eine Wiederaufnahme der Leistungen auf Grund des §. 2. erfolgt ist, so dauert die Einstellung derselben für den Umfang des Sprengels fort, bis die Bestellung eines Bisthumsverwesers oder die Einsetzung eines neuen Bischofs in gesetzmässiger Weise stattgehabt hat. §. 5. Wenn für den Umfang eines Sprengels die Leistungen aus Staatsmitteln wieder aufgenommen sind, einzelne Empfangsberechtigte aber, der vom Bischof oder Bisthumsverweser übernommenen Verpflichtung ungeachtet, den Gesetzen des Staates den Gehorsam verweigern, so ist die Staatsregierung ermächtigt, die für diese Empfangsberechtigten bestimmten Leistun-

gen wieder einzustellen. §. 6. Die Wiederaufnahme der eingestellten Leistungen an einzelne Empfangsberechtigte erfolgt ausser den Fällen der §§. 2. bis 4., wenn der Empfangsberechtigte der Staatsregierung gegenüber in der im §. 2. bezeichneten Weise sich verpflichtet, die Gesetze des Staates zu befolgen. Ausserdem ist die Staatsregierung ermächtigt, die eingestellten Leistungen einzelnen Empfangsberechtigten gegenüber wieder aufzunehmen, wenn sie durch Handlungen die Absicht an den Tag legen, die Gesetze des Staates zu befolgen. Verweigern dieselben demnächst den Gesetzen des Staates den Gehorsam, so sind die Leistungen aus Staatsmitteln wieder einzustellen. §. 7. Die Entscheidungen der kirchlichen Behörden, welche eine Disziplinarstrafe wider einen Geistlichen verhängen, dem gegenüber die Staatsregierung die eingestellten Leistungen in Gemässheit des §. 6. wieder aufgenommen hat, können sowohl von dem Geistlichen als von dem Oberpräsidenten im Wege der Berufung an den Königlichen Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten ohne die Beschränkung des §. 12. des Gesetzes vom 12. Mai 1873 angefochten werden. Die Berufung kann in diesen Fällen auf neue Thatsachen und Beweismittel gegründet werden. §. 8. Die Wiederaufnahme der eingestellten Leistungen erfolgt in allen Fällen vom ersten Tage desjenigen Vierteljahres an, in welchem die gesetzliche Voraussetzung der Wiederaufnahme eingetreten ist. §. 9. Ueber die Verwendung der während Einstellung der Leistungen aufgesammelten Beträge bleibt, soweit dieselben nicht nach der rechtlichen Natur ihres Ursprungs zu Gunsten der allgemeinen Staatsfonds als erspart zu verrechnen sind oder anderweit verwendbar werden, gesetzliche Bestimmung vorbehalten. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist im Falle einer kommissarischen Verwaltung des bischöflichen Vermögens auf Grund des Gesetzes vom 20. Mai 1874 befugt, die Fortgewährung der zur Ausstattung der Bisthümer bestimmten Leistungen insoweit zu verfügen, als dies für Zwecke der kommissarischen Verwaltung und zur Bestreitung der Kosten derselben erforderlich ist. §. 10. Die exekutivische Beitreibung im Verwaltungswege findet in Betreff der Abgaben und Leistungen an die Bisthümer, die zu denselben gehörigen Institute und Geistlichen, für den gesammten Umfang eines Sprengels so lange nicht statt, als für denselben die Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln dauert. Den Staats- und Gemeindesteuererhebern ist während der Dauer der Einstellung nicht gestattet, die vorstehend bezeichneten Abgaben zu erheben und an die Empfangsberechtigten abzuführen. §. 11. Sind die Leistungen aus Staatsmitteln an einen Empfangsberechtigten auf Grund des §. 6. wieder aufgenommen, so ist in Betreff der von diesem Zeitpunkte ab fällig werdenden Abgaben und Leistungen die Verwaltungs-Exekution wieder zu gewähren. Ein Gleiches gilt in Betreff der Abgaben und Leistungen für diejenigen Geistlichen, welche keine Leistungen aus Staatsmitteln zu beziehen haben, wenn sich dieselben durch ausdrückliche oder stillschweigende Willensäusserung (§. 6. Absatz 1. und 2.) verpflichten, die Gesetze des Staates zu befolgen, so lange sie dieser Verpflichtung nachkommen. §. 12. Wer in den Fällen der §§. 2. und 6. die schriftlich erklärte Verpflichtung widerruft, oder der durch dieselbe übernommenen Verpflichtung zuwider die auf sein Amt oder seine Amtsverrichtungen bezüglichen Vorschriften der Staatsgesetze oder die in dieser Hinsicht von der Obrigkeit innerhalb ihrer gesetzlichen Zuständigkeit getroffenen Anordnungen verletzt, ist durch gerichtliches Urtheil aus seinem Amte zu entlassen. §. 13. Die Entlassung aus dem Amte hat die rechtliche Unfähigkeit zur Ausübung des Amts, den Verlust des Amtseinkommens und die Erledigung der Stelle zur Folge. Ausserdem tritt die Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln, sowie der Verwaltungs-Exekution in dem früheren Umfange wieder ein. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist ermächtigt, schon nach erfolgter Einleitung des Verfahrens die Einstellung der Leistungen zu verfügen. Endet das Verfahren mit Freisprechung, so sind die in Folge der Verfügung einbehaltenen Beträge nachzuzahlen. §. 14. Zuständig zur Verhandlung nnd Entscheidung ist der Königliche Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten. Das Verfahren vor demselben regelt sich nach den Bestimmungen des Abschnitts III. des Gesetzes vom 12. Mai 1873 über die kirchliche Disziplinargewalt und die Errichtung des Königlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten (Gesetz-Sammlung S. 198). §. 15. Wer Amtshandlungen vornimmt, nachdem er in Gemässheit des §. 12. dieses Gesetzes aus seinem Amte entlassen worden ist, wird mit Geldbusse bis zu 300 Mark im Wiederholungsfalle bis zu 3000 Mark, bestraft.

XXIV. (§. 177. no. 4.)

Preuss. Ges. vom 20. *Juni* 1875. §. 1. In jeder katholischen Pfarrgemeinde sind die kirchlichen Vermögensangelegenheiten durch einen Kirchenvorstand und eine Gemeindevertretung nach Massgabe dieses Gesetzes zu besorgen. §. 2. Die Vorschrift des §. 1. fin-

det auch auf Missionspfarrgemeinden, sowie auf solche andere Kirchen Kirchengemeinden (Filial-, Kapellen- etc. Gemeinden) Anwendung, für welche besonders bestimmte kirchliche Vermögensstücke vorhanden sind oder deren Gemeindegliedern besondere Leistungen zur Bestreitung der kirchlichen Bedürfnisse dieser Gemeinden obliegen. §. 3. Zu dem kirchlichen Vermögen im Sinne dieses Gesetzes gehören: 1. das für Kultusbedürfnisse bestimmte Vermögen, einschliesslich des Kirchen- und Pfarrhausbaufonds, der zur Besoldung der Geistlichen und anderen Kirchendiener bestimmten Vermögensstücke und der Anniversarien; 2. die zu irgend einem sonstigen kirchlichen Zwecke oder zu wohlthätigen oder Schulzwecken bestimmten kirchlichen Vermögensstücke; 3. die Erträge der durch kirchliche Organe zu kirchlichen, wohlthätigen oder Schulzwecken des Gemeindebezirks innerhalb und ausserhalb der Kirchengebäude veranstalteten Sammlungen, Kollekten etc.; 4) die zu kirchlichen, wohlthätigen oder Schulzwecken innerhalb des Gemeindebezirks bestimmten und unter die Verwaltung kirchlicher Organe gestellten Stiftungen. §. 4. Die dem Staate oder den bürgerlichen Gemeinden zustehenden Rechte an Begräbnissplätzen oder solchen Vermögensstücken, welche zu kirchlichen Zwecken bestimmt sind, werden durch dieses Gesetz nicht berührt. Unter kirchlichem Vermögen im Sinne dieses Gesetzes ist dasjenige nicht begriffen, welches zwar zu kirchlichen Zwecken bestimmt, aber unter dauernde Verwaltung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinden und Kommunalverbände gestellt ist. I. Kirchenvorstand. §. 5. Der Kirchenvorstand besteht: 1. in Pfarrgemeinden aus dem Pfarrer, in Filial-, Kapellen- etc. Gemeinden, welche eigene Geistliche haben, aus dem der Anstellung nach ältesten; 2) aus mehreren Kirchenvorstehern, welche durch die Gemeinde gewählt werden; 3) in dem Falle des §. 39. aus dem daselbst bezeichneten Berechtigten oder dem von ihm ernannten Kirchenvorsteher. §. 6. Die Zahl der für jede Gemeinde zu wählenden Kirchenvorsteher beträgt in Gemeinden bis zu 500 Mitglieder vier, bei mehr als 500 bis 2000 Mitgliedern sechs, bei mehr als 2000 bis 5000 Mitgliedern acht, bei mehr als 5000 Mitgliedern zehn. Eine Abänderung der Zahl kann durch Beschluss der Gemeindevertretung bewirkt werden; die Zahl soll jedoch nicht mehr als zwölf und nicht weniger als vier betragen. Mit Rücksicht auf die Seelenzahl oder die besonderen Verhältnisse einer Gemeinde kann die Zahl mit Genehmignng des Oberpräsidenten bis auf zwei herabgesetzt werden. §. 7. Das Amt der Kirchenvorsteher ist ein Ehrenamt. Für aussergewöhnliche Mühwaltungen kann auf Antrag des Kirchenvorstandes eine angemessene Entschädigung durch die Gemeindevertretung bewilligt werden. §. 8. Der Kirchenvorstand verwaltet das kirchliche Vermögen. Er vertritt die seiner Verwaltung unterstehenden Vermögensmassen und die Gemeinde in vermögensrechtlicher Beziehung. Die Rechte der jeweiligen Inhaber an den zur Besoldung der Geistlichen und anderen Kirchendiener bestimmten Vermögensstücken werden hierdurch nicht berührt. §. 9. Die Mitglieder des Kirchenvorstandes haften für die Sorgfalt eines ordentlichen Hausvaters. §. 10. Die Kassenverwaltung und die Rechnungsführung ist einem Kirchenvorsteher zu übertragen, welcher von dem Kirchenvorstande gewählt wird. Durch Beschluss des Kirchenvorstandes kann ein demselben nicht angehöriger, besonderer Rendant oder Rechnungsführer angestellt werden. Ein solcher Rendant oder Rechnungsführer gehört zu den Kirchendienern im Sinne des Gesetzes vom 12. Mai 1873. §. 11. Der Kirchenvorstand hat ein Inventar über das von ihm verwaltete kirchliche Vermögen (§. 3.) zu errichten und fortzuführen. Er hat einen Voranschlag der Jahreseinnahmen und Ausgaben aufzustellen und einen vollständigen Bericht über den Stand des kirchlichen Vermögens alljährlich an die Gemeindevertretung zu erstatten. Am Schlusse jedes Rechnungsjahres hat der Kirchenvorstand die Rechnung zu prüfen. §. 12. Der Kirchenvorstand wählt aus seinen im §. 5. Nr. 2. und 3. bezeichneten Mitgliedern bei dem Eintritt der neuen Kirchenvorsteher einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter desselben, beide auf drei Jahre. §. 13. Der Kirchenvorstand versammelt sich auf Einladung des Vorsitzenden, so oft es die Erledigung der Geschäfte erforderlich macht. Durch Beschluss können regelmässige Sitzungstage festgesetzt werden. §. 14. Der Kirchenvorstand ist zu berufen, wenn dies verlangt wird: 1. von der bischöflichen Behörde, 2. von dem Landrath (Amtshauptmann, Amtmann), in Stadtkreisen von dem Bürgermeister, 3. von der Hälfte der Mitglieder des Kirchenvorstandes, 4. durch Beschluss der Gemeindevertretung in den beiden letzten Fällen sofern ein innerhalb der Zuständigkeit des Kirchenvorstandes liegender Zweck angegeben wird. §. 15. Kommt der Vorsitzende dem Verlangen nicht nach oder ist ein Vorsitzender nicht vorhanden, so kann die Berufung sowohl durch die bischöfliche Behörde, als auch durch die im §. 14. Nr. 2. genannten Beamten erfolgen. In diesen Fällen bestimmt die berufende Behörde den Vorsitzenden aus den im §. 5. Nr. 2. und 3.

bezeichneten Mitgliedern des Kirchenvorstandes. §. 16. Zu den Sitzungen sind sämmtliche Mitglieder des Kirchenvorstandes einzuladen. Die Einladung ist, wenn der Beschluss der Zustimmung der Gemeindevertretung bedarf, schriftlich unter Angabe des Gegenstandes spätestens den Tag vor der Sitzung zuzustellen. §. 17. Die Beschlüsse werden durch Stimmenmehrheit der Anwesenden gefasst. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden, bei Wahlen das Loos. Zur Gültigkeit eines Beschlusses ist erforderlich, dass mindestens die Hälfte der Mitglieder des Kirchenvorstandes an der Abstimmung Theil genommen hat. Mitglieder, welche an dem Gegenstande der Beschlussfassung persönlich betheiligt sind, haben sich der Abstimmung zu enthalten. Bei nicht vorschriftsmässig erfolgter Einladung kann eine Beschlussfassung nur dann stattfinden, wenn der Kirchenvorstand vollzählig versammelt ist und Widerspruch nicht erhoben wird. §. 18. Die Beschlüsse sind unter Angabe des Tages und der Anwesenden in ein Protokollbuch zu verzeichnen. Die Protokolle werden von dem Vorsitzenden und mindestens noch einem Mitgliede des Kirchenvorstandes unterschrieben. §. 19. Zu jeder die Gemeinde und die von dem Kirchenvorstande vertetenen Vermögensmassen verpflichtenden schriftlichen Willenserklärung des Kirchenvorstandes bedarf es der Unterschrift des Vorsitzenden und noch zweier Mitglieder des Kirchenvorstandes, sowie der Beidrückung des Amtssiegels. Hierdurch wird Dritten gegenüber die ordnungsmässige Fassung des Beschlusses festgestellt, so dass es eines Nachweises der einzelnen Erfordernisse desselben, insbesondere der erfolgten Zustimmung der Gemeindevertretung, wo eine solche nothwendig ist, nicht bedarf. II. Gemeindevertretung. §. 20. Die Zahl der Gemeindevertreter soll drei Mal so gross sein, wie diejenige der gewählten Kirchenvorsteher. Mit Rücksicht auf die Seelenzahl oder die besonderen Verhältnisse einer Gemeinde kann die Zahl mit Genehmigung des Oberpräsidenten herabgesetzt werden. §. 21. Die Beschlüsse des Kirchenvorstandes bedürfen der Zustimmung der Gemeindevertretung in folgenden Fällen: 1. bei dem Erwerb, der Veräusserung oder der dinglichen Belastung von Grundeigenthum, bei der Vermiethung oder Verpachtung desselben auf länger als zehn Jahre und bei der Vermiethung oder Verpachtung der den Geistlichen und anderen Kirchendienern zum Gebrauch oder zur Nutzung überwiesenen Grundstücke über die Dienstzeit des jeweiligen Inhabers hinaus; 2. bei Veräusserung von Gegenständen, welche einen geschichtlichen, wissenschaftlichen oder Kunstwerth haben; 3. bei ausserordentlicher Benutzung des Vermögens, welche die Substanz selbst angreift, sowie bei Kündigung und Einziehung von Kapitalien, sofern sie nicht zur zinsbaren Wiederbelegung erfolgt; 4. bei Anleihen, sofern sie nicht bloss zur vorübergehenden Aushülfe dienen und aus den Ueberschüssen der laufenden Einnahmen über die Ausgaben derselben Voranschlagsperiode zurückerstattet werden können; 5. bei Anstellung von Prozessen, soweit dieselben nicht die Eintreibung fortlaufender Zinsen und Gefälle oder die Einziehung ausstehender Kapitalien, deren Zinsen rückständig geblieben sind, betreffen, und bei Abschliessung von Vergleichen; 6. bei Neubauten oder erheblichen Reparaturen an Baulichkeiten, sofern nicht über die Nothwendigkeit der Bauausführung bereits durch die zuständigen Behörden endgültig entschieden ist. Für erheblich gelten Reparaturen, deren Kostenanschlag 200 Mark übersteigt. Im Falle des Bedürfnisses kann die Gemeindevertretung ein für alle Mal die Vollmacht des Kirchenvorstandes zur Vornahme höher veranschlagter Reparaturen, jedoch nicht über die Summe von 1000 Mark hinaus, erweitern; 7. bei Beschaffung der zu den kirchlichen Bedürfnissen erforderlichen Geldmittel oder Leistungen, soweit solche nicht nach dem bestehenden Rechte aus dem Kirchenvermögen oder von dem Patron oder von sonst besonders Verpflichteten zu gewähren sind; 8. bei Festsetzung der auf die Gemeindeglieder zu vertheilenden Umlagen und bei Bestimmung des Vertheilungsmassstabes; letzterer ist entweder nach Massgabe der direkten Staatssteuer oder der Kommunalsteuer festzusetzen; 9. bei Einführung oder Veränderung von Gebührentaxen; 10. bei Bewilligungen aus der Kirchenkasse zur Ausstattung neuer Stellen für den Dienst der Gemeinde, sowie zur dauernden Verbesserung des Einkommens bestehender Stellen, und bei Umwandlung von veränderlichen Einnahmen der Geistlichen und anderer Kirchendiener in feste Hebungen oder von Naturaleinkünften in Geld, letzteres, soweit nicht die Umwandlung in dem durch die Staatsgesetze geordneten Ablösungsverfahren erfolgt; 11) bei einer Verwendung des kirchlichen Vermögens, welche nicht kirchliche, wohlthätige oder Schulzwecke innerhalb der Gemeinde selbst betrifft; 12. bei Feststellung des Etats und der Voranschlagsperiode; 13) bei Abnahme der Jahresrechnung und Ertheilung der Entlastung. Der Etat ist nach erfolgter Feststellung, die Jahresrechnung nach ertheilter Entlastung auf zwei Wochen zur Einsicht der Gemeindeglieder nach vorgängiger ortsüblicher Bekanntmachung öffentlich auszu-

legen. §. 22. Die Gemeindevertretung wählt bei dem Eintritt der neuen Gemeindevertreter einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter desselben, beide auf drei Jahre. Sie versammelt sich auf Einladung des Vorsitzenden, so oft es die Erledigung der Geschäfte erforderlich macht. In Betreff der Berufung der Gemeindevertretung finden die Vorschriften §§. 14. und 15. sinngemässe Anwendung, jedoch mit der Massgabe, dass auf Verlangen eines Drittheils der Mitglieder der Gemeindevertretung die Berufung erfolgen muss. §. 23. Der Vorsitzende des Kirchenvorstandes oder ein von ihm abgeordneter Kirchenvorsteher (§. 5. Nr. 2. und 3.) sind befugt, den Sitzungen der Gemeindevertretung mit berathender Stimme beizuwohnen. §. 24. Zu den Sitzungen sind sämmtliche Gemeindevertreter, sowie der Vorsitzende des Kirchenvorstandes schriftlich unter Angabe des Gegenstandes spätestens den Tag vor der Sitzung einzuladen. Im Uebrigen finden die Bestimmungen der §§. 17. und 18. sinngemässe Anwendung, jedoch genügt zur Beschlussfähigkeit der Versammlung die Anwesenheit eines Drittheils der Mitglieder. Die Gemeindevertretung hat das Recht, die Oeffentlichkeit ihrer Sitzungen zu beschliessen. Die Beschlüsse werden dem Kirchenvorstande in einem von dem Vorsitzenden und zwei Gemeindevertretern unterschriebenen Auszuge aus dem Protokollbuche zugestellt. III. Wahl der Kirchenvorsteher uud Gemeindevertreter. §. 25. Wahlberechtigt sind alle männlichen, volljährigen, selbstständigen Mitglieder der Gemeinde, welche bereits ein Jahr in derselben, oder wo mehrere Gemeinden am Orte sind, an diesem Orte wohnen und zu den Kirchenlasten nach Massgabe der dazu bestehenden Verpflichtung beitragen. Selbstständig sind diejenigen, welche einen eigenen Hausstand haben oder ein öffentliches Amt bekleiden oder ein eigenes Geschäft oder als Mitglied einer Familie deren Geschäft führen. Als selbstständig sind nicht anzunehmen diejenigen, welche unter Vormundschaft oder Pflegschaft stehen, oder welche im letzen Jahre vor der Wahl armuthshalber aus öffentlichen Mitteln Unterstützung erhalten oder Erlass der kirchlichen Beiträage genossen haben. §. 26. Von der Ausübung des Wahlrechts sind ausgeschlossen diejenigen: 1. welche nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sich befinden; 2. welche wegen eines Verbrechens oder wegen eines solchen Vergehens, welches die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte nach sich ziehen kann, in Untersuchung sich befinden; 3. welche im Konkurse sich befinden; 4. welche mit der Bezahlung kirchlicher Umlagen über ein Jahr im Rückstande sind. §. 27. Wählbar sind die wahlberechtigten Mitglieder der Gemeinde, welche das dreissigste Lebensjahr vollendet haben, sofern sie nicht nach §. 26. von der Ausübung des Wahlrechts ausgeschlossen sind. §. 28. Geistliche und andere Kirchendiener gehören nicht zu den wahlberechtigten und wählbaren Mitgliedern der Gemeinde. §. 29. Niemand kann zugleich Mitglied des Kirchenvorstandes und der Gemeindevertretung sein. §. 30. Das Wahlverfahren bestimmt sich nach der beiliegenden Wahlordnung. §. 31. Die Kirchenvorsteher und Gemeindevertreter sind in ihr Amt einzuführen und auf treue Erfüllung ihrer Obliegenheiten zu verpflichten. §. 32. Die Gewählten können das Amt eines Kirchenvorstehers oder eines Gemeindevertreters nur ablehnen oder niederlegen: 1. wenn sie das sechszigste Lebensjahr vollendet, oder 2. schon sechs Jahre das Amt bekleidet haben, oder 3. wenn andere erhebliche Entschuldigungsgründe vorliegen, z. B. Kränklichkeit, häufige Abwesenheit, oder Dienstverhältnisse, welche mit dem Amt unvereinbar sind. Ueber die Erheblichkeit und thatsächliche Richtigkeit entscheidet der Kirchenvorstand und auf eingelegte Berufung, für welche von Zustellung der Entscheidung an eine Ausschlussfrist von zwei Wochen läuft, die bischöfliche Behörde im Einvernehmen mit dem Regierungspräsidenten (Landdrosten). Wer ohne solchen Grund die Uebernahme oder die Fortführung des Amts verweigert, verliert das durch dieses Gesetz begründete kirchliche Wahlrecht. Dasselbe kann ihm auf sein Gesuch von dem Kirchenvorstande wieder beigelegt werden. §. 33. Das Amt der gewählten Kirchenvorsteher und der Gemeindevertreter dauert sechs Jahre. Von drei zu drei Jahren scheidet die Hälfte aus. Die Ausscheidenden sind wieder wählbar und bleiben jedenfalls bis zu dem Eintritt ihrer Nachfolger im Amt. Der Austritt wird durch die Dienstzeit, das erste Mal durch Ausloosung bestimmt. §. 34. Ist das Amt eines gewählten Kirchenvorstehers oder eines Gemeindevertreters ausser der Zeit erledigt, so wählt die Gemeindevertretung für die Restzeit der Amtsdauer des Ausgeschiedenen einen Ersatzmann. IV. Fortfall der Gemeindevertretung. §. 35. In Gemeinden, in denen besondere Verhältnisse, z. B. geringes Vermögen, zerstreute Wohnsitze etc., die Bildung einer Gemeindevertretung unzweckmässig oder unthunlich erscheinen lassen, kann die bischöfliche Behörde im Einvernehmen mit dem Oberpräsidenten anordnen, dass eine Gemeindevertretung nicht zu bilden, sofern in einer hierzu anzuberaumenden Versammlung der wahlberechtigten Ge-

meindeglieder die Mehrheit derselben nicht widerspricht. §. 36. In dem Falle des §. 35. werden die der Gemeindevertretung nach §. 7. zustehenden Befugnisse von dem Kirchenvostande wahrgenommen. Ersatzmänner werden durch die Gesammtheit der Wahlberechtigten gewählt. V. Entlassung und Auflösung. §. 37. Die Entlassung eines Kirchenvorstehers oder eines Gemeindevertreters erfolgt: 1. wegen Verlustes einer zur Wählbarkeit erforderlichen Eigenschaft; 2. wegen grober Pflichtwidrigkeit. In dem letzteren Falle kann die Wahlberechtigung dauernd oder auf Zeit entzogen werden. Die Entlassung kann sowohl von der bischöflichen Behörde, als auch von dem Regierungspräsidenten (Landdrosten) nach Anhörung des Beschuldigten und des Kirchenvorstandes verfügt werden. Gegen die Entscheidung steht dem Beschuldigten binnen einer Ausschlussfrist von vier Wochen nach erfolgter Zustellung die Berufung an den Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten zu. Die Berufung kann auf neue Thatsachen und Beweise gegründet werden. Im Uebrigen finden die Vorschriften der §§. 13. bis 23. des Gesetzes vom 12. Mai 1873 sinngemässe Anwendung. §. 38. Wenn der Kirchenvorstand oder die Gemeindevertretung beharrlich die Erfüllung ihrer Pflichten vernachlässigen oder verweigern, oder wiederholt Angelegenheiten, welche nicht zu ihrer Zuständigkeit gehören, zum Gegenstande einer Erörterung oder Beschlussfassung machen, so können sie sowohl durch die bischöfliche Behörde, als auch durch den Oberpräsidenten, unter gegenseitigem Einvernehmen, aufgelöst werden. Mit der Auflösung sind sofort die erforderlichen Neuwahlen anzuordnen. VI. Stellung der Patrone und anderer Berechtigter. §. 39. Der Patron, welchem auf Grund des Patronats, oder ein anderer Berechtigter, welchem auf Grund eines besonderen Rechtstitels die Mitgliedschaft in dem Kirchenvorstande oder die Berechtigung zugestanden hat, Kirchenvorsteher zu ernennen, zu bestellen oder zu präsentiren, ist fortan befugt, entweder selbst in den Kirchenvorstand einzutreten oder einen Kirchenvorsteher zu ernennen. Der Berechtigte, welcher in den Kirchenvorstand eintritt, und der von ihm ernannte Kirchenvorsteher müssen die in den §§. 27. bis 29. vorgeschriebene Wählbarkeit besitzen. §. 40. Ausser der im §. 39. festgesetzten Befugniss zur Betheiligung an dem Kirchenvorstande verbleiben dem Patron da, wo derselbe Patronatslasten für die kirchlichen Bedürfnisse trägt, die Aufsicht über die Verwaltung der Kirchenkasse und das Recht der Zustimmung zu den nach den bestehenden Gesetzen seiner Genehmigung unterliegenden Geschäften der Vermögensverwaltung. Die Beschlüsse des Kirchenvorstandes und der Gemeindevertretung sind dem Patron abschriftlich mitzutheilen. Erklärt er sich auf dieselben nicht binnen dreissig Tagen nach dem Empfange, so gilt er als zustimmend. Widerspricht der Patron, so steht dem Kirchenvorstande die Berufung an die Bezirksregierung, in der Provinz Hannover an das Königliche katholische Konsistorium zu, welche den Widerspruch verwerfen und die Zustimmung des Patrons ergänzen können. Eine solche Ergänzung ist unzulässig, wenn es sich um Ausgaben handelt, für welche die Kirchenkasse bisher nicht bestimmt gewesen ist. Kommt es für Urkunden auf die formelle Feststellung der Zustimmung des Patrons an und ist die letztere wegen Verabsäumung der dem Patron offen stehenden Frist für ertheilt zu erachten, so wird die fehlende Unterschrift durch die im Absatz 2. genannten Aufsichtsbehörden ergänzt. §. 41. In den Landestheilen, in welchen die bürgerliche Gemeinde zur Aufbringung von Kosten für die kirchlichen Bedürfnisse der Pfarrgemeinden gesetzlich verpflichtet ist, muss sowohl der Etat, als auch die Jahresrechnung zugleich mit der im §. 21. angeordneten öffentlichen Auslegung dem Bürgermeister abschriftlich mitgetheilt werden. VII. Ausführungsbestimmungen. §. 42. Anweisungen über die Geschäftsführung können dem Kirchenvorstande oder der Gemeindevertretung sowohl von der bischöflichen Behörde, als auch von dem Oberpräsidenten, unter gegenseitigem Einvernehmen, ertheilt werden. §. 43. Macht die bischöfliche Behörde in denjenigen Fällen, in welchen sie eine Anordnung oder Entscheidung im Einvernehmen mit der Staatsbehörde zu treffen hat, von ihren Befugnissen keinen Gebrauch, so ist sie zur Ausübung derselben von der Staatsbehörde aufzufordern. Leistet sie dieser Aufforderung binnen dreissig Tagen nach dem Empfange derselben keine Folge, so geht die Ausübung der Befugnisse auf die Staatsbehörde über. In denjenigen Fällen, in welchen die bischöfliche oder die Staatsbehörde, jede jedoch im Einvernehmen mit der andern, eine Anordnung oder Entscheidung zu treffen hat, muss die um ihre Zustimmung angegangene Behörde sich binnen dreissig Tagen nach dem Empfange der Aufforderung erklären. Erklärt sie sich nicht, so gilt sie als zustimmend. Bei erhobenem Widerspruch entscheidet in allen Fällen über Meinungsverschiedenheiten zwischen der bischöflichen Behörde und dem Regierungspräsidenten (Landdrosten) der Oberpräsident, über Meinungsverschiedenheiten zwischen diesem und der bischöflichen Behörde der Minister der geistlichen Ange-

legenheiten. §. 44. In den getroffenen Anordnungen ist erkennbar zu machen, ob das Einvernehmen erreicht oder ob die Zustimmung wegen Versäumung der Frist für ertheilt zu erachten oder ob die Entscheidung in Folge erhobenen Widerspruchs getroffen ist. §. 45. Weigert sich ein Kirchenvorsteher, sein Amt zu übernehmen oder auszuüben, so ist eine Neuwahl anzuordnen. Weigert sich auch der neugewählte Kirchenvorsteher, sein Amt zu übernehmen oder auszuüben, so ist der Regierungspräsident (Landdrost) befugt, den Kirchenvorsteher aus den wählbaren Mitgliedern der Gemeinde zu bestellen. §. 46. Kommt die Wahl der Kirchenvorsteher überhaupt nicht zu Stande oder weigert sich die Mehrzahl der gewählten Kirchenvorsteher, ihr Amt zu übernehmen oder auszuüben, oder muss der nach erfolgter Auflösung neu gewählte Kirchenvorstand aufgelöst werden, so ist der Regierungspräsident (Landdrost) befugt, eine kommissarische Besorgung der kirchlichen Vermögensangelegenheiten unter sinngemässer Anwendung der §§. 9. bis 11. des Gesetzes vom 20. Mai 1874 anzuordnen. Kommt die Wahl der Gemeindevertretung nicht zu Stande oder weigert sich die Mehrzahl der Gemeindevertreter, ihr Amt zu übernehmen oder auszuüben, oder muss die nach erfolgter Auflösung neu gewählte Gemeindevertretung aufgelöst werden, so ist der Regierungspräsident (Landdrost) befugt, sowohl die Geschäfte des Kirchenvorstandes, als auch die der Gemeindevertretung kommissarisch besorgen zu lassen. VIII. Aufsichtsrechte. §. 47. Die gesetzlichen Verwaltungsnormen werden durch dieses Gesetz nicht berührt. Die den vorgesetzten Kirchenbehörden gesetzlich zustehenden Rechte der Aufsicht und der Einwilligung zu bestimmten Handlungen der Verwaltung werden mit den in den nachfolgenden Bestimmungen enthaltenen Einschränkungen geübt. §. 48. Macht die vorgesetzte Kirchenbehörde von den ihr gesetzlich zustehenden Rechten der Aufsicht oder der Einwilligung zu bestimmten Handlungen der Verwaltung keinen Gebrauch, so ist sie zur Ausübung derselben von der staatlichen Aufsichtsbehörde aufzufordern. Leistet sie dieser Aufforderung binnen dreissig Tagen nach dem Empfange derselben keine Folge, so geht die Ausübung der Befugnisse auf die staatliche Aufsichtsbehörde über. §. 49. Gegen Verfügungen der vorgesetzten Kirchenbehörde, durch welche die Einwilligung zu bestimmten Handlungen der Verwaltung versagt wird, steht dem Kirchenvorstande die Berufung an den Oberpräsidenten zu, welcher endgültig entscheidet. §. 50. Die Beschlüsse des Kirchenvorstandes und der Gemeindevertretung bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde in folgenden Fällen: 1. bei dem Erwerb, der Veräusserung oder der dinglichen Belastung von Grundeigenthum; 2. bei Veräusserung von Gegenständen, welche einen geschichtlichen, wissenschaftlichen oder Kunstwerth haben; 3. bei Anleihen im Sinne des §. 21. Nr. 4; 4. bei dem Bau neuer, für den Gottesdienst, die Geistlichen oder andere Kirchendiener bestimmten Gebäude; 5. bei der Anlegung oder veränderten Benutzung von Begräbnissplätzen; 6. bei Einführung oder Veränderung von Gebührentaxen; 7. bei Ausschreibung, Veranstaltung und Abhaltung von Sammlungen, Kollekten etc. für kirchliche, wohlthätige oder Schulzwecke ausserhalb der Kirchengebäude; 8. bei einer Verwendung des kirchlichen Vermögens, welche nicht kirchliche, wohlthätige oder Schulzwecke innerhalb der Gemeinde selbst betrifft. In dem Falle zu 8. gilt die Genehmigung als ertheilt, wenn die staatliche Aufsichtsbehörde nicht binnen 30 Tagen nach Mittheilung des Beschlusses widerspricht; 9. bei Umlagen auf die Gemeindeglieder. In dem Falle zu 9. ist die Genehmigung insbesondere zu versagen, sofern Bedenken hinsichtlich der Ordnungsmässigkeit der Auferlegung, der Angemessenheit des Beitragsfusses oder der Leistungsfähigkeit der Pflichtigen bestehen. Wegen der Schenkungen und letztwilligen Zuwendungen bewendet es bei dem Gesetze vom 23. Februar 1870. §. 51. Der Kirchenvorstand bedarf zur Führung von Processen keiner Ermächtigung von Seiten einer Staats- oder Kirchenbehörde. Atteste über die Legitimation des Kirchenvorstandes zur Besorgung von Rechtsangelegenheiten oder Atteste über das Vorhandensein derjenigen Thatsachen, welche den Anspruch auf Kostenfreiheit begründen, können gültig nur von der staatlichen Aufsichtsbehörde ertheilt werden. §. 52. Die staatliche Aufsichtsbehörde ist berechtigt, Einsicht von dem Etat zu nehmen und die Posten, welche den Gesetzen widersprechen, zu beanstanden. Die beanstandeten Posten dürfen nicht in Vollzug gesetzt werden. §. 53. Weigert sich der Kirchenvorstand oder die Gemeindevertretung, Leistungen, welche aus dem kirchlichen Vermögen zu bestreiten sind, oder den Pfarreingesessenen oder sonstigen Verpflichteten obliegen, auf den Etat zu bringen, festzusetzen oder zu genehmigen, so ist sowohl die bischöfliche Behörde, als auch die staatliche Aufsichtsbehörde, unter gegenseitigem Einvernehmen, befugt, die Eintragung in den Etat zu bewirken und die weiter erforderlichen Anordnungen zu treffen. Unter derselben Voraussetzung sind diese

Behörden befugt, die gerichtliche Geltendmachung von Ansprüchen der Kirche, der Pfarrei, der Gemeinde und der in der Verwaltung des Kirchenvorstandes befindlichen Vermögensmassen, insbesondere auch der aus der Pflichtwidrigkeit eines Geistlichen oder anderen Kirchendieners entstehenden Entschädigungsforderung, anzuordnen und die hierzu nöthigen Massregeln zu treffen. §. 54. Die Jahresrechnung ist der staatlichen Aufsichtsbehörde zur Prüfung, ob die Verwaltung etatsmässig geführt worden ist, mitzutheilen. §. 55. Welche Staatsbehörden die in den §§. 48., 50. bis 52., 53., 54. angegebenen Befugnisse der Aufsicht auszuüben haben, wird durch Königliche Verordnung bestimmt. IX. Schluss- und Uebergangsbestimmungen. §. 56. Die Vorschriften dieses Gesetzes finden auf Dom-, Militair- und Anstaltsgemeinden keine Anwendung. §. 57. Vom 1. Oktober 1875 ab können die dem Kirchenvorstande und der Gemeindevertretung nach diesem Gesetze zustehenden Befugnisse nicht durch andere Personen oder Behörden, als durch die in diesem Gesetz bezeichneten, wahrgenommen werden. Sofern nach bisherigem Rechte den kirchlichen Organen (Kirchenvorständen, Kirchenkollegien, Fabrikräthen, Kirchmeistern, Repräsentanten etc.) noch andere Befugnisse, als die der Vermögensverwaltung zugestanden haben, gehen diese, wenn sie von den unmittelbar zur Vermögensverwaltung berufenen Organen ausgeübt worden sind, auf den Kirchenvorstand, in allen anderen Fällen auf die Gemeindevertretung über. Ist eine solche nicht vorhanden, so werden auch die der Gemeindevertretung zustehenden Befugnisse von dem Kirchenvorstande wahrgenommen. §. 58. Die den bischöflichen Behörden gesetzlich zustehenden Rechte in Bezug auf die Vermögensverwaltung in den Kirchengemeinden ruhen, so lange die bischöfliche Behörde diesem Gesetze Folge zu leisten verweigert, oder so lange das betreffende Amt nicht in gesetzmässiger Weise besetzt oder verwaltet ist. Eine solche Weigerung ist als vorhanden anzunehmen, wenn die bischöfliche Behörde auf eine schriftliche Aufforderung des Oberpräsidenten nicht binnen 30 Tagen die Erklärung abgiebt, den Vorschriften dieses Gesetzes Folge leisten zu wollen. Die den bischöflichen Behörden zustehenden Befugnisse gehen in solchen Fällen auf die betreffende Staatsbehörde über. §. 59. Alle diesem Gesetze entgegenstehenden Bestimmungen, mögen dieselben in dem in den verschiedenen Landestheilen geltenden allgemeinen Rechte, in Provinzialgesetzen, in Lokalgesetzen oder Lokalordnungen enthalten, oder durch Observanz oder Gewohnheit begründet sein, werden aufgehoben. §. 60. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt. Derselbe ist befugt, mit Rücksicht auf besondere örtliche oder sonstige Verhältnisse und besondere für die Vermögensverwaltung bestehende Einrichtungen den im §. 57. Absatz 1. festgesetzten Termin der Ausführung zu verlängern. — Wahlordnung. Art. 1. Der Kirchenvorstand ordnet die Wahl der Kirchenvorsteher und der Gemeindevertreter an, stellt die Liste der Wahlberechtigten auf und legt dieselbe in einem Jedermann zugänglichen Lokale zwei Wochen lang öffentlich aus. Zeit und Ort der Auslegung sind der Gemeinde öffentlich durch Aushang bekannt zu machen, mit dem Beifügen, dass nach Ablauf der Auslegungsfrist Einsprüche gegen die Liste nicht mehr zulässig sind. Nach dem Ermessen des Kirchenvorstandes kann die Bekanntmachung auch noch in anderen, den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Formen erfolgen. Zur Erhebung des Einspruchs ist jedes wahlberechtigte Mitglied der Kirchengemeinde befugt. Art. 2. Der Kirchenvorstand entscheidet über die Einsprüche und berichtigt die Liste. Gegen den ablehnenden Bescheid steht dem dadurch von der Wahl Ausgeschlossenen binnen einer Ausschlussfrist von zwei Wochen nach erfolgter Zustellung die Berufung an die Gemeindevertretung, in dem Falle, dass eine solche nicht vorhanden ist, an die bischöfliche Behörde zu. Letztere hat im Einvernehmen mit dem Regierungspräsidenten (Landdrosten) die Entscheidung zu treffen. Durch Einlegung der Berufung wird die anstehende Wahl nicht aufgehalten. Zwischen dem Ablauf der Einspruchsfrist und dem Tage der Wahl müssen mindestens zwei Wochen in der Mitte liegen. Art. 3. Die Einladung zur Wahl muss die Zeit und den Ort der Wahl, sowie die Zahl der zu wählenden Personen enthalten und ist der Gemeinde öffentlich durch Aushang bekannt zu machen. Nach dem Ermessen des Kirchenvorstandes kann die Bekanntmachung auch noch in anderen den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Formen erfolgen. Art. 4. Aus dem Vorsitzenden des Kirchenvorstandes und aus vier Beisitzern, welche der Vorsitzende aus den wählbaren Mitgliedern der Gemeinde beruft, wird ein Wahlvorstand gebildet. Art. 5. Die Wahlhandlung wird durch den Vorsitzenden geleitet. Art. 6. Das Wahlrecht wird in Person durch verdeckte, in eine Wahlurne niederzulegende Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt. Art. 7. Wird in dem ersten Wahlgange eine Mehrheit für die zur Bildung des Kirchenvorstandes oder der Gemeindevertretung erforderliche Zahl von Personen nicht erreicht, so findet eine engere Wahl zwischen denjenigen statt, welche die

meisten Stimmen auf sich vereinigt haben. Beläuft sich die Zahl derselben auf mehr als das Doppelte der zu wählenden Kirchenvorsteher oder Gemeindevertreter, so scheiden von denjenigen, welche die wenigsten Stimmen erhalten haben, so viele aus, dass die Zahl der Wählbaren die doppelte Zahl der zu Wählenden beträgt. Bei Stimmengleichheit entscheidet überall das Loos. Art. 8. Nachdem der Vorsitzende die Abstimmung für geschlossen erklärt hat, darf eine Stimmabgabe nicht mehr zugelassen werden. Art. 9. Ueber die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Stimmzettel entscheidet der Wahlvorstand. Art. 10. Ueber die Wahlhandlung wird ein Protokoll aufgenommen, welches den wesentlichen Hergang beurkundet. Dasselbe ist von dem Vorsitzenden und mindestens zwei Mitgliedern des Wahlvorstandes zu unterschreiben. Art. 11. Die Wahl der Kirchenvorsteher muss derjenigen der Gemeindevertreter vorangehen. Art. 12. Die Namen der Gewählten werden der Gemeinde öffentlich durch Aushang bekannt gemacht. Nach dem Ermessen des Kirchenvorstandes kann die Bekanntmachung auch noch in anderen, den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Formen erfolgen. Art. 13. Einsprüche gegen die Wahl sind innerhalb einer von dem letzten Tage des Aushanges ab zu berechnenden Ausschlussfrist von zwei Wochen bei dem Kirchenvorstande zu erheben, welcher über dieselben entscheidet. Gegen den ablehnenden Bescheid steht binnen einer Ausschlussfrist von zwei Wochen nach erfolgter Zustellung die Berufung an die bischöfliche Behörde zu, welche im Einvernehmen mit dem Regierungspräsidenten (Landdrosten) die Entscheidung zu treffen hat. Art. 14. Für die erste Wahl ernennt die bischöfliche Behörde im Einvernehmen mit dem Regierungspräsidenten (Landdrosten) den Wahlvorstand und den Vorsitzenden desselben. Der Wahlvorstand übernimmt die dem Kirchenvorstande obliegenden Verrichtungen. Dasselbe gilt für den Fall der Auflösung des Kirchenvorstandes.

XXV. (§. 177. no. 5.)

Hess. Ges. vom 23. *April* 1875: Art. 1. Die evangelische und katholische Kirche sowie die mit Corporationsrechten versehenen Religionsgemeinschaften sind unter den in den nachfolgenden Artikeln bemerkten Voraussetzungen berechtigt, die zur Bestreitung der kirchlichen oder religiösen Bedürfnisse erforderlichen Mittel durch Umlagen auf ihre Mitglieder aufzubringen. Art. 2. Umlagen zur Bestreitung kirchlicher oder religiöser Bedürfnisse können nur erhoben werden, wenn die Erträgnisse des Vermögens der betreffenden Kirchen- oder Religionsgemeiden und die sonst derselben zu Gebote stehenden Mittel zur Bestreitung des Bedürfnisses nicht ausreichen. Art. 3. Die Erhebung einer Umlage zur Bestreitung des Bedürfnisses einer einzelnen Kirchen- oder Religionsgemeinde kann nur unter nachfolgenden Voraussetzungen erfolgen: 1. Ueber die Einnahmen und Ausgaben der Kirchen- oder Religionsgemeinde, insbesondere über die für die Ausgaben vorgesehenen Deckungsmittel muss ein ordnungsmässiger Voranschlag aufgestellt werden. 2. Eine aus directer Wahl der Gemeindeglieder hervorgegangene Vertretung der Kirchen- oder Religionsgemeinde muss zur Erhebung der in dem Voranschlage vorgesehenen Umlage die Zustimmung ertheilen. Diese Gemeindevertretung hat aus mindestens zwölf Mitgliedern oder, wenn die Zahl der stimmberechtigten Mitglieder der betreffenden Kirchen- oder Religionsgemeinde weniger als zwölf beträgt, aus sämmtlichen stimmberechtigten Gemeindegliedern zu bestehen. Die näheren Bestimmungen über die Zusammensetzung, die Zahl der Miglieder dieser Gemeindevertretungen, über die Stimmberechtigung und Wählbarkeit bei den Wahlen, über die Art und Weise der Vornahme der Wahlen, über die Zusammenberufung und Verhandlung dieser Vertretungen werden, soweit nicht ein von der Kirchenbehörde mit Unserer Genehmigung erlassenes Verfassungsstatut für die betreffende Kirche oder Religionsgemeinschaft genügende Vorsehung trifft, von Unserem Ministerium des Innern erlassen. 3. Dem Vorstande der politischen Gemeinde oder, wenn sich die kirchliche oder religiöse Gemeinde über mehrere politische Gemeinden erstreckt, den Vorständen der verschiedenen politischen Gemeinden, ist von dem Vorstande der betreffenden Kirchen- oder Religionsgemeinde durch Mittheilung eines Auszugs aus dem Voranschlage von der beabsichtigten Erhebung einer Umlage Kenntniss zu geben. Jeder betheiligte Vorstand einer politischen Gemeinde kann binnen 21 Tagen, vom Tage der Zustellung des Auszugs aus dem Voranschlage an gerechnet, durch schriftliche motivirte Mittheilung an den Vorstand der Kirchen- oder Religionsgemeinde gegen die beabsichtigte Erhebung einer Umlage von den Angehörigen seiner Gemeinde Einwand erheben. Geschieht dies und soll auf der Erhebung der Umlage bestanden werden, so ist von dem Vorstande der Kirchen- oder Religionsgemeinde, beziehungsweise je nach nach der Organisation der betreffenden Kirche oder Religionsgemeinschaft von der oberen oder obersten kirchlichen Behörde die Entscheidung des dem Vorstande der betreffenden politischen Gemeinde vorgesetzten Kreis-

amts und, wenn dieses den erhobenen Einwand für begründet erachtet, die Entscheidung Unseres Ministeriums des Innern zu veranlassen, dessen Entschliessung alsdann maassgebend ist. Ebenso kann der Vorstand der betreffenden politischen Gemeinde, wenn das Kreisamt seinen Einwand für unbegründet erachtet, binnen 14 Tagen, vom Tage der Zustellung der kreisamtlichen Verfügung an gerechnet, den Recurs an Unser Ministerium des Innern ergreifen. 4. Auch abgesehen von dem Falle der Erhebung eines Einwandes von Seiten des Vorstandes einer betheiligten politischen Gemeinde muss dem Kreisamte der Voranschlag der betreffenden Kirchen- oder Religionsgemeinde zur Einsicht und behufs Ertheilung der staatlichen Genehmigung zur Erhebung der darin vorgesehenen Umlage mitgetheilt werden. Umfasst eine Kirchen- oder Religionsgemeinde mehrere, verschiedenen Kreisen angehörige politische Gemeinden, so ist der Voranschlag dem Kreisamt mitzutheilen, in dessen Kreis der Hauptort der Kirchen- oder Religionsgemeinde liegt. Findet das Kreisamt bei Ertheilung der Genehmigung Anstand, so ist, wenn auf Erhebung der Umlage bestanden werden soll, in gleicher Weise, wie unter No. 3. bemerkt, die alsdann maassgebende Entschliessung Unseres Ministeriums des Innern einzuholen. Art. 4. Handelt es sich um Aufbringung der Mittel zur Bestreitung des Bedürfnisses eines innerhalb einer Kirche oder Religionsgemeinschaft aus mehreren Gemeinden verfassungsmässig gebildeten grösseren Verbandes (Dekanatsverbandes u. dergl.) als solchen, so ist der Betrag, welcher nach Verwendung der dem grösseren Verbande als solchem für die betreffenden Zwecke zu Gebote stehenden Mittel noch zu decken übrig bleibt, auf die einzelnen Kirchen- oder Religionsgemeinden unter Zugrundelegung der Communalsteuerkapitalien der in Betracht kommenden Gemeindemitglieder zu vertheilen. Erscheint hierdurch in der einen oder der anderen Einzel-Gemeinde die Erhebung einer Umlage nöthig, so finden bezüglich der Erhebung einer solchen Umlage die im Art. 3. bemerkten Bestimmungen Anwendung. Nur ist, wenn dem betreffenden grösseren Verbande nach Maassgabe eines von Uns genehmigten Verfassungsstatuts oder von Uns genehmigter organischen Bestimmungen eine gewählte Vertretung der Gemeindeglieder zur Seite steht und diese zu der fraglichen Repartition zugestimmt hat, die Zustimmung der betreffenden örtlichen kirchlichen oder religiösen Gemeindevertretung zur Aufnahme des betreffenden Ausgabepostens in den Voranschlag und zur Erhebung der dadurch nöthig werdenden Umlage nicht erforderlich. Art. 5. Ist für die Gesammtheit einer Kirche oder einer aus verschiedenen einzelnen Gemeinden bestehenden Religionsgemeinschaft nach Massgabe eines von Uns genehmigten Verfassungsstatuts eine gewählte Vertretung der Gemeindeglieder vorhanden, so kann, falls die der Gesammtheit der Kirche oder Religionsgemeinschaft als solcher für die betreffenden Zwecke zu Gebote stehenden Mittel zur Bestreitung des Bedürfnisses nicht ausreichen, mit Zustimmung der gewählten Gesammtvertretung auch der Ausschlag einer besonderen Umlage für die betreffenden allgemeinen Zwecke der Kirche oder Religionsgemeinschaft auf sämmtliche Angehörige derselben beschlossen werden. Dieser Beschluss bedarf jedoch der Genehmigung Unseres Ministeriums des Innern. Ist diese erfolgt, so wird der betreffende, in allen Gemeinden alsdann durch Umlagen aufzubringende Betrag auf die Einzel-Gemeinden unter Zugrundlegung der Communalsteuerkapitalien der einzelnen Angehörigen der betreffenden Kirche oder Religionsgemeinschaft vertheilt, ohne dass es einer weiteren Zustimmung oder Genehmigung zur Aufnahme der betreffenden Ausgabeposten in die Voranschläge und Aufbringung derselben durch Umlagen bedarf. Art. 6. Die nach den Artt. 3. 4. und 5. zulässigen Umlagen werden nach Massgabe der für die Communalsteuern der politischen Gemeinden geltenden Grundsätze auf die Mitglieder der betreffenden Kirchen- oder Religionsgemeinden ausgeschlagen, mit den Communalsteuern für die politischen Gemeinden von dem Gemeinde-Einnehmer erhoben und von diesem im Ganzen an die betreffende kirchliche Kasse eingeliefert. Ebenso finden die für die Beitreibung der Communalsteuern geltenden Grundsätze, beziehungsweise das für diese Beitreibung vorgeschriebene Verfahren auch auf die in den Artt. 3. 4. und 5. bemerkten Umlagen Anwendung.

Register.

A.

Verzeichniss der angeführten Quellenstellen.

I. Quellen des kathol. K.-R.
1. Bibel.
2. Apostol. Constitut.
3. Apostol. Canones.
4. Concilienschlüsse.
a) Orientalische Concil.
b) Afrikan. Concil.
c) Spanische Concil.
d) Fränkische Concil.
e) Französische Concil.
f) Deutsche Concil.
g) Ital. Concil. (mit d. C. von Trient).
5. Decretalen und Reden der Päpste.
6. Erlasse römischer Behörden.
7. Erlasse v. Bischöfen.
8. Kirchenrechtl. Sammlungen vor d. Corp. iur.
9. Corpus iuris canonici.
a) Decret. Gratiani.
b) Decretales Gregorii IX.
c) Liber sextus.
d) Clementinae.
e) Extravag. Iohann. XXII.
f) Extravag. commun.
10. Catechismus Rom.
11. Rituale Roman.
12. Pontificale Roman.
13. Concordate.
14. Statut. v. geistl. Orden u. Congregationen.
15. Formeln.
16. Kirchliche Aktenstücke.
17. Kirchliche Schriftsteller.
a) Der ältesten Zeit.
b) Des Mittelalters.
c) Der neueren Zeit.
18. Weltliche Schriftsteller.
19. Auf das kathol. Kirchenrecht bezügliche Urkunden.
II. Quellen d. evang. Kirchenrechts.
1. Evang. Bekenntnissschriften.
a) Der luth. Kirche.
b) Der reform. Kirche.
2. Evangel. Kirchenordnungen des XVI. Jahrh.
3. Evangel. Schriftsteller.
a) Reformatoren.
b) Neuere Schrifsteller.
4. Aktenstücke z. ev. Kirchenrecht.
5. Urkunden, auf das ev. Kirchenrecht bezügliche.
III. Weltliche Rechtsquellen.
1. Römische Rechtsquellen.
2. Mittelalterl. Rechtsquellen.
a) Leges barbarorum.
b) Formeln.
c) Fränk. Capitularien.
d) Rechtsbücher.
e) Stadtrechtsquellen.
f) Landrechte.
g) Sendrechte.
3. Das deutsche Reich bis 1806 u. d. deutsche Bund bis 1866.
a) Gesetze.
b) Urkund. deutscher Kaiser.
c) Erlasse v. Reichsbehörden.
d) Aktenstücke.
4. Norddeutscher Bund u. deutsches Reich.
5. Partikularrecht.
a) Oesterreich.
b) Baiern.
c) Sachsen.
d) Brandenburg-Preussen.
e) Oberrheinische Kirchenprovinz.
α) Württemberg.
β) Baden.
γ) Grossherzogth. Hessen.
δ) Nassau.
f) Andere deutsche Staaten.
6. Fremde Rechte.
a) Frankreich.
b) Belgien und Italien.

I. Quellen des katholischen Kirchenrechts.

1. Bibel.

(Vgl. §. 31.)

	Seite
I. Mos. C. 18 v. 20. 21.	191
III. Mos. C. 27 v. 30.	302
IV. Mos. C. 3 v. 6.	6
— C. 19 v. 24.	302
V. Mos. C. 4 v. 22.	302
— C. 25 v. 3.	244
Ieremias C. 22 v. 18—21.	279
Evang. Matthaei C. 16 v. 18. 19.	90
— C. 18 v. 15.	191
— C. 19 v. 6. 9.	296
— C. 22 v. 27.	9
Evang. Marci C. 16 v. 18.	7
Apostelgeschichte C. 6 v. 1—4.	5
— C. 8 v. 18—29.	184
— C. 14 v. 13.	5
I. Brief Paul. an d. Römer C. 6 v. 1.	168
— C. 13 v. 1.	9
— Corinther C. 14 v. 34.	82
— Philipper C. 1 v. 1.	5
— Galater C. 5 v. 19.	190
— C. 6 v. 16.	1
— Thessalon. C. 5 v. 12.	5
I. Brief Petri C. 2 v. 9.	6

2. Apostolische Constitutionen.

(Vgl. §. 33.)

VIII, 33. 5

3. Apostolische Canones.

(Vgl. §. 33.)

c. 12. 174

4. Concilienschlüsse.

(Vgl. §. 46.)

a) Orientalische Concilien.

C. v. Nicaea v. J. 325 c. 5. 7

Seite

C. v. Nicaea v. J. 325 c. 6. 7
— c. 13. 1
C. v. Antiochia v. J. 341 Vorrede. 1
— c. 9. 7
C. v. Sardica v. J. 343. c. 3. 10
— c. 4—7. 11
C. v. Laodicea v. J. 343—81 c. 60. 62
I. C. v. Constantinopel v. J. 381 c. 3. 8
C. v. Chalcedon v. J. 451 c. 4. 281
— c. 7. 281
— c. 9. 8
— c. 16. 281
— c. 24. 281
— c. 28. 8
C. v. Constantinopel (Trullanum) v. J. 692. 250

b) Afrikanische Concilien.
(Vgl. §. 34.)

C. v. Carthago v. J. 398 c. 51. 304
C. v. Carthago v. J. 401 c. 15. 307
C. v. Carthago v. J. 407 (Cod. eccl. Africanae c. 102). 266

c) Spanische Concilien.
(Vgl. §. 36.)

C. v. Elvira v. J. 355 Einleit., 7
I. C. v. Braga v. J. 561 Einleit., 66
II. C. v. Braga v. J. 572 Einleit. 66
IV. C. v. Toledo v. J. 633 c. 63. 249

d) Fränkische Concilien.

I. C. v. Arles v. J. 314 c. 10. 267
— Vennes v. J. 465 c. 2. 267
— c. 13. 175
I. — Orléans v. J. 511 Brief d. Syn. c. 3. 12
— — c. 4. 13
— — c. 5. 299
— — c. 15. 305
— Epaon v. J. 517 c. 30. 241
— Clermont in Auvergne (Arvernense) v. J. 535. 249
III. C. v. Orléans v. J. 538 c. 32. 168
IV. C. v. Orléans v. J. 541 c. 18. 305
II. C. v. Tours v. J. 567 c. 5. 218
— — c. 7. 100
— — c. 15. 291
— — c. 19. 174
I. C. v. Macon v. J. 581 c. 8. 168
II. C. v. Macon v. J. 585 c. 5. 303
— — c. 9. 175
— — c. 10. 169
III. C. v. Tours v. J. 813 c. 16. 305
— Aachen v. J. 816. c. 115 ff. 332
— Meaux v. J. 843 c. 66. 234
c. 69. 247
— Metz v. J. 888 c. 8. 105

e) Französische Concilien.

C. v. Rheims v. J. 900. 279
— Limoges v. J. 1031 Acta. 181
— Nîmes v. J. 1096 c. 14. 15
— Tours v. J. 1236 c. 7. 103
— Arles v. J. 1260 c. 3. 218
— Meaux v. J. 1365 c. 184. 104
— Lavaux v. J. 1368 c. 99. 15

Seite

C. v. Paris v. J. 1849. 116
— Rheims v. J. 1853. 116

f) Deutsche Concilien.

C. v. Mainz v. J. 813 c. 54. 242
— Mainz v. J. 851 c. 8. 190
— Tribur v. J. 895 c. 40. 247
— Würzburg v. J. 1287 c. 35. 313
— Mainz v. J. 1310. 184
— Würzburg v. J. 1407. 167
— Constanz v. J. 1414—18 Sess. V. 90
— Constanz v. J. 1414—18 Sess. gen. XLIII. art. 3. 200
— Basel v. J. 1431—43 tit. 1. §. 2. 18
— Ermland (Varmiensis) v. J. 1495. 257
— Wien v. J. 1858 tit. 4. c. 14. 279
— Wien v. J. 1858 tit. 7. c. 5. 309
— Prag v. J. 1860 tit. 3. c. 12. 280

g) Italienische Concilien.

IV. C. v. Rom v. J. 502 c. 3. 12
— Tessin v. J. 855 c. 11. 104
IV. Lateran C. v. J. 1215 c. 13. S. 286. vgl. 18
— Trient v. J. 1336 c. 26. 151
1545—63.
Sess. IV. 62. 77
— VI. c. 21. 62
— VI. de ref. c. 1. 113
— — c. 4. 135
— VII. c. 1. 209
— VII. c. 4. 219
— VII. de ref. c. 2. 161
— — c. 7. 135
— XIII. de ref. c. 1. 112
— — c. 8. 190
— XIV. de ref. c. 1. 83
— — c. 12. 83
— XXI. de ref. c. 1. 199
— — c. 2. 83
— — c. 3. 113
— — c. 4. 137
— — c. 7. 311
— XXII. de ref. c. 2. 140
— — c. 4. 245
— — c. 5. 131
— — c. 8. 218
— XXIII. c. 1. 81. 86
— XXIII. c. 4. 86
— XXIII. c. 6. 81
— XXIII. de ref. c. 3. 98
— — c. 4. 84
— — c. 5. 85
— — c. 7. 85. 99
— — c. 11. 85
— — c. 12. 82
— — c. 13. 82. 85. 216
— — c. 14. 82
— — c. 17. 88
— — c. 18. 99. 199
— XXIV. c. 1. 226
— XXIV. de ref. c. 1. 94
— — c. 2. 115. 116
— — c. 3. 198
— — c. 4. 108
— — c. 5. 115. 190
— — c. 6. 131
— — c. 12. 139

Seite

Sess. XXIV. de ref. c. 16. 102
— — c. 17. 102
— — c. 18. 140
— — c. 19. 139
— — c. 20. 96. 170
— XXIV. d. ref. matr. c. 1. 235. 261
— — c. 2. 220. 239. 246
— — c. 3. 245
— — c. 4. 229
— — c. 6. 234. 269
— — c. 7. 269
— — c. 10. 262
— XXV. de invoc. vener. etc. 200
— — de regularib. etc.
— — c. 2. 290
— — c. 3. 285. 286
— — c. 5. 291
— — c. 6. 286
— — c. 7. 287
— — c. 11. 288
— — c. 14. 287
— — c. 15. 289
— — c. 16. 290
— — c. 17. 289
— — c. 19. 290
— XXV. de ref. c. 3. 134. 178
— — c. 7. 107
— — c. 9. 155
— — c. 10. 171
— — c. 13. 278
— — c. 14. 80
— — c. 18. 131
— — c. 19. 278
Schlusssitzung. 20
C. Vaticanum 1869. 1870. const. I. 42. 114

5. Decretalen und Reden der Päpste.

(Vgl. §. 35.)

Pius I. (142?—157?)
Pseudoisidor. Brief c. 4. 13
Siricius (384—98) an Himerius v. J. 385. 11. 78
Innocenz I. (402—17) an Victricius. 11
Leo I. (440—61) an Anastasius 444. 11
— „ 446. 12
— Marcian 451. 114
— Pulcheria 452. 8
— Rusticus 452. 291
— d. B. v. Campan. 459. 173
Gelasius (492—96) notitia libror. apocryph. (495—96). 64
Symmachus (498—514) an Caesarius v. Arles 513. 99
Pelagius I. (555—60) an Childebert 557. 13
Gregor I. (590—604) ep. V, 54 in Ed. Maur. 595. 13
— ep. IX, 121 in Ed. Maur. 599. 90
— XI, 64 „ 605. 242
Gregor II. 715—31 an Bonifaz 726. 242. 268
Zacharias (741—52) an Bonifaz 751. 109
— (bei *Jaffé* Mon. Mog. p. 228.)
Leo III. (795—816) an d. bair. Bisch. 800. 242
Sergius II. (844—47) an d. transalpin. Bisch. 845. 95
Nicolaus I. (858—67) an alle Kathol. 860. 95
— an d. Gall. Bisch. 865. 68
— an die Bulgaren 866. 256

Seite

Hadrian II. (867—72) Rede v. J. 869. 68
Gregor V. (996—999) an Otto I. 997. 93
Benedict IX. (1033—48) f. d. K. St. Victor in Marseille v. J. 1040. 211
Leo IX. (1048—54) an Thomas B. v. Africa 1053. 114
Nicolaus II. (1059—61) Decret gegen d. Simonisten 1059. 92
Gregor VII. (1073—85) an d. Deutschen 1077. 16
— bei *Jaffé* Reg. no. 3785. 96
— an Herim. v. Metz 1081. 16
— an s. Legat. 1081. 200
— an Wilh. Erzb. v. Rouen 1081. 99
— dictatus. 14
— bei Nicolaus Aragon. Vitae nonnull. pontif. Roman. 15
Urban II. (1088—99) an B. Reinold v. Rheims 1092. 137
— f. d. Nonnen St. Johann. in Cremona 1096. 200
Paschalis II. (1099—1118) an d. dän. Bisch. 1100—1113. 200
Hadrian IV. (1154—59) an d. Erzb. Theob. v. Paris 1156. 159
Innocenz III. (1198—1216) ep. lib. II. ep. 163 v. J. 1199. 15
— univ. magistr. et scholarib. Bononiae commorantib. 1210. 71
— an B. Hugo v. Auxerre (in Gallia christ. I. ed. 2, 287.) 104
— auf d. Lateranconcil v. 1215. 18
Honorius III. (1216—27) an d. Erzb. v. Mainz 1225. 199
— an Tancred 1226. 71
Gregor IX. (1227—41) an d. Erzb. v. Lyon 1229. 111
— Rex pacificus 1234. 72
Alexander IV. (1254—61) an d. Domkap. v. Strassburg 1255. 160
Clemens IV. (1265—68) an K. Ludwig XI. v. Frankreich. 310
Bonifaz VIII. (1294—1303) Sacros. Rom. eccl. 1298. 72
— für Halberstadt.* 101
Clemens V. (1305—14) bei *Rymer* Foed. II, 1, 97, 1309. 184
Johannes XXII. (1316—34) Quoniam nulli 1317. 73
— bei *Rymer* Foed. II, 2, 721, 1327. 15
Gregor XI. (1370—78) gegen d. Florentiner in omnem fere 1376. 17
Martin V. (1417—31) Constit. Ad vitanda v. 1418. 178
Nicolaus V. (1447—45) an d. Churf. v. Brandenburg 1447. 147
Calixt III. (1455—58) an Friedr. III. 18
Alexander VI. (1492—1503) Theilung Amerikas 1453. 17
Leo X. (1513—21) im Later. Conc. v. 1512. 22
— Pastor aeternus. 22
— Exsurge Domine v. 1520. 183
Sixtus V. (1585—90) motu proprio v. 1587. 240

* Bei Lünig specileg. eccles. II. Anh. p. 35. 36. angegeben als 1306 erlassen. Dann würde die Bulle aber von Clemens V. herrühren.

Seite

Paul III. (1534—49) Eius qui 1538. 20
Pius IV. (1559—65) Bestät. d. C. v. Trient 1564. 114. 129
Pius V. (1566—72) Regnans in excelsis 1570. 20
Gregor XV. (1621—23) Ceremoniell üb. d. Papstwahl v. 1621. 325
Urban VIII. (1623—44) Pastoralis Roman. Pontif. v. 1627. 21
Innocenz X. (1644—55) Zelo domus Dei 1648. 21
Innocenz XII. (1691—1700) Speculatores domus 1694. 83
Clemens XI. (1700—1721) Oratio consistorialis 1701. 21
Benedict XIV. (1740—58) Declarat. de matr. in Belgio et Holland. contr. 1741. 251
— Encycl. f. Polen 1748. 250
— Singularis nobis 1749. 249
Clemens XIV. (1769—74) Dominus ac Redemptor 1773. 286
Pius VI. (1775—99) super soliditate §. 16, 1780. 99
— an d. Erzb. v. Mecheln 1782. 251
— Auctorem fidei 1794. 108. 116
Pius VII. (1800—23) Breve v. 15. März 1817. an Domkap. v. Constanz. 102
Gregor XVI. (1831—46) an d. baier. Bischöfe 1832. 250
— an d. Domkapitel v. Gnesen-Posen 10. April 1844. 148
Pius IX. (1846—1878) Breve v. 29. Sept. 1850. 110
— Allocut. v. 27. Sept. 1852. 227
— Syllabus errorum vom 8. Dec. 1864 no. 17, 20—32, 55. 27
— no. 66. 227
— no. 70—80. 27
— Bulle v. 29. Sept. 1867. 94
— Allocut. v. 22. Juni 1868. 39
— Schreib. v. 6. Oct. 1868 an Erzb. Darboy v. Paris. 28
— Constit. v. 12. Oct. 1869. 83. 88. 350
— Breve multiplices inter vom 27. Nov. 1869. 115
— Encycl. v. 1. Nov. 1870. 91
— Breve v. 19. Juni 1871. 79
— Breve v. 7. Febr. 1872. 289
— Constit. v. 28. Aug. 1873. 103
— Encycl. v. 5. Febr. 1875. 44
Leo XIII. (1878) Breve vom 29. October 1878. 78

6. Erlasse römischer Behörden.

Cardinalstaatssecretär:
Protest d. Card. Consalvi gegen d. Wiener Congress v. 14. Juni 1815. 25
Note desselben Esposizione dei Sentimenti v. 24. Sept. 1819. 134
Note d. Card. Sommaglia v. 27. Nov. 1827. 152
Note d. Card. Antonelli v. 8. Aug. 1861. 42
Congregatio indicis:
praefatio indic. libror. expurgandor. 1607. 22

Seite

Congreg. Concilii in Causa Barchion. Instruct. f. d. relat. status 1733. 269 133
Rota Romana Decisio. 250
Regulae cancellariae apost. (vgl. §. 49) 19. 21. 162 139
Congreg. officii, Anfrage an d. v. 1839. 60

7. Erlasse von Bischöfen.

Stat. d. B. v. Strassburg v. 1435. 308
Parochiale d. E. B. v. Köln f. d. Diöcese Löwen 1592. 257
Statut. synod. dioces. Monasteriensis (collegit ... *C. F. Krabbe* Monasterii 1849)
P. II, t. 2, c. 2. 219. 220
— t. 13 c. 2 §. 2. 309
Würzburger Norma practic. v. 1. Jan. 1742 V, 4. 308
Münsterscher Erl. an d. geistl. Richter 1755. 265
Erl. d. B. Arnoldi v. Trier 1853. 250
Verordn. d. E. B. v. Freiburg v. 30. Nov. 1861. 163

8. Kirchenrechtliche Sammlungen vor d. Corp. iuris.

Statuta ecclesiae antiq. (vgl. §. 34) c. 32. 315
— c. 73. 174
Dionysius exiguus (vgl. §. 35) Vorrede. 66
— Brief an Hormisda. 11
Martinus Bracar. (vgl. §. 36) Vorrede. 36
Liberati Carthag. Breviar. c. 20. 99
Pseudoisidor (vgl. §. 37) Vorrede. 64. 67
Liber diurnus (vgl. §. 38). 91
Bussbücher (vgl. §. 38)
— Poenit. Merseb. c. 94. 268
— — Pseudo Theodori c. IV, §. 20. 268
— — Pseudo Roman. 209
Regino de discipl. eccl. (vgl. §. 39).
— I, 13. 138
— I, 77. 166
— II, 2. 3. 134
— II, 182. 280
— II, 236. 267
— II, 403. 176
— II, 432. 175
Burchard Decr. (vgl. §. 33)
— XIX. 268
Anselm. v. Lucca (vgl. §. 39) VI, 16. 92

9. Corpus iuris canonici.

a) Decretum Gratiani. (Vgl. §. 10.)

Dist. 1 dict. Grat. in pr. 75
— 3 princ. 1
— 3 dict. Grat. zu c. 3. 3
— 11 c. 7. 75
— 16 c. 3. 64
— 17 c. 16. 15
— 19 c. 1. 68
— 19 c. 1, §. 1. 65
— 22 c. 2. 14
— 23 c. 1. 92
— 23 c. 6. 111
— 24 c. 6. 113

	Seite
Dist. 25 c. 1.	82
— 25 c. 1, §. 11.	103
— 27 c. 8	240
— 28 c. 8. 9.	87
— 31 c. 13.	87
— 32 c. 1.	87
— 50 c. 7.	86
— 63 c. 1.	15
— — c. 9.	145
— — c. 20.	153
— — c. 27.	145
— 64 c. 1.	145
— 81 c. 15.	87
— 86 c. 32.	189
— 90 c. 5.	6
— 96 c. 10.	12
Causa 2 qu. 1 c. 16.	190
— — qu. 6 c. 12.	14
— 7 qu. 1 c. 37.	163
— 8 qu. 1 c. 3.	106
— 10 qu. 1 c. 10.	133
— — qu. 3 c. 3.	161
— 11 qu. 1 c. 37.	169
— — qu. 3 c. 97.	10
— 12 qu. 1 c. 7.	6
— — qu. 2 c. 27.	304
— — qu. 2 c. 28.	304
— — qu. 4 c. 1.	307
— 13 qu. 2 c. 15. 18.	278
— 15 qu. 7 c. 2.	12
— 16 qu. 1 c. 22.	310
— — qu. 5 c. 1.	153
— — qu. 7 c. 11.	153
— — — c. 13.	145
— — — c. 20.	15
— — — c. 21.	313
— — — c. 25.	153
— — — c. 32.	153
— — — c. 38.	153
— 17 qu. 4 c. 29.	88
— — — c. 38.	302
— 18 qu. 2 c. 6.	12
— 22 qu. 1 c. 6.	211
— — qu. 5 c. 15.	211
— 23 qu. 5 c. 47.	179
— — qu. 8 c. 22.	299
— 24 qu. 2 c. 1.	278
— — qu. 3 c. 27.	183
— 27 qu. 1 c. 17.	291
— — — c. 22.	240
— — — c. 24.	240
— — qu. 2 c. 9.	255
— — — c. 17.	255
— — — c. 30.	244
— — — c. 32.	245
— 29 qu. 1 c. un. §. 2.	232
— 30 qu. 1 c. 2.	246
— — — c. 3.	246
— — qu. 5 c. 7.	235
— 31 qu. 1 c. 3.	247
— — — c. 8.	276
— — qu. 2 c. 4.	255
— — — c. 17.	242
— 32 qu. 4 c. 4.	267
— — qu. 7 c. 22.	267
Dist. 1. de pen c. 90.	209
Causa 35 qu. 2 c. 7.	244
— — — c. 12.	245
Causa 35 qu. 2 c. 15.	244
— 36 qu. 2 c. 1.	234
— — — Dict. Grat. nach c. 6.	234

b) Decretalen Gregors IX.
(Vgl. §. 41.)

c. 39 X (1, 3).	160
c. 11 (1, 4).	75
c. 4 (1, 6).	114
c. 8 —	12
c. 54 —	134
c. 6 (1, 33).	16
Glossa dazu —	16
Glossa zu c. 6 (1, 40).	231
c. 13 (2, 1).	169
c. 12 (2, 2).	170
c. 3 (3, 4).	161
c. 28 (3, 5).	161
c. 2 (3, 25).	297
c. 10. 11 (3, 26).	295
c. 12 (3, 27).	308
c. 17 (3, 30).	303
c. 29 —	303
c. 10 (3, 38).	154
c. 4 (4, 1).	230
c. 21 —	231
c. 28 —	231
c. 3 (4, 3).	256
c. 3 (4, 4).	255
c. 7 (4, 5).	232
c. 9 (4, 13).	244
c. 10 —	245
c. 8 (4, 14).	243
c. 2 (4, 15).	240
c. 6 (4, 17).	264
c. 7 (4, 19).	269
c. 3 (4, 21).	276
c. 4 —	277
c. 4 (4, 49).	299
c. 7 —	299
c. 1 (5, 17).	222
c. 10 —	57
c. 7 (5, 27).	234
Glossa zu c. 15 (5, 39).	178
c. 38 (5, 39).	210

c) Liber sextus.
(Vergl. §. 41.)

c. 2 in VI. (1, 4).	75
c. 3 (1, 6).	324
c. 9 (1, 16).	308
c. un. (3, 5).	106. 240
Glosse zu c. 3 (5, 11).	178

d) Clementinae.
(Vergl. ebendas.)

Clem. 2 (1, 3).	93

e) Extravagantes Ioannis XXII.
(Vergl. ebendas.)

Glosse zu Extravag. Iohan. XXII. t. 14 c. 4.	14

f) Extravagantes communes.
(Vergl. ebendas.)

c. 1 (1, 8).	16. 80
c. 2 (3, 2).	306

Seite

10. Catechismus Romanus.
15. 80. 81. 85. 209. 222

11. Rituale Roman.
220

12. Pontificale Roman.
Ordo ad reconcil. apost. 223
Formula anathematis. 177
— degradationis 182

13. Concordate.
(Vergl. 4—8)
Wormser C. v. J. 1122. 45
Deutsch. C. auf dem Constanzer Concil (public. 2. Mai 1418). 101. 203
Wiener C. 1447 146. 160. 348
Baier. C. v. 5. Juni 1817 Art. 1. 25
— Art. 6. 217
— Art. 7. 283
— Art. 9. 147. 159
— Art. 10. 152
— Art. 12. 32
— Art. 15. 149
— Art. 17. 25
Baier. Circumscriptionsbulle v. 1. April 1818. 152
Preuss. Bulle de salute animar. v. 16. Juli 1821. 101. 106. 138. 147. 152
Dazu Breve Quod de fidelium (v. 16. Juli 1821). 148
Consecrationseid der preuss., hannöv. u. oberrhein. Bischöfe. 111
Preuss. Bischofseid vor 1875. 149
— nach 1875. 150
Hannöv. Bulle Impensa Roman. Pontific. v. 26. März 1824. 148
Hannöv. Bischofseid. 150
Hannöv. computum expensarum. 203
Oberrhein. Kirchenprovinz Bulle Ad dominici gregis custodiam v. 11. April 1827. 151
Dazu Breve Re sacra v. 28. Mai 1827. 148
Breve an d. Erzb. v. Freiburg v. 21. Mai 1827. 152
Bischofseid. 150
Oesterreichisches Conc. v. 5. Nov. 1855 Art. 1. 2—5. 37
— Art. 4. 278
— Art. 6. 213
— Art. 8. 213
— Art. 9. 13. 14. 15. 21. 37
— Art. 15. 302
— Art. 21. 37. 309
— Art. 22. 161
— Art. 28. 288
— Art. 29. 296
— Art. 30. 315
Geheimer Artikel. 190
Note d. österr. Reichskanzlers v. 30. Juli 1870, die Aufhebung des Concordats betr. 43
Hessen-Darmstädt. Convention.
— Schreiben d. B. v. Mainz an d. Grossherzog v. 20. Sept. 1866. 42

Seite

14. Statuten von geistlichen Orden und Congregationen.
Regula Benedicti c. 58. 282
— Francisci c. 6. 282
Const. fratr. Praed. dist. II, c. 1 c. 3. 282
— S. Iesu P. III, c. 1 §. 18. 282
P. VI, c. 1. 282
Regulae S. Iesu. 283
Examen generale S. Iesu. 283
Statuten d. christl. Schulbrüder. 294
— d. Schwestern u. l. Frau zu Coesfeld. 293
— d. barmh. Schwestern v. h. Vincenz v. Paula. 293
— d. Schwestern d. h. Hedwig. 293
— d. Schwestern v. d. Busse u. christl. Liebe. 294
— d. Kongregat. U. l. Frau u. d. Liebe d. guten Hirten. 293

15. Formeln.*
Formular z. Ernennung v. Prosynodalrichtern. 172
Verpflichtungsformular f. d. Gewählten zur Zahlung röm. Gebühren. 201
Ernennungsformular f. episcopi in partib. 105
Formular für die Bitte der Erzbischöfe um das Pallium. 99
Cölner Nuntiatur-Facultäten 1680. 96
Formel über d. visitatio liminum. 133
Comput. expensar. in expedit. bullar. pallii 1745. 203
Formular deutscher Quinquennalfacult. pro foro interno 343
Formular deutscher Quinquennalfacult. pro foro externo 342

16. Kirchliche Aktenstücke.
Denkschr. d. franz. Nation auf d. Constanzer Concil. 202
Beschwerden d. baier. Geistlichkeit 1582 bis 1583. 184
Declaratio cleri gallicani 1682. 22
Beschwerden d. baier. Bischöfe 1772. 184
Emser Punktationen v. 1786. 24. 202
Schreiben d. Erzb. v. Mainz an d. Papst v. 1. Dez. 1787. 22
Beschlüsse der Würzburg. Bischofsconferenz 1848. 37
Einladungsschreiben d. Erzb. v. Cöln dazu v. 25. Sept. 1848. 37
Denkschr. d. Preuss. Bischöfe v. Juli 1849. 40
Denkschr. d. oberrhein. Episkopates v. März 1851. 40
Adresse des Episkopates an Pius IX. von 1862. 26
Schreiben des Erzb. Donnet v. Bordeaux an Pius IX. v. 22. Dez. 1866. 26
Vorstellung der belgischen Bischöfe an das C. Vatican. 131
Concio Petri Kenrick in C. Vatican. 115

* Formeln, die sich auf die Taxen und Vereidigung der Deutschen Bischöfe beziehen, siehe unter no. 3.

17. Kirchliche Schriftsteller.

Seite

a) der ältesten Zeit.

Ambrosius († 397) Comment. in epist. ad Ephes. 5, 132. 226
— de Abraham c. 9. 248
— de offic. min. I, 36. 304
Athanas. († 373) hist. Arian. c. 33. 10
Augustin († 430) de nupt. et concup. I, 10. 267
— de fide et oper. c. 35. 267
Cassian († c. 435) Instit. Coenob. IV, 9. 209
Clemens Rom. († 101) ad Cor. 42. 5
Cyprian († 258) de unitate c. 9. 8
— ep. de lapsis 248
— ep. 19. 6
— ep. 33. 7
— ep. 66. 7
— ep. 75. 8
Ioh. Damascen. († nach 754) de imagin. 10
Eusebius († c. 340) hist. eccl. V, 23. 7
Faustinus († 754—87) et Marcell. lib. precum. 10
Florus v. Lyon (c. 580) Comment. z. d. Sirmond. Constit. 169
Hieronym. († 420) in Ezech. c. 44. 281
— Comment. in Malach. c. 3. 302
— ep. 18. 86
Ignaz (107 od. 114) ep. ad Polyc. c. 5. 255
Irenaeus († 302) adv. haeres. III, 1. 6
— adv. haeres. 8
Lactant. († c. 320) de mod. persec. c. 48. 295
Optatus († nach 384) de schismate Donatist. 9
Origenes († 254) hom. 21 in Iesu Nave 173
— in Matth. c. 10. 6
Possidius (c. 432) vita Augustini c. 5. 100
Socrates (Mitte d. V. Jahrh.) hist. eccl. I, 8. 86
Tertullian († c. 240) ad Scapulam c. 2. 9. 10
— de spectacul. 9
— Apologet. c. 38. 9
— Apologet c. 39. 295
— de exhortat. cast. c. 7. 6
— ad uxor. l. II in fine. 235
— de monogamia. 266
— de ieiunio c. 13. 7

b) des Mittelalters.

Abaelardus (1079—1142) epitome theol. christ. 226
August. Triumph. (c. 1320) Summa de pot. papae qu. 6. 15
Iohann. Andreae († 1348) glossa. 73
Bernard v. Clairveaux (1041—1153) de considerat. II, 8. 14
Bonifacius an P. Zacharias 742. 13
Summa Coloniensis (c. 1170). 255
Conrad de Monte Puellarum Canonici Ratisbon. contra Begehardos (M. Bibl. XXV p. 310). 18
Petr. Damiani († 1072) de gradib. parentelae. 242
Dante (Anf. d. XIV. Jahrh.) de monarchia III, 11. 19
Durand. († 1332) de modo celebr. conc. II, 20. 17
— Comment. in sent. Lomb. IV dist. 26 qu. 3. 226
Gerhoh. v. Reichersperg (1132—69) de aedif. Dei. 218
— de corrupt. eccl. statu. 16
Gerson (1363—1429) de unitate eccl. c. 2. 18
Hincmar v. Rheims († nach 882) de translat. epp. 163
— ep. 47. 68
— de praedest. c. 36. 189
Ioh. Diaconus (IX. Jahrh.) vita Gregorii. 91
Ioh. v. Salisbury (zwischen 1110 u. 20 bis 1180) Polycrat. IV, 3. 16
— Metalog. IV, 42. 16
Ivo v. Chartres († 1117) ep. 213. 101
Marsilius v. Padua (1321) def. pac. II, 5. 19
Nicol. Cusanus (1401—61) de conc. III, 2. 68
Occam († 1347) octo quaest. qu. 8 c. 5. 19
Petr. Blesens. (c. 1180) de distinct. 1
Petr. Lomb. († 1164) sent. IV dist. 28. 235. 256
Pseudo-Reiner. (Reiner. † 1259). 18
Raymundus v. Peñaforte († 1275) prolog. ad Constit. fratr. Praed. c. 3. 282
Rolandus († 1181) praef. zur Summa (ed. *Thaner* Insbruck 1874). 70
Stephan v. Tournay (1160—70) Summa. 1
Walafrid. Strabo († 849) de exord. et increm. sacr. 90
Tancred (1234—36) summa de matr. tit. 24. 248
Thom. v. Aquino (1226—74) summa suppl. C. II qu. 25. 210
— Sent. IV dist. 39 qu. 1. 250
— de regim. princip. III, 10. 16
Wycliffe († 1364) brev. Censura. 18
Zabarella († 1417) de schismat. 114

c) Der neueren Zeit.

Bellarmin (1542—1621) de pontif. Rom. IV, 5. 30
— de verb. dec. l. IV, c. 2. 77
Benedict XIV. (1675—1758) de syn. dioec. VIII, 12. 227
— de syn. dioec. XI, 1. no. 5. 285
— de syn. dioec. XIII, 3. 115
Erasmus (1467—1536) de matr. christ. 258
Faber de la dévot. au Pape (Paris 1860). 26
Febronii ICti de statu eccl. et legitim. potest. Rom. Pontificis liber singular. ad reuniendos dissidentes in relig. Christianos compositus. Bullioni ap. Guill. Evrardi 1763, I, §. 8, 5. 23
Liberatore la chiesa e lo stato, Napoli 1871. 79
Pehem Vorles. üb. das Kirchen-Recht (Wien 1802), I, 1, 202 ff. 23
Schmalzgrueber ius eccl. IV, 1, no. 451 (Ingolst. 1726). 232

18. Weltliche Schriftsteller.

Annal. Egmund. (*Mon. Germ.* SS. XVI.) ad 1229. 146
— Erphord. (*ebendas.*) ad a. 1253. 105
— Laurisham. (*Mon. Germ.* SS. I.) ad a. 802. 66
Prudentii Trecens. († 861) (*ebds.*) ad a. 858. 92
Chemnitz Chron. Megalopolit. p. 3 ad 1509. 300
Chronic. epp. Merseb. (*Mon. Germ.* SS. X.) ad a. 1004. 145
— Gozecense (*ebendas.*) I, 24. 145
— Mogunt. Misc. (*Böhmer* Fontes IV.). 200

Seite
Chronic. Can. Leodiens. rhyt. (*ebendas.* XII.) 1119. 146
— Sanpetrin (*Mencken* SS. rer. Germ. III.). 201
Fastnachtsspiel von dem Elslin trag den Knaben (bei *Keller* Fastnachtsspiele a. d. XV. Jahrh. Stuttgardt 1853). 18
Fredegar († 658) Gregor. epitome 18 (bei *Bouquet* Rec. II.). 256
Gesta ep. Virdun. (*Mon. Germ.* SS. IV.) c. 13. 105
Gregor. Turon. (ed. *Guadet et Taranne* Paris 1836 f.) IV, 2. 299
V, 21. 190
Metzens u. Betzens Hochzeit (im Liederbuch der *Clara Hätzlerin* ed. Haltaus Quedlinb. 1840 S. 259). 257
Monach. S. Gallens. (*Ratpertus* in Mon. Germ. SS. II.) I, 4. 12
Narratio clericorum Remensium (*Bouquet* Rec. VI.). 175
Nibelungen 568. 257
Notae hist. S. Emmeramens. (*Böhmer* Fontes III.) ad 1227. 146
Otto Frising. Chron. (*Mon. Germ.* SS. XX.) III, 3. 16
Plinius hist. nat. XXXIV, 8. 1
Polybius Reliq. Hist. VI, 56. 9
Prosper Chron. (*Bouquet* Rec. I.) ad a. 421. 136
Regin. Contin. (*Mon. Germ.* SS. I.) ad a. 965. 92
Reinerius, Leodiens. Annal. (*Pez* thes. anecd. IV. 3) ad a. 1229. 146
Tacitus Germ. c. 18, 19. 225
Tentzel hist. Goth. 19. 93
Thietmar Merseb. Chron. (*Mon. Germ.* SS. III.) III, 2. 145
VI, 27. 145
VI, 44. 145
Walther v. d. Vogelweide (ed. *Lachmann.* Berl. 1834 S. 34). 17
Wernher Meier Helmbrecht (in *Haupt* Zeitschr. IV. 321 ff. v. 1507 ff.). 257

19. Auf die katholische Kirche bezügliche Urkunden.

Incorporationsurkunden *im Urkundenbuch des Landes ob der Enns II.* (Wien 1856) no. 44 und b. *Neller* in Schmidt thes. VI. 461). 107
Meichelbeck hist. Frising. Urk. no. 147. 240. 154
Norvegiae lib. censuum bei *Muratori* Antiq. It. t. 5. 200
Urk. d. Königs v. Croatien (*ebendas.*) 1070. 200
— Günther Erzb. von Köln (*Günther* Cod. Rheno Mosell. 1, 469) 1169–90). 103
— Schweizer von 1213) bei *Wyss* Gesch. der Abtei Zürich in Mitth. der antiq. Gesellsch. in Zürich 8b S. 53. 154
— von 1259 Mkgf. Otto's von Brandenb. für Stendal bei *Lentz* Brandenburg. Urk.-Samml. I, 12. 210
— von 1261 für d. Cathedrale von Mainz (*Guden* Cod. dipl. I, 690). 101
— Otokars von Böhmen 1261 in *Mon. Boic. XXVIII*, 2. 381. 308
Seite
Urk. von 1275 bei *Lacomblet* Niederrhein. Urkb. 2, 394. 154
— Landgr. Friedrichs v. Thüringen 1348 bei *Tentzel* hist. Goth. 124. 296
Urth. üb. d. Kirche zu Elbing 1364 bei *Jacobson* Gesch. der Quellen d. kath. Kirchenr. der Prov. Preussen und Posen Königsberg 1837 S. 109. 311
Ludwig v. Hessen 1444 bei *Kopp* Nachr. v. d. Verf. d. Geistl. und Civil-Gerichte in Hessen I, 1. 197. 19

II. Quellen des evangelischen Kirchenrechts.

1. Evangelische Bekenntnissschriften.

(Vgl. §. 49.)

a) Lutherische Kirche.

1. *Confessio Augustana* 1530.
Art. 14. 117
— 27 de votis. 227
— 27 abus. 6. 212
— 27 abus. 7. 117. 118

2. *Apologie d. Augsb. Confession* 1531.
Art. 4 §. 5. 117
— 7. 228
— 23. 63
— 28 §. 12. 117

3. *Articuli Schmalcaldici* 1537.
P. 2 Art. 9. 191
— — 12. 117
— tract. de pot. et primat. papae 124. 172
— — de pot. epp. 247

4) *Formula Concordiae* 1580.
P. II. VII. 112. 60

b) Reformirte Kirche.

Confessio belgica bestätigt auf d. Synoden zu Emden (1571) u. Dordrecht (1574). 63

2. Evangelische Kirchenordnungen des XVI. Jahrhunderts.

(Vgl. §. 44.)

In *Richter* die evang. Kirchenordnungen des XVI. Jahrh. Weimar 1846. 1. 2
Leisnig. Castenordnung 1523. 50
Renovat. Nordling. 1525. 243
Stralsunder Kirchenordnung 1525. 48
Zürcher Eheordnung 1525. 231. 272
Hallische Kirchenordnung 1536. 48
Reformat. eccl. Hassiae 1526. 192. 193
Herzog Friedr. II. v. Liegnitz Ausschreiben v. 1527. 47
Kursächs. Visitat.-Absch. 1528. 50
Sächs. Visitationsbuch, Vorrede 1528. 47
Berner Reformation 1528. 54
Hamburger Kirchenordnung 1529. 48
Preussische Kirchenordnung 1530. 48

Seite

Kirchenordnung für das Lübische Landgebiet 1531. 48
Lübecker Kirchenordnung 1531. 48
Mecklenburgische Kirchenordnung 1532. 172
Bremische Kirchenordnung 1534. 48
Pommersche Kirchenordnung 1535. 166
Hannoversche Kirchenordnung 1536. 48
Lippische Kirchenordnung 1538. 63. 243
Hessische Ordn. d. Kirchenzucht 1539. 192
Ordonn. eccléss. de Genève 1541. 54. 248
Wittenberger Consistorialordn. 1542. 192
Preussische Verordnung 1543. 192
Cölner Reformation 1543. 249
Württemb. Eheordnung 1553. 247. 277
Pfalz-Zweibrücker Kirchenordn. 1557. 80
Sächs. Generalartikel 1557. 280
Württemberger Kirchenordnung 1559. 49. 50
Württemb. Summar. Begriff 1559. 192
Brandenburg. Entw. einer geistl. Polizei-Ordnung 1561. 49
Magdeburger Visitation 1562. 280
Pommersche Kirchenordnung 1563. 49
Pfälzer Kirchenordnung 1564. 55
Preussische Bischofswahl 1568. 49
Mecklenb. Consistor.-Ordn. 1570. 50
Lippische Kirchenordnung 1571. 280
Hessische Reformation 1572. 49
Brandenb. Visit.- und Consist.-Ordnung 1573. 232. 241
Kursächs. Kirchenordnung 1580. 63. 163
Braunschw.-Grubenhagensche Kirchenordnung 1581. 192. 272
Preuss. Consistorialordn. 1584. 196. 272. 234
Niedersächs. Kirchenordnung 1585. 248

3. Protestantische Schriftsteller.

a) Reformatoren.

Luther Ausleg. d. 110. Psalm 1518. 46
— Von d. babylonischen Gefangenschaft der Kirche 1520. 45. 248
— an den christlichen Adel deutscher Nation 1520. 47. 74
— Vom ehelichen Leben 1522. 270. 271
— Von weltlicher Obrigkeit 1523. 47
— Sendschreiben an den Rath und die Gemeinde in Prag 1523. 46
— 7. Capitel St. Pauli ausgelegt 1523. 228
— Brief 1524. 193
— Deutsche Messe 1526. 46. 75
— an den Landgr. Philipp v. Hessen 1527. 48
— Vermahnung v. Bann 1529. 192
— Traubüchlein 1529. 259
— Vorwort zum grossen Katechis. 1529. 228
— Von Ehesachen 1530. 228.236.243.259.271
— Ausleg. des V. VI. VII. Cap. Evang. Matthäi 1532. 63. 271
— Brief 1534. 193
— Ausleg. der Episteln und Evangelien vom Christtag bis auf den Sonntag nach Epiphania 1540. 236
— Praef. ad t. 1 opp. 1545. 44
— Tischreden. 192. 228. 258
Melanchthon de abusib. emendand. 50
— 1530. 47
— de coniugio piae commonefactiones (Witteb. 1551). 271

Seite

Luther Gutachten im Fall Zaschwitz v. J. 1560. 243
Brenz († 1570) Commentar zu Matth. 19. (opp. t. 5 p. 352). 271
Bugenhagen († 1558) v. Ehebruch u. Weglaufen v. J. 1539. 271
Bullinger († 1575) v. christl. Ehestand. 249
Ein ausführlich Bedenken wie es umb die Kirchengüter geschaffen (c. 1538) bei *Hortleder* Handl. u. Ausschreib. v. d. Urs. d. teutsch. Kriegs Gotha 1645, v. c. 8. 297
Etl. theol. Bedenken bei *Sarcerius* Vom heil. Ehestande 1553 T. 4 Bl. 222 ff. 272
Zwingli subsidium de eucharistia v. J. 1525. 54
Calvin instit. tot. christ. rel. (1550). 228

b) Neuere Schriftsteller.

Carpzov Bened. († 1653) Iurisprud. consist. 1645 II, 1 def. 21 no. 7. 229
Joh. Bened. de iure decidendi controv. theolog. 1695. 51
Chemnitz († 1586) loci theol. P. 3 c. 4 no. 1. 166
— Examen Conc. Trid. (1565—73). 228
Dunte casus conscient. ed. 1634. 228
Fichte Grundl. d. Naturrechts. 226
Gerhard J. († 1637) loci theol. ed. Tüb. 1770 XXIV. c. 3, s. 12 §. 139. 166
— tractat. de coniugio (Tüb. 1776 auch in loci theol.) §. 391. 249
Grotius, Hugo († 1645) de iure belli ac pacis (1625) lib. 2 c. 5 no. 8. 225
Hegel Encyclop. d. philos. Wissensch. §. 18. 226
Kant metaphys. Anfangsgründe der Rechtslehre §. 24. 226
Pfaff († 1760) akadem. Reden, Tüb. 1742. 53
Spener († 1705) Bedenken 1691. 52
Thomasius († 1710) V. R. evangel. Fürsten in theol. Streitigkeiten 1695. 52

4. Aktenstücke zum evangel. Kirchenrecht.

Copulat.-Instrument d. Landgr. Philipp v. Hessen mit Margaretha v. d. Sahl 1540 bei *Daphnaeus Arcuarius* Betracht. d. h. Ehestandes 1679 S. 241. 239
— d. Leipziger Schöffenstuhles 1550 bei *Beatus* sent. defin. saxon. de caus. matr. Gerae 1668 S. 117. 259
Urtheil gegen Servet v. 26. Oct. 1553. 193
— d. Wittenberger Consist. v. 1567 bei *Beatus* a. a. O. S. 51. 259
— des Sächs. Oberconsist. 1613. bei *Carpzov* Iur. Cons. l. 2. t. 2. def. 17. §. 2. 260
Hess. Cons.-Beschl. v. 21/6. Juni 1661 bei *Buff* Churhess. Kirchenrecht 195
Erkenntniss des Friedensteinischen Consist. 1688. bei *Bruckner* Decis. iur. matr., Gotha 1705 S. 502. 272
Gutachten d. Helmstädt. theol. Facultät (XVII. Jahrh.) bei *Dedekenn* Cons. I, 2 p. 309. 51

Seite

Protokoll einer sächs. Degradation bei *Deyling* Prud. pastor. Lips. 1768 p. 754. 195
Eingabe d. Leipziger Stadtgeistlichkeit 1703 bei *Kirchhoff* Gesch. d. ref. Gem. in Leipzig S. 419. 60
Respons. d. Helmstädt. jur. Facultät 1728 bei *Leyser* Medit. ad Pandect. Specc. 298 med. 10. 260
Consistor. Beschl. zu Speier 1855 bei *Wiesehahn* de imped. dispar. cult. p. 58. 194

5. Auf das evangel. Kirchenrecht bezügliche Urkunden.

Herz. Heinr. Jul. v. Braunschweig an die Stände 1597 bei *Kamptz* Ueber d. bischöfl. Recht S. 55. 56
Excommunicationsformel gegen den Rath von Magdeburg bei *Galli* Die luth. u. kalvin. Kirchenstrafen S. 107. 192

III. Weltliche Rechtsquellen.

1. Römische Rechsquellen.
(Vgl. §. 42.)

a) Codex Theodosianus.

l. 1 (5, 3). 297
l. 4 (9, 45). 301
l. 13 (12, 12). 7
l. 2 (16, 2). 10
l. 20 (16, 2). 296
l. 35 (16, 2). 174
l. 40 (16, 5). 174
l. 3 (16, 10). 10
l. 4 (16, 2). 10

b) Kaisergesetze.

Valentiani edict. 445. 11
Novell. Valentin. III. tit. 34. 168
Constit. Sirmond. I. XVII. 168

c) Institutiones Iustiniani.

§. 7 (1, 4). 168
§. 1 (1, 9). 225
pr. (1, 10). 235
§. 4 (1, 10). 241

d) Digesta Iustiniani.

l. 1 (3, 2). 265
l. 1 (23, 2). 225
l. 17 (23, 2). 246
l. 44 §. 1 (23, 2). 246
l. 44 §. 4 (23, 2). 246
l. 55 (23, 2). 246
l. 1 pr. (47, 22). 295
l. 13 §. 3 (48, 5). 265
l. 2 (50, 12). 212
l. 30 (50, 17). 254

e) Codex Iustinianeus.

l. 1 (1, 2). 275
l. 12 §. 2 (1, 2). 218
l. 14 pr. (1, 2). 315
l. 26 (1, 2). 297
l. 42 §. 2 (1, 3). 307
l. 45 (1, 3). 87
l. 6 (1, 9). 249
l. 26 (5, 4). 246
l. u. (9, 12). 234

f) Novellae Iustiniani.

123 c. 3. 201
c. 21 §. 1. 174
c. 121. 168
126 c. 25. 94
131 c. 2. 8

2. Mittelalterliche Rechtsquellen.

a) Leges barbarorum.

Lex Alaman. tit. 52. 256
Lex Baiuvai. VII, 14. 267
Lex Burgund. XXXIV, 1. 267
Edict. Rothar. c. 215. 256
Lex Saxon. VI, 1. 234
Lex Wisigoth. III, 6, 2. 267
Dazu: Leges Eduardi confess. 10. 200
Ges. Wilhelms d. Erob. c. 17. 200

b) Formeln.

Formula bei *Rozière* Recueil général des formules, Paris 1859, no. 111. 208

c) Fränkische Capitularien.

Decretio Childeb. II. 596. 175
Chlotachar. I. ed. 614. 106
— II. c. 4. 615. 176
Capit. 742 c. 1. 13
— Suesson. 744 c. 9. 267
— Vermer. 753 c. 1. 242
— — c. 5. 6. 9. 17. 267
— Compend. 757 c. 9. 16. 19. 268
— Mantuan. 781 c. 6. 133
— de partib. Sax. 785 c. 17. 303
— Patherbr. 785 c. 7. 277
— — c. 22. 278
— 794 c. 25. 303
— 794 c. 26. 311
— Aquisgran. 801 c. 7. 305
— Langob. 801—10 c. 12. 176
— 802 c. 35. 257
— Aquisgran. 809 c. 10. 176
— v. Chalons 813 c. 13. 69
— Hludovici 817 c. 4. 218
— — c. 10. 305
— — c. 16. 111
— — c. 23. 234
— Divisio imperii 817. 13
— Aquisgran. 817 c. 2. 18
— Hlotharii 824 c. 3. 91
— Hludovici 824 c. 5. 104
— — et Hlotharii const. Olonn. 825. 175
— — — c. 8. 311
— Aquisgran. 825. c. 9. 174
— Wormat. 828 c. 20. 268
— Karoli II. in villa Sparnaco 846 c. 63. 371
— ap. Carisiac. 857. 68

Seite

Benedict. Levita praefat. 67
Vgl. dazu: Karl d. Gr. Instruction für Angilbert bei *Jaffé*, Bibl. rer. german. IV, 353. 13

d) Rechtsbücher.

Sachsenspiegel I, 1. 90
— I, 2. 134
— I, 3. 19
— III, 45 §. 3. 257
— III, 54 §. 3. 179
— III, 59. 146
— III, 63, §. 2. 19. 179
Rechtsb. nach Distinctionen B. 4. c. 16. dist. 1. 184
Schwabenspiegel Art. 55. 235
— Art. 258. 57

e) Stadtrechtsquellen.

Berliner Stadtbuch. 18
Braunschweiger Statut XIII. Saec. 154
Brünner Schöffenbuch. 154
Stadtrecht von Dünkelsbühl. 296
Eisenacher Rechtsbuch I, 85. 19
— — III. 49. 296
Göttinger Statut. 1354. 19
Stadtrecht von Nordhausen 1300. 296
Ofener Stadtrecht Art. 395. 237
Alte Soester Schraa 1350. 184
Wiener Stadtrecht 1267. 300

f) Landrechte.

Jülichsches Landrecht XII. Saec. 257
Joh. v. Cleve Landesordnung 1486. 19

g) Sendrechte.

Sendrecht der Main- u. Rednitzwenden. 175
Farsumer Sendbrief 1325. 154
Seeligenstadter Sendrecht 1390—1405. 210

h) Formeln.

Kölnisches Trauformular. 258

3. Das deutsche Reich bis 1806 und der deutsche Bund bis 1866.

(Vgl. auch Urkunden II. 3 b.)

a) Gesetze.

Const. Friedr. II. 1220 c. 6. 179
Authent. Item nulla Frideric. II. Cod. (1, 3). 300
Deutsche pragmat. Sanct. v. 1439 tit. 9 §. 1. 204
Reichsabsch. v. Koblenz 1492. 300
Wahlkapitul. Karls V. v. 1519 Art. 16. 28
Wormser Edikt v. 8. (26.) Mai 1521. 44
Reichsabsch. v. Speier v. 27. August 1526 §. 4. 45
Augsb. Religionsfriede v. 25. Sept. 1555 §. 15—22. 24. 318
Westphäl. Frieden v. 1648 Art. 5. §. 1. 2. 9. 24. 25. 26. 29. 32. 34—37. 39. 40. 52. Art. 7. 320
Wahlkapitulat. v. 1653. 29
Reichsdeputat. Hauptschl. v. 25. Febr. 1803 §. 34. 35. 63. 24
— — — §. 63. 58

Seite

Deutsche Bundesacte v. 10. Juni 1815 Art. 16. 58
Deutsche Grundrechte v. 27. Dec. 1848 Art. 3. 37

b) Urkunden deutscher Kaiser.

Otto I. für Havelberg 946 bei *Riedel* Cod. dipl. Brandenb. I, 2, 435. 136
Heinrich III. bei *Ussermann* Ep. Bamberg. (S. Blas. 1802) Prob. p. 23. 14
Friedr. I. 1154 Mecklenb. Urk.-B. I, 47. 137
Friedr. I. 1160 Rede auf Synode v. Pavia bei *Ragewin* II. c. 64. 114
Friedr. II. 1216 bei *Ried* Cod. dipl. Rastispon. 312. 310
— v. 1226 bei *Harenberg* eccl. Gandersh. dipl. 249. 308
Heinrich 1231 *Mon. Germ.* LL. 57
Ludwig v. Baiern 1388 bei *Böhmer* Cod. Moeno-Francof. I, 554. 151
Carls IV. 1346 bei *Browe*r Ann. Trevir. II. 218. 154
Friedr. III. v. 1460 bei *Chmel* Regest. no. 3807. 308

c) Erlasse von Reichsbehörden.

Kammergerichtsurtheil v. 1512 bei *Seiler* Decis. camer. Tit.: Appellare quibus et a quibus liceat. 171
Kammergerichtsdecret v. 1677 bei *Moser* Staatsrecht IV. 32. 29
Reichshofrathsdecr. 1773 bei *Moser* Zusätze I, 199. 29

d) Aktenstücke.

Urk. d. Mainzer Fürstentages 1439 bei *Koch* Sanct. pragm. Argentorati 1789. 18
Gravam. nationis Germ. v. 1510 c. 21. 17
— — c. 28. 18
— — c. 34. 17
— — c. 75. 88
Hauptartikel der Bauernschaft 1525 bei *Zimmermann* Gesch. d. Bauernkr. Stuttgart 1841 ff. II, 98 ff. 46
Artikel d. Bauern im Innthale bei *Oechsle* Beitr. z. Gesch. des Bauernkrieges Heilbr. 1830 f. 494 ff. 46

4. Norddeutscher Bund und deutsches Reich.

Nordd. B.-Ges. v. 1. Nov. 1867 §. 1. 59
— v. 4. Mai 1868 §. 1. 2. 238
— v. 3. Juli 1869. 59
Reichsges. v. 4. Juli 1872 §. 1. 2. 284
Bekanntm. d. Bundesr. v. 5. Juli 1872. 284
— v. 20. Mai 1873. 284
Reichsges. v. 2. Mai 1874 §. 22. 89
— — §. 40. 238
— v. 4. Mai 1874. 186
— v. 6. Febr. 1875 §. 17. 22. 220
— — §. 28. 230
— — §. 29—32. 237
— — §. 33. 234
— — §. 34. 240
— — §. 35. 277
— — §. 36. 229
— — §. 38. 238

Seite

Reichsges. v. 6. Febr. 1875 §. 39. 229
— — §. 40. 252
— — §. 41—55. 263
— — §. 76. 170
— — §. 77. 270
Deutsches Gerichtsverfassungsges. §. 15. 89
Deutsche Reichsstrafprocessorndn. §. 32. 211
Reichscivilproc.-O. §. 358. 211
§. 440—446. 212
— §. 568—74. 576—80. 279
§. 568. 569. 574. 576—79. 581—82. 585—92. 253
— §. 725. 749. 89
Strafgesetzbuch §. 33. 34. 186
§. 130a. 185
— §. 161. 212
— §. 166. 59
§. 196. 88
— §. 243. 301
— §. 306. 301
§. 337. 264
— §. 366. 208

5. Partikularrecht.

a) Oesterreich.

Ferdinand I. 1549 bei *Sugenheim* Baierns K. u. Volkszust. 207. 29
Verordn. v. 20. Juni 1762. 30
Hofdecret v. 1. Oct. 1768. 30
Edict Maria Theresias v. 19. Oct. 1768. 30
— Instruct. für die Posterität. 30
Joseph II. Kabinetsresolut. bei *Brunner* Theol. Dienerschaft am Hofe Josephs II. Wien 1866 S. 377. 208
Hofdecret v. 24. Mai 1781. 288
— v. 27. Nov. 1781. 207
Decret Josephs II. 1782 bei *Brunner* a. a. O. 415 ff. 31
Ehepatent v. 16. Jan. 1783 §. 1. 227
— — §. 24. 230
Hofdecret v. 3. Febr. 1783. 207
Verordn. v. 11. April 1786. 185
Leopold I. Hofdecret v. 17. März 1791. 31. 208
— v. 29. Nov. 1794. 208
— v. 26. Aug. 1797. 185
Bürgerl. Gesetzb. v. 1. Juni 1811 §. 49. 236
— — §. 59. 233
— — §. 63. 88. 240
— — §. 64. 249
— — §. 65. 243
— — §. 66. 245
— — §. 67. 248
Anweis. für die geistlichen Gerichte des Kaiserth. Oesterrreich in Betreff der Ehesachen (Anh. II. des Pat. vom 8. Oct. 1856) §. 12. 229
§. 14. 232
§. 19. 234
§. 20—24. 239
§. 28. 246
§. 36. 247
§. 51—55. 232
§. 68. 236
§. 208—10. 269
Verordn. v. 3. August 1857. 287
Ministerial-Verf. v. 30. Oct. 1857. 278
Ges. v. 7. Mai 1864 §. 16. 17. 130

Seite

Kirchen-Verf. v. 6. Jan. 1864 §. 21. 124
— — §. 88. 123
— — §. 119. 130
Staatsgrundges. v. 21. Dec. 1867 Art. 6. 296
— — Art. 2. 6. 8. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 39
Ges. v. 25. Mai 1868 Art. 1. 2. 3. 222
— — Art. 4—8. 223
— — Art. 9. 109
— — Art. 12. 280
— — Art. 13. 208
Wehrges. v. 5. Dec. 1868. §. 20. 89
Verordn. v. 7. Aug. 1869. 287
Ges. v. 7. Mai 1874 §. 1. 2. 143
— — §. 3. 147
— — §. 8. 187
— — §. 20. 137
— — §. 23—26. 197
— — §. 27—29. 188
— — §. 30. 216
— v. 25. Mai 1878 §. 1—7. 214

Aktenstücke.

Herzog. Beatrix v. Oesterreich Urk. (Frau Albr. d. III.) bei *Senckenberg* Sel. iur. IV, 278. 151
Niederösterr. Hofrath 13. Oct. 1563 bei *Buchholz* Ferdinand I. IX, 705 ff. 29
Sonnenfels akadem. Thesen bei *Feil* Sonnenfels u. Maria Theresia Wien 1858. 30
Kaunitz österr. Regierungsnorm seit 19. Dec. 1781 bei *Gross Hoffinger* Joseph II. (Stuttg. 1835) Aktenst. 244 ff. 30
— an d. Ges. in Rom bei *Brunner* a. a. O. 133 f. 24
Schreiben d. Jesuitengenerals v. 15. Juli 1854 bei *Kelle* d. Jesuiten-Gymnas. in Oesterr. Prag 1873 S. 208. 38

b) Baiern.

Herzog Georg v. Baiern 1491 bei *Westenrieder* Glossar. germanico-latin. (Monach. 1816) XLIII. 19
Herz. Albrecht Verordn. v. 1573 bei *Lipowsky* Argula v. Grumbach (München 1801) Beil. XIII. 73
Neue Ordn. des churf. geistl. Rathes v. 3. April 1779 Art. 17. 31
Verordn. vom 4. Nov. 1803. 208
Verordn. vom 7. Mai 1804. 32
Verordn. vom 9. März 1807. 309. 310
Min.-Rescr. vom 3. Juni 1808. 163
Entschliess. vom 30. Dez. 1810. 163
Rel.-Edikt von 1811 §. 64. 137
Verfassungsges. vom 26. Mai 1818. tit. 4 §. 9. 32. 89
— tit. 6 §. 2. 99
Edikt v. 26. Mai 1818 §. 5—11. 224
— §. 12—16. 221
— §. 24. 58
— §. 40—43. 179
— §. 47. 298
— §. 50. 32
— §. 51—54. 189
— §. 56—62. 32
— §. 73. 300
— §. 75. 312
— §. 76—78. 285
— §. 80. 59

Seite
Ministerialentschliess. v. April 1830. 33
Ed. vom 26. Mai 1838 §. 100—102. 280
Entschliess. vom 30. März 1852. 40
Min.-Rescr. vom 8. April 1852. 142
Erl. vom 8. April 1852 §. 19. 215
— §. 20. 214
Verordn. vom 28. Sept. 1854 §. 5. 142
Min.-Rescr. vom 19. Dez. 1867. 142
Ges. v. 16. April 1868 Art. 32. 33. 36. 238
Verordn. vom 18. April 1873 §. 1. 2. 11. 12. 13. 217
Verordn. vom 27. April 1873 §. 5. 285

Aktenstücke.

Geh.-R. v. Zentner an Wessenberg 30. April 1816 bei *Sicherer* Staat u. Kirche in Bayern S. 201. 25

c) Sachsen.

Georg 1537 bei *Pertuch* Chron. Portense Lips. 1612 S. 214. 19
Joh. Georg 1643 bei *Kirchhoff* Gesch. d. ref. Gem. in Leipzig S. 376. 60
Kursächs. resol. grav. v 22. Juni 1661. 172
Kursächs. Rescr. v. 14. Oct. 1689. 196
Neben-Instruct. Friedr. Aug. 1697. 56
Kursächs. Resolut. von 1763. 196
Mandat vom 20. Nov. 1779. 280
Mandat vom 20. Febr. 1827 §. 1—5. 224
Verf.-Urk. vom 4. Sept. 1831 §. 38. 89
— §. 56. 58. 290
Gesetz vom 17. März 1832 §. 91. 304
Regulat. vom 22. Sept. 1835. 164
Gesetz vom 1. Nov. 1836 §. 5—8. 12. 221
Gesetz vom 8. März 1838 §. 1—3. 312
Verordn. vom 18. Mai 1862. 164
Bürgerl. Gesetzbuch vom 2. Jan. 1863:
— §. 393. 314
— §. 770. 212
— §. 1570. 266
— §. 1571. 231
— §. 1578—87. 266
— §. 1591. 235
— §. 1592. 230
— §. 1593. 231
— §. 1595—98. 233
— §. 1599. 238
— §. 1600—3. 236
— §. 1619. 88. 229
— §. 1625. 231
— §. 1626. 241
— §. 1708—10. 276
— §. 1711—44 362
— §. 1767. 269
— §. 1897. 89
— §. 2165. 298
Kirchenvorstands- u. Synodalordn. vom 30. März 1868 §. 2. 125. 206
— §. 3. 4. 125
— §. 8. 194
— §. 19. 194
— §. 21. 313
— §. 25. 165
— §. 26. 313
— §. 60. 298
Verordn. vom 27. Juli 1871. 164
Gesetz vom 15. April 1873 §. 1. 120

Seite
Gesetz vom 15. April 1873 §. 5. 132
— vom 5. Nov. 1875 §. 1. 2. 266
— §. 3. 252
— §. 6. 237
— vom 2. Dec. 1876. 204
— vom 22. Mai 1876. 197
— vom 23. Aug. 1876 §. 1—4. 129
— §. 7—10. 179
— §. 11—15. 188
— §. 19—33. 144
— vom 1. Dec. 1876. 194
Verordn. vom 13. Dec. 1876. 358

d) Brandenburg-Preussen.

Albr. Achilles v. Brandenb. bei *Lehmann* Preussen u. d. kath. Kirche (Leipzig 1878) I, 10. 19
Georg Friedr. v. Brandenb. 1588 (9. Juli) an d. Regier. zu Königsb. bei *Nicolovius* d. Bischöfl. Würde in Preuss. ev. Kirche Königsb. 1834 S. 322. 123
Clev. Regierung 1616 bei *Jacobson* Gesch. d. Quell. d. ev. K. d. Prov. Rheinl. u. Westphal. S. 143. 55
Friedr. Wilh. v. Brandenb. Instr. 1648 bei *Lehmann* 1, 48. 60
Edikt d. Kurf. v. 1. Sept. 1661 bei *Scotti* Clev. märk. Ges. 1, 387. 34
Nebenrecess zwischen Brandenb. u. Pfalz-Neuburg 1666. 57
Churf. an die Religionscommissarien zu Bielefeld 1671 bei *Lehmann* a. a. O. S. 266. 58
Verfügung des Churf. 1686 in *Zeitschr. f. Kirchenr.* VI, 83. 265
Kabin.-Ord. Friedr. I. 1711 in *Zeitschr. f. Kirchenr.* VII, 67 f. 273
Friedr. Wilh. I. Instruction 1722 bei *Lehmann* a. a. O. S. 405. 406. 60. 61
— 1728 ebendas. 806. 34
— 1732 ebendas. 837. 58
Friedr. II. Kabin.-Ord. v. 1744. in *Zeitschr. f. Kirchenr.* VI, 124. 34
Kabin.-Ord. v. 10. Nov. 1746 in *Zeitschr. f. Kirchenr.* VII, 97. 273
Edikt v. 10. Mai 1748. 196
Rescript v. 13. Sept. 1748. 61
Instruct. f. d. Oberconsist. v. 4. Oct. 1750 §. 5. 61
Kabin.-Ord. Friedr. II. 1751. in *Zeitschr. f. Kirchenr.* VII, 103. 273
Kabin.-Ord. v. 20. Aug. 1751 in *Zeitschr. f. Kirchenr.* VII, 100. 63
Schreiben v. 26. April 1754 bei *Theiner* Zustände der katholischen Kirche in Schlesien v. 1740—58 (Regensburg 1852) II, 110. 34
Kabinetsordre vom 30. December 1761 in *Zeitschr. f. Kirchenrecht* VI, 398. 34
Notificationspatent vom 28. September 1772. 35
Verordnung vom 9. Juli 1780. 58
— — an die Halberstädter Regierung vom 3. Mai 1783 bei *Bonelli* v. d. kaiserl. Recht, Panisbr. zu ertheilen. Wien 1784 Beilage 24. 307

		Seite
Allgemeines Landrecht vom 5. Februar 1794 Th. I, Tit. 4 §. 23—29.		230
— Tit. 5, §. 5.		213
— Th. II, Tit. 1	§. 1.	226
— —	§. 39.	230
— —	§. 40.	233
— —	§. 41—44.	231
— —	§. 45.	236
— —	§. 49—55.	238
— —	§. 665.	276
— —	§. 668—722	306
— —	§. 734. 735.	270
— Tit. 2	§. 37.	59
— —	§. 80—82.	220
— —	§. 84.	224
— Tit. 11	§. 2.	58
— —	§. 11.	35
— —	§. 27. 28. 29. 32. 33.	35
— —	§. 35.	208
— —	§. 39.	61
— —	§. 50—55.	179
— —	§. 55—57. 96.	35
— —	§. 116.	110
— —	§. 117. 118. 135. 136. 138. 141.	35
— —	§. 160.	298
— —	§. 184.	278
— —	§. 188.	279
— —	§. 189. 190.	275
— —	§. 239.	138
— —	§. 261.	109
— —	§. 268.	108
— —	§. 283. 286. 287. 288.	108
— —	§. 336—341.	341
— —	§. 393.	157
— —	§. 418.	108
— —	§. 528. 529.	163
— —	§. 532–34.	196
— —	§. 567.	196
— —	§. 568.	164
— —	§. 574—576.	156
— —	§. 586.	157
— —	§. 595.	157
— —	§. 712—716. 719—721.	312
— —	§. 800.	303
— —	§. 823.	307
— —	§. 921.	303
— —	§. 1160—63.	289
— —	§. 1199—1205.	290
— Anhang §. 66.		231
Declarat. vom 21. Nov. 1803.		220
Edikt vom 30. October 1810.		283
Friedrich Wilh. III. Aufruf vom 27. Sept. 1817.		61
Gesetz vom 23. Febr. 1818.		296
Kabinetsordre vom 23. Aug. 1821.		25
Circular-Rescript d. Cultusministers vom 27. Aug. 1821.		196
Kabinetsordre Friedrich Wilhelm III. 1825.		273
Instruction f. d. Genalsuperintend. vom 24. Mai 1829.		124
Rhein-Westphähl. Kirchenordnung vom 5. März 1825 revid. 1853 §. 14a.		194
— Zusatz §. 33b.		133
— —	§. 144. 145. 146.	135
Instruct. d. Ministers v. Altenstein an d. Curator der Univers. Bonn 1837 bei *Rheinwald* Acta 1837 S. 538.		36
Publikandum d. Ministers der geistl. Angelegenh. d. Justiz und Polizei vom 15. November 1837 Anh. 1 in Darlegung des Verfahrens der Preuss. Regierung gegen den Erzbischof von Köln 1837.		317
Circularschreiben des Ministers d. geistlichen Angelegenheiten vom 1. Jan. 1841.		36
Verordnung vom 27. Jan. 1845.		120
Verfassungsurkunde vom 31. Jan. 1850	Art. 12—19.	19
—	Art. 13.	296
Erläuter. des Ministers v. Ladenberg zur Verfassungsurkunde.		40
Gesetz vom 24. Febr. 1850 §. 1.		300
Gesetz vom 2. März 1850 §. 6.		304
Ministerialrescript vom 12. Juli 1850.		215
Kabinetsordre Friedrich Wilh. IV. vom 8. Juni 1857.		277
Erlass des Prinz Regenten vom 10. Febr. 1859.		277
Erlass d. Ministers d. Innern v. 16. April 1862.		291
Gesetz vom 10. April 1865.		364
Gesetz vom 22. Dec. 1870 betr. die Wahl der Pfarrer in d. ev.-luth. Kirche der Prov. Hannover.		349
Gesetz vom 11. März 1872.		217
Gesetz vom 5. April 1873.		43
Gesetz vom 11. Mai 1873.		344
Gesetz vom 12. Mai 1873.		353
Gesetz vom 13. Mai 1873.		180
Gesetz vom 14. Mai 1873.		224
Kreissynodalordnung für die östlichen Provinzen vom 10. September 1873	Art. 5.	132
Gesetz vom 21. Mai 1874 Anh 13.		346
Rescript d. Kultusministers vom 30. Sept. 1874.		137
Gesetz vom 22. April 1875.		365
Gesetz vom 31. Mai 1875.		284
Gesetz vom 20. Juni 1875.		366
Vormundschaftsordnung vom 5. Juli 1875	§. 22.	89
Synod.-O. v. 20. Jan. 1876 §. 1—37.		238
— —	§. 43—45.	126
Stat. der Univ. Breslau §. 48.		215
Form der missio canonica für Breslauer Prof. der kathol. Theol. bei *Franz* J. B. Baltzer Breslau 1873 S. 146.		215

Seite

Erk. d. preuss. Disciplinarhofes v. 9. Jan. 1864 bei *Friedberg* J. B. Baltzer Leipz. 1873 S. 146. 215
Zusammenstellung d. Vorschriften für die preuss. ev. Kirchenverwaltung. 119

e) Oberrheinische Kirchenprovinz.

Bestätigung der Circumscriptionsbulle. 25
Fundationsinstrument (1829) Art. 11. 25
Verordn. v. 30. Jan. 1830 §. 2. 110
— §. 3—6. 9. 36
— §. 28. 83
— §. 28. 30. 142
Verordn. v. 1. März 1853 §. 8. 84

α) Württemberg.

Ehegesetz 1687 II, 13 §. 2. 273
St.-Min.-Erl. v. 25. April 1810. 279
Geheimeraths-Bekanntm. vom 28. Febr. 1817. 276
Verfassungs-Urkunde (25. Sept. 1819). 58
Gesetz-Entwurf 1849 Art. 29. 30. 233
Synod.-Ausschreiben v. 15. Nov. 1854. 166
Cons.-Erl. v. 29. Jan. 1855. 136
Begräbniss-Ordn. v. 14. Nov. 1855. 279
Rescr. des Königs v. 13. Juni 1861. 41
Gesetz v. 31. Jan. 1862 Art. 1. 129
— Art. 4. 143
— Art. 5. 6. 187
— Art. 11. 217
— Art. 13. 214
— Art. 14. 215
— Art. 15. 280
— Art. 16. 291
— Art. 17. 137
— Art. 18. 300
Verordn. v. 20. Dez. 1867. 119
Gesetz v. 9. April 1870. 58
Gesetz v. 8. Aug. 1875 Art. 4. 266
Formular der Pfarr-Relation. 135

β) Baden.

Constitutions-Edict von 1807. 158
Entschliessung v. 2. März 1837 §. 5. 100
Gesetz v. 9. Oct. 1860 über Erziehung der Kinder §. 1. 3. 5. 221
— §. 2. 3. 59
— §. 5. 129. 221
— §. 8. 9. 142
— §. 11. 286
— §. 12. 214
— §. 14. 300
Verf. der vereinigten ev.-protest. Kirche v. 5. Sept. 1861 §. 95—98. 164
Verordn. v. 8. Nov. 1865. §. 1. 208
Gesetz v. 5. Mai 1870 §. 1. 297
— §. 5. 219
Gesetz v. 2. April 1872. 108. 286
Gesetz v. 19. Febr. 1874 Art. 1—3. 142
— §. 16 b. c. 181
— §. 16 d. e. 187

Seite

γ) Grossherzogthum Hessen.

Verordn. v. 26. Jan. 1856 §. 1. 167
Gesetz, die rechtl. Stellung der Kirche betr. (23. April 1875) Art. 2. 3. 59
— Art. 5. 130
Gesetz den Missbrauch der geist. Amtsgewalt betr. v. 23. April 1875. 118. 356
Gesetz die Vorbildung und Anstellung der Geistl. betr. v. 23. April 1875. 143
Gesetz die rel. Orden betr. v. 23. April 1875. 285
Gesetz das Besteuerungsrecht d. Kirchen und Religionsgemeinschaften betr. v. 23. April 1875. 373

δ) Nassau.

Edict v. 11. Oct. 1827 no. 11. 309

f) Andere deutsche Staaten.

Altenburger Verf.-U. vom 29. April 1831 §. 155. 298
— Ehe-O. vom 12. Mai 1837 §. 178. 241
Bremer Ges. vom 31. October 1875 §. 2. 266
Kirchenvorstands- und Synodal-Ordnung für Hannover vom 9. October 1864 §. 65. 130
Gothaisches Gesetz von 1834 §. 134. 135. 138. 139. 274
Sachs.-Koburg. Verordnnng vom 29. Juni 1852. 138
Oldenburger Verf.-Gesetz der evangel. Kirche vom 11. April 1853 Art. 4. 118
— Art. 18—43. 336
— §. 79. 80. 130
— Art. 111. 119. 132
Sachsen-Weimar. Gesetz vom 7. October 1823 §. 2. 98
— Kirchengemeindeordn. vom 24. Juni 1855 §. 3. 138
— Kirchengemeindeordn. §. 7. 313
Kirchenordnung f. d. conföd. niedersächs. Gem. v. 14. April 1839 §. 7. 125
— §. 9—17. 126

6. Ausserdeutsche Staaten.

a) Frankreich.

Sanctio pragmat. 1438. 22
Decret des Königs 1606. 23
Décret de l'assemblée nat. 1789 §. 5. 304
Franz. Ges. v. 15. Fructidor an. IV. 283
Articles organiques v. 26. Messidor an. IX. art. 2. 98
— art. 6. 26. 180
— art. 7. 8. 180
— art. 11. 283
— art. 35. 102
— art. 41. 45. 208
— art. 60—62. 108. 137

	Seite
Code civil v. 21. März 1804 art. 139.	276
— — art. 146.	230
— — art. 160.	138
— — art. 180.	233
— — art. 181.	231
— — art. 229—33.	273
— — art. 275—77.	273
Decret v. 3. Messid. XII. (22. Juni 1804).	285
Loi relat. aux congrég. des femmes vom 24. Mai 1825.	292
Decret v. 31. Januar 1852 sur les congrég. des femmes.	293
Pierre v. Cugnières 1239.	17
Edikt K. Ludwigs v. Frankreich 1462.	308
Franz I. an das Parlament 1518.	22
Pithou Libertés de l'égl. gall. 1594.	23
Le Chancellier de Pontchartrain in Portalis Discours, rapports et travaux inédits sur le Concordat de 1801. (Paris 1841) 90.	226

b) Belgien und Italien.

	Seite
Belgische Constitution von 1830 Art. 14. 16. 17. 19. 23.	37
Ital. Ges. vom 13. Mai 1871.	322

B.

Wort- und Sachregister.

(Die Zahlen bezeichnen die Seiten.)

A.

Aachener Stiftsregel 100.
Abendmahl 209, Versagung des 192.
Abgaben, kirchl. 197, an d. Papst 199, an d. Bischöfe 198, in d. evang. K. 204.
Abhängigkeit von dritten Personen, Ehehinderniss 235.
Ablass 211.
Ablösung der Zehnten 304.
Absetzung der kath. Geistlichen 182, der evang. 195, der Könige 16.
Absolute Ordination 83.
Absolution 174. 209, in der evang. Kirche 193. 211.
Abt 286.
Abtheilung, kath., des Minist. der geistl. Angelegenheiten in Preussen 36.
Accessus 93.
Accusation d. Bischöfe 13, d. Kleriker 67.
Accusationsverfahren 190.
Adel, Bedingung zur Aufnahme in die Stifter 101. 151.
Admissio 139. 149.
Adoption, Ehehindernisse aus der 246.
Adulterini, Legitimation der 264.
Adventszeit, Eheschliessung in der 262.
Aegypten, Heimath des Ordenswesens 281.
Aelteste, siehe Presbyter.
Aemter der Kirche 148.
Affinität 244.
Afrikanische Synoden 65.
Agri vectigales 305.
Akoluthen 81.
Alexander III. 14. 71.
Alexandria, Patriarch von 7.
Alimentationsberechtigung des Patrons 157.
Algerus von Lüttich 70.
Allocutionen 94.
Altar 301.
Alter, erforderliches zur Erlangung des Ordo 82, der Tonsur 85, der Aemter 140, der Pfarrämter in der evang. Kirche 164, zur Confirmation 222, zur Eingehung eines Verlöbnisses 265, zur Eheschliessung 231, zur Professleistung 289.
Alternativa mensium 152.
Altes Testament, Rechtsquelle 62. 243. 245.
Altkatholiken 43.
Alumnaticum 198.
Amortisationsgesetze 296.
Amt, geistliches 116.
Amtsvergehen der Geistlichen 186.
Anachoreten 281.
Anathema 176.
Andreae, Iohannes 73.
Angilram von Metz 67.
Anhalt, Missionsregiment über 111, Union 62.
Anklageprocess 190.
Annaten (Annalia) 201. 210, Bonifacianae 203.
Annullation d. Ehe 252, d. Gelübde 212. 290.
Annus decretorius 319, deservitus 310, discretionis 223, gratiae 310.
Anwartschaften 139.
Ansegisus v. Fontanella 66.
Anselm v. Lucca 69.
Anselmo dedicta 69.
Antiochia Patriarch von 7.
Apocrisiarii 95.
Apologia der Augsb. Confession 80.
Apostasie 183, ab ordine, a regula 184, a monachatu 292.
Apostolische Constitutionen u. Canones 64.
Appel comme d'abus 188, siehe auch Recursus.
Appelation an den Papst 11. 171, in zweiter Instanz 171, in dritter 171, an den Erzbischof 99, an den Bischof 104.
Archidiakon 103.
Archiepiscopus siehe Erzbischof.
Archipresbyteri 105.
Arles, Vicariat für Gallien 95.
Arme, Gerichtsbarkeit über 169.
Armee-Seelsorge 109.
Armenpflege 218.
Armuth, Gelübde der 290. 293.
Asceten 281.
Aschaffenburger Concordat siehe Wiener Concordat.
Asylrecht 302.
Auctoritas 65.
Aufgebot 256. 261.
Aufsicht, kirchliche 133.
Augsburg. Religionsfrieden 45. 57.
Augustinus über Ehescheidung 267, über die Capitelsverfassung 100.
Austritt aus der Kirche 222.
Autonomie, kirchliche 132.

B.

Bad-Ems siehe Ems.
Baden Staat u. Kirche 41 f. 44. Evang. Kirchenverfassung 54., Union 62.

Baiern, Concordat 25. 32, König von, Bischof der evangel. Kirche 119, Staat u. Kirche 31, Staat u. Kirche seit 1848 41, evang. Kirchenverfassung 54, Union 62.
Bann siehe Excommunication.
Banna nuptialia 256.
Bartholomaeus von Brescia 71.
Basel, Synode von 18, über geistl. Reservationen 160, über Annaten 204.
Bauernkrieg 46.
Beamte, Eheschliessung der 238.
Beda Venerabilis 69.
Bedingungen bei Eheschliessung 232.
Begräbniss 281, Entziehung d. kirchl. 182. 192. 278.
Beichte 211, in der evangel. Kirche 211.
Beichtgeheimniss 211.
Beischlaf, Wirkung d., auf Geltendmachung von Ehehindernissen 231 f. 235, unter Verlobten 256.
Bekenntnissschriften der evangelischen Kirche 80, Verpflichtung der evang. Geistlichen auf die 164. 167, der Bischöfe 112.
Belehnung der Bischöfe 145.
Beleidigungen gegen Geistliche 88.
Belgien Staat und Kirche 37, Ordenswesen 280.
Benedictinerorden 282.
Benediction d. Sachen 300, d. Ehe 262. 276.
Benedictus XIV. über gemischte Ehen 251, über Ehe-Annullation 253.
Benedictus Levita 67, von Nursia 281.
Beneficium 304, competentiae 89.
Bernardus Parmensis 72, von Pavia 71.
Bestätigung der Bischöfe durch den Kaiser 145, den Erzbischof 145, den Papst 146.
Besteuerung des Kirchengutes 299 f.
Betrug, Ehehinderniss 232.
Bettelorden 282—288 290.
Bibel 62.
Bigamia 83.
Bischof 5. 6. 99, in der evang. Kirche 121, Bestallung der 144, Eid 111. 149, Strafjurisdiction über 189.
Bischofswahl 14.
Bisthümer, Errichtung d. 137, Veränderung und Aufhebung 138.
Bitte erste, Recht der 151.
Blasphemie 184.
Blutsverwandtschaft, Ehehinderniss 241.
Blutzehnt 303.
Böhmer, Just. H. über Verlöbnisse 260.
Bonifaz VIII. 72.
Bourges, pragmat. Sanct. von 22.
Brandenburg, Verhältniss der Confessionen in 60.
Braunschweig, evangel. Kirchenverfassung 54.
Brautexamen 261.
Brautkinder 265.
Brautkranz, Versagung des 193.
Breve 78, extra tempora 85.
Breviergebet, Pflicht des 112.
Brittische Mission 12.
Brüderschaften 294.
Bulle 78.
Bundesacte, deutsche, über Religionsübung 58.
Burchard von Worms 69.
Busse, kirchliche 174. 209, in der evangel. Kirche 192, Hinderniss der Eheschliessung 247.
Bussordnungen siehe Poenitentialbücher.
Busssacrament 209 ff.

C.

Caesaraugustana 69.
Cäsareopapie 53.
Calvin über Kirchenverfassung 54.
Camera apostolica 94.
Camerlengo 24.
Canon 1.
Canones, apostolische 64.
Canonici 100.
Canonisches Recht 1.
Canzlei, apostolische 94.
Canzleiregeln, päpstliche 78.
Canzleitaxe 199. 201.
Capellani 109.
Capitel 100.
Capitelsvicar 102.
Capitula Angilramni 67, episcoporum 66.
Capitularien 66.
Capuziner 286.
Cardinäle 93.
Cardinalstaatssecretär 94.
Carl Theodor von Baiern, Stellung zur Kirche 31.
Carolina über Ketzerei 183.
Carpzov 51.
Cathedralkirchen, Kirchenbaulast an 312.
Cathedra, päpst. Entscheidungen ex 42. 90.
Cathedraticum 198.
Cautiones bei gemischten Ehen 251.
Censuren, kirchliche, siehe poenae.
Census 306.
Chappuis, Iohannes 73.
Character indelebilis 86.
Chorbischöfe 105.
Chrodegang von Metz 100.
Circumscriptionsbullen 25.
Cistercienser 282.
Civilehe, Geschichte der 260.
Civilgerichtsbarkeit der Kirche 167 ff.
Classicalsynode 126.
Clausur 291.
Clerikalseminar 216.
Clerus 5.
Cleve-Mark, Kirchenverfassung 55.
Cluniacenser 282.
Coadjutoren 106.
Coelibat 86.
Cöln, Erzbischof von, legatus natus 98.
Cognatio legalis 246, spiritualis 246.
Collaboratoren 125.
Collatio 138.
Collectiones canonum 69. 77, Dionyso-Hadriana 66.
Collegia illicita 295.
Collegialsystem 51.
Collegiatkirchen, Kirchenbaulast 312.
Collegiatstift 100.
Columban, Einfluss auf das Busssacrament 209.
Commende 112, 306.
Communalschule 214.
Compatronatus 115.

Compensation des Ehebruches 274.
Competenz zur Ordination 84, der kirchl. Gerichtsbarkeit 167, in Strafsachen 183.
Compilationes antiquae 71.
Compromiss, Wahlmodus 93. 149.
Computation d. Verwandtschaftsgrade 242.
Concil, vatikan. 42.
Concilien als Rechtsquelle 77, allgem. 113.
Conclave 93.
Conclusa Corporis Evangelicorum 80.
Concordate, rechtliche Natur der 79, Badisches 41, Baierisches 25, Oesterreichisches 37, Wiener 18, Wormser 145, Württembergisches 41.
Concordienformel 80.
Concubinat der Geistlichen 88.
Concursprüfung 141.
Conditiones turpes bei Eheschliessung 232.
Confessio oris 211.
Confession der Kinder 220, Verhältniss der zum Staate 57, Verhältniss der zu einander 59.
Confessionswechsel 222.
Confirmation 222, der Bischöfe, siehe Bestätigung.
Confraternitäten 294.
Congregatio Concilii Trident. 78. 115.
Congregationen, päpstl. 94. 292.
Congrua 306.
Consecration der Bischöfe 149, der Sachen 300 f.
Consecrations-Eid der Bischöfe 111.
Consens, Mangel des, bei Eheschliess. 230.
Consistorien 49. 120. 171, in der kath. K. 104, päpstliche 94, handhaben Kirchen-Zucht 192.
Constantin giebt der Kirche Vermögensrecht 295.
Constantinopel, Patr. v. 7.
Constanz s. Costnitz.
Constitutionen, apostol. 64.
Consuetudo, siehe Gewohnheit.
Contractus sacramentalis u. naturalis bei d. Ehe 226.
Contritio cordis 211.
Convertiten, Taufe der 200.
Copula carnalis, Verzicht auf Geltendmachung von Ehehindernissen 231. 232. 233.
Corpus Catholicorum, Evangelic 57.
Corpus iuris canonici 70 ff.
Correctores Romani 74.
Costnitz, Synode von 18.
Cultusminister 118.
Cumulation der Kirchenämter 161.
Cura beneficii providentialis des Patrons 157.
Curatkapläne 109.
Curie, päpstl. 94.

D.

Dataria 94.
Decane in den Stiftern 402, in den Klöstern 290, in der ev. Kirche 122.
Decani rurales 104.
Decimae 302.
Declaratio cleri gallicani 22.
Declarationes d. Congreg. Concilii 78.
Decorum clericale 86.
Decretalen-Sammlungen 71, Pseudo-Isidorische 66.
Decretalis 65.
Decretisten 70.
Decretum Gratiani 70.
Dedication der Kirchensachen 301.
Defectus 82.
Defensor matrimonii 253.
Degradatio 182.
Degradation d. ev. Geistl. 195.
Delegation, apostol. 111, ad universitatem causarum 171.
Delicta mere ecclesiastica 183, mixta 184, der Geistlichen 184.
Demeritenhäuser 189.
Denarius St. Petri 200.
Denunciatio 191.
Depositio 102.
Desertion als Ehescheidungsgrund 270. 271. 274.
Deservitenjahr 310.
Deusdedit 69.
Devolutio 139.
Devolutionsrecht 159.
Devotio domestica 57.
Diakonen 5. 81.
Diaconi regionarii 93.
Didaskalia der Apostel 64.
Dignitates 90.
Dimissorialien zur Ordination 84, zur Trauung 262.
Diöcesansynode 116.
Dioecesanus 100.
Diöcesen 12.
Dionysius exiguus Canonensamml. 65.
Disciplinargerichtsbarkeit 173. 187, über Geistl. in der evang. Kirche 195.
Disciplinarstrafen gegen Geistliche 169.
Discretionsalter 223.
Dismembratio 306.
Dispensatio in radice 252.
Dispensationen 131, von Ehehindernissen 251.
Distributionen 113.
Divisio 138.
Domicellares 101.
Dominicaner 282.
Dominium radicale 293, successivum 298.
Domkapitel 100.
Domstift 100.
Duellanten, Begräbniss der 278.

E.

Egbert v. York 69.
Ehe 225, als Sacrament 226, gemischte 249, Wesen der 225, nach kath. Lehre 226, nach protest. Auffassung 227, Wirkungen der 264, zweite 276.
Ehebruch als Ehehinderniss 247, als Ehescheidungsgrund 270, 274.
Ehedispense 251 ff.
Ehegattenmord als Ehehinderniss 247.
Ehegerichtsbarkeit 170. 172.
Ehehindernisse 229, aus nachgebildeter Verwandtschaft 246, der Blutsverwandtschaft 241, der Schwägerschaft 244, der Religionsverschiedenheit 248.
Ehescheidung 266.

Ehescheidungsprozess 275.
Eheschliesssungsrecht 254, Geschichte des, in d. prot. Kirche 259, Recht des 261.
Ehrencanonici 102.
Eid 211.
Eideshelfer im Eheprozess 240.
Eidesmündigkeit 211.
Eigenthum am Kirchenvermögen 297.
Einsiedler 281.
Einwilligung, beiderseitige als Ehescheidungsgrund 275.
Electio 139.
Eltern, Einwilligung der, zur Eheschliessung der Kinder 235.
Emeritenfonds 306.
Emeritenhäuser 306.
Emeritirung 163. 167.
Ems, Kongress von 24.
England, Civilehe 260, Missionsorganismus 110.
Entführung 233.
Eparchie 7.
Episcopalrecht d. Landesherrn 49. 118.
Episcopalsystem 2. 23, in der evang. Kirche 51.
Episcopi i. p. 105.
Epitome Hadriani 66.
Erledigung der Kirchenämter 162, in der evang. Kirche 167.
Ermahnungen als Kirchenstrafe 192.
Error personae, qualitatis, conditionis, qualitatis personam redundans 232.
Ersitzung von Kirchengütern 315.
Erwerbsfähigkeit der Kirche 295, der Ordensglieder 286, der Congregations-Mitglieder 299.
Erzbischof 98.
Erziehung, religiöse der Kinder 220.
Erzpriester 104.
Eselsbegräbniss 279.
Eusebius v. Vercelli 100.
Examen der Amtskandidaten 164.
Examinatores synodales 141.
Exceptio 191, spolii 68.
Exclusiva, Recht der 93.
Excommunication 176, in der evangel. Kirche 191.
Exsecratio 301.
Exemtion der Bisth. 109, der Klöster 110.
Exercitium religionis 57.
Exorcisten 81.
Expectanzen 138.
Experimentum triennii 241.
Extravaganten 71, commun. 73, Johannis XXII. 73.

F.

Fabrica ecclesiae 305.
Facultates de promovendo a quocunque 84, Nuntiaturfac. 96, Quinquennalfac. 131.
Febronius, siehe Hontheim.
Feiertage 207, Anordn. der in der evang. Kirche 208.
Ferdinand I. v. Oesterreich, Stellung z. Kirche 29.
Ferto 308.
Findelhäuser 219.
Firmung, Ehehinderniss aus der 246.
Forma dispensationum 252, sacramenti 209.
Formelsammlungen 68.
Frankenreich, Kirche im 12, kirchl. Gerichtsbarkeit im 168.
Frankreich, Concordat u. organ. Artikel 25, Civilehe 260.
Franziskaner 286.
Frauen, Ausschliess. v. d. Ordination 82.
Frauengenossenschaften 289.
Frauenkauf 256.
Friedrich II. v. Preussen und die kathol. Kirche 34.
Friedrich Wilhelm III. v. Preussen über Staat u. Kirche 36.
Fructus intercalares 310, medii temporis 199.
Früchte der Beneficien 307, erledigter Beneficien 310.
Fürstentag, Mainzer 18.
Fulgentius Ferrandus 65.
Fundatio 155.
Furcht, Ehehinderniss 231.

G.

Gallikanische Kirche 22. 26, Schriftsteller 2.
Gebäude, kirchl. Baulast 310.
Gebete, 206, vgl. auch Breviergebet.
Gebrechen, körperliche, Hinderniss bei der Ordination 82.
Gefängnisse, Aufsicht der Kirche über die, des Staates 219.
Gefängnissstrafe gegen kath. Geistliche 183, gegen evang. Geistliche 195.
Gehorsam d. Kirchenbeamten 111, Gelübde des 291. 293.
Geistliche, Delicte der 184.
Geldbussen der Geistl. 183. 195.
Gelübde 212, der Keuschheit als Ehehinderniss 240.
Gemeinde, Stellung der, in der ev. Kirche 125, Betheilig. an d. Verwaltung d. Kirchenvermögens 313, Stellung zur Kirchenzucht 192, Einwilligung zu Eheschliessungen 238.
Generalsuperintendent 124.
Generalsynode 126.
Generalvicar 104.
Generalvisitation 136.
Gerichte, geistliche 170, in Strafsachen 189.
Gerichtsbarkeit, kirchliche 167, Competenz, 167, in der evangel. Kirche 172.
Geschiedene, Wiederverheirathung der 281.
Geschlossene Zeit 262.
Geschwisterkinder, Ehen zwischen 241.
Gesellschaften, geistliche 285.
Gesetzgebung in der kathol. Kirche 128, in der evangel. Kirche 130, päpstliche 11.
Gevatterschaft, Versagung der 182.
Gewohnheitsrecht 75.
Glaubensbekenntniss, Pflicht zur Ablegung bei kathol. Kirchenbeamten 112, bei Conversionen 223.
Glossae zum Corpus iuris 71 ff.
Gnadenzeit 310.
Gottesdienstordnung 206.
Gratian 70, über imped. criminis 247.
Gregor VII. 14, und das Cölibat 87.
Griechische Kirche 7.

Grundrechte, Frankfurter über Staat und Kirche 37.
Gutsherrschaft, Einwilligung der zu Ehescheidungen 238.

H.

Hadrianische Sammlung 66.
Haeresis 183.
Häusersteuer, kirchliche 200.
Halitgar v. Cambrai 69.
Hanau, Union 62.
Handdienste 312.
Hannover, Circumscriptionsbulle 25, evang. Kirchenverfassung 54, Union 62.
Hausandacht 57.
Heilige, Creirung der 207.
Heirathsalter 231.
Hessen-Darmstädtische Convention 42.
Hessen, Staat und Kirche seit 1870 44.
Hierarchia iurisdictionis 81, ordinis 81.
Hieronymus 62. 302.
Hincmar v. Rheims 68.
Hingerichtete, Leichname der 279.
Hispana versio 65.
Holland, Civilehe 260, Missionsregiment 110, Ordenswesen 284.
Homberger Synode 48.
Hontheim, Nic. v. 23.
Hospitäler 219.

J. I.

Jerusalem, Patr. v. 8, Gemeinde von 5.
Jesuitenorden 20. 26. 57. 282, in Oesterreich 38.
Impedimenta matrimonii 229, affinitatis 244, consanguinitatis 241, criminis 247, deficientis conditionis appositae 232, disparitatis cultus 248, erroris 232, impotentiae 240, ligaminis 239, mixtae religionis 250, publicae honestatis 245, raptus 233, vis ac metus 231.
Impotenz 240, als Ehescheidungsgrund 275.
Incestuosi, Legimation der 264.
Incompatibilitas der Kirchenämter 162.
Incorporation 107. 138, plenissimo iure 158.
Index librorum prohibitorum 25.
Indigenat, Bedingung für kirchl. Aemter 143.
Indulgentia 211.
Informativprocess 149.
In integrum restitutio der Kirche 314.
Innocenz III. 14. 71.
Institutio 138, corporalis 153.
Inquisition 18, Congregat. der 95.
Inquisitionsverfahren 190.
Intention bei Verwalt. der Sacram. 209.
Intercalarfrüchte, siehe fructus.
Interdict 180, ingressus ecclesiae 182.
Interim 45.
Internuntii 98.
Intestaterbrecht in Güter d. Cleriker 309.
Introduction in Kirchenämter 166.
Investiturstreit 145.
Johannnes XXII. 73, Andreae 73, Teutonicus 71.
Johanniter-Ritter 282.
Joseph II., Kaiser 23, Stellung z. Kirche 30.
Josephinismus 31.
Irische Canonensamml. 65.
Irregularität 82.
Irrthum, Ehehinderniss 232.
Isidor Mercator 67, v. Sevilla 61.
Isidoriana 65, im Frankenreiche 66.
Juden, Ehen mit Christen 249 f., Patronatrecht der 156.
Judenthum, Uebertritt zum 224.
Juliani epitome 75.
Iuramentum solenne 212.
Iurisdictio delegata, mandata 171, ordinaria 170.
Ius deportuum 199, episcopale 49, patronat. familiare, hereditar. 155, ecclesiastic. laicale 154, primarum precum 151, regaliae 310, simultaneae collationis 151, spolii 308, variandi 157.
Iusiurandum de statu libro 261.
Ivo v. Chartres, Panormia, Decret. 69.

K.

Kaiser deutscher, Stellung zur Kirche 28.
Kammer, apostol. 94.
Kanzlei, päpstl. 94.
Kanzleigebühren 199.
Kapitelspfründen, Besetzung der 151.
Karolinger, Papstwahl unter den 92.
Ketzer 10.
Ketzerei 183, in der evangel. Kirche 193.
Keuschheit, Gelübde der 291. 293.
Kindererziehung bei gemischt. Ehen 251.
Kirche, Begriff 1. 80, nach evangel. Auffassung 116, Eintritt in die 219.
Kirchenämter, Verleihung der 138, Bedingung der Verleihung in der evangel. Kirche 169, Cumulation derselben 161, Errichtung der 136, Veränderung und Aufhebung 138, Erledigung der 162, in der evangel. Kirche 167.
Kirchenbann in der kathol. Kirche 194, in der evangel. Kirche 191.
Kirchenbaulast 310.
Kirchenfabrik 305. 310.
Kirchengebäude 301.
Kirchenrecht 1, Literatur des 2.
Kirchenstaat 90.
Kirchensteuern 206.
Kirchenstrafen in der evangel. Kirche 192.
Kirchenverfassung der luth. Kirche 45, der reform. Kirche 54.
Kirchenvermögen, Verwaltung des 313, Eigenthumssubject 297.
Kirchenzucht in der luth. Kirche 50. 191, in der reform. Kirche 193.
Kirchhof 278. 301.
Klöster 12. 281.
Knabenseminar 216.
Kölner Trauung 36.
Krönung des Papstes 93.

L.

Laien 5.
Laienbrüder 288.
Laienpatronat 154 ff.
Landesherrn, Scheidegewalt der 277, Episcopalgewalt in der ev. Kirche 49. 118.

Landrecht, Allgem. Preussisches über Staat u. Kirche 35, über Ehescheid. 273.
Landcapitel siehe capitula ruralia.
Landdechant 105. 134.
Lebensnachstellung als Ehescheidungsgrund 274.
Lectoren 81.
Ledigkeitseid 261.
Legaten, päpstl. 95, a latere 95. 98, dati, nati 98.
Legitimation unehel. Kinder 264, per subsequens matr. 264.
Leihhäuser 219.
Liber diurnus 69, sextus 73, septimus 74.
Liberi naturales, Legitimation der 264.
Libertés de l'église gallicane 23.
Libri poenitentiales 68.
Liturgie 206.
Luther über Ehescheidung 270, über Eheschliessung 259, über imp. criminis 248, über imped. dispar. cultus 248.

M.

Malteser-Ritter 282.
Maria Theresia, Stellung zur Kirche 30.
Marius Mercator 67.
Marsilius v. Padua 19.
Martinus v. Braga 66.
Materia sacramenti 209.
Matrimonium clandestinum 262, putativum 253, ratum, legitimum, consummatum 227.
Matthaeus, Petrus 74.
Maximilian I. v. Baiern, Stellung zur Kirche 31.
Maximilian Joseph v. Baiern, Stellung zur Kirche 31.
Mecklenburg, evang. Kirchenverfass. 54.
Mediat-Consistorium 123.
Meineid 211.
Melanchthon über Ehescheidung 270.
Mendicantenorden 282.
Mensa des Bischofs 313.
Messe, Anordnung der 206.
Metropolitan 7.
Metus reverentialis 231.
Minister sacramenti 209.
Missio 86.
Missionen 207.
Missionsbischof 110.
Missionswesen in d. kath. Kirche 110.
Monitio canonica 178.
Montes pietatis 219.
Montgelas, Minister v. Baiern 31.
München, Errichtung d. Nuntiatur in, 23. 98.

N.

Nachlass d. Geistlichen 307.
Nachpräsentation 157.
Nassau, Staat und Kirche seit 1848 42, Union 62.
Nationalconcilien 115.
Naumburg, Bischof von 123.
Neues Testament, Rechtsquelle 62 f.
Nicaea, Synode von 63.
Nichtigkeitsklage bei Ehen 252, bei Klostergelübden 290.
Nicolaus II. über die Papstwahl 92.
Nomination, landesherrliche, der Kloster-oberen 287, der Bischöfe 147.
Normaljahr 57.
Notherbrecht gegenüber Geistlichen 310.
Notorietäts Verfahren 190.
Noviziat 289.
Nürnberg, Religionsfrieden v. 1532 45.
Nuntiaturen, päpstl. 96, Errichtung 22.
Nuntii 98.

O.

Oberkirchenräthe, evangel. 54.
Oberrheinische Kirchenprovinz, Circumscriptionsbullen 25, Staat und Kirche 36, seit 1848 41.
Oblationes 302.
Obrigkeit, weltliche, Stellung in der evangelischen Kirche 47.
Occam 19.
Oeconomus 304. 313, capituli 102.
Oesterreich, Staat u. Kirche 29, seit 1870 43, evangel. Kirchenverfassung 54.
Officia 89.
Officialat 171.
Officialis 104.
Oldenburg, evangel. Kirchenverfass. 54.
Optionsrecht 151.
Orden 281, in der evang. Kirche 294, Verfassung der 285.
Ordensgelübde 289.
Ordensgeneral 292.
Ordensprovinz 292.
Ordinariat 104.
Ordinarius 100.
Ordination 81, in d. ev. Kirche 117. 166.
Ordines maiores, minores 81.
Ordo Romanus 69.
Ostiarien 81.

P.

Pachomius 281.
Pacht von Kirchengütern 315.
Palea 71.
Pallium 90. 99.
Palliengelder 203.
Panisbrief 306.
Papst, Stellung des 90, zum allg. Concil 114.
Papstwahl 14. 91.
Parochie siehe Pfarrei.
Partes decisae 72.
Passauer Vertrag v. 1552 45.
Patena 301.
Pathen 220. 222.
Patriarch 8. 98.
Patronatrecht, Geschichte des 152, Begründung und Uebertragung 155, Wesen des 154, Inhalt des 157, Untergang 158, landesherrliches 158, in d. ev. Kirche 166.
Paucapalea 71.
Pedum rectum 90.
Pension 306.
Personae miserabiles 169.
Personalzehnt 303.
Personatus 90.
Peterspfennig 200.
Pfaff, Collegialsystem 54.

Pfandrecht der Kirche 314.
Pfarrämter, Verleihung der in d. ev. K. 164.
Pfarrconcurs 141.
Pfarrer in der kath. Kirche 107, in der ev. Kirche 124, Bestellung der, in der ev. K. 50.
Pfarrkirchen, Kirchenbaulast 311.
Pfarrrelationen 136.
Pfarrverweser 109.
Pfarrvicare in der evangel. Kirche 125.
Pfarrzwang 108.
Pflicht, eheliche 264.
Pfründen, Besetzung der 152.
Philipp v. Hessen, Polygamie 239.
Pisa, Synode von 18.
Pius IX. stellt Dogmen auf 26, und d. vatik. Concil 42, über die preuss. Kirchengesetze 44, über die Aufhebung des Kirchenstaates 92, über die Wirkungen der Excommunication 178, über Ordensgelübde 289, über die Oesterr. Verfassung 39.
Pithou 23.
Placetum regium 129.
Poenae ferendae, latae sentent. 176, medicinales, 176, vindicativae 176. 182.
Poenitentiae 176.
Poenitentialbücher 69.
Poenitentiale Romanum 69.
Poenitentiar in den Domkapiteln 103.
Poenitentiaria 94.
Pollutio 301.
Polycarpus 69.
Portio congrua 306.
Postulatio 139. 149.
Potestas iurisdictionis 81, in der ev. K. 117, ordinis 81, in der evangel. Kirche 117.
Praeceptum paschale 209.
Praefectus apostolic. 110.
Praelati 90, nullius 109.
Prämonstratenser 282.
Präsentationsrecht des Patrons 157.
Precarium 305.
Predigt 206.
Predigtamt in der evangel. Kirche 45.
Presbyter 5.
Presbyterien 55.
Preussen, Staat und Kirche in, 32, seit 1870 43, Verfassung über Staat und Kirche 41, Circumscriptionsbulle 25, evangel. Kirchenverfassung 54, Union 61.
Priester, Stellung der 14.
Priesterseminar 218.
Priesterthum, allgemeines 45.
Primas 98.
Primat, römischer 13.
Primatus iurisdictionis, honoris 190.
Prioren 286.
Prisca translatio canonum 64.
Privatio beneficii 182.
Privilegien 131.
Privilegium canonis, immunitatis, fori 88, competentiae 89.
Probepredigt 165.
Proclamationes 256.
Procuratio 198.
Profanirung eines Kirchengebäudes 312.
Profanation der kirchlichen Sachen 301.
Professi ad chorum 288.
Professio 255.
Professleistung 289.
Professoren der Theologie 214.
Propaganda 110.
Propst in den Domstiftern 102.
Prosynodalexaminatoren 141.
Prosynodalgericht 172.
Provinz 99.
Provinzialsynoden 115, in der ref. K. 126.
Provisio 138.
Provisores 313.
Prozessionen 207.
Prüfungen in der evangel. Kirche 164.
Pseudoisidor 13. 67.
Publication der kirchlichen Gesetze 129.
Purgatio 191.
Putativehe 253.

Q.

Quasi-Affinität 245.
Quasi-Desertion als Ehescheidungsgrund 274.
Quellen des Kirchenrechts 62.
Quesnel Paschier 65.
Quindennia 204.

R.

Rabanus v. Mainz 69.
Raptus 233.
Raymund. de Peñaforte 72.
Realinjurien gegen Geistliche 88.
Recht, kanonisches 1, römisches 75, der ersten Bitte 151.
Reconciliatio der polluirten Sachen 301.
Recursus ad principem 189.
Reformation in Deutschland 44.
Reformirte und lutherische Kirche 60 ff.
Regalienrecht 310.
Regimen minus plenum der Erzbischöfe 99.
Regino von Prüm 69.
Regula, apostasia a 292.
Reichsdeputationshauptschluss 24, über Religionsübung 58.
Reichsgerichte, Stellung zur Kirche 29.
Relatio status 133.
Religionsfriede 45. 57.
Religionsunterricht 214.
Religionsverschiedenheit, Ehehinderniss 248.
Renunciatio 162.
Res benedictae 300, consecratae 300, ecclesiasticae 300, religiosae 301.
Reservatio 139.
Reservationen, päpstliche 159.
Reservatum ecclesiasticum 318.
Reservirte Fälle der Absolution 179. 349 ff.
Residenzpflicht 112, der ev. Geistl. 125.
Resolutionen der Congregationen 78.
Respectus parentelae 241.
Revalidation der Ehe 231. 232.
Revocationsklage bei Veräusserung von Kirchengut 315.
Rom, Bischof von 7. 8. 10.
Römisches Recht 75.
Rota romana 94.

S.

Sacerdotium 81.
Sachen, kirchliche 300.

Sachenrecht, kirchl. 295.
Sachsen, Staat und Kirche seit 1870 44, König von, Bischof der evang. Kirche 119, evang. Kirchenverfass. 54.
Sachsen-Weimar, ev. Kirchenverfass. 54.
Sacramentalien 211.
Sacramente, in der kath. Kirche 208, in der evang. Kirche 211.
Säcularisation 24. 138. 305.
Sävitien als Ehescheidungsgrund 274.
Salzburg, Erzbischof von 98.
Sardika, Synode von 11. 64. 189.
Satisfactio 211.
Schisma 183.
Scheidung von Tisch und Bett 269.
Schulaufsicht 214.
Schule in Oesterreich 38.
Schwägerschaft 244.
Scrutinium 84. 85, bei Bischofswahlen 149.
Secretaria brevium 94.
Sedes vacans und impedita 103.
Sedisvacanz 94. 162.
Seminarien 216.
Seminaristicum 198.
Sendgerichte 133. 175. 190.
Separatio quoad thorum et mensam 269.
Servitia communia 201, minuta 201.
Sigillum confessionis 211.
Signatura iustitiae, gratiae 94.
Simonie 140, in der evang. Kirche 193.
Soldaten, Eheschliessung der 238.
Solennitas bei Veräusser. v. Kirchengut 315.
Spanische Synoden 66.
Speier, Reichsabschiede v. 1526 u. 1529 45.
Spolienrecht 308.
Spolii actio, exceptio 68.
Sponsalia 255.
Sponsores 220.
Spurii, Legitimation der 264.
Staat und Kirche in den ältesten Zeiten 9, im Mittelalter 14, in der neueren Zeit 28, seit 1870 43.
Staatsgesetzgebung als Rechtsquelle 75.
Stabilitas loci 282. 293.
Städte, Bildung der Kirchenverf. in den 47.
Standesherren 123.
Statuta ecclesiae antiquae 65.
Statuten der Stifter 102.
Stephanus von Salona 65.
Steuerfreiheit der kirchl. Güter 299.
Stolgebühren 197, in der ev. Kirche 204.
Strafen, kirchliche 173.
Strafgerichtsbarkeit, kirchliche 173, in der evang. Kirche 193, über Geistliche in der evangel. Kirche 195.
Strafprozess, kirchlicher 189.
Strafversetzung der Geistlichen 182, der evang. Geistlichen 196.
Subdiaconen 81.
Subsidium charitativum 199.
Sühneversuch vor der Scheidung 275.
Suffragan-Bischof 99.
Summepiskopat, landesherrlicher 118.
Superintendent 48. 50. 122.
Suspensio 182, der ev. Geistlichen 195.
Suspensivbedingung bei Ehesschliessung 232.
Syllabus errorum 26.
Symbole der evangel. Kirche 80.
Synodal-Examinatoren 141.
Synodalgericht 172.
Synodalverfassung 126.
Synodaticum 198.
Synoden 7. 55., älteste 63.

T.

Tancred 71.
Taufe 219, Ehehinderniss aus der 246.
Taufkirche 104.
Taufpathen 192. 194. 220.
Taxa Innocentiana 199.
Tempelherren 282.
Tempus clausum 262.
Territorialsystem 51.
Territorien, Bildung der Kirchenverfassung in den, 48.
Testamente der Bischöfe 307, der Geistlichen 307.
Testamentsform, kirchliche 295.
Testamentum ad pias causas 295, rationabile 308.
Testes synodales siehe Sendgerichte.
Testimonialien 84.
Theodor von Canterbury 69.
Theodosischer Codex 75.
Theologus in den Domkapiteln 102.
Thomasius 52.
Tischtitel 83.
Titulus 104, für die Ordination 83, der Cardinäle 93.
Tonsur 85.
Tradition 77, apostolica 77, divina 77.
Trauerjahr der Wittwe 277.
Trauung, kirchliche, Geschichte der 257, Versagung der 192.
Trennung von Tisch und Bett 276.
Treue, Verpflichtung zu, der Ehegatten 264.
Trient, Concil v. 20. 77, über Eheschliessung 262.
Triregnum 90.
Trunkenheit, Ehehinderniss 231.
Turbatio sanguinis 277.

U.

Uneheliche, Ausschliessung von der Ordination 82, Legitimation derselben 264.
Unio 138.
Union der Confessionen 61.
Universitäten 214.
Unterrichtswesen 213.
Unvermögen, geschlechtliches, Ehehinderniss 240.

V.

Variationsrecht der Patrone 157.
Vatikanisches Concil 42.
Veränderung der Kirchenämter 138.
Veräusserung der Kirchengüter 314.
Verjährung gegen die Kirche 315.
Verlöbniss 264, im german. Recht 256, Ehehinderniss aus dem 245.
Vermögensrecht, kirchliches 295.
Vermögensverwaltung in der evang. Kirche 50. 313.
Verschollene, Ehe der 276.

Versetzung der Kirchenbeamten 163.
Verwaltung des Kirchenvermögens 313.
Verwandtschaft, Ehehinderniss 241, nachgebildete 246.
Verwandtschaftsgrade 242.
Vicarii 11, (Pfarrverweser) 109, päpstl. 95, 110, in den Domstiftern 101.
Visitatio liminum 133.
Visitation 133.
Visitationskosten in der evangel. Kirche 204.
Vita canonica 100.
Vitandi bei der Excommunication 178.
Volksschule, Stellung der Kirche zur 213.
Vormund, Einwilligung des, zur Ehe von Minderjährigen 237.
Votum 212, als Ehehinderniss 240.
Vulgata 62.

W.

Wahlcapitulationen in den Domstiftern 101, der deutschen Kaiser 28.
Wahlmodus, irischer 148.
Wahnsinn, Ehehinderniss 230, als Ehescheidungsgrund 274.
Waldeck Union 62.
Wallfahrten 207.
Weihbischöfe 105.
Westphälischer Frieden 57.
Wiederverheirathung Geschiedener 277.
Wiener Concordat 18, Congress 25.
Wien, Nuntiatur in 98.
Wittwen, Trauerjahr der 277.
Wohlthätigkeitsanstalten 218.
Wormser Concordat 145, Edikt 44.
Württemberg, Staat und Kirche 40, evang. Kirchenverfassung 54.

Z.

Zabarella 73.
Zehnten 302.
Zeit, geschlossene 262.
Züchtigung, körperliche 183. 189.
Zwang, Ehehinderniss 231, zur Taufe 220, zur Eheschliessung 266.
Zwingli über Kirchenverfassung 54.

Nachträge und Berichtigungen.

Seite	8.	§. 8. Anmerk.	5	lies anstatt ao. 425 = 452.
—	8.	§. 9. —	1	— Iren. adv. haeretic. = haeres.
—	17.	Anmerk.	5	lies anstatt 1570 = 1510.
—	18.	—	16	— Innoc. IV. 1257 = Innocenz III. 1215.
—	19.	—	27	Zeile 3 lies anstatt ane = an.
—	22.	§. 17.	Zeile 4	lies anstatt 1576 = 1516.
—	31.	Anmerk.	15	lies anstatt 1551 = 1573.
—	31.	—	16	— 1774 = 1779.
—	42.	seitdem erschienen: Förster, Der Altkatholicismus eine Gesch. Studie, Gotha 1879.		
—	64.	Zeile 3 lies anstatt auf systemat. = auch systematischen.		
—	65.	Zeile 7 —		dadurch = darum.
—	76.	seitdem erschienen: Seydewitz, Codex des im Königreich Sachsen geltenden Kirchen- und Schul-Rechts. Supplementband zur II. Aufl. Leipzig 1879.		
—	125.	Anmerk.	2	lies anstatt Anhang VIII. = Anhang VIIIa.
—	181.	—	18	— 26. April = 23.
—	189.	—	21	— 1828 = 1818.
—	268.	—	18	— 762 = 726.
—	313.	—	4	— Anhang XXV. = Anhang XXIV.

6176

Officin der Verlagshandlung.

Im gleichen Verlage sind erschienen und durch alle Sortimentsbuchhandlungen zu beziehen:

Corpus iuris canonici, Editio Lipsiensis Secunda post A. L. Richteri curas ad librorum manu scriptorum et editionis Romanae fidem recognouit et adnotatione critica instruxit Aemilius Friedberg. Pars Prior. Decretum Magistri Gratiani. gr. 4. cartonnirt ℳ 32,00.

Der zweite Band erscheint in rascher Folge.

Friedberg, Dr. Emil, Das Recht der Eheschliessung in seiner geschichtlichen Entwicklung. gr. 8. brosch. ℳ 13,50.

— — Verlobung und Trauung. Zugleich als Kritik von Sohm: Das Recht der Eheschliessung. gr. 8. brosch. ℳ 2,00.

— — de finium inter ecclesiam et civitatem regundorum judicio quid medii aevi doctores et leges statuerint. gr. 8. brosch. ℳ 4,00.

Gerber, Carl Friedrich von, Grundzüge des deutschen Staatsrechts. Dritte Auflage. gr. 8. brosch. ℳ 5,00.

Richter, Dr. Aemilius Ludw., Lehrbuch des katholischen und evangelischen Kirchenrechts. Mit besonderer Rücksicht auf deutsche Zustände. Achte Auflage. Nach dem Tode des Verfassers mit eingehender Berücksichtigung der neueren Entwicklung im Gebiete des Staates und der Kirche bearbeitet von Dr. Richard Wilhelm Dove. Erste bis dritte Lieferung. gr. 8. brosch. ℳ 5,40.

— — Geschichte der evangelischen Kirchenverfassung in Deutschland. gr. 8. brosch. ℳ 3,75.

Decretales Pseudo-Isidorianae et Capitula Angilramni. Ad fidem librorum manuscriptorum recensuit fontes indicavit commentationem de collectione Pseudo-Isidori praemisit Paulus Hinschius. gr. 8. brosch. ℳ 16,00.

Codex des im Königreiche Sachsen geltenden Kirchen- und Schul-Rechts mit Einschluss des Eherechts und des Rechtes der frommen und milden Stiftungen. Zweite, gänzlich umgearbeitete und bis auf die neueste Zeit fortgeführte und ergänzte Auflage. Im Auftrage des Königl. Ministerium des Cultus und öffentlichen Unterrichts bearbeitet und herausgegeben von Eduard Schreyer. Mit chronologischen und alphabetischen Registern. 1863. gr. 4. brosch. ℳ 33,00.

— — Supplementband zur zweiten Auflage, enthaltend die einschlagende Gesetzgebung seit dem Jahre 1863 und Nachträge zum Hauptwerke. Im Auftrage des Königl. Ministerium des Cultus und öffentlichen Unterrichts bearbeitet von Paul von Seydewitz. Mit chronologischem und alphabetischem Register. 1879. gr. 4. brosch. ℳ 26,00.

Hübler, Dr. Bernhard, Die Constanzer Reformation und die Concordate von 1418. gr. 8. brosch. ℳ 7,50.

— — Der Eigenthümer des Kirchenguts. Eine civilistische Antwort auf eine canonistische Frage. gr. 8. brosch. ℳ 3,00.

OFFICIN DER VERLAGSHANDLUNG.